

# Anträge

zum außerordentlichen  
Bundesparteitag 2017

25. Juni 2017 in Dortmund



**Anträge zum  
außerordentlichen Bundesparteitag  
der SPD**

**Dortmund  
25. Juni 2017**



## Mitglieder der Antragskommission für den a. o. BPT am 25. Juni 2017 in Dortmund

### Vom Parteivorstand benannte Mitglieder:

#### Vorsitzender:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Olaf Scholz  
Katarina Barley  
Michael Groschek  
Manuela Schwesig  
Ute Vogt  
Thorsten Schäfer-Gümbel  
Hubertus Heil  
Gabriele Lösekrug-Möller

#### beratende Mitglieder:

Doris Ahnen  
Petra Crone  
Elke Ferner  
Heiko Maas  
Christoph Matschie  
Dietmar Nietan  
Aydan Özoğuz  
Sascha Vogt

### Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:

LV Schleswig-Holstein

LV Mecklenburg-Vorpommern

LO Hamburg

LO Bremen

BZ Nord-Niedersachsen

BZ Weser-Ems

BZ Hannover

BZ Braunschweig

LV Sachsen-Anhalt

LV Brandenburg

LV Berlin

LV Nordrhein-Westfalen

BZ Hessen-Nord

BZ Hessen-Süd

LV Thüringen

LV Sachsen

LV Saar

LV Rheinland-Pfalz

LV Baden-Württemberg

LV Bayern

Ralf Stegner

Frank Junge

Dr. Nils G. Weiland

Sarah Ryglewski

N.N.

Susanne Mittag

Sylvia Binkenstein

Falko Mohrs

Dr. Falko Grube

Christian Maaß

Ulrike Sommer

André Stinka

Timon Gremmels

Dagmar Schmidt

Martin Luckert

Henning Homann

Ulrich Commercon

Daniel Stich

Dr. Martin Rosemann

Sebastian Roloff

Der Antragschluss für den a.o. Bundesparteitag am 25. Juni 2017 war satzungsgemäß am 23. Mai 2017.

Für den Inhalt sind die jeweiligen Antragstellenden verantwortlich.

Die Antragskommission hat am 2. Juni 2017 getagt und legt ihre Stellungnahme gemäß § 22 (2) des Organisationsstatuts fristgemäß den Delegierten und antragstellenden Organisationsgliederungen vor.

Es ist weiterhin mit Änderungen der Empfehlungen der Antragskommission zur Behandlung der Anträge zu rechnen. Die Änderungen beschließt die Antragskommission auf ihrer nächsten Sitzung vor dem Bundesparteitag. Über die zurückgestellten Anträge berät die Antragskommission auf ihrer nächsten Sitzung vor dem Bundesparteitag.

## Inhaltsverzeichnis

	Seite/n
„Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, Zukunft sichern, Europa stärken“ <b>RP1</b>	<b>6 - 130</b>
Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit	6 – 9
Es ist Zeit für mehr Familie, beste Schulen und gute Pflege	9 – 18
Es ist Zeit für moderne Ausbildung und sichere Arbeit	18 – 33
Es ist Zeit für eine starke Wirtschaft und Innovationen	33 – 48
Es ist Zeit für einen starken Sozialstaat	48 – 53
Es ist Zeit für gerechte Steuern und Abgaben	53 – 57
Es ist Zeit für ein gutes Leben in der Stadt und auf dem Land	57 – 65
Es ist Zeit für eine gesunde und saubere Zukunft	65 – 73
Es ist Zeit für mehr Sicherheit im Alltag	73 – 80
Es ist Zeit für eine geordnete Migrationspolitik	80 – 85
Es ist Zeit für eine offene und moderne Gesellschaft	85 – 105
Es ist Zeit für ein besseres Europa - sozialer und demokratischer	105 – 115
Es ist Zeit für mehr Frieden und Stabilität in der Welt	115 – 130
Änderungsanträge: I. Kapitel: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit (I.A 1 – I.A21)	131 – 138
Änderungsanträge: II. Kapitel: Es ist Zeit für mehr Familie, beste Schulen und gute Pflege (II.A1 - II.A125)	139 – 170
Änderungsanträge: III. Kapitel Es ist Zeit für moderne Ausbildung und sichere Arbeit (III.A1 - III.A 166)	171 – 218
Änderungsanträge: IV. Kapitel Es ist Zeit für eine starke Wirtschaft und Innovationen (IV.A1 - IV.A)	219 – 255
Änderungsanträge: V. Kapitel Es ist Zeit für einen starken Sozial- staat (V.A1 - V.A172)	256 – 313
Änderungsanträge: VI. Kapitel Es ist Zeit für gerechte Steuern und Abgaben (VI.A1 - VI.A85)	314 – 338

Änderungsanträge: VII. Kapitel Es ist Zeit für ein gutes Leben in der Stadt und auf dem Land (VII.A1 - VII.A57)	339 – 360
Änderungsanträge: VIII. Kapitel Es ist Zeit für eine gesunde und saubere Zukunft (VIII.A1 - VIII.A120)	361 – 406
Änderungsanträge: IX. Kapitel Es ist Zeit für mehr Sicherheit im Alltag (IX.A1 - IX.A119)	407 – 439
Änderungsanträge: X. Kapitel Es ist Zeit für eine geordnete Migrationspolitik (X.A1 - X.A76)	440 – 464
Änderungsanträge: XI. Kapitel Es ist Zeit für eine offene und moderne Gesellschaft (XI.A1 - XI.A113)	465 – 503
Änderungsanträge: XII. Kapitel Es ist Zeit für ein besseres Europa - sozialer und demokratischer (XII.A1 - XII.A60)	504 – 522
Änderungsanträge: XIII. Kapitel Es ist Zeit für mehr Frieden und Stabilität in der Welt (XIII.A1 - XIII.A102)	523 – 553
Themenübergreifende Anträge (Th1 – Th33)	554 – 671
Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik (A1 – A17)	672 – 685
Arbeitsmarktpolitik (Ar1 – Ar73)	686 – 728
Bildungs-, Wissenschafts- und Jugendpolitik (B1 – B10)	729 – 740
Europapolitik (EU1 – EU10)	741 – 761
Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Generations- und Seniorenpolitik (F1 – F12)	762 – 774
Gesundheitspolitik (G1 – G42)	775 – 801
Innen- und Rechtspolitik, Migration (I1 – I27)	802 – 821
Kommunalpolitik, Stadtentwicklung, Wohnen (K1 – K15)	822 – 830
Medien- und Kulturpolitik, Digitalpolitik (M1 – M2)	831 – 833
Sozialpolitik (S1 - S64)	834 – 895
Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik (StW1 – StW59)	896 – 936
Umwelt-, Energie- und Verbraucherpolitik (U1 – U14)	937 – 949
Verkehrspolitik (V1 – V19)	950 – 959
Sonstige (So1 – So24)	960 – 968

## Regierungsprogrammewurf (RP)

Leitantrag des SPD-Parteivorstands mit Beschluss vom 22. Mai 2017

Antragsbereich RP/ Antrag 1  
Parteivorstand

**Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken**

**Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken**

**Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit!**

Annahme in der Fassung Antragskommission

**Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit!**

5 2017 ist ein entscheidendes Jahr. Die SPD tritt an, um mit Martin Schulz als Bundeskanzler die Weichen für die Zukunft Deutschlands und Europas zu stellen. Die Wahlen in diesem Jahr sind grundsätzliche Entscheidungen darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Werte, die als selbstverständlich galten, stehen auf dem Spiel.

2017 ist ein entscheidendes Jahr. Die SPD tritt an, um mit Martin Schulz als Bundeskanzler die Weichen für die Zukunft Deutschlands und Europas zu stellen. Die Wahlen in diesem Jahr sind grundsätzliche Entscheidungen darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Werte, die als selbstverständlich galten, stehen auf dem Spiel.

15 Für diese Werte kämpfen wir, wie wir es in unserer langen Geschichte immer getan haben. Für eine Gesellschaft, die jedem Menschen respektvoll begegnet.

Für diese Werte kämpfen wir, wie wir es in unserer langen Geschichte immer getan haben. Für eine Gesellschaft, die jedem Menschen respektvoll **und mit Würde** begegnet.

20 Unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sexueller Identität, Religion. Unabhängig davon, ob jemand eine Behinderung hat, krank oder pflegebedürftig ist. Unabhängig von Beschäftigung und Lebensgrundlage.

Unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sexueller Identität, Religion. Unabhängig davon, ob jemand eine Behinderung hat, krank oder pflegebedürftig ist. Unabhängig von Beschäftigung und Lebensgrundlage.

25 Wir kämpfen für die Freiheit, seine Meinung sagen und veröffentlichen zu können. Für eine freie Presse und eine unabhängige Justiz. Wenn wir uns umschauen in Europa und der Welt, sehen wir diese Werte in Gefahr.

Wir kämpfen für die Freiheit, seine Meinung sagen und veröffentlichen zu können. Für eine freie Presse und eine unabhängige Justiz. Wenn wir uns umschauen in Europa und der Welt, sehen wir diese Werte in Gefahr.

Für diese Werte einzustehen, war der Ursprung der Sozialdemokratie. Dafür stehen wir – damals wie heute.

Für diese Werte einzustehen, war der Ursprung der Sozialdemokratie. Dafür stehen wir – damals wie heute.

30 Unser Land ist heute demokratischer, offener, moderner, und freier als jemals zuvor. Hier leben engagierte Menschen in ihren Familien, mit Freunden und Nachbarn. Hier arbeiten motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ebenso wie selbstbewusste Gewerkschaften und erfolgreiche Unternehmen in einer starken sozialen Marktwirtschaft zusammen. Wir sind stolz auf unseren demokratischen Rechtsstaat, der weltweit seinesgleichen sucht.

Unser Land ist heute demokratischer, offener, moderner, und freier als jemals zuvor. Hier leben engagierte Menschen in ihren Familien, mit Freunden und Nachbarn. Hier arbeiten motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ebenso wie selbstbewusste Gewerkschaften und erfolgreiche Unternehmen in einer starken sozialen Marktwirtschaft zusammen. Wir sind stolz auf unseren demokratischen Rechtsstaat, (...) **der die Würde des Menschen an erste Stelle setzt.**

Unser kulturelles Leben ist einzigartig. Ebenso wie unsere Zivilgesellschaft mit ihren vielen unterschiedlichen Vereinen, Verbänden und Initiativen, den Wohlfahrts-

Unser kulturelles Leben ist einzigartig. Ebenso wie unsere Zivilgesellschaft mit ihren vielen unterschiedlichen Vereinen, Verbänden und Initiativen, den Wohlfahrts-



40	verbänden, Kirchen und Religionsgemeinschaften, in denen sich Millionen Menschen ehrenamtlich engagieren.	verbänden, Kirchen und Religionsgemeinschaften, in denen sich Millionen Menschen ehrenamtlich engagieren.
45  50  55	Viele sagen, dass es ihnen eigentlich gut geht. Aber sie spüren auch, dass es in unserer Gesellschaft nicht überall gerecht zugeht. Sie berichten von ihren Schwierigkeiten, den Hoffnungen ihrer Eltern und Zielen ihrer Kinder. Alle eint der Wunsch nach einer gerechten Gesellschaft, die zusammenhält. Es ist der Wunsch nach einem Land, in dem wir füreinander da sind und uns gegenseitig mit Respekt begegnen. Mehr Gerechtigkeit und Respekt vor der Lebensleistung aller Menschen stärken unsere Demokratie. Dazu gehört, dass in unserem Land der gesellschaftliche Zusammenhalt wieder stärker wird und der anständige Umgang untereinander nicht durch die politische Radikalisierung verloren geht. Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland sicher leben können.	Viele sagen, dass es ihnen eigentlich gut geht. Aber sie spüren auch, dass es in unserer Gesellschaft nicht überall gerecht zugeht. Sie berichten von ihren Schwierigkeiten, den Hoffnungen ihrer Eltern und Zielen ihrer Kinder. Alle eint der Wunsch nach einer gerechten Gesellschaft, die zusammenhält. Es ist der Wunsch nach einem Land, in dem wir füreinander da sind und uns gegenseitig mit Respekt begegnen. Mehr Gerechtigkeit und Respekt vor der Lebensleistung aller Menschen stärken unsere Demokratie. Dazu gehört, dass in unserem Land der gesellschaftliche Zusammenhalt wieder stärker wird und der anständige Umgang untereinander nicht durch die politische Radikalisierung verloren geht. Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland sicher leben können.
60  65	<b>Gerechtigkeit</b> ist <i>die</i> zentrale Voraussetzung für <b>Zusammenhalt</b> und <b>Wohlstand</b> . Wir werden Einkommen und Chancen gerechter gestalten. Gesellschaften, die zusammenhalten und sozial gerecht sind, können Probleme besser meistern. Gerechte Gesellschaften sind wirtschaftlich erfolgreicher und innovativer. In gerechteren Gesellschaften sind die Menschen zufriedener und das gegenseitige Vertrauen ist stärker. Gerechtigkeit macht unser Land in vielerlei Hinsicht reicher.	<b>Gerechtigkeit</b> ist <i>die</i> zentrale Voraussetzung für <b>Zusammenhalt</b> und <b>Wohlstand</b> . Wir werden Einkommen und Chancen gerechter gestalten. Gesellschaften, die zusammenhalten und sozial gerecht sind, können Probleme besser meistern. Gerechte Gesellschaften sind wirtschaftlich erfolgreicher und innovativer. In gerechteren Gesellschaften sind die Menschen zufriedener und das gegenseitige Vertrauen ist stärker. Gerechtigkeit macht unser Land in vielerlei Hinsicht reicher. <b>Gerechtigkeit bedeutet auch soziale Sicherheit. Sichere und gute Arbeitsplätze, die Zuversicht, dass es gute und gleiche Bildungschancen für alle Kinder gibt, die Zuverlässigkeit, dass genügend und bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist, dafür setzen wir uns ein. Soziale Sicherheit und öffentliche Sicherheit gehören zusammen. Jede und jeder hat das Recht, sich sicher bewegen zu können. Der Staat muss für die Sicherheit aller Menschen sorgen.</b>
70  75	Wenn wir für mehr Gerechtigkeit und Sicherheit sorgen, dann zahlt sich das für den Wirtschaftsstandort Deutschland aus. Für den weltweiten Handel und die Digitalisierung unserer Wirtschaft brauchen wir gerechte Rahmenbedingungen und modernste Infrastruktur. Unser Ziel ist es, die Chancen, die sich aus der Digitalisierung und der weltweiten Vernetzung ergeben, zu nutzen. Wirtschaftliche Kraft, Innovationsfreude, technologischer Fortschritt und Nachhaltigkeit sind die Grundlagen für die Zukunft Deutschlands und Europas.	Wenn wir für mehr Gerechtigkeit und Sicherheit sorgen, dann zahlt sich das für den Wirtschaftsstandort Deutschland aus. Für den weltweiten Handel und die Digitalisierung unserer Wirtschaft brauchen wir gerechte Rahmenbedingungen und modernste Infrastruktur. Unser Ziel ist es, die Chancen, die sich aus der Digitalisierung und der weltweiten Vernetzung ergeben, zu nutzen. Wirtschaftliche Kraft, Innovationsfreude, technologischer Fortschritt, (...) Nachhaltigkeit <b>und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen</b> sind die
80  85	Wenn wir für mehr Gerechtigkeit und Sicherheit sorgen, dann zahlt sich das für den Wirtschaftsstandort Deutschland aus. Für den weltweiten Handel und die Digitalisierung unserer Wirtschaft brauchen wir gerechte Rahmenbedingungen und modernste Infrastruktur. Unser Ziel ist es, die Chancen, die sich aus der Digitalisierung und der weltweiten Vernetzung ergeben, zu nutzen. Wirtschaftliche Kraft, Innovationsfreude, technologischer Fortschritt und Nachhaltigkeit sind die Grundlagen für die Zukunft Deutschlands und Europas.	Wenn wir für mehr Gerechtigkeit und Sicherheit sorgen, dann zahlt sich das für den Wirtschaftsstandort Deutschland aus. Für den weltweiten Handel und die Digitalisierung unserer Wirtschaft brauchen wir gerechte Rahmenbedingungen und modernste Infrastruktur. Unser Ziel ist es, die Chancen, die sich aus der Digitalisierung und der weltweiten Vernetzung ergeben, zu nutzen. Wirtschaftliche Kraft, Innovationsfreude, technologischer Fortschritt, (...) Nachhaltigkeit <b>und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen</b> sind die

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- |     |   |   |
|-----|---|---|
| 90  | Die SPD ist Partnerin der Gewerkschaften, der Wirtschaft und der Wissenschaft – denn wirtschaftliche Stärke ist der gemeinsame Erfolg vieler.   | Grundlagen für die Zukunft Deutschlands und Europas. Die SPD ist Partnerin der Gewerkschaften, der Wirtschaft und der Wissenschaft – denn wirtschaftliche Stärke ist der gemeinsame Erfolg vieler.  |
| 95  | Wir wollen eine Gesellschaft der Kultur und Kunst, die unser Leben in vielerlei Hinsicht bereichert und das Nachdenken über uns selbst befördert.   | Wir wollen eine Gesellschaft der Kultur und Kunst, die unser Leben in vielerlei Hinsicht bereichert und das Nachdenken über uns selbst befördert.   |
| 100 | Internationale Krisen und Zuwanderung stellen Deutschland und Europa vor neue Herausforderungen. Eine offene Gesellschaft braucht eine starke Demokratie, die <b>Zusammenhalt und Solidarität</b> fördert, Regeln durchsetzt und damit Sicherheit gewährleistet. Ein friedliches Zusammenleben funktioniert nur mit der Anerkennung von Werten und Regeln, die für alle gleichermaßen gelten. Das trifft für Deutschland ebenso zu wie für Europa.  | Internationale Krisen und Zuwanderung stellen Deutschland und Europa vor neue Herausforderungen. Eine offene Gesellschaft braucht eine starke Demokratie, die <b>Zusammenhalt und Solidarität</b> fördert, Regeln durchsetzt und damit Sicherheit gewährleistet. Ein friedliches Zusammenleben funktioniert nur mit der Anerkennung von Werten und Regeln, die für alle gleichermaßen gelten. Das trifft für Deutschland ebenso zu wie für Europa.  |
| 105 |   |   |
| 110 | Die SPD steht wie keine andere Partei für die europäische Idee. Diese Idee eines geeinten Europas ist für mehr als 500 Millionen Menschen das Versprechen auf ein Leben in Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Uns geht es um ein wirtschaftlich dynamisches, demokratischeres und <b>sozialeres Europa</b> , das die Menschen in den Mittelpunkt stellt, Verständigung schafft und Zusammenhalt stiftet.  | Die SPD steht wie keine andere Partei für die europäische Idee. Diese Idee eines geeinten Europas ist für mehr als 500 Millionen Menschen das Versprechen auf ein Leben in Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Uns geht es um ein wirtschaftlich dynamisches, demokratischeres und <b>sozialeres Europa</b> , das die Menschen in den Mittelpunkt stellt, Verständigung schafft und Zusammenhalt stiftet.  |
| 115 |   |   |
| 120 | Europa ist ein Friedensprojekt und die SPD als <b>Friedenspartei</b> steht für eine Außenpolitik der klugen Diplomatie. Im Geiste der Entspannungspolitik Willy Brandts ist es unser Anspruch, Brücken zu bauen. Aufrüstung und Säbelrasseln lösen keine Konflikte. Europa, die USA, Russland und China tragen gemeinsam Verantwortung für den Frieden in der Welt und den Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Deshalb können nur der Dialog zwischen den Regierungen, die Verständigung zwischen den Völkern und eine gelebte Solidarität zwischen Nord und Süd zu mehr globaler Sicherheit führen. | Europa ist ein Friedensprojekt und die SPD als <b>Friedenspartei</b> steht für eine Außenpolitik der klugen Diplomatie. Im Geiste der Entspannungspolitik Willy Brandts ist es unser Anspruch, Brücken zu bauen. Aufrüstung und Säbelrasseln lösen keine Konflikte. Europa, die USA, Russland und China tragen gemeinsam Verantwortung für den Frieden in der Welt und den Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Deshalb können nur der Dialog zwischen den Regierungen, die Verständigung zwischen den Völkern und eine gelebte Solidarität zwischen Nord und Süd zu mehr globaler Sicherheit führen. |
| 125 |   |   |
| 130 | Die Zukunft Deutschlands und Europas wird das sein, was wir alle gemeinsam aus ihr machen. Veränderungsprozesse lassen sich nicht verhindern, sondern sie bieten die Chance, die Dinge zum Besseren zu wenden. Sie lassen sich politisch gestalten! Was wir brauchen ist die Zuversicht, dass es sich lohnt, für eine bessere Zukunft zu streiten und den Mut, es anzugehen. Zukunft ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein Versprechen auf ein <b>besseres Zusammenleben, Chan-</b>  | Die Zukunft Deutschlands und Europas wird das sein, was wir alle gemeinsam aus ihr machen. Veränderungsprozesse lassen sich nicht verhindern, sondern sie bieten die Chance, die Dinge zum Besseren zu wenden. Sie lassen sich politisch gestalten! Was wir brauchen ist die Zuversicht, dass es sich lohnt, für eine bessere Zukunft zu streiten und den Mut, es anzugehen. Zukunft ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein Versprechen auf ein <b>besseres Zusammenleben, Chan-</b>  |
| 135 |   |   |

140	<p>cengleichheit und ein gerechtes Miteinander in einer offenen Gesellschaft.</p>	<p>cengleichheit und ein gerechtes Miteinander in einer offenen und inklusiven Gesellschaft.</p>
145	<p>Dafür arbeitet die SPD und dafür kämpfen wir. Mit Martin Schulz als Bundeskanzler und einer starken SPD im Bundestag wird Deutschland <b>gerechter, fortschrittlicher und solidarischer</b>.</p>	<p>Dafür arbeitet die SPD und dafür kämpfen wir. Mit Martin Schulz als Bundeskanzler und einer starken SPD im Bundestag wird Deutschland <b>gerechter, fortschrittlicher, <u>solidarischer und nachhaltiger</u></b>.</p>
150	<p><b>Es ist Zeit jetzt zu handeln!</b></p>	<p><b>Es ist Zeit jetzt zu handeln!</b></p>
155	<p><b>Es ist Zeit für mehr Familie, beste Schulen und gute Pflege</b></p>	<p><b>Es ist Zeit für mehr Familie, beste Schulen und gute Pflege</b></p>
160	<p>Es gibt Jahre, in denen die Familie mehr Zuwendung und mehr Zeit braucht als in anderen. Eltern wollen für ihre Kinder da sein und beruflich den Anschluss halten. Oft stehen sie zudem vor der Herausforderung, sich um</p>	<p>Es gibt Jahre, in denen die Familie mehr Zuwendung und mehr Zeit braucht als in anderen. Eltern wollen für ihre Kinder da sein und beruflich den Anschluss halten. Oft stehen sie zudem vor der Herausforderung, sich um</p>
165	<p>pflegebedürftige Angehörige zu kümmern. Wir sorgen dafür, dass Familie, Beruf und Pflege besser zusammengehen. Wir ermöglichen Eltern, berufliche und familiäre Aufgaben gerecht aufzuteilen. Dafür brauchen sie ein gutes Angebot an Kitas und Schulen sowie</p>	<p>pflegebedürftige Angehörige zu kümmern. Wir sorgen dafür, dass Familie, Beruf und Pflege besser zusammengehen. Wir ermöglichen Eltern, berufliche und familiäre Aufgaben gerecht aufzuteilen. Dafür brauchen sie ein gutes Angebot an Kitas und Schulen sowie</p>
170	<p>mehr Zeit und Geld. Diese Wünsche und Bedürfnisse sind für unsere Politik zentral, denn Familie ist ein fester Anker in unserem Leben. Für uns ist Familie dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen – von der klassischen Ehe zwischen Mann und Frau über</p>	<p>mehr Zeit und Geld. Diese Wünsche und Bedürfnisse sind für unsere Politik zentral, denn Familie ist ein fester Anker in unserem Leben. Für uns ist Familie dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen – von der (...) Ehe zwischen Mann und Frau über alleinerziehende Mütter und Väter, Patchworkfamilien bis zum</p>
175	<p>alleinerziehende Mütter und Väter, Patchworkfamilien bis zum gleichgeschlechtlichen Paar.</p>	<p>gleichgeschlechtlichen Paar.</p>
180	<p>Unsere Bildungspolitik schafft gleiche Chancen für alle. Denn noch entscheidet hier zu oft der Geldbeutel der Eltern. Deshalb machen wir die Bildung gebührenfrei. Und zwar von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Master und zur Meisterprüfung.</p>	<p>Unsere Bildungspolitik schafft gleiche Chancen für alle. Denn noch entscheidet hier zu oft der Geldbeutel der Eltern. Deshalb machen wir die Bildung gebührenfrei. Und zwar von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Master und zur Meister-<b>/Technikerprüfung</b>.</p>
185	<p>Wir werden die Schulen modernisieren und in den Ausbau von Ganztagschulen investieren. Kinder, Eltern und Lehrkräfte sollen erleben, dass uns Bildung viel wert ist. Es ist unsere Aufgabe, junge Menschen dabei zu unterstützen, ihren Weg zu gehen. Das geht nur mit einer eigenständigen Jugendpolitik, die Jugendlichen passende Angebote für ihre jeweilige Lebenssituation macht.</p>	<p>Wir werden die Schulen modernisieren und in den Ausbau von Ganztagschulen investieren. Kinder, Eltern und Lehrkräfte sollen erleben, dass uns Bildung viel wert ist. Es ist unsere Aufgabe, junge Menschen dabei zu unterstützen, ihren Weg zu gehen. Das geht nur mit einer eigenständigen Jugendpolitik, die Jugendlichen passende Angebote für ihre jeweilige Lebenssituation macht.</p>
190	<p>Die gleiche Sorgfalt und Energie, die wir für unsere Kinder verwenden, brauchen wir auch für die Älteren in unserer Familie. Ältere Menschen müssen so lange wie möglich am gesellschaftlichen Leben teilhaben und</p>	<p>Die gleiche Sorgfalt und Energie, die wir für unsere Kinder verwenden, brauchen wir auch für die Älteren in unserer Familie. Ältere Menschen müssen so lange wie möglich am gesellschaftlichen Leben teilhaben und</p>

<p>190 selbst über ihr Leben bestimmen können. Wenn sie Hilfe oder Pflege benötigen, sollen sie sich darauf verlassen können, dass sie die notwendige Unterstützung bekommen. Pflege ist keine Privatsache. Diejenigen, die sich um andere kümmern, lassen wir nicht alleine. Familie ist Lebensmittelpunkt. Und glückliche Familien, die ohne Sorgen leben können, geben uns Kraft für die Zukunft.</p>	<p>selbst über ihr Leben bestimmen können. Wenn sie Hilfe oder Pflege benötigen, sollen sie sich darauf verlassen können, dass sie die notwendige Unterstützung bekommen. Pflege ist keine Privatsache. Diejenigen, die sich um andere kümmern, lassen wir nicht alleine. Familie ist Lebensmittelpunkt. Und glückliche Familien, die ohne Sorgen leben können, geben uns Kraft für die Zukunft.</p>
--	--

<p>195 <b>Familienarbeitszeit und Familiengeld:</b></p>	<p><b>Familienarbeitszeit und Familiengeld:</b></p>
---	---

<p>200 Wir wollen, dass <b>Familie und Beruf als doppeltes Glück</b> empfunden wird. Viele Eltern wünschen sich, ihre Arbeit und die Kindererziehung partnerschaftlich aufteilen zu können. Bisläng heißt das allerdings, finanzielle und berufliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Das wollen wir ändern! Wir unterstützen Eltern: mit der Einführung der <b>Familienarbeitszeit und des Familiengeldes</b>. Noch ist es so, dass viele junge Väter nach kurzer Elternzeit voll in ihre Jobs zurückkehren. Obwohl die meisten gern etwas weniger arbeiten würden als vorher, um mehr Zeit mit der Familie zu haben. Mütter steigen hingegen oft nach einem Jahr Elternzeit in Teilzeit wieder ein, obwohl sie gern etwas mehr arbeiten würden. Das verhindert nicht nur eine partnerschaftliche Aufteilung der Arbeit und Kindererziehung, sondern hat für Frauen negative Folgen: geringeres Einkommen, schlechtere Aufstiegschancen und später eine geringere</p> <p>205 <b>geldes</b>. Noch ist es so, dass viele junge Väter nach kurzer Elternzeit voll in ihre Jobs zurückkehren. Obwohl die meisten gern etwas weniger arbeiten würden als vorher, um mehr Zeit mit der Familie zu haben. Mütter steigen hingegen oft nach einem Jahr Elternzeit in Teilzeit wieder ein, obwohl sie gern etwas mehr arbeiten würden. Das verhindert nicht nur eine partnerschaftliche Aufteilung der Arbeit und Kindererziehung, sondern hat für Frauen negative Folgen: geringeres Einkommen, schlechtere Aufstiegschancen und später eine geringere</p> <p>210 <b>geldes</b>. Noch ist es so, dass viele junge Väter nach kurzer Elternzeit voll in ihre Jobs zurückkehren. Obwohl die meisten gern etwas weniger arbeiten würden als vorher, um mehr Zeit mit der Familie zu haben. Mütter steigen hingegen oft nach einem Jahr Elternzeit in Teilzeit wieder ein, obwohl sie gern etwas mehr arbeiten würden. Das verhindert nicht nur eine partnerschaftliche Aufteilung der Arbeit und Kindererziehung, sondern hat für Frauen negative Folgen: geringeres Einkommen, schlechtere Aufstiegschancen und später eine geringere</p> <p>215 <b>geldes</b>. Noch ist es so, dass viele junge Väter nach kurzer Elternzeit voll in ihre Jobs zurückkehren. Obwohl die meisten gern etwas weniger arbeiten würden als vorher, um mehr Zeit mit der Familie zu haben. Mütter steigen hingegen oft nach einem Jahr Elternzeit in Teilzeit wieder ein, obwohl sie gern etwas mehr arbeiten würden. Das verhindert nicht nur eine partnerschaftliche Aufteilung der Arbeit und Kindererziehung, sondern hat für Frauen negative Folgen: geringeres Einkommen, schlechtere Aufstiegschancen und später eine geringere</p>	<p>Wir wollen, dass <b>Familie und Beruf als doppeltes Glück</b> empfunden wird. Viele Eltern wünschen sich, ihre Arbeit und die Kindererziehung partnerschaftlich aufteilen zu können. Bisläng heißt das allerdings, finanzielle und berufliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Das wollen wir ändern! Wir unterstützen Eltern: mit der Einführung der <b>Familienarbeitszeit und des Familiengeldes</b>. Noch ist es so, dass viele junge Väter nach kurzer Elternzeit voll in ihre Jobs zurückkehren. Obwohl die meisten gern etwas weniger arbeiten würden als vorher, um mehr Zeit mit der Familie zu haben. Mütter steigen hingegen oft nach einem Jahr Elternzeit in Teilzeit wieder ein, obwohl sie gern etwas mehr arbeiten würden. Das verhindert nicht nur eine partnerschaftliche Aufteilung der Arbeit und Kindererziehung, sondern hat für Frauen negative Folgen: geringeres Einkommen, schlechtere Aufstiegschancen und später eine geringere</p> <p>205 <b>geldes</b>. Noch ist es so, dass viele junge Väter nach kurzer Elternzeit voll in ihre Jobs zurückkehren. Obwohl die meisten gern etwas weniger arbeiten würden als vorher, um mehr Zeit mit der Familie zu haben. Mütter steigen hingegen oft nach einem Jahr Elternzeit in Teilzeit wieder ein, obwohl sie gern etwas mehr arbeiten würden. Das verhindert nicht nur eine partnerschaftliche Aufteilung der Arbeit und Kindererziehung, sondern hat für Frauen negative Folgen: geringeres Einkommen, schlechtere Aufstiegschancen und später eine geringere</p> <p>210 <b>geldes</b>. Noch ist es so, dass viele junge Väter nach kurzer Elternzeit voll in ihre Jobs zurückkehren. Obwohl die meisten gern etwas weniger arbeiten würden als vorher, um mehr Zeit mit der Familie zu haben. Mütter steigen hingegen oft nach einem Jahr Elternzeit in Teilzeit wieder ein, obwohl sie gern etwas mehr arbeiten würden. Das verhindert nicht nur eine partnerschaftliche Aufteilung der Arbeit und Kindererziehung, sondern hat für Frauen negative Folgen: geringeres Einkommen, schlechtere Aufstiegschancen und später eine geringere</p> <p>215 <b>geldes</b>. Noch ist es so, dass viele junge Väter nach kurzer Elternzeit voll in ihre Jobs zurückkehren. Obwohl die meisten gern etwas weniger arbeiten würden als vorher, um mehr Zeit mit der Familie zu haben. Mütter steigen hingegen oft nach einem Jahr Elternzeit in Teilzeit wieder ein, obwohl sie gern etwas mehr arbeiten würden. Das verhindert nicht nur eine partnerschaftliche Aufteilung der Arbeit und Kindererziehung, sondern hat für Frauen negative Folgen: geringeres Einkommen, schlechtere Aufstiegschancen und später eine geringere</p>
--	--

<p>220 Als ersten Schritt haben wir bereits das ElterngeldPlus eingeführt, das es Eltern ganz kleiner Kinder leichter macht, Elternzeit und Teilzeitarbeit miteinander zu verbinden. In einem nächsten Schritt werden wir eine Familienarbeitszeit einführen. Wenn beide Eltern ihre Arbeitszeit partnerschaftlich aufteilen, erhalten sie das Familiengeld. Es beträgt jeweils 150 Euro monatlich für beide Eltern, wenn sie jeweils 75 Prozent bis 90 Prozent der jeweiligen regulären Vollzeit arbeiten (das entspricht je nach betrieblicher bzw. tarifvertraglich geltender Vollzeit 26 bis 36 Wochenstunden). Und es wird bis zu 24 Monate gezahlt. Gerade Familien mit kleinen Einkommen sollen sich eine gerechte Aufteilung von Familie und Beruf leisten können. Natürlich werden auch Allein- oder getrennt Erziehende das Familiengeld erhalten.</p> <p>225 <b>geldes</b>. Noch ist es so, dass viele junge Väter nach kurzer Elternzeit voll in ihre Jobs zurückkehren. Obwohl die meisten gern etwas weniger arbeiten würden als vorher, um mehr Zeit mit der Familie zu haben. Mütter steigen hingegen oft nach einem Jahr Elternzeit in Teilzeit wieder ein, obwohl sie gern etwas mehr arbeiten würden. Das verhindert nicht nur eine partnerschaftliche Aufteilung der Arbeit und Kindererziehung, sondern hat für Frauen negative Folgen: geringeres Einkommen, schlechtere Aufstiegschancen und später eine geringere</p> <p>230 <b>geldes</b>. Noch ist es so, dass viele junge Väter nach kurzer Elternzeit voll in ihre Jobs zurückkehren. Obwohl die meisten gern etwas weniger arbeiten würden als vorher, um mehr Zeit mit der Familie zu haben. Mütter steigen hingegen oft nach einem Jahr Elternzeit in Teilzeit wieder ein, obwohl sie gern etwas mehr arbeiten würden. Das verhindert nicht nur eine partnerschaftliche Aufteilung der Arbeit und Kindererziehung, sondern hat für Frauen negative Folgen: geringeres Einkommen, schlechtere Aufstiegschancen und später eine geringere</p> <p>235 <b>geldes</b>. Noch ist es so, dass viele junge Väter nach kurzer Elternzeit voll in ihre Jobs zurückkehren. Obwohl die meisten gern etwas weniger arbeiten würden als vorher, um mehr Zeit mit der Familie zu haben. Mütter steigen hingegen oft nach einem Jahr Elternzeit in Teilzeit wieder ein, obwohl sie gern etwas mehr arbeiten würden. Das verhindert nicht nur eine partnerschaftliche Aufteilung der Arbeit und Kindererziehung, sondern hat für Frauen negative Folgen: geringeres Einkommen, schlechtere Aufstiegschancen und später eine geringere</p>	<p>Als ersten Schritt haben wir bereits das ElterngeldPlus eingeführt, das es Eltern ganz kleiner Kinder leichter macht, Elternzeit und Teilzeitarbeit miteinander zu verbinden. In einem nächsten Schritt werden wir eine Familienarbeitszeit einführen. Wenn beide Eltern ihre Arbeitszeit partnerschaftlich aufteilen, erhalten sie das Familiengeld. Es beträgt jeweils 150 Euro monatlich für beide Eltern, wenn sie jeweils 75 Prozent bis 90 Prozent der jeweiligen regulären Vollzeit arbeiten (das entspricht je nach betrieblicher bzw. tarifvertraglich geltender Vollzeit 26 bis 36 Wochenstunden). Und es wird bis zu 24 Monate gezahlt. Gerade Familien mit kleinen Einkommen sollen sich eine gerechte Aufteilung von Familie und Beruf leisten können. Natürlich werden auch Allein- oder getrennt Erziehende das Familiengeld erhalten.</p> <p>220 <b>geldes</b>. Noch ist es so, dass viele junge Väter nach kurzer Elternzeit voll in ihre Jobs zurückkehren. Obwohl die meisten gern etwas weniger arbeiten würden als vorher, um mehr Zeit mit der Familie zu haben. Mütter steigen hingegen oft nach einem Jahr Elternzeit in Teilzeit wieder ein, obwohl sie gern etwas mehr arbeiten würden. Das verhindert nicht nur eine partnerschaftliche Aufteilung der Arbeit und Kindererziehung, sondern hat für Frauen negative Folgen: geringeres Einkommen, schlechtere Aufstiegschancen und später eine geringere</p> <p>225 <b>geldes</b>. Noch ist es so, dass viele junge Väter nach kurzer Elternzeit voll in ihre Jobs zurückkehren. Obwohl die meisten gern etwas weniger arbeiten würden als vorher, um mehr Zeit mit der Familie zu haben. Mütter steigen hingegen oft nach einem Jahr Elternzeit in Teilzeit wieder ein, obwohl sie gern etwas mehr arbeiten würden. Das verhindert nicht nur eine partnerschaftliche Aufteilung der Arbeit und Kindererziehung, sondern hat für Frauen negative Folgen: geringeres Einkommen, schlechtere Aufstiegschancen und später eine geringere</p> <p>230 <b>geldes</b>. Noch ist es so, dass viele junge Väter nach kurzer Elternzeit voll in ihre Jobs zurückkehren. Obwohl die meisten gern etwas weniger arbeiten würden als vorher, um mehr Zeit mit der Familie zu haben. Mütter steigen hingegen oft nach einem Jahr Elternzeit in Teilzeit wieder ein, obwohl sie gern etwas mehr arbeiten würden. Das verhindert nicht nur eine partnerschaftliche Aufteilung der Arbeit und Kindererziehung, sondern hat für Frauen negative Folgen: geringeres Einkommen, schlechtere Aufstiegschancen und später eine geringere</p> <p>235 <b>geldes</b>. Noch ist es so, dass viele junge Väter nach kurzer Elternzeit voll in ihre Jobs zurückkehren. Obwohl die meisten gern etwas weniger arbeiten würden als vorher, um mehr Zeit mit der Familie zu haben. Mütter steigen hingegen oft nach einem Jahr Elternzeit in Teilzeit wieder ein, obwohl sie gern etwas mehr arbeiten würden. Das verhindert nicht nur eine partnerschaftliche Aufteilung der Arbeit und Kindererziehung, sondern hat für Frauen negative Folgen: geringeres Einkommen, schlechtere Aufstiegschancen und später eine geringere</p>
---	--

240 Zeit für Familie braucht auch einen Kulturwandel in der Arbeitswelt. Dazu gehört auch die **Abkehr vom „Präsenz-Wettbewerb“** im Beruf. Für familiengerechte Arbeits- und Besprechungszeiten, Homeoffice- und Dienststreiseregulungen sind die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in der Pflicht. Der Öffentliche Dienst soll dabei Vorreiter sein und die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbsarbeit, Kindererziehung und Pflege fördern.

245

**Gute Bildung von Anfang an:**

Zeit für Familie braucht auch einen Kulturwandel in der Arbeitswelt. Dazu gehört auch die **Abkehr vom „Präsenz-Wettbewerb“** im Beruf. Für familiengerechte Arbeits- und Besprechungszeiten, Homeoffice- und Dienststreiseregulungen sind die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in der Pflicht. Der Öffentliche Dienst soll dabei Vorreiter sein und die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbsarbeit, Kindererziehung und Pflege fördern.

**Gute Bildung von Anfang an:**

250 Wir sorgen für ein ausreichendes Angebot an Krippen, Kitas, Kindertagespflege, Horten und Ganztagschulen. **Die Kita-Gebühren schaffen wir schrittweise ab** und entlasten damit alle Familien, die jetzt noch für die Betreuung zahlen müssen.

255 Außerdem werden wir in Bildung und Betreuung am Nachmittag investieren und einen **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung** von Kita- und Grundschulkindern einführen – mit finanzieller Beteiligung des Bundes.

260

**Ziel muss es dabei sein, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch durch bedarfsgerechte Betreuungsangebote zu anderen Tageszeiten als bisher zu verbessern.**

265 Mit einem bundesweiten Gesetz werden wir die **Qualität von Kitas** mit Unterstützung des Bundes steigern. Wir brauchen **besser ausgestattete Kitas und eine gesunde Ernährung**. Mit **zusätzlichen Erzieherinnen und Erziehern** können die Kinder in den Gruppen besser betreut werden. Dafür wollen wir den Beruf aufwerten und die Ausbildung verbessern. Wir werden dies mit einer Fachkräfteoffensive unterstützen. Zusätzlich wollen wir die Kindertagespflege weiter professionalisieren und aufwerten.

275 **Kinderarmut bekämpfen:**

**Kinderarmut bekämpfen:**

280 Wir werden die Benachteiligung von Kindern armer Eltern beseitigen und ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen.

**Kinderarmut darf es in einem so reichen Land wie unserem nicht geben. Denn sie bedeutet vor allem auch: Schlechteren Zugang zu Bildung, Kultur und Sport – und damit schlechtere Zukunftschancen.**

Wir werden die Benachteiligung von Kindern armer Eltern beseitigen und ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen. **Dabei werden wir vor allem auch die besondere Lebenssituation von Kindern berücksichtigen, die mit einem Elternteil aufwachsen. Wir wollen**

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

285		<p><b>die Arbeitsmarktbeteiligung und die finanzielle Situation der Eltern ebenso verbessern wie die Teilhabechancen von Kindern – unabhängig von der sozialen Lage ihrer Eltern. Gute und bedarfsgerechte Kitas und Ganztagschulen sind dafür die entscheidende Voraussetzung. Gleichzeitig wollen wir ein nach Einkommen und Kinderzahl gestaffeltes Kindergeld einführen, das Kindergeld und Kinderzuschlag zusammenführt.</b></p>
290	<p>Die Rechte von Kindern und Familien werden wir auch in Bezug auf Teilhabechancen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) weiter stärken.</p>	<p>Die Rechte von Kindern und Familien werden wir auch in Bezug auf Teilhabechancen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) weiter stärken.</p>
295	<p><b>Kinderrechte stärken:</b></p>	<p><b>Kinderrechte stärken:</b></p>
300	<p>Wir werden die <b>Rechte von Kindern im Grundgesetz</b> verankern. Kinder sind eigene Persönlichkeiten und brauchen eigene Rechte. Parlamente, Verwaltungen und Gerichte sollen Kinderinteressen überall dort, wo Kinderrechte berührt sind, vorrangig berücksichtigen.</p>	<p>Wir werden die <b>Rechte von Kindern im Grundgesetz</b> verankern. Kinder sind eigene Persönlichkeiten und brauchen eigene Rechte. Parlamente, Verwaltungen und Gerichte sollen Kinderinteressen überall dort, wo Kinderrechte berührt sind, vorrangig berücksichtigen.</p>
305	<p>Das Recht von Kindern und Jugendlichen, ohne Gewalt – insbesondere sexualisierte Gewalt – aufzuwachsen, ist ein elementares Kinderrecht. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt muss ausgeweitet und weiter verstärkt werden. Dazu gehören</p>	<p>Das Recht von Kindern und Jugendlichen, ohne Gewalt – insbesondere sexualisierte Gewalt – aufzuwachsen, ist ein elementares Kinderrecht. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt muss ausgeweitet und weiter verstärkt werden. Dazu gehören</p>
310	<p>ein wirksamer Jugendmedienschutz genauso wie die Funktion des Missbrauchsbeauftragten und die Weiterführung der Hilfen für die Betroffenen.</p>	<p>ein wirksamer Jugendmedienschutz (...) und die Weiterführung der Hilfen für die Betroffenen. <b>Der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs spielt hier eine wichtige Rolle. Diese Funktion wollen wir weiter verlängern. (...)</b></p>
315	<p>Diese Hilfen müssen so niedrigschwellig und unbürokratisch wie möglich zur Verfügung gestellt werden.</p>	<p><b>Die Hilfen für die Betroffenen</b> müssen so niedrigschwellig und unbürokratisch wie möglich zur Verfügung gestellt werden.</p>
320	<p>Wir werden die Anstrengungen im Kampf gegen sexualisierte Gewalt bundesweit weiter vorantreiben.</p>	<p>Wir werden die Anstrengungen im Kampf gegen sexualisierte Gewalt bundesweit weiter vorantreiben.</p>
325	<p>Zum Schutz gegen Mobbing müssen Eltern, Kinder und Beschäftigte in Bildungseinrichtungen für dieses Thema stärker sensibilisiert werden und Präventionsmaßnahmen in allen Altersstufen durchgeführt werden.</p>	<p>Zum Schutz gegen Mobbing müssen Eltern, Kinder und Beschäftigte in Bildungseinrichtungen für dieses Thema stärker sensibilisiert werden und Präventionsmaßnahmen in allen Altersstufen durchgeführt werden.</p>
330	<p><b>Politik für junge Menschen:</b></p>	<p><b>Politik für junge Menschen:</b></p>
330	<p>Eine <b>eigenständige Jugendpolitik</b> bedeutet für uns, verschiedene Politikfelder schlüssig miteinander zu verbinden. Wir wollen deshalb in einem breiten Diskurs unsere jugendpolitische Gesamtstrategie gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen und ihren Verbänden weiterentwickeln. Unser Leitbild ist dabei: Alle jungen</p>	<p>Eine <b>eigenständige Jugendpolitik</b> bedeutet für uns, verschiedene Politikfelder schlüssig miteinander zu verbinden. Wir wollen deshalb in einem breiten Diskurs unsere jugendpolitische Gesamtstrategie gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen und ihren Verbänden weiterentwickeln. Unser Leitbild ist dabei: Alle jungen</p>

335 Menschen müssen ihren eigenen Weg gehen, Freiräume haben und ein selbstbestimmtes Leben führen können. Eine wichtige Grundlage für unser Handeln ist das bewährte Instrument des Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung.

340 Mit einem „Jugend-Check“, werden wir zudem künftig alle politischen Maßnahmen auf ihre konkrete Wirkung für junge Menschen überprüfen.

345 Junge Menschen brauchen vor allem ein **Bildungs- und Ausbildungssystem**, das optimale Förderung und individuelle Freiräume verbindet. Das heißt zum Beispiel: In Ganztagschulen muss es möglichst viele alternative Angebote geben – und gleichzeitig brauchen Jugendliche zeitliche Freiräume außerhalb von Schule. Für einen guten Übergang von der Schule in die Ausbildung sind die frühzeitige Berufs- und Studienorientierung und, wenn nötig, eine unterbrechungsfreie Berufseinstiegsbegleitung erforderlich. Diese unterstützen wir mit flächendeckenden Jugendberufsagenturen. Neben der Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen wollen wir zugleich die Qualität der dualen Ausbildung steigern, um beispielsweise die sozialen Berufe attraktiver zu machen. Mit einer Mindestausbildungsvergütung (tarifliche Lösungen haben Vorrang) wollen wir Eigenständigkeit während der Ausbildung ermöglichen. In jeder Lebensphase muss es zudem finanziell möglich sein, zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu wechseln. Wir wollen daher die Leistungen des BAföG verbessern – insbesondere auch, um schon bestehende, alternative Bildungsbiographien etwa durch einen späteren Studienbeginn oder Teilzeitstudien fördern zu können.

370 Wir tragen Sorge dafür, dass Bildungs- und Ausbildungschancen nicht vom Wohnort der Eltern abhängen. Neben einer Ausweitung des öffentlichen und sozialen Wohnungsbaus wollen wir gezielt in Studierenden- und Auszubildendenwohnheime investieren, um junge Menschen bei ihren ersten Schritten außerhalb des Elternhauses zu unterstützen.

375 **Nach der Ausbildung brauchen junge Menschen sichere Zukunftsperspektiven.** Deshalb wollen wir eine Ankündigungsfrist für Arbeitgeber einführen, die Auszubildende nach Ende der Ausbildung nicht übernehmen wollen. Die sachgrundlose Befristung werden wir abschaffen. Auch zweite und dritte Chancen in Schule und Berufsbildung zu eröffnen, ist für uns eine Selbstver-

Menschen müssen ihren eigenen Weg gehen, Freiräume haben und ein selbstbestimmtes Leben führen können. Eine wichtige Grundlage für unser Handeln ist das bewährte Instrument des Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung.

Mit einem **gesetzlich verankerten** „Jugend-Check“ werden wir zudem künftig alle politischen Maßnahmen auf ihre konkrete Wirkung für junge Menschen überprüfen.

Junge Menschen brauchen vor allem ein **Bildungs- und Ausbildungssystem**, das optimale Förderung und individuelle Freiräume verbindet. Das heißt zum Beispiel: In Ganztagschulen muss es möglichst viele alternative Angebote geben – und gleichzeitig brauchen Jugendliche zeitliche Freiräume außerhalb von Schule. Für einen guten Übergang von der Schule in die Ausbildung sind die frühzeitige Berufs- und Studienorientierung und, wenn nötig, eine unterbrechungsfreie Berufseinstiegsbegleitung erforderlich. Diese unterstützen wir mit flächendeckenden Jugendberufsagenturen. Neben der Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen wollen wir zugleich die Qualität der dualen Ausbildung steigern, um beispielsweise die sozialen Berufe attraktiver zu machen. Mit einer Mindestausbildungsvergütung (tarifliche Lösungen haben Vorrang) wollen wir Eigenständigkeit während der Ausbildung ermöglichen. In jeder Lebensphase muss es zudem finanziell möglich sein, zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu wechseln. Wir wollen daher die Leistungen des BAföG verbessern – insbesondere auch, um schon bestehende, alternative Bildungsbiographien etwa durch einen späteren Studienbeginn oder Teilzeitstudien fördern zu können.

Wir tragen Sorge dafür, dass Bildungs- und Ausbildungschancen nicht vom Wohnort der Eltern abhängen. Neben einer Ausweitung des öffentlichen und sozialen Wohnungsbaus wollen wir gezielt in Studierenden- und Auszubildendenwohnheime investieren, um junge Menschen bei ihren ersten Schritten außerhalb des Elternhauses zu unterstützen.

**Nach der Ausbildung brauchen junge Menschen sichere Zukunftsperspektiven.** Deshalb wollen wir eine Ankündigungsfrist für Arbeitgeber einführen, die Auszubildende nach Ende der Ausbildung nicht übernehmen wollen. Die sachgrundlose Befristung werden wir abschaffen. Auch zweite und dritte Chancen in Schule und Berufsbildung zu eröffnen, ist für uns eine Selbstver-

<p>385 ständlichkeit. Wir wollen keinen Jugendlichen zurücklassen. Das Ende der Schulpflicht darf deshalb nicht dazu führen, dass Jugendliche keine Chance erhalten, eine Schule oder Berufsschule zu besuchen. Wir setzen auf Perspektiven durch gezielte Förderung statt auf schärfere Sanktionen für unter 25-jährige im SGB II.</p>	<p>ständlichkeit. Wir wollen keinen Jugendlichen zurücklassen. Das Ende der Schulpflicht darf deshalb nicht dazu führen, dass Jugendliche keine Chance erhalten, eine Schule oder Berufsschule zu besuchen. Wir setzen auf Perspektiven durch gezielte Förderung statt auf schärfere Sanktionen für unter 25-jährige im SGB II.</p>
<p>390 Junge Menschen sollen demokratisch mitentscheiden. <b>Wir wollen das Wahlalter bei Bundestagswahlen auf 16 Jahre absenken.</b></p>	<p>Junge Menschen sollen demokratisch mitentscheiden. <b>Wir wollen das Wahlalter bei Bundestagswahlen <u>und bei den Wahlen zum Europäischen Parlament auf 16 Jahre absenken.</u></b></p>
<p>395 So ermöglichen wir jungen Menschen, sich früher politisch zu beteiligen. Und damit motivieren wir sie zugleich, sich für ihre Interessen und für ihre Rechte stärker zu engagieren. Denn ihre Stimme zählt. Die politische Bildung für Jugendliche werden wir ausbauen – vor allem über die Bundeszentrale für politische Bildung ebenso wie durch politische Jugendverbände, freie Träger und andere politische Bildungsangebote.</p>	<p>So ermöglichen wir jungen Menschen, sich früher politisch zu beteiligen. Und damit motivieren wir sie zugleich, sich für ihre Interessen und für ihre Rechte stärker zu engagieren. Denn ihre Stimme zählt. Die politische Bildung für Jugendliche werden wir ausbauen – vor allem über die Bundeszentrale für politische Bildung ebenso wie durch politische Jugendverbände, freie Träger und andere politische Bildungsangebote.</p>
<p>405 <b>Orte der Kinder- und Jugendarbeit</b> gehören genauso wie Kitas und Schulen zur Grundversorgung. Deshalb werden wir sie erhalten und ausbauen. Die Jugendverbände sind ein tragender Pfeiler unserer Jugendarbeit. Wir wollen ihre finanzielle Förderung im Bundeshaushalt weiter erhöhen. Immer mehr junge Menschen zwischen Schule und Studium oder Berufseinstieg nutzen Jugendfreiwilligendienste zur eigenen Orientierung. Dort muss die Zahl der Plätze der Nachfrage entsprechend angehoben werden.</p>	<p><b>Orte der Kinder- und Jugendarbeit</b> gehören genauso wie Kitas und Schulen zur Grundversorgung. Deshalb werden wir sie erhalten und ausbauen. Die Jugendverbände sind ein tragender Pfeiler unserer Jugendarbeit. Wir wollen ihre finanzielle Förderung im Bundeshaushalt weiter erhöhen. Immer mehr junge Menschen zwischen Schule und Studium oder Berufseinstieg nutzen Jugendfreiwilligendienste zur eigenen Orientierung. Dort muss die Zahl der Plätze der Nachfrage entsprechend angehoben werden.</p>
<p>415 <b>Die junge Generation gestaltet die globalisierte Welt.</b> Wir wollen daher die internationalen Jugendfreiwilligendienste, den internationalen Jugendaustausch sowie Erasmus+ als das zentrale Bildungsprogramm der EU deutlich ausbauen – und wer sich den Austausch nicht leisten kann, den unterstützen wir.</p>	<p><b>Die junge Generation gestaltet die globalisierte Welt.</b> Wir wollen daher die internationalen Jugendfreiwilligendienste, den internationalen Jugendaustausch sowie Erasmus+ als das zentrale Bildungsprogramm der EU deutlich ausbauen – und wer sich den Austausch nicht leisten kann, den unterstützen wir.</p>
<p>420 <b>Beste Schulen:</b></p>	<p><b>Beste Schulen:</b></p>
<p>425 Egal wo gelernt wird: <b>Schulen müssen strahlen</b> – die Gebäude, aber auch ihre Ausstattung. Und wir brauchen die besten Lehrerinnen und Lehrer. Deshalb wollen wir in einer „Nationalen Bildungsallianz“ alle Kräfte bündeln. Bildung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen! Mit einem neuen Grundgesetzartikel 104c brechen wir in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot auf. Der Bund soll in finanzschwachen Kommunen direkt in Bildungseinrich-</p>	<p>Egal wo gelernt wird: <b>Schulen müssen strahlen</b> – die Gebäude, aber auch ihre Ausstattung. Und wir brauchen die besten Lehrerinnen und Lehrer. Deshalb wollen wir in einer „Nationalen Bildungsallianz“ alle Kräfte bündeln. Bildung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen! Mit einem neuen Grundgesetzartikel 104c brechen wir in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot auf. Der Bund soll in finanzschwachen Kommunen direkt in Bildungseinrich-</p>



<p>435 tungen wie Kitas, Schulen, Horte und Berufsschulen investieren können. Darüber hinaus wollen wir aber eine vollständige Aufhebung des Kooperationsverbotes. Überall wo es Sinn macht muss der Bund helfen können, Bildung besser zu machen.</p>	<p>tungen wie Kitas, Schulen, Horte und Berufsschulen investieren können. Darüber hinaus wollen wir aber eine vollständige Aufhebung des Kooperationsverbotes. Überall wo es Sinn macht muss der Bund helfen können, Bildung besser zu machen.</p>
<p>440 Wir werden das Schulsanierungsprogramm des Bundes zu einem <b>Schulmodernisierungsprogramm</b> weiterentwickeln. Damit sorgen wir für gut ausgerüstete Klassenzimmer, barrierefreie Gebäude und moderne Ausstattung, auch mit digitaler Technik.</p>	<p>Wir werden das Schulsanierungsprogramm des Bundes zu einem <b>Schulmodernisierungsprogramm</b> weiterentwickeln. Damit sorgen wir für gut ausgerüstete Klassenzimmer, barrierefreie Gebäude und moderne Ausstattung, auch mit digitaler Technik.</p>
<p>445 Wir werden gemeinsam mit den Ländern den <b>flächendeckenden Ausbau guter Ganztagsangebote</b> vorantreiben. Unser Ziel: ein Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung. In einem ersten Schritt werden wir das in den nächsten vier Jahren für Grundschulen durchsetzen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir die <b>Schulsozialarbeit ausbauen</b>. Denn Schulen mit Ganztagsangeboten, die über den Unterricht hinausgehen, brauchen multiprofessionelle Teams. Gute Ganztagschulen müssen sich zudem gegenüber Partnern außerhalb der Schule öffnen und Kinder und Jugendliche an der Gestaltung der Angebote beteiligen. Schule ist Ort der Bildung, der Wertevermittlung und Lernort für lebendige Demokratie. Ehrenamtliches Engagement der Schülerinnen und Schüler werden wir fördern. Auch an Ganztagschulen brauchen Jugendliche zeitliche Freiräume.</p> <p>450</p> <p>455</p> <p>460</p>	<p>Wir werden gemeinsam mit den Ländern den <b>flächendeckenden Ausbau guter Ganztagsangebote</b> vorantreiben. Unser Ziel: ein Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung. In einem ersten Schritt werden wir das in den nächsten vier Jahren für Grundschulen durchsetzen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir die <b>Schulsozialarbeit ausbauen</b>. Denn Schulen mit Ganztagsangeboten, die über den Unterricht hinausgehen, brauchen multiprofessionelle Teams. Gute Ganztagschulen müssen sich zudem gegenüber Partnern außerhalb der Schule öffnen und Kinder und Jugendliche an der Gestaltung der Angebote beteiligen. Schule ist Ort der Bildung, der Wertevermittlung und Lernort für lebendige Demokratie. Ehrenamtliches Engagement der Schülerinnen und Schüler werden wir fördern. Auch an Ganztagschulen brauchen Jugendliche zeitliche Freiräume.</p> <p>450</p> <p>455</p> <p>460</p>
<p>465 Um die <b>Qualität des Unterrichts zu verbessern</b>, wollen wir den Austausch von guten Konzepten fördern und dies durch <b>begleitende Bildungsforschung unterstützen</b>. Schule braucht gutes Lern- und Lehrmaterial, das die Lebensrealität und die Vielfalt von Lebensmodellen altersgerecht abbildet. Neue Erkenntnisse über erfolgreiche Lern- und Unterrichtskonzepte müssen für Schulen schneller nutzbar gemacht werden. Auch die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte wollen wir entsprechend weiterentwickeln, denn Lehrerinnen und Lehrer müssen sich immer wieder auf neue Herausforderungen einstellen – auf die kulturelle und die Vielfalt von Lebensmodellen an ihrer Schule, auf das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung, auf ganztägigen Unterricht oder auf neue Entwicklungen in der digitalen Bildung. Die Qualitätsoffensive Lehrerbildung von Bund und Ländern werden wir fortsetzen und weiterentwickeln.</p> <p>470</p> <p>475</p> <p>480</p>	<p>Um die <b>Qualität des Unterrichts zu verbessern</b>, wollen wir den Austausch von guten Konzepten fördern und dies durch <b>begleitende Bildungsforschung unterstützen</b>. Schule braucht gutes Lern- und Lehrmaterial, das die Lebensrealität und die Vielfalt von Lebensmodellen altersgerecht abbildet. Neue Erkenntnisse über erfolgreiche Lern- und Unterrichtskonzepte müssen für Schulen schneller nutzbar gemacht werden. Auch die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte wollen wir entsprechend weiterentwickeln, denn Lehrerinnen und Lehrer müssen sich immer wieder auf neue Herausforderungen einstellen – auf die kulturelle und die Vielfalt von Lebensmodellen an ihrer Schule, auf das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung, auf ganztägigen Unterricht oder auf neue Entwicklungen in der digitalen Bildung. Die Qualitätsoffensive Lehrerbildung von Bund und Ländern werden wir fortsetzen und weiterentwickeln.</p> <p>470</p> <p>475</p> <p>480</p>

Die Digitalisierung verändert, wie wir leben und arbeiten, sie verändert auch, wie wir lernen. Bildung in und für die digitale Welt umfasst alle Bildungsbereiche und hat die digitale Selbstbestimmung zum Ziel. Digitale Bildung muss Gegenstand von Schul- und Unterrichtsentwicklung sein. **Kompetenzen im Umgang, Einsatz, Gestaltung und in der Nutzung digitaler Medien und Technik sind wichtig.** Deshalb werden wir gemeinsam mit den Ländern neue Bildungsstandards für alle Bildungsbereiche und Schulstufen entwickeln. Schülerinnen und Schüler sollen „digitale Kompetenzen“ fächerübergreifend erwerben. Digitalisierte Lernmaterialien müssen offen zur Verfügung stehen, wofür wir verstärkt offene Bildungsinhalte (Open Educational Resources) nutzen wollen. Damit das funktioniert, brauchen wir vernetzte digitale Lern-Plattformen. Auch müssen Bund und Länder gemeinsam für eine zeitgemäße technische Ausstattung der Bildungseinrichtungen sorgen.

Digitale Selbstständigkeit betrifft alle Generationen. Die Volkshochschulen spielen dabei eine wichtige Rolle in der Erwachsenenbildung. Wir schaffen Angebote für ältere Menschen, damit sie die Möglichkeiten der digitalen Gesellschaft besser nutzen können.

510

515

520

525

Die Digitalisierung verändert, wie wir leben und arbeiten, sie verändert auch, wie wir lernen. Bildung in und für die digitale Welt umfasst alle Bildungsbereiche und hat die digitale Selbstbestimmung zum Ziel. Digitale Bildung muss Gegenstand von Schul- und Unterrichtsentwicklung sein. **Kompetenzen im Umgang, Einsatz, Gestaltung und in der Nutzung digitaler Medien und Technik sind wichtig.** Deshalb werden wir gemeinsam mit den Ländern neue Bildungsstandards für alle Bildungsbereiche und Schulstufen entwickeln. Schülerinnen und Schüler sollen „digitale Kompetenzen“ fächerübergreifend erwerben. Digitalisierte Lernmaterialien müssen offen zur Verfügung stehen, wofür wir verstärkt offene Bildungsinhalte (Open Educational Resources) nutzen wollen. Damit das funktioniert, brauchen wir vernetzte digitale Lern-Plattformen. Auch müssen Bund und Länder gemeinsam für eine zeitgemäße technische Ausstattung der Bildungseinrichtungen sorgen.

Digitale Selbstständigkeit betrifft alle Generationen. Die Volkshochschulen spielen dabei eine wichtige Rolle in der Erwachsenenbildung. Wir schaffen Angebote für ältere Menschen, damit sie die Möglichkeiten der digitalen Gesellschaft besser nutzen können.

#### **Gut leben im Alter:**

Noch nie sind Menschen so gesund wie heute alt geworden. **Nach dem Erwerbsleben liegt meist ein langer Lebensabschnitt mit guter Lebensqualität vor ihnen. Sie unterstützen ihre Kinder und Enkelkinder. Sie engagieren sich in Vereinen, Verbänden, Nachbarschaften. Sie wollen selbstbestimmt, selbstständig, in guter Nachbarschaft leben und sich gleichzeitig darauf verlassen können, dass sie bei zunehmendem Hilfe- oder gar Pflegebedarf die notwendige Unterstützung erhalten.**

**Wir wollen daher lebenswerte und sichere Quartiere für alle Generationen unterstützen. Dazu gehört der Ausbau und die weitere Förderung von Orten der Begegnung wie den Mehrgenerationenhäusern, die auf freiwilliges Engagement angewiesen sind und es zugleich unterstützen.**

Damit ältere Menschen lange aktiv sein können, unterstützen wir flächendeckende und miteinander vernetzte **Angebote für Gesundheit, Pflege und haushaltsnahe Dienstleistungen** – legal, für alle zugänglich und be-

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

530 zahlbar. Hier braucht es eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern, Kommunen und den Sozialversicherungen.

535 Würdige Lebensbedingungen müssen für alle Lebensmodelle und Wohnformen sichergestellt werden. Dafür werden wir den Umbau zu barrierefreiem Wohnraum stärker unterstützen und das Programm „Altersgerecht umbauen“ fortsetzen **und gemeinschaftliche Wohnformen mit einem Programm „gemeinschaftlich selbstbestimmt Wohnen“ unterstützen. (...)**

540

**Familienarbeitszeit für Pflegende:**

**Familienarbeitszeit für Pflegende:**

545 Wer Angehörige pflegt, braucht mehr Zeit für Zuwendung und oft auch finanzielle Unterstützung. Wir führen die **Familienarbeitszeit für Pflegende** ein. So ermöglichen wir Menschen, die Familienmitglieder pflegen, eine **Freistellung von der Arbeit mit Lohnersatzleistung**: Pflegende Angehörige können ihre Arbeitszeit für bis zu drei Monate ganz oder zum Teil reduzieren und erhalten in dieser Zeit eine Lohnersatzleistung, die sich in Höhe und Umfang am Elterngeld orientiert. Wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darüber hinaus länger ihre Arbeitszeit für die Pflege von Angehörigen verringern möchten, erhalten sie das Familiengeld für Pflege. Es beträgt 150 Euro monatlich und wird für Beschäftigte gezahlt, die 75 Prozent bis 90 Prozent der jeweiligen regulären Vollzeit arbeiten; das entspricht je nach betrieblicher bzw. tarifvertraglich geltender Vollzeit 26 bis 36 Wochenstunden.

Wer Angehörige pflegt, braucht mehr Zeit für Zuwendung und oft auch finanzielle Unterstützung. Wir führen die **Familienarbeitszeit für Pflegende** ein. So ermöglichen wir Menschen, die Familienmitglieder pflegen, eine **Freistellung von der Arbeit mit Lohnersatzleistung**: Pflegende Angehörige können ihre Arbeitszeit für bis zu drei Monate ganz oder zum Teil reduzieren und erhalten in dieser Zeit eine Lohnersatzleistung, die sich in Höhe und Umfang am Elterngeld orientiert. Wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darüber hinaus länger ihre Arbeitszeit für die Pflege von Angehörigen verringern möchten, erhalten sie das Familiengeld für Pflege. Es beträgt 150 Euro monatlich und wird für Beschäftigte gezahlt, die 75 Prozent bis 90 Prozent der jeweiligen regulären Vollzeit arbeiten; das entspricht je nach betrieblicher bzw. tarifvertraglich geltender Vollzeit 26 bis 36 Wochenstunden.

565 Bei der Pflege in der Familie werden immer häufiger Dienstleistungen wie eine Haushaltshilfe in Anspruch genommen. Eine besondere Herausforderung stellen Arbeitsverhältnisse dar, in denen eine **24 Stunden-Pflege und –Betreuung im Haushalt** realisiert wird. Hier wollen wir Alternativen entwickeln. Die bereits bestehende staatliche Unterstützung werden wir auf dieses Ziel hin ausrichten. Uns ist wichtig, dass **staatliche Förderung an die soziale Absicherung der Beschäftigten gekoppelt** ist. Um Hilfe- und Unterstützungsangebote gut aufeinander abstimmen zu können, muss die Beratung über die zur Verfügung stehenden Pflegeleistungen verbessert werden.

Bei der Pflege in der Familie werden immer häufiger Dienstleistungen wie eine Haushaltshilfe in Anspruch genommen. Eine besondere Herausforderung stellen Arbeitsverhältnisse dar, in denen eine **24 Stunden-Pflege und –Betreuung im Haushalt** realisiert wird. Hier wollen wir Alternativen entwickeln. Die bereits bestehende staatliche Unterstützung werden wir auf dieses Ziel hin ausrichten. Uns ist wichtig, dass **staatliche Förderung an die soziale Absicherung der Beschäftigten gekoppelt** ist. Um Hilfe- und Unterstützungsangebote gut aufeinander abstimmen zu können, muss die Beratung über die zur Verfügung stehenden Pflegeleistungen verbessert werden.

575

Als wohnortnahe Anlaufstellen spielen **Pflegestützpunkte eine wichtige Rolle**. Hier werden pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen beraten, unter-

Als wohnortnahe Anlaufstellen spielen **Pflegestützpunkte eine wichtige Rolle**. Hier werden pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen beraten, unter-

580 stützt und bekommen bei der Organisation der Pflege die Hilfe, die sie brauchen. Ihre Unterstützung für pflegebedürftige Menschen und die Angehörigen werden wir ausbauen.

stützt und bekommen bei der Organisation der Pflege die Hilfe, die sie brauchen. Ihre Unterstützung für pflegebedürftige Menschen und die Angehörigen werden wir ausbauen.

**Gut leben im Alter:**

585 Noch nie sind Menschen so gesund wie heute alt geworden. Damit ältere Menschen lange aktiv sein können, unterstützen wir flächendeckende und miteinander vernetzte **Angebote für Gesundheit, Pflege und**  
 590 **haushaltsnahe Dienstleistungen** – legal, für alle zugänglich und bezahlbar. Hier braucht es eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern, Kommunen und den Sozialversicherungen.

595 Würdige Lebensbedingungen müssen für alle Lebensmodelle und Wohnformen sichergestellt werden. Dafür werden wir den Umbau zu barrierefreiem Wohnraum stärker unterstützen und das Programm „Altersgerecht umbauen“ fortsetzen. Wer alt ist, soll mit Menschen  
 600 jeden Alters zusammenleben können, wenn er oder sie das will – in Mehrgenerationenhäusern oder in Senioren-WGs. Wir werden gemeinschaftliche Wohnformen stärker unterstützen.

605 **Es ist Zeit für moderne Ausbildung und sichere Arbeit**

**Es ist Zeit für moderne Ausbildung und sichere Arbeit**

610 Nach der Schule werden die Weichen neu gestellt. Dabei ist der Einstieg in Ausbildung und Arbeit entscheidend. Junge Menschen haben Träume, Ziele oder sind noch auf der Suche. Damit sie einen erfolgreichen Weg einschlagen, muss es Hand in Hand gehen: Die Jugendlichen müssen motiviert sein und etwas aus ihrem Leben machen wollen, die Ausbildungsbetriebe müssen gute Angebote aufzeigen und die Hochschulen hervorragende Lehre und Forschung bieten. **Berufliche und akademische Bildung sind gleichwertig!** Beide Wege wollen wir stärken, da gerade das Ineinandergreifen dieser Fachlichkeiten unsere Innovationskraft ausmacht. Auszubildende und Studierende verdienen gleichen Respekt und gleiche Anerkennung. In beiden Bereichen brauchen wir mehr Absolventinnen und Absolventen.  
 620

Nach der Schule werden die Weichen neu gestellt. Dabei ist der Einstieg in Ausbildung und Arbeit entscheidend. Junge Menschen haben Träume, Ziele oder sind noch auf der Suche. Damit sie einen erfolgreichen Weg einschlagen, muss es Hand in Hand gehen: Die Jugendlichen müssen motiviert sein und etwas aus ihrem Leben machen wollen, die Ausbildungsbetriebe müssen gute Angebote aufzeigen und die Hochschulen hervorragende Lehre und Forschung bieten. **Berufliche und akademische Bildung sind gleichwertig!** Beide Wege wollen wir stärken, da gerade das Ineinandergreifen dieser Fachlichkeiten unsere Innovationskraft ausmacht. Auszubildende und Studierende verdienen gleichen Respekt und gleiche Anerkennung. In beiden Bereichen brauchen wir mehr Absolventinnen und Absolventen.

625 Die duale Ausbildung ist eine der Stärken unseres Bildungssystems. Eine herausragende Rolle spielt dabei das Handwerk, das für rund ein Viertel aller Ausbildungsplätze steht. Die duale Ausbildung sorgt dafür,

Die duale Ausbildung ist eine der Stärken unseres Bildungssystems. Eine herausragende Rolle spielt dabei das Handwerk, das für rund ein Viertel aller Ausbildungsplätze steht. Die duale Ausbildung sorgt dafür,

<p>630 dass wir auch morgen noch die Fachkräfte haben, die wir für die Sicherung unseres Wohlstandes brauchen. Deshalb kommt es jetzt darauf an, sie zu modernisieren und noch attraktiver zu machen.</p>	<p>dass wir auch morgen noch die Fachkräfte haben, die wir für die Sicherung unseres Wohlstandes brauchen. Deshalb kommt es jetzt darauf an, sie zu modernisieren und noch attraktiver zu machen.</p>
<p>635 Studierende an deutschen Hochschulen sollen exzellente Studienbedingungen haben. Universitäten und Fachhochschulen sind Orte, an denen menschliche Neugier und Kreativität neues Wissen schafft. Autonomie, Beteiligung und verlässliche Finanzen sind wichtige Rahmenbedingungen für gute Hochschulen. So können sie Verantwortung übernehmen und die gesellschaftliche Entwicklung mitgestalten. Wir wollen die MINT-Bildung entlang der gesamten Bildungskette stärken und insbesondere Frauen für eine Ausbildung oder ein Studium in diesen Feldern gewinnen.</p>	<p>Studierende an deutschen Hochschulen sollen exzellente Studienbedingungen haben. Universitäten und Fachhochschulen sind Orte, an denen menschliche Neugier und Kreativität neues Wissen schafft. Autonomie, Beteiligung und verlässliche Finanzen sind wichtige Rahmenbedingungen für gute Hochschulen. So können sie Verantwortung übernehmen und die gesellschaftliche Entwicklung mitgestalten. Wir wollen die MINT-Bildung entlang der gesamten Bildungskette stärken und insbesondere Frauen für eine Ausbildung oder ein Studium in diesen Feldern gewinnen.</p>
<p>645 Wir sorgen für sichere Arbeit. Und für Vollbeschäftigung in Deutschland. Unser Land ist wirtschaftlich erfolgreich. Dies ist vor allem Ergebnis der hohen Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die den Erfolg tagtäglich erarbeiten. Es ist auch 650 das Ergebnis einer Sozialpartnerschaft, in der Gewerkschaften auf Augenhöhe die Interessen der Arbeitnehmerschaft durchsetzen können. Und es ist der Erfolg von verantwortungsbewussten und innovativen Unternehmerinnen und Unternehmern, die gemeinsam mit 655 den Beschäftigten unser Land voranbringen. Wir bringen all jenen, die durch ihre Arbeit und ihr Engagement unser Land voranbringen, den Respekt entgegen, den sie verdienen. Das sollen die Menschen in ihrem täglichen Leben spüren.</p>	<p>Wir sorgen für sichere Arbeit (...) <b>mit dem Ziel der</b> Vollbeschäftigung in Deutschland. Unser Land ist wirtschaftlich erfolgreich. Dies ist vor allem Ergebnis der hohen Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die den Erfolg tagtäglich erarbeiten. Es ist auch das Ergebnis einer Sozialpartnerschaft, in der Gewerkschaften auf Augenhöhe die Interessen der Arbeitnehmerschaft durchsetzen können. Und es ist der Erfolg von verantwortungsbewussten und innovativen Unternehmerinnen und Unternehmern, die gemeinsam mit den Beschäftigten unser Land voranbringen. Wir bringen all jenen, die durch ihre Arbeit und ihr Engagement unser Land voranbringen, den Respekt entgegen, den sie verdienen. Das sollen die Menschen in ihrem täglichen Leben spüren.</p>
<p>660 Arbeit befindet sich im Wandel. Technologische Innovationen, digitale Vernetzung, unterschiedliche Lebensentwürfe, der Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine wachsende Vielfalt der Beschäftigungsformen sind neue Herausforderungen – auch für 665 die Politik. Wir passen die Rahmenbedingungen an, denn wir wollen Arbeit, die sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Dafür brauchen wir eine neue Partnerschaft auf dem Arbeitsmarkt. Wir sind überzeugt: 670 Nur gemeinsam bringen wir unser Land voran! Bessere Arbeitsbedingungen nützen allen, nicht nur den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sondern auch den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern. Wer gute Arbeit 675 hat, ist zufrieden. Und wer zufrieden ist und ohne existenzielle Sorgen, kann sich intensiv auf die Arbeit kon-</p>	<p>Arbeit befindet sich im Wandel. Technologische Innovationen, digitale Vernetzung, unterschiedliche Lebensentwürfe, der Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine wachsende Vielfalt der Beschäftigungsformen sind neue Herausforderungen – auch für die Politik. Wir passen die Rahmenbedingungen an, denn wir wollen Arbeit, die sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Dafür brauchen wir eine neue Partnerschaft auf dem Arbeitsmarkt. Wir sind überzeugt: Nur gemeinsam bringen wir unser Land voran! Bessere Arbeitsbedingungen nützen allen, nicht nur den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sondern auch den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern. Wer gute Arbeit hat, ist zufrieden. Und wer zufrieden ist und ohne existenzielle Sorgen kann sich intensiv auf die Arbeit kon-</p>

	zentrieren.
680	<p>zentrieren.</p> <p>Unser Ziel: unbefristete Arbeit – sozial abgesichert und nach Tarif bezahlt. Das muss für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder der Normalfall sein.</p>
685	<p>Männer und Frauen, die ihren Job verloren haben, sollen schnell wieder gute Arbeit finden. Wir werden die Menschen durch bessere Weiterbildungsmöglichkeiten unterstützen. Gleichzeitig schaffen wir mehr Sicherheit durch eine starke Arbeitslosenversicherung.</p> <p>Männer und Frauen, die ihren Job verloren haben, sollen schnell wieder gute Arbeit finden. Wir werden die Menschen durch bessere Weiterbildungsmöglichkeiten unterstützen. Gleichzeitig schaffen wir mehr Sicherheit durch eine starke Arbeitslosenversicherung.</p>
	<p><b>Modernisierung der beruflichen Ausbildung:</b></p>
690	<p><b>Modernisierung der beruflichen Ausbildung:</b></p>
695	<p>Wer sich für seinen späteren Beruf entscheiden soll, braucht frühzeitig Rat und Unterstützung. Bereits in der Schule muss eine gezielte Berufs- oder Studienorientierung stattfinden. Darüber hinaus sind <b>Jugendberufsagenturen</b> wichtige Anlaufstellen beim Übergang von der Schule in den Beruf. Wir wollen sie flächendeckend etablieren. Nach diesem Vorbild soll auch die Zusammenarbeit aller für die berufliche Ausbildung zuständigen Stellen verbessert werden.</p> <p>Wer sich für seinen späteren Beruf entscheiden soll, braucht frühzeitig Rat und Unterstützung. Bereits in der Schule muss eine gezielte Berufs- oder Studienorientierung stattfinden. Darüber hinaus sind <b>Jugendberufsagenturen</b> wichtige Anlaufstellen beim Übergang von der Schule in den Beruf. Wir wollen sie flächendeckend etablieren. Nach diesem Vorbild soll auch die Zusammenarbeit aller für die berufliche Ausbildung zuständigen Stellen verbessert werden.</p>
700	
705	<p>Die „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ von Wirtschaft, Gewerkschaften, Bund und Ländern werden wir fortführen. Unser Ziel bleibt die Garantie auf einen Ausbildungsplatz und damit der Anspruch für alle in Deutschland lebenden jungen Menschen auf eine qualitativ hochwertige und vollqualifizierende Ausbildung. Der betriebliche Ausbildungsplatz steht dabei im Mittelpunkt.</p> <p>Die „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ von Wirtschaft, Gewerkschaften, Bund und Ländern werden wir fortführen. Unser Ziel bleibt die Garantie auf einen Ausbildungsplatz und damit der Anspruch für alle in Deutschland lebenden jungen Menschen auf eine qualitativ hochwertige und vollqualifizierende Ausbildung. Der betriebliche Ausbildungsplatz steht dabei im Mittelpunkt. <b>Von Gewerkschaften und Arbeitgebern getragene branchenbezogene Ausbildungsfonds wollen wir stärken.</b></p>
710	
715	<p>Die <b>assistierte Ausbildung</b>, bei der neben den Jugendlichen auch Eltern, Schulen und Unternehmen unterstützt werden, wollen wir bundesweit ausbauen. Gleichzeitig werden wir das Instrument der ausbildungsbegleitenden Hilfen stärken, um so Unterstützung bei Lernschwierigkeiten oder bei Problemen im sozialen Umfeld zu ermöglichen.</p> <p>Die <b>assistierte Ausbildung</b>, bei der neben den Jugendlichen auch Eltern, Schulen und Unternehmen unterstützt werden, wollen wir bundesweit ausbauen. Gleichzeitig werden wir das Instrument der ausbildungsbegleitenden Hilfen stärken, um so Unterstützung bei Lernschwierigkeiten oder bei Problemen im sozialen Umfeld zu ermöglichen. <b>Weiter werden wir eine Initiative zum Ausbau der Teilzeitausbildung auf den Weg bringen.</b></p>
720	<p>Wir finden uns nicht damit ab, dass es in Deutschland weiterhin 7,5 Millionen Analphabeten gibt. Daher schaffen wir weitere Angebote des Bundes zur Stärkung der Grundbildung.</p> <p>Wir finden uns nicht damit ab, dass es in Deutschland weiterhin 7,5 Millionen <b>funktionale</b> Analphabeten gibt. Daher schaffen wir weitere Angebote des Bundes zur Stärkung der Grundbildung.</p>
725	

- |   |   |
|---|---|
| <p>730 Die Berufsschulen sind entscheidend für die Qualität der dualen Ausbildung. Hier lernen die Fachkräfte von morgen. Mit einem <b>Berufsschulpakt</b> wollen wir ihre Ausstattung modernisieren und dafür sorgen, dass genügend gute Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Ein solcher Pakt muss von Bund und Ländern gemeinsam getragen werden. Die Unternehmen und Ausbildungsbetriebe werden wir einbeziehen.</p>  | <p>Die Berufsschulen sind entscheidend für die Qualität der dualen Ausbildung. Hier lernen die Fachkräfte von morgen. Mit einem <b>Berufsschulpakt</b> wollen wir ihre Ausstattung modernisieren und dafür sorgen, dass genügend gute Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Ein solcher Pakt muss von Bund und Ländern gemeinsam getragen werden. Die Unternehmen und Ausbildungsbetriebe werden wir einbeziehen.</p>  |
| <p>735 Wer eine anspruchsvolle Ausbildung macht, soll auch ordentlich bezahlt werden. Deshalb braucht es eine angemessene <b>Mindestausbildungsvergütung</b>. Tarifvertragliche Lösungen haben dabei Vorrang, insbesondere Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, wodurch tariflich geregelte Ausbildungsvergütungen für alle gelten.</p> <p>740 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen künftig eine <b>Ankündigungsfrist einhalten</b>, wenn sie Auszubildende nach ihrem Abschluss nicht übernehmen wollen. Wir werden das <b>Berufsbildungsgesetz</b> novellieren und hier</p> <p>745 einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Ausbildungsqualität legen.</p>  | <p>Wer eine anspruchsvolle Ausbildung macht, soll auch ordentlich bezahlt werden. Deshalb braucht es eine angemessene <b>Mindestausbildungsvergütung</b>. Tarifvertragliche Lösungen haben dabei Vorrang, insbesondere Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, wodurch tariflich geregelte Ausbildungsvergütungen für alle gelten. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen künftig eine <b>Ankündigungsfrist einhalten</b>, wenn sie Auszubildende nach ihrem Abschluss nicht übernehmen wollen. Wir werden das <b>Berufsbildungsgesetz</b> novellieren und hier einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Ausbildungsqualität legen. <b>Eine Freistellung für Berufsschultage muss für Auszubildende unabhängig vom Alter gelten.</b></p> |
| <p>750 Das deutsche Handwerk lebt von seiner ausgezeichneten Qualität und seinem hervorragenden Ruf. Um die Sicherheit und Qualität in der Ausbildung zu gewährleisten, werden wir das System der <b>zulassungspflichtigen Handwerksberufe sowie den Meisterbrief stärken</b>.</p>  | <p>Das deutsche Handwerk lebt von seiner ausgezeichneten Qualität und seinem hervorragenden Ruf. Um die Sicherheit und Qualität in der Ausbildung zu gewährleisten, werden wir das System der <b>zulassungspflichtigen Handwerksberufe sowie den Meisterbrief stärken</b>.</p>  |
| <p>755 Wir brauchen eine <b>Ausbildungsstrategie für die Arbeitswelt 4.0</b>, um mit Veränderungen wie der Digitalisierung Schritt zu halten. Dafür muss das Berufsbildungsgesetz weiterentwickelt werden. Eine Schlüsselrolle haben hier die betrieblichen Ausbilderinnen und</p> <p>760 Ausbilder. Eine regelmäßige Weiterbildung muss Standard sein. Dies schließt eine zusätzliche Qualifizierung für die Ausbildung von Menschen mit Behinderung ein. Aufgrund der Auflösung von Orts- und Zeitgebundenheit von Weiterbildung durch digitale Bildungsangebote</p> <p>765 eröffnen sich neue Zugänge für jene, die bisher nur schwerlich an Weiterbildung teilhaben konnten. Somit wird auch eine berufsbegleitende Weiterqualifizierung erleichtert.</p> | <p>Wir brauchen eine <b>Ausbildungsstrategie für die Arbeitswelt 4.0</b>, um mit Veränderungen wie der Digitalisierung Schritt zu halten. Dafür muss das Berufsbildungsgesetz weiterentwickelt werden. Eine Schlüsselrolle haben hier die betrieblichen Ausbilderinnen und Ausbilder. Eine regelmäßige Weiterbildung muss Standard sein. Dies schließt eine zusätzliche Qualifizierung für die Ausbildung von Menschen mit Behinderung ein. Aufgrund der Auflösung von Orts- und Zeitgebundenheit von Weiterbildung durch digitale Bildungsangebote eröffnen sich neue Zugänge für jene, die bisher nur schwerlich an Weiterbildung teilhaben konnten. Somit wird auch eine berufsbegleitende Weiterqualifizierung erleichtert.</p>       |
| <p>770 Die Vorteile der beruflichen und der akademischen Bildung wollen wir durch mehr <b>Durchlässigkeit in beide Richtungen</b> miteinander verknüpfen. Duale Studiengänge sind eine gelungene Form, berufliche und akademische Bildung miteinander zu verbinden. Wir wer-</p>  | <p>Die Vorteile der beruflichen und der akademischen Bildung wollen wir durch mehr <b>Durchlässigkeit in beide Richtungen</b> miteinander verknüpfen. Duale Studiengänge sind eine gelungene Form, berufliche und akademische Bildung miteinander zu verbinden. Wir wer-</p>  |

- |     |   |   |
|-----|---|---|
| 775 | den sie bundesweit vergleichbarer machen und gemeinsam mit den Ländern und den Hochschulen Qualitätskriterien definieren.   | den sie bundesweit vergleichbarer machen und gemeinsam mit den Ländern und den Hochschulen Qualitätskriterien definieren. <b>Die Praxisphasen der dualen Studiengänge werden wir im Berufsbildungsgesetz regeln.</b>  |
| 780 | Einen Durchbruch wollen wir bei der sozialen Öffnung der Hochschulen erreichen: Wir werden die Anzahl der <b>Stipendien für Berufsbildungsabsolventinnen und -absolventen verdoppeln</b> . Zusätzlich wollen wir mehr Weiterbildungsstipendien ermöglichen und duale Studiengänge entschieden ausbauen. Wir werden für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gebühren für Techniker- und Meisterkurse abschaffen. Und wer den <b>Meisterbrief hat, soll künftig auch zum Masterstudium</b> zugelassen werden können.   | Einen Durchbruch wollen wir bei der sozialen Öffnung der Hochschulen erreichen: Wir werden die Anzahl der <b>Stipendien für Berufsbildungsabsolventinnen und -absolventen verdoppeln</b> . Zusätzlich wollen wir mehr Weiterbildungsstipendien ermöglichen und duale Studiengänge entschieden ausbauen. Wir werden für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gebühren für Techniker-, Meister- und <b>Fachwirk</b> kurse abschaffen. Und wer den <b>Meisterbrief hat, soll künftig auch zum Masterstudium</b> zugelassen werden können.  |
| 785 | Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gebühren für Techniker- und Meisterkurse abschaffen. Und wer den <b>Meisterbrief hat, soll künftig auch zum Masterstudium</b> zugelassen werden können.  | Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gebühren für Techniker-, Meister- und <b>Fachwirk</b> kurse abschaffen. Und wer den <b>Meisterbrief hat, soll künftig auch zum Masterstudium</b> zugelassen werden können.   |
| 790 | <b>Gute Hochschulen:</b>  | <b>Gute Hochschulen:</b>  |
| 795 | <b>Hochschulen und Wissenschaft sind für die Menschen da.</b> Wir brauchen hervorragende Lehre, exzellente Forschung, Verbindung und Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft, eine starke internationale Sichtbarkeit, gesellschaftliche Verantwortung und verlässliche Arbeitsbedingungen.  | <b>Hochschulen und Wissenschaft sind für die Menschen da.</b> Wir brauchen hervorragende Lehre, exzellente Forschung, Verbindung und Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft, eine starke internationale Sichtbarkeit, gesellschaftliche Verantwortung und verlässliche Arbeitsbedingungen.  |
| 800 | Wir werden die <b>Grundfinanzierung der Hochschulen stärken</b> und der außeruniversitären Forschung eine verlässliche Perspektive geben. Die befristeten Mittel der Wissenschafts- und Hochschulpakete werden wir auch nach 2019/20 erhalten und in eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung überführen. Der Bund wird die neuen Möglichkeiten im Grundgesetz nutzen und in diesem Sinne gemeinsam mit den Ländern und der Wissenschaft die Grundfinanzierung der Hochschulen stärken. Die hochschulmedizinische Forschung werden wir gezielt fördern.  | Wir werden die <b>Grundfinanzierung der Hochschulen stärken</b> und der außeruniversitären Forschung eine verlässliche Perspektive geben. Die befristeten Mittel der Wissenschafts- und Hochschulpakete werden wir auch nach 2019/20 erhalten und in eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung überführen. Der Bund wird die neuen Möglichkeiten im Grundgesetz nutzen und in diesem Sinne gemeinsam mit den Ländern und der Wissenschaft die Grundfinanzierung der Hochschulen stärken. Die hochschulmedizinische Forschung werden wir gezielt fördern.  |
| 805 | Junge Talente sollen ihren Weg in der Wissenschaft gehen können. Deshalb wollen wir den Hochschulen und Forschungseinrichtungen <b>Anreize für verlässliche Karrierewege</b> geben. Unser Ziel ist es, Befristungen zurückzudrängen, Gleichstellung in der Wissenschaft zu verankern und Diskriminierungen entgegenzuwirken. Wir setzen uns für einen <b>Frauenanteil von mindestens 40 Prozent in Führungspositionen</b> in der Wissenschaft ein. Deshalb wollen wir eine verbindliche Quote für alle direkt personalwirksamen Maßnahmen des Bundes. Darüber hinaus werden wir uns auch für verlässliche Beschäftigungsbedingungen für studentische Hilfskräf- | Junge Talente sollen ihren Weg in der Wissenschaft gehen können. Deshalb wollen wir den Hochschulen und Forschungseinrichtungen <b>Anreize für verlässliche Karrierewege</b> geben. Unser Ziel ist es, Befristungen <b>deutlich zu verringern</b> , Gleichstellung in der Wissenschaft zu verankern und Diskriminierungen entgegenzuwirken. Wir setzen uns für einen <b>Frauenanteil von mindestens 40 Prozent in Führungspositionen</b> in der Wissenschaft ein. Deshalb wollen wir eine verbindliche Quote für alle direkt personalwirksamen Maßnahmen des Bundes. Darüber hinaus werden wir uns auch für verlässliche Beschäftigungsbedingungen für studentische |
| 815 | ein. Deshalb wollen wir eine verbindliche Quote für alle direkt personalwirksamen Maßnahmen des Bundes. Darüber hinaus werden wir uns auch für verlässliche Beschäftigungsbedingungen für studentische Hilfskräf-   | ein. Deshalb wollen wir eine verbindliche Quote für alle direkt personalwirksamen Maßnahmen des Bundes. Darüber hinaus werden wir uns auch für verlässliche Beschäftigungsbedingungen für studentische  |
| 820 | Hochschulen und Forschungseinrichtungen <b>Anreize für verlässliche Karrierewege</b> geben. Unser Ziel ist es, Befristungen zurückzudrängen, Gleichstellung in der Wissenschaft zu verankern und Diskriminierungen entgegenzuwirken. Wir setzen uns für einen <b>Frauenanteil von mindestens 40 Prozent in Führungspositionen</b> in der Wissenschaft ein. Deshalb wollen wir eine verbindliche Quote für alle direkt personalwirksamen Maßnahmen des Bundes. Darüber hinaus werden wir uns auch für verlässliche Beschäftigungsbedingungen für studentische Hilfskräf-   | Hochschulen und Forschungseinrichtungen <b>Anreize für verlässliche Karrierewege</b> geben. Unser Ziel ist es, Befristungen <b>deutlich zu verringern</b> , Gleichstellung in der Wissenschaft zu verankern und Diskriminierungen entgegenzuwirken. Wir setzen uns für einen <b>Frauenanteil von mindestens 40 Prozent in Führungspositionen</b> in der Wissenschaft ein. Deshalb wollen wir eine verbindliche Quote für alle direkt personalwirksamen Maßnahmen des Bundes. Darüber hinaus werden wir uns auch für verlässliche Beschäftigungsbedingungen für studentische   |



	te einsetzen.	sche Hilfskräfte einsetzen.
825	Um die <b>Qualität der Lehre zu verbessern und um die Zahl der Studienabbrüche zu reduzieren</b> , brauchen wir eine bessere Betreuung der Studierenden.	Um die <b>Qualität der Lehre zu verbessern und um die Zahl der Studienabbrüche zu reduzieren</b> , brauchen wir eine bessere Betreuung der Studierenden. <b>Insgesamt werden wir hervorragende Lehre zu einem Kernpunkt unserer Hochschulpolitik machen. Gute Lehre muss auch zu guten Karriereperspektiven führen.</b>
830	Universitäten werden wir zudem anhalten, sich Kooperationen mit Fachhochschulen bei neuen Promotionsmodellen stärker zu öffnen.	Universitäten werden wir zudem anhalten, sich Kooperationen mit Fachhochschulen bei neuen Promotionsmodellen stärker zu öffnen.
835	Die <b>Digitalisierung der Hochschulen</b> können Bund und Länder nur gemeinsam erreichen. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Online-Lernangebote an den Hochschulen entstehen, damit das Studium zunehmend orts- und zeitflexibel möglich wird.	Die <b>Digitalisierung der Hochschulen</b> können Bund und Länder nur gemeinsam erreichen. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr <b>qualitativ hochwertige</b> Online-Lernangebote an den Hochschulen entstehen, damit das Studium zunehmend orts- und zeitflexibel möglich wird.
840	Dafür werden wir eine <b>Ausstattungsinitiative</b> starten, mit der wir Hochschulen bei der Digitalisierung ihrer Campus-Systeme und Lernplattformen unterstützen.	Dafür werden wir eine <b>Ausstattungsinitiative</b> starten, mit der wir Hochschulen bei der Digitalisierung ihrer Campus-Systeme und Lernplattformen unterstützen.
845	Wir wollen die Idee einer digitale „Open University“ fördern, an der auch Menschen ohne Abitur teilnehmen können.	<b>Die Vernetzung zwischen den Hochschulen im Bereich Digitalisierung werden wir insgesamt verbessern.</b> Wir wollen die Idee einer digitale „Open University“ fördern, an der auch Menschen ohne Abitur teilnehmen können.
850	Bildung und Wissenschaft sollen die Chancen der Digitalisierung stärker nutzen können. Wir wollen die <b>offenen Kanäle für wissenschaftliche Kommunikation und Publikation fördern</b> (Open Access). Wir brauchen auch ein wissenschaftsfreundliches Urheberrecht. Der Gesetzgeber muss entscheiden, was als lizenzfreier Basiszugang gewährleistet werden muss. Wir werden deshalb mehr Rechtssicherheit für alle schaffen. Wir werden dabei auch den Interessen der Urheber Rechnung tragen und eine faire Vergütung für die Nutzung ihrer Werke sicherstellen. In Forschung und Lehre sollen digitale Methoden legal genutzt werden können. Beispiele hierfür sind Text- und Datamining, also die Auswertung digitaler Datenbestände.	Bildung und Wissenschaft sollen die Chancen der Digitalisierung stärker nutzen können. Wir wollen die <b>offenen Kanäle für wissenschaftliche Kommunikation und Publikation fördern</b> (Open Access). Wir brauchen auch ein wissenschaftsfreundliches Urheberrecht. Der Gesetzgeber muss entscheiden, was als lizenzfreier Basiszugang gewährleistet werden muss. Wir werden deshalb mehr Rechtssicherheit für alle schaffen. Wir werden dabei auch den Interessen der Urheber Rechnung tragen und eine faire Vergütung für die Nutzung ihrer Werke sicherstellen. In Forschung und Lehre sollen digitale Methoden legal genutzt werden können. Beispiele hierfür sind Text- und Datamining, also die Auswertung digitaler Datenbestände.
855		
860		
865	Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften bilden eine wichtige Säule unseres Wissenschaftssystems. Wir werden sie mit einem <b>Bund-Länder-Programm</b> dabei unterstützen, zusätzliches wissenschaftliches Personal zu gewinnen. Daneben werden wir sie bei der Entwicklung und Umsetzung einer Internationalisierungsstrategie fördern.	Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften bilden eine wichtige Säule unseres Wissenschaftssystems. Wir werden sie mit einem <b>Bund-Länder-Programm</b> dabei unterstützen, zusätzliches wissenschaftliches Personal zu gewinnen. Daneben werden wir sie bei der Entwicklung und Umsetzung einer Internationalisierungsstrategie fördern.
870		

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

875	Wir wollen den Erfolg der <b>Bologna-Reformen sichern</b> . Dafür müssen wir europaweit Qualitätsanreize setzen, damit Studieneingangsphasen flexibler gestaltet und Freiräume zur Studiengestaltung ausgeweitet werden. Die ausufernde Anzahl von Studiengängen werden wir deutlich begrenzen.	Wir wollen den Erfolg der <b>Bologna-Reformen sichern</b> . Dafür müssen wir europaweit Qualitätsanreize setzen, damit Studieneingangsphasen flexibler gestaltet und Freiräume zur Studiengestaltung ausgeweitet werden. Die ausufernde Anzahl von <b>verschiedenen, sehr ausdifferenzierten</b> Studiengängen werden wir deutlich begrenzen.
880	Auch hierdurch können wir Studienabbrüche spürbar verringern. Bachelor-Absolventinnen und Absolventen mit Promotion oder mehrjähriger beruflicher Erfahrung wollen wir den <b>Zugang zum höheren Dienst</b> des Bundes vollständig eröffnen. Außerdem wollen wir die Anzahl der Masterstudienplätze erhöhen.	Auch hierdurch können wir Studienabbrüche spürbar verringern. Bachelor-Absolventinnen und Absolventen mit Promotion oder mehrjähriger beruflicher Erfahrung wollen wir den <b>Zugang zum höheren Dienst</b> des Bundes vollständig eröffnen. Außerdem wollen wir die Anzahl der Masterstudienplätze erhöhen.
885	Wir werden im Rahmen eines <b>Hochschulsozialpaktes</b> Studienberatung und Betreuung verbessern, die Mensen ausbauen sowie die Sanierung und den Neubau für studentisches Wohnen vorantreiben. Die Studierendenwerke sind wichtige Partner, um diese Ziele zu erreichen.	Wir werden im Rahmen eines <b>Hochschulsozialpaktes</b> Studienberatung und Betreuung verbessern, die Mensen ausbauen sowie die Sanierung und den Neubau für studentisches Wohnen vorantreiben. Die Studierendenwerke sind wichtige Partner, um diese Ziele zu erreichen.
895	<b>Mehr Chancengleichheit durch besseres BAföG:</b>	<b>Mehr Chancengleichheit durch besseres BAföG:</b>
900	Das Bundesausbildungsförderungsgesetz – das BAföG – ist eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte. Es ist neben der Gebührenfreiheit das wichtigste Instrument, für mehr Chancengleichheit in der Bildung. Wir werden daher die <b>Leistungen verbessern</b> , die Förderung stärker auf neue Lebenssituationen ausrichten und das BAföG an die vielfältigen Bildungswege anpassen.	Das Bundesausbildungsförderungsgesetz – das BAföG – ist eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte. Es ist neben der Gebührenfreiheit das wichtigste Instrument für mehr Chancengleichheit in der Bildung. Wir werden daher die <b>Leistungen verbessern</b> , die Förderung stärker auf neue Lebenssituationen ausrichten und das BAföG an die vielfältigen Bildungswege anpassen.
905	Das Schüler-BAföG in den allgemeinbildenden Schulen und in den nicht-dualen Ausbildungen wollen wir ausbauen. Das Studierenden-BAföG soll durch höhere Einkommensgrenzen weiter geöffnet werden. Die Altersgrenzen werden wir anheben und flexiblere Förderansprüche schaffen – zum Beispiel für Teilzeitstudien und Weiterbildungs-Master. Soziales und politisches Engagement wollen wir stärker bei der Förderung berücksichtigen. Das <b>Meister-BAföG</b> werden wir weiterentwickeln und stärken. Wir werden die Aus- und Weiterbildungsfinanzierung unter ein gemeinsames Dach „BAföG-Plus“ stellen.	Das Schüler-BAföG in den allgemeinbildenden Schulen und in den nicht-dualen Ausbildungen wollen wir ausbauen. Das Studierenden-BAföG soll durch höhere Einkommensgrenzen weiter geöffnet werden. Die Altersgrenzen werden wir <b>deutlich</b> anheben und flexiblere Förderansprüche schaffen – zum Beispiel für Teilzeitstudien und Weiterbildungs-Master. Soziales und politisches Engagement wollen wir stärker bei der Förderung berücksichtigen. Das <b>Meister-BAföG</b> werden wir weiterentwickeln und stärken. Wir werden die Aus- und Weiterbildungsfinanzierung unter ein gemeinsames Dach „BAföG-Plus“ stellen.
	<b>Sichere Arbeit und gute Löhne:</b>	<b>Sichere Arbeit und gute Löhne:</b>
920	Wir wollen eine starke Wirtschaft und Unternehmen, die gute Arbeitsplätze schaffen. Wir wollen einen funk-	Wir wollen eine starke Wirtschaft und Unternehmen, die gute Arbeitsplätze schaffen. Wir wollen einen funk-

<p>tionierenden Arbeitsmarkt, der den Wert der Arbeit anerkennt. Zugleich müssen die Rahmenbedingungen so geändert werden, dass die Menschen mit mehr Zuversicht in die Zukunft blicken können. Deshalb werden wir <b>die sachgrundlose Befristung abschaffen</b>, um insbesondere jungen Menschen Perspektiven und mehr Planbarkeit für ihr berufliches und privates Leben zu ermöglichen. Die Sachgründe für Befristungen werden wir einschränken und die Möglichkeit von Kettenbefristungen begrenzen. Den öffentlichen Arbeitgebern kommt hier eine besondere Verantwortung zu.</p>	<p>tionierenden Arbeitsmarkt, der den Wert der Arbeit anerkennt. Zugleich müssen die Rahmenbedingungen so geändert werden, dass die Menschen mit mehr Zuversicht in die Zukunft blicken können. Deshalb werden wir <b>die sachgrundlose Befristung abschaffen</b>, um insbesondere jungen Menschen Perspektiven und mehr Planbarkeit für ihr berufliches und privates Leben zu ermöglichen. Die Sachgründe für Befristungen werden wir einschränken und die Möglichkeit von Kettenbefristungen begrenzen. Den öffentlichen Arbeitgebern kommt hier eine besondere Verantwortung zu.</p>
<p>935 Wir wollen Existenz sichernde Arbeit anstelle prekärer Beschäftigung ermöglichen.</p>	<p>Wir wollen Existenz sichernde Arbeit anstelle prekärer Beschäftigung ermöglichen. <b>Leiharbeiter und Werkvertragsnehmer brauchen besseren Schutz. Mit der Einführung einer Höchstüberlassungsdauer und dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleich Arbeit“ haben wir bereits viel erreicht. Diesen Weg werden wir weitergehen. Unser Ziel ist, dass Leiharbeit vom ersten Tag an genauso vergütet wird, wie in der Stammebelegschaft. Davon darf durch repräsentative Tarifverträge abgewichen werden. Die Koppelung eines Leiharbeitsverhältnisses an einen Arbeitseinsatz (Synchronisation) soll unzulässig sein. Wir werden die Mitbestimmung der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen deutlich ausbauen. Den Missbrauch von Werkverträgen werden wir bekämpfen.</b></p>
<p>950 Die arbeitnehmerfeindliche und immer weiter ausufernde Verbreitung von <b>"Arbeiten auf Abruf"</b> werden wir <b>eindämmen</b>. Auch geringfügige Beschäftigung wollen wir abbauen und Beschäftigten den Weg aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit öffnen.</p>	<p>Die arbeitnehmerfeindliche und immer weiter ausufernde Verbreitung von <b>"Arbeiten auf Abruf"</b> werden wir <b>eindämmen</b>. Auch geringfügige Beschäftigung wollen wir abbauen, <b>den Missbrauch bekämpfen</b> und Beschäftigten den Weg aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit öffnen.</p>
<p>955 Die Ausnahmen beim Mindestlohn für Langzeitarbeitslose werden wir abschaffen. Wo reguläre Arbeit geleistet wird, muss auch regulär bezahlt werden.</p>	<p>Die Ausnahmen beim Mindestlohn für Langzeitarbeitslose werden wir abschaffen. Wo reguläre Arbeit geleistet wird, muss auch regulär bezahlt werden. <b>Die Ausnahmen für die U-18-jährige werden wir auf ihre Auswirkungen evaluieren.</b></p>
<p>960 Wir wollen einen <b>Pakt für anständige Löhne</b> und eine <b>stärkere Tarifbindung</b>. Voraussetzung für gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen in allen Branchen sind starke Gewerkschaften und eine hohe Tarifbindung. Deshalb werden wir den eingeschlagenen Weg der gesetzlichen Privilegierung von Tarifpartnerschaft fortsetzen. Tarifgebundenen Betrieben geben wir mehr Gestaltungsmöglichkeiten, als Betrieben ohne Tarifbindung. Die Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen werden wir weiter verbes-</p>	<p>Wir wollen einen <b>Pakt für anständige Löhne</b> und eine <b>stärkere Tarifbindung</b>. Voraussetzung für gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen in allen Branchen sind starke Gewerkschaften und eine hohe Tarifbindung. Deshalb werden wir den eingeschlagenen Weg der gesetzlichen Privilegierung von Tarifpartnerschaft fortsetzen. Tarifgebundenen Betrieben geben wir mehr Gestaltungsmöglichkeiten als Betrieben ohne Tarifbindung. Die Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen werden wir weiter verbes-</p>

975 sern und die Voraussetzungen präzisieren. Die Rechts-  
sicherheit der allgemeinen Verbindlichkeit von Tarifver-  
trägen muss gegebenenfalls auch rückwirkend gewähr-  
leistet sein. Wir wollen die kollektive Nachwirkung von  
980 Tarifverträgen, etwa im Falle der Auslagerung von Be-  
trieben oder Betriebsteilen, bis zur Ablösung durch  
einen neuen Tarifvertrag. Bei der Vergabe öffentlicher  
Aufträge müssen Tariftreue-Regelungen verstärkt zum  
Einsatz kommen. Um die Rechte der Beschäftigten  
besser zu schützen, werden wir ein Verbandsklagerecht  
für Gewerkschaften einführen.

**Digitale Arbeit gestalten:**

985 Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt grundlegend. Sie eröffnet Chancen und birgt Risiken. Auch  
digitale Arbeit muss gute Arbeit sein. Der Arbeitnehmer- und Betriebsbegriff muss entsprechend den Ver-  
änderungen durch die Digitalisierung angepasst werden, damit die Schutzfunktion des Arbeitsrechts erhalten bleibt. Es ist eine **politische Aufgabe, die Digitalisierung unserer Arbeitswelt zu gestalten**. Arbeiten 4.0  
990 heißt für uns: Gesetzliche Rahmenbedingungen, tarifvertragliche Regelungen und betriebliche Ausgestaltung müssen ineinandergreifen, um die Chancen zu nutzen. Mehr selbstbestimmte Arbeitszeitgestaltung ist ein zentrales Ziel, um mehr Vereinbarkeit von Arbeit und Leben zu ermöglichen. Beschäftigte sollen mehr **Wahlmöglichkeiten bei ihrer Arbeitszeit** und für ihren **Arbeitsort erhalten**, sofern betriebliche Belange dem nicht entgegenstehen. Wir wollen daher, in enger Abstimmung mit Gewerkschaften und Unternehmen, ein Wahlarbeitszeitgesetz auf den Weg bringen, in dem Rechtsansprüche der Beschäftigten, finanzielle Unterstützung in bestimmten Lebensphasen und Anreize für die Aushandlung betrieblicher Wahlarbeitskonzepte miteinander verzahnt sind. Ein wichtiger Baustein ist hierbei **das Recht, nach einer Phase der freiwilligen Teilzeitarbeit auf die frühere Arbeitszeit zurückzukehren**. Vor allem Frauen sind von der sogenannten Teilzeitfalle betroffen. Dies wirkt sich vor allem bei der Rente aus. Wir werden ihnen die Möglichkeit geben, die Planung über Karriere und Berufsleben selbst in der Hand zu behalten.

1015 Zudem wollen wir Langzeitkonten für Beschäftigte und Betriebe attraktiver machen. Wenn viel Arbeit anfällt, muss es möglich sein, zusätzlich geleistete Arbeitszeiten anzusparen. In ruhigeren Phasen oder wenn mehr

975 sern und die Voraussetzungen präzisieren. Die Rechts-  
sicherheit der allgemeinen Verbindlichkeit von Tarifver-  
trägen muss gegebenenfalls auch rückwirkend gewähr-  
leistet sein. Wir wollen die kollektive Nachwirkung von  
980 Tarifverträgen, etwa im Falle der Auslagerung von Be-  
trieben oder Betriebsteilen, bis zur Ablösung durch  
einen neuen Tarifvertrag. Bei der Vergabe öffentlicher  
Aufträge müssen Tariftreue-Regelungen verstärkt zum  
Einsatz kommen. Um die Rechte der Beschäftigten  
besser zu schützen, werden wir ein Verbandsklagerecht  
für Gewerkschaften einführen.

**Digitale Arbeit gestalten:**

985 Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt grundlegend. Sie eröffnet Chancen und birgt Risiken. Auch  
digitale Arbeit muss gute Arbeit sein. Der Arbeitnehmer- und Betriebsbegriff muss entsprechend den Ver-  
änderungen durch die Digitalisierung angepasst werden, damit die Schutzfunktion des Arbeitsrechts erhalten bleibt. Es ist eine **politische Aufgabe, die Digitalisierung unserer Arbeitswelt zu gestalten**. Arbeiten 4.0  
990 heißt für uns: Gesetzliche Rahmenbedingungen, tarifvertragliche Regelungen und betriebliche Ausgestaltung müssen ineinandergreifen, um die Chancen zu nutzen. Mehr selbstbestimmte Arbeitszeitgestaltung ist ein zentrales Ziel, um mehr Vereinbarkeit von Arbeit und Leben zu ermöglichen. Beschäftigte sollen mehr **Wahlmöglichkeiten bei ihrer Arbeitszeit** und für ihren **Arbeitsort erhalten**, sofern betriebliche Belange dem nicht entgegenstehen. Wir wollen daher, in enger Abstimmung mit Gewerkschaften und Unternehmen, ein Wahlarbeitszeitgesetz auf den Weg bringen, in dem Rechtsansprüche der Beschäftigten, finanzielle Unterstützung in bestimmten Lebensphasen und Anreize für die Aushandlung betrieblicher Wahlarbeitskonzepte miteinander verzahnt sind. Ein wichtiger Baustein ist hierbei **das Recht, nach einer Phase der freiwilligen Teilzeitarbeit auf die frühere Arbeitszeit zurückzukehren**. Vor allem Frauen sind von der sogenannten Teilzeitfalle betroffen. Dies wirkt sich vor allem bei der Rente aus. Wir werden ihnen die Möglichkeit geben, die Planung über Karriere und Berufsleben selbst in der Hand zu behalten.

1015 Zudem wollen wir Langzeitkonten für Beschäftigte und Betriebe attraktiver machen. Wenn viel Arbeit anfällt, muss es möglich sein, zusätzlich geleistete Arbeitszeiten anzusparen. In ruhigeren Phasen oder wenn mehr

- |   |  |
|---|--|
| <p>1020 Zeit für die Familie gebraucht wird, kann dann weniger gearbeitet werden. Wir wollen daher prüfen, ob und wie <b>Langzeitkonten</b> betriebsübergreifend organisiert werden können. Digitalisierung ermöglicht mehr Flexibilität und bessere Chancen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.</p>   | <p>Zeit für die Familie gebraucht wird, kann dann weniger gearbeitet werden. Wir wollen daher prüfen, ob und wie <b>Langzeitkonten</b> betriebsübergreifend organisiert werden können. Digitalisierung ermöglicht mehr Flexibilität und bessere Chancen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.</p>   |
| <p>1030 Das Wahlarbeitszeitgesetz soll auch einen rechtlichen Rahmen für mobile Arbeit schaffen. Dabei ist es unser Ziel, dass die Tarifparteien Vereinbarungen dazu treffen. Arbeitgeber sollen begründen müssen, wenn der Wunsch nach mobiler Arbeit abgelehnt wird.</p>  | <p>Das Wahlarbeitszeitgesetz soll auch einen rechtlichen Rahmen für mobile Arbeit schaffen. Dabei ist es unser Ziel, dass die Tarifparteien Vereinbarungen dazu treffen. Arbeitgeber sollen begründen müssen, wenn der Wunsch nach mobiler Arbeit abgelehnt wird.</p>  |
| <p>1035 Auch in einer digitalisierten Arbeitswelt sind Ruhezeiten weiter nötig! Wir werden eine Klarstellung des <b>Rechts auf Nicht-Erreichbarkeit</b> schaffen, um Belastungen, die sich mit orts- und zeitflexibler Arbeit verbinden, zu begrenzen. Zur Verringerung der psychischen Belastungen am Arbeitsplatz werden wir das <b>Arbeitsschutzrecht</b> um verbindlichere Regelungen erweitern.</p> <p>1040 Dies betrifft besonders die wirksamere Umsetzung von Gefährdungsbeurteilungen und den Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte. Die Kontrolle der Einhaltung des Arbeitsschutzes und des Arbeitsrechtes muss verbessert werden. Dazu ist auch</p> <p>1045 eine bessere Ausstattung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit notwendig. Die zunehmende Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft hat zu gravierenden Veränderungen auch auf den Postmärkten geführt. Während aber die wesentlichen regulatorischen Rahmenbedingungen in diesem Bereich fast 20 Jahre alt sind, hat</p> <p>1050 sich in der besonders personalintensiven Postdienstleistungsbranche ein privater Wettbewerbsmarkt entwickelt, der allzu oft zu Lasten der Beschäftigten geht. Damit auch künftig ein hohes Niveau an postalischer</p> <p>1055 Grundversorgung zum Wohle der Verbraucher erhalten bleibt und gleichzeitig bessere Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorherrschen, müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen angepasst werden.</p> | <p>Auch in einer digitalisierten Arbeitswelt sind Ruhezeiten weiter nötig! Wir werden eine Klarstellung des <b>Rechts auf Nicht-Erreichbarkeit</b> schaffen, um Belastungen, die sich mit orts- und zeitflexibler Arbeit verbinden, zu begrenzen. Zur Verringerung der psychischen Belastungen am Arbeitsplatz werden wir das <b>Arbeitsschutzrecht</b> um verbindlichere Regelungen erweitern.</p> <p>Dies betrifft besonders die wirksamere Umsetzung von Gefährdungsbeurteilungen und den Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte. Die Kontrolle der Einhaltung des Arbeitsschutzes und des Arbeitsrechtes muss verbessert werden. Dazu ist auch</p> <p>eine bessere Ausstattung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit notwendig. Die zunehmende Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft hat zu gravierenden Veränderungen auch auf den Postmärkten geführt. Während aber die wesentlichen regulatorischen Rahmenbedingungen in diesem Bereich fast 20 Jahre alt sind, hat</p> <p>sich in der besonders personalintensiven Postdienstleistungsbranche ein privater Wettbewerbsmarkt entwickelt, der allzu oft zu Lasten der Beschäftigten geht. Damit auch künftig ein hohes Niveau an postalischer</p> <p>Grundversorgung zum Wohle der Verbraucher erhalten bleibt und gleichzeitig bessere Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorherrschen, müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen angepasst werden.</p> |
| <p>1065 Im Zuge der Digitalisierung werden zunehmend personenbezogene Daten erhoben. Es ist notwendig, durch klare Vorgaben zu regeln, welche Daten zu welchem Zweck und zu welchen Bedingungen im Unternehmen verarbeitet werden dürfen. Zum Schutz vor Missbrauch persönlicher Daten werden wir ein <b>Beschäftigtendatenschutzgesetz</b> schaffen. Die Ressourcen der Betriebsräte bei der Einführung von IT-Systemen und Software müs-</p>  | <p>Im Zuge der Digitalisierung werden zunehmend personenbezogene Daten erhoben. Es ist notwendig, durch klare Vorgaben zu regeln, welche Daten zu welchem Zweck und zu welchen Bedingungen im Unternehmen verarbeitet werden dürfen. Zum Schutz vor Missbrauch persönlicher Daten werden wir ein <b>Beschäftigtendatenschutzgesetz</b> schaffen. Die Ressourcen der Betriebsräte bei der Einführung von IT-Systemen und Software müs-</p>  |

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

1070 sen gestärkt werden, damit sie eine umfassende Verhaltens- und Leistungskontrolle effektiv verhindern können.

**Mehr Demokratie im Betrieb:**

1075 Mitbestimmung ist zentral für den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist Ausdruck unserer Vorstellung von Wirtschaftsdemokratie. Nur mit Mitbestimmung auf Augenhöhe kann der Wandel in der Arbeitswelt erfolgreich gestaltet werden. Wir wollen sie gesetzlich  
1080 stärken.

1085 Wir werden den **Schwellenwert für die Geltung der paritätischen Mitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte senken**. Beschäftigung jenseits der Kernbelegschaften muss künftig systematisch bei den Schwellenwerten für die Drittel- und die paritätische Mitbestimmung berücksichtigt werden.

1090 Das deutsche **Mitbestimmungsrecht muss auch auf Unternehmen in ausländischer Rechtsform** mit Sitz in Deutschland erstreckt werden.

1095 Auf der deutschen und europäischen Ebene setzen wir uns für die **Schließung von Schlupflöchern** ein, wie sie etwa bei der Gründung einer Europäischen Aktiengesellschaft (SE) zur Vermeidung von Mitbestimmung genutzt werden können. Wir werden uns dafür einsetzen, dass im SE-Beteiligungsgesetz klargestellt wird, dass die Mitbestimmung in einer SE neu verhandelt  
1100 werden muss, wenn die Zahl der Beschäftigten in Deutschland über die Schwellenwerte der deutschen Mitbestimmungsgesetze steigt. Weiterhin gilt es, das Drittelbeteiligungsgesetz an die Regelungen zur Konzernanrechnung im Mitbestimmungsgesetz und hinsichtlich der Erfassung der Kapitalgesellschaft & Co KG  
1105 im Mitbestimmungsgesetz anzupassen.

1110 Weiterbildung und betriebliche Qualifizierung nehmen an Bedeutung zu. Deshalb brauchen Betriebsräte hier mehr Mitwirkungsrechte – etwa durch Ausbau des bestehenden Vorschlags- und Beratungsrechts zur Sicherung und Förderung der Beschäftigung und durch ein generelles **Initiativrecht auf die Einführung betrieblicher Berufsbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen**.  
1115

Noch immer gibt es zu viele Betriebe ohne betriebliche Mitbestimmung. Die systematische Behinderung von

sen gestärkt werden, damit sie eine umfassende Verhaltens- und Leistungskontrolle effektiv verhindern können.

**Mehr Demokratie im Betrieb:**

Mitbestimmung ist zentral für den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist Ausdruck unserer Vorstellung von Wirtschaftsdemokratie. Nur mit Mitbestimmung auf Augenhöhe kann der Wandel in der Arbeitswelt erfolgreich gestaltet werden. Wir wollen sie gesetzlich  
stärken.

Wir werden den **Schwellenwert für die Geltung der paritätischen Mitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte senken**. Beschäftigung jenseits der Kernbelegschaften muss künftig systematisch bei den Schwellenwerten für die Drittel- und die paritätische Mitbestimmung berücksichtigt werden.

Das deutsche **Mitbestimmungsrecht muss auch auf Unternehmen in ausländischer Rechtsform** mit Sitz in Deutschland, **bzw. auf die deutsche Zweigniederlassung** erstreckt werden.

Auf der deutschen und europäischen Ebene setzen wir uns für die **Schließung von Schlupflöchern** ein, wie sie etwa bei der Gründung einer Europäischen Aktiengesellschaft (SE) zur Vermeidung von Mitbestimmung genutzt werden können. Wir werden uns dafür einsetzen, dass im SE-Beteiligungsgesetz klargestellt wird, dass die Mitbestimmung in einer SE neu verhandelt  
werden muss, wenn die Zahl der Beschäftigten in Deutschland über die Schwellenwerte der deutschen Mitbestimmungsgesetze steigt. Weiterhin gilt es, das Drittelbeteiligungsgesetz an die Regelungen zur Konzernanrechnung im Mitbestimmungsgesetz und hinsichtlich der Erfassung der Kapitalgesellschaft & Co KG  
im Mitbestimmungsgesetz anzupassen.

Weiterbildung und betriebliche Qualifizierung nehmen an Bedeutung zu. Deshalb brauchen Betriebsräte hier mehr Mitwirkungsrechte – etwa durch Ausbau des bestehenden Vorschlags- und Beratungsrechts zur Sicherung und Förderung der Beschäftigung und durch ein generelles **Initiativrecht auf die Einführung betrieblicher Berufsbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen**.

Noch immer gibt es zu viele Betriebe ohne betriebliche Mitbestimmung. Die systematische Behinderung von

1120 Betriebsratswahlen und der Arbeit von Betriebsräten ist illegal und demokratiefeindlich und muss als Offizialdelikt konsequent verfolgt werden. Durch die Bildung von entsprechenden Schwerpunktstaatsanwaltschaften wird die Wirksamkeit der Strafverfolgung erhöht – auch für sonstige Verstöße gegen das Arbeitsrecht. Wir wollen die Reichweite der betrieblichen Mitbestimmung durch eine weitere **Vereinfachung des Wahlverfahrens** erhöhen. Der **besondere Kündigungsschutz** für die Initiatoren einer Betriebsratswahl muss verbessert werden. Die Mitbestimmungsrechte beim Einsatz von Fremdbeschäftigung, etwa bei **Werkverträgen**, müssen gestärkt werden.

1135 Der Öffentliche Dienst soll weiter demokratisiert und modernisiert werden. Die Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der **Personalräte** müssen dementsprechend ausgebaut werden.

1140 Gewerkschaftliche Vertrauensleute brauchen verlässlichen Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz. Wir werden Sicherheit für so genannte Whistleblower schaffen.

#### **Soziale Berufe aufwerten:**

1145 Menschen, die in Gesundheits-, Erziehungs-, Sozial- und Bildungsberufen arbeiten, verdienen mehr Anerkennung. Wir wollen deshalb eine Beschäftigungspolitik, durch die **soziale Dienstleistungen gestärkt werden**. Die Träger, Dienste und Einrichtungen sind ebenso in der Verantwortung wie Bund, Länder und Kommunen. 1150 Denn die öffentliche Hand legt Rahmenbedingungen sowie die finanzielle Ausstattung fest.

1155 Aufgrund der vielfältigen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht, werden die sozialen Berufe weiter an Bedeutung gewinnen. Dieser Bedeutungszuwachs muss sich auch im Einkommen widerspiegeln. Deshalb wollen wir die **sozialen Berufe aufwerten**. Künftig soll aus der vollschulischen Ausbildung eine echte duale Ausbildung werden. Dadurch machen wir sie nicht nur **gebührenfrei**, sondern schaffen zudem eine **Ausbildungsvergütung!** Ein Anreiz, der dazu führen wird, dass auch Männer diese Berufe verstärkt ergreifen. Für die Gesundheitsfachberufe schaffen wir einen bundeseinheitlichen Rahmen. Um der Zersplitterung der arbeitsrechtlichen Vereinbarungen und der Tarifabschlüsse zu begegnen, ist ein allgemeinverbindlicher

Betriebsratswahlen und der Arbeit von Betriebsräten ist illegal und demokratiefeindlich und muss als Offizialdelikt konsequent verfolgt werden. Durch die Bildung von entsprechenden Schwerpunktstaatsanwaltschaften wird die Wirksamkeit der Strafverfolgung erhöht – auch für sonstige Verstöße gegen das Arbeitsrecht. Wir wollen die Reichweite der betrieblichen Mitbestimmung durch eine weitere **Vereinfachung des Wahlverfahrens** erhöhen. Der **besondere Kündigungsschutz** für die Initiatoren einer Betriebsratswahl muss verbessert werden. Die Mitbestimmungsrechte beim Einsatz von Fremdbeschäftigung, etwa bei **Werkverträgen**, müssen gestärkt werden.

Der Öffentliche Dienst soll weiter demokratisiert und modernisiert werden. Die Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der **Personalräte** müssen dementsprechend ausgebaut werden.

Gewerkschaftliche Vertrauensleute brauchen verlässlichen Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz. Wir werden Sicherheit für so genannte Whistleblower schaffen.

#### **Soziale Berufe aufwerten:**

Menschen, die in Gesundheits-, **Pflege-**, Erziehungs-, Sozial- und Bildungsberufen arbeiten, verdienen mehr Anerkennung. Wir wollen deshalb eine Beschäftigungspolitik durch die **soziale Dienstleistungen gestärkt werden**. Die Träger, Dienste und Einrichtungen sind ebenso in der Verantwortung wie Bund, Länder und Kommunen. Denn die öffentliche Hand legt Rahmenbedingungen sowie die finanzielle Ausstattung fest.

Aufgrund der vielfältigen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht, werden die sozialen Berufe weiter an Bedeutung gewinnen. Dieser Bedeutungszuwachs muss sich auch im Einkommen widerspiegeln. Deshalb wollen wir die **sozialen Berufe aufwerten**. Künftig soll aus der vollschulischen Ausbildung eine echte duale Ausbildung werden. Dadurch machen wir sie nicht nur **gebührenfrei**, sondern schaffen zudem eine **Ausbildungsvergütung!** Ein Anreiz, der dazu führen wird, dass auch Männer diese Berufe verstärkt ergreifen. Für die Gesundheitsfachberufe schaffen wir einen bundeseinheitlichen Rahmen. Um der Zersplitterung der arbeitsrechtlichen Vereinbarungen und der Tarifabschlüsse zu begegnen, ist ein allgemeinverbindlicher

**Branchentarifvertrag Soziales** notwendig.

**Branchentarifvertrag Soziales** notwendig.

**Weiterbildung fördern:**

**Weiterbildung fördern:**

1170

In der Arbeitswelt von morgen **kommt der Weiterbildung eine Schlüsselrolle zu**. Wir brauchen deshalb eine **Weiterbildungs-offensive**. Bestehende Qualifizierungsangebote sollen ausgebaut und aufeinander abstimmt

In der Arbeitswelt von morgen **kommt der Weiterbildung eine Schlüsselrolle zu**. Wir brauchen deshalb eine **Weiterbildungs-offensive**. Bestehende Qualifizierungsangebote sollen ausgebaut und aufeinander abstimmt

1175

werden – auch in Verbindung mit tariflichen Strategien. Dabei geht es um eine qualifizierte, unabhängige Beratung der Beschäftigten sowie das Recht, Weiterbildung in Anspruch nehmen zu können und dafür auch freigestellt zu werden. Die Kosten der Maßnahmen sowie die

werden – auch in Verbindung mit tariflichen Strategien. Dabei geht es um eine qualifizierte, unabhängige Beratung der Beschäftigten sowie das Recht, Weiterbildung in Anspruch nehmen zu können und dafür auch freigestellt zu werden. Die Kosten der Maßnahmen sowie die

1180

Sicherung des Lebensunterhaltes sollten – je nach Nutzen – fair zwischen Betrieb, Gesellschaft und dem oder der Einzelnen aufgeteilt werden. Es muss darum gehen, allen Beschäftigten die gleichen Chancen auf Fort- und Weiterbildung zu ermöglichen: Frauen und Männern,

Sicherung des Lebensunterhaltes sollten – je nach Nutzen – fair zwischen Betrieb, Gesellschaft und dem oder der Einzelnen aufgeteilt werden. Es muss darum gehen, allen Beschäftigten die gleichen Chancen auf Fort- und Weiterbildung zu ermöglichen: Frauen und Männern,

1185

Jüngeren und Älteren, Teilzeitbeschäftigten und Beschäftigten mit Familienpflichten. Dazu gehört im Bedarfsfall auch ein Kinderbetreuungsangebot. Wir streben eine in sich schlüssige Weiterbildungsförderung des Bundes an, die wir gemeinsam mit den Tarifpartnern umsetzen wollen. Im Rahmen einer Nationalen Weiterbildungskonferenz müssen die verschiedenen Weiterbildungsinstrumente sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Nötig ist auch ein regionales Fachkräftemonitoring, sowie Innovations- und Beratungscentren für Unternehmen zum Thema Arbeiten 4.0.

Jüngeren und Älteren, Teilzeitbeschäftigten und Beschäftigten mit Familienpflichten. Dazu gehört im Bedarfsfall auch ein Kinderbetreuungsangebot. Wir streben eine in sich schlüssige Weiterbildungsförderung des Bundes an, die wir gemeinsam mit den Tarifpartnern umsetzen wollen. Im Rahmen einer Nationalen Weiterbildungskonferenz müssen die verschiedenen Weiterbildungsinstrumente sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Nötig ist auch ein regionales Fachkräftemonitoring, sowie Innovations- und Beratungscentren für Unternehmen zum Thema Arbeiten 4.0.

1190

Die Digitalisierung der Arbeitswelt stellt besondere Anforderungen an die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung. Durch den Einsatz digitaler Medien können moderne berufliche Aus- und Weiterbildungsgänge zeitgemäß gestaltet und dazu die digitalen Kompetenzen des pädagogischen Personals in den Bildungseinrichtungen und Unternehmen gestärkt werden. Elemente digitalen Lernens erleichtern durch ihre Flexibilität mit Blick auf Ort und Zeit darüber hinaus die berufs begleitende Weiterqualifizierung und öffnen Zugänge auch für nonformal Lernende. Hiervon können insbesondere kleine und mittlere Unternehmen stärker profitieren.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt stellt besondere Anforderungen an die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung. Durch den Einsatz digitaler Medien können moderne berufliche Aus- und Weiterbildungsgänge zeitgemäß gestaltet und dazu die digitalen Kompetenzen des pädagogischen Personals in den Bildungseinrichtungen und Unternehmen gestärkt werden. Elemente digitalen Lernens erleichtern durch ihre Flexibilität mit Blick auf Ort und Zeit darüber hinaus die berufs begleitende Weiterqualifizierung und öffnen Zugänge auch für nonformal Lernende. Hiervon können insbesondere kleine und mittlere Unternehmen stärker profitieren.

1195

Die Digitalisierung der Arbeitswelt stellt besondere Anforderungen an die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung. Durch den Einsatz digitaler Medien können moderne berufliche Aus- und Weiterbildungsgänge zeitgemäß gestaltet und dazu die digitalen Kompetenzen des pädagogischen Personals in den Bildungseinrichtungen und Unternehmen gestärkt werden. Elemente digitalen Lernens erleichtern durch ihre Flexibilität mit Blick auf Ort und Zeit darüber hinaus die berufs begleitende Weiterqualifizierung und öffnen Zugänge auch für nonformal Lernende. Hiervon können insbesondere kleine und mittlere Unternehmen stärker profitieren.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt stellt besondere Anforderungen an die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung. Durch den Einsatz digitaler Medien können moderne berufliche Aus- und Weiterbildungsgänge zeitgemäß gestaltet und dazu die digitalen Kompetenzen des pädagogischen Personals in den Bildungseinrichtungen und Unternehmen gestärkt werden. Elemente digitalen Lernens erleichtern durch ihre Flexibilität mit Blick auf Ort und Zeit darüber hinaus die berufs begleitende Weiterqualifizierung und öffnen Zugänge auch für nonformal Lernende. Hiervon können insbesondere kleine und mittlere Unternehmen stärker profitieren.

1200

Die Digitalisierung der Arbeitswelt stellt besondere Anforderungen an die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung. Durch den Einsatz digitaler Medien können moderne berufliche Aus- und Weiterbildungsgänge zeitgemäß gestaltet und dazu die digitalen Kompetenzen des pädagogischen Personals in den Bildungseinrichtungen und Unternehmen gestärkt werden. Elemente digitalen Lernens erleichtern durch ihre Flexibilität mit Blick auf Ort und Zeit darüber hinaus die berufs begleitende Weiterqualifizierung und öffnen Zugänge auch für nonformal Lernende. Hiervon können insbesondere kleine und mittlere Unternehmen stärker profitieren.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt stellt besondere Anforderungen an die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung. Durch den Einsatz digitaler Medien können moderne berufliche Aus- und Weiterbildungsgänge zeitgemäß gestaltet und dazu die digitalen Kompetenzen des pädagogischen Personals in den Bildungseinrichtungen und Unternehmen gestärkt werden. Elemente digitalen Lernens erleichtern durch ihre Flexibilität mit Blick auf Ort und Zeit darüber hinaus die berufs begleitende Weiterqualifizierung und öffnen Zugänge auch für nonformal Lernende. Hiervon können insbesondere kleine und mittlere Unternehmen stärker profitieren.

1205

Die Digitalisierung der Arbeitswelt stellt besondere Anforderungen an die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung. Durch den Einsatz digitaler Medien können moderne berufliche Aus- und Weiterbildungsgänge zeitgemäß gestaltet und dazu die digitalen Kompetenzen des pädagogischen Personals in den Bildungseinrichtungen und Unternehmen gestärkt werden. Elemente digitalen Lernens erleichtern durch ihre Flexibilität mit Blick auf Ort und Zeit darüber hinaus die berufs begleitende Weiterqualifizierung und öffnen Zugänge auch für nonformal Lernende. Hiervon können insbesondere kleine und mittlere Unternehmen stärker profitieren.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt stellt besondere Anforderungen an die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung. Durch den Einsatz digitaler Medien können moderne berufliche Aus- und Weiterbildungsgänge zeitgemäß gestaltet und dazu die digitalen Kompetenzen des pädagogischen Personals in den Bildungseinrichtungen und Unternehmen gestärkt werden. Elemente digitalen Lernens erleichtern durch ihre Flexibilität mit Blick auf Ort und Zeit darüber hinaus die berufs begleitende Weiterqualifizierung und öffnen Zugänge auch für nonformal Lernende. Hiervon können insbesondere kleine und mittlere Unternehmen stärker profitieren.

1210

**Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln:**

**Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln:**

1215

Die neue Arbeitswelt 4.0 eröffnet Chancen – stellt uns

Die neue Arbeitswelt 4.0 eröffnet Chancen – stellt uns



- aber auch vor die Herausforderung, die Beschäftigten neu abzusichern. Sie sollen im Laufe ihres Erwerbslebens so unterstützt werden, dass sie gar nicht erst länger arbeitslos bleiben. Und in einer Phase der Arbeitslosigkeit sollen sie vorhandene Qualifikation ausbauen können. Wir werden ein **Recht auf Weiterbildung** einführen. Arbeitslose, die innerhalb von drei Monaten keine neue Beschäftigung finden, sollen von der Bundesagentur für Arbeit ein Angebot für eine Qualifizierungsmaßnahme erhalten, um so ihre Vermittlungschancen zu erhöhen. Das Recht auf Weiterbildung beinhaltet eine umfassende Kompetenzerfassung aller Fähigkeiten und Begabungen. Darauf baut eine gezielte Weiterbildungsberatung auf. Weiterbildungsmaßnahmen können auch darin bestehen, dass ein Berufsabschluss nachgeholt oder eine Umschulung begonnen wird. Hier werden wir eng mit den Gewerkschaften und Betrieben vor Ort zusammenarbeiten. Für die Dauer der Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen soll es ein neues **Arbeitslosengeld Q (ALG Q)** geben. Das werden wir einführen. Der Bezug des ALG Q wird nicht auf das Arbeitslosengeld angerechnet. Die Höhe des ALG Q entspricht dem Arbeitslosengeld. Nach Beendigung einer umfassenden Qualifizierungsmaßnahme oder Umschulung setzt der Anspruch auf Arbeitslosengeld erneut nach den bisherigen Regeln ein.
- Wir werden die Arbeitslosenversicherung zu einer **Arbeitsversicherung** weiterentwickeln und dementsprechend einen Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer **Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung** vorantreiben. Die Arbeitsversicherung darf nicht erst bei Arbeitslosigkeit reagieren! Auch wer in Beschäftigung ist, soll bereits eine unabhängige Beratung in Anspruch nehmen können. Hier soll aufgezeigt werden, welche beruflichen Perspektiven die Beschäftigten mit ihren vorhandenen Qualifikationen haben und welche Optionen sich für eine berufliche Weiterbildung anbieten. Aufbauend auf der Beratung können im Bedarfsfall **berufsbegleitend Qualifizierungsmaßnahmen durch die Arbeitsversicherung gefördert werden**. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen perspektivisch nach Eintritt ins Berufsleben über ein persönliches Entwicklungskonto verfügen, das sie für die Absicherung von Weiterbildungszeiten nutzen können. Es soll mit einem öffentlich finanzierten Startguthaben ausgestattet werden.
- Ein großer Teil der Arbeitslosen befindet sich derzeit nicht mehr im System der Arbeitslosenversicherung,
- aber auch vor die Herausforderung, die Beschäftigten neu abzusichern. Sie sollen im Laufe ihres Erwerbslebens so unterstützt werden, dass sie gar nicht erst länger arbeitslos bleiben. Und in einer Phase der Arbeitslosigkeit sollen sie vorhandene Qualifikation ausbauen können. Wir werden ein **Recht auf Weiterbildung** einführen. Arbeitslose, die innerhalb von drei Monaten keine neue Beschäftigung finden, sollen von der Bundesagentur für Arbeit ein Angebot für eine Qualifizierungsmaßnahme erhalten, um so ihre Vermittlungschancen zu erhöhen. Das Recht auf Weiterbildung beinhaltet eine umfassende Kompetenzerfassung aller Fähigkeiten und Begabungen. Darauf baut eine gezielte Weiterbildungsberatung auf. Weiterbildungsmaßnahmen können auch darin bestehen, dass ein Berufsabschluss nachgeholt oder eine Umschulung begonnen wird. Hier werden wir eng mit den Gewerkschaften und Betrieben vor Ort zusammenarbeiten. Für die Dauer der Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen soll es ein neues **Arbeitslosengeld Q (ALG Q)** geben. Das werden wir einführen. Der Bezug des ALG Q wird nicht auf das Arbeitslosengeld angerechnet. Die Höhe des ALG Q entspricht dem Arbeitslosengeld. Nach Beendigung einer umfassenden Qualifizierungsmaßnahme oder Umschulung setzt der Anspruch auf Arbeitslosengeld erneut nach den bisherigen Regeln ein.
- Wir werden die Arbeitslosenversicherung zu einer **Arbeitsversicherung** weiterentwickeln und dementsprechend einen Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer **Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung** vorantreiben. Die Arbeitsversicherung darf nicht erst bei Arbeitslosigkeit reagieren! Auch wer in Beschäftigung ist, soll bereits eine unabhängige Beratung in Anspruch nehmen können. Hier soll aufgezeigt werden, welche beruflichen Perspektiven die Beschäftigten mit ihren vorhandenen Qualifikationen haben und welche Optionen sich für eine berufliche Weiterbildung anbieten. Aufbauend auf der Beratung können im Bedarfsfall **berufsbegleitend Qualifizierungsmaßnahmen durch die Arbeitsversicherung gefördert werden**. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen perspektivisch nach Eintritt ins Berufsleben über ein persönliches Entwicklungskonto verfügen, das sie für die Absicherung von Weiterbildungszeiten nutzen können. Es soll mit einem öffentlich finanzierten Startguthaben ausgestattet werden.
- Ein großer Teil der Arbeitslosen befindet sich derzeit nicht mehr im System der Arbeitslosenversicherung,

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

1265 sondern in der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Wir werden die **Arbeitslosenversicherung wieder stärken**. Viele Arbeitslose erhalten kein Arbeitslosengeld, da sie innerhalb der letzten zwei Jahre, der sogenannten Rahmenfrist, nicht mindestens zwölf Monate beitragspflichtig gearbeitet haben. Obwohl sie in der Regel Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben, erhalten sie keine Leistungen mehr aus der Versicherung. Das werden wir ändern. Wer innerhalb von drei Jahren vor der Arbeitslosigkeit mindestens zehn Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt war, soll künftig bereits Arbeitslosengeld erhalten.

1270

1275

Trotz der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt gibt es noch viele Menschen, die über einen längeren Zeitraum arbeitslos sind.

1280

1285

Trotz der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt gibt es noch viele Menschen, die über einen längeren Zeitraum arbeitslos sind. **Gerade sie brauchen individuelle und passgenaue Unterstützung, um durch Teilhabe am Arbeitsleben auch (wieder) gesellschaftliche Teilhabe zu erreichen. Die Rahmenbedingungen in den Jobcentern und deren personelle und finanzielle Ausstattung wollen wir daher so verbessern, dass diese individuelle Unterstützung auch geleistet und eine hohe Beratungs- und Förderqualität sichergestellt werden können. Dabei werden wir die Interessen der Arbeitslosen stärker berücksichtigen und ihre Rechte stärken.**

1290 Wir wollen **Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren** und werden deshalb öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen.

Wir wollen **Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren** und werden deshalb öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen und einen dauerhaften, sozialen Arbeitsmarkt schaffen.

1295 Das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe“ werden wir als Regelleistung in das Sozialgesetzbuch II übernehmen.

Das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe“ werden wir als Regelleistung in das Sozialgesetzbuch II übernehmen. **Mit dem sozialen Arbeitsmarkt schaffen wir neue Perspektiven für Langzeitarbeitslose, die auf absehbare Zeit keine realistischen Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Das ist auch von hoher Bedeutung für Regionen, die in besonderem Maße von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind.**

1300

Alle Angebote der Arbeitsförderung müssen so ausgestaltet werden, dass sie es auch Männern und Frauen mit Familienaufgaben ermöglichen, erfolgreich daran teilzunehmen. Für Alleinerziehende machen wir gezielte Angebote.

1305

Alle Angebote der Arbeitsförderung müssen so ausgestaltet werden, dass sie es auch Männern und Frauen mit Familienaufgaben ermöglichen, erfolgreich daran teilzunehmen. Für Alleinerziehende machen wir gezielte Angebote. **Wir wollen auch für Kinder aus Familien, die auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind, die Möglichkeit verbessern, mit beiden Eltern Umgang zu haben. Dazu werden wir einen Umgangsmehrbedarf einführen, wenn beide Eltern das Kind betreuen.**

1310

Um die Chancen von langzeitarbeitslosen Frauen zu verbessern, wollen wir die bewährten Beauftragten für

Um die Chancen von langzeitarbeitslosen Frauen zu verbessern, wollen wir die bewährten Beauftragten für

- |   |  |
|---|--|
| <p>1315 Chancengleichheit auch im SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) verankern. Auch für Langzeitarbeitslose, die wegen der Anrechnung von Partnereinkommen bisher keinen Anspruch auf aktivierende Leistungen nach dem SGB II haben, werden wir in Zukunft Weiterbildungsangebote machen.</p> | <p>Chancengleichheit auch im SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) verankern. Auch für Langzeitarbeitslose, die wegen der Anrechnung von Partnereinkommen bisher keinen Anspruch auf aktivierende Leistungen nach dem SGB II haben, werden wir in Zukunft Weiterbildungsangebote machen.</p> |
| <p>1320</p>   | <p><b>Wir wollen die individuelle Förderung der Arbeitssuchenden in den Jobcentern verbessern. Im Vordergrund muss der Erhalt und der Ausbau von Beschäftigungsfähigkeit gegenüber der schnellen Vermittlung stehen.</b></p>   |
| <p>1325 Die schärferen <b>Sanktionen</b> für unter 25-Jährige werden wir aus dem SGB II streichen. Die Sanktionierung von Leistungen für Kosten der Unterkunft werden wir abschaffen. Niemand darf aufgrund einer Sanktion wohnungslos werden.</p>  | <p>Die schärferen <b>Sanktionen</b> für unter 25-Jährige werden wir aus dem SGB II streichen. Die Sanktionierung von Leistungen für Kosten der Unterkunft werden wir abschaffen. Niemand darf aufgrund einer Sanktion wohnungslos werden.</p>  |
| <p>1330</p>   | <p>Außerdem werden wir das <b>Schonvermögen im SGB II verdoppeln.</b></p>  |
| <p><b>Es ist Zeit für eine starke Wirtschaft und Innovationen</b></p>   | <p><b>Es ist Zeit für eine starke Wirtschaft und Innovationen</b></p>  |
| <p>1335 Deutschland ist ein starkes Land. Mit starken Unternehmen und einem innovativen Mittelstand, der viele Weltmarktführer hervorbringt. Mit modernen Handwerksbetrieben und Einzelhändlern sowie immer mehr</p>  | <p>Deutschland ist ein starkes Land. Mit starken Unternehmen und einem innovativen Mittelstand, der viele Weltmarktführer hervorbringt. Mit modernen Handwerksbetrieben und Einzelhändlern sowie immer mehr</p>  |
| <p>1340 jungen und kreativen Start-ups. Trotz aller Krisen in den vergangenen Jahren zeigt sich: Unsere soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell. Unternehmen sorgen bei der Beschäftigung für ein historisches Rekordniveau. Die Arbeitslosenzahl ist auf den niedrigsten Stand</p>               | <p>jungen und kreativen Start-ups. Trotz aller Krisen in den vergangenen Jahren zeigt sich: Unsere soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell. Unternehmen sorgen bei der Beschäftigung für ein historisches Rekordniveau. Die Arbeitslosenzahl ist auf den niedrigsten Stand</p>               |
| <p>1345 seit Jahrzehnten. Die Reallöhne steigen wieder und es gibt wieder mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Sie bilden das Rückgrat unserer Arbeitsgesellschaft. Das kommt nicht von selbst, sondern zeigt: Unsere politische Maßnahmen wirken!</p>                                     | <p>seit Jahrzehnten. Die Reallöhne steigen wieder und es gibt wieder mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Sie bilden das Rückgrat unserer Arbeitsgesellschaft. Das kommt nicht von selbst, sondern zeigt: Unsere politische Maßnahmen wirken!</p>                                     |
| <p>1350 Für uns bedeutet starke Wirtschaft immer auch, dass alle gerecht an den Erfolgen beteiligt werden. <b>Gerechtigkeit ist die zentrale Voraussetzung für wirtschaftliche Innovationen und Fortschritt.</b> Wachsende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen gefährdet</p>                        | <p>Für uns bedeutet starke Wirtschaft immer auch, dass alle gerecht an den Erfolgen beteiligt werden. <b>Gerechtigkeit ist die zentrale Voraussetzung für wirtschaftliche Innovationen und Fortschritt.</b> Wachsende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen gefährdet</p>                        |
| <p>1355 hingegen unsere Zukunftschancen. Das belegen zahlreiche Studien und wird mittlerweile auch von der OECD bis hin zum Weltwirtschaftsforum bestätigt.</p>   | <p>hingegen unsere Zukunftschancen. Das belegen zahlreiche Studien und wird mittlerweile auch von der OECD bis hin zum Weltwirtschaftsforum bestätigt.</p>   |
| <p>1360 Unsere Wirtschaftspolitik ist sowohl der ökonomischen und fiskalischen als auch der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit verpflichtet. Wachstum, solides Haus-</p>  | <p>Unsere Wirtschaftspolitik ist sowohl der ökonomischen und fiskalischen als auch der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit verpflichtet. Wachstum, solides Haus-</p>  |

- |  |  |
|--|--|
| <p>1365 halten, soziale Gerechtigkeit und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen bilden das Viereck unserer politischen Ziele. Wir wollen die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung auf diese Ziele verpflichten. <b>Der Schlüssel für den Erfolg unserer Wirtschaft sind höhere Investitionen.</b> Investitionen zahlen sich um ein Vielfaches aus – für private Investoren, für</p> <p>1370 den Staat und für die Gesellschaft insgesamt. Die SPD wird eine neue <b>Investitionsoffensive</b> in Deutschland starten. Wir werden Unternehmen ermutigen und dabei unterstützen, wieder mehr zu investieren. Das gilt auch für Bund, Länder und Kommunen. Wir werden</p> <p>1375 mehr Geld für Forschung und Entwicklung bereitstellen, um Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Fortschritt zu sichern. Neue Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung bieten die Chance, technische, wirtschaftliche und soziale Erneuerungen zu entwickeln. So werden wir</p> <p>1380 den gesellschaftlichen Fortschritt voranbringen. Die Unternehmen in Deutschland sind innovativ! Die <b>öffentliche Forschungsförderung</b> leistet dazu einen wichtigen Beitrag.</p> <p>1385 Wir stärken die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern und schaffen einen besseren Schutz und mehr Transparenz. Unser Ziel: verbraucherfreundliche Märkte, auf denen sichere, nachhaltige Produkte aus guter Arbeit angeboten werden.</p> <p>1390 Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Deutschland sollen die Möglichkeiten von Digitalisierung und weltweiter Vernetzung nutzen können. Wir investieren in schnelle Glasfaserverbindungen, die</p> <p>1395 überall in Deutschland schnelles Internet ermöglichen. Und wir wollen ein offenes und freies Internet. Dabei sollen Bürgerinnen und Bürger die Kontrolle über ihre Daten behalten.</p> <p>1400 <b>Handwerk, Mittelstand und industrielle Basis stärken:</b></p> <p>1405 Die Stärke unserer erfolgreichen Volkswirtschaft liegt in der vielfältigen Wirtschaftsstruktur – vom mittelständischen Familienbetrieb über das große Industrieunternehmen, über die regionale Handwerksfirma bis hin zur kleinen Hightech-Schmiede – sowie der breiten Wertschöpfungskette von der Grundstoffindustrie bis zum Endprodukt und den damit verbundenen Dienstleistungen. Während andere Staaten in den vergangenen</p> <p>1410 Jahrzehnten einseitig auf Dienstleistungen und die Finanzwirtschaft gesetzt haben, haben wir darauf ge-</p> | <p>halten, soziale Gerechtigkeit und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen bilden das Viereck unserer politischen Ziele. Wir wollen die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung auf diese Ziele verpflichten. <b>Der Schlüssel für den Erfolg unserer Wirtschaft sind höhere Investitionen.</b> Investitionen zahlen sich um ein Vielfaches aus – für private Investoren, für</p> <p>den Staat und für die Gesellschaft insgesamt. Die SPD wird eine neue <b>Investitionsoffensive</b> in Deutschland starten. Wir werden Unternehmen ermutigen und dabei unterstützen, wieder mehr zu investieren. Das gilt auch für Bund, Länder und Kommunen. Wir werden</p> <p>mehr Geld für Forschung und Entwicklung bereitstellen, um Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Fortschritt zu sichern. Neue Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung bieten die Chance, technische, wirtschaftliche und soziale Erneuerungen zu entwickeln. So werden wir</p> <p>den gesellschaftlichen Fortschritt voranbringen. Die Unternehmen in Deutschland sind innovativ! Die <b>öffentliche Forschungsförderung</b> leistet dazu einen wichtigen Beitrag.</p> <p>Wir stärken die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern und schaffen einen besseren Schutz und mehr Transparenz. Unser Ziel: verbraucherfreundliche Märkte, auf denen sichere, nachhaltige Produkte aus guter Arbeit angeboten werden.</p> <p>Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Deutschland sollen die Möglichkeiten von Digitalisierung und weltweiter Vernetzung nutzen können. Wir investieren in schnelle Glasfaserverbindungen, die</p> <p>überall in Deutschland schnelles Internet ermöglichen. Und wir wollen ein offenes und freies Internet. Dabei sollen Bürgerinnen und Bürger die Kontrolle über ihre Daten behalten.</p> <p><b>Handwerk, Mittelstand und industrielle Basis stärken:</b></p> <p>Die Stärke unserer erfolgreichen Volkswirtschaft liegt in der vielfältigen Wirtschaftsstruktur – vom mittelständischen Familienbetrieb über das große Industrieunternehmen, über die regionale Handwerksfirma bis hin zur kleinen Hightech-Schmiede – sowie der breiten Wertschöpfungskette von der Grundstoffindustrie bis zum Endprodukt und den damit verbundenen Dienstleistungen. Während andere Staaten in den vergangenen</p> <p>Jahrzehnten einseitig auf Dienstleistungen und die Finanzwirtschaft gesetzt haben, haben wir darauf ge-</p> |
|--|--|

- |      |   |
|------|---|
| 1415 | achtet, die ganze Bandbreite unserer Wirtschaft zu erhalten. Im Gegensatz zu anderen Ländern haben wir in Deutschland deshalb nach wie vor eine starke Industrie. Diese breite Basis wollen wir weiter ausbauen.  |
| 1420 | Wir wollen, dass Deutschland der Standort der führenden Automobilindustrie bleibt. Die Zukunft des Automobils ist elektrisch. Deshalb ist der <b>Aufbau einer Batterie-zellenfertigung in Deutschland von zentraler strategischer Bedeutung</b> . Hiervon wird abhängen, ob wir auch in Zukunft die gesamte Wertschöpfung des Automobils abdecken können.   |
| 1425 | Industrie 4.0 ist die vierte industrielle Revolution – nach Dampfmaschine, Elektrifizierung und Automatisierung. Jeder dieser Veränderungsprozesse wurde von Sozialdemokratie und Gewerkschaften sozial verträglich gestaltet. Wir werden auch den digitalen Wandel unserer Wirtschaft aktiv begleiten. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Unternehmen und Verbänden werden wir daran arbeiten, dass <b>Industrie 4.0 ein Erfolgsmodell für Deutschland</b> wird. Dafür ist es wichtig, dass wir den Mittelstand und das Handwerk in ihrer ganzen Breite |
| 1430 | für die Digitalisierung gewinnen. Die Vernetzung von Industrie und Mittelstand mit Startups wird über den Erfolg von Industrie 4.0 mitentscheiden. Darin stecken enorme Potenziale – sowohl für den wirtschaftlichen wie auch den gesellschaftlichen Fortschritt. Diesen Wandel werden wir nach sozialen Prinzipien organisieren.   |
| 1435 | Industrie 4.0 ist die vierte industrielle Revolution – nach Dampfmaschine, Elektrifizierung und Automatisierung. Jeder dieser Veränderungsprozesse wurde von Sozialdemokratie und Gewerkschaften sozial verträglich gestaltet. Wir werden auch den digitalen Wandel unserer Wirtschaft aktiv begleiten. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Unternehmen und Verbänden werden wir daran arbeiten, dass <b>Industrie 4.0 ein Erfolgsmodell für Deutschland</b> wird. Dafür ist es wichtig, dass wir den Mittelstand und das Handwerk in ihrer ganzen Breite |
| 1440 | für die Digitalisierung gewinnen. Die Vernetzung von Industrie, Mittelstand <b>und Handwerk</b> mit Startups wird über den Erfolg von Industrie 4.0 mitentscheiden. Darin stecken enorme Potenziale – sowohl für den wirtschaftlichen wie auch den gesellschaftlichen Fortschritt. Diesen Wandel werden wir nach sozialen Prinzipien organisieren.  |
| 1445 | Mit dem wirtschaftspolitischen Programm „ <b>Innovationsmotor Mittelstand</b> “ werden wir unsere mittelständischen Unternehmen im Wandel unterstützen. Dabei stehen Maßnahmen im Mittelpunkt, <b>die Fachkräfte für die Betriebe sichern, die Innovation fördern und die Mittelstand und Handwerk gezielt entlasten</b> . Zugleich werden wir den exportorientierten Mittelstand mit einer aktiven Außenwirtschaftspolitik fördern.  |
| 1450 | Mit dem wirtschaftspolitischen Programm „ <b>Innovationsmotor Mittelstand</b> “ werden wir unsere mittelständischen Unternehmen im Wandel unterstützen. Dabei stehen Maßnahmen im Mittelpunkt, <b>die Fachkräfte für die Betriebe sichern, die Innovation fördern und die Mittelstand und Handwerk gezielt entlasten</b> . Zugleich werden wir den exportorientierten Mittelstand mit einer aktiven Außenwirtschaftspolitik fördern.  |
| 1455 | Die Fachkräftesicherung ist das drängendste Problem des Handwerks und vieler mittelständischer Betriebe. In bestimmten Berufszweigen ist es mittlerweile schwierig, Auszubildende zu finden. Daher werden wir unter anderem die Ausbildungs- und Berufsorientierung verbessern, in die Ausstattung der Berufsschulen – auch als Lernwerkstätten für Industrie 4.0-Technologien – investieren, ein Recht auf Weiterbildung einführen, Gebühren für Techniker- und Meisterkurse abschaffen  |
| 1460 | Die Fachkräftesicherung ist das drängendste Problem des Handwerks und vieler mittelständischer Betriebe. In bestimmten Berufszweigen ist es mittlerweile schwierig, Auszubildende zu finden. Daher werden wir unter anderem die Ausbildungs- und Berufsorientierung verbessern, in die Ausstattung der Berufsschulen – auch als Lernwerkstätten für Industrie 4.0-Technologien – investieren, ein Recht auf Weiterbildung einführen, Gebühren für Techniker- und Meisterkurse abschaffen  |

und ein modernes Einwanderungsrecht schaffen.

und ein modernes Einwanderungsrecht schaffen.

1465 Die Grenzen zwischen industrieller Produktion und Dienstleistungen lösen sich weiter auf. Unternehmen werden aus gewonnenen Daten neue Geschäftsmodelle mit neuen Dienstleistungen („Smart Services“) entwickeln. Daher werden wir prüfen, inwieweit Förderprogramme für technologische Innovationen auch auf datengetriebene Geschäftsmodelle ausgeweitet werden können, wie zum Beispiel das erfolgreiche **Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)**.

Die Grenzen zwischen industrieller Produktion und Dienstleistungen lösen sich weiter auf. Unternehmen werden aus gewonnenen Daten neue Geschäftsmodelle mit neuen Dienstleistungen („Smart Services“) entwickeln. Daher werden wir prüfen, inwieweit Förderprogramme für technologische Innovationen auch auf datengetriebene Geschäftsmodelle ausgeweitet werden können, wie zum Beispiel das erfolgreiche **Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)**.

1470 Gemeinsam mit Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern wollen wir **regionale Innovationsagenturen** gründen. Sie unterstützen den digitalen Wandel in der Fläche und vor allem den Wissensaustausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Gemeinsam mit (...) **Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft** wollen wir **regionale Innovationsagenturen** gründen. **Sie treiben gesellschaftlich sinnvolle Innovationsansätze** voran, unterstützen den digitalen Wandel in der Fläche und vor allem den Wissensaustausch zwischen Wissenschaft und **Unternehmen. Wir setzen hierbei neben dem klassischen Technologie- und Wissenstransfer auch auf neuere Ansätze wie Open Innovation.**

1480 Den Einsatz digitaler Technologie im Mittelstand werden wir anschieben. Für digitale Ausrüstung sollen kleine und mittlere Unternehmen einen Zuschuss erhalten, wenn sie sich zuvor beraten lassen und ein Digitalisierungskonzept vorlegen.

Den Einsatz digitaler Technologie im Mittelstand werden wir anschieben. Für digitale Ausrüstung sollen kleine und mittlere Unternehmen einen Zuschuss erhalten, wenn sie sich zuvor beraten lassen und ein Digitalisierungskonzept vorlegen.

1485 Kleinere und mittelgroße Unternehmen wollen wir durch einen „**Forschungsbonus**“ finanziell unterstützen, wenn sie Personal für Forschung und Entwicklung einstellen. Gerade mittelständische Unternehmen benötigen diese Förderung, um ihre Wachstumschancen nutzen zu können. Darüber hinaus werden wir auch die bestehenden Forschungs- und Innovationsprogramme weiter ausbauen. Und wir werden die Abschreibungsmöglichkeiten für Forschungs- und Entwicklungsausgaben für Unternehmen und Selbstständige verbessern.

Kleinere und mittelgroße Unternehmen wollen wir durch einen „**Forschungsbonus**“ finanziell unterstützen, wenn sie Personal für Forschung und Entwicklung einstellen. Gerade mittelständische Unternehmen benötigen diese Förderung, um ihre Wachstumschancen nutzen zu können. Darüber hinaus werden wir auch die bestehenden Forschungs- und Innovationsprogramme weiter ausbauen. Und wir werden die Abschreibungsmöglichkeiten für Forschungs- und Entwicklungsausgaben für Unternehmen und Selbstständige verbessern.

1495 Nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen wollen wir außerdem einen **Mittelstands- und Innovationscheck für Gesetze** einführen. In diesem Zuge werden wir auch die Mittel für die Programme ZIM und industrielle Gemeinschaftsforschung aufstocken.

Nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen wollen wir außerdem einen **Mittelstands- und Innovationscheck für Gesetze** einführen. In diesem Zuge werden wir auch die Mittel für die Programme ZIM und industrielle Gemeinschaftsforschung aufstocken.

1500 Die Digitalisierung verändert auch im besonderen Maße den Einzelhandel. Wir wollen die Ergebnisse aus der Dialogplattform Einzelhandel auswerten, um Strategien für lebendige Innenstädte und für die Nahversorgung im ländlichen Raum zu erarbeiten.

Die Digitalisierung verändert auch im besonderen Maße den Einzelhandel. Wir wollen die Ergebnisse aus der Dialogplattform Einzelhandel auswerten, um Strategien für lebendige Innenstädte und für die Nahversorgung im ländlichen Raum zu erarbeiten. **Wir wollen an Modellstandorten die Strategien gemeinsam mit Akteuren vor Ort erproben und durch die Ergebnisse einen Roll-Out für andere Kommunen ermöglichen.**

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- |      |  |  |
|------|--|--|
| 1510 | Es gilt, die Chancen der Digitalisierung für den Handel und die Verbraucherinnen und Verbraucher konsequent zu nutzen.   | Es gilt, die Chancen der Digitalisierung für den Handel und die Verbraucherinnen und Verbraucher konsequent zu nutzen.   |
| 1515 | Das schnelle Wachstum des Internets ist auch der Verfügbarkeit von freier Software zu verdanken, die heute noch einen großen Teil der Infrastruktur betreibt: Diese Idee wollen wir übertragen und den Anteil freier Software in Verwaltung und Bildungseinrichtungen erhöhen, um innovative Unternehmensgründungen im regionalen Markt zu unterstützen.   | Das schnelle Wachstum des Internets ist auch der Verfügbarkeit von freier Software zu verdanken, die heute noch einen großen Teil der Infrastruktur betreibt: Diese Idee wollen wir übertragen und den Anteil freier Software in Verwaltung und Bildungseinrichtungen erhöhen, um innovative Unternehmensgründungen im regionalen Markt zu unterstützen.   |
| 1525 | Deutschland profitiert von der weltweit <b>zunehmenden Nachfrage nach umweltfreundlichen Produkten</b> , Technologien und Dienstleistungen. Hier finden inzwischen hunderttausende Menschen Arbeit. Diese Erfolgsgeschichte der ökologischen Industriepolitik wollen wir fortsetzen. Mit ihrem Energiewende-Know-how haben Unternehmen aus Deutschland beste Absatzchancen in der ganzen Welt. Wir wollen insbesondere <b>kleine und mittlere Unternehmen auf dem Weg in die Weltmärkte mit unserer Außenwirtschaftspolitik unterstützen</b> . Damit leisten wir auch einen Beitrag für eine globale saubere Energieversorgung und eine intakte Umwelt.  | Deutschland profitiert von der weltweit <b>zunehmenden Nachfrage nach umweltfreundlichen Produkten</b> , Technologien und Dienstleistungen. Hier finden inzwischen hunderttausende Menschen Arbeit. Diese Erfolgsgeschichte der ökologischen Industriepolitik wollen wir fortsetzen. Mit ihrem Energiewende-Know-how haben Unternehmen aus Deutschland beste Absatzchancen in der ganzen Welt. Wir wollen insbesondere <b>kleine und mittlere Unternehmen auf dem Weg in die Weltmärkte mit unserer Außenwirtschaftspolitik unterstützen</b> . Damit leisten wir auch einen Beitrag für eine globale saubere Energieversorgung und eine intakte Umwelt.  |
| 1530 | Der <b>Strukturwandel in der Energiewirtschaft</b> wird sich fortsetzen. Ganz besondere Herausforderungen sind in den bisher durch die Braunkohle geprägten Regionen in der Lausitz, im Mitteldeutschen wie auch im Rheinischen Revier zu bewältigen. Hier müssen regionalwirtschaftliche Strukturen auf- und ausgebaut werden, die <b>an die industrielle Tradition dieser Regionen anknüpfen und gute, tarifvertraglich gesicherte Arbeit fördern</b> . Wir werden diese Herausforderung gemeinsam mit den Ländern, den betroffenen Regionen, den Gewerkschaften, den Unternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern angehen. Dabei hilft uns die fortschreitende Energiewende. Es werden in großem Umfang neue Technologien – Speicher und Batterien, Entwicklungszentren für Materialien und Prozesstechnik – benötigt. Wir wollen mit Bundesmitteln die neuen wirtschaftlichen Aktivitäten in den betroffenen Regionen zusammenführen. | Der <b>Strukturwandel in der Energiewirtschaft</b> wird sich fortsetzen. Ganz besondere Herausforderungen sind in den bisher durch die Braunkohle geprägten Regionen in der Lausitz, im Mitteldeutschen wie auch im Rheinischen Revier zu bewältigen. Hier müssen regionalwirtschaftliche Strukturen auf- und ausgebaut werden, die <b>an die industrielle Tradition dieser Regionen anknüpfen und gute, tarifvertraglich gesicherte Arbeit fördern</b> . Wir werden diese Herausforderung gemeinsam mit den Ländern, den betroffenen Regionen, den Gewerkschaften, den Unternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern angehen. Dabei hilft uns die fortschreitende Energiewende. Es werden in großem Umfang neue Technologien – Speicher und Batterien, Entwicklungszentren für Materialien und Prozesstechnik – benötigt. Wir wollen mit Bundesmitteln die neuen wirtschaftlichen Aktivitäten in den betroffenen Regionen zusammenführen. |
| 1555 | <b>Unnötige Bürokratie abbauen – Mittelstand entlasten:</b><br>Unsere Gesellschaft braucht klare Regeln. <b>Unnötige Bürokratie hingegen werden wir abschaffen</b> . Unternehmen sollen sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren  | <b>Unnötige Bürokratie abbauen – Mittelstand entlasten:</b><br>Unsere Gesellschaft braucht klare Regeln. <b>Unnötige Bürokratie hingegen werden wir abschaffen</b> . Unternehmen sollen sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren  |

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- |  |  |
|--|--|
| 1560 können und nicht auf das Ausfüllen von Formularen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sowie Selbstständige trifft unnötige Bürokratie besonders hart.   | können und nicht auf das Ausfüllen von Formularen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sowie Selbstständige trifft unnötige Bürokratie besonders hart.  |
| 1565 Wir werden Unternehmen von Statistik-, Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten befreien. Ein gutes Beispiel für Bürokratieentlastung und Investitionserleichterung ist die von uns durchgesetzte Erhöhung der steuerlichen Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter.   | Wir werden Unternehmen von Statistik-, Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten befreien. Ein gutes Beispiel für Bürokratieentlastung und Investitionserleichterung ist die von uns durchgesetzte Erhöhung der steuerlichen Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter.  |
| 1570 Die meisten Behördengänge sollen sich in Zukunft online erledigen lassen. Daher wollen wir für eine schnelle Umsetzung der <b>Digitalisierung in der Verwaltung</b> sorgen. Diese sorgt einerseits für mehr Benutzerfreundlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger als Nutzer. Andererseits kann die Verwaltung selbst durch die Digitalisierung effizienter und fehlerfreier arbeiten. Eine moderne und effiziente Verwaltung wird möglichst viele Dienstleistungen aus einer Hand anbieten. Wir wollen, dass Nutzerinnen und Nutzer sich einfach und sicher mit einer Zugangsberechtigung für alle Verwaltungsdienstleistungen identifizieren können. Niemand soll seine Daten mehrfach übermitteln müssen. Den jeweiligen Bearbeitungsstand der Verwaltung sollen Antragsteller jederzeit nachvollziehbar können. | Die meisten Behördengänge sollen sich in Zukunft <b>auch</b> online erledigen lassen. Daher wollen wir für eine schnelle Umsetzung der <b>Digitalisierung in der Verwaltung</b> sorgen. Diese sorgt einerseits für mehr Benutzerfreundlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger als Nutzer. Andererseits kann die Verwaltung selbst durch die Digitalisierung effizienter und fehlerfreier arbeiten. Eine moderne und effiziente Verwaltung wird möglichst viele Dienstleistungen aus einer Hand anbieten. Wir wollen, dass Nutzerinnen und Nutzer sich einfach und sicher mit einer Zugangsberechtigung für alle Verwaltungsdienstleistungen identifizieren können. Niemand soll seine Daten mehrfach übermitteln müssen. Den jeweiligen Bearbeitungsstand der Verwaltung sollen Antragsteller jederzeit nachvollziehen können. |
| 1575<br>1580<br>1585<br><b>Innovationen und Gründergeist:</b><br><br>In Deutschland brauchen wir mehr Bereitschaft für Innovationen und einen noch stärkeren Gründergeist.   | 1575<br>1580<br>1585<br><b>Innovationen und Gründergeist:</b><br><br>In Deutschland brauchen wir mehr Bereitschaft für Innovationen und einen noch stärkeren Gründergeist.   |
| 1590 <b>Junge Unternehmerinnen und Unternehmer, die Start-ups</b> , tragen dazu bei, dass mutige Ideen zu neuen Geschäftsmodellen führen und attraktive Arbeitsplätze entstehen. In ihnen steckt das Potenzial, den Mittelstand von morgen zu bilden.  | 1590 <b>Junge Unternehmerinnen und Unternehmer, die Start-ups</b> , tragen dazu bei, dass mutige Ideen zu neuen Geschäftsmodellen führen und attraktive Arbeitsplätze entstehen. In ihnen steckt das Potenzial, den Mittelstand von morgen zu bilden.  |
| 1595<br>1600 Unser Ziel ist es, dass Unternehmen schnell und unbürokratisch gegründet werden können. Wir wollen, dass <b>Firmengründer alle Fragen aus einer Hand beantwortet bekommen</b> – schnell und unbürokratisch. Vor allem E-Government-Lösungen ermöglichen zielgenaue Beratung und erleichtern den Einstieg ins neue Geschäft.   | 1595<br>1600 Unser Ziel ist es, dass Unternehmen schnell und unbürokratisch gegründet werden können. Wir wollen, dass <b>Firmengründer alle Fragen aus einer Hand beantwortet bekommen</b> . Vor allem E-Government-Lösungen ermöglichen zielgenaue Beratung und erleichtern den Einstieg ins neue Geschäft.   |
| 1605 Oft scheitern kleine und mittlere Unternehmen an den bürokratischen Hürden für Förderprogramme. Deshalb werden wir die Antragstellung vereinfachen, damit Unternehmensgründer einfach und schnell Unterstützung bekommen und sich voll auf ihr Geschäftsmodell  | 1605 Oft scheitern kleine und mittlere Unternehmen an den bürokratischen Hürden für Förderprogramme. Deshalb werden wir die Antragstellung vereinfachen, damit Unternehmensgründer einfach und schnell Unterstützung bekommen und sich voll auf ihr Geschäftsmodell  |



<p>1610 konzentrieren können. Zudem werden wir die <b>Rahmenbedingungen für Wagniskapital</b> weiter verbessern.</p>	<p>konzentrieren können. Zudem werden wir die <b>Rahmenbedingungen für Wagniskapital</b> weiter verbessern.</p>
<p>1615 Hochschulen sind seit jeher ein wichtiger Ort für Innovationen. Mit einer „<b>Kultur des Mutes</b>“ wollen wir <b>junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dafür begeistern, Unternehmen zu gründen</b>. Dazu muss das Thema Unternehmensgründungen stärker in der Lehre verankert und müssen Gründungsfreisemester für Studierende ermöglicht werden. Auch Beschäftigte an Hochschulen sollen ein <b>Recht auf ein „Gründer-Sabbatical“</b> bekommen.</p>	<p>Hochschulen sind seit jeher ein wichtiger Ort für Innovationen. Mit einer „<b>Kultur des Mutes</b>“ wollen wir <b>junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dafür begeistern, Unternehmen zu gründen</b>. Dazu muss das Thema Unternehmensgründungen stärker in der Lehre verankert und müssen Gründungsfreisemester für Studierende ermöglicht werden. Auch Beschäftigte an Hochschulen sollen ein <b>Recht auf ein „Gründer-Sabbatical“</b> bekommen.</p>
<p>1620 Obwohl Frauen heute so gut ausgebildet sind wie nie zuvor, gründen sie nur knapp drei von zehn Unternehmen. Unser Ziel ist es, Frauen dabei zu unterstützen, um öfter Unternehmen zu gründen. Die Förderung von Existenzgründerinnen und selbstständigen Frauen bringt mehr wirtschaftliches Wachstum, eine Steigerung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sowie mehr Chancengleichheit und Gleichstellung im Erwerbsleben. Deshalb wollen wir mehr Frauen als Gründerinnen fördern, u.a. durch einen besseren Zugang zu Gründungskapital und eine auf ihre Bedürfnisse angepasste Beratung und Unterstützung.</p>	<p>Obwohl Frauen heute so gut ausgebildet sind wie nie zuvor, gründen sie nur knapp drei von zehn Unternehmen. Unser Ziel ist es, Frauen dabei zu unterstützen, um öfter Unternehmen zu gründen. Die Förderung von Existenzgründerinnen und selbstständigen Frauen bringt mehr wirtschaftliches Wachstum, eine Steigerung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sowie mehr Chancengleichheit und Gleichstellung im Erwerbsleben. Deshalb wollen wir mehr Frauen als Gründerinnen fördern, u.a. durch einen besseren Zugang zu Gründungskapital und eine auf ihre Bedürfnisse angepasste Beratung und Unterstützung. <b>Außerdem wollen wir Gründungen von Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen unterstützen.</b></p>
<p>1635 Scheitern darf nicht das Ende für Gründerinnen und Gründer bedeuten. Wir wollen eine <b>Kultur der „nächsten Chance“</b> etablieren und in diesem Sinne auch das Insolvenzrecht überprüfen.</p>	<p>Scheitern darf nicht das Ende für Gründerinnen und Gründer bedeuten. Wir wollen eine <b>Kultur der „nächsten Chance“</b> etablieren und in diesem Sinne auch das Insolvenzrecht überprüfen.</p>
<p>1640 <b>Wir stärken Genossenschaften!</b> Denn sie sind eine krisenfeste Unternehmensform in den unterschiedlichsten Wirtschaftsbereichen. Dazu benötigen wir Förderprogramme, die eine starke Mitgliederbeteiligung unterstützen und kleineren Genossenschaften Orientierungshilfen bieten.</p>	<p><b>Wir stärken Genossenschaften!</b> Denn sie sind eine krisenfeste Unternehmensform in den unterschiedlichsten Wirtschaftsbereichen. Dazu benötigen wir Förderprogramme, die eine starke Mitgliederbeteiligung unterstützen und kleineren Genossenschaften Orientierungshilfen bieten.</p>
<p>1645 Wir setzen uns auch weiterhin für eine Absicherung der kommunalen Daseinsvorsorge im europäischen Binnenmarkt und bei Freihandelsabkommen ein.</p>	<p>Wir setzen uns auch weiterhin für eine Absicherung der kommunalen Daseinsvorsorge im europäischen Binnenmarkt und bei Freihandelsabkommen ein.</p>
<p>1655 Für Wachstum und Erfolg brauchen Unternehmen immer auch einen <b>handlungsfähigen Staat</b>. Einen Staat, der Impulse für Innovationen setzt. Dabei wollen wir nicht nur technische Produktinnovationen, sondern auch <b>soziale Innovationen</b> fördern. Soziale Innovatio-</p>	<p>Für Wachstum und Erfolg brauchen Unternehmen immer auch einen <b>handlungsfähigen Staat</b>. Einen Staat, der Impulse für Innovationen setzt. Dabei wollen wir nicht nur technische Produktinnovationen, sondern auch <b>soziale Innovationen</b> fördern. Soziale Innovatio-</p>

<p>1660 nen sind neue Wege, gesellschaftliche Probleme zu lösen, beispielsweise durch Telearbeit oder Konsummöglichkeiten wie Car-Sharing. Wir wollen offen sein für neue Verfahren und Lösungsstrategien für sämtliche Bereiche unseres Lebens, von der Wirtschaft über das Arbeitsleben bis hin zum Umweltschutz.</p>	<p>nen sind neue Wege, gesellschaftliche Probleme zu lösen, beispielsweise durch Telearbeit oder Konsummöglichkeiten wie Car-Sharing. Wir wollen offen sein für neue Verfahren und Lösungsstrategien für sämtliche Bereiche unseres Lebens, von der Wirtschaft über das Arbeitsleben bis hin zum Umweltschutz.</p>
---	--

**Forschung und Entwicklung:**

1665 Wir brauchen exzellente Forschung und Entwicklung, um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen bewältigen zu können. Mit unserer Forschungsförderung wollen wir **Vernetzung, den interdisziplinären Austausch und Kooperationen stärker unterstützen**. Die Freiheit der Forschung ist langfristig die wichtigste Voraussetzung für Innovation.

**Forschung und Entwicklung:**

Wir brauchen exzellente Forschung und Entwicklung, um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen bewältigen zu können. Mit unserer Forschungsförderung wollen wir **Vernetzung, den interdisziplinären Austausch und Kooperationen stärker unterstützen**. Die Freiheit der Forschung ist langfristig die wichtigste Voraussetzung für Innovation.

1675 Die **Vielfalt der Forschungslandschaft in Deutschland** ist ein wichtiger Standortvorteil. Universitäten, Fachhochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften, forschende Unternehmen und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen leisten hervorragende Arbeit.

Die **Vielfalt der Forschungslandschaft in Deutschland** ist ein wichtiger Standortvorteil. Universitäten, Fachhochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften, forschende Unternehmen und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen leisten hervorragende Arbeit.

1680 Forschung braucht eine verlässliche Finanzierung. Bis 2025 wollen wir **3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung** aufwenden. Im Rahmen der neuen, dauerhaften Finanzierungsarchitektur für Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden wir so Innovationen fördern. Den erfolgreichen Pakt für Forschung und Innovation werden wir als wichtige und verlässliche Säule dieser Architektur weiterentwickeln und dabei die Kooperation von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen stärken.

Forschung braucht eine verlässliche Finanzierung. Bis 2025 wollen wir **3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung** aufwenden. Im Rahmen der neuen, dauerhaften Finanzierungsarchitektur für Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden wir so Innovationen fördern. Den erfolgreichen Pakt für Forschung und Innovation werden wir als wichtige und verlässliche Säule dieser Architektur weiterentwickeln und dabei die Kooperation von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen stärken.

1695 Wir wollen zusätzliche Möglichkeiten für den Bund schaffen, Forschungseinrichtungen an Hochschulen direkt zu fördern. Die **Forschungsförderung des Bundes für Fachhochschulen werden wir verdoppeln**. Für Projekte, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert werden, wollen wir die Programmpauschale (Overhead) auch nach 2020 fortführen.

Wir wollen zusätzliche Möglichkeiten für den Bund schaffen, Forschungseinrichtungen an Hochschulen direkt zu fördern. Die **Forschungsförderung des Bundes für Fachhochschulen werden wir verdoppeln**. Für Projekte, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert werden, wollen wir die Programmpauschale (Overhead) auch nach 2020 fortführen.

1700 Wir brauchen **eine nationale Strategie für Hochleistungsrechner**, um die sprunghaft wachsende Nachfrage an Hochschulen und Forschungseinrichtungen nach Speicher- wie Rechenkapazität besser erfüllen zu können.

Wir brauchen **eine nationale Strategie für Hochleistungsrechner**, um die sprunghaft wachsende Nachfrage an Hochschulen und Forschungseinrichtungen nach Speicher- wie Rechenkapazität besser erfüllen zu können.

1705

<p>Wir werden <b>zukunftsweisende Technologien fördern</b>, die große Wertschöpfung mit neuen Arbeitsplätzen und Verbesserungen für das alltägliche Leben verbinden, beispielsweise in der Gesundheitswirtschaft, der</p> <p>1710 Bio- und Nanotechnologie, den Umwelt- und Klimaschutztechnologien, in der Materialforschung oder Robotik.</p>	<p>Wir werden <b>zukunftsweisende Technologien fördern</b>, die große Wertschöpfung mit neuen Arbeitsplätzen und Verbesserungen für das alltägliche Leben verbinden, beispielsweise in der Gesundheitswirtschaft, der</p> <p>Bio- und Nanotechnologie, den Umwelt- und Klimaschutztechnologien, in der Materialforschung oder Robotik. <b>Hier kommt auch der Luft- und Raumfahrt eine wichtige Rolle für den Wirtschafts- und Innovationsstandort Deutschland und die europäische Zusammenarbeit zu, die wir weiter stärken werden.</b></p>
<p>1715 Wir wollen die Übertragung von wissenschaftlichen Erkenntnissen auf die Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen vorantreiben und für bessere Arbeitsbedingungen nutzen. Dafür werden wir die Transfer-</p>	<p>Wir wollen die Übertragung von wissenschaftlichen Erkenntnissen auf die Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen vorantreiben und für bessere Arbeitsbedingungen nutzen. Dafür werden wir die Transfer-</p>
<p>1720 förderung, die Validierungsforschung an der Schnittstelle zwischen Forschung und Anwendung sowie die Arbeits-, Berufsbildungs- und Dienstleistungsforschung weiter ausbauen. Wir stärken wissenschaftliche Netzwerke von Wissenschaft, Industrie, Mittelstand und</p> <p>1725 Startups, damit sie ihre zunehmenden Aufgaben in Forschung und Transfer besser wahrnehmen können.</p>	<p>förderung, die Validierungsforschung an der Schnittstelle zwischen Forschung und Anwendung sowie die Arbeits-, Berufsbildungs- und Dienstleistungsforschung weiter ausbauen. Wir stärken wissenschaftliche Netzwerke von Wissenschaft, Industrie, Mittelstand und Startups, damit sie ihre zunehmenden Aufgaben in Forschung und Transfer besser wahrnehmen können.</p>
<p>Für Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen brauchen wir die Kreativität von Forscherinnen und</p> <p>1730 Forschern. Sie benötigen für ihre Arbeit <b>wissenschaftliche Autonomie und finanzielle Planungssicherheit</b>. Forscherinnen und Forscher sollen aber auch mehr Spielräume erhalten, um ihre Forschungsthemen unabhängig von kurzfristigen Aussichten auf Nutzen und</p> <p>1735 Verwertungschancen wählen und verfolgen zu können. Wir werden dafür gemeinsam mit der Wissenschaft einen neuen Förderansatz schaffen, in dem potenziell disruptive Innovationen direkt und unbürokratisch ausprobiert werden können.</p>	<p>Für Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen brauchen wir die Kreativität von Forscherinnen und Forschern. Sie benötigen für ihre Arbeit <b>wissenschaftliche Autonomie und finanzielle Planungssicherheit</b>. Forscherinnen und Forscher sollen aber auch mehr Spielräume erhalten, um ihre Forschungsthemen unabhängig von kurzfristigen Aussichten auf Nutzen und</p> <p>Verwertungschancen wählen und verfolgen zu können. Wir werden dafür gemeinsam mit der Wissenschaft einen neuen Förderansatz schaffen, in dem potenziell disruptive Innovationen direkt und unbürokratisch ausprobiert werden können.</p>
<p>1740 Wir wollen die Akzeptanz <b>bei Bürgerinnen und Bürgern für neue Technologien erhöhen</b>. Mit Transparenz, Information und Beteiligung werden wir Befürchtungen abbauen und Ängsten vorbeugen. Die Zivilgesellschaft</p> <p>1745 wird in den Innovationsdialog der Bundesregierung eingebunden. Die Ergebnisse des Dialogs werden veröffentlicht.</p>	<p>Wir wollen die Akzeptanz <b>bei Bürgerinnen und Bürgern für neue Technologien erhöhen</b>. Mit Transparenz, Information und Beteiligung werden wir Befürchtungen abbauen und Ängsten vorbeugen. Die Zivilgesellschaft wird in den Innovationsdialog der Bundesregierung eingebunden. Die Ergebnisse des Dialogs werden veröffentlicht.</p>
<p><b>Klare Regeln für die Finanzwirtschaft:</b></p> <p>1750 Die Realwirtschaft, die Bürgerinnen und Bürger und auch der Staat brauchen ein Finanz- und Bankensystem, das sicher und verlässlich ist. Wir wollen international die treibende Kraft bei der Kontrolle und Aufsicht</p>	<p><b>Klare Regeln für die Finanzwirtschaft:</b></p> <p>Die Realwirtschaft, die Bürgerinnen und Bürger und auch der Staat brauchen ein Finanz- und Bankensystem, das sicher und verlässlich ist. Wir wollen international die treibende Kraft bei der Kontrolle und Aufsicht</p>

- |      |   |  |
|------|---|--|
| 1755 | der Finanzmärkte werden. Kein Finanzmarkt, kein Finanzprodukt und kein Finanzakteur darf zukünftig ohne Regulierung und ohne Kontrolle sein. Die Aktivitäten der Finanzmärkte müssen auf die Erfordernisse der realen Wirtschaft ausgerichtet sein.   | der Finanzmärkte werden. Kein Finanzmarkt, kein Finanzprodukt und kein Finanzakteur darf zukünftig ohne Regulierung und ohne Kontrolle sein. Die Aktivitäten der Finanzmärkte müssen auf die Erfordernisse der realen Wirtschaft ausgerichtet sein.  |
| 1760 | Regional tätige Finanzinstitute wie <b>Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Förderbanken</b> sind wichtige Finanzpartner vieler Menschen und Unternehmen in unserem Land. Wir sehen sie als wichtige Säule für die   | Regional tätige Finanzinstitute wie <b>Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Förderbanken</b> sind wichtige Finanzpartner vieler Menschen und Unternehmen in unserem Land. Wir sehen sie als wichtige Säule für die  |
| 1765 | Stabilität im Finanzsystem und kämpfen daher für ihren Erhalt. Wir werden bei der Regulierung danach unterscheiden, ob es sich um Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Förderbanken handelt oder um systemrelevante Großbanken.  | Stabilität im Finanzsystem und kämpfen daher für ihren Erhalt. Wir werden bei der Regulierung danach unterscheiden, ob es sich um Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Förderbanken handelt oder um systemrelevante Großbanken.   |
| 1770 | Auf internationaler und auf EU-Ebene gibt es Bestrebungen, eine klare und angemessene <b>Verschuldungsquote für Banken</b> einzuführen. Das unterstützen wir. Wenn eine Bank in Schieflage gerät, sollen vorrangig  | Auf internationaler und auf EU-Ebene gibt es Bestrebungen, eine klare und angemessene <b>Verschuldungsquote für Banken</b> einzuführen. Das unterstützen wir. Wenn eine Bank in Schieflage gerät, sollen vorrangig   |
| 1775 | ihre Anteilseigentümer und deren vermögende Gläubiger haften (Bail-in-Prinzip). Wir setzen uns für eine <b>klare Trennung von Investment- und Geschäftsbanking</b> und eine deutliche Einschränkung des Eigenhandels von Banken ein. Damit werden hochriskante Spekulationen und die von ihnen ausgehende Gefahr für die  | ihre Anteilseigentümer und deren vermögende Gläubiger haften (Bail-in-Prinzip). Wir setzen uns für eine <b>klare Trennung von Investment- und Geschäftsbanking</b> und eine deutliche Einschränkung des Eigenhandels von Banken ein. Damit werden hochriskante Spekulationen und die von ihnen ausgehende Gefahr für die   |
| 1780 | Stabilität von Geschäftsbanken eingedämmt.<br><br>Für Finanzinstitute außerhalb des Banken- und Versicherungssektors, zum Beispiel Hedgefonds und andere Schattenbanken, fordern wir einen Kriterienkatalog zur Prüfung ihrer Bedeutung für das Finanzsystem. Solche <b>systemrelevanten Finanzinstitute sollen verbindlichen Eigenkapitalanforderungen und einer Aufsicht unterliegen.</b> | Stabilität von Geschäftsbanken eingedämmt.<br><br>Für Finanzinstitute außerhalb des Banken- und Versicherungssektors, zum Beispiel Hedgefonds und andere Schattenbanken, fordern wir einen Kriterienkatalog zur Prüfung ihrer Bedeutung für das Finanzsystem. Solche <b>systemrelevanten Finanzinstitute sollen verbindlichen Eigenkapitalanforderungen und einer Aufsicht unterliegen. Damit diese Regelungen erfolgreich sind, werden wir eine europäische Lösung anstreben.</b> |
| 1785 | Alle Geschäftsbeziehungen zwischen Banken und Schattenbanken müssen transparent sein und „Ansteckungsrisiken“ minimiert werden.   | Alle Geschäftsbeziehungen zwischen Banken und Schattenbanken müssen transparent sein und „Ansteckungsrisiken“ minimiert werden.  |
| 1790 | Beim Derivatehandel wollen wir die Regulierung von unbesicherten „over the counter“-Geschäften zügig vollenden und bank- und börseninterne Handelsplattformen für den anonymen Handel mit Finanzprodukten („dark pools“) der Aufsicht unterstellen. <b>Mindesthaltedauern zur Begrenzung des Hochfrequenzhandels</b> sind ein sinnvolles Instrument.  | Beim Derivatehandel wollen wir die Regulierung von unbesicherten „over the counter“-Geschäften zügig vollenden und bank- und börseninterne Handelsplattformen für den anonymen Handel mit Finanzprodukten („dark pools“) der Aufsicht unterstellen. <b>Mindesthaltedauern zur Begrenzung des Hochfrequenzhandels</b> sind ein sinnvolles Instrument.   |
| 1795 | Wir wollen die Rolle von Rating-Agenturen bei der Prü-  | Wir wollen die Rolle von Rating-Agenturen bei der Prü-   |
| 1800 |   |  |

<p>1805</p> <p>fung und Einschätzung von Risiken und im Beratungsgeschäft deutlich einschränken und besser regulieren. Dazu wollen wir das <b>Rating-Geschäft klar von der Beratung trennen</b> und noch mehr als bisher dafür sorgen, dass sich hoheitliches Handeln seltener auf private Ratings bezieht.</p>	<p>fung und Einschätzung von Risiken und im Beratungsgeschäft deutlich einschränken und besser regulieren. Dazu wollen wir das <b>Rating-Geschäft klar von der Beratung trennen</b> und noch mehr als bisher dafür sorgen, dass sich hoheitliches Handeln seltener auf private Ratings bezieht.</p>
<p>1810</p> <p>Wir wollen kleine, junge und innovative Finanzdienstleister (FinTechs) bei der Gründungsfinanzierung unter eine vereinfachte Aufsicht stellen. Gute Beratung und der Schutz der Kunden dürfen dabei nicht in Frage gestellt werden.</p>	<p>Wir wollen kleine, junge und innovative Finanzdienstleister (FinTechs) bei der Gründungsfinanzierung unter eine vereinfachte Aufsicht stellen. Gute Beratung und der Schutz der Kunden dürfen dabei nicht in Frage gestellt werden.</p>
<p>1820</p> <p>Deutschland ist ein wichtiger Finanzstandort. Wir wollen ihn stärken und weitere Finanz- und Regulierungsinstitutionen ansiedeln. Wir unterstützen das Ziel, einen einheitlichen europäischen Kapitalmarkt zu schaffen. Außerdem setzen wir uns für die <b>Einführung der Finanztransaktionssteuer</b> ein.</p>	<p>Deutschland ist ein wichtiger Finanzstandort. Wir wollen ihn stärken und weitere Finanz- und Regulierungsinstitutionen ansiedeln. Wir unterstützen das Ziel, einen einheitlichen europäischen Kapitalmarkt zu schaffen. Außerdem setzen wir uns für die <b>Einführung der Finanztransaktionssteuer</b> ein. <b>Wir bekennen uns klar zum Recht der Bürger auf Bargeld und werden Bestrebungen zur dessen Abschaffung entschieden entgegen treten.</b></p>
<p>1825</p> <p><b>Verbraucherrechte stärken:</b></p>	<p><b>Verbraucherrechte stärken:</b></p>
<p>1830</p> <p>Wir benötigen im Verbraucherschutz gute Gesetze und ihre wirksame Durchsetzung, damit <b>Recht bekommt, wer Recht hat</b>. Qualifizierte Verbände sollen rechtliche Streitigkeiten, die viele Verbraucherinnen und Verbraucher betreffen, mit nur einer Klage vor Gericht (<b>Musterfeststellungsklage</b>) klären lassen können. Verbraucherorganisationen können schon heute bestimmte Verbraucherrechte auf dem Weg der <b>Verbandsklage</b> durchsetzen. Wir werden diese Möglichkeit weiter ausbauen.</p>	<p>Wir benötigen im Verbraucherschutz gute Gesetze und ihre wirksame Durchsetzung, damit <b>Recht bekommt, wer Recht hat</b>. Qualifizierte Verbände sollen rechtliche Streitigkeiten, die viele Verbraucherinnen und Verbraucher betreffen, mit nur einer Klage vor Gericht (<b>Musterfeststellungsklage</b>) klären lassen können. Verbraucherorganisationen können schon heute bestimmte Verbraucherrechte auf dem Weg der <b>Verbandsklage</b> durchsetzen. Wir werden diese Möglichkeit weiter ausbauen.</p>
<p>1840</p> <p>Der vorzeitige Verschleiß von Produkten ärgert Verbraucherinnen und Verbraucher und schadet der Umwelt. Daher müssen <b>Gewährleistungs- und Garantiesprüche im Alltag besser durchsetzbar sein</b>. Hierfür sollen Produkte und elektrische Geräte bezüglich ihrer Lebensdauer nachvollziehbar und vergleichbar gekennzeichnet werden. Auch die Reparatur- und Updatefähigkeit von Produkten muss erhöht und europaweit besser geregelt werden. Für die Vergabe von Nachhaltigkeitssiegeln werden wir verbindliche Prüfkriterien einführen.</p>	<p>Der vorzeitige Verschleiß von Produkten ärgert Verbraucherinnen und Verbraucher und schadet der Umwelt. Daher müssen <b>Gewährleistungs- und Garantiesprüche im Alltag besser durchsetzbar sein</b>. Hierfür sollen Produkte und elektrische Geräte bezüglich ihrer Lebensdauer nachvollziehbar und vergleichbar gekennzeichnet werden. Auch die Reparatur- und Updatefähigkeit von Produkten muss erhöht und europaweit besser geregelt werden. Für die Vergabe von Nachhaltigkeitssiegeln werden wir verbindliche Prüfkriterien einführen.</p>
<p>1850</p> <p>Auch in der digitalen Wirtschaft gilt der Verbraucherschutz. Bürgerinnen und Bürgern müssen Produkte und</p>	<p>Auch in der digitalen Wirtschaft gilt der Verbraucherschutz. Bürgerinnen und Bürgern müssen Produkte und</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1855 Dienstleistungen aus dem Internet sicher nutzen können. Das persönliche Profil aus Daten ermöglicht es im Internethandel, Waren und Dienstleistungen an die Wünsche und Bedürfnisse einzelner Verbraucherinnen und Verbraucher anzupassen. Es lässt aber auch zu, dass sich etwa die Höhe der aufgerufenen Preise an Zahlungsfähigkeit, Alter, Wohnort oder anderen Faktoren ausrichtet. <b>Unfaire individuelle Preisbildung als Folge der Profilbildung aus Nutzerdaten lehnen wir ab.</b></p> <p>1860 Gegen einen solchen Missbrauch werden wir wirksame Regelungen treffen.</p>	<p>Dienstleistungen aus dem Internet sicher nutzen können. Das persönliche Profil aus Daten ermöglicht es im Internethandel, Waren und Dienstleistungen an die Wünsche und Bedürfnisse einzelner Verbraucherinnen und Verbraucher anzupassen. Es lässt aber auch zu, dass sich etwa die Höhe der aufgerufenen Preise an Zahlungsfähigkeit, Alter, Wohnort oder anderen Faktoren ausrichtet. <b>Unfaire individuelle Preisbildung als Folge der Profilbildung aus Nutzerdaten lehnen wir ab.</b></p> <p>Gegen einen solchen Missbrauch werden wir wirksame Regelungen treffen.</p>
<p>1865 Beim „Scoring“, also der individuellen Risikovorhersage für einzelne Verbraucherinnen und Verbraucher, müssen die herangezogenen Daten und ihre Gewichtung der Aufsicht offengelegt werden. Es soll klare Regeln für <b>Löschfristen und Löschpflichten für negative, falsche</b></p> <p>1870 <b>und veraltete Einträge</b> geben.</p>	<p>Beim „Scoring“, also der individuellen Risikovorhersage für einzelne Verbraucherinnen und Verbraucher, müssen die herangezogenen Daten und ihre Gewichtung der Aufsicht offengelegt werden. Es soll klare Regeln für <b>Löschfristen und Löschpflichten für negative, falsche</b></p> <p><b>und veraltete Einträge</b> geben.</p>
<p><b>Wir stärken die Rechte von Finanzkunden</b>, denn sie sollen sich bei Bank-, Börsen- und Versicherungsgeschäften sicher und auf Augenhöhe mit Finanzdienstleistern bewegen können. Dafür wollen wir Auskunftssysteme regulieren und für umfassende Transparenz bei der Beratung sorgen – unter anderem durch die Stärkung der Honorarberatung als Alternative zu einer Beratung auf Provisionsbasis. Die <b>Kontrolle der Finanzanlagenvermittler</b> über die Gewerbeordnung wollen wir auflösen. Sie soll der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unterstellt werden, um zu einem einheitlichen Aufsichtsrecht zu gelangen.</p>	<p><b>Wir stärken die Rechte von Finanzkunden</b>, denn sie sollen sich bei Bank-, Börsen- und Versicherungsgeschäften sicher und auf Augenhöhe mit Finanzdienstleistern bewegen können. Dafür wollen wir Auskunftssysteme regulieren und für umfassende Transparenz bei der Beratung sorgen – unter anderem durch die Stärkung der Honorarberatung als Alternative zu einer Beratung auf Provisionsbasis. Die <b>Kontrolle der Finanzanlagenvermittler</b> über die Gewerbeordnung wollen wir auflösen. Sie soll der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unterstellt werden, um zu einem einheitlichen Aufsichtsrecht zu gelangen.</p>
<p>1885 Smartphone-Apps nehmen eine immer wichtigere Rolle in vielen Bereichen des Lebens ein. Wir wollen, dass Nutzerinnen und Nutzer vor einem Download umfassend, klar und verständlich informiert werden. Sie sollen die <b>Funktionen einer App zuverlässig einschätzen</b></p> <p>1890 können. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen die Kontrolle über ihre Daten haben. Dazu gehört auch, dass sie ihre Daten auf neue Geräte anderer Hersteller mitnehmen können. Es geht uns um Wahlfreiheit in neuen digitalen Märkten. Dafür brauchen wir Wettbewerb. So dürfen hohe Kosten bei einem Anbieterwechsel (Netzwerk- und Lock-In-Effekte) nicht dazu führen, dass Kundinnen und Kunden beispielsweise nur schwer ihren Mobilfunkanbieter wechseln können.</p>	<p>Smartphone-Apps nehmen eine immer wichtigere Rolle in vielen Bereichen des Lebens ein. Wir wollen, dass Nutzerinnen und Nutzer vor einem Download umfassend, klar und verständlich informiert werden. Sie sollen die <b>Funktionen einer App zuverlässig einschätzen</b></p> <p>können. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen die Kontrolle über ihre Daten haben. Dazu gehört auch, dass sie ihre Daten auf neue Geräte anderer Hersteller mitnehmen können. Es geht uns um Wahlfreiheit in neuen digitalen Märkten. Dafür brauchen wir Wettbewerb. So dürfen hohe Kosten bei einem Anbieterwechsel (Netzwerk- und Lock-In-Effekte) nicht dazu führen, dass Kundinnen und Kunden beispielsweise nur schwer ihren <b>Mobilfunk- oder Netzanbieter</b> wechseln können.</p>
<p>1900</p>	

<p>1905 Auch gegenüber <b>Vermittlungsplattformen (Sharing Economy)</b> werden wir Verbraucherrechte stärken: mehr Informationen für Nutzerinnen und Nutzer und bessere Absicherung gegen gravierende Risiken. Bei der kartellrechtlichen Bewertung der Plattformen sollen neben dem reinen Umsatz auch der Wert von Nutzerzahlen und personenbezogene Daten eine Rolle spielen, um Monopole zu verhindern und Pluralität der Anbieter sicherzustellen.</p>	<p>Auch gegenüber <b>Vermittlungsplattformen (Sharing Economy)</b> werden wir Verbraucherrechte stärken: mehr Informationen für Nutzerinnen und Nutzer und bessere Absicherung gegen gravierende Risiken. Bei der kartellrechtlichen Bewertung der Plattformen sollen neben dem reinen Umsatz auch der Wert von Nutzerzahlen und personenbezogene Daten eine Rolle spielen, um Monopole zu verhindern und Pluralität der Anbieter sicherzustellen.</p>
<p>1915 Die Produkt- und Herstellerhaftung werden wir so anpassen, dass auch Schäden aufgrund von Programmierfehlern oder unzureichenden Verschlüsselungen oder mangelnder IT-Sicherheit so geregelt sind, wie Schäden aufgrund von Produktionsfehlern.</p>	<p>Die Produkt- und Herstellerhaftung werden wir so anpassen, dass auch Schäden aufgrund von Programmierfehlern oder unzureichenden Verschlüsselungen oder mangelnder IT-Sicherheit so geregelt sind, wie Schäden aufgrund von Produktionsfehlern.</p>
<p>1920 Das Geldabheben an fremden Bankautomaten ist in Deutschland eine Kostenfalle. Wir wollen eine <b>Begrenzung der Gebühren beim Abheben von Bargeld an fremden Bankautomaten</b>. Aktuelle Überziehungszinsen von bis zu 14 Prozent treffen besonders Menschen, die überschuldet sind und kein anderes Girokonto eröffnen können. Daher <b>werden wir einen „Dispo-Deckel“</b> einführen.</p>	<p>Das Geldabheben an fremden Bankautomaten ist in Deutschland eine Kostenfalle. Wir wollen eine <b>Begrenzung der Gebühren beim Abheben von Bargeld an fremden Bankautomaten</b>. Aktuelle Überziehungszinsen von bis zu 14 Prozent treffen besonders Menschen, die überschuldet sind und kein anderes Girokonto eröffnen können. Daher <b>werden wir einen „Dispo-Deckel“</b> einführen.</p>
<p>1930 Wir wollen rechtswidrig erworbene Gewinne deutlich besser abschöpfen können und die <b>abgeschöpften Gewinne zur Finanzierung der Verbraucherberatung und -information</b> verwenden.</p>	<p>Wir wollen rechtswidrig erworbene Gewinne deutlich besser abschöpfen können und die <b>abgeschöpften Gewinne zur Finanzierung der Verbraucherberatung und -information</b> verwenden.</p>
<p>1935 Bei digitalen Finanztransaktionen brauchen wir die freie Wahl des Zahlungsdienstleisters und höchstmögliche Sicherheit und Datenschutz. Wir setzen uns für ein Recht auf anonymes bargeldloses Bezahlen unter Berücksichtigung der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen bspw. zum Jugendschutz und zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismus ein.</p>	<p>Bei digitalen Finanztransaktionen brauchen wir die freie Wahl des Zahlungsdienstleisters und höchstmögliche Sicherheit und Datenschutz. Wir setzen uns für ein Recht auf anonymes bargeldloses Bezahlen unter Berücksichtigung der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen bspw. zum Jugendschutz und zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismus ein.</p>
<p>1940 Die Verbraucherzentralen und ihren Bundesverband werden wir weiter fördern und ihren Status als <b>Marktwächter ausbauen</b>. Auch staatliche Aufsichtsbehörden wie das Kraftfahrzeugbundesamt sollen sich verstärkt um Verbraucherinteressen kümmern. Das <b>Bundeskartellamt werden wir so</b> ausbauen und mit Kompetenzen für den wirtschaftlichen Verbraucherschutz ausstatten. Die unabhängige Verbraucherforschung werden wir weiter fördern.</p>	<p>Die Verbraucherzentralen und ihren Bundesverband werden wir weiter fördern und ihren Status als <b>Marktwächter ausbauen</b>. Auch staatliche Aufsichtsbehörden wie das Kraftfahrzeugbundesamt sollen sich verstärkt um Verbraucherinteressen kümmern. Das <b>Bundeskartellamt werden wir so</b> ausbauen und mit Kompetenzen für den wirtschaftlichen Verbraucherschutz ausstatten. Die unabhängige Verbraucherforschung werden wir weiter fördern.</p>
<p>1950</p>	

**Digitalisierung in der Stadt und auf dem Land:**

1955 Im Jahr 2025 wollen wir in Deutschland eine der modernsten digitalen Infrastrukturen haben. Wir schaffen „Breitband für alle“, auch um die digitale Spaltung zwischen städtischen Ballungszentren und ländlichen Räumen zu überwinden. Wir werden eine flächendeckende digitale Infrastruktur auf hohem Niveau sicherstellen.

1960 Die Versorgung mit einer Datengeschwindigkeit von mindestens 50 Megabit pro Sekunde, soll nur ein erster Zwischenschritt bis 2018 sein. Unser Ziel sind Gigabitnetze. Bis 2025 sollen mehr als 90 Prozent aller Gebäude daran angeschlossen sein. Die hierfür notwendigen Investitionen werden wir fördern.

1970 Die Entwicklung der 5. Generation der mobilen Datenübertragung (5G-Standard) werden wir weiter vorantreiben. Dafür müssen die Antennenstandorte mit Glasfaser erschlossen werden. Die Mobilfunktechnologie schafft weitere notwendige Bandbreiten.

1975 WLAN, also ein offenes drahtloses Internet, ist Teil einer modernen digitalen Infrastruktur. Wir wollen, dass alle öffentlichen Einrichtungen **offene und kostenfreie WLAN-Hotspots** verfügbar machen.

1980 Wir wollen die Gleichbehandlung bei der Datenübertragung im Internet und den diskriminierungsfreien Zugang zu Datennetzen. Diese **Netzneutralität ist entscheidend für das offene und freie Internet** sowie für fairen Wettbewerb. Die nach europarechtlichen Vorgaben möglichen Ausnahmen vom Prinzip der Netzneutralität müssen eng begrenzt bleiben. In diesen Fällen hat die Bundesnetzagentur streng darauf zu achten, dass sich die Internetqualität nicht verschlechtert.

**Datensicherheit und digitale Grundrechte:**

1990 Ziel unserer Datenpolitik ist es, das **Recht auf Privatsphäre** zu gewährleisten. Gleichzeitig wollen wir das wirtschaftliche Potenzial von Daten nutzen, denn Datenschutz und Big Data schließen sich nicht aus. Wir werden klare Regelungen schaffen, wie Daten verfügbar gemacht werden können und wer welche Daten wann, zu welchem Zweck und zu welchen Bedingungen verwenden darf. Bürgerinnen und Bürger sollen zu jeder Zeit einen Überblick über die Verwendung ihrer Daten

**Digitalisierung in der Stadt und auf dem Land:**

Im Jahr 2025 wollen wir in Deutschland eine der modernsten digitalen Infrastrukturen haben. Wir schaffen „Breitband für alle“, auch um die digitale Spaltung zwischen städtischen Ballungszentren und ländlichen Räumen zu überwinden. Wir werden eine flächendeckende digitale Infrastruktur auf hohem Niveau sicherstellen.

Die Versorgung mit einer Datengeschwindigkeit von mindestens 50 Megabit pro Sekunde, soll nur ein erster Zwischenschritt bis 2018 sein. Unser Ziel sind Gigabitnetze. Bis 2025 sollen mehr als 90 Prozent aller Gebäude daran angeschlossen sein. Die hierfür notwendigen Investitionen werden wir fördern.

Die Entwicklung der 5. Generation der mobilen Datenübertragung (5G-Standard) werden wir weiter vorantreiben. Dafür müssen die Antennenstandorte mit Glasfaser erschlossen werden. Die Mobilfunktechnologie schafft weitere notwendige Bandbreiten.

WLAN, also ein offenes drahtloses Internet, ist Teil einer modernen digitalen Infrastruktur. Wir wollen, dass alle öffentlichen Einrichtungen **offene und kostenfreie WLAN-Hotspots** verfügbar machen.

Wir wollen die Gleichbehandlung bei der Datenübertragung im Internet und den diskriminierungsfreien Zugang zu Datennetzen. Diese Netzneutralität ist entscheidend für das offene und freie Internet sowie für fairen Wettbewerb. Die nach europarechtlichen Vorgaben möglichen Ausnahmen vom Prinzip der Netzneutralität müssen eng begrenzt bleiben. In diesen Fällen hat die Bundesnetzagentur streng darauf zu achten, dass sich die Internetqualität nicht verschlechtert.

**Datensicherheit und digitale Grundrechte:**

Ziel unserer Datenpolitik ist es, das **Recht auf Privatsphäre** zu gewährleisten. Gleichzeitig wollen wir das wirtschaftliche Potenzial von Daten nutzen, denn Datenschutz und Big Data schließen sich nicht aus. Wir werden klare Regelungen schaffen, wie Daten verfügbar gemacht werden können und wer welche Daten wann, zu welchem Zweck und zu welchen Bedingungen verwenden darf. Bürgerinnen und Bürger sollen zu jeder Zeit einen Überblick über die Verwendung ihrer Daten



Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

2000 haben. Es dürfen keine neuen Datenmonopole entstehen. Personenbezogene Daten sind dabei besonders schützenswert. Nutzerinnen und Nutzer müssen grundsätzlich einwilligen, wenn personenbezogene Daten über sie erhoben, genutzt oder verwendet werden.	haben. Es dürfen keine neuen Datenmonopole entstehen. Personenbezogene Daten sind dabei besonders schützenswert. Nutzerinnen und Nutzer müssen grundsätzlich einwilligen, wenn personenbezogene Daten über sie erhoben, genutzt oder verwendet werden.
2005 Datenspeicher und Netzwerke müssen besser gegen illegale Zugriffe von außen gesichert sein.	Datenspeicher und Netzwerke müssen besser gegen illegale Zugriffe von außen gesichert sein.
Die Aufgabe von Datenpolitik ist auch, Antworten auf zukünftige Entwicklungen zu liefern und den rechtlichen Rahmen vorzugeben. Aus der Verknüpfung von Daten, den zunehmenden Umgang mit neuen Technologien – wie autonomem Fahren und dem Einsatz von künstlicher Intelligenz – ergeben sich viele <b>neuartige rechtliche und ethische Fragen</b> . Diese wollen wir in	Die Aufgabe von Datenpolitik ist auch, Antworten auf zukünftige Entwicklungen zu liefern und den rechtlichen Rahmen vorzugeben. Aus der Verknüpfung von Daten, den zunehmenden Umgang mit neuen Technologien – wie autonomem Fahren und dem Einsatz von künstlicher Intelligenz – ergeben sich viele <b>neuartige rechtliche und ethische Fragen</b> . Diese wollen wir in
2010 in einem umfassenden Dialog mit der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Wirtschaft im Rahmen einer Daten-Ethikkommission klären.	in einem umfassenden Dialog mit der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Wirtschaft im Rahmen einer Daten-Ethikkommission klären.
2015 Mit der wachsenden Bedeutung des Internets und der wachsenden Abhängigkeit von vernetzter Technik wird die Frage nach Sicherheit im Netz zugleich zur Frage nach der Sicherheit vieler wichtiger anderer Bereiche. Der NSA-Skandal und die Internetkriminalität verunsichern die Menschen. Wir wollen das Freiheitsversprechen des Netzes zurückgewinnen. Der Erfolg des Netzes	Mit der wachsenden Bedeutung des Internets und der wachsenden Abhängigkeit von vernetzter Technik wird die Frage nach Sicherheit im Netz zugleich zur Frage nach der Sicherheit vieler wichtiger anderer Bereiche. Der NSA-Skandal und die Internetkriminalität verunsichern die Menschen. Wir wollen das Freiheitsversprechen des Netzes zurückgewinnen. Der Erfolg des Netzes
2020 beruht gerade auf seiner freiheitlichen und offenen Architektur, die wir erhalten und ausbauen wollen. Wir setzen uns für Regelungen auf internationaler Ebene ein, mit denen wir Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft	beruht gerade auf seiner freiheitlichen und offenen Architektur, die wir erhalten und ausbauen wollen. Wir setzen uns für Regelungen auf internationaler Ebene ein, mit denen wir Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft
2025 und öffentliche Institutionen vor Ausspähung und Cyberangriffen schützen wollen. <b>Unser Ziel ist ein „Völkerrecht des Netzes“</b> , das die digitalen Grundrechte definiert. Vor diesem Hintergrund wollen wir Deutschland und Europa als führenden Standort für Datenschutz und IT-Sicherheit etablieren und werden innerhalb der EU für eine digitale Grundrechtecharta werben.	und öffentliche Institutionen vor Ausspähung und Cyberangriffen schützen wollen. <b>Unser Ziel ist ein „Völkerrecht des Netzes“</b> , das die digitalen Grundrechte definiert. Vor diesem Hintergrund wollen wir Deutschland und Europa als führenden Standort für Datenschutz und IT-Sicherheit etablieren und werden innerhalb der EU für eine digitale Grundrechtecharta werben.
2030 Wir wollen Hürden in der Nutzung und beim Angebot von digitalen Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger wie auch Unternehmen in ganz Europa abbauen. Wer in Deutschland etwa als Startup mit Dienstleistungen an den Markt geht, ist damit sogleich Teil des gesamten europäischen Binnenmarktes. Hindernisse	Wir wollen Hürden in der Nutzung und beim Angebot von digitalen Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger wie auch Unternehmen in ganz Europa abbauen. Wer in Deutschland etwa als Startup mit Dienstleistungen an den Markt geht, ist damit sogleich Teil des gesamten europäischen Binnenmarktes. Hindernisse
2035 für das grenzüberschreitende digitale Wirtschaften werden wir konsequent abbauen. Die Aufsicht über digitale Dienste in Europa wollen wir eindeutig regeln.	für das grenzüberschreitende digitale Wirtschaften werden wir konsequent abbauen. Die Aufsicht über digitale Dienste in Europa wollen wir eindeutig regeln.
2040	
2045	

**Es ist Zeit für einen starken Sozialstaat**

**Es ist Zeit für einen starken Sozialstaat**

2050 Unser Sozialstaat ist eine Errungenschaft. Er sorgt für sozialen Ausgleich, stärkt unsere Wirtschaft und gibt den Menschen die Sicherheit, die sie brauchen, um über ihr Leben selbst zu bestimmen.

Unser Sozialstaat ist eine Errungenschaft. Er sorgt für sozialen Ausgleich, stärkt unsere Wirtschaft und gibt den Menschen die Sicherheit, die sie brauchen, um über ihr Leben selbst zu bestimmen.

2055 Bürgerinnen und Bürger sollen darauf vertrauen können, nach jahrzehntelanger Arbeit im Alter ein auskömmliches Einkommen zu beziehen und bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit bestmöglich versorgt zu sein.

2060 Und beim Verlust des Arbeitsplatzes erwarten sie eine gute Absicherung. Ein Sozialstaat, der die Bürgerinnen und Bürger unterstützt, erhöht die Sicherheit und fördert gesellschaftlichen Fortschritt und Wandel. Wir werden den Sozialstaat noch besser machen, damit sich

2065 in Zukunft alle auf ihn verlassen können.

Bürgerinnen und Bürger sollen darauf vertrauen können, nach jahrzehntelanger Arbeit im Alter ein auskömmliches Einkommen zu beziehen und bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit bestmöglich versorgt zu sein.

Und beim Verlust des Arbeitsplatzes erwarten sie eine gute Absicherung. Ein Sozialstaat, der die Bürgerinnen und Bürger unterstützt, erhöht die Sicherheit und fördert gesellschaftlichen Fortschritt und Wandel. Wir werden den Sozialstaat noch besser machen, damit sich in Zukunft alle auf ihn verlassen können.

Der medizinische Fortschritt soll wieder gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert werden. Und wir sorgen dafür, dass sich Bürgerinnen und

2070 Bürger darauf verlassen können, unabhängig von Einkommen und Wohnort die beste medizinische und pflegerische Versorgung zu bekommen. Dafür schaffen wir eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen und durch die alle die notwendigen medizinischen Leistungen bekommen. Eine Zwei-Klassen-Medizin soll es nicht

2075 länger geben. In der Alterssicherung gilt für uns der Grundsatz: Nach jahrzehntelanger Arbeit ermöglicht die Rente ein angemessenes Leben im Alter. Der Sozialstaat ist für alle da, deshalb werden wir auch neue Beschäftigungsformen wie die Solo-Selbstständigkeit

2080 absichern und in die Sozialversicherungen einbeziehen.

Der medizinische Fortschritt soll wieder gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert werden. Und wir sorgen dafür, dass sich Bürgerinnen und

Bürger darauf verlassen können, unabhängig von Einkommen und Wohnort die beste medizinische und pflegerische Versorgung zu bekommen. Dafür schaffen wir eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen und durch die alle die notwendigen medizinischen Leistungen bekommen. Eine Zwei-Klassen-Medizin soll es nicht länger geben. In der Alterssicherung gilt für uns der Grundsatz: Nach jahrzehntelanger Arbeit ermöglicht die Rente ein angemessenes Leben im Alter. Der Sozialstaat ist für alle da, deshalb werden wir auch neue Beschäftigungsformen wie die Solo-Selbstständigkeit absichern und in die Sozialversicherungen einbeziehen

**Eine Bürgerversicherung für alle in Gesundheit und Pflege:**

**Eine Bürgerversicherung für alle in Gesundheit und Pflege:**

2085 Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger auf die gleiche Weise versichern. Ziel ist die **paritätische Bürgerversicherung**. Paritätisch bedeutet: Arbeitgeber und Versicherte werden wieder den gleichen Anteil am gesamten Versicherungsbeitrag zahlen. Daher schaffen wir den einseitigen Zusatzbeitrag der Versicherten ab.

2090

Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger auf die gleiche Weise versichern. Ziel ist die **paritätische Bürgerversicherung**. Paritätisch bedeutet: Arbeitgeber und Versicherte werden wieder den gleichen Anteil am gesamten Versicherungsbeitrag zahlen. Daher schaffen wir den einseitigen Zusatzbeitrag der Versicherten ab.

Alle erstmalig und bislang gesetzlich **Versicherten werden wir automatisch in die Bürgerversicherung aufnehmen**. Dazu zählen auch Beamtinnen und Beamte, für die in der Bürgerversicherung ein beihilfefähiger Tarif geschaffen wird. Die öffentlichen Arbeitgeber

2095

Alle erstmalig und bislang gesetzlich **Versicherten werden wir automatisch in die Bürgerversicherung aufnehmen**. Dazu zählen auch Beamtinnen und Beamte, für die in der Bürgerversicherung ein beihilfefähiger Tarif geschaffen wird. Die öffentlichen Arbeitgeber

- |   |  |
|---|--|
| <p>2100 können wählen, ob sie für gesetzlich versicherte Beamtinnen und Beamte einen Arbeitgeberbeitrag zahlen oder wie bisher über die Beihilfe einen Anteil der Behandlungskosten direkt übernehmen. Bisher Privatversicherte können wählen, ob sie in die Bürgerversicherung wechseln möchten. Die Finanzierung der Bürgerversicherung muss gerecht sein. Gesellschaftliche Aufgaben müssen auch solidarisch finanziert werden. Darüber hinaus ist es unser Ziel, <b>Menschen mit chronischen Erkrankungen von Zuzahlungen zu entlasten.</b></p>   | <p>können wählen, ob sie für gesetzlich versicherte Beamtinnen und Beamte einen Arbeitgeberbeitrag zahlen oder wie bisher über die Beihilfe einen Anteil der Behandlungskosten direkt übernehmen. Bisher Privatversicherte können wählen, ob sie in die Bürgerversicherung wechseln möchten. Die Finanzierung der Bürgerversicherung muss gerecht sein. Gesellschaftliche Aufgaben müssen auch solidarisch finanziert werden. Darüber hinaus ist es unser Ziel, <b>Menschen mit chronischen Erkrankungen von Zuzahlungen zu entlasten und Leistungen für Zahnersatz und Sehhilfen zu verbessern.</b></p>   |
| <p>2110 Auch in der <b>Pflege</b> soll es die <b>Bürgerversicherung</b> geben. Wir wollen Bürgerinnen und Bürger besser gegen Pflegerisiken absichern.</p>  | <p>Auch in der <b>Pflege</b> soll es die <b>Bürgerversicherung</b> geben. Wir wollen Bürgerinnen und Bürger besser gegen Pflegerisiken absichern.</p>  |
| <p>2115 Mit der Bürgerversicherung schaffen wir eine <b>einheitliche Honorarordnung</b> für Ärztinnen und Ärzte. Bislang werden Privatpatientinnen und -patienten oftmals bevorzugt, da ihre Behandlung höher vergütet wird. Das werden wir beenden. Damit richtet sich die Vergütung medizinischer Leistungen nach dem Bedarf der Patientinnen und Patienten und nicht danach, ob sie privat oder gesetzlich versichert sind.</p>  | <p>Mit der Bürgerversicherung schaffen wir eine <b>einheitliche Honorarordnung</b> für Ärztinnen und Ärzte. Bislang werden Privatpatientinnen und -patienten oftmals bevorzugt, da ihre Behandlung höher vergütet wird. Das werden wir beenden. Damit richtet sich die Vergütung medizinischer Leistungen nach dem Bedarf der Patientinnen und Patienten und nicht danach, ob sie privat oder gesetzlich versichert sind.</p>  |
| <p><b>Gesundheitsversorgung sicherstellen:</b></p>  | <p><b>Gesundheitsversorgung sicherstellen:</b></p>   |
| <p>2125 Gute Gesundheitsversorgung darf nicht vom Einkommen und nicht vom Wohnort abhängen. In City-Lage oder attraktiven Bezirken ist gute und barrierefreie medizinischer Versorgung oft Standard. Wir wollen, dass das auch für ländliche und strukturschwache Regionen wie auch für Stadtteile mit sozialen Problemen gilt. Dazu schaffen wir <b>eine integrierte Bedarfsplanung der gesamten medizinischen Versorgung</b>. Die Vorbeugung von Krankheiten (Prävention) und die Rehabilitation beispielsweise nach einer schweren Erkrankung müssen im Rahmen dieser Planung gestärkt und auch die Pflege einbezogen werden. Wir brauchen darüber hinaus mehr Hausärztinnen und Hausärzte als heute, denn sie sind die erste Anlaufstelle im Krankheitsfall. Die Kompetenz der Apothekerinnen und Apotheker muss in die Versorgungsstrukturen effizient mit eingebunden werden. Wir wollen die Notfallversorgung verändern, um den Zugang für alle sicherzustellen.</p> | <p>Gute Gesundheitsversorgung darf nicht vom Einkommen und nicht vom Wohnort abhängen. In City-Lage oder attraktiven Bezirken ist gute und barrierefreie medizinischer Versorgung oft Standard. Wir wollen, dass das auch für ländliche und strukturschwache Regionen wie auch für Stadtteile mit sozialen Problemen gilt. Dazu schaffen wir <b>eine integrierte Bedarfsplanung der gesamten medizinischen Versorgung</b>. Die Vorbeugung von Krankheiten (Prävention) und die Rehabilitation beispielsweise nach einer schweren Erkrankung müssen im Rahmen dieser Planung gestärkt und auch die Pflege einbezogen werden. Wir brauchen darüber hinaus mehr Hausärztinnen und Hausärzte als heute, denn sie sind die erste Anlaufstelle im Krankheitsfall. Die Kompetenz der Apothekerinnen und Apotheker muss in die Versorgungsstrukturen effizient mit eingebunden werden. Wir wollen die Notfallversorgung verändern, um den Zugang für alle sicherzustellen.</p> |
| <p>2145 Wir setzen uns für <b>mehr und besser bezahltes Pflegepersonal</b> in Krankenhäusern ein. Deshalb wollen wir verbindliche Personalstandards umsetzen.</p>   | <p>Wir setzen uns für <b>mehr und besser bezahltes Pflegepersonal</b> in Krankenhäusern ein. Deshalb wollen wir verbindliche Personalstandards umsetzen. <b>Der Pflegeberuf muss gerecht bezahlt, flexibler wahrnehmbar</b></p>  |

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

2150

Wir brauchen außerdem bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege und einen leichteren Zugang zu Ausbildung und Studium. Das Pflegeberufegesetz ist dazu ein

2155

wichtiger Beitrag. Gut ausgebildete Pflegekräfte sorgen für eine kultur- und geschlechtersensible Pflege. Eine gute und sichere Versorgung für Patientinnen und Patienten gibt es nur mit ausreichend Personal. Altenpflegerinnen und Altenpfleger Beschäftigte in der Pflege

2160

leisten eine anspruchsvolle und schwere Arbeit, die besser anerkannt werden muss.

Wir werden ein **Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege** umsetzen, um kurzfristig Entlastung für die Beschäftigten zu schaffen.

2165

Hebammen leisten einen unverzichtbaren Beitrag als Begleiterinnen beim Start ins Leben – vor, während und nach der Geburt. Wir müssen den Beruf attraktiver machen und die Arbeitsbedingungen verbessern. Der

2170

Wert ihrer Arbeit muss sich auch in der Bezahlung widerspiegeln.

2175

Wichtig ist auch, mehr Geld für notwendige Investitionen in Krankenhäuser zur Verfügung zu stellen. Denn die Finanzierungslücke ist groß und kann von den Ländern alleine nicht mehr geschlossen werden.

2180

Wir wollen, dass **medizinische Neuerungen schnell und zu fairen Preisen** vom ersten Tag an verfügbar sind.

2185

Deutschland liegt im europäischen Vergleich bei den Arzneimittelpreisen in der Spitzengruppe. Sie dürfen in einem solidarisch finanzierten System aber nicht nur vom Markt bestimmt werden, sondern müssen auch ethisch vertretbar sein. Deshalb soll auch in Zukunft

2190

immer wieder neu bestimmt werden, ob neue Medikamente sicher und notwendig sind – und zu welchen Preisen sie solidarisch finanziert werden.

2195

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen werden wir konsequent voranbringen. So kann etwa die Telemedi-

**und mit mehr Aufstiegschancen versehen werden. Wir werden die aktuellen Arbeitsbedingungen von Pflegehilfskräften und –fachkräften diskutieren und konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Attraktivität des Pflegeberufes erarbeiten.**

Wir brauchen (...) bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege und einen leichteren Zugang zu Ausbildung und Studium. Das Pflegeberufegesetz ist dazu ein wichtiger Beitrag. Gut ausgebildete Pflegekräfte sorgen für eine kultur- und geschlechtersensible Pflege. Eine gute und sichere Versorgung für Patientinnen und Patienten gibt es nur mit ausreichend Personal. Altenpflegerinnen und Altenpfleger und Beschäftigte in der Pflege leisten eine anspruchsvolle und schwere Arbeit, die besser anerkannt werden muss.

Wir werden ein **Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege** umsetzen, um kurzfristig Entlastung für die Beschäftigten zu schaffen.

Hebammen leisten einen unverzichtbaren Beitrag als Begleiterinnen beim Start ins Leben – vor, während und nach der Geburt. Wir müssen den Beruf attraktiver machen und die Arbeitsbedingungen verbessern. Der Wert ihrer Arbeit muss sich auch in der Bezahlung widerspiegeln.

**Auch die weiteren Gesundheitsfachberufe übernehmen zentrale Aufgaben in der medizinischen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger. Wir werden sie deshalb weiterentwickeln.**

Wichtig ist auch, mehr Geld für notwendige Investitionen in Krankenhäuser zur Verfügung zu stellen. Denn die Finanzierungslücke ist groß und kann von den Ländern alleine nicht mehr geschlossen werden.

Wir wollen, dass **medizinische Neuerungen schnell und zu fairen Preisen** vom ersten Tag an verfügbar sind.

Deutschland liegt im europäischen Vergleich bei den Arzneimittelpreisen in der Spitzengruppe. Sie dürfen in einem solidarisch finanzierten System aber nicht nur vom Markt bestimmt werden, sondern müssen auch ethisch vertretbar sein. Deshalb soll auch in Zukunft

immer wieder neu bestimmt werden, ob neue Medikamente sicher und notwendig sind – und zu welchen Preisen sie solidarisch finanziert werden.

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen werden wir konsequent voranbringen. So kann etwa die Telemedi-

- |  |  |
|--|--|
| <p>2200 zin Versorgungsstrukturen, gerade in weniger besiedelten Bereichen entscheidend verbessern oder erst ermöglichen und die elektronische Patientenakte die Partizipation und Selbstbestimmung der Patientinnen und Patienten, Versicherten und ihren Angehörigen und einen bruchfreien sektorübergreifenden Behandlungsprozess sichern. Wir beschleunigen den Ausbau in allen Bereichen und unterstützen Innovation. Grundlage bleibt für uns eine verlässliche einheitliche</p> <p>2205 Telematikinfrastruktur, die ein beispielloses Schutzniveau der sensiblen Daten sichert. Wir sorgen für schnelle Bereitstellung und stetige Weiterentwicklung. Dabei steht für uns im Fokus, dass Patientinnen und Patienten die Hoheit über ihre Daten haben und freiwillig und</p> <p>2210 eigenständig über Zugang und Weitergabe entscheiden können.</p><br><p>2215 Wir werden Patientenrechte stärken und einen <b>Patientenentschädigungsfonds</b> als Stiftung des Bundes schaffen. Der Fonds unterstützt Patientinnen und Patienten bei Behandlungsfehlern, wenn haftungsrechtliche Systeme nicht greifen. Die Vertretung von Patientinnen und Patienten bzw. Versicherten in allen Gremien muss gestärkt werden.</p> <p>2220</p> <p><b>Gesund leben:</b></p> <p>2225 Gesundheitliche Vorsorge und Vorbeugung soll von allen verantwortlichen Aufgabenträgern – von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen – gemeinsam finanziert werden. Wir werden Maßnahmen zur Prävention in Kita, Schule, Betrieben und Pflegeeinrichtungen unterstützen und ein Programm „<b>Gesunde Stadt</b>“ auflegen Es soll eng mit dem Programm „Soziale Stadt“ verknüpft werden und besonders Maßnahmen zu Bewältigung des demographischen Wandels und sozialer Ungleichheit fördern. Vorbeugende Maßnahmen für eine gesündere Ernährung und für mehr Bewegung an Schulen und Tagesstätten werden ebenso</p> <p>2235 unterstützt wie stadtplanerische Maßnahmen zur Verringerung von Schadstoffbelastung.</p> <p>2240 Denn es sind vor allem Menschen mit geringem Einkommen, die unter Umweltbelastungen leiden und in den Städten besonders stark Lärm und Luftverschmutzung ausgesetzt sind.</p> | <p>zin Versorgungsstrukturen, gerade in weniger besiedelten Bereichen, entscheidend verbessern oder erst ermöglichen und die elektronische Patientenakte die Partizipation und Selbstbestimmung der Patientinnen und Patienten, Versicherten und ihren Angehörigen und einen bruchfreien sektorübergreifenden Behandlungsprozess sichern. Wir beschleunigen den Ausbau in allen Bereichen und unterstützen Innovation. Grundlage bleibt für uns eine verlässliche einheitliche</p> <p>Telematikinfrastruktur, die ein beispielloses Schutzniveau der sensiblen Daten sichert. Wir sorgen für schnelle Bereitstellung und stetige Weiterentwicklung. Dabei steht für uns im Fokus, dass Patientinnen und Patienten die Hoheit über ihre Daten haben und freiwillig und</p> <p>eigenständig über Zugang und Weitergabe entscheiden können.</p><br><p>Wir werden Patientenrechte stärken und einen <b>Patientenentschädigungsfonds</b> als Stiftung des Bundes schaffen. Der Fonds unterstützt Patientinnen und Patienten bei Behandlungsfehlern, wenn haftungsrechtliche Systeme nicht greifen. Die Vertretung von Patientinnen und Patienten bzw. Versicherten in allen Gremien muss gestärkt werden.</p><br><p><b>Gesund leben:</b></p> <p>Gesundheitliche Vorsorge und Vorbeugung soll von allen verantwortlichen Aufgabenträgern – von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen – gemeinsam finanziert werden. Wir werden Maßnahmen zur Prävention in Kita, Schule, Betrieben und Pflegeeinrichtungen unterstützen und ein Programm „<b>Gesunde Stadt</b>“ auflegen Es soll eng mit dem Programm „Soziale Stadt“ verknüpft werden und besonders Maßnahmen zu Bewältigung des demographischen Wandels und sozialer Ungleichheit fördern. (...) <b>Neben stadtplanerischen Maßnahmen zur Verringerung der Schadstoffbelastung gehören dazu auch eine Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung einer bewegungsfreundlichen Umwelt, insbesondere für Kinder, und der Sicherstellung einer gesünderen Ernährung in Kitas, Schulen und anderen Ganztageseinrichtungen, einschließlich der dazu notwendigen Personalressourcen.</b></p> <p>(...) Es sind vor allem Menschen mit geringem Einkommen, die unter Umweltbelastungen leiden und in den Städten besonders stark Lärm und Luftverschmutzung ausgesetzt sind.</p> |
|--|--|

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

2245 Wir setzen uns für eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes ein. Wir setzen uns für eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes ein.

2250

**Familienplanung darf nicht vom Geld abhängen. Deshalb werden wir aus Steuermitteln für Frauen mit niedrigem Einkommen den kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln sicherstellen.**

**Rente:**

**Rente:**

2255 Die gesetzliche Rentenversicherung steht gegenwärtig gut da. Die Reformen der vergangenen Jahre wirken, die Erwerbsbeteiligung ist so hoch wie nie zuvor. Der Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung bleibt bis 2020 stabil. Gleichzeitig steigen die Renten spürbar – auch dank des Mindestlohns. 2016 gab es die größten Rentenerhöhungen seit 23 Jahren. Die gesetzliche Rentenversicherung steht gegenwärtig gut da. Die Reformen der vergangenen Jahre wirken, die Erwerbsbeteiligung ist so hoch wie nie zuvor. Der Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung bleibt bis 2020 stabil. Gleichzeitig steigen die Renten spürbar – auch dank des Mindestlohns. 2016 gab es die größten Rentenerhöhungen seit 23 Jahren.

2265 Auf längere Sicht steht die Alterssicherung in Deutschland aber vor großen Herausforderungen. Unser Ziel: das **Rentenniveau zu stabilisieren**. Wer jahrzehntelang gearbeitet hat, verdient eine angemessene Rente, ohne auf Grundsicherung angewiesen zu sein. Die Arbeitsleistung soll sich in der Rente widerspiegeln! Unterschiedliche Erwerbsphasen, wie verringerte Arbeitszeit während der Kindererziehung oder unterschiedliche Erwerbsformen wie Solo-Selbstständigkeit, werden wir absichern. Auch bei Erwerbsminderung werden wir die Rente stärken. Auf längere Sicht steht die Alterssicherung in Deutschland aber vor großen Herausforderungen. Unser Ziel: das **Rentenniveau zu stabilisieren**. Wer jahrzehntelang gearbeitet hat, verdient eine angemessene Rente, ohne auf Grundsicherung angewiesen zu sein. Die Arbeitsleistung soll sich in der Rente widerspiegeln! Unterschiedliche Erwerbsphasen, wie verringerte Arbeitszeit während der Kindererziehung oder unterschiedliche Erwerbsformen wie Solo-Selbstständigkeit, werden wir absichern. Auch bei Erwerbsminderung werden wir die Rente stärken.

2275 Viele arbeiten heute vielfältiger und wechseln zwischen abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit. Das birgt Risiken für die soziale Absicherung. Und das wollen wir für das Rentensystem berücksichtigen. Menschen sollen auch im Alter ein gutes Leben führen können und vor Armut geschützt sein. **Deshalb soll jede Erwerbstätigkeit auch zu einer Absicherung für das Alter beitragen.** Viele arbeiten heute vielfältiger und wechseln zwischen abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit. Das birgt Risiken für die soziale Absicherung. Und das wollen wir für das Rentensystem berücksichtigen. Menschen sollen auch im Alter ein gutes Leben führen können und vor Armut geschützt sein. **Deshalb soll jede Erwerbstätigkeit auch zu einer Absicherung für das Alter beitragen.**

2285 Wir halten an dem Grundsatz „Prävention vor Reha vor Rente“ in der Rentenversicherung fest. Wir brauchen eine **Reha-Offensive für das Wohl der Menschen und für das Wohl vieler Unternehmen**, die ihre engagierten Fachkräfte im Betrieb benötigen. Gute Vorbeugung und Rehabilitation verringert das Risiko von Frühverrentungen aufgrund einer Krankheit und erhöht die Chancen, nicht frühzeitig auf Pflege angewiesen zu sein. Wir halten an dem Grundsatz „Prävention vor Reha vor Rente“ in der Rentenversicherung fest. Wir brauchen eine **Reha-Offensive für das Wohl der Menschen und für das Wohl vieler Unternehmen**, die ihre engagierten Fachkräfte im Betrieb benötigen. Gute Vorbeugung und Rehabilitation verringert das Risiko von Frühverrentungen aufgrund einer Krankheit und erhöht die Chancen, nicht frühzeitig auf Pflege angewiesen zu sein.

**Selbstständige besser absichern:**

2295 Unsere sozialen Sicherungssysteme müssen auf den Wandel der Arbeit ausgerichtet werden. So erfolgt zum Beispiel selbstständige Tätigkeit heute viel häufiger als früher im Wechsel mit abhängiger Beschäftigung – teilweise sogar parallel dazu. Gleichzeitig arbeiten viele Selbstständige „solo“, also ohne Angestellte. Zum Teil haben sie nur ein geringes Einkommen und verdienen den gleichen Schutz wie Beschäftigte.

2305 Die gesetzliche Krankenversicherung machen wir für Selbstständige mit geringem Einkommen günstiger. Dazu werden wir die Bemessung der Beiträge für Selbstständige einkommensabhängig ausgestalten und so die Beiträge bei geringen Einkommen senken. Wir wollen für Selbstständige in Zukunft eine **Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung**. Ausnahmen gelten für Selbstständige, die Mitglied in einem bestehenden Versorgungswerk sind. Für alle heute bereits selbstständig Tätigen wollen wir eine großzügige Übergangsregelung, die sich an Altersgrenzen und am Umfang der bereits geleisteten Vorsorge orientiert. Für Selbstständige, die sich in der Arbeitslosenversicherung versichern, sollen künftig ebenfalls einkommensbezogene Beiträge erhoben.

2310

2315

2320 **Es ist Zeit für gerechte Steuern und Abgaben**

2325 Unser Staat benötigt Einnahmen, um in die Zukunft investieren zu können: in unsere Kinder, in leistungsfähige Infrastruktur und in den sozialen Zusammenhalt. Die notwendigen Ausgaben müssen gerecht und solide finanziert werden.

2330 Es ist gerecht, wenn diejenigen, die hart arbeiten, nicht schlechter dastehen als jene, die ihr Geld für sich arbeiten lassen. Vor allem wollen wir die entlasten, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen, obwohl sie mit ihrer Arbeit dafür sorgen, dass unser Gemeinwesens funktioniert.

2335 Es ist wichtig, dass wir stärker in die Betreuung und Bildung unsere Kinder investieren – denn sie sind unsere Zukunft. Familien mit Kindern brauchen unsere besondere Unterstützung.

2340 Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist eine wesentliche Voraussetzung für eine gute Entwicklung unseres Lan-

**Selbstständige besser absichern:**

Unsere sozialen Sicherungssysteme müssen auf den Wandel der Arbeit ausgerichtet werden. So erfolgt zum Beispiel selbstständige Tätigkeit heute viel häufiger als früher im Wechsel mit abhängiger Beschäftigung – teilweise sogar parallel dazu. Gleichzeitig arbeiten viele Selbstständige „solo“, also ohne Angestellte. Zum Teil haben sie nur ein geringes Einkommen und verdienen den gleichen Schutz wie Beschäftigte.

Die gesetzliche Krankenversicherung machen wir für Selbstständige mit geringem Einkommen günstiger. Dazu werden wir die Bemessung der Beiträge für Selbstständige einkommensabhängig ausgestalten und so die Beiträge bei geringen Einkommen senken. Wir wollen für Selbstständige in Zukunft eine **Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung**. Ausnahmen gelten für Selbstständige, die Mitglied in einem bestehenden Versorgungswerk sind. Für alle heute bereits selbstständig Tätigen wollen wir eine großzügige Übergangsregelung, die sich an Altersgrenzen und am Umfang der bereits geleisteten Vorsorge orientiert. Für Selbstständige, die sich in der Arbeitslosenversicherung versichern, sollen künftig ebenfalls einkommensbezogene Beiträge erhoben.

2310

2315

2320 **Es ist Zeit für gerechte Steuern und Abgaben**

2325 Unser Staat benötigt Einnahmen, um in die Zukunft investieren zu können: in unsere Kinder, in leistungsfähige Infrastruktur und in den sozialen Zusammenhalt. Die notwendigen Ausgaben müssen gerecht und solide finanziert werden.

2330 Es ist gerecht, wenn diejenigen, die hart arbeiten, nicht schlechter dastehen als jene, die ihr Geld für sich arbeiten lassen. Vor allem wollen wir die entlasten, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen, obwohl sie mit ihrer Arbeit dafür sorgen, dass unser Gemeinwesens funktioniert.

2335 Es ist wichtig, dass wir stärker in die Betreuung und Bildung unsere Kinder investieren – denn sie sind unsere Zukunft. Familien mit Kindern brauchen unsere besondere Unterstützung.

2340 Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist eine wesentliche Voraussetzung für eine gute Entwicklung unseres Lan-

- |  |  |
|--|--|
| <p>2345 des. Für mehr soziale Stabilität werden wir die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich verringern. Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen sollen dazu einen angemessenen Beitrag leisten. Das ist nicht nur gerecht, sondern im Interesse aller.</p>  | <p>des. Für mehr soziale Stabilität werden wir die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich verringern. Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen sollen dazu einen angemessenen Beitrag leisten. Das ist nicht nur gerecht, sondern im Interesse aller.</p>   |
| <p>2350 Die Bekämpfung von Steuerbetrug hat für uns einen besonderen Stellenwert. Wer sein Geld am Fiskus vorbeischleust, schadet den Ehrlichen. Das ist unanständig. Wir machen Politik für die Anständigen.</p>  | <p>Die Bekämpfung von Steuerbetrug hat für uns einen besonderen Stellenwert. Wer sein Geld am Fiskus vorbeischleust, schadet den Ehrlichen. Das ist unanständig. Wir machen Politik für die Anständigen.</p>   |
| <p>2355 <b>Familien sowie kleine und mittlere Einkommen entlasten:</b></p>   | <p><b>Familien sowie kleine und mittlere Einkommen entlasten:</b></p>  |
| <p>2360 Wir entlasten Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer soll mehr Netto vom Brutto haben. Das ist unser Ziel.</p>  | <p>Wir entlasten Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer soll mehr Netto vom Brutto haben. Das ist unser Ziel.</p>   |
| <p>2365 Wir werden auch Familien im Steuerrecht wirksam entlasten. Das heutige Ehegattensplitting geht an fast jeder zweiten Familie mit Kind vorbei: Alleinerziehende, unverheiratete Paare, aber auch Ehepartner mit in etwa gleich hohem Einkommen sind von diesen Vorteilen ausgeschlossen. Das ist nicht mehr zeitgemäß.</p>  | <p>Wir werden auch Familien im Steuerrecht wirksam entlasten. Das heutige Ehegattensplitting geht an fast jeder zweiten Familie mit Kind vorbei: Alleinerziehende, unverheiratete Paare, aber auch Ehepartner mit in etwa gleich hohem Einkommen sind von diesen Vorteilen ausgeschlossen. Das ist nicht mehr zeitgemäß.</p>   |
| <p>2370 Hinzu kommt: Vom derzeitigen System aus Kindergeld und Kinderfreibeträgen profitieren vor allem Familien mit höheren Einkommen. Das ist ungerecht.</p>   | <p>Hinzu kommt: Vom derzeitigen System aus Kindergeld und Kinderfreibeträgen profitieren vor allem Familien mit höheren Einkommen. Das ist ungerecht.</p>  |
| <p>2375 Wir werden künftig Kinder stärker unterstützen. Ein neues Familiensplitting soll das alte Ehegattensplitting ersetzen und auf die Förderung von Kindern ausgerichtet sein. Das gilt für Verheiratete wie unverheiratete Eltern mit Kindern. Partner in heute schon bestehenden Ehen sollen wählen können, ob sie das alte Splittingsystem behalten oder in den neuen Familientarif wechseln wollen. Alleinerziehende mit kleinem Einkommen werden damit gezielt gestärkt. Denn Alleinerziehende haben in Deutschland das höchste Armutsrisiko.</p> | <p>Wir werden künftig Kinder stärker unterstützen. Ein neuer (...) <b>Familientarif</b> soll das alte Ehegattensplitting ersetzen und auf die Förderung von Kindern ausgerichtet sein. Das gilt für Verheiratete wie unverheiratete Eltern mit Kindern. Partner in heute schon bestehenden Ehen sollen wählen können, ob sie das alte Splittingsystem behalten oder in den neuen Familientarif wechseln wollen. Alleinerziehende mit kleinem Einkommen werden damit gezielt gestärkt. Denn Alleinerziehende haben in Deutschland das höchste Armutsrisiko.</p> |
| <p>2385 Armut von Kindern werden wir bekämpfen. Besonders Familien mit drei und mehr Kindern stehen vor finanziellen und organisatorischen Herausforderungen. Um sie besser zu unterstützen, wollen wir ein nach Einkommen gestaffeltes Kindergeld einführen und das Kindergeld mit dem Kinderzuschlag zusammenführen.</p>   | <p>Armut von Kindern werden wir bekämpfen. Besonders Familien mit drei und mehr Kindern stehen vor finanziellen und organisatorischen Herausforderungen. Um sie besser zu unterstützen, wollen wir ein nach Einkommen gestaffeltes Kindergeld einführen und das Kindergeld mit dem Kinderzuschlag zusammenführen.</p>  |
| <p>2390</p>  |  |



**Vermögende tragen Verantwortung:**

2395 Besonders vermögende Bürgerinnen und Bürger sollen und können einen höheren Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Investitionen und zur Entlastung von unteren und mittleren Einkommen leisten. Wir lehnen pauschale Steuersenkungen, in denen Spitzenverdienerinnen und -verdiener wie auch Menschen mit großen Vermögen zusätzlich entlastet werden, ab.

2405 Einkommen aus Arbeit und Kapital werden wir wieder gleich besteuern, indem wir die Abgeltungsteuer abschaffen. Große Erbschaften werden wir stärker besteuern. Dafür wollen wir eine umfassende Erbschaftsteuerreform mit hohen Freibeträgen, damit nicht das normale Haus der Eltern oder Großeltern betroffen ist. Wir wollen eine Umsatzsteuer für Finanzprodukte, die so genannte **Finanztransaktionssteuer**, mit einer breiten Bemessungsgrundlage und mit einfachen Steuersätzen.

2415 Auf alle Produkte des täglichen Bedarfs zahlen wir Mehrwertsteuer. Es ist nicht einzusehen, warum das für Finanztransaktionen im großen Stil nicht gelten soll. Besondere steuerliche Privilegien für einzelne Interessengruppen, etwa Hoteliers und Mega-Erbschaften, werden wir zurücknehmen und steuerliche Subventionen überprüfen.

2420 Die Vorstandsvergütungen in den Unternehmen sollten sich in einer sozialen Marktwirtschaft in einem angemessenen Verhältnis zu den durchschnittlichen Löhnen der Beschäftigten befinden. Tatsächlich verdienen viele Manager das 50 oder gar 100-fache ihrer Beschäftigten. Wir werden die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern auf 500.000 Euro begrenzen. Maßlosigkeit darf nicht auch noch zu Lasten der Allgemeinheit der Steuerzahler gehen.

**Steuerbetrug bekämpfen:**

2435 **Steuerbetrug ist kriminell.** Es kann nicht sein, dass hart arbeitende Menschen und Unternehmen – von der Bäckermeisterin bis zur Aktiengesellschaft – ehrlich ihre Steuern zahlen und andere ihre Steuern kleinrechnen oder hinterziehen. Manche lassen sich sogar Steuern „zurückerstatten“, die nie gezahlt wurden. Das verursacht Schäden in Milliardenhöhe für unsere Gesellschaft.

**Vermögende tragen Verantwortung:**

Besonders vermögende Bürgerinnen und Bürger sollen und können einen höheren Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Investitionen und zur Entlastung von unteren und mittleren Einkommen leisten. Wir lehnen pauschale Steuersenkungen, in denen Spitzenverdienerinnen und -verdiener wie auch Menschen mit großen Vermögen zusätzlich entlastet werden, ab.

Einkommen aus Arbeit und Kapital werden wir wieder gleich besteuern, indem wir die Abgeltungsteuer abschaffen. Große Erbschaften werden wir stärker besteuern. Dafür wollen wir eine umfassende Erbschaftsteuerreform mit hohen Freibeträgen, damit nicht das normale Haus der Eltern oder Großeltern betroffen ist. Wir wollen eine Umsatzsteuer für Finanzprodukte, die so genannte **Finanztransaktionssteuer**, mit einer breiten Bemessungsgrundlage und mit einfachen Steuersätzen. **Diese Steuer wollen wir gemeinsam mit anderen EU-Staaten einführen.**

Auf alle Produkte des täglichen Bedarfs zahlen wir Mehrwertsteuer. Es ist nicht einzusehen, warum das für Finanztransaktionen im großen Stil nicht gelten soll. Besondere steuerliche Privilegien für einzelne Interessengruppen, etwa Hoteliers und Mega-Erbschaften, werden wir zurücknehmen und steuerliche Subventionen überprüfen.

Die Vorstandsvergütungen in den Unternehmen sollten sich in einer sozialen Marktwirtschaft in einem angemessenen Verhältnis zu den durchschnittlichen Löhnen der Beschäftigten befinden. Tatsächlich verdienen viele Manager das 50 oder gar 100-fache ihrer Beschäftigten. Wir werden die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern auf 500.000 Euro begrenzen. Maßlosigkeit darf nicht auch noch zu Lasten der Allgemeinheit der Steuerzahler gehen.

**Steuerbetrug bekämpfen:**

**Steuerbetrug ist kriminell.** Es kann nicht sein, dass hart arbeitende Menschen und Unternehmen – von der Bäckermeisterin bis zur Aktiengesellschaft – ehrlich ihre Steuern zahlen und andere ihre Steuern kleinrechnen oder hinterziehen. Manche lassen sich sogar Steuern „zurückerstatten“, die nie gezahlt wurden. Das verursacht Schäden in Milliardenhöhe für unsere Gesellschaft.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Steuerbetrug, Steuervermeidung und Geldwäsche werden wir daher hart bekämpfen. In Deutschland wollen wir einen <b>gerechten Steuervollzug</b> – von der Steuererhebung bis zur Steuerprüfung. Wir wollen, dass alle Bundesländer ihre Steuerfahndungen und Betriebsprüfungen personell vernünftig aufstellen.</p>	<p>Steuerbetrug, Steuervermeidung und Geldwäsche werden wir daher hart bekämpfen. In Deutschland wollen wir einen <b>gerechten Steuervollzug</b> – von der Steuererhebung bis zur Steuerprüfung. Wir wollen, dass alle Bundesländer ihre <b>Steuerverwaltungen</b>, Steuerfahndungen und Betriebsprüfungen personell vernünftig aufstellen, <b>um ihren gesetzlichen Auftrag effektiv wahrnehmen zu können</b>.</p>
<p>2445 Sämtliche aus einer Straftat erlangten Vermögenswerte und alle rechtswidrigen Gewinne sollen konsequent eingezogen werden – so auch große Vermögen, deren Herkunft nicht geklärt ist. Wir drehen die Beweislast um. Beim Umsatzsteuerbetrug spielen manipulierte</p>	<p>Sämtliche aus einer Straftat erlangten Vermögenswerte und alle rechtswidrigen Gewinne sollen konsequent eingezogen werden – so auch große Vermögen, deren Herkunft nicht geklärt ist. Wir drehen die Beweislast um. Beim Umsatzsteuerbetrug spielen manipulierte</p>
<p>2450 Registrierkassen eine wichtige Rolle. Das werden wir unterbinden.</p>	<p>Registrierkassen eine wichtige Rolle. Das werden wir unterbinden.</p>
<p>Wir akzeptieren keine Steuervermeidungspraxis innerhalb Europas. Deshalb wollen wir eine europäische Angleichung der Unternehmensbesteuerung. Mit der Einführung einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage und von Mindeststeuersätzen werden wir fairen Wettbewerb sichern.</p>	<p>Wir akzeptieren keine Steuervermeidungspraxis innerhalb Europas. Deshalb wollen wir eine europäische Angleichung der Unternehmensbesteuerung. Mit der Einführung einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage und von Mindeststeuersätzen werden wir fairen Wettbewerb sichern.</p>
<p>2460 Die Enthüllungen durch die „Panama-Papiere“ haben deutlich gemacht, dass wir ein lückenloses Programm zur Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerbetrug auf internationaler Ebene brauchen. <b>Steuergerechtigkeit muss national, europäisch und international durch-</b></p>	<p>Die Enthüllungen durch die „Panama-Papiere“ haben deutlich gemacht, dass wir ein lückenloses Programm zur Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerbetrug auf internationaler Ebene brauchen. <b>Steuergerechtigkeit muss national, europäisch und international durch-</b></p>
<p>2470 <b>setzt werden</b>. Neben der Unterstützung beim Aufbau effizienter nationaler Steuersysteme kommt es darauf an, die Kapitalabflüsse durch Steuerhinterziehung und -vermeidung zu stoppen. Die hohen Geldbeträge, die auf diesem Weg am Fiskus vorbei ins Ausland fließen, fehlen uns für Investitionen in unsere Zukunft. Seit 2017</p>	<p><b>setzt werden</b>. Neben der Unterstützung beim Aufbau effizienter nationaler Steuersysteme kommt es darauf an, die Kapitalabflüsse durch Steuerhinterziehung und -vermeidung zu stoppen. Die hohen Geldbeträge, die auf diesem Weg am Fiskus vorbei ins Ausland fließen, fehlen uns für Investitionen in unsere Zukunft. Seit 2017</p>
<p>2475 gibt es durch den automatischen Informationsaustausch eine verbesserte Transparenz. Die <b>Initiative für fairen internationalen Steuerwettbewerb</b> (BEPS-Initiative) geht darüber hinaus. Wir wollen sie vollständig umsetzen. Damit verhindern wir, dass Unternehmen ihre Gewinne durch Gewinnverschiebungen künstlich kleinrechnen und sich ihrer Steuerverantwortung entziehen.</p>	<p>gibt es durch den automatischen Informationsaustausch eine verbesserte Transparenz. Die <b>Initiative für fairen internationalen Steuerwettbewerb</b> (BEPS-Initiative) geht darüber hinaus. Wir wollen sie vollständig umsetzen. Damit verhindern wir, dass Unternehmen ihre Gewinne durch Gewinnverschiebungen künstlich kleinrechnen und sich ihrer Steuerverantwortung entziehen.</p>
<p>2480</p>	<p>gibt es durch den automatischen Informationsaustausch eine verbesserte Transparenz. Die <b>Initiative für fairen internationalen Steuerwettbewerb</b> (BEPS-Initiative) geht darüber hinaus. Wir wollen sie vollständig umsetzen. Damit verhindern wir, dass Unternehmen ihre Gewinne durch Gewinnverschiebungen künstlich kleinrechnen und sich ihrer Steuerverantwortung entziehen.</p>
<p>2485 Wir wollen zudem ein <b>europäisches Unternehmensregister</b>, in dem alle Eigentümer, Begünstigte wie auch die verantwortlichen Personen eines Unternehmens für Steuerbehörden transparent aufgeführt sind. Die „schwarze Liste“ der Steueroasen der OECD werden wir</p>	<p>Wir wollen zudem ein <b>europäisches Unternehmensregister</b>, in dem alle Eigentümer, Begünstigte wie auch die verantwortlichen Personen eines Unternehmens für Steuerbehörden transparent aufgeführt sind. Die „schwarze Liste“ der Steueroasen der OECD werden wir</p>

<p>2490 wieder einführen und reine Vermögensanlagen in den Staaten auf dieser Liste einschränken. Bei Geschäftsbeziehungen müssen die Beteiligten nachweisen, dass es keine Transaktionen mit Briekastenfirmen gibt. Wir wollen ein <b>Verbot anonymer Finanzgeschäfte in Offshore-Gebieten</b> und harte Sanktionen für Banken, die sich nicht an die Regeln halten – bis hin zum Entzug der Banklizenz.</p>	<p>wieder einführen und reine Vermögensanlagen in den Staaten auf dieser Liste einschränken. Bei Geschäftsbeziehungen müssen die Beteiligten nachweisen, dass es keine Transaktionen mit Briekastenfirmen gibt. Wir wollen ein <b>Verbot anonymer Finanzgeschäfte in Offshore-Gebieten</b> und harte Sanktionen für Banken, die sich nicht an die Regeln halten – bis hin zum Entzug der Banklizenz.</p>
---	--

<p>2500 <b>Es ist Zeit für ein gutes Leben – in der Stadt und auf dem Land</b></p>	<p><b>Es ist Zeit für ein gutes Leben – in der Stadt und auf dem Land</b></p>
--	---

<p>2505 Unsere Städte und Gemeinden sind Heimat und Zuhause. Hier spielt sich das Leben ab. Hier entscheiden sich Lebenschancen und ob der gesellschaftliche Zusammenhalt klappt. Wir wollen, dass die Menschen sich dort zu Hause fühlen, wo sie ihren Lebensmittelpunkt haben – ob in der Stadt oder auf dem Land. Das sind für uns keine Gegensätze: <b>Stadt und Land gehören zusammen!</b></p>	<p>Unsere Städte und Gemeinden sind Heimat und Zuhause. Hier spielt sich das Leben ab. Hier entscheiden sich Lebenschancen und ob der gesellschaftliche Zusammenhalt klappt. Wir wollen, dass die Menschen sich dort zu Hause fühlen, wo sie ihren Lebensmittelpunkt haben – ob in der Stadt oder auf dem Land. Das sind für uns keine Gegensätze: <b>Stadt und Land gehören zusammen!</b></p>
---	--

<p>2510 Die eigenen vier Wände sind entscheidend für ein gutes Leben. Deshalb müssen die Mieten auch in den Metropolen bezahlbar bleiben. Viele haben auch den Traum von einer eigenen Wohnung oder einem eigenen Haus.</p> <p>2515 Wir wollen dabei helfen, diesen Traum zu verwirklichen und werden den Erwerb von Wohneigentum in der Stadt und auf dem Land stärker fördern. Im ländlichen Raum sorgen wir für eine starke öffentliche Infrastruktur, damit keine Region abgehängt wird.</p>	<p>Die eigenen vier Wände sind entscheidend für ein gutes Leben. Deshalb müssen die Mieten auch in den Metropolen bezahlbar bleiben. Viele haben auch den Traum von einer eigenen Wohnung oder einem eigenen Haus.</p> <p>Wir wollen dabei helfen, diesen Traum zu verwirklichen und werden den Erwerb von Wohneigentum in der Stadt und auf dem Land stärker fördern. Im ländlichen Raum sorgen wir für eine starke öffentliche Infrastruktur, damit keine Region abgehängt wird.</p>
--	--

<p>2520 Insgesamt brauchen wir auch weiterhin eine gute Finanzausstattung der Kommunen, die die Daseinsvorsorge garantiert und lokale Handlungsspielräume erweitert. Das Ziel sind <b>gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen</b>, in Stadt und Land, in Ost und West, in Nord und Süd.</p>	<p>Insgesamt brauchen wir auch weiterhin eine gute Finanzausstattung der Kommunen, die die Daseinsvorsorge garantiert und lokale Handlungsspielräume erweitert. Das Ziel sind <b>gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen</b>, in Stadt und Land, in Ost und West, in Nord und Süd.</p>
--	---

**Bezahlbarer Wohnraum:**

**Bezahlbarer Wohnraum:**

<p>2530 Wir wollen, dass <b>Wohnen bezahlbar bleibt</b>, gerade auch mit mittlerem und niedrigem Einkommen. Wenn Menschen mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Wohnen ausgeben müssen, dann ist das zu viel. Wir werden deshalb die <b>Mietpreisbremse</b> weiter verbessern: Durch eine größere Transparenz der Vormiete und eine Auskunftspflicht der Vermieter stärken wir die Stellung der Mieter. Stellt sich heraus, dass der Vermieter für seine Wohnung mehr verlangt hat, als er darf, können die</p> <p>2535</p>	<p>Wir wollen, dass <b>Wohnen bezahlbar bleibt</b>, gerade auch mit mittlerem und niedrigem Einkommen. Wenn Menschen mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Wohnen ausgeben müssen, dann ist das zu viel. Wir werden deshalb die <b>Mietpreisbremse</b> weiter verbessern: Durch eine größere Transparenz der Vormiete und eine Auskunftspflicht der Vermieter stärken wir die Stellung der Mieter. Stellt sich heraus, dass der Vermieter für seine Wohnung mehr verlangt hat, als er darf, können die</p>
---	--

<p>2540 Mieterinnen und Mieter künftig die gesamte zu viel gezahlte Miete zurückverlangen. Zudem setzen wir uns für bessere und verbindlichere Mietspiegel ein. Falsche Angaben im Mietvertrag über die Wohnfläche führen zu überhöhten Mieten. Wir wollen deshalb gesetzlich klarstellen, dass allein die tatsächliche Wohnfläche über die Höhe der Miete und der Nebenkosten entscheidet.</p>	<p>Mieterinnen und Mieter künftig die gesamte zu viel gezahlte Miete zurückverlangen. Zudem setzen wir uns für bessere und verbindlichere Mietspiegel ein. Falsche Angaben im Mietvertrag über die Wohnfläche führen zu überhöhten Mieten. Wir wollen deshalb gesetzlich klarstellen, dass allein die tatsächliche Wohnfläche über die Höhe der Miete und der Nebenkosten entscheidet.</p>
---	--

<p>2550 Wenn der Vermieter das Haus modernisiert, holt er sich die Kosten in der Regel über die Miete zurück. Wir werden die <b>zulässige Mieterhöhung nach einer Modernisierung begrenzen</b>. Modernisierungsmaßnahmen in Mietwohnungen sollen nicht einseitig zu Lasten der Mieterinnen und Mieter bezahlt werden.</p>	<p>Wenn der Vermieter das Haus modernisiert, holt er sich die Kosten in der Regel über die Miete zurück. Wir werden die <b>zulässige Mieterhöhung nach einer Modernisierung begrenzen</b>. Modernisierungsmaßnahmen in Mietwohnungen sollen nicht einseitig zu Lasten der Mieterinnen und Mieter bezahlt werden.</p>
---	--

<p>2555</p>	<p><b>Das Kündigungsrecht des Vermieters wegen Eigenbedarf werden wir konkretisieren, um einem Ausufern und Umgehungsmöglichkeiten entgegen zu wirken.</b></p>
-------------	--

<p>2560 Wer über ein geringes Einkommen verfügt, bekommt über das Wohngeld einen Zuschuss zur Miete. Wir wollen die Höhe des <b>Wohngeldes</b> regelmäßig anpassen, um zu verhindern, dass Menschen aus ihrem vertrauten Stadtteil wegziehen müssen.</p>	<p>Wer über ein geringes Einkommen verfügt, bekommt über das Wohngeld einen Zuschuss zur Miete. Wir wollen die Höhe des <b>Wohngeldes</b> regelmäßig anpassen, um zu verhindern, dass Menschen aus ihrem vertrauten Stadtteil wegziehen müssen.</p>
--	---

<p>2565 Mit dem <b>Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen</b> haben wir einen neuen Weg beschritten. Gemeinsam mit allen am Wohnungsbau Beteiligten steigern wir den Neubau von bezahlbaren Wohnungen. Das werden wir fortsetzen. Wir haben die Mittel für den sozialen Wohnungsbau in den vergangenen Jahren deutlich erhöht und werden sie weiterhin <b>an den steigenden Bedarf nach Sozialwohnungen anpassen</b>.</p>	<p>Mit dem <b>Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen</b> haben wir einen neuen Weg beschritten. Gemeinsam mit allen am Wohnungsbau Beteiligten steigern wir den Neubau von bezahlbaren Wohnungen. Das werden wir fortsetzen. Wir haben die Mittel für den sozialen Wohnungsbau in den vergangenen Jahren deutlich erhöht und werden (...) <b>dies aufgrund (...) des steigenden Bedarfs nach Sozialwohnungen (...) weiter fortsetzen</b>.</p>
---	---

<p>2575 Wir werden den sozialen Wohnungsbau und die Stadtentwicklungspolitik auch nach 2019 in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden fortsetzen. Nur gemeinsam mit den Ländern und Kommunen können wir dafür sorgen, dass ausreichend neue Wohnungen entstehen. Wir setzen uns für <b>mehr Wohnungen im öffentlichen und betrieblichen Eigentum</b> ein.</p>	<p>Wir werden den sozialen Wohnungsbau und die Stadtentwicklungspolitik auch nach 2019 in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden fortsetzen. Nur gemeinsam mit den Ländern und Kommunen können wir dafür sorgen, dass ausreichend neue Wohnungen entstehen. Wir setzen uns für <b>mehr Wohnungen im öffentlichen und betrieblichen Eigentum</b> ein.</p>
--	---

<p>2585 Mit Investitionsanreizen und bundesweit einheitlichen Standards wollen wir gemeinsam mit den Ländern <b>Bauen attraktiver machen</b> und so die Neubautätigkeit ankurbeln. Dazu gehört, dass Kommunen schneller und besser planen können. Wir werden den nicht-profitorientierten Sektor auf dem Wohnungsmarkt stärken.</p>	<p>Mit Investitionsanreizen und bundesweit einheitlichen Standards wollen wir gemeinsam mit den Ländern <b>Bauen attraktiver machen</b> und so die Neubautätigkeit ankurbeln. Dazu gehört, dass Kommunen schneller und besser planen können (...) <b>Wir wollen den gemeinwohlorientierten Sektor auf dem Wohnungsmarkt stärken</b>.</p>
---	--

<p>2590 Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen, Baugruppen, private Investoren und Vermieterinnen und Vermieter, die sich für den sozialen Zusammenhalt im Quartier engagieren und dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen, werden wir unterstützen und fördern. Bei all dem kommt es darauf an, nicht nur bezahlbaren, sondern auch guten <b>Wohnraum</b></p> <p>2595 <b>für alle Generationen in lebenswerten Quartieren</b> zu schaffen. Deshalb wollen wir u.a. den altersgerechten Umbau weiter fördern.</p>	<p>Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen, Baugruppen, private Investoren und Vermieterinnen und Vermieter, die sich für den sozialen Zusammenhalt im Quartier engagieren und dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen, werden wir unterstützen und fördern. Bei all dem kommt es darauf an, nicht nur bezahlbaren, sondern auch guten <b>Wohnraum</b></p> <p><b>für alle Generationen in lebenswerten Quartieren</b> zu schaffen. Deshalb wollen wir u.a. den altersgerechten Umbau weiter fördern.</p>
--	--

<p>2600 Neu zu bauen ist aufgrund hoher Baulandpreise für viele Menschen nicht bezahlbar. Wir wollen, dass der Bund Vorbild ist und beim Verkauf öffentlicher Grundstücke und Gebäude wohnungs- und stadtentwicklungspolitische Ziele berücksichtigt. Hierfür werden wir das BImA-Gesetz anpassen. Wir begrenzen die Spekulation mit baureifem Boden und erleichtern den Kommunen eine aktive Bodenpolitik, die neuen Wohnraum schafft.</p> <p>2605</p>	<p>Neu zu bauen ist aufgrund hoher Baulandpreise für viele Menschen nicht bezahlbar. Wir wollen, dass der Bund Vorbild ist und beim Verkauf öffentlicher Grundstücke und Gebäude wohnungs- und stadtentwicklungspolitische Ziele berücksichtigt. Hierfür werden wir das BImA-Gesetz anpassen. Wir begrenzen die Spekulation mit baureifem Boden und erleichtern den Kommunen eine aktive Bodenpolitik, die neuen Wohnraum schafft.</p>
---	--

<p>2610 Mehr Menschen sollen sich den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen können. Das dient auch einer besseren Alterssicherung. Den <b>Erwerb von Wohneigentum</b> für Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen werden wir durch ein sozial gestaffeltes <b>Familienbaugeld</b> erleichtern. Zusätzliche Belastungen beim Kauf werden wir reduzieren, indem wir das Prinzip „Wer bestellt bezahlt“ auch für Maklerkosten beim Kauf von Wohneigentum einführen und weitere Nebenkosten senken. Um zu verhindern, dass Wohnungen in den Ortskernen des ländlichen Raums leer stehen und verfallen, wollen wir Familien beim <b>Erwerb von Bestandsbauten mit einem Programm „Jung kauft Alt“</b> unterstützen.</p> <p>2615</p> <p>2620</p>	<p>Mehr Menschen sollen sich den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen können. Das dient auch einer besseren Alterssicherung. Den <b>Erwerb von Wohneigentum</b> für Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen werden wir durch ein sozial gestaffeltes <b>Familienbaugeld</b> erleichtern. Zusätzliche Belastungen beim Kauf werden wir reduzieren, indem wir das Prinzip „Wer bestellt bezahlt“ auch für Maklerkosten beim Kauf von Wohneigentum einführen und weitere Nebenkosten senken. Um zu verhindern, dass Wohnungen in den Ortskernen des ländlichen Raums leer stehen und verfallen, wollen wir Familien beim <b>Erwerb von Bestandsbauten mit einem Programm „Jung kauft Alt“</b> unterstützen.</p>
--	---

<p>2625 <b>Lebenswerte Städte und Dörfer:</b></p> <p>Für uns gehören Stadt und Land zusammen. Gut entwickelte Städte brauchen gut funktionierende ländliche Räume und umgekehrt. Dazu brauchen wir eine bessere Kooperation und Vernetzung. <b>Stadt-Land-Partnerschaften</b> werden wir deshalb stärker fördern.</p> <p>2630</p>	<p><b>Lebenswerte Städte und Dörfer:</b></p> <p>Für uns gehören Stadt und Land zusammen. Gut entwickelte Städte brauchen gut funktionierende ländliche Räume und umgekehrt. Dazu brauchen wir eine bessere Kooperation und Vernetzung. <b>Stadt-Land-Partnerschaften</b> werden wir deshalb stärker fördern.</p>
---	--

<p>2635 Die Entwicklung der ländlichen Gemeinden muss von allen staatlichen Ebenen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft unterstützt werden. Menschen, die in Kleinstädten und auf dem Land leben, brauchen auch in Zukunft wohnortnahe Versorgungsangebote mit Ein-</p>	<p>Die Entwicklung der ländlichen Gemeinden muss von allen staatlichen Ebenen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft unterstützt werden. Menschen, die in Kleinstädten und auf dem Land leben, brauchen auch in Zukunft wohnortnahe Versorgungsangebote mit Ein-</p>
---	--

<p>2640</p> <p>2645</p> <p>2650</p>	<p>kaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen. Sie brauchen einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr, eine gute Gesundheits- und Pflegeversorgung, eine gute Kinderbetreuung, generationengerechten Wohnraum, ein vielfältiges Angebot an Bildung, Kultur, Freizeit und Sporteinrichtungen und schnelles Internet. Wir schaffen „<b>Breitband für alle</b>“, um die digitale Spaltung zwischen den Städten und den ländlichen Räumen zu beenden. Dabei wollen wir ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse der Frauen im ländlichen Raum legen, vor allem in den Bereichen Mobilität, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie gesundheitliche Versorgung. Damit werden wir die Chancengleichheit verbessern insbesondere auch für junge Frauen.</p>	<p>kaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen. Sie brauchen einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr, eine gute Gesundheits- und Pflegeversorgung, eine gute Kinderbetreuung, generationengerechten Wohnraum, ein vielfältiges Angebot an Bildung, Kultur, Freizeit und Sporteinrichtungen und schnelles Internet. Wir schaffen „<b>Breitband für alle</b>“, um die digitale Spaltung zwischen den Städten und den ländlichen Räumen zu beenden. Dabei wollen wir ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse der Frauen im ländlichen Raum legen, vor allem in den Bereichen Mobilität, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie gesundheitliche Versorgung. Damit werden wir die Chancengleichheit verbessern, insbesondere auch für junge Frauen.</p>
<p>2655</p> <p>2660</p> <p>2665</p> <p>2670</p> <p>2675</p> <p>2680</p> <p>2685</p>	<p>Wir wollen Regionen, die strukturschwach sind oder sich im Wandel befinden, zielgenau fördern. Die bewährte Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „<b>Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur</b>“ werden wir für bessere wirtschaftliche Perspektiven in städtischen und ländlichen Regionen in ganz Deutschland weiterentwickeln. Dazu wollen wir auch mit besseren Rahmenbedingungen die touristische Entwicklung vor Ort nachhaltig stärken. Regionen mit besonderen demografischen Herausforderungen wollen wir bei den Aufgaben der Daseinsvorsorge, im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, bei der Mobilität und beim Ehrenamt unterstützen.</p> <p>Forschung und Innovation, Breitbandausbau und die Fachkräftesicherung sollen in Zukunft ebenfalls gefördert werden. Zudem wollen wir die regulären Wirtschaftsförderprogramme für die strukturschwachen Regionen öffnen. Davon profitieren kleine Unternehmer wie beispielsweise ein Möbelschreiner oder eine Bäckerin. So bleiben die Regionen lebendig und wir sorgen gleichzeitig für Zukunftsperspektiven junger Menschen im ländlichen Raum.</p> <p>Lebendige Ortszentren mit entsprechender Infrastruktur sind wichtig für die Attraktivität ländlicher Räume. Aber auch funktionierende <b>nachbarschaftliche Netzwerke, das bürgerschaftliche Engagement</b> und ein vitales Vereinsleben sowie eine aktive Bürgerbeteiligung tragen zur Lebensqualität auf dem Land bei. Unter diesen Aspekten wollen wir <b>die Fördermittel des Bundes</b> in Zukunft zielgenauer ausrichten. Selbstorganisierte Infrastrukturprojekte wie Bürgerbusse, Dorfläden oder Kultur- und Sportzentren wollen wir unterstützen.</p>	<p>Wir wollen Regionen, die strukturschwach sind oder sich im Wandel befinden, zielgenau fördern. Die bewährte Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „<b>Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur</b>“ werden wir für bessere wirtschaftliche Perspektiven in städtischen und ländlichen Regionen in ganz Deutschland weiterentwickeln. Dazu wollen wir auch mit besseren Rahmenbedingungen die touristische Entwicklung vor Ort nachhaltig stärken. Regionen mit besonderen demografischen Herausforderungen wollen wir bei den Aufgaben der Daseinsvorsorge, im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, bei der Mobilität, <b>bei der Bewältigung von Leerstand in Wohn- und Gewerbeimmobilien</b> und beim Ehrenamt unterstützen.</p> <p>Forschung und Innovation, Breitbandausbau und die Fachkräftesicherung sollen in Zukunft ebenfalls gefördert werden. Zudem wollen wir die regulären Wirtschaftsförderprogramme für die strukturschwachen Regionen öffnen. Davon profitieren kleine Unternehmer wie beispielsweise ein Möbelschreiner oder eine Bäckerin. So bleiben die Regionen lebendig und wir sorgen gleichzeitig für Zukunftsperspektiven junger Menschen im ländlichen Raum.</p> <p>Lebendige Ortszentren mit entsprechender Infrastruktur sind wichtig für die Attraktivität ländlicher Räume. Aber auch funktionierende <b>nachbarschaftliche Netzwerke, das bürgerschaftliche Engagement</b> und ein vitales Vereinsleben sowie eine aktive Bürgerbeteiligung tragen zur Lebensqualität auf dem Land bei. Unter diesen Aspekten wollen wir <b>die Fördermittel des Bundes</b> in Zukunft zielgenauer ausrichten. Selbstorganisierte Infrastrukturprojekte wie Bürgerbusse, Dorfläden oder Kultur- und Sportzentren wollen wir unterstützen.</p>

- |   |   |
|---|---|
| <p>Quartiersmanagement, Bürgerbeteiligung und das zivilgesellschaftliche Engagement sind die zentralen Erfolgsfaktoren des <b>Bundesprogramms „Soziale Stadt“</b>. Wir fördern lebendige Nachbarschaften und den sozialen Zusammenhalt. Deshalb wollen wir das Programm weiter ausbauen und dabei mehr Mittel für qualifiziertes Personal aufwenden: Quartiersmanagerinnen und -manager, Integrationsmanagerinnen und -manager und Nachbarschaftslotsen. Mehr Aufmerksamkeit füreinander in den Nachbarschaften erhöht das Sicherheits- und Verantwortungsgefühl. Deshalb müssen Orte wie Schulen oder Nachbarschaftszentren, Sportvereine und auch das gesellschaftliche Engagement vor Ort gestärkt werden. Wir wollen lebenswerte und sichere Quartiere für alle Generationen. Ältere Menschen unterstützen nicht nur ihre Kinder und Enkel und engagieren sich in Vereinen, Verbänden und Nachbarschaften. Sie wollen darüber hinaus selbstbestimmt und selbstständig leben und sollen sich darauf verlassen können, dass sie bei zunehmendem Hilfe- oder gar Pflegebedarf die notwendige Unterstützung erhalten.</p> | <p>Quartiersmanagement, Bürgerbeteiligung und das zivilgesellschaftliche Engagement sind die zentralen Erfolgsfaktoren des <b>Bundesprogramms „Soziale Stadt“</b>. Wir fördern lebendige Nachbarschaften und den sozialen Zusammenhalt. Deshalb wollen wir das Programm weiter ausbauen und dabei mehr Mittel für qualifiziertes Personal aufwenden: Quartiersmanagerinnen und -manager, Integrationsmanagerinnen und -manager und Nachbarschaftslotsen. Mehr Aufmerksamkeit füreinander in den Nachbarschaften erhöht das Sicherheits- und Verantwortungsgefühl. Deshalb müssen Orte wie Schulen oder Nachbarschaftszentren, Sportvereine und auch das gesellschaftliche Engagement vor Ort gestärkt werden. (...)</p> |
|---|---|

**Bezahlbare und nachhaltige Mobilität:**

- 2710 Mobilität ist von zentraler Bedeutung für eine fortschrittliche Gesellschaft. Die Bürgerinnen und Bürger sollen mobil sein können – ob privat oder um zu ihrer Arbeit zu kommen. Für die Wirtschaft bedeutet Mobilität einen wichtigen Standortfaktor.
- 2715
- Mobilität muss bezahlbar und umweltfreundlich sein.

**Bezahlbare und nachhaltige Mobilität:**

- Mobilität ist von zentraler Bedeutung für eine fortschrittliche Gesellschaft. Die Bürgerinnen und Bürger sollen mobil sein können – ob privat oder um zu ihrer Arbeit zu kommen. Für die Wirtschaft bedeutet Mobilität einen wichtigen Standortfaktor. **Gleichzeitig ist die Modernisierung des Verkehrs entscheidend dafür, dass Deutschland seine Klima-Emissionsziele erreicht.**
- Mobilität muss bezahlbar und umweltfreundlich sein.

- 2720 **Deutschland braucht eine Verkehrswende.** Straße, Schiene, Wasserstraße und Luftverkehr dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Wir wollen ein „**Bündnis für bezahlbare und nachhaltige Mobilität**“ gründen. Im Rahmen dieses Bündnisses werden wir einen verlässlichen Zeitplan erarbeiten, um Mobilität in Deutschland bis 2050 digital, schadstofffrei und sicher zu gestalten.
- 2725

- Deutschland braucht eine Verkehrswende.** Straße, Schiene, Wasserstraße und Luftverkehr dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Wir wollen ein „**Bündnis für bezahlbare und nachhaltige Mobilität**“ gründen. Im Rahmen dieses Bündnisses werden wir einen verlässlichen Zeitplan erarbeiten, um Mobilität in Deutschland bis 2050 digital, schadstofffrei, **barrierefrei** und sicher zu gestalten.

- 2730 Den **Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) werden wir noch attraktiver machen.** Für den Erhalt und den Ausbau unserer kommunalen Straßen und des ÖPNV werden wir die Finanzhilfen des Bundes weiter zur Verfügung stellen und an den steigenden Bedarf anpassen.

- Den **Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) werden wir noch attraktiver machen.** Für den Erhalt und den Ausbau unserer kommunalen Straßen und **für den Erhalt, den Ausbau und die barrierefreie Modernisierung** des ÖPNV werden wir die Finanzhilfen des Bundes weiter zur Verfügung stellen und an den steigenden Bedarf anpassen.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

2735 Gleichzeitig erwarten wir von den Ländern, dass auch sie ab 2019 den ÖPNV mit zweckgebundenen Mitteln bedarfsgerecht ausstatten. Zur Sicherung von Sozialstandards für die Beschäftigten im ÖPNV sind für uns Tariftreue sowie die Anordnung eines Personalübergangs im Falle eines Betreiberwechsels unverzichtbare Bausteine. Im Personenbeförderungsgesetz (PBefG) werden wir klarstellen, dass soziale Standards zum Schutz der Beschäftigten sowie qualitative und ökologische Standards auch für eigenwirtschaftliche Verkehre gelten.

2740

2745

Wir werden **neue Mobilitätskonzepte** wie Carsharing weiter fördern und mit mehr Modellprojekten das Verkehrsangebot im ländlichen Raum stärken. Gute Beispiele dafür sind Ruf- und Bürgerbusse.

2750

Das Auto behält seine wichtige Rolle für die individuelle Mobilität, allerdings muss es zu einem emissionsfreien Verkehrsmittel weiterentwickelt werden. Wir wollen die **Elektromobilität** sowohl aus klima- als auch aus industriepolitischen Gründen voranbringen. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für ambitionierte Grenzwerte für den Schadstoffausstoß von PKWs ein.

2755

Wir wollen, dass in Deutschland **modernste Elektroautos entwickelt und produziert werden**. Den Ausbau der Ladeinfrastruktur in Stadt und Land werden wir fördern. Auch Brennstoffzellenantriebe und andere emissionsarme Antriebstechnologien wollen wir am Wirtschaftsstandort Deutschland weiter bei Forschung und Entwicklung stärken.

2760

2765

Wir wollen, dass Pendlerinnen und Pendler nicht permanent im Stau stehen. Wir werden daher mehr investieren, um die Verkehrswege zu erhalten und auszubauen. Wir haben beschlossen, die LKW-Maut für Fahrzeuge über 7,5 Tonnen auf alle Bundesstraßen auszuweiten. **Wir lehnen jedoch eine Mautpflicht für Fahrzeuge unter 7,5 Tonnen ab, weil sie vor allem Handwerksbetriebe belasten würde.** Die Einnahmen aus der LKW-Maut werden wir einsetzen, um in Straßen und Brücken zu investieren. Wir wollen durch frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, weniger Bürokratie und gezielten Personaleinsatz unsere öffentlichen Verkehrswege schneller planen und bauen.

2770

2775

Wir wollen, dass Pendlerinnen und Pendler nicht permanent im Stau stehen. Wir werden daher mehr investieren, um die Verkehrswege zu erhalten und auszubauen. Wir haben beschlossen, die LKW-Maut für Fahrzeuge über 7,5 Tonnen auf alle Bundesstraßen auszuweiten. **Wir lehnen jedoch eine Mautpflicht für Fahrzeuge unter 7,5 Tonnen ab, weil sie vor allem Handwerksbetriebe belasten würde.** Die Einnahmen aus der LKW-Maut werden wir einsetzen, um in Straßen und Brücken zu investieren. Wir wollen durch frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, weniger Bürokratie und gezielten Personaleinsatz unsere öffentlichen Verkehrswege schneller planen und bauen.

2780

**Eine Privatisierung der Straßeninfrastruktur und der Infrastrukturgesellschaft Verkehr bleibt ausgeschlossen**



<p>2785 <b>sen.</b> Öffentlich-Private-Partnerschaften im Straßenbau werden wir nur realisieren, wenn deren Wirtschaftlichkeit unter Beteiligung des Bundesrechnungshofs transparent nachgewiesen worden ist.</p>	<p><b>sen.</b> Öffentlich-Private-Partnerschaften im Straßenbau werden wir nur realisieren, wenn deren Wirtschaftlichkeit unter Beteiligung des Bundesrechnungshofs transparent nachgewiesen worden ist.</p>
<p>2790 Die <b>Infrastruktur für den Fahrradverkehr</b> wollen wir verbessern. Dazu gehören mehr innerörtliche Fahrradspuren, sichere Abstellmöglichkeiten und regionale Radschnellwege. Für E-Bikes müssen außerdem mehr Ladestationen unter anderem an öffentlichen Gebäuden zur Verfügung gestellt werden.</p>	<p>Die <b>Infrastruktur für den Fahrradverkehr</b> wollen wir verbessern. Dazu gehören mehr innerörtliche Fahrradspuren, sichere Abstellmöglichkeiten und regionale Radschnellwege. Für E-Bikes müssen außerdem mehr Ladestationen unter anderem an öffentlichen Gebäuden zur Verfügung gestellt werden.</p>
<p>2795 Pünktlichkeit, guter Service und hohe Qualität müssen das Markenzeichen der Eisenbahnen sein. Die <b>Deutsche Bahn</b> muss im Interesse der Kundinnen und Kunden geführt werden. Für uns steht dabei nicht die Maximierung des Gewinns, sondern die Maximierung des Schienenverkehrs in Deutschland im Vordergrund. Mit den Regionalisierungsmitteln werden wir weiterhin einen attraktiven Schienenpersonennahverkehr sicherstellen. Mit einem Schienenpakt von Politik und Wirtschaft</p>	<p>Pünktlichkeit, guter Service und hohe Qualität müssen das Markenzeichen der Eisenbahnen sein. Die <b>Deutsche Bahn</b> muss im Interesse der Kundinnen und Kunden geführt werden. Für uns steht dabei nicht die Maximierung des Gewinns, sondern die Maximierung des Schienenverkehrs in Deutschland im Vordergrund. Mit den Regionalisierungsmitteln werden wir weiterhin einen attraktiven Schienenpersonennahverkehr sicherstellen. Mit einem Schienenpakt von Politik und Wirtschaft</p>
<p>2800 wollen wir bis 2030 dafür sorgen, dass <b>doppelt so viele Kundinnen und Kunden wie heute die Bahn nutzen.</b> Dafür werden wir die Schienenmaut für den Personen- und Güterverkehr absenken. Die Eisenbahnen müssen im Gegenzug in mehr Service, mehr Zuverlässigkeit und</p> <p>2805 mehr Innovationen investieren. Wir werden in allen Großstädten und wichtigen Mittelzentren im Stundentakt optimale Möglichkeiten zum Umsteigen schaffen. Den dafür notwendigen „Deutschlandtakt“-Fahrplan werden wir zügig vorlegen und die Schienenwege werden wir modernisieren. Wir werden die Attraktivität von Bahnhöfen fördern und die Sicherheit der Reisenden im Schienenverkehr durch mehr Bundespolizei und Videoüberwachung an Bahnhöfen verbessern.</p>	<p>wollen wir bis 2030 dafür sorgen, dass <b>doppelt so viele Kundinnen und Kunden wie heute die Bahn nutzen.</b> Dafür werden wir die Schienenmaut für den Personen- und Güterverkehr absenken. Die Eisenbahnen müssen im Gegenzug in mehr Service, mehr Zuverlässigkeit und</p> <p>mehr Innovationen investieren. Wir werden in allen Großstädten und wichtigen Mittelzentren im Stundentakt optimale Möglichkeiten zum Umsteigen schaffen. Den dafür notwendigen „Deutschlandtakt“-Fahrplan werden wir zügig vorlegen und die Schienenwege werden wir modernisieren. Wir werden die Attraktivität von Bahnhöfen fördern und die Sicherheit der Reisenden im Schienenverkehr durch mehr Bundespolizei und Videoüberwachung an Bahnhöfen verbessern.</p>
<p>2820 Fernbusse sorgen dafür, dass man zu bezahlbaren Preisen reisen kann. Mittelständische Busunternehmen leisten hier einen wichtigen Beitrag. Uns ist wichtig, dass in der Fernbusbranche gute Arbeitsbedingungen gewährleistet sind.</p>	<p>Fernbusse sorgen dafür, dass man zu bezahlbaren Preisen reisen kann. Mittelständische Busunternehmen leisten hier einen wichtigen Beitrag. Uns ist wichtig, dass in der Fernbusbranche gute Arbeitsbedingungen gewährleistet sind.</p>
<p>2825 Um in der Stadt und auf dem Land die eigenen Wege über alle Verkehrsträger hinweg einfach und unkompliziert planen, buchen und bezahlen zu können, wollen wir eine <b>digitale Mobilitätsplattform</b> einführen. Neue</p>	<p>Um in der Stadt und auf dem Land die eigenen Wege über alle Verkehrsträger hinweg einfach und unkompliziert planen, buchen und bezahlen zu können, wollen wir eine <b>digitale Mobilitätsplattform</b> einführen. Neue</p>
<p>2830 Technologien wie Fahrerassistenzsysteme sorgen dafür, dass weniger Menschen im Straßenverkehr ums Leben kommen. Wir wollen automatisiertes Fahren in</p>	<p>Technologien wie Fahrerassistenzsysteme sorgen dafür, dass weniger Menschen im Straßenverkehr ums Leben kommen. Wir wollen automatisiertes Fahren in</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

2835	<p>Deutschland ermöglichen. Dazu werden wir schnelles mobiles Internet an den Hauptverkehrsachsen ausbauen. Datenschutz und Datensicherheit müssen dabei ebenso gewährleistet bleiben wie ein Höchstmaß an Sicherheit.</p>
2840 2845 2850	<p>Wir wollen, dass <b>mehr Güter über die Schiene und über das Wasser</b> transportiert werden, um die Straßen und die Umwelt zu entlasten. Deshalb werden wir die <b>Wettbewerbsfähigkeit des Schienenverkehrs</b> verbessern und <b>die Binnenschifffahrt als umweltfreundlichere Alternative zum LKW fördern</b>. Wir setzen uns für eine funktionierende Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ein. Wir bauen auf eine starke maritime Wirtschaft und wollen die Innovationskraft unserer Häfen, Reedereien und Schiffbauer im internationalen Wettbewerb stärken.</p>
2855	<p>Der Luftverkehr sichert die Anbindung Deutschlands an die internationalen Verkehrsströme. Somit sind moderne Luft- und Logistikdrehkreuze mit bedarfsgerechter Kapazität von großer Bedeutung.</p>
2860 2865	<p>Die <b>Vernetzung der Flughäfen</b> miteinander und mit anderen Verkehrsträgern wollen wir verbessern. Der Staat muss zukünftig eine stärkere Verantwortung dafür übernehmen, dass die Sicherheit an Flughäfen garantiert ist. Bei allen Planungen an Flughafenstandorten müssen Bürgerinnen und Bürger frühzeitig einbezogen werden.</p>
2870	<p>Dazu werden wir unter anderem die Fluglärmkommissionen stärken. Die Entwicklung alternativer Kraftstoffe und Antriebe für Flugzeuge wollen wir fördern.</p>
2875 2880	<p>Verkehr erzeugt Emissionen. Zu viele Menschen in Deutschland leben in Gebieten mit hoher <b>Lärmbelastung und schlechter Luftqualität</b>. Wir wollen die Menschen spürbar vor Lärm, Schadstoffen und Umweltgiften schützen. Um die Umweltbelastung in den Innenstädten zu reduzieren, werden wir die Anschaffung von Bussen und Taxis mit alternativen Antrieben sowie die Nutzung von Lastenrädern und die Umrüstung von</p>

innerstädtischen Lieferfahrzeugen fördern.

innerstädtischen Lieferfahrzeugen fördern.

2885 Den Lärmschutz an Autobahnen, Schienentrassen und in der Umgebung von Flughäfen werden wir weiter verbessern. Wir halten an dem Ziel fest, den **Lärm im Schienenverkehr in Deutschland bis 2020 zu halbieren**. Wichtig ist hierfür die schnelle Umrüstung von lauten Güterwagen. Im Luftverkehr wollen wir die zügige Umsetzung lärmarmen Flugverfahren fördern und Anreize für den Einsatz leiserer Flugzeuge setzen.

Den Lärmschutz an Autobahnen, Schienentrassen und in der Umgebung von Flughäfen werden wir weiter verbessern. Wir halten an dem Ziel fest, den **Lärm im Schienenverkehr in Deutschland bis 2020 zu halbieren**. Wichtig ist hierfür die schnelle Umrüstung von lauten Güterwagen. Im Luftverkehr wollen wir die zügige Umsetzung lärmarmen Flugverfahren fördern und Anreize für den Einsatz leiserer Flugzeuge setzen.

**Es ist Zeit für eine gesunde und saubere Zukunft**

**Es ist Zeit für eine gesunde und saubere Zukunft**

2895 **Umweltgerechtigkeit** ist das Ziel unserer Politik. Denn eine zerstörte Umwelt gefährdet die Gesundheit und vertieft soziale Ungleichheit bei uns und weltweit. Wir wollen allen Menschen den Zugang zu einer intakten Natur erhalten. Frische Luft, gesunde Böden, saubere Gewässer, eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt gehören dazu. Wir stehen in der Verantwortung, eine gesunde und saubere Umwelt für unsere Kinder und Enkelkindern zu bewahren.

**Umweltgerechtigkeit** ist das Ziel unserer Politik. Denn eine zerstörte Umwelt gefährdet die Gesundheit und vertieft soziale Ungleichheit bei uns und weltweit. Wir wollen allen Menschen den Zugang zu einer intakten Natur erhalten. Frische Luft, gesunde Böden, saubere Gewässer, eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt gehören dazu. Wir stehen in der Verantwortung, eine gesunde und saubere Umwelt für unsere Kinder und Enkelkindern zu bewahren.

2905 Für viele Menschen auf unserem Planeten hängen die Chancen auf ein Leben in Wohlstand und Frieden vom erfolgreichen Kampf gegen den Klimawandel ab. **Klimaschutzpolitik ist daher immer auch Friedenspolitik und Ausdruck internationaler Solidarität**. Die Vereinten Nationen haben sich 2015 auf dem Klimagipfel in Paris auf eine treibhausgasneutrale Weltwirtschaft verständigt. Es dürfen also nur noch so viele Treibhausgase entstehen, wie von der Natur im gleichen Zeitraum wieder aufgenommen werden. In Deutschland wollen wir bis 2020 den Ausstoß von CO<sub>2</sub> im Vergleich zu 1990 um mindestens 40 Prozent senken, bis 2050 wollen wir weitestgehend Treibhausgasneutralität erreichen.

Für viele Menschen auf unserem Planeten hängen die Chancen auf ein Leben in Wohlstand und Frieden vom erfolgreichen Kampf gegen den Klimawandel ab. **Klimaschutzpolitik ist daher immer auch Friedenspolitik und Ausdruck internationaler Solidarität**. Die Vereinten Nationen haben sich 2015 auf dem Klimagipfel in Paris auf eine treibhausgasneutrale Weltwirtschaft verständigt. Es dürfen also nur noch so viele Treibhausgase entstehen, wie von der Natur im gleichen Zeitraum wieder aufgenommen werden. In Deutschland wollen wir bis 2020 den Ausstoß von CO<sub>2</sub> im Vergleich zu 1990 um mindestens 40 Prozent senken, bis 2050 wollen wir weitestgehend Treibhausgasneutralität erreichen.

2910 In Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaschutzabkommen werden wir deshalb den Klimaschutzplan 2050 weiterentwickeln. Dort gelang unter sozialdemokratischer Federführung erstmalig der Entwurf einer Konkretisierung der Treibhausgasminderung in Deutschland bis 2030 und 2050, der es erlaubt, den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft mit funktionierenden Innovationen und geschlossenen Wertschöpfungsketten mit den Klimazielen zu verbinden. Eine SPD geführte Bundesregierung wird den Dialog mit den Unternehmen, den Gewerkschaften und den Beschäftigten in den betroffenen

In Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaschutzabkommen werden wir deshalb den Klimaschutzplan 2050 weiterentwickeln. Dort gelang unter sozialdemokratischer Federführung erstmalig der Entwurf einer Konkretisierung der Treibhausgasminderung in Deutschland bis 2030 und 2050, der es erlaubt, den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft mit funktionierenden Innovationen und geschlossenen Wertschöpfungsketten mit den Klimazielen zu verbinden. Eine SPD geführte Bundesregierung wird den Dialog mit den Unternehmen, den Gewerkschaften und den Beschäftigten in den betroffenen

2920 In Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaschutzabkommen werden wir deshalb den Klimaschutzplan 2050 weiterentwickeln. Dort gelang unter sozialdemokratischer Federführung erstmalig der Entwurf einer Konkretisierung der Treibhausgasminderung in Deutschland bis 2030 und 2050, der es erlaubt, den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft mit funktionierenden Innovationen und geschlossenen Wertschöpfungsketten mit den Klimazielen zu verbinden. Eine SPD geführte Bundesregierung wird den Dialog mit den Unternehmen, den Gewerkschaften und den Beschäftigten in den betroffenen

In Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaschutzabkommen werden wir deshalb den Klimaschutzplan 2050 weiterentwickeln. Dort gelang unter sozialdemokratischer Federführung erstmalig der Entwurf einer Konkretisierung der Treibhausgasminderung in Deutschland bis 2030 und 2050, der es erlaubt, den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft mit funktionierenden Innovationen und geschlossenen Wertschöpfungsketten mit den Klimazielen zu verbinden. Eine SPD geführte Bundesregierung wird den Dialog mit den Unternehmen, den Gewerkschaften und den Beschäftigten in den betroffenen

<p>2935 Sektoren führen. Denn wir wissen, dass sich soziale, ökonomische und ökologische Fragen nicht einzeln, sondern nur unter Berücksichtigung der wechselseitigen Abhängigkeiten erfolgreich beantworten lassen. Im Rahmen dessen setzen wir auf Technologieneutralität und Innovationsoffenheit. Die Ergebnisse dieses Dialoges werden wir im Rahmen eines nationalen Klimaschutzgesetzes umsetzen. Dazu gehört auch die Überprüfung umweltschädlicher und wettbewerbsverzerrender Subventionen. Wir werden Deutschland zur <b>energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen</b>. Das ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft.</p>	<p>Sektoren führen. Denn wir wissen, dass sich soziale, ökonomische und ökologische Fragen nicht einzeln, sondern nur unter Berücksichtigung der wechselseitigen Abhängigkeiten erfolgreich beantworten lassen. Im Rahmen dessen setzen wir auf Technologieneutralität und Innovationsoffenheit. Die Ergebnisse dieses Dialoges werden wir im Rahmen eines nationalen Klimaschutzgesetzes umsetzen. Dazu gehört auch die Überprüfung umweltschädlicher und wettbewerbsverzerrender Subventionen. Wir werden Deutschland zur <b>energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen</b>. Das ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft.</p>
---	--

<p>2945 <b>Energiewende vollenden:</b> Energie muss umweltfreundlich und bezahlbar sein. Gleichzeitig muss die verlässliche Versorgung gesichert bleiben. <b>Das sind für uns drei gleichrangige Ziele der Energiewende.</b></p>	<p><b>Energiewende vollenden:</b> Energie muss umweltfreundlich und bezahlbar sein. Gleichzeitig muss die verlässliche Versorgung gesichert bleiben. <b>Das sind für uns drei gleichrangige Ziele der Energiewende.</b></p>
--	---

<p>2950</p> <p>2955</p>	<p><b>Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass wir erneuerbare Energien weiter ausbauen. Erneuerbare Energien aus Windkraft (Off- und Onshore) und Sonnenenergie sind langfristig die kostengünstigste Form der Energieerzeugung. Sie machen uns unabhängig von Öl, Erdgas und Uran aus Konfliktregionen. Sie tragen zur lokalen Wertschöpfung bei und zu einem fairen Energiemarkt.</b></p>
-------------------------	---

<p>2960 Damit die Energiewende erfolgreich fortgeführt werden kann, müssen die <b>verschiedenen Energiesektoren</b> stärker verbunden werden. Bisher findet die Energiewende hauptsächlich im Stromsektor statt. Durch Sektorenkopplung soll die Energiewende noch stärker in den Wärme- und Verkehrssektor getragen werden. Speicher</p> <p>2965 und andere Technologien für die Sektorenkopplung sowie die Flexibilisierung und die Digitalisierung der Energiewende wollen wir gezielt durch technologieoffene gesetzliche Rahmenbedingungen sowie durch Forschungs- und Entwicklungsprogramme voranbringen. Der zügige Netzausbau auf Verteil- und Übertragungsnetzebene ist für das Gelingen der Energiewende von entscheidender Bedeutung. Bestehende Stromleitungen sollen mit Hilfe neuer Technologien besser ausgelastet werden.</p>	<p>Damit die Energiewende erfolgreich fortgeführt werden kann, müssen die <b>verschiedenen Energiesektoren</b> stärker verbunden werden. Bisher findet die Energiewende hauptsächlich im Stromsektor statt. Durch Sektorenkopplung soll die Energiewende noch stärker in den Wärme- und Verkehrssektor getragen werden. Speicher</p> <p>und andere Technologien für die Sektorenkopplung sowie die Flexibilisierung und die Digitalisierung der Energiewende wollen wir gezielt durch technologieoffene gesetzliche Rahmenbedingungen sowie durch Forschungs- und Entwicklungsprogramme voranbringen. Der zügige Netzausbau auf Verteil- und Übertragungsnetzebene ist für das Gelingen der Energiewende von entscheidender Bedeutung. Bestehende Stromleitungen sollen mit Hilfe neuer Technologien besser ausgelastet werden.</p>
---	---

<p>2975 Maßnahmen zur <b>Energieeffizienz werden wir ausbauen</b>. Dabei haben rentable Energieeffizienzmaßnahmen Vorrang vor dem Erzeugen zusätzlicher Energie. Wir wollen insbesondere den öffentlichen Gebäudebe-</p>	<p>Maßnahmen zur <b>Energieeffizienz werden wir ausbauen</b>. (...) Wir wollen insbesondere den öffentlichen Gebäudebe-</p>
--	---

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- |  |   |
|--|---|
| 2980 stand und den öffentlichen Nahverkehr zu <b>Vorbildern des nachhaltigen und energieeffizienten Verbrauchs</b> entwickeln. Energieeffizienzstandards von Produkten und Dienstleistungen werden wir weiter verbessern.  | stand und den öffentlichen Nahverkehr zu <b>Vorbildern des nachhaltigen und energieeffizienten Verbrauchs</b> entwickeln. Energieeffizienzstandards von Produkten und Dienstleistungen werden wir weiter verbessern.  |
| 2985 Spätestens <b>2050 müssen wir Energie</b> weitestgehend <b>treibhausgasneutral erzeugen</b> . Wir stellen dabei sicher, dass Deutschlands Industrie international wettbewerbsfähig bleibt. Den europäischen Emissionshandel werden wir so weiterentwickeln, dass er seine Funktion  | Spätestens <b>2050 müssen wir Energie</b> weitestgehend <b>treibhausgasneutral erzeugen</b> . Wir stellen dabei sicher, dass Deutschlands Industrie international wettbewerbsfähig bleibt. Den europäischen Emissionshandel werden wir so weiterentwickeln, dass er seine Funktion  |
| 2990 als zentrales Klimaschutzinstrument erfüllen kann. Sollte dies nicht zu erreichen sein, werden wir Verhandlungen für die Vereinbarung von CO2-Mindestpreisen auf europäischer Ebene aufnehmen. Dabei werden wir unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen im Klima-   | als zentrales Klimaschutzinstrument erfüllen kann. Sollte dies nicht zu erreichen sein, werden wir Verhandlungen für die Vereinbarung von CO2-Mindestpreisen auf europäischer Ebene aufnehmen. Dabei werden wir unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen im Klima-   |
| 2995 schutz berücksichtigen und „Carbon-Leakage“ verhindern.   | schutz berücksichtigen und „Carbon-Leakage“ verhindern.   |
| 3000 Die vollständige Energiewende gelingt nur, wenn auf dem Weg dorthin konventionelle Energieträger den Ausbau der erneuerbaren Energien ergänzen. Erdgas, „grünes Gas“ und die bestehende Gasnetzinfrastruktur werden im <b>Energiemix für eine flexible, sichere und CO2-arme Energieerzeugung</b> immer bedeutender.  | Die vollständige Energiewende gelingt nur, wenn auf dem Weg dorthin konventionelle Energieträger den Ausbau der erneuerbaren Energien ergänzen. Erdgas, (...) <b>erneuerbares Gas aus Power-To-Gas-Anlagen</b> und die bestehende Gasnetzinfrastruktur werden im <b>Energiemix für eine flexible, sichere und CO2-arme Energieerzeugung</b> immer bedeutender.  |
| 3005 Moderne Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung werden eine wichtige Rolle im Energiesystem übernehmen. Wir werden sie deshalb entsprechend fördern.   | Moderne Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung werden eine wichtige Rolle im Energiesystem übernehmen. Wir werden sie deshalb entsprechend fördern.   |
| 3010 Der Schutz unseres Trinkwassers und der Gesundheit haben für uns oberste Priorität. Daher haben wir ein <b>unbefristetes Verbot für unkonventionelles Fracking</b> durchgesetzt. Die hier bestehenden Risiken für Mensch und Umwelt sind größer als die wirtschaftlichen Chancen. Deshalb stehen wir dafür, dass es bei einem Verbot bleibt. Zudem werden wir die Schutzstandards in der konventionellen Erdgasförderung überprüfen und be- | Der Schutz unseres Trinkwassers und der Gesundheit haben für uns oberste Priorität. Daher haben wir ein <b>unbefristetes Verbot für unkonventionelles Fracking</b> durchgesetzt. Die hier bestehenden Risiken für Mensch und Umwelt sind größer als die wirtschaftlichen Chancen. Deshalb stehen wir dafür, dass es bei einem Verbot bleibt. Zudem werden wir die Schutzstandards in der konventionellen Erdgasförderung überprüfen und be- |
| 3015 ständig anpassen.   | ständig anpassen.   |
| 3020 2022 wird das letzte deutsche Atomkraftwerk abgeschaltet. Mit dem hinterlassenen Atommüll müssen wir gesamtgesellschaftlich verantwortungsvoll umgehen. Das gilt nicht zuletzt für die Konzerne, die mit Atomkraftwerken jahrzehntelang viel Geld verdient haben. Die <b>Endlagerung des Atommülls muss nach menschlichen Maßstäben auf ewig sicher</b> sein.   | 2022 wird das letzte deutsche Atomkraftwerk abgeschaltet. Mit dem hinterlassenen Atommüll müssen wir gesamtgesellschaftlich verantwortungsvoll umgehen. Das gilt nicht zuletzt für die Konzerne, die mit Atomkraftwerken jahrzehntelang viel Geld verdient haben. Die <b>Endlagerung des Atommülls muss nach menschlichen Maßstäben auf ewig sicher</b> sein.   |
| Wir werden bei anderen Staaten aktiv dafür werben, aus der Atomenergie auszusteigen. In der EU werden  | Wir werden bei anderen Staaten aktiv dafür werben, aus der Atomenergie auszusteigen. In der EU werden   |

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

<p>3030 wir uns dafür einsetzen, die <b>Fördermöglichkeiten zum Bau neuer Atomkraftwerke abzuschaffen</b>. In Deutschland werden wir die Hermes-Kreditbürgschaften für Exporte so regeln, dass Atomenergie-Projekte davon ausgeschlossen werden.</p>	<p>wir uns dafür einsetzen, die <b>Fördermöglichkeiten zum Bau neuer Atomkraftwerke abzuschaffen</b>. In Deutschland werden wir die Hermes-Kreditbürgschaften für Exporte so regeln, dass Atomenergie-Projekte davon ausgeschlossen werden.</p>
<p>3035 Wir wollen, dass alle Menschen an der <b>Rendite der Energiewende</b> teilhaben. Deswegen sind Mieterstrommodelle für uns so wichtig.</p>	<p>Wir wollen, dass alle Menschen an der <b>Rendite der Energiewende</b> teilhaben. Deswegen sind Mieterstrommodelle für uns so wichtig. <b>Mieterinnen und Mieter sollen von der Einspeisung regenerativer Energien und einer eigenen Stromerzeugung finanziell profitieren</b>.</p>
<p>3040 Wir werden Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer weiterhin dabei unterstützen, ihre Häuser und Gebäude auf wirtschaftliche Weise energetisch zu sanieren und mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Wir werden gleichzeitig darauf achten, dass <b>Wohnen für Mieterinnen und Mieter bezahlbar bleibt</b>.</p>	<p>Wir werden Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer weiterhin dabei unterstützen, ihre Häuser und Gebäude auf wirtschaftliche Weise energetisch zu sanieren und mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Wir werden gleichzeitig darauf achten, dass <b>Wohnen für Mieterinnen und Mieter bezahlbar bleibt</b>.</p>
<p>3050 Sinkende Börsenstrompreise und Einkaufspreise der Gasversorger müssen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommen. Wir wollen alternative Finanzierungsmodelle der Energiewende prüfen. Wir werden <b>Bürger-Energiegenossenschaften fördern</b>.</p>	<p>Sinkende Börsenstrompreise und Einkaufspreise der Gasversorger müssen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommen. Wir wollen alternative Finanzierungsmodelle der Energiewende prüfen. Wir werden <b>Bürger-Energiegenossenschaften fördern. Kommunen sollen ihre Netzinfrastruktur rekommunalisieren können, wenn sichergestellt ist, dass der Netzbetrieb sicher und effizient erbracht werden kann</b>.</p>
<p>3055 Den Stadtwerken kommt bei der Umsetzung der Energiewende eine Schlüsselrolle zu.</p>	<p>Den Stadtwerken kommt bei der Umsetzung der Energiewende eine Schlüsselrolle zu.</p>
<p><b>Schutz der biologischen Vielfalt:</b></p>	<p><b>Schutz der biologischen Vielfalt:</b></p>
<p>3060 Eine intakte Umwelt ist unverzichtbar für ein gesundes und gutes Leben. Wir werden <b>bedrohte Tier- und Pflanzenarten und ihre Lebensräume besser schützen</b>. Der Flächenverbrauch in Deutschland ist zu hoch. Langfristig müssen sich Versiegelung und Entsiegelung von Flächen die Waage halten. Bereits genutzte Flächen sollen umgewandelt und wiederverwertet werden, anstatt immer neue Flächen zu beanspruchen.</p>	<p>Eine intakte Umwelt ist unverzichtbar für ein gesundes und gutes Leben. Wir werden <b>bedrohte Tier- und Pflanzenarten und ihre Lebensräume besser schützen</b>. Der Flächenverbrauch in Deutschland ist zu hoch. Langfristig müssen sich Versiegelung und Entsiegelung von Flächen die Waage halten. Bereits genutzte Flächen sollen umgewandelt und wiederverwertet werden, anstatt immer neue Flächen zu beanspruchen.</p>
<p>3070 Wir brauchen außerdem <b>mehr Natur in der Stadt</b> – in Wohngebieten, in den Parks und auf den Dächern. Wir werden planerische, konzeptionelle und finanzielle Voraussetzungen dafür schaffen. Grünflächen haben auch eine wichtige soziale Funktion. Sie sind Orte des</p>	<p>Wir brauchen außerdem <b>mehr Natur in der Stadt</b> – in Wohngebieten, in den Parks und auf den Dächern. Wir werden planerische, konzeptionelle und finanzielle Voraussetzungen dafür schaffen. Grünflächen haben auch eine wichtige soziale Funktion. Sie sind Orte des</p>
<p>3075 Austausches und der Begegnung.</p> <p>Die Maßnahmen aus der Naturschutz-Offensive 2020</p>	<p>Austausches und der Begegnung.</p> <p>Die Maßnahmen aus der Naturschutz-Offensive 2020</p>

- |  |   |
|--|---|
| <p>3080 müssen umgesetzt werden. Gemeinsam mit den Bundesländern werden wir das nationale <b>Ziel von zwei Prozent großflächiger Wildnisgebiete</b> in Deutschland vorantreiben. Außerdem werden wir das Bundesprogramm Blaues Band zur Renaturierung von Flüssen und Auen umsetzen. Weitere naturschutzrelevante und ehemals militärisch genutzte Liegenschaften werden wir für den Naturschutz und künftige Generationen sichern. Wir werden zudem eine Moorschutzstrategie erarbeiten und umsetzen.</p>   | <p>müssen umgesetzt werden. Gemeinsam mit den Bundesländern werden wir das nationale <b>Ziel von zwei Prozent großflächiger Wildnisgebiete</b> in Deutschland vorantreiben. Außerdem werden wir das Bundesprogramm Blaues Band zur Renaturierung von Flüssen und Auen umsetzen. Weitere naturschutzrelevante und ehemals militärisch genutzte Liegenschaften werden wir für den Naturschutz und künftige Generationen sichern. Wir werden zudem eine Moorschutzstrategie erarbeiten und umsetzen.</p>   |
| <p>3090 Den Anteil der Flächen mit <b>natürlicher Waldentwicklung</b> wollen wir auf fünf Prozent der Gesamtwaldfläche bzw. zehn Prozent der öffentlichen Waldfläche erhöhen. Die Jagd soll zeitgemäß und naturnah sein. In unseren nationalen Gewässern werden wir Fischerei und andere Nutzungen naturschutzgerecht regeln.</p> <p>3095 Gleichzeitig unterstützen wir die Fischerei dabei, nur noch umweltgerechte Fangmethoden einzusetzen. Der Überfischung unserer Meere werden wir durch eine Umsetzung der wissenschaftlichen Fangmengenvorgaben entgegenwirken.</p>  | <p>Den Anteil der Flächen mit <b>natürlicher Waldentwicklung</b> wollen wir auf fünf Prozent der Gesamtwaldfläche bzw. zehn Prozent der öffentlichen Waldfläche erhöhen. Die Jagd soll zeitgemäß und naturnah sein. In unseren nationalen Gewässern werden wir Fischerei und andere Nutzungen naturschutzgerecht regeln.</p> <p>Gleichzeitig unterstützen wir die Fischerei dabei, nur noch umweltgerechte Fangmethoden einzusetzen. Der Überfischung unserer Meere werden wir durch eine Umsetzung der wissenschaftlichen Fangmengenvorgaben entgegenwirken.</p>   |
| <p>3100 <b>Wir reduzieren die Verschmutzung von Nord- und Ostsee</b> durch Plastik, Fischereimüll und Nährstoffeinträge sowie durch Lärm. Beim internationalen Meeresschutz setzen wir uns bei den Vereinten Nationen für großflächige Schutzgebiete auf hoher See ein. Dies betrifft auch die internationalen Gewässer der Arktis. Wir werden uns weiterhin für die Einrichtung eines Arktis-Schutzgebietes bei der internationalen Meeresschutzorganisation „OSPAR“ einsetzen.</p>   | <p><b>Wir reduzieren die Verschmutzung von Nord- und Ostsee</b> durch Plastik, Fischereimüll und Nährstoffeinträge sowie durch Lärm. Beim internationalen Meeresschutz setzen wir uns bei den Vereinten Nationen für großflächige Schutzgebiete auf hoher See ein. Dies betrifft auch die internationalen Gewässer der Arktis. Wir werden uns weiterhin für die Einrichtung eines Arktis-Schutzgebietes bei der internationalen Meeresschutzorganisation „OSPAR“ einsetzen.</p>   |
| <p>3110 <b>Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz:</b></p>  | <p><b>Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz:</b></p>  |
| <p>3115 Der weltweit rasant steigende Verbrauch von natürlichen Ressourcen führt zu Problemen, die vor allem unsere Kinder und Enkelkinder belasten. Wir werden <b>Haushalte und Unternehmen stärker über ressourcenschonende Alternativen informieren</b>. Ziel muss sein, Abfall zu vermeiden, Produkte langlebiger zu machen und mehr zu recyceln. Der verminderte Einsatz von Ressourcen führt zu geringeren Material- und Energiekosten und stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Wir werden die öffentliche Beschaffung stärker auf ressourcenschonende Produkte und Dienstleistungen ausrichten und das Thema stärker in der Aus- und Weiterbildung verankern.</p> | <p>Der weltweit rasant steigende Verbrauch von natürlichen Ressourcen führt zu Problemen, die vor allem unsere Kinder und Enkelkinder belasten. Wir werden <b>Haushalte und Unternehmen stärker über ressourcenschonende Alternativen informieren</b>. Ziel muss sein, Abfall zu vermeiden, Produkte langlebiger zu machen und mehr zu recyceln. Der verminderte Einsatz von Ressourcen führt zu geringeren Material- und Energiekosten und stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Wir werden die öffentliche Beschaffung stärker auf ressourcenschonende Produkte und Dienstleistungen ausrichten und das Thema stärker in der Aus- und Weiterbildung verankern.</p> |

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

**Verantwortungsvolle Landwirtschaft und gesunde Ernährung:**

3130 Wir wollen eine Landwirtschaft, die auf Umwelt- und Naturschutz, die Interessen der Verbraucher und das Wohl der Tiere ausgerichtet ist. Sie soll den Beschäftigten gerechte Arbeitsbedingungen und eine faire Entlohnung sichern. Viele landwirtschaftliche Betriebe sind in ihrer Existenz bedroht und brauchen eine neue wirtschaftliche Perspektive. Denn immer mehr bäuerliche Betriebe verlieren den Wettbewerb gegen industrielle Anlagen.

3140 Wir wollen die **Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Wertschöpfungs- und Vermarktungskette ihrer Produkte stärken**. Regionalvermarktungsinitiativen sollen Unterstützung erfahren, unter anderem durch ein Bundesprogramm Regionalvermarktung. 3145 Dadurch verbleibt ein größerer Anteil der Wertschöpfung in der Region. Ein **fairer Preis für Lebensmittel** trägt dazu bei, die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe dauerhaft zu sichern.

3150 Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Betriebe ihre Produktion an dem Leitbild der **Nachhaltigkeit und den Verbraucherinteressen** ausrichten. Die ökologische Landwirtschaft ist derzeit die nachhaltigste Form der Landwirtschaft. Um die Nachfrage nach Lebensmitteln zu bedienen, sind die **konventionelle und ökologische Landwirtschaft gleichermaßen notwendig**. Die SPD bekennt sich deshalb zu beiden Produktionsformen.

3160 Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Dünger werden wir auf das unbedingt notwendige Maß reduzieren und das Bundesbodenschutzgesetz novellieren. Weiterhin setzen wir uns für eine gentechnikfreie Landwirtschaft ein. Wir werden sicherstellen, dass mit sogenannten neuen Züchtungstechnologien erzeugte Pflanzen und Tiere nicht unreguliert in den Markt gelangen.

3170 **Wir unterstützen Betriebe, die eine artgerechte Tierhaltung betreiben** und wollen eine Kennzeichnung von Lebensmitteln aus artgerechter Haltung. Dafür werden wir ein **staatliches Tierschutzlabel** auf Grundlage der Kriterien des Deutschen Tierschutzbundes einführen. Der Gedanke des Tierschutzes soll fest in Aus-, Fort- und Weiterbildung verankert werden. Prüf- und Zulassungsverfahren für Stallhaltungssysteme, Tierschutzin-

**Verantwortungsvolle Landwirtschaft und gesunde Ernährung:**

Wir wollen eine Landwirtschaft, die auf Umwelt- und Naturschutz, die Interessen der Verbraucher und das Wohl der Tiere ausgerichtet ist. Sie soll den Beschäftigten gerechte Arbeitsbedingungen und eine faire Entlohnung sichern. Viele landwirtschaftliche Betriebe sind in ihrer Existenz bedroht und brauchen eine neue wirtschaftliche Perspektive. Denn immer mehr bäuerliche Betriebe verlieren den Wettbewerb gegen industrielle Anlagen.

Wir wollen die **Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Wertschöpfungs- und Vermarktungskette ihrer Produkte stärken**. Regionalvermarktungsinitiativen sollen Unterstützung erfahren, unter anderem durch ein Bundesprogramm Regionalvermarktung. 3145 Dadurch verbleibt ein größerer Anteil der Wertschöpfung in der Region. Ein **fairer Preis für Lebensmittel** trägt dazu bei, die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe dauerhaft zu sichern.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Betriebe ihre Produktion an dem Leitbild der **Nachhaltigkeit und den Verbraucherinteressen** ausrichten. Die ökologische Landwirtschaft ist derzeit die nachhaltigste Form der Landwirtschaft. Um die Nachfrage nach Lebensmitteln zu bedienen, sind die **konventionelle und ökologische Landwirtschaft gleichermaßen notwendig**. Die SPD bekennt sich deshalb zu beiden Produktionsformen.

Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Dünger werden wir auf das unbedingt notwendige Maß reduzieren und das Bundesbodenschutzgesetz novellieren. Weiterhin setzen wir uns für eine gentechnikfreie Landwirtschaft ein. Wir werden sicherstellen, dass mit sogenannten neuen Züchtungstechnologien erzeugte Pflanzen und Tiere nicht unreguliert in den Markt gelangen.

**Wir unterstützen Betriebe, die eine artgerechte Tierhaltung betreiben** und wollen eine Kennzeichnung von Lebensmitteln aus artgerechter Haltung. Dafür werden wir ein **staatliches Tierschutzlabel** auf Grundlage der Kriterien des Deutschen Tierschutzbundes einführen. Der Gedanke des Tierschutzes soll fest in Aus-, Fort- und Weiterbildung verankert werden. Prüf- und Zulassungsverfahren für Stallhaltungssysteme, Tierschutzin-



Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

	dikatoren sowie bessere Haltungs- und Transportbedingungen sollen zu mehr Tierschutz beitragen.
3180	Wir wollen eine nationale <b>und europäische</b> Nutztierstrategie erarbeiten und ein modernes Tierschutzgesetz schaffen, das die <b>Würde und das Wohlergehen der Tiere schützt</b> .
3185	Eingriffe an Tieren aus rein wirtschaftlichen Gründen wie das Schnabelkürzen, das Kupieren von Schwänzen oder den Schenkelbrand bei Pferden werden wir verbieten. Der Arzneimitteleinsatz in der Tierhaltung muss auf das notwendige Maß reduziert werden.
3190	Wir wollen auch für Haustiere fachkundige Halterinnen und Halter. Für Qualzuchten muss es eine klare Definition und ein Haltungsverbot geben. Den Schutz von Wildtieren wollen wir vorantreiben. <b>Den illegalen Wildtierhandel und den Handel mit Wildfängen auf gewerblichen Tierbörsen werden wir unterbinden.</b>
3195 3200	Wir wollen eine <b>Ombudsstelle für einen besseren Tierschutz</b> . Mit einem Verbandsklagerecht werden wir anerkannten Tierschutzorganisationen die rechtliche Handhabe geben, wirkungsvoller gegen Tierschutzverstöße vorzugehen. Auch Tierversuche müssen weiter reduziert werden.
3205 3210	Im Umwelt- und im Bauplanungsrecht nimmt die Landwirtschaft eine Sonderposition ein. Fehlsteuerungen werden wir beseitigen. Baurechtlich sollen beispielsweise große Tierhaltungsanlagen im Außenbereich nur noch zugelassen werden, wenn die Gemeinde einen entsprechenden Bebauungsplan erlässt und eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführt. Das hilft dem Umweltschutz und stärkt die Akzeptanz der Landwirtschaft in der Bevölkerung.
3215 3220	Die Landwirtschaft erhält mehr als jeder andere Wirtschaftsbereich Unterstützung aus Steuermitteln. Wir wollen, dass der Grundsatz „ <b>öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen</b> “ gilt. Zu den öffentlichen Leistungen gehört die Ernährungssicherheit genauso wie der Schutz der Natur, der Umwelt, des Klimas und des Tierwohls. Bis zum Jahr 2020 werden die europäischen Agrarfördermittel auf zwei Wegen ausgezahlt: Einerseits pauschale Zahlungen, deren Höhe sich nur an der bewirtschafteten Fläche orientiert. Und andererseits Gelder, die gezielt in die Entwicklung ländlicher Räume fließen, also unter anderem auch in Klimaschutz, Na-

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

3225 turschutz, Tierschutz und Stallbauten. Wir werden uns für einen schrittweisen Ausstieg aus den pauschalen Subventionen bis 2026 einsetzen.

turschutz, Tierschutz und Stallbauten. Wir werden uns für einen schrittweisen Ausstieg aus den pauschalen Subventionen bis 2026 einsetzen.

3230

**Wir wollen der Konzentration von Agrarland in der Hand landwirtschaftlicher Großkonzerne oder außerlandwirtschaftlicher Investoren wirkungsvoll entgegenzutreten.**

3235 Die Exportpolitik der Nahrungsmittelindustrie muss im Einklang mit der Nachhaltigkeit in Deutschland und den Exportmärkten stehen. **Wir lehnen eine landwirtschaftliche Produktion ab, die sich lediglich am Export auf den Weltmarkt ausrichtet.** Eine subventionierte Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in

Die Exportpolitik der Nahrungsmittelindustrie muss im Einklang mit der Nachhaltigkeit in Deutschland und den Exportmärkten stehen. **Wir lehnen eine landwirtschaftliche Produktion ab, die sich lediglich am Export auf den Weltmarkt ausrichtet.** Eine subventionierte Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in

3240 Deutschland darf nicht länger die Märkte in den Entwicklungsländern beeinträchtigen. Wir werden eine nationale **Strategie gegen Lebensmittelverschwendung** umsetzen, damit landwirtschaftliche Produkte wieder mehr Wertschätzung erfahren. Zielmarken für die unterschiedlichen Branchen sowie verstärkte Informationskampagnen sollen ein Umdenken bewirken.

Deutschland darf nicht länger die Märkte in den Entwicklungsländern beeinträchtigen. Wir werden eine nationale **Strategie gegen Lebensmittelverschwendung** umsetzen, damit landwirtschaftliche Produkte wieder mehr Wertschätzung erfahren. Zielmarken für die unterschiedlichen Branchen sowie verstärkte Informationskampagnen sollen ein Umdenken bewirken.

3250 Wir wollen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, sich gesund zu ernähren. Dabei setzen wir auf Qualitätsstandards, Transparenz, leicht **verständliche Kennzeichnungen wie die Nährwert-Ampel** und eine klare Herkunftskennzeichnung. Alle Kinder und Jugendliche brauchen eine gesunde Ernährung. Wir wollen ihnen **in Kitas und Schulen ausgewogene Mahlzeiten** ermöglichen. Dazu wollen wir die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung verbindlich machen. Wir werden die Vernetzungsstellen Schulverpflegung dauerhaft unterstützen und das Nationale Qualitätszentrum für gesunde Ernährung und Schule weiter ausbauen.

Wir wollen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, sich gesund zu ernähren. Dabei setzen wir auf Qualitätsstandards, Transparenz, leicht **verständliche Kennzeichnungen wie die Nährwert-Ampel** und eine klare Herkunftskennzeichnung. Alle Kinder und Jugendliche brauchen eine gesunde Ernährung. Wir wollen ihnen **in Kitas und Schulen ausgewogene Mahlzeiten** ermöglichen. Dazu wollen wir die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung verbindlich machen. Wir werden die Vernetzungsstellen Schulverpflegung dauerhaft unterstützen und das Nationale Qualitätszentrum für gesunde Ernährung und Schule weiter ausbauen.

3265 **Gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft und Patente auf Leben lehnen wir ab.** An der Saatgutreinheit halten wir fest. Tierische Produkte, die auf Fütterung mit gentechnisch veränderten Pflanzen beruhen, müssen europaweit verpflichtend gekennzeichnet werden.

**Gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft und Patente auf Leben lehnen wir ab.** An der Saatgutreinheit halten wir fest. Tierische Produkte, die auf Fütterung mit gentechnisch veränderten Pflanzen beruhen, müssen europaweit verpflichtend gekennzeichnet werden. **Wir setzen uns für eine rechtssichere Kennzeichnung vegetarischer und veganer Produkte ein.**

3270 Wir werden die **Lebensmittelkontrolle bundesweit vernetzen**, einen einheitlichen Kontrollkatalog einführen und die Kontrolle effektiv und vergleichbar gestalten. Eine Schlüsselfunktion nimmt dabei die staatliche

Wir werden die **Lebensmittelkontrolle bundesweit vernetzen**, einen einheitlichen Kontrollkatalog einführen und die Kontrolle effektiv und vergleichbar gestalten. Eine Schlüsselfunktion nimmt dabei die staatliche

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>3275 Überwachung am Schlachthof ein, deren Rolle gestärkt werden muss. Ergebnisse von amtlichen Lebensmittelüberwachungen sollen grundsätzlich veröffentlicht werden. Zudem wollen wir Verbraucherinnen und Verbraucher mit leicht verständlichen Symbolen wie dem Smiley oder der Hygieneampel informieren.</p>	<p>Überwachung am Schlachthof ein, deren Rolle gestärkt werden muss. Ergebnisse von amtlichen Lebensmittelüberwachungen sollen grundsätzlich veröffentlicht werden. Zudem wollen wir Verbraucherinnen und Verbraucher mit leicht verständlichen Symbolen wie dem Smiley oder der Hygieneampel informieren.</p>
<p>3280 Die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Deutschland und Europa zur <b>Bekämpfung der organisierten Kriminalität in der Lebensmittelbranche</b> ist notwendig.</p>	<p>Die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Deutschland und Europa zur <b>Bekämpfung der organisierten Kriminalität in der Lebensmittelbranche</b> ist notwendig.</p>
<p>3285 Wir wollen die Verbraucherinnen und Verbraucher vor schädlichen Stoffen in Lebensmitteln und Verpackungen schützen. Daher werden wir uns für eine effektive Umsetzung des EU-Chemikalienrechts einsetzen.</p>	<p>Wir wollen die Verbraucherinnen und Verbraucher vor schädlichen Stoffen in Lebensmitteln und Verpackungen schützen. Daher werden wir uns für eine effektive Umsetzung des EU-Chemikalienrechts einsetzen.</p>
<p>3290 <b>Es ist Zeit für mehr Sicherheit im Alltag</b></p>	<p><b>Es ist Zeit für mehr Sicherheit im Alltag</b></p>
<p>3295 Sicherheit ist ein zentrales Bedürfnis der Menschen. Es ist die Aufgabe des Staates für diese Sicherheit zu sorgen. Gefahren müssen erkannt, Verbrechen bekämpft, Straftäterinnen und Straftäter verfolgt werden. Dafür brauchen wir einen starken und handlungsfähigen Rechtsstaat. Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten und sich etwa private Sicherheitsdienste kaufen.</p>	<p>Sicherheit ist ein zentrales Bedürfnis der Menschen. Es ist die Aufgabe des Staates für diese Sicherheit zu sorgen. Gefahren müssen erkannt, Verbrechen bekämpft, Straftäterinnen und Straftäter verfolgt werden. Dafür brauchen wir einen starken und handlungsfähigen Rechtsstaat. Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten und sich etwa private Sicherheitsdienste kaufen, <b>weshalb präventive Maßnahmen und eine aktive Sozialpolitik, die sozialen Ungleichheiten, bekämpft, fest zu unseren Sicherheitsbegriff dazu gehören.</b></p>
<p>3300 Körperverletzungen, Vandalismus, Diebstähle und vor allem <b>Wohnungseinbrüche beeinträchtigen die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl</b> der Menschen. Wir wollen, dass sich unsere Behörden konsequent der Alltagskriminalität annehmen – durch mehr Prävention und effektive Strafverfolgung.</p>	<p>Körperverletzungen, Vandalismus, Diebstähle und vor allem <b>Wohnungseinbrüche beeinträchtigen die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl</b> der Menschen. Wir wollen, dass sich unsere Behörden konsequent der Alltagskriminalität annehmen – durch mehr Prävention und effektive Strafverfolgung.</p>
<p>3310 Die Gegner unserer offenen Gesellschaft haben sich neu formiert – in unterschiedlichen terroristischen und extremistischen Bewegungen. Wir benennen diese als das, was sie sind: eine Bedrohung für die westliche Welt, ein Angriff auf die liberale Demokratie. Deshalb werden wir mit aller rechtsstaatlichen Härte <b>gegen Terror und extremistische Gewalt</b> vorgehen. Wo es notwendig ist, verschärfen wir die Gesetze zur Bekämpfung von Terror und Gewalt. Allein mit Gesetzesverschärfungen werden wir aber nicht erfolgreich sein. Erst im Zusammenspiel von Kriminalitätsvorbeugung, Stärkung des Zusammenhalts der Gesellschaft und der</p>	<p>Die Gegner unserer offenen Gesellschaft haben sich neu formiert – in unterschiedlichen terroristischen und extremistischen Bewegungen. Wir benennen diese als das, was sie sind: eine Bedrohung für die westliche Welt, ein Angriff auf die liberale Demokratie. Deshalb werden wir (...) <b>konsequent mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen Terror und extremistische Gewalt vorgehen. Dafür haben wir die gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Jetzt kommt es auf die konsequente Umsetzung der Gesetze an.</b></p>
<p>3320</p>	<p></p>

Arbeit von Polizei, Justiz und Nachrichtendiensten entsteht mehr Sicherheit.

3325

**Schutz und Sicherheit durch eine leistungsfähige Polizei und Justiz:**

**Schutz und Sicherheit durch eine leistungsfähige Polizei und Justiz:**

3330 Wir wollen mehr Polizistinnen und Polizisten sichtbar auf unseren Straßen haben. Für eine bessere und schnellere Aufklärung sogenannter Alltagskriminalität wie Wohnungseinbrüche und Diebstahl brauchen wir mehr Ermittlerinnen und Ermittler. Dafür wollen wir die Polizei besser ausstatten: Mit mehr und gut ausgebildetem Personal. Das betrifft auch andere Kriminalitätsfelder wie das **organisierte Verbrechen**, wo spezialisierte Ermittlerinnen und Ermittler zeitintensive polizeiliche Untersuchungen durchführen müssen.

Wir wollen mehr Polizistinnen und Polizisten sichtbar auf unseren Straßen haben. Für eine bessere und schnellere Aufklärung sogenannter Alltagskriminalität wie Wohnungseinbrüche und Diebstahl brauchen wir mehr Ermittlerinnen und Ermittler. Dafür wollen wir die Polizei besser ausstatten: Mit mehr und gut ausgebildetem Personal. Das betrifft auch andere Kriminalitätsfelder wie das **organisierte Verbrechen**, wo spezialisierte Ermittlerinnen und Ermittler zeitintensive polizeiliche Untersuchungen durchführen müssen.

3340 Wir wollen **15.000 neuen Stellen bei der Polizei** in Bund und Ländern schaffen. Wo Videotechnik hilft, Gefahren vorzubeugen und Beweise zu sichern, soll sie eingesetzt werden. Die rechtlichen Grundlagen dafür sind vorhanden. Die Beratungsangebote für Bürgerinnen und Bürger zum Schutz vor Kriminalität, die die Polizei bereits vielerorts anbietet, werden wir ausbauen. Für mehr Sicherheit soll eine bessere Zusammenarbeit der Behörden sorgen. Das **Bundeskriminalamt wollen wir weiter in seiner zentralen Koordinierungsfunktion stärken**. Außerdem setzen wir uns für einen Abbau der Überstunden bei der Bundespolizei ein.

Wir wollen **15.000 neuen Stellen bei der Polizei** in Bund und Ländern schaffen. Wo Videotechnik hilft, Gefahren vorzubeugen und Beweise zu sichern, soll sie eingesetzt werden. Die rechtlichen Grundlagen dafür sind vorhanden. Die Beratungsangebote für Bürgerinnen und Bürger zum Schutz vor Kriminalität, die die Polizei bereits vielerorts anbietet, werden wir ausbauen. Für mehr Sicherheit soll eine bessere Zusammenarbeit der Behörden sorgen. Das **Bundeskriminalamt wollen wir weiter in seiner zentralen Koordinierungsfunktion stärken**. Außerdem setzen wir uns für einen Abbau der Überstunden bei der Bundespolizei ein.

3355 Unsere Ermittlungsbehörden sollen für ihre Arbeit dem technischen Fortschritt entsprechend mit moderner IT- und Kommunikationstechnologie ausgerüstet werden. Unsere **Polizei verdient Anerkennung und Respekt** für ihre wichtige Arbeit.

Unsere Ermittlungsbehörden sollen für ihre Arbeit dem technischen Fortschritt entsprechend mit moderner IT- und Kommunikationstechnologie ausgerüstet werden. Unsere **Polizei verdient Anerkennung und Respekt** für ihre wichtige Arbeit. **Das muss sich auch in einem modernen Dienstrecht bspw. mit einem Lebensarbeitszeitkonto widerspiegeln.**

3360 Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten oder auch auf Einsatzkräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste werden hart sanktioniert.

Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten oder auch auf Einsatzkräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste werden hart sanktioniert.

3365 Ein handlungsfähiger Staat setzt eine handlungsfähige Polizei und Justiz voraus. Daher sollen auch Gerichte und Staatsanwaltschaften personell und technisch besser ausgestattet werden.

Ein handlungsfähiger Staat setzt eine handlungsfähige Polizei und Justiz voraus. Daher sollen auch Gerichte und Staatsanwaltschaften personell und technisch besser ausgestattet werden. **Ihre digitalen und interkulturellen Kompetenzen werden wir stärken.**

3370 Wir wollen, dass Straftaten schnell aufgeklärt und konsequent geahndet werden. Wer durch Straftaten zu Schaden gekommen ist, soll auch zivilrechtlichen An-

Wir wollen, dass Straftaten schnell aufgeklärt und konsequent geahndet werden **und Bürgerinnen und Bürger ihre zivilrechtlichen Ansprüche zügig durchsetzen kön-**

<p>sprüche zügig durchsetzen können.</p> <p>Zudem setzen wir uns für eine bürgerfreundliche, vielfältige und noch transparentere Justiz ein, damit Recht bekommt, wer Recht hat. So erhöhen wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unseren Rechtsstaat. Wir werden die Arbeiten an einer gemeinsamen Verlaufsstatistik von angezeigten Straftaten und tatsächlichen Verurteilungen weiter fortführen.</p>	<p><b>nen. (...)</b></p> <p>Zudem setzen wir uns für eine bürgerfreundliche, vielfältige und noch transparentere Justiz ein, damit Recht bekommt, wer Recht hat. So erhöhen wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unseren Rechtsstaat. Wir werden die Arbeiten an einer gemeinsamen Verlaufsstatistik von angezeigten Straftaten und tatsächlichen Verurteilungen weiter fortführen.</p>
<p>3375</p> <p>3380</p> <p>Auch der <b>Zoll leistet wertvolle Arbeit bei der Bekämpfung von Kriminalität</b>. Das gilt für die erfolgreichen Ermittlungen von kriminellem Waffenhandel genauso wie für die Bereiche Finanz- und Steuerbetrug und die Mindestlohnkontrolle. Der Zoll muss – besonders im Interesse des Handwerks – in die Lage versetzt werden, noch besser als bisher gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung vorzugehen. Deshalb werden wir den Zoll stärken und zu einer effektiven Finanzpolizei des Bundes weiterentwickeln.</p>	<p>Auch der <b>Zoll leistet wertvolle Arbeit bei der Bekämpfung von Kriminalität</b>. Das gilt für die erfolgreichen Ermittlungen von kriminellem Waffenhandel genauso wie für die Bereiche Finanz- und Steuerbetrug und die Mindestlohnkontrolle. Der Zoll muss – besonders im Interesse des Handwerks – in die Lage versetzt werden, noch besser als bisher gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung vorzugehen. Deshalb werden wir den Zoll stärken und zu einer effektiven Finanzpolizei des Bundes weiterentwickeln.</p>
<p>3385</p> <p>3390</p> <p>Eine <b>Militarisierung der öffentlichen Sicherheit lehnen wir ab</b>. Mit uns wird es, über das bereits zulässige Maß hinaus, keinen Einsatz der Bundeswehr als Hilfspolizei im Inland geben. Schutz vor Kriminalität wie auch vor Strafverfolgung sind Aufgaben der dafür ausgebildeten Profis der Polizei.</p>	<p>Eine <b>Militarisierung der öffentlichen Sicherheit lehnen wir ab</b>. Mit uns wird es, über das bereits zulässige Maß hinaus, keinen Einsatz der Bundeswehr als Hilfspolizei im Inland geben. Schutz vor Kriminalität wie auch vor Strafverfolgung sind Aufgaben der dafür ausgebildeten Profis der Polizei.</p>
<p>3400</p> <p><b>Terrorabwehr – mehr grenzübergreifende Zusammenarbeit und Prävention:</b></p> <p>Mit einem Dreiklang aus <b>Repression, Vorbeugung und Ausstiegshilfe</b> haben wir die Basis geschaffen, um dem Extremismus langfristig zu begegnen. Der nächste Schritt muss eine stärkere Koordinierung in Deutschland und in Europa sein.</p>	<p><b>Terrorabwehr – mehr grenzübergreifende Zusammenarbeit und Prävention:</b></p> <p>Mit einem Dreiklang aus <b>Repression, Vorbeugung und Ausstiegshilfe</b> haben wir die Basis geschaffen, um dem Extremismus langfristig zu begegnen. Der nächste Schritt muss eine stärkere Koordinierung in Deutschland und in Europa sein.</p>
<p>3405</p> <p>3410</p>	<p><b>Wo es notwendig ist, verschärfen wir die Gesetze zur Bekämpfung von Terror und Gewalt. Allein mit Gesetzesverschärfungen werden wir aber nicht erfolgreich sein. Erst im Zusammenspiel von Kriminalitätsvorbeugung, Deradikalisierung, Stärkung des Zusammenhalts der Gesellschaft und der Arbeit von Polizei, Justiz und Nachrichtendiensten entsteht mehr Sicherheit.</b></p>
<p>3415</p> <p>3420</p> <p>Die <b>Datensysteme der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern werden wir unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Vorgaben vereinheitlichen</b>. Auch die Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz werden wir zur Gefahrenabwehr verbessern.</p>	<p>Die <b>Datensysteme der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern werden wir unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Vorgaben vereinheitlichen</b>. Auch die Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz werden wir zur Gefahrenabwehr verbessern.</p>

3425 Kriminelle und Terroristen dürfen nicht in die Europäische Union gelangen. Das heißt: die **Kontrollen an den Außengrenzen des Schengenraums verstärken** und das Grenzkontrollsystem der Schengen-Mitgliedstaaten effektiv umsetzen.

3430 Das europäische Polizeiamt (Europol) und die europäische Grenzschutzagentur (Frontex) wollen wir stärker bei der Terrorismusbekämpfung einbeziehen.

3435 Mit der Initiative zum **Aufbau einer europäischen Staatsanwaltschaft** werden wir dafür sorgen, dass in der EU künftig Straftaten über Staatsgrenzen hinweg effektiver verfolgt werden können. Eine engere Kooperation der Sicherheitsbehörden auf europäischer Ebene ist dringend notwendig. Wir fordern nach dem Vorbild des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums in Deutschland ein **Anti-Terrorzentrum auf europäischer Ebene**, in dem ein Austausch aller Sicherheitsbehörden stattfindet.

3445 Ausländerinnen und Ausländer, die schwere Straftaten begehen, sollen nach Verbüßung ihrer Strafe unverzüglich abgeschoben werden. Die Möglichkeit zur Abschiebung straffälliger Ausländerinnen und Ausländer haben wir bereits erleichtert.

3450 Wir wollen eine **Null-Toleranz-Politik gegenüber Hasspredigern und Islamistinnen und Islamisten** durchsetzen. Ein Großteil fundamentaler Islamisten in Deutschland radikalisiert sich hier, in unserem Land. Wir werden extremistische islamistische Moscheen schließen und ihre Finanzierung unterbinden.

3460 Mit den vielen nicht-radikalen Moscheegemeinden und islamischen Verbänden werden wir zusammenarbeiten. Wir stärken die **gute Beratungs- und Präventionsstruktur vor Ort** und sorgen frühzeitig dafür, dass sich junge Menschen in unserem Land nicht radikalisieren. Hasspropaganda im Netz werden wir durch alternative Botschaften entgegnetreten.

3465 **Kampf gegen Rechtsextremismus:**  
Angriffe auf unsere freie Gesellschaft drohen auch von Nationalisten: Rechtsextremistische Übergriffe und Anschläge haben in den letzten Jahren bedrohlich zugenommen.

Kriminelle und Terroristen dürfen nicht in die Europäische Union gelangen. Das heißt: die **Kontrollen an den Außengrenzen des Schengenraums verstärken** und das Grenzkontrollsystem der Schengen-Mitgliedstaaten effektiv umsetzen. **Darüber hinaus wollen wir die Luftsicherheit und die Kontrollen an Flughäfen verbessern und dafür auch strukturell verändern.**

Das europäische Polizeiamt (Europol) und die europäische Grenzschutzagentur (Frontex) wollen wir stärker bei der Terrorismusbekämpfung einbeziehen.

Mit der Initiative zum **Aufbau einer europäischen Staatsanwaltschaft** werden wir dafür sorgen, dass in der EU künftig Straftaten über Staatsgrenzen hinweg effektiver verfolgt werden können. Eine engere Kooperation der Sicherheitsbehörden auf europäischer Ebene ist dringend notwendig. Wir fordern nach dem Vorbild des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums in Deutschland ein **Anti-Terrorzentrum auf europäischer Ebene**, in dem ein Austausch aller Sicherheitsbehörden stattfindet.

Ausländerinnen und Ausländer, die schwere Straftaten begehen, sollen nach Verbüßung ihrer Strafe unverzüglich abgeschoben werden. Die Möglichkeit zur Abschiebung straffälliger Ausländerinnen und Ausländer haben wir bereits erleichtert.

Wir wollen eine **Null-Toleranz-Politik gegenüber Hasspredigern und Islamistinnen und Islamisten** durchsetzen. Ein Großteil fundamentaler Islamisten in Deutschland radikalisiert sich hier, in unserem Land. Wir werden extremistische islamistische Moscheen schließen und ihre Finanzierung unterbinden.

Mit den vielen nicht-radikalen Moscheegemeinden und islamischen Verbänden werden wir **weiter** zusammenarbeiten. Wir stärken die **gute Beratungs- und Präventionsstruktur vor Ort** und sorgen frühzeitig dafür, dass sich junge Menschen in unserem Land nicht radikalisieren. Hasspropaganda im Netz werden wir durch alternative Botschaften entgegnetreten.

**Kampf gegen Rechtsextremismus:**  
Angriffe auf unsere freie Gesellschaft drohen auch von Nationalisten: Rechtsextremistische Übergriffe und Anschläge haben in den letzten Jahren bedrohlich zugenommen. **Damit wird Angst und Schrecken verbreitet**

3470	bei den bedrohten Menschengruppen. Auch von rechtsextremistischen Gruppen und Einzelpersonen geht eine terroristische Gefahr aus, der wir entschlossen begegnen werden.
3475 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen seit über 150 Jahren für Toleranz und gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit.	Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen seit über 150 Jahren für Toleranz und gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit.
3480	Eine wichtige Erkenntnis aus dem NSU-Verfahren ist, dass Sicherheitsbehörden besonders sensibel auf antisemitische, rassistische und sonstige menschenverachtende Einstellungen in den eigenen Reihen reagieren müssen. Das gilt auch für die Bundeswehr. Wir werden sie dabei mit geeigneten Programmen unterstützen.
3485 Wir setzen uns dafür ein, dass Straftaten mit rechtsextremen Hintergrund in Zukunft besser erfasst und statistisch ausgewertet werden.	Wir setzen uns dafür ein, dass Straftaten mit rechtsextremen Hintergrund in Zukunft besser erfasst und statistisch ausgewertet werden. Die im Aufenthaltsgesetz vorgesehenen Regelungen für Opfer von Straftaten müssen eingehalten werden, damit sie zu ihrem Recht kommen und Straftäter für ihre Strafen verurteilt werden können.
3490	
3495 Neben der konsequenten Strafverfolgung wollen wir auch die Präventionsarbeit ausweiten. Bereits in den vergangenen Jahren haben wir die Mittel im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ mehr als verdreifacht. Diesen Weg der Vorbeugung führen wir fort. Zu einer umfassenden Strategie gegen gewaltbereite Rechtsextremisten gehört Deradikalisierung. Darum werden wir mit einem Gesetz zur <b>Demokratieförderung und Extremismusprävention</b> die Strukturen der Präventionsarbeit langfristig sichern. Darüber hinaus werden wir die Empfehlungen des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus aufgreifen und in der Präventionsarbeit umsetzen.	Neben der konsequenten Strafverfolgung wollen wir auch die Präventionsarbeit ausweiten. Bereits in den vergangenen Jahren haben wir die Mittel im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ mehr als verdreifacht. Diesen Weg der Vorbeugung führen wir fort. Zu einer umfassenden Strategie gegen gewaltbereite Rechtsextremisten gehört Deradikalisierung. Darum werden wir mit einem Gesetz zur <b>Demokratieförderung und Extremismusprävention</b> die Strukturen der Präventionsarbeit langfristig sichern. Darüber hinaus werden wir die Empfehlungen des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus aufgreifen und in der Präventionsarbeit umsetzen.
3500	
3505	
3510	
3515	

**Reform der Nachrichtendienste:**

**Reform der Nachrichtendienste:**

3520 endlich aus der rechtlichen Grauzone herausgeholt. Die Auslandsaufklärung haben wir auf eine eindeutige Rechtsgrundlage gestellt und das Parlamentarische Kontrollgremium erheblich gestärkt. An unserer Linie halten wir fest und legen hierfür den Abschlussbericht des NSA-Untersuchungsausschusses zugrunde.

3525

**Moderner Katastrophenschutz:**

3530 Wir haben in Deutschland ein funktionierendes Hilfesystem für Katastrophen. Bund, Länder und Kommunen arbeiten hier Hand in Hand. Herzstück ist das Engagement der vielen Ehren- und Hauptamtlichen bei den Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk und den Hilfsorganisationen. Wir wollen das breite **ehrenamtliche Engagement erhalten**.

3535

3540 Deshalb stärken wir das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und das Technische Hilfswerk. Der Bund soll seine bestehende Verantwortung für den Katastrophenschutz verstärkt wahrnehmen, in Ergänzung zu den Aufgaben der Länder.

**Straftaten im und aus dem Netz bekämpfen:**

3545 Die Kriminalität im Internet steigt rasant. Von der Online-Erpressung mit Computerviren über Kreditkartenbetrug bis zu Kinderpornographie und Waffenhandel im „Darknet“ reicht das Spektrum der Cyberkriminalität.

**Das Internet ist ein freier, aber kein rechtsfreier Raum.**

3550 Wir wollen das IT-Sicherheitsgesetz fortschreiben und weiterentwickeln, um den neuen Gefährdungen angemessen zu begegnen. Die Sicherheitsbehörden werden wir personell und technisch besser ausstatten und mehr fachliche Expertise hinzuziehen. Es ist notwendig, Forschung und Entwicklung von IT-Sicherheitstechnik zu fördern und die Ausbildung von Fachkräften für IT-Sicherheit zu verstärken, um technologische Kompetenz und digitale Souveränität zu erhalten.

3560 Die **Spionageabwehr unserer Nachrichtendienste** wollen wir technisch und rechtlich in die Lage versetzen, effektiver gegen Cyberangriffe und Spionage fremder Nachrichtendienste vorzugehen.

3565 Wir werden das **Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ausbauen** und in seiner neutralen Rolle und Beratungsfunktion stärken: Das BSI soll für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Behör-

endlich aus der rechtlichen Grauzone herausgeholt. Die Auslandsaufklärung haben wir auf eine eindeutige Rechtsgrundlage gestellt und das Parlamentarische Kontrollgremium erheblich gestärkt. An unserer Linie halten wir fest und legen hierfür den Abschlussbericht des NSA-Untersuchungsausschusses zugrunde.

**Moderner Katastrophenschutz:**

Wir haben in Deutschland ein funktionierendes Hilfesystem für Katastrophen. Bund, Länder und Kommunen arbeiten hier Hand in Hand. Herzstück ist das Engagement der vielen Ehren- und Hauptamtlichen bei den Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk und den Hilfsorganisationen. Wir wollen das breite **ehrenamtliche Engagement erhalten**.

Deshalb stärken wir das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und das Technische Hilfswerk. Der Bund soll seine bestehende Verantwortung für den Katastrophenschutz verstärkt wahrnehmen, in Ergänzung zu den Aufgaben der Länder.

**Straftaten im und aus dem Netz bekämpfen:**

Die Kriminalität im Internet steigt rasant. Von der Online-Erpressung mit Computerviren über Kreditkartenbetrug bis zu Kinderpornographie und Waffenhandel im „Darknet“ reicht das Spektrum der Cyberkriminalität.

**Das Internet ist ein freier, aber kein rechtsfreier Raum.**

Wir wollen das IT-Sicherheitsgesetz fortschreiben und weiterentwickeln, um den neuen Gefährdungen angemessen zu begegnen. Die Sicherheitsbehörden werden wir personell und technisch besser ausstatten und mehr fachliche Expertise hinzuziehen. Es ist notwendig, Forschung und Entwicklung von IT-Sicherheitstechnik zu fördern und die Ausbildung von Fachkräften für IT-Sicherheit zu verstärken, um technologische Kompetenz und digitale Souveränität zu erhalten.

Die **Spionageabwehr unserer Nachrichtendienste** wollen wir technisch und rechtlich in die Lage versetzen, effektiver gegen Cyberangriffe und Spionage fremder Nachrichtendienste vorzugehen.

Wir werden das **Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ausbauen** und in seiner neutralen Rolle und Beratungsfunktion stärken: Das BSI soll für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Behör-



- |   |   |
|---|---|
| <p>3570 den zum Dienstleister werden, indem es sichere Hard- und Software zertifiziert sowie über Cyberangriffe, digitale Sicherheitsrisiken und entsprechende Schutzmöglichkeiten informiert. Die Hersteller und Anbieter digitaler Produkte und Dienstleistungen müssen Sicherheitslücken bekanntgeben und diese schnellstmöglich beheben. Wir werden eine eindeutige und faire Haftungskette auch für digitale Produkte und Dienstleistungen sowie ein Gütesiegel für IT-Sicherheit schaffen. Ein sogenannter Algorithmen-TÜV soll dafür sorgen, dass niemand durch softwaregestützte Entscheidungen diskriminiert wird oder zu Schaden kommt.</p> <p>3580 Einfache und sichere Lösungen für die elektronische Identifizierung und Verschlüsselung wollen wir für jedermann verfügbar machen. Sensible Daten müssen grundsätzlich verschlüsselt versendet werden, gerade in der öffentlichen Verwaltung. Wir wollen durch Zertifizierung, Zulassungsregeln, Meldepflichten und bessere Produkthaftung eine sichere IT-Infrastruktur erreichen.</p> | <p>den zum Dienstleister werden, indem es sichere Hard- und Software zertifiziert sowie über Cyberangriffe, digitale Sicherheitsrisiken und entsprechende Schutzmöglichkeiten informiert. Die Hersteller und Anbieter digitaler Produkte und Dienstleistungen müssen Sicherheitslücken bekanntgeben und diese schnellstmöglich beheben. Wir werden eine eindeutige und faire Haftungskette auch für digitale Produkte und Dienstleistungen sowie ein Gütesiegel für IT-Sicherheit schaffen. Ein sogenannter Algorithmen-TÜV soll dafür sorgen, dass niemand durch softwaregestützte Entscheidungen diskriminiert wird oder zu Schaden kommt.</p> <p>Einfache und sichere Lösungen für die elektronische Identifizierung und Verschlüsselung wollen wir für jedermann verfügbar machen. Sensible Daten müssen grundsätzlich verschlüsselt versendet werden, gerade in der öffentlichen Verwaltung. Wir wollen durch Zertifizierung, Zulassungsregeln, Meldepflichten und bessere Produkthaftung eine sichere IT-Infrastruktur erreichen.</p> |
|---|---|

- |   |  |
|---|--|
| <p>3590 Darüber hinaus wollen wir der <b>Verbreitung von Hasskriminalität und so genannten Fake News entgegenwirken</b>. Sie sind eine große Gefahr für das friedliche Zusammenleben und für die freie und demokratische Gesellschaft. Am Anfang stehen die Worte, dann folgen die Taten. Wer im Internet kriminelle Parolen veröffentlicht und zu Gewalt gegen Jüdinnen und Juden, Ausländer und Ausländerinnen oder andere aufruft, muss konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Die Verbreitung rechtswidriger Inhalte wie Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung in den sozialen Netzwerken soll besser und schneller verfolgt werden.</p> | <p>Darüber hinaus wollen wir der <b>Verbreitung von Hasskriminalität und so genannten Fake News entgegenwirken</b>. Sie sind eine große Gefahr für das friedliche Zusammenleben und für die freie und demokratische Gesellschaft. Am Anfang stehen die Worte, dann folgen die Taten. Wer im Internet kriminelle Parolen veröffentlicht und zu Gewalt gegen Jüdinnen und Juden, Ausländer und Ausländerinnen oder andere aufruft, muss konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Die Verbreitung rechtswidriger Inhalte wie Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung in den sozialen Netzwerken soll besser und schneller verfolgt werden.</p> |
|---|--|

<p>3600</p>	<p><b>Daher setzen wir uns für eine verbesserte Ausbildung und Ausstattung der Polizeibehörden und Justiz in diesem Bereich ein.</b></p>
-------------	--

- |             |   |
|-------------|---|
| <p>3605</p> | <p><b>Auch (...)</b> die Anbieter von sozialen Netzwerken <b>müssen</b> in die Verantwortung genommen werden.</p> |
|-------------|---|

<p>3610</p>	<p>Deshalb führen wir eine Berichtspflicht für Anbieter zum Umgang mit Hinweisen über rechtswidrige Inhalte sowie einheitliche Standards des Beschwerdemanagements ein.</p>
-------------	---

<p>3615</p>	<p><b>Vor allem müssen Anbieter aber effektiv mit Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten. Hierzu werden wir Kontaktstellen im Inland sowie kurze Reaktionsfristen festlegen.</b></p>
-------------	---

<p>3615</p>	<p>Wer sich nicht an die Vorgaben hält, soll mit empfindlichen Geldbußen bestraft werden.</p>
-------------	---

<p>3615</p>	<p>Wer sich nicht an die Vorgaben hält, soll mit empfindlichen Geldbußen bestraft werden. <b>Parallel zu nationalen Schritten setzen wir uns für europaweite und internationale Regeln in diesem Kontext ein.</b></p>
-------------	---

**Kampf gegen Wirtschaftskriminalität:**

3620 **Unternehmen müssen gesetzestreu handeln.** In der Praxis besteht zunehmend Unsicherheit darüber, welches Verhalten im Wirtschaftsleben den Straftatbestand der Untreue erfüllt. Hier werden wir für mehr Rechtsklarheit sorgen. Zudem stellen wir die Sanktionen für kriminelle Verfehlungen von Unternehmen auf eine neue gesetzliche Grundlage. Dafür schaffen wir Kriterien, um den Strafverfolgungsbehörden und Gerichten ausreichend scharfe und zugleich flexible Sanktionsmöglichkeiten an die Hand zu geben. Die geltende Bußgeldobergrenze von 10 Millionen Euro ist für kleine Unternehmen zu hoch und für große Konzerne zu niedrig. Wir werden daher eine flexible Bußgeldobergrenze einführen.

3635 Finanzskandale wie die „Panama-Papiere“, Gammelfleischskandale und Bestechungsvorwürfe bei Großunternehmen werden zumeist nur durch interne Hinweisgeber, sogenannte „Whistleblower“, bekannt. Ein solch **couragiertes Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss rechtlich besser abgesichert** werden. Wir wollen sie vor arbeitsrechtlichen Nachteilen schützen. Zudem soll der Schutz von Hinweisgebern in die Führungsleitlinien („Code of Conduct“) von Wirtschaft und Verwaltung integriert werden.

3645 **Es ist Zeit für eine geordnete Migrationspolitik**

Wir stehen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. **Das Recht auf Asyl muss auch in Zukunft unangetastet bleiben.** Die brutalen Kriege und Menschenrechtskrisen der Welt zwingen weiter viele Menschen zur Flucht. Jeder zweite Flüchtling weltweit ist ein Kind! Mit einem Gesamtkonzept Migration gewährleisten wir Kontrolle und verhindern Überforderung.

3655 Wir müssen die Fluchtursachen in den Heimatländern bekämpfen, die Außengrenzen Europas sichern und **die Flüchtlinge innerhalb Europas solidarisch verteilen.** Die anerkannten Flüchtlinge werden wir besser integrieren und die abgelehnten Flüchtlinge konsequenter in ihre Herkunftsländer zurückführen. Und wir brauchen ein Einwanderungsgesetz, das transparent und verständlich regelt, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern kann und wer nicht.

3665

**Kampf gegen Wirtschaftskriminalität:**

**Unternehmen müssen gesetzestreu handeln.** In der Praxis besteht zunehmend Unsicherheit darüber, welches Verhalten im Wirtschaftsleben den Straftatbestand der Untreue erfüllt. Hier werden wir für mehr Rechtsklarheit sorgen. Zudem stellen wir die Sanktionen für kriminelle Verfehlungen von Unternehmen auf eine neue gesetzliche Grundlage. Dafür schaffen wir Kriterien, um den Strafverfolgungsbehörden und Gerichten ausreichend scharfe und zugleich flexible Sanktionsmöglichkeiten an die Hand zu geben. Die geltende Bußgeldobergrenze von 10 Millionen Euro ist für kleine Unternehmen zu hoch und für große Konzerne zu niedrig. Wir werden daher eine flexible Bußgeldobergrenze einführen.

Finanzskandale wie die „Panama-Papiere“, Gammelfleischskandale und Bestechungsvorwürfe bei Großunternehmen werden zumeist nur durch interne Hinweisgeber, sogenannte „Whistleblower“, bekannt. Ein solch **couragiertes Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss rechtlich besser abgesichert** werden. Wir wollen sie vor arbeitsrechtlichen Nachteilen schützen. Zudem soll der Schutz von Hinweisgebern in die Führungsleitlinien („Code of Conduct“) von Wirtschaft und Verwaltung integriert werden.

**Es ist Zeit für eine geordnete Migrationspolitik**

Wir stehen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. **Das Recht auf Asyl muss auch in Zukunft unangetastet bleiben.** Die brutalen Kriege und Menschenrechtskrisen der Welt zwingen weiter viele Menschen zur Flucht. Jeder zweite Flüchtling weltweit ist ein Kind! Mit einem Gesamtkonzept Migration gewährleisten wir Kontrolle und verhindern Überforderung.

Wir müssen die Fluchtursachen in den Heimatländern bekämpfen, die Außengrenzen Europas sichern und **die Flüchtlinge innerhalb Europas solidarisch verteilen.** Die anerkannten Flüchtlinge werden wir besser integrieren und die abgelehnten Flüchtlinge konsequenter in ihre Herkunftsländer zurückführen. Und wir brauchen ein Einwanderungsgesetz, das transparent und verständlich regelt, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern kann und wer nicht.

**Fluchtursachen bekämpfen:**

3670 Fluchtursachen wollen wir mit außen-, sicherheits- und  
 entwicklungspolitischen Initiativen bekämpfen. Es ist  
 unser Ziel, **zerfallende Staaten zu stabilisieren und  
 Gewalt und Bürgerkriege einzudämmen**. Wir setzen  
 uns darum für eine neue Abrüstungsinitiative, den  
 Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit, faire inter-  
 3675 nationale Handelsbeziehungen und für die weltweite  
 Achtung der Menschenrechte ein. Geflüchteten Men-  
 schen wollen wir frühzeitig dort helfen, wo sie sich  
 zunächst in Sicherheit gebracht haben. **Das Flüchtlings-  
 hilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR)** benötigt  
 3680 dafür eine angemessene **Ausstattung** und kontinuierli-  
 che Finanzierung.

3685 In der Flüchtlingspolitik sollen alle EU-Mitgliedsstaaten  
 Verantwortung übernehmen. Wir wollen eine **solidari-  
 sche Verteilung der Aufgaben für Flüchtlingshilfe** und  
 eine einheitliche Entscheidungspraxis in der Europäi-  
 schen Union. Wir akzeptieren nicht länger, dass sich  
 einzelne Mitgliedstaaten dem gemeinsam beschlosse-  
 nen europäischen Asylsystem verweigern.

3690 Staaten, die Flüchtlinge aufnehmen, sollen daher Un-  
 terstützung erhalten, zum Beispiel für den Ausbau von  
 Gemeindeeinrichtungen, Schulen oder für die medizini-  
 sche Versorgung. Staaten, die sich verweigern, sollen  
 3695 deutliche Nachteile erfahren. Solidarität ist die Basis  
 der europäischen Zusammenarbeit.

3700 Um darüber hinaus Anreize für eine freiwillige Auf-  
 nahme von Flüchtlingen zu schaffen, wollen wir **finan-  
 zielle Unterstützung aus dem europäischen Haushalt**  
 für die Länder, die eine Hauptlast bei der Flüchtlings-  
 aufnahme tragen. Wenn nicht nur die entstandenen  
 Integrations- und Unterbringungskosten erstattet,  
 sondern darüber hinaus Infrastrukturgelder zur Verfü-  
 3705 gung gestellt werden, die auch der Bevölkerung im  
 Land zugutekommen, kann die Bereitschaft zur Auf-  
 nahme von Flüchtlingen gesteigert werden.

3710 Die **Außengrenzen müssen besser vor illegalen Grenz-  
 überritten geschützt werden**. Dieser Schutz ist die  
 Bedingung für offene Grenzen und für Freizügigkeit im  
 Inneren der EU. Wir wollen daher das Mandat und die

**Fluchtursachen bekämpfen:**

Fluchtursachen wollen wir mit außen-, sicherheits- und  
 entwicklungspolitischen Initiativen bekämpfen. Es ist  
 unser Ziel, **zerfallende Staaten zu stabilisieren und  
 Gewalt und Bürgerkriege einzudämmen**. Wir setzen  
 uns darum für eine neue Abrüstungsinitiative, den  
 Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit, faire inter-  
 nationale Handelsbeziehungen und für die weltweite  
 Achtung der Menschenrechte ein. Geflüchteten Men-  
 schen wollen wir frühzeitig dort helfen, wo sie sich  
 zunächst in Sicherheit gebracht haben. **Das Flüchtlings-  
 hilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR)** benötigt  
 dafür eine angemessene **Ausstattung** und kontinuierli-  
 che Finanzierung.

In der Flüchtlingspolitik sollen alle EU-Mitgliedsstaaten  
 Verantwortung übernehmen. Wir wollen eine **solidari-  
 sche Verteilung der Aufgaben für Flüchtlingshilfe** und  
 eine einheitliche Entscheidungspraxis in der Europäi-  
 schen Union. Wir akzeptieren nicht länger, dass sich  
 einzelne Mitgliedstaaten dem gemeinsam beschlosse-  
 nen europäischen Asylsystem verweigern. **Wir werden  
 es so weiter entwickeln, dass es den aktuellen Anforde-  
 rungen gerecht wird.**

Staaten, die Flüchtlinge aufnehmen, sollen Unterstüt-  
 zung erhalten, zum Beispiel für den Ausbau von Ge-  
 meindeeinrichtungen, Schulen oder für die medizini-  
 sche Versorgung. Staaten, die sich verweigern, sollen  
 deutliche Nachteile erfahren. Solidarität ist die Basis  
 der europäischen Zusammenarbeit.

Um darüber hinaus Anreize für eine freiwillige Auf-  
 nahme von Flüchtlingen zu schaffen, wollen wir **finan-  
 zielle Unterstützung aus dem europäischen Haushalt**  
 für die Länder, die eine Hauptlast bei der Flüchtlings-  
 aufnahme tragen. Wenn nicht nur die entstandenen  
 Integrations- und Unterbringungskosten erstattet,  
 sondern darüber hinaus Infrastrukturgelder zur Verfü-  
 gung gestellt werden, die auch der Bevölkerung im  
 Land zugutekommen, kann die Bereitschaft zur Auf-  
 nahme von Flüchtlingen gesteigert werden. **Eine men-  
 schenwürdige Unterbringung muss dabei gewährleistet  
 werden.**

Die **Außengrenzen müssen besser vor illegalen Grenz-  
 überritten geschützt werden**. Dieser Schutz ist die  
 Bedingung für offene Grenzen und für Freizügigkeit im  
 Inneren der EU. Wir wollen daher das Mandat und die

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

3715 Arbeit von Frontex, der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, stärken. Zusätzlich brauchen wir ein europäisches Seenotrettungsprogramm.	Arbeit von Frontex, der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, stärken. (...) <b>Dabei werden wir dafür Sorge tragen, dass die Gefahren für Flüchtlinge reduziert und das Gebot der Nicht-Zurückweisung eingehalten wird. Zusätzlich setzen wir uns für ein europäisches Seenotrettungsprogramm ein.</b>
3720 Wir müssen das Sterben im Mittelmeer beenden.	Wir müssen das Sterben im Mittelmeer beenden.
3725 Kooperationen und Abkommen mit Drittstaaten eröffnen uns Chancen, die illegale Migration nach Europa und Deutschland einzudämmen. Grundvoraussetzung für uns: <b>Menschenrechte werden geachtet und die Genfer Flüchtlingskonvention eingehalten.</b> Asylverfahren werden grundsätzlich weiterhin auf europäischem Boden durchgeführt. Entlang der Fluchtrouten wollen wir außerdem Anlaufstellen schaffen. Dort soll es nicht nur Nahrung und medizinische Versorgung geben, sondern auch Beratungsangebote. Wir wollen den Menschen aufzeigen, welche Alternativen es für sie zur Flucht gibt.	Kooperationen und Abkommen mit Drittstaaten eröffnen uns Chancen, die illegale Migration nach Europa und Deutschland einzudämmen. Grundvoraussetzung für uns: <b>Menschenrechte werden geachtet und die Genfer Flüchtlingskonvention eingehalten.</b> Asylverfahren werden grundsätzlich weiterhin auf europäischem Boden durchgeführt. Entlang der Fluchtrouten wollen wir außerdem Anlaufstellen schaffen. Dort soll es nicht nur Nahrung und medizinische Versorgung geben, sondern auch Beratungsangebote. Wir wollen den Menschen aufzeigen, welche Alternativen es für sie zur Flucht gibt.
3730 wir außerdem Anlaufstellen schaffen. Dort soll es nicht nur Nahrung und medizinische Versorgung geben, sondern auch Beratungsangebote. Wir wollen den Menschen aufzeigen, welche Alternativen es für sie zur Flucht gibt.	wir außerdem Anlaufstellen schaffen. Dort soll es nicht nur Nahrung und medizinische Versorgung geben, sondern auch Beratungsangebote. Wir wollen den Menschen aufzeigen, welche Alternativen es für sie zur Flucht gibt.
3735 Wer illegale Migration eindämmen will, muss legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen. Gemeinsam mit dem UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) wollen wir verstärkt über feste Kontingente Schutzberechtigte kontrolliert in der EU aufnehmen. Sie sollen nach einem <b>fairen Schlüssel auf alle EU-Mitgliedstaaten</b> verteilt werden. Auf legalen Wegen, ohne kriminelle Schlepper, ohne die Risiken lebensgefährlicher Fluchtrouten und mit Vorrang für Frauen, Kinder und Familien. Bei diesem Verfahren stellen die Menschen vor der Einreise nach Europa den Antrag. So wird im Vorfeld auch die Identität festgestellt und eine Registrierung vorgenommen. So wissen wir, wer zu uns kommt. Und so können wir die Integration der geflüchteten Menschen besser vorbereiten, steuern und ordnen. Zugleich behalten wir die Kontrolle über die Einwanderung in unser Land.	Wer illegale Migration eindämmen will, muss legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen. Gemeinsam mit dem UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) wollen wir verstärkt über feste Kontingente Schutzberechtigte kontrolliert in der EU aufnehmen. Sie sollen nach einem <b>fairen Schlüssel auf alle EU-Mitgliedstaaten</b> verteilt werden. Auf legalen Wegen, ohne kriminelle Schlepper, ohne die Risiken lebensgefährlicher Fluchtrouten und mit Vorrang für Frauen, Kinder und Familien. Bei diesem Verfahren stellen die Menschen vor der Einreise nach Europa den Antrag. So wird im Vorfeld auch die Identität festgestellt und eine Registrierung vorgenommen. So wissen wir, wer zu uns kommt. Und so können wir die Integration der geflüchteten Menschen besser vorbereiten, steuern und ordnen. Zugleich behalten wir die Kontrolle über die Einwanderung in unser Land.
3740 nach einem <b>fairen Schlüssel auf alle EU-Mitgliedstaaten</b> verteilt werden. Auf legalen Wegen, ohne kriminelle Schlepper, ohne die Risiken lebensgefährlicher Fluchtrouten und mit Vorrang für Frauen, Kinder und Familien. Bei diesem Verfahren stellen die Menschen vor der Einreise nach Europa den Antrag. So wird im Vorfeld auch die Identität festgestellt und eine Registrierung vorgenommen. So wissen wir, wer zu uns kommt. Und so können wir die Integration der geflüchteten Menschen besser vorbereiten, steuern und ordnen. Zugleich behalten wir die Kontrolle über die Einwanderung in unser Land.	nach einem <b>fairen Schlüssel auf alle EU-Mitgliedstaaten</b> verteilt werden. Auf legalen Wegen, ohne kriminelle Schlepper, ohne die Risiken lebensgefährlicher Fluchtrouten und mit Vorrang für Frauen, Kinder und Familien. Bei diesem Verfahren stellen die Menschen vor der Einreise nach Europa den Antrag. So wird im Vorfeld auch die Identität festgestellt und eine Registrierung vorgenommen. So wissen wir, wer zu uns kommt. Und so können wir die Integration der geflüchteten Menschen besser vorbereiten, steuern und ordnen. Zugleich behalten wir die Kontrolle über die Einwanderung in unser Land.
3745 Bei diesem Verfahren stellen die Menschen vor der Einreise nach Europa den Antrag. So wird im Vorfeld auch die Identität festgestellt und eine Registrierung vorgenommen. So wissen wir, wer zu uns kommt. Und so können wir die Integration der geflüchteten Menschen besser vorbereiten, steuern und ordnen. Zugleich behalten wir die Kontrolle über die Einwanderung in unser Land.	Bei diesem Verfahren stellen die Menschen vor der Einreise nach Europa den Antrag. So wird im Vorfeld auch die Identität festgestellt und eine Registrierung vorgenommen. So wissen wir, wer zu uns kommt. Und so können wir die Integration der geflüchteten Menschen besser vorbereiten, steuern und ordnen. Zugleich behalten wir die Kontrolle über die Einwanderung in unser Land.
3750 behalten wir die Kontrolle über die Einwanderung in unser Land.	behalten wir die Kontrolle über die Einwanderung in unser Land.
3755 <b>Schnellere Asylverfahren, bessere Integration, konsequentere Rückführung:</b>	<b>Schnellere Asylverfahren, bessere Integration, konsequentere Rückführung:</b>
3760 <b>Wir wollen gründliche und sorgfältige Asylverfahren.</b> Zudem dauern die Verfahren immer noch viel zu lange. Unser Ziel bleibt, dass das zuständige Bundesamt besser und schneller entscheidet.	<b>Wir wollen gründliche und sorgfältige Asylverfahren.</b> Zudem dauern die Verfahren immer noch viel zu lange. Unser Ziel bleibt, dass das zuständige Bundesamt besser und schneller entscheidet. <b>Die dafür notwendigen Mittel werden wir weiterhin bereit stellen.</b>

3765 Die Integrationsarbeit mit Schutzsuchenden soll bereits in der Erstaufnahme mit Sprachkursen, der Vermittlung unserer Werte und Extremismusprävention beginnen. Das ungebrochen große Engagement von Bürgerinnen und Bürgern erfüllt uns mit Stolz. Wir wollen die Arbeit der **Helferinnen und Helfer noch stärker unterstützen**.

3770

Nach Angaben des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) sind über 50 Prozent der Geflüchteten Frauen und Kinder. Uns ist eine geschlechtergerechte Unterbringung wichtig. **Alleinreisende Frauen, Schwangere und Frauen mit Kindern wollen wir schützen**. Das gilt auch für schutzsuchende queere Menschen.

3775

Für traumatisierte Flüchtlinge und ihre Kinder brauchen wir spezielle Hilfseinrichtungen. Familiennachzug und das Zusammenleben in der Familie tragen zu einer guten Integration bei.

3780

3785 Viele Frauen und Mädchen leiden in ihren Herkunftsländern unter sexualisierter Gewalt, Zwangsheirat oder Genitalverstümmelung. Deshalb wollen wir geschlechtsspezifische Asylgründe besser anerkennen.

Anerkannte Asylbewerberinnen und Asylbewerber wollen wir noch schneller integrieren. Wir werden die verpflichtenden und berufsqualifizierenden **Sprachkursangebote ausbauen**, genauso wie Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote. Wir erwarten, dass diese Angebote auch wahrgenommen werden. Wir wollen sicherstellen, dass insbesondere Frauen nicht durch fehlende Kinderbetreuung daran gehindert werden.

3790

Wir wollen verhindern, dass die erforderliche Integrationsarbeit für Flüchtlinge zulasten der Kommunen geht. Wir werden unsere Städte und Gemeinden bei der Finanzierung dieser wichtigen Arbeit weiterhin unterstützen.

3800

Wir wollen die Zahl der **freiwilligen Rückkehrer** unter den abgelehnten Asylbewerbern erhöhen. Um die freiwillige Ausreise weiter zu unterstützen, werden wir die Förderprogramme ausbauen. Staaten, die sich weigern, ihre Staatsbürger wieder aufzunehmen, müssen mit Konsequenzen rechnen – etwa im Bereich der Visaerteilung.

3810

Integrationsarbeit mit Schutzsuchenden soll bereits in der Erstaufnahme mit Sprachkursen, der Vermittlung unserer Werte und Extremismusprävention beginnen. Das ungebrochen große Engagement von Bürgerinnen und Bürgern erfüllt uns mit Stolz. Wir wollen die Arbeit der **Helferinnen und Helfer noch stärker unterstützen**.

Nach Angaben des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) sind über 50 Prozent der Geflüchteten Frauen und Kinder. Uns ist eine geschlechtergerechte Unterbringung wichtig. **Alleinreisende Frauen, Schwangere und Frauen mit Kindern wollen wir schützen**. Das gilt auch für **alleinreisende Kinder und Jugendliche sowie** schutzsuchende queere Menschen.

Für traumatisierte Flüchtlinge und ihre Kinder brauchen wir spezielle Hilfseinrichtungen. Familiennachzug und das Zusammenleben in der Familie tragen zu einer guten Integration bei.

Viele Frauen und Mädchen leiden in ihren Herkunftsländern unter sexualisierter Gewalt, Zwangsheirat oder Genitalverstümmelung. Deshalb wollen wir geschlechtsspezifische Asylgründe besser anerkennen.

Anerkannte Asylbewerberinnen und Asylbewerber wollen wir noch schneller integrieren. Wir werden die verpflichtenden und berufsqualifizierenden **Sprachkursangebote ausbauen**, genauso wie Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote. Wir erwarten, dass diese Angebote auch wahrgenommen werden. Wir wollen sicherstellen, dass insbesondere Frauen nicht durch fehlende Kinderbetreuung daran gehindert werden.

Wir wollen verhindern, dass die erforderliche Integrationsarbeit für Flüchtlinge zulasten der Kommunen geht. Wir werden unsere Städte und Gemeinden bei der Finanzierung dieser wichtigen Arbeit weiterhin unterstützen.

Wir wollen die Zahl der **freiwilligen Rückkehrer** unter den abgelehnten Asylbewerbern erhöhen. Um die freiwillige Ausreise weiter zu unterstützen, werden wir die Förderprogramme ausbauen. Staaten, die sich weigern, ihre Staatsbürger wieder aufzunehmen, müssen mit Konsequenzen rechnen – etwa im Bereich der Visaerteilung.

<p><b>Einwanderung als Chance nutzen – Einwanderung von Fachkräften steuern:</b></p>	<p><b>Einwanderung als Chance nutzen – Einwanderung von Fachkräften steuern:</b></p>
<p>3815 Wir stehen zum Recht auf Asyl. Richtlinie für die Aufnahme von Schutzsuchenden ist und bleibt allein die <b>humanitäre und rechtliche Verantwortung Deutschlands</b>. Der Schutz vor Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen darf niemals eine Frage des wirtschaftlichen Vorteils sein.</p>	<p>Wir stehen zum Recht auf Asyl. Richtlinie für die Aufnahme von Schutzsuchenden ist und bleibt allein die <b>humanitäre und rechtliche Verantwortung Deutschlands</b>. Der Schutz vor Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen darf niemals eine Frage des wirtschaftlichen Vorteils sein.</p>
<p>3820 Für Menschen, die bei uns in erster Linie Arbeit suchen, ist das Asylsystem der falsche Weg. Mit einem Einwanderungsgesetz regeln wir transparent und verständlich, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern darf. Die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte richtet sich nach den Interessen unseres Landes. Der Fachkräftemangel gefährdet unsere Wirtschaftskraft, unsere sozialen Sicherungssysteme und damit letztendlich auch unseren Wohlstand. <b>Wir wollen deshalb ein Einwanderungsgesetz schaffen, mit dem wir den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland besser steuern können.</b> Es ist wichtig, im weltweiten Wettbewerb um die klügsten und innovativsten Köpfe an der Spitze zu stehen.</p>	<p>Für Menschen, die bei uns in erster Linie Arbeit suchen, ist das Asylsystem der falsche Weg. Mit einem Einwanderungsgesetz regeln wir transparent und verständlich, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern darf. Die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte richtet sich nach den Interessen unseres Landes. Der Fachkräftemangel gefährdet unsere Wirtschaftskraft, unsere sozialen Sicherungssysteme und damit letztendlich auch unseren Wohlstand. <b>Wir wollen deshalb ein Einwanderungsgesetz schaffen, mit dem wir den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland besser steuern können.</b> Es ist wichtig, im weltweiten Wettbewerb um die klügsten und innovativsten Köpfe an der Spitze zu stehen.</p>
<p>3830 Wir wollen ein <b>flexibles und an der Nachfrage nach Fachkräften orientiertes Punktesystem</b> nach kanadischem Modell einführen. Dabei werden Kriterien wie berufliche Abschlüsse, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Alter und Integrationsfähigkeit berücksichtigt. Wer ausreichend fachliche Qualifikationen und ein Jobangebot hat, kann nach Deutschland einwandern.</p>	<p>Wir wollen ein <b>flexibles und an der Nachfrage nach Fachkräften orientiertes Punktesystem</b> nach kanadischem Modell einführen. Dabei werden Kriterien wie berufliche Abschlüsse, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Alter und Integrationsfähigkeit berücksichtigt. Wer ausreichend fachliche Qualifikationen und ein Jobangebot hat, kann nach Deutschland einwandern.</p>
<p>3840 Wie viele qualifizierte Fachkräfte pro Jahr über das Punktesystem in unser Land kommen können, soll flexibel über eine Quote gesteuert werden. Die Quote orientiert sich an der Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Sie wird <b>jedes Jahr von einer unabhängigen Expertenkommission festgelegt</b>. Sowohl für potenzielle Einwanderer als auch für die Bürgerinnen und Bürger wird so transparent dargestellt, wie Erwerbsmigration in Deutschland geregelt ist.</p>	<p><b>Dabei werden wir durch geeignete Maßnahmen die Chancengleichheit von Männern und Frauen sicherstellen.</b> Wie viele qualifizierte Fachkräfte pro Jahr über das Punktesystem in unser Land kommen können, soll flexibel über eine Quote gesteuert werden. Die Quote orientiert sich an der Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Sie wird <b>jedes Jahr von einer unabhängigen Expertenkommission festgelegt</b>. Sowohl für potenzielle Einwanderer als auch für die Bürgerinnen und Bürger wird so transparent dargestellt, wie Erwerbsmigration in Deutschland geregelt ist.</p>
<p>3850 Zudem wollen wir künftig die Vielzahl bestehender Regelungen und Aufenthaltstitel bündeln, um <b>mehr Übersichtlichkeit und Transparenz im deutschen Einwanderungsrecht</b> zu schaffen. Wir wollen mehr über den Einfluss von Einwanderung auf den gesellschaftli-</p>	<p>Zudem wollen wir künftig die Vielzahl bestehender Regelungen und Aufenthaltstitel bündeln, um <b>mehr Übersichtlichkeit und Transparenz im deutschen Einwanderungsrecht</b> zu schaffen. (...) <b>Wir prüfen die Möglichkeit, ob ein Wechsel von Asylsuchenden in das ar-</b></p>

3865 chen Wandel erfahren. Dafür sind wissenschaftsbasierte Analysen notwendig. Deshalb werden wir uns weiter für eine nachhaltige, institutionelle Stärkung der Migrations- und Integrationsforschung und eine bessere Vernetzung der Forschenden einsetzen.

**beitsmarktbezogene Aufenthaltsrecht umsetzbar ist.**

**Es ist Zeit für eine offene und moderne Gesellschaft**

**Es ist Zeit für eine offene und moderne Gesellschaft**

3870 Abschottung oder Weltoffenheit? Fortschritt und Gerechtigkeit oder Rückschritt und Ausgrenzung? Darum geht es in den nächsten Jahren. Wir wollen ein **modernes und weltoffenes Deutschland** – mit einer Gesellschaft, die zusammenhält, und in der wir in Frieden und Freiheit zusammenleben – über kulturelle und religiöse Grenzen hinweg.

Abschottung oder Weltoffenheit? Fortschritt und Gerechtigkeit oder Rückschritt und Ausgrenzung? Darum geht es in den nächsten Jahren. Wir wollen ein **modernes und weltoffenes Deutschland** – mit einer Gesellschaft, die zusammenhält, und in der wir in Frieden und Freiheit zusammenleben – über kulturelle und religiöse Grenzen hinweg.

3880 Es hat viel Kraft gekostet, Deutschland zu dem demokratischen Land zu machen, das es heute ist. Und es wird auch weiter Kraft kosten, das zu erhalten, auszubauen und zu verbessern. In der Gesellschaft, in der Politik, in der Kultur und In der Wirtschaft. Fortschritt heißt für uns: die offene Gesellschaft festigen. Wir wollen echte Gleichstellung – unabhängig von Geschlecht, Religion, Hautfarbe, Herkunft und geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung. Menschen mit und ohne Behinderung sollen die gleichen Chancen haben. Wir schreiben keine Lebensmodelle vor, sondern unterstützen Menschen, so zu leben, wie sie es sich wünschen. Offenheit bedeutet Toleranz und Vielfalt. Wir wollen Neuankömmlingen ermöglichen, Teil unserer Gesellschaft zu werden. Die ersten 20 Artikel unseres Grundgesetzes sind für uns die Basis unseres gemeinsamen Zusammenlebens. Gegen die Feinde der offenen Gesellschaft werden wir uns mit aller Entschlossenheit behaupten.

Es hat viel Kraft gekostet, Deutschland zu dem demokratischen Land zu machen, das es heute ist. Und es wird auch weiter Kraft kosten, das zu erhalten, auszubauen und zu verbessern. In der Gesellschaft, in der Politik, in der Kultur und In der Wirtschaft. Fortschritt heißt für uns: die offene Gesellschaft festigen. Wir wollen echte Gleichstellung – unabhängig von Geschlecht, Religion, Hautfarbe, Herkunft und geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung. Menschen mit und ohne Behinderung sollen die gleichen Chancen haben. Wir schreiben keine Lebensmodelle vor, sondern unterstützen Menschen, so zu leben, wie sie es sich wünschen. Offenheit bedeutet Toleranz und Vielfalt. Wir wollen Neuankömmlingen ermöglichen, Teil unserer Gesellschaft zu werden. Die ersten 20 Artikel unseres Grundgesetzes sind für uns die Basis unseres gemeinsamen Zusammenlebens. Gegen die Feinde der offenen Gesellschaft werden wir uns mit aller Entschlossenheit behaupten.

**Demokratie und Engagement:**

**Demokratie und Engagement:**

3900 **Wir machen die repräsentative Demokratie wieder attraktiver** und verteidigen sie mit Leidenschaft gegen rechte Antidemokratinnen und Antidemokraten. Deren pauschale Kritik an politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten wird immer aggressiver und ihre Verschwörungstheorien immer gefährlicher. Dem stellen wir uns entschieden entgegen.

**Wir machen die repräsentative Demokratie wieder attraktiver** und verteidigen sie mit Leidenschaft gegen rechte Antidemokratinnen und Antidemokraten. Deren pauschale Kritik an politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten wird immer aggressiver und ihre Verschwörungstheorien immer gefährlicher. Dem stellen wir uns entschieden entgegen.

3910 **Wahlkämpfe und Wahlen sind Festtage der Demokratie.** Dieses demokratische Grundverständnis wollen wir erneuern. Wählen gehen gehört zurück ins Alltagsle-

**Wahlkämpfe und Wahlen sind Festtage der Demokratie.** Dieses demokratische Grundverständnis wollen wir erneuern. Wählen gehen gehört zurück ins Alltagsle-

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

3915 ben. Dazu brauchen wir öffentliche Wahlaufrufe, Aktionstage für die Demokratie genauso wie die Verbesserung der Briefwahl, die Erleichterung der Stimmabgabe für Deutsche im Ausland, verlängerte Öffnungszeiten von Wahllokalen („Wahlwochenenden“) und mobile Wahlstationen.

3920 Wir setzen uns auch für die Ausweitung des Wahlrechts ein – beispielsweise für dauerhaft ansässige Drittstaatsangehörige auf kommunaler Ebene. Auch eine **Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre** stärkt unsere Demokratie.

3925 Teilhabe heißt auch Beteiligung am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Auch an zivilgesellschaftlichen Engagementmöglichkeiten und an politischen Entscheidungsprozessen! Das schließt insbesondere das Recht ein, uneingeschränkt an demokratischen Wahlen teilnehmen zu können.

3935 Zur Unterstützung der parlamentarischen Demokratie wollen wir direkte Demokratiebeteiligung auf Bundesebene stärken. Das **Petitionsrecht** beim Deutschen Bundestag werden wir weiterentwickeln: durch barrierefreien Zugang für Menschen mit Behinderungen, durch bessere Einbindung von Kindern und Jugendlichen, durch mehr öffentliche Ausschusssitzungen. Wir wollen auch eine Absenkung des Quorums für öffentliche Petitionen.

3945 Unsere Demokratie lebt von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die Gesellschaft einsetzen. Die Bereitschaft dafür ist hoch. Das zeigt auch der Einsatz vieler tausend freiwilliger Helferinnen und Helfer in der Flüchtlingshilfe. Wir würdigen das große Engagement vieler Freiwilliger, aber auch von Menschen in Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Initiativen und Vereinen, die sich für neu Hinzugezogene einsetzen und die gegen Rassismus aufstehen. Wir danken ihnen und erkennen ihre Arbeit an.

3955 Für viele Menschen ist die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und bürgerschaftlichem Engagement jedoch schwierig. **Wir wollen für alle Menschen Zeit schaffen, damit sie sich auch einbringen können.** Es ist wichtig, dass Frauen im bürgerschaftlichen Engagement in allen

ben. Dazu brauchen wir öffentliche Wahlaufrufe, Aktionstage für die Demokratie genauso wie die Verbesserung der Briefwahl, die Erleichterung der Stimmabgabe für Deutsche im Ausland, verlängerte Öffnungszeiten von Wahllokalen („Wahlwochenenden“) und mobile Wahlstationen.

Wir setzen uns auch für die Ausweitung des Wahlrechts ein – beispielsweise für dauerhaft ansässige Drittstaatsangehörige auf kommunaler Ebene. Auch eine **Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre** stärkt unsere Demokratie. **Wir wollen die politische Bildung als Angebot für alle ausbauen und stärken.**

Teilhabe heißt auch Beteiligung am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Auch an zivilgesellschaftlichen Engagementmöglichkeiten und an politischen Entscheidungsprozessen! Das schließt insbesondere das Recht ein, uneingeschränkt an demokratischen Wahlen teilnehmen zu können. **Die Wahlrechtsausschlüsse von Menschen mit Behinderung wollen wir abschaffen.**

Zur Unterstützung der parlamentarischen Demokratie wollen wir direkte Demokratiebeteiligung auf Bundesebene stärken. Das **Petitionsrecht** beim Deutschen Bundestag werden wir weiterentwickeln: durch barrierefreien Zugang für Menschen mit Behinderungen, durch bessere Einbindung von Kindern und Jugendlichen, durch mehr öffentliche Ausschusssitzungen. Wir wollen auch eine Absenkung des Quorums für öffentliche Petitionen.

Unsere Demokratie lebt von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die Gesellschaft einsetzen. Die Bereitschaft dafür ist hoch. Das zeigt auch der Einsatz vieler tausend freiwilliger Helferinnen und Helfer in der Flüchtlingshilfe. Wir würdigen das große Engagement vieler Freiwilliger, aber auch von Menschen in Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Initiativen und Vereinen, die sich für neu Hinzugezogene einsetzen und die gegen Rassismus aufstehen. Wir danken ihnen und erkennen ihre Arbeit an.

Für viele Menschen ist die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und bürgerschaftlichem Engagement jedoch schwierig. **Wir wollen für alle Menschen Zeit schaffen, damit sie sich auch einbringen können.** Es ist wichtig, dass Frauen im bürgerschaftlichen Engagement in allen



Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
3960 Bereichen und auf allen Ebenen gleichberechtigt vertreten sind.	Bereichen und auf allen Ebenen gleichberechtigt vertreten sind.
<p>Wir werden gesetzliche Regelungen zum Bildungsurlaub in allen Bundesländern auf den Weg bringen und mit einem Bundesgesetz zur Freiwilligenförderung verbinden. Auch die Angebote für zivilgesellschaftliches Engagement älterer Menschen müssen ausgebaut werden. Die Altersgrenzen beim bürgerschaftlichen Engagement, beispielsweise als Schöffe oder Schöffin, werden wir gezielt überprüfen und abbauen. Die wertvolle Arbeit der ehrenamtlich tätigen Streitschlichter und Schiedsleute werden wir weiter fördern.</p>	<p>Wir werden gesetzliche Regelungen zum Bildungsurlaub in allen Bundesländern auf den Weg bringen und mit einem Bundesgesetz zur Freiwilligenförderung verbinden. Auch die Angebote für zivilgesellschaftliches Engagement älterer Menschen müssen ausgebaut werden. Die Altersgrenzen beim bürgerschaftlichen Engagement, beispielsweise als Schöffe oder Schöffin, werden wir gezielt überprüfen und abbauen. Die wertvolle Arbeit der ehrenamtlich tätigen Streitschlichter und Schiedsleute werden wir weiter fördern.</p>
<p>Bürgerschaftliches Engagement muss wertgeschätzt werden. Die finanziellen Mittel für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements werden wir deutlich aufstocken und strukturell absichern. Wir wollen, dass dafür eine <b>Deutsche Engagementstiftung</b> gegründet wird. Über die Stiftung kann die Zivilgesellschaft, darunter Vereine, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, über den Einsatz der Mittel für die strukturelle Förderung des Engagements mitentscheiden. Wir wollen ein Gemeinnützigkeitsrecht, das den Anforderungen an zivilgesellschaftliche Organisationen Rechnung trägt. Daher werden wir gesellschaftspolitisch bedeutsame Bereiche in den Katalog gemeinnütziger Zwecke aufnehmen. Die Jugendfreiwilligendienste und den Bundesfreiwilligendienst werden wir finanziell weiter aufstocken.</p>	<p>Bürgerschaftliches Engagement muss wertgeschätzt werden. Die finanziellen Mittel für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements werden wir deutlich aufstocken und strukturell absichern. Wir wollen, dass dafür eine <b>Deutsche Engagementstiftung</b> gegründet wird. Über die Stiftung kann die Zivilgesellschaft, darunter Vereine, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, über den Einsatz der Mittel für die strukturelle Förderung des Engagements mitentscheiden. Wir wollen ein Gemeinnützigkeitsrecht, das den Anforderungen an zivilgesellschaftliche Organisationen Rechnung trägt. Daher werden wir gesellschaftspolitisch bedeutsame Bereiche in den Katalog gemeinnütziger Zwecke aufnehmen. Die Jugendfreiwilligendienste und den Bundesfreiwilligendienst werden wir finanziell weiter aufstocken.</p>
<p>3990 Die Selbstverwaltung ist ein bewährtes Grundprinzip der Sozialversicherungen, das sich auf das Engagement von Ehrenamtlichen stützt. Wir wollen die Selbstverwaltung stärken und gemeinsam mit den Sozialpartnern die Verfahren der Sozialwahlen modernisieren.</p>	<p>3990 Die Selbstverwaltung ist ein bewährtes Grundprinzip der Sozialversicherungen, das sich auf das Engagement von Ehrenamtlichen stützt. Wir wollen die Selbstverwaltung stärken und gemeinsam mit den Sozialpartnern die Verfahren der Sozialwahlen modernisieren.</p>
<p>4000 Die Wohlfahrtspflege ist ein wichtiger Akteur der Zivilgesellschaft und für uns ein wichtiger Partner. In den Einrichtungen und Diensten der Wohlfahrtspflege sind rund 1,6 Millionen Menschen hauptamtlich beschäftigt; schätzungsweise 2,5 bis 3 Millionen Menschen leisten ehrenamtlich engagierte Hilfe in Initiativen, Hilfswerken und Selbsthilfegruppen. Kirchen, Religionsgemeinschaften und Verbände leisten hier unverzichtbare Arbeit.</p>	<p>4000 Die Wohlfahrtspflege ist ein wichtiger Akteur der Zivilgesellschaft und für uns ein wichtiger Partner. In den Einrichtungen und Diensten der Wohlfahrtspflege sind rund 1,6 Millionen Menschen hauptamtlich beschäftigt; schätzungsweise 2,5 bis 3 Millionen Menschen leisten ehrenamtlich engagierte Hilfe in Initiativen, Hilfswerken und Selbsthilfegruppen. Kirchen, Religionsgemeinschaften und Verbände leisten hier unverzichtbare Arbeit.</p>

	<b>Für Offenheit und Transparenz politischer Prozesse:</b>	<b>Für Offenheit und Transparenz politischer Prozesse:</b>
4010	Wir brauchen <b>mehr Offenheit bei</b> politischen Entscheidungen. Die <b>Transparenz des staatlichen Handelns</b> muss verbessert werden. Die Daten der öffentlichen Verwaltung sollen der Bevölkerung grundsätzlich zur Verfügung stehen, wenn keine gewichtigen Gründe dagegensprechen. Wir wollen die Informationsfreiheit stärken und das Informationsfreiheitsrecht zu einem Informationsfreiheits- und Transparenzrecht weiterentwickeln. Offene Daten (Open Data) sollen kostenfrei bereitgestellt werden. Damit kann ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung innovativer Technologien und neuer Geschäftsmodelle geleistet werden.	Wir brauchen <b>mehr Offenheit bei</b> politischen Entscheidungen. Die <b>Transparenz des staatlichen Handelns</b> muss verbessert werden. Die Daten der öffentlichen Verwaltung sollen der Bevölkerung grundsätzlich zur Verfügung stehen, wenn keine gewichtigen Gründe dagegensprechen. Wir wollen die Informationsfreiheit stärken und das Informationsfreiheitsrecht zu einem Informationsfreiheits- und Transparenzrecht weiterentwickeln. Offene Daten (Open Data) sollen kostenfrei bereitgestellt werden. Damit kann ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung innovativer Technologien und neuer Geschäftsmodelle geleistet werden.
4015	Verfügung stehen, wenn keine gewichtigen Gründe dagegensprechen. Wir wollen die Informationsfreiheit stärken und das Informationsfreiheitsrecht zu einem Informationsfreiheits- und Transparenzrecht weiterentwickeln. Offene Daten (Open Data) sollen kostenfrei bereitgestellt werden. Damit kann ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung innovativer Technologien und neuer Geschäftsmodelle geleistet werden.	Verfügung stehen, wenn keine gewichtigen Gründe dagegensprechen. Wir wollen die Informationsfreiheit stärken und das Informationsfreiheitsrecht zu einem Informationsfreiheits- und Transparenzrecht weiterentwickeln. Offene Daten (Open Data) sollen kostenfrei bereitgestellt werden. Damit kann ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung innovativer Technologien und neuer Geschäftsmodelle geleistet werden.
4020	Wir wollen eine „ <b>exekutive Fußspur</b> “ einführen. Hierdurch wollen wir für alle offenlegen, welchen Beitrag externe Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs geleistet haben. Damit werden Entscheidungsprozesse nachvollziehbar. Auch ein <b>verpflichtendes Lobbyregister</b> beim Deutschen Bundestag kann dazu beitragen. Wir werden es auf gesetzlicher Grundlage einrichten. Die Öffentlichkeit erhält darüber Auskunft, welche Interessenvertretung mit welchem Budget für wen tätig ist.	Wir wollen eine „ <b>exekutive Fußspur</b> “ einführen. Hierdurch wollen wir für alle offenlegen, welchen Beitrag externe Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs geleistet haben. Damit werden Entscheidungsprozesse nachvollziehbar. Auch ein <b>verpflichtendes Lobbyregister</b> beim Deutschen Bundestag kann dazu beitragen. Wir werden es auf gesetzlicher Grundlage einrichten. Die Öffentlichkeit erhält darüber Auskunft, welche Interessenvertretung mit welchem Budget für wen tätig ist.
4025	Wir wollen eine „ <b>exekutive Fußspur</b> “ einführen. Hierdurch wollen wir für alle offenlegen, welchen Beitrag externe Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs geleistet haben. Damit werden Entscheidungsprozesse nachvollziehbar. Auch ein <b>verpflichtendes Lobbyregister</b> beim Deutschen Bundestag kann dazu beitragen. Wir werden es auf gesetzlicher Grundlage einrichten. Die Öffentlichkeit erhält darüber Auskunft, welche Interessenvertretung mit welchem Budget für wen tätig ist.	Wir wollen eine „ <b>exekutive Fußspur</b> “ einführen. Hierdurch wollen wir für alle offenlegen, welchen Beitrag externe Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs geleistet haben. Damit werden Entscheidungsprozesse nachvollziehbar. Auch ein <b>verpflichtendes Lobbyregister</b> beim Deutschen Bundestag kann dazu beitragen. Wir werden es auf gesetzlicher Grundlage einrichten. Die Öffentlichkeit erhält darüber Auskunft, welche Interessenvertretung mit welchem Budget für wen tätig ist.
4030	Mehr Transparenz heißt auch, dass alle Bundestagsabgeordneten ihre Einkünfte aus Nebentätigkeiten vollständig auf Euro und Cent offenlegen sollen. Für Parteispenden wollen wir künftig eine jährliche Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Spenderin oder Spender einführen. Zudem wollen wir Sponsoring im Parteiengesetz regeln. Die Einnahmen daraus sollen im Rechenschaftsbericht veröffentlicht werden.	Mehr Transparenz heißt auch, dass alle Bundestagsabgeordneten ihre Einkünfte aus Nebentätigkeiten vollständig auf Euro und Cent offenlegen sollen. Für Parteispenden wollen wir künftig eine jährliche Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Spenderin oder Spender einführen. Zudem wollen wir Sponsoring im Parteiengesetz regeln. Die Einnahmen daraus sollen im Rechenschaftsbericht veröffentlicht werden.
4035	Mehr Transparenz heißt auch, dass alle Bundestagsabgeordneten ihre Einkünfte aus Nebentätigkeiten vollständig auf Euro und Cent offenlegen sollen. Für Parteispenden wollen wir künftig eine jährliche Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Spenderin oder Spender einführen. Zudem wollen wir Sponsoring im Parteiengesetz regeln. Die Einnahmen daraus sollen im Rechenschaftsbericht veröffentlicht werden.	Mehr Transparenz heißt auch, dass alle Bundestagsabgeordneten ihre Einkünfte aus Nebentätigkeiten vollständig auf Euro und Cent offenlegen sollen. Für Parteispenden wollen wir künftig eine jährliche Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Spenderin oder Spender einführen. Zudem wollen wir Sponsoring im Parteiengesetz regeln. Die Einnahmen daraus sollen im Rechenschaftsbericht veröffentlicht werden.
4040	Mehr Transparenz heißt auch, dass alle Bundestagsabgeordneten ihre Einkünfte aus Nebentätigkeiten vollständig auf Euro und Cent offenlegen sollen. Für Parteispenden wollen wir künftig eine jährliche Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Spenderin oder Spender einführen. Zudem wollen wir Sponsoring im Parteiengesetz regeln. Die Einnahmen daraus sollen im Rechenschaftsbericht veröffentlicht werden.	Mehr Transparenz heißt auch, dass alle Bundestagsabgeordneten ihre Einkünfte aus Nebentätigkeiten vollständig auf Euro und Cent offenlegen sollen. Für Parteispenden wollen wir künftig eine jährliche Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Spenderin oder Spender einführen. Zudem wollen wir Sponsoring im Parteiengesetz regeln. Die Einnahmen daraus sollen im Rechenschaftsbericht veröffentlicht werden.
4045	<b>Gleichberechtigung und Gleichstellung:</b> Seit mehr als 150 Jahren ist die Gleichstellung von Frauen und Männern ein zentrales Ziel unserer Politik. Sie ist Voraussetzung für eine zukunftsfähige, moderne und gerechte Gesellschaft. Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen und ihnen ermöglichen, ihre Lebensentwürfe zu verwirklichen.	<b>Gleichberechtigung und Gleichstellung:</b> Seit mehr als 150 Jahren ist die Gleichstellung von Frauen und Männern ein zentrales Ziel unserer Politik. Sie ist Voraussetzung für eine zukunftsfähige, moderne und gerechte Gesellschaft. Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen und ihnen ermöglichen, ihre Lebensentwürfe zu verwirklichen.
4050	<b>Gleichberechtigung und Gleichstellung:</b> Seit mehr als 150 Jahren ist die Gleichstellung von Frauen und Männern ein zentrales Ziel unserer Politik. Sie ist Voraussetzung für eine zukunftsfähige, moderne und gerechte Gesellschaft. Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen und ihnen ermöglichen, ihre Lebensentwürfe zu verwirklichen.	<b>Gleichberechtigung und Gleichstellung:</b> Seit mehr als 150 Jahren ist die Gleichstellung von Frauen und Männern ein zentrales Ziel unserer Politik. Sie ist Voraussetzung für eine zukunftsfähige, moderne und gerechte Gesellschaft. Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen und ihnen ermöglichen, ihre Lebensentwürfe zu verwirklichen.
4055	Eine moderne Gleichstellungspolitik ist eng mit guter Politik für Familien verbunden. Denn solange Familienaufgaben nach wie vor überwiegend von Frauen übernommen werden, sind es Frauen, die aufgrund ihres	Eine moderne Gleichstellungspolitik ist eng mit guter Politik für Familien verbunden. Denn solange Familienaufgaben nach wie vor überwiegend von Frauen übernommen werden, sind es Frauen, die aufgrund ihres

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

4060 familiären Engagements berufliche Nachteile erfahren. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereichen durchziehen muss: Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Bildungs- und Rechtspolitik – aber auch Haushalts- und Finanzpolitik. Dies schließt eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung mit ein.

4070 In einem Aktionsplan Gleichstellung werden wir alle gleichstellungspolitischen Maßnahmen bündeln, um die Gleichstellung von Frauen und Männern zu verwirklichen. Wir werden systematisch beobachten, messen und überwachen, ob die Ziele des Aktionsplans eingehalten werden (Monitoring). Um die Gleichstellungspolitik fortlaufend zu unterstützen, werden wir eine Stelle einrichten, die berät und Service anbietet. Und die dazu beiträgt, Ergebnisse für die breite Öffentlichkeit aufzubereiten (Beratungs-, Service- und Transferstelle).

4080 **Wir wollen, dass Frauen und Männer im Berufsleben gleichgestellt sind.**

**Wir wollen, dass Frauen und Männer im Berufsleben gleichgestellt sind.**

4085 **Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt beenden:**

4090 **Mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen sind in Teilzeit beschäftigt. Die Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt führen im Lebensverlauf zu einer Rentenlücke von 54 Prozent. Das wollen wir nicht hinnehmen. Deshalb wollen wir existenzsichernde Arbeit anstelle prekärer Beschäftigung. Wir wollen das Teilzeit- und Befristungsgesetz reformieren – vor allem hinsichtlich der Regelungen zum Recht auf befristete Teilzeit (Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit) und der Teilhabe an Qualifizierungsmaßnahmen.**

4095 **Dazu gehört, dass die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern beendet wird.** Frauen erhalten im Durchschnitt 21 Prozent weniger Lohn als Männer. Wir haben in einem ersten Schritt mit einem Transparenzgesetz dieser **Lohnungerechtigkeit den Kampf angesagt.** Daneben werden wir gemeinsam mit den Tarifpartnern die sozialen Berufe aufwerten, in denen vor allem Frauen arbeiten. Dazu zählen die Berufsfelder Gesundheit, Pflege, Betreuung und frühkindliche Bildung. Wir wollen die verschulden Berufe möglichst bald in das duale System mit Ausbildungsvergütung und Schulgeldfreiheit bzw. in duale Studiengänge

4100 **Dazu gehört auch, dass die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern beendet wird.** Frauen erhalten im Durchschnitt 21 Prozent weniger Lohn als Männer. Wir haben in einem ersten Schritt mit einem Transparenzgesetz dieser **Lohnungerechtigkeit den Kampf angesagt.** Daneben werden wir gemeinsam mit den Tarifpartnern die sozialen Berufe aufwerten, in denen vor allem Frauen arbeiten. Dazu zählen die Berufsfelder Gesundheit, Pflege, Betreuung und frühkindliche Bildung. Wir wollen die verschulden Berufe möglichst bald in das duale System mit Ausbildungsvergütung und Schulgeldfreiheit bzw. in duale Studiengänge

4105

überführen.

4110 In einem zweiten Schritt wollen wir das Transparenzgesetz zu einem **Entgeltgleichheitsgesetz** weiterentwickeln. Wir werden dabei Beschäftigte in kleinen und mittleren Betrieben einbeziehen. Denn hier sind die meisten Frauen beschäftigt. Wir werden die Transparenz mit Hilfe umfassender Auskunftsansprüche verbessern. Wir wollen außerdem verpflichtende Prüfverfahren der Entgeltstrukturen nach vorgegebenen Kriterien auch schon in Unternehmen ab 50 Beschäftigten einführen.

4120 Wir motivieren junge Menschen, Berufe zu ergreifen, die nicht den hergebrachten Geschlechterklischees entsprechen. Es ist für alle ein Gewinn, wenn sich **mehr Frauen für MINT-Berufe** (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) oder einen Handwerksberuf entscheiden und mehr Männer in den Sozial- und Erziehungsberufen arbeiten. Dazu fördern wir frühzeitige Informationen in den Schulen sowie eine Berufs- und Studienberatung, die Mädchen und Jungen die Vielfalt der Berufe und ihre Zukunftsperspektiven aufzeigt.

4135 Mit der Frauenquote für Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Dienst haben wir einen Kulturwandel in der Arbeitswelt eingeleitet. **Führungsgremien sollen jeweils zu 50 Prozent mit Frauen und Männern besetzt** sein. Das ist unser Ziel. Dafür benötigen wir eine **Gesamtstrategie Frauen in Führungspositionen** – und zwar für alle Bereiche: Wirtschaft und Verwaltung, Medien, Kultur und Wissenschaft. Dem Öffentlichen Dienst kommt hierbei eine Vorbildfunktion zu. Wir werden daher die Frauenquote weiter steigern und ihren Geltungsbereich auf alle Unternehmen, auf Körperschaften des öffentlichen Rechts wie die Sozialversicherungen und auf alle Gremien wie Vorstände und Aufsichtsräte ausdehnen. Darüber hinaus wollen wir mit einem Gleichstellungsgesetz die Berufs- und Aufstiegschancen von Frauen in der Privatwirtschaft verbessern. Das ist auch im Interesse der Unternehmen, die auf Kompetenz und Vielfalt in den Führungsebenen angewiesen sind.

4155 Wir wollen, dass Frauen und Männer auch in Parlamenten auf allen Ebenen gleichberechtigt beteiligt sind. Wir

überführen.

In einem zweiten Schritt wollen wir das Transparenzgesetz zu einem **Entgeltgleichheitsgesetz** weiterentwickeln. Wir werden dabei Beschäftigte in kleinen und mittleren Betrieben einbeziehen. Denn hier sind die meisten Frauen beschäftigt. Wir werden die Transparenz mit Hilfe umfassender Auskunftsansprüche verbessern. Wir wollen außerdem verpflichtende Prüfverfahren der Entgeltstrukturen nach vorgegebenen Kriterien auch schon in Unternehmen ab 50 Beschäftigten einführen.

Wir motivieren junge Menschen, Berufe zu ergreifen, die nicht den hergebrachten Geschlechterklischees entsprechen. Es ist für alle ein Gewinn, wenn sich **mehr Frauen für MINT-Berufe** (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) oder einen Handwerksberuf entscheiden und mehr Männer in den Sozial- und Erziehungsberufen arbeiten. Dazu fördern wir frühzeitige Informationen in den Schulen sowie eine Berufs- und Studienberatung, die Mädchen und Jungen die Vielfalt der Berufe und ihre Zukunftsperspektiven aufzeigt.

Mit der Frauenquote für Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Dienst haben wir einen Kulturwandel in der Arbeitswelt eingeleitet. **Führungsgremien sollen jeweils zu 50 Prozent mit Frauen und Männern besetzt** sein. Das ist unser Ziel. Dafür benötigen wir eine **Gesamtstrategie Frauen in Führungspositionen** – und zwar für alle Bereiche: Wirtschaft und Verwaltung, Medien, Kultur und Wissenschaft. Dem Öffentlichen Dienst kommt hierbei eine Vorbildfunktion zu. Wir werden daher die Frauenquote weiter steigern und ihren Geltungsbereich auf alle Unternehmen, auf Körperschaften des öffentlichen Rechts wie die Sozialversicherungen und auf alle Gremien wie Vorstände und Aufsichtsräte ausdehnen. Darüber hinaus wollen wir mit einem Gleichstellungsgesetz die Berufs- und Aufstiegschancen von Frauen in der Privatwirtschaft verbessern. Das ist auch im Interesse der Unternehmen, die auf Kompetenz und Vielfalt in den Führungsebenen angewiesen sind. **Die Übernahme von Führungsaufgaben auch in Teilzeit muss selbstverständlicher werden.**

Wir wollen, dass Frauen und Männer auch in Parlamenten auf allen Ebenen gleichberechtigt beteiligt sind. Wir

werden verstärkt Frauen ansprechen und für politische Beteiligung gewinnen.

werden verstärkt Frauen ansprechen und für politische Beteiligung gewinnen.

4160 Wir wollen die wissenschaftliche Aufarbeitung der Frauenbewegung unter Einbeziehung der Frauenarchive weiter vorantreiben, ihre Bestände digital sichern und sie der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Wir wollen die wissenschaftliche Aufarbeitung der Frauenbewegung unter Einbeziehung der Frauenarchive weiter vorantreiben, ihre Bestände digital sichern und sie der Öffentlichkeit zugänglich machen.

**Leben frei von Gewalt und Diskriminierung:**

**Leben frei von Gewalt und Diskriminierung:**

4165 Wir kämpfen gegen jede Form menschenverachtenden Verhaltens und gegen Gewalt. Die Rechte von Opfern häuslicher oder sexueller Gewalt wollen wir weiter stärken. Die Ratifizierung der „Istanbul-Konvention“ (Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) ist ein Meilenstein. Als weiteren Schritt fordern wir einen **dritten Aktionsplan der Bundesregierung** zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (nach 1999 und 4170 2007). Wir brauchen einen individuellen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für die Opfer.

Wir kämpfen gegen jede Form menschenverachtenden Verhaltens und gegen Gewalt. Die Rechte von Opfern häuslicher oder sexueller Gewalt wollen wir weiter stärken. Die Ratifizierung der „Istanbul-Konvention“ (Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) ist ein Meilenstein. Als weiteren Schritt fordern wir einen **dritten Aktionsplan der Bundesregierung** zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (nach 1999 und 4175 2007). Wir brauchen einen individuellen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für die Opfer **und ihre Kinder.**

4180 Das gilt auch für geflüchtete Frauen und Mädchen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Das Hilfesystem aus Beratungsstellen, Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen soll ausgebaut und weiterentwickelt werden.

Das gilt auch für geflüchtete Frauen und Mädchen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Das Hilfesystem aus Beratungsstellen, Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen soll ausgebaut und weiterentwickelt werden.

4185 Mit einem Bundesförderprogramm setzen wir die erforderlichen Maßnahmen im Hilfesystem in Gang. Um Gewalt gegen Frauen und Mädchen in den Ansätzen zu bekämpfen, brauchen wir zudem ein Präventionsprogramm. Eine Koordinierungsstelle auf Bundesebene soll die Umsetzung der Istanbul-Konvention überwachen.

Mit einem Bundesförderprogramm setzen wir die erforderlichen Maßnahmen im Hilfesystem in Gang. Um Gewalt gegen Frauen und Mädchen in den Ansätzen zu bekämpfen, brauchen wir zudem ein Präventionsprogramm. Eine Koordinierungsstelle auf Bundesebene soll die Umsetzung der Istanbul-Konvention überwachen.

4190 Wir nehmen auch Gewalt gegen Männer sehr ernst. Auch Männer, die Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt geworden sind, benötigen Hilfsangebote. Wir werden daher entsprechende Maßnahmen in den 4195 Aktionsplan aufnehmen.

Wir nehmen auch Gewalt gegen Männer sehr ernst. Auch Männer, die Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt geworden sind, benötigen Hilfsangebote. Wir werden daher entsprechende Maßnahmen in den Aktionsplan aufnehmen.

4200 Damit Opfer von Kriminalität nicht erneut traumatisiert werden, haben wir den Schutz und die Rechte von Opfern in den vergangenen Jahren konsequent ausgebaut und dafür gesorgt, dass der Opferschutz seinen festen Platz in der Strafprozessordnung hat. Mit der Neuregelung der psychosozialen Prozessbegleitung haben wir einen weiteren Meilenstein im Opferschutz gesetzt, um den Opfern schwerer Gewalt- und Sexualstraftaten die

Damit Opfer von Kriminalität nicht erneut traumatisiert werden, haben wir den Schutz und die Rechte von Opfern in den vergangenen Jahren konsequent ausgebaut und dafür gesorgt, dass der Opferschutz seinen festen Platz in der Strafprozessordnung hat. Mit der Neuregelung der psychosozialen Prozessbegleitung haben wir einen weiteren Meilenstein im Opferschutz gesetzt, um den Opfern schwerer Gewalt- und Sexualstraftaten die

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

4205 emotionale und psychologische Unterstützung zu geben, die sie benötigen. Dies wollen wir weiter verstetigen.	emotionale und psychologische Unterstützung zu geben, die sie benötigen. Dies wollen wir weiter verstetigen.
4210 Berichte über Gewalt gegen ältere oder behinderte Menschen schrecken uns auf. Wir werden gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden Konzepte gegen Gewalt an Pflegebedürftigen entwickeln.	<b>(...) Wir sind zudem besorgt über Berichte über Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen, Ältere oder Pflegebedürftige. (...)</b> Gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden <b>wollen wir Konzepte entwickeln, die Übergriffen und Gewalt Einhalt gebieten. (...)</b>
4215 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist vor zehn Jahren in Kraft getreten. Wir werden es weiterentwickeln. Hierfür stärken wir die Antidiskriminierungsstelle des Bundes und weiten den Anwendungsbereich des AGG auf staatliches Handeln aus. Zudem	Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist vor <b>(...) elf</b> Jahren in Kraft getreten. Wir werden es weiterentwickeln. Hierfür stärken wir die Antidiskriminierungsstelle des Bundes und weiten den Anwendungsbereich des AGG auf staatliches Handeln aus. Zudem
4220 wollen wir ein Verbandsklagerecht im AGG verankern.	wollen wir ein Verbandsklagerecht im AGG verankern.
4225 Tagtäglich werden wir mit überkommenen Rollenbildern, mit Sexismus in Sprache, Medien und Werbung konfrontiert. Wir werden dem Sexismus den Kampf ansagen. Deshalb wollen wir sicherstellen, dass der Werberat konsequent gegen Sexismus vorgeht und die bisherigen Instrumente evaluieren. Wenn notwendig, werden wir gesetzliche Maßnahmen ergreifen.	Tagtäglich werden wir mit überkommenen Rollenbildern, mit Sexismus in Sprache, Medien und Werbung konfrontiert. Wir werden dem Sexismus den Kampf ansagen. Deshalb wollen wir sicherstellen, dass der Werberat konsequent gegen Sexismus vorgeht und die bisherigen Instrumente evaluieren. Wenn notwendig, werden wir gesetzliche Maßnahmen ergreifen.
4230	<b>Bei Bewerbungen kommt es zu unbewussten Diskriminierungen, etwa aufgrund des Geschlechts, Aussehens, Alters oder eines Migrationshintergrundes. Anonymisierte Bewerbungen sind ein Weg, um Fairness im Bewerbungsverfahren herzustellen.</b>
4235	
<b>Vielfältige Lebensrealitäten anerkennen:</b>	<b>Vielfältige Lebensrealitäten anerkennen:</b>
4240 Menschen sollen <b>unabhängig von ihrer sexuellen Identität frei und sicher leben können – mit gleichen Rechten und Pflichten.</b> Die Gleichheitsrechte in Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz müssen um die sexuelle Identität erweitert werden. Initiativen gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie werden wir verstärken. Wir werden die Lage von trans- und intergeschlechtlichen Menschen verbessern und gewährleisten, dass sie selbst über ihr Leben bestimmen können. Das betrifft medizinische, gesundheitliche, soziale und rechtliche Aspekte. Wir werden daher das Transsexuellengesetz und weitere Gesetze reformieren.	Menschen sollen <b>unabhängig von ihrer sexuellen Identität frei und sicher leben können – mit gleichen Rechten und Pflichten.</b> Die Gleichheitsrechte in Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz müssen um die sexuelle Identität erweitert werden. Initiativen gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie werden wir verstärken. Wir werden die Lage von trans- und intergeschlechtlichen Menschen verbessern und gewährleisten, dass sie selbst über ihr Leben bestimmen können. Das betrifft medizinische, gesundheitliche, soziale und rechtliche Aspekte. Wir werden daher das Transsexuellengesetz und weitere Gesetze reformieren.
4250	
Wir unterstützen Familien in ihrer Vielfalt. Das Verständnis von Familie in Deutschland wird breiter: Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung	Wir unterstützen Familien in ihrer Vielfalt. Das Verständnis von Familie in Deutschland wird breiter: Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung

4255 füreinander übernehmen. Wir werden daher die **Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen** und wollen die Ehe für alle. Das schließt das Adoptionsrecht ausdrücklich mit ein. Wir wollen ein modernes Familienrecht, das die Vielfalt von Familien widerspiegelt. Familien mit verheirateten, unverheirateten oder gleichgeschlechtlichen Paaren; getrennt, gemeinsam oder allein Erziehende; Stieffamilien, Regenbogenfamilien, Patchworkfamilien oder Pflegefamilien. Wir sorgen für Klarheit in all diesen Konstellationen, indem Rechte und Pflichten eindeutig definiert werden. **Das Wohl der Kinder muss dabei immer im Mittelpunkt stehen.**

4260 füreinander übernehmen. Wir werden daher die **Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen** und wollen die Ehe für alle. Das schließt das Adoptionsrecht ausdrücklich mit ein. Wir wollen ein modernes Familienrecht, das die Vielfalt von Familien widerspiegelt. Familien mit verheirateten, unverheirateten oder gleichgeschlechtlichen Paaren; getrennt, gemeinsam oder allein Erziehende; Stieffamilien, Regenbogenfamilien, Patchworkfamilien oder Pflegefamilien. Wir sorgen für Klarheit in all diesen Konstellationen, indem Rechte und Pflichten eindeutig definiert werden. **Das Wohl der Kinder muss dabei immer im Mittelpunkt stehen.**

4270 Wir setzen uns für mehr Partnerschaftlichkeit in der Betreuung von Kindern ein. Wir wollen es deshalb Eltern erleichtern, sich auch nach einer Trennung oder Scheidung gemeinsam um ihre Kinder zu kümmern. Deshalb werden wir das Unterhaltsrecht modernisieren. Wir wollen auch für Kinder aus Familien, die auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind, die Möglichkeit verbessern, mit beiden Eltern Umgang zu haben. Dazu werden wir einen Umgangsmehrbedarf einführen, wenn beide Eltern das Kind betreuen.

4275 Wir setzen uns für mehr Partnerschaftlichkeit in der Betreuung von Kindern ein. Wir wollen es deshalb Eltern erleichtern, sich auch nach einer Trennung oder Scheidung gemeinsam um ihre Kinder zu kümmern. (...) **Die Regelungen zur Betreuung gemeinsamer Kinder, wenn diese in beiden Haushalten zeitlich annähernd gleichwertig betreut werden, wollen wir im Familienrecht bessern verankern. (...)**

4280 Die Vielfalt der heutigen Familienkonstellationen und der wissenschaftliche Fortschritt in der Reproduktionsmedizin führen dazu, dass die biologischen Eltern immer häufiger nicht die sozialen Eltern sind. Deshalb setzen wir uns **für ein modernes Abstammungsrecht** ein, das diesen neuen Konstellationen Rechnung trägt.

4285 Die Vielfalt der heutigen Familienkonstellationen und der wissenschaftliche Fortschritt in der Reproduktionsmedizin führen dazu, dass die biologischen Eltern immer häufiger nicht die sozialen Eltern sind. Deshalb setzen wir uns **für ein modernes Abstammungsrecht** ein, das diesen neuen Konstellationen Rechnung trägt.

4285 Auch das Vormundschaftsrecht muss reformiert werden. Das Wohl des Kindes muss im Vordergrund stehen. Wo in der Vergangenheit die Vermögenssorge überbetont wurde, soll – im Interesse der betroffenen Kinder – die Verantwortung des Vormunds für die Erziehung, Fürsorge und Entwicklung des Kindes stärker hervorgehoben werden. Wir werden die **Rechte von Pflegekindern** stärken. Denn für Kinder, die in einer Pflegefamilie leben, sind Kontinuität und Sicherheit besonders wichtig.

4290 Auch das Vormundschaftsrecht muss reformiert werden. Das Wohl des Kindes muss im Vordergrund stehen. Wo in der Vergangenheit die Vermögenssorge überbetont wurde, soll – im Interesse der betroffenen Kinder – die Verantwortung des Vormunds für die Erziehung, Fürsorge und Entwicklung des Kindes stärker hervorgehoben werden. Wir werden die **Rechte von Pflegekindern** stärken. Denn für Kinder, die in einer Pflegefamilie leben, sind Kontinuität und Sicherheit besonders wichtig.

4295 Menschen können durch Krankheit, Unfall oder Behinderung handlungs- und entscheidungsunfähig werden. Eine moderne Gesellschaft braucht für diesen Fall verlässliche Regelungen. Dazu wollen wir die **Vorsorgevollmacht** stärker ins Bewusstsein bringen. Denn mit ihr können Bürgerinnen und Bürger selbst bestimmen, wer im Notfall stellvertretend für sie ihre Angelegen-

4300 Menschen können durch Krankheit, Unfall oder Behinderung handlungs- und entscheidungsunfähig werden. Eine moderne Gesellschaft braucht für diesen Fall verlässliche Regelungen. Dazu wollen wir die **Vorsorgevollmacht** stärker ins Bewusstsein bringen. Denn mit ihr können Bürgerinnen und Bürger selbst bestimmen, wer im Notfall stellvertretend für sie ihre Angelegen-

<p>4305 heiten regeln darf. Die Anordnung einer Betreuung muss immer das letzte Mittel bleiben. Deshalb werden wir den Grundsatz der Erforderlichkeit im Betreuungsrecht stärken. Betreute müssen sich darauf verlassen können, dass für sie ein guter Betreuer bestellt wird, der ihr Selbstbestimmungsrecht respektiert.</p>	<p>heiten regeln darf. Die Anordnung einer Betreuung muss immer das letzte Mittel bleiben. Deshalb werden wir den Grundsatz der Erforderlichkeit im Betreuungsrecht stärken. Betreute müssen sich darauf verlassen können, dass für sie ein guter Betreuer bestellt wird, der ihr Selbstbestimmungsrecht respektiert.</p>
<p>4310 <b>Inklusive Gesellschaft:</b></p>	<p><b>Inklusive Gesellschaft:</b></p>
<p>4315 Für die nächste Generation soll das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen selbstverständlich sein. <b>Eine menschliche Gesellschaft muss eine inklusive Gesellschaft sein.</b> Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wollen wir darum weiter voranbringen.</p>	<p>Für die nächste Generation soll das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen selbstverständlich sein. <b>Eine menschliche Gesellschaft muss eine inklusive Gesellschaft sein.</b> Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wollen wir darum weiter voranbringen.</p>
<p>4320</p>	<p><b>Das inklusive Leben muss von Anfang an gelernt werden und erlebbar sein; von der Kita über die Grundschulen und weiterführenden Schulen bis zu weiteren Bildungseinrichtungen. Wir unterstützen inklusive Bildung entlang der gesamten Bildungsbiographie. Insbesondere auch dadurch, dass wir die notwendigen räumlichen, technischen und personellen Ressourcen verbessern.</b></p>
<p>4325</p>	
<p>4330 Die gesetzliche Grundlage für die <b>Leistungen zur Teilhabe an der Gesellschaft</b> hat sich mit dem Bundesteilhabegesetz bereits deutlich verbessert. Die Person und ihre Selbstbestimmung stehen im Mittelpunkt. Daran wollen wir anknüpfen und die Teilhabeleistungen stetig weiterentwickeln. Wir wollen, dass Betroffene ohne Diskriminierung und ohne großen Aufwand Zugang zu diesen Leistungen bekommen. Wir treten dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen alle Leistungen der Pflegeversicherung erhalten – unabhängig davon, wie sie wohnen.</p>	<p>Die gesetzliche Grundlage für die <b>Leistungen zur Teilhabe an der Gesellschaft</b> hat sich mit dem Bundesteilhabegesetz bereits deutlich verbessert. Die Person und ihre Selbstbestimmung stehen im Mittelpunkt. Daran wollen wir anknüpfen und die Teilhabeleistungen stetig weiterentwickeln. Wir wollen, dass Betroffene ohne Diskriminierung und ohne großen Aufwand Zugang zu diesen Leistungen bekommen. Wir treten dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen alle Leistungen der Pflegeversicherung erhalten – unabhängig davon, wie sie wohnen.</p>
<p>4340 Wir streben <b>einen inklusiven Arbeitsmarkt</b> an, der allen Menschen eine Beschäftigung entsprechend ihren Fähigkeiten ermöglicht und ihnen die dafür notwendige Unterstützung bietet. Alle Menschen sollen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt faire Perspektiven haben.</p>	<p>Wir streben <b>einen inklusiven Arbeitsmarkt</b> an, der allen Menschen eine Beschäftigung entsprechend ihren Fähigkeiten ermöglicht und ihnen die dafür notwendige Unterstützung bietet. Alle Menschen sollen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt faire Perspektiven haben. <b>Lohndiskriminierung von Menschen mit Behinderung wollen wir vermeiden.</b></p>
<p>4345</p>	
<p>4350 Der Übergang von der Schule zur Ausbildung und zum Beruf soll ebenso verbessert werden wie der Weg von Werkstätten hin zum allgemeinen Arbeitsmarkt. Dazu zählen auch generelle Regelungen zur <b>Barrierefreiheit</b> am Arbeitsplatz für alle Arbeitgeber. Das Angebot der</p>	<p>Der Übergang von der Schule zur Ausbildung und zum Beruf soll ebenso verbessert werden wie der Weg von Werkstätten hin zum allgemeinen Arbeitsmarkt. Dazu zählen auch generelle Regelungen zur <b>Barrierefreiheit</b> am Arbeitsplatz für alle Arbeitgeber. Das Angebot der</p>



<p>4355 Inklusionsbetriebe und Werkstätten werden wir im Hinblick auf einen inklusiven Arbeitsmarkt weiterentwickeln. Eine wichtige Funktion bei der Verwirklichung eines inklusiven Arbeitsmarktes nehmen dabei die Schwerbehindertenvertretungen ein, deren Rechte wir weiter stärken wollen. Dies betrifft insbesondere die Anhörungs- und Beteiligungsverpflichtung bei der Einstellung von Menschen mit Behinderung, bei Abmahnungen und Aufhebungsverträgen.</p> <p>4360</p>	<p>Inklusionsbetriebe und Werkstätten werden wir im Hinblick auf einen inklusiven Arbeitsmarkt weiterentwickeln. Eine wichtige Funktion bei der Verwirklichung eines inklusiven Arbeitsmarktes nehmen dabei die Schwerbehindertenvertretungen ein, deren Rechte wir weiter stärken wollen. Dies betrifft insbesondere die Anhörungs- und Beteiligungsverpflichtung bei der Einstellung von Menschen mit Behinderung, bei Abmahnungen und Aufhebungsverträgen.</p>
--	---

<p>Wir treten dafür ein, dass die pauschalen Steuerfreibeträge für Menschen mit Behinderungen im Einkommenssteuergesetz angepasst werden.</p> <p>4365</p>	<p>Wir treten dafür ein, dass die pauschalen Steuerfreibeträge für Menschen mit Behinderungen im Einkommenssteuergesetz angepasst werden.</p>
---	---

<p>Das gesellschaftliche Leben muss auf allen Ebenen für Menschen mit Behinderung inklusiv gestaltet werden. Dabei sind Barrierefreiheit und angemessene Vorkehrungen unverzichtbar und brauchen bessere gesetzliche Bestimmungen. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, inklusive Sozialräume zu schaffen. Die Kinder- und Jugendhilfe soll für alle da sein – für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung. Sie muss entsprechend ausgestattet werden. Wir wollen in der</p> <p>4370</p> <p>4375 Kinder- und Jugendhilfe alle Leistungen zusammenführen, um die Betreuung von Familien aus einer Hand zu gewährleisten.</p>	<p>Das gesellschaftliche Leben muss auf allen Ebenen für Menschen mit Behinderung inklusiv gestaltet werden. Dabei sind Barrierefreiheit und angemessene Vorkehrungen unverzichtbar und brauchen bessere gesetzliche Bestimmungen. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, inklusive Sozialräume zu schaffen. Die Kinder- und Jugendhilfe soll für alle da sein – für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung. Sie muss entsprechend ausgestattet werden. Wir wollen in der Kinder- und Jugendhilfe alle Leistungen zusammenführen, um die Betreuung von Familien aus einer Hand zu gewährleisten.</p>
--	--

<p><b>Integration und Teilhabe – die deutsche Einwanderungsgesellschaft gestalten:</b></p> <p>4380</p>	<p><b>Integration und Teilhabe – die deutsche Einwanderungsgesellschaft gestalten:</b></p>
--	--

<p>Deutschland ist seit langem ein Einwanderungsland. Das verlangt eine umfassende Integrationspolitik. Dabei stellen wir uns einer doppelten Integrationsaufgabe: zum einen der Integration der Menschen, die einwandern oder zu uns fliehen. Und zum anderen der Aufgabe, den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft zu wahren. Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, die auf <b>gemeinsamen Werten und Normen</b> beruht.</p> <p>4385</p> <p>4390 <b>Grundlage für alle ist das Grundgesetz.</b> Gleiche Chancen auf Teilhabe für alle ist unser Leitbild.</p>	<p>Deutschland ist seit langem ein Einwanderungsland. Das verlangt eine umfassende Integrationspolitik. Dabei stellen wir uns einer doppelten Integrationsaufgabe: zum einen der Integration der Menschen, die einwandern oder zu uns fliehen. Und zum anderen der Aufgabe, den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft zu wahren. Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, die auf <b>gemeinsamen Werten und Normen</b> beruht.</p> <p><b>Grundlage für alle ist das Grundgesetz.</b> Gleiche Chancen auf Teilhabe für alle ist unser Leitbild.</p>
---	--

<p>Niemand darf wegen seiner Einwanderungsgeschichte oder seines kulturellen oder religiösen Hintergrundes schlechtere Chancen haben. Das heißt auch: Allen Kindern soll der Besuch einer Kita ermöglicht werden. Kinder, die in der Kita waren, haben von vornherein bessere Startchancen in der Schule. Schule und Bildung sind der Schlüssel zu einer Zukunft mit guten Chancen für</p> <p>4395</p> <p>4400 alle Kinder. Bei denjenigen, die als Jugendliche zu uns</p>	<p>Niemand darf wegen seiner Einwanderungsgeschichte oder seines kulturellen oder religiösen Hintergrundes schlechtere Chancen haben. Das heißt auch: Allen Kindern soll der Besuch einer Kita ermöglicht werden. Kinder, die in der Kita waren, haben von vornherein bessere Startchancen in der Schule. Schule und Bildung sind der Schlüssel zu einer Zukunft mit guten Chancen für alle Kinder. Bei denjenigen, die als Jugendliche zu uns</p>
--	--

<p>kommen, allein oder mit ihren Eltern, darf das Ende der (Berufs-)Schulpflicht nicht dazu führen, dass Jugendliche keine Chance erhalten, eine Schule zu besuchen. Die Berufsschulen haben eine Brückenfunktion bei  4405 Spracherwerb und ersten praktischen Erfahrungen. Darin werden wir sie stärken. Schule und Bildung sind der Schlüssel zu einer Zukunft mit guten Chancen auf Integration. Deshalb darf das Ende der (Berufs-)Schulpflicht nicht dazu führen, dass Jugendliche  4410 keine Chance erhalten, eine Schule zu besuchen. Gleichzeitig werden wir die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen verbessern.</p> <p>Wir wollen den Anteil von Auszubildenden <b>mit familiären Einwanderungsgeschichten steigern. Und wir wollen mehr Studierende mit familiären Einwanderungsgeschichten an Universitäten und Fachhochschulen.</b> Dazu werden wir sichere Zukunftsperspektiven für ausländische Studierende in Deutschland schaffen. Wer  4415 hier erfolgreich ein Studium abgeschlossen hat, soll ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten.  4420</p> <p><b>Integrationskurse</b> sollen besser auf Zielgruppen ausgerichtet werden. Sie sollen außerdem grundsätzlich allen  4425 Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie Geduldeten offenstehen, sofern nicht von vornherein klar ist, dass sie nicht in Deutschland bleiben. Wir wollen die Integrationskurse und die berufsbezogene Sprachförderung besser mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen  4430 wie der Berufsorientierung, der Ausbildung und der Beschäftigung in Betrieben verbinden. Damit wollen wir <b>besonders auch Frauen und Mütter</b> aus Einwanderungsfamilien erreichen. Denn sie sind entscheidend für die gelingende Integration der ganzen Familie.  4435</p> <p>Ein zentrales Element bei der Anerkennung von Studien- und Berufsabschlüssen und Nachqualifizierung ist die Verzahnung von <b>Kompetenzfeststellung und Arbeitsmarktintegration.</b> Jedem und jeder soll eine Kompetenzfeststellung ermöglicht werden. Die Kosten für  4440 Anerkennungsverfahren werden wir sozialverträglich gestalten und einen Rechtsanspruch auf Beratung zu Anerkennungsverfahren festschreiben.</p> <p>4445</p>	<p>kommen, allein oder mit ihren Eltern, darf das Ende der (Berufs-)Schulpflicht nicht dazu führen, dass Jugendliche keine Chance erhalten, eine Schule zu besuchen. Die Berufsschulen haben eine Brückenfunktion bei  Spracherwerb und ersten praktischen Erfahrungen. Darin werden wir sie stärken. Schule und Bildung sind der Schlüssel zu einer Zukunft mit guten Chancen auf Integration. Deshalb darf das Ende der (Berufs-)Schulpflicht nicht dazu führen, dass Jugendliche  keine Chance erhalten, eine Schule zu besuchen. Gleichzeitig werden wir die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen verbessern.</p> <p>Wir wollen den Anteil von Auszubildenden <b>mit familiären Einwanderungsgeschichten steigern. Und wir wollen mehr Studierende mit familiären Einwanderungsgeschichten an Universitäten und Fachhochschulen.</b> Dazu werden wir sichere Zukunftsperspektiven für ausländische Studierende in Deutschland schaffen. Wer  hier erfolgreich ein Studium abgeschlossen hat, soll ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten.</p> <p><b>Integrationskurse</b> sollen besser auf Zielgruppen ausgerichtet werden. Sie sollen außerdem grundsätzlich allen  Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie Geduldeten offenstehen, sofern nicht von vornherein klar ist, dass sie nicht in Deutschland bleiben. Wir wollen die Integrationskurse und die berufsbezogene Sprachförderung besser mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen  wie der Berufsorientierung, der Ausbildung und der Beschäftigung in Betrieben verbinden. (...) <b>Wir wollen besonders auch Frauen und Mütter</b> aus Einwanderungsfamilien erreichen. Denn sie sind entscheidend für die gelingende Integration der ganzen Familie.</p> <p>Ein zentrales Element bei der Anerkennung von Studien- und Berufsabschlüssen und Nachqualifizierung ist die Verzahnung von <b>Kompetenzfeststellung und Arbeitsmarktintegration.</b> Jedem und jeder soll eine Kompetenzfeststellung ermöglicht werden. Die Kosten für  Anerkennungsverfahren werden wir sozialverträglich gestalten und einen Rechtsanspruch auf Beratung zu Anerkennungsverfahren festschreiben.</p> <p><b>Wir haben dafür gesorgt, dass Schutzsuchende, die sich in einer dualen Ausbildung befinden, diese unabhängig vom Ausgang ihres Asylverfahrens beenden und sich danach auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt bewerben können (3+2-Regelung). Wir werden dafür sorgen,</b></p>
---	--

- 4450 **dass diese auch für Ausbildungsbetriebe wichtige Regelung mit Leben erfüllt wird. Darüber hinaus prüfen wir eine analoge Regelung für aktiv Studierende.**
- 4455 In unserem Land haben rund 20 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund. Wir wollen, dass sich der Anteil von Menschen mit familiären Einwanderungsgeschichten auch in der Zusammensetzung des **Öffentlichen Dienstes** niederschlägt. Zielvorgaben, Ausbildungskampagnen und faire Bewerbungsverfahren unterstützen diesen Prozess. Dazu gehört auch die Offenheit gegenüber unterschiedlichen Kulturen, die wir in allen gesellschaftlichen Bereichen umsetzen wollen, insbesondere in der Aus- und Weiterbildung der Gesundheits- und Pflegeberufe.
- 4460 In unserem Land haben rund 20 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund. Wir wollen, dass sich der Anteil von Menschen mit familiären Einwanderungsgeschichten auch in der Zusammensetzung des **Öffentlichen Dienstes** niederschlägt. Zielvorgaben, Ausbildungskampagnen und faire Bewerbungsverfahren unterstützen diesen Prozess. Dazu gehört auch die Offenheit gegenüber unterschiedlichen Kulturen, die wir in allen gesellschaftlichen Bereichen umsetzen wollen, insbesondere in der Aus- und Weiterbildung der Gesundheits- und Pflegeberufe.
- 4465 **Wir sollen mehr über die Auswirkungen von Ein- und Auswanderungen auf den gesellschaftlichen Wandel erfahren. Dafür sind wissenschaftsbasierte Analysen notwendig. Wir haben uns erfolgreich für eine nachhaltige, institutionelle Stärkung der Migrations- und Integrationsforschung und eine bessere Vernetzung der Forschenden eingesetzt und wollen dies noch weiter vorantreiben.**
- 4470 **Wir sollen mehr über die Auswirkungen von Ein- und Auswanderungen auf den gesellschaftlichen Wandel erfahren. Dafür sind wissenschaftsbasierte Analysen notwendig. Wir haben uns erfolgreich für eine nachhaltige, institutionelle Stärkung der Migrations- und Integrationsforschung und eine bessere Vernetzung der Forschenden eingesetzt und wollen dies noch weiter vorantreiben.**
- 4475 Ein **modernes Staatsangehörigkeitsrecht** ist eine wesentliche Voraussetzung für Integration. Wir setzen uns weiterhin für die Akzeptanz von Mehrstaatigkeit für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sowie bei Einbürgerungen ein. Für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern wollen wir den Doppelpass ermöglichen und die Optionspflicht komplett abschaffen.
- 4480 Ein **modernes Staatsangehörigkeitsrecht** ist eine wesentliche Voraussetzung für Integration. Wir setzen uns weiterhin für die Akzeptanz von Mehrstaatigkeit für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sowie bei Einbürgerungen ein. Für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern (...) **haben wir die Optionspflicht abgeschafft. Wir stehen weiterhin zu dem Prinzip der Mehrstaatigkeit. Durch bilaterale Abkommen mit anderen Staaten wollen wir die wechselseitige Akzeptanz stärken und prüfen, inwiefern der Vorschlag des Sachverständigenrates Deutscher Stiftungen für Integration und Migration für ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht umsetzbar ist.**
- 4485 **Sport und Kultur sind ein starker Integrationsmotor.**
- 4490 Hier kommen Menschen zusammen, lernen sich kennen und bauen Vorurteile ab. Solche Angebote werden wir weiterhin unterstützen.
- 4495 **Sport und Kultur sind ein starker Integrationsmotor.** Hier kommen Menschen zusammen, lernen sich kennen und bauen Vorurteile ab. (...) Wir sind stolz auf alle Vereine und die vielen Ehrenamtlichen, die sich für das Miteinander einsetzen. Dieses Engagement werden wir weiterhin unterstützen. Das gilt auch für alle Einrichtungen und Orte die Begegnung ermöglichen – Vereine, Gewerkschaften, Kirchen, Religionsgemeinschaften oder Bürgerinitiativen.

<p>4500 Sport ist auch eine gute Gelegenheit, in vielfältiger Weise <b>Vielfalt</b> zu fördern. Wir wollen gute Rahmenbedingungen schaffen: für ehrenamtliche Projekte im Sport, die ethnische Barrieren überwinden helfen, die Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie etwas entgegensetzen oder die in anderer Form den Zusammenhalt in der Gesellschaft fördern.</p>	<p>Sport ist auch eine gute Gelegenheit, in vielfältiger Weise <b>Vielfalt</b> zu fördern. Wir wollen gute Rahmenbedingungen schaffen: für ehrenamtliche Projekte im Sport, die ethnische Barrieren überwinden helfen, die Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie etwas entgegensetzen oder die in anderer Form den Zusammenhalt in der Gesellschaft fördern.</p>
<p>4505 Der <b>interreligiöse Dialog</b> und das Wissen über Religionen und Kulturen sind wichtig für ein friedliches Miteinander und gegenseitigen Respekt.</p>	<p>Der <b>interreligiöse Dialog</b> und das Wissen über Religionen und Kulturen sind wichtig für ein friedliches Miteinander und gegenseitigen Respekt.</p>
<p>4510 Wer ein aufgeklärtes Wissen über die eigene und andere Religionen hat, ist oft weniger anfällig für Extremismus. Wir wollen daher allen Kindern Religions- und Ethikunterricht ermöglichen. Wir unterstützen den <b>islamischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen und in deutscher Sprache</b> auch aus präventiven Gründen. Dabei verfolgen wir das Ziel, dass islamische Religionslehrerinnen und -lehrer sowie Imame an deutschen Lehrstühlen ausgebildet werden.</p>	<p>Wer ein aufgeklärtes Wissen über die eigene und andere Religionen hat, ist oft weniger anfällig für Extremismus. Wir wollen daher allen Kindern Religions- und Ethikunterricht ermöglichen. Wir unterstützen den <b>islamischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen und in deutscher Sprache</b> auch aus präventiven Gründen. Dabei verfolgen wir das Ziel, dass islamische Religionslehrerinnen und -lehrer sowie Imame an deutschen Lehrstühlen ausgebildet werden.</p>
<p>4520 Muslime und der Islam sind Teil unseres Landes. Wir unterstützen die organisatorische Entwicklung von muslimischen Gemeinden und Organisationen, wenn sie sich in Deutschland nach deutschem Recht gründen und wenn sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung achten. Erfüllen sie die Voraussetzungen, dann stehen ihnen auch die Möglichkeiten unseres bewährten Religionsverfassungsrechts offen.</p>	<p>Muslime und der Islam sind Teil unseres Landes. Wir unterstützen die organisatorische Entwicklung von muslimischen Gemeinden und Organisationen, wenn sie sich in Deutschland nach deutschem Recht gründen und wenn sie die freiheitliche demokratische Grundordnung achten. Erfüllen sie die Voraussetzungen, dann stehen ihnen auch die Möglichkeiten unseres bewährten Religionsverfassungsrechts offen.</p>
<p>4530 <b>Kulturpolitik:</b></p>	<p><b>Kulturpolitik:</b></p>
<p>4535 Eine offene und moderne Gesellschaft braucht gelebte Kunst und Kultur, die sie spiegelt, kritisiert und voranbringt. Kunst und Kultur sind Ausdruck des menschlichen Daseins. Kultur regt Diskurse an und trägt zur Identitätsbildung und Entwicklung jedes Einzelnen bei. Kunst und Kultur sind frei. In Zeiten des wachsenden Populismus ist eine <b>offene Kultur der Schlüssel zum Dialog</b>. Kultur macht Neues erfahrbar, baut Brücken zu</p> <p>4540 Unbekanntem und kann für mehr Verständigung sorgen. Die Ausdrucksformen sind vielfältig – wie unser Kulturverständnis. Klassische Orchester gehören dazu, genauso wie Laienchöre, Rock- und Popmusik, die elektronische Musik, Museen, soziokulturelle Zentren, Theater, Kinos und Literatur und die Spielebranche.</p>	<p>Eine offene und moderne Gesellschaft braucht gelebte Kunst und Kultur, die sie spiegelt, kritisiert und voranbringt. Kunst und Kultur sind Ausdruck des menschlichen Daseins. Kultur regt Diskurse an und trägt zur Identitätsbildung und Entwicklung jedes Einzelnen bei. Kunst und Kultur sind frei. In Zeiten des wachsenden Populismus ist eine <b>offene Kultur der Schlüssel zum Dialog</b>. Kultur macht Neues erfahrbar, baut Brücken zu</p> <p>Unbekanntem und kann für mehr Verständigung sorgen. Die Ausdrucksformen sind vielfältig – wie unser Kulturverständnis. Klassische Orchester gehören dazu, genauso wie Laienchöre, Rock- und Popmusik, die elektronische Musik, Museen, soziokulturelle Zentren, Theater, Kinos und Literatur und die Spielebranche.</p>

- |      |  |  |
|------|--|--|
| 4550 | <p><b>Die SPD steht zu ihrem Anspruch „Kultur für alle“:</b> Wir ermöglichen Kultur unabhängig von Geldbeutel, Schulabschluss, Alter, Geschlecht oder Herkunft.</p>  | <p><b>Die SPD steht zu ihrem Anspruch „Kultur für alle“:</b> Wir ermöglichen Kultur unabhängig von Geldbeutel, Schulabschluss, Alter, Geschlecht oder Herkunft.</p>  |
| 4555 | <p>Migrantische Communities haben einen positiven kulturellen Einfluss – das schätzen wir. Kultur soll auch weiterhin „von allen“ getragen werden, hier hat die öffentliche Hand den Auftrag, eine Grundversorgung sicherzustellen. Bürgerinnen und Bürger wie auch die Kulturwirtschaft sind wesentliche Akteure. Wir wollen mit öffentlicher Kulturförderung ein breites kulturelles Angebot zu sozialverträglichen Preisen ermöglichen.</p>   | <p>Migrantische Communities haben einen positiven kulturellen Einfluss – das schätzen wir. Kultur soll auch weiterhin „von allen“ getragen werden, hier hat die öffentliche Hand den Auftrag, eine Grundversorgung sicherzustellen. Bürgerinnen und Bürger wie auch die Kulturwirtschaft sind wesentliche Akteure. Wir wollen mit öffentlicher Kulturförderung ein breites kulturelles Angebot zu sozialverträglichen Preisen ermöglichen.</p>   |
| 4560 | <p>Darüber hinaus sollen alle Einrichtungen, die vom Bund gefördert werden, einmal im Monat einen kostenlosen Eintritt anbieten. Die Kreativwirtschaft wollen wir stärken und umfassend fördern.</p>   | <p>Darüber hinaus sollen alle Einrichtungen, die vom Bund gefördert werden, einmal im Monat einen kostenlosen Eintritt anbieten. Die Kreativwirtschaft wollen wir stärken und umfassend fördern.</p>   |
| 4565 | <p>Wir bekennen uns zum kooperativen Kulturföderalismus. Bund, Länder und Kommunen müssen ihre Förderaktivitäten noch stärker als bisher miteinander abstimmen und gemeinsam im Sinne einer konzeptionellen Kulturpolitik Prioritäten setzen.</p>  | <p>Wir bekennen uns zum kooperativen Kulturföderalismus. Bund, Länder und Kommunen müssen ihre Förderaktivitäten noch stärker als bisher miteinander abstimmen und gemeinsam im Sinne einer konzeptionellen Kulturpolitik Prioritäten setzen.</p>  |
| 4570 | <p>Wir stehen an der Seite der Künstlerinnen und Künstler:</p>   | <p>Wir stehen an der Seite der Künstlerinnen und Künstler:</p>   |
| 4575 | <p><b>Wir werden ihre Rechte stärken und sie sozial besser absichern.</b> Sie müssen von ihrer Arbeit leben können. Dabei verlieren wir jedoch die anderen Akteure des Kunst- und Kulturbereichs nicht aus dem Blick. Wir setzen uns für gerechte Aushandlungsprozesse ein, um kulturelle Vielfalt und soziale Gerechtigkeit voranzubringen. Bei Bundeskulturförderungen werden wir für gerechte Vergütungsregeln sorgen. Der Bund und die</p>   | <p><b>Wir werden ihre Rechte stärken und sie sozial besser absichern.</b> Sie müssen von ihrer Arbeit leben können. Dabei verlieren wir jedoch die anderen Akteure des Kunst- und Kulturbereichs nicht aus dem Blick. Wir setzen uns für gerechte Aushandlungsprozesse ein, um kulturelle Vielfalt und soziale Gerechtigkeit voranzubringen. Bei Bundeskulturförderungen werden wir für gerechte Vergütungsregeln sorgen. Der Bund und die</p>   |
| 4580 | <p>Kultureinrichtungen des Bundes müssen dabei mit gutem Beispiel zur fairen Bezahlung von Angestellten und Honorarkräften vorangehen. Wir machen uns für Mindestvergütungen und Ausstellungsvergütungen stark und prüfen die Einführung eines Künstlergemeinschaftsrechts. Die solidarische Finanzierung der Künstlersozialkasse durch die Kulturschaffenden, die Verwerter und durch den Staat ist für die SPD nicht verhandelbar. Flexiblere Beschäftigungsstrukturen, veränderte Erwerbsbiografien und die schwierigen</p> | <p>Kultureinrichtungen des Bundes müssen dabei mit gutem Beispiel zur fairen Bezahlung von Angestellten und Honorarkräften vorangehen. Wir machen uns für Mindestvergütungen und Ausstellungsvergütungen stark und prüfen die Einführung eines Künstlergemeinschaftsrechts. Die solidarische Finanzierung der Künstlersozialkasse durch die Kulturschaffenden, die Verwerter und durch den Staat ist für die SPD nicht verhandelbar. Flexiblere Beschäftigungsstrukturen, veränderte Erwerbsbiografien und die schwierigen</p> |
| 4585 | <p>Einkommensverhältnisse machen es freiberuflichen Kulturschaffenden zunehmend schwer, Risiken von Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit abzufedern und für das Alter vorzusorgen. Deshalb wollen wir Solo-Selbstständige möglichst umfassend in die verschiedenen Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung einbinden. Spezifische Versorgungssysteme,</p>  | <p>Einkommensverhältnisse machen es freiberuflichen Kulturschaffenden zunehmend schwer, Risiken von Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit abzufedern und für das Alter vorzusorgen. Deshalb wollen wir Solo-Selbstständige möglichst umfassend in die verschiedenen Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung einbinden. Spezifische Versorgungssysteme,</p>  |
| 4590 | <p>die verschiedenen Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung einbinden. Spezifische Versorgungssysteme,</p>   | <p>die verschiedenen Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung einbinden. Spezifische Versorgungssysteme,</p>   |
| 4595 | <p>die verschiedenen Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung einbinden. Spezifische Versorgungssysteme,</p>   | <p>die verschiedenen Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung einbinden. Spezifische Versorgungssysteme,</p>   |

- |      |  |
|------|--|
|      | die einen der gesetzlichen Rentenversicherung vergleichbaren Leistungsumfang bieten, wie die Künstler-sozialkasse, sollen davon ausgenommen werden.  |
| 4600 | die einen der gesetzlichen Rentenversicherung vergleichbaren Leistungsumfang bieten, wie die Künstler-sozialkasse, sollen davon ausgenommen werden.  |
| 4605 | Kunst- und Kulturförderung sind für die gesamte Gesellschaft da. Wir wollen Kunst um ihrer selbst willen fördern und nicht erst dann, wenn sie ökonomischen, sozialen oder politischen Zwecken nützt. Bei <b>Projekt-förderungen soll stärker auf Expertenjurys</b> zurückgegriffen werden. Die Entscheidung, was und wie gefördert wird, muss auch nach Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion, Nachhaltigkeit, Integration und Aspekten kultureller Bildung getroffen werden.  |
| 4610 | Kunst- und Kulturförderung sind für die gesamte Gesellschaft da. Wir wollen Kunst um ihrer selbst willen fördern und nicht erst dann, wenn sie ökonomischen, sozialen oder politischen Zwecken nützt. Bei <b>Projekt-förderungen soll stärker auf Expertenjurys</b> zurückgegriffen werden. Die Entscheidung, was und wie gefördert wird, muss auch nach Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion, Nachhaltigkeit, Integration und Aspekten kultureller Bildung getroffen werden.  |
| 4615 | Die Kulturförderung im digitalen Bereich soll den Zugang zu künstlerischen Werken verbessern – insbesondere für diejenigen, die bisher von Kunst und Kultur ausgeschlossen sind. Wir wollen die <b>Dynamik der freien Kulturszene</b> verstärkt nutzen und ihre Impulse für unsere Gesellschaft aufgreifen. Die noch immer gebräuchliche Unterscheidung zwischen Hoch- und Subkultur ist für uns veraltet und irreführend. Für uns gibt es nur Kultur! Das erfolgreiche Instrument der Kulturentwicklungsplanung (Blaubuch der kulturellen Leuchttürme) für Deutschland werden wir neu auflegen.   |
| 4620 | Die Kulturförderung im digitalen Bereich soll den Zugang zu künstlerischen Werken verbessern – insbesondere für diejenigen, die bisher von Kunst und Kultur ausgeschlossen sind. Wir wollen die <b>Dynamik der freien Kulturszene</b> verstärkt nutzen und ihre Impulse für unsere Gesellschaft aufgreifen. Die noch immer gebräuchliche Unterscheidung zwischen Hoch- und Subkultur ist für uns veraltet und irreführend. Für uns gibt es nur Kultur! Das erfolgreiche Instrument der Kulturentwicklungsplanung (Blaubuch der kulturellen Leuchttürme) für Deutschland werden wir neu auflegen.   |
| 4625 | Im Bereich der wirtschaftlichen <b>Filmförderung wollen wir den Filmförderfonds (DFFF) weiterentwickeln</b> . Unsere vielfältige Kinolandschaft wollen wir erhalten und die Rahmenbedingungen für künstlerisch herausragende Filme stärken. Auch die Entwicklung innovativer und kulturell wertvoller Computer- und Videospiele wollen wir fördern, denn Computerspiele haben sich zu einem Kulturgut entwickelt.  |
| 4630 | Im Bereich der wirtschaftlichen <b>Filmförderung wollen wir den Filmförderfonds (DFFF) weiterentwickeln</b> . Unsere vielfältige Kinolandschaft wollen wir erhalten und die Rahmenbedingungen für künstlerisch herausragende Filme stärken. Auch die Entwicklung innovativer und kulturell wertvoller Computer- und Videospiele wollen wir fördern, denn Computerspiele haben sich zu einem Kulturgut entwickelt.  |
| 4635 | Wir wollen unser kulturelles Erbe bewahren und erlebbar machen. Jubiläen von bundesweiter Bedeutung müssen auch vorrangig durch die Bundesebene gefördert werden. Zudem wollen wir die <b>Denkmalschutzprogramme des Bundes stärken</b> . Wir wollen moderne Technik stärker einsetzen, um unser kulturelles Erbes durch Digitalisierung zu sichern. Dafür müssen Bund und Länder zum Beispiel stärker in die Deutsche Digitale Bibliothek investieren. Die <b>Digitalisierung des nationalen Filmerbes</b> durch ein abgestimmtes Konzept von Bund, Ländern und der Filmbranche unterstützen wir. |
| 4640 | Wir wollen unser kulturelles Erbe bewahren und erlebbar machen. Jubiläen von bundesweiter Bedeutung müssen auch vorrangig durch die Bundesebene gefördert werden. Zudem wollen wir die <b>Denkmalschutzprogramme des Bundes stärken</b> . Wir wollen moderne Technik stärker einsetzen, um unser kulturelles Erbes durch Digitalisierung zu sichern. Dafür müssen Bund und Länder zum Beispiel stärker in die Deutsche Digitale Bibliothek investieren. Die <b>Digitalisierung des nationalen Filmerbes</b> durch ein abgestimmtes Konzept von Bund, Ländern und der Filmbranche unterstützen wir. |
| 4645 | Die Einrichtungen für das Filmerbe des Kinemathekverbundes wollen wir personell und finanziell stärken.  |

<p>Vielfalt gehört zum Einwanderungsland Deutschland und muss sich <b>auch in den Führungsetagen der Kultureinrichtungen und in der kulturellen Bildung</b> widerspiegeln. Die Zusammenarbeit von Künstlerinnen und Künstlern mit Bildungsinstitutionen – nicht zuletzt im Ganztags schulbereich – soll intensiviert werden. Bundesweit erfolgreiche Projekte wie „Kultur macht stark“ unterstützen wir. Bibliotheken und soziokulturelle Zentren wollen wir verstärkt fördern.</p>	<p>Vielfalt gehört zum Einwanderungsland Deutschland und muss sich <b>auch in den Führungsetagen der Kultureinrichtungen und in der kulturellen Bildung</b> widerspiegeln. Die Zusammenarbeit von Künstlerinnen und Künstlern mit Bildungsinstitutionen – nicht zuletzt im Ganztags schulbereich – soll intensiviert werden. Bundesweit erfolgreiche Projekte wie „Kultur macht stark“ unterstützen wir. Bibliotheken und soziokulturelle Zentren wollen wir verstärkt fördern.</p>
<p>4655 Wir wollen die Geschlechtergerechtigkeit in Kunst und Kultur weiter ausbauen: mehr Frauen sollen Führungsverantwortung in Kultureinrichtungen übernehmen und künstlerische Leistungen geschlechterunabhängig honoriert werden. Die Besetzung von Jurys, Gremien, etc. muss quotiert erfolgen, damit das künstlerische Schaffen von Frauen angemessen einbezogen werden kann.</p>	<p>Wir wollen die Geschlechtergerechtigkeit in Kunst und Kultur weiter ausbauen: mehr Frauen sollen Führungsverantwortung in Kultureinrichtungen übernehmen und künstlerische Leistungen geschlechterunabhängig honoriert werden. Die Besetzung von Jurys, Gremien, etc. muss quotiert erfolgen, damit das künstlerische Schaffen von Frauen angemessen einbezogen werden kann.</p>
<p>4665 <b>Erinnerungskultur – Gedenken und Erinnern:</b></p>	<p><b>Erinnerungskultur – Gedenken und Erinnern:</b></p>
<p>Erinnern und Gedenken sind zentrale Aufgaben einer offenen und modernen Gesellschaft. Für uns ist Zukunft an das Bewusstsein für unsere Geschichte und unsere Verantwortung geknüpft.</p>	<p>Erinnern und Gedenken sind zentrale Aufgaben einer offenen und modernen Gesellschaft. Für uns ist Zukunft an das Bewusstsein für unsere Geschichte und unsere Verantwortung geknüpft. <b>Das Gedenken an die NS-Terrorherrschaft muss weiterhin eine herausgehobene Stellung in der Erinnerungskultur einnehmen. Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen sind singular in der Menschheitsgeschichte.</b></p>
<p>4670 Das Gedenken an die beiden deutschen Diktaturen darf nicht mit Verweis auf die jeweils andere zu einer Relativierung der NS-Terrorherrschaft führen noch zu einer Bagatellisierung des SED-Unrechts.</p>	<p>Das Gedenken an die beiden deutschen Diktaturen darf nicht mit Verweis auf die jeweils andere zu einer Relativierung der NS-Terrorherrschaft führen noch zu einer Bagatellisierung des SED-Unrechts.</p>
<p>4675 Die <b>Erinnerung an den systematischen Völkermord an den europäischen Juden</b> bleibt für die Sozialdemokratie von außerordentlicher Bedeutung. Wir wollen die Verbrechen an bisher wenig erforschten Opfergruppen besser aufarbeiten. Darüber hinaus wollen wir historisch-politische Bildungskonzepte unterstützen, die verstärkt auf neue Medien setzen und die Digitalisierung der Gedenkstättenarbeit ausbauen.</p>	<p>Die <b>Erinnerung an den systematischen Völkermord an den europäischen Juden</b> bleibt für die Sozialdemokratie von außerordentlicher Bedeutung. Wir wollen die Verbrechen an bisher wenig erforschten Opfergruppen besser aufarbeiten. Darüber hinaus wollen wir historisch-politische Bildungskonzepte unterstützen, die verstärkt auf neue Medien setzen und die Digitalisierung der Gedenkstättenarbeit ausbauen.</p>
<p>4685 Die <b>internationale Zusammenarbeit in der Gedenkstättenförderung</b> dient der Versöhnung und dem Frieden. Die Erinnerungsarbeit bietet eine besondere Chance, die Verbindung mit den osteuropäischen Ländern und ihrer Geschichte gemeinsam erfahrbar zu machen. Eine besondere Bedeutung kommt hier dem Europäischen</p>	<p>Die <b>internationale Zusammenarbeit in der Gedenkstättenförderung</b> dient der Versöhnung und dem Frieden. Die Erinnerungsarbeit bietet eine besondere Chance, die Verbindung mit den osteuropäischen Ländern und ihrer Geschichte gemeinsam erfahrbar zu machen. Eine besondere Bedeutung kommt hier dem Europäischen</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

4695 Netzwerk Erinnerung und Solidarität und der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung zu. Deren Austausch mit internationalen Stiftungen, Forschungseinrichtungen und Universitäten soll stärker als bisher gefördert werden.	Netzwerk Erinnerung und Solidarität und der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung zu. Deren Austausch mit internationalen Stiftungen, Forschungseinrichtungen und Universitäten soll stärker als bisher gefördert werden.
4700 Wir unterstützen die Rückgabe der während der NS-Zeit entzogenen Kulturgüter an die früheren Eigentümer oder deren Rechtsnachfolger. Die <b>Forschung zur Herkunft von Kulturgütern (Provenienzforschung)</b> soll	Wir unterstützen die Rückgabe der während der NS-Zeit entzogenen Kulturgüter an die früheren Eigentümer oder deren Rechtsnachfolger. Die <b>Forschung zur Herkunft von Kulturgütern (Provenienzforschung)</b> soll
4705 <b>dafür intensiviert</b> werden. Wir brauchen Anreize, damit auch private Sammlungsbestände berücksichtigt werden können. Um eine Rückgabe fair und gerecht zu gestalten, werden wir ein Gesetz auf den Weg bringen. Dazu wollen wir auch das Verfahren der „Beratenden	4705 <b>dafür intensiviert</b> werden. Wir brauchen Anreize, damit auch private Sammlungsbestände berücksichtigt werden können. Um eine Rückgabe fair und gerecht zu gestalten, werden wir ein Gesetz auf den Weg bringen. Dazu wollen wir auch das Verfahren der „Beratenden
4710 Kommission“ reformieren.	Kommission“ reformieren.
4715 Wir wollen zügig die gesetzgeberische Grundlage für eine <b>Reform der Stasi-Unterlagen-Behörde</b> schaffen. Die vorliegende Empfehlung der Expertenkommission aus 2016 bietet hierfür eine gute Grundlage. Die Arbeit der Bundesstiftung Aufarbeitung soll finanziell und personell gestärkt werden.	Wir wollen zügig die gesetzgeberische Grundlage für eine <b>Reform der Stasi-Unterlagen-Behörde</b> schaffen. Die vorliegende Empfehlung der Expertenkommission aus 2016 bietet hierfür eine gute Grundlage. Die Arbeit der Bundesstiftung Aufarbeitung soll finanziell und personell gestärkt werden.
4720 Wir werden die <b>Gedenkstättenkonzeption des Bundes</b> so überarbeiten, dass sie auch die herausragenden Orte der Demokratieggeschichte Deutschlands berücksichtigt und den Umgang mit bestehenden und künftigen nationalen Denkmälern beschreibt. Wir wollen die Bewahrung des kulturellen Erbes der Frauen in die Kulturförderung des Bundes aufnehmen und diese an mehr Geschlechtergerechtigkeit ausrichten.	Wir werden die <b>Gedenkstättenkonzeption des Bundes</b> so überarbeiten, dass sie auch die herausragenden Orte der Demokratieggeschichte Deutschlands berücksichtigt und den Umgang mit bestehenden und künftigen nationalen Denkmälern beschreibt. (...) <b>Die Leistungen der Frauen für unser kulturelles Erbe wollen wir sichtbarer machen und in die Kulturförderung des Bundes aufnehmen sowie diese an mehr Geschlechtergerechtigkeit ausrichten.</b>
4730 <b>Medienordnung und Medienfreiheit:</b>	<b>Medienordnung und Medienfreiheit:</b>
4735 Die Medienwelt verändert sich durch Digitalisierung. Auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind neu. <b>Vielfalt, Informationsfreiheit und eine freie private Presse sind und bleiben entscheidend für das Gelingen unserer Demokratie.</b> Nur wenn alle Bürgerinnen und Bürger ohne großen Aufwand Zugang zu Medien und Informationen erhalten, können sie gleichberechtigt an demokratischen Prozessen teilhaben. In manchen ländlichen Regionen kann die Zustellung von Zeitungen nur	4735 Die Medienwelt verändert sich durch Digitalisierung. Auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind neu. <b>Vielfalt, Informationsfreiheit und eine freie private Presse sind und bleiben entscheidend für das Gelingen unserer Demokratie.</b> Nur wenn alle Bürgerinnen und Bürger ohne großen Aufwand Zugang zu Medien und Informationen erhalten, können sie gleichberechtigt an demokratischen Prozessen teilhaben. In manchen ländlichen Regionen kann die Zustellung von Zeitungen nur
4740 noch schwer aufrechterhalten werden. Deshalb prüfen wir Maßnahmen, wie der Vertrieb im ländlichen Raum gesichert werden kann.	4740 noch schwer aufrechterhalten werden. Deshalb prüfen wir Maßnahmen, wie der Vertrieb im ländlichen Raum gesichert werden kann.



- |  |   |
|--|---|
| <p>4745 Eine freie Presse braucht einen <b>wirksamen Informantenschutz</b>: Es muss in allen Prozessordnungen und in allen Ermittlungsstadien denselben Schutz geben – das gilt beispielsweise für selbstrecherchiertes Material und den Schutz vor Beschlagnahmung. Wir wollen ein Presseauskunftsgesetz auf Bundesebene einführen.</p>   | <p>Eine freie Presse braucht einen <b>wirksamen Informantenschutz</b>: Es muss in allen Prozessordnungen und in allen Ermittlungsstadien denselben Schutz geben – das gilt beispielsweise für selbstrecherchiertes Material und den Schutz vor Beschlagnahmung. Wir wollen ein Presseauskunftsgesetz auf Bundesebene einführen.</p>   |
| <p>4755 Zeitungen und Zeitschriften sollen sich auch im digitalen Umfeld frei entfalten können. Sie brauchen Rahmenbedingungen, dass es sich auch künftig für sie lohnt, mediale und insbesondere journalistisch-redaktionelle Angebote zu erstellen. Gesellschaftlich relevante Inhalte müssen auch in Zukunft im Netz auffindbar sein. Deshalb ist es richtig, in ein zeitgemäßes Medienrecht „<b>Must-be-found</b>“-Regelungen zu integrieren.</p> <p>4760 Wird die Netzneutralität und damit das offene und freie Internet gefährdet, werden wir eingreifen.</p>   | <p>Zeitungen und Zeitschriften sollen sich auch im digitalen Umfeld frei entfalten können. Sie brauchen Rahmenbedingungen, dass es sich auch künftig für sie lohnt, mediale und insbesondere journalistisch-redaktionelle Angebote zu erstellen. Gesellschaftlich relevante Inhalte müssen auch in Zukunft im Netz auffindbar sein. Deshalb ist es richtig, in ein zeitgemäßes Medienrecht „<b>Must-be-found</b>“-Regelungen zu integrieren. Wird die Netzneutralität und damit das offene und freie Internet gefährdet, werden wir eingreifen.</p>   |
| <p>4765 Für die Gestaltung der Medienordnung hat die europäische Ebene eine immer stärkere Bedeutung. Bund und Länder sollen sich deshalb gemeinsam für moderne Regeln einsetzen, die die Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt gewährleisten und Meinungsmonopole verhindern. Die Vielfalt von Zeitungen, Medienanstalten und Verlagen ist ein hohes Gut, das wir schützen wollen.</p>  | <p>Für die Gestaltung der Medienordnung hat die europäische Ebene eine immer stärkere Bedeutung. Bund und Länder sollen sich deshalb gemeinsam für moderne Regeln einsetzen, die die Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt gewährleisten und Meinungsmonopole verhindern. Die Vielfalt von Zeitungen, Medienanstalten und Verlagen ist ein hohes Gut, das wir schützen wollen.</p>  |
| <p>4775 Wir benötigen nach wie vor die <b>Balance zwischen privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk</b>. Diese duale Medienordnung hat nur Bestand, wenn die öffentlich-rechtlichen Anstalten so finanziert sind, dass sie ihre Aufgaben wahrnehmen können und qualitativ hochwertige Angebote entwickeln und, wenn der private Rundfunk entsprechende Einnahmeperspektiven hat.</p> <p>4780 Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss den Anforderungen der digitalen Gesellschaft gerecht werden. Die 7-Tage-Bereitstellungsregelung der öffentlich-rechtlichen Mediatheken ist nicht mehr zeitgemäß und soll entfallen. Die SPD tritt für eine erhöhte finanzielle Ausstattung unseres Auslandssenders, der Deutschen Welle ein.</p> | <p>Wir benötigen nach wie vor die <b>Balance zwischen privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk</b>. Diese duale Medienordnung hat nur Bestand, wenn die öffentlich-rechtlichen Anstalten so finanziert sind, dass sie ihre Aufgaben wahrnehmen können und qualitativ hochwertige Angebote entwickeln und, wenn der private Rundfunk entsprechende Einnahmeperspektiven hat. Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss den Anforderungen der digitalen Gesellschaft gerecht werden. Die 7-Tage-Bereitstellungsregelung der öffentlich-rechtlichen Mediatheken ist nicht mehr zeitgemäß und soll entfallen. Die SPD tritt für eine erhöhte finanzielle Ausstattung unseres Auslandssenders, der Deutschen Welle ein.</p> |
| <p>4790 Unsere Kinder sollen Medien sicher nutzen können. Die Anbieter sind dazu angehalten, für den Schutz von Kindern und Jugendlichen zu sorgen.</p>  | <p>Unsere Kinder sollen Medien sicher nutzen können. Die Anbieter sind dazu angehalten, für den Schutz von Kindern und Jugendlichen zu sorgen.</p>  |

**Urheberrecht im Zeitalter der Digitalisierung:**

4795 Das geistige Eigentum ist der Rohstoff der Kultur- und Kreativwirtschaft. Fast alles, was wir im Internet tun, ist mit urheberrechtlichen Handlungen verbunden – kopieren, wiedergeben, veröffentlichen. Wir werden die **Situation der Urheberinnen und Urheber verbessern**

4800 und einen gerechten Interessenausgleich mit den Verwertern suchen. Wir wollen Vergütung, keine Verbote. Dazu soll auch das Prinzip der pauschalen Vergütung auf diejenigen ausgeweitet werden, die mit der Vermarktung von kreativen Leistungen im Internet Geld

4805 verdienen – beispielsweise Online-Plattformen. Viele Nutzerinnen und Nutzer im Internet produzieren selbst Inhalte und werden damit ebenfalls zu Urhebern. Daher müssen wir die berechtigten Interessen der Nutzerinnen und Nutzer verstärkt berücksichtigen. Wir stehen

4810 für ein wissenschafts- und bildungsfreundliches Urheberrecht. Dafür müssen die Rahmenbedingungen angepasst werden. Zudem brauchen wir auch eine klare gesetzliche Regelung für den Verleih von e-Books, damit die Bibliotheken ihren wichtigen Informations- und

4815 Bildungsauftrag auch in Zukunft erfüllen können.

Wir unterstützen die Bemühungen der EU-Kommission, ein modernes und zukunftsfähiges Urheberrecht in Europa zu schaffen. Hierbei sind eine stärkere Harmonisierung im Bereich urheberrechtlicher Schranken- und Ausnahmeregelungen– insbesondere bei Bildung, Wissenschaft und Forschung – sowie ein Abbau nationaler Begrenzungen entscheidend. Der Anspruch der Urheberinnen und Urheber und der Verlegerinnen und Verleger auf eine angemessene Vergütung muss stärker berücksichtigt werden. Digitale Kulturgüter sollen, wo dies europarechtlich möglich ist, prinzipiell auf dieselbe Mehrwertsteuerstufe gestellt werden wie analoge Kulturgüter.

4830

**Sport:**

**Sport ist für Millionen Menschen ein selbstverständlicher Teil des Alltags.** Er stärkt den Zusammenhalt, ist gut für die Gesundheit und zugleich ein wichtiger Wegbereiter für Inklusion und Integration. Sport und Sportvereine vermitteln Werte wie Fairness und Respekt und bieten die Chance, leistungsfähiger zu werden, eigene Grenzen auszuloten und das Selbstbewusstsein zu stärken.

4840

**Urheberrecht im Zeitalter der Digitalisierung:**

Das geistige Eigentum ist der Rohstoff der Kultur- und Kreativwirtschaft. Fast alles, was wir im Internet tun, ist mit urheberrechtlichen Handlungen verbunden – kopieren, wiedergeben, veröffentlichen. Wir werden die **Situation der Urheberinnen und Urheber verbessern**

und einen gerechten Interessenausgleich mit den Verwertern suchen. Wir wollen Vergütung, keine Verbote. Dazu soll auch das Prinzip der pauschalen Vergütung auf diejenigen ausgeweitet werden, die mit der Vermarktung von kreativen Leistungen im Internet Geld verdienen – beispielsweise Online-Plattformen. Viele Nutzerinnen und Nutzer im Internet produzieren selbst Inhalte und werden damit ebenfalls zu Urhebern. Daher müssen wir die berechtigten Interessen der Nutzerinnen und Nutzer verstärkt berücksichtigen. Wir stehen für ein wissenschafts- und bildungsfreundliches Urheberrecht. Dafür müssen die Rahmenbedingungen angepasst werden. Zudem brauchen wir auch eine klare gesetzliche Regelung für den Verleih von e-Books, damit die Bibliotheken ihren wichtigen Informations- und Bildungsauftrag auch in Zukunft erfüllen können.

Wir unterstützen die Bemühungen der EU-Kommission **und des Europäischen Parlaments**, ein modernes und zukunftsfähiges Urheberrecht in Europa zu schaffen. Hierbei sind eine stärkere Harmonisierung im Bereich urheberrechtlicher Schranken- und Ausnahmeregelungen– insbesondere bei Bildung, Wissenschaft und Forschung – sowie ein Abbau nationaler Begrenzungen entscheidend. Der Anspruch der Urheberinnen und Urheber und der Verlegerinnen und Verleger auf eine angemessene Vergütung muss stärker berücksichtigt werden. Digitale Kulturgüter sollen, wo dies europarechtlich möglich ist, prinzipiell auf dieselbe Mehrwertsteuerstufe gestellt werden wie analoge Kulturgüter.

**Sport:**

**Sport ist für Millionen Menschen ein selbstverständlicher Teil des Alltags.** Er stärkt den Zusammenhalt, ist gut für die Gesundheit und zugleich ein wichtiger Wegbereiter für Inklusion und Integration. Sport und Sportvereine vermitteln Werte wie Fairness und Respekt und bieten die Chance, leistungsfähiger zu werden, eigene Grenzen auszuloten und das Selbstbewusstsein zu stärken.

<p>In den ländlichen Gebieten aber auch in den Städten sind viele Sportanlagen marode. Hier brauchen die Kommunen Unterstützung des Bundes. Wir werden uns</p> <p>4845 <b>für ein mehrjähriges Förderprogramm für Sportstätten in den Kommunen einsetzen, um die Bedingungen für die Vereine und den Breitensport zu verbessern.</b></p>	<p>In den ländlichen Gebieten aber auch in den Städten sind viele Sportanlagen marode. Hier brauchen die Kommunen Unterstützung des Bundes. Wir werden uns</p> <p><b>für ein mehrjähriges Förderprogramm für Sportstätten in den Kommunen einsetzen, um die Bedingungen für die Vereine und den Breitensport zu verbessern.</b></p>
<p><b>Der Sport lebt von Millionen ehrenamtlich geleisteten Stunden.</b> Wer sich bürgerschaftlich engagiert, muss sich häufig mit sehr viel bürokratischen Anforderungen auseinandersetzen. Hier werden wir die Anregungen von Vereinsmitgliedern aufgreifen und bestehende Regelungen auf den Prüfstand stellen.</p>	<p><b>Der Sport lebt von Millionen ehrenamtlich geleisteten Stunden.</b> Wer sich bürgerschaftlich engagiert, muss sich häufig mit sehr viel bürokratischen Anforderungen auseinandersetzen. Hier werden wir die Anregungen von Vereinsmitgliedern aufgreifen und bestehende Regelungen auf den Prüfstand stellen.</p>
<p>4855 Wir erkennen die wachsende Bedeutung der <b>e-Sports-</b>Landschaft in Deutschland an. Wir werden prüfen, ob und wie wir die Rahmenbedingungen für e-Sports verbessern können.</p>	<p>Wir erkennen die wachsende Bedeutung der <b>e-Sports-</b>Landschaft in Deutschland an. Wir werden prüfen, ob und wie wir die Rahmenbedingungen für e-Sports verbessern können.</p>
<p>4860 Die SPD steht als Partner des Spitzensports an der Seite von Athletinnen und Athleten. Olympischer und paralympischer Sport stehen für uns gleichberechtigt nebeneinander. Wir wollen die Bedingungen, unter denen Hochleistungssport in Deutschland betrieben wird, weiter verbessern. Dazu gehört eine <b>angemessene finanzielle Förderung und gute Trainingsbedingungen der Athletinnen und Athleten.</b> Die Unterstützung der dualen Karriere aus Sport und Beruf ist uns besonders</p> <p>4865 wichtig. Nur wenige Athletinnen und Athleten können während der aktiven Zeit vom Sport leben. Wir wollen Spitzenathletinnen und -athleten in enger Kooperation mit der Stiftung Deutsche Sporthilfe zu einem frühzeitigen Aufbau einer Alterssicherung verhelfen.</p>	<p>Die SPD steht als Partner des Spitzensports an der Seite von Athletinnen und Athleten. Olympischer und paralympischer Sport stehen für uns gleichberechtigt nebeneinander. Wir wollen die Bedingungen, unter denen Hochleistungssport in Deutschland betrieben wird, weiter verbessern. Dazu gehört eine <b>angemessene finanzielle Förderung und gute Trainingsbedingungen der Athletinnen und Athleten.</b> Die Unterstützung der dualen Karriere aus Sport und Beruf ist uns besonders</p> <p>wichtig. Nur wenige Athletinnen und Athleten können während der aktiven Zeit vom Sport leben. Wir wollen Spitzenathletinnen und -athleten in enger Kooperation mit der Stiftung Deutsche Sporthilfe zu einem frühzeitigen Aufbau einer Alterssicherung verhelfen.</p>
<p>4875 Für die SPD ist klar: <b>Sport muss sauber und fair</b> bleiben. Der Kampf gegen Doping und Spielmanipulation ist wesentlich für einen fairen Wettbewerb und bleibt ein zentraler Bestandteil sozialdemokratischer Sportpolitik.</p>	<p>Für die SPD ist klar: <b>Sport muss sauber und fair</b> bleiben. Der Kampf gegen Doping und Spielmanipulation ist wesentlich für einen fairen Wettbewerb und bleibt ein zentraler Bestandteil sozialdemokratischer Sportpolitik.</p>
<p>4880 <b>Es ist Zeit für ein besseres Europa – sozialer und demokratischer</b></p>	<p><b>Es ist Zeit für ein besseres Europa – sozialer und demokratischer</b></p>
<p>4885 Die europäische Einigung ist ein einzigartiger historischer Erfolg. Sie beruht auf der Idee des freien, friedlichen und solidarischen Zusammenlebens der Menschen und Völker Europas. Auch wenn manches zu verbessern ist, eines stimmt auf jeden Fall: In keiner Region auf der Welt leben Menschen <b>so frei und demokratisch und so friedlich und sicher</b> wie in Europa! Des-</p> <p>4890</p>	<p>Die europäische Einigung ist ein einzigartiger historischer Erfolg. Sie beruht auf der Idee des freien, friedlichen und solidarischen Zusammenlebens der Menschen und Völker Europas. Auch wenn manches zu verbessern ist, eines stimmt auf jeden Fall: In keiner Region auf der Welt leben Menschen <b>so frei und demokratisch und so friedlich und sicher</b> wie in Europa! Des-</p>

- |  |   |
|--|---|
| <p>4895 halb kämpfen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für Europa – gerade jetzt, da das Einigungswerk von innen wie von außen bedroht ist wie vielleicht noch nie in seiner Geschichte. Wir wollen ein europäisches Deutschland, kein deutsches Europa!</p>  | <p>halb kämpfen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für Europa – gerade jetzt, da das Einigungswerk von innen wie von außen bedroht ist wie vielleicht noch nie in seiner Geschichte. Wir wollen ein europäisches Deutschland, kein deutsches Europa!</p>  |
| <p>4900 Deutschland ist ein stabiles Land. Wir sind zugleich Stabilitätsanker für Europa. Das wollen wir auch in Zukunft sein. Allerdings wissen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass nur alle gemeinsam Europa führen können und niemand den Anspruch erheben kann, dass alle anderen ihm folgen. Europa besteht aus vielen Mitgliedsstaaten. Unabhängig von ihrer Größe gilt: Alle sind gleichberechtigt. Dabei</p> <p>4905 kommt <b>Deutschland mit Frankreich eine besondere gemeinsame Verantwortung</b> für den Zusammenhalt Europas zu.</p>                       | <p>Deutschland ist ein stabiles Land. Wir sind zugleich Stabilitätsanker für Europa. Das wollen wir auch in Zukunft sein. Allerdings wissen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass nur alle gemeinsam Europa führen können und niemand den Anspruch erheben kann, dass alle anderen ihm folgen. Europa besteht aus vielen Mitgliedsstaaten. Unabhängig von ihrer Größe gilt: Alle sind gleichberechtigt. Dabei</p> <p>kommt <b>Deutschland mit Frankreich eine besondere gemeinsame Verantwortung</b> für den Zusammenhalt <b>der EU und die Einigung</b> Europas zu.</p> |
| <p>4910 Aber nur in der gleichberechtigten Zusammenarbeit aller Mitgliedsstaaten schaffen wir für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union das, was wir allein als einzelne Nationalstaaten in einer sich ändernden Welt nicht mehr erreichen können. In dieser Welt, in der</p> <p>4915 Asien, Lateinamerika und Afrika wachsen, werden unsere Kinder und Enkel nur dann eine Stimme haben, wenn es eine gemeinsame europäische Stimme ist. Europa ist deshalb kein Verlust, sondern ein Gewinn an Souveränität, die wir als einzelne Nationalstaaten nicht mehr hätten.</p> | <p>Aber nur in der gleichberechtigten Zusammenarbeit aller Mitgliedsstaaten schaffen wir für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union das, was wir allein als einzelne Nationalstaaten in einer sich ändernden Welt nicht mehr erreichen können. In dieser Welt, in der</p> <p>Asien, Lateinamerika und Afrika wachsen, werden unsere Kinder und Enkel nur dann eine Stimme haben, wenn es eine gemeinsame europäische Stimme ist. Europa ist deshalb kein Verlust, sondern ein Gewinn an Souveränität, die wir als einzelne Nationalstaaten nicht mehr hätten.</p>          |
| <p>4920 Das europäische Gesellschaftsmodell verbindet Freiheit und Verantwortung, wirtschaftlichen Erfolg und soziale Sicherheit.</p>  | <p>Das europäische Gesellschaftsmodell <b>beruht auf den Werten der Aufklärung und</b> verbindet Freiheit und Verantwortung, wirtschaftlichen Erfolg und soziale Sicherheit.</p>  |
| <p>4925 Diese <b>gemeinsame europäische Idee werden wir stärken</b>. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie infolge der Flüchtlingsbewegungen hat das Vertrauen in die EU gelitten. Nationale Gegensätze und Egoismen sind zurückgekehrt, populistische, anti-europäische Parteien sind auf dem Vormarsch. Wir stellen uns diesen</p> <p>4930 autoritären und nationalistischen Kräften in Europa entschieden entgegen und <b>kämpfen für mehr europäischen Zusammenhalt und Solidarität</b>.</p>  | <p>Diese <b>gemeinsame europäische Idee werden wir stärken</b>. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie infolge der Flüchtlingsbewegungen hat das Vertrauen in die EU gelitten. Nationale Gegensätze und Egoismen sind zurückgekehrt, populistische, anti-europäische Parteien sind auf dem Vormarsch. Wir stellen uns diesen</p> <p>autoritären und nationalistischen Kräften in Europa entschieden entgegen und <b>kämpfen für mehr europäischen Zusammenhalt und Solidarität</b>.</p>   |
| <p>4935 Wir wollen einen mutigen Aufbruch für ein selbstbewusstes Europa. Ein Europa, das die Menschen und ihre Alltagsorgen in den Blick nimmt. Ein Europa, das massiv in Ausbildung, Arbeit, wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz investiert. Ein Europa, in dem große Konzerne ihre Steuern zahlen. Ein Europa, das den Nationalismus überwindet, solidarisch handelt und den</p>   | <p>Wir wollen einen mutigen Aufbruch für ein selbstbewusstes Europa. Ein Europa, das die Menschen und ihre Alltagsorgen in den Blick nimmt. Ein Europa, das massiv in Ausbildung, Arbeit, wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz investiert. Ein Europa, in dem große Konzerne (...) <b>faire</b> Steuern zahlen. Ein Europa, das den Nationalismus überwindet, solidarisch handelt und den</p>   |

4940 Menschen Sicherheit gibt.

Menschen Sicherheit gibt.

**Investitionen in Arbeit und Ausbildung:**

**Investitionen in Arbeit und Ausbildung:**

4945 Wir wollen **das europäische Wohlstandsversprechen erneuern**. Daher fordern wir mehr Investitionen in Europas Zukunft. Deutschland ist zwar „Nettozahler“, aber nicht Lastesel der Europäischen Union, sondern Nettogewinner. Millionen von Arbeitsplätzen in unserem Land hängen davon ab, dass es anderen in Europa auch gut geht. So gut, dass sie sich unsere hochwertigen Waren und Dienstleistungen leisten können. Rund 60 Prozent unserer Exporte gehen in die Europäische Union. Jede Investition in die Stärkung unserer Nachbarländer und in eine erfolgreiche europäische Entwicklung ist deshalb zugleich eine Investition in unsere eigene Zukunft.

Wir wollen **das europäische Wohlstandsversprechen erneuern**. Daher fordern wir mehr Investitionen in Europas Zukunft. Deutschland ist zwar „Nettozahler“, aber nicht Lastesel der Europäischen Union, sondern Nettogewinner. Millionen von Arbeitsplätzen in unserem Land hängen davon ab, dass es anderen in Europa auch gut geht. So gut, dass sie sich unsere hochwertigen Waren und Dienstleistungen leisten können. Rund 60 Prozent unserer Exporte gehen in die Europäische Union. Jede Investition in die Stärkung unserer Nachbarländer und in eine erfolgreiche europäische Entwicklung ist deshalb zugleich eine Investition in unsere eigene Zukunft.

4960 Wir wollen **Europa aus der Wachstumsschwäche herausführen**, indem wir die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Kontinents verbessern und die viel zu hohe **Arbeitslosigkeit vor allem in Süd- und Westeuropa bekämpfen**. Wir wollen mehr Anreize für private Investitionen schaffen. Das umfasst vor allem die Investitionen in die grenzüberschreitenden europäischen Verkehrs- und Energienetze, in den Aufbau der modernsten Infrastruktur der Welt für schnelles Internet (europäisches Gigabit-Netz), in Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung und die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit.

Wir wollen **Europa aus der Wachstumsschwäche herausführen**, indem wir die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Kontinents verbessern und die viel zu hohe **Arbeitslosigkeit vor allem in Süd- und Westeuropa bekämpfen**. **Deshalb brauchen wir ein breit angelegtes europäisches Investitionsprogramm: (...) Mit Zukunftsinvestitionen in die grenzüberschreitenden europäischen Verkehrs- und Energienetze, in den Aufbau der modernsten Infrastruktur der Welt für schnelles Internet (europäisches Gigabit-Netz), in Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung und die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit.**

4970 Um innovative Unternehmensgründungen zu fördern, wollen wir die **Bedingungen für Risikokapital verbessern**. Die EU muss durch eine aktive Innovations- und Industriepolitik ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern.

4975 Dazu werden wir mehr Mittel für Innovationen bereitstellen. Mit neuen Maßnahmen wollen wir eine zielgenauere Förderung erreichen und dafür sorgen, dass aus guten Ideen schneller neue Produkte werden.

Um innovative Unternehmensgründungen zu fördern, wollen wir die **Bedingungen für Risikokapital verbessern**. Die EU muss durch eine aktive Innovations- und Industriepolitik ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern.

Dazu werden wir mehr Mittel für Innovationen bereitstellen. Mit neuen Maßnahmen wollen wir eine zielgenauere Förderung erreichen und dafür sorgen, dass aus guten Ideen schneller neue Produkte werden.

4980 Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss seinem Namen gerecht werden. Die Regeln müssen so weiterentwickelt werden, dass sie übermäßige **Verschuldung verringern, aber ausreichende Freiräume für langfristig wirkende Reformen und konjunkturstützende Investitionen** geben.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss seinem Namen gerecht werden. Die Regeln müssen so weiterentwickelt werden, dass sie übermäßige **Verschuldung verringern, aber ausreichende Freiräume für langfristig wirkende Reformen und (...) nachhaltiges Wachstum** geben.

Die im Stabilitäts- und Wachstumspakt angelegte Flexibilität erlaubt es, dass Mitgliedstaaten in guten Zeiten solide Haushalte, um in Krisen mit einer antizyklischen

Die im Stabilitäts- und Wachstumspakt angelegte Flexibilität **(...) muss dazu genutzt werden**, dass Mitgliedstaaten in guten Zeiten solide Haushalte, um in Krisen

<p>4990 schen Politik erfolgreich gegensteuern zu können.</p>	<p>mit einer antizyklischen Politik erfolgreich gegensteuern zu können.</p>
<p>4995 Die junge Generation ist unsere gemeinsame Zukunft. Wir wollen deshalb die EU-Mittel im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit deutlich aufstocken und in einem <b>permanenten Jugendbeschäftigungsfonds</b> bündeln. Wir wollen den europäischen Freiwilligendienst und die Austauschprogramme der EU wie Erasmus+ ausbauen. Und wir brauchen ein <b>Europäisches Mobilitätsprogramm</b>, aus dem junge Menschen unterstützt werden können, wenn sie in einem anderen Mitgliedstaat eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz aufnehmen möchten.</p>	<p>Die junge Generation ist unsere gemeinsame Zukunft. Wir wollen deshalb die EU-Mittel im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit deutlich aufstocken und in einem <b>permanenten Jugendbeschäftigungsfonds</b> bündeln. Wir wollen den europäischen Freiwilligendienst und die Austauschprogramme der EU wie Erasmus+ ausbauen. Und wir brauchen ein <b>Europäisches Mobilitätsprogramm</b>, aus dem junge Menschen unterstützt werden können, wenn sie in einem anderen Mitgliedstaat eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz aufnehmen möchten.</p>
<p>5005 <b>Soziales Europa:</b></p>	<p><b>Soziales Europa:</b></p>
<p>5010 <b>Wir wollen eine europäische Sozialunion</b>, die ihre Politik an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet, soziale Mindeststandards sichert und Lohn- und Sozialdumping wirksam unterbindet. Auch auf europäischer Ebene wollen wir den Grundsatz verankern, dass es in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union wirksame soziale Grundsicherungssysteme geben muss.</p>	<p><b>Wir wollen eine europäische Sozialunion</b>, die ihre Politik an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet, soziale Mindeststandards sichert und Lohn- und Sozialdumping wirksam unterbindet. Auch auf europäischer Ebene wollen wir den Grundsatz verankern, dass es in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union wirksame soziale Grundsicherungssysteme geben muss.</p>
<p>5015 Es muss in Europa das Prinzip gelten: gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort – für Männer und Frauen! <b>Keine Toleranz gegenüber Sozialdumping.</b></p>	<p>Es muss in Europa das Prinzip gelten: gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort – für Männer und Frauen! <b>Keine Toleranz gegenüber Sozialdumping.</b></p>
<p>5020 Unser übergeordnetes Ziel ist die Stärkung der sozialen Grundrechte: Durch ein <b>soziales Fortschrittsprotokoll</b> wollen wir festschreiben, dass soziale Rechte gleichrangig sind gegenüber den wirtschaftlichen Grundfreiheiten des Binnenmarktes.</p>	<p>Unser übergeordnetes Ziel ist die Stärkung der sozialen Grundrechte: Durch ein <b>soziales Fortschrittsprotokoll, verankert im europäischen Primärrecht</b>, wollen wir festschreiben, dass soziale Rechte gleichrangig sind gegenüber den wirtschaftlichen Grundfreiheiten des Binnenmarktes.</p>
<p>5025 Zudem wollen wir <b>wirksame EU-Regeln gegen Sozialdumping</b>, insbesondere bei der Vergabe von Unteraufträgen, bei Briefkastenfirmen, bei vorgetäuschter Entsendung von Arbeitskräften und bei Scheinselbstständigkeit. Wir werden Unternehmen nicht gestatten, nur auf dem Papier ins Ausland zu gehen, während sie gleichzeitig ihre Aktivitäten im eigenen Land fortsetzen.</p>	<p>Zudem wollen wir <b>wirksame EU-Regeln gegen Sozialdumping</b>, insbesondere bei der Vergabe von Unteraufträgen, bei Briefkastenfirmen, bei vorgetäuschter Entsendung von Arbeitskräften und bei Scheinselbstständigkeit. Wir werden Unternehmen nicht gestatten, nur auf dem Papier ins Ausland zu gehen, während sie gleichzeitig ihre Aktivitäten im eigenen Land fortsetzen.</p>
<p>5035 Was sie hiermit bezwecken, sind lediglich geringere Lohnkosten und geringerer Arbeitnehmerschutz. Verstöße gegen das Arbeitsrecht sollen wie Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht auf europäischer Ebene geahndet werden können.</p>	<p>Was sie hiermit bezwecken, sind lediglich geringere Lohnkosten und geringerer Arbeitnehmerschutz. Verstöße gegen das Arbeitsrecht sollen wie Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht auf europäischer Ebene geahndet werden können.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

5040 Starke Gewerkschaften und Tarifverträge gewährleisten eine angemessene Bezahlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wir müssen die **Mitbestimmungsrechte in ganz Europa stärken**. Die soziale Marktwirtschaft, die in Deutschland erfolgreich Arbeitgeber und Gewerkschaften zu Sozialpartnern gemacht hat, ist auch unsere Leitlinie für Europa. Wo Gewerkschaftsrechte oder die Tarifautonomie im Zuge der Hilfen für in der Krise befindliche Staaten ausgesetzt wurden, sind diese wiederherzustellen.

5050 Ein starker sozialer Dialog ist ein wesentlicher Pfeiler eines sozialeren Europas. Deshalb gilt: **Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden müssen als Sozialpartner** mit der Zivilgesellschaft direkt und umfassender als bisher in die Entwicklung und Umsetzung der europäischen Politik einbezogen und in ihrer Arbeit unterstützt werden. Es muss zudem sichergestellt sein, dass Vereinbarungen der Sozialpartner auf EU-Ebene respektiert werden.

5060

5065 Die EU war in den letzten 30 Jahren immer ein wichtiger Motor für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Die europäische Gleichstellungspolitik hat mit ihren vielfältigen Aktivitäten, Maßnahmenplänen und Vorgaben den gleichstellungspolitischen Fortschritt in den Mitgliedstaaten mitbestimmt und angetrieben. Deshalb werden wir uns für die Fortsetzung der EU-Gleichstellungsstrategie einsetzen.

5070

**Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion:**

5075 Wir sind nicht einzeln stark, sondern nur gemeinsam. Daher brauchen wir eine **koordinierte Wirtschaftspolitik in Europa**. Unser Ziel ist es, die konjunkturellen Entwicklungen der Mitgliedstaaten Europas besser aufeinander abzustimmen. Exzessive Ungleichgewichte wollen wir überwinden. Dafür brauchen wir eine bessere und wirksamere Integration der Wirtschaftspolitik – perspektivisch mit der **Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum**. Die europäische Wirtschaftsregierung soll sich zusammensetzen aus den Mitgliedern der Kommission mit entsprechendem Zuständigkeitsbereich – unter politischer Führung eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministers. Die

5080

5085 Wirtschaftsregierung und ihre Mitglieder müssen ins-

Starke Gewerkschaften und Tarifverträge gewährleisten eine angemessene Bezahlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wir müssen die **Mitbestimmungsrechte in ganz Europa stärken**. Die soziale Marktwirtschaft, die in Deutschland erfolgreich Arbeitgeber und Gewerkschaften zu Sozialpartnern gemacht hat, ist auch unsere Leitlinie für Europa. Wo Gewerkschaftsrechte oder die Tarifautonomie im Zuge der Hilfen für in der Krise befindliche Staaten ausgesetzt wurden, sind diese wiederherzustellen.

Ein starker sozialer Dialog ist ein wesentlicher Pfeiler eines sozialeren Europas. Deshalb gilt: **Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände müssen als Sozialpartner** mit der Zivilgesellschaft direkt und umfassender als bisher in die Entwicklung und Umsetzung der europäischen Politik einbezogen und in ihrer Arbeit unterstützt werden. Es muss zudem sichergestellt sein, dass Vereinbarungen der Sozialpartner auf EU-Ebene respektiert werden. **Starke Arbeitnehmerrechte und hohe Sozialstandards sind kein wirtschaftliches Hemmnis, sondern können im Gegenteil Produktivität und Innovation begünstigen.**

Die EU war in den letzten 30 Jahren immer ein wichtiger Motor für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Die europäische Gleichstellungspolitik hat mit ihren vielfältigen Aktivitäten, Maßnahmenplänen und Vorgaben den gleichstellungspolitischen Fortschritt in den Mitgliedstaaten mitbestimmt und angetrieben. Deshalb werden wir uns für die Fortsetzung der EU-Gleichstellungsstrategie einsetzen.

**Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion:**

Wir sind nicht einzeln stark, sondern nur gemeinsam. Daher brauchen wir eine **koordinierte Wirtschaftspolitik in Europa**. Unser Ziel ist es, die konjunkturellen Entwicklungen der Mitgliedstaaten Europas besser aufeinander abzustimmen. Exzessive Ungleichgewichte wollen wir überwinden. Dafür brauchen wir eine bessere und wirksamere Integration der Wirtschaftspolitik – perspektivisch mit der **Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum**. Die europäische Wirtschaftsregierung soll sich zusammensetzen aus den Mitgliedern der Kommission mit entsprechendem Zuständigkeitsbereich – unter politischer Führung eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministers. Die

Wirtschaftsregierung und ihre Mitglieder müssen ins-

- |      |  |  |
|------|--|--|
| 5090 | <p>besondere über das Europäische Parlament legitimiert und kontrolliert werden. Hierzu sollte im Rahmen des Europäischen Parlamentes eine Struktur geschaffen werden, die die Aufgabe eines „Eurozonen-Parlamentes“ übernimmt.</p>  | <p>besondere über das Europäische Parlament legitimiert und kontrolliert werden. Hierzu sollte im Rahmen des Europäischen Parlamentes eine Struktur geschaffen werden, die die Aufgabe eines „Eurozonen-Parlamentes“ übernimmt.</p>  |
| 5095 | <p>Wir wollen insbesondere dort, wo wir mit dem Euro eine gemeinsame Währung haben, ein <b>gemeinsames Finanzbudget schaffen</b>. Es ermöglicht Investitionsimpulse und wirkt zugleich stabilisierend als Ausgleichsmechanismus bei Krisen. Die Finanzierung erfolgt dabei nicht über neue Schulden, sondern über eine <b>wirksame Besteuerung der Finanzmärkte</b>.</p>   | <p>Wir wollen insbesondere dort, wo wir mit dem Euro eine gemeinsame Währung haben, ein <b>gemeinsames Finanzbudget schaffen</b>. Es ermöglicht Investitionsimpulse und wirkt zugleich stabilisierend als Ausgleichsmechanismus bei Krisen. (...) <b>Eine wirksame Besteuerung der Finanzmärkte muss zu dessen Finanzierung beitragen</b>.</p>   |
| 5100 | <p>Sie haben durch ihre Gier und verantwortungslosen Spekulationen Europa an den Rand des Abgrunds geführt. Nur durch staatliche Hilfen konnte Europa stabilisiert werden. Aber bis heute leisten die Finanzmärkte keine finanziellen Beiträge aus ihren Finanzmarktgeschäften zum Gemeinwohl, um wenigstens einen Teil dieser öffentlichen Kosten der Finanzkrise zurückzuzahlen.</p>   | <p>Sie haben durch ihre Gier und verantwortungslosen Spekulationen Europa an den Rand des Abgrunds geführt. Nur durch staatliche Hilfen konnte Europa stabilisiert werden. Aber bis heute leisten die Finanzmärkte keine finanziellen Beiträge aus ihren Finanzmarktgeschäften zum Gemeinwohl, um wenigstens einen Teil dieser öffentlichen Kosten der Finanzkrise zurückzuzahlen.</p>   |
| 5110 | <p>Wir unterstützen die wachstumsschwachen und hoch verschuldeten EU-Länder und <b>arbeiten gemeinsam mit ihnen an ihrer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung, so dass sie die Krise aus eigener Kraft meistern</b>.</p>  | <p>Wir unterstützen die wachstumsschwachen und hoch verschuldeten EU-Länder und <b>arbeiten gemeinsam mit ihnen an ihrer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung, damit ein sich selbst tragender wirtschaftlicher und sozialer Aufschwung einsetzen kann</b>. (...)</p>   |
| 5115 | <p>Außerdem sollte der Europäische Stabilitätsmechanismus ins Gemeinschaftsrecht überführt und zu einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickelt werden. Wir wollen die Integrität des gemeinsamen Währungsraums erhalten, kein Mitglied der Eurozone soll zum Ausstieg gedrängt werden. Europa braucht insgesamt klarere, demokratischere Strukturen und Verantwortlichkeiten als bisher, um Staaten in Krisenlagen zu helfen und die gemeinsame Währung zu sichern.</p> | <p>Außerdem sollte der Europäische Stabilitätsmechanismus ins Gemeinschaftsrecht überführt und zu einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickelt werden. Wir wollen die Integrität des gemeinsamen Währungsraums erhalten, kein Mitglied der Eurozone soll zum Ausstieg gedrängt werden. Europa braucht insgesamt klarere, demokratischere Strukturen und Verantwortlichkeiten als bisher, um Staaten in Krisenlagen zu helfen und die gemeinsame Währung zu sichern.</p>   |
| 5125 | <p>Mehr Wachstum und Investitionen in Europa setzen solide Einnahmen voraus. Deshalb muss Europa endlich Schritte zur <b>Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung und des Steuervollzugs in Europa</b> auf den Weg bringen. Europa braucht Instrumente, um Steuervermeidung und Steuerbetrug effektiv zu bekämpfen. Wir wollen durchsetzen, dass Unternehmen dort ihre <b>Steuern bezahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften</b>.</p>                                    | <p>Mehr Wachstum und Investitionen in Europa setzen solide Einnahmen voraus. Deshalb muss Europa endlich Schritte zur <b>Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung und des Steuervollzugs in Europa</b> auf den Weg bringen. Europa braucht Instrumente, um Steuervermeidung und Steuerbetrug effektiv zu bekämpfen. Wir wollen durchsetzen, dass Unternehmen dort ihre <b>Steuern bezahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften</b>. <u>Wir wollen die Möglichkeiten von Unternehmen systematisch einschränken, ihre steuerpflichtigen Gewinne in andere Länder zu verschieben</u>.</p> |
| 5135 |  |  |



**Friedensprojekt Europa:**

5140 Die europäische Idee vom Leben in Freiheit und Verantwortung sichert den Frieden in Europa. Die europäische Einigung und Erweiterung ist ein einzigartiges und erfolgreiches Projekt der Friedenspolitik, nach innen wie nach außen. Deutsche und europäische Außenpolitik müssen Hand in Hand gehen.

5145 Wir machen eine präventive, umfassende **Friedens- und Entwicklungspolitik zum strategischen Schwerpunkt der europäischen Politik**. Auch muss die europäische Außenpolitik enger mit innenpolitischen Themen verzahnt werden, etwa bei Fragen der Flüchtlings- und Migrationspolitik, der Cyber-Sicherheit, der Handels-, Energie- und Klimapolitik.

5150 Zugleich muss die europäische Außenpolitik stärker auf den Einsatz für Menschenrechte, starke internationale Institutionen und für soziale und ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

5160 Zivile Maßnahmen und Mittel der Gewaltprävention und Konfliktbewältigung haben für uns stets Vorrang. Wir wollen daher besonders die zivile Dimension der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik aufwerten, etwa auch durch den **Aufbau eines europäischen zivilen Friedenskorps**.

5170 Auch in der Verteidigungspolitik wollen wir stärker zusammenarbeiten und die Integration von Streitkräften der Mitgliedsstaaten voranbringen – als Teil einer umfassenden, präventiven und in das internationale Recht eingebetteten Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bieten die große Chance, durch **mehr Zusammenarbeit auch bei den Verteidigungsausgaben** effizienter, leistungsfähiger und kostengünstiger zu werden. Gemeinsam mit den EU-Mitgliedern, die unsere Ziele bereits heute teilen, wollen wir uns über die **Gründung einer Europäischen Verteidigungsunion** verständigen.

5180 Die im Lissabon-Vertrag vorgesehene ständige Zusammenarbeit ist ein wichtiger Schritt und ermöglicht schon jetzt konkrete Maßnahmen der engeren **Koope-**

**Friedensprojekt Europa:**

Die europäische Idee vom Leben in Freiheit und Verantwortung sichert den Frieden in Europa. Die europäische Einigung und Erweiterung ist ein einzigartiges und erfolgreiches Projekt der Friedenspolitik, nach innen wie nach außen. Deutsche und europäische Außenpolitik müssen Hand in Hand gehen.

Wir machen eine präventive, umfassende **Friedens- und Entwicklungspolitik zum strategischen Schwerpunkt der europäischen Politik**. Auch muss die europäische Außenpolitik enger mit innenpolitischen Themen verzahnt werden, etwa bei Fragen der Flüchtlings- und Migrationspolitik, der Cyber-Sicherheit, der Handels-, Energie- und Klimapolitik.

Zugleich muss die (...) Außenpolitik **der EU auf die Stärkung des Völkerrechts und die Wahrung der Menschenrechte (...)**, starke internationale Institutionen und (...) auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

Zivile Maßnahmen und Mittel der Gewaltprävention und Konfliktbewältigung haben für uns stets Vorrang. Wir wollen daher besonders die zivile Dimension der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik aufwerten, etwa auch durch den **Aufbau eines europäischen zivilen Friedenskorps**. **Auch wollen wir im Geiste Willy Brandts darauf hinwirken, dass in Europa die Tradition der Entspannung, des Gewaltverzichts sowie der Abrüstung Grundlage einer erneuerten gesamteuropäischen Sicherheitspolitik sind.**

Auch in der Verteidigungspolitik wollen wir stärker zusammenarbeiten und die Integration von Streitkräften der Mitgliedsstaaten voranbringen – als Teil einer umfassenden, präventiven und in das internationale Recht eingebetteten Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bieten die große Chance, durch **mehr Zusammenarbeit auch bei den Verteidigungsausgaben** effizienter, leistungsfähiger und kostengünstiger zu werden. Gemeinsam mit den EU-Mitgliedern, die unsere Ziele bereits heute teilen, wollen wir uns über die **Gründung einer Europäischen Verteidigungsunion** verständigen, **die einer demokratischen und rechtstaatlichen Kontrolle unterliegen muss.**

Die im Lissabon-Vertrag vorgesehene ständige Zusammenarbeit ist ein wichtiger Schritt und ermöglicht schon jetzt konkrete Maßnahmen der engeren **Koope-**

5185 **ration und Arbeitsteilung auf dem Weg zu einer europäischen Armee.** Ein solcher Zusammenschluss versteht sich als ergänzende Anstrengung zur NATO, nicht als deren Konkurrenz. Die NATO ist und bleibt ein tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft. Sie ist für Frieden und Sicherheit in einer Zeit neuer internationaler Unsicherheiten und Herausforderungen unverzichtbar.

5190 **ration und Arbeitsteilung auf dem Weg zu einer europäischen Armee.** Ein solcher Zusammenschluss versteht sich als ergänzende Anstrengung zur NATO, nicht als deren Konkurrenz. Die NATO ist und bleibt ein tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft. Sie ist für Frieden und Sicherheit in einer Zeit neuer internationaler Unsicherheiten und Herausforderungen unverzichtbar.

5195 Die EU-Erweiterungspolitik bleibt wichtig, um Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit zu fördern. Zugleich muss die EU durch innere Reformen ihre Handlungsfähigkeit sicherstellen. Alle Länder des westlichen Balkan haben eine Beitrittsperspektive. Wir unterstützen ihre Annäherung an die EU und schenken der Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besondere Aufmerksamkeit.

5200 Die EU-Erweiterungspolitik bleibt wichtig, um Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit zu fördern. Zugleich muss die EU durch innere Reformen ihre Handlungsfähigkeit sicherstellen. Alle Länder des westlichen Balkan haben eine Beitrittsperspektive. Wir unterstützen ihre Annäherung an die EU und schenken der Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besondere Aufmerksamkeit.

5205 Eine besondere Herausforderung für uns ist die Zusammenarbeit mit der Türkei. Die Türkei ist in vielen Bereichen ein wichtiger, wenngleich mittlerweile sehr schwieriger Partner. Die gegenwärtigen Entwicklungen in der Türkei sehen wir mit größter Sorge und **verurteilen die massenhaften Verhaftungen von Journalistinnen und Journalisten und Oppositionellen sowie die Einschränkungen fundamentaler Grundrechte** wie der Freiheit von Medien und Wissenschaft in aller Schärfe. Das Vorgehen der türkischen Regierung steht im Widerspruch zu den Werten der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die grundlegend für die europäische Wertegemeinschaft sind.

5210 Eine besondere Herausforderung für uns ist die Zusammenarbeit mit der Türkei. Die Türkei ist in vielen Bereichen ein wichtiger, wenngleich mittlerweile sehr schwieriger Partner. Die gegenwärtigen Entwicklungen in der Türkei sehen wir mit größter Sorge und **verurteilen die massenhaften Verhaftungen von Journalistinnen und Journalisten und Oppositionellen sowie die Einschränkungen fundamentaler Grundrechte** wie der Freiheit von Medien und Wissenschaft in aller Schärfe. Das Vorgehen der türkischen Regierung steht im Widerspruch zu den Werten der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die grundlegend für die europäische Wertegemeinschaft sind.

5215 Eine besondere Herausforderung für uns ist die Zusammenarbeit mit der Türkei. Die Türkei ist in vielen Bereichen ein wichtiger, wenngleich mittlerweile sehr schwieriger Partner. Die gegenwärtigen Entwicklungen in der Türkei sehen wir mit größter Sorge und **verurteilen die massenhaften Verhaftungen von Journalistinnen und Journalisten und Oppositionellen sowie die Einschränkungen fundamentaler Grundrechte** wie der Freiheit von Medien und Wissenschaft in aller Schärfe. Das Vorgehen der türkischen Regierung steht im Widerspruch zu den Werten der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die grundlegend für die europäische Wertegemeinschaft sind.

5220 Seit mehr als 50 Jahren wird über den Beitritt der Türkei in die Europäische Union verhandelt. Die Wahrheit ist: Weder die Türkei noch die Europäische Union sind in absehbarer Zeit für einen Beitritt bereit. Gleichzeitig sind die Beitrittsverhandlungen das einzige kontinuierliche Gesprächsformat der Europäischen Union mit der Türkei. Ein **Abbruch regelmäßiger Gespräche und eine Isolierung der Türkei sind nicht im Interesse Europas.**

5225 Die SPD wird sich deshalb in der Bundesregierung und gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten der EU und gegenüber der Türkei dafür einsetzen, auch neue Gesprächsformate zu eröffnen – zum Beispiel über eine weitere Entwicklung der Zollunion.

(...) Die Wahrheit ist: Weder die Türkei noch die Europäische Union sind in absehbarer Zeit für einen Beitritt zur bereit. (...) **Allerdings** sind die Beitrittsverhandlungen das einzige kontinuierliche Gesprächsformat der Europäischen Union mit der Türkei. (...) **Eine Isolierung der Türkei ist nicht im Interesse Europas.** (...).

5230 Ob und in welcher Weise die Türkei Teil des europäischen Einigungsprozesses sein wird und wie weit ihre Integration gehen wird, bleibt auch in den kommenden

Jahren eine offene und nicht endgültig beantwortete Frage.

5240 Die **Stärkung der demokratischen Kräfte der Türkei** ist in unserem besonderen Interesse. Wir setzen uns deshalb für Unterstützung und Reiseerleichterungen für Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, türkisch-deutscher Unternehmen, der Wissenschaften und der Künste sowie für Journalistinnen und Journalisten ein.

5245 Es ist jetzt an der türkischen Regierung zu entscheiden, welchen Weg sie gehen will. Klar ist:

**Sollte die Türkei die Todesstrafe einführen, entscheidet sie sich offen gegen die Mitgliedschaft in der Europäischen Union!** Dann müssen die Beitrittsverhandlungen beendet werden. Wahlkampf und eine Abstimmung über die Einführung der Todesstrafe in der Türkei wird es auf deutschem Boden nicht geben.

**Demokratisches und handlungsfähiges Europa:**

5255 Die EU braucht starke Institutionen, allen voran ein starkes Europäisches Parlament und eine handlungsfähige Europäische Kommission. Statt nationaler Egoismen setzen wir auf die Gemeinschaftsmethode. Zugleich erkennen wir an, dass innerhalb der Europäischen Union unterschiedliche Vorstellungen über die Zukunft und die Arbeitsweise der Europäischen Union bestehen. **Deshalb muss die EU flexibler werden. Gruppen von Mitgliedstaaten sollen bei gemeinsamen Projekten vorangehen können.** Die europäischen Verträge lassen dies ausdrücklich zu.

5270 Das Vereinigte Königreich will die Europäische Union verlassen. Diese Entscheidung gilt es zu respektieren. Klar ist zugleich aber: Ein Land, das nicht mehr Mitglied der Europäischen Union sein will, kann auch nicht dessen Vorteile genießen. Die vier Grundfreiheiten (freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital) und der Binnenmarkt sind untrennbar miteinander verbunden. **Bei den Austrittsverhandlungen mit Großbritannien gibt es kein „Europa à la carte“.** Natürlich ist eine enge Partnerschaft mit Großbritannien auch künftig in beiderseitigem Interesse, vor allem bei der Außen- und Sicherheitspolitik. Für uns ist aber in

5275  
5280

Die **Stärkung der demokratischen Kräfte der Türkei** ist in unserem besonderen Interesse. Wir setzen uns deshalb für Unterstützung und Reiseerleichterungen für Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, türkisch-deutscher Unternehmen, der Wissenschaften und der Künste sowie für Journalistinnen und Journalisten ein.

(...) Klar ist: **Hält die türkische Regierung an ihrem konfrontativen Kurs fest, entfernt sie die Türkei von Europa.**

**Sollte die Türkei die Todesstrafe einführen, entscheidet sie sich offen gegen die Mitgliedschaft in der Europäischen Union!** Dann müssen die Beitrittsverhandlungen beendet werden. Wahlkampf und eine Abstimmung über die Einführung der Todesstrafe in der Türkei wird es auf deutschem Boden nicht geben.

**Demokratisches und handlungsfähiges Europa:**

Die EU braucht starke Institutionen, allen voran ein starkes Europäisches Parlament und eine handlungsfähige Europäische Kommission. Statt nationaler Egoismen setzen wir auf die Gemeinschaftsmethode. Zugleich erkennen wir an, dass innerhalb der Europäischen Union unterschiedliche Vorstellungen über die Zukunft und die Arbeitsweise der Europäischen Union bestehen. **Deshalb muss die EU flexibler werden. Gruppen von Mitgliedstaaten sollen bei gemeinsamen Projekten vorangehen können.** Die europäischen Verträge lassen dies ausdrücklich zu. **Wir wollen auch, dass sich die EU und ihre Organe auf das wirklich Wesentliche konzentrieren: Auf die Zukunftsaufgaben, die wir nur mit gemeinsamer europäischer Kraft meistern können.**

Das Vereinigte Königreich will die Europäische Union verlassen. Diese Entscheidung gilt es zu respektieren. Klar ist zugleich aber: Ein Land, das nicht mehr Mitglied der Europäischen Union sein will, kann auch nicht dessen Vorteile genießen. Die vier Grundfreiheiten (freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital) und der Binnenmarkt sind untrennbar miteinander verbunden. **Bei den Austrittsverhandlungen mit Großbritannien gibt es kein „Europa à la carte“.** Natürlich ist eine enge Partnerschaft mit Großbritannien auch künftig in beiderseitigem Interesse, vor allem bei der Außen- und Sicherheitspolitik. Für uns ist aber in

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

<p>den Verhandlungen das wichtigste deutsche Interesse der Erhalt der europäischen Einigung.</p>	<p>den Verhandlungen das wichtigste deutsche Interesse der Erhalt der europäischen Einigung.</p>
<p>5285 <b>Für eine Europäische Verfassung für Wachstum, sozialen Fortschritt und mehr Demokratie:</b></p>	<p><b>Für eine Europäische Verfassung für Wachstum, sozialen Fortschritt und mehr Demokratie:</b></p>
<p>5290 Die EU ist eine Gemeinschaft unteilbarer und universeller Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Grundrechte. Die Mitgliedstaaten müssen nicht nur vor, sondern <b>auch nach dem Beitritt zur EU die Einhaltung dieser Werte gewährleisten.</b> Die bestehenden Mechanismen hierfür wollen wir ausbauen. Nur</p> <p>5295 dann ist die EU als eine Wertegemeinschaft auch glaubwürdig.</p>	<p>Die EU ist eine Gemeinschaft unteilbarer und universeller Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Grundrechte. Die Mitgliedstaaten müssen nicht nur vor, sondern <b>auch nach dem Beitritt zur EU die Einhaltung dieser Werte gewährleisten.</b> Die bestehenden Mechanismen hierfür wollen wir ausbauen. Nur dann ist die EU als eine Wertegemeinschaft auch glaubwürdig. <b>Wir werden uns insbesondere jeder Einschränkung der unabhängigen Justiz, der Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit entschieden entgegenstellen.</b></p>
<p>5300 Die <b>Kompetenzen des Europäischen Parlamentes müssen ausgeweitet werden</b>, um das demokratische Defizit der EU zu beseitigen und die neue Wirtschaftsregierung demokratisch kontrollieren zu können. Dazu wollen wir</p> <p>5305 dem Europäischen Parlament die vollständige Mitwirkung an der Wirtschafts- und Währungspolitik, das vollständige Budgetrecht, das Recht zur Wahl der einzelnen Kommissionsmitglieder und das Recht zur Gesetzesinitiative übertragen.</p>	<p>Die <b>Kompetenzen des Europäischen Parlamentes müssen ausgeweitet werden</b>, um das demokratische Defizit der EU zu beseitigen und die neue Wirtschaftsregierung demokratisch kontrollieren zu können. Dazu wollen wir dem Europäischen Parlament die vollständige Mitwirkung an der Wirtschafts- und Währungspolitik, das vollständige Budgetrecht, das Recht zur Wahl der einzelnen Kommissionsmitglieder und das Recht zur Gesetzesinitiative übertragen. <b>Um die Handlungsfähigkeit des Europäischen Parlamentes sicherzustellen und mehr demokratische Teilhabe zu ermöglichen, unterstützen wir ein einheitliches europäisches Wahlrecht, das auch Sperrklauseln vorsehen sollte. Die EU-Kommission muss reformiert werden. Dazu gehört, der Kommission eine solche Struktur zu geben, dass sie handlungsfähig und entscheidungsorientiert arbeiten kann.</b></p>
<p>5310 Die Aufstellung von gemeinsamen Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten – wie zum ersten Mal bei</p> <p>5320 der Europawahl 2014 geschehen – wollen wir dauerhaft verankern. Wir wollen insgesamt die europäischen Parteien weiter stärken und die Möglichkeiten, sich in ihnen zu engagieren, erweitern. Die europäischen Parteien sind Träger einer transnationalen politischen</p> <p>5325 Willensbildung. Um diesen wichtigen Aspekt europäischer Demokratie zusätzlich zu stärken, setzen wir uns auch dafür ein, dass die durch das Ausscheiden Großbritanniens freiwerdenden Sitze im Europäischen Parlament künftig durch Abgeordnete besetzt werden, die</p> <p>5330 anhand transnationaler Listen gewählt worden sind.</p>	<p>Die Aufstellung von gemeinsamen Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten – wie zum ersten Mal bei der Europawahl 2014 geschehen – wollen wir dauerhaft verankern. Wir wollen insgesamt die europäischen Parteien weiter stärken und die Möglichkeiten, sich in ihnen zu engagieren, erweitern. Die europäischen Parteien sind Träger einer transnationalen politischen Willensbildung. Um diesen wichtigen Aspekt europäischer Demokratie zusätzlich zu stärken, setzen wir uns auch dafür ein, dass die durch das Ausscheiden Großbritanniens freiwerdenden Sitze im Europäischen Parlament künftig durch Abgeordnete besetzt werden, die anhand transnationaler Listen gewählt worden sind.</p>

5335 Mittelfristig bedarf eine erneuerte Europäische Union einer Überarbeitung des Lissaboner Vertrages. Ziel ist eine **europäische Verfassung**, die sicherstellt, dass wirtschaftliche Integration mit sozialem Fortschritt und mehr Demokratie verbunden wird.

Mittelfristig bedarf eine erneuerte Europäische Union einer Überarbeitung des Lissaboner Vertrages. Ziel ist eine **europäische Verfassung**, die sicherstellt, dass wirtschaftliche Integration mit sozialem Fortschritt und mehr Demokratie verbunden wird.

**Es ist Zeit für mehr Frieden und Stabilität in der Welt**

**Es ist Zeit für mehr Frieden und Stabilität in der Welt**

5340 Sozialdemokratische **Außenpolitik ist dem Frieden verpflichtet**. Wir setzen auf Dialog statt auf Konfrontation, auf fairen Interessenausgleich und Verhandlungslösungen. Wir wollen Konflikte an ihren Ursachen bekämpfen und an einer gerechten und stabilen internationalen Ordnung mitwirken. Unsere Politik gründet sich auf der Überzeugung, dass die großen globalen Zukunftsaufgaben – vom Kampf gegen Hunger und Armut über den Klimawandel bis hin zu bewaffneten Konflikten und weltweiten Migrationsbewegungen – nur partnerschaftlich zu bewältigen sind. Internationale Politik ist ganz im Sinne Willy Brandts „der illusionslose Versuch zur friedlichen Lösung von Problemen“. Beides prägt sozialdemokratische Außen- und Friedenspolitik auch heute: die **Zielvorstellung einer friedlichen, gerechten und regelbasierten internationalen Ordnung** und die Bereitschaft, den praktisch möglichen Schritt zu gehen, selbst wenn er nur klein und mit Risiken behaftet ist.

Sozialdemokratische **Außenpolitik ist dem Frieden verpflichtet**. Wir setzen auf Dialog statt auf Konfrontation, auf fairen Interessenausgleich und Verhandlungslösungen. Wir wollen Konflikte an ihren Ursachen bekämpfen und an einer gerechten und stabilen internationalen Ordnung mitwirken. Unsere Politik gründet sich auf der Überzeugung, dass die großen globalen Zukunftsaufgaben – vom Kampf gegen Hunger und Armut über den Klimawandel bis hin zu bewaffneten Konflikten und weltweiten Migrationsbewegungen – nur partnerschaftlich zu bewältigen sind. Internationale Politik ist ganz im Sinne Willy Brandts „der illusionslose Versuch zur friedlichen Lösung von Problemen“. Beides prägt sozialdemokratische Außen-, **Entwicklungs-** und Friedenspolitik auch heute: die **Zielvorstellung einer friedlichen, gerechten und regelbasierten internationalen Ordnung** und die Bereitschaft, den praktisch möglichen Schritt zu gehen, selbst wenn er nur klein und mit Risiken behaftet ist.

5360 **Deutschlands Verantwortung in der Welt:**

**Deutschlands Verantwortung in der Welt:**

5365 Unser Land ist zu einem stärker gefragten und geforderten Partner bei der Gestaltung der internationalen Beziehungen geworden. Wir sind bereit, in Europa und darüber hinaus gemeinsam mit unseren Partnern Führungsverantwortung zu übernehmen und einen **stärkeren Beitrag zur Lösung regionaler und globaler Sicherheitsprobleme** zu leisten. Eine moderne Friedensdiplomatie, die auf Dialog setzt, Verantwortung übernimmt und den fairen Interessenausgleich in den Mittelpunkt stellt, muss personell und finanziell gestärkt werden. Den Anteil für Auswärtiges am Bundeshaushalt wollen wir kontinuierlich steigern. Deutschland soll seiner gestiegenen internationalen Verantwortung damit gerecht werden können.

Unser Land ist zu einem stärker gefragten und geforderten Partner bei der Gestaltung der internationalen Beziehungen geworden. Wir sind bereit, in Europa und darüber hinaus gemeinsam mit unseren Partnern Führungsverantwortung zu übernehmen und einen **stärkeren Beitrag zur Lösung regionaler und globaler Sicherheitsprobleme** zu leisten. Eine moderne Friedensdiplomatie, die auf Dialog setzt, Verantwortung übernimmt und den fairen Interessenausgleich in den Mittelpunkt stellt, muss personell und finanziell gestärkt werden. Den Anteil für Auswärtiges am Bundeshaushalt wollen wir kontinuierlich steigern. Deutschland soll seiner gestiegenen internationalen Verantwortung damit gerecht werden können.

5380 Für die SPD ist klar: Entspannungspolitik, moderne Friedensdiplomatie, zivile Krisenprävention und Krisenmanagement bleiben Schwerpunkte deutscher und europäischer Außenpolitik. Die SPD hat die Instrumente

Für die SPD ist klar: Entspannungspolitik, moderne Friedensdiplomatie, zivile Krisenprävention und Krisenmanagement bleiben Schwerpunkte deutscher und europäischer Außenpolitik. Die SPD hat die **professio-**

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

<p>ziviler Krisenpolitik maßgeblich geprägt, unter anderem durch das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), den Personalpool ziviler Fachkräfte und den Zivilen Friedensdienst.</p>	<p><b>nellen</b> Instrumente ziviler (...) <b>Konfliktbearbeitung</b> maßgeblich geprägt, unter anderem durch das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), den Personalpool ziviler Fachkräfte und den Zivilen Friedensdienst (<b>ZFD</b>).</p>
<p>5385 Wir wollen <b>zivile Krisen- und Konfliktprävention weiter stärken und substanzieller ausstatten</b> – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Dazu gehört auch, freiwillige Friedensdienste erheblich auszubauen.</p>	<p>Wir wollen <b>zivile Krisen- und Konfliktprävention weiter stärken und substanzieller ausstatten</b> – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Dazu gehört auch, freiwillige Friedensdienste erheblich auszubauen. <b>Um eine nachhaltige Stabilisierung und den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen in Krisenländern zu unterstützen, wollen wir die Entsendung ziviler Fachkräfte, insbesondere von Polizisten wie auch Juristen, über die Schaffung eines virtuellen Personalpools, der durch den Bund finanziert wird, deutlich erhöhen.</b></p>
<p>5390</p> <p>5395</p>	<p>Humanitäre Hilfe dient dazu, notleidenden Menschen zu helfen und ihre Existenz und Würde zu sichern. Angesichts zahlreicher Konflikte weltweit und der dramatischen Flüchtlingslage hat Deutschland seine humanitäre Hilfe stark erhöht. Wir setzen uns dafür ein, dass wir unser <b>humanitäres Engagement ausbauen</b> und dass auch die internationale Gemeinschaft ihren Verpflichtungen gerecht wird. Internationale und zivilgesellschaftliche Organisationen müssen sich auf eine angemessene finanzielle Ausstattung für humanitäre Hilfe verlassen können.</p>
<p>5400</p> <p>5405</p>	<p>Humanitäre Hilfe dient dazu, notleidenden Menschen zu helfen und ihre Existenz und Würde zu sichern. Angesichts zahlreicher Konflikte weltweit und der dramatischen Flüchtlingslage hat Deutschland seine humanitäre Hilfe stark erhöht. Wir setzen uns dafür ein, dass wir unser <b>humanitäres Engagement ausbauen</b> und dass auch die internationale Gemeinschaft ihren Verpflichtungen gerecht wird. Internationale und zivilgesellschaftliche Organisationen müssen sich auf eine angemessene finanzielle Ausstattung für humanitäre Hilfe verlassen können. <b>Bei kurzfristiger humanitärer Hilfe muss stets auch die sich anschließende mittel- und langfristige strukturelle Entwicklungszusammenarbeit mitgedacht und geplant werden.</b></p>
<p>5410</p>	<p>Nirgends wird der Zusammenhang von Menschenrechten und Friedens- und Entwicklungspolitik so deutlich wie in fragilen Staaten, in denen Gewalt und extreme Unterentwicklung oft Hand in Hand gehen. <b>Zivile Krisenprävention, Mediation, Konfliktnachsorge und Stabilisierung müssen daher dauerhaft gestärkt werden.</b> Dies betrifft in erster Linie den Umgang mit strukturell schwachen oder von Bürgerkrieg gezeichneten Staaten.</p>
<p>5415</p> <p>5420</p>	<p>Nirgends wird der Zusammenhang von Menschenrechten und Friedens- und Entwicklungspolitik so deutlich wie in fragilen Staaten, in denen Gewalt und extreme Unterentwicklung oft Hand in Hand gehen. <b>Zivile Krisenprävention, Mediation, Konfliktnachsorge und Stabilisierung müssen daher dauerhaft gestärkt werden.</b> Dies betrifft in erster Linie den Umgang mit strukturell schwachen oder von Bürgerkrieg gezeichneten Staaten. Gerade hier können der Dialog mit zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren sowie gezielte Stabilisierungsmaßnahmen dazu beitragen, Menschenrechte zu fördern, Armut zu lindern und Bedingungen zu schaffen, die ein friedliches Zusammenleben und dauerhafte Versöhnung ermöglichen.</p>
<p>5425</p> <p>Berichte über Völkerrechtsverletzungen, Übergriffe auf die zivile Bevölkerung wie auch auf Hilfsorganisationen nehmen drastisch zu. Wir setzen uns für die konse-</p>	<p>Berichte über Völkerrechtsverletzungen, Übergriffe auf die zivile Bevölkerung wie auch auf Hilfsorganisationen nehmen drastisch zu. (...) <b>Wir setzen uns für die Stär-</b></p>

5430 quente Umsetzung des Völkerrechts ein.

**kung des Völkerrechts und des Internationalen Strafgerichtshofs ein, um die Strafflosigkeit bei Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu beenden.**

5435 **Wer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verantworten hat, wird verfolgt und bestraft.**

**Wer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verantworten hat, wird verfolgt und bestraft.**

5440 Die SPD setzt sich für eine **Stärkung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik** ein und wird die Mittel in der nächsten Legislaturperiode deutlich erhöhen. Mehr deutsche Schulen, die Stärkung der deutschen Stiftungsarbeit im Ausland, die Ausweitung der Arbeit des Goetheinstituts, des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und anderer Institutionen sind ein wichtiger Beitrag für Frieden und Verständigung. Die soziale Kraft der Kultur schafft Freiheits- und Emanzipationsräume in Kultur, Bildung, Wissenschaft und Forschung, ermöglicht Verständigung und Zusammenarbeit und prägt ein modernes Deutschlandbild.

Die SPD setzt sich für eine **Stärkung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik** ein und wird die Mittel in der nächsten Legislaturperiode deutlich erhöhen. Mehr deutsche Schulen, die Stärkung der deutschen Stiftungsarbeit im Ausland, die Ausweitung der Arbeit des Goetheinstituts, des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und anderer Institutionen sind ein wichtiger Beitrag für Frieden und Verständigung. Die soziale Kraft der Kultur schafft Freiheits- und Emanzipationsräume in Kultur, Bildung, Wissenschaft und Forschung, ermöglicht Verständigung und Zusammenarbeit und prägt ein modernes Deutschlandbild.

5445

**Eine neue Abrüstungsinitiative:**

**Eine neue Abrüstungsinitiative:**

5450 Wir setzen uns entschlossen für die weltweite vertragsgestützte Abrüstung von Atomwaffen, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen sowie konventioneller Rüstung ein. Den drohenden Zerfall der bestehenden Regime für Rüstungskontrolle und Abrüstung wollen wir verhindern. **Eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen bleibt unser Ziel.** Wir unterstützen, dass sich große Teile der internationalen Staatengemeinschaft für die weltweite Abschaffung dieser Waffen einsetzen. Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns **gegen verantwortungslose Gedankenspiele über die Schaffung einer europäischen Atomwaffenmacht oder gar eine atomare Bewaffnung Deutschlands.** Solche Überlegungen dienen nicht dem Frieden, sondern sie untergraben Grundelemente deutscher und europäischer Sicherheit! Deutschland hat sich im Zwei-plus-Vier-Vertrag und im Nichtverbreitungsvertrag (NVV) völkerrechtlich zum ausdrücklichen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen verpflichtet. Allerdings erleben wir derzeit weltweit und auch in Europa einen anderen Trend: den zur Aufrüstung im nuklearen wie im nichtnuklearen Bereich.

Wir setzen uns entschlossen für die weltweite vertragsgestützte Abrüstung von Atomwaffen, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen sowie konventioneller Rüstung ein. Den drohenden Zerfall der bestehenden Regime für Rüstungskontrolle und Abrüstung wollen wir verhindern. **Eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen bleibt unser Ziel.** Wir unterstützen, dass sich große Teile der internationalen Staatengemeinschaft für die weltweite Abschaffung dieser Waffen einsetzen. Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns **gegen verantwortungslose Gedankenspiele über die Schaffung einer europäischen Atomwaffenmacht oder gar eine atomare Bewaffnung Deutschlands.** Solche Überlegungen dienen nicht dem Frieden, sondern sie untergraben Grundelemente deutscher und europäischer Sicherheit! Deutschland hat sich im Zwei-plus-Vier-Vertrag und im Nichtverbreitungsvertrag (NVV) völkerrechtlich zum ausdrücklichen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen verpflichtet. Allerdings erleben wir derzeit weltweit und auch in Europa einen anderen Trend: den zur Aufrüstung im nuklearen wie im nichtnuklearen Bereich.

5455

5460 Solche Überlegungen dienen nicht dem Frieden, sondern sie untergraben Grundelemente deutscher und europäischer Sicherheit! Deutschland hat sich im Zwei-plus-Vier-Vertrag und im Nichtverbreitungsvertrag (NVV) völkerrechtlich zum ausdrücklichen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen verpflichtet. Allerdings erleben wir derzeit weltweit und auch in Europa einen anderen Trend: den zur Aufrüstung im nuklearen wie im nichtnuklearen Bereich.

Solche Überlegungen dienen nicht dem Frieden, sondern sie untergraben Grundelemente deutscher und europäischer Sicherheit! Deutschland hat sich im Zwei-plus-Vier-Vertrag und im Nichtverbreitungsvertrag (NVV) völkerrechtlich zum ausdrücklichen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen verpflichtet. Allerdings erleben wir derzeit weltweit und auch in Europa einen anderen Trend: den zur Aufrüstung im nuklearen wie im nichtnuklearen Bereich.

5465

**Wir unterstützen daher regionale Initiativen für Zonen, die frei von Massenvernichtungswaffen sind, und setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass im Rahmen eines**

5480

**gesamteuropäischen Abrüstungsvertrags die verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland und Europa abgezogen werden.**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind **immer für die Wehrhaftigkeit und Verteidigungsfähigkeit unseres Landes und des transatlantischen Bündnisses eingetreten.** Dabei bleibt es.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind **immer für die Wehrhaftigkeit und Verteidigungsfähigkeit unseres Landes und des transatlantischen Bündnisses eingetreten.** Dabei bleibt es.

5485

Aber wir haben zugleich auch immer Angebote für Entspannung, Rüstungskontrolle und Abrüstung entwickelt und durchgesetzt. Genau daran fehlt es zurzeit in Europa, in der Nato und weltweit. Verteidigungsfähigkeit und Abschreckung sowie die Bereitschaft und der ernsthafte Wille zur Rüstungskontrolle und zur umfassenden Abrüstung sind zwei Seiten der gleichen Medaille. **Deshalb werden wir einen neuen Anlauf für Entspannung und Abrüstung unternehmen.** Die erreichte Übereinkunft über das iranische Atomprogramm ist ein wichtiger Erfolg für die weltweite Abrüstung. Neue Initiativen zur Belebung von Abrüstung sind jedoch dringend erforderlich, gerade auch in und für Europa. Dazu wollen wir einen Dialog mit allen Verbündeten und Partnern starten, die für die Sicherheit unseres Kontinents Verantwortung tragen. Ein wichtiges Dialogforum dafür ist die OSZE.

Aber wir haben zugleich auch immer Angebote für Entspannung, Rüstungskontrolle und Abrüstung entwickelt und durchgesetzt. Genau daran fehlt es zurzeit in Europa, in der Nato und weltweit. Verteidigungsfähigkeit und Abschreckung sowie die Bereitschaft und der ernsthafte Wille zur Rüstungskontrolle und zur umfassenden Abrüstung sind zwei Seiten der gleichen Medaille. **Deshalb werden wir einen neuen Anlauf für Entspannung und Abrüstung unternehmen.** Die erreichte Übereinkunft über das iranische Atomprogramm ist ein wichtiger Erfolg für die weltweite Abrüstung. Neue Initiativen zur Belebung von Abrüstung sind jedoch dringend erforderlich, gerade auch in und für Europa. Dazu wollen wir einen Dialog mit allen Verbündeten und Partnern starten, die für die Sicherheit unseres Kontinents Verantwortung tragen. Ein wichtiges Dialogforum dafür ist die **Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).**

5495

5500

5505

Um diese Ansätze glaubhaft umsetzen zu können, ist die **Eindämmung der Rüstungsexporte zwingend.** Die SPD hat deshalb in der Bundesregierung die transparenteste und restriktivste Rüstungsexportpolitik durchgesetzt, die es jemals in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat. Beim besonders sensiblen Bereich der Kleinwaffen hat sich die SPD erfolgreich dafür eingesetzt, die gesetzlichen Regeln nochmals zu verschärfen. Die von Januar 2000 stammenden „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ gilt es weiter zu entwickeln und wo notwendig gesetzlich zu fixieren.

Um diese Ansätze glaubhaft umsetzen zu können, ist die **Eindämmung der Rüstungsexporte zwingend.** Die SPD hat deshalb in der Bundesregierung die transparenteste und restriktivste Rüstungsexportpolitik durchgesetzt, die es jemals in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat. Beim besonders sensiblen Bereich der Kleinwaffen hat sich die SPD erfolgreich dafür eingesetzt, die gesetzlichen Regeln nochmals zu verschärfen. Die von Januar 2000 stammenden „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ gilt es weiter zu entwickeln und wo notwendig gesetzlich zu fixieren.

5510

5515

5520

5525

Konkret bedeutet das: Wir werden eine Gesetzesinitiative zur Änderung der Rüstungsexportpolitik Deutschlands einbringen. Sie wird ein **grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexportes in Drittstaaten außerhalb von EU, Nato und vergleichbaren Ländern** enthalten. Zugleich treten wir für eine einheitliche restriktivere Rüstungsexportpolitik in Europa ein. Auch setzen wir uns für eine stärkere Begrenzung von Rüstungsexporten auf

Konkret bedeutet das: Wir werden eine Gesetzesinitiative zur Änderung der Rüstungsexportpolitik Deutschlands einbringen. Sie wird ein **grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexportes in Drittstaaten außerhalb von EU, Nato und vergleichbaren Ländern** enthalten. Zugleich treten wir für eine einheitliche restriktivere Rüstungsexportpolitik in Europa ein. Auch setzen wir uns für eine stärkere Begrenzung von Rüstungsexporten auf



Ebene der EU ein.

Ebene der EU ein.

5530 Die rasant fortschreitende Automatisierung von Waffensystemen stellt uns vor große Herausforderungen. **Wir fordern eine völkerrechtliche Ächtung von autonomen Waffensystemen.** Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass neue Waffensysteme international

5535 erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden. Dies gilt insbesondere für den militärisch bedeutender werdenden Bereich der unbemannten bewaffneten Luftfahrzeuge (Drohnen). **Völkerrechtswidrige Tötungen durch unbemannte militärische Systeme lehnen wir kategorisch ab.**

5540

Die rasant fortschreitende Automatisierung von Waffensystemen stellt uns vor große Herausforderungen. **Wir fordern eine völkerrechtliche Ächtung von autonomen Waffensystemen.** Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass neue Waffensysteme international

erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden. Dies gilt insbesondere für den militärisch bedeutender werdenden Bereich der unbemannten bewaffneten Luftfahrzeuge (Drohnen). **Völkerrechtswidrige Tötungen durch unbemannte militärische Systeme lehnen wir kategorisch ab. Es darf nicht sein, dass Drohnen zunehmend als eine Waffe für Tötungen eingesetzt werden, bei denen immer wieder auch Zivilisten ums Leben kommen.**

5545 **Moderne Streitkräfte zur Sicherung des Friedens:**

**Moderne Streitkräfte zur Sicherung des Friedens:**

Die Bundeswehr übernimmt heute in den verschiedenen Auslandseinsätzen im Rahmen von Vereinten Nationen, EU und NATO große Verantwortung für Stabilität

5550 und Sicherheit in der Welt. Grundsätzlich gilt bei Auslandseinsätzen: Eine Beteiligung der Bundeswehr an bewaffneten Auslandseinsätzen erfolgt im Rahmen der Vereinten Nationen, auf der Grundlage des Völkerrechts sowie im Rahmen von Systemen kollektiver Sicherheit nach Art. 24 Abs. 2 des Grundgesetzes. Voraussetzung ist die Zustimmung des Deutschen Bundestags im Sinne des Parlamentsvorbehalts. Ein militärischer Beitrag Deutschlands muss immer in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet sein.

5555

Die Bundeswehr übernimmt heute in den verschiedenen Auslandseinsätzen im Rahmen von Vereinten Nationen, EU und NATO große Verantwortung für Stabilität

und Sicherheit in der Welt. Grundsätzlich gilt bei Auslandseinsätzen: Eine Beteiligung der Bundeswehr an bewaffneten Auslandseinsätzen erfolgt im Rahmen der Vereinten Nationen, auf der Grundlage des Völkerrechts sowie im Rahmen von Systemen kollektiver Sicherheit nach Art. 24 Abs. 2 des Grundgesetzes. Voraussetzung ist die Zustimmung des Deutschen Bundestags im Sinne des Parlamentsvorbehalts. Ein militärischer Beitrag Deutschlands muss immer in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet sein.

5560 Die Bundeswehr hat sich als Armee in der Demokratie und für die Demokratie bewährt. Das zentrale Leitbild der Inneren Führung und des Soldaten als Staatsbürgers in Uniform ist Maßstab für den Dienst in der Bundeswehr und den Einsatz der Bundeswehr für Frieden

5565 und Freiheit weltweit. **Wir bekennen uns zu modernen und leistungsfähigen Streitkräften,** die über angemessene Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung sowie zur internationalen Krisenbewältigung verfügen

5570 müssen. Die Soldatinnen und Soldaten müssen sich darauf verlassen können, dass ihnen die bestmögliche Ausrüstung zur Verfügung und ausreichend qualifiziertes Personal zur Seite gestellt wird. Sie selbst müssen bestens ausgebildet werden. Dafür notwendige Maßnahmen der Nachwuchsgewinnung und der dienstlichen Rahmenbedingungen sollen entsprechend umge-

5575

Die Bundeswehr hat sich als Armee in der Demokratie und für die Demokratie bewährt. Das zentrale Leitbild der Inneren Führung und des Soldaten als Staatsbürgers in Uniform ist Maßstab für den Dienst in der Bundeswehr und den Einsatz der Bundeswehr für Frieden

und Freiheit weltweit. **Wir bekennen uns zu modernen und leistungsfähigen Streitkräften,** die über angemessene Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung sowie zur internationalen Krisenbewältigung verfügen

müssen. Die Soldatinnen und Soldaten müssen sich darauf verlassen können, dass ihnen die bestmögliche Ausrüstung zur Verfügung und ausreichend qualifiziertes Personal zur Seite gestellt wird. Sie selbst müssen bestens ausgebildet werden. Dafür notwendige Maßnahmen der Nachwuchsgewinnung und der dienstlichen Rahmenbedingungen sollen entsprechend umge-

5580 setzt werden. Dazu gehören die Schaffung einer eigenen Besoldungsordnung im Rahmen des Bundesbesoldungsgesetzes für Soldatinnen und Soldaten sowie die Weiterentwicklung des Status- und Laufbahnrechts.

setzt werden. Dazu gehören die Schaffung einer eigenen Besoldungsordnung im Rahmen des Bundesbesoldungsgesetzes für Soldatinnen und Soldaten sowie die Weiterentwicklung des Status- und Laufbahnrechts.

**Wir werden außerdem die Betreuung und Nachsorge von Soldatinnen und Soldaten nach Kampfeinsetzen verbessern und absichern.**

5585 Wir werden die erkannten Lücken bei Personal und Material zügig schließen und dafür die notwendige Steigerung des Verteidigungshaushaltes sichern. Wir wenden uns allerdings entschieden **gegen völlig unnötige und unrealistische Steigerungsraten des deutschen**

Wir werden die erkannten Lücken bei Personal und Material zügig schließen und dafür die notwendige Steigerung des Verteidigungshaushaltes sichern. Wir wenden uns allerdings entschieden **gegen völlig unnötige und unrealistische Steigerungsraten des deutschen**

5590 **Verteidigungshaushaltes.** Eine apodiktische Festlegung auf einen Anteil der jährlichen Ausgaben für die Bundeswehr auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts käme einer Verdoppelung unserer derzeitigen Ausgaben gleich und würde mehr als 70 Milliarden Euro pro Jahr für die deutsche Rüstungs- und Verteidigungspolitik bedeuten. Das wird es mit der SPD nicht geben. Nicht nur, weil dies eine völlige Überdimensionierung der Ausgaben wäre, sondern vor allem auch, weil Sicherheit und Stabilität gerade nicht ausschließlich durch Militärausgaben gewährleistet werden können.

**Verteidigungshaushaltes.** Eine apodiktische Festlegung auf einen Anteil der jährlichen Ausgaben für die Bundeswehr auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts käme einer Verdoppelung unserer derzeitigen Ausgaben gleich und würde mehr als 70 Milliarden Euro pro Jahr für die deutsche Rüstungs- und Verteidigungspolitik bedeuten. Das wird es mit der SPD nicht geben. Nicht nur, weil dies eine völlige Überdimensionierung der Ausgaben wäre, sondern vor allem auch, weil Sicherheit und Stabilität gerade nicht ausschließlich durch Militärausgaben gewährleistet werden können.

5605 Im Gegenteil: Wirtschaftliche Entwicklung, der Kampf gegen Hunger und Elend, gegen den Klimawandel und die Verbesserung der Lebensbedingungen sind letztlich die einzigen nachhaltig wirksamen Maßnahmen gegen Krieg, Bürgerkrieg und die ideologischen Verlockungen des weltweiten Terrorismus. Deshalb wird die SPD dafür sorgen, dass zusätzliche Ausgaben für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands durch zusätzliche Ausgaben für Krisenprävention, humanitäre Hilfe und nachhaltige Entwicklung ergänzt werden.

Im Gegenteil: Wirtschaftliche Entwicklung, der Kampf gegen Hunger und Elend, gegen den Klimawandel und die Verbesserung der Lebensbedingungen sind letztlich die einzigen nachhaltig wirksamen Maßnahmen gegen Krieg, Bürgerkrieg und die ideologischen Verlockungen des weltweiten Terrorismus. Deshalb wird die SPD dafür sorgen, dass zusätzliche Ausgaben für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands durch zusätzliche Ausgaben für Krisenprävention, humanitäre Hilfe und nachhaltige Entwicklung ergänzt werden.

5615 Sozialdemokratische Friedenspolitik basiert immer auf einem **umfassenden Sicherheitsbegriff, der soziale, wirtschaftliche, ökologische, kulturelle und menschenrechtliche Aspekte** bei Konfliktprävention und -lösung mit einschließt. Damit stehen stets starke zivile Instrumente im Vordergrund, die gegebenenfalls durch ein Mandat des Bundestags für militärische Einsätze ergänzt werden können.

Sozialdemokratische Friedenspolitik basiert immer auf einem **umfassenden Sicherheitsbegriff, der soziale, wirtschaftliche, ökologische, kulturelle und menschenrechtliche Aspekte** bei Konfliktprävention und -lösung mit einschließt. Damit stehen stets starke zivile Instrumente im Vordergrund, die gegebenenfalls durch ein Mandat des Bundestags für militärische Einsätze ergänzt werden können.

5625 Minderjährige Bewerber und Bewerberinnen bei der Bundeswehr werden wir künftig bis zum Erreichen der Volljährigkeit in der zivilen Wehrverwaltung beschäftigen und qualifizieren. **Erst nach ihrem 18. Geburtstag**

Minderjährige Bewerber und Bewerberinnen bei der Bundeswehr werden wir künftig bis zum Erreichen der Volljährigkeit in der zivilen Wehrverwaltung beschäftigen und qualifizieren. **Erst nach ihrem 18. Geburtstag**

dürfen sie Soldat beziehungsweise Soldatin werden, um das Zusatzprotokoll der UN-Kinderrechtskonvention eindeutig zu erfüllen.

dürfen sie Soldat beziehungsweise Soldatin werden, um das Zusatzprotokoll der UN-Kinderrechtskonvention eindeutig zu erfüllen.

5630 **Internationale Ordnung und Multilateralismus stärken, Partnerschaften festigen:**

**Internationale Ordnung und Multilateralismus stärken, Partnerschaften festigen:**

Um Frieden und Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen, brauchen wir belastbare, globale Ordnungsstrukturen.

Um Frieden und Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen, brauchen wir belastbare, globale Ordnungsstrukturen.

5635 Wir setzen dabei auf die Stärke des Rechts, nicht auf das Recht des Stärkeren. Und wir setzen auf die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsentwicklungsziele der UN- Generalversammlung, die die Perspektive einer sozial-ökologischen Transformation im Sinne unserer sozialdemokratischen Überzeugungen darstellen. Wir

Wir setzen dabei auf die Stärke des Rechts, nicht auf das Recht des Stärkeren. Und wir setzen auf die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsentwicklungsziele der UN- Generalversammlung, die die Perspektive einer sozial-ökologischen Transformation im Sinne unserer sozialdemokratischen Überzeugungen darstellen. Wir

5640 brauchen daher **starke und handlungsfähige Vereinte Nationen**. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund angekündigter Mittelkürzungen für Entwicklungszusammenarbeit und internationale Organisationen

brauchen daher **starke und handlungsfähige Vereinte Nationen**. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund angekündigter Mittelkürzungen für Entwicklungszusammenarbeit und internationale Organisationen

5645 durch die neue US-Administration. Wir unterstützen die deutsche Sicherheitsratskandidatur für 2019/2020 unter dem Motto „Frieden, Gerechtigkeit, Innovation und Partnerschaft“.

durch die neue US-Administration. Wir unterstützen die deutsche Sicherheitsratskandidatur für 2019/2020 unter dem Motto „Frieden, Gerechtigkeit, Innovation und Partnerschaft“.

5650 Auch jenseits der Vereinten Nationen setzen wir auf multilaterale Zusammenarbeit. **So wollen wir den Europarat stärken**, der gerade in Bezug auf die Türkei und Russland wertvolle Arbeit leistet. Zudem haben wir mit dem erfolgreichen deutschen Vorsitz in der Organisati-

Auch jenseits der Vereinten Nationen setzen wir auf multilaterale Zusammenarbeit. **So wollen wir den Europarat stärken**, der gerade in Bezug auf die Türkei und Russland wertvolle Arbeit leistet. Zudem haben wir mit dem erfolgreichen deutschen Vorsitz in der Organisati-

5655 on für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Jahr 2016 wichtige Impulse für eine aktivere Rolle dieses Forums gesetzt. Die OSZE ist und bleibt ein wichtiger Ort der Verständigung zwischen Ost und West.

on für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Jahr 2016 wichtige Impulse für eine aktivere Rolle dieses Forums gesetzt. Die OSZE ist und bleibt ein wichtiger Ort der Verständigung **und Vertrauensbildung** zwischen Ost und West.

5660 **Die USA sind und bleiben der engste Partner Deutschlands außerhalb Europas** – dies gilt unabhängig davon, wer in den USA regiert. Europa und die USA sind auf engste Weise in einer Interessen- und Wertegemeinschaft verbunden, deren Fundament das Eintreten für Freiheit und Demokratie ist. In einer Zeit, in der diese Werte vielerorts unter Druck stehen und gefährdet sind, ist es umso wichtiger, diese Partnerschaft weiter zu stärken. Hinzu kommt: Die aktuellen Herausforderungen und die Unsicherheit in der Welt sind zu groß,

**Die USA sind und bleiben der engste Partner Deutschlands außerhalb Europas** – dies gilt unabhängig davon, wer in den USA regiert. Europa und die USA sind auf engste Weise in einer Interessen- und Wertegemeinschaft verbunden, deren Fundament das Eintreten für Freiheit und Demokratie ist. In einer Zeit, in der diese Werte vielerorts unter Druck stehen und gefährdet sind, ist es umso wichtiger, diese Partnerschaft weiter zu stärken. Hinzu kommt: Die aktuellen Herausforderungen und die Unsicherheit in der Welt sind zu groß,

5665 als dass es sich die USA und Europa leisten könnten, nicht gemeinsam zu handeln. Syrien, Irak, Libyen, Ukraine, das Verhältnis zu Russland, der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die Gestaltung der künfti-

als dass es sich die USA und Europa leisten könnten, nicht gemeinsam zu handeln. Syrien, Irak, Libyen, Ukraine, das Verhältnis zu Russland, der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die Gestaltung der künfti-

5670

5670

- |   |  |
|---|--|
| <p>5675 gen globalen Wirtschafts- und Handelsordnung sind einige der Herausforderungen, bei denen es auf eine handlungsfähige transatlantische Partnerschaft ankommt. Trotzdem schauen wir als Europäer zugleich selbstbewusst nach vorn: <b>Sicherheit und Frieden werden künftig stärker von uns selbst abhängen.</b></p>   | <p>gen globalen Wirtschafts- und Handelsordnung sind einige der Herausforderungen, bei denen es auf eine handlungsfähige transatlantische Partnerschaft ankommt. Trotzdem schauen wir als Europäer zugleich selbstbewusst nach vorn: <b>Sicherheit und Frieden werden künftig stärker von uns selbst abhängen.</b></p>   |
| <p><b>Entspannungspolitik, Dialog und klare Prinzipien als Zeichen der Stärke:</b></p>  | <p><b>Entspannungspolitik, Dialog und klare Prinzipien als Zeichen der Stärke:</b></p>   |
| <p>5685 Unser Verhältnis zu Russland ist durch das Vorgehen der russischen Regierung in der Ostukraine und den Bruch des Völkerrechts durch die Annexion der Krim belastet. Fundamentale Prinzipien der europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung sind verletzt. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass <b>Frieden und Sicherheit in Europa nur mit, nicht ohne oder gar gegen Russland möglich</b> sind. Dafür bedarf es der Deeskalation, der Rückkehr zum politischen Dialog und der differenzierten Anwendung von Sanktionsmechanismen. Der politische Prozess für die Ostukraine, der den Ausbruch eines offenen Krieges erfolgreich verhindern konnte, ist ins Stocken geraten. Wir halten dennoch an ihm fest. Substanzielle Fortschritte bei der <b>Umsetzung des Minsker Abkommens würden eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen</b> gegen Russland nach sich ziehen.</p> | <p>Unser Verhältnis zu Russland ist durch das Vorgehen der russischen Regierung in der Ostukraine und den Bruch des Völkerrechts durch die Annexion der Krim belastet. Fundamentale Prinzipien der europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung sind verletzt. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass <b>Frieden und Sicherheit in Europa nur mit, nicht ohne oder gar gegen Russland möglich</b> sind. Dafür bedarf es der Deeskalation, der Rückkehr zum politischen Dialog und der differenzierten Anwendung von Sanktionsmechanismen. Der politische Prozess für die Ostukraine, der den Ausbruch eines offenen Krieges erfolgreich verhindern konnte, ist ins Stocken geraten. Wir halten dennoch an ihm fest. Substanzielle Fortschritte bei der <b>Umsetzung des Minsker Abkommens würden eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen</b> gegen Russland nach sich ziehen. <b>Wir streben langfristig eine inklusive Sicherheitsarchitektur für ganz Europa an. Die Entspannungspolitik muss in diesem Sinne wieder gestärkt werden.</b></p> |
| <p>5705 Die Kriege und Konflikte im Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika zeigen, wie dringend eine starke internationale Ordnung mit durchsetzungsfähigen regionalen Organisationen ist.</p>  | <p>Die Kriege und Konflikte im Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika zeigen, wie dringend eine <b>Stärkung einer völkerrechtsbasierten (...) internationalen Ordnung und von regionalen Mechanismen, Organisationen und Institutionen zur Konfliktbewältigung sind. (...)</b></p>   |
| <p>5710 In Syrien und Jemen leiden die Menschen unter den schrecklichen Folgen von Krieg, Terror und Not. Die Verwerfungen in Europas direkter Nachbarschaft haben für uns unmittelbare Auswirkungen, nicht zuletzt durch die Migration Richtung Europa. <b>Es ist in unserem Interesse, dass die Spirale der Gewalt und des Staatszerfalls in der Region durchbrochen wird.</b> Es geht darum, langfristig Strukturen der Machtteilung, religiöser Toleranz und stabiler, guter Regierungsführung zu etablieren.</p>   | <p>In Syrien und im Jemen leiden die Menschen unter den schrecklichen Folgen von Krieg, Terror und Not. Die Verwerfungen in Europas direkter Nachbarschaft haben für uns unmittelbare Auswirkungen, nicht zuletzt durch die Migration Richtung Europa. <b>Es ist in unserem Interesse, dass die Spirale der Gewalt und des Staatszerfalls in der Region durchbrochen wird.</b> Es geht darum, langfristig Strukturen der Machtteilung, religiöser Toleranz und stabiler, guter Regierungsführung zu etablieren.</p>  |
| <p>5720 Gleichzeitig wird die Glaubwürdigkeit der internationalen Gemeinschaft gerade im Nahen und Mittleren Osten an Fortschritten beim <b>Friedensprozess zwischen Israel und Palästina</b> gemessen. Angesichts der besonde-</p>   | <p>Gleichzeitig wird die Glaubwürdigkeit der internationalen Gemeinschaft gerade im Nahen und Mittleren Osten an Fortschritten beim <b>Friedensprozess zwischen Israel und Palästina</b> gemessen. Angesichts der besonde-</p>   |

5725 ren Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels ebenso wie angesichts der zunehmenden Instabilität in der Region, muss Deutschland zusammen mit seinen europäischen Partnern weiterhin mit aller Kraft Initiativen zur Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses unterstützen. Die Glaubwürdigkeit der internationalen Gemeinschaft wird gerade im Na-

5730 hen und Mittleren Osten an Fortschritten beim Friedensprozess zwischen Israel und Palästina gemessen. Auf Grundlage der Vereinbarungen von Oslo ist und bleibt für uns das Ziel die Schaffung zweier souveräner und lebensfähiger Staaten im Rahmen einer Verhandlungslösung. Wir fordern, dass einseitige Schritte, egal von welcher Seite, die einer endgültigen Friedenslösung entgegenstehen – wie der illegale Siedlungsbau –, sofort beendet werden.

5740 In den palästinensischen Gebieten sind auf allen Ebenen weitere demokratische Fortschritte nötig.

5745 **Gerechte Globalisierung, fairer Handel, Entwicklungspolitik und Agenda 2030:**

5750 Sozialdemokratische Friedenspolitik setzt sich für soziale Gerechtigkeit im globalen Maßstab ein. 40 Jahre nach Einsetzung der Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt verbinden die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen im Rahmen der Agenda 2030 **Armutsbekämpfung und menschliche Entwicklung mit ökologischer Nachhaltigkeit, Wirtschaftsentwicklung, Frieden und internationaler Zusammenarbeit.** Für die SPD umfasst Nachhaltigkeit dabei stets ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte sowie Fragen der gesellschaftlichen Teilhabe. Die reichen Länder haben eine besondere Verantwortung, um eine sozial-ökologische Transformation voranzubringen – in ihren eigenen Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftssystemen, in der internationalen Politik und zusammen mit den Ländern des globalen Südens. Daher setzen wir uns für eine **ambitionierte Verwirklichung der Agenda 2030** ein.

5765

5770

ren Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels ebenso wie angesichts der zunehmenden Instabilität in der Region, muss Deutschland zusammen mit seinen europäischen Partnern weiterhin mit aller Kraft Initiativen zur Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses unterstützen. Die Glaubwürdigkeit der internationalen Gemeinschaft wird gerade im Na-

hen und Mittleren Osten an Fortschritten beim Friedensprozess zwischen Israel und Palästina gemessen. Auf Grundlage der Vereinbarungen von Oslo ist und bleibt für uns das Ziel die Schaffung zweier souveräner und lebensfähiger Staaten im Rahmen einer Verhandlungslösung. (...) **Wir fordern, dass Handlungen, egal von welcher Seite, die einer endgültigen Friedenslösung entgegenstehen, sofort beendet werden. Es muss zu einem Stopp des illegalen Siedlungsbaus kommen. Von der palästinensischen Seite fordern wir die Ächtung des Terrors.**

In den palästinensischen Gebieten sind auf allen Ebenen weitere demokratische Fortschritte nötig.

**Gerechte Globalisierung, fairer Handel, Entwicklungspolitik und Agenda 2030:**

Sozialdemokratische Friedenspolitik setzt sich für soziale Gerechtigkeit im globalen Maßstab ein. 40 Jahre nach Einsetzung der Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt verbinden die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen im Rahmen der Agenda 2030 **Armutsbekämpfung und menschliche Entwicklung mit ökologischer Nachhaltigkeit, Wirtschaftsentwicklung, Frieden und internationaler Zusammenarbeit.** Für die SPD umfasst Nachhaltigkeit dabei stets ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte sowie Fragen der gesellschaftlichen Teilhabe. Die reichen Länder haben eine besondere Verantwortung, um eine sozial-ökologische Transformation voranzubringen – in ihren eigenen Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftssystemen, in der internationalen Politik und zusammen mit den Ländern des globalen Südens. Daher setzen wir uns für eine **ambitionierte Verwirklichung der Agenda 2030** ein.

**Dementsprechend muss Deutschland als eine der führenden Industrienationen bei der Umsetzung der Agenda 2030 eine international deutlich wahrnehmbare Vorreiterrolle einnehmen. Deutschland muss alle Anstrengungen unternehmen, um die Nachhaltigkeitsziele national bis 2030 zu erreichen. Zudem muss**

5775

**Deutschland verstärkt die Länder des Globalen Südens bei ihren Anstrengungen für nachhaltiges Wachstum unterstützen und die SDGs zur Praxis in den multinationalen Organisationen machen.**

Die Globalisierung lässt sich nur mit starken Partnern gestalten. Dazu gehören handlungsstarke Regierungen und eine aktive Zivilgesellschaft. Wir wollen gemeinsam mit unseren Partnern, den Gewerkschaften, Kirchen, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen unser **Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit steigern**. Weiterhin werden wir unsere Arbeit stärker auf Armut- und Hungerregionen ausrichten. Über 800 Millionen Menschen sind davon weltweit betroffen. Wir wollen dazu beitragen, den Menschen im globalen Süden Lebensperspektiven aufzubauen und zu sichern. Damit leisten wir einen Beitrag zur Konfliktprävention und helfen, dass **Menschen in ihrer Heimat Perspektiven finden**. Die Überwindung von Hunger und Armut in der Welt bleibt ein wesentliches Ziel unserer Entwicklungspolitik. Dabei sehen wir die ländliche Entwicklung und insbesondere auch die Förderung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern als einen zentralen Baustein an. So leben drei von vier hungernden Menschen in den Entwicklungsländern im ländlichen Raum. Diesen gilt es durch Investitionen in die Infrastruktur strukturell zu stärken, einschließlich sozialer Sicherungssysteme, guter und leicht erreichbarer Bildungs- und Gesundheitsangebote, der Schaffung von Arbeitsplätzen auch außerhalb der Landwirtschaft, der Förderung von Wertschöpfung vor Ort und des Schutzes lokaler Märkte vor Dumpingimporten. Es geht dabei darum, Menschen eine Perspektive zu geben und so nicht zuletzt auch Fluchtursachen einzudämmen.

Die Globalisierung lässt sich nur mit starken Partnern gestalten. Dazu gehören handlungsstarke Regierungen und eine aktive Zivilgesellschaft. Wir wollen gemeinsam mit unseren Partnern, den Gewerkschaften, Kirchen, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen unser **Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit steigern**. Weiterhin werden wir unsere Arbeit stärker auf Armut- und Hungerregionen ausrichten. Über 800 Millionen Menschen sind davon weltweit betroffen. Wir wollen dazu beitragen, den Menschen im globalen Süden Lebensperspektiven aufzubauen und zu sichern. Damit leisten wir einen Beitrag zur Konfliktprävention und helfen, dass **Menschen in ihrer Heimat Perspektiven finden**. Die Überwindung von Hunger und Armut in der Welt bleibt ein wesentliches Ziel unserer Entwicklungspolitik. Dabei sehen wir die ländliche Entwicklung und insbesondere auch die Förderung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern als einen zentralen Baustein an. So leben drei von vier hungernden Menschen in den Entwicklungsländern im ländlichen Raum. Diesen gilt es durch Investitionen in die Infrastruktur strukturell zu stärken, einschließlich sozialer Sicherungssysteme, guter und leicht erreichbarer Bildungs- und Gesundheitsangebote, der Schaffung von Arbeitsplätzen auch außerhalb der Landwirtschaft, der Förderung von Wertschöpfung vor Ort und des Schutzes lokaler Märkte vor Dumpingimporten. Es geht dabei darum, Menschen eine Perspektive zu geben und so nicht zuletzt auch Fluchtursachen einzudämmen.

5810

**Wir wollen zudem Möglichkeiten prüfen, wie Rückkehrer ihre in Europa erworbenen Ausbildungen und Qualifikationen in ihren Herkunftsländern entwicklungsfördernd einbringen können.**

Wir setzen uns zudem für einen gerechten Zugang zu Land, Wasser und Fischgründen für die lokale Bevölkerung ein und werden „landgrabbing“ sowie die zunehmende Monopolisierung des Saatguthandels durch einige wenige Agro-Business-Konzerne nicht akzeptieren.

Wir setzen uns zudem für einen gerechten Zugang zu Land, Wasser und Fischgründen für die lokale Bevölkerung ein und werden „landgrabbing“ sowie die zunehmende Monopolisierung des Saatguthandels durch einige wenige Agro-Business-Konzerne nicht akzeptieren.

Eine **verlässliche und ausreichende Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit** ist dringend geboten.

Eine **verlässliche und ausreichende Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit** ist dringend geboten.

Deshalb stehen wir zum Ziel, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Ent-

Deshalb stehen wir zum Ziel, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Ent-

<p>wicklungszusammenarbeit aufzubringen – und das unabhängig von Ausgaben für in Deutschland aufgenommene Flüchtlinge.</p>	<p>wicklungszusammenarbeit aufzubringen – und das unabhängig von Ausgaben für in Deutschland aufgenommene Flüchtlinge.</p>
5825	
	<p><b>Darüber hinaus wollen wir, dass sich Deutschland inhaltlich und personell auch in weiteren wichtigen multilateralen Institutionen und Foren wie der Weltbank, dem internationalen Währungsfonds, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und den regionalen Entwicklungsbanken politisch engagiert. Die finanziellen Beiträge Deutschlands müssen diesen Anspruch widerspiegeln.</b></p>
5830	
<p>5835 Gleichzeitig wollen wir durch ein <b>fares und internationales Steuersystem</b> den Ländern des globalen Südens auch die Erschließung eigener finanzieller Ressourcen ermöglichen. Nicht zuletzt setzen wir uns für innovative Finanzierungsmöglichkeiten ein. Deshalb werden wir</p>	<p>Gleichzeitig wollen wir durch ein <b>fares und internationales Steuersystem</b> den Ländern des globalen Südens auch die Erschließung eigener finanzieller Ressourcen ermöglichen. Nicht zuletzt setzen wir uns für innovative Finanzierungsmöglichkeiten ein. Deshalb werden wir</p>
5840	<p><b>für die Finanzierung internationaler Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit</b> gesichert werden. Die Finanzierung von Maßnahmen zur Klimaanpassung</p>
5845	<p>und zum Klimaschutz müssen zusätzlich zu den Mitteln für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit erbracht werden.</p>
5850	<p><b>Außerdem setzen wir uns für eine bessere europäische Entwicklungszusammenarbeit ein, die eine klare Aufgabenteilung zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten verwirklicht.</b></p>
<p>Die SPD setzt sich für fairen Handel ein. Handelspolitik ist nicht nur ein Instrument der Wirtschaftsförderung. Im Kern geht es um die Frage, nach welchen Regeln wir</p>	<p>Die SPD setzt sich für fairen Handel ein. Handelspolitik ist nicht nur ein Instrument der Wirtschaftsförderung. Im Kern geht es um die Frage, nach welchen Regeln wir</p>
5855	<p>in einer globalisierten Welt leben wollen. Nationale Alleingänge und Protektionismus versprechen keinen Erfolg. Offene Märkte sind gut, dort muss aber auch frei von Wettbewerbsverzerrungen gehandelt werden. Falls dies nicht gewährleistet ist, müssen gerade auf europäischer Ebene effektive Schutzmaßnahmen greifen.</p>
5860	<p>Der beste Rahmen für diese Verhandlungen ist die Welthandelsorganisation (WTO). <b>Der beste Rahmen für diese Verhandlungen (...) sind die Vereinten Nationen mit ihren Organisationen für Arbeit (ILO), Handel (UNCDAT) und Entwicklung (UNIDO), sowie die Welthandelsorganisation (WTO).</b></p>
5865	<p>Gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und weltweit wollen wir die <b>aktuelle Blockade der WTO überwinden.</b></p>
5870	<p>Gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und weltweit wollen wir die <b>aktuellen Blockaden (...) im Bereich multilateraler Verhandlungen zum Welthandel überwinden.</b></p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Bilaterale Handelsabkommen der EU mit wichtigen Partnern sind zu einer immer stärker genutzten Alternative geworden. Unser Ziel ist es, in allen Handels-, Investitions- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen Regeln für die verbindliche Einhaltung und Umsetzung menschenrechtlicher, ökologischer, verbraucherpolitischer und sozialer Standards wie der ILO-Kernarbeitsnormen mit konkreten Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen zu vereinbaren.</p>	<p>Bilaterale Handelsabkommen der EU mit wichtigen Partnern sind zu einer immer stärker genutzten Alternative geworden. Unser Ziel ist es, in allen Handels-, Investitions- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen Regeln für die verbindliche Einhaltung und Umsetzung menschenrechtlicher, ökologischer, verbraucherpolitischer und sozialer Standards wie der ILO-Kernarbeitsnormen mit konkreten Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen zu vereinbaren.</p>
<p>5875 Wir wollen perspektivisch einen unabhängigen internationalen Handelsgerichtshof etablieren, um das Primat der Politik durchsetzen. Die Verhandlungen mit den USA über ein Transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) zeigen, dass ein Abschluss nach diesen Maßgaben derzeit nicht erreichbar ist. Hingegen ist es in intensiven Verhandlungen mit der neuen kanadischen Regierung gelungen, im Abkommen zwischen EU und Kanada (CETA) zukunftsweisende</p>	<p>Wir wollen perspektivisch einen unabhängigen internationalen Handelsgerichtshof etablieren, um das Primat der Politik durchsetzen. Die Verhandlungen mit den USA über ein Transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) zeigen, dass ein Abschluss nach diesen Maßgaben derzeit nicht erreichbar ist. Hingegen ist es in intensiven Verhandlungen mit der neuen kanadischen Regierung gelungen, im Abkommen zwischen EU und Kanada (CETA) zukunftsweisende</p>
<p>5880 <b>Regeln für den Schutz der Arbeitnehmerrechte, der öffentlichen Daseinsvorsorge und für einen fortschrittlichen Investitionsgerichtshof</b> zu vereinbaren. Private Schiedsgerichte sind damit ausgeschlossen. Dies muss auch für alle künftigen Handelsabkommen der EU gelten. CETA muss als gemischtes Abkommen sowohl durch das Europäische Parlament als auch durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden. Im Zuge dieser parlamentarischen Kontrolle werden wir alle Aspekte einer sorgfältigen Prüfung unterziehen. Wir werden</p>	<p><b>Regeln für den Schutz der Arbeitnehmerrechte, der öffentlichen Daseinsvorsorge und für einen fortschrittlichen Investitionsgerichtshof</b> zu vereinbaren. Private Schiedsgerichte sind damit ausgeschlossen. Dies muss auch für alle künftigen Handelsabkommen der EU gelten. CETA muss als gemischtes Abkommen sowohl durch das Europäische Parlament als auch durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden. Im Zuge dieser parlamentarischen Kontrolle werden wir alle Aspekte einer sorgfältigen Prüfung unterziehen. Wir werden</p>
<p>5885 auch die <b>Partnerschaftsabkommen der EU mit den afrikanischen Staaten</b> (Economic Partnership Agreements) daraufhin prüfen, ob sie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den betroffenen Entwicklungsländern dienen oder Abhängigkeiten weiter zementieren. Wir wollen Afrika bei der Schaffung einer afrikanischen Freihandelszone unterstützen.</p>	<p>auch die <b>Partnerschaftsabkommen der EU mit den afrikanischen Staaten</b> (Economic Partnership Agreements) daraufhin prüfen, ob sie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den betroffenen Entwicklungsländern dienen oder Abhängigkeiten weiter zementieren. Wir wollen Afrika bei der Schaffung einer afrikanischen Freihandelszone unterstützen.</p>
<p>5890 Um schrittweise die sich weiter verschärfende Ungleichheit abzubauen, braucht es einen neuen <b>umfassenden Ansatz von internationaler Steuergerechtigkeit</b>. Damit werden die Länder auch dabei unterstützt, ausreichend einheimische Ressourcen etwa für den Ausbau der Bildungs- und Sozialsysteme zu mobilisieren. Steuerhinterziehung und -vermeidung sowie Finanzverkehr zu illegalen Zwecken müssen international bekämpft werden. Wir wollen mehr Transparenz in Form einer öffentlichen und länderbezogenen Berichtspflicht über Gewinne und darauf gezahlte Steuern für multinational agierende Unternehmen. Wir setzen uns für weitrei-</p>	<p>Um schrittweise die sich weiter verschärfende Ungleichheit abzubauen, braucht es einen neuen <b>umfassenden Ansatz von internationaler Steuergerechtigkeit</b>. Damit werden die Länder auch dabei unterstützt, ausreichend einheimische Ressourcen etwa für den Ausbau der Bildungs- und Sozialsysteme zu mobilisieren. Steuerhinterziehung und -vermeidung sowie Finanzverkehr zu illegalen Zwecken müssen international bekämpft werden. Wir wollen mehr Transparenz in Form einer öffentlichen und länderbezogenen Berichtspflicht über Gewinne und darauf gezahlte Steuern für multinational agierende Unternehmen. Wir setzen uns für weitrei-</p>
<p>5900</p>	<p>5905</p>



Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

5920 chende internationale Regeln und eine verstärkte Zusammenarbeit auch in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und den G20 ein.	chende internationale Regeln und eine verstärkte Zusammenarbeit auch in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und den G20 ein.
5925 <b>Für eine nachhaltige Klimapolitik:</b>	<b>Für eine nachhaltige Klimapolitik:</b>
Die Unterzeichnung des Klimaabkommens von Paris 2015 ist ein historischer Meilenstein in der internationalen Klimapolitik. Wir setzen uns für eine ambitionierte Klimapolitik im nationalen und europäischen Rahmen ein.	Die Unterzeichnung des Klimaabkommens von Paris 2015 ist ein historischer Meilenstein in der internationalen Klimapolitik. Wir setzen uns für <b>darüber hinaus</b> <b>setzen wir uns für</b> eine ambitionierte Klimapolitik im nationalen, (...) europäischen <b>und internationalen</b> Rahmen ein.
5930 Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zum Klimaschutz unterstützen wir nachdrücklich.	Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zum Klimaschutz unterstützen wir nachdrücklich.
5935	
Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die <b>Entwicklung einer integrierten europäischen Klimadiplomatie</b> . Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung und steigender Nachfrage nach Energie wird die ökologische	Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die <b>Entwicklung einer integrierten europäischen Klimadiplomatie</b> . Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung und steigender Nachfrage nach Energie wird die ökologische
5940 und klimapolitische Wende ohne eine grundlegende globale Transformation der Energiesysteme nicht zu schaffen sein. Die SPD setzt sich dafür ein, die Entwicklungszusammenarbeit konsequent auf die <b>Förderung von erneuerbaren Energien und den Aufbau einer de-</b>	und klimapolitische Wende ohne eine grundlegende globale Transformation der Energiesysteme nicht zu schaffen sein. Die SPD setzt sich dafür ein, die Entwicklungszusammenarbeit <b>im Energiebereich</b> konsequent auf die <b>Förderung von erneuerbaren Energien und den</b>
5945 <b>zentralen und demokratisch kontrollierten Versorgung</b> umzustellen. Hierzu unterstützen wir auch weitere Klima- und Energiepartnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern.	<b>Aufbau einer dezentralen und demokratisch kontrollierten Versorgung</b> umzustellen. Hierzu unterstützen wir auch weitere Klima- und Energiepartnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern.
5950 Weltweit sind Städte bereits heute für 70 Prozent des Energieverbrauchs sowie für 70 Prozent der CO <sub>2</sub> -Emissionen verantwortlich. Hier braucht es ein starkes Engagement, sonst können die Klimaziele nicht erreicht werden. Wir wollen daher die schnell wachsenden	Weltweit sind Städte bereits heute für 70 Prozent des Energieverbrauchs sowie für 70 Prozent der CO <sub>2</sub> -Emissionen verantwortlich. Hier braucht es ein starkes Engagement, sonst können die Klimaziele nicht erreicht werden. Wir wollen daher die schnell wachsenden
5955 <b>Städte in den Entwicklungs- und Schwellenländern im Rahmen von Urbanisierungspartnerschaften stärker beraten und unterstützen:</b> bei der Stadtplanung, bei Maßnahmen zur Energieeffizienz und beim Aufbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Wir stehen zu dem	<b>Städte in den Entwicklungs- und Schwellenländern im Rahmen von Urbanisierungspartnerschaften stärker beraten und unterstützen:</b> bei der Stadtplanung, bei Maßnahmen zur Energieeffizienz und beim Aufbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Wir stehen zu dem
5960 Versprechen der Industrieländer, die finanzielle Unterstützung für die armen Länder beim Klimaschutz und bei der Anpassung an die klimatischen Veränderungen bis 2020 auf 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr zu steigern. Außerdem wollen wir gerade die besonders vom	Versprechen der Industrieländer, die finanzielle Unterstützung für die armen Länder beim Klimaschutz und bei der Anpassung an die klimatischen Veränderungen bis 2020 auf 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr zu steigern. Außerdem wollen wir gerade die besonders vom
5965 Klimawandel bedrohten ärmeren Länder auch im Umgang mit den Folgen des Klimawandels stärker unterstützen.	Klimawandel bedrohten ärmeren Länder auch im Umgang mit den Folgen des Klimawandels stärker unterstützen.

**Menschenrechte schützen:**

5970

Die universelle Geltung und die Unteilbarkeit der Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Der Schutz und die Förderung der Menschenrechte sind deshalb Kernelemente sozialdemokratischer Außenpolitik. In

5975

Deutschland, auf europäischer Ebene und weltweit setzen wir uns dafür ein, dass die **Menschenrechtsstandards umgesetzt und weiterentwickelt werden**. Dazu gehören insbesondere die Ächtung der Todesstrafe und Folter weltweit, die Stärkung der Rechte von Frauen

5980

insbesondere in gewaltsamen Konflikten, der Schutz und die Stärkung von Kinderrechten, die Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofes, des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen und des Europarats wie auch die Weiterentwicklung und entschlossene

5985

Umsetzung des internationalen Völkerrechts. Wir wollen weltweit die Zivilgesellschaft stärken und die **Handlungsspielräume von Menschenrechtsverteidigern schützen und ausbauen**. In Deutschland wollen wir die Menschenrechtsarchitektur stärken und weiterentwickeln. Zu den Menschenrechten gehört auch, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtlichen Menschen überall frei von Gewalt und Diskriminierung leben können. Für uns sind die Freiheit der sexuellen Orientierung, die geschlechtliche Selbstbestimmung und der Schutz vor Diskriminierung universelle Menschenrechte, an die wir erinnern und bei deren Einforderung wir unsere Partner in der Entwicklungszusammenarbeit unterstützen.

5990

Umsetzung des internationalen Völkerrechts. Wir wollen weltweit die Zivilgesellschaft stärken und die **Handlungsspielräume von Menschenrechtsverteidigern schützen und ausbauen**. In Deutschland wollen wir die Menschenrechtsarchitektur stärken und weiterentwickeln. Zu den Menschenrechten gehört auch, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtlichen Menschen überall frei von Gewalt und Diskriminierung leben können. Für uns sind die Freiheit der sexuellen Orientierung, die geschlechtliche Selbstbestimmung und der Schutz vor Diskriminierung universelle Menschenrechte, an die wir erinnern und bei deren Einforderung wir unsere Partner in der Entwicklungszusammenarbeit unterstützen.

5995

Umsetzung des internationalen Völkerrechts. Wir wollen weltweit die Zivilgesellschaft stärken und die **Handlungsspielräume von Menschenrechtsverteidigern schützen und ausbauen**. In Deutschland wollen wir die Menschenrechtsarchitektur stärken und weiterentwickeln. Zu den Menschenrechten gehört auch, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtlichen Menschen überall frei von Gewalt und Diskriminierung leben können. Für uns sind die Freiheit der sexuellen Orientierung, die geschlechtliche Selbstbestimmung und der Schutz vor Diskriminierung universelle Menschenrechte, an die wir erinnern und bei deren Einforderung wir unsere Partner in der Entwicklungszusammenarbeit unterstützen.

6000

Wir werden das Konzept der Schutzverantwortung (R2P) weiterentwickeln. Vor 15 Jahren haben die Vereinten Nationen die Bedeutung von gleicher Teilhabe und die **volle Einbeziehung von Frauen in alle Bestrebungen nach Frieden und Sicherheit** festgelegt. Kein Land kann sich wirtschaftlich, politisch oder gesellschaftlich entwickeln, wenn die Hälfte der Bevölkerung kein Mitspracherecht hat. Frauen müssen bei Verhandlungen sowie bei der Umsetzung von Friedensverträgen, Entwicklungsprogrammen und entsprechenden Unterstützungsmaßnahmen berücksichtigt werden.

6005

Wir werden das Konzept der Schutzverantwortung (R2P) weiterentwickeln. Vor 15 Jahren haben die Vereinten Nationen die Bedeutung von gleicher Teilhabe und die **volle Einbeziehung von Frauen in alle Bestrebungen nach Frieden und Sicherheit** festgelegt. Kein Land kann sich wirtschaftlich, politisch oder gesellschaftlich entwickeln, wenn die Hälfte der Bevölkerung kein Mitspracherecht hat. Frauen müssen bei Verhandlungen sowie bei der Umsetzung von Friedensverträgen, Entwicklungsprogrammen und entsprechenden Unterstützungsmaßnahmen berücksichtigt werden.

6010

**Friedensabkommen werden nur dann wirksam und nachhaltig sein, wenn Frauen aktiv beteiligt sind**. Die Gleichstellung von Frauen und Mädchen ist auch ein zentrales Ziel der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und zentrale Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum und zukunftsfähige Gesellschaften. Wir werden dies zu einer Grundlage unserer Entwicklungs-

6015

**Friedensabkommen werden nur dann wirksam und nachhaltig sein, wenn Frauen aktiv beteiligt sind**. Die Gleichstellung von Frauen und Mädchen ist auch ein zentrales Ziel der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und zentrale Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum und zukunftsfähige Gesellschaften. Wir werden dies zu einer Grundlage unserer Entwicklungs-

**Menschenrechte schützen:**

Die universelle Geltung und die Unteilbarkeit der Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Der Schutz und die Förderung der Menschenrechte sind deshalb Kernelemente sozialdemokratischer Außenpolitik. In

Deutschland, auf europäischer Ebene und weltweit setzen wir uns dafür ein, dass die **Menschenrechtsstandards umgesetzt und weiterentwickelt werden**. Dazu gehören insbesondere die Ächtung der Todesstrafe und Folter weltweit, die Stärkung der Rechte von Frauen

insbesondere in gewaltsamen Konflikten, der Schutz und die Stärkung von Kinderrechten, die Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofes, des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen und des Europarats wie auch die Weiterentwicklung und entschlossene

Umsetzung des internationalen Völkerrechts. Wir wollen weltweit die Zivilgesellschaft stärken und die **Handlungsspielräume von Menschenrechtsverteidigern schützen und ausbauen**. In Deutschland wollen wir die Menschenrechtsarchitektur stärken und weiterentwickeln. Zu den Menschenrechten gehört auch, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtlichen Menschen überall frei von Gewalt und Diskriminierung leben können. Für uns sind die Freiheit der sexuellen Orientierung, die geschlechtliche Selbstbestimmung und der Schutz vor Diskriminierung universelle Menschenrechte, an die wir erinnern und bei deren Einforderung wir unsere Partner in der Entwicklungszusammenarbeit unterstützen.

Umsetzung des internationalen Völkerrechts. Wir wollen weltweit die Zivilgesellschaft stärken und die **Handlungsspielräume von Menschenrechtsverteidigern schützen und ausbauen**. In Deutschland wollen wir die Menschenrechtsarchitektur stärken und weiterentwickeln. Zu den Menschenrechten gehört auch, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtlichen Menschen überall frei von Gewalt und Diskriminierung leben können. Für uns sind die Freiheit der sexuellen Orientierung, die geschlechtliche Selbstbestimmung und der Schutz vor Diskriminierung universelle Menschenrechte, an die wir erinnern und bei deren Einforderung wir unsere Partner in der Entwicklungszusammenarbeit unterstützen.

Umsetzung des internationalen Völkerrechts. Wir wollen weltweit die Zivilgesellschaft stärken und die **Handlungsspielräume von Menschenrechtsverteidigern schützen und ausbauen**. In Deutschland wollen wir die Menschenrechtsarchitektur stärken und weiterentwickeln. Zu den Menschenrechten gehört auch, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtlichen Menschen überall frei von Gewalt und Diskriminierung leben können. Für uns sind die Freiheit der sexuellen Orientierung, die geschlechtliche Selbstbestimmung und der Schutz vor Diskriminierung universelle Menschenrechte, an die wir erinnern und bei deren Einforderung wir unsere Partner in der Entwicklungszusammenarbeit unterstützen.

Wir werden das Konzept der Schutzverantwortung (R2P) weiterentwickeln. Vor 15 Jahren haben die Vereinten Nationen die Bedeutung von gleicher Teilhabe und die **volle Einbeziehung von Frauen in alle Bestrebungen nach Frieden und Sicherheit** festgelegt. Kein Land kann sich wirtschaftlich, politisch oder gesellschaftlich entwickeln, wenn die Hälfte der Bevölkerung kein Mitspracherecht hat. Frauen müssen bei Verhandlungen sowie bei der Umsetzung von Friedensverträgen, Entwicklungsprogrammen und entsprechenden Unterstützungsmaßnahmen berücksichtigt werden.

Wir werden das Konzept der Schutzverantwortung (R2P) weiterentwickeln. Vor 15 Jahren haben die Vereinten Nationen die Bedeutung von gleicher Teilhabe und die **volle Einbeziehung von Frauen in alle Bestrebungen nach Frieden und Sicherheit** festgelegt. Kein Land kann sich wirtschaftlich, politisch oder gesellschaftlich entwickeln, wenn die Hälfte der Bevölkerung kein Mitspracherecht hat. Frauen müssen bei Verhandlungen sowie bei der Umsetzung von Friedensverträgen, Entwicklungsprogrammen und entsprechenden Unterstützungsmaßnahmen berücksichtigt werden.

**Friedensabkommen werden nur dann wirksam und nachhaltig sein, wenn Frauen aktiv beteiligt sind**. Die Gleichstellung von Frauen und Mädchen ist auch ein zentrales Ziel der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und zentrale Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum und zukunftsfähige Gesellschaften. Wir werden dies zu einer Grundlage unserer Entwicklungs-

**Friedensabkommen werden nur dann wirksam und nachhaltig sein, wenn Frauen aktiv beteiligt sind**. Die Gleichstellung von Frauen und Mädchen ist auch ein zentrales Ziel der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und zentrale Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum und zukunftsfähige Gesellschaften. Wir werden dies zu einer Grundlage unserer Entwicklungs-

zusammenarbeit machen.

zusammenarbeit machen.

6020 Wir wollen, dass **Frauen vor sexueller und sexualisierter Gewalt in Konflikten besser geschützt werden** und der zunehmende Einsatz dieser Art von Gewalt als strategisches Kriegsführungsinstrument deutlich geächtet und bestraft wird – auch international. Damit unterstützen wir auch in **Konfliktregionen lebende Kinder**. Auf ihr Wohl, ihren Schutz und ihre Rechte werden wir gemäß der VN-Kinderrechtskonvention besonders achten.

Wir wollen, dass **Frauen vor sexueller und sexualisierter Gewalt in Konflikten besser geschützt werden** und der zunehmende Einsatz dieser Art von Gewalt als strategisches Kriegsführungsinstrument deutlich geächtet und bestraft wird – auch international. Damit unterstützen wir auch in **Konfliktregionen lebende Kinder**. Auf ihr Wohl, ihren Schutz und ihre Rechte werden wir gemäß der VN-Kinderrechtskonvention besonders achten.

6030 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen dafür, dass alle Menschen – unabhängig von ihrer finanziellen Lage, aber auch unabhängig davon wo sie leben – Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung haben müssen. **Gesundheit ist ein Menschenrecht, das endlich für alle gelten muss**. Um insbesondere vernachlässigte und armutsbedingte Krankheiten zu bekämpfen, sind Investitionen in die Forschung – unabhängig von wirtschaftlichen Erwägungen – dringend notwendig. Der Globale Fonds gegen Aids/HIV, Tuberkulose und Malaria ist daher mit ausreichenden Haushaltsmitteln auszustatten. Weiterhin wichtig sind ein Basiskrankenversicherungsschutz als soziale Absicherung, bezahlbare Medikamente sowie ein diskriminierungsfreier Zugang, gerade auch für Frauen und Mütter, zu erreichbaren Gesundheitsdienstleistern.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen dafür, dass alle Menschen – unabhängig von ihrer finanziellen Lage, aber auch unabhängig davon wo sie leben – Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung haben müssen. **Gesundheit ist ein Menschenrecht, das endlich für alle gelten muss**. Um insbesondere vernachlässigte und armutsbedingte Krankheiten zu bekämpfen, sind Investitionen in die Forschung – unabhängig von wirtschaftlichen Erwägungen – dringend notwendig. Der Globale Fonds gegen Aids/HIV, Tuberkulose und Malaria ist daher mit ausreichenden Haushaltsmitteln auszustatten. Weiterhin wichtig sind ein Basiskrankenversicherungsschutz als soziale Absicherung, bezahlbare Medikamente sowie ein diskriminierungsfreier Zugang, gerade auch für Frauen und Mütter, zu erreichbaren Gesundheitsdienstleistern.

6045

**Wir werden zudem weltweit Initiativen und Programme zum Aufbau sozialer Grundsicherung unterstützen.**

6050 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen auch dafür, dass alle Menschen –unabhängig von Alter, Geschlecht, Religion und sozialer Herkunft Zugang zu Bildung erhalten. Bildung ist die Grundlage für eine nachhaltige soziale, ökologische und ökonomische Entwicklung von Gesellschaften. Wir setzen uns deshalb weiter für die Umsetzung des Menschenrechts auf Bildung ein. Eine angemessene frühkindliche, schulische, berufliche bzw. hochschulische Bildung sowie Weiterbildung sollen jedem Menschen gewährleistet werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen auch dafür, dass alle Menschen –unabhängig von Alter, Geschlecht, Religion und sozialer Herkunft Zugang zu Bildung erhalten. Bildung ist die Grundlage für eine nachhaltige soziale, ökologische und ökonomische Entwicklung von Gesellschaften. Wir setzen uns deshalb weiter für die Umsetzung des Menschenrechts auf Bildung ein. Eine angemessene frühkindliche, schulische, berufliche bzw. hochschulische Bildung sowie Weiterbildung sollen jedem Menschen gewährleistet werden.

6060 Viele Millionen Menschen leiden trotz Arbeit unter Hunger und extremer Armut. Drei Viertel der Menschheit leben ohne sozialen Schutz und unter massenhafter Verletzung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten. Deshalb setzt sich die SPD weiter weltweit für menschenwürdige Arbeit ein. Dazu gehört – auch im Rahmen einer konsequenten **Umsetzung des Nationa-**

Viele Millionen Menschen leiden trotz Arbeit unter Hunger und extremer Armut. Drei Viertel der Menschheit leben ohne sozialen Schutz und unter massenhafter Verletzung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten. Deshalb setzt sich die SPD weiter weltweit für menschenwürdige Arbeit ein. Dazu gehört – auch im Rahmen einer konsequenten **Umsetzung des Nationa-**

- |   |  |
|---|--|
| <p>6070 <b>len Aktionsplans „Wirtschaft und Menschenrechte“ – eine Ausweitung der Unternehmensverantwortung.</b> Dies umfasst verbindliche Rechenschafts- und Transparenzpflichten für Unternehmen entlang der Lieferketten, den Auf- und Ausbau von sozialen Sicherungssystemen und die Einführung von lebenssichernden Löhnen, um soziale Menschenrechte flächendeckend zu sichern. Im öffentlichen Beschaffungswesen setzen wir uns für gesetzliche Grundlagen ein, um die Einhaltung ökologischer, sozialer und menschenrechtlicher Kriterien zu gewährleisten.</p>                           | <p><b>len Aktionsplans „Wirtschaft und Menschenrechte“ – eine Ausweitung der Unternehmensverantwortung.</b> Dies umfasst verbindliche Rechenschafts- und Transparenzpflichten für Unternehmen entlang der Lieferketten, den Auf- und Ausbau von sozialen Sicherungssystemen und die Einführung von lebenssichernden Löhnen, um soziale Menschenrechte flächendeckend zu sichern. Im öffentlichen Beschaffungswesen setzen wir uns für gesetzliche Grundlagen ein, um die Einhaltung ökologischer, sozialer und menschenrechtlicher Kriterien zu gewährleisten.</p>                           |
| <p>6080 Weiterhin wollen wir eine <b>Stärkung der Unternehmensverantwortung auf internationaler Ebene</b>, beispielsweise im Rahmen der Initiative des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen für ein Abkommen zu transnationalen Konzernen und Menschenrechten. Die internationale Gewerkschaftsbewegung und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) werden wir bei ihrem Kampf zur Umsetzung der Kernarbeitsnormen unterstützen. Wir werden das Zusatzprotokoll zum Sozialpakt der Vereinten Nationen und die ILO-Konvention 169 zum Schutz der indigenen Bevölkerung ratifizieren.</p> | <p>Weiterhin wollen wir eine <b>Stärkung der Unternehmensverantwortung auf internationaler Ebene</b>, beispielsweise im Rahmen der Initiative des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen für ein Abkommen zu transnationalen Konzernen und Menschenrechten. Die internationale Gewerkschaftsbewegung und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) werden wir bei ihrem Kampf zur Umsetzung der Kernarbeitsnormen unterstützen. Wir werden das Zusatzprotokoll zum Sozialpakt der Vereinten Nationen und die ILO-Konvention 169 zum Schutz der indigenen Bevölkerung ratifizieren.</p> |

## Änderungsanträge: I. Kapitel Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit (I.A)

### Antragsbereich I.A/ Antrag 1

Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)

#### Änderungsantrag Kapitel I.0

Z. 1, Streichung: „mehr“

#### Änderungsantrag Kapitel I.0

Ablehnung

### Antragsbereich I.A/ Antrag 2

02/13 Samariter-/Boxhagener Kiez (Landesverband Berlin)

#### Änderungsantrag Kapitel I.0

Ergänzung vor Zeile 46 (Einleitung): Unser Ziel ist es die Chancen und Potenziale, die sich aus der Digitalisierung und der weltweiten Vernetzung ergeben, zu nutzen. Besonders wichtig sind uns dabei neben einem guten digital geprägten Leben für alle insbesondere auch die Möglichkeiten von mehr Teilhabe und Mitbestimmung. Dies gilt insbesondere für Menschen, die durch die Digitalisierung nun Möglichkeiten des Mitmachens und Lernens bekommen, die sie vorher nicht hatten. Wir werden die Bürgerinnen und Bürger umfassend dabei unterstützen, dass sie digital souveräner und selbständiger agieren können. Dies betrifft sowohl das Erlangen der nötigen Kenntnisse wie auch einen selbstbestimmten Umgang mit ihren Daten.

#### Änderungsantrag Kapitel I.0

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

### Antragsbereich I.A/ Antrag 3

07/01 Tempelhof (Landesverband Berlin)

#### Änderungsantrag Kapitel I.0

Seite 3, Zeile 38: Für den weltweiten Handel, (einfügen) **die Transformation in eine treibhausgasneutrale Wirtschaft** und die Digitalisierung unserer Wirtschaft brauchen wir gerechte Rahmenbedingungen und modernste Infrastruktur.

#### Änderungsantrag Kapitel I.0

Ablehnung

### Antragsbereich I.A/ Antrag 4

Ortsverein Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)

#### Änderungsantrag Kapitel I.0

Z. 72 Im genannten Satz soll das Wort „nachhaltiger,“ ergänzt werden.

#### Änderungsantrag Kapitel I.0

Annahme

*Antragsbereich I.A/ Antrag 5*  
*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel I.0**

Füge ein in Zeile 71:nach dafür arbeitet die SPD und dafür kämpfen wir -als linke Volkspartei

**Änderungsantrag Kapitel I.0**

Ablehnung

*Antragsbereich I.A/ Antrag 6*  
*Ortsverein Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel I.0**

Z. 12: Das Wort Sozialdemokratie ist durch das Wort Demokratie zu ersetzen. Danach den Satz einfügen: Der Ursprung der Sozialdemokratie waren die Arbeitervereine. Daraus leiten wir bis heute den Schulterschluss mit den Gewerkschaften ab.

5

**Änderungsantrag Kapitel I.0**

Ablehnung

*Antragsbereich I.A/ Antrag 7*  
*Ortsverein Görlitz (Landesverband Sachsen)*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel I.0**

ist vor dem Wort „Gesellschaft“ in der Zeile 47 folgende Ergänzung einzufügen: „und inklusive“

5

ist hinter dem Wort „offenen“ in der Zeile 68 folgende Ergänzung einzufügen: „und inklusiven“

**Änderungsantrag Kapitel I.0**

Annahme in geänderter Fassung:

Einfügen "und inklusiven" nach dem Wort "offenen" in RP 1, S. 4 Z. 20.

*Antragsbereich I.A/ Antrag 9*  
*Ortsverein Stadt Barsinghausen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel I**

- Zeile 31 – 36 werden hinter Zeile 21 gesetzt

- Hinter der neuen Zeile 36 wird folgende Passage angefügt:

5 Gerechtigkeit bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Also meint Gerechtigkeit gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit."

10 - Die alten Zeilen 22 - 30 werden dahinter eingefügt.

- Zeilen 56-62 werden gestrichen.

**Änderungsantrag Kapitel I**

Ablehnung

*Antragsbereich I.A/ Antrag 10*

*Ortsverein Stuttgart-Vaihingen/Rohr (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel I.0**

Zeile 7 ...respektvoll **und mit Würde** begegnet

**Änderungsantrag Kapitel I.0**

Annahme

*Antragsbereich I.A/ Antrag 11*

*Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel I.0**

Füge ein in Zeile 37:

**Änderungsantrag Kapitel I.0**

Ablehnung

5 „Gesamtdeutsche Gerechtigkeit ist das Ziel unseres  
Handelns. Das bedeutet, dass wir uns auch der konkreten  
Lebenssituation der Menschen in den ostdeutschen  
Bundesländern zuwenden müssen. Denn die Jahre nach  
der politischen Wende haben mit dazu beigetragen,  
dass sich einige Menschen von der neuen Wirtschafts-  
und der neuen Werteordnung nicht mehr mitgenom-  
10 men gefühlt haben. Die gefühlte Entwurzelung aus dem  
bekannten Umfeld, ggf. in Kombination mit Arbeits-  
platzverlust oder Branchenwechsel haben nicht dazu  
beigetragen, dass alle sich in der neuen Freiheit wieder-  
finden konnten. Zudem sind viele Menschen in Vorleis-  
15 tung gegangen, indem sie anfänglich Arbeitsbedingun-  
gen hingenommen haben, die nicht den Standards des  
Westens entsprachen. Dies spiegelt sich heute u.a. im  
Lohngefüge, den Rentenansprüchen und einem nach  
wie vor stark ausgeprägten Niedriglohnsektor wieder.  
20 Dieser Ausprägung und Entwicklung müssen wir begeg-  
nen.“

*Antragsbereich I.A/ Antrag 12*

*06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel I.0.**

Zeile 17 - 19  
Ersetze: "Wir sind stolz auf unseren demokratischen  
Rechtsstaat, der weltweit seinesgleichen sucht. Unser  
kulturelles Leben ist einzigartig."

**Änderungsantrag Kapitel I.0.**

Annahme in geänderter Fassung:

Ersetze in RP 1 S. 3 Zeile 17-18:

5 durch: "Wir sind stolz auf unseren demokratischen  
Rechtsstaat, der die Würde des Menschen an erste Stelle  
setzt. Unser kulturelles Leben ist einzigartig und vom  
Respekt für andere Kulturen geprägt."

"Wir sind stolz auf unseren demokratischen Rechts-  
staat, der die Würde des Menschen an erste Stelle  
setzt."

Ersetze in RP 1 S. 3 Zeile 39 - 41 :

10 Zeile 39 - 41 Ersetze: "Wirtschaftliche Kraft, Innovati-  
onsfreude, technologischer Fortschritt und Nachhaltig-

"Wirtschaftliche Kraft, Innovationsfreude, Nachhaltig-  
keit, technologischer Fortschritt und die Bewahrung

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

15 keit sind die Grundlagen für die Zukunft Deutschlands und Europas "durch: "Wirtschaftliche Kraft, Innovationsfreude, Nachhaltigkeit, technologischer Fortschritt und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen sind die Basis für die Zukunft Deutschlands und Europas."

20 Zeile 49 – 50 Ergänzen: "Ein friedliches Zusammenleben funktioniert nur mit der Anerkennung von Werten und Regeln. Dementsprechend fordern wir in den Schulen, der Werte- und Regelvermittlung mehr Raum zu geben, und Kinder und Jugendliche schon früh zur Einhaltung und Respektierung dieser Werte und Regeln zu erziehen."

der natürlichen Lebensgrundlagen sind die Basis für die Zukunft Deutschlands und Europas."

**Antragsbereich I.A/ Antrag 15**

*Ortsverein Hannover Oststadt-Zoo (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel I.0**

Ursprungstext in den Zeilen 58-59: „Europa, die USA,... Terrorismus.“ ersetzen durch: „Zu Beginn dieses Jahrhunderts tragen die Europäische Union, die USA, Russland und China eine besondere Verantwortung für den Frieden in der Welt und für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus.“

**Änderungsantrag Kapitel I.0**

Ablehnung

5

**Antragsbereich I.A/ Antrag 16**

*Ortsverein Lilienthal (Bezirk Nord-Niedersachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel I.0.**

In der Zeile 31 wird ein neuer Satz eingefügt: Wir wollen wieder Verteilungsgerechtigkeit für unser Land und werden das zunehmende Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich nachhaltig bekämpfen.

**Änderungsantrag Kapitel I.0.**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

**Antragsbereich I.A/ Antrag 17**

*Arbeitsgemeinschaft 60plus*

**Änderungsantrag Kapitel I.0.**

Z. 8 einfügen nach "Religion" "und Alter".

**Änderungsantrag Kapitel I.0.**

Ablehnung



*Antragsbereich I.A/ Antrag 18*  
*NaturFreunde Deutschlands*

**Änderungsantrag Kapitel I.0.**  
*Neufassung der Einleitung des Wahlprogramms:*

**Änderungsantrag Kapitel I.0.**  
 Ablehnung

**Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit!**

5      Wir leben in einer Zeit tiefgreifender Umbrüche, in der die Politik die Aufgabe hat, die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft sicherzustellen. 2017 ist dafür ein entscheidendes Jahr. Uns geht es um mehr Demokratie und Gerechtigkeit, um eine solidarische Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung. Dieser Verantwortung stellen wir uns, die Sozialdemokratie in Deutschland und in Europa, aus gesellschaftlicher Verantwortung, programmatischer Überzeugung und historischer Erfahrung.

15      Wir wollen die zunehmende Dominanz der Ökonomie über die Gesellschaft beenden und die Abhängigkeit vom quantitativen Wachstum überwinden. Macht darf nicht von Politik und Demokratie abgetrennt werden.  
 20      Sie darf sich nicht politischer Rahmensetzungen entziehen, aber die Rahmensetzungen müssen modernisiert werden. Wir wollen eine soziale und ökologische Marktwirtschaft, aber wir wollen keine Marktgesellschaft. Sie ist ein Angriff auf die Würde des Menschen und auf die sozialen und ökologischen Grundlagen des Lebens.

30      Wir sind eine starke und lebendige Gesellschaft voller Tatkraft und Ideen. Unser Land hat alle Chancen auf eine gute Zukunft, aber die kommt nicht von selbst. Sie braucht eine starke Reformbewegung, die anpackt und gestaltet. Wir laden die Bürgerinnen und Bürger ein, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen.

35      Neue Herausforderungen sind unübersehbar, alte Gefahren brechen wieder auf. Mehr noch: Die volle Tragweite wachsender sozialer Ungleichheit, des vom Menschen verursachten Klimawandels und der zunehmenden Konzentration wirtschaftlicher Macht, aber auch die Schwächung der Demokratie und Politik würden uns erst in einigen Jahrzehnten treffen, wenn es zum Handeln zu spät wäre. Deshalb: Wir dürfen nicht länger abwarten.

45      In unserem Hamburger Grundsatzprogramm schreiben wir: Das 21. Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert

50 neuer Gewalt, Ausgrenzung und erbitterter Verteilungskämpfe oder es wird ein Jahrhundert, das wirtschaftliche Innovationen mit dem Schutz der sozialen und natürlichen Mitwelt verbindet.

55 Die Bewahrung des Friedens ist nicht nur eine Frage kriegerischer Auseinandersetzungen, die Menschen brauchen auch eine gesunde Umwelt und soziale Wohlfahrt. Deshalb ist es ein Gebot unserer Zeit, entschlossen zu handeln – für mehr Demokratie, für mehr Gerechtigkeit, für mehr Nachhaltigkeit in Gegenseitigkeit und Respekt.

60 Für diese Werte stehen wir, sie waren und sie sind unser Antrieb. Dem Ziel einer sozialen, naturverträglichen und politischen Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit ist die Sozialdemokratie bis heute verpflichtet, um – wie es bereits bei der Gründung hieß –  
65 zu mehr Gemeinsamkeit und Gegenseitigkeit in der Entwicklung unserer Gesellschaft zu kommen. Dafür stehen wir nicht nur in unserem Land, sondern auch in der Europäischen Union und in der internationalen Politik. Wir sind davon überzeugt: Alles andere käme einem  
70 Versagen gleich.

75 Gerecht ist eine Gesellschaft nur dann, wenn sie die Chance auf die Verwirklichung einer größtmöglichen Freiheit bietet, die für alle möglich ist. Gerecht ist eine Welt nur dann, wenn sie weder Mangel noch immer mehr Überfluss für wenige kennt. Gerecht ist eine Gesellschaft nur dann, wenn sie auch die Bedürfnisse künftiger Generationen berücksichtigt. Gerecht ist eine Gesellschaft nur dann, wenn sie schonend und pfleglich  
80 mit den natürlichen Ressourcen umgeht.

85 Für uns Sozialdemokraten geht es sowohl um Gerechtigkeit innerhalb unserer Gesellschaft und der Europäischen Union als auch um Gerechtigkeit für künftige Generationen, also um die Schaffung von Generationengerechtigkeit. Zugleich geht es um globale Gerechtigkeit in der schnell zusammenwachsenden, aber zerbrechlichen Welt und um Gerechtigkeit im Verhältnis zu den natürlichen Lebensgrundlagen, damit nicht länger  
90 die planetaren Grenzen, deren Einhaltung für das Leben auf der Erde unverzichtbar ist, überschritten werden.

95 Diese Ziele sind noch lange nicht erreicht. Im Gegenteil: Heute nimmt die Gefahr der Spaltung und Ausgrenzung zu, besonders bedrohlich in der Europäischen Union, in

der auch eine falsche Austeritätspolitik die Konflikte zwischen Nord- und Südeuropa verschärft.

100 Gerechtigkeit ist eine zentrale Voraussetzung für Demokratie und Freiheit, für Frieden und Zusammenhalt und für Zukunftsvorsorge. Gesellschaftlicher Fortschritt ist ohne Gerechtigkeit nicht möglich. Lange Zeit war dafür der Sozialstaat die Grundlage. Heute, in der Welt offener Märkte und einer totalen Digitalisierung, reicht das nicht mehr aus. Nur wenn es gelingt, die soziale

105 Demokratie, also Freiheit, Gerechtigkeit und die Leitidee der Nachhaltigkeit, in Europa insgesamt zu entwickeln, kann unser Land und kann unser Kontinent eine gute Zukunft haben.

110 Wir wissen: Eine nachhaltige Entwicklung wird nur möglich, wenn der öffentliche Sektor, das Gemeinwohl, die öffentlichen Güter und eine gemeinwirtschaftliche Ökonomie gestärkt werden. Aber wir wissen auch: Kein

115 Staat kann ein gelungenes Leben garantieren, dafür ist auch der Einzelne selbst mitverantwortlich. Aber der demokratische Staat kann und muss den Raum der Freiheit und der Gerechtigkeit ausweiten und für alle seine Bürgerinnen und Bürger faire und nachhaltige

120 Bedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft schaffen.

Deshalb treten wir an, um heute mit Martin Schulz die Weichen für eine gute Zukunft in Deutschland und Europa zu stellen. Deshalb treten wir an, um den Herausforderungen einer verschmutzten, ungleichen und zerbrechlichen Welt gerecht zu werden. Wir müssen alles tun, dass vor allem die armen Weltregionen nicht zum Opfer des Klimawandels werden.

125

130 Wir treten an, mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Respekt in unserer Gesellschaft zu verwirklichen. Eine visionslose und zögernde Kanzlerin, die stets abwartet, darf sich unser Land, darf sich die Europäische Union nicht länger leisten. Frau Merkel ist mitverantwortlich für die tiefe

135 Interpretations- und Orientierungskrise unserer Zeit. Wir schlagen dagegen einen neuen Gesellschaftsvertrag vor, der Deutschland und die Europäische Union nachhaltig macht.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich I.A/ Antrag 19*  
*01/02 Alexanderplatz (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel I.0.**

Z.0 Regierungsprogramm ersetzen durch Wahlprogramm

**Änderungsantrag Kapitel I.0.**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich I.A/ Antrag 20*  
*06/09 Zehlendorf (Landesverband Berlin)*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Aufbau**

Das Regierungsprogramm erhält einen neuen Aufbau. Ausgehend von einer kurzen Leistungsbilanz der erreichten Ziele in der letzten Wahlperiode sind nachfolgend acht Kernpunkte zu präsentieren:

**Änderungsantrag Aufbau**

Ablehnung

5

- Einstieg in der Bürgerversicherung
- Gleiche Besteuerung von Einkünften aus Kapital und Arbeit

10

- Öffentliches Gut nicht weiter privatisieren
- Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes
- Innere Sicherheit / Kriminalitätsbekämpfung
- Öffentliche Investitionen (in Infrastruktur, Daseinsvorsorge, Digitalisierung)

15

- Soziale Sicherung in der Arbeitswelt (Abbau von Leiharbeit, prekären Beschäftigungsverhältnissen, Zeitarbeit, Minijobs etc.)
- Stabiles und soziales Europa

*Antragsbereich I.A/ Antrag 21*  
*Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen*

**Änderungsantrag Kapitel I.0**

Das gesamte Regierungsprogramm wird hinsichtlich geschlechtergerechter Sprache überarbeitet.

**Änderungsantrag Kapitel I.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

## Änderungsanträge: II. Kapitel Es ist Zeit für mehr Familie, beste Schulen und gute Pflege (II.A)

### Antragsbereich II.A/ Antrag 1

Ortsverein Würselen-Bardenberg (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

#### Änderungsantrag Kapitel II.0

Zeile 87-89 Textänderung: Und zwar von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Master und zur Meister-/Technikerprüfung.

#### Änderungsantrag Kapitel II.0

Erledigt durch Annahme von III.A32 (10353) in der Fassung der Antragskommission

### Antragsbereich II.A/ Antrag 2

Ortsverein Kappeln (Landesverband Schleswig-Holstein)

#### Änderungsantrag Kapitel II.0

Zeile 90 : unbedingt "sollen" durch "werden" ersetzen

#### Änderungsantrag Kapitel II.0

Ablehnung

### Antragsbereich II.A/ Antrag 3

Ortsverein Bad Honnef (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

#### Änderungsantrag Kapitel II.0

Zeile 88/89 im zweiten Absatz der Satz „Wir werden die Schulen modernisieren und in den Ausbau von Ganztagschulen investieren.“ gestrichen und durch folgenden ersetzt werden:

5

Wir werden die Schulen nach Standards für eine gute räumliche und sächliche Ausstattung modernisieren, für eine bessere Unterstützung durch mehr Lehrkräfte und für Beschäftigte anderer Professionen in multiprofessionellen Teams Sorge tragen und in den Ausbau von Ganztagschulen investieren.

10

#### Änderungsantrag Kapitel II.0

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

### Antragsbereich II.A/ Antrag 4

Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)

#### Änderungsantrag Kapitel II.0

Z. 86: ändern in: „Unsere Bildungspolitik soll gleiche Chancen für alle schaffen. Doch momentan...“

#### Änderungsantrag Kapitel II.0

Ablehnung

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich II.A/ Antrag 5*

*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel II.0**

Zeile 92 ergänzen: Um bei der wachsenden Bedeutung internationaler Orientierung und damit auch der Völkerverständigung bereits möglichst früh Akzente zu setzen, wollen wir Austauschprogramme für Schüler und Auszubildende ausbauen und wesentlich stärker fördern, beispielsweise anlog zu dem studentischen Erasmusprogramm oder des Parlamentsaustauschprogrammes mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

5

**Änderungsantrag Kapitel II.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 6*

*Ortsverein Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel II.0**

ist nach den Worten „junge Menschen“ (90) folgende Ergänzung einfügen: „, unabhängig von sozialer, ethnischer und religiöser Herkunft sowie Behinderung,“

**Änderungsantrag Kapitel II.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 7*

*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel II.0**

S. 5, Zeile 86 Streichung und Änderung: Streichen „Unsere Bildungspolitik schafft gleiche Chancen für alle.“. Ersetzen durch: „Ziel unserer Bildungspolitik muss es sein, gleiche Bildungschancen für alle zu schaffen. Wir wollen kein Kind zurücklassen.“

5

**Änderungsantrag Kapitel II.0**

Ablehnung

S. 5, Zeile 87 Streichung und Änderung: streichen „Geldbeutel“, ersetzen durch „sozialen und finanziellen Hintergrund der Eltern“

*Antragsbereich II.A/ Antrag 8*

*Ortsverein Stadt Barsinghausen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel II.0**

Hinter Zeile 92 werden die Zeilen 172 – 175 gesetzt

**Änderungsantrag Kapitel II.0**

Ablehnung

*Antragsbereich II.A/ Antrag 9*  
*02/08 Luisenstadt (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel II.0**

S.5, Z.82-85 „klassischen“ ersatzlos streichen, ersetze durch: „Für uns ist Familie dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen – von der Ehe zwischen Mann und Frau, über alleinerziehende Mütter und Väter, Patchworkfamilien, bis zum gleichgeschlechtlichen Paar“.

5

**Änderungsantrag Kapitel II.0**

Annahme

*Antragsbereich II.A/ Antrag 10*  
*Ortsverein Gera-Ost (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel II.0**

Hinter dem letzten Zeichen von Zeile 97 soll eingefügt werden: „Für pflegebedürftige Angehörige benötigen Familien auch Unterbringungsmöglichkeiten, Tagespflege und Hilfe zuhause.“

**Änderungsantrag Kapitel II.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 11*  
*Ortsverein Feucht (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel II.0**

Für die Zeilen 76 bis 99 beantragen wir folgenden Text: Wir sorgen dafür, dass Familie, Beruf und Pflege besser zusammengehen. Deshalb machen wir die Bildung gebührenfrei. Und zwar von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Master und zur Meisterprüfung. Wir werden die Schulen modernisieren und in den Ausbau von Ganztagschulen investieren.

5

**Änderungsantrag Kapitel II.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 12*  
*Ortsverein Leipzig-Nord / Ortsverein Leipzig-Südwest / Ortsverein Leipzig- Südost (Landesverband Sachsen)*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel II.0**

-In der Zeile 76 das Wort Jahre streichen und mit dem Wort Phasen ersetzen.  
 -In den Zeilen 77, 79, 87, 89 das Wort Eltern mit dem Wort Familie/Familien ersetzen.  
 -In der Zeile 98 die Worte von Familie bis zum Wort Und ersatzlos streichen.

5

**Änderungsantrag Kapitel II.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich II.A/ Antrag 13*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel II.0**

Ersetze Seite 5, Zeile 94: „Ältere Menschen müssen so lange wie möglich über ihr Leben selbst bestimmen können.“ durch „Ältere Menschen müssen so lange wie möglich ihr Leben selbständig führen können. Dabei geben wir ihnen jede Unterstützung.“

5

**Änderungsantrag Kapitel II.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 14*  
*Unterbezirk Krefeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel II.0**

Zeile 93, bitte einfügen: „Kinderarmut ist nicht nur ein finanzielles Problem. Sprachliche, motorische und soziale Fähigkeiten können in von Armut betroffenen Familien und deren Umfeld oft nicht im ausreichenden Maße erworben werden. Kitas und Schulen setzen diese Fähigkeiten aber bereits voraus. Die Folge ist lebenslange Benachteiligung, die nachholend nur schwer ausgeglichen kann. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, die wachsende Segregation mit Präventionsprogrammen zu bekämpfen.“

5

10

**Änderungsantrag Kapitel II.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 15*  
*Ortsverein Ammerndorf (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel II.1**

Zeile 114- 116: Bei der Beschreibung der Familienarbeitszeit, ist das Altern des Kindes nicht definiert.

**Änderungsantrag Kapitel II.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 16*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel II.1**

Füge ein nach Z. 110: Das Ziel des Elterngeldes bleibt eine gleiche Aufteilung der Elternzeit zwischen den Partner\*innen.

**Änderungsantrag Kapitel II.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission



*Antragsbereich II.A/ Antrag 17*  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel II.1**

S. 5, Zeile 117 Änderung: Ersetze den letzten Satz im Absatz durch "Natürlich werden wir das Familiengeld so weiterentwickeln, dass es auch Allein-, getrennt Erziehende und Mehrelternfamilien erhalten."

5

S. 5, Zeile 119 Ergänzung: Füge ein nach "(...) Arbeitswelt." "Diesen wollen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften und Arbeitgebervertreterinnen und -Vertretern gestalten."

10

S. 6, Zeile 122 Ergänzung: Füge ein nach "(...) in der Pflicht." "In Zeiten des Fachkräftemangels liegt das auch in ihrem eigenen Interesse."

**Änderungsantrag Kapitel II.1**

Annahme in geänderter Fassung (Zeile 117):

Natürlich werden auch Allein- oder getrennt Erziehende **sowie Regenbogenfamilien** das Familiengeld erhalten.

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission (Zeile 119 und Zeile 122)

*Antragsbereich II.A/ Antrag 18*  
*Ortsverein Oldenburg*  
*(Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel II.1**

Nach Zeile 119 einfügen: „Dieser Kulturwandel soll aber nicht als Vorwand genutzt werden, um damit geltende Arbeitsschutz- und Arbeitszeitbestimmungen, sowie tarifvertragliche Regelungen auszuhöhlen um eine maximale Flexibilität in der Arbeitsgestaltung zu erzielen, sondern ausschließlich im Rahmen geltender Bestimmungen erfolgen.“

5

**Änderungsantrag Kapitel II.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 19*  
*Ortsverein Feucht (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel II.1**

Für die Zeilen 101 bis 123 beantragen wir: Wir unterstützen Eltern mit der Einführung der Familienarbeitszeit und des Familiengeldes

5

Wenn beide Eltern ihre Arbeitszeit partnerschaftlich aufteilen, erhalten sie das Familiengeld. Es beträgt jeweils 150 Euro monatlich für beide Eltern, wenn sie jeweils 26 bis 36 Wochenstunden arbeiten. Und es wird bis zu 24 Monate gezahlt. Für familiengerechte Arbeits- und Besprechungszeiten, Homeoffice- und Dienstreise-regelungen sind die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in der Pflicht. Der Öffentliche Dienst soll dabei Vorreiter sein und die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs-

10

**Änderungsantrag Kapitel II.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

arbeit, Kindererziehung und Pflege fördern.

**Antragsbereich II.A/ Antrag 20**

*Ortsverein Leipzig- Nord / Ortsverein Leipzig- Südwest / Ortsverein Leipzig- Südost (Landesverband Sachsen)  
Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel II.1**

In der Zeile 105 ab dem Wort Noch bis Zeile 108 bis Wort würden zu streichen und wie folgt zu ersetzen:  
“Die Entscheidung, welches Elternteil Vollzeit und Teilzeit arbeiten geht bzw. ob eine Teilzeit Arbeit in Frage kommt, wird leider auf Grund der Einkommenssituation und der gesellschaftlichen Erwartung getroffen.”

5

**Änderungsantrag Kapitel II.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

**Antragsbereich II.A/ Antrag 21**

*Kreisverband Pinneberg (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel II.1**

In Zeile 125 hinter „...Die Kitagebühren schaffen wir schrittweise: „innerhalb von vier Jahren...“

**Änderungsantrag Kapitel II.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

**Antragsbereich II.A/ Antrag 22**

*Ortsverein Ammerndorf (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Zeile 128- 130: Einfügen: auch an schulfreien Tagen

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

**Antragsbereich II.A/ Antrag 23**

*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)  
Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Z. 129 Ersetze "Ganztagsbetreuung" durch "Betreuung während der Arbeitszeit"

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

**Antragsbereich II.A/ Antrag 24**

*Kreisverband Aschaffenburg Stadt / Unterbezirk Aschaffenburg (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel II.2.**

Ursprünglicher Satz in Zeile 126: „Die Kita-Gebühren schaffen wir schrittweise ab und entlasten damit alle Familien, die jetzt noch für die Betreuung zahlen müssen.“ Diesen Satz ersetzen durch: „Die Kita- und Krip-

**Änderungsantrag Kapitel II.2.**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

5      pengebühren schaffen wir schrittweise ab und entlasten damit alle Familien, die jetzt noch für die Betreuung zahlen müssen.“

**Antragsbereich II.A/ Antrag 25**

*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Z. 126 f.: „...und entlasten damit zukünftig alle Familie.“  
Rest streichen.

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

**Antragsbereich II.A/ Antrag 26**

*Unterbezirk Cuxhaven (Bezirk Nord-Niedersachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel II.1**

Zeile 126 bitte einfügen: Wir sorgen dafür, dass jede Familie, die einen Krippenplatz benötigt, einen Platz bekommt.

**Änderungsantrag Kapitel II.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

**Antragsbereich II.A/ Antrag 27**

*Kreisverband Enzkreis (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Ergänze in Zeile 130: „Wir setzen uns außerdem für ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr ein“

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Ablehnung

**Antragsbereich II.A/ Antrag 28**

*Ortsverein Leipzig-Südost (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Streiche in Zeile 124 „Gute Betreuung“ und ersetze durch „Frühkindliche Bildung“

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

5      Streiche in Zeile 131 „Mit einem...“ bis Zeile 32 nach „...gesunde Ernährung“ und ersetze durch: „Wir gestalten ein Kita-Qualitätsgesetz, das bundeseinheitlich grundlegende Standards, insbesondere die Fachkraft-Kind-Relation, regelt. Mit Unterstützung des Bundes werden wir damit die notwendigen Rahmenbedingungen für die Bildung, Betreuung und Erziehung im frühkindlichen Bereich gestalten. Nur so garantieren wir eine chancengerechte Teilhabe an Bildung von Anfang an.“

10

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich II.A/ Antrag 29*

*Ortsverein Hürth (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Zeile 126 soll wie folgt ergänzt werden: Die Kitabeiträge schaffen wir „- wo nicht bereits schon geschehen - bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode“ schrittweise ab...

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 30*

*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

S. 6, Zeile 128 Ergänzung: Füge ein nach "am Nachmittag" "und in Randzeiten"

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Annahme in geänderter Fassung: Ziel muss es dabei sein, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch durch bedarfsgerechte Betreuungsangebote zu anderen Tageszeiten als bisher zu verbessern.

*Antragsbereich II.A/ Antrag 31*

*Ortsverein Rheinsberg (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Zeile 126 der Satz wie folgt geändert werden: Die Kita-Gebühren schaffen wir bundesweit unverzüglich unter Einsatz von Bundesmitteln ab und entlasten damit alle Familien, die jetzt noch für die Betreuung zahlen müssen.

5

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 32*

*Ortsverein Stadt Barsinghausen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

in Zeile 125: Kitas werden Teil des Bildungssystems und aus der Jugendhilfe herausgelöst.

5

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Ablehnung

in Zeile 129: Die laufenden Kosten der qualitativen Verbesserungen des Kitasystems werden vom Bund finanziert.

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 33*

*Ortsverein Uelzen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Bezogen auf Zeile 125: Konkrete Zahlenwerte nennen, wie viele neue Kitaplätze deutschlandweit geplant sind.

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 35*

*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord / Ortsverein Bernau (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Absatz 3, Zeile 134: Ersetze "Dafür wollen wir den Beruf aufwerten und die Ausbildung verbessern." durch "Dafür wollen wir den Beruf aufwerten, die Ausbildung verbessern und den Kommunen mehr Mittel für zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher zur Verfügung stellen."

5

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 36*

*Ortsverein Feucht (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Für die Zeilen 125 bis 136 beantragen wir: Wir sorgen für ein ausreichendes Angebot an Krippen, Kitas, Kindertagespflege, Horten und Ganztagschulen. Die Kita-Gebühren schaffen wir schrittweise ab und entlasten damit alle Familien, die jetzt noch für die Betreuung zahlen müssen. Außerdem werden wir in Bildung und Betreuung am Nachmittag investieren und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern einführen – mit finanzieller Beteiligung des Bundes. Mit einem bundesweiten Gesetz werden wir die Qualität von Kitas mit Unterstützung des Bundes steigern. Wir brauchen besser ausgestattete Kitas und eine gesunde Ernährung. Mit zusätzlichen Erzieherinnen und Erziehern können die Kinder in den Gruppen besser betreut werden. Dafür wollen wir den Beruf aufwerten und die Ausbildung verbessern. Wir werden dies mit einer Fachkräfteoffensive unterstützen. Zusätzlich wollen wir die Kindertagespflege weiter professionalisieren und aufwerten.

5

10

15

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 37*

*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Füge ein in Zeile 132 nach „...Bundes steigern.“: Hierbei werden wir nicht nur den Betreuungsschlüssel im Blick haben, sondern auch die Fachkraft- und Betreuungsquote.

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 38*

*Ortsverein Lübeck-Travemünde (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Kita-Gebühren (Zeilen 125 - 127):Um dort zu beginnen,

**Änderungsantrag Kapitel II.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antrags-

5 wo die Hilfe am dringlichsten benötigt wird, werden Eltern mit Brutto-Familieneinkommen bis 50.000 Euro im Jahr zuerst von den Kita-Gebühren entlastet. Höhere Einkommen werden danach schrittweise einbezogen. kommission

**Antragsbereich II.A/ Antrag 39**  
*Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel II.2.**

In Ziffer 132 nach (gesunde Ernährung.) Satz ändern in: „Mit qualifizierten zusätzlichen Erzieherinnen und Erziehern können die Kinder in den Gruppen besser betreut werden.“

**Änderungsantrag Kapitel II.2.**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

**Antragsbereich II.A/ Antrag 40**  
*Landesverband Baden-Württemberg*

**Änderungsantrag Kapitel II.3**

Ersetze in Zeile 139: „Rechte“ durch „Entfaltungsrechte“

Ergänze in Zeile 140 nach „Kinderinteressen“: und damit auch ihre Bindungsbedürfnisse

5

Ersetze Zeile 141-144 durch: Das Recht von Kindern und Jugendlichen frei von jeder Gewalt (sexualisierte Gewalt, körperliche Misshandlung, emotionale Misshandlung und Vernachlässigung) aufzuwachsen ist ein elementares Kinderrecht. Der Kinderschutz und insbesondere der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt, muss ressortübergreifend ausgeweitet und weiter verstärkt werden. Dazu gehört ein wirksamer Jugendmedienschutz, ein ausreichendes Monitoring belastender Kindheitsereignisse und eine der Dimension der Problematik angemessene (Trauma-)forschung, wie auch die Weiterführung, die Absicherung und der Ausbau der Hilfen für Betroffene.

10

15

**Änderungsantrag Kapitel II.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

**Antragsbereich II.A/ Antrag 41**  
*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel II.3**

Z.141 Füge ein nach "berücksichtigen" neue Zwischenüberschrift: "Ein Recht auf Kindheit ohne Gewalt"

Z. 141 ab "Das Recht" ersetze durch:

5

**Änderungsantrag Kapitel II.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

10 "Das Recht von Kindern und Jugendlichen, ohne (sexualisierte) Gewalt aufzuwachsen, ist ein elementares Kinderrecht. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor (sexualisierter) Gewalt muss ausgeweitet und weiter verstärkt werden. Dazu gehört ein wirksamer Jugendmedienschutz, wie auch die Weiterführung der Hilfen für die Betroffenen. Der Missbrauchsbeauftragte spielt hier eine wichtige Rolle. Wir werden die Anstrengungen im Kampf gegen (sexualisierte) Gewalt an Kindern bundesweit weiter vorantreiben. Darüber hinaus werden wir die Medienkompetenzbildung von Jugendlichen ausbauen."

15

*Antragsbereich II.A/ Antrag 43  
Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel II.3**  
Z. 142, Streichung: „sexualisierte“

**Änderungsantrag Kapitel II.3**  
Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 44  
Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel II.3**  
Z. 139: ersetze „eigene“ durch „weitergehende“

**Änderungsantrag Kapitel II.3**  
Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 45  
Landesverband Sachsen Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel II.3**

**Änderungsantrag Kapitel II.3**  
Annahme in geänderter Fassung:

5 Nach Zeile 140 einfügen: „Kein Kind in Deutschland darf arm sein. Eltern dürfen nicht durch Kinder arm werden. Kinderarmut beschneidet die Rechte der Kinder auf Bildung, Beteiligung, Gesundheit und Förderung. Deshalb werden wir schrittweise eine eigenständige Kindergrundsicherung einführen.“

10

15

**Kinderarmut darf es in einem so reichen Land wie unserem nicht geben. Denn sie bedeutet vor allem auch: Schlechteren Zugang zu Bildung, Kultur und Sport – und damit schlechtere Zukunftschancen.** Wir werden die Benachteiligung von Kindern armer Eltern beseitigen und ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen. **Dabei werden wir vor allem auch die besondere Lebenssituation von Kindern berücksichtigen, die mit einem Elternteil aufwachsen. Wir wollen die Arbeitsmarkt-beteiligung und die finanzielle Situation der Eltern ebenso verbessern wie die Teilhabechancen von Kindern – unabhängig von der sozialen Lage ihrer Eltern. Gute und bedarfsgerechte Kitas und Ganztags-schulen sind dafür die entscheidende Voraus-**

setzung. Gleichzeitig wollen wir ein nach Einkommen und Kinderzahl gestaffeltes Kindergeld einführen, das Kindergeld und Kinderzuschlag zusammenführt.

*Antragsbereich II.A/ Antrag 47*  
*Ortsverein Hürth (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel II.3**

In Zeile 140 soll nach dem Wort „berücksichtigen“ ergänzt werden: „Um dies umzusetzen, wollen wir auf der Basis des Vorschlages des Aktionsbündnisses für Kinderrechte einen neuen Art. 2a im Grundgesetz einfügen.“

**Änderungsantrag Kapitel II.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 48*  
*02/04 45. Abteilung Südstern (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel II.3**

Zeile 138: ersetze „Rechte von Kindern“ durch „Kinderrechte“

**Änderungsantrag Kapitel II.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 49*  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel II.3**

S. 6, Zeile 141 Ergänzung: [Das Recht von Kindern und Jugendlichen, ohne sexualisierte] sowie sonstige [Gewalt aufzuwachsen...]

**Änderungsantrag Kapitel II.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 50*  
*Ortsverein Stadt Barsinghausen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel II.3**

Der Abschnitt „Kinderrechte stärken“, Zeilen 137 – 146, wird komplett gestrichen.

**Änderungsantrag Kapitel II.3**

Ablehnung

*Antragsbereich II.A/ Antrag 51*  
*Kreisverband Pforzheim / Kreisverband Enzkreis (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel II.3**

Ersetze in Zeile 139: „Rechte“ durch „Entfaltungsrechte“  
 Ergänze in Zeile 140 nach „Kinderinteressen“: und damit auch ihre Bindungsbedürfnisse

**Änderungsantrag Kapitel II.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission



*Antragsbereich II.A/ Antrag 52*  
*Ortsverein München Untergiesing (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel II.3.**

Zeile: 141-146: Das Recht von Kindern ... bundesweit weiter vorantreiben. Wird geändert in:

5 Das Recht von Kindern und Jugendlichen, ohne Gewalt aufzuwachsen, ist ein elementares Kinderrecht. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt muss ausgeweitet und weiter verstärkt werden. Dazu gehört ein wirksamer Jugendmedienschutz, der Schutz vor sexualisierter Gewalt, wie auch die Weiterführung der  
 10 Hilfen für die Betroffenen. Missbrauchsbeauftragte spielen hier eine wichtige Rolle. Wir werden die Anstrengungen im Kampf gegen Gewalt bundesweit weiter vorantreiben.

**Änderungsantrag Kapitel II.3.**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 54*  
*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel II.4**

Z. 163-165 "Wir wollen daher den internationalen Jugendaustausch deutlich ausbauen - und wer sich den Austausch nicht leisten kann, den unterstützen wir."  
 5 Ändern zu "Wir wollen daher den internationalen Jugendaustausch deutlich ausbauen. Wir setzen auf eine Kooperation auf Augenhöhe, welche die Interessen und Anforderungen der Partnerstaaten berücksichtigen wird. Wir unterstützen diejenigen, die sich den Austausch nicht leisten können. Das Erasmus-Programm  
 10 gilt es auszubauen, um den Zusammenhalt in der Europäischen Union weiter auszubauen."

**Änderungsantrag Kapitel II.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 55*  
*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel II.4**

Zeile 155 ergänzen Politikunterricht an den Schulen ...

**Änderungsantrag Kapitel II.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 56*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel II.4**

In Zeilen 163 – 165 aufnehmen: Verweis auf Erasmus+,

**Änderungsantrag Kapitel II.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antrags-

z.B.: „Wir wollen daher den internationalen Jugendaustausch sowie Erasmus+ als das zentrale Bildungsprogramm der EU und wichtigen Beitrag zur Internationalisierungsstrategie deutlich ausbauen.....“

**Antragsbereich II.A/ Antrag 57**  
*Ortsverein Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel II.4**  
 (Zeile 151 bis 153) ersatzlos gestrichen werden.

**Änderungsantrag Kapitel II.4**  
 Ablehnung

**Antragsbereich II.A/ Antrag 58**  
*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel II.4.**  
 Zeile 162 Füge ein nach „werden“: „, sowie die finanzielle Unterstützung pro Freiwilliger\*m für Entsendeorganisationen deutlich erhöht werden.“

**Änderungsantrag Kapitel II.4.**  
 Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

5 Zeile 162 Füge ein: „Im Rahmen von staatlichen Freiwilligenprogrammen finden immer mehr „Süd-Nord“-Austausche statt, d.h. junge motivierte Erwachsene aus den Gastländern erhalten, über die Entsendeorganisation der dt. Freiwilligen, die Möglichkeit ein FSJ in  
 10 Deutschland zu absolvieren. Diese Freiwilligenaustausche haben einen hohen Mehrwert für die Arbeitsstellen in Deutschland und vor allem für die ausländischen Freiwilligen während und nach ihrem Aufenthalt in  
 15 Deutschland. Deshalb möchten wir langfristig die gleiche Anzahl ausländischer Freiwillige empfangen, wie entsendet werden.“

20 Zeile 164 Einfügen nach „ausbauen“ [internationaler Jugendaustausch]: „besonders für Auszubildende, Kinder aus einkommensschwachen Familien und Ausgelerten“

25 Zeile 165 Füge ein: „Besonders jungen Erwachsene, die eine Ausbildung abgeschlossen, möchten wir ermutigen und fördern an staatlichen Austausch- und Freiwilligenprogrammen teilzunehmen.

30 Zeile 165 Nach "unterstützen wir." füge ein „Dafür werden wir uns für die Einführung eines kostenlosen Bahntickets stark machen, welches jedem EU-Bürger und jeder EU-Bürgerin zum 18. Geburtstag geschenkt wird und das Bereisen der Europäischen Union für eine gewisse Zeit ermöglicht. Nur durch die gegenseitige Be-

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

gegnung wächst der europäische Gedanke.“

**Antragsbereich II.A/ Antrag 59**

*Ortsverein Stadt Barsinghausen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel II.4**

in Zeile 157 eingefügt: „Orte für Jugendarbeit werden wir als verbindliches Leistungsangebot festschreiben und mitfinanziert.“

**Änderungsantrag Kapitel II.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

**Antragsbereich II.A/ Antrag 63**

*Ortsverein Frankfurt Oder-Süd (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel II.4**

Absatz 4, Z 164: Füge nach „ausbauen“ und vor „-und“ ein: „,besonders für Auszubildende, Kinder aus einkommensschwachen Familien und Ausgelernten,“.

**Änderungsantrag Kapitel II.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

**Antragsbereich II.A/ Antrag 65**

*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord / Ortsverein Hohen Neuendorf / Ortsverein Bernau (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel II.4**

Absatz 4, Zeile 165 Nach "unterstützen wir." füge ein „Dafür werden wir uns für die Einführung eines kostenlosen Bahntickets stark machen, welches jedem EU-Bürger und jeder EU-Bürgerin zum 18. Geburtstag geschenkt wird und das Bereisen der Europäischen Union für eine gewisse Zeit ermöglicht. Nur durch die gegenseitige Begegnung wächst der europäische Gedanke.“

**Änderungsantrag Kapitel II.4**

Ablehnung

**Antragsbereich II.A/ Antrag 66**

*Sozialistische Jugend Deutschlands-Die Falken*

**Änderungsantrag Kapitel II.4.**

Zeile 148-150 ersetzen durch: „Eine eigenständige Jugendpolitik bedeutet für uns einen Politikansatz aus einem Guss, der sich über Ressortgrenzen hinweg an den Bedürfnissen und Interessen junger Menschen orientiert. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die gesetzliche Verankerung des „Jugend-Checks“, der alle gesetzlichen Maßnahmen auf ihre Auswirkungen für junge Menschen überprüft.“

**Änderungsantrag Kapitel II.4.**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 67*  
*Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel II.4.**

Streichung der Zeilen 151-156 „Wir wollen das Wahlalter [...] andere politische Bildungsangebote.“

**Änderungsantrag Kapitel II.4.**

Ablehnung

*Antragsbereich II.A/ Antrag 68*  
*Ortsverein Feucht (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel II.4**

5 Für die Zeilen 148 bis 165 beantragen wir: Wir wollen uns dafür einsetzen, dass das Wahlalter zunächst bei Kommunal- und Landtagswahlen deutschlandweit auf 16 Jahre herabgesetzt wird mit dem Ziel es bei der einer der nächsten Bundestagswahlen ebenfalls auf 16 Jahre abzusenken. Orte der Kinder- und Jugendarbeit werden wir erhalten und ausbauen. Die Jugendverbände sind ein tragender Pfeiler unserer Jugendarbeit. Wir wollen den internationalen Jugendaustausch deutlich ausbauen.  
10 en.

**Änderungsantrag Kapitel II.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 69*  
*Unterbezirk Kempten (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel II.4.**

Zeile 164 vor „Jugendaustausch“ einfügen: „Schüler- und“

Zeile 165 nach „...unterstützen wir.“ einfügen:

**Änderungsantrag Kapitel II.4.**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 70*  
*Ortsverein Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel II.4**

Zeile 154: Ergänzung: "... politische und gesellschaftliche Bildung an allen weiterführenden Schulen..."

**Änderungsantrag Kapitel II.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 71*  
*Ortsverein Ammerndorf (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Zeile 179- 182 Einfügen: Ziel sollte eine Bedarfs- und Flächendeckende Betreuung auch in Ferienzeiten sein.

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 72*  
*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Z. 186 Füge ein nach "beteiligen.": "Die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern wird nicht zu Werbung und Sponsoring in den Schulen führen."

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 73*  
*Ortsverein Stemmwe-de-Dielingen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*  
*06/05 Lankwitz / 060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

5 Ergänze in Zeile 175 nach „Kooperationsverbot“: „Schulen sollen Orte der Demokratiebildung und der Demokratieerfahrung sein. Dies bedeutet, dass Kinderrechte, Formen der Mit- und Selbstbestimmung und Politikunterricht Inhalt Unterrichtsgegenstand sein müssen. Den Schülerinnen und Schülern muss über die Mitbestimmung die Möglichkeit gegeben werden, effektiv auf Schule und Unterricht Einfluss zu nehmen, um so demokratische Teilhabe erfahrbar zu machen. Es ist mehr 10 Forschung über Fragen der Demokratiebildung in der Schule sowie zu institutionellen und strukturellen Hemmnissen und den Gründen von Bildungsungleichheit zu fördern. In der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern ist insbesondere auf Demokratiebildung und 15 den Umgang mit Heterogenität und Sprachenvielfalt ein Schwerpunkt zu legen.“

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

Ergänze in Zeile 172 nach „können“: „und hierzu ein Investitionsprogramm auflegen.“

*Antragsbereich II.A/ Antrag 74*  
*Ortsverein St Ingbert-Mitte (Landesverband Saar)*

**Änderungsantrag Kapitel II.5.**

5 In Zeile 174 wird in dem Satz "Damit der Bund hier seinen Beitrag leisten kann, wollen wir eine vollständige Aufhebung des Kooperationsverbots" für die Worte "Aufhebung des Kooperationsverbots" eine Fettung vorgenommen: "Damit der Bund hier seinen Beitrag leisten kann, wollen wir eine vollständige **Aufhebung des Kooperationsverbots**".

**Änderungsantrag Kapitel II.5.**

Nichtbefassung

*Antragsbereich II.A/ Antrag 75*  
*Ortsverein St Ingbert-Mitte (Landesverband Saar)*

**Änderungsantrag Kapitel II.5.**

In Zeile 170 in dem Satz "Der Bund soll in finanzschwachen Kommunen direkt in Bildungseinrichtungen wie Kitas, Schulen, Horte und Berufsschulen investieren können" wird das Wort "finanzschwachen" gestrichen:

5 "Der Bund soll in Kommunen direkt in Bildungseinrichtungen wie Kitas, Schulen, Horte und Berufsschulen investieren können". Dementsprechend ist in dem neuen Grundgesetzartikel 104c ebenfalls das Wort "finanzschwachen" zu streichen.

**Änderungsantrag Kapitel II.5.**

Ablehnung

*Antragsbereich II.A/ Antrag 76*  
*Ortsverein FR-Stühlinger (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Bei Zeile 175 (einfügen) Die Bildungschancen sollen in allen Bundesländern für alle Kinder und Jugendlichen gleich gut sein. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass ein Wechsel zwischen den Bildungssystemen der Bundesländer leichter wird und dass ein Wechsel des Schulsystems für die Kinder weniger Belastungen und Nachteile mit sich bringt.

5

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 77*  
*Stadtverband Marl (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

In Zeile 183 einfügen: Neben der Sanierung und Modernisierung von Schulen muss die frühkindliche und schulische Bildung weiter gefördert werden. Schulsozialarbeit ist zum präventiven Schutz vor Kinderarmut und zur Unterstützung von armutsgefährdeten und bildungsfernen Familien dringend notwendig. Leistung und Talent sollen über Zukunftsperspektiven entscheiden, nicht soziale Herkunft oder finanzielle Voraussetzungen.

5

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 78*  
*Ortsverein Bad Honnef (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Zeile 182/183 im dritten Absatz der Satz „Gemeinsam mit den Ländern wollen wir die Schulsozialarbeit aus-

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antrags-

5 bauen.“ gestrichen und durch folgende Sätze ersetzt werden. kommission

5  
10 Gemeinsam mit den Ländern wollen wir die Schulsozialarbeit ausbauen und den Einsatz von Lehrkräften erhöhen. Denn Schulen mit inklusiven Klassen und Ganztagsangeboten, die über den Unterricht hinausgehen, brauchen ein sowohl zahlenmäßig gestärktes wie auch multiprofessionelles Team, das den Anforderungen inklusiver Klassen und pädagogisch sinnvoller Ganztagsangebote gerecht wird.

15 Zeile 189/190 im vierten Absatz die Sätze „Um die Qualität des Unterrichts zu verbessern, wollen wir die Bildungsforschung stärken. Neue Erkenntnisse über erfolgreiche Lern- und Unterrichtskonzepte müssen für Schulen schneller nutzbar gemacht werden“ gestrichen und 20 durch folgende Sätze ersetzt werden.

25 Um die Qualität des Unterrichts zu verbessern, wollen wir im Rahmen der angestrebten Bildungsallianz auf deutlich kleinere Klassengrößen hinwirken. Mit einer gestärkten Bildungsforschung wollen wir den Schulen neue Erkenntnisse über erfolgreiche Lern- und Unterrichtskonzepte schneller zur Verfügung stellen.

**Antragsbereich II.A/ Antrag 79**  
*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Z. 173: „nationalen“ durch „bundesweit“ ersetzen.

Z. 185 „gemeinnützig“ nach „gegenüber“ einfügen

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Ablehnung

**Antragsbereich II.A/ Antrag 80**  
*Unterbezirk Cuxhaven (Bezirk Nord-Niedersachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

5 Zeile 180 bitte ergänzen: ...und uns für einheitliche Standards im Ganztagsbereich einsetzen.

5 Zeile 183 bitte einfügen: Wir stehen dafür, dass jede Schule Anspruch auf einen volle Schulsozialarbeiterstelle hat.

10 Zeile 194 (veralteter Begriff): von Kindern mit und ohne besonderen Förderungsbedarf.

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 82*  
*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**  
 Zeile 171 das Wort „finanzschwachen“ entfällt

**Änderungsantrag Kapitel II.5**  
 Ablehnung

*Antragsbereich II.A/ Antrag 84*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**  
 In Zeile 169 wird nah dem Wort „Lehrer“ folgende neuen Sätze eingefügt:

**Änderungsantrag Kapitel II.5**  
 Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

5 „Deshalb wollen wir in einer „Nationalen Bildungsallianz“ alle Kräfte bündeln. Teile dieser Nationalen Bildungsallianz sind der Ausbau echter Ganztagschulen mit einem Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz zunächst in Kita und Grundschule, ein umfassendes Schulbaumodernisierungsprogramm, ein Pakt zur Modernisierung und Ausstattung der Berufsschulen, der flächendeckende Ausbau von Schulsozialarbeit sowie die Umsetzung der Inklusion an den Schulen durch multiprofessionelle Teams und die Sicherstellung der Doppelbesetzung von inklusiven Klassen.“

15 Die Zeilen 169 – 175 in folgender Neufassung: „Bildung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen! Mit einem neuen Grundgesetzartikel 104c haben wir in einem ersten Schritt noch in er Großen

20 Koalition das Kooperationsverbot aufgebrochen. Der Bund kann so wenigstens in finanzschwachen Kommunen direkt in Bildungseinrichtungen wie Kitas, Schulen, Horte und Berufsschulen investieren. Damit der Bund umfänglich seinen Beitrag leisten kann, streben wir aber

25 weiterhin langfristig eine vollständige Aufhebung des Kooperationsverbotes an.“

Nach Zeile 188 wird folgender neuer Absatz angefügt:

30 „Insgesamt wollen wir die Nationale Bildungsallianz mit jährlich zusätzlich 5 Milliarden Euro aus Bundesmitteln ausstatten. Die Länder beteiligen sich darüber hinaus mit zusätzlichen Mitteln von mindestens 15 Prozent der Gesamtaufwendungen.“



Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich II.A/ Antrag 85*  
*Ortsverein Leipzig- Südost (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Streiche in Zeile 167 „Beste Schule“ und ersetze durch  
 „Schulische Bildung“

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Ablehnung

*Antragsbereich II.A/ Antrag 86*  
*Ortsverein Görlitz (Landesverband Sachsen)*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

nach den Worten „Grundschulen durchsetzen“ (182)  
 folgender Satz einfügen: „Dabei sollen die Ganztagsan-  
 gebote und -schulen inklusiv gestaltet werden.“

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antrags-  
 kommission

5 nach den Worten „technische“ (204) zu ergänzen:  
 „barrierefrei nutzbare“

*Antragsbereich II.A/ Antrag 87*  
*06/03 Lichterfelde-West (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Ergänze in Seite 7, Zeile 199 nach „Kompetenzen im  
 Umgang, Einsatz und in der Nutzung digitaler Technik  
 sind wichtig“: (...) „sowohl für die Teilhabe des Einzel-  
 nen, als auch für die zukunftsfähige Entwicklung unse-  
 rer demokratischen Gesellschaft. Hierzu gehören neben  
 Basisbedienkompetenzen und Aspekten des Jugendme-  
 dienschutzes insbesondere das Problembewusstsein in  
 Bezug auf die Informationssicherheit, die Verwendung  
 personenbezogener Daten und die Methoden medialer  
 Manipulation“

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antrags-  
 kommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 88*  
*Ortsverein Warnow-Südwest (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Nach Zeile 175 folgenden Satz einfügen: Langfristig  
 streben wir die Zuständigkeit des Bundes für die Bildung  
 an.

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Ablehnung

5 In Zeile 199 und 200 Wort einfügen zwischen neue und  
 Bildungsstandards. Der Satz lautet dann: ... neue, ver-  
 bindliche Bildungsstandards ...

*Antragsbereich II.A/ Antrag 89  
Stadtverband Witten (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Auf Zeile 205 folgend sollte unter der neuen Überschrift „Chancengleichheit schaffen“ folgender Absatz eingefügt werden:

- 5 „Schülerinnen und Schülern, die einen schweren Stand in der Gesellschaft und insbesondere auf dem Arbeitsmarkt haben, müssen bessere Einstiegschancen in die Ausbildung und das Berufsleben ermöglicht werden, bis die Vision einer Schule für alle Kinder umgesetzt ist.
- 10 Hierfür müssen die Stärken und Schwächen individuell besser herausgearbeitet werden, um passende Berufsfelder auszumachen. Durch verschiedene, schulisch begleitete Praktika sollen die Jugendlichen einen Einblick in diese Berufsfelder erlangen und Kontakte zum
- 15 Arbeitsmarkt knüpfen können. Darüber hinaus muss es perspektivisch allen Schülern und Schülerinnen dieser Schulen ermöglicht werden, staatlich finanzierte Auslandsaufenthalte einzulegen.“

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 91  
Ortsverein Rheinsberg (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Zeile 175 Einfügung am Ende des Satzes: Deshalb werden wir in Deutschland ein einheitliches Schulsystem mit Zuständigkeit des Bundes einzuführen.

- 5 Zeile 196 Einfügung am Ende des Satzes: Damit verbunden ist auch die bundesweite Evaluierung der Inklusion in Schulen.

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Ablehnung

*Antragsbereich II.A/ Antrag 93  
Ortsverein Gera-Ost (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

In Zeile 193-194 soll „auf das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung“ entfallen. Zugleich soll nach Zeile 196 eingefügt werden:

- 5 „Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, insbesondere in unseren Schulen und Bildungseinrichtungen, sehen wir als Chance für mehr individuelle Förderung. Diese kann jedoch nur gelingen, wenn inklusive

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Annahme in der Fassung der Antragskommission:  
Einfügen nach Zeile 34 auf S.53:

**„Das inklusive Leben muss von Anfang an gelernt werden und erlebbar sein; von der Kita über die Grundschulen und weiterführenden Schulen bis zu weiteren Bildungseinrichtungen. Wir unterstützen**

<p>10 oder integrative Schulkonzepte entwickelt werden, die</p> <p>10 zum einen eine umfangreiche Ausstattung mit speziellen Lehr- und Lernmaterialien für die unterschiedlichen Förderschwerpunkte beinhalten, und zum anderen auch personell eine qualitative und quantitative Verbesserung darstellen. Durch zusätzliche Weiterbildungen der</p> <p>15 Lehrer, ergänzende Sonderpädagogen, Schulbegleiter und Pflegekräfte, sowie entsprechende Lernkonzepte und Anpassungen im Lehrplan, werden wir die Schulen dabei unterstützen und dazu befähigen, diese Herausforderung zu meistern.“</p>	<p><b>inklusive Bildung entlang der gesamten Bildungsbiographie. Insbesondere auch dadurch, dass wir die notwendigen räumlichen, technischen und personellen Ressourcen verbessern. “</b></p>
--	---

**Antragsbereich II.A/ Antrag 94**  
*Ortsverein Mainz-Altstadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel II.5</b></p> <p>Zeile 184f: „Sozialarbeitern und Erziehern. Wir werden gezielt Wert legen auf hohe Qualität und gut ausgebildete Betreuungskräfte in unseren Ganztagschulen und ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stellen, damit</p> <p>5 die Nachmittagsangebote nicht von freien Trägern unter kaum kontrollierbaren Bedingungen abgeleistet werden müssen. Die Ganztagschule ist eine Aufgabe des Staates – daher müssen wir auch für hochqualitative Bildung und Betreuung durch unser gut ausgebildetes Personal sorgen.“</p> <p>10</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel II.5</b></p> <p>Ablehnung</p>
<p>Zeile 186f: „...ehrenamtliches Engagement der Schüler, insbesondere im kulturellen, kreativen und sozialen Bereichen müssen wir fördern.“</p> <p>15</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission</p>
<p>Zeile 200f: „Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler sollen „digitale Kompetenzen“ fächerübergreifend erwerben.“</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission</p>

**Antragsbereich II.A/ Antrag 95**  
*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord / Ortsverein Hohen Neuendorf / Ortsverein Bernau (Landesverband Brandenburg)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel II.5</b></p> <p>Absatz 1, Zeile 175: Nach "Aufhebung des Kooperationsverbots." füge ein "Dabei werden wir gemeinsam mit den Ländern bundesweit einheitliche und vergleichbare Standards und Abschlüsse sowie einen verbindlichen</p> <p>5 Rahmen für Lehrinhalte und Kompetenzen festlegen."</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel II.5</b></p> <p>Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission</p>
--	--

*Antragsbereich II.A/ Antrag 96*  
*Ortsverein Mannheim-Lindenhof (Landesverband Baden-Württemberg)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel II.5</b>          von Zeile 167 bis 175 ergänzen: „Wir benötigen nicht nur eine Bildungsallianz, sondern mittelfristig ein einheitliches Schulsystem in Deutschland. Ein nationaler Schulminister soll für eine gute Ausstattung der Schule sorgen und einheitliche Bildungsstandards ermöglichen. Die Kultusministerkonferenz der Länder soll gleichberechtigt fortbestehen und schulische Inhalte für ganz Deutschland bestimmen. Nur so bauen wir Hürden im Bildungssystem ab und ermöglichen maximale Freizügigkeit.“</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel II.5</b>          Ablehnung</p>
---	---

*Antragsbereich II.A/ Antrag 97*  
*06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel II.5.</b>          Zeile 189 ff.: Auch die <b>praxisnahe</b> Aus-und Weiterbildung der Lehrkräfte</p> <p>Zeile 191: Nach: "Neue Erkenntnisse über erfolgreiche Lern- und Unterrichtskonzepte müssen für Schulen schneller nutzbar gemacht werden." Ergänze: "Ein Wechsel von Konzepten muss aber nachvollziehbar sein und auf einer fundierten wissenschaftlichen Grundlage beruhen."</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel II.5.</b>          Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission</p>
---	---

*Antragsbereich II.A/ Antrag 98*  
*Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel II.5</b>          Zeile 175 An den Absatz wird folgender Satz neu angefügt: „Wir setzen uns mittelfristig für ein bundeseinheitliches und inklusives Bildungssystem ein.“</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel II.5</b>          Ablehnung</p>
---	---

*Antragsbereich II.A/ Antrag 99*  
*Unterbezirk Neustadt/Bad Dürkheim (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Änderungsantrag Kapitel II.5.**

Zeile 182 f.: Gemeinsam mit den Ländern wollen wir die Schulsozialarbeit ausbauen. Ergänzen um: Die anfallenden Kosten übernimmt der Bund.

**Änderungsantrag Kapitel II.5.**

Ablehnung

*Antragsbereich II.A/ Antrag 100*  
*Ortsverein Feucht (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Für die Zeilen 168 bis 205 beantragen wir:

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Ablehnung

Wir brauchen die bestmögliche Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer. Die SPD wird darauf hinwirken, dass  
 5 Lehrerinnen und Lehrer – bei allen Schularten – eine gemeinsame Grundausbildung absolvieren.

Mit einem neuen Grundgesetzartikel 104c wollen wir in  
 10 einem ersten Schritt das Kooperationsverbot aufbrechen und seine vollständige Aufhebung.

Der Bund soll in finanzschwachen Kommunen direkt in  
 15 Bildungseinrichtungen wie Kitas, Schulen, Horte und Berufsschulen investieren können. Bildung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen! Deshalb wollen wir in einer „Nationalen Bildungsallianz“ alle Kräfte bündeln.

Wir werden das Schulsanierungsprogramm des Bundes  
 20 zu einem Schulmodernisierungsprogramm weiterentwickeln und sorgen damit für gut ausgerüstete Klassenzimmer, barrierefreie Gebäude und moderne Ausstattung mit digitaler Technik. Wir werden gemeinsam mit den Ländern neue Bildungsstandards für alle Bildungsbereiche und Schulstufen entwickeln. Schülerinnen und Schüler sollen „digitale Kompetenzen“ fächerübergreifend erwerben. Unser Ziel: ein Rechtsanspruch auf  
 25 ganztägige Bildung und Betreuung. In einem ersten Schritt werden wir das in den nächsten vier Jahren für  
 30 Grundschulen durchsetzen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir die Schulsozialarbeit ausbauen.

*Antragsbereich II.A/ Antrag 101*  
*Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Ergänze in Zeile 178 nach "Technik.": „Wir wollen in diesem Programm auch die Belange stark wachsender Kommunen berücksichtigen und daher ebenso den Schulneubau fördern.“

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 102*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Ersetze Seite 7, 180f: „Ganztagsangebote durch „Ganztagsschulen“

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

5 Ersetze Seite 7, Zeile 195: „Die Qualitätsoffensive Lehrerbildung von Bund und Ländern werden wir fortsetzen und weiterentwickeln.“ in „Die Qualitätsoffensive Lehrerbildung von Bund und Ländern werden wir dauerhaft fortsetzen und nachhaltig weiterentwickeln.“

*Antragsbereich II.A/ Antrag 103*  
*Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Zeile 179: „Wir fördern selbstverständlich inklusive Bildung von der KiTa an über die gesamte Bildungskette. Wir befürworten das Wahlrecht der Eltern über den Förderort für ihr behindertes Kind“

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Erledigt durch Annahme von Änderungsantrag II.A 93 (OV Gera-Ost) in der Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 104*  
*01/15 Gesundbrunnen (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Nach Zeile 188 wird folgender Satz eingefügt: „Wir werden inklusive Klassen an allen Schulen ermöglichen. Der Bund sorgt für eine ausreichende Finanzierung.“

**Änderungsantrag Kapitel II.5**

Erledigt durch Annahme von Änderungsantrag II.A 93 (OV Gera-Ost) in der Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 105*  
*Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel II.5.**

In Ziffer 172 nach (investieren können). folgenden Satz einfügen: „Die öffentlichen Investitionen sollen gezielt

**Änderungsantrag Kapitel II.5.**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

gesteuert werden, etwa durch eine besondere Berücksichtigung finanzschwacher Kommunen.“

**Antragsbereich II.A/ Antrag 106**  
*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel II.6**

Z.211 Ersetze "..., die sich in Höhe und Umfang am Elterngeld orientiert. Wer aufgrund der Pflege von Angehörigen seine Arbeitszeit darüber hinaus länger verringern möchte, erhält das Familiengeld für Pflege. Es beträgt 150 Euro monatlich." durch ". Wir erkennen die großen Leistungen der pflegenden Angehörigen an. Wer aufgrund der Pflege von Angehörigen seine Arbeitszeit darüber hinaus länger verringern möchte, erhält den Differenzbetrag zum ursprünglichen Lohn als Lohnersatzleistung."

Streiche 232 bis 233

**Änderungsantrag Kapitel II.6**

Ablehnung

**Antragsbereich II.A/ Antrag 107**  
*Ortsverein St Ingbert-Mitte (Landesverband Saar)*

**Änderungsantrag Kapitel II.6**

In den Zeilen 222-225 werden die Sätze "Um Hilfe- und Unterstützungsangebote [...] eine wichtige Rolle" gestrichen und durch folgenden Satz ersetzt:

"Um Hilfe- und Unterstützungsangebote gut aufeinander abstimmen zu können, muss die Beratung durch wohnortnahe kompetente Pflegestützpunkte über die zur Verfügung stehenden Pflegeleistungen verbessert werden".

**Änderungsantrag Kapitel II.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

**Antragsbereich II.A/ Antrag 108**  
*Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

**Änderungsanträge zu Kapitel II.6**

Zeile 207: ergänze hinter „pflegt“ „oder bei einer Behinderung betreut“

**Änderungsanträge zu Kapitel II.6**

Ablehnung

**Antragsbereich II.A/ Antrag 109**  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel II.6**

In Zeile 219 – 220 ersetzen des Satzes „Dafür wollen wir

**Änderungsantrag Kapitel II.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antrags-

den privaten Haushalten .....Weg eröffnen“ durch kommission  
 „Hier wollen wir Alternativen entwickeln.“

**Antragsbereich II.A/ Antrag 110**

07/08 Friedenau (Landesverband Berlin)

Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen

**Änderungsantrag Kapitel II.6**

Zeile 208 Einfügung nachdem Satz „Wer Angehörige pflegt, braucht mehr Zeit für Zuwendung und oft auch finanzielle Unterstützung.“

**Änderungsantrag Kapitel II.6**

Ablehnung

- 5 „Um ihnen diese Zeit zu geben, wollen wir sie bei den Alltagsaufgaben entlasten, zum Beispiel durch Haushaltshilfen. Deswegen werden wir es mit Gutscheinen ermöglichen, dass auch Nachbarn oder andere Personen pflegende Angehörige gegen Geld bei Alltagsaufgaben
- 10 helfen. Auch Tageszeitenbetreuungsangebote können pflegende Angehörige spürbar entlasten. Wir wollen daher einen Rechtsanspruch für die Betreuung und Versorgung pflegebedürftiger Menschen schaffen – analog zum Rechtsanspruch auf einen Platz in einer
- 15 Kindertagesbetreuungseinrichtung.“

**Antragsbereich II.A/ Antrag 111**

Ortsverein Stadt Barsinghausen (Bezirk Hannover)

**Änderungsantrag Kapitel II.6**

in Zeile 225 der erste Satz geändert: „Als wohnortnahe Anlaufstellen werden weitere Senioren- und Pflegestützpunkte eingerichtet und finanziell ausreichend ausgestattet.“

**Änderungsantrag Kapitel II.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

**Antragsbereich II.A/ Antrag 112**

02/08 Luisenstadt (Landesverband Berlin)

**Änderungsantrag Kapitel II.6**

S.8, Z. 225-227 ersetze „Als wohnortnahe Anlaufstellen spielen Pflegestützpunkte eine wichtige Rolle. Hier werden pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen beraten, unterstützt und bekommen bei der Organisation der Pflege die Hilfe, die sie brauchen“

**Änderungsantrag Kapitel II.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

5

Hinzufügen „Diese soll sowohl in ländlichen, als auch in städtischen Gebieten gewährleistet werden.“



*Antragsbereich II.A/ Antrag 114*  
*Ortsverein Feucht (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel II.6**

Für die Zeilen 209 bis 227 beantragen wir:

**Änderungsantrag Kapitel II.6**

Ablehnung

5 Wir führen die Familienarbeitszeit für Pflege ein. Freistellung von der Arbeit mit Lohnersatzleistung: Pflegenden Angehörige können ihre Arbeitszeit für bis zu drei Monate ganz oder zum Teil reduzieren und erhalten in dieser Zeit eine Lohnersatzleistung, die sich in Höhe und Umfang am Elterngeld orientiert. Lohnersatzleistungen für pflegende Angehörige und das Familiengeld für Pflege wird bei den Rentenversicherungszeiten (wie bei Erziehungszeiten) angerechnet.

10 Eine besondere Herausforderung stellen Arbeitsverhältnisse dar, in denen eine 24 Stunden-Pflege und – Betreuung im Haushalt realisiert wird. Dafür wollen wir den privaten Haushalten einen einfachen legalen Weg eröffnen. Uns ist wichtig, dass staatliche Förderung an die soziale Absicherung der Beschäftigten gekoppelt ist.

15 Als wohnortnahe Anlaufstellen spielen Pflegestützpunkte eine wichtige Rolle.

Zeilen 954 bis 961

20 Wir beantragen wegen des Sachzusammenhangs nach der bisherigen Zeile 227 die Forderungen aus den Zeilen 954 bis 961 folgendermaßen unter diesen Abschnitt zu übernehmen:

25 "Wir setzen uns für mehr und besser bezahltes Pflegepersonal in Krankenhäusern ein. Eine gute und sichere Versorgung für Patientinnen und Patienten gibt es nur mit ausreichend Personal.

Deshalb wollen wir Personalstandards umsetzen. Altenpflegerinnen und Altenpfleger leisten eine anspruchsvolle und schwere Arbeit, die besser anerkannt werden muss. Wir werden ein Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege umsetzen.

30 Wir brauchen außerdem bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege und einen leichteren Zugang zu Ausbildung und Studium."

*Antragsbereich II.A/ Antrag 115*  
*Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel II.6.**

Ergänzung nach Zeile 206 Wir treten für ein bundeseinheitliches Abitur in den MINT-Fächern ein.

**Änderungsantrag Kapitel II.6.**

Ablehnung

*Antragsbereich II.A/ Antrag 116*  
*Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel II.6**

Füge ein nach Zeile 227: „Barrierefreie Familienpolitik

5 Familien, in denen Menschen mit Behinderungen die Elternrolle zufällt, stehen vor besonderen Herausforderungen. Wir setzen uns deswegen dafür ein, dass die Familienhilfe und die hauswirtschaftliche Hilfe in diesem Bereich ausgebaut und dem besonderen Bedarf von Eltern mit Behinderung gerecht werden. Wer eine inklusive Gesellschaft will, muss diese auch gesetzlich ermöglichen - dies umfasst auch ein Weiterdenken in der Familienpolitik im Sinne der Teilhabe und des selbstbestimmten Lebens.“

**Änderungsantrag Kapitel II.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 118*  
*01/15 Gesundbrunnen (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel II.6**

5 In Zeile 208 werden nach dem Satz „Wer Angehörige pflegt, braucht mehr Zeit für Zuwendung und oft auch finanzielle Unterstützung.“ die Sätze „Um ihnen diese Zeit zu geben, wollen wir sie bei den Alltagsaufgaben entlasten, zum Beispiel durch Haushaltshilfen. Deswegen werden wir es mit Gutscheinen ermöglichen, dass auch Nachbarn oder andere Personen pflegende Angehörige gegen Geld bei Alltagsaufgaben helfen. Auch Tageszeitenbetreuungsangebote können pflegende

10 Angehörige spürbar entlasten. Wir wollen daher einen Rechtsanspruch für die Betreuung und Versorgung pflegebedürftiger Menschen schaffen – analog zum Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesbetreuungseinrichtung.“ eingefügt.

**Änderungsantrag Kapitel II.6**

Ablehnung

*Antragsbereich II.A/ Antrag 119*  
*Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel II.6.**

5 In Ziffer 224 (verbessert werden.) soll eingefügt werden: „Eine weitere Ausweitung von Wettbewerbsmechanismen im Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich lehnen wir entschieden ab. Kranken und Pflegeversicherungen müssen so gestaltet sein, dass alle Menschen die gleichen Zugänge und Möglichkeiten der Teilhabe am me-

**Änderungsantrag Kapitel II.6.**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

dizinischen Fortschritt haben.“

**Antragsbereich II.A/ Antrag 120**

*Stadtverband Witten (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel II.7**

in den Zeilen 230 bis 231 nach „.... haushaltsnahe Dienstleistungen“ um folgendes ergänzt werden: sowie Maßnahmen zur gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe“

**Änderungsantrag Kapitel II.7**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

**Antragsbereich II.A/ Antrag 121**

*Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen*

**Änderungsantrag Kapitel II.7**

wird unter „Gut leben im Alter“ vor „Damit ältere Menschen lange aktiv sein können.....“ eingefügt:

**Änderungsantrag Kapitel II.7**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

5 Nach dem Erwerbsleben liegt meist ein langer Lebensabschnitt mit guter Lebensqualität vor ihnen. Sie unterstützen ihre Kinder und Enkelkinder. Sie engagieren sich in Vereinen, Verbänden, Nachbarschaften. Sie wollen selbstbestimmt, selbständig, in guter Nachbarschaft leben und sich gleichzeitig darauf verlassen können, dass sie bei zunehmendem Hilfe- oder gar Pflegebedarf die notwendige Unterstützung erhalten.

10 Wir wollen daher lebenswerte und sichere Quartiere für alle Generationen unterstützen. Dazu gehört der Ausbau und die weitere Förderung von Orten der Begegnung wie den Mehrgenerationenhäusern, die auf freiwilliges Engagement angewiesen sind und es zugleich unterstützen.

15 Nach „das Programm „Altersgerecht umbauen“ fortsetzen“ angefügt

20 und gemeinschaftliche Wohnformen mit einem Programm „Gemeinschaftlich selbstbestimmt wohnen“ unterstützen.

Als Folgeänderung wird „Wer alt ist, soll....“ bis „...unterstützen“ gestrichen und „unter Lebenswerte Städte und Gemeinden“ der entsprechende Passus gestrichen.

**Antragsbereich II.A/ Antrag 122**

*02/08 Luisenstadt (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel II.7**

S. 8, Z. 236 ergänzen durch „Pflegebedürftigkeit soll kein Grund sein, die vertraute Wohnung verlassen zu müs-

**Änderungsantrag Kapitel II.7**

Ablehnung

5           sen! Dafür werden wir den Umbau zu barrierefreiem Wohnraum stärker unterstützen und das Programm „Altersgerecht umbauen“ fortsetzen.

10          Hinzufügen: „Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, bei staatlich gefördertem Wohnungsneubau einen gewissen Anteil des Wohnraumes von vornherein barrierefrei und altersgerecht zu bauen“

*Antragsbereich II.A/ Antrag 123  
02/02 Kreuzberg 61 (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel II.7.**

5           Ab Zeile 233 einfügen: "Wir werden die Pflegeversicherung bürgernah weiterentwickeln. Wir wollen die Leistungen und Verfahren so organisieren, dass die Menschen sie auch in der häuslichen Pflege einfach und schnell in Anspruch nehmen können."

**Änderungsantrag Kapitel II.7.**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich II.A/ Antrag 124  
Arbeitsgemeinschaft 60plus*

**Änderungsantrag Kapitel II.7.**

Z. 236 streiche: "Wer alt ist... Senioren-WGs."

Z. 238 einfügen nach "Wohnformen" "alter Menschen"

**Änderungsantrag Kapitel II.7.**

Ablehnung

*Antragsbereich II.A/ Antrag 125  
Unterbezirk Lüneburg (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel II. Sonstige**

5           Statt Schule, die Länderaufgabe ist, muss es Bildung heißen  
- Lohnfortzahlung festschreiben, Familienpflegegeld ist viel zu gering, völlig unattraktiv, und mit Familienpflegegeld zusammenlegen (bis zu 12 Monaten)  
- Nachmittag/Kita sind nicht Bundesebene  
- Klare Vorgaben, wie professionelle Pflege erreicht und besser bezahlt wird  
10         - Außerschulische Jugendarbeit fehlt völlig als Bildungsinstanz – Aussagen treffen, womit freie Jugendarbeit unterstützend rechnen kann.

**Änderungsantrag Kapitel II. Sonstige**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

## Änderungsanträge: III. Kapitel Es ist Zeit für moderne Ausbildung und sichere Arbeit (III.A)

### Antragsbereich III.A/ Antrag 1

Ortsverein Stuttgart-Ost (Landesverband Baden-Württemberg)

#### Änderung Kapitel III.0

Ergänze auf S. 9 in Z. 254: Zudem muss auch die beste Qualität der Ausbildung gewährleistet werden, damit die Auszubildenden mit dem bestmöglichen Ausbildungserfolg abschließen können.

#### Änderung Kapitel III.0

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

### Antragsbereich III.A/ Antrag 3

Ortsverein Stuttgart-Ost (Landesverband Baden-Württemberg)

#### Änderungsantrag Kapitel III.0

Zeile 256 - "Universitäten und Hochschulen" ersetzen durch "Hochschulen"

#### Änderungsantrag Kapitel III.0

Ablehnung

### Antragsbereich III.A/ Antrag 4

Stadtverband Marl (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

#### Änderungsantrag Kapitel III.0

Ergänzung nach Zeile 254)

5 Der Geltungsbereich des BBiG wird auf alle Ausbildungsberufe und dualen Studiengänge ausgeweitet, um einheitliche Standards in allen Branchen zu schaffen und Auszubildende in allen Berufen gleich zu behandeln. Das umfasst die Pflicht jedes ausbildenden Betriebs, rechtsverbindliche Ausbildungspläne vorzuhalten, das Verbot bzw. die Einschränkung von Überstunden und Wochenendarbeit in nicht-typischen Berufen. Im dualen Ausbildungssystem darf die Belastung der Auszubildenden nicht noch durch unnötige Mehrarbeit erhöht werden. In Berufen, wo Wochenendarbeit zum regulären Dienst zählt (Bsp. Pflegeberufe, Rettungsdienst etc.), soll der Freizeitausgleich ausgebaut werden. Die Rückkehrpflicht im Anschluss an die Berufsschule wird abgeschafft. Die Arbeitgeber werden verpflichtet, den Auszubildenden im Falle einer Nicht-Übernahme mehr zeitlichen Spielraum für die Suche nach Alternativen zu bieten. Lehr- und Lernmittelfreiheit wird auch im Rahmen der Berufsausbildung eingeführt, um kostenfreie Bildung von der KiTa bis zum Berufsabschluss zu ermöglichen. Berufspraktische Tätigkeiten sind auf ein im Anschluss begonnenes Studium anzurechnen.

#### Änderungsantrag Kapitel III.0

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich III.A/ Antrag 5*

*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel III.0**

Z. 244f. ändern in "die jungen Menschen müssen motiviert sein,..."

Z 279 f. hinter 241 stellen.

**Änderungsantrag Kapitel III.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 7*

*07/01 Tempelhof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel III.0**

Seite 9, Zeile 269: Arbeit befindet sich im Wandel. Technologische Innovationen,(einfügen) **der Ausstieg aus der Nutzung fossiler Ressourcen**, digitale Vernetzung, unterschiedliche Lebensentwürfe, der Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine wachsende Vielfalt der Beschäftigungsformen sind neue Herausforderungen – auch für die Politik.

5

**Änderungsantrag Kapitel III.0**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 8*

*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel III.0**

In Zeile 247 nach „...gleichwertig!“ einfügen: „Deshalb werden wir die Förderbedingungen in allen Bereichen angleichen.“

5

In Zeile 248 nach „...Anerkennung“ einfügen: „Deshalb werden wir darauf hinwirken, dass alle Länder den Hochschulzugang für Absolventen von Berufsausbildungen öffnen.“

**Änderungsantrag Kapitel III.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 9*

*Ortsverein Görlitz (Landesverband Sachsen)*

*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel III.0**

Antrag Zeile 241) ist nach den Worten „attraktiver zu machen“. (254) folgender Satz anzufügen: „Dabei wollen wir Sorge dafür tragen, dass die duale Ausbildung inklusiv ausgestaltet wird und somit für alle jungen Menschen in unserem Land zugänglich wird.“

5

**Änderungsantrag Kapitel III.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 10*  
*Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel III.0**

Ergänze nach Zeile 249: „Kein(e) Schüler(in) verlässt die Schule ohne Abschluss! Die bewährten Maßnahmen müssen massiv ausgebaut werden, damit alle SchulabgängerInnen Chancen auf Ausbildung, Arbeit und Weiterbildung haben.“

5

**Änderungsantrag Kapitel III.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 11*  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel III.0**

S. 9, Ergänzung: Ersetze Zeile 278 - 279 wie folgt: Unsere Ziele: unbefristete Arbeit – sozial abgesichert und nach Tarif bezahlt. Das muss für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder der Normalfall sein. Wir fördern den Wunsch von Flexibilisierung, setzen uns aber gleichzeitig für den Schutz der Arbeitnehmer\*innen ein.

5

**Änderungsantrag Kapitel III.0**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 12*  
*02/08 Luisenstadt (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel III.0**

S.9, Z. 272, Hinzufügen: Die zunehmende Robotisierung und Automatisierung in der Wirtschaft werden in Zukunft die Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft verringern. Wir sorgen dafür, dass alle Teile der Gesellschaft von der Technisierung profitieren.“

5

**Änderungsantrag Kapitel III.0**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 13*  
*Kreisverband Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.0.**

Zeile 260 Änderung: „...mit dem Ziel der Vollbeschäftigung in Deutschland.“

**Änderungsantrag Kapitel III.0.**

Annahme

*Antragsbereich III.A/ Antrag 14*  
*Ortsverein Hagen-Mittelstadt/Oberhagen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.0**

In Zeile 272 hinter „...die Politik.“ einfügen: Wir wollen ein neues Programm Humanisierung der Arbeit, um

**Änderungsantrag Kapitel III.0**

Ablehnung

Arbeit so zu gestalten, dass Menschen lange gesund und zufrieden arbeiten können. Wir passen...

**Antragsbereich III.A/ Antrag 15**

*Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.0.**

Streichung des letzten Satzes auf Zeilen 248-249 „In beiden Bereichen brauchen wir mehr Absolventinnen und Absolventen.“

**Änderungsantrag Kapitel III.0.**

Ablehnung

- 5 Ergänzung nach Zeile 254 Wir setzen uns für die Wiedereinführung der Meisterpflicht mit kostenfreier Ausbildung zum Meister ein.

**Antragsbereich III.A/ Antrag 16**

*Ortsverein Lübeck-Travemünde (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel III.0**

Sozialpartnerschaft (Zeilen 262 bis 264): Es ist auch das Ergebnis einer Sozialpartnerschaft, in der Gewerkschaften auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern die Interessen der Arbeitnehmerschaft durchsetzen können.

**Änderungsantrag Kapitel III.0**

Ablehnung

**Antragsbereich III.A/ Antrag 17**

*Ortsverein München Sendling (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Kapitel „Modernisierung der Ausbildung“ Füge ein nach dem Satz „Die Unternehmen und Ausbildungsbetriebe werden wir einbeziehen.“ in Zeile 301:

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

- 5 „Auszubildende brauchen Zeit zum Lernen. Die Berufsschulzeit muss daher altersunabhängig für alle Auszubildenden auf die betriebliche Arbeitszeit angerechnet werden. Dabei soll ein Berufsschultag, unabhängig von seinem Umfang, grundsätzlich als voller Arbeitstag berücksichtigt werden. Die Rückkehrpflicht nach der Berufsschule in den Betrieb schaffen wir ab.“

- 15 in Zeile 320: „Das duale Studium muss rechtssicher gemacht werden. Dazu werden wir die Praxisphasen im Berufsbildungsgesetz regeln.“



*Antragsbereich III.A/ Antrag 19*

*Kreisverband Pforzheim / Kreisverband Enzkreis (Landesverband Baden-Württemberg)*

*Landesverband Baden-Württemberg*

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Ergänze in Zeile 294: Weiter werden wir eine Initiative zum Ausbau der Teilzeitausbildung auf den Weg bringen.

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Annahme

*Antragsbereich III.A/ Antrag 20*

*Kreisverband Aschaffenburg Stadt / Unterbezirk Aschaffenburg (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel III.1.**

-ach dem Satz „Die Unternehmen und Ausbildungsbetriebe werden wir einbeziehen.“ in Zeile 301 folgendes einfügen: Das Ziel einer Berufsausbildung ist der erfolgreiche Berufsabschluss. Im Mittelpunkt eines Ausbildungsverhältnisses steht somit der Lernerfolg. Eine Freistellung für Berufsschultage muss deshalb für alle Auszubildenden unabhängig vom Alter gelten. Lernzeit ist Arbeitszeit

5

10

-Nach dem Satz „Wir werden sie bundesweit [...] Qualitätskriterien definieren.“ in Zeile 320 folgendes einfügen: Das duale Studium muss rechtssicher gemacht werden. Dazu sollen die Praxisphasen im Berufsbildungsgesetz geregelt werden.

**Änderungsantrag Kapitel III.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 22*

*Ortsverein Würselen-Bardenberg (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Zeile 298-299 Textänderung: Mit einem Berufsschulpakt wollen wir ihre Ausstattung modernisieren und dafür sorgen, dass genügend gute Lehrkräfte mit aktuellem Wissen zur Verfügung stehen.

5

Zeile 301 Textergänzung: Wir wollen die Ausbildung der informationstechnischen Ausbildungsberufe verbessern, indem wir einen IT-Beirat mit paritätischer Besetzung aus dem öffentlichen Dienst, der Ländervertretungen und der Wirtschaft gründen, der sich alle zwei Jahre auf aktuelle Ausbildungsrichtlinien einigt.

10

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich III.A/ Antrag 23*

*Ortsverein St Ingbert-Mitte (Landesverband Saar)*

**Änderungsantrag Kapitel III.1.**

In Zeile 314 wird nach dem Satz "Eine regelmäßige Weiterbildung muss Standard sein" folgender Satz eingefügt: "Da nicht nur Schulen und Betriebe für die Ausbildung zuständig sind, sind die Berufsberatungen der Bundesagentur für Arbeit qualifiziert weiterzubilden für die Arbeitswelt 4.0."

5

**Änderungsantrag Kapitel III.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 24*

*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Füge ein nach Z. 287: Zur Finanzierung werden wir eine bundesweite Ausbildungsplatzumlage einführen.

5

Füge ein in Z. 302: Deshalb braucht es eine angemessene Mindestausbildungsvergütung, mindestens in Höhe des Bafög-Höchstsatzes.

Ersetze in Z. 312: „Dafür muss das Berufsbildungsgesetz weiterentwickelt werden“ durch „Dafür muss das Berufsbildungsgesetz ernsthaft novelliert werden“

10

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Annahme in geänderter Fassung:

Einfügen auf S.11 Zeile 10 nach "...steht dabei im Mittelpunkt.":

**"Von Gewerkschaften und Arbeitgebern getragene branchenbezogene Ausbildungsfonds wollen wir stärken."**

*Antragsbereich III.A/ Antrag 25*

*Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Zeile: 315 ersetze „lernbehinderte Menschen“ durch „Menschen mit Lernschwierigkeiten“

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 26*

*09/13 Adlershof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Z.300: Ersetze „Unternehmen“ durch „Sozialpartner“

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Ablehnung

5

Z.301 Füge am Ende an: "Das Ziel einer Berufsausbildung ist der erfolgreiche Berufsabschluss. Im Mittelpunkt eines Ausbildungsverhältnisses steht somit der Lernerfolg. Eine Freistellung für Berufsschultage muss deshalb für alle Auszubildenden unabhängig vom Alter gelten. Lernzeit ist Arbeitszeit."

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- |    |   |  |
|----|---|--|
| 10 | Z. 320 Füge nach „Definieren“ an: „Das duale Studium muss rechtssicher gemacht werden. Dazu sollen die Praxisphasen im Berufsbildungsgesetz geregelt werden.“ | Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission |
| 15 | Z.377 Füge nach „Einkommensgrenzen“ ein: „sowie unter Berücksichtigung der familiären Belastungssituation“  | Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission |

*Antragsbereich III.A/ **Antrag 27**  
Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Z. 324 ändern in „wir werden die Gebühren für Fachschulen, wie für Techniker, Meister und Erzieher, abschaffen.“

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ **Antrag 28**  
08/05 Hermannstraße (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

S. 10, Z. 315: ersetze „lernbehinderter Menschen“ durch „von Menschen mit Behinderungen“

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ **Antrag 29**  
Unterbezirk Cuxhaven (Bezirk Nord-Niedersachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Zeile 315 (veralteter Begriff): Menschen mit besonderen Bedürfnissen.

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ **Antrag 31**  
07/01 Tempelhof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Seite 10, Zeile 311: Wir brauchen eine Ausbildungsstrategie für die Arbeitswelt 4.0, um mit Veränderungen wie der Digitalisierung (einfügen) **oder dem Umbau zu einer treibhausgasneutralen Wirtschaft** Schritt zu halten.

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ **Antrag 32**  
Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Zeile 314 neu eine regelmäßige Weiterbildung muss

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

1. Teil: Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der An-

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

	gewährleistet sein.	tragskommission
5	Zeile 323 ergänzen Meister, Fachwirtkurse	2. Teil: Annahme in der Fassung der Antragskommission: Seite 11, Zeile 47f. ergänzen:  "Wir werden für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gebühren für Techniker-, Meister- und <b>Fachwirtkurse</b> abschaffen."

*Antragsbereich III.A/ Antrag 33  
Bezirk Hessen-Süd*

	<b>Änderungsantrag Kapitel III.1</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel III.1</b>
	In Zeile 294 nach „...ermöglichen“ einfügen: „Weiter werden wir eine Initiative zum Ausbau der Teilzeitausbildung auf den Weg bringen.“	Erledigt durch Annahme III.A19
5	In Zeile 300 nach „...getragen werden.“ Einfügen: „Der Bund stellt im Rahmen der Nationalen Bildungsallianz hierfür 500 Mio. Euro jährlich zur Verfügung.“	Ablehnung
10	In Zeilen 300 – 301 wird der Satz „Die Unternehmen ...- ... einbeziehen“ ersetzt durch: „Die Sozialpartner und Ausbildungsbetriebe werden wir einbeziehen.“	Ablehnung
15	An Zeile 301 werden folgende Sätze angefügt: „Eine Freistellung für Berufsschultage muss für alle Auszubildenden unabhängig vom Alter gelten. Das duale Studium muss rechtssicherer gemacht werden. Dazu sollen die Praxisphasen im Berufsbildungsgesetz geregelt werden.“	Erledigt durch Antrag RP 1
20	In Zeile 315 werden die Worte „lernbehinderter Menschen“ ersetzt durch: „von Menschen mit Behinderungen“	Erledigt durch Antrag RP 1

*Antragsbereich III.A/ Antrag 35  
Ortsverein Hürth (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

	<b>Änderungsantrag Kapitel III.1</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel III.1</b>
5	In Zeile 295 nach dem Wort „gibt“ ergänzen: „Zur assistierenden Arbeit gehört auch die Vorbereitung und Begleitung behinderter Jugendlicher in reguläre Ausbildungen. Die Finanzierung von Integrationsassistenz wird in diesem Bereich deutlich erleichtert.“	Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 36*  
*02/12 Petersburger Kiez (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel III.1.**

Einfügen in Zeile 324 nach Meisterbrief: „oder einen gleichwertigen Abschluss“

**Änderungsantrag Kapitel III.1.**

Erledigt durch Annahme von III.A32 in der Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 37*  
*Ortsverein Oldenburg (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

In Zeile 313 einfügen: „ und lebenslange“ Weiterbildung muss Standard sein.

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 38*  
*Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten*

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

S. 9f. Z.288f. Ergänze nach „Mit einer Ausbildungsplatzgarantie wollen wir allen Jugendlichen die Möglichkeit einer vollwertigen Berufsausbildung geben.“: „Ausbildende Betriebe unterstützen wir dabei durch die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage.“

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Erledigt durch Annahme von III.A24 in geänderter Fassung

S. 10, Z. 302ff. Ändere wie folgt: „Wer eine anspruchsvolle Ausbildung macht, soll auch angemessen bezahlt werden und nicht noch draufzahlen müssen. Deshalb braucht es eine Mindestausbildungsvergütung mindestens in Höhe des BAföG-Höchstsatzes. Das ist für uns auch eine Frage von gleicher Anerkennung und gleichem Respekt für Studierende und Auszubildende. Tarifvertragliche Lösungen haben dabei Vorrang, insbesondere durch Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, wodurch tariflich geregelte Ausbildungsvergütungen für alle gelten. Darüber hinaus werden wir zügig die Schulgelder in allen Ausbildungsberufen abschaffen. Wir wollen außerdem eine Übernahmegarantie nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung einführen.“

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 39*  
*Ortsverein Gießen-Kleinlinden (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

beginnend mit Zeile 316: An den Absatz wird angefügt: “Wir wollen die Glaubwürdigkeit des Bekenntnisses zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung auch dadurch stärken, dass die Zulassung zu

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Ablehnung

5 den staatlich hoch regulierten Studiengängen wie Medizin und Rechtswissenschaft auch für AbsolventInnen der Fachoberschulen ermöglicht wird.“

**Antragsbereich III.A/ Antrag 40**

*Ortsverein Leipzig-Nord / Ortsverein Leipzig-Südwest / Ortsverein Leipzig-Südost / (Landesverband Sachsen) Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

in Zeile 295 das Wort “Analphabeten” zu mit “funktionalen Analphabeten” zu ersetzen, näher zu erläutern, oder zu streichen.

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Annahme  
einfügen auf S. 11 Zeile 15: "... funktionale Analphabeten..."

**Antragsbereich III.A/ Antrag 41**

*Ortsverein Stuttgart-Vaihingen/Rohr (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Zeile 324 325 Der Satz Und wer den Meisterbrief hat... soll gestrichen werden

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Ablehnung

**Antragsbereich III.A/ Antrag 42**

*Ortsverein Gera-Ost (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

In Zeile 324-325 soll „Und wer ... zugelassen werden können.“ ersetzt werden durch „Und wer einen staatlich geprüften Abschluss einer Fachschule oder einen Meisterbrief hat, soll künftig auch zum Masterstudium zugelassen werden können.“

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Ablehnung

**Antragsbereich III.A/ Antrag 43**

*Sozialistische Jugend Deutschlands-Die Falken*

**Änderungsantrag Kapitel III.1.**

Zeile 293 nach „für Langzeitarbeitslose“ einfügen: „... und Minderjährige...“

**Änderungsantrag Kapitel III.1.**

Ablehnung

**Antragsbereich III.A/ Antrag 44**

*Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.1.**

Streichung des letzten Satzes Zeilen 305-307 „Arbeitgeberinnen und [...] übernehmen wollen.“

**Änderungsantrag Kapitel III.1.**

Ablehnung

5 Ergänzung nach Zeile 325: "Wir kennen das Problem der ausbildungsunwilligen Jugendlichen und werden prüfen, durch welche Maßnahmen dem Berufswunsch „Hartzer“ von Jugendlichen entgegengewirkt werden können."

*Antragsbereich III.A./ Antrag 45  
Ortsverein Feucht (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Für die Zeilen 282 bis 381 beantragen wir:

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Ablehnung

5 Die „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ von Wirtschaft, Gewerkschaft, Bund und Ländern werden wir fortführen. Mit einer Ausbildungsgarantie wollen wir allen Jugendlichen die Möglichkeit einer vollwertigen Berufsausbildung geben. Der betriebliche Ausbildungsplatz steht dabei im Mittelpunkt.

10 Mit einem Berufsschulpakt wollen wir ihre Ausstattung modernisieren und dafür sorgen, dass genügend gute Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Ein solcher Pakt muss von Bund und Ländern gemeinsam getragen werden. Die Unternehmen und Ausbildungsbetriebe werden wir einbeziehen.

15 Es braucht es eine angemessene Mindestausbildungsvergütung. Wir brauchen eine Ausbildungsstrategie für die Arbeitswelt 4.0. Wir werden die Anzahl der Stipendienten für Berufsbildungsabsolventinnen und –absolventen verdoppeln.

20 Wir werden die Gebühren für Techniker- und Meisterkurse abschaffen. Und wer den Meisterbrief hat, soll künftig auch zum Masterstudium zugelassen werden können.

Wir werden die Grundfinanzierung der Hochschulen stärken

25 Mehr Chancengleichheit durch besseres Bafög  
Wir werden das Bundesausbildungsförderungsgesetz verbessern, die Förderung stärker auf neue Lebenssituationen ausrichten und das Bafög an die vielfältigen Bildungswege anpassen.

*Antragsbereich III.A./ Antrag 46  
Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

5 Ersetze Seite 9, Zeile 297f: „Die Berufsschulen sind entscheidend für die Qualität der dualen Ausbildung. Hier lernen die Fachkräfte von morgen.“ in „Die Berufsschulen und die Berufsfachschulen sind entscheidend für die Qualität der Ausbildung der Fachkräfte von morgen.“

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 47*

*Ortsverein Laupheim (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel III.1.**

Zeile 305: Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen künftig eine Ankündigungsfrist einhalten, wenn sie Auszubildende nach ihrem Abschluss nicht übernehmen wollen.

**Änderungsantrag Kapitel III.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 48*

*Kreisverband Ostalb (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel III.1.**

Zeile 301: Nach dem Satz „Die Unternehmen und Ausbildungsbetriebe werden wir einbeziehen.“ folgendes einfügen:

5 "Das Ziel einer Berufsausbildung ist der erfolgreiche Berufsabschluss. Im Mittelpunkt eines Ausbildungsverhältnisses steht somit der Lernerfolg. Eine Freistellung für Berufsschultage muss deshalb für alle Auszubildenden unabhängig vom Alter gelten. Lernzeit ist Arbeitszeit."

10 Zeile 320: Nach dem Satz „Wir werden sie bundesweit [...] Qualitätskriterien definieren.“ folgendes einfügen: "Das duale Studium muss rechtssicher gemacht werden. Dazu sollen die Praxisphasen im Berufsbildungsgesetz geregelt werden."

15

**Änderungsantrag Kapitel III.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 49*

*Landesverband Bayern*

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Füge ein nach dem Satz „Die Unternehmen und Ausbildungsbetriebe werden wir einbeziehen.“ in Zeile 301: „Auszubildende brauchen Zeit zum Lernen. Die Berufsschulzeit muss daher altersunabhängig für alle Auszubildenden auf die betriebliche Arbeitszeit angerechnet werden. Dabei soll ein Berufsschultag, unabhängig von seinem Umfang, grundsätzlich als voller Arbeitstag berücksichtigt werden. Die Rückkehrpflicht nach der Berufsschule in den Betrieb schaffen wir ab.“

10 Füge ein nach dem Satz „Wir werden sie bundesweit [...] Qualitätskriterien definieren.“ in Zeile 320: „Das duale Studium muss rechtssicher gemacht werden. Dazu werden wir die Praxisphasen im Berufsbildungsgesetz regeln.“

15

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission



*Antragsbereich III.A/ Antrag 50*  
*Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Füge ein in Zeile 305 nach „für alle gelten“: „Dort, wo tarifvertragliche Lösungen nicht greifen, werden wir die Mindestausbildungsvergütung bundesweit einheitlich gesetzlich festlegen. Im dritten Lehrjahr soll sich die Höhe einer gesetzlichen Mindestausbildungsvergütung am BAföG-Höchstsatz orientieren.“

5

**Änderungsantrag Kapitel III.1**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 51*  
*Ortsverein Stewwede-Dielingen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*  
*06/05 Lankwitz / 060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Ergänze in Zeile 365 nach „eröffnen“: „Für diejenigen, die einen Bachelor-Abschluss erworben haben, wollen wir ein Recht auf einen Masterstudiengang schaffen.“

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Erlедigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 52*  
*Ortsverein Stuttgart-Ost (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Zeile 326 - "Gute Hochschulen" ersetzen durch "Hochschulen in Freiheit und Verantwortung"

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Ablehnung

5 Zeile 327-330 - "Wir brauchen hervorragende Lehre, [...] verlässliche Arbeitsbedingungen." ersetzen durch "Wir brauchen eine in die Demokratie integrierte Wissenschaft mit hervorragender Lehre, exzellenter Forschung sowie inter- und transdisziplinäre Kooperationen auf und zwischen sämtlichen Gesellschaftsfeldern an renommierten Instituten, die auch international äußerst attraktiv sind."

10

15 Zeile 335 - "Junge Talente sollen ihren Weg in der Wissenschaft gehen können." ersetzen durch "Jedes Talent soll seinen Weg in der Wissenschaft gehen können."

20 Zeile 337 - "Unser Ziel ist es, Befristungen zurückzudrängen..." ersetzen durch "Wir werden Befristungen zurückdrängen..."

Zeile 346-349 - "Wir setzen uns dafür ein, dass mehr online-Lehrangebote [...] Campus-Systeme und Lern-

- 25 plattformen unterstützen." ersetzen durch "Wir starten eine Ausstattungsinitiative zur hochschul- und länderübergreifenden Digitalisierung von Campussystemen und Online-Lernplattformen, damit das Studieren möglichst ortsunabhängig wird und zeitlich flexibel bewältigt werden kann."
- 30 Zeile 363-364 - "Die ausufernde Anzahl von Studiengängen werden wir deutlich begrenzen." ersetzen durch "Den Wildwuchs von Studiengängen an Universitäten werden wir eindämmen."
- 35 Zeile 365-366 - "Bachelor-Absolventinnen [...] Bundes vollständig eröffnen." ersetzen durch "Bachelor-Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulen wie Universitäten mit mehrjähriger beruflicher Erfahrung werden wir den Zugang zum höheren Dienst des Bundes vollständig eröffnen."
- 40

*Antragsbereich III.A/ Antrag 53*

*Ortsverein FR-Stühlinger (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Bei Zeile 347 (einfügen): Wir begreifen die Digitalisierung der Lehre auch als Chance für Verbesserungen der Qualität von Studium und Lehre durch die stärkere Etablierung von modernen, online-gestützten Lehr-Lern-Szenarien. Wir setzen uns dafür ein diese Chance zu nutzen und die Hochschulen durch nachhaltige Förderprogramme in diesem Bereich personell und infrastrukturell zu stärken. Zudem ... (Streiche „Dafür“)

5

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 54*

*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Z. 336 f. ersetze „unser Ziel“ durch „wir werden“.

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 55*

*Unterbezirk Cuxhaven (Bezirk Nord-Niedersachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Zeile 337: zu beenden (statt zurückzudrängen)

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 56*  
*Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten*

	<b>Änderungsantrag Kapitel III.2</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel III.2</b>
	Ersetze in Z. 338/339 „Frauenanteil von mindestens 40 Prozent“ durch: „Frauenanteil von mindestens 50 Prozent“	Ablehnung
5	Füge ein in Z. 363 hinter „ausgeweitet werden“: u.a. durch einen flexibleren Umgang mit Regelstudienzeiten.“	Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission
10	Füge ein in Z. 368 hinter „studentisches Wohnen“: „orientiert an der BAföG-Wohnpauschale“	Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 57*  
*Bezirk Hessen-Süd*

	<b>Änderungsantrag Kapitel III.2</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel III.2</b>
	In Zeile 334 wird folgender Satz angefügt: „Ebenso wie die 3-prozentige jährliche Steigerung beim Pakt für Forschung und Innovation wollen wir die Mittel im Hochschulpakt um eine 3-prozentige jährliche Steigerung des Budgets dynamisieren.“	Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission
5		
	In Zeile 360 wird folgender Satz angefügt: „Im Rahmen des „Paktes für den wissenschaftlichen Nachwuchs“ ist gemeinsam mit den Bundesländern ein Programm zu „Perspektivprofessuren“ mit einem Volumen von 500 Millionen Euro und einer Laufzeit von fünf Jahren für 2000 Stellen zu etablieren.“	
10		
	In Zeile 368 wird nach „...vorantreiben.“ folgender Satz angefügt: „Unter Berücksichtigung der in den Bundesländern bereits umgesetzten bzw. geplanten Baumaßnahmen besteht eine Zielmarke von rund 25.000 zusätzlichen Plätzen. Darüber hinaus sind Fördermaßnahmen für den Erhalt (Sanierung) von preisgünstigem Wohnraum für Studierende erforderlich.“	
15		
20		

*Antragsbereich III.A/ Antrag 58*  
*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

	<b>Änderungsantrag Kapitel III.2</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel III.2</b>
	Zeile 363 ergänzen vor „die ausufernde Anzahl“ Der Zugang zu den Masterstudiengängen soll ausgeweitet werden.	Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 59*  
*Ortsverein Görlitz (Landesverband Sachsen)*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel III.0**

Zeile 349 folgender Teilsatz anzufügen: „, wobei die Barrierefreiheit eine Voraussetzung für die Nutzung durch alle Studentinnen und Studenten sein soll.“

**Änderungsantrag Kapitel III.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 60*  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

S. 10, Zeile 327f. Ergänzung: ...wir brauchen „barrierefreie Zugänge zu“ hervorragender Lehre.....

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 61*  
*Ortsverein Oldenburg (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Zeile 360 ersatzlos streichen:

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 62*  
*Ortsverein Gießen-Kleinlinden (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

der Satz ab Zeile 331 ist wie folgt zu ändern: Das „und“ ist durch ein Komma zu ersetzen, es ist anzufügen: “; zusätzliche Grundfinanzierungsmittel werden an die Einrichtung eines Qualitätssicherungssystems für die Lehre gebunden.“

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

der Satz ab Zeile 341 ist wie folgt zu ändern:

10 Nach „Um die Qualität der Lehre zu verbessern“ wird eingeschoben: „wird den Lehrenden mittels eines empirischen Qualitätssicherungs- und Rückmeldungssystems zur Lehre die Möglichkeit gegeben, sich auch auf diesem Feld nachvollziehbar zu profilieren, so dass sich auch Lehrqualität zu einem harten Kriterium bei Stellen-

15 besetzungen entwickeln kann.“ Der zweite Teil des ursprünglichen Satzes wird unter Fortfall des „und“ zu einem eigenen Satz, der ergänzt wird um “, die auch Voraussetzungen zum Aufarbeiten von Lücken in den spezifischen Studienvoraussetzungen zur Verfügung

20 stellt und die individuelle Notwendigkeit der Kompensation von Lücken bei der Bestimmung individueller

Studienzeiten und Studienförderung berücksichtigt.“

25 in Zeile 363 ist das Wort „Anzahl“ durch „Diversität“ zu ersetzen.

*Antragsbereich III.A/ Antrag 63*  
*02/08 Luisenstadt (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

S.11, Z. 363-364, Satz „Die ausufernde Anzahl von Studiengängen wir deutlich begrenzen“ streichen und ersetzen durch „ Durch diese Qualitätsanreize wollen wir der stetig steigenden Anzahl von Studiengängen entgegenwirken“

5

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 64*  
*Ortsverein Stuttgart-Vaihingen/Rohr (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Zeile 339 in der Wissenschaft ein. Dazu ist es notwendig, Förderprogramme für Wissenschaftlerinnen zu schaffen und auszubauen, das werden wir tun.

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 65*  
*Ortsverein Uelzen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Zeile 353: Streichen: „und eine solide Vergütung der Urheber sowie eine angemessene Beteiligung der Verlage gewährleistet“. Stattdessen einfügen: „und durch die Ausweitung der Bildungs- und Wissenschaftsschranke im Urheberrecht Innovationen in Forschung und Entwicklung zu stärken.“

5

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 66*  
*Ortsverein Mainz-Altstadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Zeile 332 „... verlässliche Perspektive geben. „Bei der sog. Drittmittelfinanzierung universitärer Projekte treten wir für umfassende Transparenz der Verträge ein.“

5

Zeile 336 „... verlässliche Karrierewege geben. Hierfür wollen wir darauf hinwirken, dass mindestens 50% der

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Ablehnung

neu ausgeschrieben Juniorprofessuren im Wege des sogenannten „tenure-track-Verfahrens“ ausgeschrieben werden.“

**Antragsbereich III.A/ Antrag 67**

06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)

**Änderungsantrag Kapitel III.2.**

Zeile 353 und 2200 ...und **endlich** eine **regelmäßige** solide Vergütung der Urheber...

**Änderungsantrag Kapitel III.2.**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

**Antragsbereich III.A/ Antrag 68**

Ortsverein Hannover Oststadt-Zoo (Bezirk Hannover)

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Zeilen 337-338: “Unser Ziel ist ... entgegenzuwirken.“ ändern in „Unser Ziel ist es, Befristungen zurückzudrängen, Gleichstellung in der Wissenschaft zu verankern und Diskriminierungen entgegenzuwirken sowie den finanziellen Anreiz für einen wissenschaftlichen Karriereweg zu erhöhen.“

5

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Ablehnung

**Antragsbereich III.A/ Antrag 69**

Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)

**Änderungsantrag Kapitel III.2.**

Zeile 337 Streichung von „zurückzudrängen“ und Ersatz durch „zur Ausnahme zu machen“

**Änderungsantrag Kapitel III.2.**

Ablehnung

5 Zeile 338-339 Streichung letzter Satz „Wir setzen uns für einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent in Führungspositionen in der Wissenschaft ein. Deshalb wollen wir eine verbindliche Quote für alle direkt personalwirksamen Maßnahmen des Bundes.“

**Antragsbereich III.A/ Antrag 70**

Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)

Landesverband Sachsen

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Ersetze Zeile 331 bis 332: „Wir setzen uns für eine Neuregelung der Hochschulfinanzierung ein. Wichtigstes Ziel ist für uns eine hinreichende dauerhafte Grundfinanzierung von Lehre und Forschung. Daran soll neben

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Ablehnung

- 5 den Ländern auch der Bund beteiligt sein. Spitzenförderung und befristete Mittel sollen dabei lediglich eine Ergänzung bzw. Ausnahme darstellen, um die Funktionsfähigkeit des Hochschulsystems in Deutschland zu gewährleisten. Wir werden auch der außeruniversitären
- 10 Forschung eine verlässliche Perspektive geben.“

*Antragsbereich III.A/ Antrag 71*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Streiche S. 11, Zeile 363f: „Die ausufernde Anzahl von Studiengängen werden wir deutlich begrenzen.“

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 72*

*Ortsverein Leipzig- Nord / Ortsverein Leipzig- Südwest / Ortsverein Leipzig- Südost (Landesverband Sachsen)*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

In Zeile 369 wird nach „erreichen“ eingefügt: „Auch für bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende, Schülerinnen und Schüler setzen wir uns ein.“

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 73*

*Kreisverband Jena (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Zeile 330 - nach ... Arbeitsbedingungen. einfügen: Zudem muss das Studium für alle Studierenden kostenfrei sein. Studiengebühren für einzelne Gruppen, sowie nachgelagerte Studiengebühren (beispielsweise Langzeitstudiengebühren und Entgelte für Zertifikate) müssen abgeschafft werden

5

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 74*

*01/15 Gesundbrunnen (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

In Zeile 336 wird nach dem Satz „Deshalb wollen wir den Hochschulen und Forschungseinrichtungen Anreize für verlässliche Karrierewege geben“. der Satz „Tenure-Track Positionen sind hierfür ein geeigneter Weg.“ eingefügt.

5

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 75*  
*Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel III.2.**

Ziffer 367-369 folgendermaßen abändern: „Wir werden Studienberatung und Betreuung verbessern, die Mensen ausbauen sowie die Sanierung und den Neubau für studentisches Wohnen vorantreiben. In Gegenden mit hohen Wohnkosten werden wir „Studentisches Wohnen“ gesondert fördern (bspw. durch subventionierte Wohnheimplätze).

5

**Änderungsantrag Kapitel III.2.**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 76*  
*Ortsverein Kassel-Holland (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

S. 11, Z. 368 - Abschnitt: Gute Hochschulen, 10. Absatz, 1. Satz Ergänze: nach „Wohnen“ mit „mit 3,3 Milliarden Euro in einem Bund-Länder-Hochschulsozialpakt“

**Änderungsantrag Kapitel III.2**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 77*  
*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

Z. 370-374 "Wir werden daher die Leistungen verbessern, die Förderung stärker auf neue Lebenssituation ausrichten und das BAföG an die vielfältigen Bildungswege anpassen." Erweitern durch: "Die bürokratische Hürden müssen weiter abgebaut werden, um Finanzierungslücken zu verhindern. Eine Verlängerung des BAföG muss sich den neuen Lebenssituationen und vielfältigen Bildungswegen anpassen, um mehr Gerechtigkeit im Studium zu garantieren."

5

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 78*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

Z. 370-374 "Wir werden daher die Leistungen verbessern, die Förderung stärker auf neue Lebenssituation ausrichten und das BAföG an die vielfältigen Bildungswege anpassen." Erweitern durch: "Die bürokratische Hürden müssen weiter abgebaut werden, um Finanzierungslücken zu verhindern. Eine Verlängerung des BAföG muss sich den neuen Lebenssituationen und vielfältigen Bildungswegen anpassen, um mehr Gerechtigkeit

5

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

Ablehnung



10 im Studium zu garantieren. **Deshalb fordern wir ein elternunabhängiges Bafög.**"

*Antragsbereich III.A/ Antrag 79  
Ortsverein Kappeln (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

Zeile 377: den Satz umformulieren: neu: Das Studieren-  
den-Bafög soll durch regelmäßig (jährlich) angepasste  
Einkommengrenzen weiter ....

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 80  
Stadtverband Marl (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

Ergänzung Zeile 378 nach „geöffnet werden.“ Das el-  
ternunabhängige BAFöG wird ohne Anrechnung auf evtl.  
Sozialleistungsbezüge der Eltern realisiert, um auch  
Studierenden aus sozial schwächeren Familien eine  
5 echte Chance auf ein Studium zu geben.

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 81  
Unterbezirk Cuxhaven (Bezirk Nord-Niedersachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

Zeile 375: Wir sorgen für BAFöG während der gesamten  
Regelstudienzeit.

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antrags-  
kommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 82  
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten*

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

Füge ein in Z. 375 hinter „anpassen“: „Die Fördersätze  
werden wir bedarfsdeckend erhöhen.“

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antrags-  
kommission

5 Ersetze in Z. 378: „die Altersgrenzen werden wir anhe-  
ben“ durch „die Altersgrenzen werden wir aufheben“

Annahme in geänderter Fassung: "...die Altersgrenzen  
werden wir **deutlich** anheben."

Füge ein in Z. 379 hinter „berücksichtigen“: „und die  
Förderungshöchstdauer auf die Regelstudienzeit plus  
zwei weitere Semester erweitern.“

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antrags-  
kommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 83*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

In Zeile 381 wird folgender Satz angefügt: „Dabei werden wir sicherstellen, dass der Darlehensanteil beim Meister-BAföG weiter deutlich sinkt und diesen werden wir ebenso wie beim BAföG für Schülerinnen und Schüler sowie für Studierende zinsfrei stellen.“

5

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 84*  
*Ortsverein Gera-Ost (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

Hinter dem letzten Zeichen von Zeile 375 soll eingefügt werden: „Es darf nicht passieren, dass ein junger Mensch Leistungen nach dem SGB II bezieht, statt mit Leistungen nach dem BAföG eine Ausbildung zu absolvieren. Daher muss das SGB II mit dem BAföG angeglichen werden, die Leistungen müssen sich verzahnen. Alle Sozialgesetzbücher und die Gesetzgebung angrenzender Rechtsgebiete müssen aufeinander abgestimmt werden. Reibungsverluste wie zwischen SGB II und BAföG oder SGB II und Unterhaltsrecht müssen beseitigt werden.“

5

10

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 85*  
*Ortsverein Mainz-Altstadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

Zeile 377f „... wollen wir ausbauen. „Das Modell des Studierenden-Bafög soll künftig allen Auszubildenden und Studierenden offenstehen. Erst bei der vertraglichen Gestaltung der Rückzahlung wird das Elterneinkommen (zum Zeitpunkt des Abschlusses) miteinbezogen.“

5

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 86*  
*Ortsverein Mannheim-Lindenhof (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

ab Zeile 373 „wir werden daher die Leistungen verbessern, die Förderung stärker auf neue Lebenssituationen ausrichten und das BAföG an die vielfältigen Bildungswege anpassen.“ ersetzt werden durch:

5

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

Ablehnung

10 „Wir werden die Leistungen verbessern, die Förderung stärker auf die individuelle Lebenssituation auszurichten, und das BAföG an die vielfältigen Bildungswege anpassen. Daher werden wir einen generationenübergreifenden Bildungsvertrag einführen: Alle Studierende sollen unabhängig von ihrem persönlichen Hintergrund und unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern zur Deckung von Lebenshaltungskosten finanziell gefördert werden. Im Gegenzug verpflichten sich die Studierenden nach dem Berufseinstieg, und nur bei Überschreiten eines Bruttoeinkommens von mehr als 30.000 EUR, über 5-10 Jahre einen bestimmten Prozentsatz ihres Einkommens zurückzuzahlen. Durch die Rückzahlung nach einem festen Prozentsatz des Einkommens wird eine

15 **solidarische Finanzierung der zusätzlichen BAföG-Leistungen sichergestellt:** Studierende, die durch das Studium später besonders viel verdienen, zahlen so mehr zurück als Studierende, die später weniger verdienen. Der generationenübergreifende Bildungsvertrag stellt auf diese Weise sicher, dass ein Studium für alle

20 finanzierbar wird, ohne Existenzangst aufgrund von Schulden. Innerhalb weniger Jahre werden so die Anschubkosten des Staates refinanziert und der generationenübergreifende Bildungsvertrag wandelt sich in ein

25 selbsttragendes Instrument zur Bildungsförderung.“

30

*Antragsbereich III.A/ Antrag 87  
Ortsverein Laupheim / Ortsverein Biberach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel III.3.**  
Zeile 375: (Ergänzung) anpassen. Auch die Bemessungszeiträume für die Bewilligung von BAföG werden flexibilisiert, um veränderten Einkommenssituationen der Eltern Studierender gerecht zu werden, und somit den

5 jeweiligen Anspruch auf Förderung zeitnaher zu erfassen.

**Änderungsantrag Kapitel III.3.**  
Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 88  
Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel III.3.**  
Ziffer 371- 375 soll folgenermaßen abgeändert werden:  
„Das Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG- ist eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte. Es ist neben der Gebührenfreiheit das wichtigste Instrument, für

5 mehr Chancengleichheit in der Bildung. Wir werden das BAföG den neuen Lebensbedingungen gerecht anpassen.“

**Änderungsantrag Kapitel III.3.**  
Ablehnung

- sen. Zukünftig soll das BAföG nicht mehr teilweise als Darlehen, sondern vollständig als Zuschuss gewährt werden. Damit vermeiden wir nicht nur die Verschuldung der Studierenden, sondern schaffen auch barrierefreie Hochschulzugangswege für finanzschwächere Bevölkerungsschichten. Wenn das Studium später aufgrund hochwertiger Arbeit zu höheren Einkommen führt, wird es indirekt über die höhere Einkommensteuer zurückgezahlt. Außerdem werden Verwaltungskosten bei der Darlehnsabwicklung eingespart.“

*Antragsbereich III.A/ Antrag 89  
Kreis IV Nord (Landesorganisation Hamburg)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Kapitel „Es ist Zeit für moderne Ausbildung und sichere Arbeit“ /Unterkapitel „Sichere Arbeit und gute Löhne“  
/Im zweiten Absatz soll am Ende angefügt werden:  
Die Durchsetzung des Mindestlohnes durch effektive Kontrollen werden wir stärken und den dafür zuständigen Zoll mit zusätzlichem Personal ausstatten. Bei Leiharbeit und Werkverträgen wollen wir weitere Sicherungen gegen Missbrauch und Drehtüreffekte erreichen. Wir wollen, dass die Leiharbeitsverhältnisse durch die Bundesagentur für Arbeit fortlaufend kontrolliert werden.“

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 90  
06/05 Lankwitz / 060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)  
Ortsverein Frankfurt Oder-Nord (Landesverband Brandenburg)  
Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Ergänze in Zeile 390 nach „zu“: „Die Einführung des Mindestlohns war richtig und notwendig. Gegenwärtig muss der Mindestlohn erhöht und kontinuierlich angepasst werden. Wir halten die Idee einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich für die richtige Idee auf die Rationalisierung, Technologisierung und Digitalisierung der Arbeitswelt zu reagieren.“

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 91  
Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Füge ein nach Z. 393: „Außerdem wollen wir auch die Ausnahmen bei Mindestlohn für Unter-18-jährige ab-

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission in Fassung der Antragskommission

schaffen.“

**Antragsbereich III.A/ Antrag 92**  
*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

In Zeile 391 vor den ersten Satz wird eingefügt: "Bei Leiharbeitsverhältnissen werden wir für einen gleichen Lohn ab dem ersten Arbeitstag sorgen."

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

- 5 An Zeile 395 am Ende wird anfügt: "Bei Mindestlohn sind Zahlungen oberhalb des Grundentgelts, wie Zulagen und Prämien, zusätzlich zu erbringen und nicht anzurechnen."

**Antragsbereich III.A/ Antrag 94**  
*Ortsverein FR-Stühlinger (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Zeile 394 (ersetzen von „Die Ausnahmen beim Mindestlohn für Langzeitarbeitslose werden wir abschaffen.“ ) Wir wollen alle Ausnahmen bei Mindestlohn sowohl für spezielle Personengruppen als auch Branchen abschaffen.

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

- 5 Bei Zeile 395 (einfügen) Leiharbeit soll für die Arbeitgeber unattraktiver und teurer als eine reguläre Beschäftigung im gleichen Betrieb werden.

**Antragsbereich III.A/ Antrag 96**  
*Ortsverein Wilhelmsdorf (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

wird ab dem Wort „Deshalb“ in Zeile 386 bis Zeile 395 der Text durch folgenden Wortlaut ersetzt:

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

- 5 „... werden wir mit gesetzgeberischen Maßnahmen dafür sorgen, dass die zeitliche Befristung von Arbeitsverträgen grundsätzlich verboten wird. Nur noch wenige, im Gesetz abschließend zu nennende Tatbestände wie z.B. Vertretungstätigkeit oder Saisonarbeit werden eine Befristung künftig erlauben. Damit werden wir insbesondere jungen Menschen wieder Perspektiven und mehr Planbarkeit für ihr berufliches und privates Leben verschaffen.
- 10 Uns liegt daran, dem mit unserer Grundrechtsordnung unvereinbaren Prinzip „hire and fire“ Einhalt zu gebieten und dem sozialstaatlich gebotenen Kündigungs-

15 schutz wieder Geltung zu verschaffen. Wir werden nicht länger hinnehmen, dass bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit der in Befristung angelegten Angst um den Fortbestand des Arbeitsverhältnisses Gefügigkeit erzeugt wird, für die unser Verfassungsrahmen keinen Platz hat.

20 Die arbeitnehmerfeindliche und immer weiter ausufernde Verbreitung von „Arbeiten auf Abruf“ werden wir verbieten. Das Beschäftigungsrisiko durch schwankenden Arbeitsanfall darf nicht länger auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgewälzt werden können. Menschen, die damit rechnen müssen, bei Bedarf des Arbeitgebers zur Arbeit gerufen zu werden, stellen persönlich nicht plan- und gestaltbare Lebenszeit zur Verfügung, die als betriebsgebundene Zeit wie am Arbeitsplatz verbrachte Zeit zu vergüten ist.

25 Geringfügige Beschäftigung werden wir nur noch zulassen, wenn sie nur von der betreffenden Arbeitnehmerin bzw. dem Arbeitnehmer ausdrücklich gewünscht wird. Sozialversicherungspflichtige Arbeit muss wieder der Regelfall werden. Für Langzeitarbeitslose werden wir die Ausnahmen beim Mindestlohn beseitigen. Wenn reguläre Arbeit geleistet wird, muss sie auch regulär bezahlt werden.“

30

**Antragsbereich III.A/ Antrag 97**

*Ortsverein Kappeln (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Zeile 392: umformulieren: "Arbeiten auf Abruf" werden wir für den Regelfall abschaffen.

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

**Antragsbereich III.A/ Antrag 98**

*Stadtverband Marl (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

5 Ergänzung Zeile 392 nach „... werden wir eindämmen.“: Der systematische Missbrauch von Leiharbeit durch Unternehmen wird verboten. Beschäftigte in Leiharbeit sind vom Tag der Arbeitsaufnahme an wie Stammpersonal zu bezahlen.

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

10 Ergänzung am Ende von Zeile 395: Der Mindestlohn wird auf ein Niveau erhöht, der bei Beschäftigung in Vollzeit ein Einkommen deutlich oberhalb der Grundsicherung realisiert und damit ein gutes Leben im Alter möglich macht.

*Antragsbereich III.A/ Antrag 99*  
*09/13 Adlershof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**  
 Z. 394, „für Langzeitarbeitslose“ streichen

**Änderungsantrag Kapitel III.4**  
 Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 100*  
*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**  
 Z. 383: ersetze „wir wollen“ durch „Unser Ziel ist...“  
  
 Z. 389 ersetze „begrenzen“ durch „abschaffen“.

**Änderungsantrag Kapitel III.4**  
 Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

5      Z. 390 ergänze „..., sie werden daher auf Kettenverträge verzichten und Befristungen weitgehend verzichten.“

*Antragsbereich III.A/ Antrag 101*  
*Ortsverein Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**  
 Z.391: In dem genannten Satz sollen nach dem Wort Löhne die Worte „und Gehälter“ ergänzt werden. Nach dem genannten Satz soll der Satz ergänzt werden: Außerdem wollen wir die Boni in den Chefetagen begrenzen.  
  
 5

**Änderungsantrag Kapitel III.4**  
 Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

Z. 393: Vor dem genannten Satz soll der Satz „Der Mindestlohn soll zusätzlich zur regulären Anpassung um einen Euro pro Stunde erhöht werden.“ ergänzt werden.

*Antragsbereich III.A/ Antrag 102*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**  
 In Zeile 394 wird der Satz nach „...,für Langzeitarbeitslose...“ ergänzt durch: „...und Jugendliche unter 18...“

**Änderungsantrag Kapitel III.4**  
 Annahme in der Fassung der Antragskommission

In Zeile 395 werden folgende Sätze angefügt:

Einfügen auf Seite 14, Zeile 10 nach "ermöglichen":

5      „Dazu gehört für uns, dass Leiharbeit vom ersten Tag an mindestens so gut vergütet wird, wie in der Stammbelagschaft. Wir sollen zudem verhindern, dass Werkverträge zur Unterlaufung von Tarifstandards genutzt werden.“  
  
 10

„Leiharbeiter und Werkvertragsnehmer brauchen besseren Schutz. Mit der Einführung einer Höchstüberlassungsdauer und dem Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" haben wir bereits viel erreicht. Diesen Weg werden wir weiter gehen. Unser Ziel ist, dass Leiharbeit vom ersten Tag an genauso vergütet wird, wie in der Stammbelagschaft. Davon darf nur durch

15 „Leiharbeit hat ihre Berechtigung um Auftragsspitzen zu bewältigen. Das Ziel bleibt, sie darauf zu begrenzen. Den missbräuchlichen Gebrauch von Leiharbeit und Werk-

20 oder Dienstverträgen zum Zweck der Lohnsenkung müssen wir bekämpfen. In der nächsten Bundesregierung werden wir verhindern, dass sich in den Betrieben dauerhaft eine Zweiklassengesellschaft etabliert und Kolleginnen und Kollegen gegeneinander ausgespielt werden. Dazu werden wir zeitliche Begrenzungen für Arbeitnehmerüberlassungen nicht auf die Einzelperson sondern auf den Einsatzbetrieb beziehen. Bei Werkverträgen werden wir die Beweislast umkehren: Künftig soll ein Betrieb die Eigenschaft der nicht weisungsgebundenen Einbettung in die Betriebsorganisation nachweisen – nicht der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin. Wir werden den betrieblichen Interessenvertretungen mehr Rechte verschaffen. Betriebsräte sollen bei der Vergabe von Aufträgen an Leiharbeitsunternehmen informiert und unterrichtet werden. Bis zur vollständigen Unterrichtung sollen sie einen Anspruch auf Unterlassung der Maßnahme haben. Wir werden das equal-pay Prinzip nicht nur auf einen reinen Stundenlohn, sondern auch auf die sonstigen Bedingungen im Entleihbetrieb anwenden.“

35

40 In Zeile 400 wird nach „...als Betrieben ohne Tarifbindung“ folgender Satz eingefügt: „Außerdem wollen wir die Arbeitgeber dazu verpflichten offenzulegen, ob und in welchem Arbeitgeberverband sie Mitglied sind, ob sie Mitglied ohne Tarifbindung sind oder keinem Arbeitgeberverband angehören.“

45 In Zeile 401 wird nach „...Tarifverträgen werden wir erleichtern“ folgende Ergänzung eingefügt: „Dazu wollen wir auch die Zusammensetzung und die Entscheidungsmodalitäten des Tarifausschusses überprüfen.“

50 In Zeile 404 wird folgender Absatz angefügt: „Leiharbeit und Werkverträge zu regulieren war und ist das Ziel der SPD. Wir haben bereits viel erreicht. Nun gilt es den Weg konsequent weiter zu gehen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen weiter zu schärfen. Wir werden die Befristung eines Leiharbeitsverhältnisses und die Koppelung der Befristung an einen Arbeitsplatz (die sogenannte Synchronisation) außerhalb der Probezeit abschaffen. Wir halten die Einführung einer Beweislastumkehr für geboten. Sobald der Beschäftigte nachvollziehbar darlegen kann, dass Arbeitnehmerüberlassung und kein Werkvertragsarbeitsverhältnis vorliegt, sollte eine Ar-

60

repräsentative Tarifverträge abgewichen werden. Die Koppelung eines Leiharbeitsverhältnisses an einen Arbeitseinsatz (Synchronisation) soll unzulässig sein. Wir werden die Mitbestimmung der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen deutlich ausbauen. Den Missbrauch von Werkverträgen werden wir bekämpfen."

Einfügen auf Seite 14, Zeile 15 nach "bezahlt werden":  
"Die Ausnahmen für U-18-jährige werden wir auf ihre Auswirkungen evaluieren."



beitnehmerüberlassung gesetzlich vermutet werden. Der Schutz gerade für mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Ausland ist ausbaufähig. Hier setzen wir an: Wir werden die finanzielle Grundlage für die entsprechenden Anlauf- und Beratungsstellen verstetigen. So versetzen wir die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Lage, ihre Rechte zu verstehen und auch einzufordern. Wir werden die Durchsetzung von Arbeitnehmerschutzrechten verbessern und Kontrollen verstärken. Die einzelne Arbeitnehmerin und der einzelne Arbeitnehmer haben häufig nicht die notwendigen Voraussetzungen, um ihr Recht einzufordern und durchzusetzen. Deshalb wollen wir ein Verbandsklagerecht für im jeweiligen Betrieb vertretenen Gewerkschaften.“

**Antragsbereich III.A/ Antrag 103**  
*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Zeile 392: der Satz „auch geringfügige Beschäftigung usw.“ wird gestrichen.

Neuer Satz: Mit der durch uns eingeführten Gleitzone, haben wir einen Übergang von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen ermöglicht.

Zeile 395 ergänzen: Wir schaffen ebenso die Ausnahme vom Mindestlohn bei unter 18-Jährigen ab - denn für uns sind junge Menschen gleich viel wert.

Ab Zeile 404: Die SPD ist aufgefordert eine Präzisierung zum Thema Leih-und Zeitarbeit ins Programm zu formulieren

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission in Fassung der Antragskommission

**Antragsbereich III.A/ Antrag 104**  
*02/04 45. Abteilung Südstern (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Zeile 398: füge hinter „eine hohe Tarifbindung“ ein: „Ziel ist daher die Wiedereinführung der allgemein gültigen Tarifbindung“

Streiche Zeile 400 bis 401

Zeile 402: streiche „gegebenenfalls“

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 105*  
*Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

5 Füge ein nach Zeile 404: „Dem Missbrauch von Werkverträgen und Zeit-/Leiharbeit werden wir effizient Einhalt gebieten. Wir setzen uns für das Modell des Risikozuschlags bei der Leiharbeit ein: Zum Abfangen von Auftragsspitzen wird die Leiharbeit auch weiterhin erhalten bleiben. LeiharbeiterInnen sollen jedoch im Vergleich zu Festangestellten spürbar mehr verdienen. Immerhin besteht für sie das Risiko, jederzeit entlassen zu werden.“

10 Füge ein nach Zeile 404: „Die Einführung des Mindestlohns ist der mutigste arbeitsmarkt- und sozialpolitische Schritt des letzten Jahrzehnts und trägt sozialdemokratische Handschrift. Nachdem der von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden prognostizierte „Kollaps“ unseres Wirtschaftssystems nicht eingetreten ist, setzen wir uns jetzt für eine Erhöhung des Mindestlohns ohne Ausnahmen ein! Ziel ist die Verhinderung von Armut; darüber hinaus soll dies gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.“

20

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 106*  
*Ortsverein Oldenburg (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

5 Nach Zeile 395 einfügen: „Wir werden dafür sorgen, dass die zahlreichen Verstöße gegen den Mindestlohn umfänglich verfolgt und mit kostspieligen Strafen belegt werden.“

10 Nach Zeile 404 einfügen: „Eine Grundvoraussetzung für eine stärkere Tarifbindung ist eine stärkere gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten. Wir wollen mit besseren Rahmenbedingungen darauf abzielen, dass der Organisationsgrad steigt.“

15 Nach Zeile 404 ebenfalls einfügen: „Wir erleben derzeit den massiven Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen, welche von zahlreichen Unternehmen benutzt werden, um ihre Stammebelegschaft zu reduzieren und Lohnkosten zu drücken. Wir werden daher durch ein Gesetz sicherstellen, dass Leiharbeit und Werkverträge auf ein Minimum reduziert werden und wieder ihrem angedachten Zweck dienen.“

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 107*  
*07/07 Schöneberg (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

5 Ergänzung in Zeile 392 nach „... eindämmen.“: „Wir werden sicherstellen, dass das Instrument der Leiharbeit nur noch in Fällen von tatsächlichen Produktionsspitzen oder Vertretungen zur Anwendung kommt. Die Vergabe von Werkverträgen anstelle von regulärer Beschäftigung werden wir mittels klarer Regeln eindämmen.“

10 Ergänzung in Zeile 393 nach „... öffnen.“: „Die Einhaltung des Mindestlohns werden wir effektiv kontrollieren.“

Streichung in Zeile 395: „für Langzeitarbeitslose“

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 108*  
*Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

5 S. 12, Z. 393f. Stelle voran: „Die Ausnahmen beim Mindestlohn – sowohl für Minderjährige als auch Langzeitarbeitslose – werden wir abschaffen. Wir stehen für einen Mindestlohn ohne Ausnahmen.“ Wo reguläre Arbeit geleistet wird, muss auch regulär bezahlt werden.

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 109*  
*Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

5 Im Kapitel Sichere Arbeit und gute Löhne wird der „Auch geringfügige Beschäftigung wollen wir abbauen.....öffnen.“ wie folgt gefasst: Auch geringfügige Beschäftigung wollen wir abbauen, den Missbrauch bekämpfen und Beschäftigten auf Grundlage des DGB-Modells den Weg aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit öffnen.

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 110*  
*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

In Zeile 391 vor den ersten Satz wird eingefügt: "Bei Leiharbeitsverhältnissen werden wir für einen gleichen

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erledigt durch Annahme in geänderter Fassung von Antrag III.102 (Nr. 10364)

Lohn ab dem ersten Arbeitstag sorgen."

5

An Zeile 395 am Ende wird anfügt: "Bei Mindestlohn sind Zahlungen oberhalb des Grundentgelts, wie Zulagen und Prämien, zusätzlich zu erbringen und nicht anzurechnen."

**Antragsbereich III.A/ Antrag 111**

*Ortsverein Rheinsberg (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Zeile 386 der erste Halbsatz am Ende ergänzt werden:

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Ablehnung

Deshalb werden wir die sachgrundlose Befristung und die gewerbliche Arbeitnehmerüberlassung abschaffen,...

**Antragsbereich III.A/ Antrag 112**

*Ortsverein Stadt Barsinghausen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Zeile 382 Untertitel wird geändert in „Wert der Arbeit – Sichere Arbeit und gute Löhne“

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Ablehnung

5

Hinter Zeile 395 wird hinzugefügt: Leiharbeit wird gesetzlich auf Ausnahmefälle begrenzt. Die Vergütung muss 10% über dem Niveau vergleichbarer Beschäftigter im Betrieb liegen. Der Scheinselbständigkeit und dem Missbrauch von Werkverträgen wird durch eindeutige gesetzliche Regelungen der Boden entzogen. Das Kündigungsschutzgesetz findet schon bei mehr als fünf Mitarbeitern im Betrieb Anwendung.

10

**Antragsbereich III.A/ Antrag 114**

*Ortsverein Stuttgart-Vaihingen/Rohr (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

Zeile 374 und das **elternunabhängige** BAFÖG

**Änderungsantrag Kapitel III.3**

Ablehnung

**Antragsbereich III.A/ Antrag 115**

*Ortsverein Uelzen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Einfügen auf S. 12, ab Zeile 395: Wir lehnen den Missbrauch von Werkverträgen zum Umgehung gesetzlicher Regelungen, von Tarifverträgen und Mindeststandards

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erlедigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

- 5 ausdrücklich ab. Wir fordern daher:
1. Präzisierung des Werkvertragsbegriffes anhand der Kriterien des Deutschen Gewerkschaftsbundes
  2. Die Umkehr der Darlegungs- und Beweislast
  - 10 3. Verbesserung des Schutzes von ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern
  4. Verbindliche Einführung der schriftlichen Lohnabrechnung für Auftraggebende und die Verpflichtung zur bargeldlosen Auszahlung der Vergütung.
  - 15 5. Verbesserung der arbeitsmarktrechtlichen Regelungen auf europäischer Ebene

*Antragsbereich III.A/ Antrag 116*  
*Ortsverein Gera-Ost (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Hinter dem letzten Zeichen von Zeile 390 soll eingefügt werden: „Die Anwendung von Zeitarbeit und Leiharbeit muss wieder die Ausnahme von der Regel der unbefristeten Einstellung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden. Jede Arbeitnehmerin, jeder Arbeitnehmer, der von einem Zeitarbeitsunternehmen in Betriebe entsandt wird, muss für die besondere Flexibilität mindestens 10% mehr Lohn bzw. Gehalt erhalten als die Stammarbeitnehmerschaft. In der Regel nach sechs Monaten Einsatz in einem Betrieb ist die Arbeitnehmerin, der Arbeitnehmer vom einsetzenden Betrieb als unbefristet einzustellen, mit allen Rechten und Pflichten. Diese Höchsteinsatzzeit in einem Betrieb darf nur im Ausnahmefall um weitere sechs Monate verlängert werden.“

- 5
- 10
- 15

Hinter dem letzten Zeichen von Zeile 390 soll eingefügt werden: „Wir wollen auch die Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte stärken. Deshalb wollen wir ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einführen, das natürlich auch mit einem umfassenden Auskunftsrecht der Gewerkschaften verbunden sein muss. Denn wir wissen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem Beschäftigungsverhältnis nur selten ihre Rechte einklagen und nur selten wagen, sich gegen ihre Arbeitgeber durchzusetzen. Dafür sollten die Arbeitnehmervertretungen, also die Gewerkschaften Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Durchsetzung unterstützen können.“

- 20
- 25

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 117*

*Ortsverein Hagen-Mittelstadt/Oberhagen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

In der Zeile 404 neue Zeile einfügen: Leiharbeit unattraktiver zu machen, ist mit dem Leiharbeitergesetz nicht realisiert worden.

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Ablehnung

- 5 Die neuen Befristungsregelungen z. B. können zu leicht unterlaufen werden, indem die Leiharbeiter öfter ausgewechselt werden. Um das zu verhindern, muss Leiharbeit teuer gemacht werden. Denn Leiharbeiter müssen sich im Schnitt nach drei Monaten wieder auf eine neue Arbeitsstelle, neue Kollegen, neue Arbeitssituationen usw. einstellen und dazulernen. Das wird im jetzigen System überhaupt nicht belohnt. Daher müssen Leiharbeiter eine Prämie für ihre Flexibilität bekommen. Das wird Leiharbeit teurer machen und die Attraktivität von Leiharbeit für Unternehmen stark reduzieren. Die Befristung von Leiharbeit sollte auf den Arbeitsplatz bezogen sein.
- 10
- 15

*Antragsbereich III.A/ Antrag 118*

*06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4.**

Zeile 389 nach „begrenzen“ Nach: "Den öffentlichen Arbeitgebern kommt hier besondere Verantwortung zu." Ergänze: "Ebenfalls sollen unbefristete Stellen nach Möglichkeit zunächst intern mit qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt werden."

**Änderungsantrag Kapitel III.4.**

Ablehnung

- 5
- 10 Zeile 389 nach „begrenzen.“ Nach "Den öffentlichen Arbeitgebern kommt hier besondere Verantwortung zu." Ergänze: "Durch Einführung eines Befristungszuschlages in Höhe von 10% auf den regulären Arbeitslohn wollen wir die prekär befristet beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterstützen und die Schaffung von unbefristeten Arbeitsverträgen fördern."

*Antragsbereich III.A/ Antrag 119*

*Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4.**

Zeilen 401 – 403 Streichung: "Die Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen werden wir weiter erleichtern. Die Rechtssicherheit der

**Änderungsantrag Kapitel III.4.**

Ablehnung

5           allgemeinen Verbindlichkeit von Tarifverträgen muss  
gegebenenfalls auch rückwirkend gewährleistet sein."

*Antragsbereich III.A/ Antrag 120*  
*Ortsverein Feucht (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Für die Zeilen 383 bis 396 beantragen wir:

5           Wir werden wir die sachgrundlose Befristung abschaf-  
fen, um insbesondere jungen Menschen Perspektiven  
und mehr Planbarkeit für ihr berufliches und privates  
Leben zu ermöglichen. Die Sachgründe für Befristungen  
werden wir einschränken und die Möglichkeit von Ket-  
tenbefristungen begrenzen. Den öffentlichen Arbeitge-  
bern kommt hier eine besondere Verantwortung zu.

10          Die arbeitnehmerfeindliche und immer weiter aus-  
ufernde Verbreitung von "Arbeiten auf Abruf" werden  
wir eindämmen. Auch geringfügige Beschäftigung wol-  
len wir abbauen und Beschäftigten den Weg aus Mini-  
jobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit öffnen.

15          Die Ausnahmen beim Mindestlohn für Langzeitarbeits-  
lose werden wir abschaffen. Wo reguläre Arbeit geleis-  
tet wird, muss auch regulär bezahlt werden. Wir wollen  
20          einen Pakt für anständige Löhne und eine stärkere Tar-  
rifbindung.

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antrags-  
kommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 121*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

5           Füge in Zeile 395 an: „Dazu gehört für uns, dass Leihar-  
arbeit vom ersten Tag an mindestens so gut vergütet wird,  
wie in der Stammbesellschaft. Wir wollen zudem ver-  
hindern, dass Werkverträge zur Unterlaufung von Tarif-  
standards genutzt werden.“

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erledigt durch Annahme in geänderter Fassung von  
Antrag III.A 102

*Antragsbereich III.A/ Antrag 122*  
*Ortsverein Laupheim (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4.**

Zeile 393 Die Ausnahmen beim Mindestlohn für Lang-  
zeitarbeitslose werden wir abschaffen.

**Änderungsantrag Kapitel III.4.**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antrags-  
kommission

5 Zeile 394 Wo reguläre Arbeit geleistet wird, muss auch regulär bezahlt werden.

Zeile 395 Wir wollen einen Pakt für anständige Löhne und eine stärkere Tarifbindung.

**Antragsbereich III.A/ Antrag 123**  
*Ortsverein Lübeck-Travemünde (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

5 Befristete Arbeitsverträge (Zeilen 388 - 390): Die Sachgründe für Befristungen werden wir einschränken. Eine Probezeit als Befristungsgrund soll es nicht mehr geben. Zur Erprobung reicht die sechsmonatige Wartezeit nach § 1 des Kündigungsschutzgesetzes aus. Die Möglichkeiten für Kettenbefristungen werden wir begrenzen. Für die öffentlichen Arbeitgeber sollten unbefristete Arbeitsverhältnisse die Regel sein.

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

**Antragsbereich III.A/ Antrag 124**  
*Kreisverband Jena (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Zeile 392: "eindämmen" ersetzen durch: stoppen und verbieten. Entsprechende Gesetzesänderungen werden wir vornehmen.

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

**Antragsbereich III.A/ Antrag 125**  
*Ortsverein Kürten (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

nach Absatz 4, Entwurfzeile 404, eingefügt werden:

5 Wir werden die schlechte und ungerechte Entlohnung der Leiharbeit und Dumpinglöhne durch Scheinwerkverträge und Scheinselbständigkeit unterbinden durch die Präzisierung der einschlägigen Gesetze mit dem Ziel der Abschaffung. In Abstimmung mit den Gewerkschaften werden wir die Mindestentlohnung der Leiharbeiter durch die Einführung einer gesetzlichen Lohnuntergrenze deutlich verbessern, in dem die Leiharbeiter durch  
 10 Ihre Arbeitgeber grundsätzlich ab dem ersten Tag nach den Tarifverträgen der Entleiher plus eines Flexibilitätszuschlages von größer 10 % zu entlohnen sind.

**Änderungsantrag Kapitel III.4**

Ablehnung



*Antragsbereich III.A/ Antrag 126*  
*Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel III.4.**

Ziffer 391- 395 soll folgendermaßen abgeändert werden: „Die arbeitnehmerfeindliche und immer wieder ausufernde Verbreitung von „Arbeiten auf Abruf“ werden wir bekämpfen. Wir werden die Beschäftigungsmodelle über Leiharbeit und Werksverträge eindämmen. Auch geringfügige Beschäftigung wollen wir abbauen und Beschäftigten den Weg aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit öffnen. Den Mindestlohn werden wir dynamisieren und Ausnahmen, wie bspw. für Langzeitarbeitslose, werden wir abschaffen. Langzeitarbeitslose sollen durch einen öffentlichen Beschäftigungssektor neue Zugangswege zum regulären Arbeitsmarkt erhalten. Für uns gilt der Grundsatz, wo Arbeit geleistet wird, muss auch regulär bezahlt werden. Die SPD steht fest an der Seite der Gewerkschaften und setzt sich für die Stärkung der Tarifautonomie ein.“

**Änderungsantrag Kapitel III.4.**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 127*  
*Landesverband Baden-Württemberg*

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

Ersetze Zeile 406 – 407 durch: Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt grundlegend. Wir wollen die großen Chancen des digitalen Fortschritts verwirklichen und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor den Risiken schützen. Dazu müssen wir die Herausforderungen annehmen, die auf unseren Arbeitsmärkten entstehen. Wir wollen, dass die Erträge aus den Produktivitätssprüngen durch die Digitalisierung und damit die verbleibende bezahlte Arbeitszeit gerecht verteilt werden. Die digitale Rendite muss dahin gehen, wo wir bisher zu wenige Ressourcen haben – zum Beispiel in der Bildung und im Gesundheitswesen. Wenn der durch die Digitalisierung der Arbeit erwirtschaftete Reichtum nicht gerecht verteilt wird, bekommen wir massenhaft gering bezahlte Arbeit.

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 128*  
*Ortsverein Würselen-Bardenberg (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

Zeile 409 Textergänzung: Das Schaffen von steuerlichen Vorteilen für kleine und mittelgroße Unternehmen bei der Ausstattung von Home-Office-Arbeitsplätzen.

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 129*  
*Ortsverein Herrenberg (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

Zeile 408 Hinter „...tarifvertragliche Regelungen“ soll eingefügt werden: „, steuerliche Behandlung der digitalen Wertschöpfung (Wertschöpfungssteuer)“.

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 130*  
*09/13 Adlershof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

Z. 409: Nach „nutzen.“ anfügen: „Das muss in besonderem auch für die Beschäftigten in den neuen Arbeitsformen der digitalen Wirtschaft gelten.“

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 131*  
*07/01 Tempelhof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

S.12, Zeile 409 einfügen: Das muss in besonderem auch für die Beschäftigten in den neuen Arbeitsformen der digitalen Wirtschaft (z.B. Gig Economy, Crowdfunding, Plattform Economy) gelten.

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 132*  
*Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

Füge ein in Zeile 419 nach „...bei der Rente aus.“: „Negative Auswirkungen haben auch oftmals Minijobs. Unser Ziel bleibt es, die Zahl der regulären Beschäftigungsverhältnisse zulasten von Minijobs zu erhöhen. Die negativen Folgen dauerhaften Minijobbens müssen näher untersucht werden und Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Wir stehen für die Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro.“

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 133*  
*Stadtverband Witten (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

nach Zeile 420 folgendes eingefügt werden: „Vor dem Hintergrund der Digitalisierung ist es in besonderer Weise relevant, prekären Beschäftigungsformen entge-

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

5 genzuwirken. Dafür müssen klarere Kriterien der Ab-  
 5 grenzung von Schein-Selbständigkeit/ Schein-  
 Dienstleistungs- oder Schein-Werkverträgen gefunden  
 werden. Darüber hinaus gilt es die Beweislast umzukeh-  
 ren, damit der Arbeitgeber nach Verlangen durch den  
 Arbeitnehmer nachweisen muss, dass dieser nicht über  
 10 den Dienst- oder Werkvertrag oder die Selbständigkeit  
 hinaus im Unternehmen tätig ist.“

in Zeile 428 nach „...abgelehnt wird.“ folgendes einge-  
 fügt werden: „Die Arbeitsschutzbehörde muss in ihrer  
 15 Kapazität, Verletzungen des Arbeitszeitgesetzes erken-  
 nen und ahnden zu können, deutlich gestärkt werden.  
 Dabei muss berücksichtigt werden, dass auch Zeiten der  
 Erreichbarkeit, die einer unmittelbaren Arbeitsbereit-  
 schaft gleichkommen, als zu vergütende und gemäß des  
 20 Arbeitszeitgesetzes zu berücksichtigende Arbeitszeiten  
 zu werten sind. Darüber hinaus muss Betriebs- und  
 Personalräten in Zukunft ein Initiativrecht für Arbeits-  
 zeiterfassungssysteme eingeräumt werden, um so eine  
 betriebliche Kontrolle von Arbeitszeitverstößen und  
 25 Mehrarbeit zu ermöglichen.“

in Zeile 433 nach „... Umsetzung von Gefährdungsbeur-  
 teilungen“ folgendes eingefügt werden: „und die mone-  
 täre Sanktionierung ihrer Unterlassung“

*Antragsbereich III.A/ Antrag 137*  
*07/08 Friedenau (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

5 S.12, Zeile 409 einfügen: Das muss in besonderem auch  
 für die Beschäftigten in den neuen Arbeitsformen der  
 digitalen Wirtschaft (z.B. Gig Economy, Crowdfunding,  
 Plattform Economy) gelten. In diesem Zusammenhang  
 soll das Thema Scheinselbständigkeit überprüft werden.

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antrags-  
 kommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 138*  
*Ortsverein Gera-Ost (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

5 Nach Zeile 439 soll eingefügt werden: „Der technologi-  
 sche Fortschritt einer digitalisierten Arbeitswelt soll  
 positive Auswirkungen in allen Gesellschaftsbereichen  
 erzeugen. Wir befassen uns intensiv mit innovativen  
 Möglichkeiten, insbesondere die kleineren Betriebe und  
 Unternehmen in die Lage zu versetzen, den Wandel in

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antrags-  
 kommission

10 die digitalisierte Arbeitswelt zu meistern. Besondere Aufmerksamkeit soll die Erhöhung der Beschäftigtenzahl in Klein- und mittelständischen Unternehmen erfahren. KMU erhalten Anreize, zusätzlich zur Integration einer durchgehend digital vernetzten Organisation in den betrieblichen Prozessen gleichzeitig eine signifikante Erhöhung der Beschäftigtenzahl zu erzielen.“

*Antragsbereich III.A/ Antrag 140  
Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.5.**

5 Streichung Zeile 411-412 „Beschäftigte sollen mehr Wahlmöglichkeiten bei ihrer Arbeitszeit und für ihren Arbeitsort erhalten, sofern betriebliche Belange dem nicht entgegenstehen.“

**Änderungsantrag Kapitel III.5.**

Ablehnung

10 Streichung Zeile 426-428"Das Wahlarbeitszeitgesetz soll auch einen rechtlichen Rahmen für mobile Arbeit schaffen. Dabei ist es unser Ziel, dass die Tarifparteien Vereinbarungen dazu treffen. Arbeitgeber sollen begründen müssen, wenn der Wunsch nach mobiler Arbeit abgelehnt wird."

15 Streichung Zeile 436-439 „Im Zuge der Digitalisierung werden zunehmend personenbezogene Daten erhoben. Es ist notwendig, durch klare Vorgaben zu regeln, welche Daten zu welchem Zweck und zu welchen Bedingungen im Unternehmen verarbeitet werden dürfen. Zum Schutz vor Missbrauch persönlicher Daten werden wir ein Beschäftigtendatenschutzgesetz schaffen.“

*Antragsbereich III.A/ Antrag 141  
Ortsverein Feucht (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

5 Für die Zeilen 406 bis 439 beantragen wir: Es ist eine politische Aufgabe, die Digitalisierung unserer Arbeitswelt zu gestalten. Arbeiten 4.0 heißt für uns: Gesetzliche Rahmenbedingungen, tarifvertragliche Regelungen und betriebliche Ausgestaltung müssen ineinandergreifen, um die Chancen zu nutzen.uch in einer digitalisierten Arbeitswelt sind Ruhezeiten weiter nötig! Wir werden eine Klarstellung des Rechts auf Nicht-Erreichbarkeit schaffen, um Belastungen, die sich mit orts- und zeitflexibler Arbeit verbinden, zu begrenzen. Zur Verringerung der psychischen Belastungen am Arbeitsplatz werden wir das Arbeitsschutzrecht um ver-

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

15 bindlichere Regelungen erweitern. Dies betrifft besonders die wirksamere Umsetzung von Gefährdungsbeurteilungen und den Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte. Die Kontrolle der Einhaltung des Arbeitsschutzes muss verbessert werden.

**Antragsbereich III.A/ Antrag 142**  
Landesverband Sachsen

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

In Zeile 417: ersetze „das Recht, nach einer Phase der freiwilligen Teilzeitarbeit auf die frühere Arbeitszeit zurückzukehren.“ durch „das Recht aus Teilzeitarbeit in Vollzeitarbeit zu wechseln.“

**Änderungsantrag Kapitel III.5**

Ablehnung

**Antragsbereich III.A/ Antrag 143**  
Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

**Änderungsantrag Kapitel III.5.**

Ziffer 412 nach (nicht entgegenstehen.) den Passus bis Ziffer 416 ((Ein wichtiger...) vollständig streichen.

**Änderungsantrag Kapitel III.5.**

Ablehnung

5 Ziffer 426 Satz (Das Wahlarbeitsgesetz...) vollständig streichen.

**Antragsbereich III.A/ Antrag 144**  
02/08 Luisenstadt / 02/02 Kreuzberg 61 / 01/02 Alexanderplatz (Landesverband Berlin)  
Ortsverein Frankfurt Oder-Süd / Ortsverein Frankfurt Oder-Nord (Landesverband Brandenburg)

**Änderungsantrag Kapitel III.5.**

Zeile 409 einfügen: Das muss in besonderem auch für die Beschäftigten in den neuen Arbeitsformen der digitalen Wirtschaft (z.B. Gig Economy, Crowdfunding, Plattform Economy) gelten.

**Änderungsantrag Kapitel III.5.**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

**Antragsbereich III.A/ Antrag 145**  
Kreis I Mitte (Landesorganisation Hamburg)

**Ergänzungsantrag Kapitel III. 6**

5 S. 13, Ergänzung des unterstrichenen Textes in Z. 464: "Der Öffentliche Dienst soll weiter demokratisiert und modernisiert werden. Die Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Personalräte müssen dementsprechend ausgebaut werden. Vorbild hierfür sind die von der SPD novellierten Personalvertretungsgesetze in den Ländern."

**Ergänzungsantrag Kapitel III. 6**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 146*  
*Ortsverein FR-Stühlinger (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel III.6**

Bei Zeile 464 (einfügen) auch bei den kirchlichen Arbeitgebern muss die Mitbestimmung der Mitarbeiter\*innen gestärkt und zumindest dem öffentlichen Sektor angeglichen werden.

**Änderungsantrag Kapitel III.6**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 147*  
*09/13 Adlershof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel III.6**

Z. 460 Nach „verbessert werden“ folgenden Satz einfügen: „Die Beeinflussung der Wahl durch den Arbeitgeber muss stärker sanktioniert werden.“

**Änderungsantrag Kapitel III.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 148*  
*06/10 Dahlem (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel III.6**

5 Nach Zeile 450 und vor Zeile 451: Investitionen deutscher und EU Unternehmen im Ausland müssen sicherstellen, dass deutsche und europäische Mitbestimmung parallel mit der Investition eingeführt werden, zumindest die Kernnormen der ILO umgesetzt werden, auch wenn diese in den Zielländern nicht angewendet werden. Dasselbe hat für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit zu gelten. Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland sind verstärkt zu fördern. Eine Bedingung für diese Förderung müssen verbindliche Internationale Sozialstandards der betreffenden Firmen sein. Deutsche Firmen, die im Ausland investieren, und nachweislich vor Ort Bildung von Arbeitnehmervertretungen behindern, sollen von öffentlichen Ausschreibungen in Deutschland ausgeschlossen werden.

**Änderungsantrag Kapitel III.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 149*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel III.6**

In Zeile 449 wird nach „...mit Sitz in Deutschland“ folgende Ergänzung eingefügt: „...bzw. auf die deutsche Zweigniederlassung.“

**Änderungsantrag Kapitel III.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

5 In Zeile 451 wird folgender Satz angefügt: „Wir wollen eine Regelung im SE-Beteiligungsgesetz, die sicherstellt,

10 dass nach Umwandlung in eine SE die Schwellenwerte im deutschen Mitbestimmungsgesetz weiterhin gelten, wenn sich die Zahl der in Deutschland Beschäftigten ändert.“

15 In Zeile 452 wird nach „...Qualifizierung ...“ folgender Satz eingefügt: Qualifizierung, Fragen neuer Beschäftigungsformen (wie z.B. Crowdfunding) und der Erhebung und Verarbeitung von Arbeitnehmerdaten an Bedeutung zu.“

20 An Zeile 456 wird folgender Absatz angefügt „Um zu verhindern, dass Werkverträge missbräuchlich eingesetzt werden, wollen wir die Vertretungs- und Informationsrechte der Betriebsräte für im Betrieb beschäftigte Werkvertragsarbeitnehmer/-innen stärken und ihre Mitbestimmungsrechte bei der Auslagerung von Betriebsteilen stärken. Betriebsräte brauchen, ähnlich wie  
25 die Unternehmensleitung, hin und wieder externe Beratung. Wir werden deshalb Rahmenbedingungen schaffen, die das Hinzuziehen von externem Sachverstand für Betriebsräte erleichtert.“

30 In Zeile 458 wird nach „...Vereinfachung des Wahlverfahrens“ werden folgende Ergänzung eingefügt: „zeitliche Verkürzung und Minderung des bürokratischen Aufwands,“ erhöhen. „Damit wollen wir das Verfahren auch robuster gegen rein formale Störversuche  
35 gestalten.“

40 In Zeile 460 wird nach „...Betriebsratswahl muss verbessert werden“ folgender Satz angefügt: „Daneben muss auch der schutzberechtigte Personenkreis ausgeweitet werden.“

45 An Zeile 466 wird folgender Absatz angefügt: „Das Phänomen des Union Busting, also die organisierte Behinderung, Bekämpfung und Unterminierung von Arbeitnehmervertretungen, nimmt zu. Wir werden uns daher für eine konsequente strafrechtliche Verfolgung und Sanktionierung der Behinderung oder Beeinflussung von Betriebsratswahlen und Betriebsratsmitgliedern einsetzen sowie die systematische Behinderung der  
50 Wahl oder Arbeit von Betriebsräten zukünftig statt als Antragsdelikt als Offizialdelikt anlegen.“

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich III.A/ Antrag 150*

*Ortsverein Oldenburg (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel III.6**

Nach Zeile 460 einfügen: „Gegen Unternehmen, die versuchen, trotz Rechtsanspruchs der Belegschaft die betriebliche Mitbestimmung zu unterlaufen, indem sie etwa eine Betriebsratsgründung oder –wahl behindern, werden wir energisch und hart vorgehen.“

5

**Änderungsantrag Kapitel III.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 151*

*Ortsverein Gera-Ost (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.6**

Nach Zeile 447 soll eingefügt werden: „Der Bund fördert Handwerks- und Industrie- und Handelskammern dabei, kleine und mittlere Unternehmen bei der Fachkräftesicherung zu unterstützen, durch innovative Modelle der Mitbestimmung – zusätzlich zum Betriebsverfassungsgesetz – und der Gewinnbeteiligung.“

5

**Änderungsantrag Kapitel III.6**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 152*

*Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.6.**

Streichung Zeilen 457 – 460 „Noch immer gibt es zu viele Betriebe ohne [...] muss verbessert werden.“

**Änderungsantrag Kapitel III.6.**

Ablehnung

*Antragsbereich III.A/ Antrag 153*

*Ortsverein Feucht (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel III.6**

Für die Zeilen 441 bis 461 beantragen wir: Wir werden den Schwellenwert für die Geltung der paritätischen Mitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte senken. Beschäftigung das deutsche Mitbestimmungsrecht muss auch auf Unternehmen in ausländischer Rechtsform mit Sitz in Deutschland erstreckt werden. Auf der europäischen Ebene setzen wir uns für die Schließung von Schlupflöchern ein. Der besondere Kündigungsschutz für die Initiatoren einer Betriebsratswahl muss verbessert werden. Die Mitbestimmungsrechte beim Einsatz von Fremdbeschäftigung, etwa bei Werkverträgen, müssen gestärkt werden.

5

10

**Änderungsantrag Kapitel III.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission



*Antragsbereich III.A/ **Antrag 154**  
Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel III.6**

Füge nach Zeile 456 an: „Um zu verhindern, dass Werkverträge missbräuchlich eingesetzt werden, wollen wir die Vertretungs- und Informationsrechte der Betriebsräte für im Betrieb beschäftigte Werkvertragsarbeitnehmer/-innen stärken und ihre Mitbestimmungsrechte bei der Auslagerung von Betriebsteilen stärken.“

5

**Änderungsantrag Kapitel III.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ **Antrag 155**  
Landesverband Baden-Württemberg*

**Änderungsantrag Kapitel III.7**

Füge ein vor Zeile 493: Ein verlässlicher sozialer Arbeitsmarkt. Langzeitarbeitslose, aber auch Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen, mit Behinderungen, Geflüchtete, die unsere Sprache, unsere Lebens- und Arbeitsweise nicht oder noch nicht kennen, haben es auf dem regulären Arbeitsmarkt sehr schwer. Wir möchten ihnen eine echte Chance geben. Dafür sorgen wir mit einer verlässlichen Finanzierung der Arbeitsförderung, d.h. öffentlich geförderten Beschäftigungsverhältnissen mit einer – bei Bedarf – auch langfristigen Perspektive.

5

10

**Änderungsantrag Kapitel III.7**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ **Antrag 156**  
Ortsverein FR-Stühlinger (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel III.7**

Bei Zeile 483 (einfügen) Wir wollen, dass sich die Betreuungsqualität für Arbeitsuchende durch die Bundesagentur für Arbeit verbessert und mehr Ressourcen zur Verfügung stehen, so dass die individuelle Betreuung der arbeitssuchenden Menschen und ihre Beratung im Bereich der Qualifizierung und des lebenslangen Lernens passgenauer und effektive wird.

5

**Änderungsantrag Kapitel III.7**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ **Antrag 157**  
Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel III.7**

S. 13, Zeile 476 Änderung: Ersetze...Frauen und Männern“ durch „Menschen mit und ohne Behinderungen“, Jüngere.....

**Änderungsantrag Kapitel III.7**

Ablehnung

**Antragsbereich III.A/ Antrag 158**

Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)

**Änderungsantrag Kapitel III.7.**

Ergänzung nach Zeile 480: Wir setzen uns für die Schaffung eines bundesweiten Bildungsurlaubs ein, der durch die Länderbildungsurlaube ergänzt werden kann.

**Änderungsantrag Kapitel III.7.**

Ablehnung

**Antragsbereich III.A/ Antrag 159**

Ortsverein Feucht (Landesverband Bayern)

**Änderungsantrag Kapitel III.7**

Für die Zeilen 468 bis 492 beantragen wir: Wir werden die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln und dementsprechend einen Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung vorantreiben.

5

Wir beantragen im Anschluss an die bisherige Zeile 492 wegen des Sachzusammenhangs fortzusetzen mit den Überlegungen aus den Zeilen 888 bis 924:

10

"Stärkung der Arbeitslosenversicherung:  
Wir werden ein Recht auf Weiterbildung einführen. Arbeitslose, die innerhalb von drei Monaten keine neue Beschäftigung finden, sollen von der Bundesagentur für Arbeit ein Angebot für eine Qualifizierungsmaßnahme erhalten, um so ihre Vermittlungschancen zu erhöhen.

15

Für die Dauer der Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen soll es ein neues Arbeitslosengeld Q (ALG Q) geben. Der Bezug des ALG Q wird nicht auf das Arbeitslosengeld angerechnet. Die Höhe des ALG Q entspricht dem Arbeitslosengeld. Nach Beendigung einer Qualifizierungsmaßnahme setzt der Anspruch auf Arbeitslosengeld erneut nach den bisherigen Regeln ein.

20

Wir werden die Arbeitslosenversicherung wieder stärken. Viele Arbeitslose erhalten kein Arbeitslosengeld, da sie innerhalb der letzten zwei Jahre, der sogenannten Rahmenfrist, nicht mindestens zwölf Monate beitragspflichtig gearbeitet haben. Obwohl sie in der Regel Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben, erhalten sie keine Leistungen mehr aus der Versicherung.

25

Das werden wir ändern. Wer innerhalb von drei Jahren vor der Arbeitslosigkeit mindestens zehn Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt war, soll künftig bereits Arbeitslosengeld erhalten.

30

Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren und werden deshalb öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen. Die schärferen Sanktionen für unter 25-Jährige werden wir aus dem SGB II streichen. Außerdem werden wir das Schonvermögen im SGB II verdoppeln."

**Änderungsantrag Kapitel III.7**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich III.A/ Antrag 161*  
*Ortsverein Kappeln (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel III.8**

Zeile 507: Ergänzung: Insbesondere werden wir eine bezahlbare Versicherung für die Hebammen ermöglichen.

**Änderungsantrag Kapitel III.8**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 162*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel III.8**

In Zeile 506 wird nach „...allgemeinverbindlicher“ das Wort „Branchentarifvertrag“ eingefügt.

**Änderungsantrag Kapitel III.8**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 163*  
*Ortsverein Bochum-Altstadt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel III.8.**

Ergänzung in Zeile 501 nach „Deshalb wollen [wir] die sozialen Berufe aufwerten.“

**Änderungsantrag Kapitel III.8.**

Ablehnung

5 „Dazu gehört es auch, bei der Vergabe von sozialen und anderen besonderen Dienstleistungen, die Ausschreibungsverfahren in konkretere Rahmenbedingungen zu fassen, um Arbeitsplatzsicherheit und sozialräumliche Verankerung weiterhin zu gewährleisten.“

*Antragsbereich III.A/ Antrag 164*  
*02/08 Luisenstadt (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel III.8**

Zeile 501 "Deshalb wollen die sozialen Berufe aufwerten." Füge ein "wir" zwischen "wollen" und "die" (redaktionell)

**Änderungsantrag Kapitel III.8**

Erledigt durch Antrag RP1 in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich III.A/ Antrag 165*  
*Arbeitsgemeinschaft 60plus*

**Änderungsantrag Kapitel III.8.**

Z. 494 Ergänze nach "Gesundheits-", "Pflege-".

**Änderungsantrag Kapitel III.8.**

Annahme

*Antragsbereich III.A/ Antrag 166*  
*Unterbezirk Lüneburg (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel III. Sonstige**

Leiharbeitsfirmen: Keine Beauftragung von Leiharbeitsfirmen zur Vermittlung von Arbeitslosen. Leiharbeitsfälle! Da kommt man nicht wieder raus!

5 - Keine Sanktionskonsequenzen bei Ablehnung von Leiharbeitsangeboten durch Jobcenter oder Bundesagentur für Arbeit!

- Weiterbildung: Arbeitgeber müssen Kosten für berufliche Weiterbildung

10 übernehmen, wenn sie dem Betrieb zugutekommt oder aber für eine langfristige Beschäftigung vorsorgt.

- Modelle müssen her, wie der Fachkräftemangel behoben werden soll.

**Änderungsantrag Kapitel III. Sonstige**

Ablehnung

## Änderungsanträge: IV. Kapitel Es ist Zeit für eine starke Wirtschaft und Innovationen (IV.A)

### Antragsbereich IV.A/ Antrag 1

Ortsverein Stewede-Dielingen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

06/05 Lankwitz /060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)

Landesverband Berlin

#### Änderungsantrag Kapitel IV.0

Ersetze in Zeile 525 „wieder mehr zu investieren“ durch „wieder mehr in Projekte im sozial-ökologischen Bereich“ zu investieren“.

#### Änderungsantrag Kapitel IV.0

Teil 1 Ablehnung

- |   |   |   |
|---|---|---|
| 5 | Ergänze in Zeile 526 nach „Kommunen“: „Die öffentliche Hand soll insbesondere in den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Infrastruktur investieren.“ | Teil 2 Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission |
|---|---|---|

### Antragsbereich IV.A/ Antrag 2

Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

#### Änderungsantrag Kapitel IV.0

Füge ein hinter Zeile 522 Wir setzen auf den bedarfsge- rechten Ausbau von Bildung, Sozial- und Gesundheits- dienstleistungen in hoher Qualität. Gesellschaftliche Bedarfe, wie z.B. der Inklusion, können ein soziales Wachstum und eine stärkere Binnenwirtschaft schaffen, wenn wir in unseren Wohlfahrtsstaat investieren.

#### Änderungsantrag Kapitel IV.0

Ablehnung

- |    |   |
|----|---|
| 5  | Wachstum und eine stärkere Binnenwirtschaft schaffen, wenn wir in unseren Wohlfahrtsstaat investieren.  |
| 10 | Füge ein hinter Zeile 522 Das konservative Wohlfahrts- staatsmodell der Bundesrepublik setzt noch immer auf die alte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Es delegiert familiäre Sorgearbeit an Frauen und erkennt professionelle Erziehungs- und Pflegeleistung nicht ausreichend an. Dieser Weg bremst eine inklusive Poli- tik. Deshalb streben wir eine langfristige Entwicklung zu einem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime nach skandinavischem Vorbild an. Wir sind auch dafür, dass ein umfassendes, wohlfahrtsstaatliches Dienstleis- tungsangebot für alle Gesellschaftsmitglieder bereitge- stellt wird, vor allem für diejenigen, die auf besondere Hilfeleistungen angewiesen sind. Inklusion kann ein Treiber eines sozialen Wachstums sein. Wir sind uns sicher: Ein solcher sozialökologischer Pfadwechsel kann sich auf eine gesellschaftliche Mehrheit stützen.“ |
| 15 |   |
| 20 |   |

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 3*

*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.0**

Z. 523 vor „Investitionen“ „staatliche“ einfügen

Z. 526 vor „ermutigen“ „zusätzlich“ einfügen

**Änderungsantrag Kapitel IV.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 4*

*Unterbezirk Cuxhaven (Bezirk Nord-Niedersachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.0**

Zeile 512: An den Zielen der sozialen Marktwirtschaft ist festzuhalten und sie muss stetig weiterentwickelt werden.

5 Zeilen 512-517: entfernen

**Änderungsantrag Kapitel IV.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 5*

*07/01 Tempelhof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.0**

Seite 15, Zeile 525: „Die SPD wird eine neue Investitionsoffensive in Deutschland starten, die Wachstum schafft und die (einfügen) **Unternehmen fit machen für die Null-Emissions-Wirtschaft von morgen.**“

**Änderungsantrag Kapitel IV.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 7*

*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.0**

Zeile 526 neuen Satz einfügen Die beste Förderung von Investitionen ist die Wiedereinführung verbesserter Abschreibungsmöglichkeiten

**Änderungsantrag Kapitel IV.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 9*

*Ortsverein Stadt Barsinghausen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.0**

In Zeile 526 hinter: „[...] wieder mehr zu investieren.“ eingefügt: Es wird jedoch keine öffentlichen Finanzierungsprojekte in Gestalt von öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) geben, da diese die öffentlichen Haushalte regelmäßig mehr belasten.

5

In Zeile 532 wird eingefügt: In den zukunftsgerichteten

**Änderungsantrag Kapitel IV.0**

Ablehnung

10 Schlüsseltechnologien werden wir auch mit direkten Beteiligungen an Unternehmen einen Beitrag zur Innovationsförderung und Arbeitsmarktpolitik leisten.

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 10  
Ortsverein Gera-Ost (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.0**

5 In Zeile 519-520 soll „Gerechtigkeit ist die zentrale Voraussetzung für wirtschaftliche Innovationen und Fortschritt“ ersetzt werden durch: „Wirtschaft und Gerechtigkeit können und sollen einander bedingen. Zur Reduzierung der Ungleichheit fördern wir Modelle und Konzepte, die das Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft zu einer nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft führen. Eine gerechte und nachhaltige soziale Marktwirtschaft stärkt die zivile Gesellschaft und festigt die Demokratie in Zeiten des digitalen Wandels.“

**Änderungsantrag Kapitel IV.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

15 In Zeile 527 soll zwischen „...Kommunen.“ und „Wir...“ eingefügt werden: „Dazu wollen wir das Vergaberecht so weiterentwickeln, dass die öffentlichen Auftraggeber bei der Vergabe die Entwicklung von Produkten und Methoden fördern können, die eine durchgehende Nachhaltigkeit in sozial-ökologischer und ökonomischer Weise ermöglichen.“

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 11  
Kreisverband Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.0.**

Zeile 520 Bitte ersetzen: „Ungerechtigkeit“ statt „Ungleichheit“

**Änderungsantrag Kapitel IV.0.**

Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 13  
06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.0.**

5 Zeile 527 - 528: Ersetze: "Wir werden mehr Geld für Forschung und Entwicklung bereitstellen, um Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Fortschritt zu sichern." durch: "Wir werden mehr Geld für Forschung und Entwicklung bereitstellen, um Arbeitsplätze, wirtschaftlichen Fortschritt und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern."

**Änderungsantrag Kapitel IV.0.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 14*  
*Ortsverein Oberland Thür. (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.0**

Ergänzungen in: Zeile 525 – ...insgesamt, und sind der wichtigste Grund für langfristig steigende Reallöhne.

5 Ergänzungen in: Zeile 532 – ...Besonders notwendig ist der Ausbau der staatlichen Förderung von privatwirtschaftlich unrentabler Grundlagenforschung.

10 Ergänzungen in: Zeile 535 – ...Wirkliche Konkurrenz auf den Märkten ist der beste Verbraucherschutz, daher streben wir eine Verschärfung des Kartellrechts und eine Stärkung des Kartellamts an.

**Änderungsantrag Kapitel IV.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 15*  
*Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD*

**Änderungsantrag Kapitel IV.0**

In das Kapitel „Wirtschaft und Innovation“ wird folgender Abschnitt eingefügt:

5 Die Macht der Plattformen beobachten, digitales Tagelöhnertum verhindern

10 Die Digitalisierung fördert die Zunahme von Plattformen zur Vermittlung von Dienstleistungen. Dies reicht von haushaltsnahen Dienstleistungen über Übersetztätigkeiten, Designertätigkeiten bis hin zu komplexen Freiberuflerleistungen wie beispielsweise die der Architekten und Programmierer. Hierbei werden oftmals vormals sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen in kleine Einheiten zerlegt und bei Bedarf an Soloselbständige vergeben. In diesen Märkten liegt die Macht nicht bei dem Auftraggeber oder dem Auftragnehmer, sondern fast ausschließlich bei der Plattform. Mit ihren AGBen entscheiden diese über die sozialen Bedingungen der Arbeit. Über nicht transparente Kriterien findet die Vermittlung der Arbeitssuchenden statt. Diese Macht gilt es – bspw. durch die Einführung einer AGB-Prüfung auch zwischen Unternehmer und Plattform – zu brechen und die Plattformen zur Transparenz hinsichtlich der Vermittlungskriterien und Maklerhonorare zu zwingen.

15

20

25

**Änderungsantrag Kapitel IV.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission



*Antragsbereich IV.A/ Antrag 16*

*Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.0.**

In Ziffer 535 nach (angeboten werden.) soll eingefügt werden: „Zudem fordern wir eine effizient gesteuerte Investitionsstrategie der staatlichen Strukturen. ÖPP-Projekte (Öffentlich-Private-Partnerschaften) welche einen unmittelbaren Steuerungsverlust staatlicher Strukturen bewirken, bzw. zu Verschlechterungen in der Daseinsvorsorge der Bürger\_innen führen, werden von uns entschieden abgelehnt.“

5

**Änderungsantrag Kapitel IV.0.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 17*

*Ortsverein Duisburg-Rheinhausen-Mitte (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**

nach Z. 610 ... Regionen zusammenführen. einfügen: Bundesweit werden wir die regionale und kommunale Wirtschaftsförderung erheblich ausbauen und verstärken.

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 18*

*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*

*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Z. 566 bis 567 Ersetze von "Zugleich" bis "fördern." durch "Wir werden Maßnahmen treffen, die die Binnen- nachfrage in Deutschland erhöhen und damit zu einer ausgeglichenen Außenhandelsbilanz führen."

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 19*

*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Ersetze ab Zeile 575 von "Daher" bis „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM).“ durch: "Daher werden wir das erfolgreiche Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM), wenn möglich, öffnen für die Förderung datengetriebener Geschäftsmodelle oder alternativ ein eigenes Förderprogramm für diesen Bereich auflegen."

5

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

10 Ersetze Zeile 584 von "Kleine" bis „können.“ und ersetze durch: "Kleine und mittelgroße Unternehmen wollen wir durch einen starken Aufwuchs der Mittel der direkten Projektförderung , zum Beispiel des Zentralen Inno-

15 vationsprogramm Mittelstand (ZIM) oder des Pro-  
gramms "KMU innovativ", finanziell bei Forschungs- und  
Entwicklungsaktivitäten noch besser unterstützen.  
Durch niedrigschwellige Beratungsmöglichkeiten und  
eine vereinfachte Antragstellung sollen bisher nicht  
20 oder kaum forschende Unternehmen zu neuen For-  
schungs- und Entwicklungsaktivitäten motiviert wer-  
den. Gerade mittelständische Unternehmen benötigen  
diese Förderung, um ihre Wachstumschancen nutzen zu  
können."

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 20*  
*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

5 Füge ein nach Zeile 603: "Das schnelle Wachstums des  
Internets ist der Verfügbarkeit von Freier Software  
(Open Source) zu verdanken, die heute noch den Groß-  
teil der Infrastruktur betreibt. Diese Idee wollen wir  
übertragen und den Anteil Freier Software in Verwal-  
tung und Bildungseinrichtungen erhöhen, um innovati-  
ve Unternehmensgründungen im regionalen Markt zu  
unterstützen."

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
kommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 21*  
*Ortsverein Würselen-Bardenberg (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Zeile 583-585 Textänderung und -ergänzung

5 Für digitale Ausrüstung sollen kleine und mittlere Un-  
ternehmen einen Zuschuss erhalten, wenn sie sich zuvor  
durch fachspezifische Unternehmen beraten lassen und  
ein Digitalisierungskonzept ohne Firmengeheimnisse  
vorlegen. Für die Erstellung von Digitalisierungskonzep-  
ten soll ein bundeseinheitlicher Standard geschaffen  
werden, der auch von kleinen fachspezifischen Unter-  
10 nehmen erfüllt und durchgeführt werden kann.

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
kommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 22*  
*Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Ergänzung: Z. 559: Komma nach mitentscheiden,  
„...genauso wie der interdisziplinäre Austausch von  
Ingenieuren, Informatikern und Designern.“

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 23*  
*Ortsverein Kappeln (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag m Kapitel IV.1**

Zeilen 549 - 552: Ergänzen: Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf Energiequellen wie der Wasserstoffwirtschaft liegen.

**Änderungsantrag m Kapitel IV.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 24*  
*02/13 Samariter-/Boxhagener Kiez (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

In Zeile 548, hinter "weiter ausbauen" ergänzen: Wir setzen uns dafür ein, den langfristigen Reallohnverfall in den Dienstleistungssektoren zu stoppen. Die SPD steht für eine vielfältige Wirtschaft, die Wohlstand für alle sichert.

5

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 26*  
*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Zeile 582 - 585 ergänzen: Für digitale Ausrüstung – insbesondere für den Aufbau und die Anschaffung von IT-Sicherheitsstruktur – sollen kleine und mittlere Unternehmen einen Zuschuss erhalten, wenn sie sich zuvor beraten lassen und ein Digitalisierungskonzept dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik vorlegen.

5

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 27*  
*Ortsverein Am Lankower See (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

In Ziffer 608 wird hinter.....gute Arbeit fördern. Folgender Text eingefügt: Wir wollen die Beschäftigten aus den verschiedenen Bereichen der Stromerzeugung aus Kohlekraftwerken durch eine bundesgesetzliche Regelung schützen, die durch einen verbindlichen Beendigungszeitpunkt bis spätestens 2040 Planungssicherheit ermöglicht, den Bau neuer Kohlekraftwerke ausschließt und insbesondere Maßnahmen für die betroffenen Regionen und die etwa 22.000 Beschäftigten vorsieht, die bis dahin eine Transformation zum Erreichen dieser System-und Strukturanpassungen ermöglichen- angelehnt an die Regelungen, die zum Ausstieg aus der Steinkohleförderung in Deutschland geschaffen wurden.

5

10

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 28*  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

S. 17, Zeile 609 Änderung und Streichung: „Dabei ~~hilft~~  
~~uns~~ **nutzen wir** die fortschreitende Energiewende.“

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 29*  
*Ortsverein München Au (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

In Zeile 608: „Hier müssen regionalwirtschaftliche  
Strukturen [...] und gute Arbeit fördern.“ ersetzen durch:  
„Hier müssen regionalwirtschaftliche Strukturen aufge-  
baut werden, die an die industrielle Tradition dieser  
5 Regionen anknüpfen und gute Arbeit in umweltfreund-  
lichen Industrien fördern“

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
kommission

In Zeile 612: „die neuen wirtschaftlichen Aktivitäten in  
den betroffenen Regionen zusammenführen.“ ersetzen  
10 durch: „die neuen wirtschaftlichen Aktivitäten beson-  
ders in den betroffenen, aber auch in allen anderen  
strukturschwachen Regionen, zusammenführen.“

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 30*  
*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord / Ortsverein Hohen Neuendorf / Ortsverein Bernau (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Absatz 2, Zeile 552: Nach "abdecken können." füge ein  
"Um den Absatz von Elektroautos voran zu bringen, ist  
eine deutlich verbesserte Ladeinfrastruktur nötig, deren  
Ausbau wir durch Zuschüsse unterstützen werden."

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
kommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 31*  
*Unterbezirk Düsseldorf (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Die Zeilen 549 ff. (S. 15) werden wie folgt formuliert:  
Wir wollen, dass Deutschland der Standort der führen-  
den Automobilindustrie bleibt. Die Zukunft des Auto-  
mobils ist elektrisch und emissionsfrei. Deshalb sind  
5 Aufbau und Stärkung einer Batteriezellenfertigung so-  
wie der Brennstoffzellenproduktion in Deutschland von  
zentraler strategischer Bedeutung. Hiervon wird abhän-  
gen, ob wir auch in Zukunft die gesamte Wertschöpfung

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
kommission

10 von Fahrzeugen abdecken können.

Ab Zeile 553 weiter wie im Entwurf.

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 32*  
*06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.1.**

Zeile 546 - 548 Ersätze: "Im Gegensatz zu anderen Ländern haben wir in Deutschland deshalb nach wie vor eine starke Industrie." durch: "In Deutschland haben wir deshalb nach wie vor eine starke Industrie."

**Änderungsantrag Kapitel IV.1.**

Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 33*  
*Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.1.**

Ergänzung nach Zeile 613: Wir setzen uns besonders für die Schaffung neuer Arbeitsplätze im ländlichen Raum ein, weil wir erkannt haben, dass der ländliche Raum nur dann lebt, wenn er zum Wohn- und Arbeitsumfeld der Menschen wird.

5

**Änderungsantrag Kapitel IV.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 34*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Einfügen S. 15, nach Zeile 548: „Das deutsche Handwerk ist regional verankert, innovativ und bildet kräftig aus. Die SPD wird diese tragende Säule des Mittelstands weiter stärken. Mit dem Bürokratieentlastungsgesetz haben wir die Bedingungen für das Handwerk verbessert. Darüber hinaus wollen wir Kleinbetriebe im Rahmen gewerbe- und steuerrechtlicher Möglichkeiten von der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge befreien. Wir werden die Handwerksnovelle 2004 endlich umfassend evaluieren und die Meisterpflicht dort wiedereinführen, wo dies sinnvoll und europarechtlich möglich ist. Zusätzlich begegnen wir dem Lehrlingsmangel im Handwerk, indem wir Anreize schaffen, um auszubildende Handwerksbetriebe besser zu stellen. Mit einer Mindestausbildungsvergütung erhöhen wir den Anreiz, eine Ausbildung zu beginnen, zeigen den Lehrlingen Respekt und verhindern Dumping. Schließlich stellen wir sicher, dass die Meisterausbildung kostenfrei

5

10

15

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

20 wird.“

Ändere in der Zeile 607: "aufgebaut" in "auf- und ausgebaut".

**Antragsbereich IV.A/ Antrag 35**

*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Z. 556 vor „Gewerkschaften“ einfügen „starke“

Z. 559 einsetzen nach „Industrie“ „, Handwerk“

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Annahme in geänderter Fassung Seite 20, Zeile 9,

Die Vernetzung von Industrie, Mittelstand und Handwerk ...

**Antragsbereich IV.A/ Antrag 36**

*Ortsverein Augsburg-Universitätsviertel (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.1.**

In Zeile 608: „Hier müssen regionalwirtschaftliche Strukturen... gute Arbeit fördern.“ ersetzen durch: „Hier müssen regionalwirtschaftliche Strukturen aufgebaut werden, die an die industrielle Tradition dieser Regionen anknüpfen und gute Arbeit in umweltfreundlichen Industrien fördern“

5

In Zeile 612: „die neuen wirtschaftlichen Aktivitäten in den betroffenen Regionen zusammenführen.“ ersetzen durch: „die neuen wirtschaftlichen Aktivitäten in strukturschwachen Regionen zusammenführen.“

10

**Änderungsantrag Kapitel IV.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich IV.A/ Antrag 37**

*Ortsverein Meiendorf (Landesorganisation Hamburg)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.1.**

Z. 598 bis 603:hier sollte inhaltlich eingearbeitet werden, dass Deutschland eine Vorreiterrolle einnehmen soll bei der Realisierung von Ziel 12 der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, d.h. nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion. Wir müssen weg von der Wegwerfgesellschaft hin zu einem nachhaltigen Konsum. Dafür sind entsprechende Kampagnen zu entwickeln.

5

**Änderungsantrag Kapitel IV.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 38*

*Ortsverein Stemwede-Dielingen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Ersetze ab Zeile 575 von "Daher" bis „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)." durch: "Daher werden wir das erfolgreiche Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM), wenn möglich, öffnen für die Förderung datengetriebener Geschäftsmodelle oder alternativ ein eigenes Förderprogramm für diesen Bereich auflegen."

5

**Änderungsantrag Kapitel IV.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 40*

*02/13 Samariter-/Boxhagener Kiez / 060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*

*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**

Füge ein ans Ende von Zeile 628: "Individualsoftware für die Verwaltung soll für den plattformunabhängigen Betrieb entwickelt werden, damit diese langfristig und unabhängig von der verwendeten Betriebsumgebung verwendet werden kann."

5

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 41*

*Ortsverein St Ingbert-Mitte (Landesverband Saar)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.2.**

In Zeile 619 werden in dem Satz "Wir werden Unternehmen von Statistik-, Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten befreien" die Wörter "Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten" gestrichen: "Wir werden Unternehmen von Statistikpflichten befreien".

5

**Änderungsantrag Kapitel IV.2.**

Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 42*

*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**

Zeile 614 An Überschrift „Unnötige Bürokratie abbauen - Mittelstand entlasten“ wird angefügt: und schützen

5

Zeile 619 Satz wird neugefasst durch: Wir wollen für Unternehmen Statistik-, Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten vereinfachen.

nach Zeile 619 wird eingefügt: Trotzdem bedarf es klarer Anforderungen an die Nachweispflicht für das Fi-

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**

Ablehnung

10 nanzamt zur Vorsorge gegen die Gefährdung kleiner und mittelständischer Unternehmen gegen Wirtschaftskriminalität.

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 43*

*Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**

Z. 619, Streichung: „Wir werden Unternehmen von Statistik-, Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten befreien.“

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**

Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 44*

*Ortsverein FR-Stühlinger (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**

Bei Zeile 642 (einfügen) Erfolgreiche Unternehmen sollen sich an diesen Fonds für Wagniskapital beteiligen, da sie im großen Umfang von den Innovationen aus den Gründerunternehmen und dem Mittelstand profitieren.

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 45*

*09/13 Adlershof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**

Z. 628 Korrigiere „nachvollziehen“

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**

Annahme

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 46*

*02/13 Samariter-/Boxhagener Kiez (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**

Ergänze nach Zeile 628: Der Prozess der Digitalisierung der Verwaltung muss den Datenschutz außerordentlich beachten.

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**

Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 48*

*Ortsverein Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**

vor der Zeile 608 vor dem Satz „Wir werden diese Herausforderung ... angehen.“ folgender Text einzufügen:

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 „Wir setzen uns für eine nationale Anstrengung ein, die den notwendigen Ausstieg aus der Kohleverstromung u.a. durch Investitionen und Ausgleichszahlungen sowie steuerfinanzierte Transferleistungen an betroffene



Beschäftigte und Bewohner der betroffenen Regionen ermöglicht.“

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 49*  
*Ortsverein Stadt Barsinghausen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**  
 in Zeile 614 „Bürokratie“ durch „Vorschriften“ ersetzt

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**  
 Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 50*  
*Ortsverein Mannheim-Lindenhof (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**  
 Zeile 628 noch folgender Satz hinzugefügt werden: „Wir werden daher bis 2025 eine vollkommen papierlose Verwaltung einführen“.

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**  
 Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 51*  
*Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.2.**  
 Ergänzung nach Zeile 628 Um Unternehmen von Bürokratie zu entlasten setzen wir uns für die Heraufsetzung der Grenze für die Sofortabschreibung von Geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG) auf 1.000 Euro ein.

**Änderungsantrag Kapitel IV.2.**  
 Ablehnung

- 5 Ergänzung nach Zeile 628: Mehr kleine Handwerksbetriebe und Gewerbetreibende sollen von den Regelungen des Steuerabzugsbetrags profitieren können und so ihre Selbstfinanzierungskraft stärken und unabhängiger von der Kreditvergabe der Banken werden. Deshalb setzen uns für eine Ausweitung der Grenzen für die Inanspruchnahme des Investitionsabzugsbetrags ein. Die Regeln für die Inanspruchnahme sollen vereinfacht werden.
- 10
- 15 Ergänzung nach Zeile 628: Wir treten für die sofortige Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialbeiträge ein.

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 52*  
*01/15 Gesundbrunnen (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**  
 In Zeile 622 wird nach dem Satz „Die meisten Behördengänge sollen sich in Zukunft online erledigen lassen.“ der Satz „Gleichzeitig muss die persönliche Bear-

**Änderungsantrag Kapitel IV.2**  
 Annahme in geänderter Form, Seite 21, Zeile 28: Die meisten Behördengänge sollen sich in Zukunft **auch** online erledigen lassen.“

5 beitung vor Ort weiterhin gewährleistet bleiben.“ eingefügt.

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 53*  
*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel IV.3**

Z. 642 Ersetze "." durch ", ohne dass es zu einer Vergemeinschaftung von Verlusten kommt."

**Änderungsantrag Kapitel IV.3**

Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 54*  
*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.3**

Z. 645 streiche bis „müssen“ und ersetzen durch „Wir wollen ein....“, streichen von „werden“.

**Änderungsantrag Kapitel IV.3**

Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 55*  
*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.3**

Zeile 657 neuer Satz einfügen: Wir entwickeln klare Richtlinien und schaffen Erleichterungen bei der Neugründung von Genossenschaften

**Änderungsantrag Kapitel IV.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 56*  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel IV.3**

S. 17, Zeile 649 Ergänzung: ...von Menschen „ zum Beispielspiel mit und ohne Behinderungen“ oder Migrationshintergrund

**Änderungsantrag Kapitel IV.3**

Annahme

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 57*  
*06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.3.**

5 Zeile 641 Ergänze nach "... und sich voll auf ihr Geschäftsmodell konzentrieren können.": "Wir werden dafür sorgen, dass Unternehmensgründer und kleine Unternehmen Beratung erhalten, wenn sie sich auf öffentliche Ausschreibungen bewerben wollen."

**Änderungsantrag Kapitel IV.3.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 58*  
*Landesverband Baden-Württemberg*

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

Ergänze in Zeile 668 nach „und“ vor „Kooperationen“:  
 die ressort- und fächerübergreifenden Kooperationen

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 5 Einfügen nach Zeile 697: Dabei werden wir aber auch Forschungsbereiche fördern, die (soziale) Gerechtigkeit und eine lebenswerte Gesellschaft so in den Mittelpunkt stellen.

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 59*  
*Ortsverein Stuttgart-Ost (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

5 Zeilen 666-667 - "Wir brauchen exzellente Forschung und Entwicklung, um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen bewältigen zu können." ersetzen durch "Wir brauchen exzellente Forschung und Entwicklung, um die großen gesellschaftlichen Herausforderungen unter wirtschaftlicher Prosperität meistern zu können."

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

Ablehnung

- 10 Zeilen 668-669 - "Vernetzung, den internationalen Austausch und Kooperationen" ersetzen durch "inter- und transdisziplinäre Kooperationen auf und zwischen sämtlichen Gesellschaftsfeldern"

- 15 Zeilen 671-674 - "Die Vielfalt der Forschungslandschaft in Deutschland ist ein wichtiger Standortvorteil. Universitäten, Fachhochschulen Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, forschende Unternehmen und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen leisten hervorragende Arbeit." ersetzen durch "Eine vielfältige, öffentlich und privatwirtschaftlich institutionalisierte Forschungslandschaft ist zentraler Bestandteil einer pluralistischen Demokratie."  
 20

- 25 Zeilen 681-682 - "Wir wollen zusätzliche Möglichkeiten für den Bund schaffen, Forschungseinrichtungen an Hochschulen direkt zu fördern." ersetzen durch "Wir wollen die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Bund Forschungseinrichtungen an Hochschulen direkt fördern kann."  
 30

Zeilen 696-697 - "Start-ups, damit sie ihre zunehmen-

35 den Aufgaben in Forschung und Transfer besser wahrnehmen können." ersetzen durch "Start-ups, damit sie den Erwartungen an Forschung und Transfer entsprechen können."

40 Zeilen 705-707 - "Wir wollen die Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern für neue Technologien erhöhen. Mit Transparenz, Informationsbeteiligung werden wir Befürchtungen abbauen und Ängsten vorbeugen." ersetzen durch "Wir wollen zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes einbinden, um unter dem Dach einer Bürgerwissenschaft gemeinsam Probleme zu definieren, Lösungstechniken zu identifizieren und robuste  
45 Maßnahmen zu ergreifen."

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 60*  
*Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

Z. 696, Ergänzung nach „...Wissenschaft, Industrie,“: Design

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 61*  
*09/13 Adlershof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

Z. 704 Nach „werden können.“ folgenden Satz einfügen: „Wir setzen uns u.a. auch für mehr Fördermittel für die diskriminierungsreflexive Migrationsforschung im Bildungsbereich ein.“

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 62*  
*07/01 Tempelhof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

Seite 18, Zeile 688: Wir werden zukunftsweisende Technologien fördern, die große Wertschöpfung mit neuen Arbeitsplätzen und Verbesserungen für das alltägliche Leben verbinden. Beispielsweise (einfügen)  
5 **Technologien für den Ersatz fossiler Ressourcen**, in der Gesundheitsforschung, Bio- und Nanotechnologie, Materialforschung oder Robotik.

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 63*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

In den Zeilen 682 und 683 wird der Satz „Die Forschungsförderung .....verdoppeln“ durch folgende Neufassung ersetzt: „Die Forschungsförderung des Bundes für Fachhochschulen wollen wir von 55 Mio. Euro auf  
 5 110 Mio. Euro verdoppeln.“

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 64*  
*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

Zeile 697 neuen Satz einfügen: Die Universitäten verpflichten sich der zivilen, humanen, demokratischen und nachhaltigen Forschung.

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 65*  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

S. 19, Zeile 708 Ergänze: „Die Anzahl der Tierversuche wollen wir verringern und uns für die Verbreitung der 3-R-Methoden (zu Deutsch: Vermeiden, Verringern, Verbessern) in der Forschung einsetzen. Wir wollen alternative Forschungsmethoden fördern, die ohne oder mit deutlich weniger Tieren auskommen.“  
 5

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 66*  
*02/08 Luisenstadt / 02/04 45. Abteilung Südsterne (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

Zeile 705-707 ersetze: "Wir wollen die Akzeptanz [...] Bundesregierung eingebunden." durch: "Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger an den Entwicklungen von neuen Technologien teilhaben lassen. Durch Transparenz, Information und Beteiligung wird der Bürgerinnen und Bürger Zivilgesellschaft ein Zugang zu wissenschaftlichen Innovationen ermöglicht. Die Teilhabe an dem Innovationsdialog der Bundesregierung bereitet die Zivilgesellschaft auf die schnelle Veränderung der  
 5  
 10 Technologien vor."

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 67*  
*Ortsverein Uelzen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

Hinzufügen am Ende in Zeile 687: „Wir werden eine länderübergreifende Infrastruktur für die nachhaltige Nutzung von Daten aus öffentlich geförderter Forschung implementieren.“

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 68*  
*Ortsverein Hagen-Mittelstadt/Oberhagen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

Zeile 665 Streichen und ersetzen durch: Den erfolgreichen Weg der SPD bei Forschung und Entwicklung fortsetzen

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

Ablehnung

- 5 Zeilen 666-670 streichen und ersetzen durch: Die SPD hat Deutschland wieder zu einem attraktiven Platz für Wissenschaft und Forschung gemacht. Mit unserer Exzellenzinitiative haben wir eine bis dahin nicht gekannte Dynamik in die Hochschulen gebracht, von der vor allem auch Studierende und ForscherInnen profitieren. Mit der sozialdemokratischen Idee des Paktes für Forschung und Innovation gibt es seit über einem Jahrzehnt einen verlässlichen jährlichen Aufwuchs für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Mit unseren Hochschulpakten haben wir die Zahl der Studienplätze erhöht und mit der ursozialdemokratischen Erfindung des BaFöG ermöglichen wir es jungen Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten zu studieren.
- 10
- 15
- 20 Neugier, der Wunsch Neues zu schaffen, Antworten auf Fragen und Lösungen für Probleme zu finden und der Wille, das Leben besser zu machen und die Umwelt zu schützen sind Antrieb gerade für viele junge Menschen. Mit unseren Maßnahmen haben wir ihnen dazu schon
- 25 viele Möglichkeiten geschaffen und Deutschland auch wieder interessant für ausländische Top-WissenschaftlerInnen gemacht.
- 30 Auch wenn Grundlagenforschung für uns ein unverzichtbarer Wert ist, den wir weiter verstärken müssen: Wir wollen unser Land konkret vorbereiten und Antworten geben auf die großen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte.
- 35 Wenn wir die Lebensbedingungen eines jeden Menschen verbessern wollen, müssen wir lernen, wie Men-

40 schen möglichst gesund und glücklich leben und arbeiten und Teil der Gesellschaft sein können: Wir wollen daher wieder stärker die neuen Arbeitsbedingungen erforschen, neue Produktionstechniken, und welche Dienstleistungen auf uns zu kommen. Der Mensch steht dabei im Mittelpunkt: Arbeit menschlicher machen, nicht den Menschen anpassen. Wir wollen nicht nur auf medizinischer und naturwissenschaftlicher Ebene die  
 45 Gesundheit von Menschen verbessern, sondern über Pflege- und Versorgungsforschung auch Modelle entwickeln, wie Menschen besser gepflegt und auch im Alter Teil der Gesellschaft sein können. Wir sehen dabei die besondere Verantwortung Deutschlands als hochentwickeltes reiches Land, auch die Krankheiten zu erforschen, von denen andere Länder betroffen sind und die häufig Armut und andere vermeidbare Ursachen haben.

55 Wir sehen unsere große Verantwortung für kommende Generationen, bereits heute viel vernünftiger mit Rohstoffen umzugehen und möglichst wenig Abfall zu verursachen: Die Begrenzung des Klimawandels und Ressourceneffizienz stehen im Zentrum unserer Forschungspolitik. Die Erschließung neuer Energiequellen,  
 60 neuer Werkstoffe und effizienter Umgang mit Vorhandenem machen unsere Welt besser und werden neue Arbeitsplätze schaffen.

65 Die Erforschung des Lebensumfeldes, des Wohnens und Bauens und der Mobilität werden wir stärker fördern genauso wie Verbraucherforschung, die den Menschen nicht als Konsumenten betrachtet, sondern unterstützt und schützt. Der Friedens- und Konfliktforschung werden wir einen besseren Stellenwert einräumen als mit Konservativen bislang möglich war. Um die Schätze der Natur besser verstehen und nutzen zu können werden wir die Erforschung ökologischen Landbaus, ökologischer Züchtungsverfahren und von ökologischem Saatgut in einem neuen Programm zusammenfassen und  
 75 ausbauen.

Streiche ersatzlos 688 „Wir werden..“ bis 693 „...werden wir“

80 Neuer Anfang 693: „Wir werden die Transferförderung...“

Ergänze nach 704: „Studierende und WissenschaftlerInnen ohne Exzellenznachweis im Lebenslauf werden wir  
 85 über ein neues Förderprogramm versuchsweise die

90 Möglichkeit geben, innovative Ideen, Konzepte oder Forschungsansätze zu erproben. Besonders engagierten, interessierten oder erfolgreichen Auszubildenden oder AbsolventInnen einer dualen Ausbildung wollen wir mit einem Stipendium die Möglichkeit geben, für einige Monate ein Praktikum in einer Forschungseinrichtung oder einem innovativen Unternehmen zu machen..

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 69  
06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.4.**

Zeile 704 Ergänze am Ende des Absatzes: "Dabei wird Begleitforschung vorgesehen, die die Auswirkungen der Innovationen auf Arbeitswelt und Umwelt untersucht."

**Änderungsantrag Kapitel IV.4.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 70  
Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

5 Zeile 674 An den Absatz wird folgender Satz neu angefügt: „Wichtige Forschungsfelder für das erfolgreiche Meistern zukünftiger Herausforderungen sind insbesondere nachhaltige wirtschaftliche Entwicklungsmodelle, art- und umweltgerechte Anbaumethoden in der landwirtschaftlichen Produktion, Innovationstechnologien im sozialen Bereich oder die Erforschung der praktischen Grundlagen für eine gemeinsame und gleichberechtigte, friedliche und gesellschaftliche Entwicklung.“

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 71  
Ortsverein Kassel-Holland (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

5 S. 19, Z. 708 - Abschnitt: Innovation und Gründergeist, nach letztem Absatz Ergänze: „Die Anzahl der Tierversuche wollen wir verringern und uns für die Verbreitung der 3-R-Methoden (zu Deutsch: Vermeiden, Verringern, Verbessern) in der Forschung einsetzen. Wir wollen alternative Forschungsmethoden fördern, die ohne oder mit deutlich weniger Tieren auskommen.“

**Änderungsantrag Kapitel IV.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission



*Antragsbereich IV.A/ Antrag 72*  
*Ortsverein Sasel (Landesorganisation Hamburg)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.5**

Zeile 732 "...kämpfen für deren Erhalt." Einfügen: "und setzen uns für ein flächendeckendes Leistungsangebot der Sparkassen ein.

**Änderungsantrag Kapitel IV.5**

Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 73*  
*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.5**

Z. 736: „systemrelevant“ streichen

**Änderungsantrag Kapitel IV.5**

Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 74*  
*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.5**

Zeile 715-716 ergänzen Unter vermögende Gläubiger dürfen auf keinen Fall Sparer und private Anleger fallen.

**Änderungsantrag Kapitel IV.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 Zeile 731 neue Satz einfügen: Wir benötigen eine EU-Rating-Agentur.

Zeile 742 Ändern: neu " Wir wollen die Einführung der Finanztransaktionssteuer

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 75*  
*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.5**

5 Ersetze Zeile 735/736 'Wir werden bei der Regulierung danach unterscheiden, ob es sich um Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Förderbanken handelt oder um systemrelevante Großbanken.' durch 'Bei der Regulierung muss gerade bei Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Förderbanken das Prinzip der Proportionalität zugrunde gelegt werden.'

**Änderungsantrag Kapitel IV.5**

Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 77*  
*Ortsverein Oldenburg (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.5**

Nach Zeile 743: Wirtschaft - wird folgender Änderungsantrag gestellt: Die SPD wird die erforderlichen gesetzli-

**Änderungsantrag Kapitel IV.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 chen Initiativen dafür unternehmen, dass alle Finanzprodukte, die keinen realwirtschaftlichen Nutzen haben, verboten werden. Darüber hinaus wollen mit einem „Finanz-TÜV“ den Nutzen neuer Finanzprodukte prüfen und über deren Zulassung soll das BaFin dann nach klaren Vorgaben entscheiden. Die Beweislast für die Erfüllung der Kriterien liegt bei der Finanzwirtschaft.

10 Wirtschaft –wird folgender Änderungsantrag gestellt: Öffentlich – private Partnerschaften sind nur dann zulässig, wenn die Mobilisierung privaten Kapitals durch einen öffentlichen Investitionsfonds erfolgt, der Anleihen ausgibt. Die Planung und Durchführung der Investitionen muss dabei in öffentlicher Hand bleiben. Alle anderen Formen dieser Finanzierung werden nicht angewandt.

15

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 78*  
*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.5.**

Zeile 723 Nach "und einer Aufsicht unterliegen" füge ein "Damit diese Regelungen erfolgreich sind, werden wir eine europäische Lösung anstreben."

**Änderungsantrag Kapitel IV.5.**

Annahme (S. 24 Zeile 2)

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 79*  
*(Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.5**

in Zeile 734 der Teil „...kämpfen für ihren Erhalt“ gestrichen und durch „werden sie daher stärken und unterstützen“ ersetzt.

**Änderungsantrag Kapitel IV.5**

Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 80*  
*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord / Ortsverein Hohen Neuendorf / Ortsverein Bernau (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.5**

Absatz 3, Zeile 723: Nach "und einer Aufsicht unterliegen" füge ein "Damit diese Regelungen erfolgreich sind, werden wir eine europäische Lösung anstreben."

**Änderungsantrag Kapitel IV.5**

Erledigt durch Annahme IV. A78

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 81*  
*Kreisverband Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.5.**

Zeile 742/743 Versatz: „Außerdem setzen wir uns...“

**Änderungsantrag Kapitel IV.5.**

Ablehnung

nach Zeile 719

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 82*  
*Stadtverband Bochum 5 (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.5**

Nach Zeile 726 folgenden Text einfügen: „Das Warten auf eine einheitliche Finanztransaktionssteuer in Europa oder gar weltweit gleicht dem „Warten auf Godot“. Bei den Bürgern wird dies mehrheitlich als Ausrede für eigenes Nichthandeln und dem Einknicken gegenüber der Finanzlobby gesehen. Entgegen von dieser Lobby verbreiteten Nebelkerzen – und leider auch vieler Politiker – erlaubt die EU auch eine Einführung dieser Steuer für einzelne Mitgliedstaaten. Man kann dies in der Richtlinie 2008/7/EG vom 12. Februar 2008 im Artikel 6 Abs. 1 nachlesen. Einige Mitgliedstaaten – unter ihnen England – hat auch eine solche Steuer. Gleichfalls die USA und China. Ein Argument der Gegner vermag daher nicht zu überzeugen, die Händler würden angeblich abwandern. Dies konnte von den dortigen Börsen nicht bestätigt werden. Auch die Bundesrepublik hatte bis zum Jahre 1991 eine solche Steuer. Sie war rechtssystematisch notwendig, weil im Umsatzsteuergesetz genau aus diesem Grunde Geldumsätze steuerbefreit sind. Der Steuersatz sollte 0,1 % auf alle Umsätze betragen. Nach Untersuchungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung könnte eine wie beschrieben ausgestaltete Börsenumsatzsteuer bis zu 35 Mrd. € jährlich an Einnahmen bringen.“

**Änderungsantrag Kapitel IV.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 83*  
*Unterbezirk Neustadt/Bad Dürkheim (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.5.**

Z. 742 f.: Außerdem setzen wir uns für die Einführung der Finanztransaktionssteuer ein. Ersetzen durch: Wir setzen uns für die europaweite Einführung der Finanztransaktionssteuer ein.

**Änderungsantrag Kapitel IV.5.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 84*  
*Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.5.**

Ergänzung nach Zeile 743: Wir bekennen uns klar zum Recht der Bürger auf Bargeld und werden Bestrebungen

**Änderungsantrag Kapitel IV.5.**

Annahme, einfügen Seite 24, Zeile 18

zu dessen Abschaffung entschieden entgegentreten.

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 85*  
*Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD*

**Änderungsantrag Kapitel IV.5**

5 Nach Zeile 723 wird eingefügt: Vermittlungsplattformen bspw. für Übernachtungen verfügen über die gleiche Marktmacht wie kapitalstarke Gesellschaften. Da diese offiziell nur die Nutzung von privatem Produktionsmitteln vermitteln, ohne diese in den eigenen Betrieb zu integrieren, unterliegt der Aufbau dieser Marktmacht weder den Regeln des Kapitalmarktes noch der Kreditwirtschaft. Wir werden diesen Prozess kritisch begleiten und geeignete Maßnahmen der Aufsicht einführen, um unkontrollierte wirtschaftliche Macht zu verhindern.

**Änderungsantrag Kapitel IV.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 86*  
*Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.5.**

5 Ziffer 722 soll nach (...Kriterienkatalog zur Prüfung uns ihrer Bedeutung für das Finanzsystem.) ergänzt: „Sollten Banken weiterhin mit Hochrisikopapiere handeln, müssen für diese Banken strengere und höhere Eigenkapitalvorschriften gelten. Systemrelevante Finanzinstitute müssen unter einer engmaschigen Aufsicht gestellt werden.“

**Änderungsantrag Kapitel IV.5.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 87*  
*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel IV.6**

5 Füge ein Zeilen 757/758 hinter „nutzen können“: "Wir setzen uns für ein sicheres Internet der Dinge im Bereich der Consumer-Elektronik und damit für einen nachhaltigen Verbraucherschutz ein. Zentraler Baustein für ein sicheres Internet muss eine nachhaltige Consumer Internet of Things Strategie sein, die verpflichtende europaweite Mindestanforderungen an die Sicherheit von IoT-Produkten definiert - ähnlich der bestehenden CE-Kennzeichnung. Eine solche Strategie wollen wir auf Ebene der EU durchsetzen."

**Änderungsantrag Kapitel IV.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 88*  
*06/10 Dahlem (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.6.**

In das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 werden in Zeile 805 folgende Sätze aufgenommen: „Künftig wird ein angemessener Teil der Kartellstrafen für den Verbraucherschutz, insbesondere zur Finanzierung der erfolgreichen Arbeit der bestehenden und weiterer Marktwächter, verwendet. Der § 82 a Abs. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) wird entsprechend ergänzt.“

5

**Änderungsantrag Kapitel IV.6.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 89*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel IV.6**  
 (Scherzantrag)

Z. 804 Füge ein nach "ein.": "In diesem Sinne darf das bargeldlose Bezahlssystem nur zwischen 20:00 und 6:00 morgens in Betrieb sein - angelehnt an das Musterbeispiel des Jugendschutzes: Die Zeitsperre der ARD-Mediathek."

5

**Änderungsantrag Kapitel IV.6**  
 Nichtbefassung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 90*  
*Ortsverein Herrenberg (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel zu IV.6**

Zeile 796: Zu streichen ist „und kein anderes Girokonto eröffnen können“.

**Änderungsantrag Kapitel zu IV.6**

Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 93*  
*Ortsverein Bochum-Ehrenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.6**

Hinter den Satz (Zeilen 757/758; „Auch in der digitalen Wirtschaft... sicher nutzen können.“ wird hinzugefügt: Wir setzen uns für ein sicheres Internet der Dinge im Bereich der Consumer-Elektronik ein. Zentraler Baustein dafür muss eine nachhaltige Strategie sein, die verpflichtende europaweite Mindestanforderungen an die Sicherheit von IoT-Produkten definiert - ähnlich der bestehenden CE-Kennzeichnung.

5

**Änderungsantrag Kapitel IV.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 94*  
*Ortsverein Isernhagen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.6**

(Zeile 790) Im 8. Absatz soll der Satz gestrichen und durch folgenden ersetzt werden: „Die Produkt- und Herstellerhaftung werden wir so anpassen, dass auch Schäden aufgrund von Programmierfehlern oder unzu-

5 reichend implementierten Verschlüsselungen so geregelt sind, wie Schäden aufgrund von Produktionsfehlern.“

Folgender Satz soll danach eingefügt werden: „Die Hersteller werden verpflichtet die implementierten Verschlüsselungsalgorithmen namentlich anzugeben, sowie den Zeitpunkt, bis zu dem Softwareupdates mit Fehlerkorrekturen bereitgestellt werden.“

10

**Änderungsantrag Kapitel IV.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 95*  
*Landesverband Sachsen*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel IV.6**

An Zeile 797 wird folgender Satz angefügt: „Um sich aus einer Schuldenfalle befreien zu können, brauchen wir eine flächendeckende Schuldnerberatung. Wir wollen dafür sorgen, dass diese in Zukunft auch für Nicht-

5 Leistungsempfänger/-innen zugänglich ist.

**Änderungsantrag Kapitel IV.6**

Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 96*  
*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.6**

Zeile 750 Ergänzung: Wir wollen dass bei Gerichtsverfahren zwischen Unternehmen und Verbrauchern gegen das erstinstanzliche Urteil, sofern dies zu Gunsten des Verbrauchers ausging, nur bei Vorliegen grober Verfahrensfehler eine Revision möglich ist, und im Normalfall dieses Urteil, wie auch Schlichtungssprüche von Schiedsstellen (sofern vorhanden) verbindlich sind.

5

Zeile 768 ergänzen: Wir werden eine Deckelung von Inkassokosten einführen, um zu verhindern, dass weiterhin aus einer kleinen Forderung durch mehrfache Weitergabe zu Inkassounternehmen und Rechtsanwälten unverhältnismäßig hohe Forderungen entstehen. Allgemein sollen Gebühren für Forderungsmanagement

10

**Änderungsantrag Kapitel IV.6**

Ablehnung

15 limitiert werden

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 97*  
*08/01 Rixdorf (Landesverband Berlin)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel IV.6</b>          Hinter dem Satz (Zeile 765 bis 768) „Beim „Scoring [...] falsche und veraltete Einträge geben.“ Wird folgender Satz eingefügt: Eines besonders hohen Schutzniveaus bedürfen insbesondere personenbezogene Gesundheits- und Versorgungsdaten. Diese wollen wir auch weiterhin schützen und eine Diskriminierung in der Gesundheitsversorgung aufgrund individueller Gesundheitsprofile verbieten. In der Gesundheitsversorgung gilt für uns auch weiterhin das Solidarprinzip der Krankenversicherung.</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel IV.6</b>          Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
---	--

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 98*  
*09/13 Adlershof / 07/08 Friedenau / 02/02 Kreuzberg 61 / 01/02 Alexanderplatz (Landesverband Berlin)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel IV.6.</b>          Ab Zeile 784 Streiche das Wort „Mobilfunkanbieter“ und ersetze durch „Netzwerkanbieter“</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel IV.6.</b>          Annahme in geänderter Fassung: ergänze: "Mobilfunk- und Netzwerkanbieter"</p>
--	--

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 99*  
*Ortsverein Uelzen (Bezirk Hannover)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel IV.6</b>          Zeile 756: Einfügen: Wir werden uns für verbindliche Nachhaltigkeits- und Sozialsiegel einsetzen.</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel IV.6</b>          Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
---	--

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 101*  
*Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel IV.6</b>          Nach Zeile 789 wird eingefügt: Durch die massenhafte Vermittlung von angeblichen Privatzimmern oder Mitfahrgelegenheiten werden die Plattformen zu starken Marktteilnehmern in ihren Feldern, unterlaufen jedoch durch die rechtliche Ausgestaltung die Anforderungen, die der Verbraucherschutz an Hotels und Taxen richtet. Wir werden darauf achten, dass jeder gewerbliche Leistungserbringer die gleichen Standards einhalten muss. Dort wo Erleichterungen gelten, muss für den Verbraucher vor der Buchung deutliche erkennbar gemacht</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel IV.6</b>          Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
---	--

werden, dass er nicht die gleichen Qualitätsstandards wie von einem gewerblichen Anbieter fordern kann, bspw. bei der Hygiene.

**Antragsbereich IV.A/ Antrag 102**  
*Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.6.**

Ziffer 742 nach (zu schaffen.) soll der Folgesatz wie folgt geändert werden: „Außerdem fordern wir die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer zum 01.01.2020.

**Änderungsantrag Kapitel IV.6.**

Ablehnung

**Antragsbereich IV.A/ Antrag 104**  
*02/13 Samariter-/Boxhagener Kiez (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.6**

5 Ergänze nach „... nutzen können" in Zeile 758: Wir setzen uns für ein sicheres Internet der Dinge im Bereich der Consumer-Elektronik und damit für einen nachhaltigen Verbraucherschutz ein. Zentraler Baustein für ein sicheres Internet müssen Mindestanforderungen an die Sicherheit von internetfähigen Haushaltsgeräten sein - ähnlich der bestehenden CE-Kennzeichnung.

**Änderungsantrag Kapitel IV.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich IV.A/ Antrag 105**  
*Ortsverein FR-Stühlinger (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.7**

Bei Zeile 822 (einfügen) Wir wollen das flächendeckende mobile Internet-Netz ausbauen und auch in schlecht abgedeckten Bereichen eine gute Abdeckung sicherstellen.

**Änderungsantrag Kapitel IV.7**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich IV.A/ Antrag 106**  
*09/13 Adlershof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.7**

5 Z. 819: Füge am Ende ein: „Wir plädieren zudem für einen Glasfaserfonds für Kommunen, der jede Kommune ermächtigt, den Glasfaser und Funkausbau vor Ort selbst in die Hand zu nehmen. Damit garantieren wir eine demokratische Teilhabe am schnellen Internet.“

**Änderungsantrag Kapitel IV.7**

Ablehnung



*Antragsbereich IV.A/ Antrag 107*  
*02/13 Samariter-/Boxhagener Kiez (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.7**

Ergänze nach Zeile 831: Wir sprechen uns für ein Verbot von Zero-Rating aus.

**Änderungsantrag Kapitel IV.7**

Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 108*  
*07/01 Tempelhof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.7**

5 S.21, Zeile 819 einfügen: Die Versorgung mit schnellem Internet gehört heute zur Daseinsvorsorge. Wir plädieren für einen Glasfaserfonds für Kommunen, der jede Kommune ermächtigt, den Glasfaser und Funkausbau vor Ort selbst in die Hand zu nehmen. Damit garantieren wir eine demokratische Teilhabe am schnellen Internet.

**Änderungsantrag Kapitel IV.7**

Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 110*  
*02/08 Luisenstadt / 02/02 Kreuzberg 61 (Landesverband Berlin)*  
*Ortsverein Frankfurt Oder-Süd (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.7**

5 Zeile 830 „Die genehmigungsfähigen Ausnahmen vom Prinzip der Netzneutralität sollen dabei eng begrenzt werden.“ ersetzen durch: Gleichzeitig machen wir uns für eine allumfassende, ausnahmslose Netzneutralität stark.

**Änderungsantrag Kapitel IV.7**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 113*  
*07/08 Friedenau / 01/02 Alexanderplatz (Landesverband Berlin)*  
*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.7**

5 Zeile 819 einfügen: Die Versorgung mit schnellem Internet gehört heute zur Daseinsvorsorge. Wir plädieren für einen Glasfaserfonds für Kommunen, der jede Kommune ermächtigt, en Glasfaser und Funkausbau vor Ort selbst in die Hand zu nehmen. Damit garantieren wir eine demokratische Teilhabe am schnellen Internet.

**Änderungsantrag Kapitel IV.7**

Ablehnung

10 Zeile 830, „Die genehmigungsfähigen Ausnahmen vom Prinzip der Netzneutralität sollen dabei eng begrenzt werden.“ ersetzen durch: Gleichzeitig machen wir uns für eine allumfassende, ausnahmslose Netzneutralität stark.

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 115*  
*01/15 Gesundbrunnen (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.7**

In Zeile 824 wird folgender Satz „Wir wollen, dass alle öffentlichen Einrichtungen offene und kostenfreie WLAN-Hotspots verfügbar machen.“ ersetzt durch den Satz „Wir wollen, dass in allen öffentlichen Einrichtungen, auf großen öffentlichen Plätzen und in öffentliche Verkehrsmittel offene und kostenfreie WLAN-Hotspots verfügbar gemacht werden.“

5

**Änderungsantrag Kapitel IV.7**

Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 117*  
*Ortsverein Würselen-Bardenberg (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.8**

Zeile 842 Textergänzung: Die Stärkung der Datensicherheit und der rechtlichen Integrität von Daten bei cloudbasierten Diensten auf nationalen und internationalen Serverfarmen.

**Änderungsantrag Kapitel IV.8**

Erlедigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 118*  
*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Änderungsantrag Kapitel zu IV.8**

In der Zeile 835 wird nach dem Wort „aus“ eingefügt: „...“, wobei datenschutzrechtliche Vorgaben strikt eingehalten werden müssen. Nur so entsteht das Vertrauen von Nutzerinnen und Nutzern in neue digitale Dienste und Anwendungen.“

5

**Änderungsantrag Kapitel zu IV.8**

Erlедigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

In der Zeile 842 wird nach dem Wort „sein“ folgender Satz eingefügt: „Wir werden gezielt Dienste und Anwendungen unterstützen, die Datenschutzmaßnahmen umsetzen und Transparenz fördern. Wer Datenschutz will, muss auch eine effektive Beratung und Kontrolle gewährleisten. Wir werden die Datenschutzaufsichtsbehörden in Bund und Ländern dafür entsprechend unterstützen.“

10

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 120*  
*09/13 Adlershof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.8**

Z. 847 Füge am Ende ein: „Wir brauchen eine bessere staatliche Förderung von Nichtregierungsorganisationen, die ganz praktisch Wissen über die Digitalisierung

**Änderungsantrag Kapitel IV.8**

Ablehnung

in die gesamte Bevölkerung bringen“.

5

Z. 851 Füge am Ende ein: „In diesem Zusammenhang setzen wir uns dafür ein, in Absprache mit Zivilgesellschaft und Unternehmen internationale Sicherheits- und Verschlüsselungsstandards zu entwickeln.“

**Antragsbereich IV.A/ Antrag 121**

*02/13 Samariter-/Boxhagener Kiez (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.8**

Zeilen

846/847

**Änderungsantrag Kapitel IV.8**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Ersetze Satz „Diese wollen wir...“ in den durch: Hierfür soll eine Datenethikkommission mit Vertretern aus der Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, öffentliche Verwaltung und Glaubensgemeinschaften Empfehlungen zu den rechtlichen und ethnischen Fragen vorschlagen.

5

**Antragsbereich IV.A/ Antrag 122**

*07/01 Tempelhof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.8**

S.21, Zeile 838 einfügen: Dazu muss das Kartellrecht ertüchtigt werden.

**Änderungsantrag Kapitel IV.8**

Ablehnung

5

S.22, Zeile 847 einfügen: Die Zivilgesellschaft in Form diverser Nichtregierungsorganisationen muss im Bereich der Digitalisierung gestärkt werden. Wir brauchen eine staatliche Förderung bestehender und auch neuer Nichtregierungsorganisationen, die ganz praktisch Wissen über die Digitalisierung in die gesamte Bevölkerung bis hin in alle Kommunen und alle Altersschichten bringt.

10

15

S.22, Zeile 851 einfügen: Gerade mit Blick auf das Internet der Dinge werden die Herausforderungen zunehmen, In diesem Zusammenhang setzen wir uns dafür ein, in Absprache mit Zivilgesellschaft und Unternehmen internationale Sicherheits- und Verschlüsselungsstandards zu entwickeln.

20

S.22, Zeile 855, „Unser Ziel ist ein „Völkerrecht des Netzes“, das die digitalen Grundrechte definiert.“ ersetzen durch: **Unser Ziel sind digitale Grundrechte die auch völkerrechtlich definiert werden.**

- 25 S.22, Zeile 858 Absatz einfügen: Der Bereich der Künstlichen Intelligenz bedarf einer breiten gesellschaftlichen Debatte. Wir möchten die Diskussion auf fundierter wissenschaftlicher Basis führen. Diese Debatte muss auf ethischer, gesellschaftspolitischer und technischer Ebene vorangetrieben werden. Konkret geht es darum eine unabhängige Aufsicht zu ermöglichen und die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger gegenüber solcher Software zu stärken.
- 30

**Antragsbereich IV.A/ Antrag 123**

*Stadtverband Witten (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.8**

In Zeile 838 nach „... Verwendung ihrer Daten haben.“ folgendes eingefügt werden: „Deshalb gilt es Anstrengungen für eine Europäisierung der Standards des deutschen Datenschutzes zu unternehmen. Ein europäischer Unterbietungswettbewerb im Datenschutz kann wie im Falle Irlands im Hinblick auf liberale Freiheitsrechte nicht akzeptiert werden.“

5

**Änderungsantrag Kapitel IV.8**

Erledigt durch Kommissionshandeln.

- 10 In Zeile 842 nach „außen gesichert sein.“ folgendes eingefügt werden: „Um die Datensicherheit weiter zu stärken gilt es die Institution des Datenschutzbeauftragten um den Aspekt der Datensicherheit zu erweitern, und damit auch alle Institutionen, die mit der Verwaltung sensibler Daten betraut sind, wie die öffentliche Verwaltung oder Krankenhäuser, zu kontrollieren.“
- 15

Erledigt durch § 24 Bundesdatenschutzgesetz

**Antragsbereich IV.A/ Antrag 124**

*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Änderungsantrag Kapitel IV.8**

In der Zeile 835 wird nach dem Wort „aus“ eingefügt: „...“, wobei datenschutzrechtliche Vorgaben strikt eingehalten werden müssen. Nur so entsteht das Vertrauen von Nutzerinnen und Nutzern in neue digitale Dienste und Anwendungen.“

5

**Änderungsantrag Kapitel IV.8**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 10 In der Zeile 842 wird nach dem Wort „sein“ folgender Satz eingefügt: „Wir werden gezielt Dienste und Anwendungen unterstützen, die Datenschutzmaßnahmen umsetzen und Transparenz fördern. Wer Datenschutz will, muss auch eine effektive Beratung und Kontrolle gewährleisten. Wir werden die Datenschutzaufsichtsbehörden in Bund und Ländern dafür entsprechend

unterstützen.“

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 125*  
*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.8.**

Zeile 838 Einfügen: „Dazu muss das Kartellrecht angepasst werden.“

**Änderungsantrag Kapitel IV.8.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 126*  
*02/08 Luisenstadt (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.8**

S. 22 Z. 847 "Diese wollen wir in einem umfassenden Dialog mit der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft klären." ergänze: zwischen ", der Wissenschaft" zwischen "Zivilgesellschaft" und "und der Wirtschaft"

5

S.22, Z. 847 einfügen: Die Zivilgesellschaft in Form diverser Nichtregierungsorganisationen muss im Bereich der Digitalisierung gestärkt und unterstützt werden.

10

S.22, Z. 851 einfügen: Gerade mit Blick auf das Internet der Dinge werden die Herausforderungen zunehmen, In diesem Zusammenhang setzen wir uns dafür ein, in Absprache mit Zivilgesellschaft und Unternehmen internationale Sicherheits- und Verschlüsselungsstandards zu entwickeln.

15

S.22, Z. 855 „Unser Ziel ist ein „Völkerrecht des Netzes“, das die digitalen Grundrechte definiert.“ ersetzen durch: Unser Ziel sind digitale Grundrechte die auch völkerrechtlich definiert werden.

20

S.22, Z. 858 einfügen: Der Bereich der Künstlichen Intelligenz bedarf einer breiten gesellschaftlichen Debatte. Wir möchten die Diskussion auf fundierter wissenschaftlicher Basis führen. Diese Debatte muss auf philosophischer, gesellschaftspolitischer und technischer Ebene vorangetrieben werden. Konkret es darum eine unabhängige Aufsicht zu ermöglichen und die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger gegenüber solcher Software zu stärken.

25  
30

**Änderungsantrag Kapitel IV.8**

Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 127*  
*02/02 Kreuzberg 61 (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.8.**

Zeile 839 Nach „besonders schützenswert“ Setze ein  
 „Dazu muss das Kartellrecht ertüchtigt werden.“

**Änderungsantrag Kapitel IV.8.**

Ablehnung

5 Ab Zeile 847 Nach: „Dialog mit der Zivilgesellschaft und  
 der Wirtschaft klären.“ Setze ein: „Die Zivilgesellschaft  
 in Form diverser Nichtregierungsorganisationen muss  
 im Bereich der Digitalisierung gestärkt werden. Wir  
 brauchen eine staatliche Förderung bestehender und  
 auch neuer Nichtregierungsorganisationen, die ganz  
 10 praktisch Wissen über die Digitalisierung in die gesamte  
 Bevölkerung bis hin in alle Kommunen und alle Alters-  
 schichten bringt.“

15 Ab Zeile 851 Nach: „Internetkriminalität verunsichern  
 die Menschen.“ Füge ein: „Gerade mit Blick auf das In-  
 ternet der Dinge werden die Herausforderungen zu-  
 nehmen. In diesem Zusammenhang setzen wir uns  
 dafür ein, in Absprache mit Zivilgesellschaft und Unter-  
 nehmen internationale Sicherheits- und Verschlüsse-  
 20 lungsstandards zu entwickeln.“

Ab Zeile 855 Passage ersetzen. Nach: „Cyberangriffen  
 schützen wollen. Unser Ziel (...)“ streiche „ein Völker-  
 recht des Netzes“ und füge ein „sind digitale Grundrech-  
 25 te die auch völkerrechtlich definiert werden.“

Ab Zeile 858 Sätze einfügen nach: „eine digitale Grund-  
 rechtecharta werben.“ „Der Bereich der Künstlichen  
 Intelligenz bedarf einer breiten gesellschaftlichen De-  
 30 batte. Wir möchten die Diskussion auf fundierter wis-  
 senschaftlichen Basis führen. Diese Debatte muss auf  
 philosophischer, gesellschaftspolitischer und techni-  
 scher Ebene vorangetrieben werden. Konkret geht es  
 darum eine unabhängige Aufsicht zu ermöglichen und  
 35 die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger  
 gegenüber solcher Technologie zu stärken.“

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 128*  
*07/08 Friedenau (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV. 8**

S.21, Zeile 838 einfügen: Dazu muss das Kartellrecht  
 modernisiert werden.

**Änderungsantrag Kapitel IV. 8**

Ablehnung

5 S.22, Zeile 847 einfügen: Die Zivilgesellschaft in Form diverser Nichtregierungsorganisationen muss im Bereich der Digitalisierung gestärkt werden. Wir brauchen eine staatliche Förderung bestehender und auch neuer Nichtregierungsorganisationen, die ganz praktisch Wissen über die Digitalisierung in die gesamte Bevölkerung bis hin in alle Kommunen und alle Altersgruppen bringt.

15 S.22, Zeile 851 einfügen: Gerade mit Blick auf das Internet der Dinge werden die Herausforderungen zunehmen, In diesem Zusammenhang setzen wir uns dafür ein, in Absprache mit Zivilgesellschaft und Unternehmen internationale Sicherheits- und Verschlüsselungsstandards zu entwickeln.

20 S.22, Zeile 855, „Unser Ziel ist ein „Völkerrecht des Netzes“, das die digitalen Grundrechte definiert.“ ersetzen durch: Unser Ziel sind digitale Grundrechte, die auch völkerrechtlich definiert werden.

25 S.22, Zeile 858 einfügen: Die Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz bedarf einer breiten gesellschaftlichen Debatte. Wir möchten die Diskussion auf fundierter wissenschaftlichen Basis führen. Diese Debatte muss auf philosophischer, gesellschaftspolitischer und technischer Ebene vorangetrieben werden.

**Antragsbereich IV.A/ Antrag 129**  
*Ortsverein Frankfurt Oder-Süd (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.8**

Absatz 1, Z 838: Füge nach „entstehen.“: „Dazu muss das Kartellrecht ertüchtigt werden.“

**Änderungsantrag Kapitel IV.8**

Ablehnung

5 Absatz 3, Z 855: Ersetze: „Unser Ziel ist ein „Völkerrecht des Netzes“, das die digitalen Grundrechte definiert.“ durch: „Unser Ziel sind digitale Grundrechte, die auch völkerrechtlich definiert werden.“

**Antragsbereich IV.A/ Antrag 131**  
*Kreisverband Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.8.**

Zeile 851 Streichung: „Wir wollen das Freiheitsversprechen des Netzes zurück gewinnen.“

**Änderungsantrag Kapitel IV.8.**

Ablehnung

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 132*  
*Ortsverein Meiendorf (Landesorganisation Hamburg)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.8.**

Z. 847 es ist zu prüfen, inwieweit die Anbieter von z.B. kostenlosen Apps ein Übermaß von persönlichen Daten für die Freigabe verlangen können. Das sollte gesetzlich geregelt werden.

**Änderungsantrag Kapitel IV.8.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IV.A/ Antrag 133*  
*01/02 Alexanderplatz (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IV.8.**

Zeile 838 einfügen: Dazu muss das Kartellrecht ertüchtigt werden.

**Änderungsantrag Kapitel IV.8.**

Ablehnung

5 Zeile 847 einfügen: Die Zivilgesellschaft in Form diverser Nichtregierungsorganisationen muss im Bereich der Digitalisierung gestärkt werden. Wir brauchen eine staatliche Förderung bestehender und auch neuer Nichtregierungsorganisationen, die ganz praktisch Wissen über die Digitalisierung in die gesamte Bevölkerung bis hin in alle Kommunen und alle Altersschichten bringt.

15 Zeile 851 einfügen: Gerade mit Blick auf das Internet der Dinge werden die Herausforderungen zunehmen, in diesem Zusammenhang setzen wir uns dafür ein, in Absprache mit Zivilgesellschaft und Unternehmen internationale Sicherheits- und Verschlüsselungsstandards zu entwickeln.

20 Zeile 855, „Unser Ziel ist ein „Völkerrecht des Netzes“, das die digitalen Grundrechte definiert.“ ersetzen durch: Unser Ziel sind digitale Grundrechte die auch völkerrechtlich definiert werden.

25 Zeile 858 einfügen: Der Bereich der Künstlichen Intelligenz bedarf einer breiten gesellschaftlichen Debatte. Wir möchten die Diskussion auf fundierter wissenschaftlichen Basis führen. Diese Debatte muss auf philosophischer, gesellschaftspolitischer und technischer Ebene vorangetrieben werden. Konkret es darum eine unabhängige Aufsicht zu ermöglichen und die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger gegenüber solcher Software zu stärken.



*Antragsbereich IV.A/ Antrag 134*  
*Unterbezirk Lüneburg (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel IV. Sonstige**

-Honorarberatung hilft nicht die Probleme zu lösen.  
 Begründung: Verbraucherschutz braucht nachweisbare Fachkenntnisse, entweder durch eine Ausbildung, oder durch eine Prüfung, auch für „alte Hasen“, die ohne Qualifizierung Versicherungen und Finanzierungen vertreiben durften.

5

-Rechtlich klarstellen: Die derzeit privat-Krankenversicherten dürfen nicht durch die Bürgerversicherung schlechter gestellt werden. Begründung: Die Rückstellungen der Versicherten dürfen nicht in die Bürgerversicherung übernommen werden, sie gehören den einzelnen Versicherten.

10

-Der Beihilfetarif muss günstiger als der Volltarif sein, damit er für Beihilfeberechtigte attraktiv wird.

-Abschaffung der Abgeltungssteuer

15

-Selbstständige nicht in die Rentenversicherung zwingen, Nachweispflicht ist besser.

-Fracking – Was soll konventionelles Fracking sein und warum sind wir dafür? Entweder klarer Hinweis auf ökologische Unbedenklichkeit oder verbieten.

**Änderungsantrag Kapitel IV. Sonstige**

Ablehnung

## Änderungsanträge: V. Kapitel Es ist Zeit für einen starken Sozialstaat (V.A)

### Antragsbereich V.A/ Antrag 1

Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)

#### Änderungsantrag Kapitel V.0

Z. 867: nach „Ausgleich“ einfügen „und Aufstieg“

Z. 875: füge am Satzende ein: „Armut, insbesondere Kinderarmut, muss wirksam bekämpft werden.“

5

Z. 876: „Männer und Frauen“ ersetzen durch „Frauen und Männer“.

#### Änderungsantrag Kapitel V.0

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

### Antragsbereich V.A/ Antrag 2

Unterbezirk Cuxhaven (Bezirk Nord-Niedersachsen)

#### Änderungsantrag Kapitel V.0

Zeile 869: Wir setzen uns für mehr Bürgerbeteiligung ein.

Zeile 875 o.ä.: Wir werden eine Bildungs- und Teilhabekarte einführen (Schlaufuchs-Karte), die vom Sozialamt monatlich geladen wird, und über die kulturelle oder sportliche Angebote abgebucht werden können.

5

#### Änderungsantrag Kapitel V.0

Ablehnung

### Antragsbereich V.A/ Antrag 3

Ortsverein Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)

#### Änderungsantrag Kapitel V.0

Z.887: Bedingungsloses Grundeinkommen

Der Sozialstaat in seiner heutigen Ausprägung ist eine große Errungenschaft. Er ist aber auch in hohem Maße bürokratisch, kompliziert und nicht selten ungerecht. Seine langfristige Weiterentwicklung ist unsere Aufgabe und Verantwortung. Wir wollen deshalb die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens weiter entwickeln und darauf hinwirken, dass seine Realisierungschancen steigen.

5

10

#### Änderungsantrag Kapitel V.0

Ablehnung

### Antragsbereich V.A/ Antrag 4

Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

#### Änderungsantrag Kapitel V.0

Zeile 878 zusätzlichen Satz einfügen: Wir befürworten

#### Änderungsantrag Kapitel V.0

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

eine Verlängerung der Bezugszeiten des Arbeitslosengeldes entsprechend den Beschäftigungs-/ Ausbildungszeiten der Betroffenen.

*Antragsbereich V.A/ Antrag 5*  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel V.0**

S. 23, Zeile 867 Satz ändern: „Der Sozialstaat ist einer unserer Errungenschaften. Er muss für sozialen Ausgleich sorgen.“

5 S. 23, Zeile 879-887 Abschnitt an anderer Stelle unterbringen

S. 23, Zeile 885 Ergänze hinter „im Alter“: „Wir werden eine Solidarrente einführen.“ (oder auf S. 24, hinter 1012)

**Änderungsantrag Kapitel V.0**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 6*  
*Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel V.0**

Füge ein in Zeile 882 nach „Dafür schaffen wir eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen“: „und in die alle Einkommensarten eingehen.“

**Änderungsantrag Kapitel V.0**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 7*  
*Ortsverein Oldenburg (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel V.0**

Satz in Zeile 870 – 872 durch folgenden Text ersetzen: „Bürgerinnen und Bürger müssen darauf vertrauen können, nach jahrzehntelanger Arbeit im Alter ihren Lebensstandard halten zu können und bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit bestmöglich versorgt und vor Armut geschützt zu sein.“

5

**Änderungsantrag Kapitel V.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 8*  
*Ortsverein Rheinsberg (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel V.0**

Zeile 887 am Ende der Zeile einfügen: Deshalb werden wir eine Bürgerversicherung als einheitliches Sozialversicherungssystem und eine Rentenversicherung für alle

**Änderungsantrag Kapitel V.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- Bürger, ob abhängig Beschäftigte, Selbständige, Beamte,  
5 Richter, Erwerbslose oder Rentner, einzuführen.

*Antragsbereich V.A/ Antrag 9*  
*Ortsverein Gera-Ost (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.0**

Nach Zeile 887 soll eingefügt werden: Wir wollen eine  
Bürgerversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger. Dies  
soll alle Sozialversicherungszweige beinhalten. Beitrags-  
bemessungsgrenzen werden generell abgeschafft. Die  
5 Sozialgesetzgebung muss aufeinander abgestimmt und  
gebündelt werden.

**Änderungsantrag Kapitel V.0**

Erlедigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
kommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 10*  
*Ortsverein Lilienthal (Bezirk Nord-Niedersachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.0.**

In der Zeile 875 wird ein neuer Satz angefügt: Der Sozial-  
statt bleibt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialde-  
mokraten eine dauernde und zentrale Aufgabe.

**Änderungsantrag Kapitel V.0.**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 11*  
*Ortsverein Duisburg-Rheinhausen-Mitte (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

nach Z. 913 ... Arbeitslosengeld erhalten einfügen: und  
damit auch an gezielten Qualifizierungsmaßnahmen über  
das ALG Q teilnehmen können. Wo und soweit diese eine  
realistische Perspektive eröffnen, Langzeitarbeitslosigkeit  
5 zu verhindern oder zu beenden, sollten sie möglichst allen  
Arbeitslosen offen stehen. Bereits erfolgreiche Qualifizie-  
rungsprojekte sind daher verstärkt zu unterstützen und  
zu fördern.

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 12*  
*Kreis IV Nord (Landesorganisation Hamburg)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Zeile 922: Unterkapitel „Stärkung der Arbeitslosenversi-  
cherung“ /Im ersten Absatz auf Seite 24 soll nach  
„Weiterbildungsangebote machen“ angefügt werden:  
Wir wollen die individuelle Förderung der Arbeitssuchen-  
5 den in den Jobcentern verbessern und die bisherige, nicht

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Annahme in geänderter Fassung:

"Wir wollen die individuelle Förderung der Arbeitssu-  
chenden in den Jobcentern verbessern. Im Vorder-  
grund muss der Erhalt und der Ausbau von Beschäfti-

nachhaltige Vorgabe ‚Arbeit vor Weiterbildung‘ verändern.

gungsfähigkeit gegenüber der schnellen Vermittlung stehen."

*Antragsbereich V.A/ **Antrag 13**  
Landesverband Baden-Württemberg*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Zeile 915: einfügen nach „(...) arbeitslos sind“: Gerade sie brauchen individuelle und passgenaue Unterstützung, um durch Teilhabe am Arbeitsleben auch (wieder) gesellschaftliche Teilhabe zu erreichen. Die Rahmenbedingungen in den Jobcentern und deren personelle und finanzielle Ausstattung wollen wir daher so verbessern, dass diese individuelle Unterstützung auch geleistet und eine hohe Beratungs- und Förderqualität sichergestellt werden kann. Wir wollen die Rechte der Arbeitslosen stärken und die Balance zwischen Fördern und Fordern verbessern.

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Erledigt durch Annahme von Antrag V.A25 in geänderter Fassung.

*Antragsbereich V.A/ **Antrag 14**  
06/05 Lankwitz / 060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)  
Ortsverein Frankfurt Oder-Nord / Ortsverein Bernau (Landesverband Brandenburg)  
Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ersetze Zeile 923 von „Die schärferen“ bis „streichen“ durch: „Jeder hat das Recht auf eine menschenwürdige Existenzsicherung. Deshalb werden wir die Sanktionen für arbeitslose Menschen ersatzlos streichen. Die derzeitige Höhe der Regelbezüge ist durch ein Expertengremium, dem insbesondere auch Vertreterinnen und Vertreter der Erwerbslosenbewegung angehören sollen, zu evaluieren und auf deren Empfehlung gegebenenfalls anzuheben. Die Regelsätze für Kinder sind unmittelbar zu erhöhen und zu einer Kindergrundsicherung auszubauen.“

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ **Antrag 15**  
Kreisverband Aschaffenburg Stadt / Unterbezirk Aschaffenburg (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1.**

Ersetzen des Satzes in Zeile 893 „Arbeitslose, die innerhalb [...] um so ihre Vermittlungschancen zu erhöhen.“ Diesen Satz ersetzen durch: „Arbeitslose sollen von der Bundesagentur für Arbeit ein Angebot für eine Qualifizierungsmaßnahme erhalten, um so ihre Vermittlungschancen zu erhöhen.“

**Änderungsantrag Kapitel V.1.**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 16*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Fügen ein nach Zeile 923: "Wir werden das Arbeitslosengeld II so reformieren, dass niemand in Deutschland weniger als das sozio-kulturelle Existenzminimum zum Leben hat. Dazu werden wir das Sanktionssystem zu einem Bonussystem umbauen, bei dem positive Anreize für Arbeitsaufnahme und Qualifizierung gegeben werden. Als Sofortmaßnahmen werden wir in einem ersten Schritt die schärferen Sanktionen für unter 25-Jährige werden wir aus dem SGB II streichen. Außerdem werden wir das Schonvermögen im SGB II verdoppeln."

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 17*  
*Ortsverein Herrenberg (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Zeile 925 Ende: Es soll folgende inhaltliche Ergänzung erfolgen: „Wir stoppen die Verschuldung von minderjährigen Kindern in Bedarfsgemeinschaften des SGB II in dem wir die entsprechenden Rückforderungsbestimmungen bei Überzahlungen ändern.“

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 18*  
*Ortsverein Übach-Palenberg (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Zeile 923 – wird ersetzt durch: Jede/r hat das Recht auf eine menschenwürdige Existenzsicherung. Deshalb werden wir die Sanktionen für arbeitslose Menschen ersatzlos streichen. Die derzeitige Höhe der Regelbezüge ist durch ein Expertengremium, dem insbesondere auch Vertreterinnen und Vertreter der Erwerbslosenbewegung angehören sollen, zu evaluieren und auf deren Empfehlung gegebenenfalls anzuheben. Die Regelsätze für Kinder sind unmittelbar zu erhöhen und zu einer Kindergrundsicherung für alle Kinder auszubauen.

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 20*  
*Ortsverein FR-Stühlinger (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Vor Zeile 923 (einfügen) Wir wollen die Betreuung der ALG II Empfänger qualitativ verbessern und in der Bera-

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

- tung wertschätzend und ganzheitlich das individuelle Schicksal in den Mittelpunkt stellen. Insbesondere Nachforderungen und Leistungskürzungen sollen im Vorhinein mit den betroffenen Menschen diskutiert und Lösungswege erörtert werden. Spezielle Härten wollen wir durch mehr Spielraum bei den Entscheidungen der Berater\*innen vermeiden. Wir wollen erreichen, dass sich die
- 5 ALG II Empfänger\*innen nicht ausgegrenzt, sondern auf ihrem Weg begleitet fühlen. Die Agentur für Arbeit soll als konstruktiver Partner der betroffenen Menschen auftreten.
- 10

**Antragsbereich V.A/ Antrag 21**  
*09/13 Adlershof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Z. 888 + 907: Ersetze „Arbeitslosenversicherung“ durch „Arbeits(losen)versicherung“

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

- Z. 898: Ergänze nach „begonnen wird.“ Folgenden Satz:
- 5 „Überflüssige Weiterbildungsmaßnahmen wollen wir unterbinden.“

**Antragsbereich V.A/ Antrag 22**  
*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Z. 894: füge „geeignete“ vor „Qualifizierungsmaßnahme“ ein

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

- Z. 901 ff.: Ersetze „Der Bezug ...Regeln“ ein durch: „Der Bezug des ALG Q entspricht 80% des Gehalts in der letzten Beschäftigung und gilt für die gesamte Dauer einer Qualifizierungsmaßnahme. Anschließend setzen die Ansprüche nach den bisherigen Regeln nahtlos wieder ein.“
- 5

**Antragsbereich V.A/ Antrag 23**  
*Unterbezirk Cuxhaven (Bezirk Nord-Niedersachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Zeile 905 o.ä.: Wir werden den Wiedereinstige über 50jähriger fördern (Förderung 50+), in dem wir finanzielle Anreize für Arbeitgeber schaffen.

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

- 5 Zeile 923: Nebenverdienste von Jugendlichen aus Hartz-IV Familien werden nicht weiter in den Satz der Eltern

eingerechnet.

*Antragsbereich V.A/ Antrag 25*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

In Zeile 915 wird nach „...arbeitslos sind.“ Folgender Satz eingefügt

5 „Gerade sie brauchen individuelle und passgenaue Unterstützung, um durch Teilhabe am Arbeitsleben auch (wieder) gesellschaftliche Teilhabe zu erreichen. Die Rahmenbedingungen in den Jobcentern und deren personelle und finanzielle Ausstattung wollen wir daher so verbessern, dass diese individuelle Unterstützung auch geleistet und  
 10 eine hohe Beratungs- und Förderqualität sicher gestellt werden kann. Wir wollen die Rechte der Arbeitslosen stärken und die Balance zwischen Fördern und Fordern verbessern.“

15 In Zeile 916 wird nach „...Beschäftigung ausbauen“ folgender Satz eingefügt: „Und mindestens 100.000 Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose, die auf absehbare Zeit keine realistischen Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, schaffen. Familien mit Kindern stehen für uns  
 20 dabei besonders im Fokus.“

In Zeile 924 wird nach „...verdoppeln“ angefügt: „...und das Schonvermögen in der Grundsicherung im Alter ebenfalls signifikant anheben.“

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Annahme in geänderter Fassung einfügen Seite 17, Zeile 44 nach "arbeitslos sind".

„Gerade sie brauchen individuelle und passgenaue Unterstützung, um durch Teilhabe am Arbeitsleben auch (wieder) gesellschaftliche Teilhabe zu erreichen. Die Rahmenbedingungen in den Jobcentern und deren personelle und finanzielle Ausstattung wollen wir daher so verbessern, dass diese individuelle Unterstützung auch geleistet und eine hohe Beratungs- und Förderqualität sicher gestellt werden kann. Dabei werden wir Interessen der Arbeitslosen stärker berücksichtigen und ihre Rechte stärken.“

*Antragsbereich V.A/ Antrag 26*  
*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Zeile 913 neuer Satz: Hartz IV als Existenzminimum darf nicht als Sanktionsmaßnahme gekürzt werden

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 27*  
*Ortsverein Potsdam-Süd (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ergänze in der Zeile 896 hinter „Begabungen.“: „Außerdem sollen die Weiterbildungswünsche der Arbeitssuchenden berücksichtigt werden.“

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung



*Antragsbereich V.A/ Antrag 28*  
*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ergänzung Zeile 923: Unter 25-jährige im SGB II-Bezug müssen Perspektiven für eine Beschäftigungsförderung erhalten.

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

5 Zeile 923: Satz streichen

*Antragsbereich V.A/ Antrag 29*  
*Ortsverein Ammerbuch (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Füge nach „... ausbauen.“ in Zeile 916 ein: „Dies soll in besonderem Maße geringer qualifizierten Menschen den Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglichen“

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 31*  
*Ortsverein Görlitz (Landesverband Sachsen)*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Zeile 915 nach den Worten „arbeitslos sind“ folgender Satz anfügen: „Insbesondere Menschen mit Behinderung sind hiervon stärker betroffen

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 Zeile 922 nach den Worten „Weiterbildungsangebote machen“ folgender Text anfügen:

„Für Männer und Frauen mit Behinderungen werden wir verstärkt Qualifikationen und Weiterbildungsangebote anbieten, um sie wieder in Arbeit vermitteln zu können. Wir dürfen nicht auf das Potential dieser Menschen verzichten.“

*Antragsbereich V.A/ Antrag 32*  
*08/01 Rixdorf (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Nach Zeile 923 wird eingefügt: „Wir werden das Arbeitslosengeld II so reformieren, dass niemand in Deutschland weniger als das soziokulturelle Existenzminimum zum Leben hat. Dazu werden wir das Sanktionssystem derart umbauen, dass positive Anreize für Arbeitsaufnahme und Qualifizierung geschaffen werden. Als Sofortmaßnahmen werden wir in einem ersten Schritt die schärferen Sanktionen für unter 25-Jährige aus dem SGB II streichen. Au-

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

5

10 Berdem werden wir das Schonvermögen im SGB II verdoppeln.“

*Antragsbereich V.A/ Antrag 33  
Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

S. 23, Zeile 892 ergänzen hinter Weiterbildung: „auf Kompetenzfeststellung“

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

5 S. 23, Zeile 913 am Ende ergänzen. „Wir setzen uns für eine Verlängerung der Bezugsdauer des ALG I auf bis zu 36 Monate ein.“

*Antragsbereich V.A/ Antrag 35  
Ortsverein Oldenburg (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Nach Zeile 904 einfügen: „Die tatsächliche Qualität der Qualifizierungsmaßnahmen werden wir strikt überwachen lassen, um zu verhindern, dass Geld für unnütze Maßnahmen verschwendet wird.“

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 36  
Stadtverband Witten (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

5 Ersetze die Zeilen 914 bis 923 von „Trotz“ bis „sichern“ durch: Trotz der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt gibt eine seit Jahrzehnten verfestigte Sockelarbeitslosigkeit von rund einer Million Menschen, die vom wirtschaftlichen Aufschwung kaum profitieren. Gerade für diese Menschen benötigen wir ein Umdenken in der Arbeitsmarktpolitik, das ihren spezifischen Problemen Rechnung trägt. Durch den sogenannten Passiv/Aktiv-Tausch wollen wir Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren und so die öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen. Das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe“ werden wir als Regelleistung in das Sozialgesetzbuch II übernehmen und mittelfristig zu einem sozialen Arbeitsmarkt ausbauen. Alle Angebote der Arbeitsförderung müssen so ausgestaltet werden, dass sie die individuellen Probleme und die persönliche Situation der Menschen berücksichtigen und so eine erfolgreiche Teilnahme ermöglichen. Über eine individuelle, langfristige angelegte Förderung müssen vorhandene Potentiale der Menschen entwickelt werden.

10

15

20 Auch dieser fähigkeits- und fertigungsorientierte Ansatz

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

benötigt eine längerfristige Unterstützung der Betroffenen durch ein individuelles Coaching.

Die schärferen Sanktionen für unter 25-Jährige werden  
25 wir aus dem SGB II streichen.

Außerdem werden wir das Schonvermögen im SGB II verdoppeln und die Regelsätze für Kinder erhöhen, um sie schrittweise zu einer Kindergrundsicherung ausbauen.

*Antragsbereich V.A/ Antrag 37*  
*07/07 Schöneberg (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ergänzung in Zeile 924 nach „... verdoppeln.“: „Langzeitarbeitslosen wird ein effektives Fall-Management bereitgestellt. Um die Effizienz der Jobcenter zu erhöhen, werden wir die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation zwischen Jobcenter und Leistungsempfänger ausbauen und sicherstellen.“  
5

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 38*  
*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

In der Zeile 923 wird nach „Die schärferen Sanktionen streichen.“ eingefügt: „Insgesamt werden wir das Sanktionensystem auf den Prüfstand stellen“

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Erlедigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 40*  
*Ortsverein Meßstetten (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Zeile 923 („Die schärferen Sanktionen...“) vollständig streichen und ersetzen durch:  
Angesichts zu erwartender Personalknappheit im öffentlichen Dienst wollen wir vorhandene Stellen zukunftsorientiert zum Wohle der Allgemeinheit umwidmen. Dazu sollen die Sanktionen im Bereich HARTZ IV / ALG II zurückgefahren und die dadurch freiwerdenden Stellen unter Berücksichtigung der fachlichen Eignung/ Qualifikation der MitarbeiterInnen umgewidmet werden beispielsweise für  
5  
10  
15  
(1) die Qualifizierung von Arbeitssuchenden (ALG Q),  
(2) die Betreuung und motivierende Förderung von Langzeitarbeitslosen durch Case-ManagerInnen,  
(3) die generelle Unterstützung von AntragstellerInnen in allen Bereichen der Sozialgesetzgebung und von Hilfsesu-

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

chenden im Dickicht der Sozialbürokratie aller Ebenen  
(Bund, Land, Landkreisen sowie Städten und Gemeinden)

*Antragsbereich V.A/ Antrag 41*  
*Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Zeile 897 hinter den Satz: ‚Darauf baut eine gezielte Weiterbildungsberatung auf‘ wird ein zusätzlicher Satz eingefügt: „Dabei stehen die Bedürfnisse der Betroffenen im Mittelpunkt.“

5

Zeile 924 In dem Satz ‚Außerdem werden wir das Schonvermögen im SGB II verdoppeln‘ wird das Wort verdoppeln durch das Wort „verfünffachen“ ersetzt.

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 42*  
*06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Zeile 923f ersetze "Die schärferen Sanktionen für unter 25-Jährige werden wir aus dem SGB II streichen. Außerdem werden wir das Schonvermögen im SGB II verdoppeln." durch:

5

"Wir werden das Arbeitslosengeld II so reformieren, dass niemand in Deutschland weniger als das sozio-kulturelle Existenzminimum zum Leben hat. Dazu werden wir das Sanktionssystem zu einem Bonussystem umbauen, bei dem positive Anreize für Arbeitsaufnahme und Qualifizierung gegeben werden. Als Sofortmaßnahmen werden wir in einem ersten Schritt die schärferen Sanktionen für unter 25-Jährige aus dem SGB II streichen. Außerdem werden wir das Schonvermögen im SGB II verdoppeln.

10

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 43*  
*Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Streichung Zeile 923 „Die schärferen Sanktionen für unter 25-Jährige werden wir aus dem SGB II streichen.“

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 44*  
*Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Füge ein nach Z. 917 "in das Sozialgesetzbuch II übernehmen": „und die Anzahl der Plätze auf mindestens 100.000

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

aufstocken.“

*Antragsbereich V.A/ Antrag 45*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

In Zeile 916 einfügen: „werden deshalb öffentlich geförderte Beschäftigung massiv ausbauen. Und mindestens 100.000 Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose, die auf absehbare Zeit keine realistischen Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, schaffen. Familien mit Kindern stehen für uns dabei besonders im Fokus.“

5

Füge in Zeile 924 an: „und das Schonvermögen in der Grundsicherung im Alter ebenfalls signifikant anheben.“

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 46*  
*Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ziffer 913 nach (Arbeitslosengeld erhalten.) soll folgender Absatz eingefügt werden: „Die generelle Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes soll fester an die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungszeiten gekoppelt werden. Soziale Gerechtigkeit bedeutet, dass diejenigen, die über längere Zeiträume eingezahlt haben ein Anrecht auf einen ebenso längeren Bezug des Arbeitslosengeldes erhalten.“

5

**Änderungsantrag Kapitel V.1**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 49*  
*Landesverband Baden-Württemberg*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Füge ein in Zeile 936: Selbstständige, die freiwillig in der gesetzlichen Krankenkasse versichert sind, müssen derzeit einen Mindestbeitrag von ungefähr 400 Euro im Monat bezahlen, unabhängig vom Gewinn. Wir werden die gesetzlichen Regeln so ändern, dass künftig oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze der tatsächliche monatliche Gewinn als Grundlage für die Berechnung der Krankenkassenbeiträge angelegt wird.

5

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

10 Füge ein in Zeile 937: Es ist ungerecht, dass auf Arbeits-einkommen Krankenversicherungsbeiträge bezahlt werden müssen und auf andere Einkommensarten, wie z.B. Kapitaleinkünfte, nicht. Wir wollen, dass auf alle Einkommensarten Beiträge zur Krankenversicherung gezahlt

- 15 werden müssen. Uns geht es dabei um die Heranziehung von großem Einkommen. Damit nicht nur andere Einkünfte unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze herangezogen und damit kleine Vermögen entlastet werden können, ist eine zweite Beitragssäule notwendig. Die Beitragsermessungsgrenze werden wir auf das Niveau der Rentenversicherung erhöhen.
- 20

**Antragsbereich V.A/ Antrag 51**

*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin) / Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Z. 930 streiche "gesetzlich"

Z. 935 streiche "Bisher Privatversicherte können wählen, ob sie in die Bürgerversicherung wechseln möchten."

5

Z. 938 ersetze: "Auch in der Pflege soll es die Bürgerversicherung geben." durch ""Die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung von allen Menschen ist eine Aufgabe der Solidargemeinschaft. Die Pflegeversicherung soll ebenfalls als Bürgerversicherung organisiert sein und zu einem vollwertigen Sozialversicherungszweig ausgebaut werden."

10

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich V.A/ Antrag 52**

*Ortsverein Kappeln-Land (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Zeile 933 - 936 streichen: keine Ausnahmen.

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Ablehnung

**Antragsbereich V.A/ Antrag 53**

*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Z. 926: ersetze „versichern“ durch „krankenversichern“

Z. 939: einfügen nach „der“ „Versicherung der...“

5

Z. 940: einfügen vor „einheitlich“ von „existenzsichernd,...“

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 54*  
*08/05 Hermannstraße (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

In Zeile 937 einfügen: "Deshalb wollen wir zukünftig auch auf andere Einkommensarten neben dem Arbeitslohn, wie z.B. Kapitaleinkünfte, Beiträge erheben. Uns geht es dabei um die Heranziehung von großem Einkommen. Wir werden die Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung auf das Niveau der Rentenversicherung anheben."

5

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 55*  
*Unterbezirk Cuxhaven (Bezirk Nord-Niedersachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Zeile 938: Ziel, Zuzahlungen abzuschaffen.

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 56*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

In Zeile 937 wird nach „...solidarisch finanziert werden.“ folgender Satz angefügt: „Wir wollen die Beitragsbemessungsgrenze mindestens auf das Niveau der Rentenversicherung anheben und alle Einkunftsarten in die Finanzierung der Krankenversicherung einbeziehen, damit insgesamt die Beitragssätze für mittlere und niedrige Einkommen gesenkt werden können. Die Beitragssätze für Selbständige sollen sich stärker als bisher am Einkommen bemessen.“

5

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 57*  
*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Zeile 931 Einschub: nach „Beamte“ auch Parlamentsabgeordnete

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 60*

*Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Zeile 937 1. Einfügung nach dem Satz: „Gesellschaftliche Aufgaben müssen auch solidarisch finanziert werden.“  
„Den Steuerzuschuss, den die GKV für gesamtgesellschaftliche Aufgaben erhält, werden wir erhöhen.“

5

Zeile 937 2. Einfügung nach dem Satz: „Darüber hinaus ist es unser Ziel, Menschen mit chronischen Erkrankungen von Zuzahlungen zu entlasten.“ "Bezahlbarer Zahnersatz und Brillen müssen wieder in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen werden.“

10

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Annahme in geänderter Fassung:

In Seite 27, Zeile 32 wird hinter dem Wort "entlasten" eingefügt: "und Leistungen für Zahnersatz und Sehhilfen zu verbessern."

*Antragsbereich V.A/ Antrag 61*

*Ortsverein Stadt Barsinghausen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Hinter Zeile 937 nach "finanziert werden" angefügt: Zur Entlastung der mittleren Generation entfällt der Elternunterhalt grundsätzlich.

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 62*

*02/08 Luisenstadt (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

S. 24 Z. 936-937 "Die Finanzierung der Bürgerversicherung muss gerecht sein." Erklärung erwünscht für "gerecht"

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 63*

*07/08 Friedenau (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Zeile 925: Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger auf die gleiche Weise versichern. Ziel ist die paritätische Bürgerversicherung. Paritätisch bedeutet: Arbeitgeber und Versicherte werden wieder den gleichen Anteil am gesamten Versicherungsbeitrag zahlen. Daher schaffen wir den einseitigen Zusatzbeitrag der Versicherten ab.

5

Alle erstmalig und bislang gesetzlich Versicherten werden wir automatisch in die Bürgerversicherung aufnehmen.

10

Dazu zählen auch Beamtinnen und Beamte, für die in der Bürgerversicherung ein beihilfefähiger Tarif geschaffen

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission



15 wird. Die öffentlichen Arbeitgeber können wählen, ob sie für gesetzlich versicherte Beamtinnen und Beamte einen Arbeitgeberbeitrag zahlen oder wie bisher über die Beihilfe einen Anteil der Behandlungskosten direkt übernehmen.

20 An den Satz „Daher schaffen wir den einseitigen Zusatzbeitrag der Versicherten ab.“ in Zeile 929 soll angehängt werden: „Wir wollen andere Einkommensarten verbeitragen. Wir wollen die Einführung der Bürgerversicherung mit konkreten Leistungsverbesserungen verbinden.“

25 In Zeile 935 wird der Satz „Bisher Privatversicherte können *in einem Übergangszeitraum* wählen, ob sie in die Bürgerversicherung wechseln möchten.“ ergänzt.

30 In Zeile 937 wird nach dem Satz „Gesellschaftliche Aufgaben müssen auch solidarisch finanziert werden.“ der Satz „Den Steuerzuschuss, den die GKV für gesamtgesellschaftliche Aufgaben erhält, werden wir erhöhen.“

35 In Zeile 937 sollte nach dem Satz „Darüber hinaus ist es unser Ziel, Menschen mit chronischen Erkrankungen von Zuzahlungen zu entlasten.“ der Satz „Bezahlbarer Zahnersatz und Brillen müssen wieder in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen werden.“ eingefügt werden.

40 Der Appendix „*Auch in der Pflege soll es die Bürgerversicherung geben.*“ in Zeile 938 soll gestrichen werden.

**Antragsbereich V.A/ Antrag 64**  
*Ortsverein Gera-Ost (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

5 Nach Zeile 944 soll eingefügt werden: „Wir werden eine stärkere staatliche Regulierung, Kontrolle und Deckelung der Arzneimittelpreise durchsetzen. Ebenso sind wir gegen ein angestrebtes Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln.“

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich V.A/ Antrag 65**  
*Kreisverband Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.2.**

Zeile 941 – 942 Streichung Satz: „Bislang werden PrivatpatientInnen...“ und folgender.

**Änderungsantrag Kapitel V.2.**

Ablehnung

5 Zeile 950 Ergänzung: „...medizinischen Versorgung an-  
stelle der Krankenkassen- Bezirke.“

*Antragsbereich V.A/ Antrag 66*

*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Ab Zeile 924 Bürgerversicherung: Thema Beitragsbemes-  
sungsgrenze muss konkretisiert werden im Programm im  
Gesamtkontext zum Thema Steuern und Abgaben.

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 67*

*04/98 Wilmersdorf-Nord (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Ergänze auf Seite 24 Zeilen 935/936 den Satz: Bisher  
Privatversicherte können wählen, ob sie unter Mitnahme  
der Altersrückstellungen in die Bürgerversicherung wech-  
seln möchten.

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
kommission

5 Ergänze auf Seite 24 zwischen Zeilen 944 und 945: "Zur  
pragmatischen und praxistauglichen Umsetzung der  
**Bürgerversicherung** schlagen wir fünf Elemente vor, die  
auch unabhängig voneinander wirken: Die Krankenversi-  
10 cherung wird wieder paritätisch finanziert. Der Zusatzbei-  
trag für Arbeitnehmer\*innen entfällt.

15 Alle Einkommensarten werden beitragspflichtig. Hierzu  
wird eine zweite Säule der Beitragsbemessung eingezo-  
gen. Die Beitragsbemessung für die zweite Säule erfolgt  
über die Finanzämter. Die Einnahmen werden z.B. für  
Investitionen in die Gesundheitsinfrastruktur oder Prä-  
ventionsmaßnahmen verwendet.

20 Beitragsbemessungsgrenze wird auf das Niveau der Ren-  
tenversicherung erhöht, um mit den zusätzlichen Ein-  
nahmen wieder Leistungen wie Hörgeräte, Sehhilfen und  
Zahnersatz finanzieren zu können.

25 Die Unterschiede bei der ärztlichen Vergütung von gesetz-  
lich Versicherten und privat Versicherten werden aufge-  
hoben, um u.a. die bedarfsgerechte Verteilung von Ver-  
tragsärzten zu erleichtern.

30 Auch Beamte und Beamtinnen müssen ihre Krankenversi-  
cherung wählen können.

35 Kann und will die SPD nach der Bundestagswahl 2017 in  
eine Regierungskoalition, muss der Weg in eine Bürger-  
versicherung koalitionsvertraglich vereinbart sein."

*Antragsbereich V.A/ Antrag 69*  
*Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Zeile 929 an den Absatz wird folgender Satz neu angefügt: „In diesem Zusammenhang werden wir die Beitragsbemessungsgrenze in Anlehnung an das Schweizer Modell in der Krankenversicherung abschaffen.“

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission in Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 70*  
*Ortsverein Hannover Oststadt-Zoo (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Es möge eingefügt werden zwischen Zeile 939 und 940:  
 „Die SPD setzt sich dafür ein, dass die gesetzliche Krankenversicherung zur Stärkung des Solidarprinzips und Senkung des Beitrags bei gleichzeitiger Verbesserung der Leistungen nach dem SGB V weiterentwickelt wird zu einer gesetzlichen Bürgerpflichtversicherung für alle unter Einbeziehung aller Einkunftsarten (auch Spekulationsgewinne und Kapitaleinkünfte) und unter Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze. Eine -dann mögliche- entsprechende Senkung des Beitragssatzes auf dann rund 12 % wird angestrebt.“

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 71*  
*Ortsverein Feucht (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Für die Zeilen 926 bis 944 beantragen wir: Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger auf die gleiche Weise versichern. Ziel ist die paritätische Bürgerversicherung. Daher schaffen wir den einseitigen Zusatzbeitrag der Versicherten ab.  
 5 Alle erstmalig und bislang gesetzlich Versicherten werden wir automatisch in die Bürgerversicherung aufnehmen. Dazu zählen auch Beamtinnen und Beamte, für die in der Bürgerversicherung ein beihilfefähiger Tarif geschaffen wird. Bisher Privatversicherte können wählen, ob sie in die  
 10 Bürgerversicherung wechseln möchten. Es ist es unser Ziel, Menschen mit chronischen Erkrankungen von Zuzahlungen zu entlasten.

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Auch in der Pflege soll es die Bürgerversicherung geben.  
 15 Mit der Bürgerversicherung schaffen wir eine einheitliche Honorarordnung für Ärztinnen und Ärzte.

*Antragsbereich V.A/ Antrag 72*  
*Unterbezirk Ebersberg (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

5 Zeile 938 füge ein nach „entlasten.“ Die Pflegeversicherung muss für die Anforderungen der Zukunft (demografischer Wandel, Leistungen für Menschen mit Behinderung) massiv gestärkt werden. Die Pflegeversicherung muss noch stärker als bisher die finanziellen Risiken des Alters abdecken. Eine jährliche Anpassung der Leistungen an die Steigerung der Lebenshaltungskosten ist unumgänglich. Damit wird ein unverschuldeter sozialer Abstieg vermieden. Die Finanzierung der Pflegeversicherung muss  
 10 sozial verträglich auf die Schultern aller Bürger verteilt werden und deshalb auf alle Einkunftsarten erhoben werden.

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 73*  
*Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen) / Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Streiche Z. 932 – 936: („Die öffentlichen Arbeitgeber... wechseln möchten.“)

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 74*  
*Ortsverein Lübeck-Travemünde (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

5 Bürgerversicherung/Pflegeversicherung (Zeilen 938 -939): Auch in der Pflege soll es die Bürgerversicherung geben. Sie deckt auch die Pflegekosten ab, die die Pflegebedürftigen nicht aus eigenem Einkommen bestreiten können. Dazu werden die Leistungen aufgeteilt in eine allgemeine Leistung für alle Pflegeversicherten und eine bedarfs- und einkommensabhängige Zusatzleistung.

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 75*  
*01/15 Gesundbrunnen (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

5 In Zeile 937 wird nach dem Satz „Gesellschaftliche Aufgaben müssen auch solidarisch finanziert werden.“ der Satz „Den Steuerzuschuss, den die GKV für gesamtgesellschaftliche Aufgaben erhält, werden wir erhöhen.“ eingefügt.

**Änderungsantrag Kapitel V.2**

Erledigt durch Annahme V. A60 in der Fassung der AK

10 In Zeile 937 wird nach dem Satz „Darüber hinaus ist es unser Ziel, Menschen mit chronischen Erkrankungen von Zuzahlungen zu entlasten.“ der Satz „Bezahlbarer Zahnersatz und Seehilfen für alle Versicherungen müssen wieder in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen werden.“ eingefügt.

*Antragsbereich V.A/ Antrag 76*  
*Ortsverein Bergisch Gladbach (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel V.2</b>          Zeile 930: hinter „Alle erstmalig“ eingefügt werden „zu Versichernde“.</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel V.2</b>          Ablehnung</p>
---	--

*Antragsbereich V.A/ Antrag 77*  
*Kreis IV Nord (Landesorganisation Hamburg)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel V.3</b>          Zeile 963: Gesundheitsversorgung sicherstellen (Absatz Annahme in geänderter Fassung: Auf Seite 28 wird in Hebammen)/ Streichen: Wir müssen den Beruf attraktiver machen und die Arbeitsbedingungen verbessern. Der Wert ihrer Arbeit muss sich auch in der Bezahlung widerspiegeln.          5 Dafür einfügen nach „[...] Geburt:</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel V.3</b>          Zeile 16 nach dem Wort "widerspiegeln" eingefügt:</p>
---	--

10 Auch die weiteren Gesundheitsfachberufe wie Physiotherapeut\*innen oder Logopäde\*innen übernehmen zentrale Aufgaben in der medizinischen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger. Wir werden sie und Bürger. Wir müssen diese Berufe attraktiver machen deshalb weiterentwickeln. und die Arbeitsbedingungen verbessern. Der Wert dieser Arbeit muss sich auch in der Bezahlung widerspiegeln. Die Ausbildung für diese Berufe verstehen wir als öffentliche Aufgabe - sie muss kostenfrei möglich sein.

*Antragsbereich V.A/ Antrag 78*  
*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin) / Landesverband Berlin*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel V.3</b>          Z. 956-959 ersetze: "Altenpflegerinnen und Altenpfleger leisten 957 eine anspruchsvolle und schwere Arbeit, die besser anerkannt werden muss. Wir werden ein Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege umsetzen, um kurzfristig Entlastung für die Beschäftigten zu schaffen." durch "Alle professionell Pflegenden leisten eine anspruchsvolle und schwere Arbeit, die besser anerkannt werden muss. Wir werden die Ausbildungskapazitäten der Gesundheits- und Krankenpflege ausbauen und</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel V.3</b>          Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
--	---

10 die Finanzierung dafür sicherstellen, um die zukünftige Versorgung von Menschen jeden Alters zu gewährleisten und Entlastung für die Beschäftigten zu schaffen."

Z. 960-961 ersetze: "Das Pflegeberufegesetz ist dazu ein wichtiger Beitrag." durch "Das Pflegeberufegesetz ist zentraler Bestandteil der Neuordnung der Pflegeberufe. Wir erkennen an, dass die Organisation der Pflege nach Altersgruppen nicht mehr zeitgemäß ist. Wir wollen die bestehenden 3 Pflegeberufe zu einem generalistischen Pflegeberuf weiterentwickeln."

15

20

Z. 963 füge ein nach "Geburt": "Sie leisten einen wesentlichen und unverzichtbaren Beitrag für die medizinische Versorgung von Schwangeren, Müttern und Familien. Die Versorgung mit Hebammenhilfe muss deshalb dauerhaft gesichert werden. Die freiberuflichen Hebammen brauchen eine berufliche Perspektive und müssen finanziell entlastet werden! Es muss eine adäquate Lösung für das Hebammenhaftpflichtproblem her!"

25

30

Z. 950 füge ein nach ".": "Wer sich verpflichtet, später für 10 Jahre auf dem Land als Arzt oder Ärztin zu arbeiten, wird bei der Studienplatzvergabe bevorzugt."

*Antragsbereich V.A/ Antrag 79  
06/05 Lankwitz / 060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)  
Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Füge ein Zeile 961 nach „Beitrag“: „Wir wollen Schritte in Richtung einer liberaleren Drogenpolitik gehen. Wir stehen gegen die Stigmatisierung und Kriminalisierung von Drogenkonsumentinnen und Drogenkonsumenten. Stattdessen wollen wir eine wirkungsvolle Prävention und Suchthilfe gewährleisten.“

5

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 80  
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

In Zeile 950 wird nach dem Ende des Satzes mit „... medizinischer Versorgung“ folgender Satz eingefügt: „Die schließt den Ausbau gemeindeintegrierter psycho-sozialer Versorgung ein, um unnötige längerfristige stationäre Aufenthalte in Zukunft weitgehend überflüssig zu ma-

5

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Ablehnung

chen.“

10 In Zeile 966: nach „Krankenhäusern“ soll eingefügt werden: „auch im ländlichen Raum“

15 Nach Zeile 968 wird eingefügt: „Gleichzeitig sind die teilstationären und ambulanten Versorgungseinrichtungen in der somatischen wie in der psycho-sozialen Versorgung zur Entlastung sowohl der Kliniken als auch der Patienten auszubauen.“

*Antragsbereich V.A/ Antrag 82  
09/13 Adlershof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

5 Z. 963-964: Streiche „Wir müssen... verbessern“ und ersetze durch „Unser Ziel muss es sein die flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe im ganzen Land sicher zu stellen. Dieses müssen wir durch bessere Arbeitsbedingungen für angestellte und freiberufliche Hebammen bewirken. Es muss ein Gesundheitsfond zur Sicherstellung der Geburtshilfe von staatlicher Seite geschaffen werden um überholte und überteuerte Versicherungen abzuschaffen.“

10 Z. 965: Ergänze nach „wiederspiegeln“ folgendes „(u.a. der Krankenkassen)“

15 Z. 966: Für vor „Krankenhäuser“ ein: „öffentlich geförder-ten“

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 84  
Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

5 Zeile 962 Ergänzung nach: Um die Versicherungsbeiträge für Hebammen wieder in einen wirtschaftlich tragbaren Kostenrahmen zurück zu führen, wollen wir ein System ähnlich der HERMES-Ausfuhrdeckungen für die obligatorischen Haftpflichtversicherungen einführen, bei der deutsche Unternehmen durch Exportkreditgarantien vor Verlusten durch ausbleibende Zahlungen ihrer ausländischen Geschäftspartner geschützt werden: Zahlt der ausländische Abnehmer nicht, springt der deutsche Staat ein.

10 Wie bei den HERMES-Ausfuhrdeckungen käme es bei der „Rückversicherung für Hebammen“ nur zu Ausgaben, wenn definierte besonders folgenschwere Haftungsfälle

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Ablehnung

eintreten

15

Zeile 974 neuer Satz: Nach Ablauf des Patentschutzes ist die genaue Zusammensetzung der Medikamente bekanntzugeben.

**Antragsbereich V.A/ Antrag 85**

*Ortsverein Ammerbuch (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Füge nach „... umsetzten.“ in Zeile 956 ein: „Dazu zählt u.a. ein gesetzlicher Mindestschlüssel für die Personalbemessung.“

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich V.A/ Antrag 86**

*Ortsverein Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Vor der Zeile 975 vor dem Satz „Der weitere Ausbau telemedizinischer Anwendungen ist für unser Gesundheitssystem immens wichtig.“ folgender Text einzufügen:  
 „Erforderliche Schritte hierzu sind die Befreiung von Medikamenten von der Umsatzsteuer sowie die Begrenzung von Haftpflichtversicherungsbeiträgen für Gesundheitsberufe.“

5

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Ablehnung

**Antragsbereich V.A/ Antrag 87**

*08/01 Rixdorf (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Zeile 956 - 959 wie folgt ändern: „Pfleger und Pflegerinnen leisten eine anspruchsvolle und schwere Arbeit, die besser anerkannt werden muss. Wir werden ein Sofortprogramm für mehr Personal in der Pflege umsetzen, um kurzfristig Entlastung für die Beschäftigten zu schaffen.“

5

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich V.A/ Antrag 88**

*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

S. 24, Zeile 947 Streiche“ City-Lage oder attraktiven Bezirken ist gute und barrierefreie medizinischer Versorgung oft Standard“, ersetze durch: „ Unser Ziel ist eine gute und barrierefreie medizinische Versorgung, egal ob in der

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Ablehnung



5 Stadt oder auf dem Land“.

S. 25, Zeile 963f ersetze „und die Arbeitsbedingungen verbessern.“ durch „und die Arbeits- und Versicherungsbedingungen verbessern.“

*Antragsbereich V.A/ Antrag 89  
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen*

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Zeile 966: unter „Gesundheitsversorgung sicher stellen“ wird vor „Wichtig ist auch mehr Geld für notwendige Investitionen in Krankenhäuser .....“ eingefügt: „Familienplanung darf nicht vom Geld abhängen. Deshalb werden wir aus Steuermitteln für Frauen mit niedrigem Einkommen den kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln sicherstellen.“

5

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Annahme in geänderter Fassung:

Auf Seite 29 wird nach Zeile 5 eingefügt: „Familienplanung darf nicht vom Geld abhängen. Deshalb werden wir aus Steuermitteln für Frauen mit niedrigem Einkommen den kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln sicherstellen.“

*Antragsbereich V.A/ Antrag 90  
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

In Zeile 950 wird nach dem Ende des Satzes mit „... medizinischer Versorgung“ folgender Satz eingefügt: „Dies schließt den Ausbau gemeindeintegrierter psycho-sozialer Versorgung ein, um unnötige längerfristige stationäre Aufenthalte in Zukunft weitgehend überflüssig zu machen.“

5

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Ablehnung

In Zeile 966: nach „Krankenhäusern“ soll eingefügt werden: „auch im ländlichen Raum“

10

Nach Zeile 968 wird eingefügt: „Gleichzeitig sind die teilstationären und ambulanten Versorgungseinrichtungen in der somatischen wie in der psycho-sozialen Versorgung zur Entlastung sowohl der Kliniken als auch der Patienten auszubauen.“

15

*Antragsbereich V.A/ Antrag 91  
Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen*

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

In Zeile 962: Ersetzen der Sätze: „Hebammen leisten einen unverzichtbaren Beitrag als Begleiterin beim Start ins Leben – vor, während und nach der Geburt. Wir müssen

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Erledigt durch Annahme von V.A 77 in der Fassung der Antragskommission

5 den Beruf attraktiver machen und die Arbeitsbedingungen verbessern. Der Wert ihrer Arbeit muss sich auch in der Bezahlung widerspiegeln.“

10 „Gut ausgebildetes und in ausreichender Zahl verfügbares Fachpersonal ist die Voraussetzung für die dauerhafte Sicherung der Versorgungsqualität sowie die Sicherstellung ausreichender Versorgungsangebote auch in ländlichen Regionen. Wir werden die Gesundheitsfachberufe deshalb weiterentwickeln, durch akademische Ausbildungsangebote ergänzen und durch die Übertragung  
15 zusätzlicher Aufgaben im Rahmen von Delegation und Substitution attraktiver zu gestalten. Die Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen muss kostenfrei sein.“

20 Zeile 967/968 Ergänzung nach dem Satz „Denn die Finanzierungslücke ist groß und kann von den Ländern alleine nicht mehr geschlossen werden.“: „Darüber hinaus müssen wir bei der Kalkulation und Vergütung von Krankenhausleistungen nach Wegen suchen, wie wir Pflegeleistungen besser abbilden können.“

25 Zeile 987 Ergänzung nach dem Satz „Der Fonds unterstützt Patientinnen und Patienten bei Behandlungsfehlern, wenn haftungsrechtliche Systeme nicht greifen.“  
30 „Es ist nicht einzusehen, warum nur privat Versicherte eine Quittung über die Leistungen bekommen, die ihre Ärztin oder ihr Arzt abrechnet. Wir werden eine automatische Patientenquittung einführen, damit jeder und jede darüber informiert wird, welche Leistungen für ihn oder sie erbracht werden.“

*Antragsbereich V.A/ Antrag 92  
Ortsverein Stadt Barsinghausen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Hinter Zeile 953 angefügt: Wir setzen uns in Kooperation mit den Selbstverwaltungsorganisationen der Ärzteschaft für eine bessere Arbeitssituation und Vergütung der Hausärztinnen und -ärzte ein.

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 93  
02/08 Luisenstadt (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

S. 24 Z. 956-957 "Altenpflegerinnen und Altenpfleger leisten eine anspruchsvolle und schwere Arbeit, die besser

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

anerkannt werden muss." Ergänze "folglich angemessener entlohnt" zwischen "anerkannt" und "werden muss"

*Antragsbereich V.A/ Antrag 94*  
*02/02 Kreuzberg 61 (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Ab Zeile 954 Auf Seite 24 sind die Zeilen 954 bis 959 (Gesundheitsversorgung sicherstellen) zu streichen. Stattdessen soll eingefügt werden:

- 5 „Wir setzen uns für mehr und besser bezahltes Pflegepersonal in Krankenhäusern und in der Altenpflege ein. Eine gute und sichere Versorgung für Patientinnen und Patienten und Pflege gibt es nur mit ausreichend Personal. Deshalb wollen wir eine gesetzliche Personalbemessung
- 10 umsetzen, die den Pflegebedarf berücksichtigt. Altenpflegerinnen und Altenpfleger Beschäftigte in der Pflege leisten eine anspruchsvolle und schwere Arbeit, die besser anerkannt werden muss und gute Arbeitsbedingungen braucht. In der Altenpflege und in Krankenhäusern werden wir Sofortprogramme für mehr Personal umsetzen,
- 15 um kurzfristig Entlastung für die Beschäftigten zu schaffen.“

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 95*  
*07/08 Friedenau (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Die Zeilen 946-949 sollen geändert werden: Die Formulierung ab 946 „Gute Gesundheitsversorgung darf nicht vom Einkommen und nicht vom Wohnort abhängen. In City-Lage oder attraktiven Bezirken ist gute und barrierefreie

- 5 medizinische Versorgung oft Standard. Wir wollen, dass das auch für ländliche und strukturschwache Regionen wie auch für Stadtteile mit sozialen Problemen gilt.“ wird ersetzt durch: „Gute Gesundheitsversorgung darf nicht vom Einkommen und nicht vom Wohnort abhängen. Wir wollen sowohl in Großstädten als auch in ländlichen bzw.
- 10 in struktur- oder sozialschwachen Regionen eine gute und barrierefreie medizinische Versorgung für alle sicherstellen.“
- 15 In Zeile 949 soll der folgende Satz nach den obigen Aussagen eingefügt werden: „Wir wollen unser Versprechen, dass jeder und jede den gleichen Zugang zu medizinischer und pflegerischer Versorgung und Fortschritt hat, einlösen.“

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

20

- Der Satz in Zeile 950 „Dazu schaffen wir eine integrierte Bedarfsplanung der gesamten medizinischen Versorgung“ wird ergänzt um: , die eine sektorenübergreifende Versorgungsplanung in Gesundheitsregionen umfasst.“
- 25 und außerdem wird folgender Satz angehängt: „Die Kompetenz der Apothekerinnen und Apotheker muss in die Versorgungsstrukturen effizient mit eingebunden werden.“
- 30 In Zeile 953 soll nach „...“, denn sie sind die erste Anlaufstelle im Krankheitsfall“ der folgende Satz angefügt werden: „Die im Masterplan Medizinstudium verankerten Maßnahmen zur Stärkung der Allgemeinmedizin werden wir zügig umsetzen.“
- 35 Der Absatz in den Zeilen 954 bis 961 wird wie folgt ersetzt: „Wir wollen verbindliche Personalstandards umsetzen. Wir setzen uns für mehr und besser bezahltes Pflegepersonal ein. Wir brauchen außerdem bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege und einen leichteren Zugang zu Ausbildung und Studium. Das Pflegeberufegesetz ist dazu ein wichtiger Beitrag. Eine gute und sichere Versorgung für Patientinnen und Patienten gibt es nur mit ausreichend Personal. Beschäftigte in der Pflege leisten eine anspruchsvolle und schwere Arbeit, die besser anerkannt werden muss.“
- 40
- 45 Die Zeilen 962 bis 965 werden gestrichen und ersetzt durch; „Gut ausgebildetes und in ausreichender Zahl verfügbares Fachpersonal in allen Gesundheits- und Pflegeberufen ist die Voraussetzung für die dauerhafte Sicherung der Versorgungsqualität sowie die Sicherstellung ausreichender Versorgungsangebote auch in ländlichen Regionen. Wir werden die Gesundheitsfachberufe deshalb stärken und weiterentwickeln, durch akademische Ausbildungsangebote ergänzen und durch die Übertragung zusätzlicher Aufgaben im Rahmen von Delegation und Substitution attraktiver zu gestalten. Dies ermöglicht eine Position der Augenhöhe im Rahmen der immer notwendiger werdenden interdisziplinären Zusammenarbeit. Die Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen muss kostenfrei sein. Auch für die Heil- und Gesundheitsberufe soll erstmalig ein eigenständiger Berufsbildungsbericht erstellt werden.
- 50
- 55 In Zeile 967/968 wird nach dem Satz „Denn die Finanzierungslücke ist groß und kann von den Ländern alleine nicht mehr geschlossen werden.“ der Satz „Darüber hinaus müssen wir bei der Krankenhausfinanzierung nach Wegen suchen, wie wir Pflegeleistungen besser abbilden können.“ ergänzt.
- 60
- 65 In Zeile 987 wird nach dem Satz „Der Fonds unterstützt Patientinnen und Patienten bei Behandlungsfehlern, wenn haftungsrechtliche Systeme nicht greifen.“ die Sätze „Es ist nicht einzusehen, warum nur privat Versicherte eine Quittung über die Leistungen bekommen, die ihre Ärztin oder ihr Arzt abrechnet. Wir werden eine automati-
- 70
- 75

sche Patientenquittung einführen, damit jeder und jede darüber informiert wird, welche Leistungen für ihn oder sie erbracht worden.“

80

Zeile 988f ist zu ergänzen um folgenden Satz: „Menschen mit psychischen Erkrankungen brauchen eine stärkere Unterstützung. Wir wollen eine vernetzte, zwangsmaßnahmenfreie, regional ausgerichtete und sektorenübergreifende Versorgung für Menschen mit psychischen

85

Erkrankungen entwickeln. Dazu setzen wir uns für die Einsetzung einer neuen Enquete Psychiatrie ein und stärken gleichzeitig innovative Projekte.“

**Antragsbereich V.A/ Antrag 96**

*Ortsverein Hagen-Mittelstadt/Oberhagen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Nach der Zeile 988 als neue Zeile einfügen: Für Frauen mit geringen Einkünften ist die Unterstützung bei der Finanzierung einer sicheren Empfängnisverhütung als präventive Maßnahme zur Vermeidung ungewollter Schwangerschaften notwendig. Eine Kostenübernahme sollen alle Empfängerinnen von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, AsylbLG, BaFöG, Wohngeld oder Kinderzuschlag erhalten.

5

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich V.A/ Antrag 97**

*Ortsverein Feucht (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Für die Zeilen 946 bis 985 beantragen wir: Gute Gesundheitsversorgung darf nicht vom Einkommen und nicht vom Wohnort abhängen. Wir wollen, dass das auch für ländliche und strukturschwache Regionen wie auch für Stadtteile mit sozialen Problemen gilt. Dazu schaffen wir eine integrierte Bedarfsplanung der gesamten medizinischen Versorgung.

5

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

10

Wir setzen uns für mehr und besser bezahltes Pflegepersonal in Krankenhäusern ein. Deshalb wollen wir Personalstandards umsetzen. Altenpflegerinnen und Altenpfleger leisten eine anspruchsvolle und schwere Arbeit, die besser anerkannt werden muss. Wir werden ein Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege umsetzen. Wir brauchen außerdem bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege und einen leichteren Zugang zu Ausbildung und Studium.

15

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich V.A/ Antrag 98*

*Ortsverein Laupheim (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Zeile 956: Altenpflegerinnen und Altenpfleger leisten eine anspruchsvolle und schwere Arbeit, die besser anerkannt und besser bezahlt werden muss.

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 5 Zeile 958: Wir brauchen außerdem bessere Arbeitsbedingungen insbesondere im Bereich der Arbeitszeitregelung, z.B. geteilte Arbeitsdienste (morgens 4 Stunden und abends nochmals 4 Stunden) oder Wochenarbeitszeiten von über 35 Stunden müssen den allgemein gültigen Regularien angepasst werden.
- 10

Zeile 966: Wichtig ist auch, mehr Geld für notwendige Investitionen in Krankenhäuser zur Verfügung zu stellen.

- 15 Zeile 967: Denn die Finanzierungslücke ist groß und kann von den Ländern alleine nicht mehr geschlossen werden. Die Umkehrung des Privatisierungstrend von Krankenhäuser in öffentlicher Hand sorgt dafür, dass das gesundheitliche Wohl Aller wieder in den Vordergrund gestellt wird und nicht die Gewinnmaximierung der privaten Betreiber.
- 20

*Antragsbereich V.A/ Antrag 99*

*01/15 Gesundbrunnen (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

In Zeile 967/968 wird nach dem Satz „Denn die Finanzierungslücke ist groß und kann von den Ländern alleine nicht mehr geschlossen werden.“ der Satz „Darüber hinaus müssen wir bei der Krankenhausfinanzierung nach Wegen suchen, wie wir Pflegeleistungen besser abbilden können.“ ergänzt.

5

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 10 In Zeile 987 wird nach dem Satz „Der Fonds unterstützt Patientinnen und Patienten bei Behandlungsfehlern, wenn haftungsrechtliche Systeme nicht greifen.“ die Sätze „Es ist nicht einzusehen, warum nur privat Versicherte eine Quittung über die Leistungen bekommen, die ihre Ärztin oder ihr Arzt abrechnet. Wir werden eine automatische Patientenquittung einführen, damit jeder und jede darüber informiert wird, welche Leistungen für ihn oder sie erbracht worden.“
- 15

*Antragsbereich V.A/ Antrag 100*  
*Ortsverein Bergisch Gladbach (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Zeile 964: hinter „Arbeitsbedingungen verbessern“ eingefügt werden „, wozu auch eine Neustrukturierung der Haftung gehört“.

**Änderungsantrag Kapitel V.3**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 101*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel V.4**

An Zeile 996 wird nach „...von Schadstoffbelastung“ angefügt: „...und Schaffung einer bewegungsfreundlichen Umwelt, insbesondere für Kinder“ An Zeile 996 wird folgender Absatz angefügt:

5

„Wir legen ein Bundesprogramm für gesunde Ernährung in Kitas, Schulen und anderen Ganztageeinrichtungen zur Unterstützung der Kommunen auf. Aus diesen kann auch Personal für Koordination und Vernetzung der regionalen Akteure formiert werden.“

10

**Änderungsantrag Kapitel V.4**

Annahme in geänderter Fassung Ersetze Seite 28, Zeile 47 (Vorbeugende Maßnahmen...) durch:

Neben stadtplanerischen Maßnahmen zur Verringerung der Schadstoffbelastungen gehören dazu auch eine Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung einer bewegungsfreundlichen Umwelt, insbesondere für Kinder, und der Sicherstellung einer gesünderen Ernährung in Kitas, Schulen und anderen Ganztageeinrichtungen, einschließlich der dazu notwendigen Personalressourcen.

*Antragsbereich V.A/ Antrag 102*  
*Ortsverein Mainz-Altstadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Änderungsantrag Kapitel V.4**

Zeile 996 „... Verringerung von Schadstoffbelastung. Wir werden uns besonders stark dafür einsetzen, dass in den Mensen unserer Kitas und Schulen in Deutschland ausgewogene, gesunde Mahlzeiten zur Verfügung stehen – an der Gesundheit unserer Kinder darf nicht gespart werden.“

5

**Änderungsantrag Kapitel V.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 103*  
*06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel V.4**

Zeile 995: Ersetze: "Vorbeugende Maßnahmen für eine gesündere Ernährung und für mehr Bewegung an Schulen und Tagesstätten ..." durch: "Vorbeugende Maßnahmen für eine gesündere Ernährung und für mehr Bewegung in

**Änderungsantrag Kapitel V.4**

Ablehnung

5 Betrieben, an Schulen und in Tagesstätten ..."

**Antragsbereich V.A/ Antrag 104**

*Kreisverband Jena (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.4**

Zeile 996: nach ...Schadstoffbelastung. einfügen: Wir fordern eine allgemeine Impfpflicht für Kinder. Den Empfehlungen der ständigen Impfkommision des Robert-Koch-Instituts folgend werden Pflichtimpfungen unter anderem für Diphtherie, Tetanus, Kinderlähmung, Keuchhusten, Mumps, Masern, Röteln und Windpocken eingeführt.

5

**Änderungsantrag Kapitel V.4**

Ablehnung

**Antragsbereich V.A/ Antrag 105**

*Ortsverein Duisburg-Rheinhausen-Mitte (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Nach Z. 1012 ... für das Alter beitragen. einfügen: Wer länger sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat, muss zumindest Anspruch auf eine angemessene Solidarrente haben.

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich V.A/ Antrag 106**

*Kreis IV Nord (Landesorganisation Hamburg)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Zeile 1001: nachdem ersten Absatz wird folgender Absatz eingefügt:

5

Die privatisierte Altersvorsorge („Riester-Rente“) hat ihre Erwartungen hingegen nicht erfüllt. Sie belastet einseitig die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ihre Rendite für die Versicherten ist jedoch geringer als bei der gesetzlichen Rente. Die Beiträge und die staatlichen Zuschüsse sind daher ineffektiv eingesetzt und fehlen gleichzeitig der gesetzlichen Rentenversicherung, wodurch sie diese unnötig schwächen. Wir werden daher die staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge einstellen und mit den so freiwerdenden Mittel die effektivere gesetzliche Rente stärken. Bereits bestehende Verträge genießen selbstverständlich Bestandsschutz und werden weiter gefördert.

10

15

Im bisher zweiten Absatz (beginnend mit „Auf längere Sicht...“) wird der zweite Satz wie folgt geändert:

20

Unser Ziel: das Rentenniveau mindestens auf dem der-

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission



zeitigen Stand zu stabilisieren.

25 Im gleichen Absatz wird nach dem vierten Satz („... in der Rente widerspiegeln!“) eingefügt: Deshalb werden wir für jene, die zu geringe Arbeitseinkommen für eine auskömmliche Rente hatten, eine Mindestrente einführen, die eine Absicherung deutlich über der Grundsicherung ermöglicht.

30 Im gleichen Absatz wird am Ende angefügt: Die verbliebenen Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten werden wir abschaffen.

35 Nach dem bisher zweiten Absatz wird als neuer Absatz eingefügt: Die wichtigste Grundlage für gute Renten sind und bleiben gute, gerechte Arbeitseinkommen, in denen sich die steigende Produktivität der menschlichen Arbeit vollumfänglich widerspiegelt. Nur so können die demographischen Effekte einer ‚alternden‘ Gesellschaft in der Finanzierungsbasis der Sozialversicherungen ohne höhere Beiträge oder Steuermittel auf Dauer ausgeglichen werden. Wir werden auch deshalb alles unternehmen, was der Politik möglich ist, um anhaltendes Ansteigen der Reallöhne mindestens auf dem Niveau der Produktivitätssteigerungen zu unterstützen.

40

45

*Antragsbereich V.A/ Antrag 107  
Landesverband Baden-Württemberg*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Ersetze in Zeile 1003 „Unser Ziel: das Rentenniveau zu stabilisieren“ durch:

Wir wollen das aktuelle gesetzliche Rentenniveau auf dem heutigen Stand von 48% stabilisieren und langfristig das Rentenniveau auf 50% anheben. Das schaffen wir durch eine Stärkung der Basis an Beitragszahler\*innen inklusive Ausweitung des Schutzes der Rentenversicherung auf Selbstständige, mehr Steuermittel und einem voraussichtlichen Beitragssatz in den 2040er Jahren von bis zu 25 Prozent. Wir beginnen mit dem Aufbau einer Demografiereserve und moderaten Anhebungen des Beitragssatzes, um die Belastungen in kleinen Schritten über die Jahre zu verteilen, Planungssicherheit zu schaffen und Finanzierungslücken auf diese Weise zu schließen. Neben höheren Beiträgen bewältigen wir die Kosten, die sich aus den Rentenansprüchen der geburtenstarken Jahrgänge ergeben, durch einen höheren Steuerzuschuss zur Rentenversicherung, der ab 2030 um einen Demografiezuschuss ergänzt wird. Langfristig wollen wir eine Erwerbstätigenversicherung für alle, unabhängig vom Status als Arbeitnehmer\*in,

5

10

15

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

20 Beamt\*in, Freiberufler\*in oder Selbstständige. Als ersten  
konkreten Schritt hin zur Erwerbstätigenversicherung  
wollen wir die Einbeziehung nicht versicherter Selbst-  
ständiger in die gesetzliche Rentenversicherung. Für  
Selbstständige sollen sich die Beiträge wie bei abhängig  
Beschäftigten am Gewinn orientieren. Wer bei ihrer  
Einführung schon älter ist oder bereits in obligatori-  
25 schen Alterssicherungssystemen abgesichert ist, wird  
auf Antrag von der Pflichtversicherung ausgenommen  
werden. Wer sich selbstständig macht und eine Existenz  
gründet, erhält Erleichterungen bei der Zahlung der  
Beiträge.

30 Wir wollen die betriebliche Altersvorsorge als Ergänzung  
zur gesetzlichen Rente stärken und dafür sorgen, dass  
mehr Menschen in ihren Genuss kommen. Dies gilt  
insbesondere für bisher nur unzureichend abgedeckte  
Branchen, kleine und mittlere Betriebe und Geringver-  
diener\*innen. Insbesondere Frauen müssen in Zukunft  
35 stärker von betrieblicher Altersvorsorge profitieren.  
Dabei setzen wir auf arbeitgeberfinanzierte Modelle, die  
von den Tarifpartnern organisiert und über Tarifverträge  
abgesichert werden und die die gesetzliche Rentenversi-  
cherung nicht schwächen. Mit einer weitgehend flä-  
chendeckenden Verbreitung der betrieblichen Altersvor-  
40 sorge kann dann auch die weitere Förderung der Ries-  
ter-Rente entfallen. Für bestehende Verträge soll jedoch  
der Vertrauensschutz gelten.

Die Mütterrente der letzten Rentenreform wollen wir  
aus Steuermittel finanzieren, da die Last der Finanzie-  
45 rung über die Rentenkasse nur die Arbeitnehmer\*innen  
belastet. Diese Last wollen wir durch die Finanzierung  
aus Steuermittel gerechter verteilen. Wir wollen den 3.  
Rentenpunkt auch für Mütter, die vor 1992 ein Kind zur  
Welt gebracht haben, gewähren. Die Ungleichbehand-  
lung von Müttern im Rentensystem ist schlicht unge-  
50 recht. Diese Müttergeneration hatte die denkbar  
schlechtesten Rahmenbedingungen für Erwerbsarbeit.

Füge ein in Zeile 1005:  
Wir wollen deshalb eine Lebensleistungsrente von min-  
55 destens 10% über dem regionalen Grundsicherungsni-  
veau einführen. Damit meinen wir eine aus Steuergel-  
dern finanzierte, staatliche Aufstockung der Rente für  
Menschen, die trotz langer rentenversicherungspflichti-  
ger Erwerbstätigkeit im Alter auf das Niveau der Grund-  
60 sicherung fallen. Wir wollen, dass sich ihre Lebenslei-  
stung auszahlt und sie mehr haben als jemand, der nie  
gearbeitet hat.

**Antragsbereich V.A/ Antrag 108**

060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin) /Landesverband Berlin

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Z. 997-1017 "Neu Verbeamtete werden in die gesetzliche Rentenversicherung übernommen. Die Riesterrente werden wir abschaffen und Inhabern bestehender Riesterverträge eine Überführung in die gesetzliche Rente anbieten."

5

Z. 1027 ersetze "Selbstständige" durch "alle"

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich V.A/ Antrag 109**

Kreisverband Aschaffenburg Stadt/Unterbezirk Aschaffenburg (Landesverband Bayern)

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

Ersetzen des Satzes in Zeile 999 „Der Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung bleibt bis 2020 stabil.“ Diesen Satz ersetzen durch: „Der Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung bleibt stabil.“

5

Nach dem Satz in Zeile 1012 „Deshalb soll jede Erwerbstätigkeit auch zu einer Absicherung für das Alter beitragen.“ folgenden Satz einfügen: „Langfristig sollen auch neu eingestellte Beamtengruppen in die gesetzliche Rentenversicherung überführt werden.“

10

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich V.A/ Antrag 110**

Ortsverein St Ingbert-Mitte (Landesverband Saar)

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

In Zeile 1003 wird der Satz "Unser Ziel: das Rentenniveau zu stabilisieren" gestrichen und durch folgenden Satz ersetzt: "Unser Ziel: das Rentenniveau der gesetzlichen Rentenversicherung unter Berücksichtigung der Rentenbesteuerung bei über 50 Prozent stabilisieren."

5

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich V.A/ Antrag 112**

Ortsverein Stuttgart-Ost (Landesverband Baden-Württemberg)

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Ersetze auf S. 25 in Z. 1003: Den Satz „Unser Ziel: das Rentenniveau zu stabilisieren.“ mit: „Für die anstehende Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente sind die folgenden Eckpunkte besonders wichtig:

5

1. Keine weitere Absenkung des Netto-Rentenniveaus und Abkehr vom Ziel der Beitragssatzstabilität

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

2. Schrittweise Erhöhung in den nächsten Jahren, d.h. Rentenaufbau statt weiterer Abbau
3. Keine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters
4. Ausweitung der Steuerfinanzierung zur Finanzierung der beitragsfremden Leistungen, u.a. zur Finanzierung der Mütterrente
- 10 5. Wiederherstellen der hälftigen Beitragszahlung
6. Schaffung einer allgemeinen Erwerbstätigenversicherung, in die alle Einkommen einzahlen (Ausweitung des versicherungspflichtigen Personenkreises)
- 15 7. Betriebliche Altersvorsorge stärken

**Antragsbereich V.A/ Antrag 113**

*Ortsverein Wiesloch-Baiertal (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

In Zeile 1004 wird nach den Worten "... angewiesen zu sein" eingefügt:

"Deshalb werden wir

- die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) zur Hauptsäule einer die unterschiedlichen sozialen Leistungssysteme zusammenfassenden Bürgerversicherung machen. Sie wird vor allem so ausgestaltet werden, dass sie den Lebensstandard sichert und nicht zur Grundsicherung absinkt.

- das gesetzliche Rentenniveau deutlich oberhalb von 50 Prozent stabilisieren. Die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren werden wir abschaffen.

- neue Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme wird es nicht mehr geben. Die ab etwa 2020 entstehende Finanzierungslücke werden durch Bundeszuschüsse und eine Demografie-Reserve geschlossen.

- die Debatte um eine Wertschöpfungsabgabe werden wir wiederbeleben."

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich V.A/ Antrag 114**

*Landesorganisation Bremen*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Zeile 1003: ... das Rentenniveau zu stabilisieren und schrittweise auf deutlich über 50% zu erhöhen. Rente muss sich wieder an den Löhnen und Gehältern orientieren, die Begrenzungsmechanismen müssen entfallen.

5 Die gesetzliche Rente muss für ein gutes Leben im Alter reichen.

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

Zeile 1007 ergänzen: ... werden wir absichern, indem wir wieder eine Rente nach Mindesteinkommen deutlich

oberhalb der Grundsicherung einführen.

15 Zeile 1007: ... stärken, indem wir die Zurechnungszeit bis zur Regelaltersgrenze ausdehnen und die Abschlüge streichen.

20 Nach Zeile 1007 einfügen: Die Erwartungen an die Rie-ter-Rente haben sich nicht erfüllt. Die steuerliche Förde-rung sollte daher bei Bestandsschutz für bestehende Verträge auslaufen. Gleichzeitig sollte in der gesetzli-chen Rente die Möglichkeit einer freiwilligen Höhver-sicherung geschaffen werden.

25 Nach Zeile 1012 einfügen: Versicherungsfremde Leis-tungen – wie z.B. die Mütterrente und die Ost-West-Angleichung – sind über Steuermittel zu finanzieren. Die Erhöhung des Staatszuschusses und der Aufbau einer Demographiereserve eröffnen weitere Spielräume. Es ist zu prüfen, ob die Beitragsbemessungsgrenze erhöht  
 30 werden kann, ohne dass daraus aufgrund des Auszah-lungs-Äquivalents höchste Leistungsansprüche entste-hen.

**Antragsbereich V.A/ Antrag 115**  
*Ortsverein Herrenberg (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Zeile 1003 ist wie folgt zu ergänzen: „Unser Ziel: das Rentenniveau über 50% zu stabilisieren.“

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich V.A/ Antrag 116**  
*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

In Zeile 1012 wird hinter „[...] Alter beitragen.“ einge-fügt: „Wir wollen eine steuerfinanzierte solidarische Grundrente.“

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich V.A/ Antrag 117**  
*Stadtverband Marl*  
*(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Zeile 1003, nach „Unser Ziel: Das Rentenniveau stabili-sieren. ergänzen: Es wird ein den Lebensstandard si-cherndes System realisiert. Das Ziel ist dabei, ein Ren-tenniveau von mindestens 50 % zu erreichen. Dabei

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- 5 wird die gesetzliche Rentenversicherung solidarisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert. Es wird geprüft, ob die Beamtenversorgungen diesem System anzugleichen sind. Darüber hinaus wird dafür Sorge getragen, dass Menschen, deren Erwerbsbiografien aus
- 10 persönlichen Gründen keine Rente auf den Lebensstandard sicherndem Niveau möglich macht, eine Rente erhalten, die deutlich über der Grundsicherung liegt. In gleicher Weise wird bei der Hinterbliebenenrente verfahren.

**Antragsbereich V.A/ Antrag 118**

*08/05 Hermannstraße (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

In Zeile 1003 einfügen nach "stabilisieren": "und langfristig auf etwa 50% anzuheben."

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich V.A/ Antrag 119**

*02/13 Samariter-/Boxhagener Kiez (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Auf Seite 25 wird nach Zeile 1007 folgender Absatz ergänzt: "Wer lange gearbeitet und Beiträge gezahlt und dabei wenig verdient hat, darf nicht genauso behandelt werden, wie jemand, der nie oder kaum gearbeitet hat. Mit einer Mindestrente oberhalb der Grundsicherung wollen wir für mehr Gerechtigkeit sorgen. Wer Mindestrente bezieht, muss keine Bedürftigkeitsprüfung fürchten."

5

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- 10 Auf Seite 25 wird in Zeile 1003 nach „Unser Ziel: das Rentenniveau zu stabilisieren“ folgender Zusatz ergänzt: "und perspektivisch auf mindestens 50 Prozent anzuheben“.

**Antragsbereich V.A/ Antrag 120**

*Ortsverein Isernhagen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

(Zeile 1003) Im 2. Absatz soll der 2. Satz gestrichen und durch folgenden ersetzt werden: „Unser Ziel: das Rentenniveau zu erhöhen.“

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 121*  
*Unterbezirk Essen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

In Zeile 1003 wird nach „stabilisieren“ ergänzt: und schrittweise wieder auf 50 Prozentpunkte anzuheben.

5 In Zeile 1005 wird nach „widerspiegeln!“ ergänzt: Wichtigste Säule der Altersversorgung ist und bleibt für uns die gesetzliche Rentenversicherung.

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 122*  
*Ortsverein Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Z.1001 Der Absatz soll am Ende wie folgt ergänzt werden: Davon haben aber solche Frauen bisher zu wenig profitiert, die aus Gründen fehlender Erwerbsarbeitszeiten weiterhin mit Kleinstrenten auskommen müssen.

5 Dies wollen wir ändern.

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 123*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Die Zeilen 997 – 1032 werden durch folgende Fassung ersetzt

5 „Die SPD hat in der großen Koalition viel für mehr Rentengerechtigkeit erreicht. Die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren nutzt vor allem denjenigen, die lange ihren Beitrag zur Rentenversicherung geleistet haben, denen es aber schwer fällt bis 67 zu arbeiten.

10 Mit der Mütterrente haben wir mehr Gerechtigkeit für Mütter geschaffen, die Kinder vor 1992 zur Welt gebracht haben, auch wenn wir dies gerne vollständig mit Steuermitteln finanziert hätten.

Die Verbesserungen bei der Erwerbminderungsrente helfen denen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr weiter arbeiten können und die oftmals besonders von Altersarmut bedroht sind.

15 Mit dem Mindestlohn und der Stärkung der Tarifpartnerschaft haben wir auch auf dem Arbeitsmarkt wichtige Schritte für eine bessere Rente getan.

20 Trotz aller Erfolge brauchen wir weitere Verbesserungen unseres Rentensystems. Dabei sollten uns folgende Ziele leiten:

- Die Rente muss den Lebensstandard sichern. Wer in Rente geht darf keine Angst haben, dabei sozial ab-

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- zusteigen und harte Einschnitte in seiner oder ihrer Lebensführung hinnehmen zu müssen.
- 25 • Die Finanzierung der Rente muss den Prinzipien der Solidarität und der Parität folgen. Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung für alle, in der die Versorgungswerke integriert und Abgeordnete, Freiberufler, Selbständige und perspektivisch auch Beamte solidarisch einzahlen.
  - 30 • Wer lange für geringes Geld gearbeitet hat, muss das Erarbeitete im Alter trotzdem behalten dürfen. Deswegen wollen wir eine Mindestrente die ohne Bedürftigkeitsprüfung gewährt wird.
  - 35 • Die private Vorsorge als dritte Säule der Rentenversicherung hat die Erwartung, das sinkende Rentenniveau zu kompensieren, nicht erfüllt. Ihre Subventionierung aus Steuermitteln wollen wir Bestandsichernd auslaufen lassen.
  - 40 • Die Altersvorsorge muss sich flexibel den unterschiedlichen Anforderungen verschiedener Branchen anpassen. Sie muss dabei sowohl kürzere oder längere Lebensarbeitszeiten in verschiedenen Berufen als auch Aus-, Fort- und Weiterbildungsanforderungen berücksichtigen. Dabei sollte die Betriebsrente eine wichtige Rolle spielen.
  - 45 • Auch im Rentensystem muss sich eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien und Erwerbsarbeit positiv widerspiegeln. Die Rente muss unsere moderne Vorstellung von Partnerschaftlichkeit in der Familie abbilden. Die Rentensituation von Frauen muss besonders berücksichtigt werden. Frauen, die in der Vergangenheit die überwiegende Familienarbeit in einer Beziehung getragen haben, müssen diese anerkannt bekommen.
  - 50 • Die Rente muss sich flexibel den sich verändernden Erwerbsbiographien anpassen. Wer berufsbedingt immer wieder Zeiten ohne Erwerbstätigkeit hat und zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung wechselt, braucht trotzdem Sicherheit für seine Versorgung im Alter.
  - 55 • Die Altersvorsorge muss transparenter und verständlicher werden. Nur wer weiß, welche Ansprüche er oder sie hat und wie er oder sie sich eine gute Rente sichern kann, ist auch in der Lage selber Verantwortung dafür zu übernehmen.
  - 60

**1. Die gesetzliche Rentenversicherung – Lebensstandardsicherung in der ersten Säule.**

65 Die solidarische gesetzliche Rente ist die wichtigste Säule unseres Rentensystems. Wir wollen Sie wieder stärken. Sie ist der Kern einer Lebensstandardsichernden Altersversorgung. Dieses zukunftsfest zu sichern, ist die Garantie für eine breite Akzeptanz der solidarischen Finanzierung. Als erster Schritt soll die Absenkung des Rentenniveaus ausgesetzt werden. Wir wollen Perspektivisch eine Anhebung des Rentenniveaus auf mindestens 50%. Das ist aber nur ein Teil einer gerechten Ren-

70



75 tenreform. Denn das Rentenniveau bezieht sich auf den so genannten Eckrentner (45 Jahre, Vollzeit, Durchschnittsverdienst), den es in der Realität nicht gibt. Die Realität ist geprägt von immer mehr Wechseln zwischen selbständiger und abhängiger Beschäftigung und zwischen Zeiten der Familien- und der Erwerbsarbeit oder Unterbrechungen durch Arbeitslosigkeit. Deswegen brauchen wir eine Lebensstandardsichernde Rente, die sich diesen Anforderungen anpasst.

80 Die Rentenversicherung trägt auch Verantwortung für das gesunde Erreichen des Renteneintrittsalters. Wir wollen die Aufgaben der Prävention und Rehabilitation weiter stärken.

85 Besonderen Handlungsbedarf gibt es bei den Erwerbsminderungsrenten, die schon heute einem hohen Armutsrisiko unterliegen. Die Erwerbsminderungsrente liegt heute bei durchschnittlich 650€. Wir wollen die Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten abschaffen.

90 Zur besseren Absicherung von Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiographien und insbesondere Frauen und wollen wir einen Mindestbeitrag in der gesetzlichen Rente unabhängig von Erwerbstätigkeit. Den Mindestbeitrag sollen alle zahlen, außer denjenigen, die sich Ausbildung befinden. Mit dem Mindestbeitrag muss mindestens Grundsicherungsniveau erreicht werden. Perspektivisch macht ein Mindestrentenbeitrag die

95 Mindestrente überflüssig.

**2. Mindestrente – lange arbeiten muss sich lohnen, auch bei geringem Einkommen.**

100 Das Rentensystem kann nicht alles heilen, was in einer Erwerbsbiographie schief gelaufen ist. Wir halten am Äquivalenzprinzip fest. Wer mehr einzahlt muss auch mehr heraus bekommen. Wer aber lange gearbeitet und Beiträge gezahlt und dabei wenig verdient hat, der darf nicht genau so behandelt werden, wie jemand der nie oder kaum gearbeitet und Beiträge gezahlt hat. Mit einer Mindestrente oberhalb der Grundsicherung wollen wir für mehr Gerechtigkeit sorgen. Wer Mindestrente bezieht muss keine Bedürftigkeitsprüfung fürchten. Als wesentliches Kriterium gelten 40 Jahre Versicherungszeit (rentenrechtliche Zeiten) und ein Rentenbeginn mit regulärem Renteneintrittsalter.

110 **3. Riesterrente – private Vorsorge zukünftig ohne Steuergeld.**

115 Die Riesterrente hat ihre Erwartungen nicht erfüllt. Insbesondere Geringverdienende sollten von den Subventionen profitieren. Doch gerade diese Zielgruppe hat sich nicht in dem notwendigen Maße für Riesterrenten entschieden. Wir wollen daher die staatliche Förderung und Subventionierung der privaten Rentenvorsorge auslaufen lassen:

120 Die bisher abgeschlossenen Verträge genießen weiter Bestandsschutz. Wer aber in Zukunft eine zusätzliche private Altersversorgung abschließen möchte, muss auf

Steuersubventionen verzichten. Dafür wollen wir mit den freiwerdenden Mitteln die Betriebsrenten fördern.

**4. Betriebliche Altersvorsorge - flächendeckend und branchenspezifisch.**

125 Die betriebliche Altersvorsorge ist für uns die beste  
zusätzliche Vorsorge für einen angemessenen Lebens-  
standard im Alter. Die aktuelle Ausgestaltung der Be-  
triebsrenten ist komplex und erreicht nicht diejenigen,  
130 die ein zusätzliche Altersvorsorge dringend nötig haben,  
nämlich Gering- und Niedrigverdienende. Wir wollen  
daher eine flächendeckende, obligatorische Betriebsren-  
te mit klarem und verbindlichem Gesetzesrahmen und  
einem Vorrang für tarifliche Lösungen. Wir wollen kol-  
lektive Lösungen, die Verwaltungskosten minimieren  
135 und die Portabilität bei Jobwechseln garantieren. Hier-  
bei sind auch die Regelungen des Betriebsrenten-  
Gesetzes hinsichtlich von Wartezeiten und Unverfall-  
barkeiten diesbezüglich zu überarbeiten. Die betriebli-  
che Altersvorsorge soll zum einen die gesetzliche Rente  
ergänzen. Zum anderen wollen wir mit der betrieblichen  
140 Altersvorsorge branchenspezifische Anforderungen  
(Altersteilzeit, Abkaufen von Abschlägen, ...) tarifpart-  
nerschaftlich umsetzen. Unterschiedliche Branchen  
haben unterschiedliche Belastungen und Anforderun-  
gen an einen Rentenübergang. Wo keine Tarifpartner  
über die Betriebsrenten entscheiden, gelten starre ge-  
145 setzliche Regelungen und Anforderungen. Zur Finanze-  
rung können u.a. die vorgesehenen Mittel zur Förderung  
der Riester-Rente für die betriebliche Altersvorsorge  
eingesetzt werden.

**5. Finanzierung – Solidarität in einer Erwerbstätigenversicherung**

150 Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung zu einer  
Erwerbstätigenversicherung erweitern. Dabei wollen wir  
schrittweise die Beitragsbasis auf Abgeordnete, Freibe-  
rufler und Selbständige und perspektivisch auf Beamte  
erweitern. Auch die Versorgungswerke wollen wir integ-  
155 rieren.  
Weitere Finanzierungsmöglichkeiten bestehen in der  
Herausnahme und Steuerfinanzierung sämtlicher versi-  
cherungsfremder Leistungen. Darüber hinaus liegen  
weitere Finanzierungsmöglichkeiten in der Erhöhung  
160 der Steuerfinanzierung und der Anhebung des Beitrags-  
satzes. Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie ein Weg-  
fall der Beitragsbemessungsgrenze verfassungskonform  
ausgestaltet werden kann ohne das daraus aufgrund  
des Auszahlungs-Äquivalents höchste Leistungsansprü-  
che entstehen.  
165 Eine gute Lebensstandardsichernde Rente ist für die  
soziale Sicherheit und das Vertrauen in den deutschen  
Sozialstaat von immens hoher Bedeutung. Die Renten-  
politik beschäftigt alte wie junge Menschen und muss  
mit Sorgfalt und Klarheit beraten werden.  
Soziale Sicherungssysteme müssen sich immer wieder

170 neu vor den Herausforderungen der Zeit bewähren und sich wandelnden Verhältnissen anpassen und dabei verlässlich bleiben.

Wir wollen dies mit einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung und einer flexiblen und starken Betriebsrente erreichen, die sich der modernen Arbeitswelt anpassen.

175

In Zeile 1009 wird nach „...soziale Absicherung“ folgender Satz eingefügt

„Wir wollen einen Gerechtigkeitsfonds für jene Menschen einrichten, die durch die Rentenüberleitung der Nachwendezeit erhebliche Nachteile erlitten haben.“

180

**Antragsbereich V.A/ Antrag 125**

*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Ab Zeile 1001 einfügen: Wir wollen öffentliche Mittel ausschließlich auf die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung konzentrieren. Viele Menschen mit mittleren und geringen Einkommen können sich in der Regel eine private Altersvorsorge schwerlich oder gar nicht leisten. Eine weitere staatliche Förderung der kapitalgedeckten betrieblichen (Entgeltumwandlung) und privaten (Riester-Rente) Altersvorsorge wäre daher ungerecht. Bestehende Verträge fallen natürlich unter den Bestandsschutz. Für diejenigen Versicherten, die private Vorsorge betreiben können, werden wir generell zusätzliche Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung ermöglichen.

5

10

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich V.A/ Antrag 126**

*Ortsverein Ammerbuch (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Füge ein nach „... angewiesen zu sein.“ in Zeile 1004:  
„Deshalb werden wir

- dafür sorgen, dass die umlagefinanzierte solidarische gesetzliche Rente (GRV) auch in Zukunft die Hauptsäule der Altersvorsorge bleibt. Sie muss vor allem so ausgestaltet werden, dass sie den Lebensstandard sichert und nicht zu Grundsicherung verkommt.
- anstreben das gesetzliche Rentenniveau auf einen Wert dauerhaft oberhalb von 50% erhöhen.
- die Riesterrente bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge abschaffen.“

5

10

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

Füge ein nach „... während der Kindererziehung“ in Zeile 1006: „ der Mutterschutzzeiten“

**Antragsbereich V.A/ Antrag 127**

*Ortsverein Hürth (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

5 Einfügen in Zeile 1003 nach dem Wort „stabilisieren“:  
 „Dabei ist zu beachten, dass Ausgaben und Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung klar nach Versicherungsleistung/Beitragszahlung und Fürsorgeleistung getrennt und Fürsorgeleistungen durch Steuermittel finanziert werden. Auch gilt es die (Mehr)Einnahmen ausschließlich für Zwecke der Rente in Form von Rücklagen zu verwenden. Was bedeutet, dass wir zugunsten eines stabilen Rentensystems evtl. auf Senkungen der  
 10 Rentenbeiträge oder gar auf Ausgaben für rentenfremde Zwecke verzichten. Dieses gilt auch für Senkungen durch den sog. Nachhaltigkeitsfaktor.“

15 Einfügen in Zeile 1012 nach dem Wort „beitragen“:  
 „Hierbei kann eine Flexibilisierung des Renteneintrittszeitpunktes ein förderliches Werkzeug darstellen. Auch sollen für Beitragsjahre nach 1992 die Mindestentgeldpunkte gewährt werden. Jedoch sollen neu abzuschließende Riesterverträge nicht mehr durch  
 20 Steuermittel gefördert werden.“

25 Einfügen in Zeile 1017 nach dem Wort „sein“: „Neben diesen Punkten ist eine Bemessung der Entgeltpunkte anhand körperlicher und psychischer Belastungen im Berufsleben zu berücksichtigen.“

30 Ergänzung nach Zeile 1032: „Für die Bemessung von Entgeltpunkten und etwaiger Zuschläge auf Entgeltpunkte werden wir die Zusammenhänge zwischen ausgeübter Tätigkeit, Lebenserwartung, Rentenbezugsdauer untersuchen und statistisch fundierte Zahlen ermitteln, die dann die Grundlage für die Berechnung bilden.“

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich V.A/ Antrag 128**

*Ortsverein Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

sollen die Zeilen 998 bis 1001 ersatzlos gestrichen werden

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- soll in Zeile 1002 das Wort „aber“ gestrichen werden
- 5 soll in Zeile 1004 nach „angewiesen zu sein.“ Folgendes eingefügt werden:  
„Deshalb werden wir
- die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) wieder zur Hauptsäule der Altersvorsorge machen. Sie wird vor allem so ausgestaltet werden, dass sie den Lebensstandard sichert und nicht zur Grundsicherung verkommt.
  - das gesetzliche Rentenniveau deutlich oberhalb von 50 % stabilisieren. Dazu werden wir die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren abschaffen.
  - die Riesterrente bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge abschaffen. Es wird keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Rentensysteme geben. Die Finanzierungslücke ab etwa 2020 wird durch den Bundeszuschuss (u. a. freie Mittel Riester) und die vom DGB vorgeschlagene Demografie-Reserve geschlossen.“

*Antragsbereich V.A/ Antrag 129  
Unterbezirk Frankfurt (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

5 Einfügen in Zeile 1003 nach „Auf längere Sicht steht die Alterssicherung in Deutschland aber vor großen Herausforderungen. Unser Ziel: das Rentenniveau zu stabilisieren.“ Deshalb werden wir eine gesetzliche Untergrenze für das Rentenniveau von 50% einführen.

10 Einfügen in Zeile 1004 nach „Wer jahrzehntelang gearbeitet hat, verdient eine angemessene Rente, ohne auf Grundsicherung angewiesen zu sein. „Wir wollen einen Mindestrente, 10% über dem Niveau der regionalen Grundsicherung einführen.

15 Einfügen als neuen Absatz nach Zeile 1007: Die Riesterrente hat sich nicht bewährt. Wir wollen daher die staatliche Förderung und Subventionierung der privaten Rentenvorsorge auslaufen lassen. Die bisher abgeschlossenen Verträge genießen weiter Bestandschutz. Wer aber in Zukunft eine zusätzliche private Altersversorgung abschließen möchte, muss auf Steuer-  
20 subventionen verzichten. Bei den bestehenden Verträgen soll in Zukunft bei der Auszahlung keine Verrechnung mit Sozialleistungen mehr stattfinden.

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 130*  
*08/01 Rixdorf (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

In Zeile 1003 wird nach „Unser“ eingefügt: „kurzfristiges“.

5 Der neuer Text ist somit: Unser kurzfristiges Ziel: das Rentenniveau zu stabilisieren.

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 131*  
*Unterbezirk Herne (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

in Zeile 1047, hinter „werden wir absichern.“ Bei der Mütterrente gibt es in Zukunft für alle Kinder unabhängig vom Geburtsjahr 3 Entgeltpunkte. Die Mütterrente wird nicht auf die Grundsicherung angerechnet und nicht, wie bisher über Versicherungsbeiträge, sondern über Steuern finanziert.

5

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 133*  
*Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Ergänze nach Zeile 1012: „Wir wollen die Rente zu einer Erwerbstätigenrente weiterentwickeln, in die alle einbezahlen und in der auch Kapitalerträge berücksichtigt werden.“

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 134*  
*Unterbezirk Ostprignitz-Ruppin (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Abschnitt ‚Rente‘ soll der dritte Absatz ersetzt werden durch:

„Daher werden wir ein einheitliches, durch Beiträge finanziertes Rentenversicherungssystem für alle Erwerbstätigen schaffen. Dieses sieht eine Grundrentenkomponente und eine am Lebensarbeitseinkommen orientierte Rentenkomponente vor. So ist es möglich, eine im Alter auskömmliche Rente zahlen zu können, die nach 45 Arbeitsjahren die Grundsicherung um mindestens 20 Prozent übersteigt und in der Regelaltersrente dem Leistungsempfänger eine Rente in Höhe von 48 bis 50 Prozent seines letzten durchschnittlichen, beitragspflichtigen Erwerbseinkommen zu zahlen.

5

10 Um einen solidarischen Risikostrukturausgleich zu schaffen, fassen wir in Zukunft alle Erwerbstätigen

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

15 (auch Beamte, Freiberufler und Selbstständige) und  
Nichterwerbstätigen in einem Rentenversicherungssystem zusammen. Die bisherigen freiberuflichen und  
20 sonstigen berufsständische Versorgungseinrichtungen  
sowie auf Beamtenrecht basierende Versorgungssysteme  
sowie die Altansprüche aus der bisherigen gesetzlichen  
Rentenversicherung werden in das neue Rentensystem  
übergeleitet. Dies gilt jedoch nicht für durch  
Beiträge finanzierte Zusatzversorgungssysteme und  
Betriebsrenten.  
Die Finanzierung dieses Umbaus erfolgt grundsätzlich  
über paritätisch zu zahlende Beiträge.  
25 Darüber hinaus werden wir die Arbeitgeber zusätzlich  
mit einer von der Körperschafts- bzw. Einkommensteuerschuld  
abziehbaren Sanierungsumlage (z.B. 5 Prozent der  
Bruttolohnsumme) beteiligen. Daneben muss der  
Umbau des Systems durch einen angemessenen  
Bundeszuschuss mitfinanziert werden.“  
30 Der Abschnitt ‚Selbstständige besser absichern‘ im  
selben Kapitel ist mithin überflüssig und soll  
gestrichen werden.

*Antragsbereich V.A/ Antrag 135*  
*Ortsverein Oldenburg (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Zeile 998 – 1001 in jetziger Fassung streichen. neu formulieren: „Zukünftig sind mehr Menschen denn je im  
Alter von Armut bedroht. Eine Ursache dafür sind auch  
die unter unserer Mitwirkung durchgeführten Rentenreformen.  
5 Die Absenkung des Rentenniveaus konnte durch die  
Einführung der privaten Altersvorsorge nicht ausgeglichen  
werden, insbesondere bei kleineren und mittleren  
Einkommen. Wir ziehen daraus die Konsequenz, dass die  
umlagefinanzierte, solidarische, gesetzliche Rente (GRV)  
10 wieder zur alleinigen Hauptsäule der Altersvorsorge  
werden und den Lebensstandard sichern muss, anstatt zur  
Grundsicherung abzusinken. Beitragsstabilität ist weniger  
wichtig als die Bekämpfung von Altersarmut.“  
15  
Zeile 1003 ändern/erweitern: Statt „das Rentenniveau  
zu stabilisieren“: „das Rentenniveau unter Abschaffung  
der derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren auf deutlich  
20 oberhalb 50 % zu erhöhen.“  
Unmittelbar nach der jetzigen Zeile 1003 in beliebiger  
Reihenfolge einfügen: „Hierbei werden wir die Riester-  
und Rürup-Renten unter Vertrauensschutz für bestehende  
Verträge abschaffen. Es darf keine weiteren bzw.

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

25 neuen Subventionen und staatlichen Anreize für kapitalgedeckte wie kapitalmarktabhängige Rentensysteme gleich welcher Art geben. Die ab 2020 eintretende Finanzierungslücke ist durch den Bundeszuschuss und andere Maßnahmen wie etwa die vom DGB vorgeschlagene Demografiereserve zu decken.“

30

„Das gesetzliche Rentenzugangsalter darf nicht weiter steigen. Die Lösung liegt nicht in längerem Arbeiten als faktischem Zwang, um der Altersarmut zu entgehen.“

35 „Perspektivisch ist die solidarische Erwerbstätigen-Rentenversicherung für alle, unabhängig vom Status als Arbeitnehmer\*in, Beamte oder Selbständiger die Lösung. Notwendige Schritte dorthin müssen sofort nach

40 der nächsten Bundestagswahl erfolgen.“

**Antragsbereich V.A/ Antrag 136**  
*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

In Zeile 1012 wird hinter „[...] Alter beitragen.“ eingefügt: „Wir wollen eine steuerfinanzierte solidarische Grundrente.“

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich V.A/ Antrag 137**  
*Ortsverein Steinheim an der Murr (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Zeile 1003 den Satz „Unser Ziel: das Rentenniveau zu stabilisieren.“ streichen und zu ersetzen:

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

5 „Unser Ziel: das Rentenniveau innerhalb von 4 Jahren auf 50% zu erhöhen und zu stabilisieren. Dazu sind künftig alle versicherungsfremden Leistungen aus Steuermitteln zu erbringen. Wir wollen den 3. Rentenpunkt aus Steuermitteln auch für Mütter, die vor 1992 ein Kind geboren haben. Gerecht ist, alle Mütter gleich zu behandeln. Diese Müttergeneration hatte die schlechtesten Bedingungen für Erwerbsarbeit.“

10

**Antragsbereich V.A/ Antrag 138**  
*Ortsverein Leipzig-Südwest/Ortsverein Leipzig-Südost/Ortsverein Leipzig- Nord (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

In der Zeile 1012 wird nach dem Absatz eingefügt: “Wir

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antrags-



5 wollen ein stärkeres öffentliches Rentensystem. Dies soll durch den Umbau zu einer Erwerbstätigenversicherung erreicht werden. Das umlagefinanzierte Rentensystem soll sukzessiv um weitere Einkommensgruppen erweitert werden. Grundsätzlich soll die Beitragsäquivalenz - wer mehr einzahlt soll mehr Rente erhalten - weiterhin bestehen. Jedoch sollen zukünftige Mitglieder von Erwerbsgruppen mit einem höheren Lebensinkommen ebenfalls in das Umlageverfahren einzahlen. Zudem wollen wir eine Mindestrente die erkennbar über der Grundsicherung liegt für Menschen die mindestens 40 Jahre in das Rentensystem eingezahlt haben. Pflege- Erziehungs- und Ausbildungszeit sind hierbei anzurechnen."

*Antragsbereich V.A/ Antrag 139  
Ortsverein München Au (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

5 In Zeile 1003: „Unser Ziel: das Rentenniveau zu stabilisieren.“ ersetzen durch: „Unser Ziel: das Rentenniveau mindestens zu stabilisieren. Neben der Stärkung der gesetzlichen Rente gehören die Säulen der betrieblichen und privaten Altersvorsorge auf den Prüfstand.“

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 140  
Ortsverein Stadt Barsinghausen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

5 - Der Abschnitt „Rente“, Zeilen 997 bis 1017, wird völlig neu gefasst.  
Dabei werden folgende Grundforderungen eingearbeitet:

5 1.) Das Rentenniveau beläuft sich auf mindestens 50% des vorherigen Einkommensniveaus  
2.) Versicherungsfremde Leistungen werden dauerhaft aus Steuermitteln bezahlt  
3.) Der Kreis der Versicherten wird nach dem Prinzip der Bürgerversicherung weiterentwickelt.

10 4.) Eine gewünschte Aufstockung der Rentenversicherung mit zusätzlichen Beiträgen der Arbeitnehmer soll über die Deutsche Rentenversicherung und damit krisensicher möglich sein.

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 141*  
*Ortsverein Gera-Ost (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

In Zeile 1003 soll der Satz „Unser Ziel: das Rentenniveau zu stabilisieren“ ersetzt werden durch „Unser Ziel ist es, das Rentenniveau nicht nur zu stabilisieren, sondern eine Mindestrente einzuführen, die über dem Existenzminimum liegt.“

5

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 142*  
*Kreisverband Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

Zeile 1003 Ergänzung: „...das Rentenniveau zu stabilisieren und mittelfristig zu steigern.“

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 143*  
*Ortsverein Hagen-Mittelstadt/Oberhagen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

In der Zeile 1003 hinter „unser Ziel: das Rentenniveau zu stabilisieren“ einfügen:

Die gesetzliche Rentenversicherung muss gestärkt und die Leistungen verbessert werden.

Hierzu muss:

5

- Das Rentenniveau auf den heutigen Stand von 48 Prozent stabilisiert und in einem weiteren Schritt etwa auf 50 Prozent angehoben werden. Die individuelle Versorgung soll durch eine tarifvertraglich vereinbarte und von ArbeitgeberInnen mitfinanzierte Betriebsrente zusätzlich verbessert werden.

10

- Die Basis der BeitragszahlerInnen, insbesondere durch die Einbeziehung von Selbstständigen, gestärkt werden und mehr Steuermittel eingesetzt werden.

- Erwerbsminderungsrente durch Abschaffung der Abschläge verbessert werden.

15

- Die Anrechnung von Bildungszeiten verbessert werden.

Ab Zeile 1017 neu einzufügen

Reform der Hinterbliebenenrente prüfen

20

Rücknahme der Absenkung der Hinterbliebenen-/Witwenrente von 55%, um wieder auf 60% zu kommen. Die volle Rente von 60% muss wieder mit 45 Jahren erreicht werden sowie Abschaffung der Zweijahres-Bezugsschränkung der kleinen Witwen/Witwerrente.

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 144*  
*Unterbezirk Ebersberg (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Zeile 1011 ersetze „Erwerbstätigkeit“ durch: Art von Einkommen

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 145*  
*04/98 Wilmersdorf-Nord (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Füge ein auf Seite 26 zwischen den Zeilen 1012 und 1013: „Für uns sind folgende Forderungen zentral:  
 -das Rentenniveau muss über 50% gesichert werden  
 -die gesetzliche Rente muss Hauptsäule der Altersvorsorge werden, die Riesterrente ist bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge abzuschaffen  
 -die Beitragsbemessungsgrenze ist deutlich zu erhöhen  
 -versicherungsfremde Leistungen sind dauerhaft aus Steuern zu finanzieren  
 - längerfristig sind alle Einkommensarten zur Finanzierung der Rentenversicherung heranzuziehen.“

5

10

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 146*  
*Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Zeile 1003 In den Satz ‚Unser Ziel: Rentenniveau zu stabilisieren‘ wird hinter ‚Rentenniveau‘ der Zusatz „auf heutigem Niveau“ eingefügt.

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

5

Zeile 1007 An den Absatz wird ein Satz angefügt: „Um Armut zu vermeiden, setzen wir uns für eine existenzsichernde Mindestrente ein.“

10

Zeile 1012 An den Absatz wird ein Satz angefügt: „Grundlage hierfür soll eine alle Beschäftigungsformen einschließende einheitliche Altersversorgung sein.“

*Antragsbereich V.A/ Antrag 147*  
*06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

Zeile 1005: Ergänze nach "Die Arbeitsleistung soll sich in der Rente widerspiegeln!"

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

5

"Auch die jüngere und folgende Generationen haben im Alter einen Anspruch auf angemessene Versorgung

durch die gesetzliche Rentenversicherung. Die derzeitige Notwendigkeit, sich für die Altersversorgung auf die Versprechungen privater Finanzdienstleister verlassen zu müssen, werden wir wieder zurückdrängen."

**Antragsbereich V.A/ Antrag 148**

*Ortsverein Hannover Oststadt-Zoo (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Änderung in Zeile 1003: „Unser Ziel: **das Rentenniveau durch eine Stärkung der gesetzlichen Rente zu stabilisieren.**“

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- 5 einfügen nach Zeile 1007 Auch bei der Erwerbsminderung werden wir die Rente stärken: "Des Weiteren werden wir eine Solidarrente etablieren, die jeder Bürgerin und jedem Bürger ein Mindestmaß an Rente garantiert.“

**Antragsbereich V.A/ Antrag 149**

*Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

Zeile 1003 Ersetzen: Alt: Unser Ziel: das Rentenniveau zu stabilisieren.

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- 5 Neu: Unser Ziel: Ein Rentensystem nach österreichischem Vorbild. In das Rentensystem zahlen alle ein. Eine Beitragsbemessungsgrenze wird abgeschafft.

**Antragsbereich V.A/ Antrag 150**

*Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Füge ein nach Z. 1007 „werden wir absichern.“: „Wir führen deshalb eine Solidarrente ein, durch die langjährig Versicherte eine Rente erhalten, die mindestens zehn Prozent über der regionalen Grundsicherung liegt.“

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- 5 Füge ein Z. 1003 zwischen „das Rentenniveau“ und „zu stabilisieren“: „mittelfristig wieder auf einer Höhe von 50 Prozent“

- 10 Füge ein Z. 1008 (Ende Rentenabschnitt): „Perspektivisch soll die gesetzliche Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung überführt werden, die alle Erwerbstätigen umfasst, egal ob Arbeitnehmerinnen

15 und Arbeitnehmer, Beamte oder Selbständige. Nach der nächsten Bundestagswahl unternehmen wir dazu die nächsten notwendigen Schritte.“

*Antragsbereich V.A/ Antrag 151  
Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

5 Einfügen an geeigneter Stelle im Rentenkapitel, derzeit Zeile 1008: „Wir wollen einen Gerechtigkeitsfonds für jene Menschen einrichten, die durch die Rentenüberleitung der Nachwendezeit erhebliche Nachteile erlitten haben.“

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 152  
Ortsverein Lübeck-Travemünde (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

5 Rente (Zeilen 1002 bis 1004): Auf längere Sicht steht die Alterssicherung in Deutschland aber vor großen Herausforderungen.  
Unser Ziel: das Rentenniveau zu stabilisieren und auf 50 Prozent des letzten Nettoeinkommens vor Steuern zu erhöhen. Wer jahrzehntelang gearbeitet hat, verdient eine angemessene Rente, um seinen Lebensstandard im Alter halten zu können.

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 153  
Kreisverband Ostalb (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

5 Zeile 1003-1007 ersetzen durch/ergänzen: "Wir werden die umlagefinanzierte, solidarische Rente zur Hauptsäule der Altersversorgung machen und Maßnahmen ergreifen, damit das gesetzliche Rentenniveau deutlich oberhalb von 50% stabilisiert und damit lebensstandardsichernd ausgestaltet wird. Die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren werden wir so modifizieren, dass bei denjenigen Versicherten mit niedrigen Einkommen keine Altersarmut droht. Für die Zukunft soll in Schritten  
10 eine Erwerbstätigenversicherung für alle, unabhängig vom Status (Arbeitnehmer/in, Beamte, Selbständige) angestrebt werden. Mit uns wird es keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme geben. Alle Einkommensarten sollen in die Sozial- und Rentenversicherung aufgenommen werden."

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 155*  
*Ortsverein Lilienthal (Bezirk Nord-Niedersachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

In der Zeile 1003 wird der erste Satz wie folgt ergänzt:  
 Unser Ziel: das Rentenniveau zu stabilisieren und schrittweise wieder zu erhöhen.

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 156*  
*Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

In Ziffer 1003 soll nach (: das Rentenniveau zu stabilisieren) hinzugefügt werden: „...und bundesweit zu vereinheitlichen.“

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

5 Nach Ziffer 1012 (... das Alter beitragen.) soll der Satz ergänzt werden: „Staatlich geförderten private Rentensysteme, wie die Riesterrente, müssen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit für den Versicherungsnehmer überprüft werden.“

*Antragsbereich V.A/ Antrag 157*  
*Ortsverein Bergisch Gladbach (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

Zeile 1004: hinter „angemessene Rente“ eingefügt werden „für ein Leben in Würde“.

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

5 Zeile 1007:hinter den letzten Satz soll angefügt werden „Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung wollen wir den Faktor Erwerbsarbeit entlasten. Daher sollen sämtliche Einkommensarten zur Beitragszahlung in die allgemeine Rentenversicherung herangezogen werden“.

10 Zeile 1012: hinter den letzten Satz soll eingefügt werden „Private Vorsorge soll nicht mehr bei der Grundversicherung im Alter angerechnet werden.“

*Antragsbereich V.A/ Antrag 158*  
*Ortsverein Meiendorf (Landesorganisation Hamburg)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

Z. 998 Der Satz „Die Reformen der vergangenen Jahre wirken,“ ist zu streichen,

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

Auf längere Sicht steht die Alterssicherung in Deutsch-

5 land aber vor großen Herausforderungen. Angesichts  
der anstehenden Veränderungen durch intensivere  
Digitalisierung und Automatisierung muss das gesetz-  
lich Rentensystem künftig auch Beiträge aus dem Pro-  
10 duktivitätsfortschritt erhalten. Unser Ziel: das gesetzli-  
che Rentenniveau insgesamt wieder zu erhöhen. Bei-  
tragsfremde Leistungen sind vollständig durch Haus-  
haltungsmittel zu finanzieren.

**Antragsbereich V.A/ Antrag 159**

*Unterbezirk Aachen-Stadt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

Zeilen 998 bis 1001: Diese Zeilen sollten ersetzt werden  
durch:

5 Die umlagefinanzierte und beitragsbezogene gesetzli-  
che Rente hat sich bewährt. Allerdings müssen die nega-  
tiven Auswirkungen der vergangenen Rentenreformen  
auf das Rentenniveau, die Altersvorsorge langjährig  
Versicherter mit niedrigen eigenen Rentenanwartschaf-  
ten, das Altersarmutsrisiko Erwerbsgeminderter sowie  
10 Frauen überprüft und korrigiert werden. Darüber hinaus  
muss die gesetzliche Rentenversicherung auf die sich  
verändernden Erwerbsverläufe mit Brüchen in den Er-  
werbsbiographien und wiederholten Bildungsanstren-  
gungen angepasst werden. Eine weitere steuerliche  
15 Förderung der kapitalgedeckten Altersvorsorge wie  
„Riester“-Rente wollen wir nicht fortsetzen. Diese Form  
der Altersvorsorge kann höchstens eine zusätzliche  
Vorsorge zur ausreichenden gesetzlichen Rente sein.  
Ebenso wollen wir die Abschaffung der sozialversiche-  
20 rungsfreien Entgeltumwandlung gesetzgeberisch einlei-  
ten. Eine weitere Anhebung des gesetzlichen Rentenein-  
trittsalters wird nicht von uns angestrebt. Wir wollen  
die gesetzliche Rentenversicherung stärken und zu-  
kunftsfest machen. Wir wollen, dass langjährig Versi-  
25 cherte sowie Versicherte, die wegen Kindererziehung  
oder der Pflege naher Angehöriger ihre Erwerbstätigkeit  
zeitweise reduziert haben, im Alter eine Rente oberhalb  
der Grundsicherung und dadurch keine Nachteile haben.  
Darüber hinaus werden wir eine gesamtgesellschaftli-  
30 che Debatte darüber – mit den Gewerkschaften und  
Sozialverbänden – führen, wie eine zukunfts feste Rente  
unter Berücksichtigung der Beitragshöhe, der steuerli-  
chen Bezuschussung und des Sicherungsniveaus gestal-  
tet werden muss.

**Änderungsantrag Kapitel V.5.**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antrags-  
kommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 160*  
*Unterbezirk Ennepe-Ruhr (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Dazu sollen im Wahlprogramm im Anschluss an Zeile 1012 folgende Forderungen aufgenommen werden:  
 „Die gesetzliche, umlagefinanzierte Rente ist die zentrale Säule unserer Altersvorsorge und ein wichtiger Eckpfeiler unseres Sozialstaats. Daher muss sie so ausgestaltet sein, dass sie im Regelfall zur Sicherung des Lebensstandards im Alter ausreicht. Dies bedeutet vor allem: das Rentenniveau darf nicht weiter absinken! Perspektivisch muss es wieder auf mindestens 50 % angehoben werden.

5

Ein stabiles Rentenniveau ist eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung zur Vermeidung von Altersarmut. Wer lange gearbeitet, Beiträge gezahlt und dabei wenig verdient hat, soll deshalb mit der Solidarrente eine gesetzliche Altersversorgung bekommen, die deutlich oberhalb der Grundsicherung liegt.

10

Betriebliche Altersvorsorge ist für uns eine gute Ergänzung, aber kein Ersatz für die gesetzliche Rente. Die private Vorsorge, die sog. Riester-Rente, hat sich nicht bewährt.

15

Wir wollen deshalb die staatliche Förderung bei Bestandsschutz für bestehende Verträge auslaufen lassen. Perspektivisches Ziel sozialdemokratischer Rentenpolitik ist die Weiterentwicklung unseres umlagefinanzierten Rentensystems hin zu einer Erwerbstätigenversicherung. Das bedeutet, dass alle Erwerbstätigen – neben Arbeitern und Angestellten also auch Beamte, Selbstständige und Personengruppen mit Sonderregelungen wie etwa Berufspolitiker – in eine Rentenkasse einzahlen. So könnte die Leistungsfähigkeit unserer Rentenversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger Deutschlands gesichert werden.

20

25

Mit dem Vorschlag von Andrea Nahles, alle Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, die nicht obligatorisch anderswo versichert sind, ist ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung gemacht

30

Um ihre politische Glaubwürdigkeit zu stärken soll die SPD-Bundestagsfraktion nach der Bundestagswahl umgehend Initiativen ergreifen, um die Altersversorgung von Abgeordneten im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung neu zu regeln.

35

Langfristig muss auch geprüft werden, ob weitere Einkommensarten, neben Erwerbseinkommen also etwa auch Kapitalerträge oder Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, zur Finanzierung dieser solidarischen Erwerbstätigenversicherung herangezogen werden.

40

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission



**Antragsbereich V.A/ Antrag 161**

*Ortsverein Stemwede-Dielingen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

5 Ergänze in Zeile 1003 nach „unsere Ziele“ in Anlehnung an das vom DGB entwickelte Modell wird ein Demographie-Fonds aufgebaut. Die Beitragsätze werden kontinuierlich und maßvoll erhöht und in den Fonds eingestellt. Die Mehreinnahmen werden zur Finanzierung der vorgesehenen Reform der gesetzlichen Rentenversicherung eingesetzt. Die Vorschrift einer Obergrenze für Rücklagen der Rentenversicherung in Höhe von 1,5 Monatsausgaben muss dementsprechend entfallen.

10

Ersetze in Zeile 1003 „das Rentenniveau zu stabilisieren“ durch „ein nachhaltiges Renten-Niveau von mindestens 50 %“

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich V.A/ Antrag 162**

*Ortsverein Hürth (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

Einfügen in Zeile 1003 nach dem Wort „stabilisieren“:

5 „Dabei ist zu beachten, dass Ausgaben und Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung klar nach Versicherungsleistung/Beitragszahlung und Fürsorgeleistung getrennt und Fürsorgeleistungen durch Steuermittel finanziert werden. Auch gilt es die (Mehr)Einnahmen ausschließlich für Zwecke der Rente in Form von Rücklagen zu verwenden. Was bedeutet, dass wir zugunsten eines stabilen Rentensystems evtl. auf Senkungen der Rentenbeiträge oder gar auf Ausgaben für rentenfremde Zwecke verzichten. Dieses gilt auch für Senkungen durch den sog. Nachhaltigkeitsfaktor.“

10

**Änderungsantrag Kapitel V.5**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich V.A/ Antrag 163**

*Landesorganisation Bremen*

**Änderungsantrag Kapitel V.6**

5 Nach Zeile 1032 anfügen: Die Einbeziehung der Selbständigen ist für uns der erste Schritt zu einer Erwerbstätigenversicherung, in die auch Abgeordnete, Freiberufler und perspektivisch auch Beamte einbezogen werden.

**Änderungsantrag Kapitel V.6**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 164*  
*Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD*

**Änderungsantrag Kapitel V.6**

- (nach Zeile 1032) kurzfristig eine grundsätzliche Änderung bei den Sozialabgaben erfolgt. Darunter verstehen wir eine Überprüfung des derzeitigen Systems, das deren Höhe derzeit in jedem Fall an das erzielte Arbeitseinkommen anknüpft; vielmehr erscheint es sachgerechter, eine Grundversorgung in allen Bereichen zu installieren, deren Aufwendungen von allen Einkommensbeziehern und nicht nur den Erwerbstätigen finanziert werden. Eine Anknüpfung an die der laufenden Besteuerung zu Grunde liegenden jährlichen Lohnsteuerbescheinigungen bzw. die in den Steuerbescheiden zusammengefassten Einkommen erscheint uns zeitnah umsetzbar. Wer darüber hinaus Vorsorge betreiben möchte oder auf weitere Leistungen Wert legt, kann diese zusätzlich auf freiwilliger Basis vereinbaren.

- (nach Zeile 1032) vorhandene Rücklagen von Sozialkassen, insbesondere der Bundesagentur für Arbeit (derzeit 11 Milliarden €) dazu genutzt werden, die Beitragszahler zu entlasten; es sind nicht nur Arbeitgeber sondern auch alle Arbeitnehmer, die diese Beiträge aufbringen. Es ist nicht Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit, Rücklagen in einem Umfang zu bilden, ohne dass erkennbar wäre, dass diese demnächst für die Bewältigung von Wirtschaftskrisen und hierdurch verursachte Arbeitslosigkeit benötigt würden. Auch die Integration von Flüchtlingen sowie deren Aus- und Fortbildung ist keine Aufgabe, die von derzeitigen Beitragszahlern zu tragen ist. Vielmehr ist dies eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die durch Steuermittel zu finanzieren ist.

**Änderungsantrag Kapitel V.6**

Ablehnung

*Antragsbereich V.A/ Antrag 165*  
*Ortsverein Kappeln-Land (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel V.6**

Zeile 1027: "wollen" auf jeden Fall durch "werden" ersetzen

**Änderungsantrag Kapitel V.6**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ Antrag 167*  
*Ortsverein Leipzig-West (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.6**

Ergänzung in Zeile 1028: „eine Pflichtmitgliedschaft in

**Änderungsantrag Kapitel V.6**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antrags-

der gesetzlichen Rentenversicherung **mit einkommens-** kommission  
**abhängigen Beiträgen.“**

*Antragsbereich V.A/ **Antrag 168**  
Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel V.6**

S. 26, Zeile 1027-1028 Ergänzung: [..wollen für Selbstständige in Zukunft eine Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung], deren Beitragshöhe an den Gesamteinkünften gekoppelt wird.

**Änderungsantrag Kapitel V.6**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ **Antrag 170**  
Ortsverein Gera-Ost (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel V.6**

In Zeile 1028 streichen: „Ausnahmen gelten für Selbständige, die Mitglied in einem bestehenden Versorgungswerk sind.“

**Änderungsantrag Kapitel V.6**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich V.A/ **Antrag 172**  
Unterbezirk Lüneburg (Bezirk Hannover)*

**Änderungsanträge Kapitel V. Sonstige**

Pflegeberufe aufwerten, Konzepte klar benennen, um dringend erforderliche finanzielle und gesellschaftliche Anerkennung durchzusetzen. -Rentenniveau soll nicht nur gehalten werden. Die Renten müssen steigen, wir müssen

5 - Altersarmut bekämpfen,  
- Grundrente für alle, Renten müssen auskömmlich sein.  
- Bürgerversicherung für alle, auch für Beamte

**Änderungsanträge Kapitel V. Sonstige**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

## Änderungsanträge: VI. Kapitel Es ist Zeit für gerechte Steuern und Abgaben (VI.A)

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 1*  
*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

Z. 1037 Ersetze "nicht schlechter" durch "besser"

Zeile 1040 füge ein nach ".": "Die SPD wird sich in zukünftigen Regierungen daran messen, ob ihre Regierungsarbeit die Schere der Einkommen und die Schere der Vermögen wieder schließt."

5

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 3*  
*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

Z. 1048: ersetze "unanständig" durch „kriminell“, darauf folgender Satz streichen.

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 4*  
*Unterbezirk Cuxhaven (Bezirk Nord-Niedersachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

Zeile 1046: Ehrenamtliche Arbeit muss künftig anders besteuert werden, um die ehrenamtlichen Vereine und Verbände in ihrer Arbeit zu unterstützen und zu schützen.

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 5*  
*Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

Füge ein nach Zeile 1049: „Der bisher erhobene Solidaritätszuschlag soll mittelfristig in eine kommunale Infrastrukturabgabe umgewandelt werden.“

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 7*  
*02/02 Kreuzberg 61 (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.0.**

Ab Zeile 1046 Wir beantragen, dass im vierten Absatz in Zeile 1046 die Wörter "angemessenen Beitrag" durch

**Änderungsantrag Kapitel VI.0.**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

"stärkeren Beitrag als bisher" ersetzt werden.

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 8*  
*07/08 Friedenau (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

Zeile 1033 (Neu) Wir setzen uns für wirksame Hilfe für Cannabis-Konsumentinnen und -Konsumenten durch deren Entkriminalisierung ein.

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 9*  
*Ortsverein Uelzen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

5 Einfügen bei Zeile: 1049: Unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit wollen wir außerordentlichen Schuldenabbau betreiben. Dieser soll auch durch eine offensive Betriebs-, Steuerprüfung und Verbesserung des Steuervollzuges zur Generation von Mehreinnahmen im zweistelligen Milliardenbereich nach Berechnungen von ver.di(50 bis 80 Mrd) finanziert werden. Hierfür sollen zunächst bundesweit 1.000 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Die Beteiligung der Länder an der Zielerreichung soll durch boni und mali beim Länderfinanzausgleich berücksichtigt werden. Wir setzen uns für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer bei Entlastung der Einkommen unter 120.000 Euro ein. Arbeitendes Geld soll stärker besteuert werden als Arbeitnehmer.

10

15

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

20 Der Spitzensteuersatz bei Nettoeinkommen über 112.000 € Jahresgehalt bei Alleinstehenden und 210.000 € bei Ehepaaren soll 49 v. H. betragen. Das Ehegattensplitting für kinderlose Ehepaare wird abgeschafft.

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 10*  
*Unterbezirk Ebersberg (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

Zeile 1036 füge ein: Steuern müssen grundsätzlich und im Sinne von Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung gestaltet werden.

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ **Antrag 11**  
Stadtverband Wetter (Ruhr) (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

in Zeile 1046 „Das ist nicht nur gerecht, sondern im Interesse aller.“ zu streichen und zu ersetzen:

5 Um in diesem Sinne substantielle Beiträge von vermögenden Bürgerinnen und Bürgern zum Wohl der Allgemeinheit einzufordern, wird die SPD die 1997 ausgesetzte Vermögenssteuer in einer an die heutigen Gegebenheiten angepassten Form wieder einführen. Dies beinhaltet unter anderem einen großzügigen persönlichen Freibetrag, der u. a. dabei hilft, die Verwaltungskosten der Vermögenssteuer gering zu halten. So können zwischen zehn und 20 Milliarden Euro jährlich erlöst werden, die wie bis 1997 üblich an die Länder fließen und so zur Verbesserung der finanziellen Ausstattung von Bildungsaufgaben beitragen.

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ **Antrag 12**  
Ortsverein Feucht (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

5 Für die Zeilen 1034 bis 1125 beantragen wir: Die Bekämpfung von Steuerbetrug hat für uns einen besonderen Stellenwert. Wir machen Politik für die Anständigen. Wir entlasten Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Das heutige Ehegattensplitting geht an fast jeder zweiten Familie mit Kind vorbei

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ **Antrag 13**  
Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)  
Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

Füge ein nach Z. 1036 „solide finanziert werden.“: „Eine Steuerreform, die im Saldo zu Einnahmeausfällen führt, wird es mit uns nicht geben.“

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ **Antrag 14**  
Kreisverband Ostalb (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.0.**

nach Zeile 1044 einfügen: „Mehrausgaben für gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind zukünftig den gesetzlichen Sozialversicherungen vollständig aus Steuermit-

**Änderungsantrag Kapitel VI.0.**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

teln zu erstatten.“

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 15*  
*Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.0.**

Nach Ziffer 1038 (arbeiten lassen.) soll der Folgesatz wie folgt umgestellt werden „Vor allem wollen wir die entlasten, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen.“

**Änderungsantrag Kapitel VI.0.**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- 5 Nach Ziffer 1040 (funktioniert.) soll der Block eingefügt werden: „Um eine demokratische, chancengleiche und gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in unserer Gesellschaft sicherzustellen, muss die Finanzkraft des Staates und somit seine Handlungsfähigkeit gestärkt werden. Dies kann nur durch eine gerechte Verteilungspolitik erreicht werden. Deshalb fordern wir eine effiziente und faire Steuerpolitik, indem der Spitzensteuersatz für besonders hohe Einkommen erhöht wird. Im Gegenzug müssen kleinere und mittlere Einkommen entlastet werden. Darüber hinaus ist es notwendig, das
- 10 die Vermögenssteuer neu geregelt wird, damit Deutschland nicht länger eine Steueroase für Superreiche ist.
- 15

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 16*  
*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

Zeile 1037 Ersetze "nicht schlechter" durch "besser"

**Änderungsantrag Kapitel VI.0**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- 5 Zeile 1040 füge ein nach ".": "Die SPD wird sich in zukünftigen Regierungen daran messen, ob ihre Regierungsarbeit die Schere der Einkommen und die Schere der Vermögen wieder schließt."

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 17*  
*Ortsverein Dormagen-Zons (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Die Zeilen 1066-1068 werden gestrichen und ersetzt durch: Um sie besser zu unterstützen, führen wir die einkommensabhängige Kindergrundsicherung ein.

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 18*  
*Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Füge ein nach dem Satz „Um sie besser zu unterstützen, wollen wir ein nach Einkommen gestaffeltes Kindergeld einführen und das Kindergeld mit dem Kinderzuschlag zusammenführen.“ in Zeile 1068:

5

„Zur teilweisen Finanzierung dieser Maßnahme werden wir den Kinderfreibetrag abschaffen, der derzeit nur Besserverdienenden zugute kommt.“

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 19*  
*Landesverband Baden-Württemberg*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Füge ein am Ende von Zeile 1052: Allerdings werden diese Einkommensgruppen bei Lohnerhöhungen durch den aktuellen Steuertarifverlauf besonders belastet. Durch eine Tarifreform der Einkommensteuer, wie einer Abflachung des Tarifverlaufs, wollen wir diese entlasten. Gleichzeitig sollte Bezieher\*innen hoher Einkommen durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, der aber erst ab einem höheren Einkommen erhoben wird, ein größerer Finanzierungsbeitrag für das Gemeinwesen abverlangt werden. Dazu wollen wir den Spitzensteuersatz von 42 Prozent auf 49 Prozent für zu versteuernde Einkommen ab 100.000 Euro bzw. 200.000 Euro bei Eheleuten erhöhen.

5

10

15

Ersetze Zeile 1065 – 1068 durch: Armut von Kindern werden wir bekämpfen. Besonders Familien im SGBII-Bezug, Alleinerziehende und Familien mit drei und mehr Kindern sind von Kinderarmut betroffen und stehen vor finanziellen und organisatorischen Herausforderungen.

20

Um sie besser zu unterstützen, wollen wir ein nach Einkommen gestaffeltes Kindergeld einführen und es insgesamt erhöhen. Das Kindergeld wollen wir mit dem Kinderzuschlag zusammenführen.

25

Vom Entlastungsbetrag für Alleinerziehende profitieren vor allem Bezieher\*innen hoher Einkommen. Die meisten Alleinerziehenden beziehen aber gar keine hohen Einkommen. Damit seine Entlastungswirkung allen Alleinerziehenden unabhängig von ihrem zu versteuernden Einkommen in gleicher Weise zu Gute kommt,

30

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission



sollte er in eine Steuergutschrift umgewandelt werden.

- 35 Um Kinder im ALGII-Bezug aus der Armut heraus zu holen und ihnen tatsächliche Teilhabe zu ermöglichen, streben wir langfristig eine Kindergrundsicherung, unter Beibehaltung der kindbedingten Freibeträge, an.

**Antragsbereich VI.A/ Antrag 20**

*Ortsverein Stewede-Dielingen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

*06/05 Lankwitz / 060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*

*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Ergänze in Zeile 1063 nach „Einkommen“: „sollen hier-von profitieren und“

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antrags-kommission

- 5 Ergänze in Zeile 1068 nach „zusammenführen“: „Das Kindergeld soll künftig nicht mehr auf Leistungen der Grundsicherung angerechnet werden. Zusätzliche Leis-tungen für Familien mit Kindern wie Unterstützung zur Nachhilfe, Zuschüsse zu Klassenfahrten, Museumsbesu-che, Sport- oder Musikvereinen etc. sollen geschaffen werden und deren Inanspruchnahme unbürokratisch ermöglicht werden.“
- 10

**Antragsbereich VI.A/ Antrag 22**

*Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

- (nach Zeile 1052) für sogenannte Klein- und Mittelver-diener – beispielsweise bis zu einem zu versteuernden Einkommen von 60.000 € – die Grundfreibeträge erheb-lich angehoben werden und die prozentuale Steuerbe-lastung bei durchschnittlichen Einkommen durch ent-sprechende Änderung der Steuerformel auch für gut-verdienende Arbeitnehmer gesenkt wird.

5

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antrags-kommission

- 10 - (Zeile 1040 oder 1052 ff) aktuelle Überschüsse des Steueraufkommens dafür eingesetzt werden, diese Entlastungen zu finanzieren. Wir gehen davon aus, dass Steuerentlastungen Anreize bieten, die zu höheren Be-messungsgrundlagen und damit auch zu höheren staat-lichen Einnahmen beitragen werden.

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 23*  
*Kreisverband Rhein-Neckar (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Füge ein in Z. 1052: Dieses Ziel erreichen wir durch eine Tarifreform der Einkommensteuer, z.B. durch eine Abflachung des Tarifverlaufs. Gleichzeitig soll Bezieher\*innen hoher Einkommen durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, der aber erst ab einem höheren Einkommen erhoben wird, ein größerer Finanzierungsbeitrag für das Gemeinwesen abverlangt werden. Dazu wollen wir den Spitzensteuersatz von 42 Prozent auf 49 Prozent für zu versteuernde Einkommen ab 100.000 Euro bzw. 200.000 Euro bei Eheleuten erhöhen.

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 24*  
*Ortsverein Übach-Palenberg (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

die Zeilen 1059 – 1068 werden ersetzt durch: Wir werden künftig Kinder stärker unterstützen. Das alte Ehegattensplitting ersetzen wir durch eine Individualbesteuerung aller ArbeitnehmerInnen.

Nicht nur Alleinerziehende mit kleinem Einkommen werden damit gezielt gestärkt. Diese haben in Deutschland das höchste Armutsrisiko. Armut von Kindern werden wir bekämpfen, indem wir eine Grundsicherung für alle Kinder einführen, die das heutige Kindergeld ablöst. Diese Grundsicherung soll bis zum Ende der ersten Ausbildung längstens bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres bezahlt werden.

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 25*  
*Landesverband Sachsen Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Die Zeilen 1059 – 1068 werden durch folgende Neufassung ersetzt: „Kinderarmut werden wir ein Ende setzen. Familienpolitische Förderinstrumente wie Ehegattensplitting, Kinderfreibetrag und Kindergeld führen wir zusammen zu einem einheitlichen finanziellen unbürokratischen Grundbetrag oberhalb des Existenzminimums für jedes Kind. Um sozial und bedarfsgerecht zu wirken, unterliegt der Grundsicherungsbetrag der Einkommensbesteuerung der Eltern. Gleichzeitig steht jedem Kind perspektivisch durch das von uns eingeführ-

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

15 te Gesamtkonzept Kindergrundsicherung die strukturelle öffentliche Grundversorgung kostenfrei zur Verfügung mit einem Angebot für sportliche, musische und kulturelle Teilhabe, einem ganztägigen Bildungsangebot und Mobilität. Der Bund stellt die Finanzierung sicher.“

**Antragsbereich VI.A/ Antrag 26**

*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Zeile 1068 Streichen: Wir werden die unterschiedlichen ... einsetzen zu können. ersetzen durch einfügen nach Z. 1222:

5 Zur effektiveren Armutsbekämpfung in wirtschaftlich benachteiligten Quartieren werden wir die zahlreichen staatlichen Leistungen unterschiedlicher Behörden (Agentur für Arbeit, Jobcenter, Sozialamt, Wohnungsamt etc.) bündeln. So kann Förderung konzentriert, ohne Reibungsverluste zwischen den Behörden, direkt  
10 wirken.

15 Einfügen nach 1068: Unser Ziel ist eine Kindergrundsicherung, die alle staatlichen Leistungen (u.a. Kindergeld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag) sowie die SGB II-Leistungen für Kinder zu einer einheitlichen finanziellen Leistung zusammenführt, deren Höhe eine soziokulturelle Teilhabe sichert und für die alle Kinder anspruchsberechtigt sind. Die Kindergrundsicherung darf  
20 nicht die Leistungen für Familien in besonderen Lebenslagen wie Alleinerziehende oder Familien im SGB II-Bezug schmälern, sondern muss im Gegenteil zu einer finanziellen Besserstellung beitragen.

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich VI.A/ Antrag 27**

*Ortsverein Hürth (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

5 Zeile 1064 sollte wie folgt ergänzt werden: „Denn Alleinerziehende haben das größte Armutsrisiko, deshalb werden wir Alleinerziehenden im Familiensplittung besondere Erleichterungen gewähren.“

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

In Zeile 1072 soll nach dem Wort „nach“ wie folgt ergänzt werden: „Deshalb wollen wir eine Vermögenssteuer umsetzen.“

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 28*  
*Ortsverein Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

vor der Zeile 1053 vor dem Satz „Wir werden auch Familien im Steuerrecht wirksam entlasten.“ folgender Text einzufügen: „Hierzu bedarf es einer Anhebung der Grundfreibeträge bei der Einkommenssteuer auf mindestens 18.000 € pro Jahr.“

5

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 29*  
*Ortsverein Warnow-Südwest (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Zeilen 1065 und 1068 streichen

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 30*  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

S. 27, Zeile 1068 Ergänzen am Ende: „Wir werden die Anrechnung des Kindergeldes auf SGB II Leistungen abschaffen.“

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 31*  
*Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Ersetze in Zeile 1059 „Ein neues Familiensplitting“ durch: „Ein neuer Familientarif“

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

5 Füge ein in Zeile 1059 nach „Wir werden künftig Kinder stärker unterstützen.“: „Daher soll das Ehegattensplitting von der Individualbesteuerung in Kombination mit der Berücksichtigung von Kinderbetreuung, Bildungsbegleitung bzw. Pflege von Angehörigen zukünftig abgelöst werden.“

10

Ersetze Zeilen 1066 bis 1068 nach „organisatorischen Herausforderungen“ durch: „Um sie besser zu unterstützen werden wir Kindergeld und Kinderzuschlag zu einer Kindergrundsicherung zusammenführen. Des Weiteren entfällt die Zuzahlung zu Medikamenten für Kinder ab dem 12 Lebensjahr.“

15

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 32*  
*Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

5 „Familien sowie kleine und mittlere Einkommen entlasten“ wird hinter „Denn Alleinerziehende haben in Deutschland das höchste Armutsrisiko“ eingefügt: „Das Faktorverfahren soll die Steuerklassenkombination III/V ersetzen. Dabei werden beide Einkommen mit einem gleich hohen Durchschnittssteuersatz besteuert. So wird die Steuerlast auch bei unterschiedlichen Einkommen gerecht zwischen den Ehegattenverteilt.“

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 33*  
*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1.**

5 Ergänze in Zeile 1068 nach „zusammenführen“: „Das Kindergeld soll künftig nicht mehr auf Leistungen der Grundsicherung angerechnet werden. Zusätzliche Leistungen für Familien mit Kindern wie Unterstützung zur Nachhilfe, Zuschüsse zu Klassenfahrten, Museumsbesuche, Sport- oder Musikvereinen etc. sollen geschaffen werden und deren Inanspruchnahme unbürokratisch ermöglicht werden.“

**Änderungsantrag Kapitel VI.1.**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 34*  
*Ortsverein Mainz-Altstadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

5 Zeile 1058 „Das ist ungerecht und das werden wir ändern!“  
  
 Zeile 1066f „Um sie besser zu unterstützen, werden wir ein nach Einkommen gestaffeltes Kindergeld einführen...“

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 35*  
*Ortsverein Frankfurt Oder-Süd (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

5 Absatz 4, Z 1068: Ergänze nach „zusammenführen“: „Zusätzliche Leistungen für Familien mit Kindern wie Unterstützung zur Nachhilfe, Zuschüsse zu Klassenfahrten, Museumsbesuche, Sport- oder Musikvereinen etc. sollen geschaffen werden und deren Inanspruchnahme

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

unbürokratisch gewährt werden.“

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 36*  
*06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1.**

Zeile 1051 - 1052: Füge an: "sodass die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlastet wird."

**Änderungsantrag Kapitel VI.1.**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 37*  
*Ortsverein Hannover Oststadt-Zoo (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Die Zeilen 1065-1068 streichen und ändern zu: „Kinderarmut ist ein zunehmendes gesellschaftliches Problem, das den sozialen Aufstieg der Betroffenen erschwert und schwere gesundheitlichen Folgen nach sich ziehen kann.

5 Derzeit leben in Deutschland mehr als 600.000 Kinder in absoluter Armut und insgesamt leben ungefähr 2,7 Millionen Kinder in relativer Armut. Um in Deutschland die relative und absolute Kinderarmut effektiv bekämpfen zu können, werden wir uns für den Aufbau einer umfassenden und vom Einkommen der Eltern abhängigen Kindergrundsicherung einsetzen. Der Höchstsatz für ein Kind wird dem Existenzminimum von monatlich 573 Euro entsprechen, während der Mindestsatz den heutigen Kindergeldsätzen entsprechen würde. Die bedarfsabhängige Kindergrundsicherung wird den bürokratischen Aufwand für verschiedene Formen der finanziellen Unterstützung - Kindergeld, Kinderzuschlag und Steuerfreibeträge - überflüssig machen und nur eine Bemessungsgrundlage schaffen. So werden wir die

10

15

20 Chancengleichheit für alle Kinder deutlich verbessern.“

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 38*  
*Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1.**

Zeile 1052 Streiche: „Das ist unser Ziel.“

Setze: „Dafür schaffen wir die kalte Progression im Einkommenssteuertarif sowie den Solidaritätszuschlag ab.

5 Außerdem werden wir den Steuerfreibetrag auf 25 TE anheben.“

**Änderungsantrag Kapitel VI.1.**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 39*  
*Ortsverein Feucht (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Für die Zeilen 1034 bis 1125 beantragen wir:

5 Familien sowie kleine und mittlere Einkommen entlasten: Wir werden künftig Kinder stärker unterstützen und ein neues Familiensplitting schaffen. wollen wir ein nach Einkommen gestaffeltes Kindergeld einführen und das Kindergeld mit dem Kinderzuschlag zusammenführen.

**Änderungsantrag Kapitel VI.1**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 40*  
*Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.1.**

Ziffer 1058 nach (höheren Einkommen.) Satz streichen: „Das ist ungerecht.“

5 Ziffer 1072 nach (Einkommen leisten.) Folgesatz ändern in: „Wir lehnen Steuersenkungen, in denen Spitzenverdienerinnen und -verdiener wie auch Menschen mit großen Vermögen zusätzlich entlastet werden, ab.

**Änderungsantrag Kapitel VI.1.**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 41*  
*Ortsverein Stuttgart-Vaihingen/Rohr (Landesverband Baden-Württemberg)*  
*Landesverband Baden-Württemberg*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Füge ein in Zeile 1074:

5 Wir wollen durch eine höhere Besteuerung großer Vermögen eine gerechtere Lastenverteilung innerhalb der Gesellschaft erreichen. Das gelingt uns durch die Anhebung der Erbschafts- und Schenkungssteuer oder der Wiedererhebung der Vermögensteuer.

10 Die Erbschaftssteuer muss auch der Herstellung sozialer Chancengleichheit dienen. Mit der Erbschaftsteuer muss der Staat zielgerichtet auf gleiche Lebenschancen hinwirken und der Konzentration des Vermögens entgegenwirken. Anstelle der 10-Jahres-Regelung der Schenkungssteuer und der bisherigen Eingangsstaffelung wollen wir einen lebenslangen persönlichen Freibetrag von 1 Million Euro und ein Steuersatz von 40 - 60 Prozent je nach Steuerklasse einführen.

15 Wir wollen eine Vermögensteuer, die eine Substanzbesteuerung ausschließt und damit der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Einzelunternehmen Rechnung trägt. Dazu

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

20 soll das zwingend erforderliche unternehmerische Vermögen von der Besteuerung ausgenommen werden.  
 In Analogie zur Erbschaftssteuer soll auch die Vermögenssteuer hohe Freibeträge (z.B. 1 Million Euro für natürliche Personen und 2 Millionen Euro für Körperschaften) umfassen. Dabei stellen wir sicher, dass das normale Einfamilienhaus nicht von der Vermögenssteuer betroffen sein wird.

25 Wir wollen auch eine Vermögenszuwachsbesteuerung bei Immobilien prüfen. Gewinn aus der Veräußerung privater Immobilien könnten dabei ohne Rücksicht auf Haltefristen mit dem persönlichen Einkommensteuersatz versteuert werden. Bis zur Integration der Abgeltungssteuer in den Einkommensteuertarif könnten die Veräußerungsgewinne aus privaten Immobilien mit einer Steuer von 25 Prozent belegt werden. Selbstgenutztes Wohneigentum wollen wir dabei ausnehmen.

30 Besondere steuerliche Privilegien für einzelne Interessengruppen, etwa Hoteliers und reiche Erb\*innen, die CDU/CSU und FDP neu geschaffen haben, werden wir zurück nehmen.

35

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 42*  
*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Z. 1073 Füge an den Absatz an: Die Ungleichverteilung der Vermögen in Deutschland hat Ausmaße angenommen, die eine soziale Demokratie auf Dauer nicht aushalten kann. Wir werden deshalb eine verfassungsgemäße Vermögenssteuer einführen, die das Vermögen der Reichsten 1% der Bevölkerung trifft.

5

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 43*  
*Ortsverein Stewede-Dielingen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*  
*06/05 Lankwitz / 060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Ergänze in Zeile 1076 nach „betroffen ist“: „Wir werden die Vermögenssteuer wieder einführen und den Spitzensteuersatz erhöhen.“

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission



*Antragsbereich VI.A/ Antrag 44*  
*Ortsverein St Ingbert-Mitte (Landesverband Saar)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2.**

Nach Zeile 1073 ("Wir lehnen [...] ab") wird folgender Satz eingefügt: "Der Spitzensteuersatz wird erhöht."

**Änderungsantrag Kapitel VI.2.**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 45*  
*Ortsverein St Ingbert-Mitte (Landesverband Saar)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2.**

Nach Zeile 1073 ("Wir lehnen [...] ab") wird folgender Satz eingefügt: "Vermögenssteuer wird eingeführt."

**Änderungsantrag Kapitel VI.2.**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 46*  
*Ortsverein Stuttgart-Ost (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Füge auf S27 in Z. 1072 nach „... Einkommen leisten.“ ein: „Deshalb setzen wir uns für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ein.“

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 48*  
*Ortsverein Übach-Palenberg (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

In Zeile 1075 bis 1077 ersetzen durch: "Die Erbschaftssteuer führt zu Wettbewerbsverzerrung und somit zu Arbeitsplatzverlusten, wenn Betriebsvermögen betroffen ist. Die Vermögenssteuer wirkt hingegen innerhalb einer Branche gleichmäßig. Die Steuer führt zudem zu stetigen und damit planbaren Geldflüssen für die öffentliche Hand.

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

5  
10  
15  
20

Deshalb setzen wir uns für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer im Bund ein. Die Vermögenssteuer soll durch hohe Freibeträge so gestaltet sein, so dass das normale Wohnhaus nicht betroffen ist. Weitere Ausnahmeregelungen lehnen wir ab. Jährlich soll eine Neubewertung der Vermögen stattfinden. Sie trägt nicht nur dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts Rechnung, sondern sorgt auch für Klarheit über die Reichtums Verteilung in diesem Lande. Die Daten aus der jährlichen Neubewertung der Vermögen sollen Eingang in den Armuts- und Reichtums Bericht der Bundesregierung finden. Der Bericht soll dadurch, seinem Namen

entsprechend, endlich Klarheit über die Verteilung des Wohlstandes in unserem Land schaffen."

**Antragsbereich VI.A/ Antrag 49**

*Ortsverein Herrenberg (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Der vollständige Satz ab Zeile 1074 lautet neu: „Einkommen aus Arbeit und Kapital werden wir gleich behandeln, indem wir die Abgeltungssteuer abschaffen und auf alle Einkommensarten Sozialabgaben zu erheben.“.

5

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich VI.A/ Antrag 51**

*Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Z. 1069, Ergänzung nach „...tragen“: besondere

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich VI.A/ Antrag 52**

*Stadtverband Marl (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

nach Zeile 1073 Ergänzung: Der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer wird ab einem Einkommen von 1 Mio. Euro im Jahr auf 53 % angehoben. Zudem werden Regelungen eingeführt, die Unternehmen verpflichten, dort Steuern zu zahlen, wo die Gewinne tatsächlich erwirtschaftet wurden. Darüber hinaus wird eine verfassungskonforme Vermögenssteuer eingeführt.

5

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich VI.A/ Antrag 53**

*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Z. 1073 einfügen: „Größen Vermögen werden wir zusätzlich besteuern.“

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

5

Z.1075 Ergänze zwischen „abschaffen.“ und „Große“ folgenden Satz: Um Mittelständische mit kleinerem Vermögen auf dem Finanzmarkt zu einem gewissen Grad zu entlasten, wird der Sparer-Pauschbetrag auf ein angemessenes Niveau gehoben.

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 54*  
*Ortsverein Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Z.1070 Nach dem genannten Satz soll der Satz ergänzt werden: Eine Vermögenssteuer leistet einen großen Beitrag zu diesem Ziel. Sie soll so ausgestaltet sein, dass sie ab einem Vermögen von 5 Mio. Euro greift, von Staatsbürgern und Einwohnern gleichermaßen zu leisten ist und so wenig Bürokratie wie möglich nach sich zieht.

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 55*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Die Zeile 1075 ab „Große Erbschaften... - bis Zeile 1077...betroffen ist“ werden ersetzt durch: „Wir wollen Vermögen stärker besteuern und so zur Finanzierung von öffentlichen Aufgaben heranziehen. In einem ersten Schritt wollen wir große Erbschaften stärker besteuern. Dafür wollen wir eine umfassende Erbschaftssteuerreform mit hohen Freibeträgen, damit nicht das normale Haus der Eltern oder Großeltern betroffen ist. Dabei werden wir Betriebsübergänge nicht mit Steuernachlässen, sondern mit anderen zeitlichen Möglichkeiten der Zahlung erleichtern.“

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 56*  
*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zeile 1.070 ergänzen: Besonders vermögende Bürger sollen höher belastet werden: Hinzufügen: Dabei soll eine Benachteiligung von Einzelfirmen und Personengesellschaft gegenüber Kapitalgesellschaften vermieden werden. Zur Vermeidung einer Höherbelastung müssten in diesem Falle die Gewinne aus Gewerbebetrieb unter einen Tarifvorbehalt gestellt werden.

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

Füge ein in Zeile 1072: Deshalb werden wir die Vermögenssteuer für besonders große Vermögen in Form einer direkten Substanzbesteuerung oder einer zusätzlichen Ertragsbesteuerung wieder einführen und die Reichenssteuer deutlich anheben, da sie mit derzeit 3% ab 250.000 Euro kaum Wirkung entfaltet.“

Wir werden einen gerechteren Einkommenssteuertarif

20 beschließen, der niedrigere und mittlere Einkommen begünstigt und über die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 % ab 70.000 Euro/Single zu versteuernden Einkommen und die weitere Erhebung eines Reichenzuschlages ab 125.000 Euro/Single eine Gegenfinanzierung schaffen

25 Zeile 1.074-1.075: hinter Abschaffen neuer Satz: Zum Schutz von kleineren Sparern und Anlegern muss der jährliche Freibetrag erheblich je Familie erhöht werden. Hierdurch wird eine Höherbelastung von Sparbüchern, Lebensversicherungen, Direktversicherung, betr. Altersvorsorge, Bausparverträge vermieden

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 58  
Ortsverein Dortmund-Kaiserhain (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

5 In Zeile 1075 bis 1077 "Große Erbschaften werden wir stärker besteuern. Dafür wollen wir ...." Soll ergänzt werden durch: "Wir setzen uns für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer im Bund ein. Die Vermögenssteuer soll durch hohe Freibeträge so gestaltet sein, dass das normale Wohnhaus nicht betroffen ist. Weitere Ausnahmeregelungen lehnen wir ab. Jährlich soll eine Neubewertung der Vermögen stattfinden. Die Daten aus der jährlichen Neubewertung der Vermögen sollen  
10 Eingang in den Armuts- und Reichtums Bericht der Bundesregierung finden.

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 60  
Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

5 Füge ein in Zeile 1072 nach „...Einkommen leisten.“: „Dazu werden wir den Steuertarif der Einkommenssteuer verändern. Wir erhöhen:  
- den Grundfreibetrag  
- den Endbetrag der Progressionszone 1 und 2  
- den Spitzensteuersatz  
und die Reichensteuer.“  
10 Füge ein in Zeile 1075 nach „Abgeltungssteuer abschaffen“: „Auch die Einkommenssteuer werden wir so gestalten, dass Vermögende stärker beitragen. Hierzu werden wir den Spitzensteuersatz wieder anheben und eine Vermögenssteuer für MillionärInnen und MilliardärInnen einführen.“

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 61*  
*Ortsverein Meißen (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

5 Änderungsantrag: Seite 28: ergänzen unter Zeile 1088:  
 Deutschland ist eine Steueroase für Vermögende. Die  
 Vermögenssteuer wurde in Deutschland bis zum Jahr  
 1997 erhoben. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerich-  
 tes hat nicht die Vermögenssteuer sondern die Art ihrer  
 Erhebung für verfassungswidrig erklärt. Es ist an der  
 Zeit, die Vermögenssteuer wieder einzuführen. Dank der  
 hohen Konzentration von Privatvermögen (10% der  
 Bevölkerung gehören 90% des GESamtvermögens) führt  
 10 auch die Besteuerung einer sehr kleinen Gruppe von  
 Vermögenden zu hohen Einnahmen.

15 Alternativ können auch durch eine moderate Kombina-  
 tion von höheren Spitzensteuersätzen, höherer Besteue-  
 rung der Kapitaleinkünfte sowie den Abbau von Steuer-  
 begünstigungen durchaus Mehreinnahmen in einer  
 Größenordnung von 10 Millionen Euro pro Jahr erzielt  
 werden.

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antrags-  
 kommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 62*  
*Ortsverein Stadt Barsinghausen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

in Zeile 1072 eingefügt: Deshalb tritt die SPD auch für  
 die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ein.

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antrags-  
 kommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 63*  
*02/02 Kreuzberg 61 (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2.**

5 Ab Zeile 1065 bis 1068: Streiche Zeile 1065 ab „Beson-  
 ders Familien (...)“ bis Zeile 1068 „(...) Kinderzuschlag  
 zusammenführen.“ und ersetze durch: „und setzen uns  
 zugleich für ein sozial gerechteres System von Familien-  
 leistungen ein. Deshalb werden wir im ersten Schritt  
 Kinderzuschlag und Kindergeld zu einem nach Einkom-  
 men gestaffelten Kindergeld zusammenführen. Mittel-  
 10 fristig optimieren wir die Leistungen aus dem Steuer-,  
 Sozial- und Unterhaltsrecht zu einer allgemeinen und  
 bedarfsdeckenden Kindergrundsicherung.“

Ab Zeile 1074 Wir beantragen, dass unter der Über-  
 schrift "Vermögende tragen Verantwortung" in Zeile

**Änderungsantrag Kapitel VI.2.**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antrags-  
 kommission

15 1074 vor den Wörtern "Einkommen aus Arbeit" die folgenden Sätze eingefügt werden: "Wir werden den Spitzensteuersatz für sehr hohe Einkommen erhöhen. Der Spitzensteuersatz wird dabei erst ab einem deutlich höheren Einkommen greifen, so dass es bei der Einkommensteuer wieder gerechter zugeht."

20 Ab Zeile 1075 Wir beantragen, dass in Zeile 1075 nach „Große Erbschaften werden wir stärker besteuern“ die folgenden Sätze eingefügt werden: „Begünstigungen für Betriebsvermögen darf es nur noch im Ausnahmefall einer nachgewiesenen Bedürftigkeit geben. Eine Vollverschonung ist auszuschließen. Um die berechtigten Interessen von Unternehmenserben zu berücksichtigen, sollten großzügige Stundungsregelungen eingeführt werden. So werden keine Existenzen und Betriebe gefährdet. Das Aufkommen kann so langfristig mehr als verdoppelt werden.“

35 Ab Zeile 1077 Wir beantragen, dass in Zeile 1077 vor "Wir wollen eine Umsatzsteuer für Finanzprodukte" die folgenden Sätze eingefügt werden: "Wir wollen die Vermögensteuer verfassungsfest wieder erheben, wobei sie für Privatpersonen progressiv ausgestaltet werden soll. Dadurch ermöglichen wir den Ländern zum Beispiel die notwendige Erhöhung der Bildungsinvestitionen. 40 Dabei stellen wir durch hohe Freibeträge sicher, dass nur besonders vermögende Bürgerinnen und Bürger von der Steuer betroffen sind. Wir wollen eine Vermögensteuer, die der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes Rechnung trägt und die Investitionsspielräume der Unternehmen nicht gefährdet. Bei Kapitalgesellschaften ist das Betriebsvermögen daher nach dem bewährten Halbvermögensprinzip einzubeziehen, um 45 Doppelbesteuerungen zu vermeiden."

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 64  
Ortsverein Gera-Ost (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

5 Nach Zeile 1073 soll eingefügt werden: „Neben der Reform des Einkommenssteuerrechts – mit einem höheren Spitzensteuersatz von 50% für ein zu versteuerndes Einkommen in Höhe von mehr als 200.000 Euro jährlich – wollen wir auch wieder eine Vermögensteuer einführen. Wir setzen uns für eine umfassende Steuervereinfachung ein.“

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 65*

*Ortsverein Mainz-Altstadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zeile 1077ff „Wir werden eine Umsatzsteuer für Finanzprodukte, die sogenannte Finanztransaktionssteuer, mit einer breiten Bemessungsgrundlage und mit einfachen Steuersätzen einführen und darauf hinwirken, dass eine solche Finanztransaktionssteuer EU-weit eingeführt wird, um Steuervermeidung zu verhindern.“

5

Zeile 1081f „... nicht gelten soll. Auch historisch gewachsene, nicht sozial- oder kulturpolitisch begründete Unterschiede in der Mehrwertbesteuerung von Gütern (z.B. Fruchtsäfte als Lebensmittel mit 19%, aber Trüffel als Luxusgut mit 7%) werden wir abschaffen.“

10

Zeile 1083 „... Interessengruppen, etwa Hoteliers, Fluggesellschaften und Mega-Erbschaften, werden wir zurücknehmen...“

15

Zeile 1088 „... der Steuerzahler gehen. Die Gehälter von Führungskräften in öffentlich-rechtlichen Unternehmen und Institutionen erfüllen in diesem Zusammenhang eine besondere gesellschaftliche Vorbildfunktion.“

20

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 67*

*Kreisverband Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2.**

Zeile 1075 Ergänzung: „Große Erbschaften und höchste Einkommen werden wir stärker besteuern.“

**Änderungsantrag Kapitel VI.2.**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 68*

*Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zeile 1078 Hinter den Satz ‚Wir wollen eine Umsatzsteuer für Finanzprodukte (...) mit einfachen Steuersätzen.‘ wird folgender Satz eingefügt: „Wir werden die Finanztransaktionssteuer zunächst auf nationaler Ebene einführen mit dem Ziel, die bereits existierenden Systeme in unseren europäischen Nachbarstaaten, wie Frankreich, Italien oder Belgien, mittelfristig zu einem europäischen System zu vereinheitlichen und zusammen zu führen.“

5

10

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

Zeile 1087 Der Satz ‚Wir werden die steuerliche Absatzbarkeit von Managergehältern auf 500.000 € begrenzen.‘ wird gestrichen und durch folgenden Satz ersetzt:  
 15 „Der absolute Unterschied zwischen dem mittleren Einkommen innerhalb eines Unternehmens und dem höchsten zu erreichenden Verdienst in demselben darf den Faktor 30 nicht überschreiten.“

Zeile 1088 An den Absatz wird folgender Satz angefügt:  
 20 „Daher werden wir uns dafür einsetzen, eine Steuer auf große Vermögen wieder einzusetzen.“

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 69*  
*06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2.**

Zeile 1072: Füge nach "entlastet werden, ab." an:  
 "Wir werden den Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer auf 49% geltend ab 70.000 € für Alleinstehende plus Reichensteuer von zusätzlichen 3% ab 125.000€  
 5 anheben. Geringe Einkommen werden wir entlasten und den Freibetrag auf 11.000 Euro anheben: Der Eingangsteuersatz fängt damit viel später an und beträgt 22%. Dadurch werden alle Einkommen unter 80.000 Euro bei Alleinstehenden ohne Kinder entlastet, für  
 10 Ehepaare mit zwei Kindern entlasten noch bis zu einem Einkommen von 150.000 Euro."

Zeile 1073: Füge an den Absatz an: "Die Ungleichverteilung der Vermögen in Deutschland hat Ausmaße angenommen, die eine soziale Demokratie auf Dauer nicht aushalten kann. Wir werden deshalb eine verfassungsgemäße Vermögenssteuer einführen, die mehr als 5  
 15 Millionen Euro besitzen."

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 70*  
*Ortsverein Hannover Oststadt-Zoo (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Es möge eingefügt werden zwischen Zeile 1088 und 1089: „Aus Gerechtigkeitsgründen und zur Stabilisierung der Staatsfinanzen wird die Vermögenssteuer nach dem Vermögenssteuergesetz (VStG) wiederbelebt. Vermögen oberhalb eines Freibetrages von 1 Million € wird wieder mit 1 % pro Jahr besteuert werden. Grundlage der Berechnung der Steuer sind die Grundsätze, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom  
 5

**Änderungsantrag Kapitel VI.2.**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission



22.06.1995 (2 BvL 37/91) aufgestellt hat.“

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 71*

*Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2.**

nach Zeile 1073 Ergänzung: "Wir werden den Spitzensteuersatz im Einkommenssteuertarif von 42% auf 47% anheben."

**Änderungsantrag Kapitel VI.2.**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 72*

*Ortsverein Feucht (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Für die Zeilen 1034 bis 1125 beantragen wir:

Vermögende tragen Verantwortung.

5 Wir lehnen pauschale Steuersenkungen, in denen Spitzenverdienerinnen und -verdiener wie auch Menschen mit großen Vermögen zusätzlich entlastet werden, ab. Einkommen aus Arbeit und Kapital werden wir wieder gleich besteuern, indem wir die Abgeltungsteuer abschaffen. Große Erbschaften werden wir stärker besteuern.

10 Wir wollen eine Umsatzsteuer für Finanzprodukte, die so genannte Finanztransaktionssteuer, mit einer breiten Bemessungsgrundlage und mit einfachen Steuersätzen. Besondere steuerliche Privilegien für einzelne Interessengruppen, etwa Hoteliers und Mega-Erbschaften, werden wir zurücknehmen und steuerliche Subventionen überprüfen.

15 Die Vorstandsvergütungen in den Unternehmen sollten sich in einer sozialen Marktwirtschaft 1084 in einem angemessenen Verhältnis zu den durchschnittlichen Löhnen der Beschäftigten 1085 befinden.

20 Wir werden die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern auf 500.000 Euro begrenzen

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 73*

*Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)*

*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

5 Füge ein nach Z. 1072 „Einkommen leisten.“: „Deshalb führen wir wieder eine Steuer auf hohe Vermögen in Deutschland ein. Die aktuellen Werte von Grund und Immobilien sind dabei gemäß den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu berücksichtigen.“

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 74*

*Ortsverein Leipzig- Nord / Ortsverein Leipzig- Südwest / Ortsverein Leipzig- Südost / (Landesverband Sachsen)  
Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

In Zeile 1079 nach "... Steuersätzen" wird wie folgt ergänzt: "Diese Steuer wollen wir im Rahmen der 'verstärkten Zusammenarbeit' mit anderen EU-Staaten einführen. Sollten die Verhandlungen dazu jedoch nicht bis Ende 2018 erfolgreich abgeschlossen werden, werden wir zunächst auf nationaler Ebene eine Finanztransaktionssteuer nach französischem Vorbild einführen."

**Änderungsantrag Kapitel VI.2**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 75*

*Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.2.**

Ziffer 1074 soll der Einstiegssatz folgendermaßen abgeändert werden: „Einkommen aus Arbeit und Kapital werden wir wieder gleich besteuern, indem wir die Abgeltungssteuer bis spätestens zum 1.1.2019 abschaffen.“

**Änderungsantrag Kapitel VI.2.**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

Ziffer 1075 nach (stärker besteuern.) soll der Folgesatz folgendermaßen geändert werden: "Dafür wollen wir eine umfassende Erbschaftssteuerreform mit hohen Freibeträgen, damit nicht das normale Haus der Eltern betroffen ist."

Ziffer 1081 nach (gelten soll.) soll der Folgesatz wie folgt abgeändert werden: „Besonders steuerliche Privilegien für einzelne Interessengruppen werden wir zurücknehmen und steuerliche Subventionen überprüfen. Das Umsatzsteuerprivileg für das Hotelgewerbe sollte zum 1.1.2019 abgeschafft werden, d.h. für jede Hotelübernachtung wird wieder der volle Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent fällig.“

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 76*

*Ortsverein Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.3**

Z.1104 Absatz 3 soll wie folgt ergänzt werden: Wir werden uns dafür einsetzen, dass Mitglieder der EU, die Steuerhinterziehung begünstigen oder dazu ermuntern, keine europäischen Finanzmittel mehr bekommen.

**Änderungsantrag Kapitel VI.3**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

Z.1115 Dieser Satz soll ergänzt werden, um: „ und werden ggf. eine Vorreiterrolle in Europa und global übernehmen.

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 79*  
*Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)*

	<b>Änderungsantrag Kapitel VI.3</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel VI.3</b>
	Füge ein in Zeile 1098 nach „personell vernünftig aufstellen“: „und harmonisieren.“	Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission
5	Füge ein nach Zeile 1102: „Steuerhinterziehung ist ein Verbrechen an der Gesellschaft. Deswegen soll das Strafmaß erhöht werden sowie die Selbstanzeige bei existierendem Anfangsverdacht bei Steuerhinterziehung nicht mehr zu Straffreiheit führen.“	
10	Ergänze in Zeile 1103 zwischen „innerhalb“ und „Europas“: „Deutschlands und“	
15	Füge in Zeile 1117 nach „und sich ihrer Steuerverantwortung entziehen“: „Aus diesem Grund muss auch gelten: Wenn ein Unternehmen in einem Land vertreten ist, dann kommt es dort auch seiner Steuerverpflichtung nach.“	

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 80*  
*Ortsverein Mainz-Altstadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

	<b>Änderungsantrag Kapitel VI.3</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel VI.3</b>
	Zeile 1097f „Wir wollen darauf hinwirken, dass alle Bundesländer ihre Steuerverwaltungen, Steuerfahndungen und Betriebsprüfungen personell deutlich aufstocken und angemessen ausstatten, um ihren gesetzlichen Auftrag effektiv wahrnehmen zu können.“	Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission
5		

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 81*  
*Ortsverein Feucht (Landesverband Bayern)*

	<b>Änderungsantrag Kapitel VI.3</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel VI.3</b>
	Für die Zeilen 1034 bis 1125 beantragen wir:	Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission
5	Steuerbetrug bekämpfen In Deutschland wollen wir einen gerechten Steuervollzug – von der Steuererhebung bis zur 1096 Steuerprüfung. Wir wollen, dass alle Bundesländer ihre Steuerfahndungen und Betriebsprüfungen personell vernünftig aufstellen.	
10	Wir akzeptieren keine Steuervermeidungspraxis innerhalb Europas. Deshalb wollen wir eine europäische Angleichung der Unternehmensbesteuerung. Mit der Einführung einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage und von Mindeststeuersätzen werden wir fairen Wettbewerb sichern. Steuergerechtigkeit muss national, europäisch und	

- 15 international durchgesetzt werden. Neben der Unterstützung beim Aufbau effizienter nationaler Steuersysteme kommt es darauf an, die Kapitalabflüsse durch Steuerhinterziehung und -vermeidung zu stoppen. Wir wollen ein Verbot anonymer Finanzgeschäfte in Offshore-Gebieten und harte Sanktionen für Banken, die sich nicht an die Regeln halten – bis hin zum Entzug der Banklizenz.
- 20

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 82  
Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.3.**

Ziffer 1125 nach (Bankenlizenz.) soll ergänzt werden: „Den Steueroasen in Europa oder sogar im Euroraum (Monaco, Andorra, Liechtenstein, Luxemburg usw.) muss mit allen politischen, finanziellen und gesetzgeberischen Mitteln das unmoralische Geschäftsmodell entzogen werden.“

5

**Änderungsantrag Kapitel VI.3.**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 84  
Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VI.**

Ab Zeile 1033: Wir erwarten eine Präzisierung und Konkretisierung der Aussagen der SPD zum Kapitel Steuern und Abgaben, insbesondere zur Entlastung von Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen, sowie Aussagen zur Finanzierung dieser Entlastungen.

5

**Änderungsantrag Kapitel VI.**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich VI.A/ Antrag 85  
Unterbezirk Lüneburg (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel VI. Sonstige**

Das von Stephan Weil veröffentlichte Steueränderungsprogramm soll auf Bundesebene übernommen werden. Abschaffung der Abgeltungssteuer.

**Änderungsantrag Kapitel VI. Sonstige**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

## Änderungsanträge: VII. Kapitel Es ist Zeit für ein gutes Leben in der Stadt und auf dem Land (VII.A)

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 1*  
*Stadtverband Marl (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

### Änderungsantrag Kapitel VII.0

Zeile 1130: Die Unterschiede zwischen Stadt und Land, schrumpfenden und prosperierenden Regionen werden im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse von uns ernstgenommen und zielgerichtet gefördert.

5

Zeile 1133: Deutschland ist ein Mieterland. Wir sind Partei der Mieter und stehen für Mieterschutz konsequent ein. Die soziale Funktion des Mietrechts muss erhalten und gestärkt werden. Den Satz zur Eigentumsförderung streichen!

10

Zeile 1141 am Ende ergänzen: Wir wollen den kommunalen Investitionsrückstau auflösen. Wir werden den Kommunalinvestitionsförderungsfonds konsequent zeitlich und finanziell fortführen. Wir werden zwischen Bund, Ländern und Kommunen einen langfristigen Erneuerungspakt abschließen. Dieser gibt den Städten und Gemeinden genügend Zeit für den Planungsvorlauf und die Beteiligung der Menschen vor Ort. Nur so kann gute Baukultur umgesetzt werden.

20

### Änderungsantrag Kapitel VII.0

1. Absatz: Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

2. Absatz: Ablehnung

3. Absatz: Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 2*  
*Stadtverband Marl (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

### Änderungsantrag Kapitel VII.0

In Zeile 1138 einfügen: Neue Aufgaben, die gesetzlich durch Bund und Länder geregelt wurden, tragen zu erheblichen Mehraufwendungen für die Kommunen bei, sodass Landschafts- und Kreisumlagen steigen und dadurch weitere Kosten verursachen. Trotz guter Konjunktur sind in den vergangenen 10 Jahren die Sozialausgaben der Kommunen um mehr als 50% gestiegen. Das überfordert die Städte. Darum muss der Bund die Kosten der Unterkunft sowie Kosten, die durch neue Aufgaben der Bundesgesetzgebung, wie z.B. durch die Pflegestärkungsgesetze I-III und das Bundesteilhabegesetz entstehen, vollständig übernehmen.

5

10

In Zeile 1141 einfügen: Es bedarf einer langfristigen Strategie zur Entschuldung von Kommunen mit sehr hohen Kassenkreditbeständen. Wenn sich die Kreditkos-

15

### Änderungsantrag Kapitel VII.0

Ablehnung

20 ten im Langzeitvergleich wieder einem mittleren Niveau annähern sollten, drohen Mehrausgaben in Milliardenhöhe. Entschuldungs- und Konsolidierungshilfen der Länder müssen mit einem gesamtstaatlichen Entschuldungsprogramm verknüpft und ein gemeinsam getragener Altschuldenfonds eingerichtet werden.

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 3  
02/13 Samariter-/Boxhagener Kiez (Landesverband Berlin)*

5 **Änderungsantrag Kapitel VII.0**  
Einfügen nach Zeile 1137: Die Liegenschaftspolitik des Bundes wird künftig nach den Maßstäben einer sozialen und integrierten Stadtentwicklungspolitik neu ausgerichtet. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und die weiteren Sondervermögen mit Liegenschaftsmanagement des Bundes werden neu ausgerichtet. Den Kommunen wird künftig ein Vorkaufsrecht zum Ertragswert eingeräumt. Bei Wohnungen und Grundstücken für den Sozialen Wohnungsbau soll eine deutliche Preisreduzierung erfolgen.

**Änderungsantrag Kapitel VII.0**  
Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 4  
Ortsverein Frankfurt Oder-Nord (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.0.**  
Zeile 1137 Nach "keine Region abgehängt wird." füge ein: „Dafür müssen die Regionalisierungsmittel erhöht werden“

**Änderungsantrag Kapitel VII.0.**  
Ablehnung

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 5  
Ortsverein Meßstetten (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.0**  
Zeile 1136 einfügen nach „...stärker fördern.“ Der Erwerb von Eigentum für Selbstnutzer soll durch direkte Zuschüsse (auch als Ersatz für fehlendes Eigenkapital) anstelle von Steuerabschreibungen für Wohlhabende gefördert werden.

**Änderungsantrag Kapitel VII.0**  
Ablehnung

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 6  
Ortsverein Frankfurt Oder-Nord/Ortsverein Hohen Neuendorf/Ortsverein Bernau (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.0**  
Absatz 2, Zeile 1137: Nach "keine Region abgehängt wird." füge ein "Dafür ist die bisherige Höhe der Regionalisierungsmittel nicht ausreichend."

**Änderungsantrag Kapitel VII.0**  
Ablehnung

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 7*  
*Unterbezirk Neustadt/Bad Dürkheim (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.0.**

Z. 1138 f.: Insgesamt brauchen wir ... lokale Handlungsspielräume erweitert. Ergänzen um: Wir brauchen eine wirksame Altschuldenentlastung hoch verschuldeter Kommunen unter Beteiligung des Bundes und eine Verbesserung strukturschwacher kommunaler Haushalte.

**Änderungsantrag Kapitel VII.0.**

Ablehnung

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 8*  
*(Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.0**

5 Ergänze in Z. 1132: "Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) bzw. Public-private-Partnerships (PPP) sind kein adäquates Mittel, um öffentliche Infrastruktur zu errichten bzw. zu erhalten. Mit umfassenden Entlastungen bei der Grundsicherung, zusätzlichen Mitteln für die Flüchtlingshilfe und z.B. der Aufstockung der Mittel für Städtebau hat die SPD bereits umfassende Erleichterungen für die Kommunen auf den Weg gebracht. Doch um die kommunale Selbstverwaltung wirklich nachhaltig zu gewährleisten und Spielräume zum Abbau des riesigen Investitionsdefizites zu schaffen, müssen weitere Schritte unternommen werden. Steuerliche Umverteilungsmaßnahmen sind hier ein erster wichtiger Schritt."

10

**Änderungsantrag Kapitel VII.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 9*  
*Ortsverein Bergisch Gladbach (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.0.**

Zeile 1138: das Wort „gute“ durch „bessere“ ersetzt werden.

**Änderungsantrag Kapitel VII.0.**

Ablehnung

5 Zeile 1138: hinter „Handlungsspielräume erweitert“ soll eingefügt werden „z.B. für Infrastruktur, Bildung und Sozialarbeit“.

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 10*  
*Bundes-SGK*

**Änderungsantrag Kapitel VII.0.**

In Zeile 1138 werde die beiden Wörter „auch weiterhin“

**Änderungsantrag Kapitel VII.0.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission (S. 32, Z. 14)

gestrichen.

5 Hinter Zeile 1141 wird ein neuer Abschnitt mit einer eigenen Zwischenüberschrift eingefügt:

10 „Kommunale Finanzausstattung sichern und ausbauen: Mit der demografischen Entwicklung und der Verbesserung sozialer Dienstleistungen sind die von den Kommunen zu tragenden sozialen Kosten ein sich besonders dynamisch entwickelnder Bereich. Deshalb werden wir auch in der nächsten Legislaturperiode die finanzielle Entlastung der Kommunen noch entschiedener angehen. Als vorzugswürdigen Weg weiterer Entlastungsschritte sehen wir eine Übernahme der Kosten der Unterkunft nach SGB II durch den Bund an. Durch den Bund veranlasste Kostensteigerungen müssen auch durch ihn finanziert werden.

20 Wir werden die Gewerbesteuer sichern. Mit einer Grundsteuerreform werden wir die verfassungsmäßig gebotene gerechte Bewertung der Grundstücke und Immobilien vornehmen.

25 Um bestehende Instandhaltungs- und Erneuerungsbedarfe in der kommunalen Infrastruktur abzubauen, werden wir neben der Verbesserung der allgemeinen Finanzausstattung der Kommunen die vom Bund begonnene Unterstützung insbesondere finanzschwacher Städte, Gemeinden und Kreise bei Investitionen ausbauen. Dazu soll der Kommunalinvestitionsförderungsfonds weiter aufgestockt und langfristig gestreckt werden.

30 Ohne Lösung der Altschuldenproblematik ist eine nachhaltige Entlastung der Kommunen nicht möglich. Deshalb werden wir hierzu geeignete Instrumente und Mechanismen entwickeln und einsetzen.

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 11  
Kreisverband Pinneberg (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

In Zeile 1164 hinter „...entstehen.: „Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt werden wir mit einem vierjährigen Sofortprogramm in Höhe von jährlich drei Milliarden Euro mit direkten Zuschüssen für den sozialen Wohnungsbau zusätzlich unterstützen. Die von Schwarz-Gelb 1989 abgeschaffte Wohnungsgemeinnützigkeit werden wir wieder einführen.“

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

Ablehnung

5



Antragsbereich VII.A/ **Antrag 12**  
 Landesverband Baden-Württemberg

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

5 Füge ein in Zeile 1149: Damit die Mietpreisbremse auch wirken kann, fordern wir die verpflichtende Einführung eines qualifizierten Mietspiegels für die von der Mietpreisbremse betroffenen Kommunen. Wir wollen, dass der Bezugszeitraum für die örtliche Vergleichsmiete in Mietspiegeln von vier Jahren auf zehn Jahre erweitert wird, um den Mietspiegel auf eine breitere Basis (Betrachtungszeitraum) zu stellen und so die Mietpreisspirale zu dämpfen.

Ablehnung

10 Ersetze in Zeile 1151 nach „zurück“: Um Mieter\*innen vor zu hohen Belastungen durch Modernisierungen zu schützen, fordern wir hierfür eine Kappungsgrenze. Wir wollen deshalb die Modernisierungsumlage von derzeit 15 11 auf acht Prozent absenken. Um erfolgreich Investitionen zur Verbesserung der Umwelt- und Energiestandards oder künftig auch für Umbauten zu altersgerechtem Wohnen zu mobilisieren, sollte die Modernisierungsumlage auch weiterhin nicht zeitlich begrenzt werden.

20

25 Füge ein in Zeile 1166: Um den Entwicklungen der letzten Jahre mit drastisch gestiegenen Mieten und Eigentumspreisen sowie einer zunehmenden Knappheit an bezahlbarem, barrierefreien, alters- und familiengerechtem Wohnraum zu begegnen, brauchen wir eine „Neue Wohnungsgemeinnützigkeit“.

30 Wir wollen ein gemeinnütziges Wohnungsmarktsegment mit unbefristeten Bindungen wieder einführen. Nur so kann dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum auch auf lange Sicht begegnet werden. Mit einer „Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit“ möchten wir neue Träger der sozialen Wohnraumversorgung unterstützen.

35 Gleichzeitig wollen wir auch für Wohnungsunternehmen einen Anreiz schaffen, einen Teil ihres Bestandes für die soziale Wohnraumversorgung einzubringen. Hierfür werden wir entsprechende Förderinstrumente entwickeln.

40

45 Für Bauvorhaben auf größeren Flächen (auch Konversionsflächen) fordern wir quartierbezogene Mindestquoten für Wohnungen in Gemeinnützigkeit. Wir orientieren uns dabei an einen Richtwert entsprechend einer Formel von 40:30:30. 40 Prozent der Flächen sollen für den sozialen Wohnungsbau und 30 Prozent für die ge-

förderte Eigentumsbildung genutzt werden. Auf den restlichen 30 Prozent kann eine privat finanzierte Bebauung erfolgen. Die Kombination aus Bundes- und Landesförderung des Wohnungsbaus soll dieser Zielsetzung Rechnung tragen. Dabei sollte ein besonderes Augenmerk insbesondere auf der Förderung des preisgünstigen Eigentums für sogenannte Schwellenhalte liegen. Den Ländern soll die Möglichkeit gegeben werden, auf die Bemessung der Grunderwerbssteuer stärker Einfluss zu nehmen.

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 14*  
Landesverband Berlin

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**  
In Zeile 1167 wird nach „...und Neubau ankurbeln“ eingefügt: Wir wollen uns für neue Bausysteme einsetzen, die die warmen Betriebskosten deutlich reduzieren. Zudem vergrößert sich durch neue Bautechnik und Verzicht auf Außendämmung die Wohnfläche sichtbar.

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**  
Ablehnung

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 16*  
Ortsverein Reutlingen (Landesverband Baden-Württemberg)

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**  
nach Zeile 1171 neu einfügen: Für Wohnungsunternehmen in Trägerschaft der Bundes, der Länder und Kommunen und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen werden wir daher wieder die Möglichkeit einführen, einen Gemeinnützigkeitsstatus gemäß Steuerrecht zu erlangen. Hiermit lässt sich vor allem auch das Problem der befristeten, und damit über kurz oder lang auslaufenden Sozialbindungen lösen. Wohnungsbaugesellschaften, die sich der Wohnungsgemeinnützigkeit verpflichten, werden wir dabei durch steuerliche Befreiungen entlasten und für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum mit einer ausgewogenen sozialen Mischung speziell fördern.

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**  
Ablehnung

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 17*  
Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**  
Z. 1161 nach „anpassen.“ „Künftige Förderungen sollten die Möglichkeiten enthalten, die Preisbindung auch durch den Fördermittelgeber einseitig zu verlängern.“

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**  
Ablehnung

**Antragsbereich VII.A/ Antrag 18**

*Ortsverein Koblenz-Süd (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

1. Nach Zeile 1171 („...Bündnispartner.“) ist der Satz zu ergänzen: „Der genossenschaftliche Wohnungsbau soll in Zukunft stärker gefördert werden, darunter auch neue Wohnformen wie etwa das Zusammenleben verschiedener Generationen.“

5

2. Nach Zeile 1177 („...berücksichtigt.“) sind die Sätze zu ergänzen:

10

- Das Öffentliche Haushaltsrecht ist daher so zu ergänzen, dass Liegenschaften der öffentlichen Hand bei festgestelltem Bedarf für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum genutzt werden können; der Verkauf solcher Liegenschaften darf sich nicht ausschließlich an ökonomischen Kriterien orientieren.

15

- Der Bund wird zudem mit gutem Beispiel vorangehen und bei allen zukünftigen Konversionsprojekten (Bundeswehrliegenschaften) die Vergabepaxis der Bundesanstalt für Immobilien so ändern, dass dem Ziel der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum Rechnung getragen wird.

20

- Bei einem Verkauf von Grundstücken der öffentlichen Hand ist darüber hinaus grundsätzlich bei festgestelltem Bedarf für eine Mindestquote von 20% der geplanten Wohnungen eine Sozial- und Belegungsbindung vorzusehen.

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich VII.A/ Antrag 19**

*08/01 Rixdorf (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.1.**

S. 12, Zeilen 1145-1147 des Leitantrags werden wie folgt geändert: „Durch eine Beweislastumkehr vom Mieter auf den Vermieter hinsichtlich der Einhaltung der Mietpreisebremse bei Neuvermietungen und durch eine Verbesserung der Transparenz (Höhe der Miete des Vormieters und aktueller Mietpreisspiegel) durch eine verpflichtende Ausweisung im Mietvertrag, wollen wir die Stellung der Mieter stärken.“

5

**Änderungsantrag Kapitel VII.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich VII.A/ Antrag 21**

*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

S. 29, Zeile 1151 Ergänzung: [Wir werden die zulässige Mieterhöhung nach einer Modernisierung] zeitlich, wie auch vom Betrag her [begrenzen.]

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 22*  
*07/07 Schöneberg (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

In Zeile 1156 nach „...müssen.“ einfügen: Für eine bessere Datenlage bedarf es einer Einführung einer bundesweit einheitlichen Statistik über Wohnungslosigkeit und der von Wohnungslosigkeit Betroffenen und Bedrohten.  
 5 Wohnungslosigkeit kann mit einer guten Präventionsarbeit zu 70% verhindert werden. Daher muss auch der Bund die Kommunen bei der Schaffung von Fachstellen zur Verhinderung von Wohnungsverlusten finanziell durch ein spezielles Förderprogramm unterstützen.

10

In Zeile 1163 nach „...fortsetzen.“ einfügen: Daher braucht der Bund wieder eine Kompetenz im Wohnungsbau, die im Grundgesetz klar geregelt ist.

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 24*  
*Ortsverein Gartenfeld-Neustadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

Zeile 1149 am Ende des 1. Absatzes: Füge ein: "Darüber hinaus soll die Mietpreisbremse zukünftig auch bei umfassenden Sanierungen (auch "Luxussanierungen" genannt) gelten."

5

Zeile 1151 (2. Absatz, 2. Satz): Füge zwischen "Modernisierung" und "begrenzen" ein: "auf jährlich fünf Prozent der umlegungsfähigen Modernisierungskosten und auf den Tilgungszeitraum insgesamt"

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

Ablehnung

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 25*  
*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

In Zeile 1153 fügen wir ein: „Das Kündigungsrecht des Vermieters wegen Eigenbedarfs werden wir konkretisieren, um einem Ausufern und Umgehungsmöglichkeiten entgegen zu wirken.“

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

Annahme und einfügen Seite 32, Zeile 27

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 26*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

Fügen ein nach Z. 1145: „Verstöße der Vermieter\*innen

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

Ablehnung

gegen die Mietpreisbremse sollen künftig als Ordnungswidrigkeiten geahndet werden.“

**Antragsbereich VII.A/ Antrag 27**

*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord /Ortsverein Hohen Neuendorf /Ortsverein Bernau (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

5 Absatz 4, Zeile 1159f. Ersetze "Wir haben die Mittel für den sozialen Wohnungsbau in den vergangenen Jahren deutlich erhöht und werden sie weiterhin an den steigenden Bedarf nach Sozialwohnungen anpassen." durch " Wir haben die Mittel für den sozialen Wohnungsbau in den vergangenen Jahren deutlich erhöht und werden dies aufgrund des steigenden Bedarfs nach Sozialwohnungen weiter fortsetzen."

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

Annahme

**Antragsbereich VII.A/ Antrag 28**

*Unterbezirk Neustadt/Bad Dürkheim (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.1.**

5 Z.1169 f.: Kommunale und genossenschaftliche ... sind wichtige Bündnispartner. Ergänzen um: Wir fordern die Einrichtung einer Bundesagentur zur Unterstützung gemeinsamer Wohnformen und genossenschaftlichen Wohnens.

**Änderungsantrag Kapitel VII.1.**

Ablehnung

**Antragsbereich VII.A/ Antrag 29**

*Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.1.**

5 Zeile 1175 Neu: Neu zu bauen ist aufgrund hoher Bau- landpreise und jährlich steigender Anforderungen nach Energieeinsparverordnung (ENEV) für viele Menschen nicht bezahlbar.

**Änderungsantrag Kapitel VII.1.**

Ablehnung

10 Zeile 1177 Ergänzung: Wir werden die Vorschriften zur Wärmedämmung von Gebäuden einer ökologischen Gesamtbilanz unterziehen und prüfen. Wir werden prüfen, ob jährlich strengere Normen unter Berücksichtigung der Ökobilanz der Herstellung der Dämmstoffe einer kritischen Betrachtung standhält.

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 30*

*Ortsverein Biberbach (Landesverband Bayern)/Ortsverein Laupheim (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.1.**

Zeile 1149: Ergänzung [...] können. Eine verbindliche Selbstauskunft vom Vermieter bezüglich Vormiete wird verpflichtender Bestandteil jedes neu abgeschlossenen Mietvertrages. Sanktionen für Verstöße werden in diesem Zusammenhang noch erarbeitet.

5

**Änderungsantrag Kapitel VII.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 31*

*Ortsverein Feucht (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

Für die Zeilen 1143 bis 1185 beantragen wir:

Wenn Menschen mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Wohnen ausgeben müssen, dann ist das zu viel. Wir werden deshalb die Mietpreisbremse verbessern: Durch eine größere Transparenz der Vormiete und eine Auskunftspflicht der Vermieter stärken wir die Stellung der Mieter.

5

Wir werden die zulässige Mieterhöhung nach einer Modernisierung begrenzen.

10

Modernisierungsmaßnahmen in Mietwohnungen sollen nicht einseitig zu Lasten der Mieterinnen und Mieter bezahlt werden.

Wir wollen die Höhe des Wohngeldes regelmäßig anpassen, um zu verhindern, dass Menschen aus ihrem vertrauten Stadtteil wegziehen müssen.

15

Wir werden die Mittel für den sozialen Wohnungsbau weiterhin an den steigenden Bedarf nach Sozialwohnungen anpassen. Wir setzen uns für mehr Wohnungen im öffentlichen und betrieblichen Eigentum ein.

Wir werden den nicht-profitorientierten Sektor auf dem Wohnungsmarkt stärken. Deshalb wollen wir u.a. den altersgerechten Umbau weiter fördern. Den Erwerb von Wohneigentum für Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen werden wir durch ein sozial gestaffeltes Baufamiliengeld erleichtern. Wir werden Familien beim Erwerb von Bestandsbauten unterstützen

20

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 32*

*Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)/Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

Ergänze in Zeile 1155 nach "regelmäßig": „an die Preisentwicklung“

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

Ablehnung

Ergänze in Zeile 1165: „Zudem wollen wir einen neuen

- 5 Begriff der Wohnungsgemeinnützigkeit einführen, der Wohnen als elementare Form der Daseinsvorsorge anerkennt und die Bereitstellung von Wohnraum auch außerhalb des sozialen Wohnungsbaus gezielt fördert.“

**Antragsbereich VII.A/ Antrag 33**

*Ortsverein Leipzig-Südwest/Ortsverein Leipzig-Südost/Ortsverein Leipzig- Nord (Landesverband Sachsen)  
Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

In der Zeile 1145 wird nach dem Wort “verbessern” eingefügt: „und bereits in sich abzeichnenden angespannten Wohnungsmärkten Anwendung finden kann.“

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

Ablehnung

- 5 In der Zeile 1146 wird nach dem Wort “Vermieter” eingefügt: „ebenfalls leerstehenden Wohnungen zu melden“

- 10 In der Zeile 1161 wird nach dem Wort “anpassen” eingefügt: „und darauf hinwirken, möglichst lange Belegungsbindungen für öffentlich geförderten Wohnraum festzusetzen.“

- 15 In der Zeile 1168 wird nach dem Wort “können” eingefügt: „und in naher Zukunft die Möglichkeit bekommen Bebauungspläne zeitlich zu befristen, um Immobilienspekulationen Einhalt zu gebieten.“

In der Zeile 1170 wird nach dem Wort “Wohnungsunternehmen” eingefügt: „kooperative Wohnformen,“

- 20 In der Zeile 1173 wird nach dem Wort “Quartieren” eingefügt: „mit einer hohen Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raumes“

- 25 In der Zeile 1177 wird nach dem Wort “wohnungs-” eingefügt: “, sozial-, kultur-”

**Antragsbereich VII.A/ Antrag 34**

*Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.1.**

Ziffer 1169 nach (Wohnungsmarkt stärken.) Satz eingefügt: „Hierfür werden wir unter anderem den vollständige bzw. teilweisen Erlass hoher Altschuldenbestände gegenüber dem Bund prüfen.“

**Änderungsantrag Kapitel VII.1.**

Ablehnung

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 35*  
*Arbeitsgemeinschaft 60plus*

**Änderungsantrag Kapitel VII.1.**

Z. 1171 nach dem Wort ..."Bündnispartner. " ergänzen um: „Ihnen müssen in verstärktem Maße Grund und Boden in Erbpacht zur Verfügung gestellt werden um damit auch sicher zu stellen, dass dieser Wohnraum auf Dauer der Spekulation entzogen wird.“

5

**Änderungsantrag Kapitel VII.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 36*

*Ortsverein Düsseldorf-Flingern/ Unterbezirk Düsseldorf (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.1.**

ab Zeile 1143: In den städtischen Ballungszentren ist das Fehlen von preisgünstigem Wohnraum längst zu der zentralen sozialen Frage geworden. Einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen, aber auch Teile der Mittelschicht, können sich das Wohnen in der Stadt immer weniger leisten. Die Folgen sind eine soziale Verdrängung dieser Personen aus ihren bisherigen Wohnquartieren, so dass sich unsere Städte weiter sozial entmischen bzw. Menscheneinen immer größeren Teil ihres Einkommens für die Miete aufwenden müssen und damit ihre Armutsgefährdung steigt. In Nordrhein-Westfalen haben wir daher in den letzten Jahren unsere Anstrengungen für den sozialen Wohnungsbau deutlich verstärkt.

5

10

15

20

25

30

Dennoch erkennen wir, dass sich aufgrund des Auslaufens bisheriger Sozialbindungen von bestehenden geförderten Wohnungen und der steigenden Wohnungsnachfrage der Bestand an preisstabilem und – günstigem Wohnraum noch deutlich steigern muss. Denn 1990 hat die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung die Wohnungsgemeinnützigkeit abgeschafft. Seither sind bundesweit über 2 Millionen der günstigen Sozialwohnungen durch Privatisierung und Auslaufen der Sozialbindung verloren gegangen. Von seinerzeit 3,6 Millionen Sozialwohnungen gibt es nur noch 1,5 Millionen. Jahr für Jahr fallen weitere 60.000 Wohnungen aus der Sozialbindung – aus bezahlbarem Wohnraum werden unbezahlbare Objekte. Um die soziale Wohnraumversorgung auch dauerhaft sicherzustellen, brauchen wir einen sozialen Wohnungsmarkt, der bezahlbaren Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten auch dauerhaft sicherstellt.

Wir brauchen daher dringend eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit, die den Bau und Erhalt von bezahlbaren Wohnungen zum Ziel hat. Wir fordern daher die Bundestagsfraktion auf, einen Entwurf für ein neues Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz auf den Weg zu bringen:

**Änderungsantrag Kapitel VII.1.**

Ablehnung



- 35 • Es soll mit europäischem Recht vereinbare Regelungen enthalten, die mit einem Ziel von mindestens 100.000 zusätzlichen günstigen und sozial gebundenen Wohnungen pro Jahr in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt einen gemeinnützigen Sektor in der Wohnungswirtschaft errichtet;
- 40 • dabei einen vielfältigen Markt von Baugenossenschaften und Bauvereinen, kommunalen Wohnungsgesellschaften aber auch privaten Vermieterinnen und Vermietern für dauerhaften bezahlbaren Wohnraum schafft – ohne Auslaufen von Bindungen und mit praktikablen Regelungen für Fehlbelegungen;
- 45 • eine einmalige Investitionszulage zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten pro Quadratmeter vorsieht;
- 50 • Wohnungsunternehmen und -gesellschaften für ihre gemeinnützige Tätigkeit von der Grunderwerbssteuer, der Gewerbesteuer und der Körperschaftsteuer befreit und durch ausreichende Kontrolle und Berichtspflichten Missbrauch verhindert und sanktioniert, aber auch Mitnahmeeffekte verhindert.
- 55

Unser Ziel ist es dabei qualitätvollen Wohnraum und sozial gemischte lebenswerte Wohnquartiere zu schaffen. Das erreichen wir durch eine Mischung von unterschiedlichen Wohnformen und Wohnangeboten für unterschiedliche Zielgruppen.

60

**Antragsbereich VII.A/ Antrag 37**  
*Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

Ergänze in Zeile 1174 nach „altersgerechten Umbau weiter fördern“: „und Konzepte für ein lebenslanges Wohnen bereits während der Planungs- und Bauphase integrieren.“

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

Ablehnung

**Antragsbereich VII.A/ Antrag 38**  
*Landesverband Bayern*

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

Füge ein nach Zeile 1149: „Wir werden eine grundlegende Reform bei der Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete (Mietspiegel) durchführen, um tatsächlich alle vorhandenen Mietwohnungen einbeziehen zu können; grundsätzlich sollen Mietspiegel als

5

**Änderungsantrag Kapitel VII.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

qualifizierte Mietspiegel erstellt werden. Um die steigenden Mieten zu begrenzen, werden wir die Kapplungsgrenze bei Mieterhöhungen auf höchstens 10 % innerhalb von 3 Jahren absenken. Das Kündigungsrecht des Vermieters wegen Eigenbedarfs wollen wir deutlich einschränken (z. B. nur möglich für in gerader Linie Verwandte, nicht für BGB-Gesellschaften und Gemeinschaften, nicht für „Zweitwohnungen“). Zudem wollen wir eine Schonfrist bei erstmaligen Mietrückständen einführen – werden die Mietrückstände innerhalb einer Frist vollständig beglichen, sollen vorangegangene Kündigungen deswegen unwirksam werden. Wir wollen eine Reform des § 291 StGB erreichen, um einen effektiven strafrechtlichen Schutzmechanismus vor Mietwucher zu schaffen.“

Füge ein nach dem Satz „Wir werden die zulässige Mieterhöhung nach einer Modernisierung“ in Zeile 1151: „durch eine zeitliche Befristung bis zur Amortisierung der Maßnahme und durch eine wirksame Härtefallregelung begrenzen.“

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 39  
Ortsverein Heimbach (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**  
Zeile 1214, ergänzt werden: Die Energiewende findet zurzeit überwiegend auf dem Land statt. Vielen gilt Windkraft als Zukunftstechnologie. Doch diese belastet die ländlichen Regionen ganz wesentlich; wesentlich mehr als die Städte und Ballungsräume. Wir nehmen die Sorgen der Landbevölkerung ernst und werden keine Windräder in den Wäldern und in dem schützenswerten Naturraum zulassen. Auch werden wir den Bürgerinnen und Bürgern ausreichende Abstandszonen von Windindustrieanlagen zur Wohnbebauung garantieren. Die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger steht an erster Stelle. Deshalb werden zukünftig Windindustrieanlagen nur unter Berücksichtigung der gesundheitlichen Belange bei Lärm, Infraschall und optischer Bedrängung genehmigt.

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**  
Ablehnung

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 40  
Stadtverband Marl (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**  
Ergänzung , Zeile 1205 nach „ ... gefördert werden.“) Es

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**  
Ablehnung

5 wird ein Fördersystem im Sinne eines Solidaritätsfonds realisiert, aus dem strukturschwache Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und einem hohen Anteil von Langzeitarbeitslosen unterstützt werden.

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 41  
Stadtverband Marl (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

5 Zeile 1148: Ein Härtefall soll künftig dann vorliegen, wenn mehr als 40 Prozent des Nettohaushaltseinkommens für Miete einschließlich Heizkosten gezahlt werden. Außerdem werden wir den Mieterschutz vor überhöhten Mietforderungen im Wirtschaftsstrafgesetz nach § 5 verbessern.

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

10 Zeile 1150: Wir wollen einen Wirtschaftlichkeitsgrundsatz für Modernisierungsmaßnahmen einführen und die Modernisierungsumlage von derzeit 11 auf 8% senken sowie eine zeitliche Begrenzung und eine Kappungsgrenze einführen. Die gute und realitätsnahe Ausgestaltung der Mietspiegel ist für uns ein wichtiges Instrument für eine angemessene und transparente Mietpreisentwicklung, dies wollen wir rechtssicher umsetzen. Mietverhältnisse zu sozialen Zwecken dürfen nicht länger unter das Gewerbemietrecht mit keinerlei Kündigungsschutz fallen, sondern muss in das soziale Mietrecht eingebunden werden.

20 Zeile 1155: Wir wollen das Wohngeld anpassen und dynamisieren und mit der Sozialgesetzgebung in Einklang bringen. Wir werden uns präventiv gegen Wohnungsverluste einsetzen und Wohnungslosigkeit überwinden.

25 Zeile 1156: streichen!

30 Zeile 1165: „und betrieblich“ streichen!!!!  
Wir brauchen starke kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen als Korrektiv auf dem Markt, denn sie sind ein wichtiger Partner in der sozialen Ausgestaltung unserer Wohnungs- und Stadtpolitik. Sie stellen über 60 Prozent der sozial gebundenen Wohnungen zur Verfügung. Wir setzen uns für mehr Wohnungen im öffentlichen und genossenschaftlichen Eigentum ein, die wir gemeinsam mit den Ländern durch Zuschüsse und Bürgschaften fördern wollen.

35 Zeile 1168: Nach „besser planen können.“ Wir werden diejenigen belohnen, die sich im Sinne des Gemeinwohls im Quartier im Wohnbereich und Wohnumfeld stärker engagieren. Wer für den sozialen Mehrwert im Stadtteil handelt, Menschen ein bezahlbares Zuhause

40 bietet, Quartiere gestaltet, sich mit sozialem Engagement einbringt, soll gefördert werden.

45 Zeile 1174: Wir werden Baulandspekulationen entgegenwirken und Kommunen in ihrer Ausübung der Bauplanung und des Baurechts dabei unterstützen, die Möglichkeiten des Bauplanungsrechtes personell und inhaltlich umzusetzen. Die Einrichtung von Bodenfonds soll den Kommunen Handlungsspielräume für eine nachhaltige und sozial gerechte Bauland- und Bodenpolitik geben. Wir unterstützen Kommunen beim Aufkauf von Schrottimmobilien und deren Sanierung.

50 Zeile 1175: Nach „... nicht bezahlbar.“ Wir wollen die Kommunen bei der Vermeidung von Baulandspekulationen durch Anpassungen im Bauplanungs- und Grundsteuerrecht unterstützen.

55 Zeile 1176: ... Ziele berücksichtigt sowie den Anstieg der Bodenpreise bremst. Dasselbe Ziel muss die Bodenpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden verfolgen. Wir wollen, dass sie das Allgemeinwohl fördert und nicht die Spekulation. Dementsprechend werden wir das Bodenrecht gestalten.

60 Zeile 1177: In Gebieten mit extremen Mietpreissteigerungen und Wohnungsnot wollen wir, dass der Staat auch wieder selber baut und verbilligte Grundstücke zur Verfügung stellt“

65 Zeile 1179: Den Erwerb von Wohneigentum und von Anteilen an Wohnungsgenossenschaften für Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen werden wir durch ein sozial gestaffeltes Baufamiliengeld erleichtern.

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 42  
Stadtverband Marl (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

5 Zeile 1197 am Ende ergänzen: Wir sehen in der Digitalisierung (smart cities) große Chancen für eine Erneuerung der Infrastruktur, eine veränderte Verkehrsabwicklung und eine nachhaltige Entwicklung in Stadt und Land. Bei der Umsetzung dieser Chancen wollen wir Sorge dafür tragen, dass die digitalen Technologien und Optionen im Interesse einer sozial gerechten und demokratischen Stadt- und Regionsentwicklung eingesetzt werden.

10 Zeile 1199: Nach „... fördern.“ Wir wollen die Bundesmittel für die Städtebauförderung, die sich gerade auch in ländlichen Regionen als Investitionsmotor für die regionale Wirtschaft bewährt haben, verstetigen.

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Zeile 1209: ländlicher und städtischer Räume

15

Zeile 1211: in Land und Stadt bei!

20

Zeile 1217: Durch eine Stiftung „Soziale Stadt“ wollen wir Einfluss- und präventive Aktionsmöglichkeiten in den Quartieren nutzen, bevor soziale Brennpunkte entstehen. Die Zusammenarbeit aller Verwaltungen, den wirtschaftlichen Akteuren und der Menschen vor Ort sowie die Bündelung der Ebenen ist Ziel unserer Stadt- und Landentwicklungsstrategie. Hand in Hand für den Menschen. (ressortübergreifende Strategie).

25

Zeile 1222: Wir werden uns konsequent für einen vor allem an sozialen Kriterien orientierten Umbau der Städte und Quartiere für und mit den Bewohnern einsetzen. Um dies zu erreichen, werden wir das Fördersystem im Interesse der Bürger und ihrer Kommunen radikal vereinfachen. Zusätzlich wollen wir die Städte- und die Wohnungsbauförderung inhaltlich und räumlich abstimmen. Die soziale Stadt ist für uns immer stärker eine Frage der Umweltgerechtigkeit. Grüne Infrastruktur, wie Kleingärten, Parkanlagen, Grün- und Freiflächen, Spiel- und Sporträume, deren Erhalt und Pflege und vor allem auch finanzielle Unterstützung, gehören zur Frage der Umweltgerechtigkeit. Wir werden dafür kämpfen, dass sozial schwächere Menschen nicht mit mehr Lärm, schlechterer Luft und den gesundheitlichen Folgen stärker belastet werden als andere. Eine Grüne Infrastruktur für alle ist Ziel unserer Stadtentwicklungspolitik!

30

35

40

45

Für die Programmgebiete der Sozialen Stadt werden wir feste Anteile aus dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds zur Verbesserung der Kita- und Schulinfrastruktur vorsehen. Es gilt, die Kitas und Schulen zu herausragenden Lern- und Lebensorten der Quartiere zu machen. Das schafft Lebenschancen. Mit diesen Mitteln wollen zugleich Baukultur und energetische Ziele qualitativ in Einklang bringen und die Möglichkeiten der Digitalisierung für die Bildung sinnvoll nutzen. Jede Kita, jede Schule braucht Breitband.

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 43  
09/13 Adlershof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

Z.1222: Füge nach „Engagement“ ein: „sowie eine echte Mitbestimmung“

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

Ablehnung

Antragsbereich VII.A/ **Antrag 44**  
 Ortsverein Potsdam-Süd (Landesverband Brandenburg)

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

Ergänze in der Zeile 1222 hinter „Nachbarschaftszentren“: „und Bibliotheken“

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

Ablehnung

Antragsbereich VII.A/ **Antrag 45**  
 Landesverband Sachsen-Anhalt

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

S. 30, Zeile 1196-1197 Streiche „um die digitale Spaltung zwischen den Städten und ländlichen Räumen zu beenden.“

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

Annahme in geänderter Fassung:

5 S. 30, Zeile 1201ff. Ergänze nach: „Regionen mit besonderen demografischen Herausforderungen wollen wir bei den Aufgaben der Daseinsvorsorge, im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, bei der Mobilität, **bei der Bewältigung von Leerstand in Wohn- und Gewerbeimmobilien** und beim Ehrenamt unterstützen. Forschung und Innovation, Breitbandausbau und die Fachkräftesicherung sollen in Zukunft ebenfalls gefördert werden. **Dazu setzen wir bewährte Förderung des Stadtumbaus in seiner Einheit von Abriss und Aufwertung konsequent fort.** [...]

10

15

„Regionen mit besonderen demografischen Herausforderungen wollen wir bei den Aufgaben der Daseinsvorsorge, im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, bei der Mobilität, **bei der Bewältigung von Leerstand in Wohn- und Gewerbeimmobilien** und beim Ehrenamt unterstützen. Forschung und Innovation, Breitbandausbau und die Fachkräftesicherung sollen in Zukunft ebenfalls gefördert werden.“

Antragsbereich VII.A/ **Antrag 47**  
 Ortsverein Mannheim-Lindenhof (Landesverband Baden-Württemberg)

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

In dem Entwurf des Leitantrags soll von Zeile 1173 bis 1174 ersetzt werden: „Deshalb wollen wir den altersgerechten Umbau mit Milliarden des Bundes weiter fördern.“

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

Erlедigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 In dem Entwurf des Leitantrags soll ab Zeile 1185 ergänzt werden: Darüber hinaus sollen kommunale Wohnungsbaugesellschaften nicht nur günstige Mietwohnungen für sozial Schwache anbieten (ein Punkt der auch nichtsdestotrotz wieder intensiviert werden muss, da gerade in Ballungszentren wie Berlin der soziale Wohnungsbau zum Erliegen gekommen ist und das Feld komplett privaten Investoren überlassen wurde) sondern auch verstärkt als Bauträger tätig werden und städtische oder kommunale Flächen entwickeln (auch eine intelligente Nachverdichtung ist notwendig wie die Schließung von Baulücken, der Ausbau von Dachgeschossen, und der Bau von Hochhäusern) und an Fami-

10

15

20      lien zu "vernünftigen" Konditionen weiterverkaufen. Um "Gewinnmitnahmen" zu verhindern sollen solche Wohnungen an Bedingungen geknüpft werden (mindestens 10 jährige Haltefrist für Erwerber der Immobilie. Somit wird ein sofortiger Weiterverkauf zu marktüblichen Preisen verhindert, der Verkauf erfolgt vorzugsweise an Familien (auch hier kann man natürlich einen generationsübergreifenden Ansatz mitdenken)).

25      So wird zielgerichtet erschwinglicher Wohnraum geschaffen und „weiche“ Kosten für Makler entfallen. Dies stärkt die Eigenkapitalquote wodurch es einfacher für Familien ist, bei Banken eine langfristige Finanzierung zu bekommen.

30      Die Vorteile für Städte und Kommunen sind, dass selbst wenn der entstandene Wohnraum annähernd nur zu den Herstellungskosten weiterveräußert wird, keine zusätzlichen Kosten entstehen (natürlich bleibt das Risiko als Bauträger bezüglich Kostensteigerungen usw.). Es entsteht kostenneutraler bitter benötigter Wohnraum. Über die Grunderwerbssteuer generieren die Kommunen und Städte trotzdem noch Einnahmen

35      (wobei hier auch ein Grundfreibetrag als mögliche Förderung diskutiert werden sollte).

40      Wenn die jungen Familien in den neu geschaffenen Wohnraum umziehen, machen sie wiederum den bestehenden Wohnraum frei, in dem sie jetzt leben. Häufig wohnen junge Familien auch in geförderten oder in Sozialwohnungen, die sie eigentlich nicht mehr benötigen, aus Mangel an Alternativen aber weiterhin bewohnen. Wenn Städte durch den beschriebenen Wohnungsbau also eine Art Sogwirkung erzeugen, wird bereits vorhandener sozialer Wohnungsbau wieder verfügbar

45      gemacht.

50      Die vom Bund bereitgestellten Gelder könnten hier den städtischen Wohnungsgesellschaften zugutekommen, wenn sie eben beschriebenen Wohnraum schaffen (in Form von direkter Finanzhilfe pro gebauter Wohnung oder als Garantien gegenüber Kreditgebern). Darüber hinaus wäre es auch denkbar, dass der Bund den Städten bundeseigene Liegenschaften für solche Vorhaben zur Verfügung stellt.

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 48*  
*Ortsverein KL-Nord (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

Lebenswerte Städte und Gemeinden; Zeile 1190 / Zusatz zwischen 1. und 2. Absatz

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

Ablehnung

5      „Eine Reihe von kreisfreien Städten, insbesondere im Saarland, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen leiden wegen ihrer unverhältnismäßig hohen Ausgaben im Jugend- und Sozialbereich unter einem dauerhaften strukturellen Defizit, das sie nicht nur außerstande

10 setzt, ihre in der Vergangenheit eingegangenen Verbindlichkeiten aus eigener Kraft abzubauen, sondern zwingt, stetig neue Schulden zu machen . Ohne Hilfe des Bundes wird eine Entschuldung dieser Kommunen nicht gelingen und der verfassungsrechtlich garantierte Schutz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

15 weiter in Schieflage geraten! Wir werden durch unmittelbare Entlastung auch diesen Kommunen der in Art 28 des Grundgesetzes garantierten Selbstverwaltung wieder Geltung verschaffen.“

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 49*  
*06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel VII.2.</b>          Zeile 1195: Nach "Sie brauchen einen attraktiven [...] und schnelles Internet." Ergänze: "Wir werden die Entwicklung und Erforschung neuer, intelligenter Konzepte fördern, die eine Vor-Ort-Versorgung im ländlichen Raum - beispielsweise in Form von Genossenschaften oder Kooperativen - und unter anderem weniger Individualverkehr möglich machen."</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel VII.2.</b>          Ablehnung</p>
---	---

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 50*  
*Ortsverein Oberland Thür. (Landesverband Thüringen)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel VII.2</b>          Ergänzungen in Zeile 1197 - ...Gerade im Hinblick auf die Möglichkeit, von zu Hause aus zu arbeiten, ist die Erreichbarkeit über das Mobilfunknetz unabdingbar und muss flächendeckend realisiert werden.</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel VII.2</b>          Ablehnung</p>
--	--

5

Ergänzungen in Zeile 1213 - ...wie Bürgerbusse, flexibler öffentlicher Nahverkehr, ...

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 51*  
*Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel VII.2.</b>          Ergänzung in Zeile 1205 – 1206 Alt: Zudem ... öffnen.          Neu: Zudem wollen wir die regulären Wirtschaftsförderprogramme für die strukturschwachen Regionen öffnen <u>und gezielt für den ländlichen Raum verbessern.</u></p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel VII.2.</b>          Ablehnung</p>
--	---



*Antragsbereich VII.A/ Antrag 52*  
*Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

Ergänze in Zeile 1165: „Zudem wollen wir einen neuen Begriff der Wohnungsgemeinnützigkeit einführen, der Wohnen als elementare Form der Daseinsvorsorge anerkennt und die Bereitstellung von Wohnraum auch außerhalb des sozialen Wohnungsbaus gezielt fördert.“

5

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

Ablehnung

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 53*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

Einsetzen nach Zeile 1208: Aufgrund der anhaltenden Strukturschwäche der ostdeutschen Länder sollen die derzeitigen Fördermittelausstattungen sowie die Förderpräferenzen für die ostdeutschen Länder in einem künftigen gesamtdeutschen Fördersystem für strukturschwache Regionen erhalten bleiben. Zur Stärkung strukturschwacher Regionen sollen neue Bundeseinrichtungen und neue europäische Einrichtungen mit Sitz in Deutschland vorrangig dort angesiedelt werden. Dies soll nicht nur für neue Bundeseinrichtungen selbst, sondern auch für neue überwiegend vom Bund geförderte Einrichtungen gelten.

5

10

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

Ablehnung

15

20

Einsetzen in Zeile 1212: Viele Menschen haben nicht die Kraft oder das Expertenwissen, sich für ihre eigenen Interessen öffentlich einzusetzen. Für diese Menschen brauchen wir Expertinnen und Experten, die sich im Stadt- und Ortsteil um konkrete Probleme von Menschen in den Gemeinden und Städten kümmern. Wir wollen eine finanzielle Unterstützung der Kommunen für solche „Kümmerer“, gerade in finanzschwachen Kommunen, in denen soziale Probleme massiert auftreten.

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 54*  
*Kreisverband Jena (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

Zeile 1144: nach ..."Einkommen" einfügen: Dabei soll bezahlbarer Wohnraum nicht nur an den Stadträndern entstehen, sondern auch im Stadtzentrum und in allen Stadtteilen

**Änderungsantrag Kapitel VII.2**

Ablehnung

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 55*  
*Bundes-SGK*

**Änderungsantrag Kapitel VII.2.**

In der Zeile 1199 wird folgender Text hinter „fördern.“ eingefügt:

5 „Nach Auslaufen des Solidarpaktes braucht es ein gesamtdeutsches Fördersystem, das alle strukturschwachen Regionen in den Blick nimmt. Ab 2019 darf nicht mehr nach Himmelsrichtung gefördert werden, sondern nach Bedürftigkeit. Dort, wo die Arbeitslosigkeit hoch und die Strukturschwäche groß ist, egal, ob im Osten  
 10 oder im Westen Deutschlands werden Akzente gesetzt. In Deutschland gibt es weiter ein regionales Gefälle bei Einkommen und Beschäftigung. Wir müssen Städte und Gemeinden bei der Bewältigung der Aufgaben des Strukturwandels der Wirtschaft, der digitalen Vernetzung und bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch  
 15 eine innovationsorientierte Wirtschaftsförderung unterstützen.“

**Änderungsantrag Kapitel VII.2.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission (S. 33, Z. 43; S. 33, Z. 34)

*Antragsbereich VII.A/ Antrag 57*  
*Unterbezirk Lüneburg (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel VII.Sonstige**

Modernisierung und Mietanpassung nur zulassen, wenn die Wohnqualität verbessert wird.

- 5 - Bundeseigene Gebäudebestände Kommunen günstig anbieten und damit Neubauten und ausufernden Flächenverbrauch verhindern.
- Kampf gegen Boden- und Immobilien-spekulationen.
- Baufamiliengeld - sozial gerecht einführen.

**Änderungsantrag Kapitel VII.Sonstige**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

## Änderungsanträge: VIII. Kapitel Es ist Zeit für eine gesunde und saubere Zukunft (VIII.A)

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 1*  
*Bezirk Hessen-Nord*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

Zeile 1241: Streiche "Technologieneutralität und"

5 Zeile 1241: Füge ein nach "Innovationsoffenheit": Den europäischen Emissionshandel werden wir als zentrales Klimaschutzinstrument weiterentwickeln und einen CO2-Mindestpreis einführen.

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 2*  
*Stadtverband Marl (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

In Zeile 1227 ergänzen nach dem Wort „Pflanzenwelt“: ...sowie offene grüne Infrastrukturen wie Kleingärten und Parkanlagen gehören dazu.

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 3*  
*Unterbezirk Cuxhaven (Bezirk Nord-Niedersachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

5 Zeile 1237: Hierzu ist es unerlässlich, den Offshore-Bereich weiter zu fördern und die Anbindung stärker als bisher in den Fokus zu rücken. Wir stehen zu Offshore-Windenergie und sehen sie als unerlässlichen Baustein der Energiewende für ganz Deutschland. Ein zügiger Ausbau der Stromtrassen ist dabei von existenzieller Bedeutung!

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 4*  
*07/01 Tempelhof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

Seite 31, Zeile 1234: Ersetze „80 bis“ durch „mindestens“. In Deutschland wollen wir bis 2020 den Ausstoß von CO2 im Vergleich zu 1990 um mindestens 40 Prozent senken, bis 2050 um (ändere auf) **mindestens** 95 Prozent.

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Antragsbereich VIII.A/ **Antrag 5**  
 Bezirk Hessen-Süd

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

Die Zeilen 1224 – 1293 werden durch folgende Fassung ersetzt

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 „**Umweltgerechtigkeit** ist das Ziel unserer Politik. Denn eine zerstörte Umwelt gefährdet die Gesundheit und vertieft soziale Ungleichheit bei uns und weltweit. Wir wollen allen Menschen den Zugang zu einer intakten Natur erhalten. Frische Luft, gesunde Böden, saubere Gewässer, eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt gehören dazu. Wir stehen in der Verantwortung, eine gesunde und saubere Umwelt für unsere Kinder und Enkelkinder zu bewahren.

15 Für viele Menschen auf unserem Planeten hängen die Chancen auf ein Leben in Wohlstand und Frieden vom erfolgreichen Kampf gegen den Klimawandel ab. **Klimaschutzpolitik ist daher immer auch Friedenspolitik und Ausdruck internationaler Solidarität.** Die Vereinten Nationen haben sich 2015 auf dem Klimagipfel in Paris auf eine treibhausgasneutrale Weltwirtschaft verständigt. Es dürfen also nur noch so viele Treibhausgase entstehen, wie von der Natur im gleichen Zeitraum wieder aufgenommen werden. In Deutschland wollen wir bis 2020 den Ausstoß von CO<sub>2</sub> im Vergleich zu 1990 um mindestens 40 Prozent senken, bis 2050 um 80 bis 95 Prozent. Das bedeutet, **vollständig von fossilen Energien auf erneuerbare Energien umzusteigen.**

25 In Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaschutzabkommen werden wir deshalb den Klimaschutzplan 2050 weiterentwickeln. Wir werden ein **nationales Klimaschutzgesetz** erarbeiten. Dieses Gesetz wird Ziele für alle klimarelevanten Sektoren enthalten. Im Rahmen dessen setzen wir auf Innovationsoffenheit. Den europäischen Emissionshandel werden wir als zentrales Klimaschutzinstrument weiterentwickeln und **einen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis einführen.** Darüber hinaus werden wir alle Subventionen und Steuern daraufhin überprüfen, wie sie auf das Klima wirken. Wir werden Deutschland zur **energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen.** Das ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft.

40 **Energiewende vollenden - Energiegerechtigkeit herstellen**

45 Ohne Erneuerbare Energien sind diese Ziele nicht erreichbar. Diese sind in den letzten 17 Jahren dank des Erneuerbaren Energien Gesetzes immer billiger geworden. Dabei müssen sie sich gegen überkommene Energieträger behaupten, die jahrzehntelang subventioniert worden sind und zum großen Teil mit bereits abge-

50  
 55  
 60  
 65  
 70  
 75  
 80  
 85  
 90  
 95

schriebenen Kraftwerken arbeiten. Es ist daher auch eine Frage der Gerechtigkeit, dass wir die Erneuerbaren Energien fördern. Diese Förderung war von Beginn an degressiv – das heißt: die Einspeisevergütung ist immer weiter gesunken. Diesen Prozess wollen wir mit Augenmaß fortsetzen. Unser Ziel ist eine Energieversorgung zu 100% aus Erneuerbaren Energien.

Es gibt viele Gründe, die Energiewirtschaft so schnell als möglich zu 100% auf dezentral genutzte Erneuerbare Energien umzustellen. Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien ist mittel- und langfristig kostengünstiger als das Verbrennen von fossilen Energieträgern oder das lebensgefährliche Spiel mit der Atomtechnologie. Ohne Subventionen für fossile und nukleare Energieträger wären die Erneuerbaren schon heute kostengünstiger als diese. Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien macht uns unabhängig von konfliktreichen Herkunftsländern und entzieht den Konflikten um Öl, Kohle, Erdgas und Uran gleichzeitig den Treibstoff. Sie ist damit ein aktiver Beitrag zum Frieden. Sie macht die Welt sicherer. Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien holt die Wertschöpfung in die Regionen und stärkt damit die ländlichen Räume, sie schafft hochwertige Arbeitsplätze in Produktion, Aufbau, Betrieb, Pflege, Wartung und später auch Abbau und Recycling von Erneuerbare-Energien-Anlagen. Sie ist im besten Sinn bürgernah und mittelständisch. Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien macht unsere Energieversorgung sicherer gegen Störungen von innen, wie von außen. Sie ist in ihrer Wirkung marktwirtschaftlich und wird zu einem fairen Energiemarkt ohne unfaire Oligopolprofite führen. Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien verringert massiv die Belastung unserer Luft mit Schadstoffen und rettet damit jedes Jahr tausende Menschenleben. Sie reduziert den Ausstoß von CO<sub>2</sub> und ist damit die einzige richtige Antwort auf die Klimakatastrophe und die von Deutschland eingegangenen Verpflichtungen zum Klimaschutz. Je schneller wir zu einer dezentralen Nutzung von Erneuerbaren Energien zur vollständigen Abdeckung des Energiebedarfs kommen, desto kostengünstiger wird dieser Umbau der Energieversorgung, da bei einem schnellen Umbau der kostspielige Parallelbetrieb nicht kompatibler Energieversorgungssysteme minimiert oder gar vermieden werden kann.

Energie muss umweltfreundlich und bezahlbar sein. Gleichzeitig muss die verlässliche Versorgung gesichert bleiben. **Das sind für uns drei gleichrangige Ziele der Energiewende.** Damit die Energiewende funktioniert, müssen die **verschiedenen Energiesektoren** stärker verbunden werden. Bisher findet die Energiewende in den Sektoren Strom, Wärme und Verkehr relativ isoliert voneinander statt. Darüber hinaus leisten wir uns in vielen Bereichen einen Parallelbetrieb der alten fossil-

100 atomen und der neuen erneuerbaren Energiewirtschaft. Das macht sie unnötig teuer. Speicher und andere Technologien für die Sektorenkopplung und die Digitalisierung der Energiewende wollen wir gezielt durch Forschungs- und Entwicklungsprogramme und durch die  
 105 Aufhebung behindernder regulatorischer Rahmenbedingungen voranbringen. Maßnahmen zur **Energieeffizienz werden wir ausbauen**. Wir wollen insbesondere den öffentlichen Gebäudebestand und den öffentlichen Nahverkehr zu **Vorbildern der energieeffizienten Verwendung von Erneuerbaren Energien** entwickeln. Energieeffizienzstandards von Produkten und Dienstleistungen werden wir weiter verbessern.

110 Spätestens **2050 müssen wir Energie nahezu vollständig treibhausgasneutral erzeugen**. Wir stellen dabei nicht nur sicher, dass Deutschlands Industrie international wettbewerbsfähig bleibt, sondern wollen den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien auch weiterhin als Impulsgeber und Innovationstreiber für unsere Industrie nutzen. Anlagen zur Ernte von Erneuerbaren Energien werden aus Deutschland in die ganze Welt geliefert.  
 115 Mehr als 350.000 Arbeitsplätze sind in Deutschland bereits durch den Ausbau Erneuerbaren Energien entstanden und das Potenzial ist noch lange nicht ausgeschöpft. Wir werden dafür sorgen, dass die Erneuerbaren Energien ein Jobmotor unserer Volkswirtschaft sind.  
 120 Auf dem Weg zur vollständigen Energiewende wird Erdgas und zunehmend auch Erneuerbares Gas aus Power-to-Gas-Anlagen im **Energiemix für eine flexible, sichere und CO2-arme Energieerzeugung** bedeutender. Moderne dezentrale Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung werden eine wichtige Rolle im Energiesystem übernehmen. Wir werden sie deshalb entsprechend fördern.  
 125

130 Der Schutz unseres Trinkwassers und der Gesundheit haben für uns oberste Priorität. Daher haben wir ein **unbefristetes Verbot für unkonventionelles Fracking** durchgesetzt. Die hier bestehenden Risiken für Mensch und Umwelt sind größer als die wirtschaftlichen Chancen. Deshalb stehen wir dafür, dass es bei einem Verbot bleibt. Zudem werden wir die Schutzstandards in der konventionellen Erdgasförderung überprüfen und **ständig anpassen**.  
 135

140 2022 wird das letzte deutsche Atomkraftwerk abgeschaltet. Mit dem hinterlassenen Atommüll müssen wir gesamtgesellschaftlich verantwortungsvoll umgehen. Das gilt nicht zuletzt für die Konzerne, die mit Atomkraftwerken jahrzehntelang viel Geld verdient haben. Die Endlagerung des Atommülls muss nach menschlichen Maßstäben auf ewig sicher und jederzeit rückholbar sein. Wir werden bei anderen Staaten aktiv dafür werben, aus der Atomenergie auszusteigen. In der EU werden wir uns dafür einsetzen, die Fördermöglich-

- 145 keiten zum Bau neuer Atomkraftwerke abzuschaffen. In Deutschland werden wir die Hermes-Kreditbürgschaften für Exporte so regeln, dass Atomenergie-Projekte davon ausgeschlossen werden.
- 150 Wir wollen, dass alle Menschen an der Rendite der Energiewende teilhaben. Mieterinnen und Mieter sollen über sogenannte Mieterstrommodelle von der Einspeisung regenerativer Energien und einer eigenen Stromerzeugung finanziell profitieren. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Förderung von Mieterstrommodellen nicht gedeckelt wird. Wir werden Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer weiterhin dabei unterstützen, ihre Häuser und Gebäude auf wirtschaftliche Weise energetisch zu sanieren und mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Unser Ziel ist, dass Wohnen für Mieterinnen und Mieter bezahlbar bleibt.
- 155
- 160 Sinkende Börsenstrompreise und Einkaufspreise der Gasversorger müssen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommen. Wir wollen alternative Finanzierungsmodelle der Energiewende prüfen. Wir werden Bürger-Energiegenossenschaften und mittelständische Unternehmen, die in Erneuerbare Energien investieren fördern. Dafür werden wir die von der EU-Kommission vorgeschlagene De-minimis-Regelung für kleine Energieprojekte von max. 6 Anlage mit je maximal 3 MW installierte Leistung im Erneuerbare Energien Gesetz verankern. Kommunen sollen ihre Netzinfrastruktur rekommunalisieren können, wenn sichergestellt ist, dass der Netzbetrieb sicher und effizient erbracht werden kann. Den Stadtwerken und Verteilnetzbetreibern kommt bei der Umsetzung der Energiewende eine Schlüsselrolle zu. Wir werden den regulatorischen Rahmen so gestalten, damit sie diese Schlüsselrolle ausfüllen können.
- 165
- 170
- 175

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 6*

*Ortsverein Görlitz/Ortsverein Dresden-Nord (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

Soll in der Kapitelüberschrift Zeile 1223 vor dem Wort "Zukunft" die Formulierung „Gegenwart und“ eingefügt werden

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

Ablehnung

- 5 ist vor der Zeile 1238 folgender Text einzufügen: „Zur nachhaltigen Sicherung unseres Handlungsanspruchs halten wir es für erforderlich, den Klimaschutz als weiteres einzelnes essentielles Staatsziel in die Verfassung der BR Deutschland aufzunehmen.“

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 8*  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

S. 31, Zeile 1237 Ergänzung: Hierbei setzen wir uns auf europäischer Ebene für den Erhalt der Vorrangregelung für erneuerbare Energien ein.“

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 5 S. 31, Zeile 1238 Änderung und Streichung: Wir werden das Pariser Klimaschutzabkommen in nationales Recht umsetzen, indem wir ein Klimaschutzgesetz erarbeiten. ~~Wir werden ein nationales Klimaschutzgesetz...~~
- 10 S. 31, Zeile 1243 Änderung und Streichung: Wir wollen, dass Deutschland eine Vorreiterrolle im Klimaschutz und in der Klimafolgenbewältigung einnimmt. ~~Das ist eine Aufgabe~~

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 9*  
*Ortsverein Spremberg (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

Der Satz in Zeile 1236 und 1237 ist zu streichen und folgender Schriftsatz einzufügen: Das bedeutet, langfristig von fossilen Energien auf erneuerbare Energien umzusteigen. Zwischenzeitlich ist die CO<sub>2</sub> Abscheidetechnik bei den Kohlekraftwerken anzuwenden (größentechnisch erfolgreich erprobt), bis ausreichende und bezahlbare Energiespeicher für erneuerbare Energien erprobt und installiert sind. Das abgeschiedene CO<sub>2</sub> wird in Untergrundgasspeicher verbracht, die allein in Deutschland für eine Kapazität von 50 - 60 Jahren ausreichend und sicher zur Verfügung stehen. Auch diese Technologie ist erfolgreich größentechnisch erprobt. Es ist aber notwendig, da die Energiepolitik Bundespolitik ist, auch die Entscheidungskompetenz für die Nutzung der Untergrundspeicher von der Landesebene auf die Bundesebene zu heben. Mit dieser Energiepolitik gewinnen wir Zeit für die Entwicklung der Energiespeicher und für die Strukturentwicklung der Kohlereviere bei gleichzeitiger absolut sicherer Einhaltung der Klimaziele für Deutschland.

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 11*  
*02/08 Luisenstadt (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

S. 31, Z. 1228: Ersetze "frische Luft" durch "reine Luft"

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission



5 S. 31, Z. 1241 f.: Ersetze durch "Darüber hinaus werden wir alle Subventionen und Steuern daraufhin überprüfen, wie sie auf das Klima und die Umwelt wirken."

10 S. 31, Z. 1243: Ersetze "Wir werden Deutschland zur energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen" durch "Wir werden die deutsche Volkswirtschaft so energieeffizient wie möglich machen".

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 13*  
*02/08 Luisenstadt (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

5 1. Viele Kosmetikartikel enthalten Mikro- und Nanoplastik. Es ist dabei von einer Gefährdung für die Umwelt auszugehen, deren Folgen noch nicht genau abschätzbar sind. Daher setzen wir uns für einen schrittweisen, für die Industrie verträglichen Ausstieg aus der Nutzung von Mikroplastik ein.

10 S. 31, Z. 1227, ergänzen nach .... gehören dazu.: „Böden stellen einen der wichtigsten Kohlenstoffspeicher dar. Da Bodenschutz somit auch Klimaschutz bedeutet, setzen wir uns für einen verstärkten Schutz der organischen Bodensubstanz ein. Unsere Zukunft hängt von den komplexen Prozessen in Boden, Wasser und Luft und in Lebewesen ab. Da noch weiteres Wissen über das menschliche Einwirken auf diese Umweltkompartimente benötigt wird, sollen Forschungsarbeiten verstärkt gefördert werden, die dieses untersuchen.“

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 15*  
*Ortsverein Uelzen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

5 Satz wird auf S. 31, Zeile 1237 a.E. eingefügt: Die Bundesrepublik Deutschland wird bis 2030 vollständig aus der Energiegewinnung durch Kohle aussteigen.

10 Als Ziel sollen bis 2020 ein Viertel aller Kohlekraftwerke, bis 2025 die Hälfte und der Rest bis 2030 abgeschaltet werden. Ferner werden wir uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die anderen EU-Mitgliedsstaaten gleichziehen.

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

1. Teil: Ablehnung

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Als flankierende Maßnahmen wird die Bundesregierung darauf hinwirken, dass sämtliche Subventionen für die

15 Kohleförderung (Braun- und Steinkohle) gestrichen werden. Ferner werden Sanktionen für die Überschreitung von noch festzulegenden CO<sub>2</sub>-Emissions-Höchstgrenzen festgelegt. Zusätzlich werden wir den Bau von Gaskraftwerken fördern.

20 Folgender Satz ab Zeile 1237 eingefügt: Die Kosten der Energiewende müssen sozial gerecht verteilt werden. Der Strompreis setzt sich heute überwiegend aus Steuern und Abgaben zusammen, darunter EEG-Umlagen sowie weitere Umlagen zur Netzregulierung und Laststeuerung. Energieintensive Unternehmen sind von den  
 25 Kosten der Energiewende befreit. Dieses System führt dazu, dass der notwendige Ausbau der erneuerbaren Energien zu hohen Anteilen von den Privathaushalten bezahlt wird, wodurch insbesondere Bezieher niedriger Einkommen und Empfänger von Sozialleistungen un-  
 30 verhältnismäßig belastet werden. Die Energiewende muss gerechter gestaltet werden, indem

35 -auch energieintensive Unternehmen einen angemessenen Beitrag zu den Kosten der Energiewende leisten

-die haushaltstypischen Energiekosten bei der Berechnung von Sozialleistungen (Grundsicherung, Wohngeld, ALG 2) stärker berücksichtigt werden.

40 -Haushalten mit niedrigem Einkommen kostenlose Energieeinsparungsangebote zur Verfügung gestellt werden (Beratung, Anreize für die Anschaffung energiesparender Geräte)

-gestaffelte Sozialtarife für Strom eingeführt werden, die den Grundbedarf sichern und Energieeinsparung begünstigen.

45 -Zur Verhinderung bzw. zum Abbau von Zahlungsrückständen einvernehmliche Verfahren vorzusehen sind, um Stromabschaltungen zu vermeiden.

-der Letztverbraucher darf nicht mit den Kosten der Atommüllendlagerung belastet werden.

**Antragsbereich VIII.A/ Antrag 16**

*Ortsverein Augsburg-Universitätsviertel/Ortsverein München Au (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

In Zeile 1233 „Es dürfen ... wieder aufgenommen werden.“ ersetzen durch: „Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Bundesrepublik im Rahmen des UNFCCC eine Vorreiterrolle einnimmt, und auf EU-Ebene sämtliche Maßnahmen zur konkreten Umsetzung unterstützt“

5

In Zeile 1235 "80 bis 95 Prozent" ersetzen durch "95 Prozent"

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

10 In Zeile 1236 „Das bedeutet, ... umzusteigen.“ ersetzen durch „Das bedeutet, so schnell wie möglich vollständig von fossilen Energien auf erneuerbare Energien umzusteigen.“

15 In Zeile 1238 „In Übereinstimmung... 2050 weiterentwickeln.“ ersetzen durch: „In Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaschutzabkommen werden wir deshalb den Klimaschutzplan 2050 ambitioniert weiterentwickeln.“

20 In Zeile 1240 „Dieses Gesetz wird Ziele für alle klimarelevanten Sektoren enthalten.“ ersetzen durch: „Dieses Gesetz wird verpflichtende Ziele für alle klimarelevanten Sektoren enthalten.“

In Zeile 1241 „Darüber hinaus... Klima wirken.“ ersetzen durch: „Darüber hinaus werden wir alle Subventionen und Steuern daraufhin überprüfen, wie sie auf das Klima wirken und im Sinne des Klimaschutz abschaffen bzw. anpassen“

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 17*  
*Unterbezirk Ebersberg (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

5 Zeilen 1234 bis 1237 streiche von „In Deutschland“ bis „umsteigen.“ und ersetze durch: In Deutschland wollen wir bis 2020 den Ausstoß von CO2 im Vergleich zu 1990 um mindestens 40 Prozent senken, bis 2050 müssen wir vollständig von fossilen Energien auf erneuerbare Energien umgestiegen sein. Dazu wird die Energiewende deutlich beschleunigt.

10 Zeile 1244 füge ein nach „Gesellschaft.“: Außerdem werden wir den Kohleausstieg einleiten. Diesen gestalten wir so, dass es zu keinen sozialen Verwerfungen in den bisherigen Bergbauregionen kommt.

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 18*  
*Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

5 Zeile 1237 An den Absatz wird folgender Satz angefügt: „Das schließt die konsequente und zügige Schaffung der dafür notwendigen alternativen Energieerzeugungsträger und einer dazugehörigen bundesweiten Strom-Infrastruktur ein.“

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ **Antrag 19***

*06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0.**

Zeile 1243: Streiche: "Wir werden Deutschland zur energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen."

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 5 Ersetze: "Wir werden Deutschland zur energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen und unser Wissen mit anderen Nationen zum Nutzen des Planeten zu teilen."

*Antragsbereich VIII.A/ **Antrag 20***

*Ortsverein Leipzig-Nord/Ortsverein Leipzig-Südwest /Ortsverein Leipzig-Südost (Landesverband Sachsen)  
Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

In der Zeile 1228 wird am Ende des Absatzes eingefügt: "Dafür brauchen wir mehr Bildung für nachhaltige Entwicklung."

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 5 In Zeile 1242 wird ab "daraufhin" bis "wirken" gestrichen und wie folgt ersetzt: "anhand der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung überprüfen, auch mit Blick auf das Klima."

*Antragsbereich VIII.A/ **Antrag 21***

*NaturFreunde Deutschlands*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0.**

Zeile 1223 nach der Kapitelüberschrift „Es ist Zeit für eine gesunde und saubere Zukunft“ beantragen wir die folgenden Änderungen:

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 5 Zeile 1237 wie folgt ändern: „Das bedeutet, Energieverschwendung zu beenden und vollständig von fossilen Energien auf erneuerbare Energien umzusteigen.“

- 10 Zeile 1240 wie folgt ergänzen: „und die Ziele des Energiekonzepts verbindlich festzuschreiben.“

- 15 Zeile 1241 wie folgt ändern: „Darüber hinaus werden wir alle Subventionen ~~und~~, Steuern und ordnungsrechtliche Vorgaben daraufhin überprüfen, wie sie auf Klima und Energieeffizienz wirken.“

Antragsbereich VIII.A/ **Antrag 22**  
*NaturFreunde Deutschlands*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0.**

*Neufassung Einstieg in das Kapitel „eine gesunde und saubere Zukunft“:*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.0.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Es ist Zeit für eine gesunde und saubere Zukunft**

5 Die Menschheit überschreitet heute bereits in vier von neun Dimensionen planetare Grenzen, die für ein gutes Leben auf der Erde nicht überschritten werden dürfen, z. B. bei der Zerstörung der Tier- und Pflanzenarten und beim Klimawandel. Die Erderwärmung schreitet immer schneller voran, sie muss auch durch eine Vorreiterrolle unseres Landes gestoppt werden. Zwar tut unser Land viel für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, dennoch ist der „ökologische Fußabdruck“ bei uns mindestens viermal größer als die Regenerationsfähigkeit der Natur.

10 Die wichtigste Erkenntnis daraus heißt: Die Menschheit lebt in einer neuen Erdepoche, in der erstmals die ökologische Selbstvernichtung real denkbar wird. In dieser vom Menschen gemachten Welt (Anthropozän) stellen sich in besonderer Weise die Fragen nach Freiheit, Gerechtigkeit und Verantwortung. Die unerbittliche Logik der Naturgesetze machen ein Umdenken unabdingbar, denn die Erde ist ein geschlossenes System, dessen Endlichkeit beachtet werden muss.

15 Die Menschheit bedeutet: Der Mensch ist der Hauptverursacher der ökologischen Verrottung der Erde, was ihn zunehmend selbst gefährdet. Aber nur der Mensch selbst kann den ökologischen und damit den zivilisatorischen Kollaps verhindern. Unsere Botschaft heißt: Eine gute Zukunft liegt in unserer Hand. Wir gehen den Weg in eine nachhaltige Entwicklung.

20 Mit der Überlastung der natürlichen Senken, der Ausbeutung endlicher Rohstoffe und der Zerstörung der Biodiversität wird die Natur zum limitierenden Faktor in der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Aufrechterhaltung, schon gar die Ausweitung der ressourcenintensiven Wirtschaft und Technik auf künftig zehn bis zwölf Milliarden Menschen ist nicht möglich. Wir haben nur dann eine gute Zukunft, wenn es zu einer nachhaltigen Entwicklung kommt, die Qualität über die Quantität stellt.

25 Gerecht ist nur eine Entwicklung, die nachhaltig ist. Das wird nur möglich, wenn die Politik der Technik und Wirtschaft einen starken sozialen und ökologischen Rahmen setzt, damit es zu einer absoluten Senkung des Ressourcenverbrauchs kommt. Damit stellt das

Anthropozän die Gerechtigkeitsfrage in der Verteilung der Chancen in neuer und verschärfter Form. Entscheidend für einen neuen Fortschritt ist, ökologische und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verbinden.

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 24*  
*Ortsverein Sasel (Landesorganisation Hamburg)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

Zeile 1275: Ersatzlose Streichung "Die Endlagerung des Atommülls muss nach menschlichen Maßstäben auf ewig sicher sein."

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

Ablehnung

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 25*  
*Bezirk Hessen-Nord*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

Zeile 1245: Füge ein nach "vollenden" - Energiegerechtigkeit herstellen

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 Zeile 1246: Füge ein: Ohne Erneuerbare Energien sind diese Ziele nicht erreichbar. Diese sind in den letzten 17 Jahren dank des Erneuerbaren Energien Gesetzes immer billiger geworden. Dabei müssen sie sich gegen überkommene Energieträger behaupten, die jahrzehntelang subventioniert worden sind und zum großen Teil mit bereits abgeschriebenen Kraftwerken arbeiten. Es ist daher auch eine Frage der Gerechtigkeit, dass wir die Erneuerbaren Energien fördern. Diese Förderung war von Beginn an degressiv – das heißt: die Einspeisevergütung ist immer weiter gesunken. Diesen Prozess wollen wir mit Augenmaß fortsetzen. Unser Ziel ist eine Energieversorgung zu 100% aus Erneuerbaren Energien.

20 Es gibt viele Gründe, die Energiewirtschaft so schnell als möglich zu 100% auf dezentral genutzte Erneuerbare Energien umzustellen. Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien ist mittel- und langfristig kostengünstiger als das Verbrennen von fossilen Energieträgern oder das lebensgefährliche Spiel mit der Atomtechnologie. Ohne Subventionen für fossile und nukleare Energieträger wären die Erneuerbaren schon heute kostengünstiger als diese. Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien macht uns unabhängig von konfliktreichen Herkunftsländern und entzieht den Konflikten um Öl, Kohle, Erdgas und Uran gleichzeitig den Treibstoff. Sie ist damit ein aktiver Beitrag zum Frieden. Sie macht die Welt sicherer. Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien holt die Wertschöpfung in die Regionen und stärkt damit die ländlichen Räume, sie schafft hochwertige Arbeitsplätze in

35 Produktion, Aufbau, Betrieb, Pflege, Wartung und später auch Abbau und Recycling von Erneuerbare-Energien-Anlagen. Sie ist im besten Sinn bürgernah und mittelständisch. Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien macht unsere Energieversorgung sicherer gegen Störungen von innen, wie von außen. Sie ist in ihrer Wirkung marktwirtschaftlich und wird zu einem fairen Energiemarkt ohne unfaire Oligopolprofite führen. Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien verringert massiv die Belastung unserer Luft mit Schadstoffen und rettet damit jedes Jahr tausende Menschenleben. Sie reduziert den Ausstoß von CO2 und ist damit die einzige richtige Antwort auf die Klimakatastrophe und die von Deutschland eingegangenen Verpflichtungen zum Klimaschutz. Je schneller wir zu einer dezentralen Nutzung von Erneuerbaren Energien zur vollständigen Abdeckung des Energiebedarfs kommen, desto kostengünstiger wird dieser Umbau der Energieversorgung, da bei einem schnellen Umbau der kostspielige Parallelbetrieb nicht kompatibler Energieversorgungssysteme minimiert oder gar vermieden werden kann.

40

45

50 Zeile 1248: Ersetze "bezahlbar ist" durch "funktioniert"

Zeile 1250: Füge ein nach "statt.": Darüber hinaus leisten wir uns in vielen Bereichen einen Parallelbetrieb der alten fossil-atomen und der neuen erneuerbaren Energiewirtschaft.

55

Zeile 1252: Füge ein nach "Entwicklungsprogramme: und durch die Aufhebung behindernder regulatorischer Rahmenbedingungen"

60

Zeile 1253: Streiche: Dabei haben rentable Energieeffizienzmaßnahmen Vorrang vor dem Erzeugen zusätzlicher Energie.

65

Zeile 1256: Ersetze "Vorbildern des energieeffizienten Verbrauchs" durch: Vorbildern der energieeffizienter Verwendung von Erneuerbaren Energien

Zeile 1259: Füge ein nach "dabei": nicht nur

70

Zeile 1259: Füge ein nach "bleibt": , sondern wollen den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien auch weiterhin als Impulsgeber und Innovationstreiber für unsere Industrie nutzen. Anlagen zur Ernte von Erneuerbaren Energien werden aus Deutschland in die ganze Welt geliefert. Mehr als 350.000 Arbeitsplätze sind in Deutschland bereits durch den Ausbau Erneuerbaren Energien entstanden und das Potenzial ist noch lange nicht ausgeschöpft. Wir werden dafür sorgen, dass die Erneuerbaren Energien ein Jobmotor unserer Volkswirtschaft sind.

75

80 Zeile 1259: Streiche "Den europäischen Emissionshandel"

werden wir als zentrales Klimaschutzinstrument 1260 weiterentwickeln und einen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis einführen." (verschoben nach Zeile 1241, siehe oben)

85 Zeile 1261: Streiche "Dabei werden wir unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen im Klimaschutz berücksichtigen und „Carbon-Leakage“ verhindern."

Zeile 1263: Streiche "Die vollständige", füge ein: Auf dem Weg zur vollständigen"

90 Zeile 1263: Streiche "wenn auf dem Weg dorthin konventionelle 1263 Energieträger den Ausbau der erneuerbaren Energien ergänzen. Weil der Strombedarf steigt"

95 Zeile 1265: Füge ein nach "Erdgas": und zunehmend auch Erneuerbares Gas aus Power-to-Gas-Anlagen

Zeile 1266: Füge ein nach "Moderne": dezentrale

100 Zeile 1276: Füge ein nach "sicher": und jederzeit rückholbar

Zeile 1283: Füge ein nach "profitieren.": Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Förderung von Mieterstrommodellen nicht gedeckelt wird.

105 Zeile 1286: Streiche: "Wir werden gleichzeitig darauf achten", Füge stattdessen ein: Unser Ziel ist

110 Zeile 1290: Füge ein nach "Energiegenossenschaften": und mittelständische Unternehmen, die in Erneuerbare Energien investieren

115 Zeile 1290: Füge ein nach "fördern.": Dafür werden wir die von der EU-Kommission vorgeschlagene De-minimis-Regelung für kleine Energieprojekte von max. 6 Anlage mit je maximal 3 MW installierte Leistung im Erneuerbare Energien Gesetz verankern.

Zeile 1292: Füge ein nach "Stadtwerken": und Verteilnetzbetreibern

120 Zeile 1293: Füge ein nach "zu": Wir werden den regulatorischen Rahmen so gestalten, damit sie diese Schlüsselrolle ausfüllen können.

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 27  
07/01 Tempelhof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

Seite 31, Zeile 1259: Den europäischen Emissionshandel

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-



5 werden wir als zentrales Klimaschutzinstrument weiterentwickeln und einen (einfügen) **europäischen, gegebenenfalls zunächst nationalen** CO<sub>2</sub>-Mindestpreis einführen, (einfügen)**der die Verschmutzung mit einem angemessenen Preis belegt.** kommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 28  
Ortsverein Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)*

<p>5 <b>Änderungsantrag Kapitel VIII.1</b> Z.1252 Am Ende des Absatzes soll der Satz ergänzt werden: Wir wollen Deutschland mit einem leistungsfähigen Stromnetz ausstatten, das den (regenerativ produzierenden) Norden mit den Verbrauchsschwerpunkten im Süden verbindet.</p> <p>10 Z.1258 Nach dem genannten Satz soll der Satz ergänzt werden: Um den heutigen Energieträgermix in diese Richtung weiter zu entwickeln, führen wir eine vom CO<sub>2</sub>-Ausstoß des jeweiligen Energieträgers abhängige CO<sub>2</sub>-Steuer ein, die alle andern Steuern auf Energie (steuer)aufkommensneutral ersetzt.</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.1</b> Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
---	---

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 29  
02/04 45. Abteilung Südstern (Landesverband Berlin)*

<p>5 <b>Änderungsantrag Kapitel VIII.1</b> Zeile 1258: ergänze „Für die Zeit bis 2030 legt der Klimaschutzplan 2050 Ziele für die jeweiligen Sektoren fest.“</p> <p>10 Zeile 1261: ergänze „und einen nationalen, europäischen, anschlussfähigen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis einführen“ ergänze: „Den Klimawandel in den Braunkohleregionen gestalten wir aktiv mit. In diesen Regionen fördern wir den Ausbau der erneuerbaren Energien in besonderer Weise.“</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.1</b> Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
--	---

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 30  
Landesverband Sachsen-Anhalt*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.1</b> S. 31, Zeile 1246 Änderung: Gleichzeitig muss die Energieversorgung flexibel und verlässlich sein. Das sind für uns vier gleichrangige Ziele der Energiewende. Dazu</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.1</b> Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
--	---

- 5 müssen die verschiedenen Energiesektoren stärker miteinander verbunden werden.
- S. 31, Zeile 1250 Ergänzung: Wir wollen alternative Finanzierungsmodelle der Energiewende prüfen.
- 10 S. 31, Zeile 1252 Ergänzung: Um die Sektorenkopplung zu ermöglichen, sind die rechtlichen Rahmenbedingungen begleitend anzupassen.
- 15 S. 31, Zeile 1253 Änderung und Streichung: Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz werden wir ausbauen und dabei auf deren Rentabilität achten. ~~Dabei haben...~~
- 20 S. 31, Zeile 1258 Änderung und Streichung: Spätestens 2050 müssen wir Energie ~~nahezu treibhausvollständig gasneutral klimaneutral~~ erzeugen
- 25 S. 31, Zeile 1260 Änderung: Den europäischen Emissionshandel werden wir als zentrales Klimaschutzinstrument, unter anderem durch die Einführung eines CO2 Mindestpreises weiterentwickeln.
- S. 31, Zeile 1261 Ergänzung: In Deutschland wird die Stromsteuer in eine CO2-Steuer umgewandelt und auf alle fossilen Brennstoffe erhoben.
- 30 S. 31, Zeile 1261 Änderung: Dabei werden wir unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen im Klimaschutz berücksichtigen um „Carbon-Leakage“ zu verhindern.
- 35 S. 31, Zeile 1267 Ergänzung: Zum Gelingen der Energiewende gehört auch der weitere Ausbau von Übertragungs- und Verteilnetzen. Die Kosten dafür müssen bundesweit umgelegt werden. Dabei sind die bisher geleisteten Ausgaben anzurechnen.
- 40 S. 31, Zeile 1268 Änderung: Der Schutz der Gesundheit der Menschen und der Umwelt hat für uns oberste Priorität.
- S. 31, Zeile 1269 Ergänzung: Dabei soll es bleiben.
- 45 S. 31, Zeile 1270 Streichung: ~~Die hier bestehenden Risiken...~~
- S. 32, Zeile 1271 Streichung: ~~Deshalb stehen wir dafür, dass es bei einem Verbot bleibt.~~
- 50 S. 32, Zeile 1274 Streichung: ~~Das gilt nicht zuletzt für die Konzerne, die mit Atomkraftwerken jahrzehntelang viel Geld verdient haben.~~ Notiz: Wir wollen uns nicht der Lächerlichkeit preisgeben
- S. 32, Zeile 1281-83 Änderung: Wir verstehen die Ener-

55 giewende als dezentrale regionale Chance Wertschöpfungspotentiale vor Ort zu nutzen. Alle sollen an der Energiewende teilhaben. Wir stehen für Akteursvielfalt und werden Bürgerbeteiligungs-Modelle fördern. So sollen auch Mieterinnen und Mieter über sogenannte Mieterstrommodelle von der Einspeisung regenerativer Energien und einer eigenen Stromerzeugung profitieren.

60 S. 32, Zeile 1289 Streichung: ~~Wir wollen alternative...~~

S. 32, Zeile 1290 Streichung: ~~Wir werden Bürgerenergiegenossenschaften fördern.~~

65 S. 32, Zeile 1292 Änderung: Die Stadtwerke sind eine zentrale Säule der Energiewende. Wir wollen sie weiter unterstützen und sichern.

S. 32, Zeile 1281-1293 Änderung: Ausschneiden und hinter der Ergänzung nach 1267 einfügen

*Antragsbereich VIII.A/ **Antrag 31**  
Stadtverband Witten (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

nach Zeile 1267 folgende Textpassage eingefügt werden: „Neben monetären Förderungen muss die Arbeit von erfolgreichen Stellen auf Landesebene wie z.B. die der Effizienz Agentur NRW (EFA) oder Energieagentur.NRW gestärkt und auf Bundesebene ausgeweitet werden. Unternehmen müssen verstärkt bei der Planung zur Reduzierung von Treibhausgasen und Ressourceneinsätzen unterstützt werden.“

5

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ **Antrag 32**  
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

In Zeile 1247 wird nach „Energiewende.“ eingefügt: „Die Versorgung mit Trinkwasser und Energie deckt ein Grundbedürfnis und ist daher eine Frage der Gerechtigkeit. Verbraucher sollen die Möglichkeit bekommen, Wasser- und Energiesperren auch bei Schulden aus der Vergangenheit abzuwenden, indem sie die zukünftigen Lieferungen im Voraus bezahlen.“

5

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

Ablehnung

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 33*  
*Ortsverein Gießen-Kleinlinden (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

Der folgenden Satz in Zeilen 1264-1265 ist zu streichen:  
 „Weil der Strombedarf steigt, wird Erdgas im Energiemix für eine flexible, sichere und CO2-arme Energieerzeugung bedeutender“

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 34*  
*Ortsverein Augsburg-Universitätsviertel/Ortsverein München Au (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

In Zeile 1246: "Energie muss umweltfreundlich und bezahlbar sein. Gleichzeitig muss die verlässliche Versorgung gesichert bleiben. Das sind für uns drei gleichrangige Ziele der Energiewende." ersetzen durch: „Der Sinn und Zweck der Energiewende ist die Erreichung der Klimaschutzziele. Daneben werden wir sicherstellen, dass die verlässliche Versorgung im Zuge dieses Transformationsprozesses sichergestellt bleibt und durch eine entsprechende Ausgestaltung von Umlagen und Steuern die Bezahlbarkeit von Energie für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleisten“

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

In Zeile 1250 „Das macht sie unnötig teuer.“ ersetzen durch: „Das macht sie unnötig teuer. Wir wollen durch die Vereinfachung und den Abbau behördlicher Auflagen eine besseren Kopplung erreichen.“

In Zeile 1253 "Dabei haben rentable Energieeffizienzmaßnahmen Vorrang vor dem Erzeugen zusätzlicher Energie." ersetzen durch: „Diese sind jedoch keine Alternative zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien sondern eine zusätzliche Notwendigkeit“

In Zeile 1254 „Wir wollen insbesondere den öffentlichen Gebäudebestand und den öffentlichen Nahverkehr zu Vorbildern des energieeffizienten Verbrauchs entwickeln.“ ersetzen durch: „Wir wollen insbesondere den öffentlichen Gebäudebestand und den öffentlichen Nahverkehr zu Vorbildern des energieeffizienten Verbrauchs entwickeln und die Kommunen mit den dafür notwendigen Mittel ausstatten“

In Zeile 1258 "2050 müssen wir Energie nahezu vollständig treibhausgasneutral erzeugen" ersetzen durch: "2050 müssen wir Energie nahezu vollständig treibhausgasneutral bereitstellen"

In Zeile 1259 „Den europäischen Emissionshandel werden wir als zentrales Klimaschutzinstrument weiterentwickeln und einen CO2-Mindestpreis einführen.“

40 ersetzen durch: „Der europäische Emissionshandel hat als Klimaschutzinstrument versagt. Wir werden uns dafür einsetzen, wirksamere Instrumente zu entwickeln. Bis dahin werden wir einen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis einführen, der alle Emissionsquellen umfasst. Damit ein Erreichen der Klimaschutzziele sichergestellt wird, wird der CO<sub>2</sub>-Preis dementsprechend in regelmäßigen Abständen überprüft und angehoben. Um soziale Gerechtigkeit bei dieser Belastung zu erreichen, wird eine gerechte Umverteilung der resultierenden Einnahmen angestrebt“

50 In Zeile 1263 "Die vollständige Energiewende gelingt nur, wenn auf dem Weg dorthin konventionelle Energieträger den Ausbau der erneuerbaren Energien ergänzen." ersetzen durch: „Konventionelle Energieträger dürfen in Zukunft nur noch dann eingesetzt werden, wenn sie für die Versorgungssicherheit unentbehrlich sind; hierbei müssen Anlagen mit hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) bevorzugt werden.“

55 In Zeile 1264 „Weil der Strombedarf steigt, wird Erdgas im Energiemix für eine flexible, sichere und CO<sub>2</sub>-arme Energieerzeugung bedeutender.“ ersetzen durch: „Desweiteren sollen erdgasgefeuerte Anlagen Vorrang vor kohlegefeuerten Anlagen haben.“

60 In Zeile 1267 einfügen: "Außerdem werden wir uns für einen zügigen Ausstieg aus der Braunkohlestromerzeugung einsetzen, der bis spätestens 2030 abgeschlossen sein sollte. Braunkohlekraftwerke, die nicht den EU-Anforderungen für NO<sub>x</sub>-Emissionen entsprechen, müssen umgehend stillgelegt werden. Kein Neubau von Braun- und Steinkohlekraftwerken darf mehr genehmigt werden.“

70 In Zeile 1272 einfügen: „Wir lehnen „Carbon Capture and Storage“ (CCS) in Verbindung mit fossilen Brennstoffen kategorisch ab und werden es in Deutschland nicht zulassen. Technologien, die mittels der Sequestrierung von CO<sub>2</sub> im Anschluss an die Energiegewinnung aus Biomasse einen positiven Klimaschutzeffekt erzielen, werden wir fördern.“

75 In Zeile 1279: "In Deutschland werden wir die Hermes-Kreditbürgschaften für Exporte so regeln, dass Atomenergie-Projekte davon ausgeschlossen werden" ersetzen durch: "In Deutschland werden wir die Hermes-Kreditbürgschaften für Exporte so regeln, dass Atomenergie-Projekte, sowie jegliche Art von Kohlekraftwerksprojekten davon ausgeschlossen werden"

80 In Zeile 1286 „Wir werden Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer weiterhin dabei unterstützen, ihre Häuser und Gebäude auf wirtschaftliche Weise energetisch zu sanieren und mit erneuerbaren Energien zu versorgen.“

85 ersetzen durch: „Wir werden Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer weiterhin dabei unterstützen, ihre Häuser und Gebäude auf wirtschaftliche Weise energetisch zu sanieren, mit erneuerbaren Energien zu versorgen und bürokratischen Hemmnisse hierfür abbauen.“

90 In Zeile 1288 einfügen: „Die Ausgestaltung von Energiesteuern und Umlagen muss dahingehend angepasst werden. Ebenfalls soll auch Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht werden, ohne bürokratische Hemmnisse wertvollen Beitrag zur Netzstabilisierung, z.B. netzdienliche Leistung und Last aus z.B. Speichern oder Demand Side Management, leisten zu dürfen.“

95  
100 In Zeile 1290 „Wir werden Bürger-Energiegenossenschaften fördern.“ ersetzen durch: „Wir werden Bürger-Energiegenossenschaften fördern und bestehende Hemmnisse hierfür aktiv beseitigen.“

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 35*  
*02/08 Luisenstadt (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

S. 32, Z. 1280: Ergänze Absatz: Der Braunkohletagebau zerstört ganze Landschaftsökosysteme und die energetische Verwertung der Braunkohle ist besonders klimaschädlich. Deshalb soll der Ausstieg aus dem Braunkohletagebau und der Nutzung der Braunkohle als Energiequelle beschleunigt werden.

5

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 36*  
*Ortsverein Augsburg-Universitätsviertel (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

In Zeile 1246 "Energie muss... Energiewende." ersetzen durch: „Der Sinn und Zweck der Energiewende ist die Erreichung der Klimaschutzziele. Daneben werden wir sicherstellen, dass die verlässliche Versorgung im Zuge dieses Transformationsprozesses sichergestellt bleibt und durch eine entsprechende Ausgestaltung von Umlagen und Steuern die Bezahlbarkeit von Energie für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleisten“

5

In Zeile 1250 „Das macht sie unnötig teuer.“ ersetzen durch: „Durch die Vereinfachung und den Abbau behördlicher Auflagen kann eine bessere Kopplung der Energieträger und Kostenreduktion erreicht werden.“

10

In Zeile 1253 "Dabei haben... zusätzlicher Energie." ersetzen durch: „Diese sind jedoch keine Alternative zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien sondern eine zusätzliche Notwendigkeit“

15

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 20 In Zeile 1254 „Wir wollen ... Verbrauchs entwickeln.“ ersetzen durch: „Wir wollen insbesondere den öffentlichen Gebäudebestand und den öffentlichen Nahverkehr zu Vorbildern des energieeffizienten Verbrauchs entwickeln und die Kommunen mit den dafür notwendigen Mittel ausstatten“
- 25 In Zeile 1258 "2050 müssen wir Energie nahezu vollständig treibhausgasneutral erzeugen" ersetzen durch: "2050 müssen wir Energie nahezu vollständig treibhausgasneutral bereitstellen"
- 30 In Zeile 1259 „Den europäischen Emissionshandel ... einführen.“ ersetzen durch: „Der europäische Emissionshandel hat als Klimaschutzinstrument versagt. Wir werden uns dafür einsetzen, wirksamere Instrumente zu entwickeln. Bis dahin werden wir einen CO2-Mindestpreis einführen.“
- 35 In Zeile 1261 "einen CO2-Mindestpreis einführen" ersetzen durch: "einen CO2-Mindestpreis einführen, der die Erreichung der Klimaschutzziele sicherstellt"
- 40 In Zeile 1263 "Die vollständige Energiewende... Energien ergänzen." ersetzen durch: „Konventionelle Energieträger dürfen in Zukunft nur noch dann eingesetzt werden, wenn sie für die Versorgungssicherheit unentbehrlich sind, hierbei müssen Anlagen mit hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) bevorzugt werden“
- 45 In Zeile 1264 „Weil der Strombedarf steigt ...bedeutender.“ ersatzlos streichen.
- 50 In Zeile 1267 zusätzlich einfügen.:  
"Außerdem werden wir uns für einen zügigen Ausstieg aus der Braunkohlestromerzeugung einsetzen, der bis spätestens 2030 abgeschlossen sein sollte. Braunkohlekraftwerke, die nicht den EU-Anforderungen für NOx-Emissionen entsprechen, müssen umgehend stillgelegt werden. Kein Neubau von Braun- und Steinkohlekraftwerken darf mehr genehmigt werden.“
- 55 In Zeile 1272 zusätzlich einfügen:  
„Wir lehnen „Carbon Capture and Storage“ (CCS) in Verbindung mit fossilen Brennstoffen kategorisch ab und werden es in Deutschland nicht zulassen. Technologien, die mittels der Sequestrierung von CO2 im Anschluss an die Energiegewinnung aus Biomasse einen positiven Klimaschutzeffekt erzielen, sollen gefördert werden.“
- 60 In Zeile 1279 "In Deutschland ... ausgeschlossen werden" ersetzen durch: "In Deutschland werden wir die Hermes-Kreditbürgschaften für Exporte so regeln, dass Atomenergie-Projekte, sowie jegliche Art von Kohlekraftwerksprojekten davon ausgeschlossen werden"
- 65 In Zeile 1286 „Wir werden Hausbesitzerinnen ... Ener-

70 gien zu versorgen.“ ersetzen durch: „Wir werden Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer weiterhin dabei unterstützen, ihre Häuser und Gebäude auf wirtschaftliche Weise energetisch zu sanieren, mit erneuerbaren Energien zu versorgen *und bürokratischen Hemmnisse abbauen.*“

75 In Zeile 1289 zusätzlich einfügen:  
 „Die Ausgestaltung von Energiesteuern und Umlagen muss dahingehend angepasst werden. Ebenfalls soll auch Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht werden, ohne bürokratische Hemmnisse wertvollen Beitrag zur Netzstabilisierung , z.B. netzdienliche Leistung und Last aus z.B. Speichern oder Demand Side Management, leisten zu dürfen.“

80 In Zeile 1290 „Wir werden Bürger-Energiegenossenschaften fördern.“ ersetzen durch: „Wir werden Bürger-Energiegenossenschaften fördern und bestehende Hemmnisse aktiv beseitigen.“

**Antragsbereich VIII.A/ Antrag 37**  
*Kreisverband Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1.**

Zeile 1245 Überschrift ändern in: „Energiewende forcieren“

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich VIII.A/ Antrag 38**  
*Unterbezirk Ebersberg (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

5 Zeilen 1250 bis 1252 streiche von „Speicher“ bis voranbringen“ und ersetze durch: Speicher und andere Technologien für die Sektorenkopplung und die Digitalisierung der Energiewende wollen wir gezielt durch Forschungs-, Entwicklungs- und Marktanreizprogramme voranbringen. In den Bereichen Power to Heat und Power to Gas wird auf zusätzliche, ungerechtfertigte Abgaben (z. B.: Netzentgelte, EEG-Umlage) verzichtet, um sie möglichst schnell wirtschaftlich zu machen.

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

10 Streiche Zeilen 1253 bis 1267 und ersetze durch: Maßnahmen zur Energieeffizienz werden wir ausbauen. Wir wollen insbesondere den öffentlichen Gebäudebestand und den öffentlichen Nahverkehr zu Vorbildern des energieeffizienten Verbrauchs entwickeln. Energieeffizienzstandards von Produkten und Dienstleistungen  
 15 werden wir weiter verbessern.

Spätestens 2050 müssen wir Energie vollständig treibhausgasneutral erzeugen. Wir stellen dabei sicher, dass



20 Deutschlands Industrie international wettbewerbsfähig bleibt. Den europäischen Emissionshandel werden wir als zentrales Klimaschutzinstrument weiterentwickeln und einen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis einführen. Dieser wird die Folgekosten der bisherigen, fossilen Energieerzeugung enthalten. Dabei werden wir unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen im Klimaschutz berücksichtigen und

25 „Carbon-Leakage“ verhindern. Die vollständige Energiewende gelingt nur, wenn wir die erneuerbaren Energien in den Mittelpunkt der Erzeugungsstrukturen stellen und die konventionellen Energieträger ergänzend dort einsetzen, wo es nicht anders möglich ist. Dezentrale, regionale Erzeugungsstrukturen werden dabei im

30 Vordergrund stehen. Moderne Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung werden im Rahmen eines Flexibilitätsmarktes eine wichtige Rolle im Energiesystem übernehmen, insbesondere da sie zukünftig CO<sub>2</sub>-neutral betrieben werden können (Stichwort Power to Gas). Wir werden sie deshalb entsprechend fördern.

35

Streiche Zeilen 1288 bis 1293 und ersetze durch: Sinkende Börsenstrompreise und Einkaufspreise der Gasversorger müssen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommen. Wir wollen alternative Finanzierungsmodelle der Energiewende prüfen, werden aber auch das bisherige Vergütungssystem so anpassen, dass

40 Bürger-Energiegenossenschaften gefördert werden, zum Beispiel durch Ausnahmeregeln bei Ausschreibungen für kleinere Projekte (De-Minimis-Regelung). Die regionale Energiedirektvermarktung wird erleichtert.

45 Mit diesen beiden Maßnahmen kann gewährleistet werden, dass die eigentlichen Akteure, nämlich die Bürger dieses Landes, die Energiewende weiter vorantreiben können. Kommunen sollen ihre Netzinfrastruktur rekommunalisieren können, wenn sichergestellt ist,

50 dass der Netzbetrieb sicher und effizient erbracht werden kann. Den Stadtwerken kommt bei der Umsetzung der Energiewende eine Schlüsselrolle zu.

**Antragsbereich VIII.A/ Antrag 39**

*Ortsverein Leipzig-Nord/Ortsverein Leipzig-Südwest/Ortsverein Leipzig-Südost (Landesverband Sachsen)  
Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

Die Zeilen 1274 bis 1278 werden ab dem Wort “Das” bis zum Wort “Konzerne” gestrichen und wie folgt ersetzt: “Dafür wollen wir vor allem die Konzerne in die Verantwortung nehmen.”

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 40*  
*Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1.**

Ziffer 1267 nach (entsprechend fördern.) soll der Passus ergänzt werden: „Nach dem Ausstieg aus der Atomkraft ist der Ausstieg aus der Kohleverstromung die logische Konsequenz für die Umstellung auf 100 Prozent Erneuerbare. Wir wollen für eine gesetzlich geregelte Beendigung der Kohleverstromung einen Plan entwickeln, der den Bau neuer Kraftwerke verbietet und bis spätestens 2040 festlegt, welche bestehenden Kraftwerke abgeschaltet werden. Bei den notwendigen System- und Strukturanpassungen müssen besonders die Interessen der über 20000 Beschäftigten in den Bergbauregionen mit flankierenden sozialen Maßnahmen gesichert werden.“

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 41*  
*NaturFreunde Deutschlands*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1.**

Zeile 1251 durch Einfügung des Wortes „effiziente“ ergänzen: „...Technologien für die effiziente Sektorenkopplung...“

**Änderungsantrag Kapitel VIII.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Zeile 1253 wie folgt ändern: „Maßnahmen zur Energieeffizienz werden wir ausbauen, Strategien für alle Verbrauchssektoren entwickeln und Hemmnisse systematisch abbauen. Dabei haben wirtschaftliche Energieeffizienzmaßnahmen Vorrang vor der Erzeugung, Verteilung und Speicherung zusätzlicher Energie. Wir wollen insbesondere ~~den öffentlichen~~ Gebäude, Infrastruktur und den ~~öffentlichen~~ Nahverkehr zu Vorbildern des energieeffizienten Verbrauchs entwickeln. Energieeffizienzstandards von Produkten, Gebäuden und Dienstleistungen sowie die Qualität von Verbraucherinformationen werden wir weiter verbessern. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, starten wir eine breite Qualifizierungsoffensive.“

Zeile 1259 neu einfügen: Energieproduktivität ist der Schlüssel dafür. Begünstigungen bei Energieabgaben und -steuern koppeln wir an Effizienzfortschritte.“

Zeile 1260 das Wort „zentrales“ löschen

Zeile 1264 wie folgt zu ändern: „Weil der Strombedarf

steigt, wird die Begrenzung dieses Anstiegs durch Effizienzmaßnahmen sowie Erdgas im Energiemix für eine flexible, sichere und CO<sub>2</sub>-arme Energieerzeugung bedeutender.“

30

Zeile 1283 die Worte „auch steuerlich“ zu ändern: „Wir werden Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer künftig auch steuerlich dabei unterstützen, ihre Häuser und Gebäude auf wirtschaftliche Weise energetisch zu sanieren und mit erneuerbaren Energien zu versorgen.“

35

**Antragsbereich VIII.A/ Antrag 43**

*Ortsverein Everswinkel (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII**

Seite 31/ 32 Stromgrundversorgung und zum Strompreis:

**Änderungsantrag Kapitel VIII**

Ablehnung

330.000 Haushalten werden jährlich vom Stromnetz abgeklemmt, weil sie die ausstehenden Stromrechnungen nicht mehr bezahlen können. Dies verschärft die soziale Situation der Betroffenen stetig weiter. Statt sich selber mit warmen Mahlzeiten versorgen zu können sind diese Menschen auf teurere Alternativen angewiesen. Eine sinnvolle Vorratshaltung und längere Haltbarmachung von Lebensmitteln mittels Kühlung und Gefrierhaltung ist so nicht mehr möglich. Die SPD sollte deshalb eine Stromgrundversorgung in den Leitantrag mit aufnehmen, um die betroffenen Menschen zu unterstützen.

5

10

15

**EEG Umlage für Abnehmer**

Um den Strompreis zu senken, sollten alle Abnehmer an der EEG-Umlage beteiligt werden. Die bevorzugte Behandlung von Großabnehmern muss zurückgenommen werden. Dies würde die durchschnittlichen Energiekosten für die Gesamtbevölkerung senken. Dadurch würde gerade für die sozial schwachen Stromnutzer die finanzielle Belastung spürbar entspannt.

20

25

**Antragsbereich VIII.A/ Antrag 44**

*06/05 Lankwitz/060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)/Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4**

Ergänze in Zeile 1297 nach „wichtigen Standortfaktor“: „Gleichzeitig ist die Modernisierung des Verkehrs entscheidend dafür, dass Deutschland seine Klima-

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4**

Teil 1 Annahme, einfügen Seite 34, Zeile 18

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- Emissionsziele erreicht.“
- 5 Ergänze in Zeile 1302 „gestalten“: „Wir werden prüfen, ob der Bundesverkehrswegeplan 2030 dahin gehend angepasst werden muss.“ Teil 2 Ablehnung
- 10 Ergänze Zeile 1345 f. nach „modernisieren“: „und ausbauen, auch außerhalb der Ballungszentren.“ Teil 3 Ablehnung
- 15 Ergänze Zeile 1346: „Wir werden die Schienenverbindungen in unsere Nachbarländer ausbauen und den Nachtzug in Deutschland und Europa wieder stärken. So verbinden wir auch die Menschen in Europa miteinander.“ Teil 4 Ablehnung
- 20 Ergänze Zeile 1364 f. nach „Bedeutung“: „Gleichzeitig hat der Luftverkehr eine erhebliche Verantwortung zur Erreichung der 2015 in Paris beschlossenen internationalen Klimaziele.“ Teil 5 Annahme, einfügen S. 35, Zeile 43
- 25 Streiche Zeile 1351 bis 1353 von „Neue Technologien“ bis „ermöglichen.“ Teil 6 Ablehnung

**Antragsbereich VIII.A/ Antrag 45**  
*Ortsverein Stuttgart-Ost (Landesverband Baden-Württemberg)*

- |   |  |
|---|--|
| <p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b><br/>         Streiche auf S 33 den Satz ab Zeile 1331 bis 1333: „Öffentlich-Private-Partnerschaften im Straßenbau werden wir nur realisieren, wenn deren Wirtschaftlichkeit unter Beteiligung des Bundesrechnungshofs transparent nachgewiesen worden ist.“</p> <p>5</p> | <p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b><br/>         Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p> |
|---|--|

**Antragsbereich VIII.A/ Antrag 46**  
*Ortsverein Herrenberg (Landesverband Baden-Württemberg)*

- |   |  |
|---|--|
| <p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b><br/>         Zeile 1331 bis 1333: Zu streichen ist der Satz „Öffentlich-private Partnerschaften ....worden ist.“ Neu Zeile 1331: . „... bleibt ausgeschlossen, dies gilt auch für Öffentlich-Private-Partnerschaften.“</p> <p>5</p> <p>10 Der Text in den Zeilen 1347 -1349 „Fernbusse sorgen dafür, dass man zu bezahlbaren Preisen reisen kann. Mittelständische Busunternehmen leisten hier einen wichtigen Beitrag. Uns ist wichtig, dass in der Fernbusbranche gute Arbeitsbedingungen gewährleistet sind.“</p> | <p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b><br/>         Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p> |
|---|--|

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 49*

*Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)*

	<b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b>
5	Z. 1370, Ergänzung am Zeilenende: „Rabattprogramme oder Subventionen zum Anwerben neuer Luftverkehrsgesellschaften an stadtnahen Flughäfen mit hoher Lärmbelastung und Luftverschmutzung werden wir hingegen unterbinden.“	Teil 1 Ablehnung
10	Z. 1382, Ergänzung nach „...Güterwagen.“: „Zusätzliche Belastungen in dichtbesiedelten Gebieten durch Schienenverkehrslärm werden wir nicht akzeptieren.“	Teil 2 Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission
	Z. 1383, nach „...fördern und“: wirkungsvollere	Teil 3 Ablehnung
15	Z. 1383, Ergänzung am Zeilenende: „Darüber hinaus wollen wir als aktiven Lärmschutz vor allem an stadtnahgelegenen Flughäfen ein verbindliches Nachtflugverbot von 22-6 Uhr einführen.“	Teil 4 Ablehnung

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 50*

*Ortsverein Kappeln-Land (Landesverband Schleswig-Holstein)*

	<b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b>
5	Zeile 1326 - 1329: generelle Abschaffung der Mautpflicht. Ersetzen durch: Für LKW über 7,5t wird stattdessen eine Vignette nach österr. Vorbild eingeführt. Dies gilt auch für LKW, die allein vignettenbefreit, mit Anhänger/Auflieger das zulässige Gesamtgewicht von 7,5t überschreiten.	Ablehnung

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 51*

*Unterbezirk Marburg-Biedenkopf (Bezirk Hessen-Nord)*

	<b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b>
5	der Abschnitt „Bezahlbare und umweltfreundliche Mobilität“ wird in „Bezahlbare und nachhaltige Mobilität“ umbenannt und in geänderter Fassung in das Kapitel „Es ist Zeit für ein gutes Leben- in der Stadt und auf dem Land“ ab Zeile 1223 eingefügt.	Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission
10	Zeile 1300/1301 Umbenennung des Titels des Bündnisses in „Bündnis für bezahlbare und nachhaltige Mobilität“  Zeile 1343Einfügen hinter den Worten „heute die Bahn nutzen.“ den Satz „Dafür werden wir die Schienenmaut für den Personen- und Güterverkehr halbieren und die Stromsteuer für den Schienenverkehr absenken. Die	

- 15 Eisenbahnen müssen im Gegenzug in mehr Service, mehr Zuverlässigkeit und mehr Innovationen investieren.
- 20 Folgeänderung in Zeile 1343: aus „Dazu werden wir...“ in „Wir werden in allen Großstädten...“
- 25 Zeile 1346: Einfügen hinter ...modernisieren. „Wir werden die Attraktivität von Bahnhöfen fördern und die Sicherheit der Reisenden im Schienenverkehr durch mehr Bundespolizei und Videoüberwachung an Bahnhöfen verbessern.“
- 30 Zeile 1298: Hinter den Worten „umweltfreundlich sein“ den Satz einfügen: „Wir wollen die Anzahl der Verkehrstoten im Straßenverkehr weiter senken.“
- 35 Zeile 1314-1315: Den Satz „Das Auto behält als zunehmend emissionsfreies Verkehrsmittel seine wichtige Rolle für die individuelle Mobilität.“ in den Satz ändern: „Das Auto behält seine wichtige Rolle für die individuelle Mobilität, allerdings muss sein Weg zu einem emissionsfreien Verkehrsmittel weiter vorangetrieben werden.“
- 40 Zeile 1319 ff.: Die Sätze „Wir wollen in Deutschland modernste Elektroautos entwickeln und produzieren. In den Ausbau einer Ladeinfrastruktur in Stadt und Land werden wir investieren. Auch Brennstoffzellenantriebe und andere emissionsarme Antriebstechnologien wollen wir am Wirtschaftsstandort Deutschland weiter erforschen. Alternative Antriebe zu entwickeln, ist Aufgabe der Hersteller.“ ändern in
- 45 „Wir wollen, dass in Deutschland modernste Elektroautos entwickelt und produziert werden. Den Ausbau der Ladeinfrastruktur in Stadt und Land durch die Unternehmen werden wir fördern. Auch Brennstoffzellenantriebe und andere emissionsarme Antriebstechnologien wollen wir am Wirtschaftsstandort Deutschland weiter bei Forschung und Entwicklung unterstützen.“
- 50 Zeile 1323: Den Satz „Wir wollen durch frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, weniger Bürokratie und gezielten Personaleinsatz unsere öffentlichen Verkehrswege schneller planen und bauen.“ verschieben und nach den Worten „zu investieren“ in **Zeile 1329** einfügen.
- 55 Zeile 1325: Den Satz „Hierfür sind insgesamt mehr Investitionen erforderlich, um die Verkehrswege zu erhalten und auszubauen.“ in die beiden Sätze ändern „Wir wollen, dass Pendlerinnen und Pendler nicht permanent im Stau stehen. Wir werden daher mehr investieren, um die Verkehrswege zu erhalten und auszubauen.“
- 60 Zeile 1369: Nach dem Wort „Die Entwicklung“ die Worte „und Einsatz“ sowie vor dem Wort „Antriebe“ das

Wort „leiser“ einfügen.

65 Zeile 1372 und 1373: Nach dem Wort „Luftqualität“ den Satz ~~„Das betrifft vor allem ärmere Teile der Bevölkerung.“~~ sowie nach dem Wort „schützen“ den Satz ~~„Im Zentrum stehen deshalb für uns umweltfreundliche Verkehrsträger wie Fahrrad, Schienenverkehr, ÖPNV und Elektromobilität, die wir verstärkt fördern werden.“~~ streichen.

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 52*  
*Ortsverein Bochum-Ehrenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

Hinter den Satz (Zeilen 1318/1319; „In den Ausbau ... wir investieren.“ wird hinzugefügt: „Dazu gehört auch eine Beschilderung im Sinne der Straßenverkehrsordnung (StVO) um auf die entsprechenden Ladeeinrichtungen einheitlich hinweisen zu können und dadurch auch indirekt für eine steigende Akzeptanz der Elektromobilität bei potenziellen Interessenten zu sorgen.“

5

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 53*  
*Ortsverein Bochum-Ehrenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

Hinter den Satz (Zeilen 1335-1337; „Für E-Bikes ... gestellt werden.“ wird hinzugefügt: „Öffentliche Einrichtungen sollen zudem bei der Förderung der Radmobilität ihrer Beschäftigten eine Vorreiterrolle einnehmen. Daher ist beispielsweise beim Thema (E-)Bike-Leasing durch die Bundesregierung eine allgemeine Grundsatzentscheidung zu treffen, damit alle Beschäftigten im Bundesdienst entsprechende Angebote nutzen können. „Dadurch wird sichergestellt, dass der Bund als Arbeitgeber eine proaktive Rolle im Rahmen des Nationalen Radverkehrsplans 2020 einnimmt.“

5

10

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 54*  
*07/01 Tempelhof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

Seite 32, Zeile 1296: „Für die Wirtschaft bedeutet Mobilität einen wichtigen Standortfaktor.“ danach ergänzen: **„Gleichzeitig ist die Modernisierung des Verkehrs entscheidend dafür, dass Deutschland seine Klima-Emissionsziele erreicht.“** *Stattdessen:* Gleichzeitig birgt

5

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

Teil 1 Ablehnung

**die dringend notwendige Verkehrswende ein gewaltiges Innovationspotential für die deutsche Wirtschaft."**

- |    |  |  |
|----|--|--|
| 10 | Seite 32, Zeile 1301: „Im Rahmen dieses Bündnisses werden wir einen verlässlichen Zeitplan erarbeiten, um Mobilität in Deutschland bis 2050 digital, schadstofffrei und sicher zu gestalten.“ danach ergänzen: <b>„Wir werden prüfen, ob der Bundesverkehrswegeplan 2030 dahingehend angepasst werden muss.“</b> | Teil 2 Ablehnung                                     |
| 15 | Seite 33, Zeile 1344: „Den dafür notwendigen „Deutschlandtakt“-Fahrplan werden wir zügig vorlegen und die Schienenwege werden wir modernisieren“ <i>danach ergänzen:</i> <b>„und ausbauen, auch außerhalb der Ballungszentren.“</b>  | Teil 3 Ablehnung                                     |
| 20 | Seite 33, Zeile 1346 <i>ergänzen:</i> <b>„Wir werden die Schienenverbindungen in unsere Nachbarländer ausbauen und den Nachtzug in Deutschland und Europa wieder stärken. So verbinden wir auch die Menschen in Europa miteinander.“</b>   | Teil 4 Ablehnung                                     |
| 25 | Seite 33, Zeile 1364: „Somit sind moderne Luft- und Logistikdrehkreuze mit bedarfsgerechter Kapazität von großer Bedeutung.“ <i>danach ergänzen:</i> <b>„Gleichzeitig muss der Luftverkehr einen erheblichen Beitrag zur Erreichung der 2015 in Paris beschlossenen internationalen Klimaziele leisten.“</b>     | Teil 5 Erledigt durch teilweise Annahme von VIII.A44 |
| 30 |  |  |

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 55  
02/08 Luisenstadt (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

Zeile 1629 wird ergänzt: nach: „seiner neutralen Rolle und Beratungsfunktion stärken“ folgt: „indem wir es zu einer vom Bundesministerium des Innern unabhängigen Bundesbehörde ausbauen:“

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

Ablehnung

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 56  
Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

In Zeile 1368 wird folgender Satz angefügt: „Dabei ist die besondere schutzwürdige Nachtruhe für die Bevölkerung rund um die Flughäfen in dem Verfahren nach dem Luftverkehrsgesetz von herausragender Bedeutung.“

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

Annahme in geänderter Fassung

Einschub Seite 36 nach Zeile 3:

- |   |  |   |
|---|--|---|
| 5 |  | Dabei ist auf die Nachtruhe für die Bevölkerung rund um den Flughafen in dem Verfahren nach dem Luft- |
|---|--|---|



10

verkehrsgesetz in besonderem Maße Rücksicht zu nehmen und damit von herausragender Bedeutung. Außerdem werden wir die Fluglärmkommissionen stärken.

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 57*  
*Ortsverein Potsdam-Süd (Landesverband Brandenburg)*

- |    | <b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b>  | <b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b>                      |
|----|--|--|
|    | Ergänze in der Zeile 1315 nach „Elektromobilität“: „auf Straße, Schiene, in der Fabrik und insbesondere in der Stadt“  | Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission |
| 5  | Ergänze in der Zeile 1320 hinter „Antriebstechnologien“: „mit einer besseren Umweltbilanz als bestehende Systeme“  |  |
|    | Ersetze in der Zeile 1321 „forschen“ durch „fördern“   |  |
| 10 | Streichung folgender Textpassage in den Zeilen 1347-1349: „Fernbusse sorgen dafür, dass man zu bezahlbaren Preisen reisen kann. Mittelständische Busunternehmen leisten hier einen wichtigen Beitrag. Uns ist wichtig, dass in der Fernbusbranche gute Arbeitsbedingungen gewährleistet sind.“ |  |
| 15 |  |  |

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 58*  
*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

- |    | <b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b>   | <b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b>                      |
|----|---|--|
| 5  | In Zeile 1326 nach „ausbauen“ einfügen: Wir werden Verkehrsplanung und Stadtentwicklung über die Zuständigkeitsgrenzen hinaus zusammen denken und zu deren Umsetzung Verkehrsfinanzierung und Städtebau förderung additiv nutzbar machen. | Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission |
|    | Einfügen nach 1330 : Infrastruktur gehört in öffentliche Hand   |  |
| 10 | Nach Zeile 1333 einfügen: Generell gilt: Infrastruktur gehört in öffentliche Hand!  |  |
|    | Zeile 1381 neu: Im Luftverkehr wollen wir die zügige Umsetzung lärmarmen Flugverfahren fördern und Anreize für den Einsatz leiserer Flugzeuge bzw. für den Verzicht auf laute Maschinen setzen.   |  |
| 15 |   |  |

20 Zeile 1384 Neuer Satz: Bei Bebauungsplänen für Wohn-  
bebauung müssen die langfristigen Ausbauplanungen  
Schiene und Straße berücksichtigt werden.

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 59*  
*Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

(Füge ein auf Seite 32, nach Zeile 1298) „Dies schließt die Nutzungsmöglichkeit für jeden potenziellen Bahn-  
nutzer ohne technologische Zugangshürden ein.“

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

Ablehnung

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 60*  
*06/03 Lichterfelde-West (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

ersetze in Seite 33, Zeile 1331ff. den Satz „Öffentlich-  
Private-Partnerschaften im Straßenbau [...] worden ist.“  
durch: „Öffentlich-Private-Partnerschaften im Straßen-  
bau lehnen wir ebenfalls ab.“

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

Ablehnung

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 61*  
*Ortsverein Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

in der Zeile 1316 vor dem Satz „Auf europäischer Ebene  
... von PKWs ein.“ folgender Text einzufügen: „Wir wer-  
den die steuerliche Veranlagung der privaten Nutzung  
von dienstlichen Elektromobilen aussetzen.“

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

Teil 1 Ablehnung

5

vor der Zeile 1347 vor dem Satz „Fernbusse sorgen ...  
kann.“ folgender Text einzufügen: „Wir werden den  
öffentlichen und individuellen Zubringerverkehr zum  
Stundentakt-Netz in die kleineren Strukturen sichern  
und attraktiver machen.“

Teil 2 Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung An-  
tragskommission

10

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 62*  
*Ortsverein Münster-Kinderhaus-Sprakel (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

Streiche 1299 und ersetze durch: Deutschland braucht  
eine Verkehrswende. Straße, Schiene, **Fahrradwege**,  
Wasserstrasse und Luftverkehr dürfen nicht isoliert  
betrachtet werden. **Wir streben eine Gleichberechtigung  
der Verkehrsarten an; dazu werden wir einen grundle-**

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

Teil 1 Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung An-  
tragskommission

5

***genden Umbau der Finanz-, Rechts- und Verwaltungsstrukturen einleiten.***

- |    |   |   |
|----|---|---|
| 10 | Wir wollen ein „Bündnis für umweltfreundliche und bezahlbare Mobilität“ gründen. Im Rahmen dieses Bündnisses werden wir einen verlässlichen Zeitplan erarbeiten, um Mobilität in Deutschland bis 2050 digital, schadstofffrei und sicher zu gestalten.  | Teil 2 Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission |
| 15 | 1334 wird durch folgenden Text ersetzt: Mobilität mit dem Rad bietet Lösungen für viele gesellschaftliche Herausforderungen wie Energiewende, Klimawandel und Gesundheit. Wir sehen eine Förderung der Nutzung des Fahrrades als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.  | Teil 3 Ablehnung  |
| 20 | Das Fahrrad wird mit Verkehrsmitteln wie Bussen und Bahnen, Taxis oder Car-Sharing kombiniert - es entsteht ein funktionierendes Gesamtsystem. Wir werden den öffentlichen Verkehr bestmöglich mit dem Fahrrad vernetzen.   |   |
| 25 | Ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen für eine erfolgreiche Radverkehrsförderung werden bereitgestellt. Radfahren soll zügig, sicher und komfortabel sein. Dafür brauchen wir eine fahrradfreundliche Infrastruktur. Sie muss den Ansprüchen aller Radverkehre und unterschiedlicher Fahrradtypen Rechnung tragen. |   |
| 30 | Eine objektive Sicherheit sowie ein hohes subjektives Sicherheitsempfinden der Radfahrer und möglichst wenig Unfälle sind Voraussetzung, um das Radfahren für alle zu ermöglichen. Um Gefahren zu reduzieren, sind verträgliche Geschwindigkeiten des Kfz-Verkehrs und eine Verkehrskultur des Miteinanders unverzichtbar.      |   |
| 35 |   |   |

***Antragsbereich VIII.A/ Antrag 63***

*Ortsverein Bochum-Querenburg (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

*02/12 Petersburger Kiez/02/04 45. Abteilung Südsterne (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**  
Streiche Zeile 1331 bis 1333

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**  
Ablehnung

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 65*  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

	<b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b> S. 32, Zeile 1302, Ergänze nach „[...] um Mobilität in Deutschland bis 2050 digital, schadstofffrei, <b>barrierefrei</b> und sicher zu gestalten.“	<b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b> Teil 1 Annahme ergänzen Seite 34, Zeile 23
5	S. 32, Zeile 1304ff. Ergänze nach „Den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) werden wir noch attraktiver machen. Für den Erhalt und den Ausbau unserer kommunalen Straßen und <b>für den Erhalt, den Ausbau und die barrierefreie Modernisierung</b> des ÖPNV werden wir die Finanzhilfen des Bundes weiter zur Verfügung stellen und an den steigenden Bedarf anpassen.“	Teil 2 Annahme einfügen Seite 34, Zeile 25
10		

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 66*  
*02/12 Petersburger Kiez (Landesverband Berlin)*

<b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2.</b> Streichung des Wortes „umweltfreundlich“ in Zeile 1359	<b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2.</b> Ablehnung
--	---

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 70*  
*Stadtverband Witten (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

<b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b> soll nach Zeile 1310 folgendes eingefügt werden: „Neben Vorstößen hinsichtlich des Azubi-Tickets, müssen allgemein die Preise für den ÖPNV überprüft werden. Menschen, egal in welchem Alter und welcher sozialen Stellung, müssen das Recht haben, sich zu angemessenen Preisen mittels ÖPNVs fortbewegen zu können. Die preisliche Abgrenzung zum Individualverkehr muss im gesamten Bundesgebiet deutlich werden.“	<b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b> Ablehnung
5	

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 71*  
*Ortsverein Oldenburg (Landesverband Schleswig-Holstein)*

<b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b> Nach Zeile 1329 einfügen: „Der Versuch, eine PKW-Maut in Deutschland einzuführen, hat sich als untauglich erwiesen. Wir lehnen eine PKW-Maut ab.“	<b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b> Ablehnung
--	--

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 72*

*Ortsverein Steinheim an der Murr (Landesverband Baden-Württemberg)*

	<b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b>
5	hinter Zeile 1346 „Den dafür notwendigen „Deutschlandpakt“-Fahrplan ... modernisieren“ einzufügen: „Dafür sind innerhalb der nächsten 4 Jahre alle Haupt- und Nebenschienenstrecken, Stellwerke und Bahnhöfe gründlich auf den neuesten Stand zu bringen. Alle Nebenstrecken, die Hauptstrecken verbinden sind zu elektrifizieren, um besseren Personenverkehr und die Aufnahmefähigkeit für vermehrten Güterverkehr zu ermöglichen.“	Ablehnung

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 73*

*Ortsverein Augsburg-Universitätsviertel/Ortsverein München Au (Landesverband Bayern)*

	<b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b>
5	In Zeile 1301 „verlässlichen“ ersetzen durch: „verbindlichen“	Teil 1 Ablehnung
5	In Zeile 1314 „Das Auto behält ... individuelle Mobilität.“ ersatzlos streichen.	Teil 2 Ablehnung
10	In Zeile 1316 "Auf europäischer Ebene... PKWs ein." ersetzen durch: "Auf europäischer Ebene setzen wir uns für ambitionierte Grenzwerte und die Entwicklung und Umsetzung von realistischeren und strengeren Prüfverfahren für den Schadstoffausstoß von PKWs ein."	Teil 3 Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission
15	In Zeile 1317 einfügen: „Wir unterstützen den Beschluss des Bundesrates vom 23.09.2016, der vorsieht, dass ab 2030 keine Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren mehr zugelassen werden dürfen. Das schafft Investitionssicherheit für alle Beteiligten und sichert Deutschlands Spitzenstellung im Bereich der Automobilindustrie.“	Teil 4 Ablehnung
20		
25	In Zeile 1321 „Auch Brennstoffzellenantriebe ... weiter erforschen.“ ersetzen durch: „Auch Brennstoffzellenantriebe und andere emissionsarme Antriebstechnologien wollen wir am Wirtschaftsstandort Deutschland weiter erforschen, fördern und am Markt einführen.“	Teil 5 Ablehnung

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 74*  
*Ortsverein Uelzen (Bezirk Hannover)*

- |  |  |
|--|--|
| <p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b><br/>         In Zeile 1328 wird folgender Satz eingefügt nach „... belasten würde.“: „Die PKW-Maut werden wir wieder abschaffen.“</p>           | <p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b><br/>         Teil 1 Ablehnung</p> |
| <p>5 In Zeile 1353 wird folgender Satz eingefügt nach „... Leben kommen.“ „Wie werden uns dafür einsetzen, diese Systeme für neuzugelassene LKW europaweit verpflichtend zu machen.“</p> | <p>Teil 2 Ablehnung</p>  |

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 75*  
*02/08 Luisenstadt (Landesverband Berlin)*

- |   |   |
|---|---|
| <p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b><br/>         S.33, Z.1341. nach.... Vordergrund ergänzen durch: „Das Bahnfahren, insbesondere auf Kurz- und Mittelstrecken in Deutschland und der EU, muss bezahlbarer und somit konkurrenzfähiger gegenüber ökologisch weniger nachhaltigen Transportmitteln gemacht werden.“</p> | <p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b><br/>         Teil 1 Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p> |
| <p>5 S. 33, Z. 1362: Ergänze: Wir setzen uns auch für die Entwicklung und Nutzung alternativer Energiequellen für die Schifffahrt ein.</p>  | <p>Teil 2 Annahme, ergänzen Seite 35, Zeile 41</p>  |

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 76*  
*02/02 Kreuzberg 61 (Landesverband Berlin)*

- |   |   |
|---|---|
| <p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2.</b><br/>         Zeile 1326 Der Satz: „Wir haben beschlossen...- bis investieren“ wird gestrichen und ersetzt durch. „Wir schaffen die PKW-Maut ab.“</p>  | <p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2.</b><br/>         Teil 1 Ablehnung</p> |
| <p>5 Zeile 1331 bis 1333 Satz: „Öffentlich-Private-Partnerschaften im Straßenbau werden wir nur realisieren, 1332 wenn deren Wirtschaftlichkeit unter Beteiligung des Bundesrechnungshofs transparent 1333 nachgewiesen worden ist.“ wird gestrichen.</p> | <p>Teil 2 Ablehnung</p>   |

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 77*  
*Ortsverein Gera-Ost (Landesverband Thüringen)*

- |   |   |
|---|---|
| <p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b><br/>         Nach Zeile 1317 soll eingefügt werden: „Die Prüfme-</p> | <p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b><br/>         Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-</p> |
|---|---|

5 thoden zur Kontrolle der Einhaltung der Grenzwerte des Schadstoffausstoßes bei Fahrzeugen, müssen im Real-Einsatz erfolgen, denn nur so können wir sicherstellen, dass die Grenzwerte auch tatsächlich eingehalten werden. Überschreitungen und Nichteinhaltungen müssen stärker sanktioniert werden. Hier sind wir in der Pflicht, als Gesetzgeber entsprechende Weichen zu stellen.“

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 78*  
*Ortsverein Mannheim-Lindenhof (Landesverband Baden-Württemberg)*

<p>5 <b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b>  soll der Satz in den Zeilen 1315 bis 1316 wie folgt geändert werden: „Wir wollen die <b>Elektromobilität</b> sowohl aus klima- als auch aus gesellschaftspolitischen Gründen voranbringen.“</p> <p>10 soll die Forderung in den Zeilen 1316 bis 1317 wie folgt ergänzt werden: „Auf europäischer Ebene setzen wir uns für ambitionierte Grenzwerte für den Schadstoffausstoß von PKWs ein. Durch Maßnahmen wie eine Anpassung der Kontrollbehörden werden wir in Zukunft einen erneuten Betrug der Hersteller verhindern.“</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b>  Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
--	--

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 80*  
*Kreisverband Görlitz (Landesverband Sachsen)*

<p>5 <b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2.</b>  Zeile 1319 Einfügung vor dem Satz: “Auch Brennstoffzellenantriebe...“: „Das im Aufbau begriffene Schnellladenetzen an den Bundesautobahnen muss durch Schnellladestationen an den Bundesstraßen ergänzt werden. Die Anmeldung an den Ladestationen muss einfacher und einheitlicher werden.</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2.</b>  Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
--	---

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 82*  
*Unterbezirk Düsseldorf (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

<p>5 <b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b>  Die Zeilen 1319 ff. (S. 33) werden wie folgt formuliert: Brennstoffzellenantriebe und andere emissionsarme Antriebstechnologien wollen wir am Wirtschaftsstandort Deutschland weiter erforschen <u>und ihre Marktreife befördern</u>. Alternative Antriebe zu entwickeln, ist Aufgabe der Hersteller.</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.2</b>  Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
---	--

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 83*  
*Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

Zeile 1346 An den Absatz wird folgender Satz angefügt:  
 „Grundlage für das Erreichen dieser Ziele ist ein umfassender Ausbau der Schieneninfrastruktur zusammen mit einer entschiedenen Verlagerung des Güter- und Personenverkehrs auf die Schiene.“

5

Zeile 1362 An den Absatz wird folgender Satz angefügt:  
 „Hier werden wir die Investitionen in die Wasserinfrastruktur deutlich erhöhen.“

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 84*  
*06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2.**

Zeile 1303: Bitte neu hinzufügen: "Wir setzen uns für ein Tempolimit von 120 km/h auf der Autobahn ein. Der Straßenverkehr auf den deutschen Autobahnen ist für etwa zwölf Prozent der CO2-Emissionen verantwortlich. Nach Schätzungen würde der Anteil um maximal 0,3 Prozentpunkte sinken - bei einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 120km/h."

5

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2.**

Ablehnung

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 85*  
*Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2.**

Ergänzung nach Zeile 1329: Wir werden die PKW-Maut in der jetzigen Form wieder abschaffen.

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2.**

Ablehnung

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 86*  
*Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)/Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

Ergänze in Zeile 1306 nach "anpassen.": „Daher werden wir die seit 1997 unveränderte Förderung aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz endlich spürbar erhöhen.“

5

Z. 1341-1342 ersetze: „Mit einem Schienenpakt ... 2030 dafür sorgen“ durch: „Mit einem Schienenpakt von Politik und Wirtschaft sowie einem Schienenpersonenfernverkehrsplan, der die Mindestbedienung von bestimmten Verbindungen als Aufgabe der Daseinsvor-

10

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission



sorge definiert, wollen wir bis 2030 dafür sorgen“

**Antragsbereich VIII.A/ Antrag 87**

*Ortsverein Leipzig-Nor /Ortsverein Leipzig-Südwest/Ortsverein Leipzig-Südost (Landesverband Sachsen)  
Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

In der Zeile 1316 wird nach dem Wort “voranbringen”  
eingefügt: “, auch auf dem Fahrrad”

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

Ablehnung

5 In der Zeile 1345 wird nach den Worten “vorlegen und”  
eingefügt: “und zur Grundlage unserer Bahnpolitik ma-  
chen.”

**Antragsbereich VIII.A/ Antrag 88**

*Ortsverein Bergisch Gladbach (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2.**

Zeile 1378: hinter den letzten Satz soll eingefügt wer-  
den „Wir werden daher prüfen, inwieweit die Einfüh-  
rung eines fahrscheinlosen ÖPNV effizient ist. Dafür  
werden wir Pilotprojekte fördern.“

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2.**

Ablehnung

**Antragsbereich VIII.A/ Antrag 90**

*02/08 Luisenstadt (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

Zeile 1327- der folgende Satz eingefügt werden: Die  
Mautpflicht wird auch auf Fernbusse ausgedehnt.

**Änderungsantrag Kapitel VIII.2**

Ablehnung

5 Zeile 1366 - die folgenden Sätze eingefügt werden: Um  
die Benachteiligung der Schiene gegenüber dem inner-  
deutschen Flugverkehr zu reduzieren, wollen wir die  
steuerliche Begünstigung der innerdeutschen Flüge  
abschaffen. Der Bund soll seine Beteiligung an Flughä-  
fen entsprechend unternehmerisch nutzen, um vorhan-  
10 dene Geschäftsmodelle, weg von innerdeutschen Ver-  
bindungen, zu entwickeln.

15 Zeile 1378 - der folgende Satz eingefügt werden: Mit der  
Einführung einer „Blauen Plakette“ auf Bundesebene  
geben wir Städten und Ballungszentren ein wirkungs-  
volles Instrument zur Bekämpfung der Stickoxid- und  
Feinstaubbelastung an die Hand.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 92*

*Unterbezirk Cuxhaven (Bezirk Nord-Niedersachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.3**

Zeile 1411: Wir stehen dafür ein, dass das Trinkwasser wieder in die öffentliche Hand gehört und der Schutz des Grundwassers oberste Prämisse auch in der modernen Landwirtschaft sein muss.

**Änderungsantrag Kapitel VIII.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 93*

*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.3**

Zeile 1449 Einschub insbesondere Antibiotika

**Änderungsantrag Kapitel VIII.3**

Annahme

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 94*

*02/08 Luisenstadt (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.3**

S. 34 f., Z. 1414: "Wir werden Haushalte und Unternehmen über ressourcenschonende Alternativen informieren."

**Änderungsantrag Kapitel VIII.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 95*

*Unterbezirk Borken (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.3**

S. 34 – Zeile 1385f – Ergänzung: (...) Wir werden bedrohte Tier- und Pflanzenarten und ihre Lebensräume **u.a. durch eine Stärkung der taxonomischen Forschung** besser schützen.

**Änderungsantrag Kapitel VIII.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 96*

*Ortsverein Lübeck-Travemünde (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.3**

Schutz der biologischen Vielfalt (Zeilen 1390 - 1391): Wir brauchen außerdem mehr Pflanzen in der Stadt – in Wohngebieten, in den Parks und auf den Dächern. Dabei ist auf standortgerechte Artenvielfalt und Deckung der Bedürfnisse eine artenreichen Tier- und Insektenwelt zu achten.

**Änderungsantrag Kapitel VIII.3**

Erledigt durch Annahme von

5

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 97*  
*Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.3**

Zeile 1389 An den Absatz wird folgender Satz angefügt:  
 „Verschmutzungen und die nachhaltige Zerstörung von  
 wertvollen natürlichen Ressourcen, sei es die Ver-  
 schmutzung von Gewässern und Boden durch Abwässer  
 5 oder Rohstoffextraktionen sind scharf zu verurteilen  
 und ebenso zu ahnden.“

**Änderungsantrag Kapitel VIII.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
 kommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 98*  
*Ortsverein Würselen-Bardenberg (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4**

Zeile 1467 Textergänzung: Wir erstellen ein Förderpro-  
 gramm für die Landwirtschaft, damit die selenarmen  
 Böden - nach dem finnischen Projekt für Selenanreiche-  
 rung – mit Selen angereichert werden.

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
 kommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 99*  
*Ortsverein Stuttgart-Ost (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4**

Füge auf S. 35 in Z. 1441: zwischen „artgerechter Hal-  
 tung“ ein: „und nicht artgerechter“. Der Satz lautet  
 dann: Wir unterstützen Betriebe, die eine artgerechte  
 Tierhaltung betreiben und wollen eine Kennzeichnung  
 5 von Lebensmitteln aus artgerechter **und nicht artge-  
 rechter** Haltung.

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4**

Ablehnung

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 100*  
*Ortsverein Übach-Palenberg (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4**

Z 1427 nach ...sollen „zur Vermeidung langer Trans-  
 portwege“ ...

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
 kommission

Z 1449 nach ...Arzneimittleinsatz „darf nur für kranke  
 5 Tiere erfolgen und“ ...

Z 1450 nach ... werden. „ Die sogenannten „Reserveanti-  
 biotika“ sind der Humanmedizin vorzubehalten. Qual-  
 zuchten sind durch den Gesetzgeber zu unterbinden.  
 10 Die Gabe von Schmerzmitteln (Paracetamol) erübrigt  
 sich dadurch. Die Belastung des Grundwassers durch

ausgeschiedene Medikamente wird rückläufig.“

- 15 Z 1458 nach ...Außenbereich „nicht mehr zugelassen werden.“ Den Rest des Absatzes bis Z 1461 streichen. Neueinfügen „Wir setzen auf extensive Tierhaltung zum Wohle von Tier, Mensch und Natur.“
- 20 Z 1475 nach ...zerstören. „Diese Länder sollen nicht aufgefördert werden, landwirtschaftliche Produkte für den Export herzustellen, die ihre eigene Umwelt massiv schädigen. In diesem Zusammenhang müssen bestehende Freihandelsabkommen mit den Afrikanischen Staaten überdacht und überarbeitet werden. Hermesbürgschaften dürfen nicht erteilt werden, wenn sie das Kohärenzgebot nicht beachten.“
- 25

**Antragsbereich VIII.A/ Antrag 101**

*Ortsverein Kassel-Holland (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4**

S. 35, Z. 1432 - Abschnitt: Verantwortungsvolle Landwirtschaft und gesunde Ernährung, 3. Absatz, 2. Satz Ersetze: ab "ausrichten." durch "Die pflanzliche, insbesondere die bio-vegane Landwirtschaft ist derzeit die nachhaltigste Form der Landwirtschaft. Um die Nachfrage nach Lebensmitteln zu bedienen, sind die pflanzliche und ökologische Landwirtschaft notwendig und zu fördern."

5

S. 35, Z. 1446 - 6. Absatz, 1. Satz Ersetze: ersten Satz durch "Wir wollen eine nationale Nutztierreduzierungsstrategie erarbeiten, die industrielle Tierproduktion überwinden und ein modernes Tierschutzgesetz schaffen, welches Tiere vor einem Leben als Produktionsmittel schützt."

10

S. 35, Z. 1455 - nach 7. Absatz Ergänze: "Wir wollen die Pelzfarmen schließen, die Nutzung von Wildtieren im Zirkus stoppen und die Gefangenschaft der Delfine in Delfinarien beenden."

15

S. 35, Z. 1455 - nach 7. Absatz Ergänze: "Den illegalen Wildtierhandel und den Handel mit Wildfängen auf gewerblichen Tierbörsen unterbinden wir."

20

S. 36, Z. 1470 - nach 9. Absatz Ergänze: "Die Agrarfördermittel sollen zukünftig verstärkt eine pflanzenorientierte Landwirtschaft unterstützen."

25

S. 36, Z. 1482 - 11. Absatz, 4. Satz Ergänze: nach "ausgewogene" mit "und nachhaltige"

S. 36, Z. 1486 - nach 11. Absatz Ergänze: "Wir wollen

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

30 pflanzliche Alternativprodukte die einen Beitrag zum Klimaschutz und der Reduzierung von Tierleid leisten, wie z.B. Pflanzenmilch, mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz besteuern."

35 S. 36, Z. 1486 -nach 11. Absatz Ergänze: "Wir setzen uns für eine rechtsverbindliche Kennzeichnung vegetarischer und veganer Produkte ein."

**Antragsbereich VIII.A/ Antrag 107**  
Landesverband Sachsen-Anhalt

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4**

5 S. 35, Zeile 1432 Ersetze: ab "ausrichten." durch "Die pflanzliche, insbesondere die bio-vegane Landwirtschaft ist derzeit die nachhaltigste Form der Landwirtschaft. Um die Nachfrage nach Lebensmitteln zu bedienen, ist die pflanzliche bzw. die bio-vegane Landwirtschaft notwendig. Die konventionelle Landwirtschaft kann so sinnvoll reduziert werden."

10 S. 35, Zeile 1446 Ersetze: ersten Satz durch "Wir wollen eine nationale Nutztierreduzierungsstrategie erarbeiten, die industrielle Tierproduktion innerhalb der nächsten 18 Jahre überwinden und ein modernes Tierschutzgesetz schaffen."

15 S. 35, Zeile 1448 Ergänzung: nach „das kupieren von Schwänzen“ einfügen „ , das Shreddern männlicher Küken“

20 S. 35, Zeile 1455Ergänze: "Wir wollen die Pelzfarmen schließen, die Nutzung von Wildtieren im Zirkus stoppen und die Gefangenschaft der Delfine in Delfinarien beenden."

25 S. 35, Zeile 1455 ergänze mit neuen Abschnitt: Wildtierhandel, Handel mit Wildfängen und gewerbliche Tierbörsen  
Den illegalen Wildtierhandel und den Handel mit Wildfängen auf gewerblichen Tierbörsen unterbinden wir."

30 S. 36, Zeile 1470 Ergänze: "Die Agrarfördermittel sollen zukünftig verstärkt eine ökologische und am Tierwohl orientierte Landwirtschaft unterstützen."

35 S. 36, Zeile 1478 Ergänzung: [...Informationskampagnen sollen ein Umdenken bewirken.] Gleichzeitig werden wir regionale Wirtschaftskreisläufe stärken.

S. 36, Zeile 1481 Ergänze: nach "gesund" mit "und nachhaltig"

S. 36, Zeile 1482 Ergänze: nach "ausgewogene" mit "und

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4**

Annahme in geänderter Fassung

S. 40, Zeile 10 Ergänze nach „vorantreiben“ : Den illegalen Wildtierhandel und den Handel mit Wildfängen auf gewerblichen Tierbörsen unterbinden wir."

S. 40, Zeile 38 Ergänze nach „Herkunftszeichnung“: "Wir setzen uns für eine rechtssichere Kennzeichnung vegetarischer und veganer Produkte ein.

verstärkt klimafreundliche"

40 S. 36, Zeile 1486 Ergänze: "Wir setzen uns für eine rechtsverbindliche Kennzeichnung vegetarischer und veganer Produkte ein. Die Kennzeichnung tierischer Produkte soll dem Konsumenten Informationen über die Haltungsbedingungen geben."

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 108*  
*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4.**

Zeile 1482 einfügen nach „[...] Ernährung und das Wissen um diese.“

Zeile 1483 streiche „für“ nach „Mahlzeiten“

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 110*  
*Unterbezirk Borken (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4**

5 S. 35 – Zeile 1447 Ersetzen: Die Formulierung „Würde und Wohlergehen der Tiere ...“ wird durch folgenden Satz ersetzt: „Die natürlichen, artspezifischen Bedürfnisse (nach Platz, Bewegung, Beschäftigung) müssen berücksichtigt werden.“

S. 36 – Zeile 1470 - Ergänzen: In diesem Zusammenhang wollen wir auch den Vertragsnaturschutz stärken.

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 111*  
*Unterbezirk Ebersberg (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4**

Zeile 1437 füge ein: „sozial und umweltverträgliche

5 Zeile 1438 streiche „Pflanzen“ und füge stattdessen ein: Organismen

Zeile 1439 füge ein nach „... gelangen“. Wir sind gegen Patente auf Pflanzen und Tiere.

10 Zeile 1487 füge ein nach „Organismen“: in Land- und Forstwirtschaft

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ **Antrag 112**  
Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.4</b> Zeile 1435 Der Satz: ‚Die SPD bekennt sich zu beiden Produktionsformen.‘ wird gestrichen und durch folgenden Satz ersetzt: „Mittelfristig ist jedoch der Anteil an der ökologischen Landwirtschaft deutlich und gezielt zu erhöhen.“</p> <p>5</p> <p>Zeile 1475 An den Satz: ‚Eine subventionierte Produktion (...) zerstören.‘ wird folgender Satz angefügt: „Dies ist bei der Beurteilung und bei dem Abschließen von Freihandelsabkommen für die SPD ein zentraler Aspekt.“</p> <p>10</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.4</b> Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
---	---

*Antragsbereich VIII.A/ **Antrag 113**  
06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.4.</b> Z. 1487 Streiche: "Gentechnisch veränderte Organismen lehnen wir ab." Setze: "Gentechnisch veränderte Organismen in freier Wildbahn lehnen wir ab."</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.4.</b> Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
---	--

*Antragsbereich VIII.A/ **Antrag 114**  
Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.4.</b> Streichung Zeile 1432 – 1433 „Die ökologische Landwirtschaft ist derzeit die nachhaltigste Form der Landwirtschaft.“</p> <p>5</p> <p>Streichung Zeile 1469 – 1470 „Wir werden uns für einen schrittweisen Ausstieg aus den pauschalen Subventionen bis 2026 einsetzen.“</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.4.</b> Ablehnung</p>
---	---

*Antragsbereich VIII.A/ **Antrag 115**  
Ortsverein Leipzig-Nord /Ortsverein Leipzig-Südwest/Ortsverein Leipzig-Südost (Landesverband Sachsen)  
Landesverband Sachsen*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.4</b> In Zeile 1450 wird wie folgt ergänzt: "Die vorbeugende Verabreichung von Antibiotika an gesunde Tiere werden wir verbieten. Zugleich wird der Einsatz von sog. Reserve-Antibiotika in der Tiermast untersagt."</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel VIII.4</b> Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
---	---

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 116*  
*Kreisverband Jena (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4**

Zeile 1487 Streichen: Gentechnisch veränderte Organismen lehnen wir ab. und ersetzen durch: Gentechnisch veränderte Organismen bedürfen einer strengen Kontrolle.

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 117*  
*Ortsverein Meiendorf (Landesorganisation Hamburg)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4.**

Z. 1486 Lebensmittel und Genussmittel dürfen keine süchtig machenden Stoffe enthalten.

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4.**

Ablehnung

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 118*  
*Ortsverein Potsdam-Süd (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4.**

Ersetze in der Zeile 1440 „unterstützen“ durch „fördern“

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4.**

Ablehnung

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 119*  
*Ortsverein München Untergiesing (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4.**

Streiche in Zeile 1447 „Würde und“ Damit wird geändert in: „Wir wollen eine nationale Nutztierstrategie erarbeiten und ein modernes Tierschutzgesetz schaffen, das das Wohlergehen der Tiere schützt.“

**Änderungsantrag Kapitel VIII.4.**

Ablehnung

*Antragsbereich VIII.A/ Antrag 120*  
*Unterbezirk Lüneburg (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel VIII. Sonstige**

Braunkohle: Ausstieg aus der Kohleverstromung.  
 - Landwirtschaft – Pestizidsteuer, Restriktionen bei Wasserentnahme für Bewässerung, gerechte wirtschaftliche Rahmenbedingungen für Landwirte  
 5 - Neu aufkommende Technologien nicht ohne Folgenabschätzungsprozess.  
 - Die Stärkung von Bürgergenossenschaften.  
 -Fracking – Was soll konventionelles Fracking sein und warum sind wir dafür? Entweder klarer Hinweis auf  
 10 ökologische Unbedenklichkeit oder verbieten.

**Änderungsantrag Kapitel VIII. Sonstige**

Ablehnung



## Änderungsanträge: IX. Kapitel Es ist Zeit für mehr Sicherheit im Alltag

### Antragsbereich IX.A/ Antrag 1

06/05 Lankwitz / 060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)

Landesverband Berlin

	<b>Änderungsantrag Kapitel IX.0</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel IX.0</b>
	Füge ein in Zeile 1530 vor „Unsere“: „Das Vertrauen in den Rechtsstaat ist durch das Versagen der Behörden im Umgang mit dem NSU und rechtsextremer Umtriebe in der Bundeswehr erheblich erschüttert worden. Wir wollen, dass ein Programm aufgelegt wird, mit dem in der Bundeswehr, der Polizei und den Sicherheitsbehörden die Sensibilisierung bei antisemitischen, rassistischen, homophoben, sexistischen und sonstigen menschenverachtenden Einstellungen und ein anderer Umgang damit vorangetrieben wird.“	Annahme in geänderter Fassung Ergänzung S.43 Zeile37 nach "...zugenommen."  Eine wichtige Erkenntnis aus dem NSU-Verfahren ist, dass Sicherheitsbehörden besonders sensibel auf antisemitische, rassistische und sonstige menschenverachtende Einstellungen in den eigenen Reihen reagieren müssen. Das gilt auch für die Bundeswehr. Wir werden sie dabei mit geeigneten Programmen unterstützen
5		
10		

### Antragsbereich IX.A/ Antrag 4

Unterbezirk Cuxhaven (Bezirk Nord-Niedersachsen)

	<b>Änderungsantrag Kapitel IX.0</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel IX.0</b>
	Zeile 1515: Wir werden Präventionsprogramme aufsetzen.	Erlедigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

### Antragsbereich IX.A/ Antrag 5

Ortsverein Asbach (Landesverband Rheinland-Pfalz)

	<b>Änderungsantrag Kapitel IX.0</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel IX.0</b>
	"Zeit für mehr Sicherheit" als Kapitel II reihen	Ablehnung

### Antragsbereich IX.A/ Antrag 6

Landesverband Sachsen-Anhalt

	<b>Änderungsantrag Kapitel IX.0</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel IX.0</b>
	S. 37, Zeile 1503-1504Streiche „und sich etwa private Sicherheitsdienste kaufen.“	Ablehnung
5	S. 37, Zeile 1510Ersetze „für die westliche Welt, ein Angriff auf die liberale Welt“ mit „für Freiheit und Sicherheit“	

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 7*  
*Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.0**

Füge ein nach Zeile 1515: „Zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität wollen wir DealerInnen das Handwerk legen und Drogenkonsum entkriminalisieren. Dies ist nicht nur eine Maßnahme der Sicherheitspolitik, sondern auch ein wichtiger Schritt für eine humane Suchtpolitik.“

**Änderungsantrag Kapitel IX.0**

Ablehnung

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 8*  
*Kreisverband Biberach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.0.**

Zeile 1504: Die Worte „vor allem“ werden gestrichen.

**Änderungsantrag Kapitel IX.0.**

Ablehnung

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 9*  
*Stadtverband Witten (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.0**

In den Zeilen 1511-1513 soll der Satz „Wo es notwendig ist, verschärfen wir die Gesetze zur Bekämpfung von Terror und Gewalt.“ gestrichen werden.

**Änderungsantrag Kapitel IX.0**

Ablehnung

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 10*  
*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Änderungsantrag Kapitel IX.0**

Der Satz in den Zeilen 1511 bis 1512 wird ersatzlos gestrichen.

**Änderungsantrag Kapitel IX.0**

Annahme in geänderter Fassung (S. 42, Z. 13 nach "...Gewalt vorgehen"):

In der Zeile 1513 wird das Wort „~~aber~~“ gestrichen.

Dafür haben wir die gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Jetzt kommt es auf die konsequente Umsetzung der Gesetze an.

... nach Zeile 1515 nach „Sicherheit.“ folgender Absatz eingefügt werden:

„Sicherheit entsteht nicht allein durch Repression, sondern auch durch präventive Maßnahmen. Haftstrafen dürfen nur das letzte Mittel sein, da sie einen schweren Grundrechtseingriff darstellen. Deswegen werden wir neue und kreative Sanktionsformen stärken, um eine positive Einwirkung auf die Verurteilten zu ermöglichen.

Außerdem wollen wir eine Entkriminalisierung von Bagatellkriminalität, wie Schwarzfahren, damit sich

Sicherheitsbehörden auf die Bekämpfung der Delikte konzentrieren können, welche die innere Sicherheit nachhaltig beeinträchtigen.“

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 11**

*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.0.**

Z1511f. Streiche „Wo ... Gewalt“ ersetze durch „Anstatt Gesetze wie im Wildflug zu verschärfen, evaluieren wir ständig unser Handeln und untersuchen wir konsequent unsere Fehler und beseitigen diese gezielt. Gesetzeslücken sind selten der Grund, sondern fehlenden Personal und Behördenstreitigkeiten. Beides werden wir beseitigen. Wo Gesetzeslücken zu tage treten, werden wir diese schließen.“

5

10

**Änderungsantrag Kapitel IX.0.**

Erlедigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 12**

*02/08 Luisenstadt (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.0**

S. 37, Z. 1499: "Es ist Zeit für mehr Sicherheit im Alltag" streiche "im Alltag".

**Änderungsantrag Kapitel IX.0**

Ablehnung

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 13**

*Ortsverein Frankfurt Oder-Süd (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.0**

Absatz 1, Z 1510: Tausche „eine Bedrohung für“ mit „ein Angriff auf“ .

**Änderungsantrag Kapitel XI.0**

Ablehnung

Absatz 1, Z 1510f. Ersetze „mit aller rechtsstaatlicher Härte“ durch „den Mitteln des Rechtsstaates“.

5

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 14**

*Ortsverein Mannheim-Neckarstadt-West (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.0**

Füge ein in Zeile 1507: Ziel muss sein, durch eine effektive und flächendeckende Präventionsarbeit den Menschen eine Perspektive zu geben um so ein abdriften in die Kriminalität zu verhindern. Wir wollen für die Menschen da sein und echte Alternativen anbieten.

5

**Änderungsantrag Kapitel IX.0**

Ablehnung

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 15*  
*Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel IX.0**

Z. 1511: ersetze „mit aller rechtsstaatlichen Härte“ durch „konsequent mit allen rechtsstaatlichen Mitteln“

5 Z. 1514: ergänze nach „Kriminalitätsvorbeugung“  
 „Deradikalisierung,“

**Änderungsantrag Kapitel IX.0**

Annahme

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 16*  
*Arbeitsgemeinschaft 60plus*

**Änderungsantrag Kapitel IX.0.**

Z.1510 „eine Bedrohung für die westliche Welt, ein Angriff auf die liberale Demokratie“ ersetzen durch „eine Bedrohung für die internationale Staatengemeinschaft, ein Angriff auf die liberale Demokratie“

**Änderungsantrag Kapitel IX.0.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 17*  
*Landesverband Bayern*

**Änderungsantrag Kapitel XI.0**

Füge ein nach dem Satz „Es ist die Aufgabe des Staates für diese Sicherheit zu sorgen“ (S. 37, Z. 1501): „Wir beziehen uns explizit auf einen modernen und erweiterten Sicherheitsbegriff, der insbesondere die soziale Sicherheit von Menschen in den Fokus rückt. Wir erkennen an, dass die beste Maßnahme für eine gesteigerte tatsächliche und gefühlte Sicherheit die Förderung präventiver Maßnahmen und eine aktive Sozialpolitik ist. Sozialdemokratische Sozialpolitik, die soziale Ungleichheiten bekämpft, ist für uns der zentrale Garant einer erfolgreichen Sicherheitspolitik.“

5

10

15

20

Ersetze „Körperverletzungen, Vandalismus, Diebstähle und vor allem Wohnungseinbrüche beeinträchtigen die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Menschen.“ (S. 37, Z. 1504.) durch: „Körperverletzungen, Vandalismus, Diebstähle, Wohnungseinbrüche und rassistische Übergriffe und Anschläge auf Unterkünfte für Asylsuchende beeinträchtigen die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Menschen.“

Ersetze in dem Satz „Deshalb werden 1510 wir mit aller rechtsstaatlichen Härte gegen Terror und extremisti-

**Änderungsantrag Kapitel XI.0**

Annahme in geänderter Fassung (S. 42, Z. 6 nach "...private Sicherheitsdienste kaufen"):

..., weshalb präventive Maßnahmen und eine aktive Sozialpolitik, die soziale Ungleichheiten bekämpft, fest zu unserem Sicherheitsbegriff dazugehören.

25 scher Gewalt vorgehen.“ (S. 37, Z. 1511) „gegen Terror und extremistischer Gewalt“

durch: „gegen Terror und rassistische, antisemitische, homophobe, islamfeindliche und insgesamt menschenfeindliche Gewalt“

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 18**  
*Unterbezirk Aachen-Stadt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.0.**

Zeile 1509: eine Bedrohung für die westliche Welt, ein Angriff auf die liberale Demokratie

**Änderungsantrag Kapitel IX.0.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 ersetzen durch: eine Bedrohung für die internationale Staatengemeinschaft, ein Angriff auf die liberale Demokratie

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 19**  
*Ortsverein Kassel-Holland (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.0**

S. 37, Z. 1523-1525 - Abschnitt: Schutz und Sicherheit durch eine leistungsfähige Polizei und Justiz: 2. Absatz  
 Streiche: „Wo Videotechnik hilft, Gefahren vorzubeugen und Beweise zu sichern, soll sie eingesetzt werden. Die rechtlichen Grundlagen dafür sind vorhanden.“

**Änderungsantrag Kapitel IX.0**

Ablehnung

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 20**  
*06/05 Lankwitz / 060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Streiche Zeile 1555 bis 1559 von „Kriminelle“ bis „einbeziehen.“

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Ablehnung

5 Streiche Zeile 1567 bis 1569 von „Ausländerinnen“ bis „erleichtert.“

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 21**  
*Ortsverein Herrenberg (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Zeile 1503 bis 1504: Ersatzlos zu streichen ist: "Nur Rei-

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Ablehnung

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

che ... private Sicherheitsdienste kaufen."

- 5 Zeile 1524: Das Wort „Videotechnik“ soll gestrichen und durch das Wort „Videoüberwachung“ ersetzt werden.

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 24**

*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Z 1523: Ab „Wo Videotechnik...“ streichen.

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Ablehnung

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 25**

*02/13 Samariter-/Boxhagener Kiez (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

In Zeile 1533 hinter „werden“ ergänzen: „wie bei allen BürgerInnen sanktioniert.

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Ablehnung

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 26**

*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

nach Zeile 1539 ergänzen: Wir führen generell die Regelung ein, dass ab dem Zeitpunkt der Erhebung einer Anklage jegliche Verjährung, unabhängig von der Verfahrensdauer, angehalten wird.

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Ablehnung

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 27**

*02/04 45. Abteilung Südsterne (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Zeile 1533: ergänze „Polizeikontrollen dürfen nicht anlasslos erfolgen. Wir werden §22, Absatz 1a (Bundespolizeigesetz) streichen, um Racial Profiling zu verhindern. Gleichzeitig werden wir unsere Polizistinnen und Polizisten in interkultureller Kompetenz durch verpflichtende Schulungen weiterbilden.“

5

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Ablehnung

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 28**

*Ortsverein Leipzig-West (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Das Regierungsprogramm wird nach Zeile 1548 ergänzt: „Zu einer effizienten Verbrechensbekämpfung gehört auch die Konzentration auf tatsächliche Krimina-

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Ablehnung

5 lität. Wir werden deshalb unter anderem die Legalisierung von Cannabis prüfen, um Ressourcen für Suchtberatung, Prävention und effektive Strafverfolgung der Beschaffungskriminalität im Zusammenhang mit harten Drogen zu gewinnen.“

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 29  
Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

S. 37, Zeile 1521 Ergänzung:[...Kriminalitätsfelder wie Menschenhandel und andere [organisierte Verbrechen, wo spezialisierte Ermittlerinnen und Ermittler zeitintensive polizeiliche Untersuchungen durchführen müssen.]

5

S. 37, Zeile 1523 Ergänzung: [Wir wollen 15.000 neue Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern schaffen]. Eine Absenkung der Ausbildungs- und Einstellungsstandards wird es mit uns nicht geben.

10

S. 37, Zeile 1528 Ergänzung: Wir bekennen uns zur Polizei Kennzeichnungspflicht in geschlossenen Einsätzen.

15 S. 37, Zeile 1535 Änderung: Ersetze „sollen“ mit „müssen“

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Ablehnung

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 30  
Kreisverband Biberach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.1.**

Zeile 1517-1522: Der Absatz ist wie folgt zu ersetzen: „Wir wollen mehr Polizistinnen und Polizisten sichtbar auf unseren Straßen haben. Dafür haben wir bereits 7.000 neue Stellen (2016-2020) bei der Bundespolizei und 1.000 neue Stellen beim Bundeskriminalamt (2016-2017) geschaffen. Darüber hinaus wollen wir die Polizei und Ermittlungsbehörden in Bund und Ländern um weitere 8.000 Stellen stärken. Denn für eine bessere und schnellere Aufklärung organisierter Kriminalität, Cyberkriminalität und sogenannter Alltagskriminalität brauchen wir mehr und gut ausgebildetes Personal. Nur so ist es spezialisierten Ermittlerinnen und Ermittlern möglich, auch zeitintensive polizeiliche Untersuchungen durchführen zu können.“ Zeile 1523: Der Satz ist zu streichen (Folgeänderung).

5

10

15

**Änderungsantrag Kapitel IX.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 31*  
*Kreisverband Biberach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.1.**

Zeile 1527: Folgender Satz wird angefügt: „Das KfW-Programm Kriminalprävention durch Einbruchsicherung wollen wir fortsetzen und die Zuschusshöhe verdoppeln.“

5

Zeile 1527: Dem Satz ist das Wort „außerdem“ hinzuzufügen (Folgeänderung)

**Änderungsantrag Kapitel IX.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 32*  
*Kreisverband Biberach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.1.**

Zeilen 1531-1533: Der Absatz ist wie folgt zu fassen: „Unsere Polizei verdient Anerkennung und Respekt für ihre wichtige Arbeit. Deswegen haben wir in den letzten Jahren zahlreiche zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten geschaffen. Damit der Polizeiberuf attraktiv ist und bleibt, werden wir die Polizeizulagen für ruhegehaltstauglich erklären, und damit die Altersversorgung für jene verbessern, die sich tag-täglich für unsere Sicherheit einsetzen. Wir haben außerdem die Strafen für Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten oder Einsatzkräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste erhöht. Erfahrungen in einzelnen Bundesländern haben gezeigt, dass mobile, körpernah getragene Videotechnik (Bodycams) zur Eindämmung gewalttätiger Übergriffe beiträgt. Unter Wahrung hoher datenschutzrechtlicher Standards wollen wir dies ausweiten.“

5

10

15

**Änderungsantrag Kapitel IX.1.**

Annahme in geänderter Fassung (S. 42, Z 25 nach "...wichtige Arbeit"):

Das muss sich auch in einem modernen Dienstrecht bspw. mit einem Lebensarbeitszeitkonto widerspiegeln.

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 33*  
*Stadtverband Witten (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

sollte am Ende des Absatzes in Zeile 1549 folgendes hinzugefügt werden: „Essentiell für die Kriminalitätsbekämpfung ist die Präventionsarbeit. Durch verstärkte organisatorische und finanzielle Unterstützung privater und staatlicher Initiativen im Bereich der (stationären) Sozialarbeit, Integration und Rehabilitation, sollte diese wichtige Arbeit vorangebracht werden.“

5

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission



*Antragsbereich IX.A/ Antrag 34*  
*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.1</b>          In der Zeile 1534 hinter „stärken wir die Justiz.“ wird der folgende Satz eingefügt: „Denn ein starker Rechtsstaat setzt eine leistungsfähige Justiz voraus.“</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.1</b>          Annahme in geänderter Fassung (S. 42, Z. 37-44 ergänze nach "...ausgestattet werden":</p>
<p>5 In der Zeile 1536 wird hinter „abzuschließen.“ eingefügt: „Die Juristenausbildung muss den Anforderungen des modernen Rechtsstaats angepasst werden.“</p>	<p>...; <u>ihre digitalen und interkulturellen Kompetenzen werden wir stärken.</u> Wir wollen, dass Straftaten schnell aufgeklärt und konsequent geahndet werden <u>und Bürgerinnen und Bürger ihre zivilrechtlichen Ansprüche zügig durchsetzen können</u></p>
<p>10</p>	<p>streiche dafür: "Wer durch Straftaten....zügig durchsetzen können."</p>

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 35*  
*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord (Landesverband Brandenburg)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.1.</b>          Z1529 Ersetze „sollen“ durch „werden“ mit grammatikalischer Anpassung</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.1.</b>          Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
--	---

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 36*  
*Ortsverein Meßstetten (Landesverband Baden-Württemberg)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.1</b>          Zeile 1537 Einfügen nach „...Rechtsstaat.“ „Aktionismus-Gesetze“ wollen wir vermeiden; bei der Verabschiedung von Gesetzen achten wir auf Wirksamkeit in der Sache und auf praktische Umsetzbarkeit auch im Hinblick darauf, ob Polizei und Justiz dadurch zu Lasten anderer Vorgänge überlastet werden."</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.1</b>          Ablehnung</p>
---	---

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 37*  
*Ortsverein Uelzen (Bezirk Hannover)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.1</b>          Einfügung ab Zeile 1548: Legalisierung von Cannabis.</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.1</b>          Ablehnung</p>
--	---

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 38*  
*Ortsverein Mainz-Altstadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

5 Zeile 1523: Wir wollen mindestens 15.000 neue Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern schaffen. Bei diesen Neueinstellungen ist insbesondere auf eine Besetzung mit Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund zu achten, um auch beim Staatsorgan Polizei ein Spiegelbild der Gesellschaft darzustellen.

10 Zeile 1524: „... soll sie eingesetzt werden. Insbesondere eine flächendeckende Verwendung von sogenannten Bodycams kann Rechtssicherheit für Bürger und Exekutivbehörden herstellen.“

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 39*  
*Ortsverein Frankfurt Oder-Süd (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Absatz 5, Z 1535: Ersetze „sollen“ durch „werden“.

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 40*  
*Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

5 Streiche Z. 1523f. "Wo [...] Grundlage vorhanden." sowie Z. 1529 und Z. 1530 komplett und ersetze durch:

5 „Wir brauchen in Bund und Ländern mindestens 15.000 neue Stellen bei der Polizei. Im Bund werden wir die Zahl der Polizeistellen weiter erhöhen. Wir stehen für einen wehrhaften Rechtsstaat, dessen Sicherheitsbehörden und Beschäftigte gut ausgebildet sowie technisch und personell sachgerecht ausgestattet sind. Als

10 die Partei der Freiheit sind wir uns schon immer dem Wert der Freiheit ganz besonders bewusst gewesen. Wir werden uns auch weiterhin für ein gesundes Verhältnis von Freiheit und Sicherheit einsetzen. Deswegen sehen wir übermäßige Gesetzesänderungen in diesem Bereich

15 nach wie vor kritisch und lehnen übertriebene Mittel wie z.B. die Vorratsdatenspeicherung, den flächendeckenden Einsatz von Videoüberwachung und reflexhafte und unverhältnismäßige Gesetzesverschärfungen,

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Ablehnung

20 wie z. B. bei der Telekommunikationsüberwachung ab.“

Z. 1533: ersetze „hart“ durch „konsequent und angemessen“

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 41**

*Ortsverein Amt Brieskow-Finkenheerd (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Streiche: In der Zeile 1523 „15.000“  
 Setze: In der Zeile 1523 „20.000“

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Ablehnung

5 Neuen Absatz einsetzen: In der Zeile 1523 neuen Absatz nach „... auf unseren Straßen haben. „  
 „Wir als SPD wollen das die Polizeien des Bundes und der Länder wieder ein Attraktiver Arbeitgeber werden, dazu werden wir die Aufstiegsmöglichkeiten verbessern. Das Arbeitszeitrecht im Polizeidienst ändern und neue  
 10 Formen für polizeigerechte Langzeitarbeitskonten einführen. Auch ein "Lebenshaltungskostenzuschuss" für jene Polizistinnen und Polizisten die in den Hochpreisregionen Deutschland ihren Dienst versehen muss eingeführt werden, genauso muss wieder die bundesweite  
 15 Angleichung der Besoldung in den Polizeien in den Mittelpunkt rücken.“

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 42**

*Ortsverein Schiffweiler-Landsweiler (Landesverband Saar)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.1.**

Zeile 1523 die Zahl „15.000“ gestrichen werden und durch die Zahl „mindestens 25.000 “ ersetzt werden.

**Änderungsantrag Kapitel IX.1.**

Ablehnung

5 Zeile 1523. - Einsetzen eines neuen Absatzes nach „... auf unseren Straßen haben. „ Neu: „Wir als SPD wollen das die Polizeien des Bundes wieder ein attraktiverer Arbeitgeber mit familienfreundlichen Arbeitszeiten und besseren und einfacheren Aufstiegsmöglichkeiten werden. Europäische, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Kooperationen dienen der Sicherheit in Europa. Der Bundespolizei wird hierbei eine besondere Rolle zukommen. Dafür soll sie personell und materiell zusätzlich aufgerüstet werden. Sichere Grenzen sind kein Widerspruch zu Europa, sondern sein Garant. Um die  
 10 sozialen Standards der Polizeien in Europa zu gewährleisten, setzt sich die SPD für eine europäische Mitarbeitervertretung der Polizeien ein, die mindestens Konsultations- und Informationsrechte auf europäischer Ebene  
 15

erhalten soll.

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 43*  
*Landesverband Bayern*

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Füge ein nach dem Satz „Schutz vor Kriminalität wie auch vor Strafverfolgung sind Aufgaben der dafür ausgebildeten Profis der Polizei. (S. 37, Z. 1548):  
 5 „Unter einer SPD-geführten Regierung wird endgültig ein Trennstrich zur Wehrmacht gezogen. Dies muss sich in der Traditionspflege und der Namensgebung widerspiegeln.“

**Änderungsantrag Kapitel IX.1**

Ablehnung

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 44*  
*Ortsverein Potsdam-Süd (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.1.**

Ergänze in der Zeile 1548 am Ende des Absatzes folgenden Satz: „Die Bundespolizei werden wir stärken und ausbauen.“

**Änderungsantrag Kapitel IX.1.**

Erlедigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 45*  
*Unterbezirk Aachen-Stadt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.1.**

Zeilen 1524 und 1525 streichen: Wo Videotechnik hilft,... eingesetzt werden. Und ersetzt werden durch: In sensiblen Gefährdungsbereichen kann Videotechnik helfen Gefahren vorzubeugen und Beweise zu sichern.  
 5 Videotechnik kann Polizisten unterstützen, diese aber nicht ersetzen. Eine flächendeckende und verdachtsunabhängige Videoüberwachung lehnen wir ab.

**Änderungsantrag Kapitel IX.1.**

Erlедigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 46*  
*Landesverband Baden-Württemberg*

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**

Streiche Zeilen 1556-1560

Streiche Zeilen 1567-1569

5 Ersetze Zeile 1570 – 1571 durch: Wir wollen eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Hassprediger\*innen und

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**

Ablehnung

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

religiösen Extremist\*innen durchsetzen.

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 47*  
*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**  
 Z. 1569-1581: Streiche den Teil.

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**  
 Ablehnung

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 48*  
*08/01 Rixdorf / 07/01 Tempelhof / 02/08 Luisenstadt / 02/02 Kreuzberg 61 (Landesverband Berlin)*  
*Ortsverein Frankfurt Oder-Süd / Ortsverein Frankfurt Oder-Nord (Landesverband Brandenburg)*  
*Landesverband Berlin*  
*Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt*

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**  
 Streiche Z. 1567 bis 1569 (kriminelle „Ausländer“)

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**  
 Ablehnung

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 50*  
*Ortsverein Kappeln-Land (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**  
 Zeile 1570: Satz ändern in: Wir werden eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Hasspredigern und Extremisten jeglicher Art durchsetzen.

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**  
 Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 51*  
*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**  
 Z. 1582: ergänze „, in Zusammenarbeit mit diversen muslimischen Organisationen.“

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**  
 Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 52*  
*Ortsverein Greifswald (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**  
 Zeilen 1567-1569 streichen

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**  
 Ablehnung

Umstellen: Staatlicher Religionsunterricht sollte im in der Regierungsprogramm nicht unter Terrorabwehr gefasst werden.

5

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 54*  
*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.2</b>          Zeile 1560 neuer Satz: Damit sind keinerlei Einschränkungen des Asylrechts verbunden.</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.2</b>          Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
<p>5 Zeile 1580 – 1582 ergänzen: „Dabei verfolgen wir das Ziel, dass islamische Religionslehrerinnen und –lehrer sowie Imame an deutschen Lehrstühlen ausgebildet werden, dabei stellen wir sicher, diese Ausbildung im Sinne der akademischen Autonomie und im Geiste der deutschen Universitäten geschieht. Jeglicher Einfluss</p> <p>10 ausländischer Gremien auf Lehre, Lehrende und Studierende widerspricht diesem Grundsatz und ist zu unterbinden und zu ahnden</p>	

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 56*  
*02/04 45. Abteilung Südstern (Landesverband Berlin)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.2</b>          Streiche Zeile 1556 bis 1558</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.2</b>          Ablehnung</p>
--	---

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 57*  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.2</b>          S. 38, Zeile 1556-1560 Streichung: Streichung ab „Kriminelle....“</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.2</b>          Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
<p>5 S. 38, Zeile 1567-1569 Streichung</p>	
<p>S. 38, Zeile 1570-1573 Ersetze den Absatz durch: „Wir werden religiösen extremistischen Vereinigungen die staatliche Finanzierung entziehen.“</p>	
<p>10 S. 38, Zeile 1579-1582 Ersetze ab „Deshalb...“ mit „Deshalb unterstützen wir einen religionsübergreifenden Unterricht in deutscher Sprache.“</p>	

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 58*  
*Kreisverband Biberach (Landesverband Baden-Württemberg)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.2.</b>          Zeile 1558: Folgender Satz wird angefügt:          „Unser Ziel ist es, wieder zu einem von Grenzkontrollen</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.2.</b>          Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
---	---

5 freien Schengen zurückzukehren. Dafür ist ein dauerhafter und nachhaltiger Schutz der EU-Außengrenzen Voraussetzung.“

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 59**

*Kreisverband Biberach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.2.**

5 Zeilen 1564-1566: Der Satz ist wie folgt neu zu fassen: „Wir fordern die Weiterentwicklung und den Ausbau des Europäischen Zentrums zur Terrorismusbekämpfung zu einem zentralen Service-Dienstleister für die Mitgliedstaaten mit einer noch engeren Zusammenarbeit.“

**Änderungsantrag Kapitel IX.2.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 60**

*Kreisverband Biberach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.2.**

5 Zeilen 1560-1561: Folgender Absatz ist einzufügen: „Die Privatisierung der hoheitlichen Luftsicherheitsaufgabe im Jahr 1993 hat – wie erneut durch Bundespolizei und EU-Kommission bestätigt – zu einer deutlichen Verschlechterung im Bereich der Luftsicherheit geführt. Gleichzeitig müssen Beamtinnen und Beamte der Bundespolizei diese Unternehmen kontrollieren, statt sich um die Kernaufgaben der Bundespolizei kümmern zu können. Deswegen wollen wir die Luftsicherheit in der Bundespolizei innerhalb einer Anstalt öffentlichen Rechts bündeln und die Aufgabe Luftsicherheit damit wieder in staatliche Hände und Verantwortung geben.“

**Änderungsantrag Kapitel IX.2.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 61**

*Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten*

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**

5 S. 38, Z. 1567 - 1569: Streiche und ersetze durch: „Die Stärke unseres Rechtsstaats besteht darin, dass er Regeln und Gesetze ohne Ansehen von Herkunft und Person durchsetzt. Diese Stärke werden wir konsequent verteidigen und durch eine Stärkung von Polizei und Justiz noch konsequenter umsetzen.“

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**

Annahme in geänderter Fassung (S. 43, Z.17 nach Schengen-Mitgliedstaaten effektiv umsetzen“)

Darüber hinaus wollen wir die Luftsicherheit und die Kontrollen an Flughäfen verbessern und dafür auch strukturell verändern.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 62*  
*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**

In der Zeile 1576 wird nach „sorgen frühzeitig“ eingefügt: „durch Angebote der religiösen und humanistischen Bildung, der interreligiösen und weltanschaulichen Kommunikation und aufsuchender Sozialarbeit“

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 63*  
*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.2.**

Zeile 1574 -einfügen „eng“ nach „wir“

**Änderungsantrag Kapitel IX.2.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 67*  
*Ortsverein Gera-Ost (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**

5 Zeilen 1570-1571 Satz „Wir wollen eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Hasspredigern und Islamistinnen und Islamisten durchsetzen.“ ersetzt werden durch „Wir wollen eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Extremisten jeder Couleur durchsetzen.“

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 69*  
*Ortsverein Mannheim-Neckarstadt-West (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**

5 in Zeile 1576: Auch in den Gefängnissen muss durch eine stärkere sozialpädagogische Arbeit und Aufklärung eine Radikalisierung verhindert und eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft erreicht werden. Zudem müssen mehr Sozialarbeiter eingestellt werden, um den Menschen ein Beratungsangebot in jeder Lebenslage anzubieten und so einer Radikalisierung entgegenzuwirken.

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 70*  
*Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**

Zeilen 1567-1569 streichen und ersetzen durch: „Menschen die ohne deutschen Pass in Deutschland kriminell

**Änderungsantrag Kapitel IX.2**

Ablehnung



Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- geworden sind, müssen dem deutschen Strafrecht, mit allen seinen Rechten und Pflichten, unterworfen sein.
- 5 Nach der Verbüßung der Strafe muss ihnen die Möglichkeit gegeben werden, sich in Deutschland wieder in die Gesellschaft zurück zu integrieren. Abschiebung aufgrund von Verdächtigungen oder Vermutungen darf es auf keinen Fall geben.“

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 71**  
*Kreisverband Görlitz (Landesverband Sachsen)*

- |  |   |
|--|---|
| <p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.2.</b><br/>         Zeile 1570 - 1571 Streichung: „Islamistinnen und Islamisten“</p> <p>5 Zeile 1572 Ersatz: „radikalisierende Moscheen-Gemeinden“ anstelle „extremistische islamistische Moscheen“</p> | <p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.2.</b><br/>         Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p> |
|--|---|

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 72**  
*Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen) / Landesverband Sachsen*

- |   |  |
|---|--|
| <p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.2</b><br/>         Z. 1556: streiche „Kriminelle und“</p> <p>Z. 1567: ersetze „schwere“ durch „terroristische“</p> <p>5 Z. 1574: ergänze nach „wir“ „weiter“</p> <p>Z. 1577: streiche den Satz „Hasspropaganda...“</p> | <p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.2</b><br/>         Annahme in geänderter Fassung:<br/>         ergänze "weiter"</p> |
|---|--|

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 73**  
*Landesverband Sachsen*

- |  |   |
|--|---|
| <p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.2</b><br/>         Verschieben Abschnitt Z. 1579-1582 nach Z. 2061: „Wir unterstützen den islamischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen und in deutscher Sprache [auch aus präventiven Gründen]. Dabei verfolgen wir das Ziel, dass islamische Religionslehrerinnen und -lehrer sowie Imame an deutschen Lehrstühlen ausgebildet werden.“</p> <p>5</p> | <p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.2</b><br/>         Ablehnung</p> |
|--|---|

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 75  
Arbeitsgemeinschaft 60plus*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.2.</b> Z.1549-Z.1582 tauschen mit Z.1583-1596</p> <p>Z.1557 „die Kontrollen an den Außengrenzen des Schengenraums verstärken“ ergänzen durch „ohne dabei das Grundrecht auf Asyl zu verletzen“</p> <p>Z. 1567 - 1569 streichen.</p> <p>Z. 1570-1573 verschieben hinter Zeile 1577. (Begründung: Man sollte doch die positive Mehrheit der Muslime nach vorne setzen und erst dann über Hassprediger etc. sprechen.)</p> <p>Z.1574 ersetze „nicht-radikalen“ durch „grundgesetztreuen“</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.2.</b> Ablehnung</p>
--	---

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 76  
Unterbezirk Aachen-Stadt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.2.</b> Zeilen 1567 bis 1569: Die Zeilen sollten ersatzlos gestrichen werden.</p> <p>Zeile 1574: "nicht radikale "soll gestrichen werden.</p> <p>Zeile 1548 – Zeile 1581 tauschen mit Zeile 1582 - 1595</p> <p>Zeile 1556: die Kontrollen an den Außengrenzen des Schengenraums verstärken ergänzen durch: ohne dabei das Grundrecht auf Asyl zu verletzen</p> <p>Zeile 1573: Mit den vielen nicht-radikalen Moscheegemeinden ersetzen durch: Mit den überwiegend nicht-radikalen Moscheegemeinden</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.2.</b> Ablehnung</p>
--	---

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 77  
06/05 Lankwitz / 060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin) /  
Landesverband Berlin*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.3</b> Füge ein Zeile 1599 nach „werden“ „Opfer rechtsextremer Straftaten sollen ein Bleiberecht erhalten, da dieses dazu beitragen wird, dass sie die Straftat zur Anzeige</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel IX.3</b> Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
---	---

bringen und als Zeuge zur Verfügung stehen können.“

5

Ersetze Zeile 1590 bis 1593 von „Bereits“ bis „sichern“:  
 „Mit einem Gesetz zur Demokratieförderung wollen wir die Strukturen der Präventionsarbeit langfristig sichern. Wir wollen eine Stiftung einrichten, die sich der Bekämpfung des Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus widmet. Damit soll die Verstärkung der Mittel der Bundesprogramme gewährleistet werden, um für die Projekte ein langfristigeres Arbeiten durch höhere Planungssicherheit zu gewährleisten.“

10

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 78**

*Ortsverein Kappeln-Land (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.3**

Zeile 1583: Überschrift ändern in: Kampf gegen Extremismus jeglicher Art:

**Änderungsantrag Kapitel IX.3**

Ablehnung

Zeile 1588: ändern in: , dass Straftaten mit extremem Hintergrund.....

5

Zeile 1589: "wollen" durch "werden" ersetzen

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 79**

*07/01 Tempelhof (Landesverband Berlin)  
 Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt*

**Änderungsantrag Kapitel IX.3**

Seite 38 Z. 1589 Füge ein nach „werden.“ „Opfer rechtsextremer Straftaten sollen ein Bleiberecht erhalten, da dieses dazu beitragen wird, dass sie die Straftat zur Anzeige bringen und als Zeuge zur Verfügung stehen können.“

5

**Änderungsantrag Kapitel IX.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 80**

*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel IX.3**

S. 38, Zeile 1588 Ersetze „mit rechtsextremen Hintergrund in Zukunft besser erfasst und statistisch ausgewertet werden“ mit „politisch motivierten Hintergrund und Hassstraftaten besser erkannt, erfasst und ausgewertet werden.“

5

**Änderungsantrag Kapitel IX.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

S. 38, Zeile 1594 Ergänzung: [Darum werden wir mit

10 einem Gesetz zur Demokratieförderung und Extremismusprävention die Strukturen der Präventionsarbeit langfristig sichern] und entsprechende Länderprogramme finanziell unterstützen. Besonderer Fokus muss dabei auch auf Behörden und öffentlichen Institutionen gelegt werden.

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 81*  
*Kreisverband Biberach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.3.**

5 Zeilen 1589-1594: Die Sätze sind wie folgt neu zu fassen: „Neben der konsequenten Strafverfolgung wollen wir die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit stärken. Bereits in den vergangenen Jahren haben wir die Mittel im Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ mehr als verdreifacht. Damit fördern wir zahlreiche Initiativen, Vereine und engagierte Bürgerinnen und Bürgern in ganz Deutschland, die sich tagtäglich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander einsetzen. Um ihnen die dringend notwendige Planungssicherheit zu geben, wollen wir die Strukturen der Präventionsarbeit mit einem Gesetz zu Demokratieförderung und Extremismusprävention langfristig sichern.“

**Änderungsantrag Kapitel IX.3.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 82*  
*Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.3.**

5 Ergänzung nach Zeile 1596: Wir werden uns für eine kostenlose Versicherung von ehrenamtlich Tätigen der Freiwilligen Feuerwehr und des THW einsetzen, welche die Berufsunfähigkeit oder Todesfall von im Einsatz verunglückten Kameraden absichert.

**Änderungsantrag Kapitel IX.3.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 83*  
*Ortsverein Laupheim / Ortsverein Biberach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.3.**

5 Zeile 1583 (Umformulierung) Kampf gegen extremistisch motivierte Gewalt

Zeile 1596 (Ergänzung) aufgreifen und in der Präventionsarbeit umsetzen. Jegliche Gewalt aufgrund extremistischer Motivation, auch außerhalb des Rechtsextremismus, muss von uns verfolgt, bekämpft und be-

**Änderungsantrag Kapitel IX.3.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

strafte werden!

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 84*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel IX.3**

Ergänze Seite 38 Zeile 1585: „Damit wird Angst und Schrecken verbreitet bei den bedrohten Menschengruppen. Und damit ist auch das für uns eine Form von Terrorismus.“

5

**Änderungsantrag Kapitel IX.3**

Annahme in geänderter Fassung einfügen S. 43, Z. 37:

Damit wird Angst und Schrecken verbreitet bei den bedrohten Menschengruppen. Auch von rechtsextremistischen Gruppen und Einzelpersonen geht eine terroristische Gefahr aus, der wir entschlossen begegnen werden.

10

einfügen S. 43, Z. 42 (nach "ausweiten")

Füge in Z. 1590 nach „ausweiten.“ ein: „Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Bundesländern die Möglichkeiten des Aufenthaltsrechts ausgeschöpft werden, um Opfer rechter Gewalt besser vor Abschiebungen zu schützen und damit eine bestmögliche Strafverfolgung rechtsmotivierter Straftäter sicherzustellen.“

Die im Aufenthaltsgesetz vorgesehenen Regelungen für Opfer von Straftaten müssen eingehalten werden, damit sie zu ihrem Recht kommen und Straftäter für ihre Strafen verurteilt werden können.

15

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 86*  
*Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.3.**

Ziffer 1583 Überschrift ergänzen um: „Rechtsextremismus und Linksextremismus“.

**Änderungsantrag Kapitel IX.3.**

Ablehnung

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 87*  
*Arbeitsgemeinschaft 60plus*

**Änderungsantrag Kapitel IX.3.**

Z.1593 „der Präventionsarbeit langfristig sichern.“ ergänzen durch „Ebenso werden wir uns für einen Ausbau und eine finanzielle Sicherung von Aussteiger- und Aussteigerinnenprogrammen einsetzen.“

**Änderungsantrag Kapitel IX.3.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 88*  
*Unterbezirk Aachen-Stadt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.3.**

Zeile 1593: der Präventionsarbeit langfristig sichern. ergänzen durch: Ebenso werden wir uns für einen Aus-

**Änderungsantrag Kapitel IX.3.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

bau und eine finanzielle Sicherung von Aussteiger- und Aussteigerinnenprogrammen einsetzen.

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 89*  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel IX.4**

S. 39, Zeile 1599 Ergänze hinter „... Kontrolle.“ „Das Bundesamt für Verfassungsschutz soll anhand der Ergebnisse des NSU-Untersuchungsausschusses reformiert werden.“

5

S. 39, Zeile 1601-1602 Streiche „Die gesetzlichen Regelungen werden wir an die heutigen Gefährdungslagen anpassen.“

**Änderungsantrag Kapitel IX.4**

Erledigt durch Annahme in geänderter Fassung von Antrag IX. A1, Kennnummer 9913

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 90*  
*Kreisverband Kyffhäuserkreis (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.4.**

Nach Zeile 1606 wird eingefügt: Neben dem Einsatz von V-Leuten durch Nachrichtendienste muss auch der Einsatz von V-Personen durch Polizeibehörden gesetzlich geregelt und nach verbindlichen Vorgaben kontrollierbar sein. Der Quellenschutz hat hinter der Aufklärung schwerer Straftaten zurückzustehen.

5

**Änderungsantrag Kapitel IX.4.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 91*  
*Stadtverband Witten (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.5**

soll am Ende des ersten Absatzes in Zeile 1611 folgendes hinzugefügt werden: „Dazu werden wir uns verstärkt für staatliche Unterstützung im Rahmen finanzieller und struktureller Hilfe im Bereich des ehrenamtlichen und staatlichen Katastrophen- und Zivilschutzes einsetzen.“

5

**Änderungsantrag Kapitel IX.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 92*  
*09/13 Adlershof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

Z.1633: Füge nach „Dienstleistungen“ ein: „sowie alle Bundesbehörden“

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

5 Z. 1637: Füge am Ende an: „Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns gegen jedwede Regulierung von Verschlüsselungstechnologien aus.“

10 Z. 1641: Ersetze „Jüdinnen und Juden“ durch „Andersdenkende und Andersgläubige“

Annahme in geänderter Fassung: Einfügen auf S. 45 Z. 7 nach „verfolgt werden“:

15 Z. 1648: Füge am Ende an „daher setzen wir uns für eine verbesserte Ausbildung und Ausstattung der Polizeibehörden und Justiz ein. Vor allem müssen Anbieter aber effektiv mit Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten. Hierzu werden wir Kontaktstellen im Inland sowie kurze Reaktionsfristen festlegen. Parallel zu nationalen Schritten setzen wir uns für europaweite und internationale Regeln in diesem Kontext ein.“

20

**„Daher setzen wir uns für eine verbesserte Ausbildung und Ausstattung der Polizeibehörden und Justiz in diesem Bereich ein. Auch die Anbieter von sozialen Netzwerken müssen stärker in die Verantwortung genommen werden. Deshalb führen wir eine Berichtspflicht für Anbieter zum Umgang mit Hinweisen über rechtswidrige Inhalte sowie einheitliche Standards des Beschwerdemanagements ein Vor allem müssen Anbieter aber effektiv mit Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten. Hierzu werden wir Kontaktstellen im Inland sowie kurze Reaktionsfristen festlegen. Wer sich nicht an die Vorgaben hält, soll mit empfindlichen Geldbußen bestraft werden. Parallel zu nationalen Schritten setzen wir uns für europaweite und internationale Regeln in diesem Kontext ein.“**

25

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 93  
07/01 Tempelhof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

5 S.39, Zeile 1624 einfügen: Alle Bundesbehörden müssen ihren Beitrag dazu leisten, die IT-Sicherheit zu stärken. Wenn ihnen Sicherheitslücken bekannt werden, melden sie diese den Herstellern der betreffenden Systeme. Das Horten von Sicherheitslücken z.B. für spätere Cyber-Angriffe lehnen wir ab.

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

Erledigt durch Annahme des Antrages IX.A92 in geänderter Fassung

10 S.39, Zeile 1629 einfügen: Dazu lösen wir es auch dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern heraus und siedeln es bei der Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit an.

15 S.39, Zeile 1637 einfügen: Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns gegen jedwede Regulierung von Verschlüsselungstechnologien aus.

S.39, Zeile 1640 bis 1642 ersetzen durch **Wer im Internet kriminelle Parolen veröffentlicht und zu gruppenbezogener Gewalt aufruft der muss konsequent zur Rechen-**

20 **schaft gezogen werden.**

S.40, Zeile 1648 einfügen: Vor allem müssen Anbieter aber effektiv mit Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten. Hierzu werden wir Kontaktstellen im Inland sowie kurze Reaktionsfristen festlegen. Wirklich wirksam können Regeln für Anbieter von Internet-Diensten aber nur sein, wenn sie mindestens europaweit einheitlich gelten. Parallel zu nationalen Schritten setzen wir uns daher dafür ein, dass entsprechende Regeln auch auf EU-Ebene und darüber hinaus geschaffen werden. Um entsprechende Bußen und Strafen durchsetzen zu können, setzen wir uns für die verbesserte Ausbildung und Ausstattung der Polizeibehörden und Justiz ein. Denn die Verantwortung für die Regulierung des öffentlichen digitalen Raums kann nicht nur bei den sozialen Netzwerken liegen.

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 94  
Ortsverein M-Haidhausen-Ost (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

Zeile 1629 wird ergänzt nach: „seiner neutralen Rolle und Beratungsfunktion stärken“ folgt: „indem wir es zu einer vom Bundesministerium des Innern unabhängigen Bundesbehörde ausbauen:“

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

Ablehnung

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 95  
Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

Zeile 1624 ergänzen: Wir müssen sicherstellen, dass insbesondere zivile und sensible Infrastruktur – wie Krankenhäuser; Klär- und Kraftwerke; Parlamente u. Ä. – effektiv vor Cyberangriffe geschützt sind.

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 96  
06/03 Lichterfelde-West (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

S. 39 Z. 1640. streiche den Satz "Am Anfang stehen die Worte, dann folgen die Taten."

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

Ablehnung



Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 97*  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

S. 39, Zeile 1640f Ersetze „gegen Jüdinnen und Juden, Ausländer und Ausländerinnen oder andere durch „aufgrund des Geschlechts, des Glaubens, der sexuellen Identität, der Herkunft oder einer Behinderung“

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 98*  
*Kreisverband Biberach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.6.**

Zeilen 1640-1642: Der Satz ist wie folgt neu zu fassen: „Wer im Internet kriminelle Parolen veröffentlicht oder zu Straf- und Gewalttaten aufruft, muss konsequent zur Rechenschaft gezogen werden.“

**Änderungsantrag Kapitel IX.6.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 99*  
*Stadtverband Witten (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

soll in Zeile 1634 nach „...beheben.“ folgendes eingefügt werden: „Hierzu muss das Überprüfen auf Sicherheitslücken durch Dritte straffrei gestellt werden, insofern nur die überprüfte Organisation und das BSI über die Lücken informiert werden und die Information nicht anders verwendet wird.“

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 100*  
*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.6.**

Zeile 1624 Nach "digitale Souveränität zu erhalten." füge ein: "Alle Bundesbehörden müssen ihren Beitrag dazu leisten, die IT-Sicherheit zu stärken. Wenn ihnen Sicherheitslücken bekannt werden, melden sie diese den Herstellern der betreffenden Systeme. Das Horten von Sicherheitslücken z.B. für spätere Cyber-Angriffe lehnen wir ab."

**Änderungsantrag Kapitel IX.6.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 101*  
*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.6.**

Zeile 1629 Einfügen: „Dazu lösen wir es auch dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern heraus und siedeln es bei der Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit an.“

5

Zeile 1648 Einfügen: „Wirklich wirksam können Regeln für Anbieter von Internet-Diensten aber nur sein, wenn sie mindestens europaweit einheitlich gelten. Parallel zu nationalen Schritten setzen wir uns daher dafür ein, dass entsprechende Regeln auch auf EU-Ebene und darüber hinaus geschaffen werden. Um entsprechende Bußen und Strafen durchsetzen zu können, setzen wir uns für die verbesserte Ausbildung und Ausstattung der Polizeibehörden und Justiz ein. Denn die Verantwortung für die Regulierung des öffentlichen digitalen Raums kann nicht nur bei den sozialen Netzwerken liegen.“

10

15

**Änderungsantrag Kapitel IX.6.**

Erledigt durch Annahme des Antrages IX.A92 in geänderter Fassung

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 103*  
*02/08 Luisenstadt (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

S.39, Z. 1624 einfügen: Alle Bundesbehörden müssen ihren Beitrag dazu leisten, die IT-Sicherheit zu stärken. Wenn ihnen Sicherheitslücken bekannt werden, melden sie diese den Herstellern der betreffenden Systeme. Das Horten von Sicherheitslücken z.B. für spätere Cyber-Angriffe lehnen wir ab.

5

S.39, Z. 1629 einfügen: Dazu lösen wir es aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern heraus und siedeln es bei der Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit an.

10

S.40, Z. 1648 einfügen: Um entsprechende Bußen und Strafen durchsetzen zu können, setzen wir uns für die verbesserte Ausbildung und Ausstattung der Polizeibehörden und Justiz ein. Denn die Verantwortung für die Regulierung des öffentlichen digitalen Raums kann nicht nur bei den sozialen Netzwerken liegen.

15

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

Erledigt durch Annahme des Antrages IX.A92 in geänderter Fassung

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 104*  
*02/02 Kreuzberg 61 (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.6.**

5 Ab Zeile 1624 Nach: „Kompetenz und digitale Souveränität zu erhalten.“ Einfügen: „Alle Bundesbehörden müssen ihren Beitrag dazu leisten, die IT-Sicherheit zu stärken. Wenn ihnen Sicherheitslücken bekannt werden, melden sie diese den Herstellern der betreffenden Systeme. Das Horten von Sicherheitslücken z.B. für spätere Cyber-Angriffe lehnen wir ab.“

10 Ab Zeile 1637 Satz einfügen. Nach „gerade in der öffentlichen Verwaltung.“ Einfügen: Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns gegen jedwede Regulierung von Verschlüsselungstechnologien aus.

15 Ab Zeile 1641 Setze nach „Verbreitung von“ ein: „Antisemitismus

20 Ab Zeile 1641 Streiche nach „und Gewalt“: „Jüdinnen und Juden, Ausländer und Ausländerinnen, oder andere.“

25 Ab Zeile 1648 Setze nach „mit empfindlichen Geldbußen bestraft werden“ ein: „Vor allem müssen Anbieter aber effektiv mit Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten. Hierzu werden wir Kontaktstellen im Inland sowie kurze Reaktionsfristen festlegen. Wirklich wirksam können Regeln für Anbieter von Internet-Diensten aber nur sein, wenn sie mindestens europaweit einheitlich gelten. Parallel zu nationalen Schritten setzen wir uns daher dafür ein, dass entsprechende Regeln auch auf EU-Ebene und darüber hinaus geschaffen werden. Um entsprechende Bußen und Strafen durchsetzen zu können, setzen wir uns für die verbesserte Ausbildung und Ausstattung der Polizeibehörden und Justiz ein. Denn die Verantwortung für die Regulierung des öffentlichen digitalen Raums kann nicht nur bei den sozialen Netzwerken liegen.“

30

35

**Änderungsantrag Kapitel IX.6.**

Erledigt durch Annahme des Antrages IX.A92 in geänderter Fassung

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 105*  
*07/08 Friedenau (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

S.39, Zeile 1624 einfügen: Alle Bundesbehörden müssen ihren Beitrag dazu leisten, die IT-Sicherheit zu stärken. Wenn ihnen Sicherheitslücken bekannt werden, melden

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 sie diese den Herstellern der betreffenden Systeme und dem BSI. Das Horten von Sicherheitslücken z.B. für spätere Cyber-Angriffe lehnen wir ab.

10 S.39, Zeile 1629 einfügen: Dazu lösen wir es auch dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern heraus und siedeln es bei der Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit an.

15 S.39, Zeile 1637 einfügen: Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns gegen jedwede Hintertüren von Verschlüsselungstechnologien aus.

S.39, Zeile 1641 streichen: "gegen Jüdinnen und Juden, Ausländerinnen und Ausländer oder andere"

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 106**

*Ortsverein Mainz-Altstadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

5 Zeile 1622 „... fachliche Expertise hinzuzuziehen. Insbesondere muss eine gezielte judikative Expertise (richterliche Genehmigung für Quellen-TKÜ/ Telefontracking/ Online-Durchsuchung etc.) weiterhin für freiheitsrechtliche Einschränkungen notwendig bleiben. Eine konsequente Schulung von Richtern und Staatsanwaltschaften diesbezüglich ist umzusetzen.“

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

Erledigt durch Annahme des Antrages IX.A92 in geänderter Fassung

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 107**

*Ortsverein Frankfurt Oder-Süd (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

5 Absatz 2, Z 1624 Füge nach „zu erhalten.“ ein: „ Das Horten von Sicherheitslücken z.B. für spätere Cyber-Angriffe lehnen wir ab.“

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

Erledigt durch Annahme des Antrages IX.A92 in geänderter Fassung

5 Absatz 4, Z 1629 Füge nach „stärken“ ein: „Dazu lösen wir es auch dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern heraus und siedeln es bei der Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit an.“und ersetze „Das BSI“ durch „Es“

10 Absatz 6, Z 1648 Füge nach „bestraft werden.“ ein: „Vor allem müssen Anbieter aber effektiv mit Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten. Hierzu werden wir Kontaktstellen im Inland sowie kurze Reaktionsfristen festlegen. Wirklich wirksam können Regeln für Anbieter von Internet-Diensten aber nur sein, wenn sie mindes-

20 tens europaweit einheitlich gelten. Parallel zu nationa-  
 len Schritten setzen wir uns daher dafür ein, dass ent-  
 sprechende Regeln auch auf EU-Ebene und darüber  
 hinaus geschaffen werden. Um entsprechende Bußen  
 und Strafen durchsetzen zu können, setzen wir uns für  
 die verbesserte Ausbildung und Ausstattung der Poli-  
 zeibehörden und Justiz ein. Denn die Verantwortung für  
 die Regulierung des öffentlichen digitalen Raums kann  
 25 nicht nur bei den sozialen Netzwerken liegen.“

Absatz 2, Z 1663 Füge nach „integriert werden. ein: „Das  
 gleiche gilt für staatliche Whistleblower, weswegen wir  
 uns für ein Whistleblowergesetz stark machen.“

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 108**

*Ortsverein Mannheim-Neckarstadt-West (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

5 Zeile 1634 nach „...und diese schnellstmöglich behe-  
 ben.“ folgendes eingefügt werden: „Hierzu muss das  
 Überprüfen auf Sicherheitslücken durch Dritte straffrei  
 gestellt werden, insofern nur die überprüfte Organisati-  
 on und das BSI über die Lücken informiert werden und  
 die Information nicht anders verwendet wird.“

10 Zeile 1624: Zudem muss die deutsche Wirtschaft im  
 Bereich der Cybersicherheit weiter sensibilisiert werden.  
 Dafür braucht es staatliche Unterstützung und Anreize,  
 um Industriespionage einzudämmen.

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
 kommission

**Antragsbereich IX.A/ Antrag 109**

*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord / Ortsverein Hohen Neuendorf / Ortsverein Bernau (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

5 Absatz, Zeile 1624: Nach "digitale Souveränität zu erhal-  
 ten." füge ein " Alle Bundesbehörden müssen ihren Bei-  
 trag dazu leisten, die IT-Sicherheit zu stärken. Wenn  
 ihnen Sicherheitslücken bekannt werden, melden sie  
 diese den Herstellern der betreffenden Systeme. Das  
 Horten von Sicherheitslücken z.B. für spätere Cyber-  
 Angriffe lehnen wir ab."

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
 kommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 110*

*06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.6.**

Zeile 1624 einfügen: "Alle öffentlichen Stellen müssen ihren Beitrag dazu leisten, die IT-Sicherheit zu stärken. Wenn ihnen Sicherheitslücken bekannt werden, melden sie diese den Herstellern der betreffenden Systeme. Das Horten von Sicherheitslücken z.B. für spätere Cyber-Angriffe lehnen wir ab."

5

Zeile 1629 einfügen: "Dazu lösen wir es auch dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern heraus und siedeln es bei der Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit an."

10

Zeile 1637 einfügen: "Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns gegen jedwede Einschränkung von Verschlüsselungstechnologien aus."

15

**Änderungsantrag Kapitel IX.6.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 111*

*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

Seite 39 Zeile 1617 ersetze „Kinderpornografie“ durch „sexueller Gewalt gegenüber Kindern“

5

Seite 39 Zeile 1642 ergänze zwischen „Ausländerinnen“ und „oder andere“: „... , Frauen, LSBTI-Personen ...“

**Änderungsantrag Kapitel IX.6**

Ablehnung

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 112*

*01/02 Alexanderplatz (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.6.**

Zeile 1624 einfügen: Alle Bundesbehörden müssen ihren Beitrag dazu leisten, die IT-Sicherheit zu stärken. Sobald ihnen Sicherheitslücken bekannt werden, melden sie diese den Herstellern der betreffenden Systeme unverzüglich. Das Horten von Sicherheitslücken z.B. für spätere Cyber-Angriffe wird gesetzlich verboten.

5

Zeile 1629 einfügen: Dazu lösen wir es aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern heraus und siedeln es bei der Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit an.

10

Zeile 1637 einfügen: Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns gegen jedwede Regulierung von Verschlüsse-

**Änderungsantrag Kapitel IX.6.**

Erledigt durch Annahme des Antrages IX.A92 in geänderter Fassung

- 15 lungstechnologien aus.
- Zeile 1641 „Jüdinnen und Juden Ausländer und Ausländerinnen oder andere“ streichen
- 20 Zeile 1648 einfügen: Vor allem müssen Anbieter aber effektiv mit Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten. Hierzu werden wir Kontaktstellen im Inland sowie kurze Reaktionsfristen festlegen. Wirklich wirksam können Regeln für Anbieter von Internet-Diensten aber nur
- 25 sein, wenn sie mindestens europaweit einheitlich gelten. Parallel zu nationalen Schritten setzen wir uns daher dafür ein, dass entsprechende Regeln auch auf EU-Ebene und darüber hinaus geschaffen werden. Um entsprechende Bußen und Strafen durchsetzen zu können,
- 30 setzen wir uns für die verbesserte Ausbildung und Ausstattung der Polizeibehörden und Justiz ein. Denn die Verantwortung für die Regulierung des öffentlichen digitalen Raums kann nicht nur bei den sozialen Netzwerken liegen.

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 113  
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Änderungsantrag Kapitel IX.7**

Nach Zeile 1663 wird folgender Zusatz eingefügt: „Wir werden gesetzlich unterbinden, dass Strafverfahren wegen Wirtschaftskriminalität bei hohen Schadenssummen nach Zahlung eines Geldbetrages eingestellt werden können.“

5

**Änderungsantrag Kapitel IX.7**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 114  
Ortsverein Kappeln-Land (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.7**

Zeile 1661: Satz ändern: Wir werden sie vor arbeitsrechtlichen...

**Änderungsantrag Kapitel IX.7**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 115  
Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel IX.7**

S. 40, Zeile 1661 Ergänzung: [Finanzskandale wie die „Panama-Papiere“, Gammelfleischskandale und Bestechungsvorwürfe bei Großunternehmen werden zumeist nur durch interne Hinweisgeber, sogenannte

**Änderungsantrag Kapitel IX.7**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 „Whistleblower“, bekannt. Ein solch couragiertes Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter] der Unternehmen und staatlichen Institutionen wie zum Beispiel Sicherheitsdiensten [muss rechtlich besser abgesichert werden].

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 116*  
*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Änderungsantrag Kapitel IX.7**

Nach Zeile 1663 wird folgender Zusatz eingefügt: „Wir werden gesetzlich unterbinden, dass Strafverfahren wegen Wirtschaftskriminalität bei hohen Schadenssummen nach Zahlung eines Geldbetrages eingestellt werden können.“

**Änderungsantrag Kapitel IX.7**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 117*  
*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel IX.7.**

Z 1663 Einfügen: „Das gleiche gilt für öffentlich Bedienstete Whistleblower, weswegen wir uns für ein Whistleblowergesetz stark machen.“

**Änderungsantrag Kapitel IX.7.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 118*  
*Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel IX.7**

Füge ein in Z. 1663 nach "[...]integriert werden.":

„Moderne Drogenpolitik

**Änderungsantrag Kapitel IX.7**

Ablehnung

5 Wir setzen uns für ein Umdenken in der Drogenpolitik ein. Insbesondere die Legalisierung des Besitzes von Cannabis und Cannabisprodukten in für den Eigenbedarf üblichen Mengen wollen wir künftig ermöglichen. Wir wollen den Konsum von Cannabisprodukten entkriminalisieren und den Handel in eine staatliche Struktur überführen. Für uns ist klar, dass zusätzliche Steuereinnahmen durch staatlich kontrollierten Handel für den Ausbau der Drogenprävention, die Durchsetzung des Jugendschutzes und die Suchthilfe verwendet werden müssen.“

10

15



Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich IX.A/ Antrag 119*

*Unterbezirk Lüneburg (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel IX. Sonstige**

- ungeeignete Überschrift, muss heißen: Öffentliche Sicherheit und Kriminalprävention
- Für Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz umfassende Vorgaben festlegen.

5 - Aufbau europäischer Strafverfolgungsbehörden ist dringend erforderlich.

- Einsatz von Videotechnik ist notwendig unter klaren Vorgaben, um Gefahrenbeweise zu sichern.

10 - Militarisierung als Begriff nicht adäquat, stattdessen: Kein Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der Inneren Sicherheit“.

**Änderungsantrag Kapitel IX. Sonstige**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

## Änderungsanträge: X. Kapitel Es ist Zeit für eine geordnete Migrationspolitik (X.A)

### Antragsbereich X.A/ Antrag 1

07/01 Tempelhof / 06/05 Lankwitz / 060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)

Landesverband Berlin

#### Änderungsantrag Kapitel X.0

5 Ersetze Zeile 1664 bis 1671 von „Das Recht“ bis „zurück-  
führen“: „Das Recht auf Asyl ist ein elementares Grund-  
recht. Den sogenannten „Asylkompromiss“ sehen wir  
kritisch und wollen eine Wiederherstellung des Asyl-  
rechts, das vor 1993 bestanden hat. Die gegenwärtige  
furchtbare Lage der Welt zwingt viele Menschen zur  
Flucht. Jeder zweite Flüchtling ist ein Kind. Wir sind  
eines der reichsten Länder der Welt. Menschen, die un-  
ter dem Nationalsozialismus verfolgt wurden, waren  
10 darauf angewiesen, in anderen Ländern Asyl zu finden.  
Wir wollen unser Verantwortung gerecht werden und  
geflüchtete Menschen offen willkommen heißen. Wir  
müssen die Fluchtursachen in den Heimatländern be-  
kämpfen. An den Außengrenzen Europas muss alles  
15 Menschenmögliche unternommen werden, dass keine  
Menschen mehr im Mittelmeer ertrinken. Innerhalb  
Europas ist dafür zu sorgen, dass insbesondere die är-  
meren südlichen Länder wie Griechenland und Italien  
mit der Verantwortung, sich um die angekommenen  
20 geflüchteten Menschen zu kümmern, nicht allein gelas-  
sen werden. Alle Länder in Europa sollen sich solidarisch  
um die geflüchteten Menschen kümmern und entspre-  
chend ihrer Größe geflüchtete Menschen aufnehmen.“

#### Änderungsantrag Kapitel X.0

Ablehnung

### Antragsbereich X.A/ Antrag 2

Unterbezirk Cuxhaven (Bezirk Nord-Niedersachsen)

#### Änderungsantrag Kapitel X.0

Zeile 1675 ff: Eine angepasste Entwicklungspolitik fehlt  
an dieser Stelle.

#### Änderungsantrag Kapitel X.0

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
kommission

### Antragsbereich X.A/ Antrag 4

Landesverband Sachsen-Anhalt

#### Änderungsantrag Kapitel X.0

S. 41, Zeile 1664 Titel neu: Es ist Zeit für eine humanitä-  
re Flüchtlingspolitik und geordnete Einwanderung

#### Änderungsantrag Kapitel X.0

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
kommission

S. 41, Zeile 1671 Streichung: ~~konsequenter~~

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich X.A/ Antrag 5*  
*02/08 Luisenstadt (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel X.0**

S. 41 - 43 Z. 1664 - 1770: Ersetze "Flüchtlinge" durch "Geflüchtete"

**Änderungsantrag Kapitel X.0**

Ablehnung

*Antragsbereich X.A/ Antrag 6*  
*Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel X.0**

Kapitel „Es ist Zeit für eine geordnete Migrationspolitik“ in „Es ist Zeit für eine menschliche Migrationspolitik“ umbenennen.

**Änderungsantrag Kapitel X.0**

Ablehnung

- 5 In Zeile 1670-1672 den Satz „Die anerkannten Flüchtlinge werden wir besser integrieren und die abgelehnten Flüchtlinge konsequenter in ihre Herkunftsländer zurückführen.“ streichen und ersetzen durch: „Geflüchteten Menschen wollen wir die Möglichkeit der Integration geben, genau wie wir ihnen die Möglichkeit geben müssen, nach Ende der Krise in ihren Heimatländern, dorthin zurückzukehren.“
- 10

In Zeile 1674 „und wer nicht“ streichen.

*Antragsbereich X.A/ Antrag 7*  
*Kreisverband Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel X.0.**

Zeile 1671 – 1672 Streichung: „...und die abgelehnten Flüchtlinge konsequenter in ihre 1672 Herkunftsländer zurückführen.“

**Änderungsantrag Kapitel X.0.**

Ablehnung

*Antragsbereich X.A/ Antrag 8*  
*Unterbezirk Bremen-Stadt (Landesorganisation Bremen)*

**Änderungsantrag Kapitel X.0**

In Zeile 1669 - 1670: Das Komma nach dem ersten Halbsatz und die Worte danach: „die Außengrenzen Europas sichern“ werden gestrichen und nach den folgenden Worten „und die“ werden die Worte: „finanziellen Lasten für die Aufnahme von“ eingefügt sowie das Wort „Flüchtlinge“ durch ein „n“ ergänzt.

5

**Änderungsantrag Kapitel X.0**

Annahme in geänderter Fassung (S.46, Z. 31 a.E.):

Eine menschenwürdige Unterbringung muss dabei gewährleistet werden.

- 10 Zeile 1670: Das Wort „*anerkannten*“ wird gestrichen.
- Zeile 1671-1672: Nach dem Wort „*integrieren*“ wird ein Punkt eingefügt und der Rest des Satzes wird gestrichen.
- 15 Zeile 1672: Der Satzbeginn „Und“ wird gestrichen und das dann erste Wort „wir“ beginnt mit einem Großbuchstaben.
- 20 Zeile 1673: vor dem Wort „*regelt*“ werden die Worte: „*die Einwanderung nach Deutschland*“ eingefügt und der Rest des Satzes gestrichen.

**Antragsbereich X.A/ Antrag 9**  
*Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt*

- Änderungsantrag Kapitel X.0**
- 5 Ersetze Zeile 1665 bis 1672 von „Das Recht“ bis „zurückführen“: „Das Recht auf Asyl ist ein elementares Grundrecht. Die gegenwärtige furchtbare Lage der Welt zwingt viele Menschen zur Flucht. Jeder zweite Flüchtling ist ein Kind. Wir sind eines der reichsten Länder der Welt. Menschen, die unter dem Nationalsozialismus verfolgt wurden, waren darauf angewiesen, in anderen Ländern Asyl zu finden. Wir wollen unserer Verantwortung gerecht werden und geflüchtete Menschen offen willkommen heißen. Dieser Verantwortung sind sich viele Menschen in unserem Land bewusst, was die große Hilfsbereitschaft der vergangenen Jahre deutlich gemacht hat. Wir sind stolz auf dieses freundliche Gesicht unseres Landes und die vielen sozialdemokratischen Helferinnen und Helfer. Wir sehen es deshalb als unsere Pflicht, politische Fehlsteuerungen seit 2015, die wir teuer wichtige Erfolge, wie einem früheren Arbeitsmarktzugang, Erweiterung der Integrations- und Sprachkurse oder einer stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung, erkaufte haben und die Union getrieben durch Rechtspopulisten permanent auf die Tagesordnung gebracht hat, auf den Prüfstand zu stellen und zu korrigieren.
- 10
- 15
- 20
- 25 Wir müssen die Fluchtursachen in den Heimatländern bekämpfen. An den Außengrenzen Europas muss alles Menschenmögliche unternommen werden, dass keine Menschen mehr im Mittelmeer ertrinken. Innerhalb Europas ist dafür zu sorgen, dass insbesondere die ärmeren südlichen Länder wie Griechenland und Italien mit der Verantwortung, sich um die angekommenen
- 30

**Änderungsantrag Kapitel X.0**  
 Ablehnung

35 geflüchteten Menschen zu kümmern, nicht allein gelassen werden. Alle Länder in Europa sollen sich solidarisch um die geflüchteten Menschen kümmern und entsprechend ihrer Größe geflüchtete Menschen aufnehmen.“

*Antragsbereich X.A/ Antrag 10  
Arbeitsgemeinschaft 60plus*

**Änderungsantrag Kapitel X.0.**

Z.1666 „Die brutalen Kriege und Menschenrechtskrisen“ ersetzen durch „Die brutalen Kriege, Menschenrechtskrisen und Armut in“

**Änderungsantrag Kapitel X.0.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 Z.1669 „die Außengrenzen Europas sichern“ ergänzen durch „ohne Flüchtlinge zu gefährden und ihnen die Chance auf die Stellung eines Asylantrags zu nehmen“

10 Z.1674 „einwandern kann und wer nicht.“ ergänzen durch „Dabei wird das System der sicheren Herkunftsländer grundlegend überdacht und eine ausnahmslose Einzelfalllösung bei Asylbewerbern und Asylbewerberinnen angestrebt.“

*Antragsbereich X.A/ Antrag 11  
Landesverband Bayern*

**Änderungsantrag Kapitel X.0**

5 Füge ein nach „Das Recht auf Asyl muss auch in Zukunft unangetastet bleiben“ (S. 41, Z. 1666): „Daher werden wir uns dafür einsetzen, das Grundrecht aus Asyl wieder vollständig herzustellen. Hierzu gehört die Abschaffung der Drittstaatenregelung und die Abschaffung der sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“.

**Änderungsantrag Kapitel X.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

10 In dem Satz „Die anerkannten Flüchtlinge werden wir besser integrieren und die abgelehnten Flüchtlinge konsequenter in ihre Herkunftsländer zurückführen.“ (S. 41, Z.1671) streiche: „und die abgelehnten Flüchtlinge konsequenter in ihre Herkunftsländer zurückführen.“

*Antragsbereich X.A/ Antrag 12  
Unterbezirk Aachen-Stadt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel X.0.**

Zeile 1665: Die brutalen Kriege und Menschenrechtskrisen ersetzen durch: Die brutalen Kriege, Menschen-

**Änderungsantrag Kapitel X.0.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

rechtskrisen und Armut in

5 Zeile 1668: die Außengrenzen Europas sichern ergänzen durch: ohne Flüchtlinge zu gefährden und ihnen die Chance auf die Stellung eines Asylantrags zu nehmen

10 Zeile 1673: einwandern kann und wer nicht. ergänzen durch: Dabei wird das System der sicheren Herkunftsländer grundlegend überdacht und eine ausnahmslose Einzelfalllösung bei Asylbewerbern und Asylbewerberinnen angestrebt.

**Antragsbereich X.A/ Antrag 13**  
*06/05 Lankwitz / 060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Ersetze Zeile 1697 bis Zeile 1701 „Die Außengrenzen“ bis „beenden“: Was sich tagtäglich im Mittelmeer abspielt, ist eine menschliche Tragödie und ein Schande für ganz Europa, das es bisher nicht geschafft hat, das Massensterben vor den Toren Europas aufzuhalten.. Das oberste Gebot muss fortan sein, dass keine Menschen mehr im Mittelmeer sterben. Dafür brauchen wir ein europäisches Seenotrettungsprogramm. Wir wollen aber auch das Mandat und die Aufgabe von Frontex in Zusammenarbeit mit der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache verändern. Sie sollen ihren Fokus zuallererst darauf legen, dass geflüchtete Menschen sicher an Land gebracht werden. Wir müssen das Sterben im Mittelmeer beenden.“

Ablehnung

5  
10

**Antragsbereich X.A/ Antrag 14**  
*Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Z. 1680 nach „...ein.“, Einschub neuer Absatz: „Wir werden Agrar-, Altkleider- und Elektronikschrott-Exporte reduzieren, unsere Märkte öffnen und Barrieren gegen den Aufbau von Produktionsstätten in Afrika beseitigen. Wir wollen regionale Integration und den afrikanischen Binnenhandel stärken, statt Präferenzhandelsabkommen abzuschließen. Die deutsche und europäische Außenpolitik muss gestärkt werden, statt die Mittel des Außenministeriums zu reduzieren.“

Ablehnung

5

*Antragsbereich X.A/ Antrag 16*  
*Ortsverein Kappeln-Land (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Zeile 1691: Hinzufügen: Dies kann z.B. durch Streichungen bei "Kann-Zahlungen" geschehen.

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Ablehnung

*Antragsbereich X.A/ Antrag 17*  
*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Z. 1681: füge vor „in Sicherheit“ ein, „menschewürdig“.

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Ablehnung

Z. 1685: füge ein nach „Aufgaben“ „ und einheitliche Standards sowie...“

5

U. 1702: ersetze „stärken“ durch „überprüfen“.

Z. 1702: Im Anschluss des Satzes einen Absatz einfügen und den Satz „Wer illegale Migration eindämmen will, muss legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen.“ einfügen.

10

Z. 1714: einfügen vor „Familien“ „besonders betroffene Gruppen, wie...“

*Antragsbereich X.A/ Antrag 18*  
*Ortsverein Greifswald (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Ersetze von Zeile 1684 „Wir...“ bis Zeile 1688 „...verweigern“ durch: „Es ist für uns mit der europäischen Wertegemeinschaft unvereinbar, dass Staaten in der EU gar keine Geflüchteten, nur eine verschwindend geringe Zahl oder nur Geflüchtete bestimmter Religionen aufnehmen wollen. Die Dublin III-Verordnung halten für wir überholt und ungerecht. Dass ein Asylantrag in dem Land gestellt werden muss, in dem die Europäische Union das erste Mal betreten wurde, stellt eine Belastung für die Länder mit EU-Außengrenze dar. Wir werden uns deshalb für einen europäischen Verteilungsschlüssel einsetzen, der die Größe, die wirtschaftlichen Möglichkeiten der einzelnen Länder und das Schicksal der Geflüchteten berücksichtigt.“

5

10

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Ablehnung

*Antragsbereich X.A/ Antrag 19*  
*Unterbezirk Cuxhaven (Bezirk Nord-Niedersachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**  
 Zeile 1711: Streichen

**Änderungsantrag Kapitel X.1**  
 Ablehnung

*Antragsbereich X.A/ Antrag 20*  
*07/01 Tempelhof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**  
 Seite 41, Z. 1698, Ersetze Zeile 1698 bis Zeile 1702 „Die Außengrenzen“ bis „beenden“ durch „Was sich tagtäglich im Mittelmeer abspielt, ist eine menschliche Tragödie und eine Schande für ganz Europa, das es bisher nicht geschafft hat, das Massensterben vor den Toren Europas aufzuhalten. Das oberste Gebot muss fortan sein, dass keine Menschen mehr im Mittelmeer sterben. Dafür brauchen wir ein europäisches Seenotrettungsprogramm unter Einbezug bestehender zivilgesellschaftlicher Strukturen. Wir wollen aber auch das Mandat und die Aufgabe von Frontex in Zusammenarbeit mit der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache verändern. Sie sollen ihren Fokus zuallererst darauflegen, dass geflüchtete Menschen sicher an Land gebracht werden.“

**Änderungsantrag Kapitel X.1**  
 Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich X.A/ Antrag 21*  
*Ortsverein Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**  
 Z.1676 Nach dem genannten Satz soll ergänzt werden:  
 Es ist unser Ziel, hierzu auch die Außenhandelsbilanz  
 Zug um Zug ausgeglichener zu gestalten.

**Änderungsantrag Kapitel X.1**  
 Ablehnung

*Antragsbereich X.A/ Antrag 22*  
*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**  
 Zeile 1680 Ergänzung: Ein wesentliches Ziel muss es dabei sein, die Länder unserer Nachbarschaft, insbesondere des afrikanischen Kontinents, in die Lage zu versetzen, ihrer Bevölkerung klare wirtschaftliche und soziale Perspektiven zu ermöglichen. Dafür muss sich allerdings die europäische Wirtschafts- und Handelspolitik deutlich verändern, damit nicht weiterhin billige, im Agrar-

**Änderungsantrag Kapitel X.1**  
 Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission



10           bereich sogar hochsubventionierte, Güter aus der EU die afrikanischen Märkte überschwemmen und die lokalen Akteure in die Knie zwingen. Deshalb wollen wir den Verzicht auf Handelsverträge, die eine Marktöffnung und Zollsenkungen in Afrika erzwingen sowie wirksame Schutzmechanismen gegen EU-Billigimporte. Um dies zu erreichen, unterstützen wir das Vorhaben der Afrikanischen Union, eine Freihandelszone für den gesamten Kontinent zu schaffen. Zusätzlich setzen wir uns für eine einseitige hundertprozentige EU-Marktöffnung für alle Exporte ein, ohne dass sich Afrika im Gegenzug für EU-Exporte öffnen muss.

*Antragsbereich X.A/ Antrag 23  
Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

S. 41, Zeile 1710 Ergänzung: nach „legale“ Einfügung „Fluchtwege und“

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Ablehnung

5           S. 41, Zeile 1711 Ergänzung: nach „wollen wir“ einfügen: „ergänzend zum weiterhin unbegrenzt geltenden Recht auf Asyl“

S. 42, Zeile 1718/1719 Streichung ab „Zugleich..“

*Antragsbereich X.A/ Antrag 24  
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

5           S. 41, Z.1701 Ändere wie folgt: „Dabei werden wir dafür Sorge tragen, dass die Gefahren für Flüchtende reduziert und das Gebot der Nicht-Zurückweisung eingehalten wird. Zusätzlich setzen wir uns für ein europäisches Seenotrettungsprogramm sowie die Schaffung sicherer Fluchtrouten nach Europa ein. Wir müssen das Sterben im Mittelmeer beenden.“

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Annahme in geänderter Fassung:

Dabei werden wir dafür Sorge tragen, dass die Gefahren für Flüchtende reduziert und das Gebot der Nicht-Zurückweisung eingehalten wird. Zusätzlich setzen wir uns für ein europäisches Seenotrettungsprogramm ein. Wir müssen das Sterben im Mittelmeer beenden.

*Antragsbereich X.A/ Antrag 25  
Stadtverband Witten (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

In Zeile 1701 soll „“ gestrichen werden und folgendes eingefügt werden: „und dafür sorgen, dass keinerlei Einbindung privater Unternehmen in diesem Bereich zustande kommt. Um Fluchtursachen besser bekämpfen

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 zu können, werden wir auf humanitärer Ebene für eine stärkere Vernetzung von privaten wie staatlichen Stellen und europaweite einheitliche Standards eintreten. “

*Antragsbereich X.A/ Antrag 26  
06/10 Dahlem (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Zeile 1675: Fluchtursachen wollen wir mit außen, **wirtschafts-**, entwicklungs-, **klima** - und sicherheitspolitischen Initiativen bekämpfen.

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 Zeile 1678: ...faire internationale Handelsbeziehungen, **aktive arbeitsplatzschaffende Investitionspolitik unter Vermeidung von kolonialen Strukturen**, und für weltweite Menschenrechte.....

10 Nach Zeile 1682 und vor Zeile 1683: Um Fluchtursachen zu bekämpfen bedarf es einer radikalen Umverteilung. Die gegenwärtig aufzubringenden Finanzmittel um Flüchtlinge zu versorgen sind als Direktinvestitionen sinnvoller. Wir wollen eine geordnete Migration, aber  
15 gleichzeitig nachhaltige Produktion, die Arbeitsplätze schafft. Wir wollen in Ergänzung dazu eine wirksame Entwicklungspolitik mit kontrollierter Mittelverwendung.

*Antragsbereich X.A/ Antrag 27  
Ortsverein Meßstetten (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Zeile 1684 Einfügen nach „.....Verantwortung übernehmen.“: Die Mitgliedstaaten müssen sich auf eine gemeinsame Verteilung der Geflüchteten auf alle EU-Staaten einigen. Wir werden uns auf EU-Ebene für eine  
5 Abschaffung der Dublin-III-Regelungen einsetzen, da sie inhuman sind und dem Gedanken der zwischenstaatlichen Solidarität widersprechen.

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Ablehnung

10 Zeile 1690 Streichung des Satzes: „Staaten, die sich verweigern, sollen deutliche Nachteile erfahren.“

*Antragsbereich X.A/ Antrag 28*

*Ortsverein Stuttgart-Vaihingen/Rohr (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Zeile 1701 stärken. **Dazu muss sichergestellt sein, dass Frontex sich strikt an internationale Regeln und Gesetze hält.**

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich X.A/ Antrag 29*

*Ortsverein Mainz-Altstadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

5 Zeile 1678ff, „... und Bürgerkriege einzudämmen. Wir wollen neue, faire Handelsbeziehungen auf Augenhöhe mit den Ländern in Afrika und weltweit. Wir wollen den Ländern mit moderner Technik helfen, ihre Rohstoffe selbst zu fördern. Wir wollen die Länder beim Schutz ihrer Küsten vor dem Raubbau der Fischbestände unterstützen. Wir liefern keine Waffen in instabile Staaten.“

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich X.A/ Antrag 30*

*Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

5 Zwischen Zeile 1683 und 1684 einfügen: „Das Bekämpfen der Fluchtursachen ist ein langfristiges Projekt und kann die kurz- bis mittelfristige Aufnahme von Geflüchteten nicht ersetzen. Frieden kann nicht erzwungen werden, Dürren und Umweltkatastrophen können in den Zeiten des Klimawandels nicht abgewendet werden. Trotzdem muss Deutschland sich für die Demokratisierung und Stabilisierung von Ländern einsetzen. Das Land muss sich seiner entwicklungspolitischen Verantwortung stellen.“

10

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Zeilen 1698-1702 streichen und ersetzen durch:

15 „Sichere Fluchtrouten schaffen

20 Weil wir das Sterben im Mittelmeer beenden müssen, müssen wir für Geflüchteten legale und sichere Fluchtrouten schaffen. Das Schließen solcher Routen führt nur dazu, dass sich Geflüchtete in ihrer Not an Schleuser wenden, die nicht die Sicherheit dieser Menschen im Sinn haben. Die Regeln nach Dublin über die Verantwortlichkeit für Geflüchtete müssen dringend überarbeitet werden. Sie führen zu einer hohen Belastung für

25 die EU-Länder am Mittelmeer.“

Zeilen 1703-1719 streichen und ersetzen durch: „Koope-  
 30 rationen und Zusammenarbeit mit Drittstaaten sind  
 grundsätzlich kritisch zu betrachten, vor allem wenn  
 nicht gesichert ist, ob dort die Menschenrechte, die  
 Genfer Konvention oder gemäß rechtsstaatlichen Ver-  
 fahren über die Geflüchteten Menschen entschieden  
 wird. Auffanglager für die Unterbringung von Geflüch-  
 teten Menschen sind abzulehnen. Geflüchtete dürfen  
 nicht eingesperrt werden.“

**Antragsbereich X.A/ Antrag 31**  
 Kreisverband Görlitz (Landesverband Sachsen)

**Änderungsantrag Kapitel X.1.**

Zeile 1675 Änderung Zwischenüberschrift: „beseitigen“  
 anstelle „bekämpfen“

**Änderungsantrag Kapitel X.1.**

Ablehnung

**Antragsbereich X.A/ Antrag 32**  
 Unterbezirk Bremen-Stadt (Landesorganisation Bremen)

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

5 Zeile 1685: Nach dem Wort „Aufgaben“ werden die  
 Worte „und finanziellen Lasten“ eingefügt. Nach dem  
 Wort „Flüchtlinge“ wird das Wort „und“ durch das Wort  
 „sowie“ ersetzt.

10 Zeile 1687: Nach dem Wort „Mitgliedstaaten“ wird der  
 Rest des Satzes gestrichen und durch die Worte: „ihrer  
 Verantwortung entziehen“ ersetzt. Es wird ein neuer  
 Satz eingefügt: „Das gemeinsam beschlossene Asylsystem  
 hat sich nicht bewährt, es muss daher durch ein neues  
 15 ersetzt werden, dass den aktuellen Anforderungen der  
 Migrationsbewegungen gerecht wird und der faktisch  
 völligen Enthaltung einiger Mitgliedstaaten durch Rege-  
 lungen Rechnung trägt, die sie stärker in die Verantwor-  
 tung nimmt .

20 Zeile 1688: Vor das Wort „Staaten“ werden die Worte:  
 „Zudem sollen“ eingefügt und nach dem zweiten Kom-  
 ma werden die Worte „sollen daher“ gestrichen.

Zeile 1691: Nach Ende des Satzes wird ein neuer letzter  
 Satz eingefügt: „Eine menschenwürdige Unterbringung  
 muss in allen Mitgliedstaaten gewährleistet sein.“

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Annahme in geänderter Fassung (S.42, Z. 22 nach  
 "verweigern"):

Wir werden daher das Gemeinsame Europäische Asyl-  
 system so weiterentwickeln, dass es den aktuellen  
 Anforderungen gerecht wird.

25 Zeile 1693: „nach dem Wort „wir“ wird ein Komma eingefügt und die Worte „bis zur Einführung eines neuen gemeinsamen Asylsystems mit verbindlichen Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten“ und danach ein weiteres Komma einfügen.

30 Zeile 1698 – 1701: Die ersten drei Sätze werden gestrichen.

35 Zeile 1702: Der letzte Satz wird zum ersten Satz der verbleibenden beiden Sätze in diesem Absatz und das Punkt wird durch ein Ausrufezeichen ersetzt. Danach wird der in Zeile 1701 beginnende Satz: „Zusätzlich...Seenotrettungsprogramm“ ersetzt durch „Dafür benötigen wir sofort ein echtes europäisches Seenotrettungsprogramm.“

40 Zeile 1703: Es wird ein neues erstes Wort: „Soziale“ eingefügt und das Wort: „illegale“ gestrichen.

45 Zeilen 1710 – 1719 werden ersatzlos gestrichen.

**Antragsbereich X.A/ Antrag 33**  
*Ortsverein Laupheim (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel X.1.**

Zeile 1690 sollen deutliche Nachteile erfahren. Eine teilweise oder komplette Streichung von Subventionen aus EU-Geldern ist z.B. ein probates Mittel, um EU-Staaten, die sich nicht an vertragliche Vereinbarungen halten, zum Umdenken zu bewegen.

5

**Änderungsantrag Kapitel X.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich X.A/ Antrag 34**  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

In Zeile 1701 einfügen: „... ein umfassendes europäisches Seenotrettungsprogramm.“

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich X.A/ Antrag 35**  
*01/15 Gesundbrunnen (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

In Zeile 1702 wird nach dem Satz „Zusätzlich brauchen wir ein europäisches Seenotrettungsprogramm.“ der Satz „Bis dieses in Kraft tritt müssen Schiffe von Frontex

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Ablehnung

5 unter Wahrung des Völkerrechts zur Seenotrettung in libysche Gewässer gesendet werden.“ ergänzt.

*Antragsbereich X.A/ Antrag 36  
Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

5 Ersetze Zeile 1698 bis Zeile 1702 „Die Außengrenzen“ bis „beenden“ durch: „Was sich tagtäglich im Mittelmeer abspielt, ist eine menschliche Tragödie und eine Schande für ganz Europa, das es bisher nicht geschafft hat, das Massensterben vor den Toren Europas aufzuhalten. Das oberste Gebot muss fortan sein, dass keine Menschen mehr im Mittelmeer sterben. Dafür brauchen wir ein europäisches Seenotrettungsprogramm. Wir wollen aber auch das Mandat und die Aufgabe von Frontex in Zusammenarbeit mit der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache verändern. Sie sollen ihren Fokus zuallererst darauflegen, dass geflüchtete Menschen sicher an Land gebracht werden. Wir müssen das Sterben im Mittelmeer beenden.“

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich X.A/ Antrag 37  
Kreisverband Jena (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

5 Zeilen 1698 - 1701: Die Außengrenzen müssen besser vor illegalen Grenzübertritten geschützt werden. Dieser Schutz ist die Bedingung für offene Grenzen und für Freizügigkeit im Inneren der EU. Wir wollen daher das Mandat und die Arbeit von Frontex, der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, stärken.

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

10 Zeilen 1711 - 1712: Gemeinsam mit dem UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) wollen wir über feste Kontingente Schutzberechtigte kontrolliert in der EU aufnehmen.

*Antragsbereich X.A/ Antrag 38  
Arbeitsgemeinschaft 60plus*

**Änderungsantrag Kapitel X.1.**

Z.1668 „neue Abrüstungsinitiative,“ ersetzen durch „neue Abrüstungsinitiative, gegen weitere deutsche Waffenexporte,“

**Änderungsantrag Kapitel X.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 Z.1698 „Die Außengrenzen müssen besser vor illegalen Grenzübertritten geschützt werden.“ ersetzen „Die Außengrenzen müssen besser geschützt werden.“

10 Z.1701 „Zusätzlich brauchen wir ein europäisches Seenotrettungsprogramm.“ ergänzen durch „Hier werden wir uns um eine europäische Finanzierung kümmern. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass das Seenotrettungsprogramm keine rein staatlichen Maßnahmen enthält, sondern Nicht-Regierungsorganisationen mit einbezieht.“

20 Z.1706 „Entlang der Fluchtroute wollen wir außerdem Anlaufstellen schaffen. Dort soll es nicht nur Nahrung und medizinische Versorgung geben, sondern auch Beratungsangebote. Wir wollen den Menschen aufzeigen, welche Alternativen es für sie zur Flucht gibt.“ ersetzen durch „Entlang der Fluchtrouten wollen wir außerdem Anlaufstellen schaffen. Dort soll es Nahrung und medizinische Versorgung geben, sowie Informationen über das Asylverfahren, um dieses schneller einleiten zu können. Hierbei soll explizit kein Schwerpunkt auf die Rückkehrberatung gelegt werden.“

**Antragsbereich X.A/ Antrag 39**

*Landesverband Bayern*

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

5 Streiche: „Die Außengrenzen müssen besser vor illegalen Grenzübertritten geschützt werden. Dieser Schutz ist die Bedingung für offene Grenzen und für Freizügigkeit im Inneren der EU. Wir wollen daher das Mandat und die Arbeit von Frontex, der europäischen Agentur für die Grenz-und Küstenwache, stärken.“

**Änderungsantrag Kapitel X.1**

Ablehnung

**Antragsbereich X.A/ Antrag 40**

*Unterbezirk Aachen-Stadt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel X.1.**

5 Zeile 1698: Die Außengrenzen müssen besser vor illegalen Grenzübertritten geschützt werden. ersetzen durch: Die Außengrenzen müssen besser geschützt werden.

**Änderungsantrag Kapitel X.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 Zeile 1701: Zusätzlich brauchen wir ein europäisches Seenotrettungsprogramm. ergänzen durch: Hier werden wir uns um eine europäische Finanzierung kümmern. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass das Seenotret-

10 tungsprogramm keine rein staatlichen Maßnahmen enthält, sondern Nicht-Regierungsorganisationen mit einbezieht.

15 Zeile 1706: Entlang der Fluchtroute .... Flucht gibt. ersetzen durch: Entlang der Fluchtroute wollen wir außerdem Anlaufstellen schaffen. Dort soll es Nahrung und medizinische Versorgung geben, sowie Informationen über das Asylverfahren, um dieses schneller einleiten zu können. Hierbei soll explizit kein Schwerpunkt auf die Rückkehrberatung gelegt werden.

**Antragsbereich X.A/ Antrag 41**

*Ortsverein Stewede-Dielingen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)  
06/05 Lankwitz / 060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)  
Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

5 Ersetze Zeile 1731 bis 1735 von „Wir“ bis „werden“: „Wir wollen jedem geflüchteten Menschen das Recht auf einen berufsqualifizierenden Sprachkurs geben. Ebenso soll er Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote erhalten. Wir wollen es geflüchteten Menschen erleichtern, eine Arbeit aufzunehmen. Die Residenzpflicht soll abgeschafft werden.“

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich X.A/ Antrag 42**

*Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

5 Z. 1730, Ersetzung: „Frauen und Mädchen“ durch „Menschen“  
  
Z. 1731-1732, Streichung: „besser“  
  
Z. 1732, Ergänzung: ...anerkennen, genauso wie Homo- und Transsexualität.

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich X.A/ Antrag 43**

*09/13 Adlershof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

Z. 1732: Füge am Ende an: „Wir setzen uns für eine uneingeschränkte Schulpflicht für alle Kinder auf allen Ebenen ein, denn Bildung ist ein Menschenrecht“

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission



*Antragsbereich X.A/ Antrag 44*  
*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

	<b>Änderungsantrag Kapitel X.2</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel X.2</b>
	Z. 1729: fügen nach „Hilfe“ ein „und geschultes Personal.“	Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission
5	Z. 1731: Ersetze „Deshalb wollen wir...“ durch „Wir wollen...“	
10	Z. 1733: Vor Satzbeginn: „Wir wollen die Bedingungen für eine dreijährige Anerkennung mit Familiennachzug erleichtern und von der Systematik des Subsidiären Schutzes abkehren, um wieder eine familienfreundlichere Asylpolitik zu schaffen, denn es ist Zeit für mehr Familie.“	

*Antragsbereich X.A/ Antrag 45*  
*Ortsverein Greifswald (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

	<b>Änderungsantrag Kapitel X.2</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel X.2</b>
	Streiche in Zeile 1720 „konsequentere Rückführung“	Ablehnung
5	Ergänze in Zeile 1742 nach „auflegen“: Wir werden zudem Abschiebungen, insbesondere nach Afghanistan, aussetzen.	

*Antragsbereich X.A/ Antrag 46*  
*02/13 Samariter-/Boxhagener Kiez (Landesverband Berlin)*

	<b>Änderungsantrag Kapitel X.2</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel X.2</b>
	Ergänzung in Zeile 1739 vor „unterstützen“: „umfassend“	Ablehnung

*Antragsbereich X.A/ Antrag 47*  
*07/01 Tempelhof (Landesverband Berlin)*

	<b>Änderungsantrag Kapitel X.2</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel X.2</b>
	Seite 42, Z. 1720, Streichung „konsequente Rückführung“	Ablehnung

*Antragsbereich X.A/ Antrag 48*  
*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

Zeile 1727 ergänzen: Uns ist eine geschlechtergerechte Unterbringung sowie die Bereitstellung von separaten Unterbringungen für LSBTIQ-Geflüchteten wichtig.

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich X.A/ Antrag 49*  
*02/04 45. Abteilung Südsterne (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

Zeile 1735: ergänze nach „Arbeitsangebote“: „Die Hürden, denen Geflüchtete gegenüber stehen, um eine Arbeit zu beginnen, werden wir abbauen. Dazu gehört z.B. eine verbesserte Anerkennung ausländischer Abschlüsse.“

5

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich X.A/ Antrag 50*  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

S. 42, Zeile 1728 Ergänzung: nach „Alleinreisende Frauen“ einfügen „alleinreisende Kinder und Jugendliche,“

5

S. 42, Zeile 1732 im Anschluss neuen Satz einfügen:  
 „Opfer von Menschenhandel werden wir besser vor Abschiebungen schützen. Der Aufenthaltstitel soll nicht mehr an die Aussagebereitschaft im Strafverfahren gekoppelt werden. [neuer Absatz] Die Einheit der Familie hat für uns hohe Priorität. Die Sorge um Leben und Unversehrtheit der Familienmitglieder in Bürgerkriegsländern belastet Geflüchtete und behindert ihre Integration. Die Aussetzung des Familiennachzugs wird daher schnellstmöglich beendet.“

10

S. 42, Zeile 1733 Änderung: Statt „Asylbewerber“ neu „Asylberechtigte“

15

S. 42, Zeile 1735 Streichung ab „Wir erwarten...“

20

S. 42, Zeile 1743 Streichung von „ – etwa im Bereich der Visaerteilung“

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

Annahme in geänderter Fassung (S. 47, Z. 17):  
 , sowie alleinreisende Kinder und Jugendliche.

*Antragsbereich X.A/ Antrag 51*  
*Kreisverband Biberach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel X.2.**

**Änderungsantrag Kapitel X.2.**

5 Zeilen 1721-1722: Die Sätze sind wie folgt zu fassen:  
 „Menschen die zu uns kommen benötigen schnell  
 Rechtssicherheit, ob sie bleiben können oder wieder  
 gehen müssen. Durch mehr Personal beim Bundesamt  
 für Migration und Flüchtlinge (BAMF) haben wir es ge-  
 schafft, die Verfahrensdauer deutlich zu senken. Unser  
 Ziel ist eine durchschnittliche Verfahrensdauer von der  
 Einreise bis zum Asylentscheid von unter drei Monaten.  
 10 Doch auch hier geht Genauigkeit vor Schnelligkeit. Da-  
 her müssen die Entscheider besser qualifiziert und im  
 Zweifelsfall erfahrene Entscheider hinzugezogen wer-  
 den. Darüber hinaus werden wir die Ankunfts- und die  
 Entscheidungszentren sowie die die Verwaltungsgerichte  
 15 stärken, um die Verfahren ohne Qualitätsverluste  
 weiter zu beschleunigen.

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
 kommission

Der Folgesatz ist als neuer Absatz zu beginnen. (redakti-  
 onelle Folgeänderung)

20 Zeilen 1734-1735: Der Satz ist um das Wort „Beratungs-  
 angebote“ zu ergänzen. („Wir werden die verpflichten-  
 den und berufsqualifizierenden Sprachkurseangebote  
 ausbauen, genauso wie Beratungs-, Bildungs-, Ausbil-  
 dungs-, und Arbeitsangebote.“)

25 Zeilen 1741-1742: Der Satz ist wie folgt neu zu fassen:  
 „Die freiwillige Ausreise werden wir weiter durch För-  
 derprogramme unterstützen. Denn eine freiwillige  
 Rückkehr ist sowohl humaner als auch kostengünsti-  
 30 ger.“

35 Zeilen 1742-1743: Der Satz ist wie folgt neu zu fassen:  
 „Damit das Asylverfahren nicht durch die mangelnde  
 Mitwirkung des Heimatlandes verzögert wird oder eine  
 Rückkehr scheitert, wollen wir mit diesen Ländern ent-  
 sprechende Abkommen schließen. Staaten die dazu  
 nicht bereit sind, dürfen im Gegenzug keine Vorteile bei  
 der Visaerteilung erteilt bzw. diese wieder entzogen  
 werden.“

*Antragsbereich X.A/ Antrag 52*  
*Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten*

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

S. 42, Z. 1736 Ergänze wie folgt: „... und schaffen Perspektiven: Wer sich in Studium oder Ausbildung befindet, soll für diese Zeit und nach erfolgreichem Abschluss dauerhaften Aufenthalt erhalten.“

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich X.A/ Antrag 56*  
*Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen*

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

Im Kapitel „Es ist Zeit für eine geordnete Migrationspolitik“ wird in der Überschrift „Schnellere Asylverfahren .....“ „konsequente Rückführung“ gestrichen.

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

Ablehnung

*Antragsbereich X.A/ Antrag 57*  
*Ortsverein Stadt Barsinghausen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

hinter Zeile 1721 angefügt: Wir werden die Vorschriften dafür vereinfachen und die Verwaltungen qualifiziert ausbauen.

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich X.A/ Antrag 58*  
*Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

5 Zwischen 1725 und 1726 einfügen: „Bisher ist Migrationspolitik als Teil der Innenpolitik verstanden worden. Dies führte dazu, dass sie vor allem aus dem Blick der inneren Sicherheit diskutiert und wahrgenommen wurde. Um dies zu ändern wollen wir das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aus dem Aufgabenbereich des Bundesministerium des Inneren herauslösen.“

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

Ablehnung

10 Zeilen 1733-1736 streichen und ersetzen durch: „Anerkannte Geflüchtete sollen die Möglichkeit der schnellen Integration erhalten. Wir werden ein Recht auf Sprachkursangebote schaffen. Genauso wie es Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote für diese neuen Bewohner geben muss. Wir erwarten, dass diese Angebote so attraktiv sind, dass sie von den Geflüchteten auch angenommen werden.“

15 Zeilen 1740-1743 streichen und ersetzen durch: „Wenn die Krise in den Heimatländern der Geflüchteten vorbei

- 20 ist, muss es den Geflüchtete einfach gemacht werden, wieder dorthin zurück zu kehren. Dabei sollen mit einer möglichst hohen Qualifikation oder Berufserfahrung ausgestattet sein. Dies ist auch ein Beitrag langfristig Fluchtursachen zu bekämpfen. Ein Zwang darf es nicht
- 25 geben. Kinder und Jugendlichen, die in Deutschland aufgewachsen sind, muss die Möglichkeit zu einem unbefristeten Bleiberecht gegeben werden. Wenn sie dieses annehmen, muss dies auch den Eltern ermöglicht werden.“

**Antragsbereich X.A/ Antrag 59**

*Unterbezirk Bremen-Stadt (Landesorganisation Bremen)*

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

Zeilen 1721-1722: Die ersten beiden Sätze werden ersetzt durch: „Um die fachliche Qualität und eine angemessene Dauer von Asylverfahren zu gewährleisten, werden die erforderlichen Mittel bereitgestellt. Anhörungen und Entscheidungen müssen zwingend von ein und derselben Person erfolgen, um Fehlentscheidungen zu vermeiden.“

5

Zeile 1733: *Das erste Wort wird gestrichen.*

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

Annahme in geänderter Fassung (S. 47, Z. 9):

Die dafür notwendigen Mittel werden wir weiterhin bereitstellen.

**Antragsbereich X.A/ Antrag 60**

*Ortsverein Biberach / Ortsverein Laupheim (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel X.2.**

Zeile 1735 (Ergänzung): Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote. Hierfür werden wir zusätzliches Personal ausbilden und einstellen. Wir erwarten, dass diese Angebote auch

**Änderungsantrag Kapitel X.2.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich X.A/ Antrag 61**

*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

Füge in Zeile 1722 an: „Unser Ziel ist, dass Verwaltungen schneller entscheiden, ohne, dass dabei die Qualität auf der Strecke bleibt.“

5

Füge in Zeile 1725 den Satz an: „Auch für Geflüchtete wollen wir noch stärker Anreize für ein ehrenamtliches Engagement setzen, beispielsweise durch Nichtanrech-

**Änderungsantrag Kapitel X.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 10 nung des Taschengeldes bei Freiwilligen Diensten.“
- Seite 42 Zeile 1727 einfügen hinter „... Frauen und Kinder“: „Kinder haben ein Recht auf ihre Eltern. Wir sind die Partei für die Familien. Deshalb stehen wir zum Familiennachzug für Geflüchtete.“
- 15 Zeile 1727 ersetze „geschlechtergerechte“ durch „sichere“
- 20 Zeile 1728 anfügen „und durch spezielle Angebote auch besser integrieren.“
- 25 Füge in Zeile 1729 den Satz an: „Generell ist uns wichtig, dass die Belange von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten, wie zum Beispiel unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, LGBT oder Geflüchteten mit Behinderung, besonders berücksichtigt werden.“

*Antragsbereich X.A/ Antrag 62  
Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt*

- |   |  |
|---|--|
| <p><b>Änderungsantrag Kapitel X.2</b></p> <p>Zeile 1720 Ersetze „konsequente Rückführung“ durch „Rückkehrhilfen erhöhen“</p> <p>5 Ersetze Z. 1740 f. „Wir wollen die Zahl... erhöhen.“ durch „Wir wollen die Rückkehrhilfen für abgelehnte Asylbewerber erhöhen.“</p> | <p><b>Änderungsantrag Kapitel X.2</b></p> <p>Ablehnung</p> |
|---|--|

*Antragsbereich X.A/ Antrag 63  
Arbeitsgemeinschaft 60plus*

- |   |  |
|---|--|
| <p><b>Änderungsantrag Kapitel X.2.</b></p> <p>Z.1736 ergänzen durch „Dabei wird natürlich die spezielle Situation einiger Menschengruppen, wie etwa Familien, die einer Kinderbetreuung bedürfen, und Analphabeten, bedacht.“</p> | <p><b>Änderungsantrag Kapitel X.2.</b></p> <p>Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p> |
|---|--|

*Antragsbereich X.A/ Antrag 64  
Unterbezirk Aachen-Stadt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

- |   |  |
|---|--|
| <p><b>Änderungsantrag Kapitel X.2.</b></p> <p>Zeile 1736 ergänzen durch: Dabei wird natürlich die spezielle Situation einiger Menschengruppen, wie etwa Familien, die einer Kinderbetreuung bedürfen, und An-</p> | <p><b>Änderungsantrag Kapitel X.2.</b></p> <p>Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p> |
|---|--|

alphabeten, bedacht.

*Antragsbereich X.A/ Antrag 66*  
*07/01 Tempelhof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel X.3**

Seite 43, Z. 1762, Ersetzung „vom Bundestag festgelegt.“ durch „von einer unabhängigen Expertenkommission festgelegt.“

**Änderungsantrag Kapitel X.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich X.A/ Antrag 67*  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel X.3**

S. 43, Zeile 1764 Ergänzung: „Asylsuchenden, die geringe Aussicht auf Anerkennung haben, aber alle Kriterien des Zuwanderungsgesetzes erfüllen, wollen wir die Chance eröffnen, aus dem Asylrecht in einen ausbildungs- oder arbeitsmarktbezogenen Aufenthalt zu wechseln.“

**Änderungsantrag Kapitel X.3**

Annahme in geänderter Fassung (S. 48, Z. 11 nach "zu schaffen"):  
 Wir prüfen die Möglichkeiten, ob ein Wechsel von Asylsuchenden in das arbeitsmarktbezogene Aufenthaltsrecht umsetzbar ist.

*Antragsbereich X.A/ Antrag 68*  
*Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten*

**Änderungsantrag Kapitel X.3**

S. 42, Z. 1756 Ändere wie folgt: „Wir wollen ein flexibles, nachfrageorientiertes und sozial verträgliches Punktesystem nach kanadischem Modell einführen. Dabei werden Kriterien wie berufliche Abschlüsse, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Alter und Integrationsfähigkeit berücksichtigt. Wer ausreichend fachliche Qualifikationen und ein Jobangebot hat, kann nach Deutschland einwandern. Dabei werden wir gleich Chancen für Männer und Frauen durch verbindliche Quoten oder andere geeignete Regelungen sicherstellen. Wie viele qualifizierte Fachkräfte pro Jahr über das Punktesystem in unser Land kommen können, soll flexibel über eine Quote gesteuert werden. Die Quote orientiert sich an der Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Sie wird jedes Jahr vom Bundestag festgelegt. Um faire Chancen zu schaffen und den Druck irregulärer Migration zu mindern wollen wir darüber hinaus einen festen Teil der verfügbaren Plätze über eine voraussetzungsarme Green-Card-Lotterie vergeben. Durch die Garantie erworbener Aufenthaltstitel und die Portabilität von Sozialversicherungsansprüchen wollen wir im Interesse

**Änderungsantrag Kapitel X.3**

Annahme in geänderter Fassung (S. 48, Z.4 nach "einwandern"):  
 Dabei werden wir durch geeignete Maßnahmen die Chancengleichheit von Männern und Frauen sicherstellen.  
 einfügen S. 69, Z. 39 nach „...auch Fluchtursachen einzudämmen“.  
 Wir wollen zudem Möglichkeiten prüfen, wie Rückkehrer ihre in Europa erworbenen Ausbildungen und Qualifikationen in ihren Herkunftsländern entwicklungs-fördernd einbringen können.

25 von Zuwanderern Möglichkeiten für zirkuläre Migration schaffen und so auch Brain-Gain in Herkunftsländern ermöglichen. Sowohl für potenzielle Einwanderer als auch für die hiesige Bevölkerung wird so dargestellt, wie Erwerbsmigration in Deutschland geregelt ist.“

*Antragsbereich X.A/ Antrag 69  
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Änderungsantrag Kapitel X.3**

In der Zeile 1753 wird nach „damit wir“ eingefügt: „unter anderem“

**Änderungsantrag Kapitel X.3**

Ablehnung

*Antragsbereich X.A/ Antrag 70  
Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel X.3**

5 Zwischen 1747 und 1748 einfügen: „Undokumentierte EinwanderInnen sind das Ergebnis eine jahrzehnte langer verfehlten Migrationspolitik, es muss legale Wege nach Deutschland einzuwandern, auch für wenig qualifizierte Menschen. Und es muss die Möglichkeit geben für undokumentierte EinwanderInnen ihren Status zu dokumentieren und hier bleiben zu können. Gleichzeitig müssen die Voraussetzung für kurzfristige Arbeitsaufenthalte in Deutschland verbessert werden. Vor allem was die faire Bezahlung die Rechte als ArbeitnehmerInnen betrifft.“

10

**Änderungsantrag Kapitel X.3**

Ablehnung

15 Nach Zeile 1770 einfügen: „Allen EinwanderInnen muss nach einer gewissen Zeit in Deutschland die Möglichkeit gegeben werden die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten ohne dabei ihre bisherige zu aufgeben zu müssen. Menschen die in Deutschland geboren wurden, müssen unter Beibehaltung der Staatsbürgerschaft ihrer Eltern auch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.“

20

25 Als Modell für die doppelte Staatsangehörigkeit soll die ruhende und aktive Staatsangehörigkeit im Staatsangehörigkeitsrecht eingeführt werden. Diese bedeutet, dass die deutsche Staatsangehörigkeit ruht, sobald sich die Menschen in ihrem anderen Heimatland mit Wohnsitz anmelden. Ebenso ruht die nichtdeutsche Staatsangehörigkeit bei Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland.“



*Antragsbereich X.A/ Antrag 71  
Unterbezirk Bremen-Stadt (Landesorganisation Bremen)*

**Änderungsantrag Kapitel X.3**

Zeile 1753: *Vor den Worten „den Zuzug“ wird das Wort: „insbesondere“ eingefügt.*

**Änderungsantrag Kapitel X.3**

Ablehnung

5 Zeile 1756 - 1764: Nach dem ersten „und“ wird das Wort: *“ insbesondere“ eingefügt und nach dem Wort: „orientiertes“ wird der Rest des Satzes gestrichen und durch die Worte: „Einwanderungsmodell einführen.“ Ersetzt. Der gesamte restliche Absatzes wird sodann bis zur Zeile 1764 einschließlich gestrichen.*

*Antragsbereich X.A/ Antrag 72  
06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel X.3.**

5 Zeilen 1754 - 1755: Es ist wichtig, im weltweiten Wettbewerb um die klügsten und innovativsten Köpfe an der Spitze zu stehen. Ergänzen: *"Die Einwanderung darf jedoch nicht zu einem dauerhaften Absaugen von Fachkräften aus Entwicklungsländern führen, die dort dringend gebraucht werden."*

**Änderungsantrag Kapitel X.3.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich X.A/ Antrag 73  
Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel X.3**

5 Ersetze Z. 1748 ab *"Mit einem ..."* - Z. 1755 durch: *"Mit einem Einwanderungsgesetz regeln wir transparent und verständlich, wer nach Deutschland einwandern darf. Ein Einwanderungsgesetz, das sich ausschließlich am "ökonomischen Wert" eines Menschen orientiert, lehnen wir ab. Es muss Einwanderungschancen für alle Menschen geben. Das Recht auf Asyl werden wir im Rahmen eines modernen Einwanderungsgesetzes nicht antasten. Zuwanderung, die zum Teil ökonomisch begründet wird, darf nicht gegen den Schutz von Flüchtlingen und humanitäre Pflichten und Verantwortung ausgespielt werden. Damit Menschen, die zu uns kommen, hier auch wirklich ankommen und teilhaben können, ist es uns ein Anliegen, die Anerkennung von Abschlüssen weiter zu verbessern."*

10

15

**Änderungsantrag Kapitel X.3**

Ablehnung

*Antragsbereich X.A/ Antrag 74*  
*Arbeitsgemeinschaft 60plus*

**Änderungsantrag Kapitel X.3.**

Z.1756 ergänze „Wir wollen“ durch „neben dem normalen Asylverfahren“

**Änderungsantrag Kapitel X.3.**

Ablehnung

*Antragsbereich X.A/ Antrag 75*  
*Unterbezirk Aachen-Stadt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel X.3.**

Zeile 1756: Wir wollen ergänzen durch: neben dem normalen Asylverfahren

**Änderungsantrag Kapitel X.3.**

Ablehnung

*Antragsbereich X.A/ Antrag 76*  
*Unterbezirk Lüneburg (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel X. Sonstige**

- Inakzeptable Überschrift, geordnete weglassen
- Integrationsthema sehr nichtssagend.
- Zahl der Rückkehrer erhöhen: ohne ganz klar zu erkennende neue Maßnahmen besser weglassen!

5 - Flüchtlinge solidarisch verteilen –Konkrete Schritte aufzeigen in Abgrenzung zum Dubliner Übereinkommen! \_Thema Kinderehen fehlt ganz!  
 - Keine Waffenlieferungen an Länder mit despotischen Führungen!

10 - Aufnahmestellen entlang der Flüchtlingsroute – Thematisch nichts Neues, was soll konzeptionell folgen? Klare Vorstellungen unter Berücksichtigung internationaler Implikationen dazu beschreiben.

15 - Thematische Ordnung im Kapitel und damit Botschaft ändern:  
 o Platz 1 Recht auf Asyl  
 o Platz 2 Einwanderungsgesetz

**Änderungsantrag Kapitel X. Sonstige**

Ablehnung

## Änderungsanträge: XI. Kapitel Es ist Zeit für eine offene und moderne Gesellschaft (XI.A)

### Antragsbereich XI.A/ Antrag 1

Ortsverein Leipzig- Mitte (Landesverband Sachsen)

#### Änderungsantrag Kapitel XI. Titel

1771 Es ist Zeit für eine offene und, moderne und inklusive Gesellschaft

#### Änderungsantrag Kapitel XI. Titel

Ablehnung

### Antragsbereich XI.A/ Antrag 2

Stadtverband Marl (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

#### Änderungsantrag Kapitel XI.0

5 nach Zeile 1775: Die SPD wird in der nächsten Legislaturperiode einen umfassenden Diskurs zum Thema Bedingungsloses Grundeinkommen/Bürgergeld initiieren. In der nicht nur in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren geführten gesellschaftlichen Diskussion ist es im Hinblick auf zukünftig mögliche Gesellschaftsformen zwingend erforderlich, dieses Thema ausführlich zu behandeln. Dabei werden in einem offenen Verfahren alle gesellschaftlichen Gruppen zu beteiligt.

10

#### Änderungsantrag Kapitel XI.0

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

### Antragsbereich XI.A/ Antrag 3

08/05 Hermannstraße (Landesverband Berlin)

#### Änderungsantrag Kapitel XI.0

In Zeile 1780 ergänzen nach „Herkunft“: „und geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung.“

#### Änderungsantrag Kapitel XI.0

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

### Antragsbereich XI.A/ Antrag 4

Ortsverein Würselen-Bardenberg (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

#### Änderungsantrag Kapitel XI.1

5 Zeile 1798 Textänderung: Wir setzen uns auch für die Ausweitung des Wahlrechts ein – beispielsweise auf der kommunalen Ebene für dauerhaft ansässige Drittstaatsangehörige, die sich mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung in Deutschland identifizieren.

#### Änderungsantrag Kapitel XI.1

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 5*  
*Ortsverein St Ingbert-Mitte (Landesverband Saar)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

5 In der Zeilen 1803 wird der Satz "Das Petitionsrecht beim Deutschen Bundestag werden wir weiterentwickeln: durch barrierefreien Zugang für Menschen mit Behinderungen, durch bessere Einbindung von Kindern und Jugendlichen, durch mehr öffentliche Ausschusssitzungen" ergänzt um das Wort "Internet-Zugang":

10 "Das Petitionsrecht beim Deutschen Bundestag werden wir weiterentwickeln: durch barrierefreien Internet-Zugang für Menschen mit Behinderungen, durch bessere Einbindung von Kindern und Jugendlichen, durch mehr öffentliche Ausschusssitzungen".

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 7*  
*Ortsverein Kappeln-Land (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Zeile 1789: streichen "rechte" sondern: ...gegen alle Antidemokratinnen.....

Zeile 1796: hinzufügen, "dort wo es geboten erscheint"

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Ablehnung

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 8*  
*Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

5 Zeile 1800 am Ende einfügen: „Dies gilt ebenso für die Stärkung des aktiven und passiven Wahlrechts für Menschen mit Behinderung. Der generalisierte Wahlausschuss für Menschen, die eine volle Betreuung benötigen, muss entfallen und die direkte Selbstvertretung in allen Gremien realisiert werden.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 9*  
*08/05 Hermannstraße (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

S. 44, Z. 1800: Ergänze die Zeile um: „Die Wahlrechtsausschlüsse von Menschen mit Behinderungen wollen wir endlich abschaffen.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Annahme

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 10*

*02/13 Samariter-/Boxhagener Kiez (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Ersetze Zeile 1798 bis Zeile 1802 durch: Zu einer starken und inklusiven Demokratie gehört auch die Ausweitung des Wahlrechts – beispielsweise für dauerhaft ansässige Drittstaatsangehörige auf kommunaler Ebene. Wir werden auch eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre vornehmen sowie den Wahlrechtsausschluss für Menschen, die unter Betreuung stehen, abschaffen.

5

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 12*

*Unterbezirk Cuxhaven (Bezirk Nord-Niedersachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Zeile 1799: des aktiven Wahlalters

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Ablehnung

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 13*

*Ortsverein Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Z. 1801: Satz 1 soll wie folgt ergänzt werden: Dazu werden wir auch Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide einführen.

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 14*

*Ortsverein Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Z. 1838 zusätzlicher Absatz

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Ablehnung

Gesellschaftliches Jahr

5 Wir wollen den Wehrdienst im Grundgesetz durch einen einjährigen, verpflichtenden Dienst an der Gesellschaft ersetzen. Dieser Dienst soll für alle jungen Menschen gelten, flexibel gestaltbar sein und neben der Bundeswehr alle bestehenden Angebote (soziale, ökologische ...)

10 ... umfassen.

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 15*

*Kreisverband Enzkreis (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Ergänze in Zeile 1802: „Um die parlamentarische Demokratie zu ergänzen, setzen wir uns für Volksinitiativen,

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene ein“
- 5 Ergänze in Zeile 1805 nach Petitionen: „von 50.000 Unterschriften auf 40.000 Unterschriften“
- 10 Ergänze in Zeile 1844 nach weiterentwickeln: „zudem sollen das Informationsfreiheitsgesetz (IFG), Umweltinformationsgesetz (UIG), Verbraucherinformationsgesetz (VIG) und das Geodatenzugangsgesetz (GeoZG) in ein Informationsfreiheitsgesetzbuch (IFGB) zusammengefasst werden“

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 16*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

An Zeile 1800 wird folgende Satz angefügt: „Die Wahlrechtsausschlüsse von Menschen mit Behinderung wollen wir endlich abschaffen.“

- 5 In Zeile 1810 wird nach „...Menschen in Verwaltungen“ das Wort „Wohlfahrtsverbänden“ angefügt

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 17*  
*02/04 45. Abteilung Südsterne (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Zeile 1788: streiche „die repräsentative“

- 5 Zeile 1799: ergänze nach „auf kommunaler Ebene“: „und auf Bundesebene für alle EU-Bürger/innen und Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die seit längerem in Deutschland leben“.

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Ablehnung

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 18*  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

S. 44, Zeile 1799 Ergänzung nach „...beispielsweise für“ mit „ein aktives und passives Wahlrecht für“

- 5 S. 44, Zeile 1799 Ergänzung nach „auf kommunaler Ebene“ mit „und ein Wahlrecht bei Landtagswahlen für EU-Bürger\*innen“

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Ablehnung

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

S. 44, Zeile 1804 Ersetzung des Begriffs „bessere“ durch „die“.

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 19*  
*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

In den Zeilen 1801 bis 1802 wird eingefügt: „wie Volksinitiativen, Volksbegehren, Volksentscheide“.

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 20*  
*Ortsverein Gera-Ost (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Nach Zeile 1806 soll eingefügt werden: „Innerparteilich werden wir zur Stärkung des demokratischen Mitbestimmungsrechtes eine breit angelegte, basisdemokratische Diskussion über die Weiterentwicklung unseres Parteiprogramms kontinuierlich auch zwischen den Wahlkämpfen ermöglichen, damit nicht erst kurz vor den Wahlen Programme von wenigen Mitgliedern unserer Partei vorgestellt werden. Auf diese Weise wollen wir zeigen, dass wir eine Volkspartei sind, in der Mitgliedschaft zur Mitbestimmung führt und sich lohnt. Wir sehen das auch als Musterbeispiel für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, an denen sich die Gesellschaft in ihrer politischen Willensbildung orientieren kann.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Ablehnung

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 21*  
*Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1.**

Streichung in Zeile 1799-1800 „Auch eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre stärkt unsere Demokratie.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.1.**

Ablehnung

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 22*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Seite 44 Zeile 1812 ergänze: „Um das Engagement der zahlreichen Initiativen kontinuierlich begleiten und unterstützen zu können, werden wir ein Bundesdemokratiefördergesetz schaffen.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 23*  
*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Z. 1788 ff. Ändere den Text in: „Wir machen die repräsentative Demokratie wieder attraktiver in dem wir ihre Stärken ausbauen und an ihre Schwächen arbeiten. Mit Leidenschaft verteidigen wir unsere Form der Demokratie gegen rechte Antidemokratinnen und Antidemokraten.“

Z. 1801 f. ändere den Text in: „Zur Unterstützung der parlamentarischen Demokratie wollen wir direkte und partizipatorische Demokratiebeteiligungsverfahren auf Bundesebene stärken.“

Z. 1813 ändere in: „Wir wollen für alle Menschen eine Zeitpolitik etablieren, in der Menschen sich stärker neben der Lohnarbeit ehrenamtlich einbringen können.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 24*  
*Arbeitsgemeinschaft 60plus*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1.**

Z.1797 ergänzen durch „Dabei wird auf die Barrierefreiheit geachtet.“

Z.1805 „Wir wollen auch eine Absenkung des Quorums für öffentliche Petitionen.“ ersatzlos streichen.

**Änderungsantrag Kapitel XI.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 25*  
*Ortsverein Potsdam-Süd (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1.**

Ersetze in den Zeilen 1801-1802 den Satz „Zur Unterstützung der parlamentarischen Demokratie wollen wir direkte Demokratiebeteiligung auf Bundesebene stärken.“ durch folgenden Satz: „Wir wollen die stärkere Einbindung der Bevölkerung durch Förderung der direkten Demokratie.“

Ergänze in der Zeile 1838 am Ende des Absatzes: „Wir wollen für Frauen und Männer nach dem 18. Lebensjahr bzw. nach dem Schulabschluss ein verpflichtendes Bürgerjahr einführen. Dieses kann beispielsweise je nach Eignung und Neigung in sozialen Diensten, Pflegediensten, Rettungsdiensten, bei der Feuerwehr oder der Bun-

**Änderungsantrag Kapitel XI.1.**

Ablehnung



deswehr geleistet werden.“

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 26*  
*01/02 Alexanderplatz (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1.**

Zeile 1790 einfügen: Wir setzen uns in Ergänzung der repräsentativen Demokratie auch weiterhin für die Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene ein.

**Änderungsantrag Kapitel XI.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 27*  
*Unterbezirk Aachen-Stadt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1.**

Zeile 1797 ergänzen durch: Dabei wird auf die Barrierefreiheit geachtet.

**Änderungsantrag Kapitel XI.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 Zeile 1806: Wir wollen auch eine Absenkung des Quorums für öffentliche Petitionen. ersatzlos streichen.

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 28*  
*24/01 Freundeskreis Paris (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

2. Absatz (beginnt mit „Wahlkämpfe und Wahlen sind Festtage der Demokratie...“)Satz 3 (beginnt mit „Dazu brauchen wir öffentliche Wahlaufrufe...“)

**Änderungsantrag Kapitel XI.1**

Ablehnung

5 Änderung: Einfügung vor „...die Erleichterung der Stimmabgabe für Deutsche im Ausland...“: „den Erhalt des Wahlrechts und“

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 29*  
*Unterbezirk Cuxhaven (Bezirk Nord-Niedersachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.2**

Zeile 1857: Wir werden Politik wieder gesellschaftsfähig machen, in dem wir früher mit politischer Bildung beginnen und dafür sorgen, dass politische Werbung und Information überall erlaubt wird.

**Änderungsantrag Kapitel XI.2**

Annahme in geänderter Fassung: einfügen auf Seite 49 Zeile 29

5 Wir wollen die politische Bildung als Angebot für alle ausbauen und stärken.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 30*

*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.2**

Zeile 1785: Körperschaften des öffentlichen Rechts müssen sich an die Antidiskriminierungsgesetze, den Jugendschutz und andere deutsche Rechtsgrundsätze halten. Ferner dürfen sie keine nationalistischen Tendenzen fördern oder die Ungleichbehandlung der Geschlechter.

5

**Änderungsantrag Kapitel XI.2**

Ablehnung

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 31*

*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel XI.2**

S. 45, Zeile 1842-1843 Streichung: „wenn keine gewichtigen Gründe dagegen sprechen“

**Änderungsantrag Kapitel XI.2**

Ablehnung

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 32*

*Stadtverband Witten (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.2**

in Zeile 1846 nach „geleistet werden.“ folgendes eingefügt werden: „Um die Unabhängigkeit von privatwirtschaftlichen Interessen zu garantieren soll eine frei zugängliche Bundes-Cloud erstellt werden. Ziel dieser Cloud soll es sein, anonymisierte Daten insbesondere für die wissenschaftliche Nutzung bereitzustellen.“

5

**Änderungsantrag Kapitel XI.2**

Ablehnung

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 33*

*Ortsverein Stadt Barsinghausen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.2**

in Zeile 1843 ergänzt: Dafür werden die Verwaltungen qualifiziert.

**Änderungsantrag Kapitel XI.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 34*

*Kreisverband Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.2.**

Zeile 1850 Streichung: „verpflichtendes“

**Änderungsantrag Kapitel XI.2.**

Ablehnung

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 35*

*Unterbezirk Neustadt/Bad Dürkheim (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.2.**

Z. 1850 ff.: Auch ein verpflichtendes Lobbyregister beim Deutschen Bundestag kann dazu beitragen. Wir werden es auf gesetzlicher Grundlage einrichten. Die Öffentlichkeit erhält darüber Auskunft, welche Interessenvertretung mit welchem Budget für wen tätig ist. Ergänzen um: Gespräche von Mitgliedern des Bundestags mit im Lobbyregister aufgeführten Institutionen, müssen der Öffentlichkeit angezeigt werden.

5

**Änderungsantrag Kapitel XI.2.**

Ablehnung

10

S. 45, Z. 1853 f.: Mehr Transparenz heißt auch, dass alle Bundestagsabgeordneten ihre Einkünfte aus Nebentätigkeiten vollständig auf Euro und Cent offenlegen sollen. Ergänzen um: Zusätzlich muss der zeitliche Aufwand, der mit der Nebentätigkeit verbunden ist, dargestellt werden.

15

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 36*

*Ortsverein Laupheim/ Ortsverein Biberach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.2.**

Zeile 1856 (Ergänzung) einführen. Die namentliche Nennung der Spendenherkunft ist ab € 6.000 pro Spende offenzulegen. Zudem unterstützen wir die Forderung, Sponsoring in den Rechenschaftsberichten...

**Änderungsantrag Kapitel XI.2.**

Ablehnung

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 37*

*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel XI.2**

Seite 45 Zeile 1854 ergänze nach „... sollen.“: „Wir wollen, dass sich Regierungsmitglieder nach Ende dieser Tätigkeit erst nach einer ausreichend langen Frist in Unternehmen und Verbänden einbringen.“

5

**Änderungsantrag Kapitel XI.2**

Erledigt durch Regierungshandeln, Gesetz zur Änderung des Bundesministergesetzes und des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre(2015), Bundesgesetzblatt Teil I 2015 Nr. 31 24.07.2015 S. 1322

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 38*

*Ortsverein Kappeln-Land (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.3**

Zeile 1878: bitte ändern in: Männer und Frauen müssen gleich behandelt.....

**Änderungsantrag Kapitel XI.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 39*  
*Stadtverband Marl (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.3**

Ergänzung nach Zeile 1872 „Lohngerechtigkeit den Kampf angesagt.“ Die im Gesetz zur Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern vorgesehene Begrenzung der Anwendung ab einer Anzahl von 200 Beschäftigten wird gestrichen.

5

**Änderungsantrag Kapitel XI.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 40*  
*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.3**

Z.1882: Ersetze „auch schon in Unternehmen ab 50 Beschäftigten“ durch „in sämtlichen Unternehmen“

**Änderungsantrag Kapitel XI.3**

Ablehnung

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 41*  
*Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen*

**Änderungsantrag Kapitel XI.3**

Im Kapitel Es ist Zeit für eine offene und moderne Gesellschaft, Abschnitt Gleichberechtigung und Gleichstellung, Seite 51, wird ein neuer Abschnitt eingefügt:

5

„Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt“

**Änderungsantrag Kapitel XI.3**

Annahme in geänderter Fassung

"Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt **beenden**"

10

„Mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen sind in Teilzeit beschäftigt. Die Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt führen im Lebensverlauf zu einer Rentenlücke von 54 Prozent. Das wollen wir nicht hinnehmen. Deshalb wollen wir Existenzsichernde Arbeit anstelle prekärer Beschäftigung. Wir wollen das Teilzeit- und Befristungsgesetz reformieren – vor allem hinsichtlich der Regelungen zum Recht auf befristete Teilzeit (Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit), der Vergütung von Überstunden, der Teilhabe an Qualifizierungsmaßnahmen und der betrieblichen Bewertungssysteme. Dazu gehört auch, dass Beschäftigte familiäre Sorge und Weiterbildung miteinander vereinbaren können. Die Übernahme von Führungsaufgaben auch in Teilzeit muss selbstverständlicher werden.“

„Mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen sind in Teilzeit beschäftigt. Die Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt führen im Lebensverlauf zu einer Rentenlücke von 54 Prozent. Das wollen wir nicht hinnehmen. Deshalb wollen wir existenzsichernde Arbeit anstelle prekärer Beschäftigung. Wir wollen das Teilzeit- und Befristungsgesetz reformieren – vor allem hinsichtlich der Regelungen zum Recht auf befristete Teilzeit (Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit) und der Teilhabe an Qualifizierungsmaßnahmen.“

15

"Die Übernahme von Führungsaufgaben... selbstverständlicher werden." wird eingefügt in den Abschnitt "Gleichstellung und Gleichberechtigung" nach "...angewiesen sind."

20

„...in Unternehmen ab 50 Beschäftigten einführen.“ angefügt:

Rest Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission in Fassung der Antragskommission

25

„Wir wollen mit den Tarifpartnern Verfahren zur Her-

Ablehnung „Wir wollen mit ... diese beseitigen“

30 stellung der Entgeltgleichheit entwickeln und ein Verbandsklagerecht einführen. Wir erwarten von den Tarifpartnern, dass sie bestehende Tarifverträge auf diskriminierende Regelungen überprüfen und diese beseitigen.“

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 43*  
*02/08 Luisenstadt (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.3**

S. 46, Z. 1901 „Wir werden verstärkt die junge Frauenansprechen und für politische Beteiligung gewinnen.“ Ersetzen durch: „Hierzu werden wir strukturelle Hürden abbauen, die die Frauen an politischer Beteiligung hindern.“

5

**Änderungsantrag Kapitel XI.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 44*  
*02/02 Kreuzberg 61 (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.3.**

Auf Seite 46, Zeile 1902 soll eingefügt werden: „Wir wollen Parteien auch gesetzlich zur Umsetzung des Gleichstellungsauftrags in die Pflicht nehmen. Die Möglichkeiten, Diskriminierung über Parteienfinanzierung zu sanktionieren, müssen geprüft werden.“

5

**Änderungsantrag Kapitel XI.3.**

Ablehnung

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 45*  
*Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.3.**

Streichung Zeile 1877-1882 „In einem zweiten Schritt wollen wir das Transparenzgesetz [...] schon in Unternehmen ab 50 Beschäftigten einführen.“

5

Streichung Zeile 1889 – 1899 „Mit der Frauenquote für Führungspositionen in der Privatwirtschaft [...] Vielfalt in den Führungsebenen angewiesen sind.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.3.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 46*  
*Landesverband Bayern*

**Änderungsantrag Kapitel XI.3**

Ersetze Z. 1858 – 1902 durch diesen Text: Gleichberechtigung und Gleichstellung:

**Änderungsantrag Kapitel XI.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 Seit mehr als 150 Jahren ist die Gleichstellung von Frauen und Männern ein zentrales Ziel unserer Politik. Sie ist Voraussetzung für eine zukunftsfähige, moderne und gerechte Gesellschaft. Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen verwirklichen und ihnen die Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe ermöglichen. Eine moderne Gleichstellungspolitik ist eng mit guter Politik für Familien verbunden. Denn solange Familienaufgaben nach wie vor überwiegend von Frauen übernommen werden, sind es Frauen, die aufgrund ihres familiären Engagements berufliche Nachteile erfahren. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Dies erfordert ein Mainstreaming in allen Bereichen der Politik: Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Bildungs- und Rechtspolitik – aber auch Haushalts- und Finanzpolitik. Dies schließt eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung mit ein. Wir werden unsere Erfolge in der Gleichstellungspolitik selbstbewusst und offensiv verteidigen und die Verwirklichung der Gleichstellung vorantreiben. Nur so wird dauerhafter gesellschaftlicher Fortschritt und sozialer Zusammenhalt möglich.

25 Wir wollen, dass Frauen und Männer im Berufsleben gleichgestellt sind. Dazu gehört, dass die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern beendet wird. Frauen erhalten im Durchschnitt 21 Prozent weniger Lohn als Männer. Wir haben in einem ersten Schritt mit einem Transparenzgesetz (Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen) dieser Lohnungleichheit den Kampf angesagt. Daneben werden wir gemeinsam mit den Tarifpartnern die sozialen Berufe aufwerten, in denen vor allem Frauen arbeiten. Dazu zählen die Berufsfelder Gesundheit, Pflege, Betreuung und frühkindliche Bildung. Wir wollen die verschulden Berufe möglichst bald in das duale System mit Ausbildungsvergütung und Schulgeldfreiheit bzw. in duale Studiengänge überführen.

40 In einem zweiten Schritt wollen wir das Transparenzgesetz zu einem Entgeltgleichheitsgesetz weiterentwickeln.

45 Wir werden dabei Beschäftigte in kleinen und mittleren Betrieben einbeziehen. Denn hier sind die meisten Frauen beschäftigt. Wir werden die Transparenz mit Hilfe umfassender Auskunftsansprüche verbessern. Wir wollen außerdem verpflichtende Prüfverfahren der Entgeltstrukturen nach vorgegebenen Kriterien auch schon in Unternehmen ab 50 Beschäftigten einführen. Wir wollen zusammen mit den Tarifpartnern Verfahren zur Herstellung der Entgeltgleichheit entwickeln und ein Verbandsklagerecht einführen. Wir erwarten von den Tarifpartnern, dass sie bestehende Tarifverträge auf diskriminierende Regelungen überprüfen und diese beseiti-

gen.

55 Wir motivieren junge Menschen, Berufe zu ergreifen, die nicht den hergebrachten Geschlechterklischees entsprechen. Es ist für alle ein Gewinn, wenn sich mehr Frauen für MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) oder einen Handwerksberuf entscheiden und mehr Männer in den Sozial- und Erziehungsberufen arbeiten. Dazu fördern wir frühzeitige Informationen in den Schulen sowie eine Berufs- und Studienberatung, die Mädchen und Jungen die Vielfalt der Berufe und ihre Zukunftsperspektiven aufzeigt.

60 Mit der Frauenquote für Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Dienst haben wir einen Kulturwandel in der Arbeitswelt eingeleitet. Führungsgremien sollen jeweils zu 50 Prozent mit Frauen und Männern besetzt sein. Das ist unser Ziel. Dafür benötigen wir eine Gesamtstrategie Frauen in Führungspositionen – und zwar für alle Bereiche: Wirtschaft und Verwaltung, Medien, Kultur und Wissenschaft. Dem Öffentlichen Dienst kommt hierbei eine Vorbildfunktion zu. Wir werden daher die Frauenquote weiter steigern und ihren Geltungsbereich auf alle Unternehmen, auf Körperschaften des öffentlichen Rechts wie die Sozialversicherungen und auf alle Gremien wie Vorstände und Aufsichtsräte ausdehnen.

70 Darüber hinaus wollen wir mit einem Gleichstellungsgesetz die Berufs- und Aufstiegschancen von Frauen in der Privatwirtschaft verbessern. Das ist auch im Interesse der Unternehmen, die auf Kompetenz und Vielfalt in den Führungsebenen angewiesen sind.

75 Wir wollen, dass Frauen und Männer auch in Parlamenten auf allen Ebenen gleichberechtigt beteiligt sind. Wir werden verstärkt Frauen ansprechen und für politische Beteiligung 1902 gewinnen.

Leben frei von Gewalt und Diskriminierung:

85 Wir kämpfen gegen jede Form menschenverachtenden Verhaltens und gegen Gewalt. Die Rechte von Opfern häuslicher oder sexueller Gewalt wollen wir weiter stärken. Die Ratifizierung der „Istanbul-Konvention“ (Istanbul-Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) ist ein Meilenstein. Als weiteren Schritt fordern wir einen dritten Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (nach 1999 und 2007). Wir brauchen einen individuellen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für die Opfer. Das gilt auch für geflüchtete Frauen und Mädchen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Das Hilfesystem aus Beratungsstellen, Frauenhäusern und anderen Schutzrichtungen soll ausgebaut und weiterentwickelt werden. Keine Hilfesuchende darf aus finanziellen Gründen oder aus Platzmangel abgewiesen werden. Mit einem Bundesförderprogramm setzen wir die erforderlichen Maßnahmen im Hilfesystem in Gang. Um Gewalt gegen

90  
95  
100

Frauen und Mädchen in den Ansätzen zu bekämpfen, brauchen wir zudem ein Präventionsprogramm. Eine Koordinierungsstelle auf Bundesebene soll die Umsetzung der Istanbul-Konvention überwachen.

105 Wir nehmen auch Gewalt gegen Männer sehr ernst. Auch Männer, die Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt geworden sind, benötigen Hilfsangebote. Wir werden daher entsprechende Maßnahmen in den Aktionsplan aufnehmen. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist vor zehn Jahren in Kraft getreten.

110 Wir werden es weiterentwickeln. Hierfür stärken wir die Antidiskriminierungsstelle des Bundes und weiten den Anwendungsbereich des AGG auf staatliches Handeln aus. Zudem wollen wir ein Verbandsklagerecht im AGG verankern.

115 Tagtäglich werden wir mit überkommenen Rollenbildern, mit Sexismus in Sprache, Medien und Werbung konfrontiert. Wir werden dem Sexismus den Kampf ansagen. Deshalb wollen wir sicherstellen, dass der Werberat konsequent gegen Sexismus vorgeht und die bisherigen Instrumente evaluieren. Wenn notwendig, werden wir gesetzliche Maßnahmen ergreifen.

120

Wir wollen Existenzsichernde Arbeit anstelle prekärer Beschäftigung ermöglichen. Die arbeitnehmerfeindliche und immer weiter ausufernde Verbreitung von „Arbeiten auf Abruf“ werden wir eindämmen. Auch geringfügige Beschäftigung wollen wir abbauen und Beschäftigten auf Basis des DGB-Modells den Weg aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit öffnen. Die Ausnahmen beim Mindestlohn für Langzeitarbeitslose werden wir abschaffen. Wo reguläre Arbeit geleistet wird, muss auch regulär bezahlt werden.

125

130

Digitale Arbeit gestalten:

135 betrieblicher Wahlarbeitskonzepte miteinander verzahnt sind. Ein wichtiger Baustein ist hierbei das Recht, nach einer Phase der freiwilligen Teilzeitarbeit auf die frühere Arbeitszeit zurückzukehren. Vor allem Frauen sind von der sogenannten Teilzeitfalle betroffen. Dies wirkt sich vor allem bei der Rente aus. Wir werden ihnen die Möglichkeit geben, die Planung über Karriere und Berufsleben selbst in der Hand zu behalten.

140

Einfügen von neuem Abschnitt:  
„Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt

145 Mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen sind in Teilzeit beschäftigt. Die Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt führen im Lebensverlauf zu einer Rentenlücke von 54 Prozent. Das wollen wir nicht hinnehmen. Deshalb wollen wir Existenzsichernde Arbeit anstelle prekärer Beschäftigung. Wir wollen das Teilzeit- und Befristungsgesetz reformieren – vor allem hinsicht-



150 lich der Regelungen zum Recht auf befristete Teilzeit (Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit), der Vergütung von Überstunden, der Teilhabe an Qualifizierungsmaßnahmen und der betrieblichen Bewertungssysteme. Dazu gehört auch, dass Beschäftigte familiäre Sorge und Weiterbildung miteinander vereinbaren können. Die  
 155 Übernahme von Führungsaufgaben auch in Teilzeit muss selbstverständlicher werden.“

Trotz der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt gibt es noch viele Menschen, die über einen längeren Zeitraum arbeitslos sind. Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren und werden deshalb öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen. Das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe“ werden wir als Regelleistung in das Sozialgesetzbuch II übernehmen. Alle Angebote der Arbeitsförderung müssen so ausgestaltet werden, dass sie es  
 160 auch Männern und Frauen mit Familienaufgaben ermöglichen, erfolgreich daran teilzunehmen. Für Alleinerziehende machen wir gezielte Angebote. Zur Verbesserung der Chancen von langzeitarbeitslosen Frauen wollen wir die bewährten Beauftragten für Chancengleichheit auch im SGB II verankern. Auch für Langzeitarbeitslose, die wegen der Anrechnung von Partnereinkommen bisher keinen Anspruch auf aktivierende Leistungen nach dem SGB II haben, werden wir in Zukunft  
 170 Weiterbildungsangebote machen. Die schärferen Sanktionen für unter 25-Jährige werden wir aus dem SGB II streichen.

175 Außerdem werden wir das Schonvermögen im SGB II verdoppeln.

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 47  
 Landesverband Baden-Württemberg*

**Änderungsantrag Kapitel XI.4**

Zeile 1915 ergänze nach „Maßnahmen im Hilfesystem in Gang setzen“: die auch die verbesserte Versorgung der Kinder z.B. in Frauenhäuser einbeziehen.

**Änderungsantrag Kapitel XI.4**

Annahme in geänderter Fassung, Seite 52, Zeile 9/10  
 "Wir brauchen einen individuellen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für die Opfer **und ihre Kinder.**"

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 48  
 06/05 Lankwitz/060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)  
 Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel XI.4**

Ergänze in Zeile 1904 nach „stärken“: „Opfer sexueller oder häuslicher Gewalt, die bisher über keinen Aufenthaltstitel verfügt haben, sollen ein Bleiberecht erhalten, da dieses dazu beitragen wird, dass sie die Straftat zur  
 5 Anzeige bringen und als Zeuge zur Verfügung stehen können.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.4**

Ablehnung

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 49*  
*Stadtverband Marl (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.4**

Sexistische Werbung gesetzlich verbieten (Änderung Abschnitt Leben frei von Gewalt und Diskriminierung – letzter Absatz, streichen letzten Satz und ändern.)

**Änderungsantrag Kapitel XI.4**

Ablehnung

- 5 In das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) wird ein Verbot von sexistischer Werbung aufgenommen.

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 50*  
*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.4**

Z.1922: Ersetze „zehn“ durch „elf“

**Änderungsantrag Kapitel XI.4**

Annahme

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 51*  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel XI.4**

S. 46, Zeile 1913 Ergänzung: nach „aus finanziellen Gründen“: „aufgrund der fehlenden Barrierefreiheit der Einrichtungen“

**Änderungsantrag Kapitel XI.4**

Erlедigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 5 S. 46, Zeile 1913 Ergänzung: nach „Keine Hilfesuchende“ einfügen „und deren Kinder“

S. 47, Zeile 1914 Ergänzung: nach „werden.“: „Die Finanzierung über Tagessätze werden wir beenden.“

10

S. 47, Zeile 1915 Ergänzung: nach „in Gang setzen.“: „Opfern von sexualisierter Gewalt soll eine qualifizierte Notfallversorgung zur Verfügung gestellt werden, die sowohl eine anonymisierte Spurensicherung als auch die Pille danach beinhaltet. Polizei und Justiz sollen im Umgang mit den Betroffenen sexualisierter Gewalt besser geschult werden.“

15

S. 47, Zeile 1919-1921 Vollständige Ersetzung durch: „Darüber hinaus setzen wir uns für eine Verbesserung des Opferschutzes und der –hilfe ein. Alle Betroffenen von häuslicher oder sexualisierter Gewalt benötigen ein besseres Angebot für angepasste Unterstützung und Hilfe. Wir werden daher entsprechende Maßnahmen in den Aktionsplan aufnehmen.“

25

S. 47, Zeile 1925 Ergänzung nach „im AGG verankern.“ mit „Die nachweislich diskriminierende Praxis des „Racial Profiling“ soll durch eine Streichung des § 22 Abs. 1 a im Bundespolizeigesetz nicht mehr weiter rechtlich geschützt werden.“

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 52*  
*Ortsverein Laupheim (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.4.**  
 Nach Zeile 1921: Sexuelle Gewaltdelikte im Allgemeinen aber insbesondere gegen Kinder und Jugendliche, werden strenger bestraft. Der Fokus muss mehr auf die Hilfe für die Opfer gelegt werden, anstatt die Resozialisierung der Täter. Dazu gehört insbesondere eine neue Sichtweise, hinsichtlich dessen wie mit inhaftierten Sexualverbrechern umzugehen ist. Bei der Begutachtung und Beurteilung über die Fähigkeiten von Sexualverbrechern müssen neue und strengere Richtlinien gelten, die verhindern, dass es zu Freigängen oder vorzeitigen Entlassungen von Personen kommt, die weiterhin ein Gefahr für die Gesellschaft darstellen.

**Änderungsantrag Kapitel XI.4.**  
 Ablehnung

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 53*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel XI.4**  
 Nach Zeile 1929 einfügen:  
 Bei Bewerbungen kommt es oft zu unbewussten Diskriminierungen auf Grund des Geschlechts, Aussehens, Alters oder Migrationshintergrundes. Deshalb wollen wir anonymisierte Bewerbungen zum Standard für große Unternehmen machen.

**Änderungsantrag Kapitel XI.4**  
 Annahme in der Fassung der Antragskommission

"Bei Bewerbungen kommt es (...) zu unbewussten Diskriminierungen, etwa auf Grund des Geschlechts, Aussehens, Alters oder eines Migrationshintergrundes. **Anonymisierte Bewerbungen sind ein Weg, um Fairness im Bewerbungsverfahren herzustellen.**"

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 54*  
*Arbeitsgemeinschaft 60plus*

**Änderungsantrag Kapitel XI.4.**  
 Z.1929 ergänze nach "ergreifen":  
 „„Berichte über Gewalt gegen Pflegebedürftige erschrecken uns. Wir werden in Absprache mit den Wohlfahrts- und Pflegeverbänden entsprechende Maßnahmen in unseren Aktionsplan aufnehmen.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.4.**  
 Annahme in geänderter Fassung:

**"Wir sind zudem besorgt über Berichte über Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen, Ältere oder Pflegebedürftige. Gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden wollen wir Konzepte entwickeln, die Übergriffen und Gewalt einhalt gebieten."**

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 55*  
*Ortsverein Spaichingen-Heuberg (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.5**

Im Leitantrag für das Regierungsprogramm 2017 soll der Abschnitt Seite 47, Z. 1946 bis 1952 wie folgt erweitert werden:

5 Wir wollen die gemeinsame Erziehung nach Trennung oder Scheidung stärken, indem wir das Paritätsmodell (auch Wechselmodell genannt) für die Regelungen zur Betreuung gemeinsamer Kinder, wenn diese nach einer Trennung ihrer Eltern in beiden Haushalten zeitlich annähernd gleichwertig betreut werden, in das Familienrecht implementieren und in der Gesellschaft das Bewusstsein hierfür stärken.

15 Kontakt zu Kindern auch nach der Trennung sichern. Das Wohl des Kindes muss im Vordergrund stehen. Wenn Eltern, egal aus welchen Gründen, keine einvernehmliche Lösung finden können, wollen wir für die Kinder und den nicht betreuenden Elternteil die Möglichkeit verbessern, Umgang zu haben. Dazu werden wir  
 20 zunächst die Mitarbeiter der Behörden, Gerichte und Hilfseinrichtungen gezielt in der Fortbildung z.B. zur „Eltern-Kind-Entfremdung“ unterstützen, um die ersten Hinweise auf ein Fehlverhalten von betreuenden Elternteilen zu erkennen, wenn der betreuende Elternteil versucht den anderen Elternteil auszugrenzen. Ziel sind aber vor allem gesetzliche Vereinfachungen bei der Umsetzung gerichtlich vereinbarter Besuchsregelungen. Insbesondere für einen Elternteil, der nicht mit dem Kind zusammenlebt, ist der Umgang mit seinem Kind  
 25 eine maßgebliche Voraussetzung für einen persönlichen Kontakt mit diesem, die ihm ermöglicht, eine nähere Beziehung zu seinem Kind aufzubauen oder aufrechtzuerhalten.

**Änderungsantrag Kapitel XI.5**

Annahme in geänderter Fassung:

S. 53, Zeile 8-10 werden wie folgt ergänzt:

Wir setzen uns für mehr Partnerschaftlichkeit in der Betreuung von Kindern ein. Wir wollen es deshalb Eltern erleichtern, sich auch nach einer Trennung oder Scheidung gemeinsam um ihre Kinder zu kümmern. **Die Regelungen zur Betreuung gemeinsamer Kinder, wenn diese in beiden Haushalten zeitlich annähernd gleichwertig betreut werden, wollen wir im Familienrecht besser verankern.**

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 56*  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel XI.5**

S. 47, Zeile 1936 Ergänzung nach „bestimmen können.“ mit dem Satz: „Der Zugang zur Reproduktionsmedizin muss für alle Menschen gleichberechtigt zugänglich sein.“

5 S. 47, Zeile 1942 Ergänzung nach „...Stieffamilien,“ mit

**Änderungsantrag Kapitel XI.5**

Ablehnung

„Mehrelternfamilien“

10 S. 47, Zeile 1949 Ergänzung: [Wir wollen das gemeinsame Erziehen nach] Todesfällen [Trennung, oder Scheidung im Interesse der Kinder stärken.]

15 S. 48, Zeile 1964 Ergänzung: [Menschen können durch Krankheit, Unfall oder Behinderung handlungs- und entscheidungsunfähig werden.] Dies darf zu keinen finanziellen Mehrbelastungen führen.

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 57*  
*Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen*

**Änderungsantrag Kapitel XI.5**

Im Kapitel Gleichberechtigung und Gleichstellung wird unter „Vielfältige Lebensrealitäten anerkennen:“ der Satz „Deshalb werden wir das Unterhaltsrecht reformieren.“ gestrichen.

**Änderungsantrag Kapitel XI.5**

Annahme

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 58*  
*Kreisverband Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.5.**

Zeile 1936 Ersatz: „sexuelle Identität“ statt „Leben“

**Änderungsantrag Kapitel XI.5.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 59*  
*Ortsverein Feucht (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.5**

5 Für die Zeilen 1937 bis 1944 beantragen wir: Nach Zeile 1937 „Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen“ fortsetzen mit: „Daher werden wir für die rechtliche Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft sorgen.“

und in Zeile 1938 und 1939 zu streichen: "Wir werden daher die Ehe [...] mit ein."

**Änderungsantrag Kapitel XI.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 60*  
*Unterbezirk Krefeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.5**

Z. 2424 Einfügen hinter „ (...) ausdrücklich zu.“: „Den-

**Änderungsantrag Kapitel XI.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-

noch möchten wir langfristig das Ziel einer vertieften Integration mit allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union weiter verfolgen und unterstützen.,, kommission

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 61**

*Kreisverband Heilbronn-Land (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.5**

Zeile 2383 bis 2389: Wir beantragen die Streichung des dritten und vierten Satzes („Jedes Land, das Interesse ... in die Europäische Union finden.“) und stattdessen das Einfügen des folgenden Absatzes:

5

„Alle Länder, insbesondere die des westlichen Balkans, haben eine Beitrittsperspektive. Wir unterstützen ihre Annäherung an die EU und schenken der Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besondere Auf

**Änderungsantrag Kapitel XI.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 62**

*Arbeitsgemeinschaft 60plus*

**Änderungsantrag Kapitel XI.5.**

Z.1973 ergänze nach „respektiert.“: „Ebenso wollen wir die Patientenverfügung als weiteres Instrument der Selbstbestimmung stärker in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte stellen.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.5.**

Ablehnung

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 63**

*Ortsverein AltonaNord-Sternschanze (Landesorganisation Hamburg)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.5**

1. Auf S. 48, Z. 1966 sollen nach „(...) wer im Notfall“ die folgenden Worte eingefügt werden: „ihre Entscheidungsfindung unterstützt oder“

5

2. Auf S. 48, Z. 1967 soll der folgende Satz gestrichen werden: „Zudem wollen wir rechtlich klarstellen, was viele bereits für selbstverständlich halten: Ehegatten und Lebenspartner – sofern sie nicht getrennt leben – sollen grundsätzlich für den handlungsunfähigen Partner oder die Partnerin bei Fragen der Gesundheitsorge stellvertretend entscheiden dürfen.“

10

3. Auf S. 48, Z. 1972 soll nach „(...) Betreuungsrecht stärken“ der folgende Satz eingefügt werden: „Die Praxis des Betreuungsrechts wollen wir so reformieren, dass

15

**Änderungsantrag Kapitel XI.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Forderung 2 erledigt durch Regierungshandeln

sie der UN-Behindertenrechtskonvention Rechnung trägt.“

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 64  
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

**Änderungsantrag Kapitel XI.6**

Hinter Zeile 1977 einfügen: „Die aktuelle Menschenrechtskonvention, die VN Behindertenrechtskonvention mit ihren zentralen Ableitungen aus Inklusion und Partizipation werden wir als Demokratie Modell umsetzen.“

5

Füge ein hinter Zeile 2002: „Wir werden ein Recht auf Assistenz für gesellschaftliches Engagement einführen, damit alle Menschen mit Behinderungen Ehrenämter in Parteien, Vereinen, Verbänden usw. übernehmen können. Inklusion muss zu einem verpflichtenden Bestandteil politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen werden Wir wollen inklusive Gesundheits-, Sozial- und Bildungsdienstleistungen ausbauen. Über die Bedarfe und die Qualität entscheiden Menschen mit Behinderungen mit.“

10

15

**Änderungsantrag Kapitel XI.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 65  
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

**Änderungsantrag Kapitel XI.6**

Im Regierungsprogramm Kapitel „**Inklusive Gesellschaft**“ soll nach dem 4. Absatz (Barrierefreiheit Arbeitsplatz) eingefügt werden: „Wir streben ein barrierefreies Gesundheitswesen sowohl in der ambulanten als auch in der stationären Versorgung an. So sollen Arztpraxen, die neu zur Abrechnung mit der Krankenversicherung zugelassen werden, barrierefrei sein. In Krankenhäuser sind sowohl die Stationen als auch die Funktionseinheiten bei Neu- bzw. Umbaumaßnahmen barrierefrei zu gestalten“.

5

10

**Änderungsantrag Kapitel XI.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 66  
Ortsverein Leipzig- Mitte (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.6**

Zeile 1978 bereits deutlich ~~verbessert~~ geändert. Teilha-  
beleistungen sind Angebote der medizinischen

**Änderungsantrag Kapitel XI.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 Zeile 2004 Kommunen **und die Privatwirtschaft** bei dieser Aufgabe unterstützen. Die Kinder- und Jugendhilfe soll für alle da sein

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 67**

08/05 Hermannstraße (Landesverband Berlin)

**Änderungsantrag Kapitel XI.6**

S. 48, Z. 1977: Ergänze die Zeile um: „Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wollen wir darum weiter voranbringen.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 68**

Bezirk Hessen-Süd

**Änderungsantrag Kapitel XI.6**

An Zeile 1977 wird nachfolgender Satz angefügt: „Die dringend notwendige und endgültige Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wollen wir darum weiter voranbringen.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 In Zeile 1978 soll die Formulierung „...die Teilhabeleistungen“ durch die Formulierung „Leistungen zur Teilhabe an der Gesellschaft“ ersetzt werden

10 In Zeile 1979 wird nach „...deutlich verbessert“ folgender Satz angefügt: „Die Person und ihre Selbstbestimmung stehen im Mittelpunkt. Daran wollen wir anknüpfen und die Teilhabeleistungen stetig weiterentwickeln.“

15 In Zeile 1979 bis Zeile 1982 wird der Satz „Teilhabeleistungen sind Angebote .....– bis - .....selbständiges Leben ermöglichen.“ Gestrichen

In Zeile 1982 werden die Worte „Wir wollen...“ durch „Wir werden umsetzen...“ Ersetzt

20 In Zeile 1988 wird der Satz „Alle Menschen...faire Perspektiven...“ ersetzt durch: „Lohndiskriminierung von Menschen mit Behinderung wollen wir vermeiden.“

25 In Zeile 1991 wird nach „Das Angebot der..“ das Wort „Inklusionsbetriebe und ...“ eingefügt

In Zeile 1994 wird das Wort „wollen“ durch das Wort „werden“ ersetzt

30 In Zeile 2003 wird die Formulierung „...ist Barrierefreiheit unverzichtbar“ ersetzt durch „... sind Barrierefreiheit und angemessene Vorkehrungen unverzichtbar und brauchen bessere gesetzliche



Bestimmungen.“

35 In Zeile 2004 wird die Formulierung „Wir werden vor allem..... – bis - ...Aufgabe unterstützen“ ersetzt durch: „Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, inklusive Sozialräume zu schaffen.“

In Zeile 2006 wird das Wort „wollen“ durch das Wort „werden“ ersetzt

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 69  
Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel XI.6**

S. 48, Zeile 1992 Ergänzung: ...weiterentwickeln. „Das schließt eine gerechte Bezahlung und Beschäftigung ein, die Perspektiven und eine sichere Zukunftsplanung ermöglichen“.

**Änderungsantrag Kapitel XI.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 70  
Unterbezirk Ebersberg (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.6**

Zeile 1997 füge ein nach „Einkommensteuer“: an die Kostenentwicklung

**Änderungsantrag Kapitel XI.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 Zeile 2002 füge ein nach „ist“: multidimensionale

Zeile 2004 füge ein nach „unterstützen“: aber gleichzeitig mehr Anreize für den Privatsektor schaffen.

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 71  
Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.6**

Füge ein nach Z. 1985 "[...], wie sie wohnen": „Vor diesem Hintergrund wollen wir das Bundesteilhabegesetz in der kommenden Legislatur überarbeiten. So muss die UN-Behindertenrechtskonvention konsequent umgesetzt werden, die Besonderheiten im Bildungsverlauf von Menschen mit Behinderung müssen stärkere Berücksichtigung finden.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

10 Füge ein nach Z. 2008: „Wenn wir Barrieren für Menschen mit Behinderung abbauen wollen, müssen wir auch die politische Teilhabe in den Fokus nehmen. Deswegen werden wir bestehende Wahlrechtsausschlüsse von Menschen mit Behinderungen im Bundeswahlge-

15      setz nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen abschaffen.“

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 72**

*Kreisverband Pforzheim / Kreisverband Enzkreis (Landesverband Baden-Württemberg/  
Landesverband Baden-Württemberg*

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**

Ergänze in Zeile 2030 nach „Deutschland.“: Perspektivisch wollen wir allen Geflüchteten für die Zeit die sie in Deutschland verbringen Integrationskurse anbieten.

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**

Ablehnung

5      Ergänze in Zeile 2033: Wer eine Ausbildung macht oder sich auf eine Ausbildung vorbereitet, soll in Deutschland geduldet werden.

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 73**

*Ortsverein St Ingbert-Mitte (Landesverband Saar)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**

In Zeile 2061 wird nach dem Satz "Erfüllen sie die Voraussetzungen, dann stehen ihnen auch die Möglichkeiten unseres bewährten Religionsverfassungsrechts offen" Folgendes ergänzt: "Burka und jede Art der Vollverschleierung sehen wir in unserer Gesellschaft als Symbol der Unterdrückung von Frauen an und nicht als Ausdruck einer religiösen Ausrichtung. Wir sind ferner der Auffassung, dass die Totalverschleierung ein Integrationshemmnis für muslimische Frauen in unserer Gesellschaft darstellt. Wir wollen daher ein Verbot jeder Form von Vollverschleierung im öffentlichen Raum".

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**

Ablehnung

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 74**

*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**

Füge ein nach Z. 2040: „Dies wollen wir auch durch anonyme Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst unterstützen.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 75**

*09/13 Adlershof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**

Z. 2020: Füge nach „Integration.“ an: „Hierfür müssen

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-

die schulischen Angebote auch auf Kinder und Jugendliche mit Fluchthintergrund angepasst werden“ kommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 76*  
*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**  
Z. 2029: Streiche „weiter“

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**  
Ablehnung

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 78*  
*Unterbezirk Cuxhaven (Bezirk Nord-Niedersachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**  
Zeile 2015: Wir brauchen ein modernes Einwanderungsrecht in Deutschland.

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**  
Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 79*  
*07/01 Tempelhof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**  
Seite 49 Z. 2030, Streichung des Satzes „Voraussetzung ist eine gute Bleibeperspektive in Deutschland.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**  
Ablehnung

5 Seite 49 Z. 2041, Hinzufügen nach „Zusammensetzung des Öffentlichen Dienstes niederschlägt.“ Den Satz „Die Interkulturelle Öffnung wollen wir gesetzlich festschreiben. Möglich wäre eine Regelung in Form der Partizipations- und Integrationsgesetze wie in Berlin, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.“

10 Seite 50 Z. 2060, Streichung des letzten Satzes „Erfüllen sie die Voraussetzungen, dann stehen ihnen auch die Möglichkeiten unseres bewährten Religionsverfassungsrechts offen.“

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 81*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**  
In Zeile 2030 wird der Satz „Voraussetzung ist ..... in Deutschland“ ersetzt durch: „Perspektivisch wollen wir allen Geflüchteten für die Zeit die sie in Deutschland verbringen Integrationskurse anbieten. Wer eine Ausbildung macht oder sich auf eine Ausbildung vorbereitet, soll in Deutschland geduldet werden. Dabei kann eine raschere sprachliche Erstintegration von Asylbe-

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**  
Ablehnung

5

10 werbern und Geduldeten mittels des Deutschen Sprachdiploms I (DSD I) unterstützt und in die Fläche getragen werden“

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 82*

*Ortsverein Hürth (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**

5 Zeile 2057 – Zeile 2060 bis zum Wort „achten“ streichen und ersetzen durch: Wir anerkennen und respektieren den Islam, als eine Religionsgemeinschaft, welche die gleichen Rechte nach unserem Grundgesetz gebührt, wie den christlichen Religionen, soweit sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung achten.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**

Ablehnung

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 83*

*Ortsverein Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**

5 in der Zeile 2057 der Satz „Muslime und der Islam sind Teil unseres Landes.“ zu streichen und folgender Text einzufügen: „Wir stehen zur religiösen Toleranz, wie sie im Grundgesetz verankert ist. Muslime und der Islam sind Teil unserer Gesellschaft geworden.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 84*

*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**

5 S. 49, Zeile 2028/2029 Streichung „außerdem grundsätzlich weiter“

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**

Ablehnung

S. 49, Zeile 2030 Streichung „gute“

5 S. 49, Zeile 2042 Ergänzung nach „Zielvorgaben,“ mit „anonymisierte Bewerbungsverfahren,“

10 S. 49, Zeile 2046-48 Ersetze durch: „Wir setzen uns für eine generelle Hinnahme der doppelten und mehrfachen Staatsbürgerschaft ein.“

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 85*  
*Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel XI.7</b>  S. 49, Z. 2043 Ändere wie folgt: „Zielvorgaben, Ausbildungskampagnen, anonyme Bewerbungsverfahren und eine Öffnung gegenüber den verschiedenen Kulturen unterstützen diesen Prozess.“</p> <p>5</p> <p>S. 49, Z. 2045f. Ändere wie folgt: „Ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht ist eine wesentliche Voraussetzung für Integration. Wir setzen uns weiterhin für die Akzeptanz von Mehrstaatigkeit auch bei Einbürgerungen ein. Die Frist von acht Jahren gewöhnlichem rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland vor der Einbürgerung wollen wir auf fünf Jahre absenken. Für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern wollen wir den Doppelpass ermöglichen und die Optionspflicht komplett abschaffen.“</p> <p>10</p> <p>15</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel XI.7</b>  Ablehnung</p>
--	---

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 86*  
*04/98 Wilmersdorf-Nord (Landesverband Berlin)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel XI.7</b>  Ergänze auf Seite 49 zwischen Zeilen 2048 und 2049 folgenden Absatz: „Wir wollen ein Bundesministerium für Migration, Integration und Demographie einrichten, um die zersplitterten Kompetenzen auf Bundesebene zusammenzuführen. Wir wollen Integrationspolitik aus einem Guss.“</p> <p>5</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel XI.7</b>  Ablehnung</p>
--	---

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 87*  
*Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel XI.7.</b>  Streichung der Zeilen 2057-2061 „Muslime und der Islam [...] bewährten Religionsverfassungsrechts offen.“</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel XI.7.</b>  Ablehnung</p>
--	--

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 88*  
*Landesverband Sachsen*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel XI.7</b>  Füge in Zeile 2030 nach „...geduldet sind.“ ein: „Maßnahmen zur Ausbildungsförderung wollen wir dauerhaft öffnen und auch Geflüchteten in Ausbildung zugänglich machen. Wir werden ausbildungsvorbereiten-</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel XI.7</b>  Annahme in geänderter Fassung</p>
--	---

5 de Maßnahmen wie die Einstiegsqualifizierung in die sogenannte 3-plus-2-Regelung aufnehmen.“

Streiche in Zeile 2030: Voraussetzung ist eine gute Bleibeperspektive in Deutschland.

10

Füge in Zeile 2034 den Satz an: „Wichtig für das Gelingen der Arbeitsmarktintegration ist die Beratung und Begleitung von Unternehmen und Migrant(-inn)en. Wir wollen die Angebote dafür weiter ausbauen und fördern.“

15

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 89  
Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt*

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**

Einfügung neuer Absatz nach Z. 2015:

**Änderungsantrag Kapitel XI.7**

Ablehnung

5 „Wir wollen, dass die Integrations- und Migrationspolitik als eigenständiges Politikfeld in einem Bundesministerium verankert wird. Dies würde zum einen das Thema klarer an den Kabinetttisch bringen und zum anderen auch das Ministerium für die Umsetzung der Politik zuständig machen. Die Frage, in welchem Ministerium, das sich wie Integration mit gesellschaftspolitischen Themen beschäftigt, Integrations- und Migrationspolitik verknüpft werden sollte, oder ob es eigenständig aufgebaut werden sollte, ist für uns zweitrangig. Entscheidend wäre die Zusammenführung von Integrationspolitik mit den Politikfeldern des Aufenthalts-, Staatsangehörigkeits- und Asylrechts in dem zu schaffenden „Integrationsministerium“. Eine Herauslösung des Aufenthalts- und Asylrechts aus dem Innenministerium wäre dazu notwendig. Dies bedeutet auch eine Änderung der Zuordnung des BAMF, das folglich dem neuen Integrationsministerium untergeordnet werden müsste. Ein so „erweitertes“ Integrationsministerium hätte auch eine entsprechende Größe und klare Fachzuständigkeiten, so dass es auch als eigenständiges Ministerium ohne weitere Politikfelder Sinn machen würde. So wollen wir eine stringente und kohärente Migrations- und Integrationspolitik durchsetzen.“

10

15

20

25

30 Zeile 2041 Hinzufügen nach „Zusammensetzung des Öffentlichen Dienstes niederschlägt.“ Den Satz „Die Interkulturelle Öffnung wollen wir gesetzlich festschreiben. Möglich wäre eine Regelung in Form der Partizipations- und Integrationsgesetze wie in Berlin, Nordrhein-

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

Westfalen und Baden-Württemberg.“

- 35 Zeile 2060 Streichung des letzten Satzes „Erfüllen sie die Voraussetzungen, dann stehen ihnen auch die Möglichkeiten unseres bewährten Religionsverfassungsrechts offen.“

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 90  
Arbeitsgemeinschaft 60plus*

**Änderungsantrag Kapitel XI.7.**

Z. 2043 „im Bereich Gesundheits- und Pflegeberufe“ ergänzen durch „sowie der Polizei“

**Änderungsantrag Kapitel XI.7.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 91  
Unterbezirk Aachen-Stadt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.7.**

Zeile 2044: im Bereich Gesundheits- und Pflegeberufe ergänzen durch: sowie der Polizei

**Änderungsantrag Kapitel XI.7.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 92  
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

**Änderungsantrag Kapitel XI.8**

Zeile 2073 einfügen hinter „Geschlecht“: „Herkunft oder Behinderung“

**Änderungsantrag Kapitel XI.8**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 93  
Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.8**

Zeile 2.088: zusätzlicher Satz: „Die Zugangsvoraussetzungen für Künstler zum Eintritt in die Künstlersozialkasse ist deutlich zu optimieren.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.8**

Ablehnung

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 94  
Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel XI.8**

S. 50, Zeile 2067 Ergänze nach „Dialog“. „Eine Leitkultur lehnen wir ab, denn Kultur und kulturelle Gepflogenheiten unterliegen einem steten Wandel. Wir setzen auf die Vermittlungskraft der Kultur, die eine Auseinander-

**Änderungsantrag Kapitel XI.8**

Ablehnung

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 5 setzung mit den Werten unserer Gesellschaft fördert und stärkt.“
- S. 50, Zeile 2068-2071 Streichen nach „Verständigung sorgen.“
- 10 S. 50, Zeile 2073 Ersetze: „Geldbeutel, Schulabschluss“ durch „finanziellen und sozialen Hintergrund und Bildungsabschluss“
- 15 S. 50, Zeile 2081 Ergänzung:[Wir werden ihre Rechte stärken und sie sozial besser absichern. Sie müssen] bei der Wahl ihrer Mittel frei und [von ihrer Arbeit leben können.]
- 20 S. 50, Zeile 2081-2084 Streichen von „Dabei verlieren wir...“ bis einschließlich „Gerechtigkeit vorzubringen.“

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 95  
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen*

**Änderungsantrag Kapitel XI.8**

wird unter „Kulturpolitik“ nach „...damit das künstlerische Schaffen von Frauen angemessen einbezogen werden kann“ eingefügt: „Wir wollen das kulturelle Erbe der Frauen sichtbar machen und in die Kulturförderung des Bundes aufnehmen sowie diese an mehr Geschlechtergerechtigkeit ausrichten.“

5

Als Folgeänderung wird diese Passage am Ende unter „Erinnerungskultur –Gedenken und Erinnern“ gestrichen.

**Änderungsantrag Kapitel XI.8**

Annahme in geänderter Fassung mit Verbleib an der bisherigen Stelle:

"Wir wollen die Leistungen der Frauen für unser kulturelles Erbe sichtbarer machen und in die Kulturförderung des Bundes aufnehmen sowie diese an mehr Geschlechtergerechtigkeit ausrichten."

Ablehnung der Folgeänderung

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 96  
02/08 Luisenstadt (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.8**

S. 50 Z. 2091"Daher soll bei Projektförderungen stärker auf Expertenjurys zurückgegriffen werden." Ersetze „auf Expertenjurys“ durch "auf unabhängige Jurys"

**Änderungsantrag Kapitel XI.8**

Ablehnung

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 97  
Kreisverband Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.8.**

Zeile 2072 Streichung: erster Satz (Fettdruck)

**Änderungsantrag Kapitel XI.8.**

Ablehnung



*Antragsbereich XI.A/ Antrag 98*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel XI.8**

5 Ersetze S. 50, Zeile 2084-2086: „Bei Bundeskulturförderungen ... eines Künstlergemeinschaftsrechts.“ Durch  
 „Bei Bundeskulturförderungen werden wir für gerechte Vergütungsregeln sorgen. Der Bund und die Kultureinrichtungen des Bundes müssen dabei mit gutem Beispiel zur fairen Bezahlung von Angestellten und Honorarkräften vorangehen. Wir machen uns für Mindestvergütungen und Ausstellungsvergütungen stark und prüfen die Einführung eines Künstlergemeinschaftsrechts.“  
 10

**Änderungsantrag Kapitel XI.8**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 99*  
*01/15 Gesundbrunnen (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.8**

5 In Zeile 2088 wird nach dem Satz „Die solidarische Finanzierung der Künstlersozialkasse durch die Kulturschaffenden, die Verwerter und durch den Staat ist für die SPD nicht verhandelbar.“ der Satz „Darüber hinaus werden wir, um den beruflich bedingt kurz befristet Beschäftigten im Kulturbereich gerecht zu werden, diesen Menschen einen fairen Anspruch auf Arbeitslosengeld 1 ermöglichen.“ eingefügt.

**Änderungsantrag Kapitel XI.8**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 100*  
*02/02 Kreuzberg 61 (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.9.**

5 Zeile 2129 Nach „...Verantwortung geknüpft.“ soll folgender Satz eingefügt werden: „Das Gedenken an die NS – Terrorherrschaft muss heute und in Zukunft eine herausgehobene Stellung in der Erinnerungskultur einnehmen, weil die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen singulär in der Menschheitsgeschichte sind und die NS-Aufarbeitung – angesichts des Erstarkens des Rechtspopulismus in Europa – weiter gestärkt werden muss.“  
 10

**Änderungsantrag Kapitel XI.9.**

Zeile 2129 Annahme in geänderter Fassung:  
 „Das Gedenken an die NS - Terrorherrschaft muss weiterhin eine herausgehobene Stellung in der Erinnerungskultur einnehmen. Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen sind singulär in der Menschheitsgeschichte.“

15 Zeile 2134 nach Satz „Wir wollen die Verbrechen...“ anfügen: „Dazu gehört zwingend die Aufarbeitung der Verbrechen aller am NS Tatbeteiligten im europäischen und internationalen Kontext sowie ihrer Wirkungsgeschichte.“

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 101*  
*Ortsverein Uelzen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.9**

Einfügen n. Zeile 2154: Wir werden dem Bundespräsidenten vorschlagen den 08.Mai als Tag der Befreiung von der Nazi-Diktatur als gesetzlichen Gedenktag/ Feiertag einzuführen.

**Änderungsantrag Kapitel XI.9**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 102*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel XI.9**

Streiche in Zeile 2149 das Wort „zügig“.

**Änderungsantrag Kapitel XI.9**

1. Ablehnung

5 Ersetze in den Zeilen 2150 und 2151 den Satz „Die vorliegende Empfehlung der Expertenkommission aus 2016 bietet hierfür eine gute Grundlage.“ durch:  
 10 „Aus unserer Sicht wird eine schlichte Angliederung der Stasi-Unterlagenbehörde an das Bundesarchiv unter den bisherigen Bedingungen der besonderen historischen Bedeutung der Stasi-Akten nicht gerecht. Der  
 15 offene Zugang zu den Akten einer ehemaligen Geheimpolizei ist in dieser Art und Weise weltweit einmalig und sollte dementsprechend auch weiterhin durch die wohnortnahen Außenstellen gewährleistet werden. Ebenso wollen wir die archivalischen Bedingungen verbessern und eine langfristige Personalplanung ermöglichen.“

2. Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

20 Einsetzen in Zeile 2156: Wir werden die Treuhand-Akten vollständig sichern. Wir prüfen eine vorzeitige Freigabe aller Treuhand-Akten ab 2020 und werden Forschungsprojekte zu den Akten unterstützen. Wir prüfen zudem die Einrichtung einer Kommission „Aufarbeitung der Nachwendzeit“.

3. Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 103*  
*Forum Eine Welt*

**Änderungsantrag Kapitel XI.9**

5 Vor Zeile 2149 soll folgende Passage neu eingefügt werden: Wir bekennen, dass die deutschen kaiserlichen Truppen zu Beginn des 20.Jahrhunderts Völkermord an den Herero und Nama im damaligen Deutsch Südwestafrika begangen haben. Wir bitten die Nachfahren der Opfer im heutigen Namibia um Vergebung und wollen alles tun, dass ihre Lebenssituation verbessert wird ,

**Änderungsantrag Kapitel XI.9**

Ablehnung

10 Versöhnung gelingt und die Anerkennung dieser historischen Schuld im Gedächtnis unserer beiden Völker verankert bleibt.

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 104**

06/03 Lichterfelde-West/060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)/Landesverband Berlin

**Änderungsantrag Kapitel XI.10**

5 Ersetze Zeile 2184 von "Die 7-Tage-Bereitstellungsregelung" bis „soll entfallen.“ durch: "Die Begrenzung der Verweildauer (Depublizierungspflicht) von Inhalten im Online-Angebot und Mediatheken der öffentlich-rechtlichen ist nicht mehr zeitgemäß und soll entfallen."

**Änderungsantrag Kapitel XI.10**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 105**

Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)

**Änderungsantrag Kapitel XI.10**

5 Z. 2168-2173, Streichung: „Zeitungen und Zeitschriften sollen sich auch im digitalen Umfeld frei entfalten können. Sie brauchen Rahmenbedingungen, dass es sich auch künftig für sie lohnt, mediale und insbesondere journalistisch-redaktionelle Angebote zu erstellen. Gesellschaftlich relevante Inhalte müssen auch in Zukunft im Netz auffindbar sein. Deshalb ist es richtig, in ein zeitgemäßes Medienrecht „Must-be-found“-Regelungen zu integrieren. Wird die Netzneutralität und damit das offene und freie Internet gefährdet, werden wir eingreifen.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.10**

Ablehnung

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 106**

Ortsverein Kappeln-Land (Landesverband Schleswig-Holstein)

**Änderungsantrag Kapitel XI.10**

Zeile 2187 - 2188: bitte ändern: Die Anbieter werden dazu verpflichtet, für den Schutz.....

**Änderungsantrag Kapitel XI.10**

Ablehnung

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 107**

02/13 Samariter-/Boxhagener Kiez (Landesverband Berlin)

**Änderungsantrag Kapitel XI.10**

Ersetze den Satz „Die 7-Tage-Bereitstellungsregelung... soll entfallen.“ (Zeile 2184) Die Begrenzung der Verweildauer von Inhalten im Online-Angebot und Mediathe-

**Änderungsantrag Kapitel XI.10**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 ken der öffentlich-rechtlichen ist nicht mehr zeitgemäß und soll entfallen.

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 108*  
*Ortsverein Isernhagen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.10**

(Zeile 2157) Im 1. Absatz soll der letzte Satz gestrichen und durch folgenden ersetzt werden: „Die Verlage werden aufgefordert ihre Produkte marktgerecht zu bepreisen, damit der Vertrieb gewährleistet bleibt.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.10**

Ablehnung

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 110*  
*Kreisverband Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.10**

Zeile 2180- 2183 Streichung kompletter Satz: „Die duale Medienordnung...“

**Änderungsantrag Kapitel XI.10**

Ablehnung

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 111*  
*Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.10.**

Ziffer 2180 nach (Rundfunk.) soll der Folgesatz wie folgt abgeändert werden: „Die duale Medienordnung kann nur Bestand haben, wenn die öffentlich-rechtlichen Anstalten so geführt und finanziert sind, dass sie ihre Aufgaben wahrnehmen können und qualitativ hochwertige Angebote entwickeln.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.10.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 112*  
*09/13 Adlershof (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.11**

Z. 2199-2203: Ersetzen durch "Wir unterstützen die Bemühungen des EU-Parlaments, ein modernes, zukunftsfähiges und einheitliches Urheberrecht in Europa zu schaffen. Für einen echten digitalen Binnenmarkt sind dabei eine stärkere Harmonisierung im Bereich urheberrechtlicher Ausnahme- und Schrankenregelungen sowie ein Abbau nationaler Begrenzungen („Geoblocking“) entscheidend."

**Änderungsantrag Kapitel XI.11**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 113**

02/13 Samariter-/Boxhagener Kiez (Landesverband Berlin)

	<b>Änderungsantrag Kapitel XI.11</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel XI.11</b>
	Ergänze nach Zeile 2198: Wir möchten daher auch neue Formate wie Remix, Mashups und Memes ermöglichen.	Ablehnung
5	Ersetze „EU-Kommission“ in Zeile 2199 durch:„Europäisches Parlament“	Annahme in geänderter Fassung: Zeile 2199: Ergänze "und Europäisches Parlament".
10	Ergänze nach „zu schaffen“ in Zeile 2200: Für einen echten digitalen Binnenmarkt sind dabei eine stärkere Harmonisierung im Bereich urheberrechtlicher Ausnahme- und Schrankenregelungen sowie ein Abbau nationaler Begrenzungen („Geoblocking“) entscheidend.	Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 114**

07/01 Tempelhof (Landesverband Berlin)

	<b>Änderungsantrag Kapitel XI.11</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel XI.11</b>
	S.52, Zeile 2198 einfügen: Wir setzen uns daher für ein Recht auf Remix ein und unterstützen das Recht auf Panoramafreiheit.	Ablehnung: S.52, Zeile 2198.
5	S.52, Zeile 2199 bis 2203 streichen und ersetzen durch: Wir unterstützen die Bemühungen des EU-Parlaments, ein modernes, zukunftsfähiges und einheitliches Urheberrecht in Europa zu schaffen. Der Anspruch der Urheberinnen und Urheber und der Verlegerinnen und Verleger auf eine angemessene Vergütung muss stärker berücksichtigt werden. Für einen echten digitalen Binnenmarkt sind dabei eine stärkere Harmonisierung im Bereich urheberrechtlicher Ausnahme- und Schrankenregelungen sowie ein Abbau nationaler Begrenzungen („Geoblocking“) entscheidend. Von überragender Wichtigkeit ist die Inklusion von sichtsbeschränkten Bürgern.	Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission: S.52, Zeile 2199 bis 2203.
10		
15		

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 115**

Stadtverband Witten (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

	<b>Änderungsantrag Kapitel XI.11</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel XI.11</b>
	soll in Zeile 2198 nach „...verstärkt berücksichtigen.“ folgendes eingefügt werden: „Es soll standardmäßig die Verwendung von Urheber-Lizenzen (bspw. creative common) implementiert werden in Fällen, in denen der Urheber dies nicht anders festlegt. Hierzu soll für unterschiedliche Inhaltsformen die richtige Stufe festgelegt	Ablehnung
5		

werden.“

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 116**

*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.11.**

Z 2198 Einfügen: „Um besonders Privatpersonen, Selbständige und kleine Unternehmen vor Abmahnungen zu schützen setzen wir uns daher für ein Recht auf Remix ein und unterstützen das Recht auf Panoramafreiheit“

**Änderungsantrag Kapitel XI.11.**

Ablehnung

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 117**

*07/08 Friedenau (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.11**

S.52, Zeile 2199 bis 2203 streichen und ersetzen durch:  
Wir unterstützen die Bemühungen des EU-Parlaments, ein modernes, zukunftsfähiges und einheitliches Urheberrecht in Europa zu schaffen. Für einen echten digitalen Binnenmarkt sind dabei eine stärkere Harmonisierung im Bereich urheberrechtlicher Ausnahme- und Schrankenregelungen sowie ein Abbau nationaler Begrenzungen („Geoblocking“) entscheidend. Von überragender Wichtigkeit ist die Barrierefreiheit.

**Änderungsantrag Kapitel XI.11**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 118**

*02/02 Kreuzberg 61 (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.11.**

Zeilen 2190 („Das geistige Eigentum ist der Rohstoff...“) bis 2202 („...später berücksichtigt werden“) wie folgt ersetzt:

**Änderungsantrag Kapitel XI.11.**

Ablehnung

5 „Fast alles, was wir im Internet tun, ist urheberrechtlich von Bedeutung, auch wenn wir es gar nicht merken: Kopieren, wiedergeben, veröffentlichen. Deshalb ist das Urheberrecht heute so wichtig: Für die Kreativen, die Unternehmen, die Plattformen und die Nutzerinnen und Nutzer. Wir haben in der letzten Legislaturperiode viele wichtige Schritte gemacht; aber es gibt nach wie vor viel zu tun:

15 Kreative stehen im Mittelpunkt, denn sie schaffen die Inhalte. Wir werden die Situation der Urheberinnen und Urheber verbessern und einen gerechten Interessenausgleich mit den Verwertern suchen. In der Regel geben die Urheber alle Rechte an den Verlag, den Sender oder die Plattform ab, oft für die gesamte Schutzdauer, also

20 für mehr als 100 Jahre. Das neue Recht zur anderweitigen Verwertung nach zehn Jahren ist ein erster, kleiner Schritt für eine bessere Kontrolle der Urheber und Künstler über ihr Schaffen. Weitere Maßnahmen müssen folgen. Mit sozialpolitischen Maßnahmen werden wir sicherstellen, dass auch professionelle Künstlerinnen und Künstler sozial abgesichert sind.

25 Vergüten statt verbieten: Nutzer wollen Zugang zu Inhalten – und sind auch bereit, für attraktive, faire Angebote zu zahlen. Legale, leicht zugängliche Angebote entziehen der Piraterie den Boden, wie die Musikindustrie in den letzten Jahren bewiesen hat. Bibliotheken

30 müssen wir in die Lage versetzen, E-Books zur Verfügung zu stellen.

35 Unser kultureller Konsum ist Spiegel unserer Persönlichkeit. Nutzer haben deshalb ein legitimes Interesse an einem datensparsamen Zugang zu Inhalten. Vor diesem Hintergrund sind gesetzlich erlaubte Nutzungen mit pauschalen Vergütungen auszubauen – wobei Pauschalen nicht zum Sparmodell verkommen dürfen. Über Verwertungsgesellschaften können wir die faire Verteilung der Einnahmen zwischen Kreativen und Unternehmen der Kulturwirtschaft organisieren.

40 Es ist unerträglich, dass wenige Anwalts-Großkanzleien aus urheberrechtlichen Abmahnungen ein profitables Geschäftsmodell gemacht haben. In keinem anderen Land der Europäischen Union gibt es das, und dies hat dem Respekt vor der Anwaltschaft ebenso geschadet

45 wie der Achtung des Urheberrechts. Dem entziehen wir den Boden, indem wir eine für den Empfänger kostenfreie Erstabmahnung als Voraussetzung für die weitere Rechtsverfolgung gesetzlich verankern.

50 Ein Urheberrecht für das 21. Jahrhundert haben wir noch nicht: Die geltende Ordnung beruht auf der exklusiven Kontrolle von Vervielfältigung und Verbreitung der Inhalte. Das funktioniert heute nicht mehr, wo jede und jeder von uns über weltweit vernetzte Computer oder Smartphones verfügt, also über nichts anderes als

55 Vervielfältigungs- und Verbreitungsmaschinen. Plattformen kommen im geltenden Urheberrecht nicht vor, sind aber wichtige Player auf zweiseitigen Märkten der Kreativwirtschaft: Monopole müssen wir kartellrechtlich regulieren, um faire Nutzungsbedingungen für Kreative, Verwerter und Endnutzer durchzusetzen.

60 Deshalb müssen wir konkrete Schritte zu einem reformierten Urheberrechtssystem gehen, das diesen radikal geänderten Verhältnissen Rechnung trägt. Die Europäische Kommission hat Schritte hierzu in Aussicht gestellt, aber bislang noch nichts unternommen. Deutschland

65 wird im Rahmen seiner EU-Präsidentschaft im Jahr 2020 eine Initiative ergreifen, um die überfällige Arbeit an

einem grundlegend reformierten Urheberrecht zu beginnen, das den europäischen Werten von Autonomie, Zivilgesellschaft und Kultur Rechnung trägt.“

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 119**

*Ortsverein Frankfurt Oder-Süd (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.11**

Absatz 1, Z 2198 Füge nach „verstärkt berücksichtigen.“ ein: „Wir setzen uns daher für ein Recht auf Remix ein und unterstützen das Recht auf Panoramafreiheit.“

**Änderungsantrag Kapitel XI.11**

Ablehnung

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 120**

*06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.11.**

Zeile 2198 einfügen: "Wir setzen uns daher für ein Recht auf Remix ein und unterstützen das Recht auf Panoramafreiheit."

**Änderungsantrag Kapitel XI.11.**

Ablehnung

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 121**

*01/15 Gesundbrunnen (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XI.11**

In Zeile 2193 wird nach dem Satz „Wir werden die Situation der Urheberinnen und Urheber verbessern und einen gerechten Interessenausgleich mit den Verwertern suchen.“ der Satz „Dazu gehören verbindliche Schlichtungsverfahren sowie generell eine Stärkung der kollektivrechtlichen Durchsetzung angemessener Vergütung.“ eingefügt.

**Änderungsantrag Kapitel XI.11**

Ablehnung

**Antragsbereich XI.A/ Antrag 122**

*Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

**Änderungsantrag Kapitel XI.12**

Zeile 2206 hinter „Zusammenhalt“ einfügen: „und die Inklusion gerade auch von Menschen mit Behinderung oder Migrationserfahrung“

**Änderungsantrag Kapitel XI.12**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission



*Antragsbereich XI.A/ Antrag 123*  
*Ortsverein Kappeln-Land (Landesverband Schleswig-Holstein)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel XI.12</b>          Zeile 2210 - 2211: ändern in: Wir <u>setzen</u> uns für.....<u>ein</u>,....</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel XI.12</b>          Ablehnung</p>
--	--

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 124*  
*Kreisverband Görlitz (Landesverband Sachsen)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel XI.12.</b>          Zeile 2216 Ergänzung: „ Wir werden den Steuerfreibetrag bei der Ehrenamtszuschale anheben.“</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel XI.12.</b>          Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
---	--

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 125*  
*Ortsverein Oberland Thür. (Landesverband Thüringen)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel XI.12</b>          Ergänzungen in: Zeile 2208 -...Sport ist aber auch eine Brücke für die Integration von Geflüchteten. Er verbindet Generationen und bietet Platz für Inklusion im Vereinsleben.</p> <p>5</p> <p>Ergänzungen in Zeile 2213 - ...Auch eine steuerliche Besserstellung von, im Ehrenamt agierenden, Bürger*innen soll diskutiert werden. Unsere Gesellschaft braucht dieses Engagement.</p> <p>10</p> <p>Ergänzungen in Zeile 2228 - ...Die SPD setzt sich für einen dauerhaften Ausschluss von nachweislich gedopten Sportlern*innen und deren Trainer*innen bei den Olympischen Spielen ein. Dies schafft Chancengleichheit für alle Sportler*innen.</p> <p>15</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel XI.12</b>          Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
---	---

*Antragsbereich XI.A/ Antrag 126*  
*Unterbezirk Lüneburg (Bezirk Hannover)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel XI. Sonstige</b>          Lohnungerechtigkeit bekämpfen, in allen Branchen und Bereich Löhne offenlegen, auch in Konzernen.</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel XI. Sonstige</b>          Ablehnung</p>
---	---

## Änderungsanträge: XII. Kapitel Es ist Zeit für ein besseres Europa - sozialer und demokratischer (XII.A)

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 1*  
*Landesverband Baden-Württemberg*

### Änderungsantrag Kapitel XII.0

Ersetze Zeilen 2272 („Wir wollen...“) bis 2276 („...Jugendarbeitslosigkeit“):

5

Dazu brauchen wir Investitionen in die grenzüberschreitenden europäischen Verkehrs- und Energienetze, in den Aufbau der modernsten Infrastruktur der Welt für schnelles Internet (europäisches Gigabit-Netz), in Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung und die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit.

10

### Änderungsantrag Kapitel XII.0

Annahme in geänderter Fassung

Streichen des Satzes "Wir wollen mehr Anreize für private Investitionen schaffen". der anschließende Satz wird wie folgt umformuliert:

Dazu brauchen wir **Zukunfts**investitionen in die grenzüberschreitenden europäischen Verkehrs- und Energienetze, in den Aufbau der modernsten Infrastruktur der Welt für schnelles Internet (europäisches Gigabit-Netz), in Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung und die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit.

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 2*  
*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*  
*Landesverband Berlin*

### Änderungsantrag Kapitel XII.0

Z. 2240-2241: Streiche den Satz "Dabei kommt Deutschland und Frankreich eine besondere gemeinsame Verantwortung für den Zusammenhalt Europas zu."

### Änderungsantrag Kapitel XII.0

Ablehnung

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 3*  
*Ortsverein Stuttgart-Ost (Landesverband Baden-Württemberg)*

### Änderungsantrag Kapitel XII.0

Füge die Kapitel „ein besseres Europa – sozialer und demokratischer“ und „mehr Frieden und Stabilität in der Welt“ zwischen die Kapitel „mehr Gerechtigkeit“ und „mehr Familie, beste Schulen und gute Pflege“ ein.

### Änderungsantrag Kapitel XII.0

Ablehnung

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 4*  
*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

### Änderungsantrag Kapitel XII.0

Z. 2259 Ersetze „ihre“ durch „faire“

### Änderungsantrag Kapitel XII.0

Annahme

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 5*  
*24/03 Freundeskreis Wien (Landesverband Berlin)*

	<b>Änderungsantrag Kapitel XII.0</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel XII.0</b>
5	Zeilen 2233 bis 2236 Änderungsantrag: Wir beantragen folgende Änderung (Streichung eines Satzteils) im Satz beginnend mit: „... Deshalb“ und endend mit „...Geschichte“. Deshalb kämpfen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für Europa – gerade jetzt, da das Einigungswerk bedroht ist wie vielleicht noch nie in seiner Geschichte.	Ablehnung
10	Zeilen 2240 bis 2242 Änderungsantrag: Wir beantragen folgende Änderung im Absatz beginnend mit: „Europa ...“ und endend mit „...Europas zu“: Die EU besteht aus vielen Mitgliedsstaaten. Unabhängig von ihrer Größe gilt: Alle sind gleichberechtigt. Dabei kommt Deutschland mit Frankreich aber eine besondere gemeinsame Verantwortung für den Zusammenhalt der EU und die Einigung Europas zu.	Annahme
15		
20	Zeilen: 2245 bis 2247 Änderungsantrag: Wir beantragen folgende Änderung des Satz beginnend mit: „In dieser Welt...“ und endend mit „...Stimme ist.“: In dieser Welt, in der Asien, Lateinamerika und Afrika wachsen, werden die Stimmen unsere Kinder und Enkel nur dann ein Gewicht haben, wenn wir die europäische Einigung mit Respekt für die Vielfalt Europas weiterentwickeln.	Ablehnung
25		
	Zeilen: 2249 bis 2250 Änderungsantrag: Wir beantragen folgende Änderung des Satz beginnend mit: „Das europäische...“ und endend mit „...Sicherheit.“	Annahme in geänderter Fassung:
30	Das europäische Gesellschaftsmodell beruht auf der Aufklärung und verbindet Freiheit und Verantwortung, wirtschaftlichen Erfolg und soziale Sicherheit.	"Das europäische Gesellschaftsmodell beruht <u>auf den Werten</u> der Aufklärung und verbindet..."

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 6*  
*02/02 Kreuzberg 61 (Landesverband Berlin)*

	<b>Änderungsantrag Kapitel XII.0.</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel XII.0.</b>
	Zeile 2230 Streichen: „einzigartiger“	Ablehnung
5	Zeile 2231-2232 Streiche: „Auch wenn manches zu verbessern ist, eines stimmt auf jeden Fall: In keiner (...“; setze dafür ein „In wenigen Regionen auf der Welt“	Ablehnung
	Zeile 2236 Nach „nie in seiner Geschichte.“: Streiche: „Wir wollen ein europäisches Deutschland, kein deut-	Ablehnung

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- |    |   |           |
|----|---|-----------|
| 10 | sches Europa!“ und ersetze durch „Im historischen Kontext kommt Deutschland mit Frankreich eine besondere gemeinsame Verantwortung für den Zusammenhalt Europas zu. Diese Verantwortung wollen wir im Dialog mit allen Mitgliedstaaten dafür einsetzen, Europa wieder zukunftsfähiger zu machen.“ |           |
| 15 | Zeile 2241 Streiche „Dabei“. Setze ein: „Wir wollen kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland.“   | Ablehnung |
| 20 | Zeile 2245 Nach „In dieser Welt, in der“ streiche „Asien, Lateinamerika und Afrika wachsen“ und setze ein „Staaten wie China und Indien dabei sind, sich wirtschaftlich und politisch als mächtige Global Players zu etablieren, haben kleinere Länder nur im Verbund                             | Ablehnung |
| 25 | eine Chance, auf internationalem Niveau als glaubwürdiger und starker Partner wahrgenommen zu werden.“  |           |
| 30 | Zeile 2248 Streiche „nicht mehr hätten“ und ersetze durch „verlieren würden“  | Ablehnung |
| 30 | Zeile 2256 Streiche „einen mutigen Aufbruch für“.   | Ablehnung |

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 8**

*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord / Ortsverein Hohen Neuendorf / Ortsverein Bernau (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.0**

Absatz 4, Zeile 2260: Nach "den Menschen Sicherheit gibt." Füge ein: "Ein Europa, in dem Demokratie gelebt wird und das Europäische Parlament ein Initiativrecht hat."

**Änderungsantrag Kapitel XII.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 9**

*Unterbezirk Krefeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.0**

Z. 2257 Einfügen hinter „in den Blick nimmt.“: „Ein Europa, in dem soziale und ökonomische Menschenrechte mindestens gleichrangig mit wirtschaftlichen Freiheiten sind.“

**Änderungsantrag Kapitel XII.0**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 10*  
*Ortsverein Potsdam-Süd (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.0.**

Streiche in den Zeilen 2245-2246: „in der Asien, Lateinamerika und Afrika wachsen“

**Änderungsantrag Kapitel XII.0.**

Ablehnung

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 12*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel XII.1**

In Zeile 2272 werden die Worte „...Anreize für private... gestrichen

**Änderungsantrag Kapitel XII.1**

Erledigt durch Annahme des Antrags XII.A1

Annahme in geänderter Fassung:

5 In Zeile 2283 – 2284 wird der Satz „...aber ausreichende... – bis geben“ ersetzt durch: „...aber ausreichende Freiräume für langfristig wirkende Reformen, nachhaltiges Wachstum und gute Arbeit geben.“

"... aber ausreichende Freiräume für langfristig wirkende Reformen und nachhaltiges Wachstum [...] geben."

Annahme in geänderter Fassung:

10 In Zeile 2285 wird der Satz „Die im Stabilitätspakt... – bis – gegensteuern zu können“ ersetzt durch: „Die im Stabilitäts- und Wachstumspakt angelegte Flexibilität muss dazu genutzt werden, dass Mitgliedsstaaten in guten Zeiten solide Haushalten, um in Krisen und einer antizyklischen Politik erfolgreich gegensteuern zu können.“

„Die im Stabilitäts- und Wachstumspakt angelegte Flexibilität muss dazu genutzt werden, dass Mitgliedsstaaten in guten Zeiten solide Haushalten, um in Krisen **mit** einer antizyklischen Politik erfolgreich gegensteuern zu können.“

15 In Zeile 2290 und Zeile 2291 wird der Satz „Wir wollen den europäischen... Erasmus+ ausbauen“ ersetzt durch: „Wir wollen den europäischen Freiwilligendienst und das größte Austauschprogramm der EU, Erasmus+, langfristig finanziell ausbauen. Für Erasmus+ streben wir eine Erhöhung um mindestens 40 Prozent ab dem Jahr 2020 an, um das Nachfolgeprogramm auf dem Niveau mindestens von 2020 zu halten.“

Überweisung an SPD-Abgeordnete im EP

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 13*  
*Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten*

**Änderungsantrag Kapitel XII.1**

5 S. 54, Z. 2272 Streiche von “Wir” bis “vor allem die” und ersetze durch: „Deshalb brauchen wir eine Abkehr von der europäischen Austeritätspolitik und ein breit angelegtes Investitionsprogramm. Dieses soll vor allem Investitionen in die grenzüberschreitende ... umfassen.“

**Änderungsantrag Kapitel XII.1**

Annahme in geänderter Fassung:

„Deshalb brauchen wir [...] ein breit angelegtes europäisches Investitionsprogramm. [...]“

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 14*  
*24/03 Freundeskreis Wien (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.1**

Zeilen 2272 bis 2276: Wir beantragen folgende Änderung des Satz beginnend mit: „Wir wollen...“ und endend mit „...Jugendarbeitslosigkeit.“: Wir wollen mehr Möglichkeiten für öffentliche Investitionen schaffen.

- 5 Das umfasst vor allem die Investitionen in die grenzüberschreitenden europäischen Verkehrs- und Energienetze, in den Aufbau der modernsten Infrastruktur der Welt für schnelles Internet (europäisches Gigabit-Netz), in Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung
- 10 und die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit.

**Änderungsantrag Kapitel XII.1**

Erledigt durch Annahme des Antrags XII.A1

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 15*  
*Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.1**

Zeile 2272 In dem Satz: ‚Wir wollen mehr Anreize für private Investitionen schaffen.‘ wird das Wort ‚privat‘ durch „öffentlich“ ersetzt.

**Änderungsantrag Kapitel XII.1**

Erledigt durch Annahme des Antrags XII A1

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 16*  
*06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.1.**

Z. 2262ff ersetze: „Wir wollen mehr Anreize für private Investitionen schaffen.“ durch: „Wir wollen mehr Anreize für private Investitionen schaffen und in die öffentliche Infrastruktur, Gemeingüter, in Bildung und die Verbesserung des allgemeinen Wohlstandsniveaus investieren, Arbeit schaffen und die Grundlage zur Lösung der ökologischen Frage legen.“

- 5

**Änderungsantrag Kapitel XII.1.**

Erledigt durch Annahme des Antrags XII.A1

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 17*  
*Ortsverein Oberland Thür. (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.1**

Ergänzungen in: Zeile 2276 – ...Dazu gehört auch, dass wir unseren europäischen Partnern, wenn nötig, bei der Modernisierung und Straffung ihrer Verwaltung helfen.

- 5 Zeile 2293 – ...Ideen, wie die des europäischen Campus in dem alle Bürger\*innen der EU kostenfrei studieren können, oder europäische Berufsbildungszentren, in dem europaweit für EU-Bürger\*innen ein Beruf erlernt

**Änderungsantrag Kapitel XII.1**

Ablehnung

Überweisung an SPD-Abgeordnete im EP

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

werden kann, sind zu fördern.

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 18**

*Ortsverein Meiendorf (Landesorganisation Hamburg)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.1.**

Z. 2279 Wir werden in der EU darauf hinwirken, dass in allen EU-Mitgliedsstaaten Innovations- und Existenzgründerzentren für junge Akademiker und Berufsanfänger errichtet werden. Weiterhin werden wir in der EU darauf drängen, dass überall eine duale Berufsausbildung eingeführt wird.

5

**Änderungsantrag Kapitel XII.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 19**

*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Änderungsantrag Kapitel XII.2**

In Zeile 2328 nach „Euro-Raum“ soll ergänzt werden: „Dies geht aber nur mit der Weiterentwicklung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes“

**Änderungsantrag Kapitel XII.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 20**

*Unterbezirk Herne (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.2**

ab Zeile 2300 ff.: Wir werden uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass verbindliche Leistungskorridore der sozialen Sicherheit für die EU-Mitgliedstaaten geschaffen werden.

**Änderungsantrag Kapitel XII.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 21**

*06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.2.**

Zeile 2318: "Arbeitnehmerverbänden". Schluss-n streichen.

**Änderungsantrag Kapitel XII.2.**

Annahme

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 22**

*Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.2**

Zeile 2310: nach „...geahndet werden können“ einfügen: „Die Mitgliedsstaaten und Gesellschaften der EU müssen mehr Solidarität miteinander wagen. Am Ende pro-

**Änderungsantrag Kapitel XII.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 fitieren wir alle voneinander. Zur besseren, flächendeckenden Absicherung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie als Mechanismus zur Bewältigung ökonomischer Krisen wollen wir uns für eine EU-weite Arbeitslosenversicherung einsetzen, die die nationalen Sicherungssysteme ergänzt und soziale Einbußen in den  
10 von Krisen betroffenen Ländern abfedert.“

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 23**

*Unterbezirk Krefeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.2**

Z.2302 einfügen hinter „Fortschrittsprotokoll“: „verantwort im europäischen Primärrecht“

**Änderungsantrag Kapitel XII.2**

Annahme

5 Z. 2302 einfügen hinter „soziale Rechte“: „mindestens“

Ablehnung

10 Z. 2321 einfügen: „Freihandel muss die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht in Frage stellen sondern kann eine Chance sein, diese über die europäischen Grenzen hinaus zu schützen und zu verbessern. Daher müssen zukünftige Freihandelsabkommen Regeln zum Schutz von Arbeitnehmern enthalten. Bei Verstößen muss es effektive Streitbeilegungsmechanismen geben, die die Durchsetzung der garantierten Rechte sicherstellen.“

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

15 Z. 2321 einfügen: „Zudem sprechen wir uns gegen Sparmaßnahmen aus, die die sozialen und ökonomischen Menschenrechte gefährden. Arbeitnehmerrechte und hohe Sozialstandards sind nicht die Gründe für  
20 Finanzkrisen, sondern können im Gegenteil Produktivität und Innovation begünstigen. Daher lehnen wir die derzeitige Austeritätspolitik, die mit einem hohen Maß an Arbeitsmarktderegulierung und sozialen Kürzungen einhergeht, entschieden ab.“

Annahme in geänderter Fassung:

„Starke Arbeitnehmerrechte und hohe Sozialstandards sind kein wirtschaftliches Hemmnis, sondern können im Gegenteil Produktivität und Innovation begünstigen.“

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 24**

*Landesverband Baden-Württemberg*

**Änderungsantrag Kapitel XII.3**

5 Füge ein in Zeile 2344: Voraussetzung hierfür ist eine echte Entschuldungsmöglichkeit für EU-Mitgliedstaaten, ein Ende der Austeritätspolitik und ein Mechanismus, der wirtschaftliche Ungleichgewichte ausgleicht.

**Änderungsantrag Kapitel XII.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission



*Antragsbereich XII.A/ Antrag 25*  
*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel XII.3**

Z. 2324-2325: "Exzessive Ungleichgewichte wollen wir überwinden." Ergänzen durch: "Auch die deutsche Außenhandelsbilanz muss ausgeglichen werden, da der Exportüberschuss die Stabilität im Euroraum gefährdet."

5

**Änderungsantrag Kapitel XII.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 26*  
*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.3**

Zeile 2.349 vor 2.350 ergänzen: Zur Verbesserung der ökologischen Standards und zur Schaffung angeglicher Lebensverhältnisse in Europa sollen ökologische Ausgleichsmaßnahme länderübergreifend organisiert und finanziert werden können. Dies kann ein wichtiger Beitrag zur Steigerung der Effizienz und Akzeptanz ökologischer Ausgleichsmaßnahmen sein. Zugleich übernimmt Europa mit supranationalen Maßnahmen eine Vorbildfunktion in der Klimapolitik ein.

5

10

Füge in Zeile 2444:nach „übertragen.“ ein „Die Europäische Kommission soll zukünftig vom Europaparlament gewählt und kontrolliert werden. In einer zweiten Kammer - analog zum Deutschen Bundesrat -, die aus den Regierungen der Mitgliedsstaaten besteht, sollen zukünftig die nationalen Interessen vertreten sein. Wir werden die unterschiedlichen staatlichen Hilfeleistungen bündeln, um sie gezielt in den Quartieren zur Armutsbekämpfung einsetzen zu können.

15

**Änderungsantrag Kapitel XII.3**

Überweisung an SPD-Abgeordnete im EP

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission sowie SPD-Grundsatzprogramm

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 27*  
*24/03 Freundeskreis Wien (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.3**

Zeilen 2353 bis 2354 Änderungsantrag: Wir beantragen folgende Änderung des Satz beginnend mit: „Wir wollen...“ und endend mit „...erwirtschaften.“

5

Wir wollen die Möglichkeiten von Unternehmen systematisch einschränken, ihre steuerpflichtigen Gewinne steuerschonend in andere Länder zu verschieben.

**Änderungsantrag Kapitel XII.3**

Annahme in geänderter Fassung: Ergänzung am Ende des bestehenden Absatzes nach "...Gewinne erwirtschaften." durch folgenden Satz:

"Wir wollen die Möglichkeiten von Unternehmen systematisch einschränken, ihre steuerpflichtigen Gewinne [...] in andere Länder zu verschieben."

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 28*  
*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Änderungsantrag Kapitel XII.3**

In Zeile 2328 nach „Euro-Raum“ soll ergänzt werden:  
 „Dies geht aber nur mit der Weiterentwicklung des  
 Stabilitäts- und Wachstumspaktes“

**Änderungsantrag Kapitel XII.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
 kommission

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 29*  
*Ortsverein Mannheim-Lindenhof (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.3**

Zeile 2322 die Teilüberschrift um folgende Formulierung  
 ergänzt werden: „...und der gemeinsamen Außenpolitik“

**Änderungsantrag Kapitel XII.3**

Ablehnung

5 Im gleichen Zuge soll im zweiten Satz des Kapitels zwi-  
 schen den fett markierten Worten „koordinierte Wirt-  
 schaftspolitik in Europa“ folgende Erweiterung erfolgen:  
 „...koordinierte Wirtschafts- und Außenpolitik in Euro-  
 pa.“

Ablehnung

10 Zeile 2354 am Ende des Kapitels folgende Formulierung  
 ergänzt werden: „Um die Wettbewerbsfähigkeit der EU  
 langfristig zu sichern, möchten wir mittelfristig einen  
 gemeinsamen EU-Außenminister einsetzen, um eine  
 gemeinsame Außenpolitik und gemeinsame Entschei-  
 15 dungsfindung in außenpolitischen Fragen zu erreichen.  
 Gerade im Hinblick auf internationale Handelsabkom-  
 men wie TTIP und CETA wird immer deutlicher, dass die  
 Einzelstaaten hier mehr und mehr an Bedeutung verlie-  
 20 ren und eine Positionierung als Gegenpol zu Russland,  
 China und den USA nur noch gemeinsam als Europäi-  
 sche Union funktionieren kann.“

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
 kommission

25 Zeile 2344 zwischen den beiden Sätzen (nach: „...eigener  
 Kraft meistern.“) folgender Satz ergänzt werden: „Vor  
 allem finanzielle Förderungen müssen zielgerichtet auf  
 die Schlüsselwirtschaften des Landes übertragen wer-  
 den.“

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
 kommission

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 30*  
*Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.3**

Zeile 2328 Hinter den Satz „Daher brauchen wir (...)“  
 Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum wird folgender  
 Satz eingefügt: „Zentrales Anliegen dieser Regierung  
 soll sein, auf ein nachhaltiges, umweltgerechtes und

**Änderungsantrag Kapitel XII.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
 kommission

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 5      faires gemeinsames Wirtschaften zu achten. Dabei ist eine inner-europäische Gerechtigkeit genauso wichtig wie eine weltweite. Unnötige und das System verzerrende Ausgaben, wie die überhöhten Subventionen für die Landwirtschaft, sollen überprüft und gegebenenfalls neu verteilt werden.“
- 10

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 31*  
*06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.3.**

Zeile 2333 Füge an: „Das Eurozonen-Parlament soll dabei volle Kontrolle über den Haushalt der Wirtschaftsregierung haben“

**Änderungsantrag Kapitel XII.3.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 5      Zeile 2346 Füge ein: „Länder, die sich an die gemeinsamen Regeln halten, sollen in Zukunft schnell und unbürokratische Hilfe durch den Währungsfonds erhalten.“

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 32*  
*Ortsverein Hannover Oststadt-Zoo (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.3**

5      Änderung in den Zeilen 2342-2344: „Wir unterstützen die wachstumsschwachen und hoch verschuldeten EU-Länder, indem wir uns als Deutschland zukünftig an dem Prinzip des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes orientieren, den rigiden Sparkurs überdenken und europäische Investitionsprogramme gerade auch für strukturschwächere Regionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen auf den Weg bringen, damit diese Länder ihre Krise letztlich aus eigener Kraft meistern können.“

**Änderungsantrag Kapitel XII.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 33*  
*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin) / Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel XII.4**

5      Z. 2381: Absatz zur Verteidigungsarmee ergänzen durch: "Eine Verteidigungsarmee muss einer demokratischen und rechtsstaatlichen Kontrolle unterliegen. Der Abbau der Demokratiedefizite in der Europäischen Union soll der Gründung einer europäischen Verteidigungsarmee vorausgehen."

**Änderungsantrag Kapitel XII.4**

Annahme in geänderter Fassung:  
 Ergänzung in Absatz 3 nach "... Gründung einer Europäischen Verteidigungsunion" des folgenden Zusatzes: "..., die einer demokratischen und rechtsstaatlichen Kontrolle unterliegen muss."

Z. 2389-2415: Die Auseinandersetzung mit der Türkei nimmt 50% des Textes im "Friedensprojekt Europa".

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

10 Dies ist eine unproportionale Auseinandersetzung mit der Türkei, es scheint als seien die EU-Türkei Beziehungen für den Frieden in Europa maßgeblich verantwortlich. Kürzen oder Rest verlängern.

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 34*  
*06/10 Dahlem (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.4.**

Zeile 2360 als ersten Satz: **Wir wollen im Geiste Willy Brandts helfen, in Europa die Tradition der Entspannung und des Gewaltverzichts sowie Abrüstung wieder zur Grundlage ihrer gesamteuropäischen Sicherheitspolitik zu machen. Deshalb machen wir** eine präventive, umfassende Friedens- und Entwicklungspolitik zum strategischen Schwerpunkt der europäischen Politik...

5

**Änderungsantrag Kapitel XII.4.**

Erledigt durch Annahme XII.A39

2372 ergänzen: „...große Chance, durch mehr Zusammenarbeit auch bei den Verteidigungsausgaben ...kostengünstiger zu werden **und Rüstungsausgaben zu senken.**

10

Erledigt durch Annahme XII.A39

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 35*  
*Ortsverein Stuttgart-Ost (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.4**

Streiche auf S. 57 den Absatz ab Zeile 2412 bis 2415: „Es ist jetzt an der türkischen Regierung zu entscheiden, welchen Weg sie gehen will. Klar ist: Sollte die Türkei die Todesstrafe einführen, entscheidet sie sich offen gegen die Mitgliedschaft in der Europäischen Union! Dann müssen die Beitrittsverhandlungen beendet werden. Wahlkampf und eine Abstimmung über die Einführung der Todesstrafe in der Türkei wird es auf deutschem Boden nicht geben.“

5

**Änderungsantrag Kapitel XII.4**

Ablehnung

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 37*  
*Ortsverein Kappeln-Land (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.4**

Zeile 2401 - 2402: ändern in: Die SPD wird sich, auch gegenüber anderen Mitgliedstaaten...

5 Zeile 2415: bitte ändern in: Jegliche Wahlkämpfe ausländischer Staaten wird es in Deutschland nicht mehr geben.! Wahl- oder Abstimmungsbeteiligung ausländi-

**Änderungsantrag Kapitel XII.4**

Ablehnung

Ablehnung

scher Mitbewohner in deren zuständigen Konsulaten oder Botschaften bleiben weiterhin gestattet.

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 38**  
*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.4**

Z. 2407 Ergänze nach Satzende: „Flüchtlinge in der Türkei müssen menschenwürdig untergebracht und versorgt werden.“

**Änderungsantrag Kapitel XII.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 39**  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel XII.4**

In Zeile 2360 wird dem Satz „Wir machen eine...“ folgender Absatz vorangestellt

**Änderungsantrag Kapitel XII.4**

Annahme in geänderter Fassung: Ergänzung am Ende des 2. Absatzes nach "... Aufbau eines europäischen Friedenskörps." der folgenden Passage:

5 Wir wollen im Geiste Willy Brandts helfen, in Europa die Tradition der Entspannung und des Gewaltverzichts sowie Abrüstung wieder zur Grundlage ihrer gesamteuropäischen Sicherheitspolitik zu machen. Deshalb machen wir eine präventive, umfassende Friedens- und  
 10 Entwicklungspolitik zum strategischen Schwerpunkt der europäischen Politik...

Auch wollen wir im Geiste Willy Brandts **darauf hinwirken**, dass in Europa die Tradition der Entspannung, des Gewaltverzichts sowie **der** Abrüstung [...] Grundlage **einer erneuerten** gesamteuropäischen Sicherheitspolitik sind."

15 In Zeile 2369 wird der Satz ergänzt durch: „...“, dies soll aber nicht aus dem Budget von Erasmus+ mitfinanziert werden.“

Überweisung an SPD-Abgeordnete im EP

In Zeile 2375 werden nach „...kostengünstiger zu werden“ die Worte „...und Rüstungsausgaben zu senken.“ angefügt

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 40**  
*24/03 Freundeskreis Wien (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.4**

5 Zeilen 2358 bis 2359 Wir beantragen folgende Änderung des Satz beginnend mit: „Deutsche...“ und endend mit „...gehen.“: Deutsche Außenpolitik muss im Einklang mit dem Friedensprojekt der europäischen Einigung und in Abstimmung mit der Außenpolitik der EU erfolgen.

**Änderungsantrag Kapitel XII.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

10 Zeilen 2360 bis 2369 Wir beantragen folgende Änderung des Satz beginnend mit: „Wir machen...“ und endend mit „...Friedenskorps: Wir machen eine präventive, umfassende Friedens- und Entwicklungspolitik zum strategischen Schwerpunkt der europäischen Politik. Auch muss die Außenpolitik der EU enger mit innenpolitischen Themen verzahnt werden, etwa bei Fragen der  
15 Flüchtlings- und Migrationspolitik, der Cyber-Sicherheit, der Handels-, Energie- und Klimapolitik. Zugleich muss die Außenpolitik der EU auf die Stärkung des Völkerrechts und die Wahrung der Menschenrechte, starke internationale Institutionen und auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Zivile Maßnahmen und Mittel der Gewaltprävention und Konfliktbewältigung haben für uns stets Vorrang. Wir wollen daher besonders die zivile Dimension der Außen- und Sicherheitspolitik der EU aufwerten, etwa auch durch  
20 den Aufbau eines europäischen zivilen Friedenskorps.  
25

Annahme

30 Zeilen 2375 bis 2376 Wir beantragen folgende Änderung des Satz beginnend mit: „Gemeinsam mit...“ und endend mit „...verständigen.“: Gemeinsam mit den EU-Mitgliedern, die unsere Ziele bereits heute teilen, wollen wir uns über die Gründung einer europäischen Verteidigungsunion verständigen. Dabei sollen auch die Interessen von EU-Staaten berücksichtigt werden, die neutral und / oder nicht Mitglieder der NATO sind.  
35

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

40 Zeilen 2379 bis 2382 Wir beantragen folgende Änderung des Satz beginnend mit: „Ein solcher...“ und endend mit „...unverzichtbar.“: Ein solcher Zusammenschluss versteht sich als ergänzende Anstrengung zur NATO, nicht als deren Konkurrenz. Die NATO hat historische Verdienste um die Sicherheit in Europa und ist als tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft unverzichtbar. Als Antwort auf die aktuellen Herausforderungen für Frieden und Sicherheit in Europa kann die  
45 NATO aber nicht jene neuen Impulse setzen, die für eine Fortentwicklung des europäischen Einigungsprozesses notwendig sind.

Ablehnung

#### **Antragsbereich XII.A/ Antrag 41**

*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

#### **Änderungsantrag Kapitel XII.4**

Ab Zeile 2399 ("Gleichzeitig sind ...") bis 2401 ("... Interesses Europas.") wird ersetzt: "Wir werden uns in der EU dafür einsetzen, dass die Beitrittsverhandlungen mit

#### **Änderungsantrag Kapitel XII.4**

Ablehnung

5 der Türkei und gleichzeitig die sogenannte Heranführungshilfe, also die finanzielle Unterstützung der EU für die Türkei im Hinblick auf Reformen, beendet werden."

10 Ab Z. 2401 bleibt Satz: " Die SPD wird deshalb ... Gesprächsformate zu eröffnen." jedoch wird gestrichen: "zum Beispiel ... der Zollunion." Annahme

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 42**

*Ortsverein Leipzig-Nord / Ortsverein Leipzig-Südwest / Ortsverein Leipzig-Südost (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.4**

Der zweite Satz Zeile 2408 bis 2411 wird gestrichen. Stattdessen wird nach dem ersten Satz Zeile 2408 eingefügt: Wie setzen uns deshalb für den Austausch mit und Reiseerleichterungen für die Zivilgesellschaft ein.

**Änderungsantrag Kapitel XII.4**

Ablehnung

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 43**

*Ortsverein Mannheim-Lindenhof (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.4**

Zeile 2375 – 2376 ersatzlos streichen: „Gemeinsam mit den EU-Mitgliedern, die unsere Ziele bereits heute teilen, wollen wir uns über die Gründung einer Europäischen Verteidigungsunion verständigen.“

**Änderungsantrag Kapitel XII.4**

Ablehnung

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 44**

*Ortsverein Oberland Thür. (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.4**

Ergänzung in: Zeile 2375 – ...Dabei gilt es auch vorrangig zu definieren, was Vereidigung tatsächlich für uns als Europäer\*innen bedeutet.

**Änderungsantrag Kapitel XII.4**

Ablehnung

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 45**

*Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.4**

5 Zeile 2361 nach „Politik.“ einfügen: „Die internationale Politik der EU muss deutlich gestärkt und kohärenter gestaltet werden, ggf. auch in einem Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten. Dies schließt sowohl die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) als auch die anderen Außenbeziehungen (EU-Kommission) ein. Ein ständiger UN-Sicherheitsratssitz

**Änderungsantrag Kapitel XII.4**

Erlедigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

für die EU ist anzustreben.“

- |    |  |                                      |
|----|--|--------------------------------------|
| 10 | Zeile 2369 anfügen: „Zudem ist im Europäischen Auswärtigen Dienst eine wirksame Arbeitseinheit „Friedensförderung“ zur Entwicklung einer friedenspolitischen strategischen Antwort der EU auf Konflikte einzurichten. Darüber hinaus soll Deutschland das 2014 von | Überweisung an SPD-Abgeordnete im EP |
| 15 | neun europäischen Staaten ins Leben gerufene Europäische Friedensinstitut (European Institute of Peace) unterstützen.“   |                                      |

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 46  
Naturfreunde Deutschlands*

**Änderungsantrag Kapitel XII.4.**

Zeile 2360: als ersten Satz: **Wir wollen im Geiste Willy Brandts helfen, in Europa die Tradition der Entspannung und des Gewaltverzichts sowie Abrüstung wieder zur Grundlage ihrer gesamteuropäischen Sicherheitspolitik zu machen. Deshalb machen wir** eine präventive, umfassende Friedens- und Entwicklungspolitik zum strategischen Schwerpunkt der europäischen Politik...

**Änderungsantrag Kapitel XII.4.**

Erledigt durch Annahme des Antrag XII.A39

- 5

Zeile 2372 ergänzen: „...große Chance, durch mehr Zusammenarbeit auch bei den Verteidigungsausgaben ...kostengünstiger zu werden **und Rüstungsausgaben zu senken.**

Erledigt durch Annahme des Antrag XII.A39

- 10
- 15 nach Zeile 2465 neue Zeile und Absatz: In den letzten Jahren hat sich das Verhältnis zwischen dem Westen und der russischen Föderation dramatisch verschlechtert. Das gegenseitige Vertrauen ist zerstört. Das Denken in Feindbildern und Nullsummenlogik nimmt wieder zu. Deshalb wollen wir von den Erfahrungen mit der Entspannungspolitik lernen, die Bundeskanzler Willy Brandt 1969 – nur ein Jahr nach Moskaus Intervention in der CSSR – begann. Entspannungspolitik ist keine Sympathieerklärung. Sie muss mit Gegnern, nicht mit Freunden betrieben werden, um Gewalt zu verhindern und beiderseits akzeptable Lösungen zu finden, egal ob der Gegner Breschnew oder Putin heißt. Damals wie heute erfordert die Durchsetzung einer neuen Entspannungspolitik breite Unterstützung der Öffentlichkeit. Deshalb begrüßt die SPD den von vielen VertreterInnen der Zivilgesellschaft aus USA und Europa unterstützten transatlantischen Appell „Entspannungspolitik JETZT!“, der im Sinne Willy Brandts „eine breite gesellschaftliche und parteiübergreifende Debatte über Entspannungs-
- 20
- 25
- 30

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission



politik“ fordert.

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 47**

*Ortsverein Kappeln-Land (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.5**

Zeile 2429: bitte streichen: ...mit Großbritannien ... Neu:  
Bei Austrittsverhandlungen gibt es kein "Europa a la  
carte". Natürlich ist eine enge Partnerschaft mit dem  
austrtretenden Staat .....

**Änderungsantrag Kapitel XII.5**

Ablehnung

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 48**

*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel XII.5**

Die Zeile 1950 ab „...Wir wollen auch für Kinder...“ –  
Zeile 1952 „...Eltern das Kind betreuen“ sollen in Kapitel  
„Es ist Zeit für einen starken Sozialstaat“ auf Seite 24 an  
Zeile 920 angefügt werden

**Änderungsantrag Kapitel XII.5**

Ablehnung

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 49**

*Kreisverband Esslingen (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.5**

Zeile 2441: Einfügen: Hierfür bedarf es der Stärkung des  
EU-Parlamentes durch die Einführung eines neuen  
Wahlrechts mit Sperrklauseln, Wahlkreisen und als  
Wahlssystem die personalisierte Verhältniswahl.

5

**Änderungsantrag Kapitel XII.5**

Annahme in geänderter Fassung: "Um die Handlungs-  
fähigkeit des Europäischen Parlamentes sicherzustellen  
und mehr demokratische Teilhabe zu ermöglichen,  
unterstützen wir ein einheitliches europäisches Wahl-  
recht, das auch Sperrklauseln vorsehen sollte."

Zeile 2444: Einfügen nach "übertragen": Wir fordern  
insbesondere die Verkleinerung der Kommission auf  
eine aufgabengerechte Größe.

10

Annahme in geänderter Fassung: Die EU-Kommission  
muss reformiert werden. Dazu gehört, der Kommission  
eine solche Struktur zu geben, dass sie handlungsfähig  
und entscheidungsorientiert arbeiten kann.

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 51**

*Ortsverein Mannheim-Lindenhof (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.5**

Zeile 2422 – 2423 vorletzte Satz gestrichen und durch  
den folgenden ersetzt werden: „In einem vorüberge-  
henden "Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten"  
sollen Gruppen von Mitgliedstaaten bei gemeinsamen  
Projekten vorangehen können, um bei der Neugestal-  
tung der alten Verträge und Strukturen einen Anfang zu  
machen.“

5

**Änderungsantrag Kapitel XII.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
kommission

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 52*  
*Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

**Änderungsantrag Kapitel XII.6**

Zeile 2438 einfügen am Ende: „So werden wir uns z. B. für einen europäischen Schwerbehindertenausweis einsetzen.“

**Änderungsantrag Kapitel XII.6**

Überweisung an SPD-Abgeordnete im EP

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 53*  
*Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten*

**Änderungsantrag Kapitel XII.6**

S. 58, Z. 2452 Ändere wie folgt: „Eine erneuerte Europäische Union bedarf einer Überarbeitung des Lissaboner Vertrages. Ziel ist eine europäische Verfassung, die sicherstellt, dass wirtschaftliche Integration mit sozialem Fortschritt und mehr Demokratie verbunden wird. Um eine solche Verfassung zu verwirklichen, wird eine SPD-geführte Bundesregierung auf die Einberufung eines Europäischen Konvents spätestens im Jahr der Europawahl 2019 drängen.“

**Änderungsantrag Kapitel XII.6**

Überweisung an Europapolitische Kommission des SPD-Parteivorstandes

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 54*  
*Ortsverein Mainz-Altstadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.6**

Zeile 2453 „... des Lissaboner Vertrages.. Deshalb setzt sich die SPD für eine europäische verfassungsgebende Versammlung ein, die eine „Verfassung für Europa“ entwirft, in der Europa nach den demokratischen Prinzipien der Gewaltenteilung verfasst und sozial und demokratisch ausgestaltet wird.“

**Änderungsantrag Kapitel XII.6**

Überweisung an Europapolitische Kommission des SPD-Parteivorstandes

*Antragsbereich XII.A/ Antrag 55*  
*Ortsverein Mannheim-Lindenhof (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.6**

Zeile 2441 – 2443 im zweiten Satz des Absatzes die folgenden Worte ersatzlos gestrichen werden: „... das Recht zur Wahl der einzelnen Kommissionsmitglieder...“

**Änderungsantrag Kapitel XII.6**

Ablehnung

5 Zeile 2451 der folgende Satz ergänzt werden: „Ebenso wie das Parlament, soll künftig auch die Europäische Kommission direkt von den Unionsbürgern gewählt werden, um den Bürgern die Kontrolle über das Organ zu geben, welches die Ausrichtung der EU maßgeblich

Ablehnung

10 bestimmt.“

nach dem Vorletzten Absatz folgender Satz ergänzt werden: „Entscheidungen sollen künftig transparenter getroffen werden, da im Status Quo vor allem das Fehlen von Informationen und der zu große Raum für Lobbyisten zu einem Gefühl des Kontrollverlustes bei den Bürgern führen.“

15

20

nach dem Vorletzten Absatz folgende zwei Sätze ergänzt werden: „Die EU muss sich wieder auf das wesentliche konzentrieren. Detaillierte Regelungen von Kleinigkeiten, wie die einstige „Gurkenverordnung“, werden von den Bürgern als sehr sensible Eingriffe wahrgenommen und sollen künftig genau auf ihre Notwendigkeit geprüft werden.“

25

30

nach dem Vorletzten Absatz folgende zwei Sätze ergänzt werden: „Wir setzen uns für einen Bürokratieabbau innerhalb der Europäischen Institutionen ein. Das Parlament soll künftig nur noch in Brüssel tagen!“

35

nach dem Vorletzten Absatz folgende zwei Sätze ergänzt werden: „EU-Fördergelder sollen künftig zielgerichtet, bedarfsgerecht und lückenlos nachvollziehbar eingesetzt werden. Die Verschwendung von Steuergeldern, durch am Bedarf vorbei geförderten Projekte, soll künftig vermieden werden.“

40

nach dem Vorletzten Absatz folgende zwei Sätze ergänzt werden: „Die Maastricht-Kriterien, sollen künftig wieder strenger kontrolliert und bei Verstoß konsequent sanktioniert werden. Europa kann seine Stabilität nur sichern, wenn alle an einem Strang ziehen!“

45

in Zeile 2452 – 2453 ersetzt werden: „Zur Umsetzung der strukturellen Maßnahmen müssen die Verträge flexibilisiert werden, damit auch künftig kurzfristige Vertragsänderungen möglich sind.“ In diesem Zusammenhang, soll der letzte Satz des Gliederungspunktes zu Beginn um das Wort „Mittelfristiges...“ ergänzt werden.

50

Annahme in geänderter Fassung: Aufgreifen der nachfolgenden Punkte durch die Ergänzung der folgenden Passage (am Ende von Absatz 1 nach "... Verträge lassen dies ausdrücklich zu.):

"Wir wollen auch, dass sich die EU und ihre Organe auf das wirklich Wesentliche konzentrieren: Auf die Zukunftsaufgaben, die wir nur mit gemeinsamer europäischer Kraft meistern können."

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Überweisung an Europapolitische Kommission des SPD-Parteivorstandes

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 56**

*Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.6**

Zeile 2451 An den Absatz wird folgender Satz angefügt:

**Änderungsantrag Kapitel XII.6**

Erledigt durch Annahme des Antrag XII.A49

5 „Neben dem europäischen Parlament ist es zudem erforderlich, die Handlungsfähigkeit der europäischen Kommission zu verbessern. Daher setzen wir uns für eine Neuorganisation der Kommission ein, mit dem Ziel, die Anzahl der Kommissarinnen und Kommissare an den wirklichen politischen Notwendigkeiten und nicht an der Anzahl der Mitglieder der Europäischen Union zu bemessen.“

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 57**

*Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.6**

5 Zeile 2451: füge hinzu nach „...Listen gewählt worden sind“: „Damit sich die europäische Politik künftig am politischen Wettbewerb um das Gemeinwohl aller EU-Bürger orientiert, wollen wir darauf hinarbeiten, dass in Zukunft alle Abgeordneten des Europäischen Parlaments über transnationale Listen gewählt werden.“

**Änderungsantrag Kapitel XII.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 58**

*Ortsverein Leipzig-Nord / Ortsverein Leipzig-Südwest / Ortsverein Leipzig-Südost (Landesverband Sachsen)  
Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel XII.6**

5 Ab Zeile 2438 wird ergänzt: „Wir werden uns daher gegen jede Einschränkung der unabhängigen Justiz, der Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit einsetzen.“

**Änderungsantrag Kapitel XII.6**

Annahme in geänderter Fassung:

„Wir werden uns insbesondere [...] jeder Einschränkung der unabhängigen Justiz, der Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit entschieden entgegenstellen.“

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 59**

*Ortsverein Mainz-Mombach (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Änderungsantrag Kapitel XII.0**

Europa als zentrales Thema. Das Thema Europa soll im Wahlprogramm als zweites Kapitel genannt werden.

**Änderungsantrag Kapitel XII.0**

Ablehnung

**Antragsbereich XII.A/ Antrag 60**

*Unterbezirk Lüneburg (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel XII. Sonstige**

Voranstellen: Warum wollen wir Europa?  
- Falsche Reihenfolge in den Prioritäten:  
Platz 1 Soziale Marktwirtschaft als Leitlinie

**Änderungsantrag Kapitel XII. Sonstige**

Ablehnung

## Änderungsanträge XIII. Kapitel Es ist Zeit für mehr Frieden und Stabilität in der Welt

Antragsbereich XIII.A/ **Antrag 1**  
 06/10 Dahlem (Landesverband Berlin)  
 Bezirk Hessen-Süd

**Änderungsantrag Kapitel XIII.0.**  
 nach 2465 neue Zeile und Absatz:

5 In den letzten Jahren hat sich das Verhältnis zwischen dem Westen und der russischen Föderation dramatisch verschlechtert. Das gegenseitige Vertrauen ist zerstört. Das Denken in Feindbildern und Nullsummenlogik nimmt wieder zu. Deshalb wollen wir von den Erfahrungen mit der Entspannungspolitik lernen, die Bundeskanzler Willy Brandt ab 1969 – nur ein Jahr nach Moskau Intervention in der CSSR – begann. Entspannungspolitik ist keine Sympathieerklärung. Sie muss mit Gegnern, nicht mit Freunden betrieben werden, um Gewalt zu verhindern und beiderseits akzeptable Lösungen zu finden, egal ob der Gegner Breschnew oder Putin heißt.

10 Damals wie heute erfordert die Durchsetzung einer neuen Entspannungspolitik breite Unterstützung der Öffentlichkeit. Deshalb begrüsst die SPD den von vielen VertreterInnen der Zivilgesellschaft aus USA und Europa unterstützten transatlantischen Appell „Entspannungspolitik JETZT!“, der im Sinne Willy Brandts „eine breite gesellschaftliche und parteiübergreifende Debatte über Entspannungspolitik“ fordert.

15

20

**Änderungsantrag Kapitel XIII.0.**  
 Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Antragsbereich XIII.A/ **Antrag 4**  
 Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen

**Änderungsantrag Kapitel XIII.0**  
 In der Zeile 2456 wird nach „verpflichtet.“ eingefügt:  
 „Wir werden stets und unbedingt Völkerrecht, humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte achten. Dies gilt insbesondere bei unseren internationalen Interventionen und im Außenhandel, vor allem auch im Waffenhandel.“

5

**Änderungsantrag Kapitel XIII.0**  
 Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 5*

*Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

	<b>Änderungsantrag Kapitel XIII.</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel XIII.0</b>
	Zeile 2456: Änderung „Außenpolitik“ in „auswärtige Politik“	Ablehnung
5	Zeile 2463: Ergänzung hinter „... sozialdemokratische Außen-, Entwicklungs- ...	Annahme
10	Zeile 2465, Ersetzen des Textes „und die Bereitschaft, den ... mit Risiken behaftet ist.“ durch „und die Bereitschaft, große Probleme beherzt anzupacken und auch die praktisch möglichen kleinen Schritte zu gehen.“	Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission
	Zeile 2466, Ergänzung hinter „... behaftet ist.“: Hierbei ist für uns ein menschenrechtbasierter Ansatz handlungsleitend.	Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 6*

*Forum Eine Welt*

<b>Änderungsantrag Kapitel XIII.0</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel XIII.0</b>
Zeile 2462: Internationale Politik (statt Außenpolitik)	Ablehnung

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 7*

*06/10 Dahlem (Landesverband Berlin)*

	<b>Änderungsantrag Kapitel XIII.1</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel XIII.1</b>
	Nach Zeile 2481 und vor Zeile 2482 sowie in Ergänzung zu Zeilen 2490/2491	Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission
5	Zu den zivilen Krisen- und Konfliktpräventionsinstrumenten gehören Arbeitnehmervertretungen in Betrieben und Gewerkschaften. Erst die Einübung von Bekämpfung von Krisen und Konflikten in Betrieben schult die politische Handlungsfähigkeit. Das muss auch durch Direktinvestitionen deutscher Unternehmen und Projekten der Entwicklungszusammenarbeit nachhaltig unterstützt werden. Eine aktive Arbeitnehmerbeteiligung und –mitwirkung führt direkt zu einer nachhaltigen Krisen – und Konfliktnachsorge.	
10		

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 8*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.1**

In Zeilen 2503 – 2506 wird der Satz „Mehr deutsche Schulen..... – bis – und Verständigung“ ersetzt durch:  
 „Mehr Deutsche Auslandsschulen, die Stärkung der ...[...], die Ausweitung der Arbeit des Goethe-Institutes und weiterer Mittlerorganisationen und Institutionen sind ein wichtiger Beitrag für Frieden und Verständigung.“

5

**Änderungsantrag Kapitel XIII.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 9*  
*08/01 Rixdorf (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.1.**

Nach Zeile 2508 wird eingefügt: „Wesentliche Triebfeder für mehr Frieden und Sicherheit in der Welt ist eine gerechte Handelspolitik, die wirtschaftliche Entwicklung für alle Partner ermöglicht. Dazu wollen wir uns am Grundsatz des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts im Stabilitätsgesetz orientieren.“

5

**Änderungsantrag Kapitel XIII.1.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 10*  
*24/03 Freundeskreis Wien/(Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.1**

Zeilen 2497 bis 2500 Wir beantragen folgende Änderung des Absatzes:

5

Wir setzen uns für die Stärkung des Völkerrechts ein und engagieren uns für eine konsequente Anwendung des Mandats des Internationalen Strafgerichtshofs, um die Straflosigkeit bei Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu beenden.

**Änderungsantrag Kapitel XIII.1**

Annahme in geänderter Fassung: S65 Z43: Satz "Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung des Völkerrechts ein." Ersetzen durch:

"Wir setzen uns für die Stärkung des Völkerrechts und des Internationalen Strafgerichtshofs ein, um die Straflosigkeit bei Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu beenden."

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 11*  
*Ortsverein Hagen-Mittelstadt/Oberhagen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.1**

Zeile 2482 (nach...“erheblich auszubauen“) ergänzen: Aber auch Wissenschaft und Forschung leisten wesentliche Beiträge zur Friedenssicherung. Es ist daher unerlässlich, die Friedens- und Konfliktforschung auszuweiten und ihre Ergebnisse noch stärker in die Arbeit der Bundesregierung auf allen Ebenen einfließen zu lassen.

5

**Änderungsantrag Kapitel XIII.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 12*  
*Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)*

	<b>Änderungsantrag Kapitel XIII.1</b>	
	Zeile 2488 An den Absatz wird folgender Satz angefügt:	<b>Änderungsantrag Kapitel XIII.1</b>
	„Insbesondere die Vereinten Nationen sowie deren	Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-
	Unterorganisationen, wie das UNHCR oder das WFP,	kommission
5	sind der Garant für das Überleben von Millionen von	
	Menschen. Im Sinne einer gerechten Menschenpolitik	
	und im Hinblick auf die Bekämpfung von Terrorismus	
	und Flüchtlingsursachen, werden wir die Beiträge der	
	Bundesrepublik für diese Organisationen erhöhen und	
	uns für die Schaffung langfristig absichernder Finanz-	
10	strukturen im erforderlichen Umfang einsetzen.“	

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 13*  
*Ortsverein Hannover Oststadt-Zoo (Bezirk Hannover)*

	<b>Änderungsantrag Kapitel XIII.1</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel XIII.1</b>
	Es möge eingefügt werden zwischen Zeile 2501 und	Ablehnung
	2502: „Der Weltfriedenstag bzw. Antikriegstag, der	
	jedes Jahr am 1. September begangen wird, wird zum	
	gesetzlichen Feiertag im Sinne des Feiertagsrechts er-	
5	klärt.“	

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 14*  
*Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

	<b>Änderungsantrag Kapitel XIII.1</b>	<b>Änderungsantrag Kapitel XIII.1</b>
	Zeile 2477, Ergänzung hinter „...hat die“: professionel-	Annahme
	len...	
	Zeile 2477, Ergänzung hinter „...Instrumente ziviler“:	Annahme
5	Konfliktbearbeitung und...	
	Zeile 2480, Ergänzung hinter „... Ziviler Friedensdienst“:	Annahme
	(ZFD)...	
10	Zeile 2482 anfügen: „Frühwarnsysteme und die so ge-	Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-
	nannte „early action“ müssen vorangebracht werden.	kommission
	Die Mittel für Friedensförderung und Konflikttransfor-	
	mation werden deutlich und nachhaltig aufgestockt.“	
15	„Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Frieden bedingen	Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-
	einander. Wir sprechen uns daher für einen grundle-	kommission
	genden Perspektivwechsel von einem sicherheitspoli-	
	tisch geprägten Denken hin zu einem friedenspoliti-	



Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 20 schen Ansatz aus. Die Gesamtheit der deutschen Außenbeziehungen auf bilateraler, europäischer und multilateraler Ebene muss an den Zielen der Förderung des Friedens und der nachhaltigen Entwicklung (Agenda 2030) ausgerichtet werden.
- 25 Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird daher – unter breiter zivilgesellschaftlicher Beteiligung – ein entsprechendes Konzept erarbeiten und jährlich einen Bericht über ihre internationale Politik der Friedensförderung vorlegen, ähnlich wie bei der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Damit haben alle Politikbereiche die Chance und Aufgabe, die friedensförderliche Bedeutung ihrer politischen Maßnahmen darzustellen.“
- 30
- 35 Zeile 2488, Ergänzung hinter „... können.“: Bei kurzfristiger humanitärer Hilfe muss stets auch die sich anschließende mittel- und langfristige strukturelle Entwicklungszusammenarbeit mitgedacht und –geplant werden. Annahme
- 40 Zeile 2492, Ersetze „Stabilisierung“ durch: Entwicklungszusammenarbeit Ablehnung
- 45 Zeile 2495, Ersetze „gezielte Stabilisierungsmaßnahmen“ durch: nachhaltige Entwicklungsmaßnahmen Ablehnung
- 50 Zeile 2501 anfügen: „Gegenüber von Genozid bedrohten Menschen und Personengruppen wird Deutschland seine Schutzverantwortung vor allem durch Prävention und zivile Maßnahmen mit mehr Nachdruck wahrnehmen, insbesondere durch intensive Absprachen mit verbündeten Staaten.“ Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 15  
Ortsverein Hannover Oststadt-Zoo (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.1**

Neues Unterkapitel "Deutschland und die europäische Nachbarschaft"

**Änderungsantrag Kapitel XIII.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 5 Die europäische Nachbarschaft ist zurzeit weitestgehend in einer Phase der konstanten Krise. Die Lage in Syrien, Afghanistan und dem Irak ist nach wie vor katastrophal und ebenso prekär ist die humanitäre Situation in vielen Teilen Afrikas. Auch die nationalen Bedingungen in der Ukraine sind noch weit von jeglicher Entspannung entfernt. Es ist im deutschen und gesamteu-
- 10

ropäischen Interesse das geostrategische Hauptaugenmerk auf die europäische Nachbarschaft zu legen. Wir werden zukünftig eindeutig unseren ökonomischen und humanitären Schwerpunkt auf Afrika und den Nahen Osten legen, um weiteren Flüchtlingsbewegungen vorzubeugen und unserer historisch gewachsen besonderen Verantwortung für diese Regionen gerecht zu werden. Wir sind überzeugt, dass wir Europäer nur dann langfristig in Frieden und Wohlstand leben können und eine starke Stimme in der Welt aufrechterhalten können, wenn unsere Nachbarn ebenfalls Frieden und Wohlstand genießen können. Der im letzten Jahr gegründete Europäische Investitionsplan für auswärtige Angelegenheiten, der Investitionen in Afrika und den Nahen Osten fördern soll, ist ein geostrategisch wichtiger Schritt in die richtige Richtung und soll in Zukunft weiter ausgebaut und verbessert werden.

*Antragsbereich XIII.A/ **Antrag 16***  
*Forum Eine Welt*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.1**

Zeile 2506: Auch die Mittel für entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland werden wir deutlich erhöhen, um Kompetenzen und das Bewusstsein von Bürgerinnen und Bürgern für eine nachhaltige und global vernetzte Welt stärker zu fördern. Der größte Teil der Mittel soll für zivilgesellschaftliche Aktivitäten in diesem Bereich bereitgestellt werden.

**Änderungsantrag Kapitel XIII.1**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ **Antrag 17***  
*060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

Z. 2536-2538: Streiche den Satz: "Die SPD [...] gegeben hat."

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

Ablehnung

Z. 2544: "vergleichbare Ländern" ändern in "demokratische Ländern, die nicht in Konflikte verwickelt sind."

*Antragsbereich XIII.A/ **Antrag 18***  
*Kreisverband Aschaffenburg Stadt / Unterbezirk Aschaffenburg (Landesverband Bayern)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2.**

Nach dem Satz in Zeile 2515 „Wir unterstützen, dass sich große Teile der internationalen Staatengemein-

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-

- |    |  |  |
|----|--|--|
| 5  | <p>schaft für die weltweite Abschaffung dieser Waffen einsetzen.“ folgenden Satz einfügen: „Deutschland beteiligt sich an den Verhandlungen zur weltweiten Ächtung aller Atomwaffen und unterstützt vorbehaltlos ein Verbot.“</p>  | <p>kommission</p> <p>Annahme in geänderter Fassung</p>   |
| 10 | <p>Nach dem Satz in Zeile 2521 „Deutschland hat sich im Zwei-plus-Vier-Vertrag und im Nichtverbreitungsvertrag (NVV) völkerrechtlich zum ausdrücklichen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen verpflichtet.“ folgenden Satz einfügen: „Deshalb wird Deutschland den Abzug der in Deutschland verbliebenen letzten amerikanischen Atomwaffen erwirken.“</p> | <p>S66 Z21: Ergänzung nach "nichtnuklearen Bereich": "Wir unterstützen daher regionale Initiativen für Zonen, die frei von Massenvernichtungswaffen sind, und setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrags die verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland und Europa abgezogen werden.</p> |
| 15 |  |  |

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 20*  
*06/10 Dahlem (Landesverband Berlin)*

- |    |  |   |
|----|--|---|
| 5  | <p><b>Änderungsantrag Kapitel XIII.2.</b><br/>         Zeile 2509 Nach „Eine neue Abrüstungsinitiative“: <u>erster Satz</u>: Abrüstung ist dringender denn je.</p>   | <p><b>Änderungsantrag Kapitel XIII.2.</b><br/>         Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p> |
| 5  | <p>2511: „drohenden“ streichen, oder ersetzen durch „<b>weiteren</b>“ (Zerfall der bestehenden Regime....)</p>   |   |
| 10 | <p>2529: nach „gleichen Medaille. Deshalb werden wir einen neuen Anlauf für Entspannung und Abrüstung unternehmen.“ : <u>neue Zeile</u>:</p>   |   |
| 15 | <p>„Einseitige Aufrüstungsprogramme, Truppenverlegungen oder Militärmanöver schaffen nicht mehr, sondern weniger Sicherheit! Deshalb fordern wir Verhandlungen zwischen Russland und seinen Nachbarn über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen.</p> |   |
| 20 | <p>Der von Bundesaußenminister Steinmeier im Herbst 2016 geforderte „Neustart der Rüstungskontrolle“ muss nachdrücklich weiter verfolgt werden.</p>  |   |
| 25 | <p>Der Ausbau von Raketenabwehrsystemen in Europa muss gestoppt werden. Raketenabwehrsysteme dürfen nicht länger von verbindlichen Begrenzungen durch Rüstungskontrolle ausgenommen werden. dann weiter</p> <p>2530: Die erreichte Übereinkunft ....</p>     |   |

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 21*  
*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**  
 Z. 2554: Streiche „Völkerrechtswidrige“

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**  
 Annahme in geänderter Fassung

5

S67 Z4: Ergänze: "Völkerrechtswidrige Tötungen durch unbemannte militärische Systeme lehnen wir kategorisch ab. **Es darf nicht sein, dass Drohnen zunehmend als eine Waffe für Tötungen eingesetzt werden, bei denen immer wieder auch Zivilisten ums Leben kommen.**"

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 22*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**  
 In Zeile 2509 wird nach „Eine neue Abrüstungsinitiative“ der Satz: „Abrüstung ist dringender denn je.“ angefügt

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**  
 Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 In Zeile 2512 wird das Wort „drohenden“ ersetzt durch „weiteren“

10 In Zeile 2515 wird nach „...Abschaffung dieser Waffen...“ angefügt: „wir werden deshalb in der Regierung an den Verhandlungen der UN zu einer Nuklearwaffenkonvention zum Verbot und der Ächtung dieser Waffen teilnehmen.“

15 In Zeile 2531 wird nach „...unternehmen.“ folgende Absätze eingefügt

20 „Einseitige Aufrüstungsprogramme, Truppenverlegungen oder Militärmanöver schaffen nicht mehr, sondern weniger Sicherheit! Deshalb fordern wir Verhandlungen zwischen Russland und seinen Nachbarn über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen.

25 Der von Bundesaußenminister Steinmeier im Herbst 2016 geforderte „Neustart der Rüstungskontrolle“ muss nachdrücklich weiter verfolgt werden.

30 Der Ausbau von Raketenabwehrsystemen in Europa muss gestoppt werden. Raketenabwehrsysteme dürfen nichtlängervon verbindlichen Begrenzungen durch Rüstungskontrolle ausgenommen werden.

In Zeile 2542 werden die Worte „wo notwendig“ gestrichen

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 23**  
*Ortsverein Görlitz (Landesverband Sachsen)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

vor der Zeile 2549 vor dem Satz „Die rasant fortschreitende Automatisierung von Waffensystemen stellt uns vor große Herausforderungen.“ folgender Text einzufügen:  
 5 „Wir setzen uns weiterhin dafür ein, die volkswirtschaftliche Bedeutung der Rüstungsindustrie in Deutschland zu verringern. Daher sind wir für die gezielte Förderung der Konversion von Rüstungsproduktion (vornehmlich Schusswaffen) zu friedlichen Gütern.“

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 24**  
*Ortsverein Eimsbüttel-Nord (Landesorganisation Hamburg)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2.**

5 Zeilen 2552 bis 2554: Ersetze den folgenden Satz: "Dies gilt insbesondere für den militärisch bedeutender werdenden Bereich der unbemannten bewaffneten Luftfahrzeuge (Drohnen)." durch den folgenden Satz: "Insbesondere lehnen wir die Bewaffnung von unbemannten Luftfahrzeugen (Drohnen) ab und machen uns stark für eine internationale Ächtung von bewaffneten Drohnen."

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2.**

Erledigt durch Annahme von XIII.A21

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 25**  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

S. 60, Zeile 2545 Streichung „vergleichbare Länder“

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

Ablehnung

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 26**  
*Stadtverband Witten (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

5 In Zeilen 2544-2546 soll der Satz „Sie wird ein grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexportes in Drittstaaten außerhalb von EU, Nato und vergleichbaren Ländern enthalten.“ gestrichen und ersetzt werden durch: „Sie wird ein grundsätzliches Prüfungsverfahren für jegliche Waffenexporte durch den Bundestag, mit der Einbin-

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

dung einer unabhängigen Expertenkommission, enthalten.“

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 27**

*24/03 Freundeskreis Wien (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

5 Zeilen 2513 bis 2519 Wir beantragen folgende Änderung des Absatzes beginnend mit dem Satz der in Zeile 2513: „Wir ...“: Wir setzen uns gemeinsam mit großen Teilen der internationalen Staatengemeinschaft für die weltweite Abschaffung dieser Waffen ein und unterstützen regionale Ansätze für Zonen frei von Massenvernichtungswaffen. Gedankenspielen zu einer atomaren Aufrüstung in Europaerteilen wir eine Absage und wollen stattdessen, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrages die verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden.

15 Zeilen 2523 bis 2525 Wir beantragen folgende Änderung des Absatzes ab dem Satz der in Zeile 2523 beginnend mit „Wir ...“: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekennen uns zur Verteidigungsfähigkeit unseres Landes und zur Vertragstreue gegenüber unseren Bündnispartnern. Dabei bleibt es.

20 Zeilen 2554 bis 2555 Wir beantragen folgende ergänzende Änderung des Satzes beginnend mit „Völkerrechtswidrige...“: Völkerrechtswidrige Tötungen durch unbemannte militärische Systeme lehnen wir kategorisch ab und setzen uns dafür ein dass, derartige Drohneneinsätze nicht von deutschem Boden gestartet, gesteuert oder geführt werden.

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 28**

*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2.**

5 Zeile 2533 einfügen nach „[...] Europa.“: „Deswegen fordern wir den vollständige Abzug aller atomaren Waffen ausländischer Streitkräfte im Bundesgebiet.“

5 Zeile 2555 ersetze „lehnen wir kategorische ab.“ durch „werden wir international strafrechtlich verfolgen.“

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2.**

Erledigt durch Annahme von XIII.A18 9931 in geänderter Fassung

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 29**

Ortsverein Mainz-Altstadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

Zeile 2548 „... der EU ein und werden deshalb auch alle Formen der sogenannten Hermesbürgschaften bei Rüstungsexporten nicht mehr zulassen.“

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 31**

Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

5 Zeile 2545 Im dem Satz: ‚Sie wird ein grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexports in Drittstaaten außerhalb von EU, NATO und vergleichbaren Ländern enthalten.‘ wird das Wort ‚Kleinwaffenexport‘ gestrichen und durch das Wort: „Waffenexporte“ ersetzt. Die Formulierung ‚und vergleichbare Staaten‘ wird ebenso gestrichen.

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 32**

Ortsverein Hannover Oststadt-Zoo (Bezirk Hannover)

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

Änderung in Zeile 2535: „Ein wichtiges Dialogforum dafür ist die *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE).“

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

Annahme

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 33**

Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

5 Zeile 2521 anfügen: „Zudem fordern wir, dass die in Deutschland stationierten US-amerikanischen Atomwaffen entsprechend dem Beschluss des Deutschen Bundestages abgezogen werden. Darüber hinaus soll sich Deutschland an den Verhandlungen zum Vertrag über ein Verbot von Nuklearwaffen (Nuclear Ban Treaty) beteiligen.“

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

Erledigt durch Annahme von XIII.A18 in geänderter Fassung

10 Zeile 2546 nach „enthalten.“ einfügen: „Alle Waffenexporte in nicht-demokratische Staaten müssen gestoppt werden. Unabhängig davon müssen Waffenexporte generell deutlich und dauerhaft reduziert werden.“

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 34*

*Ortsverein Düsseldorf-Mitte-Nord (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

Die Zeilen 2543 ff. werden wie folgt formuliert: "Konkret bedeutet das: Wir werden ein Rüstungsexportgesetz zur Änderung und weiteren Regulierung der Rüstungsexportpolitik Deutschlands einbringen. Das Gesetz wird ein grundsätzliches Verbot von Waffenexporten in Drittstaaten außerhalb der EU, Nato und vergleichbaren Ländern und in diktatorisch regierte Staaten enthalten. Dies gilt auch für nicht-materielle Güter, die der Waffenproduktion in einem Drittstaat dienen können." Ab Zeile 2546: weiter wie im Entwurf

5  
  
  
  
  
  
  
  
  
  
10

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 35*

*Kreisverband Karlsruhe Stadt (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2.**

nach Zeile 2548 folgender Absatz eingefügt werden: „Konkret bedeutet das außerdem: Die SPD setzt sich dafür ein, die Waffenexporte aus Deutschland in den nächsten 15 Jahren mindestens zu halbieren. Sie setzt sich dafür ein, dass die Genehmigung von Waffenexporten künftig eine Aufgabe des Parlamentes wird und nicht mehr der Bundesregierung obliegt. Zur Unterstützung des Ziels, die Waffenexporte zu halbieren, rückt die SPD gemeinsam mit den Gewerkschaften die Konversion in den Vordergrund. Sie entwickelt im engen Schulterschluss mit den Gewerkschaften ein Konzept, das eine mittel- und längerfristig angelegte Umstrukturierung von Rüstungsbetrieben auf die Produktion von gesellschaftlich wichtigen, notwendigen und friedlichen Produkten ermöglicht.“

5  
  
  
  
  
  
  
  
  
  
10  
  
  
  
  
  
  
  
  
  
15

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 36*

*NaturFreunde Deutschlands*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2.**

Zeile 2509 nach „Eine neue Abrüstungsinitiative“: erster Satz: **Abrüstung ist dringender denn je.**

Zeile 2511: „drohenden“ streichen, oder ersetzen durch „weiteren“ (Zerfall der bestehenden Regime....)

5

Zeile 2529: nach „gleichen Medaille. Deshalb werden wir einen neuen Anlauf für Entspannung und Abrüstung

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission



unternehmen.“: neue Zeile:

- 10 „Einseitige Aufrüstungsprogramme, Truppenverlegungen oder Militärmanöver schaffen nicht mehr, sondern weniger Sicherheit! Deshalb fordern wir Verhandlungen zwischen Russland und seinen Nachbarn über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen. Der von Bundesaußenminister Steinmeier im Herbst 2016 geforderte „Neustart der Rüstungskontrolle“ muss nachdrücklich weiter verfolgt werden. Der Ausbau von Raketenabwehrsystemen in Europa muss gestoppt werden.
- 15 Raketenabwehrsysteme dürfen nicht länger von verbindlichen Begrenzungen durch Rüstungskontrolle ausgenommen werden.
- 20

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 37**

*Unterbezirk Aachen-Stadt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2.**

Zeile 2509: neue Abrüstungsinitiative, ersetzen durch: neue Abrüstungsinitiative, gegen weitere deutsche Waffenexporte,

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 38**

*Forum Eine Welt*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

Zeile 2546 Ergänzung: Die Zuständigkeit für die Vorbereitung des Bundessicherheitsrates soll vom Wirtschaftsministerium auf das Auswärtige Amt übergehen.

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

Überweisung an Kommission Internationale Politik.

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 39**

*06/10 Dahlem (Landesverband Berlin)*

*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3.**

2573 Bündnisverteidigung sowie zur internationalen Krisenbewältigung **unter Mandat der Vereinten Nationen oder der OSZE**

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 5 2578 Wir werden die erkannten Lücken bei Personal und Material zügig schließen und **ausschliesslich** dafür die notwendige Steigerung des Verteidigungshaushaltes sichern.

- 10 2591 Deshalb wird die SPD dafür sorgen, dass ~~zusätzliche Ausgaben für die Verteidigungsfähigkeit Deutsch-~~

lands durch zusätzliche Ausgaben Mittel für Krisenprävention, humanitäre Hilfe und nachhaltige Entwicklung ergänzt bereitgestellt werden.

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 40*

*Ortsverein Vorderer Westen (Bezirk Hessen-Nord)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3**

Z. 2568 Ergänze nach Satzende: „Rechtsradikale Strukturen sowie eine Verharmlosung der Wehrmacht in den Reihen der Bundeswehr müssen schnellstmöglich untersucht und beendet werden.“

5

Z. 2599 ergänze nach dem Komma: „jedwede Ausbildung an der Waffe erfolgt erst nach dem 18. Geburtstag.“

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 42*

*Stadtverband Witten (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3**

In den Zeilen 2575-2576 soll der Satz „Wir werden die erkannten Lücken bei Personal und Material zügig schließen und dafür die notwendige Steigerung des Verteidigungshaushaltes sichern“ gestrichen und durch folgendes ersetzt werden: „Wir werden die erkannten Lücken bei Personal und Material zügig schließen. Auch unter Berücksichtigung unserer momentanen und zukünftigen Aufgaben innerhalb der NATO und von UN-Missionen bedeutet dies nicht zwangsläufig eine Steigerung des Verteidigungshaushaltes. Dabei soll gezielt und strukturiert vorgegangen werden, um unnötige oder falsch getätigte Anschaffungen und Investitionen zu vermeiden.“

5

10

15

20

25

soll nach Zeile 2599 folgendes eingefügt werden: „Auch in der Bundeswehr muss verstärkt gegen verfassungsfeindliche und extremistische Einstellungen und eine sich etablierte ‚falsche Traditionskultur‘ vorgegangen werden. Dies könnte durch bessere Überprüfungsmaßnahmen von Bewerberinnen und Bewerbern und verstärkte politische Bildung für Soldatinnen und Soldaten realisiert werden. Auch muss über eine grundsätzliche Reform und eine gezielte Umsetzung der ‚Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der Bundeswehr‘ nachgedacht werden.“

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 43*  
*24/03 Freundeskreis Wien (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3**

Zeilen 2559 bis 2562 Wir beantragen folgende Änderung des Satzes beginnend mit „Eine Beteiligung...“:

5 Eine Beteiligung der Bundeswehr an bewaffneten Auslandseinsätzen erfolgt ausschließlich auf der Grundlage des Völkerrechts im Rahmen der Vereinten Nationen, sowie im Rahmen von Systemen kollektiver Sicherheit nach Art. 24 Abs. 2 des Grundgesetzes.

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 44*  
*Ortsverein Stadt Barsinghausen (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3**

wird hinter Zeile 2574 ergänzt: Wir werden Betreuung und Nachsorge von Soldatinnen und Soldaten nach Kampfeinsätzen verbessern und absichern.

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3**

Annahme

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 45*  
*Kreisverband Kyffhäuserkreis (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3.**

In Zeile 2584 wird angefügt: Eine prozentuale Vorgabe für den Anteil von Rüstungsausgaben am Staatshaushalt lehnen wir ab.

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 46*  
*Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3**

5 Zeile 2595 An den Absatz wird folgender Satz angehängt: „Wir müssen bereit sein, die völkerrechtlich legitimierten Friedensschiessmissionen nicht nur materiell, sondern auch personell stärker zu unterstützen.“

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 47*  
*Ortsverein Oberland Thür. (Landesverband Thüringen)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3**

Ergänzungen in: Zeile 2564 - ...Der Einsatz der Streitkräfte soll stets nur zum Schutz der Zivilbevölkerung oder

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

zur Stabilisierung des Einsatzlandes dienen.

- 5 Zeile 2574 - ...Das bedeutet auch, dass angestoßene Reformen und Neuerungen zu Ende geführt, sowie die neu eingeführten Schutz- und Waffensysteme komplett übernommen werden. Die Truppe muss, nach all den zusätzlichen Aufträgen, zur Ruhe kommen.
- 10 Zeile 2584 -...Die Frage was, unter Verteidigung im Haushalt geleistet werden soll, muss NATO-weit geklärt und harmonisiert werden.
- 15 Zeile 2597 -...Wehrverwaltung bzw. in eine zivile Aus- und Weiterbildungsmaßnahme (ZAW)...

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 48*  
*Landesverband Sachsen*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3**

Seite 62 Zeile 2597 ergänze nach „... qualifizieren“: „Werbemaßnahmen und Rekrutierungen der Bundeswehr dürfen sich nicht an Minderjährige als Zielgruppe richten.“

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3**

Überweisung an das Forum Sicherheits- und Verteidigungspolitik

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 49*  
*NaturFreunde Deutschlands*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3.**

Zeile 2573: Bündnisverteidigung sowie zur internationalen Krisenbewältigung **unter Mandat der Vereinten Nationen oder der OSZE**

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 5 Zeile 2578: Wir werden die erkannten Lücken bei Personal und Material zügig schließen und **ausschliesslich** dafür die notwendige Steigerung des Verteidigungshaushaltes sichern.
- 10 Zeile 2591: Deshalb wird die SPD dafür sorgen, dass ~~zusätzliche Ausgaben für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands durch zusätzliche Ausgaben~~ **Mittel** für Krisenprävention, humanitäre Hilfe und nachhaltige Entwicklung ~~ergänzt~~ **bereitgestellt** werden.

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 50*  
*Ortsverein Potsdam-Süd (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3.**

Ergänze in Zeile 2574 am Ende des Absatzes: „An der Aussetzung der Wehrpflicht halten wir fest.“

**Änderungsantrag Kapitel XIII.3.**

Erledigt durch Beschlusslage

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 51*  
*06/10 Dahlem (Landesverband Berlin)*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.4.**

2624f Sicherheit und Frieden werden künftig stärker von uns selbst abhängen **und unseres Einsatzes für eine neue Entspannungspolitik zur Deeskalation von Krisen und Konflikten.**

**Änderungsantrag Kapitel XIII.4.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 53*  
*Ortsverein Oldenburg (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.4**

Zeile 2614 ändern: Statt „Interessen- und Wertegemeinschaft“ schreibe „Interessengemeinschaft“.

**Änderungsantrag Kapitel XIII.4**

Ablehnung

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 54*  
*24/03 Freundeskreis Wien (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.4**

Zeilen 2611, 2612 Wir beantragen folgende Änderung des Satzes beginnend mit „Die OSZE...“: Die OSZE ist und bleibt ein wichtiger Ort der Verständigung und Vertrauensbildung zwischen Ost und West.

**Änderungsantrag Kapitel XIII.4**

Annahme

5

Zeilen 2614 bis 2625 Wir beantragen folgende Änderung des Absatzes: Die USA sind und bleiben der gewichtigste Partner Deutschlands außerhalb Europas. Europa und die USA sind auf vielfältige Weise durch Geschichte, Interessen und Werte verbunden. Das Fundament unserer Partnerschaft ist das gemeinsame Eintreten für Freiheit und Demokratie. In einer Zeit, in der diese Errungenschaften vielerorts unter Druck stehen und gefährdet sind, ist es umso wichtiger, das Fundament dieser Partnerschaft weiter zu stärken. Vor dem Hintergrund der Herausforderungen und Unsicherheit in der Welt, ist eine gegenseitige Rücksichtnahme von USA und Europa unverzichtbar. Die Suche nach gemeinsamen Lösungen für internationale Krisen, der Kampf

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

10

15

- 20 gegen den internationalen Terrorismus, die Gestaltung der künftigen globalen Wirtschafts- und Handelsordnung sind einige der Herausforderungen, bei denen es auf eine handlungsfähige transatlantische Partnerschaft ankommt. Als Europäer schauen wir zugleich selbstbewusst nach vorn: Sicherheit und Frieden werden künftig auch stärker von uns selbst abhängen.
- 25

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 55*  
*Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.4**

Zeile 2604: Ersetzen des Begriffs „Entwicklungshilfe“ durch „Entwicklungszusammenarbeit“

**Änderungsantrag Kapitel XIII.4**

Annahme

Annahme in geänderter Fassung und an anderer Stelle, S69 Z46: nach "Flüchtlinge":

- 5 Zeile 2613, Ergänzung hinter „... zwischen Ost und West.“: Darüber hinaus wollen wir inhaltlich und personell auch in weiteren wichtigen multilateralen Institutionen und Foren wie der Weltbank, dem internationalen Währungsfonds, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und den regionalen Entwicklungsbanken aktiv mitgestalten. Die finanziellen Beiträge Deutschlands müssen diesen Anspruch widerspiegeln.
- 10

"Darüber hinaus wollen wir, dass sich Deutschland inhaltlich und personell auch in weiteren wichtigen multilateralen Institutionen und Foren wie der Weltbank, dem internationalen Währungsfonds, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und den regionalen Entwicklungsbanken [...] **politisch engagiert**. Die finanziellen Beiträge Deutschlands müssen diesen Anspruch widerspiegeln."

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 56*  
*NaturFreunde Deutschlands*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.4.**

Zeile 2624f: Sicherheit und Frieden werden künftig stärker von uns selbst abhängen **und unseres Einsatzes für eine neue Entspannungspolitik zur Deeskalation von Krisen und Konflikten.**

**Änderungsantrag Kapitel XIII.4.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 57*  
*Forum Eine Welt*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.4**

Zeile 2603 Ergänzung: Wir setzen auf die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsentwicklungsziele der UN Generalversammlung vom September 2015, die die Perspektive einer sozial- ökologischen Transformation im Sinne der sozialdemokratischen Überzeugungen darstellen.

5

**Änderungsantrag Kapitel XIII.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 58*  
*Forum Eine Welt*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.4**

Zeile 2603: Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund angekündigter Mittelkürzungen für Entwicklungszusammenarbeit (Entwicklungshilfe streichen).

**Änderungsantrag Kapitel XIII.4**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 59*  
*06/10 Dahlem (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.5.**

2631/32: Dafür bedarf es der Deeskalation, der Rückkehr zum politischen Dialog ~~und der intelligenten Anwendung von Sanktionsmechanismen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Rüstungs-~~  
 5 **kontrolle.**

**Änderungsantrag Kapitel XIII.5.**

Ablehnung

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 61*  
*Ortsverein Herrenberg (Landesverband Baden-Württemberg)*  
*08/01 Rixdorf/02/08 Luisenstadt/(Landesverband Berlin)*  
*Landesverband Berlin*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.5**

Zeile 2648: Die Worte „- wie der illegale Siedlungsbau - „ sollen ersatzlos gestrichen werden.

**Änderungsantrag Kapitel XIII.5**

Ablehnung

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 62*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag z Kapitel XIII.5**

In Zeilen 2631 – 2632 wird der Satz „Dafür bedarf – bis Sanktionsmechanismen“ ersetzt durch: „Dafür bedarf es der Deeskalation, der Rückkehr zum politischen Dialog über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Rüstungskontrolle.“  
 5

**Änderungsantrag Kapitel XIII.5**

Ablehnung

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 64*  
*24/03 Freundeskreis Wien (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.5**

Zeilen 2632 bis 2636 Wir beantragen folgende Änderung des Absatzes beginnend mit „Der politische...“: Der politische Prozess für die Ostukraine, der den Konflikt erfolgreich eindämmen konnte, ist ins Stocken geraten. Wir halten dennoch an ihm fest. Der Erfolg der  
 5

**Änderungsantrag Kapitel XIII.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- Minsker Vereinbarung hängt davon ab, dass alle Garantiestaaten ihre Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Konfliktparteien nutzen. Die Bundesrepublik wird in diesem Sinne neue Anstrengungen unternehmen, und befürwortet bei einer entsprechend konstruktiven Haltung Russlands, eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen.
- 10
- Zeilen 2637 bis 2638 Wir beantragen folgende Änderung des Absatzes beginnend mit „Die Kriege...“: Die Kriege und Konflikte im Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika zeigen, wie dringend eine Stärkung einer völkerrechtsbasierten internationalen Ordnung und regionale Mechanismen, Organisationen und Institutionen zur Konfliktbewältigung sind.
- 15
- 20
- Annahme

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 65*  
*Ortsverein Mainz-Altstadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.5**

Zeile 2648 „... wie der illegale Siedlungsbau Israels in den völkerrechtswidrig besetzten Gebieten–, sofort beendet werden.“

**Änderungsantrag Kapitel XIII.5**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 67*  
*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*  
*Arbeitskreis Jüdische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.5.**

Zeile 2645 nach dem Satz: „Gleichzeitig wird die Glaubwürdigkeit [...] Israel und Palästina gemessen.“ Bitte anfügen: Wir setzen uns weiterhin für eine Zweistaatenlösung ein. Gegenüber unseren palästinensischen Gesprächspartnern fordern wir die Ächtung des Terrors. Gegenüber der israelischen Regierung fordern wir, durch einen Stop des Siedlungsbaus, zu einer Deeskalation beizutragen.

5

**Änderungsantrag Kapitel XIII.5.**

Annahme in geänderter Fassung:  
 Auf S. 69, Z. 9 nach „einer Verhandlungslösung“ wird der Satz beginnend mit „Wir fordern ... sofort beendet werden“ wie folgt umformuliert:

- „Wir fordern, dass Handlungen, egal von welcher Seite, die einer endgültigen Friedenslösung entgegenstehen, sofort beendet werden. Es muss zu einem Stopp des illegalen Siedlungsbaus kommen. Von der palästinensischen Seite fordern wir die Ächtung des Terrors.“
- 10
- Bitte streichen: Wir fordern, dass einseitige Schritte, egal von welcher Seite, die einer endgültigen Friedenslösung entgegenstehen – wie der illegale Siedlungsbau –, sofort beendet werden.



*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 68*  
*Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.5**

5 Zeile 2636 einfügen: „Wir streben langfristig eine inklusive Sicherheitsarchitektur für ganz Europa an. Die Entspannungspolitik muss wiederbelebt werden. Ein Konzept deeskalierender und vertrauensbildender Maßnahmen sollte erarbeitet und eine europäische Friedenskonferenz (unter Einbeziehung der USA, Kanadas und Russlands) unverzüglich einberufen werden. Es muss alles unternommen werden, die sich abzeichnende Gewaltspirale zu stoppen und ein Wettrüsten – sowohl konventionell als auch atomar – in Europa zu verhindern.“

**Änderungsantrag Kapitel XIII.5**

Annahme in geänderter Fassung S68Z38 einfügen:  
 "Wir streben langfristig eine inklusive Sicherheitsarchitektur für ganz Europa an. Die Entspannungspolitik muss in diesem Sinne wieder gestärkt werden."

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 69*  
*NaturFreunde Deutschlands*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.5.**

5 Zeile 26331/32: Dafür bedarf es der Deeskalation, der Rückkehr zum politischen Dialog ~~und der intelligenten Anwendung von Sanktionsmechanismen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Rüstungskontrolle.~~

**Änderungsantrag Kapitel XIII.5.**

Ablehnung

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 70*  
*06/10 Dahlem (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.6**

5 Nach Zeile 2672 und vor Zeile 2673: Erst wenn stabile, nachhaltige Einkommensverhältnisse in den Heimatländern der Flüchtlinge geschaffen werden, werden Fluchtursachen nachhaltig bekämpft. In diesem Sinne setzen wir uns für wirksame internationale Welthandelspolitik, intensive Umverteilung mit dem Ziel von Direktinvestitionen ein.

**Änderungsantrag Kapitel XIII.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

10 In Zeile 2676: ....aufgenommene Flüchtlinge. Entwicklungszusammenarbeit ist ein Projekt des Übergangs, es müssen parallel Direktinvestitionen mit wertschöpfenden Arbeitsplätzen geschaffen werden, damit Entwicklungshilfe nicht zum Dauerzustand wird. Gleichzeitig.....

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 71*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.6**

In Zeile 2704 wird nach „...untenziehen“ folgende Ergänzung angefügt: „und dabei insbesondere auf Verbesserungen bei den Sanktionsmöglichkeiten zum Schutz von Arbeitnehmerrechten drängen.“

**Änderungsantrag Kapitel XIII.6**

Erledigt durch Beschlusslage (Parteikonvent 2016).

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 72*  
*24/03 Freundeskreis Wien (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.6**

Zeilen 2685 bis 2688 Wir beantragen folgende Änderung des Absatzes beginnend mit „Der beste ...“ bis „... geworden.“:

**Änderungsantrag Kapitel XIII.6**

Annahme in geänderter Fassung

Auf S 70, Z12 in folgender Formulierung:

5 Der beste Rahmen für diese Verhandlungen sind die Vereinten Nationen mit ihren Organisationen für Arbeit (ILO) Handel (UNCDAT) und Entwicklung (UNIDO), sowie die Welthandelsorganisation (WTO). Gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und weltweit wollen wir die  
 10 aktuellen Blockaden im Bereich multilateraler Verhandlungen zum Welthandel überwinden. Bilaterale Handelsabkommen der EU mit wichtigen Partnern sind nur ein vorübergehend genutzter Ersatz und keine dauerhaft angestrebte Alternative.

"Der beste Rahmen für diese Verhandlungen sind die Vereinten Nationen mit ihren Organisationen für Arbeit (ILO) Handel (UNCDAT) und Entwicklung (UNIDO), sowie die Welthandelsorganisation (WTO). Gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und weltweit wollen wir die aktuellen Blockaden im Bereich multilateraler Verhandlungen zum Welthandel überwinden."

15 Zeilen 2693 bis 2704 Wir beantragen folgende Änderung des Absatzes beginnend mit „Wir wollen ...“ bis „... Prüfung unterziehen.“: Wir schließen private Schiedsgerichte als Streitschlichtungsinstanzen im Rahmen von bilateralen und multilateralen Handelsabkommen aus.  
 20 Die perspektivische Einrichtung eines internationalen Handelsgerichtshofs muss die Souveränität der Vertragsstaaten in der Rechtsdurchsetzung respektieren. Der Verhandlungsprozess und der Beitritt zu Handelsabkommen, die als gemischte Abkommen Auswirkungen auf die politische Souveränität der Bundesrepublik haben, sind der sorgfältigen Kontrolle durch den Bundestag zu unterziehen.

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 73*  
*Ortsverein Meßstetten (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.6**

Zeile 2704 Einfügung nach „... Prüfung unterziehen.“ Die vom Parteikonvent der SPD im September 2014 beschlossenen 14 Punkte an die Handelsabkommen

**Änderungsantrag Kapitel XIII.6**

Erledigt durch geltende Beschlusslage (Parteikonvent 2016).

TTIP und CETA müssen alle gleichermaßen erfüllt sein.

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 74**

*Ortsverein Frankfurt Oder-Nord (Landesverband Brandenburg)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.6.**

Z 2667 Einfügen nach „sichern“: „Deswegen möchten wir den Aufbau einer stabilen Wirtschaft in Ländern des globalen Südens durch Wissenstransfer unterstützen, deswegen möchten wir Bildungseinrichtungen vor Ort unterstützen, sowie deutlich mehr Stipendien für Studierende aus diesen Ländern bereitstellen.“

5

**Änderungsantrag Kapitel XIII.6.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 75**

*Ortsverein Mannheim-Neckarstadt-West (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.6**

Füge ein in Zeile 2692: Die wirtschaftliche Globalisierung muss aktiv politisch gestaltet werden. Ein Wettbewerb der niedrigsten Standards muss durch Freihandelsabkommen mit unseren Partner verhindert werden, der Mindeststandards setzt und so ein fairer internationaler Wettbewerb entstehen kann, der im Sinne der Menschen geführt wird.

5

**Änderungsantrag Kapitel XIII.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

10

Füge ein in Zeile 2669: Mit unseren europäischen Partnern müssen wir zudem in Entwicklungs- und Schwellenländern durch massive Investitionen in die Infrastruktur langfristig die wirtschaftliche Entwicklung der Staaten stützen und somit Investitionen durch europäische Unternehmen attraktiver machen.

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 76**

*Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.6**

Zeile 2667 An den Satz: ‚wir wollen dazu beitragen (...) Lebensperspektiven aufzubauen und zu sichern.‘ wird folgender Satz angefügt: „Hierzu gehören auch eine konsequente Überprüfung bestehender internationaler Fischereiabkommen auf der Grundlage der anerkannten Folgen dieser bisherigen Politik, wie die Zerstörung lokaler Wirtschaftsgefüge und die Verminderung von Nahrungssicherheit für die Menschen in den betroffenen Gebieten.“

5

10

**Änderungsantrag Kapitel XIII.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Zeile 2676 Der Satz: ‚Deshalb werden wir beispielsweise ... gesichert werden.‘ wird gestrichen und durch folgenden Satz ersetzt: „Grundlage aller internationaler Abkommen zwischen der EU und ihren Handelspartnern ist ein Dialog auf Augenhöhe und die Vermeidung hierarchisierender Beziehungen. Die Kopplung von Abkommensabschlüssen an weitere Einschränkungen oder Veränderungen bestehender Handelsbeziehungen ist unzulässig. Eine Ausbeutung fremder Wirtschaftszonen zum überwiegenen eigenen Vorteil wird es mit der SPD nicht geben. Hierzu gehört selbstverständlich, dass Streitigkeiten und Differenzen nur in einer festgelegten und in internationale Rechtorgane eingebundenen Institution beigelegt werden.“

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 77**  
*Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

<p><b>Änderungsantrag Kapitel XIII.6</b>          Zeile 2649, nach „Gerechte...“: Ersetzen „Globalisierung“ durch „Globale Entwicklung“</p>	<p><b>Änderungsantrag Kapitel XIII.6</b>          Ablehnung</p>
<p>5 Zeile 2650: Ersetzen „Friedenspolitik“ durch „Entwicklungspolitik“</p>	<p>Ablehnung</p>
<p>10 Zeile 2660, Ergänzung hinter „... Agenda 2030 ein.“: Wir stehen für eine Entwicklungspolitik, die Strukturen verändert und gerecht gestaltet. Entwicklungspolitik bohrt per Definition dicke Bretter: Eine gerechtere Welthandelsordnung, selbsttragende Wirtschafts- und Finanzpolitiken in den Partnerländern, mehr demokratische und ökonomische Teilhabe. Das schafft man nur gemeinsam mit europäischen und internationalen Partnern. Nationale Alleingänge und kurzfristiger Aktionismus sind nicht unser Ansatz.</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
<p>20 Um diese zentralen Ziele zu befördern, werden wir das derzeitige Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in seinen Kompetenzen und seiner Mittelausstattung stärken und in Bundesministerium für global nachhaltige Entwicklung und Zusammenarbeit umbenennen, um dieser inhaltlichen und strategischen Bedeutung Rechnung zu tragen.</p>	
<p>25 Zeile 2662, Einfügung nach „gehören“: entwicklungsorientierte, handlungsfähige</p>	<p>Ablehnung</p>
<p>Zeile 2662, Streichung nach „gehören“: „handlungsstar-</p>	

30 ke“

Zeile 2669, Einfügung nach „...finden“: Die Zusammenarbeit mit wichtigen Transformations- und Schwellenländern in für die globale Entwicklung strategischen Bereichen ist neben der Armutsbekämpfung und Krisenprävention ein weiterhin wichtiger Teil der Entwicklungszusammenarbeit.

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

35

Zeile 2681, Ergänzung hinter „... erbracht werden.“: Außerdem setzen wir uns für eine bessere europäische Entwicklungszusammenarbeit ein, die eine klare Aufgabenteilung zwischen EU und Mitgliedsstaaten verwirklicht.

Annahme S70, Z6 Ergänzung hinter „... erbracht werden.“:

40

Außerdem setzen wir uns für eine bessere europäische Entwicklungszusammenarbeit ein, die eine klare Aufgabenteilung zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten verwirklicht.

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 78**  
*Ortsverein Meiendorf (Landesorganisation Hamburg)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.6.**

Z. 2700 Der Investitionsgerichtshof darf nicht nur einseitig von Unternehmen angerufen werden. Auch Kommunen und Länder müssen die Möglichkeit haben, den Investitionsgerichtshof anzurufen, z. B. bei Umweltschäden.

5

**Änderungsantrag Kapitel XIII.6.**

Erledigt durch Beschlusslage (Parteikonvent 2016).

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 79**  
*Ortsverein Oldenburg (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

Zeile 2684-85 ändern: Streiche „Nationale Alleingänge ... keinen Erfolg.“ Schreibe neu: „Hoch entwickelte Volkswirtschaften können sich freiem Handel erfolgreich stellen. Gerade aber Entwicklungsländer oder junge, schwache Industrien brauchen anfangs Schutz und Protektionismus, wenn sie sich erfolgreich entwickeln wollen. Dies zeigen Beispiele wie die südostasiatischen Tigerstaaten.“

5

**Änderungsantrag Kapitel XIII.2**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 80**  
*Forum Eine Welt*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.6**

Zeile 2654 (Umformulierung der dann folgenden Passage): Die Sustainable Development Goals weisen den Weg zu einer globalen Verantwortungsgemeinschaft. Sie stellen die Perspektive für eine sozial-ökologische

**Änderungsantrag Kapitel XIII.6**

Annahme in geänderter Fassung

S69Z23: nach "Agenda 2030 ein" ergänzen: "Dementsprechend muss Deutschland als eine der führenden

5 Transformation unserer Gesellschaften dar. Die SDG binden nicht nur den globalen Süden, sondern auch Deutschland. Gerade die reichen Länder der G20 müssen Verantwortung für nachhaltige Entwicklung und ein gerechteres Zusammenleben übernehmen. Dementsprechend muss Deutschland als eine der führenden Industrienationen bei der Umsetzung der Agenda 2030 eine international deutlich wahrnehmbare Vorreiterrolle einnehmen. Deutschland muss alle Anstrengungen unternehmen, um die Nachhaltigkeitsziele national bis 2030 zu erreichen. Zudem muss Deutschland verstärkt die Länder des Globalen Südens bei ihren Anstrengungen für nachhaltiges Wachstum unterstützen und die SDGs zur Praxis in den multinationalen Organisationen machen." 10

15

20

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 81*  
*Forum Eine Welt*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.6**

Zeile 2686: Gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und weltweit wollen wir die Blockade innerhalb der WTO überwinden und diese auf Nachhaltigkeit als Leitmotiv multilateraler Handelspolitik ausrichten. Im diesem Sinne wird sich eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung für die Verankerung von Nachhaltigkeitsstandards im weltweiten Handelssystem einsetzen. Damit lösen wir auch ein Kernanliegen der Sozialdemokratie ein, dass Handel vor allem den Menschen dienen muss. 5

10

Zeile 2704: Wir werden auch die Partnerschaftsabkommen der EU mit den afrikanischen Staaten (Economic Partnership Agreements) daraufhin prüfen, ob sie der wirtschaftlichen, sozialen und nachhaltigen Entwicklung in den betroffenen Entwicklungsländern dienen oder Abhängigkeiten weiter zementieren. Wir wollen Afrika bei der Schaffung einer afrikanischen Freihandelszone unterstützen. 15

**Änderungsantrag Kapitel XIII.6**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 82**

07/01 Tempelhof/ 06/05 Lankwitz/ 060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)

Landesverband Berlin

**Änderungsantrag Kapitel XIII.7**

Ergänze 2739 nach „ Entwicklungs- und Schwellenländern.“: „Länder, deren Wirtschaft einseitig auf den Export von Öl, Gas oder Kohle ausgerichtet ist, werden wir dabei unterstützen, neue ökonomische Zukunftsperspektiven zu entwickeln.“

5

**Änderungsantrag Kapitel XIII.7**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 84**

Landesverband Sachsen-Anhalt

**Änderungsantrag Kapitel XIII.7**

S. 64, Zeile 2721 Änderung: Darüber hinaus setzen wir uns für eine ambitionierte Klimapolitik im nationalen, europäischen und internationalen Rahmen ein.

5

S. 64, Zeile 2727 Änderung: Die SPD setzt sich dafür ein die Entwicklungszusammenarbeit im Energiebereich konsequent auf die Förderung von erneuerbaren Energien und den Aufbau einer dezentralen und demokratisch kontrollierten Versorgung umzustellen.

**Änderungsantrag Kapitel XIII.7**

Annahme

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 85**

Ortsverein Augsburg-Universitätsviertel / Ortsverein München Au (Landesverband Bayern)

**Änderungsantrag Kapitel XIII.7**

In Zeile 2722 „Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zum Klimaschutz unterstützen wir nachdrücklich.“ ersetzen durch: „Aktiver Klimaschutz ist grundsätzlich effektiver als Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel. Auch wenn wir beides unterstützen, ist dem Klimaschutz, wo immer es möglich ist, Vorrang einzuräumen.“

5

**Änderungsantrag Kapitel XIII.7**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich XIII.A/ Antrag 86**

06/04 Lichterfelde-Ost und -Süd (Landesverband Berlin)

**Änderungsantrag Kapitel XIII.7.**

Zeile 2701 Bitte ergänzen: [...] EU gelten. Dazu sollen nur Unternehmen in der EU Aufträge von staatlichen Stellen bekommen, wenn sie sich an die Sozialklauseln aus den Zeilen 2698 - 2699 und die EU-Mindest-Umweltstandards halten. CETA muss [...]

5

**Änderungsantrag Kapitel XIII.7.**

Erledigt durch Beschlusslage (Parteikonvent 2016).

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 88*  
*Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.7**

Zeile 2723, Ergänzung hinter „... unterstützen wir nachdrücklich.“: Die Nationally Determined Contributions (NDC) betrachten wir in Ergänzung der Sustainable Development Goals (SDG) als handlungsleitendes Instrument der internationalen Klima- und Entwicklungspolitik. Mit Deutschlands Expertise wollen wir unsere Partnerländer bei der Umsetzung ihrer Klimaschutz- und -anpassungsbemühungen unterstützen.

5

10

Zeile 2729, Ergänzung hinter „... umzustellen.“: Im eigenen Land wie auch global unterstützen wir daher die volkswirtschaftliche Transformation hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaftsweise und fördern dabei die Diversifizierung der Ökonomien von rohstoffexportabhängigen Entwicklungs- und Schwellenländern.

15

**Änderungsantrag Kapitel XIII.7**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 90*  
*Ortsverein Duisburg-Rheinhausen-Mitte (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8**

nach Z. 2795 einfügen: Gemeinsam mit allen Menschen guten Willens, mit Gewerkschaften und Kirchen, Verbänden, NGOs und Initiativen treten wir auch weltweit ein für mehr Gerechtigkeit, mehr Frieden und für einen nachhaltigen Schutz der Umwelt.

5

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 91*  
*06/10 Dahlem (Landesverband Berlin)*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8.**

2754 Wir werden das Konzept der Schutzverantwortung (R2P) **so weiterentwickeln, dass ein Missbrauch für kriegerische Interventionen ausgeschlossen ist.**

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 92*  
*Ortsverein Kappeln-Land (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8**

Zeile 2762: bitte streichen: „in Konflikten...“ Neu: Wir werden Männer und insbesondere Frauen vor sexueller und sexualisierter Gewalt schützen.

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission



*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 93*  
*06/10 Dahlem (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8**

Nach 2796 ...bei ihrem Kampf zur Umsetzung der Kernarbeitsnormen unterstützen, indem wir deutsche Investitionen und deutsche Entwicklungszusammenarbeit damit verknüpfen, die Einhaltung der ILO Kernarbeitsnormen in den Zielländern verpflichtend einzufordern.

5

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 94*  
*Ortsverein Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8**

Z.2781 Nach dem o. g. Satz soll der Satz ergänzt werden: Des Weiteren soll der Handel mit Waren aus Kinder- und Sklavenarbeit verboten werden. Für die Einhaltung dieser Mindeststandards sind die Importeure verantwortlich.

5

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 96*  
*24/03 Freundeskreis Wien (Landesverband Berlin)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8**

Zeile 2754 Wir beantragen folgende Änderung: Streichung von: Wir werden das Konzept der Schutzverantwortung (R2P) weiterentwickeln.

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8**

Ablehnung

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 97*  
*Ortsverein Mannheim-Neckarstadt-West (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8**

Füge ein in Zeile 2794: Um die Unternehmen in die Pflicht zu nehmen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, muss Transparenz geschaffen werden. Um diese zu gewährleisten, soll als Mindestvoraussetzung für den Erhalt von staatlichen Leistungen wie Exportkreditgarantien und Investitionsgarantien die Listung im deutschen Nachhaltigkeitskodex gegeben sein. Im Zusammenhang damit soll eine Nachhaltigkeitsberichterstattung bei klein- und mittelständischen Zulieferbetrieben transnationaler Konzerne eingeführt werden, um mittels Berichterstattung mehr Transparenz in globalen Zulieferketten zu schaffen.

5

10

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 98*  
*Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8.**

Ziffer 2760 den Satz nach (berücksichtigt werden.) vollständig streichen.

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8.**

Ablehnung

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 99*  
*NaturFreunde Deutschlands*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8.**

Zeile 2754: Wir werden das Konzept der Schutzverantwortung (R2P) so weiterentwickeln, **dass ein Missbrauch für kriegerische Interventionen ausgeschlossen ist.**

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 100*  
*Forum Eine Welt*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8**

5 Zeile 2769 (Reihenfolge umstellen): Gesundheit ist ein Menschenrecht, das endlich für alle gelten muss. Der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria ermöglicht Millionen von Menschen in ärmeren Ländern den Zugang zu lebensrettenden Präventions- und Behandlungsprogrammen und sollte von daher mit ausreichenden Haushaltsmitteln ausgestattet werden. Um insbesondere vernachlässigte und armutsbedingte Krankheiten zu bekämpfen, sind Investitionen in die Forschung – unabhängig von wirtschaftlichen Erwägungen – dringend notwendig.

10

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 101*  
*Forum Eine Welt*

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8**

Zeile 2776 (nach Gesundheitsdienstleistern): Wir werden zudem weltweit Initiativen und Programme zum Aufbau von sozialer Grundsicherung unterstützen.

**Änderungsantrag Kapitel XIII.8**

Annahme

*Antragsbereich XIII.A/ Antrag 102*  
*Unterbezirk Lüneburg (Bezirk Hannover)*

**Änderungsantrag Kapitel XIII. Sonstige**

5 - Private Sicherheitsfirmen brauchen einen rechtlichen Rahmen.  
 - Verfolgung von Verbrechen auch in Krisengebieten.  
 - Unterstützung (personell/finanziell) für ziviles Krisenmanagement.

**Änderungsantrag Kapitel XIII. Sonstige**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 10 - Agenda 2013: Entwicklungspolitik muss hier ebenfalls zählen. Begründung: Es gilt Ursachen von Instabilität einzudämmen, 0,7% für ODA (Official Development Assistance oder Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit) einhalten (siehe Programm).
- Exportregeln für Kleinwaffen stark einschränken nicht nur weiter verschärfen.
- Widerspruch aufklären zwischen Bekenntnis zu modernen Streitkräften und Abkehr von der 2% Aufstockung.
- 15 - Bei 2% Aufstockung muss klar gesagt werden, worauf sich das bezieht und warum man das nicht will.

## Themenübergreifende Anträge (Th)

Antragsbereich Th/ **Antrag 1**

Unterbezirk Mainz-Stadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)

### Soziale Gerechtigkeit

**Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit! Arbeitswelt demokratisieren, Arbeitslosigkeit und Rente Existenz sichernd gestalten, Gesundheit solidarisch finanzieren, bezahlbaren Wohnraum schaffen**

### Soziale Gerechtigkeit

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5

Bei der kommenden Bundestagswahl wird die SPD nur dann eine Chance auf ein gutes Wahlergebnis und damit Einfluss auf das Regierungshandeln haben, wenn der Kampf für soziale Gerechtigkeit wieder in den Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik gerückt wird. Mit klaren Positionen, die die Interessen der breiten Mehrheit der Bevölkerung an sicheren Arbeitsplätzen, guten Arbeitsbedingungen, Absicherung bei Arbeitslosigkeit, bezahlbarem Wohnraum und der verlässlicher Absicherung bei Krankheit und im Alter aufnimmt, kann verloren gegangenes Vertrauen zurück gewonnen und den rechtspopulistischen Rattenfängern das Wasser abgegraben werden. Obwohl uns als Antragsteller bewusst ist, dass viele unserer Forderungen nur mittel- bzw. langfristig umsetzbar sein werden, plädieren wir für ein rasches Angehen der Aufgaben und Probleme.

10

15

20

### Arbeitswelt demokratisieren und solidarisch gestalten.

Die SPD setzt sich für die menschliche Gestaltung der Arbeitswelt ein. Dies bedeutet neue Initiativen zur Humanisierung der Arbeit, insbesondere mit Blick auf die Digitalisierung von Industrie und Dienstleistungen, Reduzierung von Stress, Verkürzung von Arbeitszeiten und Gesundheitsschutz.

25

30

Die SPD wird

- die Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltungen ausbauen.
- den Mindestlohn dynamisieren und armutsfest machen, wirksam kontrollieren, durch ein Verbandsklagerecht stärken sowie die Ausnahmen abschaffen.
- den begonnenen Weg von Mindestlohn, Stärkung der Tarifautonomie, Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen weitergehen.

35

40

### Fehlentwicklungen in der Arbeitsmarktpolitik korrigieren

Obwohl die Agenda 2010 immer als eine Erfolgsgeschichte dargestellt wird, müssen nach über 10 Jahren endlich auch die erkennbaren Fehlentwicklungen korrigiert werden. Wir brauchen eine Arbeitsmarktpolitik, die allen Menschen eine Perspektive bietet und Langzeitarbeitslose nicht in Armut abdrängt.

45

- 50 Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass
- Vollzeitbeschäftigte, die nicht von ihrem Einkommen leben können, zukünftig nicht mehr als sog. Aufstocker auf staatliche Leistungen angewiesen sind,
  - 55 • die Bezugszeiten beim Arbeitslosengeld I wieder verlängert werden,
  - Kürzungen bei den Eingliederungsleistungen, die zu einem rigorosen Kahlschlag bei den Hilfen für Langzeitarbeitslose geführt haben, zurückgenommen werden,
  - 60 • schikanöse Regelungen, die zu unzähligen Leistungskürzungen bei Hartz IV- Empfängern geführt haben, abgeschafft werden,
  - 65 • verstärkt Fördermaßnahmen für junge Menschen im Hartz IV - Bezug angeboten werden,
  - für die über 500.000 erwerbsfähigen Personen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Vermittlungsmöglichkeiten mehr haben, der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor ausgebaut wird,
  - 70 • Beschäftigungsträger und Träger der Fort- und Weiterbildung für Langzeitarbeitslose rechtlich und finanziell abgesichert werden,
  - Leiharbeit, die zur Etablierung eines Niedriglohnssektors und der Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen geführt hat, beschränkt wird,
  - 75 • Die Lücke zwischen Arbeitsentgelten von Frauen und Männern durch ein wirksames Lohngleichheitsgesetz geschlossen wird,
  - 80 • die Qualifizierungsoffensive durch die Systematisierung der beruflichen Weiterbildung, die sinnvolle Weiterentwicklung des Berufsbildungsgesetzes, Mindestausbildungvergütungen, das Recht auf bezahlte Qualifizierungen und die Finanzierung auch durch Branchen- und regionale Fonds fortgesetzt wird.
  - 85

**Medizinische Leistungen und Pflege für alle absichern und solidarisch finanzieren.**

90 Zurzeit sind die Probleme im Gesundheitssystem vielfältig. Die Bezahlung von Angestellten in vielen Gesundheitsberufen ist schlecht. Obwohl die Zahl der psychischen Erkrankungen stark angestiegen ist, ist die Honorierung von Psychotherapeuten unzureichend, weshalb das Angebot für Versicherte unzureichend ist und zu langen Wartezeiten führt. In der Honorierung der verschiedenen Facharztgruppen gibt es starke Unterschiede. Dadurch kommt es u. a. zu einem massiven Mangel an Landärzten mit Unterversorgung der dortigen Bevölkerung. In Ballungsräumen gibt es gleichzeitig eine Praxisschwemme.

95

100 Seit 2009 gibt es eine Versicherungspflicht für die Krankenversicherung; aber noch immer sind 128.000. Bürger\_innen ohne Krankenversicherungsschutz. Gerade für Selbständige mit geringem Einkommen sind die

105

Beiträge teilweise nicht zu leisten.

110 Im Jahr 2014 wurden 328 Milliarden Euro für Leistungen im Gesundheitssystem aufgewendet, das entspricht 11,2 % des BIP und dennoch verlangen die Kranken kassen von ihren Versicherten Zusatzbeiträge.

Als einzig richtige Antwort auf dieses Problem tritt die SPD ein

- 115
- für die Einführung der Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung, die alle Einkommensarten einbezieht und paritätisch finanziert ist.
  - dass die Beitragsbemessungsgrenze entsprechend angehoben, um die Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität und die Zugänge zum medizinischen Fortschritt für alle Bürgerinnen und Bürger zu garantieren.
- 120
- für die Aufhebung der Deckelung des Arbeitgeberanteils zur Krankenversicherung. Die paritätische Zahlung des Beitrags durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer muss schnellstens wieder eingeführt werden.
- 125

**Eine sichere und Lebensstandard sichernde Altersvorsorge für Alle**

130 Auch wenn aktuell die Altersversorgung für die meisten Rentempfänger die ausreichende Sicherstellung des Lebensstandards im Alter ermöglicht, gibt es jetzt und in naher Zukunft eine Reihe von drängenden Problemen, die gelöst werden müssen. Das 3-Säulen-Modell der Altersvorsorge hat sich als nicht zukunftsfähig erwiesen. Die private Altersversicherung hat trotz staatlicher Förderung (Riester) denen, die diese Form der Altersvorsorge in Anspruch nehmen, keine Vorteile gebracht. Gerade Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aufgrund niedriger Einkommen und/oder diskontinuierlicher Erwerbsbiografien eine Ergänzung der Altersrente dringend bräuchten, können sich eine private Altersvorsorge nicht leisten. Der aktuell geltende Demografiefaktor führt bis 2030 zu einem Absinken des Leistungseckwerts von aktuell 48 % auf 43 % des letzten Einkommens vor dem Rentenbeginn. Die stark angewachsene Zahl von prekären Arbeitsverhältnissen führt dazu, dass schon bald viele Rentnerinnen und Rentner eine so niedrige Altersrente bekommen werden, dass sie auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sein werden, obwohl sie ihr Leben lang gearbeitet haben. Hiervon werden insbesondere Frauen betroffen sein. Die Grundsicherung im Alter liegt nur wenig über den Hartz-IV-Sätzen. Diese Entwicklung muss gestoppt werden.

135

140

145

150

- 155
- Deshalb wird die SPD dafür sorgen, dass
- die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente wieder zur Hauptsäule der Altersvorsorge machen. Sie muss Lebensstandard sichernd ausgestaltet werden anstatt zur Grundsicherung zu verkommen,
- 160

- 165 • das gesetzliche Rentenniveau deutlich oberhalb von 50 % stabilisieren,
- die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren abschaffen,
- die Riesterrente bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge abgeschafft wird. Es darf keine neuen staatlichen Subventionen für kapitalgedeckte Systeme geben. Die Finanzierungslücke ab 2020 ist durch den Bundeszuschuss (freie Mittel Riester) und die vom DGB vorgeschlagene Demografiereserve zu schließen,
- 170 • das gesetzliche Rentenzugangsalter nicht weiter erhöht wird,
- 175 • perspektivisch eine Erwerbstätigenversicherung für alle, unabhängig vom Status als Arbeitnehmer, Beamte oder Selbständige entwickelt wird.

**Bezahlbares Wohnen ist ein Grundrecht**

- 180 In vielen Ballungsregionen ist der Wohnungsmarkt in den letzten Jahren völlig aus der Balance geraten. Insbesondere Familien mit einem kleinen oder mittleren Einkommen können sich in Städten mit Bevölkerungszuwachs wie in Mainz keine angemessene Wohnung mehr leisten. Neben einer viel zu geringen Förderung des sozialen Wohnungsbaus und zu wenig Bauland haben auch überzogene Standards bei der Wärmedämmung zu einem starken Anstieg der Mieten beigetragen. Wohnen ist ein Grundrecht und darf deshalb nicht den Kräften des freien Marktes alleinausgeliefert werden.
- 185
- 190

Deshalb fordert die SPD

- 195 • insbesondere in den Ballungsgebieten einen massiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus. Dafür muss der Bund deutlich mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen als bisher,
- dass die Regelungen zur Umlegung von Sanierungs- und Wärmedämmungskosten auf die Miete drastisch entschärft werden, und die aktuell grassierenden exorbitanten Mieterhöhungen zurückgedreht werden,
- 200 • dass die Mietpreisbremse überprüft und entsprechend wirkungsvoll weiterentwickelt wird.

*Antragsbereich Th/ Antrag 2  
Landesverband Berlin*

**Für einen europäischen Bundestagswahlkampf der SPD**

2017 wird ein Schicksalsjahr für Europa. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern wie z.B. Frankreich und den Niederlanden entscheiden die Bürger\*innen über ihre jeweilige Regierung. Rechtspopulisten und Nationalisten wollen diese Chance nutzen, starke Wahlergebnisse einfahren und anschließend die Vision einer europäischen Demokratie

**Für einen europäischen Bundestagswahlkampf der SPD**

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Abgeordnete im EP und die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)

5

10 beerdigen. Die Sozialdemokratie muss Europa im Wahlkampf thematisieren und gerade deswegen müssen wir Sozialdemokrat\*innen das auch tun.

15 Wir Sozialdemokrat\*innen wissen, dass es ein Trugschluss ist Mauern zu bauen, Fremde auszugrenzen und der nationalen Idee hinterherzulaufen. Unser Wohlstand, unser politischer Gestaltungsspielraum können nur in einer starken Europäischen Union verwirklicht werden.

20 Die Sozialdemokratie muss die Vorteile der Europäischen Union im Bundestagswahlkampf klar benennen und Lösungsvorschläge für die Fehlentwicklungen in Europa anbieten. Dabei muss das Thema Europa mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit, Sicherheit und Steuergerechtigkeit verknüpft und auch kommuniziert werden.

25 Der sozialdemokratische Bundestagswahlkampf muss eine klare europäische Perspektive aufzeigen. Wir dürfen Europa nicht den Nationalisten und Anti-Europäern überlassen, sondern müssen deutlich machen, dass die Sozialdemokratie für eine starke Europäische Union steht! Dabei wird es ganz besonders bedeutsam sein, dass Europa von Partei, Wahlkampfleitung und unseren Spitzenpolitiker\*innen als ein positives Ergebnis politischer Integration und Gewinn für die Demokratie dargestellt wird.

30 Die SPD muss gemeinsam mit ihren Schwesterparteien laut und deutlich ihre Stimme für ein geeintes und soziales Europa erheben. Auch und gerade im Bundestagswahlkampf.

35

**Antragsbereich Th/ Antrag 3**

*Ortsverein Essen-Kettwig (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Leitspruch für Bundestagswahlkampf 2017**

Der Vorstand des OV-Kettwig der SPD beantragt, den Bundestagswahlkampf 2017 mit folgendem Leitspruch zu führen: „Keinen Menschen zurück lassen!“

**Leitspruch für Bundestagswahlkampf 2017**

Überweisung an SPD-Parteivorstand

**Antragsbereich Th/ Antrag 4**

*Unterbezirk Rhein-Lahn (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**14 Punkte zur Bundestagswahl für das Land und den Rhein-Lahn-Kreis**

5 Gute Arbeit, faire Bezahlung, gerechte und stabile Rente Mit der Einführung des Mindestlohns hat die SPD in der aktuellen Regierung einen Meilenstein gesetzt. Gute Arbeit muss weiter fair bezahlt werden. Nun gilt es, die Rente entschieden zu reformieren. Wir brauchen eine Stabilisierung der Rente! Bei der Sicherung des Rentenniveaus geht es längst nicht mehr um die bloße Bekämpfung der Altersarmut, sondern vielmehr darum, dass jahrzehntelange Arbeit auch ein angemessenes

**14 Punkte zur Bundestagswahl für das Land und den Rhein-Lahn-Kreis**

Erlедigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission



- 10 Leben im Alter ermöglichen muss. Das Absinken des Rentenniveaus muss 2020 gestoppt werden. Kein junger Mensch wird mehr als 40 Jahre in die Rentenkasse einzahlen wollen, wenn am Ende nur noch knapp 40 Prozent Rentenniveau stehen. Wer lange arbeitet, muss
- 15 auch im Alter gut leben können! Das gilt für Beamte, Angestellte und Arbeiter gleichermaßen. Perspektivisch streben wir eine "Bürgerrente" an.
- Reform des Gesundheitssystems
- 20 Wir wollen eine gute medizinische Versorgung und Pflege für alle Bürgerinnen und Bürger. Die neue Bundesregierung muss daher ein wichtiges Ziel vor Augen haben: Es braucht einer Reform des Gesundheitssystems mit einer soliden Finanzierung! Dies gelingt mit
- 25 der Einführung einer Bürgerversicherung als Krankenversicherung für jedermann. Diese muss für Selbstständige, Beamte, Angestellte und Arbeiter solidarisch gestaltet und für Gut- und Geringverdiener gerecht gestaffelt werden. Auch Arbeitgeber müssen ihren Anteil daran leisten. Nur so wird es gelingen, die diesbezügliche
- 30 Zweiklassen-Gesellschaft abzuschaffen. Die Stellung der Pflegeberufe muss eine höhere Anerkennung erfahren und besser entlohnt werden.
- 35 Sicherstellung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum  
Dieses Thema möchten wir weiterfassen und mit Blick auf Telemedizin und digitale Technik neue Ideen entwerfen und umsetzen. Unter dem Motto „Aufsuchende
- 40 sozialmedizinische Betreuung“ kommt nicht der Patient zur ärztlichen Versorgung, sondern die ärztliche Versorgung zum Patienten. Die neue Bundesregierung muss für ein präventives mobiles Betreuungsangebot sorgen, das sozialmedizinische Akutversorgung bietet.
- 45 Innere Sicherheit stärken  
Eines der zentralen Bedürfnisse der Menschen ist in heutiger Zeit die Sicherheit: Neben der Sozialen Sicherheit, beispielsweise mit verlässlicher Rente, guter
- 50 Gesundheitsversorgung oder soliden Finanzen, wollen sich die Menschen auch in einem Gefühl der Inneren Sicherheit im klassischen Sinne wiegen können. Unser Land braucht in jeder Hinsicht gut ausgestattete Sicherheitskräfte sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene. Das gilt nicht bloß mit Blick auf den Terrorismus,
- 55 sondern auch den konsequenten Kampf und die klare Haltung gegen Radikale und Populisten, die unsere Demokratie in Frage stellen. Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit gehören zusammen und zwar für alle. Sie sind Grundlage unseres selbstbestimmten Lebens. Nur reiche Menschen können sich einen schwachen Staat leisten. Daher wollen wir einen starken solidarischen Staat, der den Schutzanspruch für alle Bürger durchsetzt. Aus diesem Grund haben wir die Einrichtung des
- 60 Aus- und Fortbildungszentrums der Bundespolizeiaka-
- 65

70 demie in Diez, die in diesem Jahr ihren Betrieb aufnimmt, begrüßt und fordern bereits heute den dauerhaften Verbleib einer Einrichtung der Bundespolizei in Diez. Weiterhin fordern wir auch den langfristigen Erhalt der noch existierenden Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Diez bzw. entsprechender Arbeitsplätze des Bundes in der Region. Gleiches gilt für den Erhalt eines starken Bundeswehrstandortes in Koblenz/Lahnstein sowie am Schloss Oranienstein in Diez: Die künftige Bundesregierung muss diese Einrichtungen erhalten! Die Bundeswehr und Bundespolizei vermitteln nicht nur ein Gefühl der Sicherheit, sondern sind zudem großer Arbeitgeber und stärken die Region. Nicht zuletzt profitiert von diesen Einrichtungen auch die heimische Wirtschaft.

Ausbau der Infrastruktur

85 Mobilität und gute Infrastruktur sind wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe sowie für wirtschaftliches Wachstum. Hierzu gehört neben der klassischen auch die digitale Infrastruktur. Im Rhein-Lahn-Kreis wird bis Ende des Jahres 2017 bereits massiv in den Breitbandausbau investiert und mit der Neuordnung der Busverkehre der ÖPNV im ländlichen Bereich erhalten und verbessert. Gerade die Bandbreiten werden sich aber weiterentwickeln. Hier muss der Bund den Städten und Gemeinden auch künftig unter die Arme greifen, damit man nicht der künftigen aktuellen Entwicklung hinterher hinkt. Aber auch die digitale Spaltung zwischen Stadt und Land muss überwunden werden. Unter der Überschrift „Arbeit 4.0“ kommen die Arbeitsplätze zu den Menschen, nicht umgekehrt. Dafür bedarf es klarer Regeln und klarer Absicherung sowie Unterstützung bei der Einrichtung von Heimarbeitsplätzen. Weitere Facetten müssen mit Unterstützung der künftigen Bundesregierung angegangen werden: Die Bahnhöfe sind beispielsweise die Visitenkarten unserer Städte und Gemeinden. Sie gilt es, überall einladend zu gestalten, zu sanieren und durchgängige Barrierefreiheit zu gewährleisten. Auch die digitale Vernetzung eines modernen ÖPNV muss vorgebracht werden, damit man beispielsweise an jeder Bushaltestelle und jedem Bahnsteig mittels Display aktuelle Fahrgast-Informationen zu seinem Verkehrsmittel erhält. In Regionen mit Ergänzungsbedarf zum ÖPNV muss der Bund im Rahmen seiner Daseinsvorsorge Mittel für die Finanzierung von Rufsystemen bereitstellen. Auch die Verbesserung der Mobilfunk-Versorgung bzw. des mobilen Internets im ländlichen Raum muss weiter vorgebracht werden: Die künftige Bundesregierung muss den Ausbau des Mobilfunks und des mobilen Internets im ländlichen Raum zu einem Schwerpunkt machen. Ohne Fördermittel und entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen können Städte, Gemeinden und Landkreise hieran nicht viel ändern. Sie brauchen den Bund als Partner. Daher ist die regionale Daseinsvorsorge als

Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz zu verankern.

- Erhalt der Lahn als schiffbare Bundeswasserstraße
- 125 Die gestoppten Abstufungspläne des Bundes zur Lahn dürfen nicht wieder aus der Schublade genommen werden. Ein Rückzug des Bundes aus der Trägerschaft hätte nicht nur gravierende Folgen auf den Unterhalt der Schleusen und Wehre und damit die Schiffbarkeit des
- 130 Flusses, sondern auch auf den Hochwasserschutz, Tourismus und die sonstige Wirtschaft im Lahntal, in dem viele Arbeitsplätze von der Existenz des Flusses als Bundeswasserstraße abhängen. Dies sollte in Einklang mit dem neuen Programm „Blaues Band“ – „Lebendige Lahn“ erfolgen, was für die Renaturierung von Bundeswasserstraßen mit dem Ziel eingerichtet worden ist, den naturnahen Lebensraum der Lahn in Einklang mit den Interessen der betroffenen Bevölkerung sowie weiteren Nutzerinnen und Nutzern wiederherzustellen. Ein ergebnisoffener und interaktiver Arbeitsprozess im Dialog zwischen den zuständigen Behörden und Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Interessengruppen sowie anderen Beteiligten soll noch in diesem Jahr beginnen.
- 145 Unterstützung der Bundesgartenschau 2031  
Wir gehen fest davon aus, dass nach der Erstellung einer Machbarkeitsstudie für eine BUGA im Mittelrheintal im kommenden Jahr auch eine erfolgreiche Bewerbung und damit der Zuschlag für die Region für das Jahr 2031
- 150 erfolgen. Wir wollen die BUGA 2031 im Mittelrheintal! Wir fordern hierfür und auf dem weiteren Weg bis zur Durchführung dieser "Infrastrukturmaßnahme" auch die Unterstützung der Bundesebene!
- 155 Weniger Bahnlärm und Alternativtrasse  
An Bahnstrecken ist es zu laut und gerade im Welterbe Oberes Mittelrheintal sind dieser Lärm und die Erschütterungen nicht mehr hinnehmbar. Die Bundesregierung hat die Alternativtrasse für den Güterverkehr im Mittelrheintal zur Verärgerung der Menschen und der Politik in der Region bislang nicht in den vordringlichen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplans aufgenommen, was für den Start der Planung unabdingbare Voraussetzung ist. Wir fordern die zügige Bewertung der Alternativtrasse und sodann die Anhebung in den vordringlichen Bedarf, dass die Planungen angegangen werden können! Bis dahin müssen neben der zügigen Umrüstung der Bremsen zur Lärminderung bis 2020 darüber hinaus Fahrverbote und Geschwindigkeitsbeschränkungen für laute Güterzüge sowie eine Erhöhung der Trassenpreise für entsprechende Fahrzeuge auf den Weg gebracht und weitere passive Lärmschutzmaßnahmen umgesetzt werden. Der Bund soll die jahrelangen Aktivitäten der Bürgerinitiativen endlich ernst
- 175 nehmen!

Fortentwicklung des Wohnbaus

180 Wir fordern die Einsetzung bzw. Weiterentwicklung eines Sozialen Wohnbaukonzeptes zur stärkeren Unterstützung der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnbauunternehmen, denn aktuelle Konzepte sind nicht zielführend. Zudem fordern wir den Ausbau und die Weiterentwicklung der Städtebauförderung, damit auch weiterhin Städte im Rhein-Lahn-Kreis davon profitieren können. Es bedarf zudem eines Bundesprogramms zur Förderung junger Familien, die Immobilien im ländlichen Raum erwerben möchten.

190 Förderung der Bildung  
 Es bedarf eines Bundesprogramms für die bessere Förderung von Kindertagesstätten und Grundschulen. Dies gilt insbesondere für den Ausbau der U 3 - Betreuung. Hierzu gehört auch der Einsatz von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen angelehnt an das Bildungs- und Teilhabepaket. Wir brauchen ein Pflichtfach "Neue Medien" und weitere Fortbildungsangebote, die die Medienkompetenz der Menschen verbessern.

200 Verbesserung der kommunalen Finanzen  
 Das Land Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen Jahren u. a. durch Änderungen im Landesfinanzausgleichsgesetz, durch den Kommunalen Entschuldungsfonds oder durch gezielte Projektangebote erste wichtige Schritte zur Stärkung der besonders belasteten Kommunen unternommen. Auch die Neuregelung des Bundesländer-Finanzausgleiches ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Wir fordern die künftige Bundesregierung auf, den Kommunen noch weitere Mittel des Bundes zur Verfügung zu stellen, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der kommunalen Familie noch mehr zu stärken und zukünftig nur Aufgaben auf die Kommunen zu übertragen, wenn auch entsprechende Finanzmittel mit übertragen werden!

215 Unterstützung des Sports  
 Wir fordern ein Bundesprogramm zur Stärkung von Sportvereinen, das die Verbesserung der Sportanlagen vorantreibt und die Vereine bei ihrer sportpädagogischen Arbeit unterstützt!

220 Familie im Wandel  
 Wir fordern die neue Bundesregierung auf, die rechtliche Gleichstellung für gleichgeschlechtliche Paare zu ermöglichen. Hierzu gehören die Öffnung der Ehe und gleiches Adoptionsrecht. Gleiche Rechte für alle sind die Grundlage demokratisch verfasster Rechtsstaaten.

230 Stärkung des Ehrenamts  
 Bürgerschaftliches Engagement ist in vielen Bereichen eine tragende Säule für unsere Gesellschaft. Die Aktiven bilden zudem eine bedeutende Grundlage für den Zusammenhalt in unserem Land. Das freiwillige Engagement aller Menschen muss entsprechende Würdigung

235 erfahren. Wir fordern die neue Bundesregierung auf, diesen Menschen weitere steuerliche Verbesserungen anzubieten und positive Anreize bei der späteren Berechnung der Rente zu schaffen!

*Antragsbereich Th/ Antrag 5  
Bezirk Nord-Niedersachsen*

**Vertrauen zurückgewinnen – Soziale Gerechtigkeit muss im Mittelpunkt des Bundestagswahlprogramms 2017 stehen**

Wir fordern den SPD Bundesvorstand auf, das Thema ‚Soziale Gerechtigkeit‘ in den Mittelpunkt des SPD Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2017 zu stellen. Nur so lässt sich die verlorene Glaubwürdigkeit der SPD als Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der sozial Schwächsten in unserer Gesellschaft wiedergewinnen. Dabei müssen insbesondere die folgenden Ziele explizit genannt werden:

- 10 • Kein weiteres Auseinanderklaffen der Einkommensentwicklung zwischen Reichen und Armen
- Wirksame Bekämpfung der Altersarmut, u.a. durch den Verzicht auf weitere Absenkungen des Rentenniveaus
- 15 • Keine weitere Privatisierung der Alterssicherung
- Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, u.a. durch eine Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen
- 20 • Bekämpfung der zunehmenden Kinderarmut, u.a. durch eine Anhebung der Hartz IV Sätze
- Wirksame Bekämpfung des Niedriglohnssektors, u.a. durch eine deutliche Anhebung des Mindestlohns und weitergehende Regulierung der Leiharbeit
- 25 • Einführung einer Finanztransaktionssteuer
- Stärkere Heranziehung hoher Einkommen, Kapitalerträgen und Vermögen zur Finanzierung staatlicher Aufgaben.
- Einführung der Bürgerversicherung
- 30 • Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung und Abschaffung der Zusatzbeiträge
- weitere Förderung des bezahlbaren Wohnraums

*Antragsbereich Th/ Antrag 6  
Unterbezirk Landshut (Landesverband Bayern)*

**Mehr Sozialdemokratie wagen! Unsere Anforderungen an das Bundeswahlprogramm der SPD für die Jahre 2017-2021**

Die SPD hat der Grossen Koalition erfolgreich ihren Stempel aufgedrückt und im Regierungsmodus wichtige

**Vertrauen zurückgewinnen – Soziale Gerechtigkeit muss im Mittelpunkt des Bundestagswahlprogramms 2017 stehen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Mehr Sozialdemokratie wagen! Unsere Anforderungen an das Bundeswahlprogramm der SPD für die Jahre 2017-2021**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 soziale Fortschritte durchsetzen können. Ob gesetzlicher Mindestlohn, abschlagsfreie Renten nach 45 Versicherungs-  
10 jahren, Mütterrente, Mietpreisregulierung, mehr Mittel für den Wohnungsbau oder erste Schritte zur Eindämmung der Leiharbeit – sozialdemokratische Kon-  
15 zepte haben die soziale Lage von vielen Millionen Menschen verbessert. Erstmals seit vielen Jahren wurde die neoliberale Logik des Abbaus der sozialen Bürgerrechte  
20 durchbrochen. Für den sozialdemokratischen Eintritt in die Regierung gilt deshalb mustergültig der alte Satz von Herbert Wehner: Jeder Schritt wirklicher Bewegung,  
25 demokratischer Bewegung und Arbeitnehmerbewegung ist wichtiger als noch so präzise ausgedachte Programmformulierungen.  
30 Wir wollen, dass aus diesen ersten Fortschritten ein echter Aufbruch wird für grundlegende wirtschaftliche und soziale Reformen in unserem Land. Die Menschen  
35 erwarten nicht nur von der Sozialdemokratie, sondern von der Politik überhaupt Antworten über den Tag hinaus. Denn es ist vieles aus den Fugen geraten, was in der  
40 Vergangenheit die Stabilität und soziale Sicherheit der Menschen garantiert hat. Die Mittelschicht schrumpft, die Einkommens- und Vermögensunterschiede nehmen  
45 zu und die Realeinkommen vor allem der unteren Einkommenshälfte stagnierten viel zu lange. Stabilität, soziale Sicherheit und das Aufstiegsversprechen auch  
50 für die kommende Generation sind längst keine Selbstverständlichkeiten mehr. Die Konzentration von Kapital und Vermögen in den Händen weniger und die Domi-  
55 nanz des Finanzkapitals und schaffen ein gefährliches Machtgefälle zwischen Wirtschaft und demokratischer Politik. Die Gegenwartsaufgabe der Sozialdemokratie  
besteht deshalb in der sozialen und ökologischen Bändigung des globalisierten Kapitalismus. Hier entscheidet sich, ob die soziale Demokratie erfolgreich erneuert und  
die soziale Balance wiederhergestellt werden kann.

40 Sozialdemokratische Parteien dürfen nicht zulassen, dass sich unsere Gesellschaften mehr und mehr in so-  
45 genannte „Postdemokratien“ verwandeln. In denen die wirklich finanzträchtigen und systemrelevanten Ent-  
scheidungen nicht mehr von den gewählten Volksver-  
50 tretungen getroffen werden. Sondern von schwach legitimierten Institutionen im Zusammenspiel mit den  
Wirtschaftseliten und den grossen Lobbyverbänden.  
Wir setzen deshalb auf eine Politik, die den Primat der  
55 Demokratie wiederherstellt und grundlegende soziale  
und wirtschaftliche Reformen auf den Weg bringt. Eine  
Politik, die

- zuverlässig dafür sorgt, dass der Wert der Arbeit in  
55 unserer Gesellschaft wiederhergestellt und die arbei-  
tende Mitte entlastet wird. Der gesetzlich Mindestlohn  
ist für uns das Startsignal für eine durchgehend bessere  
Lohnentwicklung. Er muss zudem deutlich angehoben  
werden. Wir setzen auf die Zurückdrängung des Niedrig-

60      lohnsektors, auf die Abschaffung der sachgrundlosen  
Befristung von Arbeitsverhältnissen und auf Lohn-  
gleichheit für Leiharbeitnehmer und zwischen Männern  
und Frauen. Wir wollen die kalte Progression abschaf-  
fen und damit den Leistungsgedanken stärken.

65      - die der wachsenden sozialen Kluft zwischen Arm und  
Reich mit wirksamen Maßnahmen entschlossen begeg-  
net. Dazu gehört die Beseitigung der Steuerprivilegien für  
Grosskonzerne und Kapitaleinkommen und die Wieder-  
einführung der Vermögenssteuer für Millionäre. Ar-  
beitseinkommen dürfen nicht mehr höher besteuert  
70      werden als leistungslose Kapitaleinkünfte. Zu einer  
Politik des Abbaus sozialer Ungleichheiten gehört auch  
eine Bildungsoffensive mit gleichen Bildungschancen  
für Kinder aus allen Schichten und Milieus. Eine Bil-  
dungspolitik, die Schluss macht mit der bestehenden  
75      Chancenvergabe nach sozialer Herkunft.  
- die für einen neuen Schub an Zukunftsinvestitionen in  
Deutschland sorgt: zur Sanierung der maroden Ver-  
kehrsinfrastruktur, zum ökologischen und digitalen  
Umbau der Industriegesellschaft sowie zur Modernisie-  
80      rung und Fortentwicklung unseres Bildungs- und  
Gesundheitswesens. Ohne eine echte finanzpolitische  
Wachstumsstrategie werden sich die gewaltigen Defizi-  
te in der Infrastruktur und im Bildungswesen zu einer  
schweren Hypothek für künftige Generationen und für  
85      das Wachstumspotential der Zukunft auftürmen. Staat-  
liche Überschüsse müssen investiert, die Schuldenbrem-  
se investitionsfreundlich reformiert werden.  
- die den Sozialstaat modernisiert, gerechter macht und  
finanziell auf ein tragfähige Grundlage stellt. Mit einer  
90      Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus, einer  
solidarischen Bürgerversicherung im Gesundheitswesen  
und einer breiten Förderung des sozialen Wohnungs-  
baus. Statt kurzsichtiger Beitragssenkungen muss die  
Finanzbasis der Sozialversicherung auf eine möglichst  
95      breite Grundlage gestellt werden. Die Finanzierungs-  
lasten dürfen nicht einseitig nur den Arbeitnehmern mit  
Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze aufge-  
bürdet werden. Die volle paritätische Finanzierung der  
gesetzlichen Krankenversicherung muss unverzüglich  
100      wiederhergestellt werden. Angesichts einer zunehmend  
kapitalintensiven und arbeitssparenden Produktions-  
weise müssen auch neue ergänzende  
Finanzierungsquellen erschlossen werden ( zB Wert-  
schöpfungsabgabe).

105      - die die bevorstehende Digitalisierung unserer Industrie  
und Gesellschaft für nachhaltiges Wachstum und sozia-  
len Fortschritt nutzt und die weitreichenden Verände-  
rungen, die auf die Arbeits- und Lebenswelt zukommen,  
strategisch und intelligent gestaltet. Die dafür sorgt,  
110      dass die im Zuge der Digitalisierung entstehenden neu-  
en Formen der Arbeitsorganisation von und im Interesse  
der Beschäftigten ausgestaltet werden. Dazu braucht es  
mehr Demokratie und Mitbestimmung in den Betrie-  
ben.

115 - die in ganz Europa den Vorrang der Demokratie gegenüber dem Finanzkapital wiederherstellt. Wir wollen den Einfluss von Grossbanken und den grossen Lobbyverbänden auf die demokratische Politik wirksam zurückdrängen. Europa braucht eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik, eine europaweite Harmonisierung der Konzernbesteuerung und endlich eine Finanztransaktionssteuer zur Beteiligung der Finanzbranche an der Kosten der Finanzkrise. Statt Sonderklagerechte für Konzerne in Freihandelsabkommen braucht es einen gerechten und auf Ausgleich angelegten Welt-  
 120 handel mit streng regulierten Finanzmärkten. Den neu aufkeimenden Nationalismus werden wir entschieden bekämpfen, denn er ist gefährlich und rückwärtsge-  
 125 wandt und wird die bestehenden Probleme nur verschärfen.  
 130

Wir Sozialdemokraten wollen einen echten Paradigmenwechsel einleiten. Einen wirtschaftlich-sozialen Politikwechsel, der sich leiten lässt von der wachsenden  
 135 Erkenntnis, dass soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Dynamik zusammengehören. Die Industrieländerorganisation OECD hat ermittelt, dass das deutsche Sozialprodukt um fast 6 Prozent höher liegen würde, wenn die Ungleichheit nicht so stark angewachsen wäre. Das Ausmaß an Ungleichheit bei Einkommen und vor  
 140 allem Vermögen hemmt und blockiert das Wirtschaftswachstum, weil zu viele Talente und Ressourcen ungenutzt bleiben. Eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen ist deshalb mehr denn je ein Gebot  
 145 der ökonomischen Vernunft. Nicht mit einer zum Dogma erstarrten Austeritätspolitik wird Wertschöpfung und wirtschaftliche Dynamik geschaffen, sondern mit einer mutigen Investitions- und Innovationspolitik, einer gleichmässigeren Einkommensverteilung und mehr  
 150 Bildungschancen für alle.

Wir haben den Anspruch, wieder den Kanzler in Deutschland zu stellen und werden uns keineswegs in der Rolle als Juniorpartner der Union dauerhaft einrichten. Dafür dürfen auch „Mehrheiten links der Mitte“  
 155 (Willy Brandt) kein Tabu sein.

Wir brauchen jetzt ein Solidarprojekt für Wachstum, Zukunftschancen und mehr sozialen Zusammenhalt. Wir wollen eine neue Politik für die arbeitende Mitte in Deutschland. Nicht zuletzt stehen wir dabei vor der  
 160 Bewährungsprobe, unser Demokratie-Modell gegen die Feinde der offenen Gesellschaft zu behaupten und zu stärken. All das, was unsere Demokratie auszeichnet - Toleranz und Solidarität, Freiheit, Liberalität und Sozialstaat – all das wird wieder jetzt wieder bedroht. Die  
 165 Feinde der offenen und solidarischen Gesellschaft stehen rechtsausen. Sie werden nicht durchkommen. Gegen die hässliche Kreuzung aus völkischem Nationalismus und purem Neoliberalismus setzen wir die Werte der Aufklärung, der Nächstenliebe und der Arbeiterbe-  
 170 wegung: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.



Antragsbereich Th/ **Antrag 7**  
 Ortsverein Hünxe (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

**Zeit für soziale Gerechtigkeit**

Der Bundesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschließt, folgende Punkte zum Themenfeld „Zeit für soziale Gerechtigkeit“ in das Regierungs- und Wahlprogramm für die Bundestagswahlen 2017 aufzunehmen:

5

1. Arbeit

Die Reduzierung der Arbeitslosigkeit ist primäres Ziel der Arbeitsmarktpolitik. Um dieses Ziel zu erreichen ist eine sachgerechte Steuerung des Arbeitsmarktes unerlässlich. Prekäre Arbeitsbedingungen sind zu bekämpfen, die Integration in den Arbeitsmarkt ist stärker zu fördern. Langfristig Beschäftigte Arbeitnehmer dürfen nicht in Zeitarbeitsverträge gezwungen werden, Minijobs sollen ausschließlich Schülern, Studenten, Praktikanten und anderen vergleichbaren Arbeitnehmern zumutbar angeboten werden, denn Menschen müssen von ihrer Arbeit ihre wirtschaftliche Existenz finanzieren können. Die Arbeitslosengeld II und Hartz IV Leistungen sind dringend nachzubessern. Leiharbeitsverträge sind in unbefristete Dauerarbeitsverträge umzuwandeln und der gesetzliche Mindestlohn ist angemessen zu erhöhen, auch um eine bessere Rentenversorgung zu ermöglichen.

10

15

20

25

2. Bildung

Akademisch ausgebildete Arbeitnehmer dürfen die Arbeitnehmer in den klassischen Ausbildungsberufen nicht länger fast vollständig verdrängen können, denn auch für Schüler/innen mit Hauptabschluss muss eine berufliche Ausbildung offen stehen, um einen Beruf zu erlernen, der ihnen die Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht, damit auch sie ihren wirtschaftlichen Lebensunterhalt bestreiten können. Das, auf das Abitur als allein wertvollen Schulabschluss ausgerichtete, Bildungssystem bedarf insoweit einer dringenden Reform. Auch bei G8 besteht dringender Reformbedarf. Den Gymnasien ist auch ein mittlerer Bildungsabschluss zu ermöglichen. Die Oberstufe bleibt bei Gymnasien bei zwei Jahren, an Gesamtschulen bei drei Jahren. An Gymnasien wird das Schuljahr in der Sekundarstufe 2, nicht in der Sekundarstufe 1 gestrichen.

30

35

40

Da gute Bildung immer noch von der finanziellen Situation der Eltern abhängt, benötigen wir mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an Schulen, die Kinder von Anfang an besser in den Schulalltag integrieren können. Mit Inklusion sind viele Schulen überfordert, vor allem, da ihnen ausgebildetes Personal fehlt. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Kinder durch Inklusion mehr Nachteile statt Vorteile haben.

45

50

In die Bildung muss mehr investiert werden, so dass die Chancengleichheit gewährleistet werden kann. Die

**Zeit für soziale Gerechtigkeit**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 55 Bildung muss kostenlos für alle sein, inklusive einer warmen Mahlzeit im Ganztagsbereich. Durch Förderprogramme an Schulen können dann auch die Kinder mitgenommen werden, deren Eltern sich keinen teuren Nachhilfeunterricht leisten können.
- 60 3. Steuern  
Wir fordern eine Besteuerung hoher Vermögen, auch bei der Erbschaftssteuer. Zugleich muss die Vermögensabwanderung durch geeignete Maßnahmen vermieden oder zumindest eingegrenzt werden. Steuerschlupflöcher müssen möglichst vollständig geschlossen und die
- 65 Steuerhinterziehung besonders bei hohen Geldbeträgen konsequent strafrechtlich verfolgt werden. Für Finanzgeschäfte soll eine Finanztransaktionssteuer und für alle größeren Unternehmen eine Maschinensteuer eingeführt werden.
- 70 Die Gehälter von Spitzenmanagern müssen auf ein vertretbares Maß begrenzt werden. Die Missverhältnisse zu den Gehältern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind eklatant. Auch sie haben einen wirtschaftlich angemessenen Lohn verdient.
- 75 4. Rente  
Die Altersdiskriminierung bei der Integration in den Arbeitsmarkt muss bekämpft werden. Der Berufs(wieder)einstieg muss dringend gefördert werden.
- 80 Die Kindererziehung sollte als Arbeit gewertet werden, damit kein Loch in der Renteneinzahlung entsteht. Wir brauchen ein neues Rentenkonzept, nämlich in der Form einer Bürgerversicherung mit einer Versicherungspflicht für alle Bürger bei gleichzeitiger Beseitigung der geltenden
- 85 Versicherungspflichtgrenze. Dafür ist eine langfristige Systemänderung nötig. Ein bedingungsloses angemessenes Grundeinkommen für alle sollte auf dem Hintergrund der technologischen Entwicklungen (Industrie 04) mit zu erwartenden gravierenden negativen
- 90 Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt dringend politisch gefordert oder zumindest diskutiert werden.
- 95 5. Gesundheit  
Die Kosten für Medikamente müssen gesenkt werden, außerdem brauchen wir ein paritätisch organisiertes Gesundheitssystem.
- 100 6. Zivilgesellschaft  
Die Zivilgesellschaft muss gestärkt und soziale Projekte gefördert werden. In Schulen müssen auch die sozialen Kompetenzen wieder vermittelt werden. Die soziale Gerechtigkeit muss in den Fokus der Politik gestellt werden.

*Antragsbereich Th/ Antrag 8  
 Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)*

**Zeit für Gerechtigkeit Der Münchner Beitrag zum Regierungsprogramm**

Die Grundwerte der SPD „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ sind heute so aktuell wie eh und je. Denn: die Ungerechtigkeiten und die Ungleichheiten nehmen weiter zu – in Bayern, Deutschland, in Europa und Weltweit.

5

Krisen und Kriege, Verfolgung und Migration, Hunger und Elend sowie Abbau von Demokratie und Freiheit sind die Folgen. Der Unterschied zwischen Arm und Reich wird größer anstatt kleiner. Auch im vergleichsweise gutsituierten München steigt die Zahl der Menschen, die sich Leben in der Stadt nur noch sehr schwer leisten können. Alle Anstrengungen der Kommunalpolitik können daran nur wenig ändern, wenn die Rahmenbedingungen im Freistaat oder im Bund nicht stimmen.

10

Mühsam erkämpfte Rechte, insbesondere Frauenrechte und die Achtung von Minderheiten sind in Gefahr. Immer mehr Menschen sind verunsichert und resigniert. Sie glauben, dass der Staat und die Demokratie ihre Erwartungen nicht mehr erfüllen können. Das gibt Rechtspopulisten, Nationalisten, Rassisten und religiösen Fanatikern Raum für vermeintlich einfache Antworten auf komplexe Probleme. Die Respektlosigkeit gegenüber einzelnen Bevölkerungsgruppen, die Geschichtsvergessenheit, die zunehmende

15

Entsolidarisierung und rücksichtsloser Nationalismus sind Sprengstoff für unsere Demokratie und unser Zusammenleben. Wir erleben gerade in der Türkei, in den USA aber auch in Polen und Ungarn, dass dumpfer Populismus zum Verlust von grundlegenden Rechten, zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft und am Ende zu mehr Unfreiheit und Ungleichheit führt.

20

Deshalb wollen und müssen wir die Ursachen für Ungerechtigkeit und Ungleichheit wirksam bekämpfen, die soziale Teilhabe aller verwirklichen und unsere freiheitliche und vielfältige Demokratie verteidigen. Eine konsequente Verfolgung der Klimaschutzziele der Pariser Klimaschutzkonferenz ist für uns unabdingbar.

25

In der zu Ende gehenden Legislaturperiode hat die SPD, obwohl sie der kleinere Partner in der Großen Koalition im Bund ist, wichtige Erfolge erzielt: die Stärkung der Kommunen, die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, die BAföG-Reform, Verbesserungen bei Rente und Pflege, bessere Rahmenbedingungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern, um nur einige Beispiele zu nennen. Vieles ist am Widerstand der Unionsparteien gescheitert, nicht zuletzt die zweite Mietrechtsreform, auf die wir in München so dringend warten. Die Bundestagsabgeordneten der CSU haben sich um die besonderen Probleme in der Landeshauptstadt nicht gekümmert.

35

Mit diesen Münchner Anforderungen an ein Regie-

40

45

50

**Zeit für Gerechtigkeit Der Münchner Beitrag zum Regierungsprogramm**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

55 rungsprogramm der SPD wollen wir - ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit - zentrale, unverzichtbare Maßnahmen benennen, mit denen eine von Martin Schulz sozialdemokratisch geführte Bundesregierung den gefährlichen Tendenzen wirksam begegnen und eine neue soziale und ökonomische Dynamik entfalten kann.

60 **Zeit für bezahlbare Wohnungen**

65 Die Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum ist die mit Abstand wichtigste soziale Frage in München, für die wir uns mit den Möglichkeiten der Kommunalpolitik seit jeher mit voller Kraft einsetzen. Mit der Durchsetzung der Sozialgerechten Bodennutzung, der Entwicklung des München-Modells auch für Durchschnittsverdienende und der Ausweisung von Erhaltungssatzungsgebieten hat die SPD wegweisende  
70 Maßnahmen durchgesetzt, damit das Wohnen in München bezahlbar bleibt. Dank unseres Einsatzes wurde in München kein städtischer Wohnraum verkauft. Im Gegenteil: Vor allem mit dem Erwerb von GBW-Wohnungen, die der Freistaat Bayern versilbert hat,  
75 konnten wir rund 1.200 Wohnungen mit über 76.000 Quadratmetern bezahlbaren Wohnraum retten – auch wenn das rund 330 Millionen Euro gekostet hat.

Aber trotz allen Engagements und aller Anstrengungen: Wir brauchen dringender denn je Bundesgesetze, die wieder für Ordnung auf dem Wohnungs- und Grundstücksmarkt sorgen. **Deshalb fordern wir:**

- 85 • Verfassungskonforme Regelungen, die Grundstückspreise den freien Kräften des Marktes und dem Druck auch ausländischer Investoren und Kapitalanlegern entziehen und Grundstückspreise deckeln können;
- die Einführung einer Bodenwertabgabe zugunsten der Kommunen (Planungswertzuwachsabgabe) durch Bundesgesetz,
- 90 • ein neues Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz mit folgenden Eckpunkten:
  - 95 ○ mindestens 100.000 zusätzliche günstige und sozial gebundene Wohnungen als Ziel pro Jahr in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt;
  - Schaffung eines vielfältigen Marktes von Baugenossenschaften und Bauvereinen, kommunalen Wohnungsgesellschaften aber auch privaten Vermieterinnen und Vermietern für dauerhaften bezahlbaren Wohnraum – ohne Auslaufen von Bindungen und mit praktikablen Regelungen für Fehlbelegungen;
  - 100 ○ Gewährung einer einmaligen Investitionszulage zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten für jeden Quadratmeter; Bereitstellung von Baugrundstücken mit ei-
  - 105

- 110                   nem limitierten Erbbauzins;
- Befreiung von Wohnungsunternehmen und -gesellschaften für ihre gemeinnützige Tätigkeit von der Grunderwerbssteuer, der Gewerbesteuer und der Körperschaftsteuer;
- 115                   ○ Verhinderung von Missbrauch und Mitnahmeeffekten durch ausreichende Kontrolle und Berichtspflichten.
- eine Reform der Grundsteuer und die Wiedereinführung der Grundsteuer C als Instrument zur Mobilisierung von Bauland und zur Eindämmung der Bodenpreisspekulation;
- 120
- eine grundsätzliche Änderung der Liegenschaftspolitik des Bundes durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) und das Bundeseisenbahnvermögens (BEV). Statt Verkauf zum Höchstgebot wollen wir eine Konzeptorientierung. Kommunen ist dabei ein Vorkaufsrecht nach dem Ertragswertverfahren einzuräumen;
- 125
- mehr Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung und eine effektive Kontrolle der tatsächlichen Zweckbindung dieser Gelder;
- 130
- ein generelles Vorkaufsrecht für Kommunen, nicht nur in Erhaltungssatzungsgebieten. In Gebieten erhöhten Wohnungsbedarfs erhalten die Gemeinden das Recht, durch Satzung das gesamte Gemeindegebiet oder Teile davon festzulegen, in denen die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen nicht erlaubt ist (Umwandlungsverbot);
- 135
- die Wiedereinführung des §7k des Einkommensteuergesetzes, also der degressiven Sonderab-schreibung für den privaten Mietwohnungsbau mit sozialer Bindung;
- 140
- eine Reform der Bauvorschriften hinsichtlich kostensteigernder Regelungen und Energiestandards, die den Mietwohnungsbau unnötig verteuern; hinsichtlich einer Beschleunigung der Verfahren vor allem bei der Erstellung von Bebauungsplänen und hinsichtlich einer Stärkung der Planungsmöglichkeiten und Planungshoheit der Kommunen;
- 145
- eine Nachjustierung bei der Mietpreisbremse. Dabei ist vor allem eine für Vermieterinnen und Vermieter verbindliche Verpflichtung aufzunehmen, Neumiet-erinnen und Neumieter gegenüber die vorherige Miete offenzulegen. Rückforderungen der Mieterin oder des Mieters sind unabhängig vom Zeitpunkt der Rüge rückwirkend ab Mietbeginn zu ermöglichen. Auch Neubauten oder umfassend modernisierte Wohnungen sollen in die Regelungen der Mietpreisbremse mit einbezogen werden. Die sich abzeichnende Praxis der Umgehung der Mietpreisbremse durch Zuschläge für die (Teil-)Möblierung der Wohnungen gilt es zu unterbinden. Es braucht Sanktionen für VermieterInnen, die gegen die Vorgaben der Mietpreisbremse verstoßen;
- 150
- 155
- 160

- 165 • eine grundlegende Reform bei der Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete (Mietspiegel), um tatsächlich alle vorhandenen Mietwohnungen einbeziehen zu können; grundsätzlich sollen Mietspiegel als qualifizierte Mietspiegel erstellt werden;
- 170 • eine Abschaffung der Umlagefähigkeit von Modernisierungskosten auf die Mieter, zumindest aber eine erhebliche Reduzierung des Prozentsatzes, eine zeitliche Befristung bis zur Amortisierung und eine wirksame Härtefallregelung;
- 175 • das Kündigungsrecht des Vermieters wegen Eigenbedarfs wird deutlich eingeschränkt (z. B. nur möglich für in gerader Linie Verwandte, nicht für BGB-Gesellschaften und Gemeinschaften, nicht für „Zweitwohnungen“);
- 180 • Kosten bei der Anbringung von Wärmedämmung auf Mehrfamilienhäuser sind als Klimaschutzkosten zu definieren, an deren Finanzierung sich Vermieter und die öffentliche Hand angemessen zu beteiligen haben;
- 185 • eine Reform des § 291 StGB, um einen effektiven strafrechtlichen Schutzmechanismus vor Mietwucher zu schaffen;
- 190 • eine Reform der Betriebskostenverordnung mit dem Ziel, nicht-verbrauchsabhängige Kosten, wie z. B. Grundsteuer und Sachversicherungen, nicht mehr als Betriebskosten auf die Mieterinnen und Mieter umzulegen;
- einen Milieu- und Mieterschutz auch für kleine Gewerbebetriebe.

195 **Zeit für gerechte Rente und Altersvorsorge**

200 Gerade in München mit seinen hohen Lebenshaltungskosten ist die Gefahr, im Alter den gewohnten Lebensstandard nicht mehr halten zu können oder gar auf Grundsicherung angewiesen zu sein, besonders hoch. Die umlagefinanzierte und beitragsbezogene gesetzliche Rentenversicherung hat sich bewährt und sich gerade in schwierigen Zeiten als stabiler Anker erwiesen.

205 Allerdings müssen die negativen Auswirkungen der vergangenen Rentenreformen auf das Rentenniveau, das steigende Risiko von Altersarmut insbesondere bei Erwerbsgeminderten, Langzeitarbeitslosen, Geringverdienern und nicht abgesicherten Selbständigen überprüft und erforderliche Gegenmaßnahmen zielgerichtet auf den Weg gebracht werden. Darüber hinaus muss die gesetzliche Rentenversicherung auf den Wandel der Erwerbsformen und die sich verändernden Erwerbsverläufe mit Brüchen in den Erwerbsbiographien und wiederholten Bildungsanstrengungen angepasst werden.

215 Die gesetzliche Rentenversicherung muss für langjährig Versicherte wieder lebensstandardsichernde Leistungen bieten. Betriebliche und private Vorsorge können höchstens eine zusätzliche Vorsorge zur ausreichenden gesetzlichen Rente sein. Eine weitere Anhebung des ge-

220 setzlichen Renteneintrittsalters lehnen wir aus heutiger Sicht ab.  
 Zur Bekämpfung der Altersarmut bedarf es auch einer neuen Lösung außerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung, in dem der Leistungsanspruch an die erbrachte Beitragsleistung zur gesetzlichen Rentenversicherung anknüpft und sich die Höhe gleichzeitig am Bedarf der berechtigten Rentnerinnen und Rentner orientiert. So werden mit der Solidarrente die wesentlichen Nachteile früherer Modelle, die ebenfalls eine Besserstellung von Geringverdienern bewirken sollten, vermieden.

225 Mit der Solidarrente soll die Lebensleistung insbesondere von Geringverdienern und Menschen, die Angehörige gepflegt oder Kinder erzogen haben, honoriert werden und ein regelmäßiges Alterseinkommen oberhalb des regionalen Grundsicherungsbedarfs gesichert werden.

230 Dafür soll die aus eigener Beitragszahlung erworbene Rente um einen Zuschlag so erhöht werden, dass der Rentenzahlbetrag mindestens 10 % über dem regionalen durchschnittlichen Grundsicherungsbedarf liegt.

235 Besonders hohe Lebenshaltungskosten in Ballungsräumen wie München müssen dabei berücksichtigt werden. Die Solidarrente soll dafür als neue Leistung außerhalb des Renten- und Sozialhilferechts angelegt werden. Für die Verwaltung soll auf bestehende Leistungsträger zurückgegriffen werden. Auf diese Weise werden Brüche im bestehenden Versicherungssystem vermieden.“

**Deshalb fordern wir:**

- 250 • die vollständige Finanzierung aller der gesetzlichen Rentenversicherung übertragenen gesamtgesellschaftlichen und nicht durch Beiträge gedeckten Leistungen, wie Mütterrente, Ost-West-Angleichung, usw. aus Steuermitteln;
- 255 • die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung und die Einführung einer Abgabepflicht für die Betreiber von Maschinen und Techniken, die menschliche Arbeitsplätze verdrängen. Die Abgabe soll an der mit diesen Robotern erzielten Wertschöpfung oder einem fiktiven "Stundenlohn" bemessen werden und wie ein Steuerzuschuss dem System der gesetzlichen Sozialversicherung zufließen;
- 260 • die Einführung einer Solidarrente für langjährig Versicherte, die deren Lebensleistung insbesondere von Geringverdienern und Menschen, die Angehörige gepflegt oder Kinder erzogen haben, honoriert und ein regelmäßiges Alterseinkommen oberhalb des regionalen Grundsicherungsbedarfs sichert. Die Regelbedarfe sind in teuren Ballungszentren wie München anzuheben.
- 270 • bis zur Reform der Minijobs die Streichung des derzeit möglichen individuellen Verzichts auf die Rentenversicherungspflicht bei niedrigen Einkommen (Opt-out bei Minijobs beenden;)
- 275 • bessere Bewertung von Pflegezeiten in der Renten-

- versicherung (finanziert durch Pflegeversicherung);
- eine rentenrechtliche Bewertung von Aus- und Fortbildungszeiten sowie Zeiten des ALG II-Bezugs;
- die Abschaffung der Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten;
- die Wiedereinführung einer angemessen ausgestalteten Berufsunfähigkeitsrente mit einer weitgehend der vor der Reform des Jahres 2001 geltenden Regelung in der Definition der Berufsunfähigkeit entsprechend § 43 Abs. 2 SGB VI alter Fassung, der Prüfung der sozialen Zumutbarkeit einer anderweitigen Tätigkeit, d. h. Berufsschutz entsprechend dem von der Rechtsprechung entwickelten Mehrstufenschema, in den Anspruchsvoraussetzungen für eine Berufsunfähigkeitsrente und in der Bemessung der Rentenhöhe;
- die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung durch eine Wiederanhebung des Sicherungsniveaus auf mindestens 50%;
- die Abschaffung der sozialversicherungsfreien Entgeltumwandlung;
- Vertrauensschutz der bestehenden Riester-Verträge;
- die vollständige Mitnahmemöglichkeit bereits bestehender betrieblicher Altersvorsorge bei einem Wechsel des Arbeitgebers;
- die Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung für Zusatzbeiträge;
- die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung hin zu einer zukunftsfesten Erwerbstätigenversicherung, in die sofort alle nicht obligatorisch abgesicherten Selbständigen, Freiberufler usw. ohne ausreichende Altersvorsorge, sowie Abgeordnete einbezogen werden. Mittelfristig sollen nach einem Stichtag alle danach neu Erwerbstätigen (auch Beamte, Ärzte und Rechtsanwälte) einbezogen werden;
- eine vorgezogene Beitragssatzanhebung (paritätisch) zum Aufbau einer Finanzierungsrücklage;
- die deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze;
- eine deutliche Anhebung des Schonvermögens je Lebensjahr in der Grundsicherung.

320 **Zeit für bessere Pflege**

In einer urbanen Großstadt wie München begegnen sich Menschen mit völlig unterschiedlicher Absicherung im Krankheits- oder Pflegefall besonders häufig, Unterschiede und Ungerechtigkeiten fallen besonders auf. Pflegenden Angehörigen brauchen mehr Unterstützung, Beratung und eine Entlastung von Bürokratie. Die Landeshauptstadt München hat unter einer sozialdemokratischen Führung in vielem vorgemacht, wie Menschen im Fall einer (drohenden) Pflegebedürftigkeit unter-



- stützt werden sollen. Insbesondere müssen sie gut beraten und begleitet werden – vor allem auch, wenn sich keine Angehörigen um sie kümmern können. Dazu gehört ein gutes Netz von Beratungsstellen sowie Alten- und Service-Zentren. In den Heimen unterstützt die Landeshauptstadt München durch freiwillige Leistungen unter anderem den Heimaufnahmeprozess und die soziale Betreuung.
- 335
- 340 Die Personalausstattung der Krankenhäuser ist unzureichend. Darunter leidet die Gesundheit der Beschäftigten und die der Patienten. Krankenhäuser mit den geringsten Personalkosten und den schlechtesten Arbeitsbedingungen stehen finanziell am besten da.
- 345 Trotz der Pflegestärkungsgesetze bleibt im stationären Bereich noch viel zu tun. Verlässliche Dienstpläne sind die Voraussetzung für ausgeruhte und engagierte Altenpflegerinnen und Altenpfleger und eine gute Pflege. Es darf nicht sein, dass nur noch durch teure und qualitativ schlechtere Zeitarbeitskräfte die gesetzlich vorgeschriebene Fachkraftquote erfüllt wird und der Betrieb aufrechterhalten werden kann.
- 350 Die gesetzliche Pflegeversicherung muss so ausgestattet sein, dass Pflegeleistungen auskömmlich für alle Menschen finanziert werden können, ohne in immer umfangreicheren Maß auf die – kommunal finanzierte – Sozialhilfe zurückgreifen zu müssen.
- 355 Daher wollen wir auch in der Pflegeversicherung eine Versicherungspflicht für alle in einer Bürgerversicherung mit einheitlichen Rahmenbedingungen gestalten, in die alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen, unabhängig von der Art ihres Einkommens, jedoch entsprechend ihrer jeweiligen Leistungsfähigkeit. Wenn auch Wohlhabende (stärker als bisher) in die Versicherung einzahlen, kann der Beitragssatz stabil bleiben. Gleichzeitig kann das Leistungsspektrum erweitert werden, z.B. um den Eigenanteil an den Pflegekosten zu verringern. Viele nationale und internationale Studien zeigen, dass es einen engen Zusammenhang zwischen guter Personalausstattung und Behandlungserfolgen gibt.
- 360
- 365 Der Wettbewerb um Personalkosten muss beendet werden. Eine ausreichende Finanzierung des erforderlichen Personals ist sicherzustellen. Nur eine gesetzliche Personalbemessung bietet für alle Krankenhäuser die gleiche Ausgangslage. **Deshalb fordern wir:**
- 375
- eine Abkehr von den Fallpauschalen in den Krankenhäusern und eine Reform deren Finanzierung. Dabei müssen vor allem kommunale Krankenhäuser mit ihrem umfangreichen Angebot der Grundversorgung gestärkt werden.
- 380
- eine gesetzlich geregelte Personalbemessung der Krankenhäuser;
  - eine Bemessungs- und Finanzierungsgrundlage für die Beiträge zur Pflegeversicherung, die alle Einkommensarten miteinbezieht;
- 385
- eine umfassende, wohnortnahe Versorgung mit Alters- und Palliativmedizin sowie einer bedarfsge-

- 390
  - rechten Zahl von Hospizen;
  - eine Aufwertung der Pflegeberufe und insbesondere des Ansehens, der Bezahlung und der Rahmenbedingungen der Altenpflege und eine einheitliche, kostenfreie Aus- und Weiterbildung;
  - Verbesserungen für pflegende Angehörige;
- 395
  - eine Grundversorgung notwendiger Heil- und Hilfsmittel ohne Zuzahlungen;
  - eine weitere Stärkung der ambulanten Pflege und eine verbesserte Förderung innovativer, wohnortnaher Pflegemodelle;
- 400
  - eine Stärkung der Rolle der Kommunen in der Grundversorgung und Beratung von pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen;
  - eine Grundfinanzierung von kommunalen Netzwerken der Beratung und Versorgung von pflegebedürftigen Menschen durch den Bund;
- 405
  - eine umfassende, wohnortnahe Versorgung mit Alters- und Palliativmedizin sowie bedarfsgerecht wesentlich mehr Hospizen;
  - eine Aufwertung der Pflegeberufe und eine einheitliche, kostenfreie Aus- und Weiterbildung.
- 410

**Zeit für die Bürgerversicherung**

415
 Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und die gesetzliche Pflegeversicherung verzeichnen eine strukturelle Einnahmenschwäche, die derzeit durch die dauerhaft gute konjunkturelle Entwicklung überlagert wird. Diese strukturelle Einnahmenschwäche wird durch die Beitragsbemessungsgrenze, die Begrenzung auf Lohn- und Erwerbseinkommen und durch die Risikoselektion zugunsten der Privaten Krankenversicherung hervorgerufen.

420
 Konjunkturelle Krisen werden jedoch auf die ausschließlich von den Versicherten zu zahlenden Zusatzbeiträge durchschlagen.

425
 Gleichzeitig gibt es in der GKV Gerechtigkeitsdefizite wie eine gleich hohe Belastung bei gleich hohem Einkommen bei unterschiedlichen Versichertenzahlen, der Belastung von Einkommen aus unselbstständiger Arbeit aber nicht von Einkommen aus Vermögen, eine unterschiedlich hohe Belastung bei unterschiedlich hohem Einkommen, einer regressiven Wirkung der Beitragsbemessungsgrenze.

430
 Die Defizite der Trennung in gesetzliche und private Versicherung treten immer deutlicher hervor. Daher wollen wir eine Versicherungspflicht für alle in einer Bürgerversicherung mit einheitlichen Rahmenbedingungen gestalten, in die jeder Bürger einzahlt, unabhängig vom Einkommen. Wenn auch Wohlhabende in die Versicherung einzahlen, kann der Beitragssatz sinken und Unternehmen und Arbeitnehmer können entlastet werden. Nur so kann die Ungleichbehandlung aufgehoben und die negative Risikoauslese abgeschafft werden.

435

440

445 Für diesen Kurs gibt es keine grundsätzlich sozial- und verfassungsrechtlichen Bedenken. Allerdings gibt es keine Regelungskompetenz des Bundesgesetzgebers für Beamte der Bundesländer, und Altverträge müssen einen verfassungsrechtlichen Schutz genießen.

450 Daher besteht die Notwendigkeit der Organisation eines Übergangs, der u.a. ein befristetes Wahlrecht für Altverträge enthält und die Mitnahme der Altersrückstellungen garantiert. **Deshalb fordern wir:**

- die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung in der Krankenversicherung,
- 455 • die deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze,
- die Möglichkeit für Beamte auf Bundesebene über eine Sonderregelung in eine Bürgerversicherung einzutreten,
- 460 • dass die Bürgerversicherung auch für Kleinselbstständige bezahlbar sein muss, daher muss die Mindestbemessungsgrundlage abgesenkt werden,
- die Beitragspflicht aller Einkommensarten, da die
- 465 Anteile von Einkommen aus Vermögen immer stärker steigen. Diese Verbeitragung ist über die Finanzbehörden abzuwickeln,
- dass es darüber hinaus wie 2013 einen Schuldenerlass für säumige BeitragszahlerInnen geben muss.
- 470 • eine Grundversorgung notwendiger Heil- und Hilfsmittel ohne Zuzahlungen.

**Zeit für Ordnung auf dem Arbeitsmarkt**

475 Der Arbeitsmarkt in der Landeshauptstadt zeichnet sich auf den ersten Blick eher durch einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften als durch Arbeitslosigkeit aus. Aber bei näherer Betrachtung wird schnell klar, dass dieser Eindruck nur die halbe Wahrheit ist.

480 Existenzsichernde Erwerbsarbeit ist die Voraussetzung für gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und ein gutes Leben. Doch das Normalarbeitsverhältnis – Vollzeit, sozialversicherungspflichtig, tariflich abgesichert, unbefristet und Existenz sichernd - wird mehr und mehr

485 durch prekäre Beschäftigung – Teilzeit, geringfügige und/oder befristete Beschäftigung, Leiharbeit sowie ohne Tarifbindung zurückgedrängt.

Gleichzeitig möchten immer mehr Menschen Beruf und Familie partnerschaftlich vereinbaren. Aber nur die

490 wenigsten können dieses Partnerschaftsmodell leben. Während Männer in der Regel ihre Arbeitszeit für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerne reduzieren möchten, stecken Frauen meist unfreiwillig in der Teilzeitfalle fest. Über die Hälfte der erwerbstätigen Frauen - zum ganz großen Teil Mütter - arbeiten häufig

495 unfreiwillig Teilzeit. Damit ist in vielen Fällen weder die eigene Existenzsicherung noch die der Kinder möglich. Teilzeitbeschäftigte arbeiten häufig unter ihrer Qualifikation, werden schlechter bezahlt als Vollzeitkräfte, haben kaum Möglichkeiten zur betrieblichen oder über-

- 500 betrieblichen Weiterbildung und werden beim beruflichen Aufstieg wegen ihrer Arbeitszeit kaum berücksichtigt. Dies führt am Ende eines Erwerbslebens in der Regel zu nicht existenzsichernden Rentenansprüchen.
- 505 Wegen der immer noch einseitig den Frauen zugeschriebenen Verantwortung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben auch in Vollzeit erwerbstätige Frauen trotz bester Qualifikation kaum Chancen eine Führungsposition auszuüben. Darüber hinaus werden überwiegend von Frauen ausgeübte Tätigkeiten in der
- 510 Regel schlechter bewertet und bezahlt als die von Männern ausgeübten Tätigkeiten. Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern beträgt derzeit 21%, die Rentenlücke sogar über 50%. Aber nicht nur die Erwerbsarbeitszeiten sind ungleich verteilt, sondern auch die unbezahlte
- 515 Sorgearbeit im Haushalt, bei der Kindererziehung oder der Unterstützung pflegebedürftiger Angehöriger. Aber auch die Arbeitsbedingungen haben sich verändert und sind noch immer nicht alters- und altersgerecht ausgestaltet. Im Gegenteil! Die Arbeitsverdichtung hat
- 520 zugenommen – sowohl in der Industrie als auch im Dienstleistungssektor. Ebenso wie die Erwartung der Allzeitverfügbarkeit für den Betrieb. Auch die Digitalisierung trägt zur Entgrenzung von Arbeit und Leben bei. Dadurch wird die Balance immer schwieriger und immer
- 525 mehr Beschäftigte fühlen sich überfordert. Für Langzeitarbeitslose stehen auf dem Arbeitsmarkt zu wenig Beschäftigungsmöglichkeiten zur Verfügung. Aber auch sie haben das Anrecht darauf, mit Arbeit ihre eigene Existenz zu sichern. Es ist sinnvoller Arbeit statt
- 530 Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass zwischenzeitlich erkannte Fehler der Agenda 2010 weiter korrigiert werden müssen. Der gesetzliche Mindestlohn war ein erster Schritt, die Verlängerung der Bezugszeiten für Arbeitslosengeld I ist
- 535 aus unserer Sicht der dringendste nächste. Gerade für Menschen, die im fortgeschrittenen Alter unverschuldet arbeitslos werden, braucht es Perspektiven. Der demographische Wandel stellt uns vor große Herausforderungen: Immer mehr ältere Menschen haben
- 540 zu Recht den Eindruck, dass ihre Lebensleistung im Alter nicht ausreichend anerkannt und gewürdigt wird. Landflucht, hohe Mieten in den Ballungsräumen, Unterversorgung auf dem Land, Ungleichheit der Lebensverhältnisse in finanzstarken und –schwachen Kommunen, die
- 545 Zwei-Klassen-Medizin und mangelnde medizinische Versorgung in der Fläche führen zu sozialer Ausgrenzung und verhindern gesellschaftliche Teilhabe für alle. Wir wollen wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt herstellen und den Beschäftigten wieder Sicherheit geben.
- 550 Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt durchsetzen und damit mehr Menschen eine partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Gute Arbeit und an die Bedürfnisse der Beschäftigten
- 555 ausgerichtete Arbeitszeiten sind Voraussetzung für ein

gutes Leben und gleiche Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Wir wollen Langzeitarbeitslosen eine Perspektive geben.

560 Zu einem guten Leben und gesellschaftlicher Teilhabe für alle gehören auch bezahlbares Wohnen und eine gute medizinische und pflegerische Versorgung. Wir wollen die fortschreitende Digitalisierung zum Vorteil aller Beschäftigten mitgestalten, damit sie nicht zu schlechteren Arbeitsbedingungen führt. **Deshalb fordern wir:**

565

- Einen armutsfesten Mindestlohn - ohne Ausnahmen und mit wirkungsvollen Kontrollen - von dem sich auch in München leben lässt;

570

- die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung sowie die Einschränkung der Befristungsgründe;

- die Einführung der befristeten Teilzeit mit einem Rückkehrrecht zur früheren Arbeitszeit;

575

- die Reform der Minijobs auf Basis des DGB-Modells;

- eine intensivere und praxistaugliche Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit, Werkverträgen und Scheinselbstständigkeit. Der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort muss eingehalten werden;

580

- die Vereinfachung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen z. B. in Firmen mit vielen prekär Beschäftigten;

- die Durchsetzung von Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt durch wirksame Kontrollen des Arbeits- und Sozialrechts sowie eine bessere und bundesweite Koordinierung;

585

- eine generelle Arbeitszeitverkürzung;

- die Einführung der Familienarbeitszeit für Eltern und pflegende Angehörige, die als Lohnersatzleistung ausgestaltet werden soll;

590

- die Einführung der Wahlarbeitszeit (Wahlarbeitsgesetz);

- die Inklusion von Menschen mit Behinderung;

595

- den Ausbau der frühkindlichen Ganztagsbetreuung und einen Rechtsanspruch auf einen Ganztags-schulplatz;

- gebührenfreie Bildung von der Kinderkrippe über Studium und Ausbildung bis zur Weiterbildung;

600

- bis zur Verwirklichung der Gebührenfreiheit, die steuerliche Gleichbehandlung von Arbeitgeberzuschüssen zu Hortplätzen mit denen für Kita-Plätze;

- die Weiterentwicklung des Lohntransparenzgesetzes zu einem Entgeltgleichheitsgesetz, in dem alle Beschäftigten erfasst werden, verbindliche Kriterien für Prüfverfahren, verbindliche Verfahren zur Herstellung der Entgeltgleichheit und zur Bewertung gleichwertiger Arbeit sowie ein Verbandsklagerecht vorgesehen werden;

605

- von den Tarifvertragsparteien ihre Tarifverträge auf direkte und indirekte Diskriminierung zu überprüfen und diskriminierungsfrei auszugestalten;

610

- die Aufwertung sozialer Berufe;
- ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, mit dem der Anteil der Frauen in den höheren Unternehmensebenen gesteigert wird;
- eine feste Quote für börsennotierte oder mitbestimmte Unternehmen für Vorstände und Aufsichtsräte, mit dem Ziel in zwei Schritten Parität zu erreichen;
- einen Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung, sowie eine härtere Bestrafung von Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit und Betriebsratsgründungen (Union-Busting);
- die Verhinderung der Zergliederung der Betriebe in viele kleine neue Firmen. Beschäftigte dürfen durch Umstrukturierung nicht entrechtet werden.
- die Stärkung und Unterstützung der Tarifvertragsparteien;
- die Beschäftigten bei den Kirchen müssen endlich arbeits-, tarif-, betriebs- und mitbestimmungsrechtlich mit allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gleichgestellt werden;
- einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, sowie die finanzielle Förderung der regionalen Arbeitsmärkte;
- Konzept der Bedarfsgemeinschaften für Arbeitslose auf Angemessenheit überprüfen und Streichung von sämtlichen Sanktionen im Rechtskreis SGB II, die das Existenzminimum berühren
- eine Streichung der Ungleichbehandlung unter 25jähriger HilfeempfängerInnen im Rechtskreis SGB II;
- eine deutliche Verlängerung der Bezugszeiten von Arbeitslosengeld I, vor allem für ältere Menschen bzw. langjährig Versicherten;
- die Anhebung der Regelsätze in den Rechtskreisen SGB II und SGB XII auf ein neu zu berechnendes soziokulturelles Existenzminimum;
- Konzepte für die Integration geflüchteter Menschen in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt;
- die Regulierung der Plattformarbeit;
- die Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte mit Blick auf die Digitalisierung und Globalisierung;
- wirksamen Schutz von Whistleblowern.

**Zeit für gerechte Steuern**

- 660 Die Daseinsvorsorge muss gerecht finanziert werden – niemand weiß das besser, als wir in der größten Kommune Deutschlands. Wir haben keinen Teil der Daseinsvorsorge privatisiert, aber wir sind auf ausreichend hohe und zuverlässige staatliche Zuschüsse angewiesen,
- 665 nicht zuletzt beim Erhalt und Ausbau der Infrastruktur in unserer rasant wachsenden Stadt. Dabei müssen die starken Schultern mehr tragen als die Schwachen. Da-

rüber hinaus dürfen steuerliche Regelungen insbesondere im Einkommensteuerrecht tradierte Rollenmuster nicht verfestigen.

670 Die aktuellen fiskalischen Spielräume müssen genutzt werden, um notwendige und zukunftsweisende Investitionen in Bildung und Infrastruktur zu leisten. Darüber hinaus müssen wir die Spielräume nutzen, um die zu

675 erwartenden Herausforderungen des demographischen Wandels lösen zu können. Das verstehen wir unter Generationengerechtigkeit.

Seit vielen Jahren steigt die Ungleichheit in Einkommen und Vermögen an. Studien des Nobelpreisträgers Stiglitz

680 und anderer zeigen, dass Ungleichheit schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung eines Staates ist. Sie ist aber vor allem ungerecht.

Der Steuersenkungswettbewerb innerhalb der EU ebenso wie die jüngsten Pläne der britischen Regierung für

685 eine Steuersenkung für Konzerne zerstören die Handlungsfähigkeit der Staaten, unzählige Arbeitsplätze und am Ende unseren Wohlstand.

Wir wollen Steuergerechtigkeit wiederherstellen und mehr Handlungsspielraum zur Sicherung und zum Aus-

690 bau der staatlichen Daseinsvorsorge in den Bereichen der Bildung, der Betreuungs-, Verkehrs- und digitalen Infrastruktur, der finanziellen Ausstattung der Kommunen und zur Unterstützung der Aufgaben im Zusammen-

695 hang mit dem demographischen Wandel zu erlangen. Zur Stärkung der Kommunalfinanzen soll auch der schädliche Wettbewerb um niedrigere Gewerbesteuerhebesetze zwischen den Kommunen eingedämmt werden. Wir fordern die Erhöhung des im Jahr 2004 durch

die rotgrüne Bundesregierung eingeführten Mindestbesatzes.

700 Wir wollen ein sozialverträgliches Steuerrecht. Wir wollen damit die Grundlage für ein erfolgreiches und erfülltes Zusammenleben und gesellschaftliche Teilhabe für alle schaffen.

705 **Deshalb fordern wir im Einkommenssteuerrecht:**

- den Umstieg vom Ehegattensplitting zur Individualbesteuerung, wobei die gegenseitige Unterhaltsverpflichtung steuerfrei bleibt. (Stichtagsregelung mit Bestandsschutz für vor
- 710 Stichtag geschlossene Ehen); die Lohnsteuerklassen sind entsprechend anzupassen;
- Verbesserungen für Alleinerziehende und insbesondere Geringverdienende;
- 715 • die Abschaffung der Abgeltungsteuer auf Einkünfte aus Kapitalvermögen und Rückkehr zum vormals geltenden Besteuerungsregime nach Leistungsfähigkeit;
- eine Entlastung der unteren Einkommen, die vollständig durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Reichensteuer für sehr hohe Einkommen
- 720 gegenfinanziert wird.
- Deckelung der Abzugsfähigkeit hoher Gehälter über 300.000 Euro jährlich von den Betriebsausgaben;

725 **Deshalb fordern wir bei der Vermögens- und Erbschaftssteuer:**

- eine verfassungskonforme Wiederbelebung der privaten Vermögenssteuer nach dem Modell unseres Alt-Oberbürgermeisters Georg Kronawitter;
- 730 • eine stärkere Besteuerung wirklich großer Erbschaften;
- das Erbschaftsteuerrecht zu vereinheitlichen und gerechter zu gestalten. Die übermäßigen Begünstigungen des Betriebsvermögens sind zu revidieren und auf kleine und mittlere Unternehmen zu begrenzen.
- 735

**Deshalb fordern wir für Finanztransaktionen:**

- endlich die Einführung der längst versprochenen Finanztransaktionssteuer;
- 740 • das gesetzliche Verbot des Hochfrequenzhandels.

**Deshalb fordern wir beim Steuervollzug:**

- eine bessere personelle und materielle Ausstattung der Steuerprüfung und Steuerfahndung zur Eindämmung der Steuerhinterziehung;
- 745 • den schrittweisen Übergang zur Selbstveranlagung von Arbeitnehmern, Rentner und Steuerpflichtigen mit geringen sonstigen Überschusseinkünften;
- 750 • der Zinssatz für Steuernachzahlungen, Erstattungen, Aussetzungen der Vollziehung und Stundungen wird auf 3% abgesenkt. Der Zinssatz für Hinterziehungen wird auf 9% erhöht;
- 755 • eine bessere internationale Kooperation im Steuerdatenaustausch und eine Harmonisierung von Unternehmensbesteuerung. Das OECD-Projekt zur gerechteren Besteuerung von globalen Unternehmen (sog. BEPS-Initiative“) ist konsequent umzusetzen.
- 760 Soweit einzelne Staaten dem nicht nachkommen, wird eine SPD-geführte Bundesregierung unilaterale Maßnahmen zur Begrenzung des Absaugens von Besteuerungssubstrat in diese Länder ergreifen.

**Deshalb fordern wir im Haushaltsrecht:**

- 765 • ab der nächsten Wahlperiode die Verankerung von Gleichstellung als Querschnittsaufgabe in den finanzpolitischen Entscheidungen, bei der Haushaltsaufstellung und beim Haushaltsvollzug (Gender Budgeting);
- 770 • Verzicht auf alle öffentlich-private Partnerschaften zur Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur;
- Schaffung von Transparenz bei Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbeständen gemeinnütziger Körperschaften;
- 775

**Zeit für bessere Aus- und Weiterbildung**

Bildungsgerechtigkeit ist die Grundlage für beruflichen



- 780 Erfolg, eine eigenständige Existenzsicherung und für eine gute Altersversorgung. Bildung darf deshalb nicht vom Geldbeutel der Eltern oder von der sozialen Herkunft abhängig sein. Eine gerechte Gesellschaft wird durch ein frühes und langes gemeinsames Lernen von
- 785 Kindern aller sozialer Gruppen gefördert. Somit dient Bildung der Integration und der Inklusion und befähigt zu einer größtmöglichen gesellschaftlichen Teilhabe im späteren Lebensverlauf.
- 790 Obwohl Mädchen und junge Frauen die besseren Schulabschlüsse haben und mittlerweile die Mehrzahl der Studienanfängerinnen/Studierenden stellen, sind die Berufschancen nach der Ausbildung immer noch ungerecht verteilt. Dies liegt nicht nur an dem immer noch sehr traditionellen Berufs- und Studienfachwahlverhalten von Frauen und Männern – so sind Frauen in MINT-Berufen hoffnungslos unterrepräsentiert -, sondern auch an der Bewertung der sozialen Berufe, sowie der Bewertung der von Frauen dominierten Berufe. Dies ist teilweise schon bei der Ausbildung angelegt. In
- 800 der dualen Ausbildung sind die Berufsschulen kostenfrei und die Auszubildenden erhalten eine Ausbildungsvergütung. In den überwiegend von Frauen gewählten verschulerten Ausbildungsgängen wie z.B. den Gesundheits-, Erziehungs- oder Pflegeberufen wird teilweise
- 805 Schulgeld erhoben und nicht überall eine Ausbildungsvergütung bezahlt. Die Lohndiskriminierung beginnt hier schon in der Ausbildung. Gerade die Digitalisierung der Arbeitswelt erfordert eine ganzheitliche Weiterbildungsinitiative. Im weiteren
- 810 Verlauf eines Berufslebens muss deshalb der gleiche Zugang zu Aus- und Weiterbildung garantiert werden – insbesondere für ältere Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte und Beschäftigte mit Familienpflichten. Auch Aus- und Weiterbildung muss mit Beruf und Familie, auch für
- 815 Beschäftigte in Leiharbeit, vereinbart werden können. Wir wollen eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Bildungschancen und gerechten Zugang zu Aus- und Weiterbildung. Wir wollen Frauen und Männer darin unterstützen, das traditionelle Berufs- und Studienfachwahlverhalten zu überwinden. Wir wollen eine kostenlose (schulgeldfreie) Ausbildung für alle und gleichen Zugang für Frauen und Männer zu betrieblichen und überbetrieblichen Weiterbildung, für
- 820 Teilzeitbeschäftigte und Eltern ebenso wie für Vollzeitbeschäftigte oder Ältere. Wir brauchen eine strukturelle Neujustierung der Hochschulen, insbesondere im sogenannten „Mittelbau“ deutscher Wissenschaftsinstitutionen. Die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes wirkt der Kurzzeitanstellungen zwar in Teilen entgegen; ohne eine strukturelle Reform der Wissenschaftslandschaft wird sich das prekäre Anstellungsgefüge an Universitäten aber nicht ändern, dass die maximale Autonomie und Autorität der Lehrstühle kompensiert durch minimale Sicherheit und Garantie am unteren Ende der Wissenschafts-
- 830
- 835

- hierarchie. Insbesondere für Frauen ist diese strukturelle Reform für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie existenziell. Die Schaffung von stabilen Anstellungsverhältnissen im Mittelbau muss gekoppelt werden mit
- 840 einer finanziellen Aufstockung der Grundfinanzierung von Hochschulen. **Deshalb fordern wir:**
- den Ausbau der frühkindlichen Ganztagsbetreuung und einen Rechtsanspruch auf einen Ganztags-schulplatz;
  - 845 • eine besondere Form der Grundsicherung für Kinder, die ihren speziellen Bedarfen wirklich gerecht wird und die prekäre Situation Alleinerziehender berücksichtigt;
  - 850 • bereits in der Sekundarstufe 1 in den Unterricht integrierte Informationen über berufliche Möglichkeiten in der dualen und universitären Ausbildung, die die Rollenstereotypen überwinden, auf die Ausbildung vorbereiten und die Zahl der Ausbildungsabbrüche zu reduzieren;
  - 855 • eine geschlechtsneutrale Berufsberatung durch die Bundesagentur für Arbeit;
  - weitere geeignete Maßnahmen für mehr Frauen in MINT-Berufen und mehr Männer in den sozialen Berufen;
  - 860 • die Schulgeld-, Lernmittel- und Studiengebührenfreiheit bis zum Abschluss der Ausbildung für alle gesetzlich geregelten Ausbildungsgänge;
  - eine Mindestausbildungsvergütung;
  - 865 • eine Ausbildungsplatzumlage zur Sicherstellung eines auswahlfähigen und bedarfsgerechten Angebotes an Ausbildungsplätzen und eine Ausbildungs-garantie;
  - die Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) mit
    - 870 ○ der Überführung der verschulden Ausbil-dungen in die duale Ausbildung oder in ein duales Studium;
    - Fahrkostenübernahme, Qualitätssicherung und Übernahmeregelung;
    - 875 ○ der Einführung einheitlicher Rahmenbe-dingungen für das duale Studium;
    - dem Ausbau in ein Weiterbildungssystem mit Qualitätssicherung und Zertifizierung, Freistellungs- und Rechtsansprüchen und Finanzierungsmechanismen.
    - 880 ○ Das reformierte und ausgebaut BBiG muss auch die Rechte von Aus- und Weiterbildungsangeboten für alle Beschäf-tigten sichern. Insbesondere für Ältere,
    - 885 Teilzeitbeschäftigte oder Beschäftigte mit familiären Verpflichtungen während Erzie-hungs- und Pflegezeiten. Dazu gehört im Bedarfsfall auch ein Kinderbetreuungsan-gebot.
  - 890 • weitere Verbesserungen beim Wissenschaftszeit-

- 895 • vertragsgesetz, gerade zugunsten von Frauen;
- der Ausweitung der modularen Weiter- und Fortbildung, die unternehmensunabhängig genutzt werden kann. Dabei wollen wir einheitliche Qualitätsstandards, die das heterogene Umfeld der Weiterbildungssysteme transparenter und qualitätsbezogener macht.
- 900 • bundeseinheitliche Regelungen der Weiterbildung;
- die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung, die Veränderungen der Arbeitswelt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bewältigbar macht und auch zweite, dritte und vierte Chancen ermöglicht.;
- 905 • die Anwendung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auch im Hochschulbereich;
- die Anpassung des Wohnzuschlags beim BAföG an den lokalen Mietspiegel am Studienort;
- 910 • ein elternunabhängiges BAföG, das in finanziellen Notlagen auch als Vollzuschuss gezahlt werden soll;
- eine bundesweite Anstrengung, die digitale Ausstattung an Bildungseinrichtungen zeitgemäß sicherzustellen;
- 915 • gezielte Maßnahmen des Zugangs Geflüchteter zu Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt.

#### **Zeit für mehr und ein gerechteres Europa**

- 920 Obwohl die neoliberale Politik seit der Finanzmarktkrise unter verstärkten Legitimationsdruck geraten ist, wird sie in Europa weiterhin politisch gefördert und durchgesetzt. Unter dieser Politik leiden Menschen vor allem in Südeuropa. Am Beispiel Griechenlands lassen sich die Auswirkungen der Austeritätspolitik deutlich beobachten.
- 925 Griechenland wird von Europa doppelt belastet. Zum einen durch die unsolidarische Haltung in der Flüchtlingsfrage, zum anderen durch die Austeritätspolitik. Dadurch ist die Schuldenlast des Landes inzwischen massiv auf 180 % des Bruttoinlandsproduktes gestiegen.
- 930 Aber auch bei uns sind Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit, Niedriglöhne und dauerhaft prekäre Beschäftigung abgedrängt. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich so weit wie noch nie.
- 935 Der durch die Austeritätspolitik beförderte Sozialabbau verstärkt Bedrohungsängste in der Bevölkerung und begünstigt damit rechtspopulistische Stimmungen. All das ist das Gegenteil dessen, was die Menschen von einem vereinigten Europa erwarten.
- 940 Die konservative Europapolitik konnte die zunehmende wirtschaftliche und soziale Divergenz in der EU, vor allem in der Eurozone, nicht stoppen. So ist zum Beispiel die italienische Volkswirtschaft, die drittgrößte der Währungsunion, in den letzten sechs Jahren um durchschnittlich ca. 0,3 Prozentpunkte geschrumpft; Deutschland hingegen ist durchschnittlich um ca. 1,9 Prozentpunkte gewachsen. Das schlägt sich auch auf den Ar-
- 945

beitsmarkt nieder: Während hierzulande immer neue Beschäftigungsrekorde verbucht werden, verharrt die

950 Arbeitslosenquote in Italien, aber auch in Frankreich, immer noch bei ca. 10 Prozent (ganz zu schweigen von den Quoten in Griechenland und Spanien). Diese massiven Unterschiede bergen nicht nur Sprengkraft für die

955 Währungsunion, sondern auch hohe politische Risiken für den Zusammenhalt der Gemeinschaft.

Deutschland hat mit dem hier ausgeübten Lohndruck nach unten einen Prozess der realen Abwertung deutscher Exporte durchgesetzt. Das hat zu einer Verringerung der Importe geführt und darüber der europäischen

960 Wirtschaft geschadet. Diese ökonomische Misere wird verschärft, weil Deutschland an seinem Kurs einer überzogenen Exportorientierung festhält und damit die anderen Länder zur Anpassung ihrer Löhne und Sozialleistungen nach unten zwingt. Die Schuldenbremse blockiert darüber hinaus die staatlichen Möglichkeiten von positiven Konjunkturimpulsen über öffentliche Investitionen.

Wir brauchen eine neue Verständigung für mehr Sozialstaatlichkeit und europäische Identität. Wir fordern die

970 Abkehr von der Austeritätspolitik in Europa und die Bereitstellung ausreichender Finanzierungsgrundlagen für die öffentliche Daseinsvorsorge. Wir brauchen eine neue Verständigung über einen nachhaltigen Fortschritt, der die Endlichkeit der Ressourcen zum Ausgangspunkt nimmt und ein qualitatives Wachstum anstrebt, welches erhöhte Lebensqualität aller Menschen durch Steigerung der Qualität von Produkten und Dienstleistungen bedeutet.

975 Nach dem Brexit steckt die EU wohl in der größten Krise ihrer Geschichte. Dieser Krise können wir nur mit einer klaren Linie begegnen. Und dies bedeute eine Kehrtwende hin zu einem demokratischen, sozialen und ökologischen Europa der Vielen.

In Europa gibt es nach wie vor ein Demokratiedefizit. So hat das Europäische Parlament (EP) zwar seit 1979 eine schrittweise Aufwertung erfahren, es besitzt aber trotzdem immer noch nicht die vollen Rechte eines ordentlichen Parlamentes.

985 Zudem ist der europäische Entscheidungsprozess ineffektiv und undemokratisch. Die immer stärker zwischenstaatliche Abstimmung zwischen nationalen Regierungen ist längst zur Handelsmaxime konservativer Europapolitik geworden. Sie ist aber nicht Lösung, sondern Teil des Problems. Denn im Kontext nationaler

990 Wahlen sind Rechtsbeugung und -bruch von europäischen Regeln vorbestimmt.

Ein weiteres Problem ist das ungleiche Vorgehen bei Regelverstößen in der EU. Wird gegen die Verschuldungskriterien verstoßen, werden Strafzahlungen angedroht, bei Verstößen gegen Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit gibt es keine ähnlichen Konsequenzen. Das liegt auch daran, dass der Europäische Rat einstimmig über Maßnahmen gegen Staaten entscheiden

1000

- 1005 müsste, die gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen, so dass der betroffene Staat immer sein Veto einlegen kann. **Deshalb fordern wir:**
- einen europäischen Solidaritätsfonds, um vor allem für junge Menschen neue Arbeitsplätze zu schaffen;
  - die Erhöhung der Eigenmittel des EU-Haushaltes durch Besteuerung von Finanztransaktionen und CO2-Emissionen;
  - eine EU-Investitionsoffensive für erneuerbare Energien, Forschung und Bildung, Infrastrukturnetze und des Kulturerbes
- 1010
- eine EU-Investitionsoffensive für ökologische Landwirtschaft, Schutz des Wassers und der Luft;
  - eine Neuordnung der Finanzwirtschaft. Das heißt im Einzelnen:
    - der Finanzsektor muss schrumpfen. Banken, die zu groß zum Sterben sind (too big to fail), darf es nicht mehr geben. Dafür braucht es u.a. höhere Eigenkapitalanforderungen für Finanzinstitute mit besonderer Berücksichtigung von Sparkassen und Genossenschaftsbanken;
    - Austrocknung von Schattenbanken und Steueroasen;
    - Einführung eines Trennbankensystems mit klarer Aufteilung in Geschäfts- und Investmentbanken;
    - Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer. Diese Steuer muss den Handel mit Aktien, Anleihen, Devisen und Derivaten umfassen;
    - Einführung eines Finanz-TÜV. Dieser TÜV prüft Finanzprodukte auf ihren sozialen und ökonomischen Nutzen und entscheidet über ihre Zulassung.
    - Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung und der Unternehmensmitbestimmung auch in der Finanzwirtschaft;
    - eine Änderung der EU-Finanzmarktrichtlinie (Mifid) zur Minimierung der Spekulation mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen;
- 1015
- eine Weiterentwicklung der europäischen Integration auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ziel muss sein, wirtschaftspolitische Steuerungsinstrumente für die Eurozone zu schaffen, um die Wirtschafts- und Währungsunion handlungsfähiger zu machen und die wirtschaftliche und soziale Divergenz zu stoppen und umzukehren. Diese neuen Instrumente müssen demokratisch legitimiert sein. Dafür braucht es
    - ein gemeinsames europäisches Schuldenmanagement (Euro-Bonds),
    - eine gemeinsame Fiskalpolitik,
    - eine gemeinsame Haushaltspolitik und
    - eine gemeinsame Lohn-, Sozial- und Steu-
- 1020
- 1025
- 1030
- 1035
- 1040
- 1045
- 1050
- 1055

- 1060 erpolitik
- die Einführung von europäischen Mindeststandards für nationale Arbeitslosenversicherungen und nationale Mindestsicherung,
- 1065 dürfen den Mitgliedstaaten keine Politik diktieren. Stattdessen muss das Europäische Parlament gestärkt werden.

**Zeit für bessere Flüchtlingspolitik**

- 1070 65 Millionen Menschen sind inzwischen auf der Flucht. Die Gründe dafür sind vielfältig. Sie reichen von politischer Verfolgung über Armut und Hunger bis hin zu Kriegen und bewaffneten Auseinandersetzungen. Die meisten von ihnen halten sich außerhalb Europas auf, vor allem in den Nachbarländern der betroffenen Staaten. Nur die wenigsten machen sich auf die gefährliche Reise nach Europa. Viele von ihnen verlieren auf dem Weg, vor allem bei der Überquerung des Mittelmeers ihr Leben. Jeder Tote ist einer zu viel!
- 1075 Die Schuld daran tragen auch wir Europäer. Wir tun zu wenig, um Fluchtursachen zu beseitigen. Durch unseren Wirtschaftsdruck und Waffenexporte tragen wir dazu bei, dass diese überhaupt entstehen. Wir unterstützen die Nachbarländer der Herkunftsstaaten, in denen sich die meisten Flüchtlinge aufhalten, nicht ausreichend. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nehmen zu wenige Flüchtlinge auf, und immer noch gibt es keine vernünftige Möglichkeit, legal in die EU einzureisen.
- 1080 Durch die Dublin-Regelung, nach der Flüchtlinge nur in dem Land einen Asylantrag stellen dürfen, über das sie in die EU eingereist sind, werden die Länder im Süden Europas unverhältnismäßig stark belastet.
- 1085 Als reiches Land tragen wir internationale Verantwortung. Wir können und wollen Menschen Schutz und Zuflucht bieten, dabei wird keine Kommune, keine Gruppe der Bevölkerung überfordert. Gerade wir in München haben eine breite und solidarische Flüchtlingshelferbewegung, die Flüchtlingspolitik und das Ansehen unseres Landes in der Welt geprägt hat. Die Verteidigung von Menschenrechten und des Asylrechtes ergibt sich direkt aus den Grundwerten der SPD. Europäische Flüchtlingspolitik muss Fluchtursachen bekämpfen und Menschenrechte garantieren. **Deshalb fordern wir:**
- die Mitgliedstaaten der EU müssen sich auf eine gemeinsame Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Mitgliedstaaten einigen;
- 1095 • Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, damit Menschen in ihrer Heimat für sich und ihre Familien Perspektiven finden und in Sicherheit leben können;
- 1100 • Schnell und nachhaltig müssen die Einrichtungen der Vereinten Nationen mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet werden;
- 1105
- 1110
- 1115

- 1120 • Wir wollen, dass die europäische Abschottungspolitik aufhört und die Staaten Europas sichere und legale Fluchtwege ermöglichen; hierbei soll langfristig Ziel sein, Menschen auch die Möglichkeit zu geben, bei Botschaften und Konsulaten in ihren Herkunftsländern Asylanträge zu stellen;
- 1125 • Wir wollen, dass der Bund allein für die Erstaufnahme verantwortlich ist, die Registrierung sowie Erstuntersuchung übernimmt und die Entscheidung über Asylanträge innerhalb von drei Monaten bewältigt. Länder und Kommunen sind für die weitere Unterbringung und Integration zuständig und entsprechend mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten;
- 1130 • Wir wollen, dass gerade junge Geflüchtete sicher ihre Ausbildung machen und beenden können, dass Geflüchtete, wenn sie über einen sicheren Arbeitsplatz verfügen, auch als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland bleiben können. Generell lehnen wir jedoch eine Beurteilung des Aufenthaltsrechts von Geflüchteten nach einer Verwertungslogik für den Arbeitsmarkt ab. Solange sich Geflüchtete im Anerkennungsverfahren befinden und einen geduldeten Aufenthalt haben, müssen ihnen Sprachkurse sowie Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten werden.
- 1135 • Abschiebungen in Länder, zu denen das Auswärtige Amt Reisewarnungen ausgesprochen hat, lehnen wir ab;
- 1140 • den örtlichen Kreisverwaltungsbehörden ist wieder ein eigener Spielraum einzuräumen.
- 1145 • Wir wollen, dass sich auch die Stärksten in der Gesellschaft angemessen steuerlich beteiligen, so dass der Staat auch finanzielle Herausforderungen, wie den Zuzug von Menschen, bewältigen kann;
- 1150 • die Unantastbarkeit des Asylrechts;
- 1155 • die Schaffung eines Europäischen Einwanderungsgesetzes und einer gesetzlichen Regelung der Zuwanderung;
- 1160 • Deutschland soll sich auf EU-Ebene für die Abschaffung der Dublin-III-Regelung einsetzen;
- nach den innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei eine kritische Überprüfung der Beziehungen zu Ankara. Das fragwürdige Flüchtlingsabkommen mit der Türkei lehnen wir in dieser Form ab.

#### **Zeit für echte Gleichberechtigung**

- 1165 Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland die gleichen Rechte haben und gerecht behandelt werden. Unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung, Herkunft oder Behinderung. Für uns ist Familie dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. München steht für ein diskriminierungsfreies, tolerantes und weltoffenes Miteinander.
- 1170

**Deshalb fordern wir:**

- 1175 • die Öffnung der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare. Das schließt das Adoptionsrecht ausdrücklich mit ein. Wir haben 2001 die eingetragene Lebenspartnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt. Der nächste Schritt hin zur Öffnung der Ehe ist nur konsequent und wird von zwei Dritteln der Deutschen befürwortet.
- 1180 • die Aufnahme des Schutzes vor Diskriminierung im Hinblick auf die sexuelle Orientierung in das Grundgesetz. Der Schutz vor Diskriminierung hat Verfassungsrang. Damit das auch im Hinblick auf die sexuelle Identität unmissverständlich gilt, werden wir das im Grundgesetzes (Art. 3 GG) ausdrücklich festschreiben.
- 1185 • die Korrektur des Unrechts der strafgerichtlichen Verurteilungen wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen (§ 175) in den Jahren 1945 bis 1994. Die unwürdigen Verurteilungen sind aufzuheben, die Betroffenen zu entschädigen und zu rehabilitieren.
- 1190

**Zeit für mehr Schutz der Umwelt und des Klimas**

- 1195 Auf dem Klimagipfel in Paris wurden im Dezember 2015 Klimaziele für das Jahr 2050 festgelegt, die weitreichender sind als alles bisher vereinbarte und die weltweit als großer Erfolg gefeiert werden. Nun müssen die Staaten aber auch den Weg beschreiten, diese Ziele zu verwirklichen, damit der Gipfel nicht als Show-Veranstaltung in die Geschichte eingeht. Das deutsche Umweltministerium unter der Leitung von Barbara Hendricks war nicht nur auf dem Gipfel einer der Vorreiter, sondern hat bereits durch Experten Vorschläge erarbeiten lassen, wie die Klimaziele zu erreichen sind. Neben dem Klimawandel ist das weltweite Artensterben und der Rückgang der Biodiversität eines der großen globalen Umweltprobleme. Wir wollen alle möglichen Maßnahmen ergreifen, um diesem Verlust an Flora und Fauna und ihrer genetischen Vielfalt Einhalt zu gebieten.
- 1200 Klima- und Umweltschutz muss als politische Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern formuliert werden. Tierschutz ist ein unverzichtbarer Bestandteil verantwortungsvoller Ernährungs-, Landwirtschafts-, Verbraucher- und Umweltpolitik. Der pflegliche Umgang mit Tieren ist für uns auch dort, wo kein unmittelbarer Nutzen für die Menschen daraus folgt, eine ethische Verpflichtung. Tierversuche sind nach Möglichkeit zu vermeiden, eine artgerechte Tierhaltung ist unser Ziel.
- 1205 Mit nachhaltiger Siedlungsentwicklung wollen wir gleichwertige Lebensbedingungen unter Berücksichtigung vorhandener ungleicher Voraussetzungen schaffen. Siedlungsstrukturen müssen nachhaltig die Funktionen Wohnen, Arbeiten, Erholen für alle Alters- und Einkommensgruppen, auch mit eingeschränkter Mobilität (körperlich oder ohne Auto), ermöglichen. Eine
- 1210
- 1215
- 1220
- 1225



- 1230 „Mindestdichte“ der Besiedlung erleichtert oder ermöglicht erst die (öffentliche) Daseinsvorsorge: Ärzte, Lebensmittelversorgung, Straßen, ÖPNV, Strom, Wasser, Abwasser, Telekommunikation. Gleichzeitig werden Flächenverbrauch und -versiegelung verringert.
- 1235 Ein konsequenter Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs in der Wachstumsregion München ist dringend erforderlich. Aber damit sind wiederum immense Kosten verbunden. Auch für Unterhalt und Sanierung der bestehenden Infrastruktur sind hohe Millionenbeträge erforderlich. Gleichwohl gestaltet sich die Finanzierungssituation über den sogenannten „kommunalen Querverbund“ und durch die aktuelle Gesetzgebung viel schwieriger als in der Vergangenheit.
- 1240 Es bleibt weiterhin offen, wie viel Geld künftig für den Streckenneubau vom Bund zur Verfügung stehen wird. Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) läuft 2019 aus und ist bereits jetzt mehrfach überzeichnet. Auch die Weiterführung des Entflechtungsgesetzes und der Finanzmittel ist derzeit noch unklar.
- 1245 Wir fordern die Sicherstellung der Gemeindeverkehrsfinanzierung auch über 2019 hinaus. Eine langfristige Regelung im Sinne der Kommunen muss gefunden werden. Zudem fordern wir, dass im Zusammenhang mit der Reform des GVFG auch Sondermittel für die Sanierung bestehender Anlagen, die über GVFG-Mittel finanziert wurden, zur Verfügung gestellt werden. Wir brauchen gerade für Ballungszentren mit erhöhtem Investitionsbedarf die Bereitstellung von Sondermitteln.
- 1250 Die Regionalisierungsmittel müssen deutlich erhöht werden, auf mindestens 8,5 Mrd. Euro pro Jahr. Hierbei soll der Grundbetrag entsprechend angehoben und vor allem eine Dynamisierung eingeführt werden. Wir brauchen auch eine Weiterführung der Regionalisierungsmittel für S-Bahn und den Regionalverkehr.
- 1255 Die Betreiber von ÖPNV-Anlagen müssen komplett von der EEG-Umlage befreit werden. Dies muss für Fahrstrom und alle Betriebsanlagen (wie z.B. Fahrtreppen oder Automaten) gelten. Es ist umweltpolitisch nicht nachvollziehbar, warum ÖPNV- NutzerInnen mit diesen Kosten belastet werden. **Deshalb fordern wir:**
- 1260
- die konsequente Verfolgung der Klimaschutzziele der Pariser Klimakonferenz zur Begrenzung des Temperaturanstiegs seit Beginn der Industrialisierung auf 1,5 Grad Celsius;
  - Anstelle des wirkungslos gewordenen Emissionshandels eine CO2-Steuer mit allem Nachdruck voran zu treiben;
- 1275
- die umgehende Einführung der blauen Plakette für PKW zum zielgenauen Ausschluss von Fahrzeugen mit hohem Stickoxidausstoß;
- 1280
- Mitfinanzierung von Verkehrsmaßnahmen durch den Bund, die nicht nur einen verkehrlichen Nutzen, sondern einen ökologischen oder lärmvermeidenden Nutzen haben;
  - den Vorrang des Verkehrs auf der Schiene zu för-

- 1285 dern, statt z. B. immer mehr Güter auf den Straßen zu transportieren; dazu gehört auch eine zielgerichtete Finanzierung des Schienenverkehrs und die Auflösung des Investitionsstaus;
- die Verlagerung des Flugverkehrs bei gleicher Reisezeit auf die Schiene;
- 1290 • alle Bundesländer, auch Bayern zu verpflichten, als gesetzlich verbindliche Mindestanforderung die Ziele der nationalen Biodiversitätsstrategie einzuhalten;
- 1295 • eine umweltverträgliche und tierfreundliche Landwirtschaft zu fördern und den Anteil der ökologischen Bewirtschaftung deutlich auszuweiten;
- die Sicherstellung und Verdoppelung der Haushaltsansätze der Gemeindeverkehrsfinanzierung im Sinne der Kommunen auf Dauer, Sondermittel für die Sanierung bestehender Anlagen und für Ballungsräume mit erhöhtem Finanzierungsbedarf Sondermittel;
- 1300 • eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel und die Einführung einer Dynamisierung;
- 1305 • eine Befreiung des ÖPNV von der EEG-Umlage;
- eine Erhöhung der LKW-Maut, die den Umweltbelastungen Rechnung trägt;
  - verbindliche Vorgaben für unfallvermeidende Assistenzsysteme gerade bei LKWs;
- 1310 • Erhebung einer Maut für Fernbusse;
- Förderung der nachhaltigen Siedlungsentwicklung und konkrete Maßnahmen gegen die Zersiedelung und den Flächenfraß;
- 1315 • Förderung der nachhaltigen Mobilität, insbesondere durch
- Erhöhung der finanziellen Mittel für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs;
- 1320 • Stärkere Berücksichtigung und Förderung des Fußgängerverkehrs;
- verstärkter Ausbau der E-Mobilität mit konkreten Vorgaben für die Industrie;
  - verbesserter Radverkehrsstrategien;
- 1325 • Mikroplastik und Nanotechnik zu begrenzen, zu filtern und zu steuern;
- die Verschärfung des Straftatbestandes der Gewässer- und Grundwasserverschmutzung;
  - die Untätigkeit beim Gewässer- und Grundwasserschutz (jüngst auch von der EU angeprangert) wird beendet, eine Freiheitsstrafe soll die Regel werden und die Aufklärungsquote (bisher 20%) wird deutlich erhöht;
- 1330 • ein Verbandsklagerecht für seriöse Tierschutzorganisationen;
- 1335 • die Stärkung der tierversuchsfreien Forschung und Verbesserungen im Tierschutzgesetz.

**Zeit für mehr Verbraucherschutz:**

- 1340 Wir brauchen mehr Verbraucherschutz. Wir wollen die Verbraucher\*innen vor immer mächtigeren globalen Konzernen schützen und neuen Entwicklungen und Problemen, insbesondere im Internet, aber auch im Lebensmittelbereich, Rechnung tragen. **Deshalb fordern wir:**
- 1345
- alle wichtigen staatlichen Behörden, wie zum Beispiel das Kraftfahrzeugbundesamt oder die Finanzaufsicht BaFin, auf Verbraucherschutz als Querschnittsaufgabe zu verpflichten;
- 1350
- eine weitere Stärkung der Verbraucherschutzzentralen und der Verbraucherberatung;
  - die Gewährleistung für Produkte zu verlängern und zu verbessern;
- 1355
- die Lebensmittelüberwachung bundesweit zu vereinheitlichen und zu verstärken, und
  - die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen für jede\*n leicht zugänglich zu veröffentlichen;
- 1360
- eine eindeutige und verständliche Kennzeichnung der Herkunft von Lebensmitteln, ihres Nährwerts und bei tierischen Produkten der Haltungsform.

#### **Zeit für mehr Demokratie**

- 1365 Wer den Menschen unabhängig von Herkunft, Bildungsstand oder Geschlecht die gleiche Würde zuerkennt, der setzt sich auch für gleiche Rechte ein. Deshalb hat die Arbeiterbewegung das gleiche Wahlrecht für alle erkämpft gegen die Konservativen, die an einer ständischen Ordnung festhielten. Irrtümer, Enttäuschungen, schlimmste Erfahrungen inbegriffen: Sozialdemokratie geht nur emanzipativ. Sie glaubt an den Menschen, sie gibt nicht auf, sie will immer eine nächste Chance.
- 1370 Die SPD ist Demokratiepartei: die Arbeiterschaft hat die Demokratie erkämpft, wir haben das Wahlrecht für Frauen durchgesetzt, wir haben Demokratie immer gegen ihre Feinde verteidigt, wir haben mit Willy Brandt mehr Demokratie gewagt. Das bleibt unser Auftrag. Gleichzeitig müssen wir Grenzen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit aufzeigen und unsere Demokratie vor deren Feinden schützen. Es ist unerträglich, dass nach unseren Erfahrungen mit dem Faschismus Rechts-extreme und Neonazis gerade an besonders schützenswerten Orten des Gedenkens an die Opfer marschieren.
- 1375
- 1380 Verfassungsfeindlichkeit oder gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Rassismus oder Antisemitismus gilt es mit allen Mitteln der wehrhaften Demokratie entschieden entgegen zu treten.
- 1385
- 1390 Wer in anderen Staaten und Nationen Grundrechte nach unserer Verfassung einschränkt oder gar abschaffen will, darf sich bei uns nicht uneingeschränkt auf Versammlungs- und Redefreiheit berufen. **Deshalb fordern wir:**
- 1395
- eine Grundgesetzänderung des Art. 28 (1), so dass auch Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger nach einer

- festzulegenden Frist das Wahlrecht auf kommunaler Ebene erhalten.;
- Parteien, deren verfassungsfeindliche Ziele höchst-richterlich festgestellt wurden, von der Parteifinanzierung auszuschließen;
- 1400 • mehr Handlungsmöglichkeiten für die Kommunen, rechtsextreme Aufmärsche und Kundgebungen gerade an Gedenktagen und Gedenkorten zu untersagen;
- 1405 • Verfassungs- und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen, bevor sie entstehen. Wir wollen deshalb eine verstärkte Unterstützung für präventive Initiativen und Maßnahmen gegen politische und religiöse Radikalisierung.

*Antragsbereich Th/ Antrag 9*  
*Ortsverein Wernigerode (Landesverband Sachsen-Anhalt)*  
*Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Bundestagswahlprogramm**

Folgende Punkte sollen in das Wahlprogramm der Bundestagswahl 2017 aufgenommen werden:

**Bundestagswahlprogramm**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 5 1. Einführung der Bürgerrentenversicherung. Mit der Einzahlung von Gutverdienern, die bislang über ein eigenes Pensionssystem verfügen, wird die Rentenkasse gestärkt. Davon profitieren insbesondere jene, die in ihrem Arbeitsleben nur niedrige oder mittlere Arbeitslöhne erhielten.
- 10 2. Herausnahme von rentenfremden Leistungen aus der Bezahlung der Rentenversicherung. Das sind insbesondere die Kosten für die „Mütterrente“ und die „Rente nach 45 Jahren Beitragsjahren“. Diese Modelle müssen steuerfinanziert werden.
- 15 3. Die Netto-Standardrente vor Steuern (45 Versicherungsjahre) in % des durchschnittlichen Jahresentgelts ist nicht weiter abzusenken – im Idealfall ist sie wieder auf 55% (1990) festzusetzen (2015 = 47,5%). Der Erhalt einer möglichst guten Rente nach dem Arbeitsleben ist ein Grundversprechen der sozialen Marktwirtschaft.
- 20 4. Wiedereinführung der paritätischen Bezahlung der Krankenversicherung. Noch nie haben in Deutschland mehr Menschen sozialversichert gearbeitet, als jetzt. Die Erhöhung der Beitragssätze auf der Arbeitgeberseite (zurzeit dann etwa 0,5%) wird die Konjunktur nicht abwürgen. Es ist zu erwarten, dass Arbeitgeber auch ein Interesse daran haben, dass ihre Mitarbeiter dann in einer Krankenkasse mit einem guten Preis-Leistungsverhältnis sind. Auf diese Weise wird auch der Wettbewerb unter den Krankenkassen angekurbelt.
- 25 5. Kapitalerträge sind wie Einkommen zu besteuern. Zurzeit werden Erträge aus Kapital mit maximal 25% versteuert. Erst nach der Beantragung einer sogenannten „Günstigerprüfung“ wird bei Kleinsparern, die
- 30
- 35

40 ihr Einkommen unter 25% versteuern, dies auch auf ihre Kapitalerträge angewandt. Grundsätzlich dürfen Erträge aus Kapital nicht anders als Einkommen besteuert werden. Der steuerliche Grundfreibetrag soll auf 12.000 € angehoben werden. Gerade für Menschen mit geringem Einkommen würde dies eine notwendige finanzielle Erleichterung bedeuten.

45 6. Der Spitzensteuersatz ist auf 50% zu heben. Dort war er bereits zu Zeiten der Regierung Kohl (CDU). Der höchste Steuersatz liegt formal derzeit bei 42 Prozent. Der Eingangssteuersatz liegt im Moment bei 14 Prozent. Diese Werte gelten seit 2005. Allerdings gibt es einen weiteren höchsten Steuersatz, der in öffentlicher Diskussion als Reichensteuer bekannt geworden ist. Der entsprechende Satz liegt bei 45 Prozent. Streng genommen ist dieser der eigentliche Spitzensteuersatz. Um u.a. die rentenfremden Leistungen (siehe Punkt 2) zu finanzieren, bedarf es auf der Einnahmenseite einer weiteren Konsolidierung.

55 7. Versteuerung des Einkommens auf Basis der Staatsbürgerschaft – wie in den USA. Deutsche versteuern danach unabhängig von ihrem Wohnort nach der deutschen Steuergesetzgebung. Dies betrifft in der Regel Steuerbürger, die bislang in Steueroasen geflüchtet sind.

60 8. ALG 1 anpassen an Lebensleistung: Ungerecht ist, wenn Arbeitnehmer, die ein Großteil ihres Lebens gearbeitet haben, nach spätestens zwei Jahre Arbeitslosigkeit (über 50-jährige) so gestellt werden, wie Beziehher von ALG 2, die nie gearbeitet haben. Die Bezugsdauer von ALG 1 sollte sich prozentual an der Dauer der Erwerbstätigkeit orientieren. Die Mindestbezugszeit für Arbeitslosengeld 1 von einem Jahr soll dabei unberührt bleiben.

70 9. Es soll ein soziales Wohnungsbauprojekt für Menschen mit geringem und mittleren Einkommen initiiert werden.

**Antragsbereich Th/ Antrag 10**

*Kreis II Altona (Landesorganisation Hamburg)*

**Die politischen Herausforderungen der Zukunft**

5 In den letzten Jahren haben sich krisenhafte wirtschaftliche, gesellschaftliche, politische und ökologische Entwicklungen derart zugespitzt, dass wir heute am „gefährlichsten Zeitpunkt der Menschheitsgeschichte“ (Stephen Hawking) stehen.

- 10 • Die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen – das Auseinanderdriften von Armut und Abstieg einerseits und unvorstellbarem Gewinn und Reichtum andererseits – hat ein solches Ausmaß erreicht, dass auch in Teilen der sogenannten gesellschaftlichen Eliten mehr Verteilungsgerechtigkeit als Überlebensproblem

**Die politischen Herausforderungen der Zukunft**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

für das kapitalistische System verstanden wird.

15 • Der Ausgang der Brexit-Abstimmung in Groß-  
britannien, die Wahl von Donald Trump zum US-  
Präsidenten, das Erstarken des Front National in Frank-  
reich und viele ähnliche Entwicklungen zeigen: Große  
20 Teile der Bevölkerung fühlen sich von „der Politik“ der-  
maßen missachtet, dass sie von den Denkmustern der  
etablierten Parteien und ihren Medien nicht mehr er-  
reicht werden. Ihre scheinbar widersinnige Abwendung  
vom Mainstream der politischen Argumentation und  
ihre Zuwendung zu rechtspopulistischen Strömungen,  
25 die mit den Verhältnissen „aufzuräumen“ versprechen,  
wird nicht mehr aufzuhalten sein, wenn wir sie nur als  
„Resultate eines ungehobelten Populismus abtun, der  
die Fakten außer Acht lässt“ (Stephen Hawking).

30 • Dies gilt umso mehr, als die Menschen in der  
Finanzkrise gesehen haben, wie einzelne Finanzhaie  
gigantische Prämien einstecken können, während der  
Rest der Gesellschaft für ihre Spekulationen bürgt und  
die Rechnung bezahlen muss, wenn sie in ihrer Gier alles  
in den Sand setzen. Bis heute hat sich an dieser Situati-  
on nichts Grundlegendes geändert.

35 • Die Umweltprobleme, vor denen wir stehen,  
sind gleichzeitig beunruhigender denn je. Es wird immer  
fraglicher, ob wir den Klimawandel aufhalten können,  
den schonenden Umgang mit den Ressourcen der Erde  
gewährleisten und die notwendige Energiewende  
40 durchsetzen können.

45 • Die Gefahren von Krieg und Terror nehmen zu  
statt ab, weil die Politik auf allen Seiten auf Umsturz  
und militärische Gewalt und nicht auf friedliche Lösun-  
gen setzt. Es droht eine neue Spirale des weltweiten  
Wettrüstens.

50 Das alles trifft Deutschland und Europa in einer Situati-  
on, in der sich die europäische Staatengemeinschaft in  
einem desolaten Zustand befindet. Statt dass der Zu-  
sammenhalt der Menschen Europas stärker wird, wach-  
sen gegenseitiges Misstrauen und nationaler Egoismus.  
Dazu hat auch beigetragen, dass Deutschland und ande-  
re den südeuropäischen Staaten eine Austeritätspolitik  
55 aufgezwungen haben, die Krisen und Massenarbeitslo-  
sigkeit bei ihnen verfestigt haben, statt ihre wirtschaft-  
liche Erholung zu fördern.

60 Statt dass multinationale Konzerne durch die EU ver-  
pflichtet werden, ihre in Europa erzielten Gewinne an-  
gemessen zu versteuern, statt dass Steueroasen zumin-  
dest in Europa trockengelegt werden, zeichnet sich ein  
neuer internationaler Wettbewerb dahingehend ab, sich  
als das größte Steuerparadies für Unternehmen, Banken  
65 und Großverdiener zu präsentieren.

In der Flüchtlingskrise ist die EU handlungsunfähig ge-  
blieben, weil eine Reihe von Mitgliedstaaten bei der

70 Aufnahme von Flüchtlingen eine totale Verantwortungslosigkeit an den Tag gelegt haben – mit dem Ergebnis, dass nationalistische Denkweisen überall noch stärker um sich gegriffen haben. Der jetzt von Europa eingeschlagene Weg, die Außengrenzen zuzumauern und die Flüchtlingsströme in völligem Elend zum Stehen zu bringen, ist mit den europäischen Werten nicht mehr vereinbar.

80 Der „Brexit“ ist vor diesem Hintergrund nur der Beginn des weiteren Zerfalls der EU – wenn nicht eine grundlegende Wende in der Politik herbeigeführt wird.

85 Aus alledem kann nur eine Schlussfolgerung gezogen werden: Es geht für uns Sozialdemokraten in der Grundrichtung nicht mehr nur um ein „weiter so“ mit kleinen Korrekturen, es steht stattdessen nichts weniger als eine grundsätzliche Wende der Politik auf der Tagesordnung, die den sozialen Zusammenhalt, die Erhaltung der Umwelt und die Sicherung des Friedens zum Ziel hat und einen neuen Rahmen für das Wirtschaften setzt.

90 Wir wollen, dass die europäische Einigung erhalten und weiter entwickelt wird – wir wollen keinen Rückfall in den Nationalismus. Wir wollen zu vernünftigen Lebensverhältnissen in den armen Ländern der Welt beitragen – wir wollen keinen neuen Rüstungswettlauf.

95 Das erfordert, dass wir uns den großen Herausforderungen der Zukunft stellen und vor allem in der Wirtschafts- und Finanzpolitik einen „New Deal“ einleiten, der mit den neoliberalen Dogmen – der Deregulierung und der Austeritätspolitik – bricht:

100

- Technischer Fortschritt, Globalisierung und Deregulierung haben überall in den industrialisierten Gesellschaften einen Großteil der Arbeitsplätze in den traditionellen Produktionsbetrieben vernichtet. Mit der Verbreitung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien und zum weiteren Einsatz künstlicher Intelligenz werden auch in den Dienstleistungssektoren Millionen von Arbeitsplätzen wegfallen. Da ist es entscheidend, dass wir die Verlierer dieser Entwicklung stützen und fördern, indem wir neue Arbeitsplätze in anderen Feldern aufbauen – z.B. in den Bereich Erziehung und Bildung, im Umweltschutz, im Gesundheits- und Sozialwesen, im Wohnungsbau und in der sozialen Stadtentwicklung . Ebenso werden wir gegen wachsende Armut – insbesondere die von Kindern – aktiv werden.

110

- Deutschland lebt aus der Substanz – die öffentlichen und privaten Investitionen bewegen sich seit Jahren auf einem bedenklich niedrigen Niveau. Deutschland verzeichnet riesige Exportüberschüsse und legt die Einnahmen daraus in Schuldtiteln des Auslands an, statt dass hier bei uns in die Zukunftssicherung investiert

120

- 125 wird. Deswegen werden wir die Investitionen in die ökologische Modernisierung der Wirtschaft und in den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur in großem Stil ausweiten. Durch die damit verbundene Stärkung der Binnennachfrage werden wir auch einen
- 130 Beitrag zum Abbau der internationalen wirtschaftlichen Ungleichgewichte und zur wirtschaftlichen Stabilisierung Europas leisten.
- Wir werden dagegen angehen, dass die realen Einkommen der unteren und mittleren Bevölkerungsschichten weiter stagnieren und die Unterschiede zwischen den Superreichen und dem Rest der Bevölkerung immer dramatischer werden. Wir werden die multinationalen Großkonzerne und die Superreichen angemessen besteuern und die Mittelschichten steuerlich entlasten.
- 135 Die Mindestlohnpolitik und die Zurückführung von prekären Beschäftigungsverhältnissen in ordentliche Arbeit werden wir fortsetzen. Dadurch verbessern wir auch die Bedingungen dafür, dass höhere Lohnsteigerungen für große Teile der Arbeitnehmerschaft durchgesetzt werden können.
- Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass der völlig aufgeblähte und verselbständigte internationale Finanzsektor wieder der Realwirtschaft untergeordnet wird. Gigantische Spekulationsgeschäfte, deren Risiken gegebenenfalls durch die Allgemeinheit aufgefangen werden müssen, müssen von vornherein unterbunden werden. Für uns gilt: Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Finanzmarkt darf zukünftig unreguliert sein. Allen Bestrebungen, die Regulierung des internationalen Finanzsektors wieder zurückzudrehen, werden wir eindeutig entgegenzutreten.
- 140
- 145
- 150
- 155

Diese Forderungen sollen auch Eingang in das Wahlprogramm 2017 finden.

**Antragsbereich Th/ Antrag 11**  
*Ortsverein Uehlfeld (Landesverband Bayern)*

**Arbeit, Digitales, Aus- und Weiterbildung und Rente**

Wir fordern eine zeitgemäße digitale Infrastruktur in Stadt und Land. Leiharbeiter müssen grundsätzlich bei vergleichbarer Arbeit mehr verdienen, als das Stammpersonal, Arbeitszeit auf Abruf muss verboten werden.

5 Vorgaben für die finanzielle Aufwertung der Erziehungs- und Pflegeberufe. Klares „ja“ zur Erwerbstätigenversicherung, und zwar unter Einbeziehung aller berufstätigen Bürger.

**Arbeit, Digitales, Aus- und Weiterbildung und Rente**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich Th/ Antrag 12**  
*Ortsverein Uehlfeld (Landesverband Bayern)*

**Wirtschaft, Investitionen, Finanzen und Bildung**

Wir fordern keinen Export zu Dumpingpreisen, Antwort

**Wirtschaft, Investitionen, Finanzen und Bildung**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-



Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

5      ten auf die Herausforderung der „Wirtschaft 4.0“, kostenloses Bildungssystem, keine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, keine Privatisierung von Straßen und Autobahnen.      kommission

*Antragsbereich Th/ Antrag 13  
Landesverband Berlin*

5      **Eine Verantwortungsgemeinschaft einführen**  
Die Programmkommission des SPD Parteivorstands zur Erarbeitung eines Programms für die Bundestagswahl 2017 wird aufgefordert, ein Modell für eine Verantwortungsgemeinschaft zu erarbeiten und in das Wahlprogramm einzubringen.

**Eine Verantwortungsgemeinschaft einführen**  
Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission bez. Stärkung nichtehelicher Lebensgemeinschaften und Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtlicher Paare.

10      Die Verantwortungsgemeinschaft soll ein standardisiertes und staatlich anerkanntes Vertragswerk sein, dass die Verantwortung zweier volljähriger Menschen füreinander rechtssicher dokumentiert, ähnlich wie eine Eheschließung, allerdings mit weniger weitreichende Rechten und Pflichten und ohne Zeremonie.

Ablehnung bez. Einführung eines zusätzlichen Instituts einer Verantwortungsgemeinschaft

15      Die Inhalte der Verträge sind von allen staatlichen Stellen anzuerkennen. Eine Verantwortungsgemeinschaft sollen zwei Menschen vor einem Notar schließen können, die füreinander Verantwortung tragen möchten – unabhängig davon, ob sie sich lieben und unabhängig von ihrem Alter und ihrem Geschlecht. Die genauen Rechte und Pflichten der Verantwortungsgemeinschaft, unter anderem in den Fragen von Unterhalt und Versorgung, Einkommen und Vermögen und Sorgerecht sollen durch die Programmkommission erarbeitet werden. Wir halten an der Öffnung der Ehe für alle fest.

*Antragsbereich Th/ Antrag 14  
Landesverband Berlin*

5      **Die Zeit ist reif für mehr Gerechtigkeit**  
In Großstädten wie Berlin zeigen sich besonders die sozialen Herausforderungen und Lösungsansätze unserer Zeit. Die SPD ist die Partei der Gerechtigkeit. Nach vier Jahren großer Koalition wollen wir daher einen klaren Politikwechsel. Dafür stehen die SPD und Martin Schulz mit den Inhalten, die er mit seiner Kandidatur verbindet wie zum Beispiel längeres Arbeitslosengeld, mehr Steuergerechtigkeit und Investitionen in bezahlbaren Wohnraum.

10      Wir kämpfen dafür, dass die SPD bei der Bundestagswahl stärkste Kraft wird und ein Regierungsprogramm durchsetzt, welches für Gerechtigkeit sorgt und eine klare Abkehr von der in großen Teilen neoliberalen Poli-

**Die Zeit ist reif für mehr Gerechtigkeit**  
Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

15 tik der letzten zwei Jahrzehnte bedeutet. Dafür müssen wir zuerst die Menschen in unserem Land für eine gerechtere Gesellschaft gewinnen und dann auch die parlamentarischen Mehrheiten dafür nutzen. Wir sprechen uns deshalb klar und deutlich dafür aus, dass eine Mehrheit links der Unionsparteien nicht mehr tabuisiert werden darf und begreifen ein Rot-Rot-Grünes Bündnis wie in Berlin als grundsätzliche Option.

20 Als SPD setzen wir uns dafür ein, dass der Staat Handlungsspielräume für eine soziale Demokratie schafft. Wer sich wegen zunehmender sozialer Ungleichheit und einer Politik der proklamierten „Alternativlosigkeit“ von uns abgewendet hat, den müssen wir zurückgewinnen.

25 Profil schärfen – sozialdemokratischen Aufbruch gestalten

30 Die SPD muss Orientierung bieten: Gegen politische Resignation und Spaltung der Gesellschaft. Für Vertrauen in Programm und Handeln der Sozialdemokratie.

35 Wichtige Eckpunkte künftigen Regierungshandelns sind daher:

I. Unser Land durch Investitionen zukunftsfest machen  
Für eine sozial gerechte Zukunft braucht es schnell mehr Investitionen. Der Rückstau betrug (nach Berechnungen der KfW) in den Städten bereits 2015 etwa 136 Milliarden Euro und hat sich seitdem auf etwa 150 Milliarden Euro vergrößert. Bundesweit wollen wir in neue Infrastrukturen wie digitale Netze, Stromnetze für die Energiewende, Wasser-, Schiene und Straßenverkehr in ähnlicher Größenordnung investieren.

45 Daher wollen wir:

- dass die SPD dafür sorgt, dass Haushaltsüberschüsse des Bundes wieder investiert werden: in Infrastruktur, Bildung und Maßnahmen für gute Arbeit und soziale Sicherheit.

50 • dass das Kooperationsverbot im Bildungsbereich, das dem Bund bisher Finanzierungen im Bildungsbereich verbietet, aufheben, damit Investitionen in Bildung wieder uneingeschränkt möglich sind.

55 • obwohl die Schuldenbremse den Bund und noch mehr die Länder vor enorme Herausforderungen stellt, Investitionsprogrammen Vorrang einräumen und sie umsetzen. Dabei setzen wir auf die Nutzung der vorhandenen Möglichkeiten der öffentlichen Haushalte und der öffentlichen Betriebe. Sogenannte PPP (public private partnership) oder ÖPP Finanzierungs-Techniken führen meist zu teuren Lösungen, bei denen zudem der öffentliche Einfluss und die demokratische Gestaltung eingeschränkt wird; sie sind deshalb abzulehnen.

60 • uns mit der Schuldenbremse und dem Fiskalpakt (der europäischen Schuldenbremse) nicht abfinden. Beide Instrumente wirken in Deutschland und Europa als Bremse für Investitionen. Wir arbeiten für einen erneuerten, modernen Fiskalpakt, der die Neuverschuldung in

- 70 Höhe der Nettoinvestitionen (goldene Regel) und eine aktive Konjunkturpolitik ermöglicht.
- II. Gute Arbeit und soziale Sicherheit
- 75 Es muss zuallererst um die menschliche Gestaltung der Arbeitswelt gehen. Berlin ist Hauptstadt der Start-Ups und der Arbeit 4.0. Die Digitalisierung bringt neue Chancen, aber auch Umwälzungen mit sich. Neue Jobs entstehen, aber auch neue prekäre Arbeitsformen.
- 80 Wir wollen:
- den begonnenen Weg von Mindestlohn, Stärkung der Tarifautonomie, Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen weitergehen, sowie die Hartz-Gesetzgebung in Richtung einer Arbeitsversicherung mit Verlängerung des ALG-I-Bezuges reformieren, die Regelungen zum Schonvermögen gerechter ausgestalten, die Hartz-IV-Sanktionen abschaffen.
- 85
- nicht hinnehmen, dass trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung noch über eine Millionen Menschen langzeitarbeitslos sind. Die SPD soll ein Bundesprogramm zur individuellen Begleitung und Qualifizierung auf den Weg bringen.
- 90
- den Mindestlohn dynamisieren und armutsfest machen, wirksam kontrollieren und Ausnahmen abschaffen.
- 95
- die Lücke zwischen Arbeitsentgelten von Frauen und Männern durch ein wirksames Lohngerechtigkeitsgesetz schließen,
  - die Qualifizierungsoffensive (Ausund Weiterbildung), vor allem durch Systematisierung der beruflichen Weiterbildung, sinnvolle Weiterentwicklung des Berufsbildungsgesetzes, Mindestausbildungsvergütung, Recht auf bezahlte Qualifizierungen, Finanzierung auch durch Branchen- und regionale Fonds aus betrieblichen Umlagen fortsetzen und einen stärkeren Fokus auf die Digitalisierung legen.
- 100
- eine Mindestausbildungsvergütung in Höhe des BAföG-Satzes einführen. Zudem soll die Digitalisierung systematisch in das Berufsbildungssystem integriert werden.
- 105
- dass sich die SPD verstärkt für die soziale Absicherung und faire Bezahlung auch bei den neuen digitalen Arbeitsformen einsetzt.
- 110
- die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen abschaffen sowie die Entgeltgleichheit von Leiharbeiter\*innen und dauerhaften Mitarbeiter\*innen durchsetzen.
- 115
- den gesetzlichen Kündigungsschutz stärken und auf Unternehmen auch mit wenigen Beschäftigten ausweiten, um auch Start-Ups einzuschließen.
- 120
- zudem ALG II endlich gerecht machen und reformieren. Die ALG II-Sätze dürfen nicht nur das Nötigste abdecken, sondern müssen eine wirkliche Teilhabe garantieren sowie gerade Kinder in ALG II-Familien besser gefördert werden und bessere Bildungschancen erhalten.
- 125

Ein wichtiges Projekt bleibt für uns die Bürger\*innenversicherung in der Kranken und Pflegeversicherung

130 •Die SPD muss eine Bürger\*innenversicherung einführen mit der wir anschlussfähig sind, die alle Einkommensarten und Personengruppen (privat Versicherte, Beamten, Soloselbstständige) einbezieht, sowie paritätisch finanziert ist.

135 •Die medizinische Versorgung muss den Bedarfen folgen und nicht länger falschen Honorar und Einkommens anreizen

III. Die Rente armutssicher gestalten

140

In der Rentenpolitik wollen wir:

145 •die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) wieder zur Hauptsäule der Altersvorsorge machen. Sie muss vor allem lebensstandardsichernd ausgestaltet werden anstatt zur Grundsicherung zu verkommen,

•das gesetzliche Rentenniveau deutlich oberhalb von 50 % stabilisieren. Dazu sind die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren abzuschaffen.

150 •die Riesterreente bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge abschaffen. Es darf keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme welcher Art auch immer geben. Die Finanzierungslücke ab etwa 2020 ist durch den Bundeszuschuss (u. a. freie Mittel Riester) und die vom DGB vorgeschlagene Demografiereserve zu schließen.

155 •das gesetzliche Rentenzugangsalter nicht weiter steigen lassen. Die Lösung liegt nicht in längerem Arbeiten bis 67 als faktischem Zwang, um der Altersarmut zu entgehen.

160 •perspektivisch die Erwerbstätigenversicherung für alle einführen, unabhängig vom Status als ArbeitnehmerIn, Beamte oder

165 •Selbständige die Lösung. Notwendige Schritte dorthin müssen sofort nach der nächsten Bundestagswahl erfolgen.

170 •einen Anstieg des gesetzlichen Rentenzugangsalter verhindern. Die Lösung liegt nicht in längerem Arbeiten bis 67 als faktischem Zwang, um der Altersarmut zu entgehen.

IV. Land der Mieterinnen und Mieter

175 Wohnraum wird gerade in Großstädten wie Berlin zur Mangelware und immer mehr Menschen mit niedrigem Einkommen werden aus den Städten gedrängt. Wer den Zusammenhalt unserer Städte nicht gefährden will, muss Mieterinnen und Mieter schützen und die Basis für genug und günstigen Wohnraum für alle legen.

180 Wir wollen:

•bestehenden Mietwohnraum dauerhaft sichern: um-

- 185 fassende Genehmigungspflicht bei Umwandlung in Eigentumswohnungen. Eigenbedarfskündigungen müssen deutlich erschwert und an die Nutzung gebunden werden. Modernisierungen müssen energiekostenneutral und wirtschaftlich sein und Mieterhöhungen nach Modernisierung von 11% auf 5% der für die Wohnung aufgewendeten Kosten jährlich gesenkt werden. Der Schutz bei sozialer Härte muss wieder deutlich verbessert werden.
- 190 •die Mietpreisbremse und das soziale Mietrecht umfassend reformieren. Die Mietpreisbremse muss durch eine verbindliche Auskunftspflicht der Vermieter bei Neuvermietung wirksam reformiert ein Anspruch auf Rückzahlung von Beginn an und der Wucherparagraph wieder wirksam werden.
- 195 •Die Mieterhöhungen müssen künftig in normalen Wohnlagen auf 20 % bzw. 15% in fünf Jahren begrenzt werden.
- 200 •In den Mietspiegel müssen alle Mieten einfließen und der Zeitraum der zu berücksichtigenden Mietverträge von vier auf zehn Jahre erweitert.
- 205 •Das Gewerbemietrecht so zu ändern, dass soziale Träger die Wohnungen weitervermieten, besser geschützt werden
- 210 •Eine Änderung des Bodenrechtes: Spekulationsgewinne durch steigende Bodenpreise müssen durch die Gemeinden besser abgeschöpft werden können, die Ankauf und Vorkaufrechte der Gemeinden für günstigen Wohnraum mit angemessenen Preisen sind deutlich zu stärken. Wir fordern eine Abkehr von Grundstücksverkäufen zum Maximalerlös und eine nachhaltige Liegenschaftspolitik von Bundesliegenschaften. Der Bund muss dabei seiner Vorbildrolle gerecht werden.
- 215 •Eine deutliche Aufstockung der Mittel zum Bau von neuen Wohnungen entsprechend der unterschiedlichen Zielgruppen und Einkommensverhältnisse auf Basis von auf Dauer angelegten Bindungen auch in neuen Modellen. Wir brauchen bundesweit mindestens 180.000 neue Sozialwohnungen bzw. bezahlbare Wohnungen pro Jahr. Die Schaffung von Wohnraum muss eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern bleiben, hierfür bedarf es einer Grundgesetzänderung. Ein besonderer Schwerpunkt muss auf die Förderung kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungsbauunternehmen gelegt werden.
- 220 •eine soziale Energiewende von unten: Es braucht aufsuchende Beratung in den Quartieren, Förderung von Effizienz und Erneuerbarer Energien auf Basis von Quartierskonzepten und an der CO2-Einsparung ausgerichtete Zuschüsse. Bei Sanierung und Neubau muss eine ganzheitliche Betrachtung unter Berücksichtigung des „ökologischen Rucksacks“ der eingesetzten Baumaterialien erfolgen. Dies soll um einen Fonds zur Förderung
- 225 von Rekommunalisierungen ergänzt werden.
- 230
- 235

V. Durch Europa sozialen Frieden garantieren

240 Berlin hat sich von einer geteilten Frontstadt zur europäischen Metropole entwickelt. Ohne die europäische Integration wären unsere Stadt und unsere Leben heute andere. Wir wollen den verschärften Angriffen von Rechts die Vision eines integrierten, sozialen und demokratischen Europas entgegensetzen, indem wir:

245 •in allen Ländern Europas einen nachhaltigen Wachstumskurs fördern, nicht auf die noch härteren Sparmaßnahmen setzen. Dies ist nicht nur wirtschaftlich richtig, sondern auch politisch unbedingt notwendig, da nur so die Menschen wieder Vertrauen in die europäische Idee und ihre europäischen Partner gewinnen können.

250 Eine Union, die für Rentenkürzungen, fehlende Krankenversicherung und gesellschaftliche Verarmung steht, wird niemals bei den Bürgerinnen und Bürgern Erfolg haben können. Wir sind überzeugt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger diesen politischen Ansatz gutheißen werden, wenn wir ihn konsequent verfolgen und uns nicht von rechten Ideologen beirren lassen.

255 •die soziale Dimension der EU weiter stärken und insbesondere in der Eurozone die sozialen mit den wirtschaftlichen Rechten gleichstellen. Eine europäische Sozialunion beinhaltet auch Mindeststandards für Arbeitnehmerrechte, Sicherungssysteme und Mitbestimmung.

260 •Alle Punkte, die zu TTIP, TISA und CETA vom SPD-Parteitag beschlossen wurden, sind zu erfüllen. Diese Bedingung sehen wir bisher nicht annähernd umgesetzt. Viele Menschen erwarten gerade von der SPD, dass wir ihre Interessen wahren und keine faulen Kompromisse eingehen. Die Beteiligung vieler Menschen an der Debatte über die Handelsabkommen darf auch als partizipatorischer Erfolg gewertet werden. So stellen wir uns gelebte Demokratie vor.

270

#### VI. Land der Vielfalt, Flüchtlingspolitik human gestalten

275 Unsere Gesellschaft ist vielfältig in jeder Hinsicht. Einen großen Anteil daran haben auch die Migrationsbewegungen, die immer schon eine Realität in unserem Land waren. Und diese Vielfalt ist die Stärke unseres Landes. Der Zusammenhalt muss staatlich gefördert werden,

280 damit jede und jeder seinen Platz in unserer Gesellschaft findet und niemandem aufgrund seiner Herkunft Teilhabe verwehrt wird. Wir stehen an der Seite der Betroffenen rechter Gewalt, der Geflüchteten und der Engagierten – gegen jegliche menschenfeindliche Einstellungen und Bestrebungen. Unsere Flüchtlingspolitik muss von Humanität und Verantwortung gegenüber Menschen in Not geprägt sein. Humanitäre Hilfe ist kein gnädiger Akt, sondern eine ethische Verpflichtung. Wir sind stolz auf das Recht auf Asyl in unserem Land und werden es gegen jedweden Angriff verteidigen.

285

290 Wir wollen:

- legale und vor allem sichere Zuwanderungswege nach Europa schaffen. Spezielles Augenmerk gilt hier beson-

- 295 ders schutzbedürftiger Personen wie Frauen, Kindern und Menschen mit besonderen Bedürfnissen.
- 300 •Zuwanderungsgrenzen für Flüchtlinge verhindern. Den Schutz, den das Grundgesetz politisch Verfolgten garantiert, bleibt unantastbar. Wie für keine andere Partei aus ihrer Überzeugung und Geschichte heraus ist dies für die Sozialdemokratie politische Verpflichtung.
- 305 •auch auf Bundesebene ein Partizipations- und Integrationsgesetz nach Berliner Vorbild schaffen, um die Interkulturelle Öffnung gesetzlich zu fixieren.
- Integrationsangebote wie Sprachkurse und Willkommensklassen für alle Geflüchteten möglichst ab dem ersten Tag der Ankunft schaffen, unabhängig von der Einschätzung der Bleibeperspektive.
- 310 •das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz konsequent durchsetzen und so Aufstiegshürden verhindern; die gesetzlichen Lücken müssen geschlossen und die Antidiskriminierungsstelle des Bundes gestärkt werden.
- den Kampf gegen Rechts und für eine menschenrechtsorientierte Demokratieförderung weiter ausbauen und wichtige dauerhafte Aufgaben in eine Regelfinanzierung überführen.
- 315
- Flüchtlinge müssen so schnell wie möglich integriert werden. Ein Schlüssel für Integration ist eine gute Ausbildung und ein Arbeitsplatz. Beides setzt wiederum gute Sprachkenntnisse voraus. Auf Drängen der SPD-Fraktion hat der Bund die Integrationskurse für Asylbewerber mit einer guten Bleibeperspektive geöffnet und die Mittel entsprechend erhöht.
- 320 Die SPD muss dafür sorgen, dass
- 325 •kurzfristig die Eingliederungstitel der Jobcenter erhöht werden, um Flüchtlinge mit einer guten Bleibeperspektive bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen zu können. Die Aufstockung der Mittel des Jobcenters wird aber auch Menschen zu Gute kommen, die schon lange in Deutschland leben und bislang vergeblich eine Arbeit gesucht haben.
- 330 •keine Konkurrenzsituation von Flüchtlingen und deutschen Arbeitnehmern entstehen. Einer Absenkung des Mindestlohns für Flüchtlinge treten wir entschieden entgegen.
- 335 •die Qualität der Integrationskurse stark verbessert wird als eine der wichtigsten Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete. Dafür braucht es Klassen, eine einheitlichere Zusammensetzung der Teilnehmenden mit Blick auf gemeinsame Lernerfolge, mehr qualifiziertes Lehrpersonal und ein externes, wissenschaftliches Qualitätsmanagement, dass u.a. den Erfolg und die Curricula regelmäßig überprüft.
- 340 •eine Debatte für ein Einwanderungsgesetz auf Bundesebene anstoßen. Ein Einwanderungsgesetz ist ein klares Bekenntnis dazu, dass wir ein Einwanderungsland sind. Bisher gibt es da noch nicht. Das öffnet Raum für die AfD gegen unkontrollierte Zuwanderung zu wettern. Deshalb wollen wir uns auch für ein Einwanderungsge-
- 345

350 setz auf Bundesebene einsetzen, welches auf drei Säulen basiert:  
 – Transparente Zusammenfassung bestehender Regeln,  
 – Entwicklung eines Punktesystems,  
 – Formulierung von Kontingenten für humanitäre Einwanderung.  
 355

VII. Einwanderungsdebatte offensiv führen

Außerdem muss die SPD die Debatte um eine plurale Einwanderungsgesellschaft offensiv führen.  
 360

Dazu gehört:

- eine frühere und einfachere Erlangung der Staatsbürger\*innenschaft und eine generelle Akzeptanz der Mehrstaatigkeit schaffen.

365 •Wahlrecht für alle Parlamente auf kommunaler Ebene, Land und Bundestag bis zum Europäischen Parlament für alle Menschen, die viele Jahre in unserem Land leben, obwohl sie keine deutsche Staatsangehörigkeit haben.

370 VIII. Ehe für alle

Berlin ist Regenbogenhauptstadt, die Stadt ist offen, vielfältig und queer. Wir sind stolz auf unsere LGBTTIQA\*-Community und setzen uns für ihre Gleichstellung ein. Wir wollen:

375 •uns für ein sofortiges Ende der Diskriminierung für gleichgeschlechtliche Paare in allen Bereichen einsetzen, insbesondere bei der Ehe und beim Adoptionsrecht.  
 380 •uns für die Rehabilitierung und Entschädigung der wegen homosexueller Handlungen nach dem früheren § 175 StGB verurteilte Menschen einsetzen.  
 •Kein Koalitionsvertrag ohne Öffnung der Ehe für alle

385 IX. Friedenspolitik aktiv gestalten

Friedenspolitik, die diesen Namen verdient, muss vor allem die Ursachen von Konflikten, Gewalt und Kriegen benennen und bekämpfen. Auch hier geht es vor allem um Gerechtigkeit, Ausgleich, Abbau von wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten, Folgen von Handelsbeziehungen und Klimawandel. Dies erfordert den Blick sowohl in die Staaten und Regionen, wie auf globale und internationale Beziehungen. Wer von Friedensschaffung und Friedenssicherung reden will, darf über eine gerechte Gestaltung der Globalisierung nicht schweigen. Die vielbeschworene „Verantwortung Deutschlands in der Welt“ darf nicht als Vorwand für immer neue und intensivere militärische Einmischungen benutzt werden, sondern muss vor allem präventiven und diplomatischen Charakter haben.  
 390  
 395  
 400

Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass:

405 •eine drastische Reduzierung der geplanten Aufrüstungspläne der Bundesverteidigungsministerin in Höhe



- von 130 Mrd. Euro bis 2030 vorgenommen wird,
- die eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (0,7 % des Bruttoinlandprodukts) eingehalten werden,
- 410 •die Social Development Goals (SDGs) seitens der Bundesrepublik (Nachhaltigkeitsziele, soziale Entwicklung weltweit) konsequent umgesetzt werden, z. B. durch verbindliche Regelungen in den Handelsbeziehungen, die diese Ziele für alle Unternehmen durchsetzen und
- 415 kontrollierbar machen,
- restriktive Regelungen der deutschen Rüstungsexport-Politik und deren Durchsetzung auch auf europäischer Ebene gesetzlich verankert werden.
- 420 •Eine sozialdemokratische Außenpolitik muss ausgleichend sein und die zivile Krisenprävention muss im Mittelpunkt stehen. Ökonomische und ökologische Ausbeutungen können zu zunehmenden Spannungen führen und auch Bürgerkriege entfachen. EU
- 425 •und USA hätten in Syrien vorzeitiger auf Friedensgespräche drängen müssen, statt einseitig Partei zu ergreifen. Syrien ist so fragmentiert, dass mit allen Parteien geredet werden muss.
- Sowohl im Welthandel wie bei der Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit brauchen wir globale Institutionen.
- 430

#### X. Land der Steuergerechtigkeit

- 435 Einen wesentlichen Bestandteil zu mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft bildet die finanzielle Basis unseres Staates. Den von der Union geschaffenen Reformstau in der Steuerpolitik wollen wir durch ausgewogene Reformen überwinden, die starke Schultern mehr fordern und breite Schichten unserer Gesellschaft entlasten sollen. Es geht aber auch darum, dass endlich die Steuern, die gezahlt werden sollen, auch tatsächlich entrichtet werden! Das Gemeinwesen benötigt sie für Investitionen – und kann diese damit in ausreichendem Umfang finanzieren. Für ein besseres Steuersystem
- 440 gehören zudem alle Steuerarten – von der Einkommenssteuer bis zur Unternehmensbesteuerung auf den Prüfstand.
- 445

Wir wollen:

- 450 •konsequente Maßnahmen zur Begrenzung von Steuer-  
vermeidung (z.B. share deals bei Wohngebäuden) und zum deutlichen Abbau von Steuerhinterziehung (z. B. Panama).
- 455 •sozial ausdifferenzierten Einkommenssteuer mit einem höheren Spitzensteuersatz,
- die Kapitalbesteuerung mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz,
- die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer,
- 460 •eine Erbschaftssteuer, die Betriebsvermögen so behandelt, dass reinvestierte Gewinne berücksichtigt werden, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu sichern, dem

Gleichheitsbehandlungsgrundsatz des Bundesverfassungsgerichts gerecht wird und mindestens 10 Milliarden Euro einbringt.

- 465 •die Finanztransaktionssteuer endlich einführen  
 •den Solidarzuschlag aufrechterhalten.  
 Eine solche Steuerpolitik muss einhergehen mit:
- 470 •der schärferen Eigenkapitalausstattung von Banken,  
 •dem Kampf gegen Schattenbanken und Steueroasen,  
 •einer Einführung eines Finanz-TÜVs zur Prüfung und Zulassung neuer Finanzprodukte  
 •der zügigen Umsetzung des Kompromisses zu den Bund-Länder-Finanzbeziehung ohne weitere Änderungen

*Antragsbereich Th/ Antrag 15*  
*Landesverband Berlin*

**Gegen wachsende Ungleichheit, für mehr soziale Gerechtigkeit**

Nicht erst kurz vor der Bundestagswahl 2017, sondern schon jetzt muss die Partei im Dialog mit den Mitgliedern und den Wählerinnen und Wählern glaubwürdig erklären: Wir wollen als führende Regierungspartei einen Politikwechsel durchsetzen, um das dramatische Anwachsen der Ungleichheit zu stoppen, wodurch sowohl der soziale Zusammenhalt als auch die wirtschaftliche Entwicklung gefährdet wird. Wir wollen mehr Gerechtigkeit wagen, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen und der wachsenden Politikverdrossenheit der Wählerinnen und Wähler entgegenzuwirken.

- 5
- 10
- 15
- 20
- 25
- 30
- 35

Der Landesparteitag der SPD Berlin ist besorgt: Die Bemühungen führender SPD-Politikerinnen und SPD-Politiker, sich vom „linken“ Wahlprogramm 2013 zu distanzieren, insbesondere von der Forderungen nach höheren Steuern für Superreiche zur Finanzierung dringender Zukunftsinvestitionen, werden keine verlorenen Wählerinnen und Wähler zurückgewinnen, sondern die Wahlchancen der SPD noch weiter verschlechtern. Daher lehnt der Landesparteitag auch das vom Parteipräsidium beschlossene Impulspapier „Starke Ideen für Deutschland 2025“ als Grundlage für die Diskussion über das Wahlprogramm 2017 als kontraproduktiv ab, da es inhaltlich für ein „Weiter so mit Merkel!“ plädiert. Insbesondere die Distanzierung von den steuerpolitischen Forderungen der SPD von 2013 zeigt, dass die SPD keine politische Alternative zu CDU/CSU anbieten, sondern die Politik der Union übernehmen will: „Eine alte Trennungslinie zwischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Konservativen“ bei der Frage nach den Mitteln zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben existiere nicht mehr. Anders als die SPD früher Antworten die „Starken Ideen“ auf diese Frage: „Die SPD ist gut beraten, die Antwort darauf nicht vorschnell mit dem Ruf nach höheren Schulden oder höheren

**Gegen wachsende Ungleichheit, für mehr soziale Gerechtigkeit**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Steuern zu geben.“

40 Diese Antwort ist für die SPD diffamierend, weil sie im Klartext bedeutet: Als es diese Trennungslinie 2013 noch gab, hatten die Konservativen gegen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Recht. Denn diese (CDU/CSU, FDP, AFD) waren „gut beraten“, als sie höhere Steuern ablehnten, während SPD, Grüne und LINKE

45 nicht „gut beraten“ waren, weil sie „vorschnell“ nach höheren Steuern riefen und daher die Wahl verloren haben. Beim Thema unzureichende Investitionen sehen die „Starken Ideen“ nur das Problem, dass sich die privaten Investoren zu sehr zurückhalten. Und zur Lösung dieses Problems erinnern sie an eine Wunderwaffe aus dem Nachlass der verbliebenen FDP: „Die innere Öffnung unserer Gesellschaft für die Chancen der Zukunft bedarf höherer Akzeptanz und besserer Anreize für solche Investitionen. Bürokratieabbau ist dafür ein wichtiger Schritt.“ (S. 23)

55

60 Während die „Starken Ideen“ akute Probleme, wie wachsende Ungleichheit, private und öffentliche Armut, ignorieren, malen sie das Bild einer heilen Welt nie gekannten Wohlstands und fragen nur: „Wie sichern und schaffen wir auch in Zukunft Wohlstand, Sicherheit und Zusammenhalt?“ (S. 2) Aber sie stellen nicht einmal die Frage: Wie können wir in naher Zukunft den heute in Armut lebenden 12, 5 Millionen Menschen helfen, dass sie wieder bescheiden am sozialen, kulturellen und politischen Leben teilnehmen können und sich nicht mehr ausgegrenzt fühlen? Das Papier wendet sich nur an die, die im Wohlstand leben und verspricht ihnen: Diesen Wohlstand wird die SPD gegen alle künftig drohenden Gefahren erfolgreich verteidigen.

65

70

75 Da die grundsätzliche Tendenz und Richtung dieses Papiers einen radikalen Bruch mit den Grundforderungen und Grundwerten der SPD bedeutet und ihren „Markenkern der sozialen Gerechtigkeit“ unkenntlich macht, fordert die SPD alle Gremien und Mitglieder der SPD auf, dieses Papier als für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unzumutbar zurückzuweisen.

80 Als „Grundlage für eine breite Diskussion über die Zukunft unseres Landes“ (Starke Ideen“, S. 1) unterstützen wir sowohl das Wahlprogramm von 2013 als auch das vom Landesvorstand der SPD Schleswig-Holstein am 1. Juni 2015 beschlossene Diskussionspapier „DIE ZEIT IST REIF: MEHR GERECHTIGKEIT WAGEN – POSITIONEN DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN FÜR EINE GERECHTE POLITIK“

85

90 Dieses Diskussionspapier distanziert sich nicht vom „linken“ Wahlprogramm 2013, rückt nicht „in die Mitte“, klammert nicht die akuten Gegenwartsprobleme

95 aus, benennt die konkreten Gegenwartsaufgaben, und damit die Probleme, die in der Zivilgesellschaft und in der Partei diskutiert werden. Es macht konkrete Vorschläge für die Lösung dieser Probleme und verschweigt nicht die Tatsache, dass dafür höhere Steuereinnahmen notwendig sind. Und es macht die „soziale Gerechtigkeit“ sichtbar zum „Markenkern“ der SPD.

100 Der Landesparteitag bzw. der Bundesparteitag fordert alle Gremien und Mitglieder der SPD auf, für ein Wahlprogramm zu arbeiten, das klar als Alternative zur Politik von CDU/CSU erkennbar ist, als glaubwürdiges Bekenntnis für einen Politikwechsel in Richtung mehr soziale Gerechtigkeit, gegen zunehmende Ungleichheit und Armut.

105  
110 Mit einem solchen Programm, verbunden mit der realistischen Machtperspektive Rot-Rot-Grün, kann die SPD im glaubwürdigen Dialog mit den stärker gewordenen Initiativen und Organisationen der kritischen Zivilgesellschaft jene Wechselstimmung erzeugen, die 2017 den notwendigen Politikwechsel möglich macht.

*Antragsbereich Th/ Antrag 16  
Kreis IV Nord (Landesorganisation Hamburg)*

**2017 zum Aufbruch für Gerechtigkeit, Freiheit und soziale Sicherheit machen – Faire Chancen auf ein gutes Leben für alle!**

5 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in den letzten vier Jahren in der Bundesregierung beharrlich für Gerechtigkeit und soziale Sicherheit eingesetzt. Dabei haben wir erreicht, was in der Koalition mit CDU und CSU möglich war: Den Mindestlohn, die Verbesserungen bei der Rente (Rente mit 63, bessere Erwerbsminderungsrente), der Einstieg in die Entgeltgleichheit für Frauen, die Mietpreisbremse, mehr Hilfen für Alleinerziehende, große Anstrengungen bei der Integration der Flüchtlinge und vieles mehr.

10 Manches jedoch war mit den Unionsparteien bisher nicht möglich: Die solidarische Mindestrente, gerechtere Steuern, bessere Pflege in den Krankenhäusern, eine wirksame Zählung der Finanzmärkte, eine zukunftsorientierte Politik für Europa. Dies alles wird nur in vollem Umfang kommen, wenn wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die nächste Bundesregierung führen und mit Martin Schulz den Kanzler stellen. Dafür kämpfen wir.

25 Wir sind stolz auf das Erreichte. Wir wissen selbstbewusst um den großen Anteil, den sozialdemokratische Politik in den letzten Jahren und Jahrzehnten am Wohlstand in Deutschland hatte. Doch wir sehen genauso

**2017 zum Aufbruch für Gerechtigkeit, Freiheit und soziale Sicherheit machen – Faire Chancen auf ein gutes Leben für alle!**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

selbstkritisch die sozialen Fehlentwicklungen in unserem Land.

30 Wir sehen und wertschätzen die wirtschaftlichen Erfolge unseres Landes. Sie sind das Ergebnis der harten Arbeit von vielen Millionen Frauen und Männern in Deutschland. Aber wir sehen auch die sozialen Probleme, die Ungerechtigkeiten, unter denen viele leiden, und die großen Aufgaben, vor denen wir stehen:

- 40 • Die Armut, vor allem die Kinder- und Altersarmut sind in einem reichen Land wie Deutschland absolut nicht akzeptabel. Wir wollen sie entschieden bekämpfen.
- 45 • Die wachsende soziale Ungleichheit ist weder gerecht und noch wirtschaftlich vernünftig. Wir wollen sie wirksam verringern. Wir wollen gerechtere Steuern durchsetzen.
- 50 • Die vielen unsicheren Jobs, hoher Stress, Druck und Konkurrenz im Arbeitsleben: Wir wollen weiter Gute Arbeit stärken und sichere Lebensperspektiven schaffen.
- 55 • Digitalisierung und Globalisierung in Arbeit und Wirtschaft: Wir wollen ihre Stärken entfalten, aber zugleich Sicherheit im Wandel für alle Betroffenen erreichen.
- 60 • Das Leben in Familie mit Kindern: Wir wollen gebührenfreie Bildung von Anfang an.
- 65 • Gute Bildung: Wir wollen mehr Qualität, mehr Chancengleichheit, Leistung ohne Überforderung.
- 70 • Wir wollen bessere Perspektiven für Arbeitslose, ein würdiges Leben für alle.
- 75 • Drohende neue Finanzkrisen: Wir wollen endlich wirksame Entschärfungen der Finanzmärkte und die Finanztransaktionsteuer durchsetzen.
- 80 • Klimawandel: Wir wollen weiter entschieden für Umwelt- und Klimaschutz arbeiten.
- 85 • Der Terror von Islamisten und Rechtsextremen: Wir werden beides entschieden bekämpfen. Gewalt als Mittel der Politik muss entschieden entgegengetreten werden.
- 90 • Wir wollen Integration fördern und fordern. Unsere „Leitkultur“ ist das Grundgesetz, unsere staatliche „Identität“ sind eine freie Gesellschaft und ein sozialer Rechtsstaat.

Wir wollen am 24. September stärkste Partei werden und die Regierung führen, weil wir bei allen diesen Aufgaben entschiedene und nachhaltige Verbesserungen erreichen wollen.

Unser Fokus liegt auf Gerechtigkeit, auf sozialer und innerer Sicherheit, auf (nicht nur materiellem) Wohlstand, auf gleichen und fairen Chancen auf ein gutes Leben für alle, auf Gemeinsinn, Zusammenhalt, Freiheit,

85 Demokratie und Teilhabe in unserer Gesellschaft. Wir stehen für klare politische Ziele, für die wir in den kommenden Monaten mit aller Kraft werben und überzeugen wollen. Durch inszenierte Debatten um mögliche Koalitionen werden wir uns nicht beirren lassen. Entscheidend sind allein unsere Inhalte, sind die Chancen auf politische Verbesserungen für die Menschen in Deutschland. Entscheidend ist, dass Martin Schulz Bundeskanzler wird. Vor allem stehen wir für eine glaubwürdige Politik: Wir machen das, was wir sagen, und wir versprechen nichts, was wir nicht auch einhalten können.

**Antragsbereich Th/ Antrag 17**

*Ortsverband Hessisch Lichtenau (Bezirk Hessen-Nord)*

**Zeit für Gerechtigkeit - Aufnahme dringend notwendiger sozialer Reformen und Gerechtigkeitsfragen in das Wahl- und Regierungsprogramm der SPD 2017**

Präambel:

5 Völlig zu Recht legt unser Kanzlerkandidat Martin Schulz den Schwerpunkt für die Bundestagswahl 2017 auf die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Um echte Verbesserungen für die breite Masse der Bevölkerung und insbesondere die Benachteiligten und Abgehängten der Gesellschaft zu bewirken, bedarf es konkreter Vorschläge, die weit über die bisher öffentlich gewordenen Ideen hinausgehen müssen.

10 Martin Schulz hat die Wähler um einen Vertrauensvorschuss gebeten, und wir haben inzwischen die berechtigte Hoffnung, dass 2017 wieder mehr Menschen bereit sein könnten, der SPD einen solchen Vorschuss zu geben, aller schlechten Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zum Trotz (Hartz IV, Rente mit 67, usw.). Aber wenn die SPD im Falle eines Wahlsieges erneut nicht ausreichend für echte Verbesserungen der konkreten Lebenswirklichkeit der Menschen sorgt, wird sie dauerhaft und nicht unberechtigt massiv an Zustimmung und Bedeutung verlieren. Wir erachten daher die folgenden Forderungen für notwendig und geeignet, um die Gerechtigkeitslücken in unserer Gesellschaft zu verkleinern:

25 Kapitel 1: Krankenversicherung und Gesundheitswesen

30 Im Bereich der Absicherung von Krankheitsrisiken haben insbesondere drei Entwicklungen der jüngeren Geschichte zu einer zunehmenden Ungerechtigkeit und Verschlechterung der Situation der Bevölkerung geführt. Erstens haben sich die Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen verschlechtert. Versicherte müssen beispielsweise Sehhilfen selbst finanzieren, Zuzahlungen zu Medikamenten leisten und weite Teile zahnärztlicher

**Zeit für Gerechtigkeit - Aufnahme dringend notwendiger sozialer Reformen und Gerechtigkeitsfragen in das Wahl- und Regierungsprogramm der SPD 2017**

Ablehnung

40 Behandlungen im Bereich Zahnersatz privat tragen. Natürlich kann nicht jede gewünschte kosmetische  
 Behandlung von den Kassen übernommen werden. Bereits heute können einige Bürger die teils erheblichen  
 45 Eigenanteile für Kronen oder Zahnersatz nicht leisten und müssen sich daher schwer beschädigte Zähne ersatzlos ziehen lassen. Eine Entwicklung, nach der man das Einkommen von Menschen an ihren Zahnlücken erkennen kann, ist ein sichtbarer Beweis für einen Systemfehler und im Übrigen auch medizinisch alles andere als sinnvoll. Es ist an der Zeit, dass alle medizinisch notwendigen und sinnvollen Maßnahmen in Gänze von den Krankenkassen übernommen werden. In diesem Bereich darf kein Unterschied der Versorgung nach Geldbeutel gemacht und institutionalisiert werden.

50 Zweitens ist mit dem Ausstieg der Arbeitgeber aus der paritätischen Beitragsfinanzierung die gesamte finanzielle Last der steigenden Gesundheitsausgaben auf die Arbeitnehmer abgewälzt worden. Die daraus resultierende Ungerechtigkeit ist so offensichtlich, dass keine weitere Begründung für die Abschaffung dieser Sonderprivilegierung der Arbeitgeber notwendig ist.

55 Drittens ist aus dem sinnvollen Gesundheitswesen ein Gesundheitsmarkt geworden, eine bedenkliche Entwicklung, die nicht nur anhält, sondern sich immer weiter verstärkt. Hier muss sich die Politik die Frage stellen und beantworten, was der eigentliche Sinn des Gesundheitswesens ist. Unserer Auffassung nach soll das System primär Menschen gesund machen, und nicht Renditen für Investoren erwirtschaften. Insoweit ist der Wettbewerbsgedanke - soweit er sich nicht auf medizinische Exzellenz beschränkt - im Gesundheitswesen fehl am Platz. Am offensichtlichsten ist das sicherlich bei der Frage privater statt öffentlicher oder in gemeinnütziger Trägerschaft befindlicher Krankenhäuser. Stichworte hier sind mangelnde staatliche Investitionen, massiver Personalmangel usw. Insgesamt wird im Gesundheitsbereich dringend mehr Staat und weniger Markt gebraucht.

60 Die grundsätzliche Entscheidung zur Einführung einer Bürgerversicherung begrüßen wir ausdrücklich. Selbst im Bereich der gesetzlichen Krankenkassen haben die Versicherten heute mit unterschiedlichen Leistungsspektren und unterschiedlichen Zusatzbeiträgen zu kämpfen. Noch gravierender sind die Unterschiede zwischen privaten und gesetzlichen Kassen. Dabei gilt es aber dann bei der Reform den ganzen Weg zu gehen. Eine gesetzliche Pflichtversicherung für jeden einzelnen Bürger. Ein Wettbewerb mehrerer Krankenkassen oder gar wie heute gleich zweier Systeme führt nämlich gerade nicht zu mehr Effizienz, sondern zu teuren Mehrfachstrukturen, die der Versichertengemeinschaft keinerlei Vorteile bieten. Gleiche Beiträge und gleiche umfassende Leistungen für alle sind ein echter Beitrag zu mehr Gerechtigkeit im Land.

85 Für die Finanzierung der oben geforderten Verbesserun-

95 gen können u.a. die Einsparungen aus der Reduzierung der Zahl der Krankenkassen, ein Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze und eine einzuführende Verbeitragung anderer Einkommensarten (Kapitalerträge, Honorare, Mieteinnahmen usw.) in Betracht gezogen werden.

Kapitel 2: Rentenversicherung und Altersvorsorge

100 Eines der brennendsten Gerechtigkeitsprobleme unserer Zeit ist die Frage der Renten. In den sogenannten Re-

105 formen der vergangen Jahre wurden in großem Stil Leistungen gekürt, Bedingungen verschlechtert und Risiken auf die Versicherten abgewälzt. Kleine Änderun-

110 gen an einzelnen Stellschräubchen sind längst nicht mehr ausreichend, eine Reform, die den Namen auch verdient, ist unverzichtbar. Der falsche Primat der Bei-

115 tragsstabilität ist aufzugeben und es ist wieder auf die ursprüngliche und eigentliche Aufgabe des Systems -

120 nämlich die Sicherung des Lebensstandards im Alter - abzustellen. Dazu muss sowohl das bisher erfolgte als auch das sich zukünftig abzeichnende Sinken des Rentenniveaus rückgängig gemacht bzw. verhindert werden.

125 Die Riesterrente hat sich als untaugliches Instrument erwiesen. Insbesondere die Zielgruppen, die sie am dringendsten bräuchten, haben aller Förderung zum Trotz oft nicht die notwendigen Mittel. Die Verträge sind völlig intransparent und überfordern viele Menschen. Zudem sind nicht nur die Kosten unverhältnismäßig hoch, sondern die Versicherungsnehmer müssen ein wahrhaft biblisches Alter erreichen, wenn sie nach ihren Beiträgen auch einen Teil der eventuellen Rendite selbst bekommen und nicht nach ihrem Tod den Versicherungskonzernen überlassen wollen.

130 Auch die jetzt angestrebte Stärkung der Betriebsrenten, die nach wie vor nur einem Teil Bevölkerung zugänglich sind, ist nicht zielführend. Entgeltumwandlungen haben neben den üblichen Risiken kapitalgedeckter Vorsorge den zusätzlichen Nachteil, dass durch die Umwandlung weniger Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden, was kontraproduktiver Weise damit die Ansprüche an die gesetzliche Rente automatisch reduziert. Das kann man nur als Irrsinn bezeichnen.

135 Statt weiter mit dritten, vierten und x-ten Säulen die Altersvorsorge zu verkomplizieren und zu entsolidarisieren, ist eine Ertüchtigung der ersten und grundlegenden Säule, nämlich der gesetzlichen Rente notwendig. Durch die Abschaffung der Förderung anderer Modelle stehen sowohl staatliche Zuschüsse als auch Eigenanteile der Versicherten für Beitragserhöhungen zur Verfügung - an der sich dann auch noch die Arbeitgeber paritätisch zu beteiligen hätten, was ihnen bei den bisherigen kapitalgedeckten Systemen weitgehend ungerechtfertigter Weise erspart bleibt. Mit einer solchen Finanzspritze kann die Rentenversicherung auch bei höheren Leistungen langfristig gesichert werden.

145



150 Zudem ist auch hier die Einführung einer verpflichten-  
den Bürgerversicherung sinnvoll, die dann ebenfalls alle  
Einkommensarten berücksichtigen müsste. Auch hier ist  
die bisherige Beitragsbemessungsgrenze abzuschaffen.  
Um gleichzeitig Altersarmut auszuschließen und das  
Problem sehr hoher Ansprüche bei sehr hohen Beiträgen  
zu entschärfen sollte einerseits eine Mindestrente von  
155 1.000 EUR monatlich für jeden eingeführt werden (wo-  
mit sich das für viele Betroffenen demütigende System  
der Grundsicherung im Alter überlebt hätte) und zum  
anderen der beitragsabhängige Rentenanspruch ab  
einer Höhe von 2.000 EUR monatlich nur noch degressiv  
160 steigen.

Welche Möglichkeiten ein funktionierendes Umlagesys-  
tem für die Versicherten bietet, kann man beispielswei-  
se bei unseren Nachbarn in Österreich betrachten, die  
mit ähnlichen Rahmenbedingungen deutlich höhere  
165 Renten für den Eckrentner erzielen.

Letztendlich ist das Renteneintrittsalter ohne Abschläge  
wieder auf 65 Jahre abzusenken. In der Praxis wirken  
schon die jetzt gültigen 67 Jahre überwiegend als Ren-  
tenkürzung - von den nur als Drohungen zu bezeich-  
nenden Gedankenspielen neoliberaler Verbände und  
170 Parteien über noch höhere Lebensarbeitszeiten gar nicht  
zu reden. Die Politik muss sich von dem neoliberalen  
Gruselmärchen des demographischen Wandels freima-  
chen. Zum Ersten sind die positiven Entwicklungen der  
Produktivität bislang stets größer ausgefallen als die  
175 ungünstigen demographischen Faktoren, zum Zweiten  
wird die Digitalisierung tendenziell zu weniger Beschäf-  
tigung führen, so dass ohnehin Arbeit neu verteilt wer-  
den muss und ein immer längeres Arbeiten der Alten  
daher nicht notwendig ist und zum Dritten existiert  
180 sowohl in Deutschland als auch in Europa und vor allem  
global ein Überschuss an Arbeitskräften (auch wenn ggf.  
Qualifizierung nötig sind), der genutzt werden kann. Es  
gibt insgesamt keinen vernünftigen volkswirtschaftli-  
chen Grund für immer längere Lebensarbeitszeiten.  
185

Kapitel 3: Arbeitslosenversicherung und Grundsiche-  
rung

190 Martin Schulz hat für den Bereich des ALG 1 mit der  
Einführung des ALG Q bereits vorsichtige Reformschritte  
angekündigt. So richtig der Ansatz auch ist, er greift  
noch deutlich zu kurz. Das große Problem in diesem  
Bereich ist die Gestaltung und vor allem die Wirkung  
195 des ALG 2, bekannt als Hartz IV. Sogar noch stärker als  
die Rente mit 67 hat diese sogenannte Reform die  
Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit der SPD bei  
der Masse der Menschen ruiniert.

Mag die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und  
200 Sozialhilfe in der Theorie auch vernünftig geklungen  
haben, in der Wirkung für die Betroffenen erweist sich  
die Ausgestaltung als verheerend. Die Arbeitslosenversi-  
cherung, die Menschen nach dem Verlust ihres Arbeits-

205 platzes auffangen sollte, greift faktisch nach dem Ablauf der Bezugsdauer des ALG 1 - oder zukünftig des ALG Q - überhaupt nicht mehr, die Betroffenen fallen in kürzester Zeit auf das selbe niedrige Niveau herab wie Menschen, die nie in die Kasse eingezahlt haben. Dies führt den ursprünglichen Versicherungscharakter ad absurdum und stürzt die Betroffenen in Armut. Dabei sollte auch die Arbeitslosenversicherung eigentlich beim Erhalt des Lebensstandards helfen, während jetzt die Betroffenen auch mühsam ersparte Reserven verschleudern müssen und damit für ihre Vorsorge bestraft werden.

210  
 215 Zusätzlich hat die Streichung aller Zumutbarkeitskriterien bei der Aufnahme neuer Arbeit nach neoliberaler Blaupause eine Vielzahl der prekären Arbeitsverhältnisse mit all ihren bekannten Problemen erst geschaffen, für die sich nach alter Rechtslage schlicht kaum jemand gefunden hätte. Und in der Praxis erweist sich für die Betroffenen ein Wiederaufstieg meist als schwer bis unmöglich. Das mit dem ALG 2 verbundene Sanktionsunwesen setzt die Betroffenen in ihrer ohnehin schweren Lebenssituation gewollt zusätzlich unter Druck. Es bleibt mit dem Anspruch einer menschenwürdigen Politik in jedem Fall unvereinbar, Menschen und Familien aus welchem Grund auch immer das Existenzminimum zu beschneiden.

230 In gleichem Maße hat das ALG 2 aber auch schädliche Einflüsse auf weite Teile der Menschen, die bislang nicht selbst betroffen sind. Das Wissen um das Risiko, im Falle von Arbeitslosigkeit schnell und dauerhaft zu verarmen ist eine tägliche systemimmanente Bedrohung. Die Furcht davor prägt den Alltag und auch das Verhalten und die Entscheidungen zahlloser Beschäftigter. Dieses Angstregime diszipliniert weite Teile der Arbeitnehmerschaft in einem Maße, das wir seit dem Ende der Kaiserzeit in den (west-) deutschen Republiken für überwunden glaubten. In der Folge nehmen zahlreiche Menschen ihre Rechte gegenüber dem Arbeitgeber nicht oder nur eingeschränkt wahr, unbezahlte Überstunden, Urlaubsverzicht, Arbeit trotz Krankheit sind die Wirkung. Von einer Begegnung auf Augenhöhe kann in der Praxis weniger denn je die Rede sein. Die individuelle Angst führt auch zu einer kollektiven Lähmung, die Gewerkschaften werden schwächer und weniger streikfähig. In Verbindung mit der Tariffucht vieler Arbeitgeber verschlechtern sich die allgemeinen Arbeitsbedingungen zusätzlich, zahlreiche Menschen erleiden reale Kaufkraftverluste statt den ihnen zustehenden Anteil am gesamtgesellschaftlichen Wohlstandszuwachs zu erhalten.

240  
 245  
 250  
 255 Um die größten Gerechtigkeitslücken in diesem Bereich zu schließen muss erstens die Einzahlungsdauer in eine Relation zur Bezugsdauer des ALG 1 gebracht werden, zweitens sind die unsinnigen Sanktionen ersatzlos zu streichen, drittens dürfen zum Schutz gerade der vielen betroffenen Kinder Leistungen wie das Kindergeld nicht anspruchsmindernd eingerechnet werden und viertens

260 sind die Sätze insgesamt dringend auf ein deutlich höheres, mit den realistischen Kosten für eine echte Teilhabe an der Gesellschaft vereinbares Niveau anzuheben. Im ersten Schritt dürfte dafür eine Erhöhung auf wenigstens 500 EUR pro Person der Bedarfsgemeinschaft zuzüglich eines bedarfsdeckenden Wohngeldes unverzichtbar sein.

Kapitel 4: Steuerpolitik und die Frage, welche Art von Gerechtigkeit wir wollen

270 Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass alle Forderungen nach mehr Gerechtigkeit nur umgesetzt werden können, wenn auch die dazu notwendigen Mittel zur Verfügung stehen. Doch muss eine Gesellschaft auch entscheiden, welche Art von Gerechtigkeit sie eigentlich will.

275 Nach neoliberaler Auffassung sollte das Ziel Leistungsgerechtigkeit lauten. Nun wird niemand bestreiten, dass sich Leistung auch lohnen soll, aber zumindest aktuell fehlt dafür offensichtlich eine vernünftige Definition des Leistungsbegriffs. Denn in unserer Gesellschaft steht Leistung oft weniger für sehr harte Arbeit wie in klassischen Arbeiterberufen noch für sehr verantwortungsvolle Arbeit wie etwa in Pflegeberufen als vielmehr für das Verschieben möglichst großer Geldsummen zum eigenen Vorteil ohne Rücksicht auf Auswirkungen auf die Gesellschaft und die eigenen Beschäftigten. Insoweit ist dieser Begriff zumindest alleinstehend untauglich.

280 Beliebter ist - durchaus aus in unseren eigenen Reihen - die Forderung nach Chancengerechtigkeit. Natürlich klingt das zunächst erstrebenswert. Nur leider ist diese niemals vollkommen zu realisieren. Menschen haben durch Erbanlagen, Sozialisation und Umfeld unterschiedliche Begabungen, Fähigkeiten und auch Ressourcen. Möglicherweise kann die Politik den Ressourcenvorteil relativieren, wenn auch nicht ausschalten. Dazu ist vor allem kostenfreier Zugang zu Bildung für alle Kinder von der Krippe bis zur Uni unabdingbar und baldmöglichst zu garantieren. Aber spätestens bei den kognitiven Fähigkeiten des Einzelnen kann irgendwann auch die beste Bildungspolitik keine Gleichheit herstellen. Und selbst wenn dies möglich wäre, bleibt das Problem, das vielleicht jeder einen Job machen kann, aber nicht alle - jedenfalls nicht gleichzeitig. Was nützt dann dem, der es nicht geschafft hat die Tatsache, dass er es hätte schaffen können? Natürlich sollte Jeder möglichst gute Chancen haben, aber das entbindet progressive Politik nicht davon, sich um die zu kümmern, die ihre Chancen nicht nutzen konnten.

300 Bleibt als wichtiges Element die Verteilungsgerechtigkeit. In diesem Feld kann Politik verhältnismäßig leicht und nachhaltig eingreifen und damit die Schwächen der anderen Gerechtigkeitstheorien ausgleichen. Es geht dabei nicht um totale Gleichheit aller Lebens- und Ein-

320 kommensverhältnisse, sondern um die Linderung der extremen Armut auf der einen und die Begrenzung exponentiell wachsenden Reichtums auf der anderen Seite der Gesellschaft. Ziel muss ein geringer werdender Unterschied zwischen den Menschen und damit eine Gesellschaft mit sinkender statt steigender Ungleichheit sein. Ein Ziel, das der SPD nicht neu ist, sondern nur endlich wieder zur Prämisse der Politik werden muss.

325 Das Mittel der Wahl für die Finanzierung der anstehenden Aufgaben ist logischerweise das Steuersystem. Grundsätzlich ist angesichts des zu erwartenden Mittelbedarfs kein Raum für irgendwie geartete Steuersenkungen vorhanden. Im Gegenteil müssen dringend zusätzliche Einnahmen generiert werden. Dabei ist allerdings eine differenzierte Betrachtung notwendig.

330 Der Bereich der Verbrauchssteuern hat eine Höhe erreicht, die nicht weiter ausgebaut werden sollte. Gerade die unteren und mittleren Schichten werden nämlich überproportional durch Verbrauchssteuern aller Art belastet, so dass hier keine Veränderungen angezeigt sind.

335 Die Besteuerung von Unternehmern und Kapitalgesellschaften muss angeglichen werden. Dabei ist dafür Sorge zu tragen, dass Gewinne dort versteuert werden, wo sie anfallen, statt sie in Steueroasen zu transferieren. Das stärkt nicht nur den Mittelstand im Wettbewerb gegen globale Konzerne, sondern generiert auch deutliche Mehreinnahmen. Auch die längst überfällige Finanztransaktionssteuer ist endlich einzuführen.

340 Im Bereich der Einkommensteuern haben die Abgaben für untere und mittlere Einkommen ebenfalls die Belastungsgrenze erreicht. Ganz im Gegensatz dazu ist am oberen Ende der Steuertabelle reichlich Luft nach oben. Oberhalb des bisherigen Spitzensteuersatzes sollten

345 beginnend ab einem Jahreseinkommen von 100.000 EUR pro Person weitere und deutliche Steuererhöhungen vorgenommen werden. Dabei sind insbesondere die Reduzierungen seit dem Ende der 90er Jahre zurückzunehmen. Auch müssen alle Einkommensarten der Besteuerung unterliegen. Eine Privilegierung von leistungslosen Kapitaleinkünften gegenüber Einkommen aus Arbeit ist das genaue Gegenteil sozialdemokratischer Ideale und gehört abgeschafft.

350 Letztendlich muss eine wirksame Gegenstrategie zur Steuerflucht gerade der reichen Eliten entwickelt werden. Wir empfehlen dazu analog des US-amerikanischen Vorgehens die Steuerpflicht an die Staatsbürgerschaft zu koppeln. Dann können Steuerflüchtlinge nur noch ihre im Ausland gezahlten Steuern gegenrechnen, sich

355 aber nicht mehr legal durch Wegzug ihrer Verpflichtungen entledigen.

*Antragsbereich Th/ Antrag 18*  
*Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

**Wirtschafts-, Struktur- und Kommunalpolitik - Für einen inklusiven, sozial-ökologischen Pfad**

Wir brauchen einen nachhaltigeren und solidarischeren, ökonomischen und sozialen Pfad, der auf Inklusion aufbaut und hierdurch die gesellschaftlich notwendigen Bedarfe, öffentliche Güter und gute Arbeit stärker in den Mittelpunkt rückt.

Wir brauchen eine Politik der Investitionen in Bildung, Infrastruktur und die Energiewende. Eine staatliche Sparpolitik der „schwarzen Null“ und eine Spaltung der Gesellschaft durch sichere und unsichere Arbeit lehnen wir ab. Wir brauchen eine stärkere Binnenwirtschaft, u.a. durch den bedarfsgerechten Ausbau des Wohlfahrtsstaates, das heißt u.a. der Bildung, der Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen in hoher Qualität.

Dieser Ausbau muss gerechter als bisher durch hierauf ausgerichtete Steuern, aber auch durch Kredite finanziert werden.

Das konservative Wohlfahrtsstaatsmodell der Bundesrepublik setzt noch immer auf die alte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Es delegiert familiäre Sorgearbeit an Frauen und erkennt professionelle Erziehungs- und Pflegeleistung nicht ausreichend an. Dieser Weg bremst eine inklusive Politik. Deshalb streben wir eine langfristige Entwicklung zu einem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime nach skandinavischem Vorbild an. Wir sind auch dafür, dass ein umfassendes, wohlfahrtsstaatliches Dienstleistungsangebot für alle Gesellschaftsmitglieder bereitgestellt wird, vor allem für diejenigen, die auf besondere Hilfeleistungen angewiesen sind.

Inklusion kann ein Treiber eines sozialen Wachstums sein. Wir sind uns sicher: Ein solcher sozialökologischer Pfadwechsel kann sich auf eine gesellschaftliche Mehrheit stützen.

In den letzten Jahrzehnten sind die Wünsche nach mehr demokratischer Teilhabe, Selbstbestimmung und Mitentscheidung gewachsen. Menschen mit Behinderungen sind ein Teil dieses, so von uns gewollten, umfassenden, gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses. Inklusion muss gesamtgesellschaftlich umgesetzt werden, wird aber noch nicht als verpflichtender Bestandteil eines politischen, wirtschaftlichen, kommunalpolitischen und sozialen Entscheidungsprozesses betrachtet. Dies muss sich ändern, hierfür treten wir ein. Ein inklusiver Pfadwechsel nimmt den auf die von uns gesetzten Ziele, ausgerichteten Ausbau der Sozial- und Bildungsdienstleistungen und die Erneuerung der Infrastruktur für alle Menschen, systematisch in den Blick, aber auch und nicht zuletzt für Menschen mit Behinderungen. Sie gestalten in, für und bei mit ihnen entwickelten, eigenen und inklusiven Organisationen die Qualität der Dienstleistungen in diesem Pfadwechsel mit. Die Ge-

**Wirtschafts-, Struktur- und Kommunalpolitik - Für einen inklusiven, sozial-ökologischen Pfad**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

55 staltung der Humandienstleistungen im Interesse ihrer Nutzerinnen und Nutzer muss mit guter Arbeit für die Beschäftigten einhergehen. Prekäre Care-Arbeit ist ebenso abzulehnen wie Care-Konzepte, in denen die Sicht der Fürsorge maßgeblich ist. Vor diesem Hintergrund fordern wir:

60 • Förderung von Sozialen Unternehmen  
 Der Mensch mit Behinderungen wird nicht, wenn er einen aufgrund seiner Behinderungen einen festgestellten Förderbedarf hat, als ein Kostenfaktor betrachtet. Der vom Förderbedarf ausgehende Einsatz von Assistenten-, Pflege- und Hilfeleistungen wird als eine volkswirtschaftlich, hilfreiche Maßnahme zur Förderung der Binnenwirtschaft betrachtet.

65 Deshalb werden die sich in diesem Sektor notwendigerweise entwickelnden Betriebe und Beschäftigungsträger vom Bund, den Ländern und den Kommunen ideell und materiell gefördert. Selbst wenn Arbeit, Beschäftigung und Qualifikation für Behinderte, Benachteiligte und andere Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik im Vordergrund steht, stellen diese Betriebe und Beschäftigungsträger als Soziale Unternehmen einen Gewinn für die Gesamtgesellschaft dar.

70

75 • Förderung der von der Selbsthilfebewegung selbst initiierten Sozialen Unternehmen  
 Die von Behinderungen betroffenen Menschen wissen am besten, was ihnen für ein gutes Leben wichtig ist, wohin die Entwicklung gehen soll und was sie für förderfähig erachten. Deshalb sollten die von der Selbsthilfebewegung ausgehenden Geschäftsideen einer besonderen Förderung zugeführt werden. Zur Vermeidung von prekären Beschäftigungsverhältnissen muss die Förderung an gute Arbeit und Tarifbindung gekoppelt werden.

80

85 • Paradigmenwechsel in der Steuerung des pflegerischen Dienstleistungsangebots  
 Qualitätsorientiert gemäß dem gesellschaftlichen Bedarf, statt Ausrichtung an der Geringhaltung öffentlicher Ausgaben Kranken- und pflegerische Tätigkeiten wurden in der deutschen Geschichte nicht nur als Aufgaben der Frauen betrachtet, sondern gingen auch damit einher, dass die Familie das Rückgrat der Versorgung bildete. Gemeinsames Merkmal dieser Situation war, dass diese Tätigkeiten möglichst ohne oder nur gegen geringes Entgelt geleistet wurden. Die von der niedrigeren Geburtenrate und der marktradikalen Ausrichtung der gesellschaftlichen Entwicklungen (ein Arbeitnehmer hat dem Arbeitgeber möglichst für Arbeitsleistungen für 24 Stunden täglich zur Verfügung zu stehen, eine Beschäftigung am Wohnort des auf Versorgung angewiesenen Familienmitgliedes wird nicht mehr sichergestellt) zeigen aber inzwischen deutlich, dass ein Paradigmenwechsel stattzufinden hat. Die Politik hat

90

95

100

105

110 diesen Prozess zu fördern und ein professionelles Dienstleistungsangebot bedarfsgerecht und zukunftsweisend zur Verfügung zu stellen.

115 • Beschäftigungszuwachs im pflegerischen Dienstleistungsangebot herausführen aus der prekären Beschäftigtenstruktur

120 Das sich aus der familiären Struktur entwickelte pflegerische Dienstleistungsangebot ist einer sich verbreiteten prekären Beschäftigtenstruktur unterworfen. Die Folgen sind heute deutlich sichtbar: Aufgrund dieser prekären Beschäftigungssituation und der geringen gesellschaftlichen Anerkennung sind zu wenige bereit, sich für die in diesem Dienstleistungssektor vorhandenen Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu entscheiden. Der Bund hat daher im Rahmen seiner Zuständigkeiten sofort entsprechende Maßnahmen zu beschließen und umzusetzen, damit sich diese Situation verbessert.

125 • Sozialdumping im sozialen und pflegerischen Dienstleistungsangebot beenden

130 Das soziale und pflegerische Dienstleistungsangebot wird weiterhin als betriebs- und volkswirtschaftlich schädlicher Kostenfaktor angesehen und nicht die Bedeutung dieser Branche als Standortfaktor für alle Siedlungsräume und für die Stärkung der Binnenwirtschaft erkannt. Insoweit hat hier ein Umdenken stattzufinden.

135 Es stärkt das Vertrauen in die Wohlfahrtsstaatlichkeit und entspricht eher den Bedarfen von Menschen mit Behinderungen, wenn in den Sozial- und Gesundheitsdiensten gute Arbeitsplätze und Leistungen auf hohem qualitativen Niveau für Menschen mit Behinderungen angeboten werden. Beschäftigte in diesem Sektor, dies sind vor allem Frauen erfahren hierdurch mehr Anerkennung und erhalten eine bessere soziale Absicherung als in den bislang relativ niedrig entlohnnten (Teilzeit)-Stellen.

145 • Entwicklung einer unterstützenden Infrastruktur vor Ort als neue Rolle für die kommunale Selbstverwaltung Neben den beschriebenen Reformansätzen im Pflegesystem und der Beschäftigungspolitik ist eine unterstützende Infrastruktur der Information, Beratung und qualitativen Steuerung auf kommunaler Ebene notwendig. Dabei geht es um die Entwicklung einer regionalen Beschäftigungspolitik im Bereich der haushalts- und personenbezogenen Dienstleistungen unter qualifizierter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen. Hierbei muss der steigende Bedarf an inklusiven Dienstleistungen durch die eingangs erwähnten infrastrukturellen Angebote gleichzeitig professionell unterstützt und organisiert werden. Solche Beratungsangebote hätten sich sowohl an die Nachfrager, als auch an die Dienstleister, d. h. Anbieter von personen- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen, zu richten. Darüber hinaus bedarf es einer steuernden Instanz, die in der Lage ist,

- 165 Dienstleistungsbedarf und –angebot unter qualifizierter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen zusammenzufassen und zu koordinieren.  
Das sollte zukünftig zu einer Aufgabe der Kommunen werden, die sowieso für die Daseinsfürsorge zuständig sind. Die öffentlichen Hände haben diese Aufgabenstellung zu unterstützen und evtl. auftretende Hürden in Gesetzen und infolge ihren Ausführungen zu beseitigen.
- 170
- 175 • Kommunale Sozialplanung fördern und ausbauen  
Die Kommunale Sozialplanung fristet derzeit, wenn sie überhaupt in den Kommunen vorhanden ist, ein Schattendasein. Dies ist zu beenden. Das Instrument der Sozialplanung muss in seiner Bedeutung erkannt und auf eine neue inklusive Grundlage gestellt werden. Vor allem die Entwicklung von vorausschauenden sozialen
- 180 Assistenzsystemen muss als Standardarbeitsgebiet erkannt und voll in Funktion gesetzt werden. In diesem Sinne sind als ihre zukünftigen Aufgabenfelder unter qualifizierter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen zu entwickeln: Neustrukturierung kommunaler
- 185 Sozialpolitik sowie Veränderung und Weiterentwicklung von sozialen und staatlichen Verteilungsmodellen mit dem Fokus auf soziale Gerechtigkeit und den Abbau regionaler Ungleichheit.
- 190 • Kein Ersatz eines professionell organisierten Dienstleistungsangebotes durch Konzepte des bürgerschaftlichen Engagements auf ehrenamtlicher Basis. So richtig wie es ist, dass Konzepte des bürgerschaftlichen Engagements auch den Menschen mit Behinderungen nicht
- 195 verschlossen bleiben dürfen, so ist aber gleichzeitig durch geeignete Maßnahmen der öffentlichen Hände sicherzustellen, dass dieses Konzept nicht zur Vermeidung von Ausgaben missbraucht wird. Der von den Behinderungen des einzelnen Menschen ausgehende
- 200 Bedarf ist zunächst ausschließlich durch den Einsatz von hierfür benötigten Mitteln der Sozialverwaltungen und Steuern sicherzustellen. Nur wenn der Mensch mit Behinderungen den für ihn benötigten Bedarf durch freiwillige Kräfte abdecken möchte, ist dies möglich, eine
- 205 Verweigerung dieser Finanzmittel durch den hierfür zuständigen Leistungsträger ist auszuschließen.
- 210 • Recht auf Assistenz für gesellschaftliches Engagement: Vielen Menschen mit Behinderungen ist gesellschaftliches Engagement nicht ohne Assistenzleistungen, z.B. für die Mobilität oder das Lesen von Texten, möglich. Steht die benötigte Assistenz nicht zur Verfügung, werden ihnen Möglichkeiten demokratischer Teilhabe sehr erschwert oder vorenthalten. Sie brauchen ein Recht auf
- 215 Assistenz, um Ehrenämter in Parteien, Sportvereinen, Verbänden usw. übernehmen zu können.



*Antragsbereich Th/ Antrag 19*  
*Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

5	<p><b>Selbstbestimmung, Selbstvertretung, Selbst Aktiv - Gemeinsam denken, gemeinsam handeln, gemeinsam zusammenhalten</b></p> <p>Demokratie ist ständig weiterzuentwickeln - auch im Interesse der ca. 14 Mio. Menschen mit einer Behinderung. Es gilt also, die Demokratisierungs- und Reformbewegung der 70er Jahre aufzugreifen, zu reflektieren und gesellschaftlich als defizitorientierte, seinerzeit richtige Epoche hinter sich zu lassen und Behindertenpolitik neu zu positionieren. Hierzu gehört eine Weiterentwicklung von</p>	<p><b>Selbstbestimmung, Selbstvertretung, Selbst Aktiv - Gemeinsam denken, gemeinsam handeln, gemeinsam zusammenhalten</b></p> <p>Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
10	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abhängigkeit zu Autonomie</li> <li>- Fremdbestimmung zu Selbstbestimmung</li> <li>- Anhörung zu Mitentscheidung.</li> </ul>	
15	<p>Wenn aufgeklärte Gesellschaftspolitik als Menschenrechtspolitik verstanden wird, sind die aktuellen Menschenrechtskonventionen zwingende Grundlage. Hier gilt es, die UN-Behindertenrechtskonvention mit ihren klaren Aussagen zur Partizipation und Inklusion konsequent umzusetzen. Seit der Erklärung von Salamanca</p>	
20	<p>1994 (Die Salamanca Erklärung über Prinzipien, Politik und Praxis der Pädagogik für besondere Bedürfnisse) gelten ja bekanntlich Inklusion und Partizipation als ein Begriffspaar.</p>	
25	<p>In der Erklärung von Salamanca werden allerdings noch die Begriffe Integration und Beteiligung verwendet („Integration und Beteiligung sind sowohl für die menschliche Würde als auch für den Genuss und die Ausübung von Menschenrechten grundlegend.“). Heute</p>	
30	<p>spricht man eher von Partizipation als von Beteiligung. Partizipation ist konkreter und heißt im politischen Raum unmittelbare bzw. direkte Mitentscheidung. Der zweite Aspekt der Partizipation ist die Teilhabe, also die</p>	
35	<p>Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen und im gelebten Alltag. Auf diesen beiden Ebenen denken und handeln ist damit unser Auftrag.</p>	
40	<p>Messen wir also die demokratischen Parteien daran, wie sie ihr politisches Handeln auf Inklusion im Allgemeinen und auf Partizipation im Besonderen (schrittweise) ausrichten. Direkte und verbindliche Mitentscheidung für Menschen mit Behinderungen vorzubereiten, zu organisieren und konsequent umzusetzen gibt die UN-Behindertenrechtskonvention vor. Das Ziel einer inklusiven, partizipativen Gesellschaft entspricht zutiefst humanitären und humanistischen Grundwerten, wie sie,</p>	
45	<p>fernab von persönlichen Eigeninteressen, in der Sozialdemokratie stark verankert sind. Auch die aktuellen Themen der Sozialdemokratie wie Zukunft und Zusammenhalt oder Zukunft, Gerechtigkeit und Zusammenhalt sind klare Handlungsvorgaben und Perspektiven für</p>	
50		

eine inklusive und partizipative Gesellschaft.  
 Wir wollen das Subjekt-Objekt-Denken der 70er Jahre im Sinne eines „Wir machen für euch...“ hinter uns lassen. Wir werden dem rückwärtsgewandten Fürsorge-

55 denken Selbstbestimmung, Partizipation und Empowerment entgegensetzen.  
 Bei dem Prozess der Verständigung spielt „Selbst Aktiv“ als Bindeglied zwischen den aktiven Behindertenverbänden, den Selbsthilfegruppen und der Partei eine

60 wichtige Rolle. Anfang der 90er Jahre, als in der Bund-Länder-Verfassungskommission die Verfassungsergänzung zugunsten behinderter Menschen bereits gescheitert war, haben aktive, behinderte Menschen durch eine bundesweite Kampagne für einen gesellschaftlichen

65 und politischen Meinungsumschwung gesorgt: Die Verfassungsergänzung ist gekommen. Hierfür wurden wir von der Internationalen Liga für Menschenrechte geehrt. Das zeigt, dass wir einen langen Atem haben und uns erfolgreich für unsere Sache einsetzen können.

70 Was kann Teilhabe aktuell bewirken? Die bisherigen Beiräte behinderter Menschen müssen auf allen politischen Ebenen zu echten Fachgremien mit Entscheidungskompetenz ausgebaut werden. Das heißt, eine relevante Zahl behinderter Menschen muss von den

75 Parteien unmittelbar in die parlamentarische Arbeit einbezogen werden. Eine asymmetrische Repräsentation gesellschaftlich relevanter Gruppen darf es nicht geben. Wer also für Gruppe A und B eine Quote will, muss sie auch für Gruppe C vorsehen, also auch für uns

80 Menschen mit Behinderungen. Ansonsten wird Diskriminierung praktiziert, das heißt, dass unangemessen Unterschiede bei der Vertretung gesellschaftlicher Gruppen gemacht werden.  
 Es gilt also, neben einer inhaltlich guten Gesellschafts-

85 politik, für angemessenere Kompetenzübertragung zu sorgen. Hierzu gehört unabdingbar, dass passive Wahlrecht zugunsten von Menschen mit Behinderung, die bisher von der Wahl ausgeschlossen sind, analog der Regelung in NRW, zu ändern.

90 Die Bereiche Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen haben sich in den vergangenen Jahren positiv entwickelt. In vielen Bereichen, wie Wohnen oder Freizeitgestaltung, entscheiden wir deutlich mehr, wie und mit wem wir etwas gestalten

95 wollen. In den Bereichen des öffentlichen Personennahverkehrs, des Wohnens und der Erwachsenenbildung sind Formen selbstbestimmten Agierens und eigenverantwortlichen Lebens alltäglich geworden. Ein breites Netz von Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfegruppen hat bundesweit dafür gesorgt, dass behinderte

100 Menschen vor Ort in den Zusammenhängen, in denen sie leben, direkten Einfluss auf die Gestaltung ihres Lebensumfeldes haben.  
 Mit sozialdemokratischer Politik ist neben der Befassung mit Gerechtigkeit und einem sicheren sozialen

105 Fundament die „Bildung für alle“ getreten. Sie erstreckt

110 sich über eine durchgängige Bildungskette von der Kita bis zur Erwachsenen- und zur Weiterbildung. Wer Vorurteile zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen erst gar nicht entstehen lassen will, muss dafür sorgen, dass der Grundsatz der Inklusion von der Kita bis in die Erwachsenenbildung über entsprechend geplante und organisierte Angebote verbindlich vorgeschrieben wird. Ansonsten ist ein wesentlicher Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft gefährdet.

115 Es muss zudem gewährleistet sein, dass im Bereich der beruflichen Bildung, wie auch in der Studien- und Weiterbildung inklusive Angebote selbstverständlich sind, behinderte Menschen gefördert werden und selbstverständlich nach dem Bachelor auch der Master und weitere Fachqualifikationen finanziert und sozial flankiert gefördert werden. Hierzu gehören auch die im Rahmen eines Studiums selbstverständlichen Auslandsaufenthalte. Bildung muss im hohen Maße politisch bewusstseinsbildend wirken. Aufstieg durch Bildung war immerhin über Jahrzehnte ein sozialdemokratisches Credo.

120 Qualitativ hochwertige und behinderungsbedingt erforderliche spezielle Förderung muss integriertes Element der Bildungsprozesse sein und sich ohne Probleme in die jeweilige Bildungskette einfügen. Die jeweiligen Schnittstellen zwischen Kita, Schule, Beruf, Studium sowie Qualifizierung und Weiterbildung dürfen nicht an Bundes- und Länderzuständigkeiten scheitern.

125 Zukunft, soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt stärken sind die Botschaften sozialdemokratischer Politik. Für behinderte Menschen beinhaltet das: Wir leiten Politik aus den Begriffen Inklusion und Partizipation als ein Begriffspaar ab. Hierzu kommen zentrale Merkmale, wie Barrierefreiheit/angemessene Vorkehrungen, sowie Empowerment (Selbstbestimmung, Selbstbemächtigung und Stärkung behinderter Menschen). Wer diese vier Grundkoordinaten beachtet und dies im engen Dialog mit Menschen mit Behinderungen vorbereitet, abstimmt und umsetzt, kann sicher sein, Demokratie weiterzuentwickeln und sich in einem dynamischen Prozess einer fortschrittlichen Gesellschaft in kooperativer Partnerschaft mit Menschen mit Behinderungen zu befinden. Wir von „Selbst Aktiv“ wollen diesen Prozess mitgestalten.

130 Die AG Selbst Aktiv der SPD steht für eine vollständige und umfassende Inklusion in der Gesellschaft, insbesondere für Menschen mit Behinderungen. Dabei ist die wirksame Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention unumgänglich und förderlich für ein harmonisches Miteinander. Ein besonderes Anliegen von Selbst Aktiv ist die Umsetzung der Inklusion innerhalb der SPD. Selbst Aktiv honoriert die Veränderung und Verbesserung des neuen Bundesgleichstellungsgesetzes und des Bundesteilhabegesetzes. Das ist uns aber nicht genug.

135

140

145

150

155

160

- 165 • Bei der Novellierung des Bundesgleichstellungsgesetzes wurden nur die öffentlich-rechtlichen Institutionen in den Fokus genommen. Die privaten Einrichtungen müssen genauso in die Pflicht genommen werden.
- 170 • Das Bundesteilhabegesetz muss seine Wirkung auf alle Lebensbereiche ausweiten.
- 175 • Auch die Bereiche Barrierefreiheit, Mobilität und Wohnen stellen die SPD weiterhin vor große Herausforderungen.
- 180 • Es kann auch nicht angehen, dass sich bei der Beschäftigungssituation behinderter Menschen seit Jahrzehnten nichts geändert hat. Die konjunkturellen, demografischen und arbeitsmarktlichen Entwicklungen kommen bei Menschen mit Behinderung nicht an.
- 185 • Die sozialdemokratische Politik muss hier endlich wirksame Instrumente entwickeln und umsetzen. Wir fordern die Bundes-SPD und insbesondere deren Spitzenkandidaten sowohl im Wahlkampf als auch in ihrem Regierungsprogramm auf, Menschen mit Behinderungen und ihre berechtigten Forderungen einzubringen und als Experten in eigener Sache mitzunehmen.

**Antragsbereich Th/ Antrag 20**

*Ortsverein Neustadt-Gimmeldingen (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**wir für mehr Gerechtigkeit und soziale Sicherung**

Deutschland steht im internationalen Vergleich gut da. Qualifizierte Arbeit, hohe Unternehmensgewinne, günstige Bedingungen auf den Finanzmärkten wirken aktuell positiv auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Wir haben Beschäftigungsrekord, Wirtschaftswachstum, Haushaltsüberschüsse. Aber - das Bild trügt. Die sozialen Unterschiede wachsen. In Deutschland, in Europa und weltweit. Die Vermögen. Die Einkommen. Die Chancen. Alles ist ungleich verteilt.

5 Gerade in dieser Zeit ist eine Sozialdemokratie gefordert, die klar für Gerechtigkeit steht. Wir wollen das Vertrauen in das sozialdemokratische Versprechen nach einer menschlicheren, gerechteren und friedlichen Gesellschaft erneuern.

10 Die SPD darf ihren Gestaltungswillen als Partei der sozialen Gerechtigkeit nicht aufgeben. Es reicht nicht, vor Wahlen die soziale Karte unter immer neuen Überschriften zu ziehen, sondern jetzt kommt es darauf an, neue Glaubwürdigkeit zu erarbeiten.

15 Deshalb wollen wir als SPD Gimmeldingen eine klare Aussage der SPD für mehr Gerechtigkeit und soziale Sicherung.

20 Unser Profil muss geschärft - sozialdemokratischer Aufbruch gestaltet werden!

25 Die Angst vor dem sozialen Abstieg in die Armut betrifft

**wir für mehr Gerechtigkeit und soziale Sicherung**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung

nicht nur die unteren sozialen Schichten. Zudem sind weit mehr Menschen von Armut betroffen, als die Zahlen auf den ersten Blick vermuten lassen. Es sind etwa 12,5 Millionen betroffene Menschen, die arm sind – und das im fünftreichsten Land der Erde. Für uns in der SPD Gimmeldingen, stellt sich die die Situation armer Menschen, deshalb so dramatisch dar, weil infolge der Erosion von Solidarität auch die Hoffnungen dieser Menschen, nämlich von ihren staatsbürgerlichen Freiheiten und produktiven Fähigkeiten zukünftig wieder sinnvoll Gebrauch machen zu können, zerstört werden.

Wir machen deshalb in unserem Antrag aufmerksam auf die Ursachen von Armut und Ausgrenzung und setzen uns für die Rechte armer Menschen ein, bringen die Probleme in Politik und Öffentlichkeit zur Sprache und fordern stellvertretend die Solidarität der Gesellschaft und der Politik. Wir fordern deshalb eine alternative Wirtschaftspolitik, die für einen Wechsel in den ökonomischen Denk und Handlungsmustern steht und eine umfassende Reform der historisch überholten Wirtschafts- und Sozialpolitik betreibt.

In der zu Ende gehenden Legislaturperiode hat die SPD in der Regierungsverantwortung wichtige Erfolge erzielt: die Stärkung der Kommunen, die Einführung des Mindestlohns, die BaFöG-Reform, Verbesserungen bei Rente und Pflege, bessere Rahmenbedingungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern um nur einiges zu nennen. Das wollen wir intensivieren und beschleunigen.

Die SPD muss Orientierung bieten und einen klaren Führungsanspruch mit neuen Mehrheiten erheben - Gegen politische Resignation und Spaltung der Gesellschaft und für Vertrauen in Inhalt und Handeln der Sozialdemokratie.

Mit dieser Resolution wollen wir, die SPD Gimmeldingen - ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit - zentrale, unverzichtbare Maßnahmen benennen, mit denen eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung den gefährlichen Tendenzen wirksam begegnen und eine neue soziale und ökonomische Dynamik entfalten kann. Dieses muss in unser Wahlprogramm mit einfließen, das auf dem Parteitag im Juni 2017 beschlossen werden soll.

**Ausbildung und Weiterbildung**  
 Bildungsgerechtigkeit ist die Grundlage für beruflichen Erfolg, eine eigenständige Existenzsicherung und für eine gute Altersversorgung. Bildung darf aber nicht vom Geldbeutel der Eltern oder von der sozialen Herkunft abhängig sein. Eine gerechte Gesellschaft wird durch ein frühes und langes gemeinsames Lernen von Kindern aller sozialer Gruppen gefördert. Somit dient Bildung der Integration und der Inklusion und befähigt zu einer größtmöglichen gesellschaftlichen Teilhabe im späteren Lebensverlauf.

Obwohl Mädchen und junge Frauen die besseren Schul-

85 abschlüsse haben und mittlerweile die Mehrzahl der Studienanfängerinnen/Studierenden stellen, sind die Berufschancen nach der Ausbildung immer noch ungleich verteilt. Dies liegt nicht nur an dem immer noch sehr traditionellen Berufs- und Studienfachwahlverhalten von Frauen und Männern – so sind Frauen in MINT-Berufen hoffnungslos unterrepräsentiert -, sondern auch an der Bewertung der sozialen Berufe, sowie der Bewertung der von Frauen dominierten Berufe.

90 Dies ist teilweise schon bei der Ausbildung angelegt. In der dualen Ausbildung sind die Berufsschulen kostenfrei und die Auszubildenden erhalten eine Ausbildungsvergütung. In den überwiegend von Frauen gewählten verschulenden Ausbildungsgängen wie z.B. den Gesundheits-, Erziehungs- oder Pflegeberufen wird teilweise Schulgeld erhoben und nicht überall eine Ausbildungsvergütung bezahlt. Die Lohndiskriminierung beginnt hier schon in der Ausbildung.

95 Gerade die Digitalisierung der Arbeitswelt erfordert eine ganzheitliche Weiterbildungsinitiative. Im weiteren Verlauf eines Berufslebens muss deshalb der gleiche Zugang zu Aus- und Weiterbildung garantiert werden – insbesondere für ältere Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte und Beschäftigte mit Familienpflichten. Auch Aus- und Weiterbildung muss mit Beruf und Familie aber auch für Beschäftigte in Leiharbeit vereinbart werden können.

100

105 Wir wollen eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Bildungschancen und Zugang zu Aus- und Weiterbildung.

110 Wir wollen Frauen und Männer darin unterstützen, das traditionelle Berufs- und Studienfachwahlverhalten zu überwinden.

115 Wir wollen eine kostenlose (schulgeldfreie) Ausbildung für alle und gleichen Zugang für Frauen und Männer zu betrieblichen und überbetrieblichen Weiterbildung, für Teilzeitbeschäftigte und Eltern ebenso wie für Vollzeitbeschäftigte oder Ältere.

120 Deshalb fordern wir:

- den Ausbau der frühkindlichen Ganztagsbetreuung und einen Rechtsanspruch auf einen Ganztags-schulplatz
- bereits in der Sekundarstufe 1 in den Unterricht integrierte Informationen über berufliche Möglichkeiten in der dualen und universitären Ausbildung, die die Rollenstereotypen überwinden, auf die Ausbildung vorbereiten und die Zahl der Ausbildungsabbrüche zu reduzieren.
- eine geschlechtsneutrale Berufsberatung durch die Bundesagentur für Arbeit
- weitere geeignete Maßnahmen für mehr Frauen in MINT-Berufen und mehr Männer in den sozialen Berufen
- die Schulgeld-, Lernmittel- und Studiengebührenfreiheit bis zum Abschluss der Ausbildung für alle

125

130

135

- 140 gesetzlich geregelten Ausbildungsgänge
- eine Mindestausbildungsvergütung
  - eine Ausbildungsplatzumlage zur Sicherstellung eines auswahlfähigen und bedarfsgerechten Angebotes an Ausbildungsplätzen und eine Ausbildungsgarantie
- 145
- die Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) mit
    - o der Überführung der verschulten Ausbildungen in die duale Ausbildung oder in ein duales Studium
- 150
- o Fahrkostenübernahme, Qualitätssicherung und Übernahmeregelung
  - o der Einführung einheitlicher Rahmenbedingungen für das Duale Studium
  - o dem Ausbau in ein Weiterbildungssystem mit Qualitätssicherung und Zertifizierung, Freistellungs- und Rechtsansprüchen und Finanzierungsmechanismen. Das reformierte und ausgebaut BBiG muss auch die Rechte von Aus- und Weiterbildungsangeboten für alle Beschäftigten sichern. Insbesondere für Ältere, Teilzeitbeschäftigte oder Beschäftigte mit familiären Verpflichtungen während Erziehungs- und Pflegezeiten. Dazu gehört im Bedarfsfall auch ein Kinderbetreuungsangebot.
- 155
- o der Ausweitung der modularen Weiter- und Fortbildung, die unternehmensunabhängig genutzt werden kann. Dabei wollen wir einheitliche Qualitätsstandards, die das heterogene Umfeld der Weiterbildungssysteme transparenter und qualitätsbezogener macht.
- 160
- Bundeseinheitliche Regelungen der Weiterbildung
- 165
- Das Recht auf berufliche Fortbildung muss gesetzlich verankert und ein öffentliches Weiterbildungs- und Beratungssystem im Verbund von Berufsschulen, Hochschulen und BA muss ausgebaut werden.
- 170
- Zudem brauchen wir einen Anspruch auf Aufstiegs-Bafög auch für eine zweite Ausbildung.
- 175
- Insgesamt brauchen wir eine bessere finanzielle Unterstützung für Berufswechsler/innen („zweite Chance“), Geringqualifizierte oder Ausgebildete mit Studienwunsch: Die Befreiung der Aufstockungsbeträge von der Sozialversicherung in der Bildungsteilzeit steht noch aus!
- 180
- Eine Demokratisierung der Hochschulgremien verlangt auch, dass die Tarifpartner bei der Gestaltung der Lernziele und -inhalte von Hochschulen Einfluss nehmen können. Denn: Die Hälfte aller Berufstätigen kommt mittlerweile aus der Hochschule in unsere Betriebe.
- 185
- Auch bei der betrieblichen Fortbildung brauchen wir mehr Mitbestimmung: ein Initiativrecht des Betriebsrats zur Durchsetzung von Qualifizierungsmaßnahmen und die Verankerung eines Mitbestimmungsrechts des Betriebsrats über Lernangebote und deren Integration in die Arbeitsorganisation.
- 190
- die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversi-
- 195

cherung zu einer Arbeitsversicherung, die Veränderungen der Arbeitswelt für ArbeitnehmerInnen bewältigbar macht und auch zweite, und weitere Chancen ermöglicht.

- 200
- die Anwendung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auch im Hochschulbereich
  - Gezielte Maßnahmen des Zugangs Geflüchteter zu Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt.

205 Gute Arbeit – Gutes Leben

Existenzsichernde Erwerbsarbeit ist die Voraussetzung für gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und ein gutes Leben. Doch das Normalarbeitsverhältnis – Vollzeit, sozialversicherungs-pflichtig, tariflich abgesichert, unbefristet und Existenz sichernd - wird mehr und mehr durch prekäre Beschäftigung – Teilzeit, geringfügige und/oder befristete Beschäftigung, Leiharbeit sowie ohne Tarifbindung zurückgedrängt.

- 210
- 215
- Gleichzeitig möchten immer mehr Menschen Beruf und Familie partnerschaftlich vereinbaren. Aber nur die wenigsten können dieses Partnerschaftsmodell leben. Während Männer in der Regel ihre Arbeitszeit für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerne reduzieren möchten, stecken Frauen meist unfreiwillig in der Teilzeitfalle fest. Über die Hälfte der erwerbstätigen Frauen - zum ganz großen Teil Mütter - arbeiten häufig unfreiwillig Teilzeit. Damit ist in vielen Fällen weder die eigene Existenzsicherung noch die der Kinder möglich.

- 220
- 225
- Teilzeitbeschäftigte arbeiten häufig unter ihrer Qualifikation, werden schlechter bezahlt als Vollzeitkräfte, haben kaum Möglichkeiten zur betrieblichen oder überbetrieblichen Weiterbildung und werden beim beruflichen Aufstieg wegen ihrer Arbeitszeit kaum berücksichtigt. Dies führt am Ende eines Erwerbslebens in der Regel zu nicht existenzsichernden Rentenansprüchen.

- 230
- Wegen der immer noch einseitig den Frauen zugeschriebenen Verantwortung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben auch in Vollzeit erwerbstätige Frauen trotz bester Qualifikation kaum Chancen eine Führungsposition auszuüben. Darüber hinaus werden überwiegend von Frauen ausgeübte Tätigkeiten in der Regel schlechter bewertet und bezahlt als die von Männern ausgeübten Tätigkeiten. Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern beträgt derzeit 21 %, die Rentenlücke sogar über 50 %.

- 235
- 240
- Aber nicht nur die Erwerbsarbeitszeiten sind ungleich verteilt sondern auch die unbezahlte Sorgearbeit im Haushalt, bei der Kindererziehung oder der Unterstützung pflegebedürftiger Angehöriger.

- 245
- Aber auch die Arbeitsbedingungen haben sich verändert und sind noch immer nicht alterns- und altersgerecht ausgestaltet. Im Gegenteil! Die Arbeitsverdichtung hat zugenommen – sowohl in der Industrie als auch im Dienstleistungssektor. Ebenso wie die Erwartung der Allzeitverfügbarkeit für den Betrieb. Auch die Digitalisierung trägt zur Entgrenzung von Arbeit und Leben bei.

- 250



- Dadurch wird die Balance zwischen Arbeit und Leben immer schwieriger und immer mehr Beschäftigte fühlen sich überfordert.
- 255 Für Langzeitarbeitslose stehen auf dem Arbeitsmarkt zu wenige Beschäftigungsmöglichkeiten zur Verfügung. Aber auch sie haben das Anrecht darauf, mit Arbeit ihre eigene Existenz zu sichern. Es ist sinnvoller Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.
- 260 Der demographische Wandel stellt uns vor große Herausforderungen: Die Ungleichheit der älteren Generation wächst. Landflucht, hohe Mieten in den Ballungsräumen, Unterversorgung auf dem Land, Ungleichheit der Lebensverhältnisse in finanzstarken und –
- 265 schwachen Kommunen, die Zwei-Klassen-Medizin und mangelnde medizinische Versorgung in der Fläche führen zu sozialer Ausgrenzung und verhindern gesellschaftliche Teilhabe für alle. Seite 5 von 10
- 270 Wir wollen wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt herstellen und den Beschäftigten wieder Sicherheit geben. Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt durchsetzen und damit mehr Menschen eine partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Gute Arbeit und an die Bedürfnisse der Beschäftigten ausgerichtete Arbeitszeiten sind Voraussetzung für ein gutes Leben und gleiche Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen.
- 275 Wir wollen Langzeitarbeitslosen eine Perspektive geben. Zu einem guten Leben und gesellschaftlicher Teilhabe für alle gehören auch bezahlbares Wohnen und eine gute medizinische und pflegerische Versorgung sowie gleichen Lebensbedingungen für alle.
- 280
- 285 Wir wollen die fortschreitende Digitalisierung zum Vorteil aller Beschäftigten mitgestalten, damit sie nicht zu schlechteren Arbeitsbedingungen führt. Deshalb fordern wir: Gute Arbeit
- Einen armutsfesten Mindestlohn - ohne Ausnahmen und mit wirkungsvollen Kontrollen
- 290
- die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung sowie die Einschränkung der Befristungsgründe
  - die Einführung der befristeten Teilzeit mit einem Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit
- 295
- die Reform der Minijobs auf Basis des DGB-Modells - Die Privilegierung von Minijobs muss beendet werden. Und es bedarf klarer Kriterien zur Abgrenzung zwischen abhängiger Beschäftigung und (Solo)-Selbständigkeit.
- 300
- eine intensivere und praxistaugliche Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit, Werkverträgen und Scheinselbstständigkeit. Der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort muss eingehalten werden.
- 305
- die Vereinfachung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen z. B. in Firmen mit vielen prekären Beschäftigten
  - die Durchsetzung von Recht und Ordnung auf

- dem Arbeitsmarkt durch wirksame Kontrollen des Arbeits- und Sozialrechts sowie eine bessere und bundesweite Koordinierung. ein besserer arbeits- und sozialrechtlicher Rahmen für sichere Arbeit.
- 310 Vereinbarkeit
- die Einführung der Familienarbeitszeit für Eltern und pflegende Angehörige, die als Lohnersatzleistung ausgestaltet werden soll.
- 315
- die Einführung der Wahlarbeitszeit (Wahlarbeitsgesetz)
  - einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder bis zum 10. Lebensjahr, sowie für Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf
- 320
- gebührenfreie Kita-Plätze
  - bis zur Verwirklichung der Gebührenfreiheit, die steuerliche Gleichbehandlung von Arbeitgeberzuschüssen zu Hortplätzen mit denen für Kita-Plätze
- 325 Entgeltgleichheit
- die Weiterentwicklung des Lohntransparenzgesetzes zu einem Entgeltgleichheitsgesetz, in dem alle Beschäftigten erfasst werden, verbindliche Kriterien für Prüfverfahren, verbindliche Verfahren zur Herstellung der Entgeltgleichheit und zur Bewertung gleichwertiger Arbeit sowie ein Verbandsklagerecht vorgesehen werden
- 330
- von den Tarifvertragsparteien ihre Tarifverträge auf direkte und indirekte Diskriminierung zu überprüfen und diskriminierungsfrei auszugestalten
  - die Aufwertung sozialer Berufe
  - ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, mit dem der Anteil der Frauen in allen Unternehmensebenen gesteigert wird
- 335
- eine feste Quote für börsennotierte oder mitbestimmte Unternehmen für Vorstände und Aufsichtsräte, mit dem Ziel in zwei Schritten Parität zu erreichen
- 340 Mitbestimmung/Tarifrecht
- einen Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung, sowie eine härtere Bestrafung von Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit
  - die Verhinderung der Zergliederung der Betriebe in viele kleine neue Firmen. Beschäftigte dürfen durch Umstrukturierung nicht entrechtet werden.
- 345
- die Stärkung und Unterstützung der Tarifvertragsparteien
  - einen wirksamen Schutz von Whistleblowern
  - die Beschäftigten bei den Kirchen müssen endlich arbeits-, tarif-, betriebs- und mitbestimmungsrechtlich mit allen ArbeitnehmerInnen gleichgestellt werden
- 350 Langzeitarbeitslosigkeit/Benachteiligte
- einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, sowie die finanzielle Förderung der regionalen Arbeitsmärkte
- 355
- die Einführung der Bürgerversicherung Gesundheit und Pflege
  - mehr bezahlbaren Wohnraum durch einen
- 360

- deutlichen Ausbau des sozialen und
- 365 • geossenschaftlichen Wohnungsbaus und gezielt für Studierende und Auszubildende
- Sanktionen für Arbeitslose auf Nutzen und Wirkung überprüfen
- 370 die Welt
- die Inklusion von Menschen mit Behinderung in
- Konzepte für geflüchtete Menschen
- die Paritätische Finanzierung der Sozialversicherung
- 375 Digitalisierung
- Die Erfassung und Auswertung von Daten, darf einen Nutzer nicht für einen unverhältnismäßig geringen Nutzen, enteignet werden. Der Erwerb von Daten allein über AGB, muss ausgeschlossen werden, das Eigentum an Daten muss definiert und gewährleistet werden. Die ökonomische Nutzung von Daten ist an den Besitzer/Erzeuger der Daten zu koppeln und wird generell wie eine normale Ware behandelt. Das Recht zur Nutzung von Daten muss final immer beim Erzeuger der Daten liegen.
- 380
- 385 • - die Regulierung der Plattformarbeit
- Regelungen, die das Erstellen von Algorithmen mitbestimmungsfähig machen und gewährleisten, dass sie sich nicht vollkommen vom menschlichen Willen entfremden.
- 390 • mehr zeitgemäße Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei einem stärkeren Beschäftigten-Datenschutz
- Die in der EU-Datenschutzgrundverordnung vorgesehene Möglichkeit, ein spezielles Beschäftigten-datenschutzgesetz zu erlassen, muss genutzt werden. Ziel muss sein, das bestehende nationale Schutzniveau zu erhalten und insbesondere den Herausforderungen der Digitalisierung zu begegnen.
- 395
- 400 • die Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte mit Blick auf die Digitalisierung
- Das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) und andere Arbeitsgesetze müssen unter anderem durch Senkung der Schwellenwerte mehr Mitbestimmung in
- 405 KMU-Betrieben ermöglichen.
- eine geeignete Unterstützung des wirtschaftlichen Strukturwandels: Die Arbeitsagenturen müssen präventive Angebote zur Qualifizierung für die digitale Arbeitswelt fördern. Hierzu gehören auch der Erhalt und die Weiterentwicklung des Transfer-Kurzarbeitergelds (T-KUG) in ein Transformations- KUG. Einerseits geht es um eine Verlängerung der Bezugsdauer, um anerkannte Qualifizierungsabschlüsse erreichen zu können, andererseits um die Weiterentwicklung zur Arbeitsplatzsicherung bei Strukturbrüchen durch die Digitalisierung
- 410 der Arbeitswelt. Das weiter entwickelte T-KUG kann dazu beitragen, dass Digitalisierung nicht zu Entlassungen
- 415 führt, sondern die Weiterbeschäftigung im Betrieb

- 420 in den Mittelpunkt stellt.
- Soziale Sicherung – sicher, gerecht und selbstbestimmt  
Die soziale Absicherung für das Alter, bei Pflegebedürftigkeit oder Krankheit ist unsicher geworden. Lücken in der Erwerbsbiografie und Niedrigeinkommen schmälern die späteren Rentenansprüche, die durch die Absenkung des Rentenniveaus und die Anhebung der Altersgrenzen ohnehin gemindert werden. Viele Beschäftigte kommen gar nicht erst gesund bis zur Rente, weil der Arbeitsschutz und das Gesundheitssystem nicht ausreichend darauf ausgerichtet sind, Rahmenbedingungen für ein gesundes Altern zu schaffen. Auch eine mögliche Pflegebedürftigkeit macht vielen Menschen große Sorgen. Gleichzeitig sind die sozialen Sicherungssysteme nicht gerecht finanziert: Die Arbeitgeber wurden mehr und mehr aus der Verantwortung entlassen, Menschen mit hohem Einkommen werden durch die Beitragsbemessungsgrenzen privilegiert oder können sich ganz aus der Solidargemeinschaft verabschieden.
- 425  
430  
435  
440  
445  
450
- Wir wollen Sicherheit. Wir wollen sichere Sozialversicherungssysteme, die im Fall von Krankheit oder Pflegebedürftigkeit eine gute Versorgung ermöglichen. Wir wollen eine gerechte Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme: Das verlangt vor allem die paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben müssen aus Steuern finanziert werden, die Arbeitgeber/innen müssen wieder zu gleichen Teilen an der Finanzierung der sozialen Sicherung beteiligt werden. Langfristig müssen alle Erwerbstätigen in die gesetzlichen Systeme einbezogen werden und ihren Beitrag leisten.
- Deshalb fordern wir:
- Arbeits- und Gesundheitsschutz
- 455 - Die für alle Arbeitgeber bestehende Pflicht, Gefährdungsbeurteilungen durchzuführen und entsprechende Arbeitsschutzmaßnahmen zu dokumentieren, muss von weiteren Maßnahmen flankiert werden, um bestehende Umsetzungsdefizite abzubauen. Die erforderlichen
- 460 Maßnahmen reichen von einer weiteren rechtlichen Konkretisierung und Systematisierung der Gefährdungstatbestände über eine Effektivierung behördlicher Überwachung bis hin zu wirksamen Sanktionsmaßnahmen. Eine Anti-Stress-Verordnung würde dazu beitragen, dass wirksame präventive Maßnahmen ergriffen werden.
- 465 - Wir brauchen ein Initiativrecht und eine wirksame Mitbestimmung bei der Durchsetzung von Präventionsmaßnahmen im Betrieb durch den Betriebsrat.
- 470 - Das Berufskrankheitenrecht muss reformiert werden. Die gesetzlichen Hürden für die Anerkennung einer Berufskrankheit müssen gesenkt werden. Regelungen zur Beweiserleichterung sind zu treffen.
- 475 Gesundheit und Pflege

- 480 - Zur gerechten Finanzierung von Gesundheit und Pflege muss die Beitragsparität in der gesetzlichen Krankenversicherung wieder hergestellt werden. Auf dem Weg zu einer solidarischen Bürgerversicherung sollte die Beitragsbemessungsgrenze in einem ersten Schritt auf das Niveau der Rentenversicherung angehoben und geprüft werden, wie andere Einkunftsarten (z.B. Kapitaleinkünfte) zur Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung herangezogen werden können.
- 485 - Wir brauchen eine hohe Qualität gesundheitlicher Versorgung und Pflegeleistungen, die unabhängig vom Geldbeutel ein Leben in Würde bieten. Dazu müssen die Leistungen der Pflegeversicherung verbessert und besondere Pflegebedürfnisse berücksichtigt werden.
- 490 - Damit Beschäftigte sich auch neben der Arbeit der Pflege von Angehörigen widmen können, muss die Pflegezeit so weiter entwickelt werden, dass sie auch für Menschen mit geringeren Einkommen zugänglich wird.
- 495 Kurswechsel in der Rentenpolitik  
Für eine solidarische Alterssicherung, die den Lebensstandard der Menschen sichert!  
Die umlagefinanzierte und beitragsbezogene gesetzliche Rentenversicherung hat sich bewährt. Allerdings
- 500 müssen die negativen Auswirkungen der vergangenen Rentenreformen auf das Rentenniveau, die Altersvorsorge langjährig Versicherter mit niedrigen eigenen Rentenanwartschaften, das Altersarmutsrisiko Erwerbsgeminderter sowie von Frauen überprüft und
- 505 korrigiert werden. Darüber hinaus muss die gesetzliche Rentenversicherung auf die sich verändernden Erwerbsverläufe mit Brüchen in den Erwerbsbiographien und wiederholten Bildungsanstrengungen angepasst werden.
- 510 Unser rentenpolitisches Ziel ist es, ein gutes Leben im Alter zu garantieren und einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Deshalb wollen wir einen Kurswechsel in der Rentenpolitik mit einem Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung. Eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters lehnen wir
- 515 ab.  
Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung stärken und zukunftsfest machen. Wir wollen, dass langjährig Versicherte sowie Versicherte, die wegen Kindererziehung oder der Pflege naher Angehöriger ihre Erwerbstätigkeit zeitweise reduziert haben, im Alter eine Rente oberhalb der Grundsicherung und dadurch keine Nachteile haben.
- 520 Deshalb fordern wir: Die gesetzliche Rente muss die alleinige Säule der Alterssicherung sein  
Das System der gesetzlichen Alterssicherung ist so umzubauen, dass das Ziel der Lebensstandardsicherung wieder ausschließlich durch das gesetzliche Rentensystem erreicht und damit die strukturelle Armut vermieden wird.
- 530 Die gesetzliche Förderung privater Vorsorge muss ent-

fallen. Für bestehende Verträge soll jedoch der Vertrauensschutz gelten.

535 Die bestehenden und zukünftigen vereinbarten Regelungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden bezüglich Betriebsrente, sollen hier ausdrücklich unberührt bleiben.

540 Die betriebliche Altersvorsorge soll als Ergänzung gestärkt und ihre Verbreitung deutlich erhöht werden. Dabei setzen wir auf arbeitgeberfinanzierte Modelle, die von den Tarifpartnern organisiert und über Tarifverträge abgesichert werden.

545 Eine Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen Der Umbau des Rentensystems hat durch Einbeziehung aller Erwerbstätigen und Einkommensarten zu erfolgen, d.h. Beitragszahler und Rentenempfänger sind neben Arbeitnehmern auch Beamte, Freiberufler, Selbstständige, Mandatsträger. Auch Vermögende und deren Kapitalerträge müssen in einem solidarischen Rentensystem herangezogen werden. Im neuen Rentensystem werden alle bisher bestehenden Alterssicherungssysteme zusammengeführt.

550 Bei der Umstellung auf das neue Rentensystem müssen insbesondere für Beamten und berufsständige Versorgungseinrichtungen angemessene Übergangsregelungen getroffen werden.

555 Das Rentensystem solidarisch finanzieren

- Das Solidarprinzip und damit die volle Parität zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil ist wieder herzustellen.

560

- Rentenbeiträge für Arbeitslose sind vollständig zu berücksichtigen und von der Arbeitslosenversicherung zu entrichten.
- Die Beitragsbemessungsgrenze muss entfallen, und die Höhe der Rentenbezüge muss zu Gunsten der Gesamtfinanzierung des neuen Rentensystems nach oben begrenzt werden.

565

- Statt Beitragssatzsenkungen: Aufbau einer Demographie-Reserve. Die Sicherung der Rentenzahlung ist durch den Aufbau einer Demografie-Reserve zu gewährleisten.

570

- Ergänzend zum Aufbau einer Demografie-Reserve muss ein demografiebedingter Kostenanstieg vorübergehend durch Bundeszuschüsse zur gesetzlichen Rentenversicherung erfolgen.

575 Das Niveau der gesetzlichen Rente anheben. Das Rentenniveau der gesetzlichen Rente muss schrittweise wieder angehoben werden, um einen angemessenen lebensstandardsichernden Rentenanspruch zu gewährleisten.

580 Als ersten Schritt ist das derzeitige Rentenniveau zu stabilisieren. Zeitnah muss in einem zweiten Schritt eine deutliche Anhebung erfolgen.

585 Die Entwicklung der Renten in der Zukunft muss wieder der Entwicklung aller Einkünfte folgen. Der Altersvorsorgeanteil (AVA) aus der Rentenanpassungsformel muss ersatzlos gestrichen werden.

- 590 Solidarrente mit Höherbewertung niedriger Einkommen einführen  
Niedrige Einkommen müssen besser bewertet werden. Diese Solidarrente muss deutlich höher sein als das Sozialhilfeniveau (Grundsicherung).
- 595 Gleitende Übergänge in die Rente statt Rente mit 70. Flexible Übergänge vom Arbeitsleben in den Ruhestand müssen gefördert werden.  
Die Reform der Renten wegen Erwerbsminderung vollenden! Renten wegen voller Erwerbsminderung sind künftig in jedem Falle wieder ohne Abschläge zu gewähren. Die Berechnungsgrundlage für die Erwerbsminderungsrente soll das aktuelle Renteneintrittsalter des Versicherten sein.
- 600 Ausfallzeiten bei der Erwerbsbiografie besser bewerten
- 605 • Für Erziehungs- und Pflegeleistung (finanziert durch Pflegeversicherung) erhalten die erziehenden bzw. pflegenden Personen so viele Rentenpunkte zusätzlich zu ihrem Rentenanspruch, als hätten sie in der Erziehungs- bzw. Pflegezeit Vollzeit gearbeitet.
- 610 • Entsprechend erfolgt eine rentenrechtliche Bewertung von Aus- und Fortbildungszeiten.  
Versicherungsfremde Leistungen solidarisch und gerecht über Steuermittel finanzieren. Es entspricht der rentenpolitischen Beschlusslage der SPD, alle versicherungsfremden, aber sozial notwendige Leistungen über das allgemeine Steueraufkommen zu finanzieren. Dazu gehören zum Beispiel: einheitliche Mütterrente, Ost-West Angleichung, Erziehungs- und Pflegeleistungen. Es darf keine Finanzierung dieser Leistungen über die Rentenbeiträge geben.
- 615
- 620 Steuern und handlungsfähiger Staat  
Die staatliche Daseinsvorsorge muss gerecht finanziert werden. Dabei müssen die starken Schultern mehr tragen als die Schwachen. Darüber hinaus dürfen steuerliche Regelungen insbesondere im Einkommensteuerrecht tradierte Rollenmuster nicht verfestigen.
- 625 Die aktuellen fiskalischen Spielräume müssen genutzt werden, um notwendige und zukunftsweisende Investitionen in Bildung und Infrastruktur zu leisten. Darüber hinaus müssen wir die Spielräume nutzen, um die zu erwartenden Herausforderungen des demographischen Wandels lösen zu können. Das verstehen wir als Generationengerechtigkeit.
- 630 Seit vielen Jahren steigt die Ungleichheit in Einkommen und Vermögen an. Studien des Nobelpreisträgers Stiglitz und anderer zeigen, dass Ungleichheit schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung eines Staates ist. Sie ist aber auch ungerecht.
- 635 Der Steuersenkungswettbewerb innerhalb der EU ebenso wie die jüngsten Pläne der britischen Regierung für eine Steuersenkung für Konzerne zerstören die Handlungsfähigkeit des Staates, unzählige Arbeitsplätze und am Ende unseren Wohlstand.
- 640

- 645 Wir wollen Steuergerechtigkeit wiederherstellen und mehr Handlungsspielraum zur Sicherung und zum Ausbau der staatlichen Daseinsvorsorge in den Bereichen der Bildung, der Betreuungs-, Verkehrs- und digitalen Infrastruktur, der finanziellen Ausstattung der Kommunen und zur Unterstützung der Aufgaben im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel zu erlangen.
- 650 Wir wollen damit die Grundlage für ein erfolgreiches und erfülltes Zusammenleben und gesellschaftliche Teilhabe für alle schaffen.
- 655 Deshalb fordern wir:
- ein sozial gerechtes Steuersystem im Einkommenssteuerrecht:
  - den Umstieg vom Ehegattensplitting zur Individualbesteuerung, wobei die gegenseitige Unterhaltsverpflichtung steuerfrei bleibt. (Stichtagsregelung mit Bestandschutz für vor Stichtag geschlossene Ehen)
  - die Steuerklasse IV mit Faktorverfahren als Regelbesteuerung und die Abschaffung der Steuerklassenkombination III/V
  - Verbesserungen für Alleinerziehende und insbesondere Geringverdienende (Negativsteuer)
  - die Abschaffung der Zinsabgeltungssteuer, welche Kapitaleinkommen bevorzugt. Stattdessen fordern wir die gleiche Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkünften.
  - die Beibehaltung des Solidaritätszuschlages zur Finanzierung der Maßnahmen zur Bewältigung des demographischen Wandels im Rahmen einer Gemeinschaftsaufgabe
  - eine Entlastung der unteren Einkommen, die vollständig durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Reichensteuer für sehr hohe Einkommen gegenfinanziert wird.
  - Die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung bei der Vermögens- und Erbschaftssteuer
  - eine verfassungskonforme Wiederbelebung der Vermögenssteuer
  - stärkere Besteuerung großer Erbschaften.
  - das Erbschaftsteuerrecht zu vereinheitlichen und gerechter auszugestalten. Es muss gleiches Recht für alle Erbschaften gelten. Die Erbschaftssteuer ist grundsätzlich bei Erwerb zu zahlen. Zur Sicherung der Unternehmensfortführung sind (verzinst) Stundungen bis zu 10 Jahren möglich. Freibeträge bei Schenkungen und Erbschaften können pro Erwerber nur einmal in Anspruch genommen werden.
- 695 Für Finanztransaktionen
- die Einführung der Finanztransaktionssteuer.
  - das Verbot des Hochfrequenzhandels beim Steuervollzug
  - bessere personelle und materielle Ausstattung der



- 700 Steuerprüfung und Steuerfahndung zur Eindämmung der Steuerhinterziehung  
- eine bessere internationale Kooperation im Steuerdatenaustausch und eine Harmonisierung von Unternehmensbesteuerung.
- 705 im Haushaltsrecht  
- ab der nächsten Wahlperiode die Verankerung von Gleichstellung als Querschnittsaufgabe in den finanzpolitischen Entscheidungen, bei der Haushaltsaufstellung und beim Haushaltsvollzug (Gender Budgeting).
- 710 Unser Land durch Investitionen zukunftsfest machen  
Deutschland braucht mehr Investitionen. Neben den Investitionen in Verkehrssysteme, Energiewende, IT-Infrastruktur und Gebäude gilt es, auch in soziale Infrastruktur zu investieren: in Gesundheit und Pflege, Bildung, Kultur, sozialen Wohnungsbau sowie gezielte Forschung in gesellschaftlich notwendige Projekte. Dadurch wird die aktive Rolle des Staates gestärkt.
- 715 Die wachsende Ungleichheit ist derzeit die stärkste Investitionsbremse. Mehr Binnennachfrage gerade in wirtschaftlich starken Ländern wie Deutschland durch Erhöhung der Arbeitseinkommen und der öffentlichen Investitionen ist somit nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern des wirtschaftlichen Erfolges in der Zukunft.
- 720
- 725 Deshalb fordern wir: Die SPD muss dafür sorgen,  
- dass vom öffentlichen Sektor entscheidende Impulse ausgehen. Liberalisierung und Privatisierung sind keine Antwort auf die öffentliche Verschuldung und Finanzknappheit. Bund, Länder und insbesondere die Kommunen brauchen für ihre Aufgaben ausreichend eigene Mittel.
- 730 - dass man sich mit der Schuldenbremse und dem Fiskalpakt in der gegenwärtigen Form nicht abfindet, denn
- 735 beides wirkt in Deutschland und Europa als Investitionsbremse.  
- dass die Nachfrage durch Stärkung der Masseneinkommen zunimmt, da sich nur dann eine private Investitionsdynamik entfalten wird.
- 740 Durch Europa sozialen Frieden garantieren  
Ungerechte Sparpolitik, Rückschritte in der europäischen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie das Aushebeln von Arbeitnehmerrechten haben Europa entsolidarisiert.
- 745 Fiskalunion, Binnenmarkt, „Strukturreformen“ neoliberaler Prägung funktionieren momentan als ideologischer Kitt, wirken aber als Sprengsätze für den Zusammenhalt der EU. Demgegenüber müssen die Handlungsfähigkeiten der Staaten gesichert werden. So hat das
- 750 deutsche Beispiel gezeigt, dass Konjunkturprogramme und gleichberechtigtes Zusammenwirken der Tarif- und Betriebsparteien Krisen überwinden helfen. Daher sind Investitionen auf EU-Ebene in Energie, Forschung, Bildung, Kultur, Infrastruktur, den Schutz der Umwelt und
- 755 den Arbeitsmarkt, vor allem für junge Menschen, eben-

so unverzichtbar wie im Inland.

Deshalb fordern wir:

Die SPD muss

- 760 - In allen Ländern Europas, insbesondere in Deutschland die Armut und im besonderen Maße die Kinderarmut aktiv bekämpfen
- 765 - in allen Ländern Europas einen nachhaltigen Wachstumskurs fördern, nicht auf noch härteren Sparmaßnahmen setzen. Dies ist nicht nur wirtschaftlich richtig, sondern auch politisch unbedingt notwendig, da nur so die Menschen wieder Vertrauen in die europäische Idee und ihre europäischen Partner gewinnen können.
- 770 Eine Union, die für Privatisierung, Rentenkürzungen, fehlende Krankenversicherung und gesellschaftliche Verarmung steht, wird niemals bei den Bürgerinnen und Bürgern Erfolg haben können. "Wir sind überzeugt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger unseren Ansatz mitgehen werden, wenn wir ihn konsequent für mehr Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit darstellen."
- 775 Eine europäische Sozialunion beinhaltet auch Mindeststandards für ArbeitnehmerInnenrechte, Sicherungssysteme und Mitbestimmung. Gleiche Arbeit am gleichen Ort ist gleich zu behandeln. Alle Anforderungen, die zu Handelsabkommen vom SPD-Parteitag beschlossen wurden ernstnehmen.
- 780 Eine Handelsliberalisierung darf daher nicht zum Absinken unserer rechtsstaatlichen, sozialen, ökologischen Standards führen. Sie muss im Gegenteil einer neuen, gerechteren Weltwirtschafts- und Sozialordnung dienen. Als Sozialdemokraten\*innen müssen wir bestehende Vereinbarungen nutzen und international auf Einhaltung wichtiger sozialer Errungenschaften drängen.
- 785 Die Zustimmung zu Handelsabkommen muss an Bedingungen geknüpft sein, die dies gewährleisten. Das gilt für den Schutz von Verbrauchern\*innen, aber auch bei Finanzprodukten im Dienstleistungssektor sowie im Kultur- und Sportwesen.
- 790 Freihandelsabkommen dürfen in keinem Fall Rechte von Arbeitnehmern\*innen oder staatliche Regulationsmöglichkeiten aushöhlen. Die bisher erreichten Bedingungen bei Arbeits- und Kündigungsschutz, Mitbestimmung, Streikrecht, Diskriminierungs- und Datenschutz sind in jeden Fall zu wahren. Ebenso das System der gesetzlichen Unfallversicherung sowie unser Sozialversicherungssystem.
- 795
- 800
- 805 Humanität und Verantwortung in der Politik für Geflüchtete zeigen - Friedenspolitik aktiv gestalten
- 810 Unsere Politik für Geflüchtete muss von Humanität und Verantwortung gegenüber Menschen in Not geprägt sein. Humanitäre Hilfe ist eine ethische Verpflichtung. Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass legale und vor allem sichere Wege für Geflüchtete nach Europa geschaffen werden. Spezielles Augenmerk gilt hier besonders schutzbedürftigen Personen wie Frauen, Kindern

- und Menschen mit besonderen Bedürfnissen, ebenso bei deren Unterbringung.
- 815 Grenzzäune für Geflüchtete verhindert und bereits errichtete abgebaut werden. Der Schutz, den das Grundgesetz politisch Verfolgten garantiert, bleibt unantastbar, das Asylrecht wird nicht weiter ausgehöhlt.
- 820 Wie für keine andere Partei ist dies wegen ihrer Überzeugung und ihrer 1 Geschichte für die Sozialdemokratie politische Verpflichtung. dass geschlechtsspezifische Fluchtgründe anerkannt werden.
- 825 Geflüchteten muss die Möglichkeit gegeben werden, sich zügig integrieren zu können. Schlüssel für Integration sind gute Bildung, Ausbildung und Arbeit. Dies setzt wiederum gute Sprachkenntnisse voraus. Die SPD muss dafür sorgen, dass die Voraussetzungen dafür geschaffen werden.
- 830 Friedenspolitik, muss die Ursachen von Konflikten, Gewalt und Kriegen benennen und bekämpfen. Auch hier geht es um Gerechtigkeit, Ausgleich, Abbau von wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten, Folgen von Handelsbeziehungen und Klimawandel. Wer von Friedensschaffung und Friedenssicherung reden will, darf über eine gerechte Gestaltung der Globalisierung nicht schweigen. Die vielbeschworene „Verantwortung Deutschlands in der Welt“ darf nicht als Vorwand für immer neue und intensivere militärische Einmischungen benutzt werden, sondern muss vor allem präventiven und diplomatischen Charakter haben.
- 835 Eine sozialdemokratische Außenpolitik muss die zivile Krisenprävention in den Mittelpunkt stellen und ausgleichend wirken. Weder darf die Isolationspolitik gegen Russland noch der Waffenexport in kriegstreibende Länder wie Saudi-Arabien fortgesetzt werden. Sowohl im Welthandel wie bei der Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit brauchen wir globale Institutionen anstelle neuer Blockbildungen.
- 840
- 845
- 850 Deshalb fordern wir:  
Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass eine drastische Reduzierung der geplanten Aufrüstungspläne der Bundesverteidigungsministerin bis 2030 vorgenommen wird und
- die eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit werden.

*Antragsbereich Th/ Antrag 21*  
*Bezirk Hessen-Nord*

**Für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit**  
Die Chancen, eine Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung zu bilden, stehen gut. Mit Martin Schulz wollen wir Verantwortung übernehmen, um eine neue Politik der sozialen Gerechtigkeit umzusetzen.

**Für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit**  
Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 5
- Für eine **gebührenfreie Bildung** von der Kita

über das Studium bis hin zur beruflichen Bildung und für Meisterkurse.

10 • Für einen **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule**. Wir wollen, dass der Bund sich an der Sanierung und Modernisierung der Schulen beteiligt. Und wir wollen, dass der Bund die Länder bei der Schulsozialarbeit finanziell unterstützt. Schließlich wollen wir, dass der Bund sich maßgeblich an den Kosten der Kindertagesstätten beteiligt.

15 • Für ein **BaföG** das der Lebensrealität entspricht. Es studieren immer mehr Kinder aus Haushalten, denen es finanziell schwer fällt. Damit auch weiterhin der Zugang zur Hochschule vom Geldbeutel der Eltern unabhängig zu ermöglichen, muss das BaföG moderat erhöht und muss elternunabhängig gezahlt werden können.

20 • Für **gute Arbeit und gerechte Löhne** Sichere Jobs und gute Bezahlung sind die Grundbedingungen für eine Rente von der man später in Würde leben kann. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss dabei für alle Männer und Frauen gelten. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir die Tarifbindung stärken. Gemeinsam mit den Tarifpartnern wollen wir dafür sorgen, dass soziale Berufe aufgewertet werden. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeitbeschäftigung ab bestimmten Betriebsgrößen. Der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen muss weiterhin bekämpft werden. Die sachgrundlosen Befristung ist abzuschaffen.

25 • Für ein **Recht auf Qualifizierung**. Für die Zeit der Qualifizierung während der Arbeitslosigkeit soll das Arbeitslosengeld Q – Qualifikation – eingeführt werden, in gleicher Höhe wie das Arbeitslosengeld I. Das ALGQ wird nicht auf die Bezugsdauer des ALGI angerechnet. Eine unzureichende Qualifizierung ist heute der wichtigste Grund für die Arbeitslosigkeit in Deutschland. In Zeiten steigenden Fachkräftemangels ist die Weiterqualifizierung insbesondere auch für ältere Arbeitnehmerinnen sinnvoll.

30 • Für eine **Familienarbeitszeit**, wie sie Familienministerin Manuela Schwesig vorgeschlagen hat. Durch die Familienarbeitszeit sollen Eltern das Recht bekommen, weniger zu arbeiten und als Ausgleich ein **Familiengeld** von insgesamt 300 Euro monatlich erhalten. So bleibt ihnen mehr Zeit für die Kinder – und auch für pflegebedürftige Angehörige.

35 • Für die **Sicherung des gesetzlichen Rentensystems**. Wir wollen die Rente sicher machen und dafür sorgen, dass die, die ein ganzes Leben lang gearbeitet haben, auch im Alter ordentlich und in Würde davon

65 leben können. Gleichzeitig müssen die Rentenbeiträge für die jüngere Generation bezahlbar bleiben. Oberstes Ziel muss daher sein, das Rentenniveau zu sichern

70 • Für eine **Mindestrente**. Menschen müssen nach einem langen Arbeitsleben am Ende eine Mindestrente bekommen, die über der Grundsicherung liegt.

75 • Für eine **paritätische Finanzierung der Krankenkassenbeiträge**. Der Zusatzbeitrag, der einseitig von den Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gezahlt wird, muss wieder abgeschafft werden. An der Finanzierung der Krankenkassenbeiträge sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber wieder jeweils zur Hälfte beteiligen werden.

80 • Für eine **Begrenzung der Managergehälter**: Wir brauchen eine gesetzliche Regelung, die Gehaltsexzessen in den Vorstandsetagen einen Riegel vorschiebt. Es muss endlich Schluss damit sein, dass diese überhöhten Gehälter auch noch von der Steuer abgesetzt werden können.

85 • Für einen **attraktiven Rahmen des Erfolgsmodell Ausbildung**. Die Zahl der Menschen, die eine Ausbildung absolvieren sinkt stetig. Dabei ist die Ausbildung die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Daher muss die Ausbildung attraktiver werden, in dem wir eine Mindestausbildungsvergütung einführen. Zudem wollen wir, dass Betriebe, die nicht ausbilden, sich durch eine Umlage an der Ausbildung in anderen Betrieben finanziell beteiligen.

95 • Für eine **gerechte Steuerpolitik**. Einkommen aus Arbeit darf nicht höher besteuert werden wie Einkommen aus Vermögen. Wir werden die Abgeltungssteuer abschaffen und auf einen konsequenten Kampf gegen Steuerbetrug setzen. Eine generelle Steuersenkung wird es mit uns nicht geben. Dafür aber die Entlastung unterer und mittlerer Einkommen. Es kann nicht sein, dass beispielsweise ein Facharbeiter unter den Spitzensteuersatz fällt. Viele Menschen mit niedrigem Einkommen zahlen gar keine Steuer. Freibeträge bei den Sozialversicherungsbeiträgen können helfen, Geringverdiener zu entlasten. Menschen mit sehr hohem Vermögen müssen einen größeren Beitrag leisten. Dabei ist es zweitrangig, ob dies durch eine Reform der Erbschaftssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder eine echte Reichensteuer geschieht.

115 • Für uns ist **Migration ein Menschenrecht!** Wir sind uns darüber bewusst, dass es Zeiten und Situationen gibt, in denen Menschen fliehen müssen, wenn sie überleben oder der Folter und Verfolgung entkommen wollen. Diese Menschen haben unseren Schutz verdient und wir wenden uns deutlich gegen ein generelles Misstrauen gegenüber Flüchtlingen. Flüchtlinge, die in unser

120 Land kommen und eine langfristige Bleibeperspektive  
 haben, müssen schnell integriert werden. Dies ist eine  
 gesamtgesellschaftliche Aufgabe, mit der die Kommunen  
 nicht einseitig belastet werden dürfen. Die richtige Strategie  
 bei einer humanen Flüchtlingspolitik heißt aber bei den  
 125 Fluchtursachen ansetzen. Dazu gehört sich unermüdlich für  
 einen Friedensprozess in Syrien einzusetzen, aber auch die  
 dramatische Armut und wirtschaftliche und politische Instabilität  
 in Afrika zu bekämpfen. Dazu gehört, gezielte Möglichkeiten  
 für legale Migration zu schaffen. Wir setzen uns für die  
 130 Schaffung eines Einwanderungsgesetzes ein.

- Für mehr und bessere **Sicherheit**. Prävention und die Bekämpfung  
 der Ursachen von Kriminalität ist ein wichtiger Bestandteil einer  
 135 sozialdemokratischen Sicherheitspolitik. Dafür benötigen wir eine  
 personelle Verstärkung bei Polizei und Justiz. Aber auch eine  
 umfassende demokratische Kulturoffensive gegen Radikalisierung  
 und für unsere Gesellschaftsordnung. Wir sagen deutlich: Wer die  
 140 Freiheit und die demokratische Grundordnung aushebeln will,  
 wer die ersten zwanzig Artikel unseres Grundgesetzes nicht  
 akzeptiert, der wird mit unserem entschiedenen Widerstand  
 rechnen müssen. Für Terror gibt es keine Rechtfertigung,  
 sondern diesen müssen wir mit Polizei, den Sicherheitsdiensten  
 145 und allen Mitteln des Strafrechts bekämpfen, ohne dass wir  
 dabei Freiheit und Liberalität opfern.

- Für mehr Anerkennung: **Keine Liebe ist mehr wert!**  
 Die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften ist für  
 150 uns eine Gerechtigkeitsfrage. Wir wollen die Ehe für Alle und  
 das volle Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare!

- Für eine **gute Infrastruktur** in öffentlicher Hand. In der  
 155 aktuellen Null-Zins-Phase muss der Staat verstärkt die öffentliche  
 Infrastruktur auf Vordermann bringen. Jetzt ist es an der Zeit,  
 die Straßen- und Schieneninfrastruktur zu sanieren und bedarfsgerecht  
 auszubauen. Gleiches gilt für das Breitbandnetz auch im ländlichen  
 160 Raum. Klar ist: Einrichtungen der Daseinsvorsorge gehören ohne  
 Ausnahme in öffentliche Hand. Wir lehnen Überlegungen ab,  
 z.B. die Autobahnen zu privatisieren oder über die neue  
 Bundesautobahngesellschaft Umgehungsmöglichkeiten zu schaffen.  
 165

- Für **bezahlbaren Wohnraum in Stadt und Umland**. Bezahlbarer  
 Wohnraum ist heute Mangelware. Wir werden uns dafür einsetzen,  
 dass der Bund seine Möglichkeiten weiterhin offensiv nutzt, um  
 170 zusammen mit den Ländern den Wohnungsbau zu fördern.

- Gegen **Gewalt im Netz**. Hasskommentare, Drohungen und  
 Beleidigungen dürfen nicht weiter zum Netzalltag gehören.  
 Hasskommentare richten sich im

175 Internet vor allem gegen Frauen\* und andere diskriminierte Gruppen. Das Internet darf nicht zum Raum für einige wenige werden. Wir fordern deshalb eine konsequentere Verfolgung von strafrechtlich relevanten Kommentaren im Internet.

180

- Für **starke Kommunen**. Bund und Land müssen sich an den Kosten für Daseinsvorsorge und Grundversorgung stärker beteiligen. Nur mit einem finanziellen Spielraum für Städte, Gemeinden und Kreise wird es

185 gelingen, gleiche Lebensbedingungen aufrecht zu erhalten und die Aufgaben in Bildung, Innerer Sicherheit, sozialer Gerechtigkeit und Infrastruktur zu bewältigen.

*Antragsbereich Th/ Antrag 22*  
*Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen*

**Profil schärfen - sozialdemokratischen Aufbruch gestalten**

5 Unser Weg zum Regierungsprogramm 2017  
 10 Wir fordern den Parteivorstand und den Parteikonvent auf, die Vorbereitungen für ein sozialdemokratisches Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2017 zu intensivieren und zu beschleunigen. Die SPD muss die Führung für eine neue Regierung in Deutschland rechtzeitig beanspruchen und programmatisch untermauern. Über das Regierungsprogramm kann daher nicht erst im Juni 2017 entschieden werden. Wir wollen die Zeit bis zum Jahresende 2016 nutzen, um spätestens Anfang 2017 die Kernpunkte unseres Programms festzulegen. Um eine breitere Beteiligung der Parteimitglieder zu ermöglichen, muss mit dieser Arbeit sofort begonnen werden und müssen weitere Schritte geplant werden, um über die Perspektiv-Arbeitsgruppen des Parteivorstands und die vier Regionalkonferenzen hinaus zu einem Verfahren zu gelangen, das dem Anspruch der Willensbildung von unten nach oben gerecht wird.

15

20 Wir stellen fest:  
 25 Die Auswirkungen von Kriegen, Konflikten und Krisen treffen immer mehr auch Deutschland. Ihre Ursachen liegen vor allem in wachsenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zwischen Regionen und Staaten sowie innerhalb einzelner Staaten. Weltweit öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich, Schwach und Mächtig immer weiter. Terror, Gewalt, Vertreibung und Flucht sind Symptome der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisen.

30 Die Flüchtlingsströme geben konservativen und reaktionären Kräften bei uns Gelegenheit von diesen Ursachen abzulenken und die politische Tagesordnung mit nationalistischen und fremdenfeindlichen Diskursen zu bestimmen und die Sorge zu schüren, dass der Staat die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung vernachlässigen würde. Durch die Flüchtlingsdebatte werden Defizite

35

**Profil schärfen - sozialdemokratischen Aufbruch gestalten**  
 Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

und Ungerechtigkeiten in Deutschland zum Thema: Wohnungsmangel, regionale Ungleichgewichte und Strukturschwächen, Lücken in den sozialen Sicherungssystemen von Gesundheit über Arbeitslosenversicherung bis zur Altersvorsorge, ein ausgedünnter öffentlicher Dienst und viel zu geringe Investitionen in Daseinsvorsorge und Infrastruktur – um nur einige Stichworte zu nennen.

40

45 Während sich ein großer Teil der Bevölkerung sorgt, werden die Reichen und Superreichen immer reicher, selbst in der heutigen Niedrigzinsphase. Und der Staat nimmt sie nur unzureichend in die Pflicht. Ihre Stärke spiegelt sich allerdings nicht in ihrem Beitrag für das

50 Gemeinwohl wider. Diese wachsende Schere zwischen Arm und Reich gefährdet unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat, die Freiheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

55 Gerade in dieser Zeit ist eine Sozialdemokratie gefordert, die klar für Gerechtigkeit steht. Der 2009 begonnene Reformprozess mit dem Regierungsprogramm 2013 war eine kurze Phase der Re-

60 Sozialdemokratisierung der SPD, aber diese wurde immer wieder durch widersprüchliche politische Botschaften konterkariert. Wir wollen das Vertrauen in das sozialdemokratische Versprechen nach einer menschlicheren, gerechteren und friedlichen Gesellschaft erneuern.

65 Obwohl SPD-Themen wie Mindestlohn und Rente mit 63 die Regierungsarbeit des ersten Jahres bestimmten, blieben die Umfragewerte für die SPD im Schnitt unter dem Bundestagswahlergebnis von 2013. Das führte dazu, dass wieder Debatten geführt werden, die einen inhaltlichen roll-back bedeuten. Mit der Ausrichtung auf das Lebensgefühl einer „leistungsstarken Mitte“ sollen

70 Verteilungsfragen wie z.B. die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftssteuer, Maßnahmen gegen Altersarmut eher ausgeblendet werden, da sie dieses Lebensgefühl nicht treffen würden.

75 Die SPD darf ihren Gestaltungswillen als Partei der sozialen Gerechtigkeit nicht aufgeben und muss an den Reformprozess 2009 bis 2013 anknüpfen. Es reicht nicht, vor Wahlen die soziale Karte z.B. für einen Sozialpakt zu ziehen. Die SPD muss Orientierung bieten: Gegen politische Resignation und Spaltung der Gesellschaft. Für Vertrauen in Programm und Handeln der Sozialdemokratie.

80

85 Wichtige Eckpunkte künftigen Regierungshandelns sind daher:

I. Unser Land durch Investitionen zukunftsfest machen

90 Deutschland braucht mehr Investitionen. Der Bedarf liegt derzeit bei mindestens 200 Milliarden Euro für die nächsten Jahre. Neben den klassischen Investitionen in Straßen, den ÖPNV und in Gebäude gilt es auch in sozia-



95 le Infrastruktur zu investieren: in Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur, Bildung und Kultur. Die SPD muss dafür sorgen, dass

- vom öffentlichen Sektor entscheidende Impulse ausgehen. Länder und insbesondere die Kommunen brauchen für ihre Aufgaben ausreichend eigene Mittel.

100 • Die SPD darf sich mit der Schuldenbremse und dem Fiskalpakt in der gegenwärtigen Form nicht abfinden, denn beide Verbote wirken in Deutschland und Europa als Bremse für Investitionen. Die Einhaltung der Schuldenbremse darf gerade in den Zeiten niedrigster Zinsen kein Investitionshemmnis sein. Die Schuldenbremse durch Einwerbung privaten Kapitals zu umgehen, ist inakzeptabel. Dies wäre nicht nur wesentlich teurer als eine direkte Aufnahme von Staatsanleihen, sondern es würde die demokratische Handlungsfähigkeit des Staates einschränken und ihn von privaten Geldgebern abhängig machen. Wir brauchen stattdessen eine erneuerte, moderne „goldene Regel“, die Neuverschuldung in Höhe der Nettoinvestitionen ermöglicht und den Begriff der Investition stärker als bisher auf Wachstumsförderung ausrichtet.

115 II.Arbeitswelt demokratisieren, Rente existenzsichernd gestalten, Gesundheit solidarischer finanzieren

120 Es muss zu allererst um die menschliche Gestaltung der Arbeitswelt gehen. Dies bedeutet neue Initiativen zur Humanisierung der Arbeit, insbesondere mit Blick auf die Digitalisierung von Industrie und Dienstleistungen und den neuen Umwälzungsprozess in der gesamten Wirtschaft, Reduzierung von Stress, Verkürzung von

125 Arbeitszeiten und Gesundheitsschutz, besonders hinsichtlich der zunehmenden psychischen Erkrankungen. Die SPD muss

- die Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltungen ebenso wie die europäische und globale Mitbestimmung in internationalen Konzernen ausbauen helfen,

130 • den begonnenen Weg von Mindestlohn, Stärkung der Tarifautonomie, Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen, einer Reform der Hartz-Gesetzgebung in Richtung einer Arbeitsversicherung mit Verlängerung des ALG-I-Bezuges und gezielten Programmen gegen verhärtete Langzeitarbeitslosigkeit weitergehen. Den Mindestlohn wollen wir dynamisieren und armutsfest machen, wirksam kontrollieren, durch ein Verbandsklagerecht stärken sowie die Ausnahmen abschaffen.

135 • -die Lücke zwischen Arbeitsentgelten von Frauen und Männern durch ein wirksames Lohngleichheitsgesetz schließen,

140 • die Qualifizierungsoffensive (Aus- und Weiterbildung), vor allem durch Systematisierung der beruflichen Weiterbildung, sinnvolle Weiterentwicklung des Berufsbildungsgesetzes, Mindestausbildungsvergütung,

145

150 Recht auf bezahlte Qualifizierungen, Finanzierung auch durch Branchen- und regionale Fonds aus betrieblichen Umlagen fortsetzen.  
Wir brauchen endlich die Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung

155 • mit der wir anschlussfähig sind, die alle Einkommensarten einbezieht, paritätisch finanziert ist und in der die Beitragsbemessungsgrenze entsprechend angehoben wird,

160 • um über eine gerechte solidarische Finanzierung auch die Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität und die Zugänge zum medizinischen Fortschritt für alle Bürgerinnen und Bürger zu garantieren.  
In der Rentenpolitik muss die SPD

165 • die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) wieder zur Hauptsäule der Altersvorsorge machen. Sie muss vor allem lebensstandardsichernd ausgestaltet werden anstatt zur Grundsicherung zu verkommen,

170 • das gesetzliche Rentenniveau deutlich oberhalb von 50 % stabilisieren. Dazu sind die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren abzuschaffen.

175 • die Riesterrente bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge abschaffen. Es darf keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme welcher Art auch immer geben. Die Finanzierungslücke ab etwa 2020 ist durch den Bundeszuschuss (u. a. freie Mittel Riester) und die vom DGB vorgeschlagene Demografiereserve zu schließen.

180 • Das gesetzliche Rentenzugangsalter darf nicht weiter steigen. Die Lösung liegt nicht in längerem Arbeiten bis 67 als faktischem Zwang, um der Altersarmut zu entgehen.  
Perspektivisch ist die Erwerbstätigenversicherung für alle, unabhängig vom Status als ArbeitnehmerIn, Beamte oder Selbständige die Lösung. Notwendige Schritte dorthin müssen sofort nach der nächsten Bundestagswahl erfolgen.

185

III. Durch Europa sozialen Frieden garantieren

190 Jahre praktizierter Sparpolitik, von Rückschritten in der europäischen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie der kontinuierlichen Beschneidung von Mitbestimmung haben Europa entsolidarisiert. Fiskalunion und freier Warenhandel wirken momentan wie das wichtigste Bindeglied.

195 Auf europäischer Ebene müssen die Handlungsfähigkeiten der Staaten gesichert werden. So hat das deutsche Beispiel gezeigt, dass Konjunkturprogramme Krisen überwinden helfen. Daher sind Investitionen auf EU-Ebene in Energie, Forschung, Bildung, Kultur, Infrastruktur, den Schutz der Umwelt und den Arbeitsmarkt, vor allem für junge Menschen, absolut notwendig.  
Die SPD muss

200 -in allen Ländern Europas einen nachhaltigen Wachs-

205 tumskurs fördern, nicht auf die noch härteren Spar-  
 210 maßnahmen setzen. Dies ist nicht nur wirtschaftlich  
 richtig, sondern auch politisch unbedingt notwendig, da  
 nur so die Menschen wieder Vertrauen in die europäi-  
 sche Idee und ihre eu-ropäischen Partner gewinnen  
 können. Eine Union, die für Rentenkürzungen, fehlende  
 Krankenversicherung und gesellschaftliche Verarmung  
 steht, wird niemals bei den Bürgerinnen und Bürgern  
 Erfolg haben können. Wir sind überzeugt davon, dass  
 215 die Bürgerinnen und Bürger diesen politischen Ansatz  
 gutheißen werden, wenn wir ihn konsequent verfolgen  
 und uns nicht von rechten Ideologen beirren lassen.  
 - die soziale Dimension der EU weiter stärken und insbe-  
 sondere in der Eurozone die sozialen mit den wirtschaft-  
 220 lichen Rechten gleichstellen. Eine europäische Sozial-  
 union beinhaltet auch Mindeststandards für Arbeit-  
 nehmerrechte, Sicherungssysteme und Mitbestimmung.  
 -alle Punkte, die zu TTIP, TISA und CETA vom SPD-  
 Parteitag beschlossen wurden, sind zu erfüllen. Diese  
 225 Bedingung sehen wir bisher nicht annähernd umge-  
 setzt. Viele Menschen erwarten gerade von der SPD,  
 dass wir ihre Interessen wahren und keine faulen Kom-  
 promisse eingehen. Die Beteiligung vieler Menschen an  
 der Debatte über die Handelsabkommen darf auch als  
 partizipatorischer Erfolg gewertet werden. So stellen wir  
 230 uns gelebte Demokratie vor.

#### IV.Humanität und Verantwortung in der Flüchtlingspoli- tik zeigen

235 Unsere Flüchtlingspolitik muss von Humanität und  
 Verantwortung gegenüber Menschen in Not geprägt  
 sein. Humanitäre Hilfe ist kein gnädiger Akt, sondern  
 eine ethische Verpflichtung. Im letzten Jahr waren so  
 viele Menschen vor Krieg, Hunger und Verfolgung auf  
 240 der Flucht wie noch nie seit Bestehen der Europäischen  
 Union. Viele dieser Menschen flohen nach Europa und  
 Deutschland und werden es auch weiterhin tun. Dabei  
 nahmen und nehmen die Flüchtlinge häufig gefährliche  
 Wege in Kauf. Im vergangenen Jahr ertranken 2760  
 245 Flüchtlinge im Mittelmeer bei dem Versuch, von der  
 Türkei oder Nordafrika aus Europa in Schlauchbooten zu  
 erreichen, um hier ihr Recht auf Asyl geltend zu machen.  
 Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass  
 - legale und vor allem sichere Zuwanderungswege nach  
 250 Europa geschaffen werden. Spezielles Augenmerk gilt  
 hier besonders schutzbedürftiger Personen wie Frauen,  
 Kindern und Menschen mit besonderen Bedürfnissen.  
 - Zuwanderungsgrenzen für Flüchtlinge verhindert wer-  
 den. Den Schutz, den das Grundgesetz politisch Verfolg-  
 255 ten garantiert, bleibt unantastbar. Wie für keine andere  
 Partei aus ihrer Überzeugung und Geschichte heraus ist  
 dies für die Sozialdemokratie politische Verpflichtung.  
 Flüchtlinge müssen so schnell wie möglich integriert  
 werden. Ein Schlüssel für Integration ist eine gute Aus-  
 260 bildung und ein Arbeitsplatz. Beides setzt wiederum

gute Sprachkenntnisse voraus. Auf Drängen der SPD-Fraktion hat der Bund die Integrationskurse für Asylbewerber mit einer guten Bleibeperspektive geöffnet und die Mittel entsprechend erhöht.

- 265 Die SPD muss dafür sorgen, dass
- kurzfristig die Eingliederungstitel der Jobcenter erhöht werden, um Flüchtlinge mit einer guten Bleibeperspektive bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen zu können. Die Aufstockung der Mittel des Jobcenters wird aber auch Menschen zu Gute kommen, die schon lange in Deutschland leben und bislang vergeblich eine Arbeit gesucht haben.
- 270
- keine Konkurrenzsituation von Flüchtlingen und deutschen Arbeitnehmern entstehen. Einer Absenkung des Mindestlohns für Flüchtlinge treten wir entschieden entgegen.
- 275

#### V.Friedenspolitik aktiv gestalten

- 280 Friedenspolitik, die diesen Namen verdient, muss vor allem die Ursachen von Konflikten, Gewalt und Kriegen benennen und bekämpfen. Auch hier geht es vor allem um Gerechtigkeit, Ausgleich, Abbau von wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten, Folgen von Handelsbeziehungen und Klimawandel. Dies erfordert den Blick sowohl in die Staaten und Regionen, wie auf globale und internationale Beziehungen. Wer von Friedensschaffung und Friedenssicherung reden will, darf über eine gerechte Gestaltung der Globalisierung nicht
- 285
- 290 schweigen. Die vielbeschworene „Verantwortung Deutschlands in der Welt“ darf nicht als Vorwand für immer neue und intensivere militärische Einmischungen benutzt werden, sondern muss vor allem präventiven und diplomatischen Charakter haben.
- 295 Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass
- eine drastische Reduzierung der geplanten Aufrüstungspläne der Bundesverteidigungsministerin in Höhe von 130 Mrd. Euro bis 2030 vorgenommen wird,
- 300
- die eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (0,7 % des Bruttoinlandsprodukts) eingehalten werden,
  - die Social Development Goals (SDGs) seitens der Bundesrepublik (Nachhaltigkeitsziele, soziale Entwicklung weltweit) konsequent umgesetzt werden, z. B. durch verbindliche Regelungen in den Handelsbeziehungen, die diese Ziele für alle Unternehmen durchsetzen und kontrollierbar machen,
- 305
- restriktive Regelungen der deutschen Rüstungsexportpolitik und deren Durchsetzung auch auf europäischer Ebene gesetzlich verankert werden.
- 310 Eine sozialdemokratische Außenpolitik muss ausgleichend sein und die zivile Krisenprävention muss im Mittelpunkt stehen. Weder darf die Isolationspolitik gegen Russland, noch darf der Waffenexport in kriegstreibende Länder wie Saudi-Arabien fortgesetzt werden.
- 315 Das weltweite Diktat der G 20-Staaten oder der G-8-

320 Staaten ohne Russland darf nicht fortgesetzt werden. Ökonomische und ökologische Ausbeutungen können zu zunehmenden Spannungen führen und auch Bürgerkriege entfachen. EU und USA hätten in Syrien vorzeitiger auf Friedensgespräche drängen müssen, statt einseitig Partei zu ergreifen. Syrien ist so fragmentiert, dass mit allen Parteien geredet werden muss.

325 Sowohl im Welthandel wie bei der Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit brauchen wir globale Institutionen.

VI. Steuern durch gerechte Steuern

330 Eine solidarische und friedliche Gesellschaft ist nicht kostenlos zu haben. Sie braucht einen gut finanzierten Staat. Zur Zukunftssicherung bedarf es wieder einer sozialdemokratischen Steuerpolitik mit einer

335 • sozial ausdifferenzierten Einkommenssteuer mit einem höheren Spitzensteuersatz,

• der Kapitalbesteuerung mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz,

340 • einer Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, und einer Erbschaftssteuer, die Betriebsvermögen so behandelt, dass reinvestierte Gewinne berücksichtigt werden, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu sichern, dem Gleichheitsbehandlungsgrundsatz des Bundesverfassungsgerichts gerecht wird und mindestens 10 Milliarden Euro einbringt.

345 • Die Finanztransaktionssteuer muss endlich eingeführt werden. Eine solche Steuerpolitik muss einhergehen mit

350 -der schärferen Eigenkapitalausstattung von Banken,  
- dem Kampf gegen Schattenbanken und Steueroasen,  
-einer Einführung eines Finanz-TÜVs zur Prüfung und Zulassung neuer Finanzprodukte  
-Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehung nach dem Solidarprinzip.

*Antragsbereich Th/ Antrag 23  
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen*

**Mehr Sozialdemokratie wagen!**

Unsere Anforderungen an das SPD-Regierungsprogramm 2017

5 Brauchen wir heute noch die Sozialdemokratie? Ganz bestimmt! Denn Europa verliert gerade sein menschliches Antlitz: die überall wachsende soziale Kluft zwischen Arm und Reich, der rigorose Abbau demokratischer und sozialer Bürgerrechte im Zuge der Spardoktrin in ganz Europa und ein gefährliches Machtgefälle zwischen Wirtschaft und Politik gefährden die politischen und sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit. In

10 vielen Ländern erhebt ein rückwärtsgewandter Nationalismus sein Haupt, der den Zusammenhalt der europäi-

**Mehr Sozialdemokratie wagen!**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

15 schen Völker mutwillig aufs Spiel setzt und sich gegen-  
über politischen Flüchtlingen unbarmherzig abschotten  
will.

20 Nicht nur Deutschland braucht dringend eine politische  
Kraft, die soziale Spaltung und wachsende Ungleichheit  
konsequent bekämpft. Und die im Sinne Willy Brandts  
(»Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn werden im  
Innern und nach außen«) solidarisch die Hand aus-  
streckt und über die Nation hinaus denkt. Deutschland  
braucht eine Sozialdemokratie, die ein Reformbündnis  
für ein soziales und liberales Europa der Menschen  
schmiedet und einen Hoffnungsüberschuss erzeugt, der  
25 die Menschen bewegt.

30 Deutschland braucht die Sozialdemokratie. Die SPD hat  
in der Großen Koalition wichtige sozialpolitische Korrek-  
turen bei der Arbeitsmarkt-, Wohnungs- und Rentenpo-  
litik durchgesetzt hat. Gleichwohl gibt es weiter eine  
fortschreitende soziale Spaltung der Gesellschaft und  
die kaum gebrochene Dominanz der Finanzmärkte. Dies  
verlangt nach einer Sozialdemokratie, die ihre ureigene  
Erzählung einer solidarischen und gerechten Teilhabe-  
Gesellschaft entgegensetzt. Denn es ist der Neoliberal-  
35 ismus, der in der Finanzkrise mit seinem blinden Ver-  
trauen in das freie Spiel der Märkte kläglich versagt hat.  
Doch die bittere Wahrheit ist: Die SPD wird von vielen  
Menschen nicht mehr als zuverlässiger Anwalt ihrer  
sozialen Interessen wahrgenommen. Auch in der gesell-  
40 schaftlichen Mitte ist das Gefühl verbreitet, dass die  
Politik nicht mehr in der Lage oder willens ist, die soziale  
Kluft wirksam zu verringern oder den viel zu großen  
Einfluss der Wirtschaftslobbys auf unsere Demokratie in  
die Schranken zu weisen.

45 Eine erfolgreiche soziale Politik muss sich heute daran  
messen lassen, ob sie geeignet ist, den Menschen in  
einem „Zeitalter der Angst“ neue Sicherheiten zu ver-  
mitteln und eine Wirtschaftsdynamik zu entfalten, von  
der nicht nur die oberen Schichten, sondern alle Men-  
50 schen profitieren. Dazu braucht es eine Kritik an den  
sozialen und gesellschaftlichen Verwerfungen eines  
unbeschränkten Marktes. An der Ungleichheit, Unge-  
rechtigkeit und Unmoral, die er hervorbringt. Am unbe-  
schränkten Lobbyismus, an der finanziellen Selbstbe-  
55 dienung der Vorstandseliten, an der Unfairness und  
dem alle Regeln des Anstandes verletzenden Profitstre-  
ben des Finanzkapitalismus und seiner Repräsentanten.  
Verhaltensweisen, die von weiten Teilen der Bevölke-  
60 rung aus gutem moralischem Grund auch instinktiv  
abgelehnt werden.

65 Höchste Zeit also für die Sozialdemokraten, diese Miss-  
stände, ihre Ursachen und die dahinter liegenden Inte-  
ressen, klar und offen auszusprechen, sowie Alternati-  
ven aufzuzeigen und durchzusetzen. Mit unserem  
Wahlprogramm wollen wir eine erneuerte Grundlage  
für eine zeitgemäße sozialdemokratische Erzählung  
schaffen. Für alle Menschen, die statt eines konkurrenz-  
fixierten Alltags von Überarbeitung, Stress und

70 Empathieverlust eine Sehnsucht nach einem Land mit menschlichem Antlitz hegen.

Nach einem Land,

75 • das nicht unbarmherzig und rigoros die Regeln eines unkontrollierten Finanzmarktes in der Peripherie Europas und bis in die letzten Kapillaren des menschlichen Alltags durchexerziert;

80 • in dem sich Räume öffnen, für ein freies, selbstbestimmtes und erfülltes Leben jenseits bloßer ökonomischer Verwertungskriterien und verschärfter Konkurrenzverhältnisse;

• in dem Wohlstand zu echtem gesellschaftlichem Reichtum führt und Solidarität und tätige Empathie möglich ist.

85 Die neoliberalen Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte können nur mit einem umfassenden und beherzten Reformansatz überwunden und korrigiert werden. Dazu braucht es eine Sozialdemokratie, die couragiert aus der neoliberalen Sackgasse ausbricht und tiefgreifende Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten bereit ist.

90

Deutschland braucht eine progressive Politik:

95 • die dafür sorgt, dass der Wert der Arbeit in unserer Gesellschaft wiederhergestellt wird. Sozialdemokraten dürfen nicht zulassen, dass prekäre Beschäftigung, gespaltene Belegschaften und ungehemmter Leistungsdruck die Arbeitswelt prägen. Sozialdemokraten müssen den Missbrauch bei Werkverträgen und Leiharbeit und die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen entschlossen bekämpfen. Sachgrundlose Befristungen müssen abgeschafft werden. Der Mindestlohn muss als Startsignal für eine durchgehend bessere Lohnentwicklung begriffen im Sinne von Armutsfestigkeit dynamisch weiterentwickelt werden.

100

105 • die der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich mit wirksamen Maßnahmen entschlossen begegnet. Dazu gehört eine armutsfeste Ausgestaltung von Sozialleistungen, eine Politik die Schluss macht mit der bestehenden Chancenvergabe nach sozialer Herkunft und gleiche schulische wie berufliche Bildungschancen für Kinder aus allen Schichten schafft, und bei Steuern und Sozialabgaben mehr Belastungsgerechtigkeit zum Ziel hat. Entlastungen bei der Progression der Einkommensteuer können mit dem Abbau von Steuerprivilegien und höhere Belastung der Spitzeneinkommen aufkommensneutral finanziert werden.

110

115 • die den Sozialstaat gerechter macht und auf eine breitere Finanzgrundlage stellt. Das gesetzliche Rentenniveau muss wieder angehoben werden, weil die Riesterrente keinen wirksamen Ausgleich für das gekürzte Rentenniveau schaffen kann. Die Mütterrente muss systemgerecht aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden. Und mit einer solidarischen Bürgerversicherung im Gesundheitswesen muss der

120

- 125 „Zwei-Klassen-Medizin“ ein Ende gesetzt werden. Statt kurzfristiger Beitragssenkungen muss unverzüglich mit dem Aufbau einer Demographiereserve begonnen werden.
- 130 • die in ganz Europa mit Leidenschaft daran arbeitet, den Vorrang der Demokratie gegenüber dem Finanzkapital wiederherzustellen. Sozialdemokratische Parteien müssen den Einfluss von Großbanken, Wirtschaftseliten und großen Lobbyverbänden auf die demokratische Politik wirksam zurückdrängen. Europa braucht eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik, eine europaweite Harmonisierung der Konzernbesteuerung und endlich eine Finanztransaktionssteuer zur Beteiligung der Finanzbranche an der Kosten der Finanzkrise.
- 135 • die einen echten wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel einleitet. Einen ökonomischen Kurswechsel, der sich leiten lässt von der wachsenden Erkenntnis weltweit führender Wirtschaftswissenschaftler, dass soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Dynamik zusammengehören. Für Deutschland hat die Industrieländerorganisation OECD ermittelt, dass es sein Bruttoinlandsprodukt deutlich steigern kann, wenn die Ungleichheit entschiedener bekämpft würde. Das groteske Ausmaß an Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen hemmt und blockiert dagegen das Wachstum, weil zu viele Talente und Ressourcen ungenutzt bleiben.
- 140 Vor allem aber stranguliert sie die zahlungsfähige Nachfrage der finanziell schlechter gestellten Haushalte, deren Ausgaben direkt in den Konsum fließen würden. Eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen ist deshalb mehr denn je ein Gebot der ökonomischen Vernunft. Nicht mit einer zum Dogma erstarrten Austeritätspolitik wird Wertschöpfung und Wachstum geschaffen, sondern mit einer mutigen Investitions- und Innovationspolitik, einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung und mehr Bildungschancen.
- 145 • die für einen neuen Schub an Zukunftsinvestitionen in Deutschland sorgt: zur Sanierung der maroden Verkehrsinfrastruktur, zum ökologischen und digitalen Umbau der Industriegesellschaft sowie zur Modernisierung und Fortentwicklung unseres Bildungs- und Gesundheitswesens. Diese Aufgaben verlangen eine Verbesserung der Einnahmesituation durch Bekämpfung der Steuervermeidung von Großkonzernen, Beseitigung der Steuerprivilegien für leistungslose Kapitaleinkommen, angemessene Besteuerung von Erbschaften und großen Vermögen. Ohne eine echte finanzpolitische Wachstumsstrategie werden sich die gewaltigen Defizite in der Infrastruktur und im Bildungswesen zu einer schweren Hypothek für künftige Generationen und für das Wachstumspotential der Zukunft auf türmen. Staatliche Überschüsse müssen investiert, die Schuldenbremse investitionsfreundlich reformiert werden.
- 150 • die die fortschreitende Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft für nachhaltiges ressourcenschonen-
- 155
- 160
- 165
- 170
- 175
- 180



des Wachstum und sozialen Fortschritt nutzt und die weitreichenden Veränderungen, die auf die Arbeits- und Lebenswelt zukommen, strategisch und intelligent gestaltet.

185 • die dafür sorgt, dass die im Zuge der Digitalisierung entstehenden neuen Formen der Arbeitsorganisation im Interesse der Beschäftigten ausgestaltet werden, beispielsweise durch Eingrenzung und Verkürzung von Arbeitszeiten sowie neuer Initiativen zur Humanisierung der Arbeitswelt. Dazu braucht es mehr Demokratie und Mitbestimmung in den Betrieben.

190 Dieses Land braucht eine selbstbewusste Sozialdemokratie. Die ihren Anspruch aufrechterhält, Kanzlerpartei in Deutschland zu sein. Für die auch „Mehrheiten links der Mitte“ (Willy Brandt) kein Tabu darstellen. Die in grundlegenden Alternativen denkt. Denn eine Politik der Alternativlosigkeit treibt der Demokratie jedes Leben aus. Unser Anspruch als Sozialdemokraten, „mehr Demokratie“ zu wagen, ist aktueller und dringlicher denn je. Ein neuer Aufbruch im Geiste Willy Brandts ist nötig.

200

*Antragsbereich Th/ Antrag 24*  
*Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen*

**Mehr! Gerechtigkeit, Solidarität, Respekt – Unsere Anforderungen an das Wahlprogramm 2017**

Bereits im Regierungsprogramm 2013 waren zahlreiche Forderungen der ASF enthalten, von denen auch viele in den Koalitionsvertrag Eingang gefunden haben. Die ASF-Bundeskonferenz begrüßt, dass seit 2005 endlich wieder eine Sozialdemokratin das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend führt und in dieser Legislaturperiode bereits viele frauen- und gleichstellungspolitische Forderungen – auch gegen den Widerstand von CDU und CSU – umgesetzt hat.

5

10

Wir haben in dieser Koalition die Rahmenbedingungen für die Gleichstellung von Frauen in unserer Gesellschaft nachhaltig verbessert. Auch wenn wir Kompromisse mit dem Koalitionspartner machen mussten – wir haben in dieser Wahlperiode die Grundlagen für eine gerechtere Gesellschaft und die Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen geschaffen:

15

- Vom Mindestlohn und der Stärkung der Tarifbindung profitieren vor allem Frauen.
- Die Weiterentwicklung des Elterngeldes zum ElterngeldPlus und das Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf sind wichtige Schritte hin zu einer Familienarbeitszeit.
- Das Quotengesetz für mehr Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft ist ein Meilenstein in der Geschichte der SPD.
- Das Pflegeberufsgesetz wird zu einer Aufwertung der Pflegeberufe führen.

20

25

**Mehr! Gerechtigkeit, Solidarität, Respekt – Unsere Anforderungen an das Wahlprogramm 2017**

Punkt 7. zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

Rest Erledigt durch Regierungshandeln und erledigt durch RP 1

30 • Der Bund hat auch in dieser Wahlperiode mehr Mittel für den Ausbau der Kitas zur Verfügung gestellt.

35 Die ASF-Bundeskonferenz begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das unsägliche Betreuungsgeld für verfassungswidrig zu erklären, und fordert die Länder auf, die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel in den Ausbau der Kinderbetreuung zu investieren.

40 Die ASF-Bundeskonferenz erwartet, dass das Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit entsprechend der Vorgaben im Koalitionsvertrag noch in diesem Jahr beschlossen wird. Dies gilt auch für das im Koalitionsvertrag vereinbarte Rückkehrrecht von Teilzeit zur vorigen Arbeitszeit.

45 Die ASF-Bundeskonferenz fordert, dass auch die im Koalitionsvertrag vereinbarte Aufwertung niedriger Rentenanwartschaften von langjährig Versicherten noch in dieser Wahlperiode umgesetzt wird.

50 Selbst wenn der Koalitionsvertrag vollständig umgesetzt ist, bleiben viele Forderungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf der politischen Tagesordnung. Deshalb fordert die ASF-Bundeskonferenz, die folgenden Forderungen in das Regierungsprogramm der SPD aufzunehmen:

55 1. Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft  
Auch die Privatwirtschaft muss das Gleichheitsgebot des Artikels 3 GG umsetzen. Die Unternehmen müssen in ihrem eigenen Interesse der am besten ausgebildeten Frauengeneration die Chance zur gleichberechtigten Teilhabe im Erwerbsleben bis hin zur gleichen Karriere-

60 chancen ermöglichen.

2. Steigerung des Frauenanteils in Aufsichtsräten und Vorständen

65 Der Geltungsbereich des Quotengesetzes muss auf mehr Unternehmen (mitbestimmte oder börsennotierte Unternehmen) und mehr Gremien (Vorstände und die 2 Ebenen unterhalb der Vorstandsebene) erweitert werden und die Mindestquote muss auf 40 % erhöht werden.

70 Unser Ziel bleibt die paritätische Besetzung von Führungspositionen.

3. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit!  
Der Geltungsbereich des Gesetzes für mehr Lohngerechtigkeit muss auf Betriebe ab 15 Mitarbeiter\_innen ausgedehnt werden. Für die Überprüfung der Entgeltstrukturen, der Herstellung der Transparenz und der Entgeltgleichheit sind die Kriterien und Verfahren gesetzlich zu regeln. Auch bestehende Tarifverträge müssen auf Entgeltdiskriminierung überprüft werden.

75

80

Bei Stellenausschreibungen muss wie in Österreich die Höhe des Gehaltes angegeben werden.

Darüber hinaus muss auch gleichwertige Arbeit gleich bezahlt werden. Deshalb müssen die sozialen Berufe aufgewertet werden und attraktiver gemacht werden.

85

Dazu gehört auch, dass die bisher verschulten Ausbildungen weiterentwickelt werden und zumindest analog der dualen Berufsausbildung mit einer Ausbildungsvergütung und Schulgeldfreiheit versehen sind.

90

4. Diskriminierung von Teilzeitbeschäftigten beenden  
Das Teilzeit- und Befristungsgesetz muss auf vorhandene unmittelbare und mittelbare Diskriminierungen überprüft werden, insbesondere hinsichtlich der Bezahlung von Überstunden, der Teilnahme an betrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen oder der betrieblichen Bewertungssysteme.

95

5. Mehr Partnerschaftlichkeit durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

100

Wir wollen mit der Familienarbeitszeit eine partnerschaftliche Vereinbarung von Beruf und Familie ermöglichen (siehe Antrag „Mehr Partnerschaftlichkeit durch bessere Vereinbarkeit von Beruf und familiärer Sorge für Frauen und Männer“).

105

Nach dem Rechtsanspruch auf einen Kita- und einen Kindergartenplatz muss ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz und/oder eine Nachmittagsbetreuung für Schulkinder eingeführt werden.

110

Unternehmen, die ihre Beschäftigten durch Betreuungsangebote für Schulkinder in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen, müssen hierfür steuerlich genauso behandelt werden wie es bei der Betreuung von Kindern unter 6 Jahren bereits der Fall ist.

115

6. Geschlechtergerechte Steuerpolitik statt Begünstigung des Ein-Ernährer-Modells

120

Das Ein-Ernährer-Modell mit der hinzuverdienenden Partnerin ist nicht mehr der Maßstab für die Mehrheit der Bevölkerung. Das Einkommensteuerrecht begünstigt aber genau dieses Modell und benachteiligt das Partnerschaftsmodell. Deshalb wollen wir einen Partnerschaftstarif anstelle des Ehegattensplittings (Stichtagsregelung) einführen, damit sich Erwerbsarbeit auch für verheiratete Frauen lohnt.

125

Beide Partner sollen individuell besteuert werden. Ihre gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen werden berücksichtigt.

130

Das Faktorverfahren soll die Steuerklassenkombination III/V ersetzen. Dabei werden beide Einkommen mit einem gleich hohen Durchschnittssatz besteuert, sodass die Steuerlast auch bei unterschiedlichen Einkommen gerecht zwischen den Ehepartnern verteilt wird.

135

7. Bessere Alterssicherung für Frauen

140

Die Rentenlücke zwischen Männern und Frauen ist als Ergebnis typisch weiblicher Erwerbsverläufe mit fast 60 % dramatisch hoch und kann nicht allein durch das Rentenrecht verkleinert werden.

Durchgängige Erwerbsbiographien, gleicher Lohn für

- gleiche und gleichwertige Arbeit, Aufstiegs- und Karrierechancen sowie eine partnerschaftliche Teilung von Beruf und familiärer Sorge sind die Voraussetzungen für höhere eigenständige Rentenanwartschaften.
- 145 Viele Frauen, die schon jetzt Rente beziehen oder in den nächsten Jahren Rente beziehen werden, können die Rentenlücke nicht einmal annähernd schließen. Gleichzeitig sinkt das Rentenniveau, so dass die Gefahr besteht, dass immer mehr Frauen im Alter von ihrer eigenen Rente ihre Existenz nicht sichern können. Die Rente muss für ein würdiges Leben im Alter reichen. Das Rentenniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung muss stabilisiert und dann schnellstmöglich angehoben werden.
- 150 Dies ist insbesondere für Frauen von entscheidender Bedeutung.
- Auch die Mütterrente ist ein wichtiger Schritt für eine bessere eigenständige Altersvorsorge der Frauen gewesen. Allerdings müssen die Kosten wie jeder andere Nachteilsausgleich auch über einen höheren Steuerzuschuss und nicht über Beiträge finanziert werden. Die Kindererziehungszeiten sind in Ost und West einheitlich zu bewerten.
- 160 Die im Koalitionsvertrag vereinbarte solidarische Lebensleistungsrente bringt im ersten Schritt für Frauen Verbesserungen.
- Diese Mindestrente soll bereits nach 30 anstatt 35 bzw. 40 Versicherungsjahren und ohne den Nachweis einer privaten Vorsorge in Anspruch genommen werden können. Bei der Grundsicherung im Alter muss ein Freibetrag für diejenigen eingeführt werden, die für ihr Alter vorgesorgt haben – unabhängig davon, ob es sich um gesetzliche Rente, Betriebsrente oder private Vorsorge handelt.
- 175 Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung muss als tragende Säule der Altersvorsorge gestärkt werden. Vor dem Hintergrund, dass Frauen seltener als Männer in betriebliche Altersversorgungssysteme einbezogen sind, sollten die Mittel besser zur Stärkung der gesetzlichen Altersvorsorge gebündelt werden.
- 180
- 8. Gewalt gegen Frauen**
- Für von Gewalt betroffene Frauen muss der Zugang zum Hilfesystem über einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe sichergestellt werden – auch für geflüchtete Frauen und Mädchen – und das Hilfesystem muss bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- 185 Die Finanzierung der Frauenhäuser muss so ausgestaltet werden, dass Frauen wegen fehlender Finanzierungszusagen, z.B. durch den Grundsicherungsträger, nicht abgewiesen werden müssen. Dafür bietet eine bundeseinheitliche institutionelle Finanzierung der Frauenhäuser die beste Gewähr.
- 190 Neben der Reform des Sexualstrafrechts ist auch eine entsprechende Fortbildungsverpflichtung für Angehörige der Justiz, der Ermittlungsbehörden und der Polizei
- 195

200 ebenso nötig wie das Angebot an Opfer sexualisierter Gewalt, auf eigenen Wunsch eine kostenlose Beweissicherung vornehmen lassen zu können, auch wenn sie noch nicht in der Lage sind Anzeige zu erstatten.

9. Gender Budgeting

205 Die Bundesregierung soll ab der nächsten Wahlperiode, Gleichstellung als Querschnittsaufgabe in den finanzpolitischen Entscheidungen und bei der Haushaltsaufstellung und Haushaltsdurchführung verankern (Gender Budgeting). Hierfür sollen vom Finanzministerium geeignete, wirksame Implementierungsstrategien empfohlen werden.

10. Mehr Frauen in die Parlamente

215 Der Anteil von Frauen im Deutschen Bundestag, den Landtagen, den Kreis-, Stadt- und Gemeinderäten bleibt deutlich hinter ihrem Bevölkerungsanteil zurück. Die vom Parteivorstand eingesetzte Projektgruppe „Geschlechterparität (Parité) bei Wahlen“ hat Möglichkeiten zu einer entsprechenden Wahlrechtsänderung in Deutschland erarbeitet.

220 Eine Initiative für eine entsprechende Wahlrechtsänderung soll in der nächsten Wahlperiode ergriffen werden.

11. Paritätische Vertretung von Frauen und Männern in den Bundes- und Landesregierungen

225 Bei jeder Kabinettbildung und -umbildung muss eine paritätische Besetzung sichergestellt werden. Dies gilt sowohl für die Ebene der Minister\_innen als auch der Staatssekretär\_innen und parlamentarischen Staatssekretär\_innen.

**Antragsbereich Th/ Antrag 25**

*Kreisverband Minden-Lübbecke (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Weichen stellen für die Zukunft - Mehr Demokratie und mehr Gerechtigkeit wagen!**

5 Wir leben in einer Zeit großer Umbrüche: Die Wirtschaft steht mit der Digitalisierung vor der größten Transformation unserer Zeit, die Welt erlebt mit Terrorismus, Kriegen, bitterer Armut und dem Klimawandel eine ganze Reihe unüberschaubarer Krisen, mehr als 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. All diese Entwicklungen bergen große soziale Risiken und eine schlüssige Antwort auf diese Risiken wird schmerzlich vermisst.

10 Auf der anderen Seite stellen wir fest: Wir leben in einem extrem reichen Land, einer relativen Wohlstandsregion Europa, einer in den letzten Jahren durchaus vermögender gewordenen Welt. Wir leben seit inzwischen über 75 Jahren in einem ganz überwiegend friedlichen Europa, in dem Menschenrechte, Demokratie und persönliche Freiheiten eine historisch bisher nie dagesessene Lebensqualität für viele Menschen bieten. Die

**Weichen stellen für die Zukunft - Mehr Demokratie und mehr Gerechtigkeit wagen!**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

20 Möglichkeiten menschlichen Fortschritts sind auch global größer geworden: Neue Technologien und Ideen haben das Potential, das Leben aller Menschen auf unserem Planeten menschenwürdig zu gestalten und nachhaltige Wirtschaftskreisläufe zu etablieren, die mit den natürlichen Systemen kompatibel sind.

25 Nur gilt für Deutschland, Europa und die Welt: Vermögen und Einkommen verteilen sich extrem ungerecht, die Schere zwischen Vermögenden und Superreichen auf der einen Seite und einem gesellschaftlich und finanziell abgehängten Prekariat wird immer größer.

30 Dazwischen befindet sich in den alten Industrienationen des Westens, aber auch in den aufholenden Wachstumsregionen der Welt eine Mittelschicht, der ein weiterer Aufstieg versperrt scheint und in der reale gesellschaftliche, ökonomische und kulturelle Abstiegsängste zu Abwehrreflexen gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen und Migration führen.

35 Die zunehmende Ungleichheit bei uns, aber auch global, wird somit zum größten Hindernis für die Ausschöpfung der Potentiale unserer Zeit und verstellt damit den Weg für weiteren humanitären Fortschritt. Sie ist auch die primäre Ursache für zahllose globale Krisen und Konflikte und damit für Krieg und Gewalt.

40 In diese Zeit fallen im Jahr 2017 mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und der Bundestagswahl zwei Entscheidungen, die richtungsweisend dafür werden können, wohin sich unsere Gesellschaft bewegt. Umrahmt werden diese Wahlen von einem europaweiten Trend des Erstarkens nationalistischer und fremdenfeindlicher Parteien.

45 Die Demokratie wird von zwei Seiten gleichzeitig attackiert: Seit sich in den 1980er Jahren der Neoliberalismus als wirtschaftspolitisches Dogma durchgesetzt hat, wird der Staat zunehmend aus der Verantwortung gedrängt. Das Ergebnis spüren wir in Bund, Ländern und Kommunen: Die oberste Maxime und geradezu zum Selbstzweck ist das Sparen geworden. Politische Gestaltungsmöglichkeiten und vor allem eine ausgleichende, absichernde und damit integrierende Rolle des Staates geraten damit zunehmend aus dem Fokus. Politische Gestaltungsmöglichkeiten werden zunehmend privatisiert. Die Folge ist ein dramatisches Auseinanderdriften der Gesellschaft. Auf allen Ebenen von Politik und Administration sind die Folgen des Neoliberalismus zu spüren: In einer Hochgeschwindigkeitswirtschaft bleibt kaum Platz für einen gesellschaftlichen Diskurs über richtungsweisende Entscheidungen. Demokratisch gewählte Gremien schrumpfen zur Begleitmusik und die Politik wird in Chefetagen, Aufsichtsräten oder Verbänden gemacht. Der politische und damit öffentliche und transparente Diskurs wird so immer weniger zur Grundlage von gesellschaftlichen Entscheidungen.

60 Gleichzeitig gerät die Demokratie unter den Druck des europaweiten Rechtsrucks. Alle nationalistischen Parteien haben einen stark autoritären Politikstil und sind

65

70

75 gesellschaftspolitisch rückwärtsgewandt. Die großen Errungenschaften, die die demokratischen Gesellschaften in den vergangenen Jahrzehnten erkämpft haben, drohen wieder zurückgedreht zu werden.  
Wir werden das nicht zulassen!

80 Wir wenden uns aktiv gegen rechtspopulistische Parteien, wir stehen klar zu einer liberalen, offenen und multikulturellen Gesellschaft und wir werden kein Stück zurückweichen von unserer Haltung zu einem vereinten und friedlichen Europa. Wir werden für die Demokratie kämpfen!

85 Das bedeutet auch Menschen, die den Glauben an die Demokratie verloren haben, zurückzugewinnen. Das bedeutet aber ausdrücklich nicht, sich in die Arenen der Rechten zu begeben. Wer sich auf die Sprache und Narrative der Rechten einlässt, stärkt sie damit nur.

90 Deshalb geht es bei den Wahlen 2017 für uns ganz elementar darum, die Gesellschaft zukunftsfähig zu machen und ihre Integrationsfähigkeit wieder zu stärken. Wo andere gedanklich und in ihren Taten in der Vergangenheit hängen bleiben, haben wir den Blick in die Zukunft gelegt.

95 Die Zukunft gestalten zu wollen heißt auch, die Zukunft noch nicht zu kennen. Wir wissen aber, was wir wollen: Eine Zukunft, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Wir brauchen dafür eine innovative Grundlagenforschung und innovative Unternehmen. Der Blick in die Geschichte zeigt: Wenn technologische Innovation zu wirtschaftlichem Aufschwung geführt hat, hatte oftmals ein aktiver Staat die Finger im Spiel. Schwarze Nullen, Schuldenbremsen und strenge Sparpolitik lähmen das Land, schwächen die Wirtschaft und drohen die Gesellschaft auseinanderbrechen zu lassen.

100 Mit dieser Politik der Konservativen wird den kommenden Generationen wenig Spielraum für innovative wirtschaftliche Ideen gelassen und darüber hinaus eine marode Infrastruktur, ein handlungsunfähiger Sozialstaat und Kommunen, die nur noch verwalten und nicht mehr gestalten, vererbt. Generationengerechtigkeit sieht anders aus.

105 Wer eine zukunftsfähige Gesellschaft haben will, braucht einen handlungsfähigen Staat. Wir brauchen jetzt staatliche Investitionen um die Infrastruktur für kommende Generationen aufzustellen. Wir brauchen all das, um die Gesellschaft zusammenzuhalten.

115 Seit Jahren steigt bei vielen Menschen das Gefühl der Verunsicherung – während wir statistisch gesehen so sicher leben wie noch nie. Doch ein Verweis auf Statistiken alleine reicht nicht aus. Wir müssen auf die Verunsicherung reagieren, indem wir gleichzeitig eine Stimmung des Aufbruchs und der gesellschaftlichen Geborgenheit erzeugen. Die sozialdemokratische Antwort auf das Unsicherheitsgefühl ist nicht die "Law-and-Order"-Rhetorik der Konservativen. Unsere Antwort ist die solidarische Gesellschaft, sie stellt den Menschen und seine Fähigkeiten und Bedürfnisse in den Mittelpunkt der

120

125

- 130 Politik.  
 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten leitet nicht die Idee einer Nation, einer Klasse oder einer Religion. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten leitet die Idee der Würde des Menschen und die Überzeugung, dass diese am besten in einer freien, solidarischen und demokratisch verfassten Gesellschaft gewährleistet ist.
- 135 Die SPD arbeitet deshalb für eine solche Gesellschaft, in der ein demokratisch verfasster Staat verlässlich die Rahmenbedingungen dafür herstellen kann, dass seine Bürgerinnen und Bürger gute Bedingungen dafür finden, ihre Potentiale bestmöglich zu entfalten und ihr Leben in Frieden und ohne Angst selbstbestimmt zu gestalten– unabhängig von Herkunft, Glauben oder Geschlecht.
- 140
- 145 Die SPD setzt deshalb insbesondere für die beiden anstehenden Wahlen in Nordrhein-Westfalen und im Bund **drei Schwerpunkte:**  
 Ø **Eine gerechte Steuerpolitik**  
 Ø **Eine solidarische Sozialpolitik**  
 Ø **Eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik**
- 150
- Eine gerechtere Steuerpolitik** verfolgt zwei Ziele:  
 1. Eine Abmilderung der immer ungerechter werdenden Einkommens- und Vermögensverhältnisse  
 2. Die Ausstattung von Staat und Kommunen mit ausreichenden Finanzmitteln, um in Bildung, Infrastruktur, soziale Absicherung, Zukunftschancen und Sicherheit investieren zu können
- 155
- 160 Die SPD in Minden-Lübbecke setzt sich deshalb ein für:  
 Die Einführung einer Vermögensteuer  
 Eine Erhöhung der Erbschaftsteuer auf große Vermögen und ihre Ausweitung auf Betriebsvermögen  
 Die Besteuerung von Kapitalerträgen nach dem jeweiligen persönlichen Steuersatz, d.h. die Abschaffung der Abgeltungssteuer
- 165
- 170 Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 50%  
 Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer  
 Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten eines Familiensplittings mit einer Kinderkomponente  
 Die auf dem Solidarprinzip basierenden Sozialversicherungssysteme sind das Fundament einer Absicherung der Menschen vor Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit sowie zur Sicherstellung einer auskömmlichen Versorgung nach dem Erwerbsleben. Kapitalertragsbasierte Systeme können sie deshalb nur ergänzen, nicht jedoch ersetzen, auch nicht in Teilen.
- 175
- 180 **Eine solidarische Sozialpolitik** hat deshalb zum Ziel, die Sozialversicherungssysteme soweit zu stärken, dass eine Grundversorgung für alle gewährleistet ist, ohne dass weitere soziale Transferleistungen in Anspruch genommen werden müssen.  
 Die SPD in Minden-Lübbecke setzt sich deshalb ein für:
- 185 Eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung von Ar-



- beitgebern und Arbeitnehmern auch in der Kranken- und Pflegeversicherung  
Einführung einer Bürgerversicherung als Pflichtversicherung für alle
- 190 Absicherung des Rentenniveaus auf mindestens 50% des verfügbaren Durchschnittsentgeltes  
Einbeziehung aller Beschäftigtengruppen in das System der gesetzlichen Altersversorgung  
Einbeziehung von Kapitalerträgen zur Finanzierung der Sozialversicherungssysteme
- 195
- Eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik** hat zum Ziel, Arbeitslose bestmöglich zu qualifizieren und zu motivieren, ihren Lebensunterhalt soweit wie möglich selbst zu bestreiten und ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.  
Die SPD in Minden-Lübbecke setzt sich deshalb ein für:  
Eine Anhebung des Mindestlohns auf 10 Euro  
Eine Ausweitung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld  
Die Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors für Langzeiterwerbslose
- 200
- 205 Eine deutliche Ausweitung von Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose  
Die Sicherung von Arbeitnehmer/innenrechten und Mitbestimmung
- 210 Eine grundlegende Evaluation und Reform des SGB II mit dem Ziel, Langzeitarbeitslosen eine weitgehend selbstbestimmte und selbsterwirtschaftete Lebensführung zu ermöglichen  
Die SPD weiß, dass Frieden, Demokratie und sozialer Fortschritt bei uns nur im europäischen Kontext zu sichern sind. Sie wird deshalb auch bei den anstehenden Landtags- und Bundestagswahlen deutlich machen, dass sie für ein starkes, demokratisch verfasstes Europa ohne Grenzen in Freiheit und Vielfalt kämpft. Wer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wählt, weiß, dass diese sich sowohl als Landespolitiker/innen und noch viel mehr als Bundespolitiker/innen für einen Ausbau der europäischen Integration engagieren werden.
- 215
- 220

**Antragsbereich Th/ Antrag 26**

*Kreisverband Rottweil (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Gerechtigkeit**

1. Eine gerechte Rentenbeitragserfassung muss um die bisher ausgenommenen Berufsgruppen sowie auf alle effektiven Einnahmen nach Steuern ( Einkommen, Zinsen, Mieteinkünfte, Dividenden, Pächterträge ... ) erweitert werden. Die Beitragsbemessungsgrenze muss fallen, das Äquivalenzprinzip neu überdacht werden. Um der drohenden Altersarmut künftiger Rentenbezieher entgegenzuwirken, muss der Mindestlohn in der nächsten Legislaturperiode auf 12 € angehoben werden.
- 5
- 10 2. Wir erwarten von einer sozialdemokratisch geführten Regierung, dass sie rasch konkrete Vorschläge entwickelt, um im Sinne einer gerechteren Gesellschaftsord-

**Gerechtigkeit**

- Bez. Punkt 1: zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission
- Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission im weiteren

- nung die Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkommen etwa gleich zu gestalten.
- 15 3. Da sich viele einkommensbildende Faktoren einer gerecht vergleichenden Bewertung entziehen ( Verfügbarkeit, Machtverhältnisse, Tradition, Prestige, Ausbildung ), müssen die Tarifpartner Einkommensgerechtigkeit zu ihrem Anliegen machen: der Staat kann hier als
- 20 Arbeitgeber vorgehen. Das Hundertfache eines Durchschnittsverdienstes ist einfach nicht zu begründen. Freies Aushandeln von Managereinkünften jeglicher Art muss seine Grenzen in einer steuerlichen Absetzbarkeit als Betriebsausgaben von 500 000 € / a
- 25 finden.
4. Chancengleichheit alleine durch das Bereitstellen von Bildungsangeboten zu erzeugen, funktioniert nicht, wie der jüngste Armuts- und Reichtumsbericht zum wiederholten Male zeigt: gesellschaftlicher Aufstieg ist stärker
- 30 vom Elternhaus abhängig denn je. Gleichzeitig ist mehr Bevormundung durch Sozialpolitik auch kein erstrebenswertes Ziel. Also gilt es, das Angebot noch zu verstärken:
- 35 - Der beitragsfreie Kindergarten muss bundesweit flächendeckend eingeführt werden.
- Schulbildung muss durch alle möglichen Formen von Coaching, Motivationsförderung und Zielvereinbarungen immer mehr zum persönlichen, individuellen Anliegen der Schülerinnen und Schüler selbst werden.

**Antragsbereich Th/ Antrag 27**

*Unterbezirk Herne (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Soziale Gerechtigkeit**

Der SPD Unterbezirk Herne fordert den SPD Bundesparteitag auf, sich zeitnah dafür einzusetzen, dass die soziale Gerechtigkeitsdebatte bei nachfolgenden Forderungen insbesondere in der Gesetzgebung Anwendung

5 finden:

Energiepolitik muss nicht nur die ökologischen Aspekte fördern, sondern auch berücksichtigen, dass Energie bezahlbar ist,

Die Grundvoraussetzung der Finanzierbarkeit gilt ebenso bei Fragen der Mietpreisgestaltung und sozialgerechten Begrenzung von Mieterhöhungen,

10

Steuergerechtigkeit bedarf einer Neuorientierung, die Steuerflucht, Steuerbegünstigung, Steuerbefreiung durch Steuermodelle und Steuerverlagerung unterbindet und alle Privatpersonen/Unternehmen entsprechend ihrer Kapitalkraft einbindet. (Vermögens-, Börsenumsatz-, Einkommenssteuer- und Erbschaftssteuer etc.)

15

Doppelbesteuerung der Renten muss vermieden werden

20

Das Mehrfach-Säulenmodell der Rente bedarf einer nachhaltigen Neuorientierung, damit im Rentenalter ein nachhaltiges Auskommen auch bei sogenannten Ge-

**Soziale Gerechtigkeit**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

25 ringverdienern gewährleistet ist. Eine Privatisierung der Rentenfinanzierung darf nicht dazu führen, dass eigene Kapitalzahlungen durch Provisionen, Verwaltungskosten, Spekulationen aufgezehrt werden können. Die Lebensarbeitsleistung eines Menschen muss entsprechend berücksichtigt werden

**Antragsbereich Th/ Antrag 28**

*Ortsverein Wernigerode / Kreisverband Harz (Landesverband Sachsen-Anhalt)*

**Bundestagswahlprogramm**

Folgende Punkte sollen in das Wahlprogramm der Bundestagswahl 2017 aufgenommen werden:

- 5 1. Einführung der Bürgerrentenversicherung. Mit der Einzahlung von Gutverdienern, die bislang über ein eigenes Pensionssystem verfügen, wird die Rentenkasse gestärkt. Davon profitieren insbesondere jene, die in ihrem Arbeitsleben nur niedrige oder mittlere Arbeitslöhne erhielten.
- 10 2. Herausnahme von rentenfremden Leistungen aus der Bezahlung der Rentenversicherung. Das sind insbesondere die Kosten für die „Mütterrente“ und die „Rente nach 45 Jahren Beitragsjahren“. Diese Modelle müssen steuerfinanziert werden.
- 15 3. Die Netto-Standardrente vor Steuern (45 Versicherungsjahre) in % des durchschnittlichen Jahresentgelts ist nicht weiter abzusenken – im Idealfall ist sie wieder auf 55% (1990) festzusetzen (2015 = 47,5%). Der Erhalt einer möglichst guten Rente nach dem Arbeitsleben ist ein Grundversprechen der sozialen Marktwirtschaft.
- 20 4. Wiedereinführung der paritätischen Bezahlung der Krankenversicherung. Noch nie haben in Deutschland mehr Menschen sozialversichert gearbeitet, als jetzt. Die Erhöhung der Beitragssätze auf der Arbeitgeberseite (zurzeit dann etwa 0,5%) wird die Konjunktur nicht abwürgen. Es ist zu erwarten, dass Arbeitgeber auch ein Interesse daran haben, dass ihre Mitarbeiter dann in einer Krankenkasse mit einem guten Preis-Leistungsverhältnis sind. Auf diese Weise wird auch der Wettbewerb unter den Krankenkassen angekurbelt.
- 30 5. Kapitalerträge sind wie Einkommen zu besteuern. Zurzeit werden Erträge aus Kapital mit maximal 25% versteuert. Erst nach der Beantragung einer sogenannten „Günstigerprüfung“ wird bei Kleinsparern, die ihr Einkommen unter 25% versteuern, dies auch auf ihre Kapitalerträge angewandt. Grundsätzlich dürfen Erträge aus Kapital nicht anders als Einkommen besteuert werden. Der steuerliche Grundfreibetrag soll auf 12.000 € angehoben werden. Gerade für Menschen mit geringem Einkommen würde dies eine notwendige finanzielle Erleichterung bedeuten.
- 40 6. Der Spitzensteuersatz ist auf 50% zu heben. Dort war er bereits zu Zeiten der Regierung Kohl (CDU). Der höchste Steuersatz liegt formal derzeit bei 42 Prozent. Der Eingangssteuersatz liegt im Moment bei 14 Prozent.

**Bundestagswahlprogramm**

Punkte 1 bis 3 zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission im weiteren

- 45 Diese Werte gelten seit 2005. Allerdings gibt es einen weiteren höchsten Steuersatz, der in öffentlicher Diskussion als Reichensteuer bekannt geworden ist. Der entsprechende Satz liegt bei 45 Prozent. Streng genommen ist dieser der eigentliche Spitzensteuersatz.
- 50 Um u.a. die rentenfremden Leistungen (siehe Punkt 2) zu finanzieren, bedarf es auf der Einnahmenseite einer weiteren Konsolidierung.
- 55 7. Versteuerung des Einkommens auf Basis der Staatsbürgerschaft – wie in den USA. Deutsche versteuern danach unabhängig von ihrem Wohnort nach der deutschen Steuergesetzgebung. Dies betrifft in der Regel Steuerbürger, die bislang in Steueroasen geflüchtet sind.
- 60 8. ALG 1 anpassen an Lebensleistung: Ungerecht ist, wenn Arbeitnehmer, die ein Großteil ihres Lebens gearbeitet haben, nach spätestens zwei Jahre Arbeitslosigkeit (über 50-jährige) so gestellt werden, wie Bezieher von ALG 2, die nie gearbeitet haben. Die Bezugsdauer von ALG 1 sollte sich prozentual an der Dauer der Erwerbstätigkeit orientieren. Die Mindestbezugszeit für Arbeitslosengeld 1 von einem Jahr soll dabei unberührt bleiben.
- 65 9. Es soll ein soziales Wohnungsbauprojekt für Menschen mit geringem und mittleren Einkommen initiiert werden.
- 70

**Antragsbereich Th/ Antrag 29**  
*Ortsverein Feucht (Landesverband Bayern)*

**Kürzung des Programms**

- a) Wir beantragen, eine deutliche Kürzung des Programms im Text, nicht inhaltlich, so dass es sich auf die entscheidenden Forderungen konzentriert und die Fragen aufgreift, die eine breite Mehrheit der Bevölkerung bewegt und den Ausgangspunkt nicht aus den Augen verliert, was wir auf maßgeblichen Feldern unter mehr Gerechtigkeit verstehen. Trotzdem und gerade deshalb weisen wir darauf hin, dass das Programm z. B. nicht den Stellenwert von Thema Pflege und auch von Thema Rente widerspiegelt. Dem muss inhaltlich mehr Gewicht gegeben werden.
- 5
- 10

- b) Das Regierungsprogramm für die BT Wahl wird barrierefrei zugänglich sein. Fachbegriffe werden in einfacher Sprache erklärt. (z.B. Kooperationsverbot Zeile 170
- 15

**Kürzung des Programms**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Antragsbereich Th/ **Antrag 30**  
 Ortsverein Niedernhausen (Bezirk Hessen-Süd)

**Sieben Punkte für Wohlstand, Solidarität und soziale Sicherheit in Europa JETZT!**

**Sieben Punkte für Wohlstand, Solidarität und soziale Sicherheit in Europa JETZT!**

Die politische Rechte in Europa und den USA hat vor allem in den unteren gesellschaftlichen Schichten Anhänger gefunden. Sowohl Trump als auch der autoritären, europäischen Rechten ist es gelungen, die Frage der sozialen Sicherheit in eine Frage der öffentlichen Sicherheit zu übersetzen. Die Rechte bietet sich als Schutzmacht gegenüber potenziellen Gefährdungen von außen an - wofür insgesamt die Globalisierung, Zuwanderung, die Flüchtlinge und der Islam als „Sündenbock“ verantwortlich gemacht werden.

Die SPD ist aufgefordert, die schlichten Argumentationsmuster der Rechten zu enttarnen. Gegen die schleichende Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas müssen wir Widerstand leisten und die Bürgerinnen und Bürger über die Geisteshaltung der anti-sozialen, anti-humanistischen, autoritären rechtsnationalen Parteien aufklären, deren Programme sich in Europa stark gleichen.

Die Protagonisten der Rechten stehen für eine Geldelite, die die Spaltung von Arm und Reich weiter vorantreiben wird, den Sozialstaat weiter abbauen- und dem Finanzmarktkapitalismus Tür und Tor öffnen wird. Steuererechtigkeit ist für sie ein Fremdwort.

Die Wahlergebnisse in Frankreich mahnen uns: es steht „fünf vor zwölf“. Gelingt es einem – potentiellen – Präsidenten Macron nicht, binnen weniger Jahre einen spürbaren Anstieg sozialer Sicherheit, etwa durch steigende Löhne statt stagnierender Löhne, herzustellen, ist der Wahlsieg des Front National 2022 vorprogrammiert.

Deutschland hat Europa unter Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble eine Austeritätspolitik aufgezwungen, die gegen jede wirtschaftspolitische Vernunft gerichtet war. Damit muss ab dem 24. September 2017 ein für alle Male Schluss sein! Wir brauchen eine positive, zukunftsfrohe Erzählung von Europa als Garant für Frieden, Wohlstand, Solidarität und soziale Sicherheit. Dazu müssen folgende Punkte im Regierungshandeln des Kabinetts „Martin Schulz“ verankert werden:

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 1) Europa steht für internationale Solidarität und wirtschaftliche Kooperation – nicht für Standortdenken nach BWL-Logik oder gar Lohndumping!
- 2) „Währungsunion“ bedeutet nicht: alle Staaten müssen gleich arm oder reich sein, das gleiche Renteneintrittsalter- oder gar das gleiche Staatsdefizit haben. Währungsunion bedeutet einzig und allein: jeder Staat hat die Aufgabe, dem gemeinsamen (EZB-) Inflationsziel von genau 1,9% Preissteigerung zuzuarbeiten. Dazu müssen die volkswirtschaftlichen Größen, die die Zielerreichung bestimmen, koordiniert werden. Die nationa-

55      len Inflationsraten entstehen durch Preise und diese durch die Löhne, genauer: durch die Lohnstückkosten.  
 Das bedeutet: in allen Staaten dürfen bzw. müssen die  
 Löhne steigen, genau 1,9% mehr als der jeweilige Pro-  
 60      duktivitätszuwachs.  
 Aufgabe der nationalen Regierungen ist es, dies zu kon-  
 trollieren.  
 3) Fakt ist: dieses Inflationsziel wurde vor allem von  
 60      Deutschland seit Beginn der Währungsunion 1999 kon-  
 sequent verfehlt, die Lohnentwicklung blieb – insbeson-  
 dere im Vergleich zu Frankreich – ungerechtfertigt zu-  
 rück.  
 Die Folgen dieses deutschen Lohndumping sind: ein  
 65      Außenhandelsbilanz-Ungleichgewicht von derzeit mehr  
 als 200 Milliarden Euro, eine abgewürgte Binnen-  
 nachfrage in Deutschland und Druck insbesondere auf  
 die französische Volkswirtschaft, mit Folge wie Arbeits-  
 70      losigkeit, sozialer Unsicherheit – und dem Erstarken der  
 nationalen Rechten, die einfache Lösungen anbietet.  
 4) Beabsichtigt Macron „Strukturenreformen“ nach „Art  
 Schröder“ (Agenda 2010/Druck auf den Arbeitsmarkt  
 durch das Hartz4-Repressionssystem etc.) durchzuführen,  
 75      droht der Verlust des französischen Binnenmarktes  
 mit der Folge weiter steigender Arbeitslosigkeit etc.  
 Die Lösung muss vielmehr bestehen aus:  
 •        einem langfristigen Abbau des deutschen Au-  
 80      ßenhandelsbilanz-Überschusses durch überproportional  
 und dauerhaft (ca. 10-15 Jahre mind. 5% p.a. nominal)  
 steigende Löhne!  
 •        einer Stärkung des „Makroökonomischen Dia-  
 85      logs“ auf EU-Ebene, um das gegenwärtige „race to the  
 bottom“ in der Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik unver-  
 züglich zu beenden und die volkswirtschaftlichen Para-  
 90      meter koordiniert sowie sozialstaats-orientiert zu ent-  
 wickeln.  
 5) Die südeuropäischen Länder haben in den vergange-  
 nen Jahren eine beispiellose vorsätzliche Verarmung  
 90      breiter Bevölkerungsschichten erleben müssen. Mit  
 einem kreditfinanzierten Marshall-Plan muss ein Wie-  
 deraufbau der öffentlichen und privaten Nachfrage  
 betrieben werden. Nur so kann verhindert werden, dass  
 insbesondere breite Teile der Jugend als „verlorene Ge-  
 95      neration“ Perspektivlosigkeit erleidet.  
 Insbesondere der griechische Staat muss Gelegenheit  
 erhalten, mit o.g. Krediten seine öffentliche Infrastruk-  
 tur (Häfen, Flughäfen) von deutschen Konzernen zu-  
 rückzukaufen.  
 6) Gibt es keine Schulden, so gibt es auch keine Nach-  
 100     frage. Ohne Nachfrage keine Produktivität. Rezession  
 und Arbeitslosigkeit, Elend und Radikalisierung sind  
 vorprogrammiert. Die Logik der „Schuldenbremsen“ für  
 öffentliche Haushalte in Kommunen, Ländern, dem  
 Bund und Europa ist pure Ideologie. Die Folgen gehen zu  
 105     Lasten der Lebensgrundlage kommender Generationen:  
 Europa braucht Nachfrage, die Schuldenbremsen gehö-  
 ren abgeschafft!

- 110 7) Die Bundesregierung um Martin Schulz muss den Mut aufbringen, vorgenannte volkswirtschaftliche Fragestellungen vom Kopf auf die Füße zu stellen. Sie muss im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik mit unorthodoxen und gleichzeitig extrem kenntnisreichen Amtsträgern sowie Beratern ins Rennen gehen, weil sie sonst in der europäischen Gemengelage und dem Hai-fischbecken der deutschen Maschinerie der „Meinungsmache“ sofort untergeht.
- 115

**Antragsbereich Th/ Antrag 31**

*Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD*

**Europäische Idee**

Die europäische Idee sollte sich als roter Faden durch den gesamten Leitantrag ziehen und Forderungen in den jeweiligen Kapiteln stets in Rückkopplung zu den europäischen Abhängigkeiten / Realitäten dargestellt werden.

5

**Europäische Idee**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich Th/ Antrag 32**

*Ortsverein Steinbergkirche (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Überzeugende Wahlaussagen**

Thema Schulen:

Für einen bundeseinheitlichen Standard. Lebendige, phantasievolle Grundschulen mit Lebenspraktischen Bezügen, kleine Klassen mit integrierbaren Ausländeranteilen; mehr Lehrerinnen und Lehrer; Ganztagschulen sowie qualifizierte sozialpädagogische Begleitung und Beratung der Kinder und ihren Familien. Gut und vielseitig gestaltete Schulbauten, orientiert an der Lebenslage von Kindern. Für differenzierte Angebote in allen weiterführenden Schulen. Eine hervorragende Schulbildung, die auch differenziert und helfend auf die Fähigkeiten und Interessen der Schülerinnen und Schüler eingeht. Schule ist eine wirksame Basis für ein erfolgreiches und zufriedenes Leben! Unser hauptsächliches Wählerpotenzial ist besonders auf hervorragende Schulen angewiesen; es ist die beste Aufstiegschance!

5

10

15

Thema Kitas:

Für kostenfreie, bedarfsgerechte und wohnortnahe Ganztags-Kitas. Kinder sind die Basis unserer Zukunft. Mütter und Väter wollen und müssen bei unseren heutigen Lebensansprüchen beide arbeiten.

20

Thema Renten:

Für ausnahmslose Beitragszahlungen eines/r jeden/r Erwerbstätigen in die Rentenkasse. Grundrente für alle Bürgerinnen und Bürger mit sehr niedrigen Gesamten. Für die Aufhebung der Rentenbesteuerung! Die eingeführte Rentenbesteuerung hat uns (der SPD) das

25

**Überzeugende Wahlaussagen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

30 Vertrauen und die Überzeugung, SPD zu wählen, bei den Rentnerinnen und Rentnern gekostet! Die Besteuerung wird als ungerecht empfunden!

Thema Bürgerversicherung:

35 Für eine allgemein verpflichtende gesetzliche Krankenversicherung. Rückkehr zur 50 / 50 - Finanzierung Arbeitnehmer / Arbeitgeber.

Thema Sicherheit:

40 Für mehr Polizistinnen und Polizisten auf die Straße. Für eine zeitnahe Reaktion der Justiz. Für wirksame und individuelle Hilfen für die Opfer! Für soziale Aufklärung, Beratung und Hilfe für die Täter und wirksame Lebenshilfen sowie Erziehung zum rechtsstaatlichen Verhalten.

45 Strafen in Form von Freiheitsverzug nur bei unbeeinflussbaren Gewalttätern!

Thema Flüchtlinge:

50 Für konkrete, wirksame und kontrollierte Fluchtursachenbekämpfung. Für eine weltweite Hilfe der starken Länder, um den Schwachen durch Konfliktabbau zu helfen. Für wirtschaftliche Hilfe durch das Zahlen von angemessenen Preisen für Rohstoffe und die hergestellten Produkte. Für eine Beratung der zu unterstützenden

55 Länder, die frei von eigennützlischen Wirtschaftsinteressen der Industrieländer ist und die sich am Entwicklungsniveau dieser Länder orientiert. Wir nehmen diese Aufgaben sehr ernst und sind für ein Teilen des wirtschaftlichen Potenzials mit diesen Ländern. Und wir müssen Erfolg haben, schnellen Erfolg. Keine Mauern und keine Kontrollen werden das verhindern! Für eine konsequente Rückführung von Flüchtlingen in sichere

60 Herkunftsländer. Afrikaner, Afghanen, Syrer oder Inder können sich nicht von heute auf Morgen, auch nicht in einer Generation, integrieren. Sie wollen es auch nicht! Sie wollen in ihrer Heimat nur nicht verdursten oder verhungern oder in sinnlosen Kämpfen sterben. Sie wollen genauso wie wir Deutsche in ihrer Heimat leben, wenn sie und ihre Familien dort eine Chance zum Über-

65 leben haben! Dazu kommt in entscheidender Weise, dass rechtsradikale Deutsche und Europäer die aktuell notwendige massenhafte Integration von Ausländern nicht verstehen und deshalb auch nicht wollen. Sie sind jetzt schon dabei, unser demokratisch organisiertes

70 Leben über Wahlen zu zerstören. Für ein starkes Bundesinnen- und Europaministerium zur Bewältigung dieser anspruchsvollen und schwierigen Aufgaben sowie für eine weltweite Konfliktbekämpfung und den Abbau von

75 Fluchtursachen.



*Antragsbereich Th/ Antrag 33*  
*Ortsverein Bornhöved (Landesverband Schleswig-Holstein)*

5	<p><b>Das Wahlprogramm muss deutlich und konkret werden</b></p> <p>Mehr Gerechtigkeit für alle. Hat die SPD in Schleswig-Holstein lang und breit plakatiert und bei Wahlkampfauftritten wurde gerechte Bildung und insbesondere Familien- gebührenfrei von Kita bis Meisterbrief rezi-          tiert. - Sehr schlechtes Wahlergebnis.</p> <p>Gerechtigkeit? Wie gut das jeder was anderes darunter versteht. Vor allem ist jeder für Gerechtigkeit.</p> <p>- Viele Facharbeiter mit Spitzensteuersatz und kein Ansatz die „ kalte Progression zu korrigieren.</p>	<p><b>Das Wahlprogramm muss deutlich und konkret werden</b></p> <p>Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
10	<p>Steuerbetrüger sind nicht unanständig sondern Rechtsbrecher.</p> <p>- die Mütterrente gerecht machen, alle Kinder sind gleich wertvoll, also für alle Mütter 3 Rentenpunkte pro Kind</p>	
15	<p>- Neues Rentensystem -als Ansatz wie Österreich und Schweiz - aus jedem System das Beste-</p> <p>- Bürgerversicherung in der Krankenversicherung - eine für alle, wer Extras möchte kann privat ergänzen</p> <p>- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit (Mann-Frau, alt-jung, Festangestellter-Leiharbeiter)</p>	
20	<p>- Sozialer Wohnungsbau, echte funktionierende Mietpreiskontrolle, Förderung von Wohneigentum</p> <p>- Vermögensteuer (z.B. zur Tilgung der Staatsschulden)</p> <p>- Erbschaftssteuer (z.B. zusätzliche Investitionen in Bildung etc.)</p>	
25	<p>- Aktive Umweltpolitik (erneuerbare Energien, saubere Automotoren etc.)</p> <p>- Limitierung der Leiharbeit. Eine Regelung wie im Ausland (wie etwa in Frankreich) würde schon genügen:</p>	
30	<p>Gleicher Lohn für gleiche Arbeit plus 10% Flexibilitätszuschlag für Leiharbeiter.</p> <p>- Bologna auf Wunsch der Wirtschaft, es wird Master studiert-die Wirtschaft bezahlt nur Bachelor. Als Meister direkter Zugang zum Masterstudium- Abwertung regulärer Studenten, wahrscheinlich viele Meisterstudentenabbrecher.</p>	
35	<p>- Studienabbrecher deutlich reduzieren.</p> <p>- BAFÖG für alle- Freibeträge der Eltern deutlich erhöhen, insbesondere bei 2. Und 3. Ausbildung. Lehre, Bachelor, Master</p>	
40	<p>- Mittel- sowie langfristig müssen die sozialen Sicherungssysteme stärker über Steuern statt über Abgaben finanziert werden, weil es bei Steuern ein progressives Belastungsmoment und keine Beitragsbemessungsgrenzen gibt. Außerdem müssten über Steuern alle Einkommensarten an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme beteiligt werden und nicht nur die Arbeitseinkommen.</p>	
45	<p></p>	

## Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik (A)

### Antragsbereich A/ **Antrag 1**

Ortsverein Ganderkesee (Bezirk Weser-Ems)

#### **Amt für Krisenprävention**

Der Bundestag möge beschließen, folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Die Bundesregierung soll ein eigenständiges Amt für Krisenprävention einrichten, das dem Bundestag regelmäßig berichtet und Empfehlungen zu frühzeitigen Initiativen hinsichtlich Konfliktbewältigung ausspricht. Die Bundesregierung soll die Initiative ergreifen um ein solches Amt auch in der EU-Kommission zu verankern (eigener EU-Kommissar)

5

#### **Amt für Krisenprävention**

Überweisung an die Kommission Internationale Politik

### Antragsbereich A/ **Antrag 2**

Kreis II Altona (Landesorganisation Hamburg)

#### **TISA-Abkommen**

Im Dezember 2016 wurden die Verhandlungen um das internationale Freihandelsabkommen TISA abgebrochen, der weitere Fortgang der Verhandlungen und ein möglicher Abschluss sind derzeit offen. Aufgrund der großen Bedeutung der TISA-Verhandlungen für die öffentliche Daseinsvorsorge fordern wir das Bundeswirtschaftsministerium auf, zeitnah Transparenz über den Verhandlungsstand herzustellen und öffentlich darüber zu informieren,

5

10

- zu welchen Themen welche Einigungen erreicht wurden,
- zu welchen Themen wesentliche Meinungsverschiedenheiten fortbestehen und welche Positionen dazu von den Verhandlungspartnern vertreten werden (Insbesondere EU und US),
- wie sich die Verhandlungen voraussichtlich fortsetzen werden.

15

20

Diese Forderungen sollen auch Eingang in das Wahlprogramm 2017 finden.

#### **TISA-Abkommen**

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

Überweisung an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

*Antragsbereich A/ Antrag 3*  
*Ortsverein Ganderkesee (Bezirk Weser-Ems)*

**Rüstungsexportbeschränkung**

Der Bundestag möge beschließen, folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Der Bundestag soll ein klarer definiertes Rüstungsexportkontrollgesetz verabschieden, das deutsche Rüstungsexporte nur in EU- und Nato-Länder zulässt, und in andere befreundete Länder nur in Ausnahmefällen nach Zustimmung des Bundestages.

5

**Rüstungsexportbeschränkung**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich A/ Antrag 4*  
*Kreis II Altona (Landesorganisation Hamburg)*

**Rüstungsexporte wirksam kontrollieren - Rüstungsexport - Kontrollgesetz vorlegen**

Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich für eine effektivere Kontrolle deutscher Rüstungsexporte in Drittstaaten einzusetzen und dem Deutschen Bundestag einen entsprechenden Entwurf für ein auf strengen Kriterien beruhendes Rüstungsexportkontrollgesetz zur Beratung und Abstimmung vorzulegen. Insbesondere soll die Bundestagsfraktion sich für folgende Forderungen einzusetzen:

5

**Rüstungsexporte wirksam kontrollieren - Rüstungsexport - Kontrollgesetz vorlegen**

Überweisung an das Forum Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

10

a. Erteilung von Rüstungsexportgenehmigungen nur nach Beratung im und Zustimmung des Deutschen Bundestages, wenn der Export in Drittstaaten oder Staaten mit repressiven Regimen, Verwicklung in bewaffnete Konflikte und problematischen Menschenrechtslagen erfolgen soll

15

b. Erarbeitung konkreter, gesetzlich verankerter Kriterien vor allem für Genehmigungen von Rüstungsexporten in Drittstaaten unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechts- und Sicherheitslage im Empfängerland, sowie dessen Verwicklung in bewaffnete Konflikte

20

c. Verbot von Lizenzvergaben an Rüstungsunternehmen in Drittstaaten (z.B. im Rahmen von „Waffenfabriken“)

25

d. Erhöhung der Transparenz des jährlichen Rüstungsexportberichtes der Bundesregierung

e. Sicherstellung einer effektiven Endverbleibskontrolle („Post-Shipment-Kontrollen“) unter Anwendung von Sanktionen bei Zuwiderhandlung

30

Die Bundestagsfraktion soll ferner dazu aufgerufen werden, sich in Abstimmung mit den SPD-Fraktionsmitgliedern sowie anderen sozialdemokrati-

35      schen Abgeordneten des EU-Parlaments für die Einführung einer Sondersteuer für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter einzusetzen. Diese restriktivere Neuausrichtung der deutschen Rüstungsexportpolitik soll Eingang in das Programm für die Bundestagswahlen 2017 finden.

*Antragsbereich A/ **Antrag 5**  
Ortsverein Uehlfeld (Landesverband Bayern)*

**Frieden und Europa**

5      Wir fordern keine Waffenexporte in nicht demokratisch geführte Länder. Entbürokratisierung der EU und drastische Eindämmung der neoliberalen Lobbyarbeit. Verbesserung des Verhältnisses zu Russland, weiterhin Kontakte zu der Türkei. Außerdem fordern wir eine drastische Erhöhung der Entwicklungshilfe, um Fluchtursachen zu bekämpfen.

**Frieden und Europa**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich A/ **Antrag 6**  
Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)*

**Verbot von Kampfdrohnen und Kampfrobotern**

5      Die Bundespartei wird aufgefordert, für ein Verbot von bewaffneten Drohnen und Kampfrobotern im Bezug auf die Bewaffnung der Bundeswehr einzutreten. Darüber hinaus soll auf internationaler Ebene für eine Ächtung bewaffneter Drohnen und Kampfroboter eingetreten werden. In gleicher Weise wie beispielsweise ABC-Waffen, Landminen und Streubomben sind bewaffnete Drohnen und Kampfroboter international zu ächten.

**Verbot von Kampfdrohnen und Kampfrobotern**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich A/ **Antrag 7**  
Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)*

**Gegen Stationierung deutscher Soldaten in den baltischen Staaten**

5      Wir Sozialdemokraten lehnen die Stationierung deutscher Soldaten in den baltischen Staaten als Ausdruck einer aggressiven NATO- Strategie ab. Die SPD- Bundestagsfraktion ist aufgefordert, die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, die Rückführung der deutschen Soldaten zu veranlassen und auf eine Korrektur der NATO- Politik hin zu einer Politik der Deeskalation und Entspannung hinzuwirken.

**Gegen Stationierung deutscher Soldaten in den baltischen Staaten**

Ablehnung

10      Die im Rahmen der Verhandlungen zur Erreichung der

deutschen Einheit von der damaligen Bundesregierung gegenüber der sowjetischen Führung gegebenen Zusagen, keine Expansion der NATO vorzunehmen, sind selbstverständlich einzuhalten.

*Antragsbereich A/ Antrag 8*  
*Kreis II Altona (Landesorganisation Hamburg)*

**Deutschlands Verantwortung in Europa und in der Welt**

**Deutschlands Verantwortung in Europa und in der Welt**

5 Die Zunahme kriegerischer Auseinandersetzungen in vielen Teilen der Welt ist für uns Anlass, die Aufgaben Deutschlands in der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik zu überdenken und weiterzuentwickeln. Dabei gilt für uns das Wort Willy Brandts: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“ Die verheerenden Folgen des „Kriegs gegen den Terrorismus“ zeigen, dass der Krieg nicht die Lösung des Problems ist.

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

10 Durch mehrere Vorträge auf der Münchner Sicherheitskonferenz und die aktuelle politische Entwicklung rückt die Rolle Deutschlands in der internationalen Politik verstärkt in die öffentliche Diskussion. Die Debatte wird bestimmt durch die starke und stabile wirtschaftliche und politische Position Deutschlands im Verhältnis zu seinem Beitrag in der Friedens- und Sicherheitspolitik.

15 Dies ist Grund genug für uns, die sozialdemokratische Position einzubringen, zu präzisieren, weiter zu entwickeln und öffentlich zu kommunizieren. Also die Frage zu beantworten, welchen aktiven Beitrag zur Sicherung des Friedens in der Welt Deutschland leisten kann und will, nicht im Alleingang, sondern eingebunden in die EU und die internationalen Organisationen UN, Europarat, OSZE und NATO.

25 Im Grundsatzprogramm der SPD (Hamburger Programm) ist als erste und wichtigste Aufgabe für das 21. Jahrhundert der Einsatz „für einen dauerhaften Frieden und für die Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen“ formuliert. Weiter in diesem Zusammenhang: „Wir erstreben eine friedliche und gerechte Weltordnung. [...] Nur in gemeinsamer Sicherheit und Verantwortung, nur in Solidarität und Partnerschaft werden die Völker, Staaten und Kulturen das Überleben der Menschheit und des Planeten sichern können. [...] Die Sozialdemokratie ist sich der gewachsenen Verantwortung Deutschlands für den Frieden in der Welt bewusst. Wir nehmen diese internationale Rolle aktiv an. Die SPD ist Friedenskraft in Deutschland und in Europa. Jegliche Form von Angriffs- und Präventivkrieg lehnen wir ab.“

35

Für Sozialdemokraten sind Krieg und die Anwendung

40 von Gewalt Bankrotterklärungen in einer aufgeklärten zivilisierten Gesellschaft. Deshalb ist es wichtig, die Ursachen von Krisen und Konflikten frühzeitig zu erkennen und durch deeskalierende, friedensstiftende diplomatische, humanitäre und wirtschaftliche Maßnahmen zu beseitigen. Wir sehen aber realistisch, auch wenn

45 gegenwärtig keine unmittelbare Bedrohung Deutschlands von außen zu erkennen ist, dass Deutschland in der Lage sein muss, sich wirksam zu verteidigen, und bereit sein muss, im Rahmen seiner vertraglichen Verpflichtungen (NATO, EU) militärische Gewalt anzudrohen und notfalls auch anzuwenden.

50 Eine besondere Herausforderung ist der internationale Terrorismus, bei dem nicht Staaten Gewalt anwenden und Krieg führen, sondern in keine staatlichen Strukturen eingebundene bewaffnete Gruppen, hinter denen oft dennoch Staaten stehen, die diese meist verdeckt mit Waffen versorgen und finanzieren. Diese Form der

55 Gewalt wird nur zu überwinden sein durch die Einbindung oder Isolierung der unterstützenden und finanzierenden Staaten und indem ihm der soziale, politische und ideologische Boden entzogen wird. Aber auch rechtliche, polizeiliche und militärische Mittel sind nötig, um

60 den akuten menschenverachtenden Terrorismus zu bekämpfen. Hier schließen wir alle Formen des Terrorismus (asymmetrischer Terrorismus, Terrormilizen, Staatsterror) ein.

65 Vor diesem Hintergrund und aufgrund der aktuellen Entwicklung gelten folgende Grundsätze sozialdemokratischer Politik:

1. Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit

Wir setzen uns ein für die Stärkung und Neuorganisation der Vereinten Nationen (UN), um sie besser in die

70 Lage zu versetzen, Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen zu verhindern bzw. zu überwinden. Dabei sollen diplomatische Mittel sowie zivile und humanitäre Hilfen stets vorrangig sein und in jedem Fall unvermeidbare militärische Friedensmissionen der UN begleiten. Das internationale Engagement darf mit der Be-

75 endigung eines Konfliktes nicht aufhören, sondern muss zur nachhaltigen Befriedung, zur Durchsetzung der Menschenrechte und des Völkerrechts sowie zur Entwicklung demokratischer Strukturen fortgesetzt werden.

80 Unter dem Mandat der UN wollen wir die regionalen und überregionalen staatlichen Organisationen durch unsere Unterstützung stärken und in die Lage versetzen, ihre „Schutzverantwortung“ für die zerfallenden und vom Zerfall bedrohten Staaten in ihrem jeweiligen Einflussbereich wahrzunehmen.

85 Wir bekräftigen für Deutschland das internationale Versprechen, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe auszugeben. Es ist konsequent sicherzustellen, dass die eingesetzten

90 Mittel der Entwicklungszusammenarbeit ihren eigent-  
 lichen Zwecken zugutekommen und nicht dazu beitra-  
 gen, vor Ort klientelistische und korrupte Strukturen zu  
 stärken. Sie sollen ferner nicht zuallererst an den wirt-  
 schaftlichen Interessen der Geberländer ausgerichtet  
 sein und so vor allem sach- und zweckorientiert verge-  
 ben werden. Entwicklungszusammenarbeit muss sich  
 95 an den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Menschen  
 orientieren und zur nachhaltigen Verbesserung der  
 Lebensbedingungen in den betroffenen Ländern beitra-  
 gen. Sie soll den Menschen eine Perspektive und die  
 Hoffnung auf Zukunft in ihrem eigenen Land geben.  
 Dazu gehören die Förderung der schulischen und beruf-  
 lichen Bildung, der Gleichstellung sowie die Unterstüt-  
 100 zung beim Kampf gegen Krankheit, Hunger und Armut.  
 Die weltweite Spekulation mit Nahrungsmitteln und  
 das Landgrabbing müssen international geächtet wer-  
 den.  
 Durch faire Handelsbedingungen und faire Rohstoff-  
 105 preise, die Unterstützung von Mikrostrukturen (Dorf-  
 gemeinschaften, Genossenschaften, Landwirtschaft,  
 Mikrokredite etc.) zur Selbstversorgung und zur Produk-  
 tion marktfähiger Güter sowie die Durchsetzung men-  
 schenwürdiger Arbeitsbedingungen bei industriellen  
 110 Produktionen sind die Lebensbedingungen der Men-  
 schen zu verbessern, leistungsfähige Volkswirtschaften  
 zu entwickeln und emanzipatorische gesellschaftliche  
 Entwicklungen zu initiieren.  
 Wir setzen uns ein für die Entwicklung und Förderung  
 von „Leuchtturmprojekten“ (Entwicklungscluster) in  
 115 Staaten mit relativ stabilen zivilgesellschaftlichen, de-  
 mokratischen Strukturen, in denen die Korruption be-  
 kämpft wird und die Menschenrechte und das Völker-  
 recht geachtet werden. Zur Unterstützung dieser Ent-  
 wicklung sollen insbesondere hier die Mittel beim Auf-  
 bau einer modernen Infrastruktur (Trinkwasser, Ener-  
 120 gieversorgung, Verkehr, Kommunikation etc.) eingesetzt  
 werden.

2. Friedenskultur

125 Wir setzen uns ein für eine Neuausrichtung und Stär-  
 kung der OSZE als ständiges Forum für eine friedliche  
 Konfliktlösung in Europa. Wir sprechen uns ausdrücklich  
 für eine friedliche Zusammenarbeit mit Russland und  
 unsere osteuropäischen Nachbarn aus, in denen die  
 Souveränität und die Sicherheitsinteressen aller betei-  
 ligten Staaten geachtet werden. Wir werben um Ver-  
 130 trauen und setzen auf Dialog statt auf Konfrontation.  
 Wir setzen uns auf deutscher, europäischer und interna-  
 tionaler Ebene für die Unterstützung gewaltloser De-  
 mokratiebewegungen in autoritär regierten Staaten ein.  
 Wir unterstützen den Aufbau demokratischer und  
 rechtsstaatlicher Strukturen in Staaten des gesellschaft-  
 135 lichen Umbruchs und halten diplomatische, ökonomi-  
 sche und technische Unterstützung dieser Transforma-  
 tionsprozesse für unverzichtbar. Wir fördern die Ent-

wicklung von Zivilgesellschaften durch den Aufbau und die Stärkung von demokratischen Parteien, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen. Hierbei wollen wir durch eine sorgfältige Überprüfung der potenziellen Kooperationspartner sicherstellen, dass es nicht zur Zusammenarbeit mit nur vermeintlich reformorientierten oder sogar autokratischen Akteuren kommt.

Wir setzen auf die Verantwortung und das Engagement regionaler und überregionaler staatlicher Organisationen für die Sicherung des Friedens, die Durchsetzung der Menschenrechte und des Völkerrechts, die Verwirklichung der Demokratie und die wirtschaftliche Entwicklung in ihrem jeweiligen Einflussbereich und auf internationaler Ebene. Wir fordern eine unabhängige internationale (UN, OSZE, EU) Friedens- und Konfliktforschung, um Konflikte frühzeitig zu erkennen, präventiv wirken zu können und internationale Konflikt- und Krisenintervention betreiben zu können. Sie soll alle Staaten sowie die staatlichen Organisationen in die Lage versetzen, in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich und international ihre Verantwortung für den Frieden zu erkennen und wahrzunehmen.

3. Bundeswehr und NATO

Die Achtung des Grundgesetzes und des internationalen Völkerrechts bei Einsätzen der Bundeswehr sind für uns selbstverständlich und unverzichtbar. Das bedeutet: Die Bundeswehr darf nur mit vorheriger Zustimmung des Deutschen Bundestages im Rahmen ihres im Grundgesetz geregelten Verteidigungsauftrages und zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen innerhalb der NATO und der EU eingesetzt werden. Internationale humanitäre Einsätze oder Einsätze zur Unterstützung humanitärer Einsätze sind ebenfalls nur mit vorheriger Zustimmung des Deutschen Bundestages zulässig. Internationale militärische Einsätze sind nur aufgrund eines UN-Mandates und mit Zustimmung des Deutschen Bundestages zulässig.

Wir fordern, dass darüber hinaus der jeweilige Einsatz insbesondere mit Blick auf zivile Opfer einer stetigen Überprüfung unterzogen und konstant über die Fortschritte in der Formulierung einer übergeordneten Strategie informiert und debattiert wird.

4. Export von Rüstungsgütern

Wir fordern, dass Rüstungsgüter grundsätzlich nur in NATO- und EU-Länder exportiert werden. Im Übrigen darf der Export von Rüstungsgütern nur mit Zustimmung des Deutschen Bundestages in demokratische Staaten, die die Menschenrechte und das Völkerrecht achten, erfolgen. Hierbei ist der Export von Kleinwaffen ausgeschlossen. Wir werden uns entschieden dafür einsetzen, dass die Vereinbarungen aus dem UN-Kleinwaffenaktionsprogramm und dem internationalen Waffenhandelsvertrag weltweit umgesetzt werden.



190 Der Bundestag muss bereits über Voranfragen zu Rüstungsexporten informiert werden, damit frühzeitig über strittige Exporte gesprochen werden kann und nicht erst, wenn das Genehmigungsverfahren weit fortgeschritten ist und die Ausfuhrerlaubnis nur noch gegen große Widerstände aus Industrie und Politik zurückgezogen werden kann.

195 Rüstungsexporte in Spannungs- und Konfliktgebiete, mit Ausnahme von Lieferungen im Rahmen von UN-Missionen, sind verboten. Bei einer Blockade der UN-Entscheidungen in Fällen von Völkermord oder drohendem Völkermord darf eine Ausnahme von diesem Grundsatz nur mit Zustimmung des Deutschen Bundestages in einem eng begrenzten, befristeten und ständig auf seine Zweckbindung und Wirksamkeit kontrollierten Rahmen erfolgen.

200 Bei allen Rüstungsexporten sind verbindliche, kontrollierbare und mit Sanktionen bewehrte Weitergabeverbote an Drittländer oder Dritte zu vereinbaren und ein Höchstmaß an Transparenz herzustellen.

205 Sofern es durch die Beschränkung der Rüstungsexporte zur Gefährdung von Arbeitsplätzen oder Produktionsstätten kommen sollte, setzen wir uns für Konversionshilfen zur Umstellung auf die Produktion innovativer ziviler Güter ein.

210 Eine leistungsfähige Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern in Deutschland oder in der EU für den eigenen Bedarf und die Bereitstellung der dafür notwendigen finanziellen Mittel muss gewährleistet bleiben, weil die optimale Ausstattung der Bundeswehr, also unserer Soldatinnen und Soldaten, unverzichtbar ist.

*Antragsbereich A/ Antrag 9  
Ortsverein M-Schwabing-Alte Heide (Landesverband Bayern)*

**Implementierung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion (ESVU) nach der Erklärung vom 29. April 2003**

Die SPD fordert eine deutsche Initiative zur schrittweisen Weiterentwicklung der Europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik.

5 1. Als ersten Schritt soll eine SPD-geführte Bundesregierung gemeinsam mit Frankreich, Luxemburg und Belgien eine Konferenz zur Schaffung einer „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion“ (ESVU) gemäß der gemeinsamen Erklärung dieser vier Länder vom 29. April 2003, einladen. Eine solche Einladung kann im Rahmen

10 der ständigen strukturierten Zusammenarbeit auf dem Gebiet der GSVP (Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik) auch unmittelbar auf Art. 42 Absatz 6 in Verbindung mit Art. 46 der Verträge von Lissabon gestützt werden mit dem Ziel, den bisher zu behäbigen

**Implementierung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion (ESVU) nach der Erklärung vom 29. April 2003**

Überweisung an Forum Sicherheits- und Verteidigungspolitik

- 15 Entscheidungsprozess auf diesem Gebiet zu beschleunigen.  
 2. Auftrag dieser künftigen ESVU soll derselbe sein, der 2003 beschlossen wurde, nämlich diejenigen Mitgliedsstaaten zusammen zu bringen, die bereit sind, rasche und weitreichende Fortschritte bei der europäischen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich zu erzielen.
- 20 3. Dabei sollen jetzt auch Wege gefunden werden, wie die französischen Atomstreitkräfte in eine zukünftige europäische Armee integriert werden können, bis Europa atomwaffenfrei wird.
- 25 4. Auf die Interessen der europäischen Mitgliedsländer, die eine Politik der Neutralität verfolgen, ist dabei Rücksicht zu nehmen. Ihnen soll jedoch eine Teilhabe an einer zukünftigen ESVU im Rahmen einer bewaffneten Neutralitätspolitik angeboten werden.

*Antragsbereich A/ Antrag 10*  
*Landesverband Berlin*

**Staaten in die Pflicht nehmen**

Intern Vertriebene\* oder Binnengeflüchtete\* sind Personen, die gezwungen sind ihre Heimat zu verlassen, aber innerhalb der Grenzen des Staates bleiben. Interne Vertreibung ist konkrete Folge von bewaffneten Konflikten, Verfolgung, Natur- oder von Menschen verursachten Katastrophen und inzwischen auch Reaktion auf große Entwicklungsprojekte. Im Jahre 2014 sind laut dem Internal Displacement Monitoring Centre weltweit 38 Millionen Menschen dazu gezwungen worden, ihre Heimat wegen bewaffneter Konflikte und generalisierter Gewalt zu verlassen.

5  
10

Die Auswirkungen dieser internen Vertreibung können verheerend sein. Während der Zwang zur Umsiedlung bereits oftmals die Menschenrechte der Betroffenen verletzt, sind auch die Beeinträchtigungen, die logisch folgend entstehen, und die langzeitigen Aussichten nicht zu vernachlässigen. Der einer Vertreibung folgende Verlust des Hauses, der Lebensgrundlage, der Verlust von Angehörigen und sozialer Verbindungen, konstituiert eine nicht hinnehmbare Einschränkung elementarer Grundrechte. In Betrachtung langzeitiger Auswirkungen wird die furchtbare Ausmaß für das Leben intern Vertriebener\* deutlich.

15  
20

Während es den Menschen zunächst an Grundbedürfnissen wie Schutz, Nahrung und Wasser fehlt, verschärft sich die Situation durch einen versperrten Zugang zur Gesundheitsversorgung, zu Bildung und Arbeit. Je länger die Vertreibung anhält, desto wahrscheinlicher zerfällt das Verständnis für bekannte Familien- und Sozialstrukturen, so dass einzelne Binnenvertriebene\* abhängig von Hilfe von außen und anfällig für wirtschaftliche oder sexuelle Ausbeutung sind. Diese Abhängigkeit

25  
30

**Staaten in die Pflicht nehmen**

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und Überweisung an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

verringert wiederum die Chance auf eine dauerhafte Lösung, gar einer nachhaltigen Wiedereinbindung in die Gesellschaft. Somit können bereits kurzzeitige, bewaffnete Ausschreitungen zur Destabilisierung vieler Leben und ganzer Regionen für Generationen führen.

35

Es gilt, den Rechtsstatus von Binnengeflüchteten\* zu sichern. Dieser bildet einen unabdingbaren Aspekt, um Menschenrechte und Grundfreiheiten weltweit zu festigen. Deshalb, in Verwirklichung der Geltung von Menschenrechten für jede\*n, gilt es für uns, Binnengeflüchtete\* zu fördern. Dafür sollte u.a. die Definition für Binnengeflüchtete\* aus den Leitlinien des UN-Sonderbeauftragten für die Rechte von Binnengeflüchteten\* endlich international anerkannt und verbindlich werden:

40

45

„Binnenvertriebene sind Personen oder Personengruppen, die gezwungen oder genötigt wurden, aus ihren Heimstätten oder dem Ort ihres gewöhnlichen Aufenthalts zu fliehen oder diese zu verlassen, insbesondere in Folge oder zur Vermeidung der Auswirkungen eines bewaffneten Konflikts, von Situationen allgemeiner Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und natürlichen oder vom Menschen verursachten Katastrophen, und die keine international anerkannte Staatsgrenze überschritten haben.“

50

55

In Erinnerung an die Pflicht staatlicher Behörden, Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und zu erfüllen, indem Maßnahmen ergriffen werden, die ihre vereinfachte Ausübung ermöglichen, soll allen Beteiligten bewusst sein, dass der Schutz und die Unterstützung von Binnengeflüchteten\* auf eben dieser Verpflichtung – Menschenrechte zu respektieren – beruht. Die international geltende Souveränität eines Staates beinhaltet somit nicht nur das Recht, eigene Angelegenheit zu leiten, sondern auch die primäre Pflicht und Verantwortung, Schutz und Unterstützung ohne Diskriminierung – einschließlich der Binnenvertriebenen\* – zu gewährleisten.

60

65

Damit intern Vertriebene\* ihrer Menschenrechte nicht beraubt werden, sind Staaten im Einklang mit internationalem humanitären Recht dazu verpflichtet, besondere Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen für die Binnenvertriebenen\* vorzusehen und eine Gleichbehandlung mit nicht intern Vertriebenen\* sicherzustellen.

70

Für uns ist klar:

- die Missachtung der verheerenden Situation von Binnengeflüchteten\* ist nicht zu akzeptieren.
- jede erdenkliche Möglichkeit muss genutzt werden, um auf die gravierenden Missstände im Umgang mit Binnengeflüchteten\*
- aufmerksam zu machen und deren Situation zu verbessern.
- wir wollen die Kooperation mit allen Institutionen und

75

- 80 Gruppierungen suchen, die sich für die Stärkung der Recht von Binnengeflüchteten\* einsetzen und zum Dialog einladen  
Wir fordern daher die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, Initiative zu ergreifen
- 85 • um den Status und Schutz von Binnengeflüchteten\* völkerrechtlich klar zu regeln.  
• eine internationale Konvention sowie eine internationale Organisation zum Schutz intern Vertriebener\* auszuarbeiten bzw. zu errichten. Alle Beteiligten werden dazu aufgerufen, keine Maßnahme zu unterlassen, die der Konvention und dem Mandat der Organisation international rechtliche Bindung verschafft.
- 90 Weiterhin fordern wir, dass die Situation der Binnengeflüchteten\* innerhalb der SPD in geeigneten Formaten diskutiert und in die gesellschaftliche Debatte getragen wird.
- 95

**Antragsbereich A/ Antrag 11**  
*Landesverband Berlin*

**Aufrüstung in Deutschland verhindern**

Die SPD Abgeordnet\*innen im Bundestag werden aufgefordert, die vom US-Präsident Trump geforderte und von der Bundeskanzlerin Merkel zugesagte Steigerung der Rüstungsausgaben von 1,2 auf 2 % des BSP abzulehnen.

5

**Aufrüstung in Deutschland verhindern**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich A/ Antrag 12**

*Ortsverein M-Schwanthalerhöf / Ortsverein München Untergiesing / Kreisverband Schweinfurt Stadt / Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)*

**Ausgaben für Entwicklungshilfe**

Die Ausgaben für die Entwicklungshilfe sind umgehend auf das Niveau der Rüstungsausgaben zu erhöhen. Künftige Steigerungen des Rüstungsetats ziehen eine entsprechende Anhebung der Entwicklungshilfegelder nach sich.

5

**Ausgaben für Entwicklungshilfe**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich A/ Antrag 13**

*Ortsverein M-Schwanthalerhöf / Kreisverband Schweinfurt Stadt / Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)*

**Kohärenz**

Eine - Welt - Politik muss Querschnittsaufgabe sein und darf nicht durch die Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik zum Schaden der sog. Entwicklungsländer konkretisiert werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass die 62

**Kohärenz**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 5 Reichsten genauso viel besitzen wie die Hälfte der Weltbevölkerung (Oxfam-Studie). Entwicklungspolitik muss deshalb besser und anders gestaltet werden, als bisher. Entwicklungshilfe darf kein Verteilen von Almosen zur Beruhigung des schlechten Gewissens sein, die ein Business as usual erlaubt.
- 10

*Antragsbereich A/ Antrag 14*  
*Unterbezirk Würzburg Stadt (Landesverband Bayern)*

**Mehr Demokratie und Transparenz bei Exportvorgängen und Rüstungsgütern**

Deutsche Waffen richten weltweit Unheil an und sind aus keiner Krisenregion dieser Erde mehr wegzudenken. Auch viele Diktaturen und Autokratien stützen ihre Herrschaft u.a. auf Waffen aus diesem Land (z.B. Saudi-Arabien, Katar etc.). Dies steht in krassem Widerspruch zu einer humanistischen, friedlichen Weltanschauung und unserem Verständnis von Menschlichkeit und Freiheit. Leider hat diese Gesellschaft aktuell nur sehr wenig Möglichkeiten auf den Export von Rüstungsgütern Einfluss zu nehmen und das muss sich ändern. Ein erster Schritt hierzu ist die Forderung nach mehr Transparenz bei den Entscheidungen des Bundessicherheitsrates bezüglich der Rüstungsexporte. Uns reicht es nicht ein bis zweimal im Jahr in Form eines Rüstungsexportberichts vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden und uns das als Transparenz zu verkaufen, Demokratie sieht anders aus! Bisherige Versuche mehr Transparenz zu schaffen sind gescheitert, was man nicht nur zuletzt an den stark angestiegenen Waffenexporten im Jahr 2015 sehen kann. Wir fordern deshalb:

- 5
- 10
- 15

Mehr Transparenz bei den Tagungen des Bundessicherheitsrats:  
 Wir fordern, dass der Bundessicherheitsrat immer dann öffentlich zu Tagungen hat, wenn es um den Export und die Herstellung von Waffen oder Fabriken geht. Andere Aufgaben wie z.B. der vertrauliche Austausch von Sicherheitsinformationen sollen davon unberücksichtigt bleiben.

- 20
- 25

Mehr Mitbestimmungsrecht des Parlaments:  
 Bei Waffenexporten muss das gesamte Parlament über den Export abstimmen.

- 30

Keine Waffenlieferungen in Krisenregionen  
 Wir fordern die Europäische Union auf Rüstungsexporte an Krisenregionen und nicht demokratische Staaten zu verbieten.

- 35

Ein Umdenken in der Außenpolitik:  
 Waffenexporte als Mittel der Außenpolitik zu missbrau-

**Mehr Demokratie und Transparenz bei Exportvorgängen und Rüstungsgütern**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

40 chen ist unmoralisch und menschenverachtend. Anstatt dessen fordern wir eine Erhöhung des Etats für Entwicklungszusammenarbeit und die Förderung diplomatischer Beziehungen. Als ein reiches und friedlich orientiertes Land haben wir die Verpflichtung uns um den Frieden auf der Erde zu kümmern und nicht die Welt mit Rüstungsprodukten zu überziehen.

*Antragsbereich A/ Antrag 15*  
*Landesverband Bayern*

**Grundsätze einer SPD-Friedenspolitik**

Die Allgemeinen Menschenrechte weltweit umzusetzen bleibt das Ziel der Sozialdemokratischen Politik.

- die Verschiedenartigkeit der Kulturen der Völker in ihren Ländern ist zu achten und zu respektieren.
- 5 • mehr Toleranz und Geduld mit bestehenden politischen Systemen, es braucht Zeit, bis sich eine Demokratie bildet, stabilisiert und Menschenrechte in allen Bereichen beachtet werden.
- das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Teil des Völkerrechts ist zu achten.
- 10 • das Gewaltmonopol des Staates ist eine Voraussetzung in einer Demokratie.
- mehr Achtung vor Wahlen auch in schwierigen Situationen, Wahlen an denen Millionen teilnehmen sind keine „Farce“.
- 15 • Sanktionen der reichen Staaten gegen andere Völker oder Volkswirtschaften dürfen kein Mittel zur Interessendurchsetzung sein und bedürfen der Legitimation durch den Bundestag.

**Grundsätze einer SPD-Friedenspolitik**

Erlедigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich A/ Antrag 16*  
*Landesverband Bayern*

**Keine Verherrlichung der Bundeswehr als Arbeitgeber für Jugendliche**

Wir fordern die Einstellung der Webserie der Bundeswehr ‚die Rekruten‘ und die Einstellung der damit verbundenen Werbekampagne und der Schulbesuche der Bundeswehr. Die 90-teilige YouTube-Serie ist gezielt auf Jugendliche ausgerichtet. In der Pressemitteilung vom 24. Oktober 2016 heißt es: „Sie [Die Serie] holt die Jugendlichen in ihrer Welt ab und die Zuschauer durchleben aus erster Hand die persönlichen Höhen und Tiefen der Protagonisten mit.“ Die Produktion der Serie selbst kostet die Bundeswehr 1,7 Mio Euro, in die Werbekampagne zur Serie werden 6,2 Mio Euro investiert. Die erste Staffel der Webserie erzielte insgesamt 40 Millionen Klicks auf YouTube und hatte täglich rund

**Keine Verherrlichung der Bundeswehr als Arbeitgeber für Jugendliche**

Überweisung an das Forum Sicherheits- und Verteidigungspolitik

15 700.000 Zuschauer\*innen. Während hier 12 junge Frauen und Männer bei ihrer Grundausbildung begleitet werden, zeigt die zweite Staffel ihre „neue Verwendung“ innerhalb des Bundeswehr auf. Dabei wird kein ehrliches und neutrales Bild vom Beruf des/der Soldat\*in und den damit verbundenen Gefahren gezeichnet.

20

*Antragsbereich A/ Antrag 17*  
*Landesverband Berlin*

**She Decides**

Weltweite Solidarität mit Frauen statt globalisierter Trump-Sexismus: Deutsche Beteiligung an der Spendeninitiative „She Decides“ durchsetzen. Die SPD begrüßt die globale Initiative “She Decides” der niederländischen Regierung und setzt sich dafür ein, dass Deutschland sich maßgeblich bei der Finanzierung und Koordination der Initiative beteiligt.

**She Decides**

Annahme in geänderter Fassung:

"Weltweite Solidarität mit Frauen statt globalisierter Trump-Sexismus: [...] Die SPD begrüßt **und unterstützt** die globale Initiative “She Decides” der niederländischen Regierung. [...]

5

## Arbeitsmarktpolitik (Ar)

Antragsbereich Ar/ **Antrag 1**  
 Kreis IV Nord (Landesorganisation Hamburg)

### **Gute und sichere Arbeit für alle**

Gute Arbeit als zentrales Ziel der SPD

5 Gute und sichere Arbeit für alle ist und bleibt ein zentrales Ziel der SPD. Auch weiterhin gilt: Erwerbsarbeit ist und bleibt das Fundament der Wertschöpfung und des Wohlstands unserer Gesellschaft und der zentrale Lebensinhalt der meisten Menschen. Deshalb halten wir an dem Ziel fest, dass jede und jeder an Erwerbsarbeit nach ihren/seinen jeweiligen Möglichkeiten und Wünschen teilhaben können muss. Aber dabei geht es uns nicht um „Arbeit um jeden Preis“, sondern es geht um Arbeit mit Wert und Würde, kurz: Gute Arbeit.

Gute Arbeit bedeutet für uns im Einklang mit den Gewerkschaften:

- 15 • Gerechte, verlässliche tarifliche Entlohnung; Ansteigen der Löhne und Gehälter mit dem Gesamterfolg der Volkswirtschaft
- Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit: im Betrieb, in der Branche und für Frauen und Männer
- 20 • Klare, verlässliche Rahmenbedingungen durch Arbeitsrecht und Tarifverträge
- Inklusion: Teilhabe an Arbeit soll möglichst für jede und jeden möglich sein
- 25 • Sichere, verlässliche Perspektiven: Befristungen von Arbeitsverträgen nur in begründeten Ausnahmefällen
- Geregelt und verbindliche Arbeitszeiten; Flexibilisierung von Arbeitszeiten nach den Bedürfnissen der Beschäftigten, nicht nur zur Steigerung des Unternehmensgewinns
- 30 • Gestaltung der Arbeitszeit nach dem Kriterium der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Humane und gesunde Arbeitsbedingungen: klassischer Arbeitsschutz und Schutz vor psychischer Überlastung am Arbeitsplatz; Schutz vor Leistungsüberforderung, Mobbing u.ä.
- 35 • Mitbestimmung und betriebliche Interessenvertretung
- Möglichkeiten zur beruflichen und allgemeinen Weiterbildung
- 40 • Gute Absicherung bei Arbeitslosigkeit bzw. im Falle von Phasen der beruflichen Neuorientierung

Unsere Erfolge seit 2013

Die SPD hat in der Bundesregierung seit 2013 einige wichtige Fortschritte für Gute Arbeit erreichen können:

### **Gute und sichere Arbeit für alle**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission



- 45 • Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes
- Ausweitung ergänzender Branchenmindestlöhne oberhalb des gesetzlichen Mindestlohnes
- Fortschritte bei der Entgeltgleichheit für Frauen und Männer durch Entgeltgleichheitsgesetz
- 50 • Stärkung der Tarifbindung, u.a. durch Vereinfachung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen und Tariftreue-Kriterium im Vergabegesetz
- Regulierung und Begrenzung von Leiharbeit und Werkverträgen

Unsere Ziele ab 2017

55 Manche unserer Ziele konnten wir bisher nicht gegen den Widerstand von CDU/CSU durchsetzen, und andere kommen angesichts der Veränderungen in der Arbeitswelt neu hinzu:

- 60 • Wir wollen den Mindestlohn weiter erhöhen; wir wollen die Ausnahmeregelungen für Langzeitarbeitslose und Minderjährige abschaffen und die Kontrollen durch Personalaufbau beim zuständigen Zoll intensivieren
- 65 • Wir wollen das Entgeltgleichheitsgesetz weiterentwickeln, um gleiche Löhne und Gehälter noch wirksamer durchsetzen zu können.
- 70 • Wir wollen eine deutliche Reduzierung aller Formen von prekärer Arbeit erreichen, vor allem von Leiharbeit und Werkverträgen
- Bei Leiharbeit und Werkverträgen wollen wir weitere Sicherungen gegen Missbrauch und Drehtüreffekte erreichen. Wir fordern, dass die Leiharbeitsverhältnisse durch die Bundesagentur für Arbeit fortlaufend kontrolliert werden.
- 75 • Die Möglichkeit zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen wollen wir weiter vereinfachen, um die Tarifbindung weiter zu stärken
- Wir wollen Befristungen von Arbeitsverträgen auf sachlich eng begründete Ausnahmen reduzieren und sachgrundlose Befristungen abschaffen
- 80 • Wir wollen die zunehmende, arbeitnehmerfeindliche Praxis der „Arbeit auf Abruf“ wirksam eindämmen
- Wir wollen die geringfügigen Arbeitsverhältnisse („Mini-Jobs“) in ihrer bisherigen Form abschaffen und die Sozialversicherungspflicht aller Arbeitsverhältnisse erreichen
- 85 • Wir wollen geeignete Maßnahmen entwickeln, um dem Outsourcing von Tätigkeiten zum Zwecke der Lohnsenkung entgegen zu wirken (Mitbestimmung, Steuerrecht)
- 90 • Wir wollen Möglichkeiten der Flexibilisierung der Arbeitszeit schaffen, bei denen die Bedürfnisse und Interessen der Beschäftigten im Vordergrund stehen und die Sicherheit von Arbeitsplatz und Einkommen erhalten bleibt bzw. gestärkt wird
- Wir wollen bei den sozialen Humandienstleistun-

- 95 gen (Erziehung, Pflege, Gesundheit) das Lohnniveau erhöhen und die Personalausstattung in Kindertagesstätten, Krankenhäusern und Pflegeheimen durch verbindliche Vorgaben zur Personalbemessung verbessern
- Wir wollen den Schutz vor psychischer Überlastung am Arbeitsplatz durch verbindliche Regelungen und Präventionsangebote verbessern
- 100 • Wir wollen die Mitbestimmung durch die Formulierung eines Mindestkatalogs zustimmungsbedürftiger Geschäftstätigkeiten weiter stärken
- Wir wollen die Arbeitsmarktpolitik vor allem für Langzeitarbeitslose durch die Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors bzw. sozialen Arbeitsmarktes stärken
- 105 • Wir wollen die individuelle Förderung der Arbeitssuchenden in den Jobcentern verbessern und die bisherige Vorgabe „Arbeit vor Weiterbildung“ überprüfen
- 110 • Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung ausbauen, mit der berufliche Weiterbildungen und Neuorientierungen gefördert werden und so Arbeitslosigkeit auch präventiv vorgebeugt werden kann
- 115 • Wir wollen die Arbeitsverhältnisse und -bedingungen im Zuge der Digitalisierung von Wirtschaft und Arbeit so gestalten, dass die Produktivitätspotentiale verantwortlich genutzt werden können, ohne die Arbeitslosigkeit ansteigen zu lassen oder die Existenzsicherheit und Arbeitsqualität der Beschäftigten zu verschlechtern
- 120

**Antragsbereich Ar/ Antrag 2**

*Unterbezirk Meißen (Landesverband Sachsen)*

**Änderung Teilzeitarbeitsgesetz**

Das Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge (TzBfG) ist dahingehend zu verändern, dass ein Rechtsanspruch aufgenommen wird, das Teilzeitarbeitsverhältnis auf Wunsch der Beschäftigten wieder in ein Vollzeitverhältnis umzuwandeln, welchem der Arbeitgeber nur aus dringenden betrieblichen Gründen widersprechen darf.

5

**Änderung Teilzeitarbeitsgesetz**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich Ar/ Antrag 3**

*Ortsverein Ganderkesee (Bezirk Weser-Ems)*

**Anpassung des Hartz-IV-Satzes**

Der Bundesparteitag möge beschließen, folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Der sogenannte Hartz-IV-Satz, der definitiv zu niedrig ist, soll auf mindestens 450 Euro monatlich angehoben werden. Die

**Anpassung des Hartz-IV-Satzes**

Ablehnung

- 5 Regelbedarfsermittlung ist unsozial. Es wird eine Vielzahl von Ausgabepositionen als nicht regelbedarfsrelevant herausgerechnet; dadurch sinkt der Regelbedarf deutlich. Ein Teil dieser Herausnahmen ist methodisch unsauber, da er die Ergebnisse der Einkommens- und
- 10 Verbrauchsstichprobe (EVS) unzulässig verzerrt. Damit muss es auch automatisch eine entsprechend Anhebung für Kinder geben.

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 4**  
Kreis II Altona (Landesorganisation Hamburg)*

**Kontrollen zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes**

Die SPD Altona fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, wirksame Kontrollen zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes einzuführen, die verhindern, dass eine Unterschreitung des Mindestlohnes durch Umgehungstatbestände wie z.B. unbezahlte Überstunden, Abzug von Kosten für Arbeitskleidung, Werkzeug, Transport und Unterbringung, und ähnliches stattfinden kann. Mietzahlungen dürfen nicht auf der Lohnabrechnung erscheinen, sondern müssen separat quittiert werden.

5

10 Kontrollen:

1. Wir fordern eine engere Vernetzung aller kontrollierenden Behörden wie z.B. Zoll, Finanzamt und Polizei.
- 15 2. Wir fordern, die Arbeitskontrollen zu verstärken. Dazu ist es erforderlich, das Personal der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) massiv personell aufzustocken, um auch mehr verdachts-unabhängige Kontrollen ordnungsgemäß durchführen zu können.
- 20 3. Wir fordern, dass Kontrollen zur Überprüfung der korrekten Anwendung von Wohnstandards in Arbeitnehmerunterkünften unangekündigt sind. Dabei soll auch eine Überprüfung des Mietvertrages und der Lohnabrechnung erfolgen.
- 25 4. Wir fordern eine Beschwerdestelle, die bei der FKS einzurichten ist, an die sich Arbeitnehmer/innen sowie Betriebsräte wenden können, wenn ein Missbrauch von Werk- und Leiharbeit oder ein Verstoß gegen das Mindestlohngesetz vorliegt. Anonyme Beschwerden sind zuzulassen.
- 30 5. Wir fordern, dass die Aufsichtsbehörden bei Verzug ausstehender Lohnzahlungen künftig Strafen für den Verzugsschaden anordnen können. Die Zahlungspflicht des säumigen Arbeitgebers wird bis auf
- 35

**Kontrollen zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

200% der geschuldeten Lohnsumme aufgestockt.

- 40 6. Arbeitszeit-Dokumentation ist keine Bürokratie, sie ist entscheidend für die genaue Erfassung der geleisteten Stundenzahl. Um das Mindestlohngesetz wirksam umzusetzen, muss die Dokumentationspflicht korrekt angewendet werden. Die geleistete Stundenzahl muss genau erfasst werden. Jede Einschränkung der Dokumentationspflicht verhindert eine wirksame Umsetzung des Mindestlohngesetzes.
- 45

*Antragsbereich Ar/ Antrag 5*  
*Kreis II Altona (Landesorganisation Hamburg)*

**Missbrauch von Leiharbeit, Werkverträgen, Dienstleistungsverträgen und Scheinselbstständigkeit eindämmen, Stärkung der Mitbestimmung und der Interessenvertretungen**

**Missbrauch von Leiharbeit, Werkverträgen, Dienstleistungsverträgen und Scheinselbstständigkeit eindämmen, Stärkung der Mitbestimmung und der Interessenvertretungen**

Die SPD Altona fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für Gesetzesänderungen zur Verhinderung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen sowie zur Eindämmung von Scheinselbstständigkeit einzusetzen.

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 5 Dies betrifft
- das Gesetz zur Verhinderung des Missbrauchs von Werkverträgen
  - Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und Arbeitnehmerentsendegesetzes mit Verhinderung von Scheinwerkverträgen, Kettenverträgen, Scheinselbstständigkeit
  - die Stärkung der Mitbestimmungsrechte gemäß Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG), Allgemeine personelle Angelegenheiten §§ 92 (Personalplanung) und 92a (Beschäftigungssicherung)
  - die Verbesserung der Tarifbindung
  - im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss mindestens das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ohne Ausnahme festgeschrieben werden.
- 10
- 15
- 20

Diese Forderungen sollen auch Eingang in das Wahlprogramm 2017 finden.

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 6**  
Kreis II Altona (Landesorganisation Hamburg)  
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen*

**Sachgrundlose Befristungen gemäß Teilzeit- und Befristungsgesetzes aufheben**

Die SPD Altona fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, dass im Teilzeit- und Befristungsgesetz die Möglichkeit des Abschlusses sachgrundlos befristeter Arbeitsverträge gestrichen wird. Die Sachgründe für befristete Arbeitsverträge müssen kritisch überprüft und eingeschränkt werden.

5

**Sachgrundlose Befristungen gemäß Teilzeit- und Befristungsgesetzes aufheben**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 7**  
Ortsverein Ganderkesee (Bezirk Weser-Ems)*

**Arbeitslosengeld**

Der Bundesparteitag möge beschließen, folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für Arbeitslose wird in Abhängigkeit des Beitragszeitraumes bestimmt. Wer länger eingezahlt hat bekommt stufenweise länger diese Leistung.

5

**Arbeitslosengeld**

Erledigt durch Gesetz

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 8**  
Ortsverein Ganderkesee (Bezirk Weser-Ems)*

**Mindestlohn 10,50 Euro**

Der Bundesparteitag möge beschließen, folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Das Mindestlohngesetz soll dahingehend novelliert, dass der Mindeststundenlohn von 8.84 Euro auf 10.50 Euro baldmöglichst angehoben wird.

5

**Mindestlohn 10,50 Euro**

Ablehnung

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 9**  
Unterbezirk Erlangen (Landesverband Bayern)*

**Gesellschaftsrecht für die digitale Arbeit fit machen**

Die SPD soll in Ihrem Programm zur Bundestagswahl 2017 ankündigen, die gesellschaftsrechtlichen Regelungen der immer häufiger werdenden Zusammenarbeit in Projekten und Netzwerken auf den Prüfstand zu stellen.

**Gesellschaftsrecht für die digitale Arbeit fit machen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 10***

*Unterbezirk Bochum (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Digitalisierung des Arbeitsmarkts**

Die SPD soll sich mit ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl für eine moderne Aus- und Weiterbildungspolitik im Sinne des lebenslangen Lernens einsetzen.

**Digitalisierung des Arbeitsmarkts**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 11***

*Unterbezirk Ennepe-Ruhr (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Arbeitsmarkt gerecht gestalten – Minijobs reformieren – Altersarmut bei Frauen verhindern**

5 1. Alle Arbeitsplätze müssen gleichbehandelt, gleich bezahlt und gleich versichert sein. Die Minijobs sind die am breitesten Form der prekären Beschäftigung und eine wesentliche Barriere für die Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsmarkt. Sie sind so zu reformieren, dass individuell zurechenbare Ansprüche in der Sozialversicherung entstehen.

10 2. Der Rechtsanspruch auf eine Arbeitszeiterhöhung bis hin zur Vollzeit muss gestärkt werden

**Arbeitsmarkt gerecht gestalten – Minijobs reformieren – Altersarmut bei Frauen verhindern**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 12***

*Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd / Unterbezirk Oldenburg-Stadt (Bezirk Weser-Ems)*

**Anpassung des Hartz-IV-Satzes**

5 Der Bundesparteitag möge beschließen, Folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Der sogenannte Hartz-IV-Regelsatz soll den Menschen eine finanzielle Grundsicherung gewähren, die es erlaubt, am sozialen und kulturellen Leben unseres Landes teilzuhaben. Das Bundesverfassungsgericht hat in Urteilen in den Jahren 2010 und 2014 entsprechende Vorgaben gemacht. Alle Wohlfahrtsverbände haben dazu detaillierte fachliche Stellungnahmen abgegeben. Hieraus ergibt sich bei  
10 einen Ein-Personen-Haushalt eine notwendige Erhöhung des Regelsatzes von jetzt 409,00€ auf dann 550,00€. Alle anderen Regelsatzstufen müssen entsprechend angepasst werden.

**Anpassung des Hartz-IV-Satzes**

Ablehnung

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 13**  
Landesorganisation Bremen*

**Teilhabe durch Arbeit**

Darüber hinaus fordert die SPD Bremen auf Bundesebene, insbesondere hier für die Erstellung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl:

- 5 • Der Bund muss seiner arbeitsmarktpolitischen Verantwortung für die ca. 300.000 Langzeitarbeitslosen in Deutschland nachkommen und finanzielle Mittel zur Etablierung und Verstetigung eines sozialen Arbeitsmarkts mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen als Ersatzarbeitsmarkt zur Verfügung stellen.
- 10 • Die Unterstützung muss dauerhaft angelegt sein und der Größe der regionalen Problemlagen entsprechen.
- 15 • Es ist dringend notwendig, den sogenannten Passiv-Aktiv-Transfer bundesgesetzlich zu ermöglichen. Hierdurch soll es künftig machbar sein, dass Arbeitslosen durch die aktive Zahlung bisheriger passiver Transferleistungen ein Arbeitsverhältnis ermöglicht wird.
- 20

Mithilfe dieser drei Punkte sollte es möglich sein, dass bundesweit ein sozialer Arbeitsmarkt mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen geschaffen werden kann und institutionalisiert wird. Vielen Langzeitarbeitslosen könnte damit im großen Maße geholfen werden, Strukturen zu etablieren und soziale Teilhabe zu erfahren. Darüber hinaus sollte selbstverständlich der Bund weiterhin niedrigschwellige, therapeutische Instrumente wie Arbeitsgelegenheiten finanzieren, um alle Zielgruppen bedarfsgerecht zu erreichen.

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 14***

*Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd / Unterbezirk Oldenburg-Stadt (Bezirk Weser-Ems)*

**Den Mindestlohn ausbauen und absichern**

Der Bundesparteitag möge beschließen, Folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Der gesetzliche Mindestlohn soll auf 10,50 € pro Stunde angehoben werden. Die bisherigen Ausnahmen entfallen. Als Grundlage für die Berechnung des Stundenlohns darf ausschließlich die tatsächliche Arbeitszeit, nicht aber ein vom Arbeitgeber/von der Arbeitgeberin vorgegebenes Arbeitspensum angesetzt werden. Es darf nicht mehr

5

**Teilhabe durch Arbeit**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Den Mindestlohn ausbauen und absichern**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- möglich sein, den Arbeitslohn mit völlig überbewerteten
- 10 Abzügen für Kost und Unterkunft zu verrechnen. Verpflegungsmehraufwände dürfen nicht vom Lohn abgezogen werden. Gleichzeitig soll die Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Bundeszollverwaltung mit erheblich
- 15 mehr Personal ausgestattet werden, so dass sie Verstöße gegen das Mindestlohngesetz effektiv eindämmen kann. Die Strafmaße für vorsätzliche Verstöße sind merklich zu erhöhen. Beschäftigten, die sich in augenscheinlich berechtigten Fällen nicht trauen, Klage gegen ihren Arbeitgeber/ihre Arbeitgeberin zu erheben, oder
- 20 sich dies nicht leisten können, soll finanzielle Unterstützung gewährt werden, die im Falle einer Verurteilung durch die Schuldigen zurückzuzahlen ist.

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 15**  
Unterbezirk Wiesbaden (Bezirk Hessen-Süd)*

**Berufsausbildung für Alle**

- Die Wiesbadener SPD fordert die Bundespartei auf, ein Programm „Berufsausbildung für Alle“ in das Bundestagswahlprogramm aufzunehmen. Ziel des Programms ist es, allen arbeitssuchenden jungen Menschen und
- 5 Langzeitleistungsbeziehenden sowie Asylberechtigten bis mindestens 35 Jahren eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Dies soll soweit möglich durch die bewährte betriebliche Ausbildung und gegebenenfalls Weiterbildung geschehen. Personen mit fehlenden Voraussetzungen sollen über integrierte „Bildungsketten“ mit einer bedarfsgerechten begleitenden Förderung unterstützt und so zum Ziel eines beruflichen Ausbildungsabschlusses gebracht werden.
- 10

**Berufsausbildung für Alle**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 16**  
Ortsverein M-Olympiadorf (Landesverband Bayern)*

**30-Stunden-Woche**

- Fast einmütig wird in Wirtschaft und Politik prognostiziert, dass der technische Fortschritt in absehbarer Zeit viele Arbeitsplätze überflüssig machen wird. Damit dies nicht zu einer hohen Arbeitslosigkeit führt, sollte auf gesetzgeberischem Weg umgehend eine Verkürzung der
- 5 Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden vorgenommen werden. Die Durchsetzung des Mindestlohns hat gezeigt, dass die Politik maßgebliche Veränderungen erreichen kann, bei denen die Tarifpartner allein nicht weiterkommen.
- 10

**30-Stunden-Woche**

Ablehnung



*Antragsbereich Ar/ **Antrag 17**  
Ortsverein Ganderkesee (Bezirk Weser-Ems)*

**Werkverträge**

Der Bundesparteitag möge beschließen, folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Werkverträge dürfen nur für betriebsfremde Gewerke abgeschlossen werden und bedürfen der Zustimmung des Betriebsrates. Der Ersatz von Stammbeschäftigten durch Werkvertragsarbeitnehmer muss so zukünftig unterbunden werden.

5

**Werkverträge**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 18**  
Ortsverein M-Olympiadorf (Landesverband Bayern)*

**Anpassung der Minijobgrenze bei Erhöhung des Mindestlohns**

Grundsätzlich sollten die sog. Minijob-Regelungen wieder abgeschafft werden - solange diese aber noch bestehen sollte bei Anhebungen des Mindestlohns, die Grenze für die Minijobs im gleichen Prozentsatz angehoben werden.

5

**Anpassung der Minijobgrenze bei Erhöhung des Mindestlohns**

Ablehnung

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 19**  
Bezirk Braunschweig*

**Abschaffung der Ausnahmen beim Mindestlohn**

Die bisherigen Ausnahmen des gesetzlichen Mindestlohns für Langzeitarbeitslose und Minderjährige sind abzuschaffen. Daher sind im Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns § 22 Absatz 2 und Absatz 4 zu streichen.

5

**Abschaffung der Ausnahmen beim Mindestlohn**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 20**  
Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)*

**Leiharbeit u.a.**

Im Wahlprogramm zur Bundestagswahl soll die Forderung aufgenommen werden, dass Leiharbeitnehmer und Arbeitnehmer, die im Rahmen von Werkverträgen arbeiten, verstärkt in reguläre Arbeitsverhältnisse überführt werden. Die gesetzlichen Änderungen im Jahr 2016 sind dafür nicht ausreichend. Die SPD muss sich gegen alle Widerstände der Wirtschaftsverbände für eine Verbesserung der Situation dieser Arbeitnehmer einsetzen.

5

**Leiharbeit u.a.**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ Antrag 21*  
*Bezirk Braunschweig*

**Verbandsklagerecht für Gewerkschaften bei Gesetzes- und Tarifverstößen**

Die SPD Bundestagsfraktion, der SPD Parteivorstand und der SPD Bundesparteitag sollen sich dafür einsetzen, dass den Gewerkschaften zukünftig ein Verbandsklagerecht bei Gesetzesverstößen und Verstößen gegen Tarifverträge eingeräumt wird. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die Forderung nach einem Verbandsklagerecht für Gewerkschaften ein elementarer Bestandteil des SPD-Wahlprogrammes zur nächsten Bundestagswahl 2017 wird.

**Verbandsklagerecht für Gewerkschaften bei Gesetzes- und Tarifverstößen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ Antrag 22*  
*Ortsverein Tamm / Ortsverein Möglingen / Ortsverein Markgröningen / Ortsverein Asperg*  
*(Landesverband Baden-Württemberg)*

**Arbeitsverhältnisse**

Die Menschen benötigen sichere, gute Arbeitsverhältnisse, von denen sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Immer mehr Menschen arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen. Diese Entwicklung muss wieder umgekehrt werden. Insbesondere fordern wir

**Arbeitsverhältnisse**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- eine schrittweise Erhöhung des Mindestlohns bis 2021 auf 12 Euro. Die Kontrollen über die Einhaltung des Mindestlohngesetzes, insbesondere was bezahlter Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall angeht, werden deutlich ausgeweitet
- eine erhebliche Ausweitung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen ♣ ein Verbot sachgrundloser Befristung
- gleiche Bezahlung für Leiharbeiter nach 3 Monaten Beschäftigung im gleichen Betrieb.
- Geringfügige Beschäftigung wird in der heutigen Form abgeschafft
- wir wollen analog dem Recht auf Teilzeitarbeit ein Recht auf Erhöhung der Arbeitszeit bis zur tariflichen Arbeitszeit.

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 23**  
020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)  
Landesverband Berlin*

**Widerrufsrecht im Arbeitsverhältnis-  
Überrumpelungen in Arbeitsverhältnissen verhindern**

In das Bundeswahlprogramm wird aufgenommen: Die SPD tritt für die Einführung eines Rechts von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein, eigene Erklärungen im Arbeitsverhältnis und über dessen Beendigung innerhalb von 14 Tagen zu widerrufen.

5

**Widerrufsrecht im Arbeitsverhältnis-  
Überrumpelungen in Arbeitsverhältnissen verhindern**

Ablehnung

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 24**  
Unterbezirk Bochum (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**ArbeitenVierNull erfordert auch  
MitbestimmungVierNull**

Die SPD setzt sich dafür ein, dass eine Novellierung der Mitbestimmungsrechte auf Bundesebene sowohl im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) als auch im Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG) in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl aufgenommen wird. Insbesondere gilt dies für eine erweiterte Mitbestimmung beispielsweise bei

5

10

15

20

- der Einstellung (wenn im Betrieb/der Dienststelle viele Überstunden angehäuft werden)
- der Leiharbeit (die nur noch realisiert werden kann, wenn die Interessensvertretung vollumfänglich einbezogen wurde und der jeweiligen Maßnahme zugestimmt hat)
- den Werkverträgen
- der Integration des Dualen Studiums in den Betrieb
- der Personalplanung
- der Errichtung von Wirtschaftsausschüssen in den Dienststellen des BPersVG - analog zu den Regelungen im BetrVG

Dazu gehören jedoch auch organisatorische Maßnahmen, beispielsweise

25

30

- bei der Herabsetzung der Beschäftigtengrenzen im Rahmen der vollständigen Freistellung von Interessensvertretern und vollständigen Berücksichtigung der Beschäftigten in nachgeordneten Einheiten
- die Berücksichtigung der veränderten Gewohnheiten im Bereich Ausbildung und Studium und Abschaffung der Altersgrenzen bei den bisherigen Jugend- und Auszubildendenvertretungen

- 35 • vereinfachte Möglichkeit der Beauftragung von externen Sachverständigen durch die Interessensvertretung
- 40 • höhere Rechtssicherheit im Bereich des BPersVG durch einen Unterlassungs- und Rücknahmeanspruch der Interessensvertretung durch die gesetzliche Klarstellung, dass die letzte Entscheidung bei der Einigungsstelle zu treffen ist
- 45 • Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften, die für die Verstöße gegen die gesetzlichen Mitbestimmungsrechte zuständig sind und Verschärfung der möglichen Strafen
- Verlagerung der gerichtlichen Zuständigkeit im Bereich des BPersVG von den Verwaltungsgerichten zu den Arbeitsgerichten

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 25**  
Unterbezirk Hof (Landesverband Bayern)*

**Arbeitsmarktpolitik**

Wir fordern im Regierungsprogramm der SPD für die nächste Wahlperiode klare Festlegungen für Reformen in der Arbeitsmarktpolitik und bei der Grundsicherung für Arbeitslose (Hartz 4) zu treffen. Dazu müssen gehören:

- 5 • eine realistische Bedarfsermittlung für die Leistungen der Grundsicherung und ein Abgehen von Pauschalierungsregelungen für nachweisbar anfallende Kosten,
- 10 • eine Überprüfung des Sanktionssystems, Kürzungen des Existenzminimums widersprechen der Zielsetzung der Grundsicherung und Sanktionen müssen sich auf fehlende Mitwirkung bei konkreten Maßnahmen beziehen und
- 15 • eine bessere Personalausstattung der Jobcenter, um Fördermöglichkeiten besser nutzen zu können.

**Arbeitsmarktpolitik**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 26**  
Unterbezirk Hof (Landesverband Bayern)*

**Prekäre Beschäftigung**

Der SPD UB Hochfranken beantragt, dass in das Wahlprogramm der SPD folgende Themen aufgenommen werden:

- 5 • Rückführung der Befristungsmöglichkeiten auf den

**Prekäre Beschäftigung**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- ursprünglichen Sinn von Befristungen ohne Sachgrund,
- Begrenzung der Leiharbeitsmöglichkeiten auf die ursächlich dafür gedachten Sachverhalte von Krankheitsvertretungen und zur Abdeckung von Auftragsspitzen,
- Auslagerung von Beschäftigung mittels Werkverträgen muss unmöglich gemacht werden
- Stärkere Überwachung der Einhaltung des Mindestlohnes.

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 27***  
*Landesverband Berlin*

**Leiharbeit reduzieren**

Das Modell der Lohn und Zeitarbeiter\*Innen wurde geschaffen um Auftragsspitzen in einzelnen Unternehmen abzufedern. Jedoch kann in den letzten Jahren beobachtet werden, dass die Auftragsspitze zum Normalfall wurde und Leih- und Zeitarbeiter\*innen dauerhaft beschäftigt werden.

Wir fordern: Leih- und Zeitarbeiter\*innen sollen nach französischem Vorbild 130% des Lohnniveaus bekommen, das Festangestellte im selben Betrieb erhalten.

Leih- und Zeitarbeiter\*innen können einem Betrieb bei personellen Engpässen helfen und Einstiegsmöglichkeiten für Arbeitssuchende sein.

Leider sehen wir in den momentanen Verhältnissen, das Unternehmer\*innen diesen Gedanken des Leih- und Zeitarbeitsgesetzes ausnutzen um Festanstellungen zu umgehen. Arbeitgeber\*innen stellen immer weniger Arbeitnehmer\*innen fest ein, bzw. befristen diese, um ihr Grundpersonal zu decken, sondern bedienen sich Leih- und Zeitarbeiter\*innen um billigere Arbeitskräfte anzustellen. Diese verrichten in den Betrieben die gleichen Arbeitsprozesse und haben die gleichen Arbeitszeiten, wie festangestellte (Fach-)Kräfte. Im Sinne der Gerechtigkeit müssen wir deshalb eine Verteuerung von Kurzbeschäftigung fordern.

Oft genug werden Leih- und Zeitarbeiter\*innen für zwei Jahre beschäftigt um dann auf den Tag genau dann gekündigt zu werden, wenn die Unternehmen sie übernehmen müssten, nur damit dieser Platz erneut mit einem\*r anderen Leih- und Zeitarbeiter\*in besetzt wird.

Wir sehen darin einen kapitalistischen Ausbeutungszyklus um höhere Löhne und Mitbestimmung in den Betrieben zu verhindern. Diesen müssen wir entschieden bekämpfen, indem wir diese Art der Dauerbeschäfti-

**Leiharbeit reduzieren**  
 Ablehnung

35 gung von Leih- und Zeitarbeiter\*innen unattraktiv machen. Zeitarbeitsfirmen beuten ihre Arbeitnehmer\*innen oft aus, indem sie Großteile des von den Betrieben erwirtschafteten Geldes einbehalten und möglichst geringe und willkürliche Löhne zahlen.

*Antragsbereich Ar/ Antrag 28*  
*Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

**Mindestlohn auch für Beschäftigte in Werkstätten für behinderte Menschen**

5 Selbst Aktiv hält die Einführung des Mindestlohns für einen qualitativ wichtigen Schritt in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Der Mindestlohn als Sockelbetrag des Einkommens muss auch für den Personenkreis der bisher in Werkstätten Beschäftigten übertragen werden. Hierzu müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen geändert werden ohne die sozialen Standards zu verschlechtern.

**Mindestlohn auch für Beschäftigte in Werkstätten für behinderte Menschen**

Ablehnung

*Antragsbereich Ar/ Antrag 29*  
*Landesverband Berlin*

**Betriebsrat – Betriebliche Mitbestimmung braucht eine Imagekampagne**

5 Unternehmen stehen heute unter ständigem Veränderungsdruck und gerade Startups im Bereich der Digitalwirtschaft sind stark auf die Ideenschöpfung ihrer Mitarbeiter\*innen angewiesen, um überleben zu können. Dennoch setzen sich gerade diese Unternehmen kaum für den Schutz von Arbeitnehmer\*innenrechten ein. Darüber hinaus ist betriebliche Mitbestimmung für viele Beschäftigte in dieser Branche ein Fremdwort. Laut dem IAB-Betriebspanel waren im Jahr 2015 nur 41% der Arbeitnehmer\*innen in der deutschen Privatwirtschaft durch Betriebsräte\*innen repräsentiert. Besonders gering fällt dieser Anteil in kleinen Unternehmen (5 bis 50 Beschäftigte) und im Informations-, Kommunikations- und Dienstleistungsbereich aus.

**Betriebsrat – Betriebliche Mitbestimmung braucht eine Imagekampagne**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

15 Die beschriebenen Konsequenzen (absolute Konkurrenz, Selbstoptimierung, Individualisierung) sind vor allem neoliberale Phänomene und sollten so benannt werden trägt zum schlechten Image der betrieblichen Mitbestimmung. Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wird Studierenden täglich bewusst gemacht und an vielen Hochschulen predigen konservative Wirtschaftsprofessor\*innen die furchtbaren Konsequenzen der Arbeit von Gewerkschaften und Betriebsräten. Junge Beschäftigte sind daraufhin nach ihrem Berufseinstieg erst recht dazu motiviert, sich von ihren Kollegen\*innen abzuheben und gegenüber den Chefs zu profilieren, indem sie

25 sich gegen die Gründung eines Betriebsrats aussprechen. Aus diesen Gründen liegt der inhaltliche Schwerpunkt dieses Antrags auf Hochschulabsolventen, aber betriebliche Mitbestimmung sollte selbstverständlich jedem\*r Arbeitnehmer\*in zugänglich sein.

30 In einem Startup, das nur aus den Gründer\*innen besteht mag eine Arbeitnehmer\*innen Vertretung nicht notwendig sein, jedoch gibt es viele Startups mit wachsenden Beschäftigungszahlen. In diesen Unternehmen wird das familiäre Gefühl weiterhin in den Vordergrund gestellt und drängt so Mitarbeiter\*innen oftmals durch

35 sozialen Druck dazu, unter prekären Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Arbeitsforscher\*innen sind sich jedoch darüber einig, dass die neue Generation am Arbeitsmarkt einen stärkeren Wert darauf legt, autonom und in demokratische Prozesse eingebettet zu arbeiten. Dennoch wird in vielen Startups propagiert, dass Gewerkschaften und Betriebsräte\*innen der „old economy“ zugehören, die Arbeitsvorgänge verlangsamen und auf Dauer zum Verlust von Arbeitsplätzen führen. Es gehört heute zur Arbeitsrealität, dass Mitarbeiter\*innen entlassen werden, die sich über die Gründung einer Arbeitnehmer\*innenvertretung informieren und sich gewerkschaftlichen Beistand suchen. Diese Kultur der Einschüchterung und kapitalistischen Herrschaft des Managements über die Arbeitnehmer\*innen schafft prekäre Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und schadet den Unternehmen, da sie Kreativität im Keim erstickt. Schließlich können Ideen nur dort dauerhaft gedeihen, wo die grundlegenden Bedürfnisse der Beschäftigten nach einem sicheren Arbeitsplatz und guten Arbeitsbedingungen erfüllt sind.

40

45

50

55 Die zunehmende Vernetzung der Arbeitnehmer\*innen und neue technische Möglichkeiten erleichtern die Anwendung von direktdemokratischen Elementen, wie beispielsweise Abstimmungen zu Unternehmensprozessen über mobile Kommunikationsplattformen. Diese Formen der Mitbestimmung in der Arbeitswelt 4.0 werden noch zu wenig abseits der Arbeitsforschung diskutiert und müssen der jungen Generation am Arbeitsmarkt als in der Praxis realisierbare Instrumente präsentiert werden. Sie zeigen, dass die Arbeitswelt 4.0 über Potential für eine Verbesserung der Situation von Beschäftigten verfügt, obwohl wir bisher eher ihre negativen Konsequenzen sehen, wie die Entgrenzung der Arbeit und den Zwang zur ständigen Erreichbarkeit von Arbeitnehmer\*innen. Auf lange Sicht sollten neuen Formen der betrieblichen Mitbestimmung, die sich in der Praxis als erfolgreich erweisen, im Betriebsverfassungsgesetz rechtlich institutionalisiert werden.

60

65

70

Forderungen. Deshalb fordern wir:

- dass Schüler\*innen als potentielle zukünftige Arbeitnehmer\*innen bereits in allen weiterführenden Schul-

- 75 formen und Berufsschulen über die Möglichkeiten zur betrieblichen Mitbestimmung und zum Schutz ihrer Rechte im Arbeitsalltag aufgeklärt werden. Ferner sollten zu den Unterrichtsinhalten auch die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung gehören, um ein Verständnis für die Arbeit von Gewerkschaften bekommen zu können. Schließlich verfügen Schüler\*innen im Schulalltag bereits über Möglichkeiten zur Mitbestimmung und es sollte ihnen verdeutlicht werden, dass sich das Teilhabe an Entscheidungsprozessen durch ihr ganzes Leben ziehen kann. Das Betriebsverfassungsgesetz sollte keinem\*r Schulabgänger\*in komplett unbekannt sein. Daher soll das Thema der betrieblichen und gewerkschaftlichen Mitbestimmung fest im Rahmenlehrplan diverser Fächer (wie z.B. WAT, GW, Geschichte und Politik u.a.) integriert und verpflichtend unterrichtet werden.
- 80
- 85
- Die Möglichkeit für und Förderung von gewerkschaftlich organisierten Workshops an Hochschulen und beruflichen Schulen für Studierende als potenzielle Arbeitnehmer\*innen, da so der Weg zu einer erfolgreichen Arbeitnehmer\*innenvertretung und mehr Demokratisierung in Unternehmen darlegt wird. Negative Propaganda gegen Betriebsräte\*innen kann auf diesem Weg ebenfalls kritischer evaluiert werden von jungen Beschäftigten.
- 90
- Eine Image-Kampagne des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für Betriebsratsarbeit, da jungen Menschen über die sozialen Medien ihre Rechte als Arbeitnehmer\*innen vermittelt werden können und sie erfahren, was sich prekären Arbeitsbedingungen entgegensetzen lässt. Für den Hashtag ‚Betriebsrat‘ lassen sich bisher nur 651 Einträge finden – da geht noch mehr!
- 95
- Die Unterstützung von Demonstrationen, Flyeraktionen und Diskussionsveranstaltungen der SPD, da sie Solidarität mit Arbeitnehmer\*innen, die in Startups unter prekären Arbeitsbedingungen arbeiten ausdrücken und Aufmerksamkeit auf diese Problematik lenken. Hierbei sollte auf die Expertise der Gewerkschaften zurückgegriffen werden, da sie ursprünglich für diesen Arbeitsbereich zuständig sind und viele Erfahrungen mit solchen Aktionen besitzen.
- 100
- Generell eine stärkere Zusammenarbeit und einen vertieften Austausch der SPD mit den Gewerkschaften, um Kampagnen wie die der „offensive Mitbestimmung“ vom DGB voranzutreiben.
- 105
- 110

*Antragsbereich Ar/ Antrag 30*  
*Landesverband Berlin*

**Betriebe daran hindern Betriebsräte zu verhindern!**  
 Die Mitglieder der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der

**Betriebe daran hindern Betriebsräte zu verhindern!**  
 Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission



5 Bundesregierung sind aufgefordert eine Erweiterung des KschG (Kündigungsschutzgesetz) einzubringen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in ihrem Betrieb, einen Betriebsrat gründen wollen, explizit unter den Schutz des „§ 15 Abs. 3 dieses Gesetzes zu stellen und die Lücken des Kündigungsschutzes zu schließen. Zudem muss es auch kollektivrechtliche Instrumente zum Schutz von Wahlinitiator\*innen und Wahlvorständen gegenüber Behinderungen durch die Arbeitgeberseite geben. Daher fordern wir:

- 15 1. Die Mitglieder des Wahlvorstands werden für den Zeitraum bis zur nächsten Betriebsratswahl in die Schutzbestimmungen des § 78 BetrVG aufgenommen.
- 20 2. Der Kündigungsschutz nach § 15 III KSchG wird auf Wahlvorstandsbewerber ab dem Zeitpunkt ihrer Bewerbung erweitert; die Dauer des Kündigungsschutzes in § 15 III KSchG wird auf 24 Monate verlängert. Der Kündigungsschutz nach § 15 III a soll dabei auf alle Beschäftigte, die in der Einladung oder Antragsstellung genannt werden, ausgeweitet werden.
- 25 3. Die Mitglieder des Wahlvorstands und die Beschäftigten, die erstmalig die Wahl eines Betriebsrates einleiten und offiziell eine Absichtserklärung abgeben, werden als zu schützende Personen in den § 119 I Nr. 3 BetrVG aufgenommen.
- 30 4. Die Fraktion soll prüfen, ob bei der Verfolgung von Straftaten nach § 119 BetrVG strukturelle Defizite bestehen und wie diese ggf. behoben werden können. Insbesondere die Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften soll ins Auge gefasst werden.

35 Wir erleben im betrieblichen Alltag, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, Betriebsräte in ihren Betrieben scheuen. Um die Einrichtung eines solchen zu verhindern, greifen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber dabei gerne zur Abschreckung, zum Mittel der Kündigung. Eine Begründung für die Kündigung haben sie dabei noch immer gefunden. Dies ist ein Grund für die niedrige und zunehmend sinkende Zahl an Betrieben mit Arbeitnehmervertretungen.

45 Um diese Möglichkeit der Unterbindung gewerkschaftlicher Organisation von Kolleginnen und Kollegen durch die Vertreterinnen und Vertreter des Unternehmens zu verhindern, müssen die organisierenden Kolleginnen und Kollegen vor Kündigungen geschützt werden. Dieser Sonderkündigungsschutz braucht dabei die gesetzliche Absicherung im Kündigungsschutzgesetz.

Antragsbereich Ar/ **Antrag 31**  
 Landesverband Berlin

**Das Erfolgsmodell Sozialpartnerschaft stärken!**

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über ihre Vorteile aufklären! Gründung von Betriebsräten erleichtern!

**Das Erfolgsmodell Sozialpartnerschaft stärken!**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

5 Die Mitglieder der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und Fraktion im Abgeordnetenhaus, sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sind aufgefordert eine gesetzliche Verpflichtung für Betriebe und Berufsschulen zu schaffen, die Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften, regelmäßig  
 10 die Möglichkeit gibt, die Belegschaft, bzw. die Berufsschülerinnen und Berufsschüler, über ihre Arbeit, die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und die Vorteile gewerkschaftlichen Engagements aufzuklären. Daher fordern wir:

15 1. Der Arbeitgeber wird verpflichtet, sofern in seinem Betrieb die Voraussetzungen für die Wahl eines Betriebsrates erfüllt sind, dieser aber noch nicht besteht, einmal im Kalenderjahr eine Mitarbeiterversammlung durchzuführen, auf der er über die Rechte und Pflichten nach dem Betriebsverfassungsgesetz informiert und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Gelegenheit zur Aussprache gegeben wird. Nach der Mitarbeiterversammlung ist eine geheime Wahl in Abwesenheit des Arbeitgebers zur Anberaumung einer Wahlversammlung zur Wahl des Wahlvorstandes durchzuführen. Für die Auszählung ist ein Versammlungsleiter unter den Anwesenden zu wählen. Vertreterinnen oder  
 20 Vertreter einer im Betrieb vertretenden Gewerkschaft  
 25 können an dieser Mitarbeiterversammlung teilnehmen und die Versammlungsleitung übernehmen.

30 2. Das vereinfachte Wahlverfahren wird bei der Erstwahl eines Betriebsrates auch für Betriebe mit bis zu  
 35 100 Wahlberechtigten ohne Zustimmung des Arbeitgebers analog zum vereinfachten Wahlverfahren für Kleinbetriebe ermöglicht. Die Option auf vereinfachtes Wahlverfahren in Betrieben ab 200 MA soll es ebenfalls  
 40 geben.

45 Immer weniger Betriebe ermöglichen es Arbeitnehmer\*innen ihre Interessenvertretung gegenüber Arbeitgeber\*innen wahrzunehmen, das liegt auch an systematischen Methoden auf Seite der Arbeitgeber\*innen, die Gründung von Betriebsräten zu verhindern. Wir Sozialdemokrat\*innen wissen um die allseitigen Vorteile einer

50 starken Sozialpartnerschaft, aber auch um die Wichtig-  
 keit dieser für den Schutz abhängig Beschäftigter.  
 Um das zu erreichen, wollen wir analog § 17 Abs. 3 Satz  
 1 Personalvertretungsgesetz eine jährliche Informati-  
 onsveranstaltung für Betriebe ohne Betriebsräte  
 verpflichtend machen. Oft scheitert es bereits am Wis-  
 55 sen der Beschäftigten um ihre Rechte und an der Kennt-  
 nis der rechtlichen Grundlagen für eine Betriebsrats-  
 gründung.

Um die Gründung von Betriebsräten zu erleichtern, ist  
 es sinnvoll, das vereinfachte und verkürzte Wahlverfah-  
 ren aus der Betriebsverfassung auch für mittelgroße  
 60 Betriebe zu ermöglichen. Sinkende Mitgliederzahlen in  
 Gewerkschaften (mit Ausnahme der IG Metall) sind  
 betrüblich, nicht nur für die Gewerkschaften selbst oder  
 für uns Sozialist\*innen, sondern auch für die Stärke von  
 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland  
 65 insgesamt. Klar ist, je stärker eine Gewerkschaft und je  
 organisierter die Belegschaft, desto einfacher sind bei-  
 spielsweise Tarifverhandlungen und desto arbeitneh-  
 merfreundlicher der Betrieb in dem die Kolleginnen und  
 Kollegen organisiert sind. Dabei liegt mangelnde Orga-  
 70 nisation häufig nicht am Unwillen der Arbeitnehmerin-  
 nen und Arbeitnehmer, oder an der Schwäche der Ge-  
 werkschaft insgesamt, häufig liegt fehlende Organisati-  
 on an mangelnden Informationen der Belegschaft über  
 gewerkschaftliche Arbeit und deren Vorteile. Gerade in  
 75 vielen Dienstleistungsunternehmen aber auch und vor  
 allem in der sich schnell entwickelnden Start-Up Szene  
 ist dies ein Problem und resultiert in geringen oder nicht  
 vorhandenen Organisationsgraden in den Betrieben.  
 Wenn wir für Auszubildende an den Berufsschulen und  
 80 für die gesamte Belegschaft in den Betrieben, eine kol-  
 lektive Informationsveranstaltung schaffen, in der Ge-  
 werkschaften ihre Arbeit, aber auch die Rechte von Ar-  
 beitnehmerinnen und Arbeitnehmern deutlich machen  
 kann, wird die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften  
 85 aber auch die Organisation in einer Vielzahl von Betrie-  
 ben sich spürbar positiv entwickeln.

*Antragsbereich Ar/ Antrag 32*  
*Kreisverband Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Arbeit**  
 Wir fordern gleicher Lohn für gleiche Arbeit:  
 - Gleiche Bezahlung von Mann und Frau bei gleichen  
 Aufgaben  
 - Gleicher Lohn für Leiharbeiter und bei Werkverträgen

**Arbeit**  
 Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
 kommission

- 5        - Tarifbindung und deren Allgemeinverbindlichkeit fördern  
 Der Mindestlohn sichert faire Bezahlung, daher:
  - kontrollieren, nachbessern und erhöhen
  - keine Ausnahmen für z.B. Flüchtlinge zulassen
  
- 10      Gute Arbeit für die Zukunft gewährleisten:
  - Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen in globalen Konzernen sichern
  - Flexible Arbeitszeiten für Arbeitnehmer fördern
  - Gesellschaftliche Debatte anstoßen: Was ist uns Arbeit im Erziehungs- und Pflegebereich wert?
- 15      - Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
  - Ausländische Abschlüsse leichter anerkennen
  - Arbeitgeber verpflichten für zu Investitionen in die Qualifizierung der Beschäftigten Fort- und Weiterbildung ihrer Arbeitnehmer zu sorgen

*Antragsbereich Ar/ Antrag 33*  
*Ortsverein Dortmund-Marten (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Politik für Menschen - Reform von Hartz IV**

Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion setzen sich für eine echte Reform des Sozialgesetzbuches (SGB), insbesondere des SGB II, die die Interessen der hilfesuchenden Menschen in den Mittelpunkt stellt, ein. Die folgenden Forderungen werden in das Programm für die Bundestagswahl 2017 übernommen.

Der Wirtschaft in Deutschland geht es außerordentlich gut. Noch nie waren so viele Menschen in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt wie heute. Ein Grund für Deutschlands Erfolg liegt auch in der Agenda-Politik, für die sich die SPD vor mittlerweile über zehn Jahren eingesetzt hat. Diese Politik hatte einen hohen Preis. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mussten eine Flexibilisierung der Arbeitswelt hinnehmen. Die soziale Sicherheit des Sozialstaates wurde reduziert. Der Druck in der Mittelschicht, nicht arbeitslos zu werden, ist enorm gestiegen.

Eine Gruppe profitiert nicht von der guten wirtschaftlichen Lage. Langzeitarbeitslose haben es nach wie vor schwer, in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu kommen, insbesondere wenn sie mehrere Jahre überhaupt keiner Beschäftigung nachgehen konnten. Sie werden ein Leben lang in Armut, am Rande des Existenzminimums leben müssen.

Die Frage bleibt, ob dies in einem reichen Land wie Deutschland, das die schwarze Null erreicht hat, so bleiben muss. Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir eine Politik für das System oder für die Menschen machen wollen. Wir haben einen leistungsfähigen Sozialstaat. Aber so lange den Menschen in Informationsveranstaltungen der Jobcenter geraten wird, Lebensmittel bei der Tafel zu kaufen, um Geld zu sparen und sich mit ge-

**Politik für Menschen - Reform von Hartz IV**  
 Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

30 brauchter Kleidung in Kleiderkammern der Wohlfahrts-  
verbände einzudecken, hat der Sozialstaat versagt.

Wer Arbeitslosengeld II oder ähnliche Leistungen bean-  
tragt, ist kein Sozialschmarotzer, der es sich in der sozia-  
len Hängematte bequem machen will. Er tut dies, weil  
er es muss - weil er in seiner Existenz gefährdet ist und  
keine andere Möglichkeit hat, seinen Lebensunterhalt  
35 zu bestreiten.

Wir müssen den Menschen, die in Not sind, finanziell  
unterstützen und zwar in einem Maße, dass sie in Wür-  
de davon leben können. Wer zum Bittsteller wird, sei es  
weil er bei der Tafel ausrangierte Lebensmittel unserer  
Überflussgesellschaft abgreifen muss oder beim Amt  
40 um die Gewährung von Darlehen betteln muss, damit er  
seine Wäsche nicht von Hand in der Spüle waschen  
muss, kämpft täglich hart dafür, ein bisschen Würde zu  
wahren. Denn Hartz IV kennt keine Würde.

Die Schere zwischen Arm und Reich ist so weit wie nie  
45 zuvor in der Bundesrepublik. Wir brauchen eine Umver-  
teilung von der Oberschicht in die Unterschicht. Davon  
dürfen Menschen ohne ein eigenes Arbeitseinkommen  
nicht ausgenommen werden. Den Betroffenen von  
Langzeitarbeitslosigkeit muss mehr Geld für den Le-  
bensunterhalt zur Verfügung stehen und sie müssen  
50 besser und intensiver dabei unterstützt werden, wieder  
einen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten zu können.  
Nur so gewinnen sie wieder ein Leben in Würde. Daher  
setzen wir uns für eine echte Reform der Sozialgesetz-  
gebung unter folgenden Aspekten ein:

55 **Fördern und fordern:**

Der Grundsatz „Fördern und Fordern“ ist im Grundsatz  
richtig. In der Realität kommt jedoch der Aspekt „För-  
dern“ viel zu kurz. Beide Seiten - nicht nur eine - müssen  
ihren Teil dazu beitragen, dass die Eingliederungsver-  
60 einbarung, die beide Seiten unterschrieben haben, um-  
gesetzt wird. Allzu oft wird Arbeitslosigkeit aber nur  
verwaltet und Fördern auf das Ausdrucken von Stellen-  
ausschreibungen reduziert (oftmals ohne vorher zu  
prüfen, ob der „Kunde“ überhaupt für die Stelle geeignet  
ist).

65 Die aktive Arbeitsmarktpolitik muss daher ausgeweitet  
werden. Gerade in strukturschwachen Regionen fehlt es  
an genügend Programmplätzen zur Arbeitsmarktinteg-  
ration.

Die Jobcenter müssen finanziell so ausgestattet werden,  
70 dass sie die Flut an Leistungsanträgen kurzfristig bear-  
beiten kann. Sachbearbeiter und Fallmanager müssen  
für ihre Aufgaben ausreichend qualifiziert werden.

**Gute Arbeitsbedingungen - gutes Personal:**

75 Wer gute Arbeit leisten soll, muss auch gute Arbeitsbe-  
dingungen vorfinden. Das Gegenteil ist in vielen Jobcen-  
tern der Fall. Sachbearbeiter und Fallmanager müssen  
mehr Kunden betreuen, als dies in Verwaltungsverein-  
barungen vorgeschrieben wird. Die Mitarbeiter sind oft

80 nicht genügend für ihren Job qualifiziert. Durch Zielvereinbarungen und befristete Arbeitsverträge stehen sie unter enormen Druck durch ihren Arbeitgeber. Diese prekären Beschäftigungsverhältnisse müssen beseitigt werden. Es muss in Personal und dessen Qualifizierung investiert werden. Dafür müssen alle Politikebenen die finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellen. Die Mitarbeiter müssen kompetent das Sozialgesetzbuch anwenden können, sich mit dem hiesigen Arbeitsmarkt auskennen und im sensiblen, mitfühlenden Umgang mit ihren „Kunden“ geschult sein.

**Passiv-Aktiv-Transfer - sozialer Arbeitsmarkt:**

90 Wir müssen in Arbeit, nicht in Arbeitslosigkeit investieren, z.B. durch den Passiv-Aktiv-Transfer, der grundsätzlich ermöglicht werden sollte. Hierzu wird der passive Empfang von Arbeitslosengeld II umgewandelt in einen Zuschuss zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und damit aktive Teilhabe am Erwerbsleben ermöglicht.

95 In strukturschwachen Regionen gibt es eine große Zahl Langzeitarbeitslose mit nur geringen Qualifikationen, oft nur Angelernte ohne Berufsausbildung. Wenn neue Arbeitsplätze entstehen, verlangen diese jedoch nach Qualifikationen, die die Betroffenen nicht erfüllen. So steigt zwar die Beschäftigtenquote, die Langzeitarbeitslosigkeit bleibt aber konstant hoch. Daher setzen wir uns für die Förderung eines öffentlich geförderten sozialen Arbeitsmarktes ein. Hier sollen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsmöglichkeiten in einem Sektor entstehen, der durch den freien Markt nicht abgedeckt wird, für den es aber einen Bedarf gibt. Das können z.B. Pflegemaßnahmen im öffentlichen Raum oder diverse Bürgerservices sein.

**Regionale Unterschiede ausgleichen:**

110 Es gibt strukturschwache Regionen in Deutschland, in denen sich Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt hat. Es gibt kaum Aussicht auf Erfolg, hier so viele Menschen wieder in reguläre Beschäftigungsverhältnisse einzugliedern. Der Bund muss diese Regionen besonders unterstützen. Das aktuelle Programm zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zeigt jedoch, dass die Mittel mit der Gießkanne über ganz Deutschland ausgeschüttet werden. Die Langzeitarbeitslosigkeit muss in strukturschwachen Regionen im großen Maße bekämpft werden. Almosen des Bundes sind nicht genug. Kommunen mit einer hohen Langzeitarbeitslosigkeit und einer nur geringen Steuerkraft müssen bei der Co-Finanzierung von Programmen zur Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit deutlich entlastet werden.

**Erhöhung der Regelsätze:**

125 Wer heute von Hartz IV leben muss, kann damit gerade überleben. Oft reicht das Geld am Monatsende nicht einmal mehr für den Kauf von Lebensmitteln aus. Gera-

de wenn man länger im Hartz IV-Bezug steckt, drohen Verschuldung und Ausschluss von sozialer und kultureller Teilhabe.

130 Auch Langzeitarbeitslose müssen von der guten konjunkturellen Lage profitieren. Daher fordern wir die deutliche und nachhaltige Erhöhung der Regelleistungssätze. Danach sollten die Regelleistungssätze jährlich analog der Inflationsrate erhöht werden.

135 Kindergeld und Betreuungsgeld werden als zu berücksichtigendes Einkommen auf den Regelleistungssatz angerechnet. Dies ist ungerecht und diskriminierend, da Leistungsbezieher von den damit verbundenen Anreizen der Familienförderung ausgeschlossen werden. Daher schaffen wir die Anrechnung ab.

140 Bildung, soziale und kulturelle Teilhabe helfen Kindern und Jugendlichen aus ihrer Armutsbioografie ausbrechen zu können, wenn sie erwachsen werden. Daher muss der Bund die Leistungen für Bildung und Teilhabe erhöhen.

145 **Neuregelung von Darlehen:**

Nicht alles, was man zum Leben braucht, wird durch den Regelleistungssatz abgedeckt. Dem Leistungsbezieher wird daher angeraten, einen Teil seines Regelleistungssatzes anzusparen. Das ist in der Realität so gut wie nicht möglich, da der Regelleistungssatz nur das Existenzminimum abdeckt. Geht der Kühlschrank, Herd oder die Waschmaschine defekt oder muss man beim Energieversorger eine Nachzahlung leisten, muss der Leistungsbezieher sich verschulden. Da er in der Regel bei Banken nicht kreditwürdig ist, kann er lediglich ein Darlehen beim Jobcenter aufnehmen. Dieses zieht ihm dann automatisch monatlich 10% vom Regelbedarf ab, um das Darlehen zurückzuzahlen. Für jedes weitere Darlehen (z.B. wenn einen Monat nach der Waschmaschine auch noch der Kühlschrank den Geist aufgibt) werden weitere 10% fällig. Das macht das Überleben noch schwerer.

160 Daher müssen Einmalleistungen für die Anschaffung von Haushaltsgegenständen und außergewöhnliche Ausgaben geschaffen werden. Ferner sollte für die Rückzahlung eine Regelung ähnlich wie beim Bafög eingeführt werden. Darlehen sollten erst zurückgezahlt werden, wenn der Leistungsbezieher keine Leistungen mehr bezieht. Zudem muss es Freistellungsmöglichkeiten bei geringem Einkommen und eine Rückzahlungshöchstgrenze geben.

170 **Angemessenheit herstellen - Bürokratie abbauen:**

Wer Leistungen des Jobcenters beantragt, muss sich, wie kaum jemand anderes, der öffentliche Leistungen und Förderungen beantragt, den Behörden offenbaren, um seine Hilfsbedürftigkeit nachzuweisen. Erschreckend ist, welcher enormer Verwaltungsaufwand dabei betrieben wird, um selbst einstellige und kleinere zweistellige Beträge auf den Kontoauszügen der Antragstel-

180 ler abzuklären. Dieser Verwaltungsaufwand kostet dem Staat Geld und Arbeitsaufwand, während sich auf den Schreibtischen der Sachbearbeiter die unbearbeiteten Anträge stapeln. Es erzeugt einen gewaltigen Schriftverkehr, so dass sowohl Leistungsempfänger als auch Sachbearbeiter leicht den Überblick verlieren. Oft verzögern sich Leistungsauszahlungen um Wochen - wir reden hier übrigens von Menschen, die kaum und oft gar keine finanziellen Reserven haben. Das bringt diese in existentielle Bedrängnis und nagt enorm an der Psyche der Betroffenen. Daher müssen dringend gesetzliche und verwaltungstechnische Regelungen geschaffen werden, um solche Kontrollpraktiken einzudämmen und den Arbeitsaufwand in den Leistungsabteilungen der Jobcenter zu reduzieren. Auch die Antragstellung muss vereinfacht werden. Durch falsch oder unzureichend ausgefüllte Anträge entstehen ebenfalls lange Wartezeiten auf die Auszahlung von Leistungen und der mit der Nachreichung von Unterlagen verbundene Arbeitsaufwand.

195 **Sanktionen neu regeln:**  
 Finanzielle Sanktionen müssen abgeschafft werden. Der Hartz IV-Regelsatz ist das Existenzminimum. Wie kann man Menschen, die bereits hiervon überleben müssen, auch noch zwischen 10 und 100 Prozent des Geldes abziehen, wenn sie vermeintlich gegen ihre Eingliederungsvereinbarung verstoßen? Rund 60 Prozent der Sanktionen fallen auf das Versäumen von Fristen und Terminen. Da sind finanzielle Sanktionen eine sehr empfindliche Strafe.  
 Menschen unter 25 Jahren werden zudem sofort die kompletten Leistungen gestrichen, selbst wenn sie nur einen Termin unentschuldigt verpassen. Das ist eine skandalöse, ungerechte Sanktionierungspraxis. Denn auf der anderen Seite haben Leistungsbezieher keine reale Chance gegen das Jobcenter vorzugehen, wenn dieses sie bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt nur unzureichend unterstützt.

210 **Diskretion:**  
 Das Jobcenter kann Bescheinigungen vom Vermieter oder vom Arbeitsgeber vom Leistungsbezieher verlangen, um z.B. einen Nachweis über die Miethöhe oder den Umfang von Arbeitszeiten und Gehalt (z.B. bei Aufstockern oder Minijobbern im ALGII-Bezug) zu erhalten. Dadurch müssen sie sich vor ihrem Vermieter oder Arbeitgeber als Hartz IV-ler outen, was vielen Betroffenen peinlich ist. Auf diese Nachweise muss verzichtet werden. Es gibt andere Wege, um Mietkosten oder Arbeitsentgelt nachzuweisen.



*Antragsbereich Ar/ Antrag 34*  
*Ortsverein Schnelsen (Landesorganisation Hamburg)*

**Vermeidung garantiefreier Abrufarbeit (KAPOVAZ)**

Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeiten (KAPOVAZ) auf Abruf, die ausschließlich der Produktivitätssteigerung oder der Gewinnsteigerung des Arbeitgebers dienen, sind grundsätzlich zu verbieten.

5

Eine Ausnahme ist nur für Aufgaben der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge zuzulassen. Diese sind nur im Einvernehmen mit dem/der Arbeitnehmer/in, nach Zustimmung der Arbeitnehmervertretung und der zuständigen Gewerkschaft zu vereinbaren, sofern die Arbeitsabläufe diese Arbeitszeiten dringend notwendig machen und sie unverzichtbar für die Versorgung der Bevölkerung sind. Diese Arbeitsform muss dann zeitlich festgelegt und beschränkt werden. Hierzu sind u.a. folgende Ausgestaltungen vorzuschreiben:

10

15

- Eine Mindestarbeitszeit und eine zeitnahe Minusstundenkappung bei nicht vom Arbeitnehmer zu vertretender Unterschreitung sind vertraglich zu garantieren.
- Eine Rufbereitschaft ist zu vergüten und gleichzeitig sind Zeiten der Nichterreichbarkeit zu vereinbaren.
- Die Jahresurlaubsplanung ist verbindlich festzulegen.
- Ausreichende Zeiten für Familienaktivitäten und soziale Kontakte sind in Abstimmung mit den Betroffenen vorzusehen.
- Krankheitszeiten sind gemäß Lohnfortzahlungsgesetz zu behandeln.
- Sonn- und Feiertagsarbeit ist mit Zuschlägen auf einem Ausgleichskonto zu buchen oder in Ausnahmefällen zu vergüten.

20

25

30

**Vermeidung garantiefreier Abrufarbeit (KAPOVAZ)**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ Antrag 35*  
*Bezirksverband Oberpfalz (Landesverband Bayern)*

**Mehr soziale Gerechtigkeit durch notwendige Korrekturen an der Agenda 2010**

Zur Verwirklichung von mehr sozialer Gerechtigkeit und damit auch zur Notwendigkeit einiger Korrekturen an der Agenda 2010 fordern wir:

5

1. die Abschaffung der Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne sachbezogenem Grund

**Mehr soziale Gerechtigkeit durch notwendige Korrekturen an der Agenda 2010**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 2. einen rechtlichen Anspruch für Leiharbeitnehmer auf gleiche Bezahlung wie die Stammbesellschaft schon nach drei Monaten Beschäftigung
- 10 3. eine bessere Absicherung für langjährig Beschäftigte beim Bezug von Arbeitslosengeld I durch eine Verlängerung der Bezugsdauer, die im Verhältnis zur bisherigen Erwerbstätigkeit und in Verbindung mit Qualifizierungsmaßnahmen steht
- 15 4. die derzeitigen Regelungen der Bedürftigkeitsprüfung und Anrechnung von Vermögen bei Hartz IV sozialverträglicher zu gestalten

*Antragsbereich Ar/ Antrag 36*  
*Ortsverein Uetze (Bezirk Hannover)*

**Sachgrundlose Befristung abschaffen**

Die SPD setzt sich dafür ein die Sachgrundlose Befristung abzuschaffen.

**Sachgrundlose Befristung abschaffen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ Antrag 37*  
*Ortsverein Uetze (Bezirk Hannover)*

**Leiharbeit begrenzen**

Die SPD setzt sich dafür ein Maßnahmen zu entwickeln den Missbrauch von Leiharbeit einzudämmen. Hierfür sollen unter anderem folgende Maßnahmen ergriffen werden.

**Leiharbeit begrenzen**

Erledigt durch Annahme in geänderter Fassung von Antrag III.A 102

- 5
- 1. Mit Beginn der Entleiherung muss der leihende Betrieb für den Leiharbeitnehmer den gleichen Lohn zahlen wie für seine übrigen Beschäftigten. (Equal Pay) Ein Entleihungszuschlag für die Leiharbeitsfirma wird mit dem ersten Tag der Entleiherung fällig.
- 10 2. Das Synchronisierungs- und Wiedereinstellungsverbot wird wiedereingeführt.
- 3. Die Dauer der Leihzeit darf 12 Monate nicht überschreiten und darf danach nicht wieder mit einem Leiharbeiter besetzt werden.
- 15

*Antragsbereich Ar/ Antrag 38*  
*Ortsverein Uetze (Bezirk Hannover)*

**Mindestlohn stärken**

Die SPD setzt sich dafür ein das MiLoG nach der erfolgreichen Einführung zu ändern. Die Mindestlohnkommission

**Mindestlohn stärken**

Ablehnung

5 sion wird abgeschafft und durch den Automatismus ersetzt, dass der allgemeine Mindestlohn an das Lohnniveau gekoppelt wird. Der Mindestlohn soll mind. 60% des durch das Statistische Bundesamt ermittelte Durchschnittslohns betragen und wird einmal jährlich durch das für Arbeit zuständige Bundesministerium festgestellt.

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 39**  
Ortsverein Oberes Bregtal (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Rückkehrrecht**

5 Änderung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes – Einführung eines gesetzlich verbindlichen Rechts auf zeitlich begrenzte Kürzung der Arbeitszeit nach der Elternzeit und das verbriefte Recht auf Rückkehr zur ursprünglichen Arbeitszeit bzw. Vollzeit ohne die Berücksichtigung betrieblicher Belange und der Betriebsgröße.

**Rückkehrrecht**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 40**  
Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Stärkung regulärer Beschäftigung**

5 Die SPD setzt sich deutlicher für die Stärkung von regulären Arbeitsverhältnissen und gegen die Abdrängung von Menschen in prekäre Formen der Beschäftigung ein. Wir fordern die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen, eine Neuregelung der Werkverträge, damit diese nicht mehr zur Verdrängung von regulären Beschäftigten genutzt werden können, eine wirksame Bekämpfung von Lohndumping durch effektivere und häufigere Kontrollen von Mindestlöhnen und  
10 Arbeitsbedingungen.

**Stärkung regulärer Beschäftigung**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 41**  
Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Verbesserter Schutz bei Betriebsratswahlen**

5 Die SPD setzt sich für einen verbesserten Schutz bei Betriebsratswahlen und Personalvertretungen ein. Dazu sollen Betriebsratswahlen bei einer staatlichen Stelle angemeldet und durch einen Arbeitsrichter oder unabhängigen Sachverständigen beaufsichtigt und begleitet werden. Dieser soll zudem die Möglichkeit haben, Straftaten nach § 119 Betriebsverfassungsgesetz anzuzeigen. Wir fordern, dass solche Straftaten nicht nur auf Anzei-

**Verbesserter Schutz bei Betriebsratswahlen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- gen sondern von Amts wegen verfolgt werden können.
- 10 Täter müssen schneller ermittelt und tatsächlich verurteilt werden.

*Antragsbereich Ar/ Antrag 42*  
*Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen*

- Verbandsklagerecht für Gewerkschaften bei Gesetzes- und Tarifverstößen**
- Die SPD Bundestagsfraktion, der SPD Parteivorstand und der SPD Bundesparteitag sollen sich dafür einsetzen, dass den Gewerkschaften zukünftig ein Verbandsklagerecht bei Gesetzesverstößen und Verstößen gegen
- 5 Tarifverträge eingeräumt wird. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die Forderung nach einem Verbandsklagerecht für Gewerkschaften ein elementarer Bestandteil des SPD-Wahlprogrammes zur nächsten Bundestagswahl 2017 wird.
- 10
- Bei Verstößen gegen das Arbeitsrecht wird die Individualklage seitens des Arbeitnehmers nur selten genutzt. Aufgrund des strukturellen Ungleichgewichtes zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer verzichtet der Arbeitnehmer häufig auf seine Rechte. Gerichtliche Auseinandersetzungen finden, wenn überhaupt, meist nach
- 15 Beendigung des Arbeitsverhältnisses nach. An dieser Stelle kann ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften für eine bessere Durchsetzung der geltenden Rechtsnormen im Arbeitsrecht sorgen. Das Verbandsklagerecht würde dafür sorgen, dass sich Gewerkschaften aus eigenem Recht für die Sanktionierung bzw. Feststellung von Tarif- und Gesetzesverstößen einsetzen könnten. An die gerichtliche Entscheidung müsste der Arbeitgeber
- 20 dann für alle vergleichbaren Fälle gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gebunden sein. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften fordert schon seit langem die Ausweitung von Verbandsklagerechten.
- 25

- Verbandsklagerecht für Gewerkschaften bei Gesetzes- und Tarifverstößen**
- Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ Antrag 43*  
*Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen*

- Tarifvertragsgesetz**
- Stärkung tariflich gesicherter Arbeit. Die AfA-Bundeskongress fordert den SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für gesetzliche Maßnahmen gegen jede Form der Tarifflicht und
- 5 Untergrabung der Tarifverträge ein, sei es durch z. B.

- Tarifvertragsgesetz**
- Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

10 Ausgründung, Ausgliederung und Privatisierung, durch Leiharbeit oder Werk und Dienstverträge. Die AfA-Bundeskonzferenz fordert den SPD-Parteivorstand auf, sich für eine Ausweitung von Allgemeinverbindlicherklärungen von Tarifverträgen einzusetzen, deren Einhaltung kontrolliert wird. Konkrete Maßnahmen und Schritte dazu sind im Rahmen der Erarbeitung des Bundeswahlprogramms vorzulegen.

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 44**  
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen*

**Streik als Grundrecht sichern und ausbauen**

5 Die AfA setzt sich über den SPD-Bundesparteitag und die SPD-Bundestagsfraktion für folgende Änderung, verbunden mit der Aufforderung dies im kommenden Wahl-/Regierungsprogramm mit einfließen zu lassen, ein. Zur Stärkung und zum Ausbau des Streikrechtes bekennt sich die SPD auf allen Ebenen zu folgenden Forderungen:

- 10 • Eine gesetzliche Regulierung des Streikrechtes zur Wahrung der Tarifeinheit lehnen wir ab. Zur Stärkung der Tarifautonomie gehört für uns viel mehr, dass Arbeitskämpfmaßnahmen als grundgesetzlich garantiertes Freiheitsrecht aus Artikel 9 Absatz 3 GG nicht einzuschränken.
- 15 • Die Einschränkungen des Streikrechtes durch die sogenannte Kalte Aussperrung durch Verweigerung von Kurzarbeitergeld bei Fernwirkungen eines Streiks (§ 160 Abs. 3 SGB III) zurückzunehmen.
- 20 • Das Streikrecht als Menschenrecht im Sinne der Europäischen Menschenrechtskonvention auch für Beamtinnen und Beamte anzuerkennen – so wie es das Übereinkommen 151 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vorsieht.
- 25 • Das Streikrecht ist elementares Grundrecht aller Lohnabhängigen und muss deshalb auch im kirchlichen Bereich gelten.
- 30 • Einer gesetzlichen Arbeitskämpfklausel in den Versammlungsgesetzen der Länder zu normieren. Diese sollen klarstellen, dass die Regelungen des Versammlungsrechts keine Anwendung auf Arbeitskämpfmaßnahmen finden.

35 Die AfA setzt sich für eine Ausweitung des Streikrechtes ein. Wenn es um die Existenz von Tarifverträgen, um Tarifflicht z. B. Auslegungen und Ausgliederungen geht,

**Streik als Grundrecht sichern und ausbauen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

müssen Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaft ein Streikrecht haben. Wenn es um Arbeitsbedingungen, also z. B. Personalmangel geht, müssen die Gewerkschaften das Recht haben, alle gewerkschaftlichen Mittel dagegen einzusetzen

40

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 45**  
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen*

**Keine Ausnahmen für kirchliche und karitative Träger im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz**

Im Rahmen der Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes dürfen keine Ausnahmen für kirchliche und karitative Träger zugelassen werden. Die AfA unterstützt diesbezüglich das Vorbringen der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaften und Gesamtausschüsse der Mitarbeitervertretungen im diakonischen Bereich. In Einrichtungen der Diakonie gibt es in erheblichem Umfang ersetzende Leiharbeit und Werkverträge. Viele große diakonische Unternehmen haben Tochterfirmen und Servicegesellschaften außerhalb des kirchlichen Arbeitsrechts und nutzen alle Möglichkeiten von Leiharbeit und Werkverträgen. Gerade diakonischen Unternehmen, die die Arbeitsbedingungen ohnehin ohne die Gestaltungsmacht der Gewerkschaften diktieren, würde so ein Wettbewerbsvorteil verschafft. Dieser geht ausschließlich zu Lasten der Beschäftigten. Auch die Mitarbeitenden in Kirche und Diakonie müssen vor dem Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen geschützt werden

5

10

15

**Keine Ausnahmen für kirchliche und karitative Träger im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz**  
Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 46**  
Landesverband Bayern*

**Für eine gesellschaftliche Qualifizierungsoffensive**

Die Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt hat sich sichtbar erhöht. So erzielt ein Teil der Beschäftigten relativ gute Einkommen und profitiert von der insgesamt positiven wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre, während andere von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht sind oder nur prekäre Beschäftigung finden. Nach einer Phase wachsender Chancengleichheit trotz ungleicher sozialer Ausgangslage nimmt die Abhängigkeit der beruflichen Perspektive von der sozialen Lage des Elternhauses wieder zu. „Wer unten ist bleibt unten“ findet längst wieder wachsende Bestätigung. Einen großen Einfluss auf die Arbeitsmarktchancen hat die

5

10

**Für eine gesellschaftliche Qualifizierungsoffensive**  
Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- berufliche Qualifikation. Veränderte Anforderungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Stichworte: Digitalisierung, Industrialisierung 4.0) verschärfen das Problem wachsender bildungspolitischer Polarisierung und die Entwicklung eines drohenden Fachkräftemangels. Wachsende Teile der Bevölkerung verfügen über eine berufliche Qualifizierung weit unterhalb des Durchschnitts. Ohne bildungspolitisches Gegensteuern wird auch die notwendige Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt das Ungleichgewicht weiter zu vergrößern. Wir fordern deshalb
- 15
- 20
- 25 1. eine gesellschaftliche Qualifizierungsoffensive, die von der frühkindlichen Bildung bis zur beruflichen Weiterbildung reicht und Bildung mit den Zielgruppen gestaltet und umsetzt.
- 30 2. anstelle einer kurzfristig orientierten, mit Sanktionen durchgesetzten Qualifizierungspolitik sind wieder mittel- und langfristige Orientierungen anzustreben. Neben der Weiterentwicklung der klassischen Qualifizierungsinstrumenten sind neue Anreizsysteme für Erst- und vor allem die Weiterbildung zu entwickeln (Ermöglichung von Transfergesellschaften auch für Klein- und Mittelbetrieb; Stärkung des Rechtsanspruchs von ArbeitnehmerInnen über die unmittelbare Anpassungsqualifizierung am Arbeitsplatz hinaus, Verbesserung der Einkommenslage in Phasen der (Weiter)Bildung, Schaffung ökonomischer Anreizsysteme insbesondere in den unteren bei (Langzeit)Arbeitslosen.).
- 35
- 40
- 45 3. einen zusätzlichen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt mit Qualifizierungselementen.

*Antragsbereich Ar/ Antrag 47*  
*Landesverband Bayern*

**Dokumentierte Aufklärungspflicht von Arbeitgeber\*innen beim Einstellungsverfahren über die Folgen von Minijobs**

Bis zur Sozialversicherungspflicht ab dem 1. Euro bzw. Abschaffung von Minijobs, sollen weitere Hürden für den Einsatz und Abruf solcher prekären Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Wir fordern, dass Arbeitgeber\*innen beim Bewerbungs- bzw. Einstellungsverfahren über die Folgen dokumentiert aufklären. Zwingend in der Dokumentation müssen die Rechte der/des

5

**Dokumentierte Aufklärungspflicht von Arbeitgeber\*innen beim Einstellungsverfahren über die Folgen von Minijobs**

Ablehnung

10 Beschäftigten, z.B. hinsichtlich der Einhaltung von Ge-  
 setzen wie zum Arbeits- und Gesundheitsschutz, Ur-  
 laubsanspruch, Lohnfortzahlung, Betriebsverfassung  
 und der Geltung von Tarifverträgen ebenso wie mögli-  
 che Negativfolgen von Minijobs hinsichtlich der Renten-  
 ansprüche und zwar in allgemeinverständlicher Form.  
 15 ArbeitnehmerInnen müssen die Kenntnisnahme und  
 das Verstehen schriftlich bestätigen. Nichtsdestoweni-  
 ger halten wir fest an der Sozialversicherungspflicht ab  
 dem ersten Euro nach dem Modell des DGB.

*Antragsbereich Ar/ Antrag 48*  
*Landesverband Bayern*

**Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für Refe-  
 rentinnen und Referenten in Bildungsmaßnahmen**

Wir fordern, dass Referentinnen und Referenten in  
 staatlich geförderten und/oder staatlich anerkannten  
 Bildungsmaßnahmen armutssicher und Lebensstandard  
 sichernd beschäftigt werden. Die Bildungsträger schaf-  
 5 fen derzeit staatlich subventionierte akademische Ar-  
 mutsjobs und bewirken so langfristig die Zunahme  
 massiver Altersarmut. Der Netto-Stundenlohn von Refe-  
 rentinnen und Referentin liegt derzeit zum Teil unter  
 6,50 €

Wir fordern:

1. Die Referentinnen und Referenten sind  
 sozialversicherungspflichtig zu beschäftigen mit  
 15 Einzahlungen auch des Arbeitgeberanteils in die  
 Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversi-  
 cherung.
2. Alternativ kann für die (ohnehin vorgegebene)  
 20 Stundenzahl der Maßnahme ein Rahmenvertrag  
 über diese Anzahl der Stunden geschlossen werden.  
 Für diese durch die Maßnahme vorgegebene Stun-  
 denzahl sind die Arbeitgeber verpflichtet in die So-  
 zialversicherung für die Beschäftigten einzuzahlen  
 (Arbeitgeberanteil). Der Referent/ die Referentin  
 25 hat einen Anspruch auf Bezahlung der im Rahmen-  
 vertrag festgelegten Stunden.
3. Der Brutto-Stundenlohn muss mindestens dem  
 Tarifvertrag entsprechen.

30 Dies ist deshalb erforderlich, weil nicht davon auszuge-  
 hen ist, dass die Beschäftigten dauerhaft beschäftigt  
 werden, da dies ja von der Zuweisung von Maßnahmen

**Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für Refe-  
 rentinnen und Referenten in Bildungsmaßnahmen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
 kommission



abhängt. Es ist genau zu prüfen, ob es sich bei der Beschäftigung um eine Scheinselbständigkeit handelt.

35 Dies sollte immer dann der Fall sein, wenn der Referent/die Referentin ausschließlich bei einem Träger beschäftigt ist. In derartigen Fällen ist der Arbeitnehmer/die Arbeitnehmerin zwar mit allen Risiken und Nachteilen einer selbständigen Tätigkeit belastet; die

40 Freiheit der freien Gestaltung des Arbeitsverhältnisses besteht jedoch durch die Vorgaben in der Maßnahme nicht. Die Nichteinhaltung soll als Ordnungswidrigkeit strafbewährt sein.

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 49***  
*Landesverband Bayern*

**Arbeitsmarktpolitik**

Wir fordern im Regierungsprogramm der SPD für die nächste Wahlperiode klare Festlegungen für Reformen in der Arbeitsmarktpolitik und bei der Grundsicherung für Arbeitslose (Hartz 4) zu treffen. Dazu muss gehören:

- 5
- eine realistische Bedarfsermittlung für die Leistungen der Grundsicherung und ein Abgehen von Pauschalisierungsregelungen für nachweisbar anfallende Kosten
- 10
- eine Abschaffung des aktuellen Sanktionssystems, weil Kürzungen des Existenzminimums der Zielsetzung der Grundsicherung widersprechen
  - eine bessere Personalausstattung der Jobcenter (qualitativ und quantitativ) um Fördermöglichkeiten besser nutzen zu können.
- 15

**Arbeitsmarktpolitik**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 50***  
*Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)*

**Anhebung und Kontrolle Mindestlohn**

Den gesetzlichen Mindestlohn zeitnah von 8,84 Euro in Schritten auf 11,68 Euro zu erhöhen. Es genügt zudem nicht Mindestlohn per Gesetz vorzuschreiben. Vielmehr müssen die tatsächlichen Zahlungen auch kontrolliert werden.

5

**Anhebung und Kontrolle Mindestlohn**

Ablehnung

*Antragsbereich Ar/ Antrag 51*  
*Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)*

**Kinderarmut bekämpfen**

Das Kindergeld nicht mehr als Einkommen bei Sozialleistungsbeziehern heranzuziehen

**Kinderarmut bekämpfen**

Ablehnung

*Antragsbereich Ar/ Antrag 52*  
*Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)*

**Längere Bezugsdauer von ALG I für längerfristige Beschäftigte**

unabhängig von den Vorschlägen eines ALG Q (Verlängerung der Anspruchsdauer bei Qualifizierung) soll die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf 15 Monate erhöht und muss abhängig gemacht werden von der Dauer der Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und nicht nur vom Alter.

**Längere Bezugsdauer von ALG I für längerfristige Beschäftigte**

Ablehnung

5

Es soll wie folgt gestaffelt werden:

10

Für 18 Monate Bezugsdauer:  
 Alter 40 Jahre oder 10 Jahre Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.  
 Für 24 Monate Bezugsdauer:

15

Alter 50 Jahre oder 20 Jahre Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Für 36 Monate Bezugsdauer:  
 Alter 58 Jahre oder 30 Jahre Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und  
 Bezieher von Arbeitslosengeld I, die sich in einer Weiterbildung befinden.

20

Es darf nicht sein, dass z.B.: ein Arbeitnehmer mit 20 Jahren Sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung mit einem Arbeitnehmer mit 4 Jahren Versicherungspflicht gleichbehandelt wird und nach einem Jahr Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I in ALG II landet. Die Dauer der Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung muss Einfluss haben auf die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I. Für Arbeitnehmer, die nach über 20 bzw. 30 Jahren Tätigkeit in einem Unternehmen unverschuldet arbeitslos geworden sind, darf der soziale Abstieg in ALG II nicht noch erleichtert werden.

25

Für Arbeitnehmer, die nach über 20 bzw. 30 Jahren Tätigkeit in einem Unternehmen unverschuldet arbeitslos geworden sind, darf der soziale Abstieg in ALG II nicht noch erleichtert werden.

30

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 53***

*Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)*

**Weniger befristete Arbeitsverhältnisse**

Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass es zukünftig weniger befristete Arbeitsverhältnisse in Deutschland geben wird. Dies lässt sich durch die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und der Begrenzung der Anzahl an Befristungen auf 2 Befristungen pro Beschäftigungsverhältnis erreichen.

5

**Weniger befristete Arbeitsverhältnisse**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 54***

*Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)*

**Reform der Minijobs**

Bei den Minijobs ist es notwendig eine Sozialversicherungspflicht mit einer Gleitzone zwischen 0 und 800 Euro einzuführen. Dabei muss der Anteil der Arbeitgeber an den Sozialversicherungsbeiträgen am Anfang erheblich höher sein und bei 800 € die volle Parität erreicht werden.

5

**Reform der Minijobs**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 55***

*Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)*

**Gesetzliches Rückkehrrecht aus Teilzeit**

Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass ein gesetzlich verbrieftes Recht für die Rückkehr aus Teilzeit in die Vollzeit eingeführt wird.

**Gesetzliches Rückkehrrecht aus Teilzeit**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 56***

*Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)*

**Gegen Altersarmut**

Um Altersarmut vorzubeugen sollen Zeiten mit ALG 2-Bezug als Ausfallzeit für die Berechnung der Rente anerkannt werden.

**Gegen Altersarmut**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 57***

*Ortsverein Dortmund- Deusen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich**

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen, dass eine gesetzliche Regelarbeitszeit von 35 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich und eine enge Begren-

**Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich**

Ablehnung

5 zung von Überstunden in der Bundesrepublik Deutschland eingeführt wird.

**Antragsbereich Ar/ Antrag 58**

*Ortsverein Lübbecke (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Arbeitnehmerüberlassung**

5 Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion sollen sich dafür einsetzen, dass das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz so geändert wird, dass Arbeitnehmerüberlassung auf eine Dauer von 3 Monaten, ohne Ausnahmen, beschränkt wird und das Entgelt von Beginn an 10% höher ist als das Entgelt eines vergleichbaren Arbeitnehmers im Entleihbetrieb.

**Arbeitnehmerüberlassung**

Ablehnung

**Antragsbereich Ar/ Antrag 59**

*Unterbezirk Herne (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Erweiterung der Rechte des Betriebsrates**

5 Der SPD Unterbezirk Herne fordert den SPD Bundesparteitag auf, sich zeitnah dafür einzusetzen, dass eine arbeitnehmerorientierte Erweiterung des (u.a. §§ 80, 87ff; 90) Betriebsverfassungsgesetzes gegeben werden muss, sodass Arbeitnehmervertreter nicht nur vorher eine umfassende Information gemäß § 90 über die wirtschaftliche Lage eines Betriebes und einer Unternehmung erhalten, sondern mit ihnen vorher über weitere Entscheidungen im Sinne der Beteiligungsmöglichkeiten, die sich aus dem Betriebsverfassungsgesetz ergeben, beraten werden muss. Die Arbeitnehmervertreter sind mindestens einmal jährlich über die wirtschaftliche Lage zu unterrichten. Insbesondere muss den Gremien die Möglichkeit eingeräumt und angeboten werden, vor einer wirtschaftlich weitreichenden und die Arbeitnehmer betreffenden Entscheidung eigene Vorschläge unter möglicher Einbeziehung eigener Gutachter gemäß § 15 80 ff Betriebsverfassungsgesetz zu machen.

**Erweiterung der Rechte des Betriebsrates**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich Ar/ Antrag 60**

*Unterbezirk Herne (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Abschaffung sachgrundlose Befristung**

Der SPD Unterbezirk Herne fordert den SPD Bundesparteitag auf, sich zeitnah dafür einzusetzen, dass die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen abgeschafft wird.

**Abschaffung sachgrundlose Befristung**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ Antrag 61*  
*Unterbezirk Herne (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Arbeitnehmerrechte in der digitalen Arbeitswelt**

Der SPD Unterbezirk Herne fordert den SPD Bundesparteitag auf, sich zeitnah dafür einzusetzen, dass die Anpassung des Betriebsverfassungs-, des Personalvertretungsgesetzes, des Sozialgesetzbuches sowie aller arbeitnehmerrelevanten Rechtsebenen (Arbeitszeitgesetz etc.) an die Digitale-Arbeitswelt 4.0 ff erfolgt und die volle Mitbestimmung schon in der Planungsphase gewährleistet wird.

5

**Arbeitnehmerrechte in der digitalen Arbeitswelt**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ Antrag 62*  
*Ortsverein Meßstetten / Kreisverband Zollernalb (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Tarifvertragssystem stärken. Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) weiter erleichtern**

Um das Tarifvertragssystem zu stärken, bedarf es der weiteren Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) von Tarifverträgen nach dem Tarifvertragsgesetz in folgenden Punkten:

5

(1) Anträge sollen auch von nur einer Tarifpartei in den Tarifausschuss eingebracht werden dürfen, die dann der Zustimmung des Tarifausschusses, also einer einfachen Mehrheit, bedürfen.

10

(2) Gemeinsam eingebrachte Anträge der Tarifvertragsparteien sollen nur mehrheitlich im Tarifausschuss *abgelehnt* werden können.

15

(3) Der Begriff des öffentlichen Interesse muss insofern präzisiert werden, als es dann gegeben ist, wenn die AVE

15

1. zur Sicherung der Funktion der Tarifautonomie und des Tarifvertragssystems,

2. zur Erreichung und Durchsetzung angemessener Entgelt- und Arbeitsbedingungen,

20

3. für die Sicherung und den Erhalt gemeinsamer Einrichtungen in ihrer sozialpolitischen Funktion,

4. als Mittel zur Sicherung sozialer Standards und

5. zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen geeignet ist.

**Tarifvertragssystem stärken. Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) weiter erleichtern**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ Antrag 63*  
*01/06 Moabit Nord (Landesverband Berlin)*

**Leiharbeit - gleicher Lohn**

Leiharbeiter sollen für vergleichbare Tätigkeiten vom ersten Tag ihrer Beschäftigung an mindestens den glei-

**Leiharbeit - gleicher Lohn**

Erledigt durch Annahme in geänderter Fassung von Antrag III.A102

chen Lohn wie die Stammebelegschaft bekommen.

*Antragsbereich Ar/ Antrag 64*  
*Kreisverband Kronach (Landesverband Bayern)*

**Für eine sozialere Arbeitsmarktpolitik**

Wir können es uns aus humanen Gründen nicht leisten, Menschen über zehn Jahre im Leistungsbezug zu belassen angesichts der Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit. Wir fordern, dass auch langzeitarbeitslose Menschen, die im SGB II gefördert werden, entsprechend ihren Interessen und Fähigkeiten die Möglichkeit erhalten, an Beschäftigung und Qualifizierung teilzunehmen. Darüber hinaus fordern wir einen sozialen Arbeitsmarkt, der es Menschen dauerhaft ermöglicht, möglichst nah an der Arbeitswelt an der Gesellschaft teilzuhaben. Ein sozialer Arbeitsmarkt würde es allen Menschen ermöglichen, in das Arbeitsleben integriert zu werden. Wir unterstützen das Modell des Passiv-Aktiv-Transfers, wonach Geldleistungen, die bisher für die Unterstützung von arbeitslosen Menschen verwendet werden, stattdessen für die Finanzierung von Arbeitsplätzen genutzt werden. Wir hoffen sehr, dass sich dieses erfolgsversprechende Modell irgendwann durchsetzen wird. Wir müssen hier aber in großen Zeiträumen denken und akzeptieren, dass es manchmal viele Jahre dauert, bis eine Arbeitsmarktintegration möglich ist.

Hinter diesen Zahlen stehen einzelne Menschen, die ein Recht darauf haben, individuell gefördert zu werden und an der Gesellschaft teilzuhaben. In der Studie des IAB wurde erhoben, dass etwa eine Million Menschen in den ersten zehn Jahren seit Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende ununterbrochen auf Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV) angewiesen waren. Hinter diesen Zahlen stehen einzelne Menschen, die ein Recht darauf haben, individuell gefördert zu werden und an der Gesellschaft teilzuhaben.

Die Förderquote ist jedoch in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Nur noch 9% der Leistungsempfänger im SGB II haben im Jahr 2015 die Chance gehabt, an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilzunehmen und somit ihre Chancen auf Wiedereingliederung zu erhöhen. Im Jahr 2010 waren dies noch 15%.

**Für eine sozialere Arbeitsmarktpolitik**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ Antrag 65*  
*Kreisverband Kronach (Landesverband Bayern)*

**Mindestlohn muss stärker kontrolliert werden**

Es ist traurig aber wahr, wir haben gute Gesetze wie den Mindestlohn, leider wird dieser aber nicht stark genug kontrolliert, man hört immer wieder - ich habe noch nie-  
 5 man den kontrollieren sehen oder wäre schön, wenn dem so wäre". Dies zeigt ganz deutlich, dass der Mindestlohn zwar per Gesetz geregelt ist, sich aber daran noch lange nicht alle halten. Diese Erkenntnis ziehe ich aus Gesprächen mit Teilzeit- und Aushilfskräften. Immer noch besteht die Möglichkeit den Mindestlohn zu um-  
 10 gehen beim Putzen mit mehr Fläche pro Stunde, in der Bewirtung mit Richtzeiten die nicht bezahlt werden oder die Erstattung von zerschlagenen Gläsern und ähnliches. Wir fordern daher in allen Bereichen wie auf Baustellen, bei der Reinigungsvergabe in allen Gebäu-  
 15 den sowie in allen Gaststätten die Einhaltung des Mindestlohnes mit Nachdruck zu kontrollieren. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Angst, wenn sie sich beschweren ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Diese Angst kann man den ArbeitnehmerInnen nehmen,  
 20 wenn die öffentlichen Kontrollen so eng sind und die Bußgelder so hoch, dass es sich für die Arbeitgeber nicht lohnt gegen den Mindestlohn zu verstoßen. Nur wo lückenlose Kontrollen sind werden Gesetze und Vorschriften eingehalten.

**Mindestlohn muss stärker kontrolliert werden**

Erlедigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich Ar/ Antrag 66*  
*Unterbezirk Bremen-Stadt (Landesorganisation Bremen)*

**Kinderarmut wirksam reduzieren – Kindergrundsicherung in Regierungsprogramm 2017-2021 aufnehmen**

Im Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2017 ist die Einführung einer Kindergrundsicherung vorzusehen. Diese fasst die bisherigen kindbezogenen Geldleistungen (Kindergeld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag, SGB-II-Regelsätze für Minderjährige) in einer einheitlichen –  
 5 durch Versteuerung oder sozial gestaffelten Zahlbetrag bedarfsgerechten – Zahlung zusammen. Als Sofortmaßnahme wird die SPD ein sozial gestaffeltes, für die unteren und mittleren Einkommensgruppen deutlich  
 10 erhöhtes Kindergeld einführen. Darüber hinaus ist das finanzielle Engagement des Bundes für den Ausbau und die Qualität sozialer Infrastruktur für Kinder – über die im Rahmen der Neuregelung der Bund-Länder-Finzen als Möglichkeiten vorgesehenen Regelungen hinaus –

**Kinderarmut wirksam reduzieren – Kindergrundsicherung in Regierungsprogramm 2017-2021 aufnehmen**

Ablehnung

15 zu verstärken.

**Antragsbereich Ar/ Antrag 67**

*Unterbezirk Bremen-Stadt (Landesorganisation Bremen)*

**Herstellung der Waffengleichheit beim Kündigungsschutz**

Die SPD-Bremen fordert, § 4 KSchG dahingehend zu ergänzen, dass die dreiwöchige Ausschlussfrist nur zu laufen beginnt, wenn der/die Arbeitnehmer\*in über die Möglichkeit Kündigungsschutzklage zu erheben, das Arbeitsgericht, bei dem die Klage anzubringen ist, dessen Sitz und die einzuhaltende Frist schriftlich durch den Arbeitgebenden belehrt worden ist.

5

**Herstellung der Waffengleichheit beim Kündigungsschutz**

Ablehnung

**Antragsbereich Ar/ Antrag 68**

*Ortsverein München Untergiesing (Landesverband Bayern)*

**Neue Humanisierung der Arbeit**

Die SPD macht die Humanisierung der Arbeitswelt zu einem ihrer zentralen Anliegen in der nächsten Legislaturperiode. Insbesondere der Schutz von Beschäftigten, aber auch von Selbständigen, vor psychischen Belastungen muss ein zentrales Anliegen der SPD sein. Psychische Belastungen sind ein Indikator für zunehmende Probleme berufliche Anforderungen mit familiären und privaten Verpflichtungen zu koordinieren. Humanisierung der Arbeit muss zudem einhergehen mit größerer Zeitsouveränität der Beschäftigten. Flexibilität darf nicht allein zu Lasten der Beschäftigten gehen, sondern muss auch zugunsten der Beschäftigten ermöglicht werden. Schließlich wird die SPD die Fördermittel zur Arbeitsforschung deutlich aufstocken, um auf einer soliden wissenschaftlichen Basis die Arbeitswelt der Zukunft im Sinne einer Humanisierung gestalten zu können.

5

10

15

**Neue Humanisierung der Arbeit**

Erlедigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich Ar/ Antrag 69**

*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Widerrufsrecht**

Die SPD wendet sich gegen die Überrumpelung von Arbeitnehmern/innen bei der Abgabe von Willenserklärungen (insbesondere beim Abschluss von Aufhebungsverträgen) und fordert die Einführung eines Widerrufsrechts bei der Abgabe für das Arbeitsverhältnis.

5

**Widerrufsrecht**

Ablehnung



nis existentieller Willenserklärungen.

**Antragsbereich Ar/ Antrag 70**

*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit bei der Leiharbeit**

Der Bundesparteitag wird aufgefordert, im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 festzuschreiben, dass der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ (equal pay) für Leiharbeiter/innen uneingeschränkt ab dem ersten Arbeitstag der Arbeitnehmerüberlassung gilt. Öffnungsklauseln für Tarifverträge, die eine Abweichung zulasten der Arbeitnehmer erlauben, sind daher abzuschaffen.

5

**Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit bei der Leiharbeit**

Erledigt durch Annahme in geänderter Fassung von Antrag III.A102

**Antragsbereich Ar/ Antrag 71**

*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Umgehung des Mindestlohns effektiv verhindern**

Das Mindestlohngesetz ist dahingehend zu ergänzen, dass der gesetzlich vorgeschriebene Mindestlohn dem regelmäßig gezahlten Grundentgelt für eine Zeitstunde entspricht. Über das Grundentgelt hinausgehende Entgeltbestandteile, wie beispielsweise Sonderzahlungen, Zulagen, Zuschläge, Prämien, Sachleistungen oder Aufwendersatzleistungen, sind zusätzlich zu dem gesetzlichen Mindestlohn zu zahlen.

5

**Umgehung des Mindestlohns effektiv verhindern**

Ablehnung

**Antragsbereich Ar/ Antrag 72**

*Kreisverband Recklinghausen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Leih- und Zeitarbeit gerecht gestalten**

1. Leih- und Zeitarbeiter/innen erhalten ab dem 1. Tag ihrer Beschäftigung 110 % des gültigen Tariflohnes, der im Betrieb gezahlt wird. Liegt für den entleihenden Betrieb keine Tarifbindung vor und kommt das Arbeitnehmer/innen-Entsendegesetz oder der Mindestlohn zur Anwendung, so sind ebenfalls 110% des betrieblichen Lohnes zu zahlen.
2. Leih- und Zeitarbeiter/innen sind der Stammbesellschaft gleichzustellen, indem
  - a) für sie die gleichen Regeln der Arbeits- und Pausenzeiten wie für die Stammbesellschaft gelten,
  - b) ihnen Prämien, Zuschläge, Vergünstigungen im gleichen Umfang wie der Stammbesellschaft gewährt werden.
3. Leih- und Zeitarbeiter/innen sind der Stammbesellschaft gleichzustellen, dadurch

5

10

**Leih- und Zeitarbeit gerecht gestalten**

Ablehnung

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 15 a) dass die Arbeitnehmervertretung über die Beschäftigung von Leih- und Zeitarbeiter/innen mitbestimmt,  
b) dass die durchschnittliche Anzahl der im Betrieb eingesetzten Leih- und Zeitarbeiter/innen der Zahl der Stammebelegschaft zugerechnet wird,
- 20 c) dass der ausleihende Betrieb die Richtlinien des Arbeitsschutzes auch für die Leih- und Zeitarbeiter/innen anwendet.

**Antragsbereich Ar/ Antrag 73**  
*Ortsverein Weichs (Landesverband Bayern)*

**Arbeit, Sozialpolitik**

In Deutschland sind fast 25% aller Arbeitnehmer prekär beschäftigt, als Minijobber, in der Teilzeit, befristet oder als Leiharbeiter.

- 5 Diese vielen atypischen Beschäftigungsverhältnisse zwingen die Gewerkschaften zur Lohnzurückhaltung. Die Ungleichheit der Einkommen steigt somit.

Wir fordern die Aufhebung der sachgrundlosen Befristung für Arbeitsverhältnisse. Leiharbeit muss reduziert werden, der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss gelten.

- 10 Der Mindestlohn in der heutigen Höhe ermöglicht kein würdevolles Leben und führt direkt in die Altersarmut. Er muss deutlich angehoben werden. Die vielen Ausnahmen sind zu reduzieren.

Werkverträge, die den Mindestlohn unterlaufen, sind abzulehnen. Arbeitnehmer, z.B. in der Logistik nach der Privatisierung der Deutschen Post, dürfen nicht über ausgehandelte Werkverträge auf ein Lohnniveau gedrückt werden, das weit unter dem Mindestlohn liegt. Geschäftsmodelle dürfen nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen werden.

- 15
- 20 Wer im Alter von 50 Jahren um seinen Arbeitsplatz fürchtet, sieht sich der Gefahr ausgesetzt, ein Jahr arbeitslos zu sein (ALG1) und danach unter Berücksichtigung eines kleinen Schonvermögens in Hartz IV abzugleiten und mit erheblichen Rentenabschlägen vorzeitig in Pension zu gehen. In der ALG1 – Zeit muss es daher vermehrt spezifische Weiterbildungsmaßnahmen geben.
- 25

Die Tarifautonomie muss gestärkt werden, die Tarifbindung wiederhergestellt werden. Von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen muss mehr Gebrauch gemacht werden.

- 30 6 Millionen Menschen sind im Status Hartz IV, es sind fast 2 Mio Kinder darunter. Sanktionen, die das Existenzminimum unterlaufen, sind abzuschaffen. Die gesellschaftliche Zukunftsproblematik der Hartz IV – Kinder verlangt gezielte politische Maßnahmen, die verstärkt Bildung und Ausbildung umfassen.

**Arbeit, Sozialpolitik**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

## Bildungs-, Wissenschafts- und Jugendpolitik (B)

### Antragsbereich B/ Antrag 1

Unterbezirk Bremen-Nord (Landesorganisation Bremen)

#### Aufstockung der Landes- und Bundesmittel für den Bildungsbereich

Die Haushaltsmittel des Landes und des Bundes sind zugunsten der Bildungsbereiche aufzustocken. Als Beitrag zur Daseinsvorsorge sind die Elternbeiträge für Kindergarten und Hort mittelfristig steuerfinanziert sicherzustellen. Durch jährliche Bedarfsermittlung sind die erforderlichen Bildungsangebote anzupassen und anzubieten. Die Ausbildung der erforderlichen Fachkräfte ist den aktuellen Bedürfnissen anzupassen.

5

#### Aufstockung der Landes- und Bundesmittel für den Bildungsbereich

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

### Antragsbereich B/ Antrag 2

Landesverband Berlin

#### Qualität der Berufsausbildung steigern Das Berufsbildungsgesetz (BBiG) überarbeiten

Die Qualität einer dualen Berufsausbildung spiegelt sich u.a. in der Zufriedenheit der Auszubildenden wider. Eine wichtige Rolle spielen dabei das (nicht) vorhandene Ausbildungspersonal, die Einhaltung des Ausbildungsplanes, die Menge an zu verrichtenden ausbildungsfremden Tätigkeiten, geleistete Überstunden sowie der Zustand der Oberstufenzentren/Berufsschulen. Der Ausbildungsreport 2015 der DGB-Jugend ergibt, dass 71,5 Prozent der Auszubildenden zufrieden mit ihrer Ausbildung sind. Das ist ein gutes Ergebnis, zeigt aber auch dass fast ein Drittel es nicht ist.

5

10

Die Überwachung und Kontrolle der Qualität in den Ausbildungsbetrieben obliegt den jeweils zuständigen Kammern. Diese können und wollen dieser Aufsichtspflicht jedoch häufig nicht nachkommen. Die bei diesen angesiedelten Berufsbildungsausschüssen haben zwar die Aufgabe die Qualität in den Betrieben weiterzuentwickeln, allerdings fehlt es hierzu an konkreten Vorgaben. Im März diesen Jahres evaluierte die Regierung das Berufsbildungsgesetz (BBiG). Dieses regelt u.a. Aufgaben und Pflichten der Auszubildenden und Ausbildenden, aber auch die Organisation der Berufsbildung wozu auch die Kontrolle der Ausbildung gehört. Ihr Ergebnis zeugt von schlichter Ambitionslosigkeit etwas zu verbessern, kommt sie in den meisten Fällen zum Schluss, dass kein Handlungsbedarf bestünde. Wir sehen das jedoch anders. Viele der existierenden Missstände könnten durch konkretere Vorgaben und Regelungen aus der Welt geschafft werden.

15

20

25

#### Qualität der Berufsausbildung steigern Das Berufsbildungsgesetz (BBiG) überarbeiten

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Wir fordern daher die Aufnahme einer Reform des Berufsbildungsgesetzes in das Bundestagswahlprogramm 2017. Diese Reform soll die folgenden Punkte beinhalten:

30 •Das Recht bei konsekutiven Ausbildungsangeboten nach Abschluss des ersten (2jährigen) Ausbildungsganges auch den weiterführenden Ausbildungsgang wahrnehmen zu können

•Aufnahme von Erziehungsund Pflegeberufen

35 •Ein Anhörungsrecht für die Berufsbildungsausschüsse über § 79 BBiG hinaus

•Die feste Verankerung eines Unterausschusses zur Ausbildungsqualität

•Eine bessere personelle Ausstattung der Kammern, damit regelmäßige Kontrollen, mindestens einmal im Jahr in den Betrieben möglich ist

40 •Pflicht der Berichterstattung von den Kontrollen in den Berufsbildungsausschüssen

•Unmissverständlich und klar definierte Standards und Kriterien für die Ausbildungsqualität

45 •die Verpflichtung zur Sensibilisieren von Unternehmen und regionalen Netzwerken für die Gleichstellung aller Geschlechter. Schnupperkonzepte, wie der „Girl’s Day“ sind nicht genug. Unternehmen müssen sich in ihrer Struktur öffnen, sodass alle Berufe für alle Menschen zugänglich sind. Neben Unternehmen und deren Auswahlpersonal sind auch die Auszubildenden selbst durch feministische Perspektiven in den Lehrinhalten zu schulen. Unternehmen müssen umfassende Förderund Empowermentprogramme für insbesondere weibliche\* Auszubildende entwickeln und den Zugang zu Führungspositionen für Frauen\* bedenken. Frauen\*förderung steht an dieser Stelle in keinem Widerspruch zu unserem queer\*feministischen Ansatz, die vorherrschende Banalität der Geschlechter aufzubrechen.

50 •Die gesetzliche Verankerung der Pflicht für Auszubildende, einen schriftlichen Ausbildungsnachweis zu führen

•Betriebliche Ausbildungspläne müssen rechtsverbindlich vorgeschrieben und mit dem Ausbildungsvertrag ausgehändigt werden

•Das Profil von geeignetem Ausbildungspersonal muss klar definiert werden, dazu gehören: die Einhaltung berufspädagogischer Standards für die Ausbildung des Ausbildungspersonals

65 •Die Aktualisierung und Modernisierung der AEVO,z.B. durch eine Konkretisierung der persönlichen Eignung(methodischdidaktische und jugendpsychologische Kompetenzen

70 •Ein Betreuungsschlüssel von einer hauptamtlich mit der Ausbildung betrauten Person auf maximal acht Auszubildende

•Sicherstellung der fachlichen Ausstattung der Ausbildungsbetriebe und zeitgemäßer Ausbildungsmaterialien

75

- 80
  - Die Abschaffung der Rückkehrpflicht in den Betrieb nach dem Schulunterricht. Ein Schultag muss als voller Arbeitstag anerkannt werden
  - Zwingend ist auch eine Reduzierung der ausbildungsfremden Tätigkeiten und eine weitgehende Einschränkung von
  - Überstunden-, Nacht und Wochenendarbeit durch Auszubildende
- 85
  - Um jungen Erwachsenen zu ermöglichen, Ausbildung und Familie miteinander vereinbaren zu können, soll die Ausbildung in Teilzeit in § 8 BBiG als Rechtsanspruch ausgestaltet werden. Darüber hinaus muss die Verlängerung der Ausbildungszeit unproblematisch möglich werden und es müssen Ausstiegsmodelle mit gesetzlichem Rückkehranspruch geschaffen werden.
- 90 Ebenfalls bekräftigen wir und fordern die Aufnahme folgender bestehenden Forderungen in das Bundestagswahlprogramm 2017:
  - einer Ausbildungsplatzgarantie, um ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen für Interessierte sicherzustellen. Hier müssen u. a. Maßnahmen zur Ausweitung der Verbundausbildung gefunden werden.
- 95
  - Ein ausreichendes Angebot kann nur durch eine solidarische Umlagefinanzierung gestaltet werden
  - Eine gesetzlich geregelte Mindestvergütung von Auszubildenden mindestens in Höhe des BaFöG – Höchstsatzes für Alleinlebende. Unsere Forderung den Bafög-Satz zu erhöhen bleibt weiterhin bestehen.
- 100

*Antragsbereich B/ Antrag 3*  
*Bezirk Braunschweig*

**Bereitstellung von wissenschaftlicher Literatur an Hochschulen und Universitäten gewährleisten**

Wir fordern alle Abgeordneten und Mitglieder der SPD dazu auf, sich aktiv auf allen Parteebenen und in allen SPD-Fraktionen für eine schnelle Lösung des Konfliktes um die Einzelerfassung und die Einzelvergütung von wissenschaftlicher Literatur, welche in Hochschulen und Universitäten zur Forschung und Lehre bereitgestellt wird, einzusetzen. Die Verhandlungen zwischen Verwertungsgemeinschaft Wort, Hochschulrektorenkonferenz und Kultusministerkonferenz müssen zu einem akzeptablen Ergebnis für Studierende und Lehrende führen. Dies kann nur durch eine Wiedereinführung der Pauschalvergütung erreicht werden.

**Bereitstellung von wissenschaftlicher Literatur an Hochschulen und Universitäten gewährleisten**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich B/ Antrag 4*  
*Ortsverein Göttingen-Weende (Bezirk Hannover)*

**Studentischen Wohnraum fördern**

1. Ein Bundesweites Bau- und Sanierungsprogramm für studentischen Wohnraum mit einem Fördervolumen von 600 Millionen € wird aufgelegt.

**Studentischen Wohnraum fördern**

Erlедigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 Junge Menschen sollten unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern die Möglichkeit haben, ein Studium aufzunehmen. Für viele ist der elterliche Zuschuss oder die Förderung durch BAföG kaum oder nicht ausreichend. Wenn möglich werden Nebenjobs gesucht, untern denen leider häufig das Studium leidet. Ein aktuelles Problem sind die steigenden Mieten in vielen Universitätsstädten. Zwar bieten die örtlichen Studentenwerke meist günstigen Wohnraum für Studierende an, doch nicht überall sind die vorhandenen Wohnheimplätze ausreichend. Erschwerend kommt hinzu, wenn Studentenwerke dringende Sanierungen an den bestehenden Wohnheimen nicht finanzieren können und gezwungen sind, die Kosten über Mietsteigerungen an die Studierenden weiterzugeben.

20 Die Mieten für neue oder sanierte Wohnheimplätze liegen mittlerweile in mehreren Städten über der Wohnpauschale im BAföG (aktuell 250€). Studierende, die sich diese Mieten nicht leisten können sind gezwungen, auf den privaten Wohnungsmarkt auszuweichen und konkurrieren mit anderen finanzschwachen Personengruppen. In der Folge wird auch die Preissteigerung auf dem privaten Wohnungsmarkt zusätzlich befeuert. Schlussendlich werden junge Menschen, die diese monatlichen Kosten nicht tragen können von einem Studium abgehalten.

35 Ziel sollte es daher sein, bundesweit ein ausreichendes Angebot für finanzschwache Studierenden zu schaffen. Hier ist der Bund gefordert, zusammen mit den Ländern die Studentenwerke zu unterstützen, um Neubauten und Sanierungen zu ermöglichen. Auf Dauer sollte kein Wohnheimplatz teurer sein als die Wohnpauschale im BAföG.

40 2. Es ist zu prüfen, inwiefern die derzeit fixe Wohnpauschale im BAföG umgestaltet werden kann, um extreme regionale Mietpreisunterschiede auszugleichen.

45 Da Bau- und Sanierungsmaßnahmen keine sofortige Wirkung entfalten muss eine Übergangslösung geschaf-

fen werden. Die Wohnpauschale im Bafög ist derzeit nicht flexibel, ignoriert regionale Unterschiede völlig und scheint in Anbetracht der städtischen Mieten generell zu niedrig zu sein. Daher ist zu prüfen, ob neben einer Anhebung der Wohnpauschale eine Umgestaltung möglich ist, die stärker die örtliche Situation einbezieht. Da Bafög-Anträge individuell geprüft werden, die Fördersumme ebenfalls individuell ist und meist Gutachten oder Daten zu den örtlichen Vergleichsmieten vorliegen würde sich der nötige Aufwand bei Antragsstellung durch die Studierenden oder Antragsbearbeitung durch das örtliche Bafög-Amt nicht verändern.

*Antragsbereich B/ Antrag 5  
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

**Fort - und Weiterbildung des pädagogischen Fachpersonals aller Bildungsstufen zur Umsetzung inklusiver Bildung**

Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung. Dieser menschenrechtliche Anspruch ist universal und gilt unabhängig von Geschlecht, sozialen oder ökonomischen Voraussetzungen, Herkunft, Behinderung oder besonderen Lernbedürfnissen. Dies ist als Menschenrecht im Anschluss in der von Deutschland ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Artikel 24 festgeschrieben.

Die AG Selbst Aktiv setzt sich für eine durchgängige inklusive Bildungskette von der Krippe, Kita, Schule, Aus-Weiterbildung, Hochschule und Erwachsenenbildung ein.

Nun gilt es, die klaren Aussagen der UN-Behindertenrechtskonvention zur gemeinsamen Beschulung behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler in Deutschland zu verwirklichen.

Kaum ein Land in Europa hat schlechtere Voraussetzungen für die Umsetzung des Artikels 24 der UN-Behindertenrechtskonvention, als die Bundesrepublik Deutschland. 16 Bundesländer, die über ein selektives Schulsystem verfügen, lassen ein inklusives Schulsystem nur schwer möglich erscheinen. Dabei rückt Inklusion die unterschiedlichen Bedürfnisse aller Lernenden in den Mittelpunkt und begreift Vielfalt als Ressource und Chance für Lern- und Bildungsprozesse.

Inklusive Bildung erfordert flexible Bildungsangebote, dementsprechende strukturelle und inhaltliche Anpassungen und individuell angemessene Vorkehrungen in der frühkindlichen Bildung, dem Schulwesen, der beruf-

**Fort - und Weiterbildung des pädagogischen Fachpersonals aller Bildungsstufen zur Umsetzung inklusiver Bildung**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 30 lichen Bildung, dem Hochschulwesen, der Erwachsenenbildung sowie weiteren für das Bildungswesen relevanten Einrichtungen. Individuelle Förderung und Lernen in heterogenen Gruppen sind die Grundlage für eine inklusive Entwicklung.
- 35 Viele Pädagoginnen und Pädagogen verfügen über keine sonderpädagogischen Kenntnisse und keine begleitende Fortbildung, die zu einem Gefühl der Überforderung und sogar zur innerlichen Ablehnung inklusiver Bildung führen kann.
- 40 Die Umsetzung inklusiven Unterrichts erfordert einen teamorientierten Schulalltag und führt somit zu veränderten Aufgaben und Rollen der Lehrkräfte.
- 45 Damit Inklusion in der Praxis gelingt, muss sich die Lehrerfort- und Weiterbildung deshalb neu orientieren und reformieren.

**Antragsbereich B/ Antrag 6**  
*Kreisverband Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Bildung**

Wir fordern:

- die Stufenweise Abschaffung von Kindergartengebühren, Ausbildungskosten und Studiengebühren
- 5 • die Förderung der Gemeinschaftsschule und gebundenen Ganztageschule mit dem Prinzip „länger gemeinsam lernen“ sowie „später die Berufsentcheidung fällen“
- Inklusion ja, aber nur mit Unterstützung für die Lehrenden (Zweilehrerprinzip)
- 10 • Erhalt und Ausbau der Durchlässigkeit des Bildungssystems
- Es darf beim Schuleintritt keinen Unterschied machen, welche Herkunft oder welches Elternhaus man hat:
- 15 • Verpflichtendes letztes Kindergartenjahr
- aktive Sprachförderung
- Berufsberatung verbunden mit Orientierungshilfen an weiterführenden Schulen
- 20 • Aktive Förderung der Erwachsenenbildung, u.a. Unterstützung des beruflichen Wiedereinstiegs nach der Erziehungszeit
- Betreuung von StudienabbrecherInnen
- Ausbau des Dualen Studiums als sozial-gerechte
- 25 Ausbildung

**Bildung**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission



*Antragsbereich B/ Antrag 7*  
*Landesverband Berlin*

**Kooperationsverbot aufheben – Gemeinschaftsschulen und Ganztagsbetrieb bundesweit ausbauen**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses, des Berliner Senats, des Bundesrats, der Bundestagsfraktion sowie der Bundesregierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Kooperationsverbot aufgehoben wird. Darüber hinaus soll die Bundesebene ihre Schwerpunkte bei der Schulfinanzierung auf

- den bundesweiten Neu- und Ausbau der Gemeinschaftsschule (1. – 13. Klassenstufe) sowie
- auf den Ausbau eines flächendeckenden Ganztags-schulbetriebs in Verbindung mit einem individuellen Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung legen.

Bundesweiter Ausbau der Gemeinschaftsschule  
 Wir wollen, dass strukturell mehr Schüler\*innen, die Bildung an Gemeinschaftsschulen in Anspruch nehmen können und wollen den Ausbau der Gemeinschaftsschulen bundesweit aktiv vorantreiben.

Dazu soll auf Bundesebene das Kooperationsverbot aufgehoben werden und der Ausbau der Gemeinschaftsschule vom Bund zielgerichtet finanziert und gefördert werden. Die Finanzierung des Ausbaus der Gemeinschaftsschule umfasst:

- die Neugründungen und den Neubau von Gemeinschaftsschulen,
- den Erweiterung von bestehenden Gemeinschaftsschulen durch eine Primarstufe und/oder eine Sekundarstufe II (gymnasiale Oberstufe),
- den Umbau von Integrierten Gesamtschulen (IGS) und Stadtteilschulen in Gemeinschaftsschulen (1.-13. Klassenstufe),
- die Umwandlung einer bestehenden Oberschule (Haupt-, Real-, Gesamtschule oder Gymnasium) in eine Gemeinschaftsschule,
- eine bessere räumliche, materielle Ausstattung und Ausgestaltung der Gemeinschaftsschule.

Ziel des Ausbaus der Gemeinschaftsschulen ist die Schaffung eines bundesweit flächendeckenden Angebots an in sämtlichen Kommunen erreichbaren und verfügbaren Gemeinschaftsschulen, das der Nachfrage der Eltern und Kinder gerecht werden kann.

Bundesweiter Ausbau des Ganztags-schulbetriebs und Rechtsanspruch

Durch den Ganztagsbetrieb entwickeln sich Schulen durch eine sinnvolle Verknüpfung von Bildung, gemeinsamem Lernen und einem reichhaltigen Freizeit- und Nachmittagsangebot zu Lern-, Erfahrungs- und Lebens-

**Kooperationsverbot aufheben – Gemeinschaftsschulen und Ganztagsbetrieb bundesweit ausbauen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

50 orten für Schüler\*innen. Wir wollen, dass der Ganztags-  
schulbetrieb flächendeckend an jeder Schule bundes-  
weit ausgebaut wird. Von jedem Wohnort in Deutsch-  
land aus muss eine Schule mit Ganztagsbetrieb erreich-  
bar sein und für alle Kinder bei Bedarf zur Verfügung  
stehen.  
Dazu soll auf Bundesebene das Kooperationsverbot  
aufgehoben werden und an jeder Schule der Ganztags-  
schulbetrieb zielgerichtet ausgebaut werden.

55 Die Aufgaben des Bundes beim Ausbau des Ganztags-  
schulbetriebs umfassen:

- die Schaffung eines individuellen Rechtsanspruchs  
auf die Betreuung in einem Schulganztage an allen  
Schulformen,
- Ausbau des Ganztagsschulbetriebs bundesweit an  
60 allen Schulen,
- die räumliche und materielle Ausstattung und Aus-  
gestaltung des Ganztagsschulbetriebs,
- Förderung von und Abbau von bürokratischen Hür-  
den für Kooperationen mit Kitas, Vereinen, Sport-  
vereinen, Jugendzentren, Bildungsträgern und Initi-  
65 ativen zur Schaffung eines reichhaltigen und quali-  
tativen Ganztagsschulangebots.

70 Die Gemeinschaftsschulen schaffen einen einzigartigen  
Bildungsraum, in dem Schülerinnen und Schüler von der  
1. Klasse bis zum Abitur eine gemeinsame, bruchlose  
und inklusive Bildung und Erziehung bekommen kön-  
nen. Mit dieser reformpädagogischen Ausrichtung be-  
weist die Gemeinschaftsschule als eine Schule für alle,  
dass es möglich ist, den Bildungserfolg von der sozialen  
Herkunft der Schülerinnen und Schüler zu entkoppeln.  
75 Dieser Erfolg wurde mehrfach wissenschaftlich belegt.

Der Ganztagsschulbetrieb leistet einen wichtigen Bei-  
trag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.  
Der Ganztagsschulbetrieb schafft Raum und Zeit für  
80 ganzheitliche und soziale Lernerfahrungen und verbes-  
sert die Möglichkeiten der Schule, Schüler\*innen indivi-  
duell besser zu fördern. Damit mindert der Ganztags-  
schulbetrieb soziale Ungleichheiten und schafft mehr  
Chancengleichheit und höhere Bildungschancen für alle.  
Der bundesweite Ausbau von Gemeinschaftsschulen  
85 und des Ganztagsschulbetriebs führt das Bildungswe-  
sen in Deutschland einen entscheidenden Schritt näher  
zum Ziel der Chancengleichheit und guter Bildung für  
alle.  
Um ein flächendeckendes Angebot von Gemeinschafts-  
schulen und eines Ganztagsbetriebs zu schaffen und für  
90 eine den Aufgaben und Anforderungen entsprechend  
ausgiebige Finanzierung zu gewährleisten, ist der Bund  
gefragt.  
Das Kooperationsverbot, das nach wie vor eine  
Schulfinanzierung durch den Bund verhindert, muss  
dafür aufgehoben werden.

95 Damit ein gerechtes Bildungssystem auf Bundesebene entsteht und die finanzielle Situation des Bundesland, nicht zum Nachteil der dort aufwachsenden Schüler\*innen wird.

**Antragsbereich B/ Antrag 8**

*Unterbezirk Würzburg Stadt (Landesverband Bayern)*

**Politische Bildung ist systemrelevant**

Wir müssen unsere Demokratie schützen und unterstützen – unabhängig davon, ob dies in die Zuständigkeit des Bundes oder der Länder fällt.

**Politische Bildung ist systemrelevant**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5 Weil politische Bildung systemrelevant ist, und fehlende Bildung eine Gefahr für Demokratie und Gesellschaft darstellt, muss dieser Bereich gestärkt werden. Dies betrifft sowohl Schulen, als auch die Erwachsenenbildung.

10 Der Sozialkundeunterricht in den Schulen muss ausgebaut werden, er muss früher beginnen, und dafür muss mehr Zeit zur Verfügung stehen.

15 Bestehende Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind zu erhalten und weiterzuführen. Es wäre unklug und destruktiv, beim derzeitigen politischen Klima Einrichtungen zu schließen, die fundierte Erfahrungen und gute Erfolge in der politischen Erwachsenenbildung vorweisen können.

20 Zudem müssen ergänzende Einrichtungen für Demokratieverleben und neue Ansätze der Demokratievermittlung entwickelt werden. Dies alles muss von einer soliden finanziellen Basis aus öffentlichen Mitteln getragen werden.

25 Damit diese Angebote breit genutzt werden können, muss auch in Bayern und Sachsen das Recht auf Bildungsurlaub wie in allen anderen Bundesländern umgesetzt werden. Dafür müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

**Antragsbereich B/ Antrag 9**

*Landesverband Bayern*

**Bessere staatliche Finanzierung statt Privatisierung des Bildungssystems!**

Ein gutes und sozial gerechtes Bildungssystem ist die wichtigste gesellschaftliche Aufgabe des Staates und würde für eine erhebliche Verbesserung im Leben vieler junger Menschen sorgen, doch leider kommt der Staat dieser Aufgabe oft nicht nach und gibt sie stattdessen in private Hand. Dies beginnt bereits bei den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung. Per Gesetz besteht

**Bessere staatliche Finanzierung statt Privatisierung des Bildungssystems!**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

5

10 zwar seit 2013 für jedes Kind ab einem Alter von einem Jahr ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Dennoch wird dieser Anspruch bis heute nicht erfüllt, weil die entsprechenden Kapazitäten nicht bereitgestellt werden.

15 Das Bildungssystem ist vollkommen unterfinanziert. Das Recht auf gute Bildung, die gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Teilhabe ermöglicht, ist ein Menschenrecht und darf als solches nicht von fiskalen „Sachzwängen“ abhängig gemacht und in private Hände abgegeben werden. Wir wollen eine bessere finanzielle Ausstattung des Bildungssystems, um so ein qualitativ hochwertiges und gerechtes Bildungssystem zu ermöglichen. Deshalb fordern wir:

20 Freier Zugang zu Bildungseinrichtungen  
 Von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule müssen Bildungsbarrieren abgebaut werden. Der Bund muss die Länder und Kommunen mit ausreichend Geld ausstatten, damit diese genug qualitativ hochwertige Krippen- und KiTa-Plätze, Schulen sowie Studienplätze finanzieren können, damit jeder und jede die Bildung bekommt, die er oder sie möchte. Gerade private Bildungseinrichtungen erheben Gebühren und sind hoch selektiv. Die Chance auf Bildung darf nicht von der finanziellen Situation oder dem gesellschaftlichen Stand des Elternhauses abhängig sein. Wir lehnen jegliche Art von Bildungsgebühren, sowie jegliche Kosten, die für Bildung anfallen, ab.  
 25  
 30 Wir fordern außerdem, dass Programme zur Elitenförderung, wie das Deutschlandstipendium, ergänzt werden durch Förderprogramme für sozial Benachteiligte, damit ein gerechter und freier Zugang zu Bildungseinrichtungen für alle möglich ist.  
 35

40 Unabhängige Bildungseinrichtungen  
 Ziel von Bildung ist es auch, zu lernen, unabhängig und kritisch zu sein. Das funktioniert nicht, wenn Bildungseinrichtungen in die Abhängigkeit von privaten Unternehmen geraten, weil diese sie sponsern. Private Finanziere dürfen keinen direkten oder indirekten Einfluss auf Stundenpläne, Bildungsinhalte oder grundsätzliche Ausrichtungen von Bildungseinrichtungen haben. Auch Weiterbildungsmöglichkeiten müssen allen Menschen kostenfrei zur Verfügung stehen. Wir setzen uns für lebenslanges Lernen ein, das allen Menschen unabhängig ihrer finanziellen Stellung möglich ist. Daher bleiben wir bei der Forderung nach absoluter Lehrmittelfreiheit.  
 45

50 Außerdem muss Bildung einer zivilen und friedlichen Gesellschaft verpflichtet sein. Militär hat an Schulen und Hochschulen nichts zu suchen! Deswegen fordern wir die Einführung der Zivilklausel in allen Hochschulen.

55 Kooperationsverbot abschaffen!  
 Überfüllte Klassen, marode Bauten, in denen unterrichtet

- wird und mangelhafte Unterrichtsversorgung sind Alltag im deutschen Schulsystem; der Grund dafür ist die permanente Unterfinanzierung der Bildungsinstitutionen. Um eine ausreichende Finanzierung der Bildung sicherzustellen, genügen die finanziellen Mittel der Länder nicht.
- 60 Daher muss der Bund die Haushaltsumlagen erhöhen um eine fortschrittlichere Bildungspolitik zu ermöglichen. Zudem muss das Kooperationsverbot für den gesamten Bildungsbereich aufgehoben werden.
- 65 Wettbewerb um finanzielle Mittel entgegenzutreten
- Auf dem Weg hin zu einem gerechten Bildungssystem müssen wir weg von einem anreiz- und wettbewerbsorientierten System. Der Wettbewerb zwischen Bildungseinrichtungen untereinander lähmt den Bildungsbetrieb. Gerade im Hochschulbereich leiden am Ende die Qualität
- 70 der Lehre und Forschung. Gute Bildung entsteht unserer Meinung nach nur dann, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Staatliche Bildungseinrichtungen dürfen sich nicht an Prestigeprojekten aufhängen, sondern müssen dazu befähigt werden, sich auf ihre Kernkompetenzen zu konzentrieren. Außerdem muss der Einfluss marktwirtschaftlicher Unternehmen an Hochschulen deutlicheingeschränkt werden. Drittmittelfinanzierung von Lehre und
- 75 Forschung lehnen wir ab!
- Kommunen besser finanzieren
- 80 Kommunen müssen besser finanziert werden, damit diese Bibliotheken, staatliche Museen und andere staatliche Kultureinrichtungen erhalten und den Bürgerinnen und Bürgern freien Zugang ermöglichen können. Zudem müssen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um
- 85 Schließungen von kleinen Schulen aus Geldmangel zu verhindern und marode Schulbauten zu sanieren. Lange Schulwege dürfen kein Hinderungsgrund für weiterführende oder höhere Bildung sein. Gerade in ländlicheren Regionen sind Schulen ein wichtiger Anker und können strukturschwachen Regionen Auftrieb geben.
- 90
- Inklusive Bildung ermöglichen
- Wir wollen Inklusion, weil wir die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft gewährleisten wollen. Deshalb müssen wir alle Barrieren, wie insbesondere soziale, infrastrukturelle und finanzielle, beseitigen und überwinden.
- 95 Zudem muss Inklusion zur Selbstverständlichkeit werden. Alle Bildungsstätten, sowie alle anderen öffentlichen Einrichtungen, müssen barrierefrei werden. Alle Menschen, die in Bildungseinrichtungen arbeiten, müssen entsprechend geschult werden.
- 100 Wir brauchen Vielfalt im Bildungssystem, die private Bildungsanbieter nicht gewährleisten. So nehmen beispielsweise einige Privatschulen nur Jungen oder Mädchen auf, oder nur Kinder einer bestimmten Konfession. Nur, wenn Menschen egal welcher Hautfarbe, welchen Geschlechtes, welcher Herkunft, welcher Sexualität, welchen Glaubens

105 oder welchen Einkommens miteinander lernen sind Inklusion und Integration verwirklicht. Konzepte privater Schulen können überprüft und übernommen werden.

Ein solidarisches Steuersystem schaffen!

110 Um den steigenden Finanzbedarf des Bildungsbereiches zu decken, braucht es Reformen auf der staatlichen Einnahmeseite. Eine Steuerreform, die hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften stärker in die Pflicht nimmt, um BezieherInnen niedriger Einkommen durch Ausweitung kostenlose staatlicher Leistungen, gezielter Sozialpolitik und Infrastrukturdienstleistungen zu niedrige Einkommen entlasten, ist überfällig. Eine solidarische Bildungsfinanzierung wie wir sie uns vorstellen, muss staatlich und solide sein, denn Bildung ist der Motor und Antrieb einer Gesellschaft.

120 Bildung war, ist und wird der Garant für Wohlstand auf der ganzen Welt. Sie ist unser wichtigster Rohstoff und sowohl Exportschlager als auch Magnet für schlaue Köpfe aus aller Welt. Demzufolge ist eine ausreichende Finanzierung unabdingbar. Im internationalen Vergleich sind die deutschen Bildungsausgaben verschwindend gering.

125 Der Staat darf im Bereich der Bildung keine Verantwortung aus der Hand geben, dazu ist dieses Ressort einfach viel zu wichtig!

*Antragsbereich B/ Antrag 10*  
*Landesverband Bayern*

**"Europabildung an der Schule" endlich umsetzen**

Die SPD im Bundes- und Landtag, sowie in Regierungsverantwortung, setzt sich für eine sofortige und umfassende Umsetzung der KMK-Empfehlung "Europabildung in der Schule" vom 8. Juni 1978, in der Fassung vom 5. Mai 2008, ein. Die Umsetzung der Empfehlung muss durch Berichterstattungen überprüft werden. Bereits 1978 hat die Kultusminister\_innenkonferenz einen bis heute gültigen Beschluss erlassen und 1990 und 2008 sogar noch bestätigt und überarbeitet. Sie empfiehlt unter anderem, auch in Fächern wie Mathematik und Deutsch, "auf aktive Beiträge zur Förderung des europäischen Bewusstseins" nicht zu verzichten, in der Lehrer\*innenaus- und Weiterbildung mehr auf Europa einzugehen, und den bilingualen Unterricht zu fördern.

Deswegen fordern wir die Genoss\*innen in den Landtagen, in den Landesregierungen, im Bundestag und in der Bundesregierung dazu auf, die KMK-Beschlüsse endlich umzusetzen und dem europäischen Projekt den Platz in den Lehrplänen einzuräumen, den es verdient.

**"Europabildung an der Schule" endlich umsetzen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

## Europapolitik (EU)

### Antragsbereich EU/ Antrag 1

Ortsverein Hünxe (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

#### Europa- und Asylpolitik

Der Bundesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschließt, folgende Punkte zum Themenfeld „Europa- und Asylpolitik“ in das Regierungs- und Wahlprogramm für die Bundestagswahlen 2017 aufzunehmen:

5

1. Die Grundwerte der europäischen Union (EU) stärker vermitteln.

10

Die EU ist mehr als nur ein „Bürokratiemonster“. Die deutsche Politik muss den Bürgern das Bewusstsein vermitteln, dass es in der EU um Grundwerte wie Reisefreiheit, Bildungsfreiheit, die kulturelle Vielfalt, das Recht auf Arbeit als Voraussetzung für wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand, um Mitsprache in der Weltpolitik und nicht zuletzt insbesondere um die Bewahrung des Friedens in Europa und der Welt geht. Vorurteile sind abzubauen und tatsächliche Probleme zu benennen. Verbesserungsvorschläge zur Weiterentwicklung der EU von einer dominierenden Wirtschaftsunion zur Sozialunion sind dabei angemessen zu berücksichtigen.

15

20

2. EU-Parlament und EU-Regierung

Damit die EU handlungsfähiger werden kann, sind parlamentarische Reformen dringend erforderlich. Das europäische Parlament ist zu einer echten Legislative, aus deren Mitte eine Regierung gewählt wird, weiter zu entwickeln. Aufstrebende Regionen und die Globalisierung erfordern ein gemeinsames europäisches Regierungshandeln, auch in der Außenpolitik durch ein EG-Außenministerium. Eine europäische Verfassung ist wesentliche Voraussetzung für ein gemeinsames Handeln der EU.

25

30

3. Sozialgerechte EU-Wirtschaftspolitik

Die wirtschaftsliberale EU-Handelspolitik ist zu einer sozialen Marktwirtschaft weiter zu entwickeln. Die unterschiedliche nationale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist entsprechend zu regulieren und anzupassen, wobei die soziale Sicherheit der Menschen vorrangig zu gewährleisten ist.

35

40

4. Asylpolitik

In der Flüchtlingspolitik müssen vorrangig die Fluchtursachen bekämpft werden. Dazu ist die nationale Entwicklungshilfe auf allen Ebenen (wirtschaftlich und finanziell) auszubauen und um friedenssichernde (UNO) Maßnahmen in den Krisenländern selber zu ergänzen. Ein gerechter Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge in den

45

#### Europa- und Asylpolitik

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

EU-Mitgliedsstaaten bleibt unerlässlich.

*Antragsbereich EU/ Antrag 2*

*Kreis II Altona (Landesorganisation Hamburg)*

**Verhandlungsmandat der EU-Kommission für TTIP**

Das Verhandlungsmandat der EU-Kommission für die 2013 begonnenen Verhandlungen mit den USA um das TTIP-Abkommen werden wir für beendet erklären. Ohne ein neues Verhandlungsmandat, das Transparenz und demokratische Beteiligung der Öffentlichkeit garantiert und einen fairen Welthandel zum Ziel hat, wird die EU keine neuen Verhandlungen um das TTIP-Abkommen aufnehmen. Diese Forderungen sollen auch Eingang in das Wahlprogramm 2017 finden.

5

**Verhandlungsmandat der EU-Kommission für TTIP**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich EU/ Antrag 3*

*Bezirk Nord-Niedersachsen*

**Vertrauen zurückgewinnen – die Lehren aus TTIP und CETA ziehen**

Die Auseinandersetzung um die Freihandelsabkommen TTIP und CETA sowie die leider weniger beachteten Abkommen der EU mit afrikanischen Ländern (EPA) haben gezeigt, dass es bei der Aushandlung solcher Abkommen durch die Europäische Kommission massive Transparenz- und Demokratiedefizite gibt und darüber hinaus von den EU Institutionen einseitig einer neoliberalen Wirtschaftsideologie gefolgt wird, die Arbeitnehmerrechte sowie Verbraucher- und Umweltschutzstandards den Profitinteressen von (Groß-)Unternehmen unterordnet.

5

10

**Vertrauen zurückgewinnen – die Lehren aus TTIP und CETA ziehen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Wir fordern den SPD Bundesvorstand auf, im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 für künftige Handelsabkommen der EU verbindliche Mindeststandards in den Bereichen öffentliche Daseinsfürsorge, Arbeitnehmerrechte, Sozialpolitik sowie Umwelt- und Verbraucherschutz festzulegen. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass Handelsabkommen mit Ländern der sogenannten ‚Dritten Welt‘ nicht mehr dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung dieser Länder entgegenwirken. Generell muss eine stärkere demokratische Kontrolle der Europäischen Kommission gewährleistet werden.

15

20



Antragsbereich EU/ **Antrag 4**  
 Unterbezirk Düsseldorf (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

**Europa nach dem Brexit-Referendum: Grundrechte bewahren - Europa stärken**

**1. Werben für das Wesen der Europäischen Union**

5 Die Umsetzung der Entscheidung der britischen Wählerinnen und Wähler vom 23. Juni 2016, die Europäische Union (EU) verlassen zu wollen, wäre ein Verlust sowohl für Großbritannien als auch für die EU und Europa. Dies nicht allein aus ökonomischen Gründen. Die EU versteht sich als Gemeinschaft, die sich auf der Grundlage des kulturellen, religiösen und humanistischen Erbes unseres Kontinents zu einer Organisationsform des friedlichen Miteinanders der europäischen Völker entlang der unveräußerlichen Grundprinzipien von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten entwickelt hat. Die Idee eines vereinten Europas wurde in den letzten Jahrzehnten von Generation zu Generation weiterentwickelt, um den Menschen – anders als in den meisten Regionen der Welt – ein Leben in Würde, Wohlstand und ohne Repressionen zu ermöglichen. Die Entwicklung der europäischen Integration ist bislang eine große Erfolgsgeschichte und eine der glücklichsten Epochen der Geschichte Europas.

**2. Herausforderungen in der Europäischen Union proeuropäisch begegnen**

25 Mit der Entscheidung des britischen Volkes, den Austritt aus der EU einzuleiten, ist zum ersten Mal in der Geschichte der Union ein deutlicher Desintegrationsschritt zu verzeichnen. Diese Zäsur offenbart ein tiefes Unbehagen der Menschen gegenüber der EU und den politischen Eliten. In keinem Fall darf der anstehende Brexit mit einem „business as usual“ beantwortet werden, weder durch die EU und ihre Institutionen, noch durch die europäischen Bürgerinnen und Bürger. Die Adressaten (ebenso wie alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten) müssen in Zeiten, in denen Populisten vielerorts gegen die EU polemisieren, umso mehr um ein Europa kämpfen, das nach wie vor der Garant für Frieden, Wohlstand und eine bessere Zukunft ist.

**3. Demokratische Entscheidungen respektieren**

40 Art. 50 Abs. 1 des EU-Vertrags ermöglicht jedem Mitgliedstaat, aus der Union auszutreten. Der EU-Vertrag und der Geist Europas gebieten daher, die britische Entscheidung zu respektieren. Sie gebieten aber auch, dass das Vorgehen entlang der dafür in den Verträgen vorgesehenen Verfahren erfolgt.

**4. Europäische Prinzipien bei der Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Staaten aufrechterhalten**

50 Die Mitglieder der Europäischen Union genießen die Vorteile einer engen politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Dazu gehören miteinander verwobene

**Europa nach dem Brexit-Referendum: Grundrechte bewahren - Europa stärken**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

ne Rechte und Pflichten. Daher wäre es unzulässig, die Vorteile der Mitgliedschaft in der Union zu entwerten, indem man Staaten, die nicht Mitglied der Union sein wollen, einseitig Rechte zugesteht, sie aber von gemeinsamen Pflichten freistellt. Somit ist z. B. sicherzustellen, dass ein uneingeschränkter Zugang zum Europäischen Binnenmarkt die Pflicht beinhaltet, alle vier ökonomischen Grundfreiheiten (freier Warenverkehr, Dienstleistungsfreiheit, Personenfreizügigkeit, freier Kapital- und Zahlungsverkehr) uneingeschränkt zu gewährleisten. Eine „Rosinenpickerei“ ist durch die Adressaten zu vermeiden.

55

60

65 **5. Den innereuropäischen Frieden als Kern des Europäischen Projekts wieder ins Bewußtsein rufen**  
 Die Europäische Union verdient es, dass man sich zu ihr bekennt. Das Friedensprojekt mag derart erfolgreich gewesen sein, dass dieser Aspekt – fälschlicherweise – als selbstverständlich und unumkehrbar betrachtet wird. Fakt ist aber, dass das Grundprinzip des friedlichen und solidarischen Ausgleichs von Interessen immer wieder neu geübt werden muss. Dies gilt umso mehr in einer stark gewachsenen EU.

70

75 **6. Neue Ansätze für eine solidarische Wohlfahrtsförderung entwickeln**  
 Als Wohlfahrtsprojekt scheint die EU gegenwärtig nur einzelnen Mitgliedstaaten, wie Deutschland, zu dienen. Ein Blick auf die ökonomische Situation von Ländern wie Portugal, Spanien und Griechenland in den 70er Jahren lässt derartige Vermutungen zwar verstummen, auch hier sind unzweifelhaft große Aufholprozesse zu verzeichnen. Dennoch hat die Weltfinanz- und die folgende Staatsschuldenkrise viele Mitgliedstaaten derart getroffen, dass die ökonomischen Folgen heute bei weitem noch nicht bewältigt sind. Wo 20, 30 oder gar 50% der jungen Menschen ohne Arbeit sind, kann aus einer ökonomischen Katastrophe schnell eine politische Destabilisierung werden. Hier ist die EU gefordert. Es gehört zu einer Gemeinschaft, solidarisch Krisen zu bewältigen, ohne eine Transferunion zu etablieren (analog zu einem Länderfinanzausgleich). Armutsmindernde und beschäftigungsfördernde Maßnahmen sind möglich, indem länderübergreifende Projekte (Verkehr, Energie, Digitalisierung) umgesetzt werden, die allen gleichermaßen zugutekommen und gemäß der wirtschaftlichen Leistungskraft ungleich finanziert werden. Eine regelgeleitete Fiskalpolitik ist dabei in einer Währungsunion ohne Alternative. Gleichzeitig zeigt sich unbestreitbar, dass die bislang verordnete Austeritätspolitik sich als alleiniger Ansatz nicht bewährt hat.

80

85

90

95

100

105 **7. Angleichen der Lebensverhältnisse im Hinblick auf Beschäftigung und EU-Migration**  
 Die Europäische Union ist eine politische Gemeinschaft, fußend auf gemeinsamen Werten der Aufklärung. Un-

geachtet nationaler Vielfalt bei der Umsetzung des Gemeinschaftsgedankens muss es das Ziel dieser Gemeinschaft sein, die Lebensverhältnisse einander anzugleichen. Insbesondere einer armutsbedingten Migration, einer Jugendarbeitslosigkeit vor allem in den südlichen Staaten der Gemeinschaft und einer Abwanderung der qualifizierten Arbeitskräfte (Brain Drain) ist daher entgegenzuwirken. Es ist eine gemeinsame Aufgabe, in den einzelnen Ländern der Union Verhältnisse zu etablieren, die in einer Gemeinschaft sozial und ökonomisch kompatibler Staaten münden. Unterschiede sind tragbar, eine Kluft zwischen Mitgliedern der Union ist es nicht.

**8. Gemeinsame Interessen gemeinsam durchsetzen**

Einfluss bedarf der Stärke. Hinsichtlich geographischer Ausdehnung und Personenzahl sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union im globalen Maßstab nur eine vernachlässigbare Größe. Stark ist die Union ökonomisch sowie in Bezug auf die Umsetzung der Menschen- und Grundrechte. Wenn wir diesen Einfluss nicht verlieren wollen, können wir dem „Rest der Welt“ in einer multipolaren Weltordnung, in der sich die Gewichte in den kommenden Jahrzehnten noch gravierend verschieben werden, nur als Gemeinschaft begegnen; jeder europäische Nationalstaat wäre einzeln dazu nicht in der Lage. Deshalb ist ein uneingeschränktes Bekenntnis zur Europäischen Union nicht nur eine Frage moralischer Aufrichtigkeit, sondern eine Frage der existentiellen Notwendigkeit.

**9. Stärken der konkreten Handlungsfähigkeit durch die sogenannte „Verstärkte Zusammenarbeit“**

Die Europäische Union braucht zu diesem Zweck dringend eine größere Problemlösungs- und Handlungsfähigkeit in drängenden Fragen. Allzu oft blockieren sich die Mitgliedstaaten im Rat gegenseitig oder sind in höchst unterschiedlichem Maße bereit, gemeinsame Lösungen zu finden. Dies ist nicht akzeptabel. Deshalb sind die Adressaten aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass diejenigen Mitgliedstaaten, die in einem Politikfeld voran gehen wollen, dies auch entschlossen tun. Schon mehrfach hat ein Voranschreiten einer Gruppe von Mitgliedstaaten Fortschritte ermöglicht, denen sich nach und andere Mitgliedstaaten anschlossen. Intergouvernementelle Vereinbarungen (solche zwischen Nationalstaaten) sind in diesem Kontext abzulehnen. Die in Art. 20 EU-Vertrag sowie in Art. 326 bis Art. 334 AEU-Vertrag vereinbarte „Verstärkte Zusammenarbeit“ erlaubt, die pragmatische Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit einer Gruppe von Mitgliedstaaten im Rahmen der Verträge und der gemeinschaftlichen Verfahren. Dies ist das Mittel der Wahl, um die Handlungsfähigkeit der Union zu demonstrieren. Verstärkte Zusammenarbeit ist vereinfachte Zusammenarbeit. Unmittelbar umsetzbare Handlungsfelder

165 sind z. B. die Bereiche Innere Sicherheit, Terrorabwehr, Außenbeziehungen und Migration. Wesen und Ausmaß dieser Phänomene kann ausschließlich durch gemeinsames Handeln der Europäer wirksam begegnet werden.

170 **10. Aktives Einbinden der Zivilgesellschaft durch gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen**

175 Die Europäische Union hat die Menschen auf ihrem Territorium einander nähergebracht. Der Wegfall von Grenzen, eine einheitliche Währung (in 19 von zur Zeit 28 Mitgliedstaaten), ungehindertes Reisen, Lernen und Arbeiten sowie eine Vielzahl gemeinsamer Projekte haben die jeweils nationale Identität nicht verdrängt, sondern eine zusätzliche europäische Identität wachsen lassen.

180 Angesichts der zunehmenden Etablierung nationaler und nationalistischer Bestrebungen gilt es, auch außerhalb der Arbeit politischer Parteien zivilgesellschaftliche Gruppen einzubinden, um gemeinsam mit allen Kräften für den Erhalt und die fortschreitende Entwicklung der Europäischen Union einzustehen. Daher sind die Adressaten (ebenso wie alle Gliederungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands) aufgefordert, gemeinsam mit Vereinen, Verbänden, Unternehmen, den IHKs und Handwerkskammern, den Städtetagen, dem DIHK etc. 185  
190 Veranstaltungen ins Leben zu rufen, die der Öffentlichkeit unmittelbar aufzeigen, wie europäisch auch lokale Institutionen sind, welche Vorteile bestehen, nur weil es eine Europäische Union gibt und welche Vorteile die Union den Bürgerinnen und Bürgern im alltäglichen 195  
195 Leben bietet, wie z. B. das Programm „Erasmus+“ oder der Europäische Sozialfonds ESF. Dabei sollen auch Argumente vermittelt werden, warum unsere gemeinsamen Werte von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Liberalität wichtig sind.

200 **11. Nationale Entscheidungen nicht der Europäischen Union vorwerfen**

205 Dem Mythos der vermeintlich unfähigen Europäischen Kommission ist entgegenzuwirken. Die Kommission mag Fehler machen, aber sie funktioniert. Oft sind es die europäischen Nationalstaaten, die im Rat nicht zu einer Entscheidung kommen, oder schlimmer noch, sich zu einer getroffenen Entscheidung nicht bekennen. Dieses sogenannte „scape goating“ muss endlich ein Ende 210  
210 haben. Kurzum. Es ist die Aufgabe der Adressaten, von nationalen Politikern und Politikerinnen einzufordern, zu ihren Entscheidungen oder auch Blockaden zu stehen. Erst dann können die Bürgerinnen und Bürger erkennen, dass nicht immer die EU oder die Kommission zu kritisieren sind, sondern die nationalen Entscheidungsträger im Rat der Europäischen Union bzw. im Europäischen Rat. Ansonsten wird die EU weiter diskreditiert. 215

- 220 **12. Vertiefung des Demokratisierungsprozesses der Europäischen Union als permanente Aufgabe**  
 Positionen, Zuständigkeiten und Rechtsnormen der Europäischen Union werden durch demokratisch legitimierte Repräsentanten geregelt. Sie sind somit demokratisch legitimiert (zur Erinnerung: auch Kabinettsmitglieder eines Staates oder der meisten Teilstaaten werden ernannt). Es fehlt jedoch ein garantiertes Initiativrecht für das Europäische Parlament, das in den nationalen Parlamenten ein fundamentales Recht darstellt.
- 225 Die Adressaten sind daher aufgerufen, sich bereits mittelfristig dafür einzusetzen, die Demokratisierung der Institutionen fortzusetzen.
- 230

*Antragsbereich EU/ Antrag 5  
 Landesverband Berlin*

**Für eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik in der EU**

Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion und der Bundesvorstand der SPD sowie die Mitglieder der SPD-Fraktion im Europäischen Parlament werden aufgefordert, sich für ein gemeinsames Vorgehen der europäischen Sozialdemokratie in der EU-Flüchtlingspolitik einzusetzen, das sich an folgenden Grundsätzen und Einzelforderungen orientiert:  
 Sichere und legale Zugangswege in die EU schaffen. Wir fordern sichere und legale Einreisewege in die EU zu schaffen, etwa durch humanitäre Visa sowie geregelte, zügige und transparente Einreiseverfahren für alle Formen und Stationen der unfreiwilligen Migrationsbewegung. Anträge zu einem Asylverfahren sollen einem jeden flüchtenden Menschen entlang seiner Fluchtroute ermöglicht werden, unabhängig davon, ob er bzw. sie sich innerhalb oder außerhalb des EU-Raumes befindet. Dabei sollte auch die Möglichkeit eingerichtet werden, beispielsweise in Botschaften oder in den Zentren des UNHCR Asylanträge zu stellen.

5  
10  
15  
20  
25  
30  
35

Die Situation in den Hot Spots verbessern

- Wir wenden uns im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention (Non-Refoulement-Gebot) gegen Forderungen nach einer
- Rückschiebung der im Mittelmeer aufgegriffenen Geflüchteten in Auffanglager außerhalb der EU.
- Wir fordern eine Verbesserung der humanitären Situation in den bestehenden Hot-Spots im Sinne einer menschenwürdigen Unterbringung und medizinischen Versorgung und die Erfüllung der menschlichen Grundbedürfnisse. Gleichzeitig fordern wir die Einhaltung rechtsstaatlicher Verfahrensgrundsätze bei der Bearbeitung von Asylanträgen.
- In der Bearbeitung der Asylanträge sind kompetente Fachkräfte vor Ort einzubeziehen. Für die Ausbil-

**Für eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik in der EU**

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP

derung und Einstellung örtlicher Fachkräfte hat die EU mit entsprechenden Ressourcen zu sorgen.

- 40 Keine Einschränkung des Familiennachzugs für  
Geflüchtete mit anerkanntem Status  
Wir fordern, allen Geflüchteten mit einem anerkannten  
Schutzstatus (anerkannte Asylberechtigte, Geflüchtete  
45 sowie Geflüchtete mit subsidiärem Schutz) das Recht  
auf Familiennachzug zu gewähren.

Für eine faire Verantwortungsverteilung in Europa

- 50 • Wir fordern, den von der EU beschlossenen Umverteilungsmechanismus zwischen den EU-Staaten faktisch umzusetzen.
- Wir fordern zudem die Einrichtung eines EU-Fonds bei der EU, bei dem sich EU-Staaten bewerben können, die zusätzlich Menschen mit anerkanntem Flüchtlingsstatus aus Griechenland und Italien aufnehmen wollen. Auf diese Weise können diese Staaten auch der Erfüllung der Zusage von 2015 zur Aufnahme von 160.000 Flüchtigen aus Griechenland und Italien näherkommen.
- 60 • Dieser Fonds sollte aber auch für Kommunen innerhalb der gesamten EU geöffnet werden, die bereit sind, in Eigeninitiative und oft auch im Widerspruch zur jeweiligen nationalen Flüchtlingspolitik, geflüchteten Menschen in ihren Mauern Zuflucht zu bieten. Gemeinden, die bereit sind, freiwillig Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren, sollen nicht nur die entstehenden Kosten erstattet bekommen, sondern darüber hinaus auch Mittel erhalten, die sie für die Verbesserung der kommunalen Infrastruktur vor Ort (Schulen, Verwaltung, Gewerbeförderung) verwenden können. Schließlich übernehmen die Kommunen ohnehin die Hauptaufgabe der Integration. Durch ein positives Anreizsystem werden ihnen damit zugleich neue Handlungsspielräume eröffnet.
- 75 ○ Hierfür sollte eine europäische Finanzierungsbasis geschaffen werden. Die Gelder aus diesem Fonds können auch aus nicht abgerufenen Geldern in EU-Etats gespeist werden, ggf. auch aus Anleihen.
- 80 ○ Die Formalien und Abläufe zu Beantragung und zum Abrufen sollten idealerweise unkomplizierter sein, als es die Modalitäten bei bisher bestehenden Programmen vorsehen. Es sollte den Kommunen zudem ermöglicht werden, eigene integrierte Vorschläge für die Aufnahme und Integration von Geflüchteten zu machen, um nicht gezwungen zu sein, Anträge aufsplitten zu müssen. Die Evaluation dieser Maßnahmen soll über einen Governance-Trialog-Ansatz erfolgen, in dem neben den Kom-
- 85
- 90

- 95                   munen auch Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sowie Organisationen der Zivilgesellschaft (NGOs, Kirchen etc.) vor Ort eingebunden sind.
- 100                   ○ Diese Methode der Einbindung der Kommunen und der unmittelbaren Mittelabru-  
fung für beides, Unterbringungen von Geflüchteten und weitere Investitionen vor Ort, kann im Effekt sowohl Europa näher zu den Menschen bringen als auch den menschenrechtsorientierten Zusammenhalt der EU stärken.
- 105                   • Diese Initiative kann den EU-Staaten zudem helfen, ihre Zusagen vom September 2015 einzuhalten. Durch das Engagement von Kommunen, die im eigenen Interesse Flüchtlinge aufnehmen wollen, soll eine neue positive Dynamik „von unten“ ausgelöst werden.

*Antragsbereich EU/ Antrag 6*  
*Landesverband Berlin*

**Dublin IV ablehnen!**

Die Europäische Kommission hat Vorschläge zur Neufassung der sogenannten Dublin Verordnung vorgelegt, die wir in grundsätzlichen Punkten ablehnen.

- 5                   Wir fordern die sozialdemokratischen Abgeordneten im europäischen Parlament und im Bundestag, sowie die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder auf, die Vorschläge abzulehnen und Reformschritte vorzulegen, die ein solidarisches, faires und einheitliches Aufnahmesystem in Europa begründen. U. a. folgende Aspekte der Reformvorschläge lehnen wir aufs Schärfste ab:

- 10                   Keine Zulässigkeits- und Beschleunigte Verfahren  
In Anlehnung an die EU-Türkei-Vereinbarung soll bei jedem Asylantrag als erster Schritt geprüft werden, ob der Asylantrag zulässig ist. War der Asylsuchende vorher in einem „ersten Asylstaat“ (ein Land, wo die Person schon einen Schutzstatus zugesprochen bekommen hat) oder in einem „sicheren Drittstaat“ dann soll der Asylantrag als unzulässig erklärt werden. Kommt die Person aus einem „sicheren Herkunftsstaat“ dann soll auch in einem beschleunigten Verfahren der Antrag abgelehnt werden. Auf europäischer Ebene sollen „sichere Dritt- und Herkunftsstaaten“ festgelegt werden. Wir lehnen die Idee der „sicheren Herkunftsstaaten“ wie schon auf Bundesebene auch auf europäischer Ebene und die Zulässigkeitsverfahren ab.
- 15
- 20
- 25

Ermessenklausel und Fristen für Wiederaufnahmege- such und Überstellung erhalten

- 30                   Mithilfe der Ermessenklausel hat Deutschland 2015 die Dublin-Verfahren bezüglich syrischer Flüchtlinge aus- gesetzt und aus humanitären Gründen die Zuständigkeit für diese übernommen. Mit Dublin IV soll dies nicht

**Dublin IV ablehnen!**

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD- Abgeordnete im EP

- 35 mehr möglich sein. Auch sollen die Fristen entfallen, nach denen ein Wiederaufnahmegesuch an den Ersteinreisestaat gestellt oder eine Überstellung durchgeführt werden muss. Somit wird den Staaten an den EU-Außengrenzen die permanente Verantwortung übertragen. Beide Änderungen lehnen wir ab.
- 40 Korrekturmechanismus für Zuweisung von Asylsuchenden kein Ansatz für solidarische Verteilung Der Vorschlag zur Verteilung von Asylsuchenden zur Entlastung der Staaten an den EU-Außengrenzen ist unzureichend und am Ende wahrscheinlich kaum wirksam.
- 45 Die Korrektur beschränkt sich zum einen nicht auf den Großteil der Anträge – die, die wahrscheinlich als unzulässig erklärt werden, sind nicht beinhaltet. Eine Verteilung wird darüber hinaus erst ab einer Überschreitung der Zielgröße von über 150%, für die der jeweilige Staat laut Quotenverteilung (nach Bevölkerungsgröße und Gesamt-BIP) zuständig wäre, gestartet. Die Verbindlichkeit an der Verteilung ist weiterhin dürrftig geregelt und Ausstiegsmöglichkeit durch einen „Solidarbeitrag“ wird sicher ohne Wirkung bleiben. Wir wollen eine tatsächliche solidarische Verteilung, die auch den Bedürfnissen der Geflüchteten gerecht wird und diese berücksichtigt. Ein „Weiter so“ des nationalen Egoismus lehnen wir ab.
- 50
- 55
- 60 Sanktionierung von Sekundärmigration gehört gestrichen
- Asylsuchenden sollen im Falle, dass sie ihren Antrag nicht im Ersteinreise-Land gestellt haben durch beschleunigte Verfahren, die zu massiven Nachteilen führen werden, bestraft werden. Wenn Asylsuchen nicht im zuständigen Land bleiben, soll auch noch der Verlust aller „materiellen Leistungen im Rahmen der Aufnahme“ entfallen. Leistungsbegrenzung auf Basisleistungen für Geflüchtete dürfen nicht gegen bestehende Rechtsgrundlagen verstoßen. Diese harte Drangsalierung von Geflüchteten gehört gestrichen.
- 65
- 70

**Antragsbereich EU/ Antrag 7**

*Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Europäische Arbeitslosenversicherung einführen und soziale Dimension der EU stärken**

Wachsender Nationalismus und Populismus in Europa und das steigende Misstrauen gegenüber der EU zeigen: Wird die EU weiterhin in ihrem Fokus auf bisherige Politikfelder reduziert, so wird ihre Zukunft verspielt. Es wird Zeit, die soziale Dimension der europäischen Einigung, einer der größten politischen Errungenschaften der Welt, zu stärken. Dazu fordern wir die zukünftige Bundesregierung, die Europa-SPD sowie die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für die Schaffung einer

**Europäische Arbeitslosenversicherung einführen und soziale Dimension der EU stärken**

Überweisung an Europapolitische Kommission des SPD-Parteivorstandes

5



10 Europäischen Arbeitslosenversicherung einzusetzen.

*Antragsbereich EU/ Antrag 8  
 Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Für ein Europa mit Zukunft**

Der SPD-Bundesparteitag begrüßt Bürgerinitiativen wie „# pulse of Europe“ und deren Bemühungen um eine Neubelebung des Gedankens der europäischen Freundschaft. Wir sollten bei dem Ausdruck unserer Wertschätzung für die europäischen Errungenschaften aber nicht stehen bleiben, sondern fordern ausdrücklich dazu auf, konstruktive Kritik zu üben und Vorschläge zu ihrer Weiterentwicklung und Stabilisierung zu machen.

10 Europa steht unter Druck. Während von außen die weltpolitischen Herausforderungen an den Grenzen der Europäischen Union keinen Halt machen, geraten im Innern die Fundamente europäischer Werte und Zusammenarbeit ins Wanken. Das europäische Integrationsprojekt und mit ihm alle überzeugten Europäerinnen und Europäer stehen vor der gewaltigen Aufgabe, dem Gezerre von innen und den Kräften, die dieses Projekt zum Einsturz bringen wollen, zu widerstehen. Dass eine weit verbreitete EU-Skepsis oder gar Feindlichkeit und ein grassierender Rechtspopulismus überhaupt so viel Auftrieb bekommen, liegt nicht zuletzt auch daran, dass sich die EU und ihre Bürgerinnen und Bürger voneinander entfremdet haben und der Rückhalt für ein geeintes und politisches Europa schwindet. Dabei braucht die EU ihre Bürgerinnen und Bürger und diese wiederum profitieren von einer stabilen und wirkmächtigen Union. Es ist an der Zeit, die Europäische Union wieder als Chance für die Zukunft zu begreifen und für ein gestaltendes statt verwaltendes Europa einzutreten. Nur gemeinsam können die europäischen Staaten im globalen Kontext ihre grundlegenden gesellschaftlichen Werte und Interessen wirkungsvoll wahren. Ohne Frage können wir dabei auf den Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte aufbauen. Viel wurde bislang erreicht und die europäische Einigung hat zu einer einmaligen Periode des Friedens beigetragen. Doch allein auf den Erfolgen der Vergangenheit dürfen wir uns nicht ausruhen. Die Idee europäischer Zusammenarbeit muss weitergedacht und vertieft werden. Die Sozialdemokratie muss sich dafür einsetzen, dass die Europäische Union sozialer, demokratischer und in ihrem Funktionieren nachvoll-

**Für ein Europa mit Zukunft**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

ziehbarer wird.

45 Für ein sozialeres Europa

Zweifellos hat die Politik der Europäischen Union zahlreiche und spürbare Erfolge vorzuweisen. Sie hat sich zum erfolgreichsten Wirtschaftsraum der Welt entwickelt und erheblich zu Wohlstand und Entwicklung in ihren Mitgliedsstaaten beigetragen. Doch trotz alledem ist der nicht ganz unberechtigte Eindruck entstanden, dass die europäische Politik vor allem die Interessen von Unternehmen im Blick hatte und auch die Mitgliedsstaaten die europäische Bühne eher nutzen, um ihre eigenen wirtschaftlichen und nationalen Interessen durchzusetzen und sogar gegeneinander auszuspielen. Die letzten Jahre – geprägt von Finanzkrise, massenhafter Jugendarbeitslosigkeit, Stagnation und prekären Arbeitsverhältnissen – haben gezeigt, dass diese Politik dem europäischen Zusammenhalt einen Bärendienst erwiesen hat. Europa läuft Gefahr, auseinanderzubrechen. Darum bedarf es einer Vertiefung der europäischen Integration durch eine soziale Dimension! Die Staaten Europas müssen mehr Solidarität wagen: sowohl untereinander als auch gegenüber allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern. Die Mitwirkung in der Europäischen Union darf am Ende nicht allein in einer rein ökonomischen Kosten-Nutzen-Rechnung münden, sondern muss sich an einem europäischen Gemeinwohl orientieren. Dazu gehört, neben dem zivilen Frieden auch sozialen Frieden zu fördern und zu schaffen. Damit dies gelingt, muss die EU eine soziale Ausrichtung ihrer Politik vorantreiben und mit sozialpolitischen Maßnahmen einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit in und zwischen den Mitgliedsstaaten leisten. Insgesamt muss jede Bürgerin, jeder Bürger und jeder Staat vom europäischen Projekt profitieren können. Durch einen europäischen Solidarpakt, der die sozialstaatlichen Instrumente der Mitgliedsstaaten ergänzt und die Menschen vor den Auswirkungen ökonomischer Krisen und Fehlentwicklungen schützt, kann ein großer Wurf hin zu mehr Gerechtigkeit in der EU gelingen. Ein derartiges Projekt muss mit Priorität vorangetrieben werden.

85 Für ein demokratischeres Europa

Europa krankt jedoch nicht allein an seinen immensen inneren Ungleichheiten. Auch mit Blick auf ein Mehr an Demokratie ist ein großer Sprung längst überfällig. Schon ein Blick auf die Wahlbeteiligungen bei den Wah-

95 len zum Europäischen Parlament zeigt, dass die Menschen die demokratische Qualität der EU nicht ernst nehmen und sich durch „Brüssel“ kaum repräsentiert fühlen. Die Politikgestaltung auf europäischer Ebene wird vielfach als intransparent, bürgerfern und elitär wahrgenommen. Das muss sich ändern! Die EU kann ihre Glaubwürdigkeit nur zurückgewinnen und den Anspruch aufrechterhalten, die Interessenvertreterin
   
 100 der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu sein, wenn die Belange der Menschen auch wirkmächtig repräsentiert und erkennbar in den politischen Prozess eingespeist werden. Dies kann nur durch die Schaffung eines echten parlamentarischen Regierungssystems gelingen,
   
 105 in dem die Kommission als europäische Regierung direkt dem Europäischen Parlament verantwortlich ist und von den Abgeordneten sowohl gewählt als auch abberufen werden kann. Das Parlament muss der zentrale Gesetzgeber im politischen System der EU werden – mit allen parlamentarischen Kontroll- und Mitwirkungsrechten. Damit das Parlament zum Repräsentanten aller Europäerinnen und Europäer wird, brauchen wir ein einheitliches europäisches Wahlrecht, transnationale Kandidatenlisten der europäischen Parteien und basisdemokratisch gewählte Spitzenkandidaten, die um das Amt des EU-Regierungschefs in einem echten politischen Wettbewerb konkurrieren. Erst wenn politische Alternativen zur Wahl stehen, die Verantwortlichkeit politischer Entscheidungen für die Wählerinnen und Wähler ersichtlich ist und politisches Handeln von ihnen sanktioniert werden kann, wird auch die Legitimität der EU und ihrer Politik an Zuspruch gewinnen.

125 Für ein transparenteres Europa
   
 In den letzten Jahren wurde viel dafür getan, die politischen Strukturen und Prozesse der EU sichtbarer und verständlicher zu machen. Das allein reicht aber noch nicht aus! Die institutionellen Strukturen und Verfahren sind so komplex, dass sie nur noch von wenigen Experten durchschaut werden können. Verdruss ist damit vorprogrammiert. Denn für demokratische Gesellschaften ist die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen und ihres Zustandekommens unverzichtbar. Daher müssen sich die Mitgliedsstaaten gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, der Kommission und der Zivilgesellschaft auf den Weg begeben, der Europäischen Union eine klare, nachvollziehbare und transparente Verfassung zu geben, die die politischen Kompetenzen sinnvoll ordnet und Entscheidungsstrukturen verein-
   
 130
   
 135
   
 140

facht. Dazu gehört, die verschiedenen Politikbereiche entweder in rein europäische oder nationale Verantwortung zu geben und mit einer Verästelung der Zuständigkeiten ein Ende zu machen. Die Bürgerinnen und

145 Bürger müssen wissen können, wer was wie entscheidet. Der Schritt hin zu einem föderalen politischen System unter Berücksichtigung bürgernahe, kommunaler Strukturen ist die konsequente Weiterentwicklung der bislang erfolgten Integrationsarbeit. Aus dem diffusen

150 Zusammenspiel von Rat und Parlament sollte ein durchschaubares und scharf konturiertes Zweikammern-System entstehen, in dem der Rat die Belange der Mitgliedsstaaten und das Parlament die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Europas vertritt.

155

Es ist Zeit zu handeln! Die Repräsentanten der EU und die Regierungen der einzelnen Mitgliedsstaaten müssen ihrer Verantwortung für die Zukunft eines geeinten Europas gerecht werden und – auch in schwierigen

160 Zeiten – eine Neuordnung wagen, die für die Herausforderungen einer aus den Fugen geratenen Welt gewappnet ist.

*Antragsbereich EU/ Antrag 9  
Landesverband Bayern*

<p><b>Wachstum stärken – Ungleichgewichte abbauen – Wirtschaftspolitik europaweit koordinieren</b></p> <p>Die Ursachen der Euro-Krise beseitigen: Für eine tragfähige und soziale Architektur der Eurozone</p>	<p><b>Wachstum stärken – Ungleichgewichte abbauen – Wirtschaftspolitik europaweit koordinieren</b></p> <p>Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>
--	--

5 Die bisherigen Lösungsansätze zur Überwindung der Eurokrise verfehlen die eigentlichen Ursachen, gehen zu Lasten der Lebens- und Arbeitsperspektiven vieler Millionen Menschen, schaffen kein ausreichendes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum und bedrohen auf diese Weise den Bestand der Währungsunion und der EU als

10 Ganzes. Ein Auseinanderbrechen der Eurozone würde unvorhersehbare wirtschaftliche Risiken für Europa und die Weltwirtschaft bedeuten. Von der damit verbundenen politischen Dimension eines gespaltenen Europa ganz zu schweigen. Als Europapartei der ersten Stunde

15 werden Sozialdemokraten eine Spaltung Europas niemals akzeptieren. Es ist die historische Aufgabe der SPD, neu aufkeimenden, rückwärtsgewandten Nationalismus entschlossen in die Schranken zu weisen.

20 Doch dazu muss Europa endlich einen sozialverträglichen Pfad aus der Eurokrise einschlagen und die gravie-

renden Konstruktionsfehler der Währungsunion konsequent beseitigen:

– Die Kritik an einer einseitig auf Kürzungen der Lohn- und Sozialeinkommen abzielenden Politik reicht quer durch sämtliche ökonomische Schulen, wie die Tagung der Wirtschaftsnobelpreisträger im Juli 2014 in Lindau eindrucksvoll dokumentiert hat. Europa braucht vor-

25 dringlich eine gemeinsame Wachstums- und Investitionsstrategie, eine Rückkehr zum Primat der Politik gegenüber den Finanzmärkten, mehr Koordinierung und Harmonisierung sowie institutionelle Reformen. Not-

30 wendige Strukturreformen zur Überwindung von je besonderen nationalen Entwicklungsblockaden (z.B. Immobiliensektor in Spanien, effektive Verwaltungen in

35 Italien oder Griechenland, Bekämpfung von Korruption und Steuerhinterziehung u.a.) können ihre Wirksamkeit am besten entfalten, wenn sie in eine Wachstumsstrategie eingebettet sind.

Die Webfehler der Währungsunion bestehen in der

40 mangelnden politischen Koordination der makroökonomischen Größen und in der Institutionalisierung einer neoliberalen Wirtschaftsdoktrin. Mit Blick auf die Leistungsbilanzen, die Lohn- und Inflationsentwicklung sowie auch auf die Steuerharmonisierung muss der

45 sukzessive Abbau der bestehenden Ungleichgewichte konsequent ins Visier genommen werden. Die wirtschafts- und steuerpolitische Integration muss entscheidend vertieft, Europa mithin zu einer echten Wirtschafts- und Sozialunion weiterentwickelt werden. Eine

50 regelgebundene Finanzpolitik und Schuldenabbau sind in diesem Rahmen unverzichtbar. Doch genau deshalb müssen sich Sozialdemokraten in ganz Europa auf den Weg machen, eine zum Dogma geronnene und im Kern neoliberale Austeritätspolitik zu überwinden.

55 Denn die neoliberale Wirtschaftsdoktrin generiert aufgrund ihrer einseitigen Sparfixierung viel zu wenig Investitionsdynamik und Wirtschaftswachstum. Sie versperrt damit vor allem den Krisenstaaten die Möglichkeit, sukzessive aus der Verschuldung herauszuwachsen zu können. Zudem geht die Austeritätspolitik immer nur

60 zu Lasten der Lohn- und Sozialeinkommen der breiten Schichten und führt zum drastischen Abbau von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten. Europa braucht deshalb einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel für mehr Wachstum und Investitionen und eine

65 dauerhaft tragfähige Architektur der Eurozone. Ein sozialverträglicher Wachstumspfad aus der Eurokrise ist möglich.

70 I. Ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Europa

Es kommt entscheidend darauf an, europaweit abgestimmt für mehr realwirtschaftliches Wachstum zu sorgen, damit die Staaten sukzessive aus der Verschuldung herauswachsen können.

75 Europa braucht dringend eine europaweit koordinierte Wachstumsstrategie – etwa in Anlehnung und Fortschreibung der alten Pläne zum Ausbau der europäischen Infrastruktur von Jaques Delors. Der Juncker-Plan ist dafür kein Ersatz: Er zeigt zwar die richtige Einsicht, dass mehr Investitionen nötig sind, beschränkt sich dazu aber auf Umdeklarierung von Haushaltsmitteln und setzt auf die Hebelwirkung von Kreditmärkten, die gerade ihre Unfähigkeit erweisen, produktive Investitionen in Gang zu setzen.

85 Insbesondere für die Krisenländer gilt: ohne Wachstum keine Steuereinnahmen, ohne Steuereinnahmen keine erfolgreiche Konsolidierung. Diese Länder müssen deshalb wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehren können. Dieser Weg muss durch ein europäisches Programm für öffentliche Zukunftsinvestitionen unterstützt werden. Damit ein solches Investitionsprogramm tatsächlich eine spürbare Wirkung auf die europäische Wirtschaft hätte, müsste es ausreichend groß dimensioniert sein. Das Ausgabevolumen sollte dabei mindestens ein Prozent des Euro-Zonen-BIP, also rund 100 Milliarden Euro jährlich ausmachen. Gefordert ist in diesem Zusammenhang eine investitionsfördernde Reform des Fiskalpaktes. Denn die geltenden Fiskalregeln der EU ebenso wie die Vorgaben zur Haushaltssanierung durch die ESM-Programme und den IWF haben dazu geführt, dass in den vergangenen Jahren öffentliche Ausgaben in einer Art und Weise gekürzt wurden, die das Wirtschaftswachstum in Europa sowohl von der 100 Angebots- als auch von der Nachfrageseite stark belastet. So wurden unter anderem Ausgaben für öffentliche Investitionen in Infrastruktur ebenso massiv gekürzt wie Bildungsausgaben und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Sowohl in Deutschland als auch in der Eurozone insgesamt liegen die öffentlichen Nettoinvestitionen (also Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen für Abnutzung) nun im negativen Bereich. Sprich: die öffentliche Infrastruktur verfällt zusehends. Nach allen Erkenntnissen der neueren Wachstumstheorie sind allerdings gerade diese Ausgaben besonders wichtig für die Effizienz einer Volkswirtschaft, ihren technologischen Fortschritt und das mittelfristige Wachstumspotential. Ein europäisches Wach-

120 tumsprogramm muss deshalb entschieden daraufsetzen, diese öffentlichen, produktivitätssteigernden Ausgaben wieder zu erhöhen.

II. Ausgleich von Leistungsbilanzungleichgewichten durch mehr Binnennachfrage

125 Entscheidende Wachstumsimpulse für die Eurozone müssen von den Überschussländern ausgehen. Diese müssen ihre eigene Binnennachfrage und ihre Inlandsinvestitionen substanziell erhöhen, weil die Leistungs-

130 bilanzdefizitländer kaum eigene expansive Impulse setzen können. Vor allem Deutschland ist hier gefordert es muss seinen Niedriglohnsektor zurückdrängen, die öffentlichen Investitionen ausweiten und zudem über ein höheres Lohnniveau einen wesentlichen Beitrag zur

135 dauerhaften Erhöhung der Binnennachfrage leisten. Der Ausgleich der Ungleichgewichte kann nur beidseitig gelingen. Denn zum einen kann eine reine Abwärtsanpassung des Preis- und Lohnniveaus in den Krisenländern der Euro-Zone nicht gewünscht sein. Preis- und

140 Lohnsenkungen machen nämlich tendenziell die Bedienung der Schulden von Haushalten, Unternehmen und der öffentlichen Hand noch schwieriger, weil die reale Schuldenlast steigt. Dies führt zu weiteren Problemen im Bankensektor und zu einer dauerhaft gedämpften

145 gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Zum anderen wäre eine einseitige Anpassung der Krisenländer auch alles andere als nachhaltig: Denn die Eurozone insgesamt – deren Leistungsbilanz einigermaßen ausgeglichen ist – würde dann hohe Überschüsse im Handel mit anderen

150 Wirtschaftsregionen ausweisen und den Euro in eine massive Aufwertungstendenz bringen. Alle Bemühungen der Krisenländer, ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, würden durch eine Aufwertung konterkariert. Deshalb ist die makroökonomische Koordinierung von zentraler Bedeutung.

155

III. Steuer-, Lohn- und Sozialdumping verhindern

160 Die Eurozone muss eine gezielte Steuer-, Sozial- und Inflationskonvergenz anstreben. Es braucht harmonisierte Körperschaftssteuern mit vergleichbaren steuerlichen Bemessungsgrundlagen sowie Mindestlohnkorridore und Lohnleitlinien nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Es geht darum, ein Steuer- und Lohndumping

165 sowie die damit verbundenen unkoordinierten realen Abwertungen im Euroraum besser unterbinden zu können. Eine gemeinsame Währungsunion kann nur dann

170 funktionieren, wenn das vereinbarte Inflationsziel von  
 allen Mitgliedsstaaten verfolgt wird. Demnach muss  
 gewährleistet werden, dass jedes Land seine Löhne  
 jährlich in angemessenem Umfang steigert. Das bedeu-  
 tet insbesondere, dass Krisenstaaten, welche ein zu  
 hohes Lohnwachstum in der letzten Dekade generiert  
 haben, nun Lohnzurückhaltung üben müssen, während  
 175 in Überschussländern, insbesondere in Deutschland,  
 Lohnzuwächse von deutlich über zwei Prozent über den  
 Produktivitätszuwächsen realisiert werden müssen.

180 IV. Europäische Regulierung des Finanz- und Bankensek-  
 tors

Der Finanz- und Bankensektor muss einer strikten und  
 europaweit wirksamen Regulierung unterzogen und die  
 Verursacher der Finanzkrise über eine europaweite Fi-  
 185 nanztransaktionssteuer zur Tilgung der Staatsdefizite  
 herangezogen werden. Ohne Wirtschaftswachstum  
 kann die Konsolidierung dauerhaft nicht gelingen. Eine  
 weitere wichtige Bedingung für erfolgreiche Konsolidie-  
 rung besteht aber darin, ausreichende Steuereinnah-  
 190 men zu generieren. Deshalb müssen die Krisenverursa-  
 cher – die Finanzmärkte – an der Finanzierung der Kri-  
 senfolgen durch die Einführung der Finanztransaktions-  
 steuer beteiligt werden – konzipiert mit weiter Bemes-  
 sungsgrundlage und wenigen Ausnahmen. Der Steuer-  
 195 senkungswettbewerb bei Unternehmenssteuern ist zu  
 beenden, auch Großkonzerne und Vermögensmillionäre  
 müssen sich angemessen an der Finanzierung ihrer  
 Gemeinwesen beteiligen.

200 V. Schuldentilgung nicht zu Lasten des Wachstums

Die Refinanzierung der Krisenländer muss im Tausch  
 gegen glaubwürdige Verpflichtungen zum Schuldenab-  
 bau nachhaltig abgesichert werden wie dies etwa der  
 205 Sachverständigenrat mit dem sog. Schuldentilgungs-  
 fonds vorgeschlagen hat. Die übermäßige Verschuldung  
 der Euro-Länder jenseits einer Verschuldungsmarke von  
 60 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung kann  
 realistisch nur in einem Zeitraum von 20 bis 25 Jahren  
 210 auf Basis einer gemeinsamen Teilhaftung abgebaut  
 werden. Mit der Gründung eines sog. Schuldentilgungs-  
 fonds nach dem Vorschlag des deutschen Sachverstän-  
 digenrats kann die Haftung – anders als bei Eurobonds –  
 zeitlich wie volumenmäßig begrenzt und mit einer „kla-  
 215 ren, langfristigen und glaubwürdigen Verpflichtung  
 aller teilnehmenden Länder für den Schuldenabbau“



verbunden werden. Zudem muss die unabweisbar notwendige Umschuldung Griechenlands in Angriff genommen und die Rückzahlung der Kredite an das Wirtschaftswachstum gekoppelt werden, damit Anreize für wachstumsfördernde Maßnahmen geschaffen werden.

220 VI. Sparpolitik verschärft die wirtschaftlichen Probleme

225 Die Krisenländer haben bereits – zulasten ihres Wirtschaftswachstums – drakonische Sparmaßnahmen umgesetzt. Entgegen weitverbreiteter Annahmen hat vor allem Griechenland seine Ausgaben reduziert. Die Anzahl der öffentlichen Beschäftigten sank in Griechenland zwischen 2009 und 2014 von 907.351 auf 651.717.

230 Das ist ein Rückgang von 25 Prozent. Das staatliche Defizit betrug im Jahr 2009 noch 15,6 Prozent. Im Jahr 2014 sank es auf -2,5 Prozent. Kein Land der Welt hat sein Staatsdefizit in einem solchen Ausmaß und in derart kurzer Zeit reduziert. Von weiteren drakonischen Sparmaßnahmen bei den Masseneinkommen ist jedoch in der gesamten Eurozone unbedingt abzusehen. Andernfalls droht jederzeit der Rückfall in schwere Rezessionen. Eine erneute Rezession in den Krisenländern würde sämtliche Konsolidierungsbemühungen nahezu aussichtslos machen. Allerdings müssen die Krisenländer ihre Ausgabenpfade bei Löhnen und Staatsausgaben noch einige Jahre verlangsamen, um ihre Defizite zu verringern. Weitere absolute Absenkungen bei Staatsausgaben oder Löhnen müssen aber vermieden werden, vielmehr sind Zuwächse zur wirtschaftlichen Stabilisierung erwünscht, sie müssen aber unterhalb der „Normalzuwachsrate“ von Produktivität plus Zielinflationsrate bleiben.

240  
245  
250 VII. Soziale Rechte und demokratische Strukturen in der EU stärken

255 Die europäische Wirtschafts- und Finanzunion muss durch eine Sozialunion flankiert werden. Die sozialen Grundrechte, wie sie bereits in der EU-Grundrechtscharta angelegt sind, dürfen nicht den Marktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt untergeordnet werden, sondern müssen ihnen vorgehen. Mit einer sozialen Fortschrittsklausel muss dieses Prinzip vertraglich im europäischen Primärrecht festgeschrieben werden. In Europa muss gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Lohn- und Sozialdumping darf kein Raum gegeben werden. Dazu müssen auch die Spielräume für Mitbestim-

260  
265

270 mung in den europäischen Unternehmen erweitert, die  
 Rechte der europäischen Betriebsräte deutlich ausgebaut werden. Arbeitnehmer aus unterschiedlichen EU-  
 Staaten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen die Chance haben, ihre Interessen  
 gemeinsam zu vertreten. Politisch ausgestaltet werden muss die europäische Sozialunion vor allem dadurch,  
 275 dass soziale Ziele und Mindeststandards europäisch verbindlich vereinbart werden. In einem sozialen Stabilitäts-  
 pakt müssen Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben gemessen am BIP der jeweiligen  
 Staaten ebenso wie existenzsichernde Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedstaaten gemessen am jeweiligen nationalen  
 280 Durchschnittseinkommen festgeschrieben werden.  
 Die Realisierung einer solchen Sozialunion kann nicht gelingen im Rahmen einer autokratischen Wirtschafts-  
 und Finanzpolitik auf EU-Ebene, die ohne Mitbestimmung des Europäischen Parlaments und auch gegen  
 285 den Willen der nationalen Parlamente durchgesetzt wird und dabei neben dem forcierten Sozialabbau auch  
 Eingriffe in die Tarifautonomie und das Tarifvertragsrecht, Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst und Absenken des  
 Mindestlohns erzwingt und mit Privatisierungsmaßnahmen neue Anlagesphären fürs Finanzkapital  
 290 zulasten der Daseinsvorsorge schafft. Zugleich bemüht sich die EU, die Festlegung auf einen neoliberalen  
 Kurs zu verstärken: mit den verschiedenen verhandelten Freihandelsabkommen, mit weiteren Versuchen, den  
 europäischen Kapitalmarkt auszubauen und mit Fortführung einer Politik der Standortkonkurrenz zwischen  
 295 den Ländern und Regionen der EU – logische Folge der angestrebten „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“.  
 Nicht nur in den „Krisenländern“ erweckt dieses Vorgehen den Eindruck, die „nationalen“ Interessen seien  
 300 gegen die EU durchzusetzen. Dies führt zu merkwürdigen Ergebnissen wie beim Brexit – wo die Öffnung des  
 Arbeitsmarktes zum Argument gegen die EU wurde, obwohl die britische Regierung in diesem Punkt der EU-  
 305 Politik gerade nicht gefolgt war.  
 Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik muss als demokratischer Prozess erfolgen und nicht  
 als technokratische Durchsetzung vermeintlicher ökonomischer Sachzwänge. Die Politik der negativen Integ-  
 310 ration, die wachsenden Wohlstand und Kohäsion von freien Wirken der Marktkräfte erwartete, ist gescheitert.  
 Der Niedergang der europäischen Sozialdemokratie zeigt auch, dass unter diesen Voraussetzungen eine  
 Politik des sozialen Ausgleichs nicht mehr überzeu-

315 gend formuliert werden kann. Daher ist gerade die Sozialdemokratie im wirtschaftlich stärksten Land der EU gefordert, eine Alternative zu entwickeln, die Ziele der gesellschaftlichen Entwicklung wieder in den Mittelpunkt rückt.

*Antragsbereich EU/ Antrag 10*

*Ortsverein Michendorf (Landesverband Brandenburg)*

**Regeln für freien Welthandel**

Angesichts der protektionistischen Haltung der gegenwärtigen US-Regierung kommt einer Stärkung des internationalen Handels wachsende Bedeutung zu. Es ist daher zu begrüßen, dass die EU mit Japan ein Freihandelsabkommen (JEFTA) berät. Die Bedeutung eines derartigen Abkommens ist nicht zu unterschätzen. Die EU macht sich eine Studie von Copenhagen Economics von 2009 zu eigen, nach der die EU Ausfuhren nach Japan um 71%, und die Einfuhren aus Japan um 61% steigen könnten, wenn Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse abgebaut würden. Zu kritisieren ist allerdings, dass diese Verhandlungen wiederum geheim erfolgen. Man hat offenbar aus TTIP und CETA nichts gelernt.

5

10

15

20

25

Substantiell ist offenbar unsicher, ob Japan einen unabhängigen Handelsgerichtshof akzeptiert. Auch andere Fragen scheinen noch strittig zu sein, gleichwohl wird ein schneller Vertragsabschluss angestrebt. Wir fordern:

1. Die JEFTA-Verhandlungen sollen der Öffentlichkeit zugänglich sein. Das betrifft sowohl die Ergebnisse, als auch die Argumente. Der Bürger muss sich ein Bild machen können, was warum entschieden werden soll. Das gleiche gilt für alle anderen Freihandelsabkommen, die zur Entscheidung anstehen.

2. In den CETA-Verhandlungen ist es – nicht zuletzt durch Einwirken der SPD- gelungen, eine Reihe von Standards zu fixieren. Diese Standards dürfen in allen weiteren Abkommen nicht unterschritten werden. Das gilt zum Beispiel für den Investorenschutz, der nicht privaten Schiedsgerichten, sondern öffentlich bestellten Richtern anvertraut werden soll, und künftig auch eine Revisionsklausel vorsehen muss.

30

**Regeln für freien Welthandel**

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP

## Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Generations- und Seniorenpolitik (F)

Antragsbereich F/ Antrag 1  
Bezirk Braunschweig

5	10	15	20	25	30	35	<p><b>Familien unterstützen – gebührenfreie Kitas und Anspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschülerinnen und Grundschüler einführen</b></p> <p>Familien brauchen Zeit, Geld und Infrastruktur. Mehr Zeit für Familie – diesen Wunsch haben viele. Auch wenn die Sorgearbeit größtenteils noch immer von Frauen erbracht wird, vollzieht sich ein Wandel hin zu mehr Partnerschaftlichkeit. Befragungen zeigen: Eine große Mehrheit der Väter wünscht sich mehr Zeit für die Familie. Fast 60 Prozent der Väter möchte mindestens die Hälfte der Kinderbetreuung übernehmen. Inzwischen nimmt jeder dritte Vater neugeborener Kinder mit der Elternzeit eine berufliche Auszeit oder reduziert seine Arbeitszeit. Gleichzeitig möchten Mütter wieder mehr arbeiten. In den vergangenen Jahren ist der Anteil der berufstätigen Mütter kontinuierlich gestiegen: Von 59 Prozent im Jahr 2000 auf 67 Prozent im Jahr 2015.</p> <p>Ein Großteil der Eltern wünscht sich eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit. Die hohen Anforderungen in einer sich wandelnden Berufswelt und die Sorgearbeit in der Familie verursachen aber zunehmend Zeitkonflikte. Die enge Taktung des Alltags sowie hohe berufliche und familiäre Anforderungen machen aus der mittleren Generation nicht selten eine „Generation atemlos“.</p> <p>Wir wollen, dass Familien auch in dieser Lebensphase gut leben können und sie dabei unterstützen. Deshalb muss die von Familienministerin Manuela Schwesig vorgestellte Familienarbeitszeit kommen. Sie unterstützt Eltern in ihrem Wunsch nach Zeit für Familie und Beruf und fördert die partnerschaftliche Aufteilung.</p> <p>Wir begrüßen, dass der Bund von 2014 bis 2016 über 3,5 Millionen Euro für den Ausbau der Kindertagesbetreuung zur Verfügung gestellt hat und mit den Bundesprogrammen „Schwerpunktkitas“, „Sprach-Kitas“ und „Kita-Plus“ in die Qualität von Kitas investiert.</p> <p>Damit sind wir auf einem guten Weg, aber noch lange nicht am Ziel. Denn alle Kinder sollen von Anfang an gleiche Chancen auf gute Bildung haben. Gute Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Dafür müssen wir auch weiterhin zusätzliche Kita-Plätze schaffen, da die Nachfrage steigt. Wir dürfen nicht nachlassen, weiter in die Verbesserung der Kita-Qualität zu investieren. Darüber hinaus brauchen wir mehr Be-</p>
							<p><b>Familien unterstützen – gebührenfreie Kitas und Anspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschülerinnen und Grundschüler einführen</b></p> <p>Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>

40 treuungsangebote in Kitas außerhalb der üblichen Öff-  
nungszeiten und für Grundschul Kinder am Nachmittag.

Fazit:

Um die Ziele bessere Vereinbarkeit von Familie und  
Beruf und gleiche Chancen für alle durch gute gebüh-  
45 renfreie frühkindliche Bildung zu erreichen, fordern wir:

- die Familienarbeitszeit umgehend einzuführen
- den Ausbau und die Verbesserung der Kita-Qualität,
- die schrittweise Einführung der Gebührenfreiheit  
und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung  
50 von Grundschulkindern, den wir mit Unterstützung  
des Bundes, zu einem Rechtsanspruch auf gute  
Ganztags schulplätze in der Grundschule weiter-  
entwickeln werden.

**Antragsbereich F/ Antrag 2**

*Unterbezirk Oldenburg-Land (Bezirk Weser-Ems)*

**Kindergrundsicherung für eine gerechte Teilhabe**

Seit Jahren erweist sich die Armut von Kindern als  
Hemmschuh für deren persönliche, schulische und be-  
rufliche Entwicklung. Auch der letzte Versuch einer  
Verbesserung mit dem Bildungs- und Teilhabepaket hat  
5 sich als wenig zielführend erwiesen.

Vor diesem Hintergrund fordert der Unterbezirk Olden-  
burg-Land, eine Kindergrundsicherung einzuführen und  
dieses im Bundestagswahlprogramm aufzunehmen.  
10 Aktuell wird von Wissenschaftler\*innen und den Ver-  
bänden der freien Wohlfahrtspflege eine Kindergrundsicherung  
in Höhe von 573 Euro veranschlagt. Der Betrag  
setzt sich zusammen aus den sächlichen Bedarfen und  
dem Bedarf für Betreuung.

**Kindergrundsicherung für eine gerechte Teilhabe**

Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung Antrags-  
kommission in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich F/ Antrag 3**

*Ortsverein Bonn-Küdinghoven-Ramersdorf-Oberkassel (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Mehr Kinderrechte in das Grundgesetz**

Die Ratifizierung der Kinderrechtskonvention der Ver-  
einten Nationen (KRK) von 1992 bzw. 2010 durch  
Deutschland erfordert die Aufnahme von mehr Kinder-  
rechten in das Grundgesetz.

5

Einer der (z.T. „geheimen“) Hauptwiderstände gegen  
diese Erweiterung liegt darin, dass „die Gefahr gesehen  
wird, dass als Folge der geplanten Ergänzungen der  
Verfassung „das Elternrecht geschwächt, der staatliche  
10 Einfluss gegenüber den Eltern gestärkt und die gewohn-

**Mehr Kinderrechte in das Grundgesetz**

Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung Antrags-  
kommission in der Fassung Antragskommission

te Balance zwischen den Rechten des Kindes, der Eltern und des Staates verschoben werden könnten“ (Presseerklärung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages vom Juni 2013).

15

Die SPD hält für dringend überfällig, sich mit diesem Widerstand offensiv auseinanderzusetzen und ihn abzubauen. Aufgrund veränderter gesellschaftlicher Wirklichkeiten sind die im (alt)bundesrepublikanischen

20

Recht geltenden „Maximen“ des „Vorrangs“ des Elternrechts und des „Nachrangs“ des Jugendhilferechts (= Aktualisierung des Subsidiaritätsprinzips) auf den Prüfstand zu stellen. Im Wesentlichen geht es dabei darum, in allen einschlägigen gesellschaftlichen Handlungsfeldern einen grundlegenden Ausbau der öffentlichen „Förderung“ von Familien zu erreichen. Die Familie darf nicht länger idealisiert, d.h. ihr darf nicht zu viel zuge-  
traut und/oder zugemutet werden.

25

30

Hierzu leistet die Ergänzung des Grundgesetzes durch die in der KRK verankerten weitergehenden speziellen Kinderrechte einen wichtigen Beitrag. Dafür bieten insbesondere die in den Artikeln 2, 3 und 12 KRK niedergelegten Allgemeinen Prinzipien der Nichtdiskriminierung, der vorrangigen Berücksichtigung von Kinderinteressen (...primary consideration ...) und der Einbeziehung des Kinderwillens wichtige Anknüpfungspunkte. Zur Erreichung der Zweidrittel-Mehrheit müssen alle Gruppen für die Aufnahme von mehr Kinderrechten in das GG gewonnen werden.

35

40

**Antragsbereich F/ Antrag 4**

*Ortsverein Hannover Vahrenwald-List (Bezirk Hannover)*

**Mehr Gleichberechtigung – Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser fördern**

Alleinerziehende Eltern, insbesondere die Gruppe der geschiedenen Mütter, sind in Deutschland finanziell schlechter gestellt und befinden sich weiterhin besonders häufig in Einkommensarmut. Diese Benachteiligung entsteht z.B. durch die eingeschränkte Möglichkeit zur Förderung der beruflichen Karriere, insbesondere im Zusammenhang mit der Kindesbetreuung. Deswegen schlagen wir eine Reihe von Maßnahmen vor, welche zukünftig ermöglichen sollen, dass beide Ehepartner\*innen auch nach der Geburt der Kinder Vollzeit arbeiten können:

5

10

**Mehr Gleichberechtigung – Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser fördern**

Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung Antragskommission

- 15 • Zunächst muss das Ehegattensplitting abgeschafft werden. Stattdessen soll aus den erhöhten Steuereinnahmen das Elterngeld erhöht werden, um die Familien unabhängig vom Verdienst der Ehepartner\*innen zu fördern. Nach dem Ende des Elterngeldes, werden Eltern über eine gleichberechtigte Steuerentlastung gefördert, die unabhängig ist von der Art des Familienmodells.
- 20 • Es muss für eine vollumfängliche, ganztägige und kostenlose Kinderbetreuung mit flexiblen Zeiten gesorgt werden, die es beiden Eltern ermöglicht, mit dem Ende des Elterngeldes, wieder Vollzeit zu arbeiten. Die gesicherte Kinderbetreuung sollte deshalb schon vor dem ersten Lebensjahr beginnen. Kita- und Krippenplätze müssen deswegen noch weit intensiver ausgebaut werden, als dies bisher in Planung ist.
- 25 • Damit sowohl Männer und Frauen zu gleichen Teilen Elternzeit nehmen, sollte dies über das Elterngeld subventioniert werden. Nur wenn beide Lebenspartner\*innen nacheinander und gleichviel Elternzeit nehmen, soll dieses zur vollen Höhe ausbezahlt werden.
- 30 • Um zu verhindern, dass der Mann, auch in vergleichbaren Berufen der Besserverdienende ist, und deswegen es finanziell sinnvoller ist, wenn die Frau Elternzeit nimmt, muss endlich die Gehaltlücke zwischen den Geschlechtern geschlossen werden („Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“).
- 35 • Unternehmen die ihre Mitarbeiter\*innen für das beantragen von Elternzeit benachteiligen, werden sanktioniert. Eine solche Benachteiligung kann bei einer Behörde durch Geschädigte angezeigt werden.
- 40
- 45

*Antragsbereich F/ Antrag 5*  
*Landesverband Berlin*

5 **Häusliche und sexuelle Gewalt erkennen und handeln**  
 Eine im März 2014 erschienene Studie der EU-Grundrechteagentur zeigte deutlich, dass Frauen\* überproportional oft von Gewalt betroffen sind. Von 42.000 befragten Frauen\* haben ein Drittel schon einmal häusliche oder sexuelle Gewalt erlitten, 22% davon in Partner\*innenschaften. Häusliche und sexuelle Gewalt passiert unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sexueller Orientierung Die Istanbul-Konvention (2014) definiert Gewalt gegen Frauen\* als Verletzung von Menschenrechten. Unser Rechtssystem, Hilfsangebote und

**Häusliche und sexuelle Gewalt erkennen und handeln**  
 Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

- 10     letztlich die Gesellschaft sind für Betroffene nicht unterstützend genug
- 15     Die Ursache von häuslicher und sexueller Gewalt liegt in der patriarchalischen Gesellschaft. Heteronormative Geschlechterhierarchien und ungleiche Machtverhältnisse führen zu systemischer Gewalt. Häusliche und sexuelle Gewalt ist immer ein Mittel, um einen Machtanspruch durchzusetzen, sie kann als Folge von struktureller Ungleichheit zwischen Männern\* und Frauen\* verstanden werden. Männer\* werden immer noch als das „starke“ und Frauen\* als das „schwache, unterlegene“ Geschlecht angesehen. Die Ausübung von häuslicher und sexueller Gewalt führt zur Reproduktion dieser Machtverhältnisse.
- 20     Häusliche und sexuelle Gewalt ist noch immer ein Tabuthema, unsere gesellschaftlichen Strukturen fördern ein Totschweigen von Fällen häuslicher und sexueller Gewalt. Fast 70 Prozent der Betroffenen von häuslicher und sexueller Gewalt haben die Vorfälle nie zur Anzeige gebracht.
- 25     Häusliche und sexuelle Gewalt muss aufgrund ihres überproportionalen Auftretens und der hohen Dunkelziffer endlich als gesamtgesellschaftliches Problem anerkannt werden!
- 30     Folgen häuslicher und sexueller Gewalt sind nicht immer sichtbar, jedoch immer schwerwiegend. So treten psychische, physische und psychosomatische, chronische Organschäden (z.B. Seh- und Hörschädigungen) und Schäden am Bewegungsapparat auf.
- 35     Versorgungsdefizit im Gesundheitswesen  
Für das Thema sensibilisierte Ärzt\*innen können diese Folgen erkennen und die Betroffenen ansprechen. Oft wird häusliche Gewalt jedoch nicht als mögliche Ursache angesehen. Die körperlichen Symptome werden behandelt, jedoch steigt ohne eine ausreichende psychosoziale Behandlung das Risiko für unerkannte gesundheitliche Schäden. Die Chronifizierung der Beschwerden wird durch das Versorgungsdefizit für Betroffene von häuslicher und sexueller Gewalt im Gesundheitssystem in Kauf genommen.
- 40     Mediziner\*innen und Pflegekräfte fühlen sich nicht gut vorbereitet für den Umgang mit sexueller und häuslicher Gewalt, sagen oft aus Unsicherheit lieber nicht, was ihnen auffällt oder es fällt ihnen gar nicht erst auf. Sie kennen sich nicht mit den verschiedenen Instrumenten zur Erfassung aus und/oder wissen nicht welche Beratungsstellen existieren. Laut einer Studie von Mark (2000) erkennen Hausärzt\*innen in Berlin nur jeden zehnten Fall von häuslicher Gewalt. Dazu kommt, dass
- 45
- 50
- 55



60 viele Betroffene den Weg zur medizinischen Behandlung aus Angst vor mangelndem Bewusstsein der Ärzt\*innen für das Thema, einer Retraumatisierung oder einem Kontrollverlust gar nicht erst gehen.

65 Eine Nichtberücksichtigung von Gewalt als Krankheitsursache kann zu einer Überversorgung führen, z.B. durch übermäßige invasive Maßnahmen zur Diagnosestellung. Grundsätzlich fehlt es an auf speziell Betroffene ausgerichteter Versorgung; Schutzräumen, in denen sich Betroffene äußern können und speziellen Therapieformen.

70 Durch das Versorgungsdefizit entstehen in der Behandlung von Folgen häuslicher und sexueller Gewalt außerdem Unkosten in Milliardenhöhe. Laut der WHO variieren die Folgekosten häuslicher Gewalt weltweit zwischen 1 und fast 13 Milliarden Dollar (WHO 2004: 18).

75 Betroffene nehmen oft Kontakt zu medizinischem Personal auf  
 Viele Betroffene können oder wollen sich nicht an Polizei oder Justiz wenden, wenn sie von häuslicher oder sexueller Gewalt betroffen sind. Oft suchen sie jedoch medizinische Hilfe in Notaufnahmen, privaten Kliniken oder bei ihren Hausärzt\*innen. Medizinisches Personal hat damit eine gute Möglichkeit zu intervenieren, tut es jedoch aufgrund von Unwissen oder fehlender Bereitschaft nicht. Oftmals fehlen Handlungsstrategien oder auch ganz einfach Kontaktmöglichkeiten zu Organisationen, die sich mit dem Thema bestens auskennen. Weiterbildungen für medizinisches Fachpersonal werden bereits seit vielen Jahren von mehreren Studien empfohlen (z.B. „Domestic violence victims in a hospital emergency department, 1993“), dies hatte bisher jedoch keine Konsequenzen.

95 Die Zusammenarbeit zwischen medizinischen Einrichtungen und Organisationen, die sich auf die Unterstützung von Opfern häuslicher oder sexueller Gewalt spezialisiert haben, muss gestärkt werden. Der Teufelskreislauf von häuslicher und sexueller Gewalt kann und muss mit allen Mitteln durchbrochen werden.

- 100 Maßnahmen
- Pflicht-Fortbildung von medizinischem Personal (Krankenhaus, Hausarztpraxen, niedergelassene Ärzt\*innen, Hauskrankenpflege, stationäre Altenpflege, Versorgungszentren)
  - Erkennen und Handeln bei häuslicher und sexueller Gewalt zu festem Bestandteil der Ausbildung im medizinischen Bereich machen
  - 105 • Stärkung der Vernetzung zwischen medizinischen Einrichtungen und Hilfsorganisationen, die sich auf die Arbeit mit Betroffenen von häuslicher und se-

- 110
- sexueller Gewalt spezialisiert haben
  - Förderung und Bekanntmachung von Gewalt-  
schutzambulanzen (wie z.B. die der Charité), die Be-  
troffenen von Gewalt anonym eine Dokumentation  
ihrer Verletzungen erstellen, falls sie sich später für  
ein Strafverfahren entscheiden
  - Schaffung und Ausweitung von Schutzräumen für  
Betroffene von häuslicher und sexueller Gewalt,  
wie z.B. Frauenhäusern und Pflegefamilien
- 115

120

Wir sollten uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass Betroffene von häuslicher und sexueller Gewalt die Hilfe erhalten, die sie benötigen und ihnen Schutzräume geboten werden. Die Sicherstellung der Schulung von medizinischem Personal als Ansprechpartner\*innen ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

**Antragsbereich F/ Antrag 6**  
*Unterbezirk Gifhorn (Bezirk Braunschweig)*

**kostenfreies Mittagessen in Kitas und Schulen**

Für alle Kinder in Krippen, Kindergärten und Ganztags-  
schulen muss ein kostenfreies Mittagessen eingeführt  
werden. Die Kosten übernimmt das Land.

**kostenfreies Mittagessen in Kitas und Schulen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
kommission

**Antragsbereich F/ Antrag 7**  
*Ortsverein Mainz-Bretzenheim (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Kinder- und Jugendarmut strukturell wirksam be-  
kämpfen**

Nach aktuellen Erhebungen leben 2015 knapp 2 Millio-  
nen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Familien,  
die Grundsicherung erhalten. Das sind 52.000 mehr als  
2011. Im Bundesdurchschnitt sind 57,2 Prozent der  
Kinder von sieben bis unter 15 Jahren mehr als drei  
Jahre auf Grundsicherungsleistungen angewiesen.

5

**Kinder- und Jugendarmut strukturell wirksam be-  
kämpfen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
kommission

10

Bekanntermaßen haben das höchste Armutsrisiko Kin-  
der und Jugendliche in alleinerziehenden Familien. Bun-  
desdurchschnittlich sind hiervon über 50% betroffen.  
Andauernde Armutserfahrungen wirken sich besonders  
negativ auf die Teilhabe, Entwicklung und damit auf  
Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus.  
Aber Kinder- und Jugendarmut ist regional auch sehr  
unterschiedlich verteilt und besonders hoch ist sie in  
Städten.

15

Wird von Kinderarmut gesprochen, dann geht es um die  
Folgen familiärer Einkommensarmut. Kinderarmut ist  
auch immer Einkommensarmut – und damit Frauenar-  
mut, v.a. im alleinerziehenden Bereich.

20 Bisher existieren bereits eine Vielzahl von unterschiedlichen Programmen auf Bundes-, Landes- und kommunalen Ebenen, die bei der Überwindung der Kinder- und Jugendarmut ansetzen, ebenso wie mittlerweile eine verstärkte Politik der Ganztags-Betreuung von Kindern

25 ab 2-3 Jahren verstärkt in den Mittelpunkt gerückt worden ist.

Allerdings fehlen wirksam strukturelle Maßnahmen, denn:

30 1) Auf der Ebene der Familien ist die Frage der Erreichbarkeit unabdingbar. Viele Programme und Ansätze kommen bei den wirklich Betroffenen nicht an bzw. sind nicht bekannt. Insbesondere die Betreuung der Kinder ab 2-3 Jahren wird selten angenommen.

35 2) Viele der Ansätze und Projekte existieren nebenher, ohne sich zu vernetzen bzw. die Wirksamkeit klar zu untersuchen.

Deswegen fordert der Vorstand des OV Mainz-Bretzenheim den Bundesparteitag auf, sich zu einer aktiven und wirksamen Politik zu bekennen, die Kinder- und Jugendarmut nachhaltig bekämpft.

40 Wir halten es für notwendig, dass die unterschiedlichen Programme und Ansätze überprüft und so ausgestaltet werden, dass sie ihre Wirksamkeit auch tatsächlich bei den Betroffenen entfalten und eine bessere Erreichbarkeit bei den Familien umgesetzt werden kann.

45 Die unterschiedlichen Maßnahmen müssen unter Berücksichtigung des jeweiligen Alters der Kinder aufeinander bezogen und effizient ausgestaltet werden: in der Phase von 0-2 Jahren ist bei Bedarf eine qualifizierte Familienunterstützung notwendig um eine bessere Erreichbarkeit zu gewährleisten.

50 Die vorschulische Betreuung muss nicht nur weiter ausgebaut werden, sondern (bei Bedarf) auch die sprachliche Förderung und Ausdrucksfähigkeit in den Mittelpunkt stellen.

55 Eine qualifizierte Ganztagsbetreuung (inkl. dem Ausbau an Schulsozialarbeit) ab der Grundschule ist Garant für eine bestmögliche an Chancengleichheit orientierte Qualifizierung von Kindern und Jugendlichen.

60 Außerschulische Angebote (Hausaufgabenhilfe, Gemeinwesenarbeit, Ausbau von Ferienbetreuung und Sprachkursen etc.) müssen die schulischen Angebote entsprechend flankieren, bieten diese doch die Möglichkeit bedarfsorientiert (z.B. in bestimmten Regionen, Stadtteilen) zu unterstützen.

Dazu ist es strukturell wichtig, dass die in der Kinderbetreuung tätigen Kräfte (und nicht nur diese) noch besser qualifiziert werden und eine bessere Bezahlung erhalten.

65 Ebenso halten wir es für dringend geboten, dass Einfluss darauf genommen wird, dass möglichst flächendeckend alle Angebote in einem breiten Ausmaß ausgebaut wer-

70 den und entsprechend gebührenfrei (gemäß der rheinland-pfälzischen Bildungspolitik) angeboten werden.  
Wir fordern den Bundestag auf, durch ein gerecht ausgestaltetes Steuersystem Steuerentlastungen gezielt Familien mit Kindern zu Gute kommen zu lassen und der oftmals finanziell schwierigen Situation Alleinerziehender Rechnung zu tragen.

*Antragsbereich F/ Antrag 8*  
*Landesverband Bayern*

**Gerechte Familienpolitik 2017 – Kindergrundsicherung zur Gleichwertigkeit aller Kinder**

5 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, in Anlehnung zum Modell des Bündnisses Kindergrundsicherung ein Gesetz zur Einführung einer eigenständigen Kindergrundsicherung zu entwickeln und in den Bundestag einzubringen. Jedes Kind muss auf die Grundsicherung einen Rechtsanspruch haben, kontrolliert durch das jeweilige für das Kind zuständige Jugendamt. Mit der Umsetzung einer Kindergrundsicherung leisten wir einen Beitrag zur Chancengleichheit von Anfang an, da die Erfüllung der Grundbedürfnisse aller Kinder zumindest unter wirtschaftlichen Aspekten gesichert ist. Die Kindergrundsicherung ist ein wichtiges Instrument, um Kinder losgelöst vom Familienkontext aus der akuten Kinderarmut zu holen.

**Gerechte Familienpolitik 2017 – Kindergrundsicherung zur Gleichwertigkeit aller Kinder**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich F/ Antrag 9*  
*Landesverband Bayern*

**Keine Diskriminierung an der Kasse! Menstruation ist kein Luxus!**

5 Frauen\* verdienen weniger als Männer\*. Der Equal Pay Day macht jedes Jahr im März darauf aufmerksam. Doch zusätzlich zum statistisch mageren Geldbeutel müssen Frauen\* für viele alltägliche Produkte und Dienstleistungen deutlich mehr bezahlen als Männer\*. Kosmetika, Rasierer, Reinigung, Friseur\*in – all dies kostet durchschnittlich 17 – 40 % mehr in der „Frauen-Variante“, wie eine Recherche der Verbraucherzentrale Hamburg von 2015 ergab. Dieser Aufschlag wird auch „pink tax“ genannt, auch wenn es sich hierbei um keine Steuer im eigentlichen Sinn handelt, sondern um reine Willkür der Produzent\*innen. In vielen Fällen ist kein plausibler Grund für den erhöhten Preis erkennbar, außer einer anderen Farbgestaltung. Durch den Kauf von „Männerprodukten“ lässt sich dies zum Teil umgehen. Geschlechtsneutrale Produkte hingegen werden meist aber nur in teuren, anti-allergenen Varianten verkauft, und die meisten in unserer Gesellschaft sozia-

**Keine Diskriminierung an der Kasse! Menstruation ist kein Luxus!**

Überweisung als Material an die SPD-Bundestagsfraktion

lisierten Frauen\* möchten nicht gerne nach mit Männern\* assoziierten Duftstoffen riechen, weshalb Frau\* kaum um den Griff nach dem teureren „Frauenprodukt“ herumkommt.

20 Ein formales Verbot voneinander abweichender Preise widerspricht dabei auch für essentiell identische Produkte in unterschiedlicher Aufmachung prinzipiell den Grundregeln unserer Wirtschaftsordnung. Dies kann allerdings nicht mehr gelten, wo ein entsprechend gestaltetes Branding zu einer Verbraucher\*innentäuschung hinsichtlich der Nützlich- oder

25 Verwendbarkeit des im Wesentlichen identischen Produktes führt. Da der dadurch hervorgerufene Schaden bei Konsument\*Innen durch diese Geschäftspraktiken in jedem einzelnen Fall unerheblich, in der Gesamtbeurteilung für die Produzent\*innen jedoch hochgradig

30 lukrativ ist und gleichzeitig keine staatliche Instanz eine „Genehmigung“ der Verkaufspreise in Zwischen- und Einzelhandel vornehmen kann, fordern wir die Einführung eines Verbandsklagerechts der anerkannten Verbraucher\*innenschutzorganisationen zur Bekämpfung dieser Art von Verbrauchertäuschung.

35 Hinzu kommt die schwer durchschaubare Gesetzgebung bei der Mehrwertsteuer. Als diese in ihrer heutigen Form 1968 eingeführt wurde, schuf man den ermäßigten Steuersatz, um die Grundversorgung für Geringverdiener\*innen am Existenzminimum erschwinglich bleiben zu lassen.

40 Dieser sollte für „bestimmte Güter des lebensnotwendigen Bedarfs“ gelten, was aber auch Sport, Kultur und öffentlichen Nahverkehr einschloss. „Mehrwertsteuer – auf Tampons, Binden, Toilettenpapier und alle anderen Hygieneartikel dagegen 19%. Diese Güter zählen nach

45 Ansicht des Gesetzgebers bisher nicht zu den Voraussetzungen einer dem Elend enthobenen Existenz.

Eine Frau\*, insbesondere eine geringverdienende, wird also ihr Leben lang mehr Ausgaben haben als ein Mann\* in derselben Situation, denn selbst wenn sie bei den Rasierern noch zwischen blau und pink wählen kann,

50 am Kauf von Hygieneartikeln für die Menstruation, beispielsweise Binden, Tampons und Menstruationstassen, kommt sie nicht vorbei. Für diese Produkte arbeitet eine Frau\* in ihrem Leben laut einer britischen Studie im Schnitt 38 Tage.

55 Der Zyklus von Frauen\* ist nicht immer vorhersehbar. Eine Frau\* im öffentlichen Raum kann daher davon überrascht werden und wenn sie\* währenddessen nicht genügend Geld hat, um sich die passenden Hygieneartikel zu kaufen, so führt das unweigerlich bei sehr vielen Frauen\* zu Scham. Auf öffentlichen Toiletten gehört das

60 Toilettenpapier zum natürlichen Bedarf jedes Menschen.

Eine Frau\* hat eben auch den natürlichen Bedarf zu genau diesen Hygieneartikeln, daher sollten zumindest Binden bzw. Tampons kostenlos angeboten werden.

- 65 Wir fordern deshalb:
- die Schaffung eines Verbandsklagerechts für Verbraucher\*innenschutzorganisationen zur Eindämmung ungerechtfertigter Preisaufschläge für inhaltlich im Wesentlichen identische, aber unterschiedlich „gegenderte“ Produkte des/der gleichen Hersteller\*in.
- 70
- ein Verbot von nicht begründbaren Preisaufschlägen auf Produkte für Frauen\*, für die es ein ähnliches Männerprodukt gibt
  - das Herabsetzen der Mehrwertsteuer für Hygieneartikel für die Menstruation, damit Frauen\* nicht durch die Mehrwertsteuer einer Mehrbelastung ausgesetzt sind.
- 75 Damenhygieneartikel sind Waren des täglichen Bedarfs und kein Luxusgut, deshalb dürfen sie nicht steuerlich wie ein solches behandelt werden
- kostenlose Binden oder Tampons in öffentlichen Toiletten.

**Antragsbereich F/ Antrag 10**

*Ortsverein Holzminden / Unterbezirk Holzminden (Bezirk Hannover)*

**Gleichwertiger Schutz während der Schwangerschaft auch für Selbstständige**

Der Bundesparteitag möge beschließen, dass Wege gesucht werden, selbstständige Unternehmerinnen, die schwanger werden und in einem Beruf arbeiten, der für angestellte Schwangere zu einem Beschäftigungsverbot führt, finanziell so abzusichern, dass weder gesundheitliche Risiken (für Mutter und Kind) einzugehen sind noch die berufliche Existenz bedroht wird.

5

**Gleichwertiger Schutz während der Schwangerschaft auch für Selbstständige**

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

**Antragsbereich F/ Antrag 11**

*Ortsverein Langenberg / OWL (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Elterngeld**

Nebenbeschäftigung (Minijob) & Aufwandsentschädigungen durch Kommunale Ratstätigkeit sollte Freigestellt werden

**Elterngeld**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

**Antragsbereich F/ Antrag 12**

*Kreisverband Recklinghausen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Armut bei Kindern bekämpfen**

In Deutschland leben über 2 Mio. Kinder in Armut. Diese Zahl ist über die Jahre stabil geblieben, manche Erhebungen ergeben einen stetigen Anstieg. Besonders armutsgefährdet sind Kinder aus Haushalten, die aus einer Familie mit drei und mehr Kindern bestehen, die alleinerziehend sind, in denen Eltern einen niedrigen

5

**Armut bei Kindern bekämpfen**

Erledigt durch Antrag RP1

beruflichen Status oder einen Migrationshintergrund haben. Trotz der Anstrengungen, die soziale Infrastruktur in Kinderbetreuung und Kinderbildung in Deutschland zu verbessern, zeigen sich noch keine Tendenzen zur Verringerung der Kinderarmut. Die daraus entstehende Benachteiligung im Bildungssystem verfestigt belegbar die oben genannten Tendenzen.

10

Deshalb müssen die bestehenden Hilfen und Fördermöglichkeiten auf ihre Wirksamkeit überprüft, verändert und verbessert werden.

15

Da dies Aufgaben auf Bundesebene, bei den Ländern und Kommunen beinhaltet, muss für eine jeweils ausgewogene finanzielle Beteiligung aller drei Ebenen gesorgt, notfalls auch gestritten werden. Dies darf aber bei notwendigen Entscheidungen nicht zu Verzögerungen führen. Einzubeziehen sind außerdem alle sozialen Träger, aber auch die einzelnen Fachkräfte, die vor Ort oder in der Region tätig sind.

20

Die Verbesserung der Situation armer Kinder darf dabei nicht in Konkurrenz zur allgemeinen, sicher kostenintensiven Stärkung der sozialen Infrastruktur treten. Trotzdem muss die qualitative Verbesserung Situation des einzelnen Kindes im Mittelpunkt der Ansätze stehen. Aus dem sozialen Bereich (Wohlfahrtsverbände) gibt es Vorschläge, kurzfristig die Regelsätze für Kinder im SGB II bedarfsgerecht neu zu berechnen und langfristig zu einem System der Kindergrundsicherung (Kinderschutzbund) hin zu entwickeln. Dies kann gerade eine wirksame Hilfe sein, die Armut von Alleinerziehenden zu verhindern.

25

30

35

40

45

50

Im Bereich der sozialen Infrastruktur müssen präventive Angebote, Schwangerschaftsberatung, Begleitung nach der Geburt eines Kindes, Frühe Hilfen und frühzeitige Hilfen, Familienzentren in Kindertagesstätten, Familienbildungsstätten und Erziehungsberatungsstellen, quantitativ und qualitativ ausgebaut werden. Bildungschancen sind Lebenschancen. Faire Chancen zur bestmöglichen Entwicklung der eigenen Potentiale in der Schule von Schule und Kinder- und Jugendhilfe, wie sie in NRW im „Offenen Ganztag“ exemplarisch seit einigen Jahren vorgesehen ist. Dieser „Offene Ganztag“ muss ebenfalls quantitativ, vor allem aber qualitativ so ausgestattet sein, wie das für ein hochwertiges Bildungsangebot notwendig erscheint. Das dient sowohl der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber im besonderen Maße auch der individuellen Förderung der Kinder in ihrem Lernweg.

Die Schulsozialarbeit, die es immer schon in Einzelfällen gab, hat durch das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes in vielen Schulen einen wichtigen Stellenwert erlangt. Es muss entbürokratisiert werden, nachhaltig durch den Bund abgesichert und bedarfsgerecht weiter-

- 55 entwickelt werden. Angebote der Jugendsozialarbeit müssen ebenfalls bedarfsgerecht ausgebaut werden. Dies gilt gleichermaßen für die Schulpsychologische Beratung.
- 60 Insgesamt gilt: In einem föderalen System muss der Bund fachliche und finanzielle Standards für Alle setzen, um Kinderarmut und einen Armutskreislauf zu verhindern. Er muss aber auch die Länder und Kommunen in die Lage versetzen, vor Ort zu handeln; in der ganzen Bundesrepublik.
- 65 Zur qualitativen Verbesserung der Situation armer Kinder fordern wir daher:
- Kurzfristige Neuberechnung der Regelsätze für Kinder im SGB II
  - ein System der Kindergrundsicherung
  - quantitativer und qualitativer Ausbau präventiver Angebote
- 70 • Weiterentwicklung der Zusammenarbeit von Schule und Kinder- und Jugendhilfe
- Nachhaltige Absicherung der Schulsozialarbeit
  - Ausbau der Jugendsozialarbeit
  - Verhinderung des Armutskreislaufs durch handlungsfähige Städte
- 75



## Gesundheitspolitik (G)

### Antragsbereich G/ **Antrag 1**

06/03 Lichterfelde-West (Landesverband Berlin)

Landesverband Berlin

#### **Kein fiktives Mindesteinkommen für freiwillig gesetzlich Versicherte**

Das fiktive Mindesteinkommen für die Berechnung der Höhe des Krankenversicherungsbeitrages für freiwillig gesetzlich Versicherte führt zu überproportional hohen Kosten für Selbstständige mit kleinen Gewinnen. Das fiktive Mindesteinkommen soll daher abgeschafft und die Höhe der unteren Grenze der Beitragsbemessung auf die Höhe der Minijob-Entgeltgrenze festgelegt werden.

5

#### **Kein fiktives Mindesteinkommen für freiwillig gesetzlich Versicherte**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

### Antragsbereich G/ **Antrag 2**

Unterbezirk Meißen (Landesverband Sachsen)

#### **Aufhebung des Spendeverbots von homo- und bisexuellen Männern**

Der SPD-Unterbezirk Meißen fordert den SPD-Bundesparteitag auf:

- Das generelle Blutspendeverbot für homo- und bisexuelle Männer wird aufgehoben.
- Homo- und bisexuelle Männer werden nicht weiter unter Generalverdacht gestellt, sondern es wird eine gesetzliche Regelung geschaffen, welche das Spenden erlaubt.

5

#### **Aufhebung des Spendeverbots von homo- und bisexuellen Männern**

Ablehnung

### Antragsbereich G/ **Antrag 3**

Kreisverband Neuwied (Landesverband Rheinland-Pfalz)

#### **Vollständige paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträge ist wiederherzustellen**

Die vollständige paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträge ist wiederherzustellen.

### Antragsbereich G/ **Antrag 4**

Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd / Unterbezirk Oldenburg-Stadt (Bezirk Weser-Ems)

#### **Einführung der Bürgerversicherung**

Der Bundesparteitag möge beschließen, Folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Die SPD wird als Regierungspartei in der kommenden Legislaturperiode dafür sorgen, dass die Einführung der solidarischen Bürgerversicherung, die die bisher etablierten Zwei-

5

#### **Einführung der Bürgerversicherung**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

10 Klassen-Systeme in der Kranken- und in der Pflegeversicherung ablösen und für alle Menschen verpflichtend sein soll, unwiderruflich begonnen wird. Eine Koalition, in der dies nicht möglich ist, wird die SPD nicht eingehen.

*Antragsbereich G/ Antrag 5  
Kreis IV Nord (Landesorganisation Hamburg)*

5 **Unser Ziel: Eine solidarisch finanzierte, hochwertige und verlässliche Gesundheitsversorgung für alle**  
Das deutsche Gesundheitssystem ist eines der leistungsfähigsten der Welt. Über 70 Millionen Versicherte sind in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) abgesichert. Noch einmal 10 Millionen Versicherte haben bei einer privaten Krankenversicherung einen Vertrag abgeschlossen.

10 Tragende Strukturprinzipien der GKV sind das Solidaritäts- und das Sachleistungsprinzip. Solidarität in der GKV bedeutet, dass die Versicherten unabhängig von Einkommen und Krankheitsrisiken medizinisch notwendige Leistungen erhalten. Das Sachleistungsprinzip stellt sicher, dass Versicherte diese Leistungen ohne finanzielle Vorleistungen in Anspruch nehmen können.  
15 Diese Grundprinzipien gelten nach wie vor fort, wurden jedoch auch unter sozialdemokratischer Regierungs-  
20 beteiligung zugunsten des Ziels der Beitragssatzstabilität geschwächt. Erst in der letzten Legislaturperiode wurden in der Großen Koalition wieder neue Leistungen eingeführt. Wesentliche strukturelle Defizite im Gesundheitswesen konnten in der Großen Koalition jedoch nicht behoben werden.  
25 Daher müssen sich die Reformmaßnahmen in der kommenden Legislaturperiode insbesondere auf die Stärkung des Solidarprinzips, des Sachleistungsprinzips und die Neugestaltung der Versorgungslandschaft konzentrieren und Eingang in das Regierungsprogramm der SPD finden.

30 1. Gesundheitspolitik als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge

35 Die Gesundheitsversorgung ist elementarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Bundesrepublik Deutschland. Die Ausgestaltung der Gesundheitsversorgung hat sich daher in erster Linie an politisch und gesellschaftlich zu definierenden Zielen und nicht an ökonomischer Logik oder an Renditeerwartungen zu orientieren. Ziel der Gesundheitspolitik müssen auch im Hinblick auf die gesundheitliche Versorgung gleichwertige Lebensverhältnisse auf einem hohen Niveau in ganz Deutschland sein.  
40 Gleichwohl sind Krankenkassen und Leistungserbringer

**Unser Ziel: Eine solidarisch finanzierte, hochwertige und verlässliche Gesundheitsversorgung für alle**  
Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

45 bei begrenzten Mitteln zu einer effizienten Versorgung  
 verpflichtet. Nicht alles was wünschenswert ist, kann  
 der Solidargemeinschaft der GKV aufgebürdet werden.  
 Zahlreiche Leistungen der Gesundheitsversorgung wer-  
 50 den privatwirtschaftlich erbracht, sei es durch niederge-  
 lassene Ärzt\*innen, freie-gemeinnützige Träger oder  
 private Unternehmen. Die Gesundheitsversorgung wird  
 durch einen – wenn auch stark reglementierten – Markt  
 erbracht.  
 Die Verantwortung für eine ausreichende Gesundheits-  
 versorgung hat aber die Politik. Dieser müssen die öf-  
 55 fentlichen Haushalte Rechnung tragen, die Kranken-  
 hausinvestitionen müssen endlich in ausreichendem  
 Maße sichergestellt werden. Wenn aus ökonomischen  
 Gründen keine ausreichende Versorgung gewährleistet  
 ist – beispielsweise in ländlichen Gebieten – müssen  
 60 staatliche Förderungen oder direktes Engagement der  
 Kommunen die Versorgung sicherstellen.  
 Wir fordern, dass der Bedeutung der Gesundheitsver-  
 sorgung als öffentliche Daseinsvorsorge in den öffentli-  
 chen Haushalten Rechnung getragen wird und dass  
 65 gemeinwohlorientierte Akteure grundsätzlich den Vor-  
 zug vor profitorientierten Unternehmen finden. Weitere  
 Privatisierung lehnen wir ab

70 2. Stärkung des Prinzips der Leistungsfähigkeit

Das Leistungsfähigkeitsprinzip in der GKV muss an die  
 heutigen ökonomischen Verhältnisse angepasst wer-  
 den. Die Konzentration der Finanzierungsbasis auf Ar-  
 75 beitseinkommen führt zu hohen Beiträgen der Arbeit-  
 nehmer\*innen und privilegiert Vermögenseinkünfte in  
 unannehmbarer Weise.  
 Die Verengung der Beitragsbasis auf Arbeitseinkommen  
 führte in Jahren mit sinkender sozialversicherungs-  
 80 pflichtiger Beschäftigung oder stagnierenden Löhnen zu  
 einer erodierenden Einnahmehasis. Auch in Zukunft  
 werden die Ausgaben – getrieben von Demographie und  
 medizinisch-technischem Fortschritt – stärker steigen  
 als die Lohneinkommen. Eine nachhaltige Stabilisierung  
 85 der Einnahmen erfordert demnach die Einbeziehung  
 weiterer Einkommensarten wie beispielsweise Kapital-  
 einkommen oder Erlöse aus Vermietung und Verpach-  
 tung.  
 Um eine effiziente Einbeziehung weiterer Einkommens-  
 90 arten zu gewährleisten, sind bereits bestehende Erhe-  
 bungsverfahren – bspw. durch die Finanzämter – zu  
 nutzen. Dies entlastet sowohl Mitglieder als auch Kran-  
 kenkassen von zusätzlicher und doppelter Bürokratie.  
 Die so gewonnenen Mittel werden als Steuerzuschuss  
 an den Gesundheitsfonds gezahlt.  
 95 Derzeit werden insbesondere höhere (Arbeits-)  
 Einkommen durch die Beitragsbemessungsgrenze  
 (2017: 4.350 EUR monatlich) von der Finanzierung der  
 Gesundheitsausgaben ausgenommen. Dies führt bei  
 Versicherten oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze

100 zu einer identischen Beitragslast unabhängig von der  
realen ökonomischen Leistungsfähigkeit. Um zusätzli-  
105 che Einnahmen zu gewinnen und die Last der solidari-  
schen Finanzierung breiter zu streuen, ist eine Anhe-  
bung der Beitragsbemessungsgrenze erforderlich. Paral-  
110 lel kann diese breitere Verteilung durch Einbindung  
weiterer Einkommen für eine Absenkung der Beitrags-  
sätze genutzt werden. Dies entlastet insbesondere Versi-  
cherte mit geringen Einkommen, die stärker von der  
Beitragsentlastung profitieren, als dass sie durch die  
Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und Einbe-  
ziehung weiterer Einkommensarten belastet werden.  
Eine Stärkung des Leistungsfähigkeitsprinzips bedeutet  
aber auch, dass überproportional belastete GKV-  
115 Mitglieder zu entlasten sind. Dies gilt insbesondere für  
geringverdienende Selbstständige, deren Beitragslast  
deutlich über dem allgemeinen Beitragssatz liegt. Ur-  
sächlich hierfür ist ein zu verbeitragendes Mindestein-  
kommen (2017: 2.231,25 Euro), welches unabhängig  
120 von ihrem realen Einkommen zur Ermittlung des Mo-  
natsbeitrags herangezogen wird. Die Folge ist, dass  
Selbstständige mit geringen oder stark schwankenden  
Gewinnen die Aufwendungen nicht erbringen können  
und damit von einer Teilhabe an dieser Sozialleistung  
125 faktisch aufgrund wirtschaftlicher Umstände ausge-  
schlossen sind.  
Dies führt entweder zu einer Nichtversicherung, zu ho-  
hen Schulden oder zu einer privaten Versicherung, die  
im Alter, bei chronischer Erkrankung oder sonstigen  
130 Fällen zu einem faktischen Sozialleistungsausschluss  
führen. Zudem ist der mittelbare Effekt der finanziell  
günstigeren Teilhabe an diesem krankheitsfallbezoge-  
nen Solidarsystem mit Blick auf Gründer und Stärkung  
des Klein- und Mittelständischen Gewerbes nebst damit  
verbundenen Arbeitsplatzpotentials nicht zu vergessen:  
135 Entlastungen am Anfang oder in wirtschaftlich schwa-  
chen Phasen bilden den Grundstein für eine Stärkung  
der Solidargemeinschaft in wirtschaftlich günstigen  
Phasen.  
Wir fordern die Einbeziehung weiterer Einkommensar-  
140 ten in die Finanzierungsbasis der GKV, die Anhebung der  
Beitragsbemessungsgrenze und die Senkung des Min-  
destbeitrags.

### 3. Stärkung des Solidarprinzips

145 Das Solidarprinzip in der GKV ist unter anderem durch  
die de facto Abschaffung der Beitrags-Parität von Ar-  
beitgebern und Arbeitnehmern im Jahr 2005 ge-  
schwächt worden. Zwar wird seit 2015 der Allgemeine  
150 Beitragssatz von 14,6% paritätisch von Arbeitgebern  
und Arbeitnehmern erbracht. Da dieser jedoch nicht zur  
Deckung der Ausgaben ausreicht, haben die Krankenkassen  
die Möglichkeit, einen kassenindividuellen Zusat-  
satzbeitrag zu erheben, der durch die Versicherten ge-  
155 tragen wird. Da der Allgemeine Beitragssatz eingefroren

ist, werden auch alle zukünftigen Kostensteigerungen allein durch die Versicherten finanziert.

160 Die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung nimmt die Arbeitgeber stärker in Verantwortung für die Gesundheit ihrer Beschäftigten. Zudem profitieren sie von den Leistungen der GKV, insbesondere im Bereich der Prävention und des betrieblichen Gesundheitsmanagements.

165 Wir fordern die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der GKV für Arbeitseinkommen.

4. Schaffung eines einheitlichen Versicherungssystems

170 Eine wesentliche strukturelle Ursache für die mangelnde Umsetzung des Solidaritätsprinzips im deutschen Gesundheitswesen ist der geteilte Versicherungsmarkt.

175 Bei wichtigen Versichertengruppen konkurrieren das solidarisch organisierte System der GKV mit dem auf risikoadjustierten Prämien basierendem System der privaten Krankenversicherungen (PKV). Beamte, Selbstständige und gutverdienende Angestellte haben die Möglichkeit, sich der Solidargemeinschaft zu entziehen.

180 Die PKV ist aber nicht mehr allein das Versicherungssystem für Besserverdienende. Gerade gering verdienende Selbstständige oder Beamt\*innen sind faktisch zu einem Wechsel in die PKV gezwungen, sonst hätten sie ökonomisch deutliche Nachteile in Kauf zu nehmen. Die Rückkehrmöglichkeiten in die GKV wurden jedoch beschnitten: wer einmal in die PKV gewechselt ist, bleibt in der PKV.

190 Das private Krankenversicherungssystem sieht sich derzeit jedoch enormen Herausforderungen gegenüber: historisch niedrige Zinsen, steigende Ausgaben als Folge des medizinisch-technischen Fortschritts und fehlender Steuerungsinstrumente sowie ein negativer Wanderungssaldo zur GKV führen zu steigenden Prämien und einem zunehmend unattraktiveren Geschäftsmodell. Die Folge sind finanziell überforderte Versicherte mit hohen Prämien schulden, die nur noch einen Basisschutz genießen, der nicht an die GKV-Leistungen heranreicht.

195 Mit der Schaffung eines einheitlichen Versicherungssystems werden die Grundprinzipien der GKV auf den gesamten Krankenversicherungsmarkt übertragen. Alle zukünftig Versicherten werden automatisch zu diesen Bedingungen versichert. Bereits bestehende Versicherungen bei privaten Krankenversicherungen haben Bestandsschutz.

200 Das einheitliche Versicherungssystem ist somit gekennzeichnet durch Solidar- und Sachleistungsprinzip. Die Krankenkassen und -versicherungen unterliegen dem Kontrahierungszwang, bieten einen fest definierten einheitlichen Leistungskatalog und erheben einkommensabhängige Beiträge. Der Ausgleich von Einkommens- und Morbiditätsunterschieden erfolgt über den Gesundheitsfonds und den Morbi-RSA (morbiditätsorientierter Risikostrukturausgleich). Zu diesen Bedingun-

205

210

- gen können auch private Krankenversicherungen am einheitlichen Versicherungsmarkt teilnehmen.
- 215 Zur Erreichung eines einheitlichen Versicherungsmarktes erhalten bislang privat Krankenversicherte ein zeitlich begrenztes Rückkehrrecht in die GKV. Es ist davon auszugehen, dass dieses Recht insbesondere finanziell stark belastete Privatversicherte wahrnehmen. Diese sind mehrheitlich durch hohe Morbidität und geringes
- 220 Einkommen gekennzeichnet. Um die Belastung der gesetzlichen Versichertengemeinschaft abzufedern, sollte die – zumindest teilweise – Mitnahme der Altersrückstellungen in die GKV angestrebt werden. Diese Mittel fließen in den Gesundheitsfonds.
- 225 Wir fordern die Schaffung eines einheitlichen Versicherungsmarktes, in dem das Solidar- und Sachleistungsprinzip gelten. Hierfür erhalten bislang privat Krankenversicherte ein zeitlich begrenztes Rückkehrrecht in die GKV. Die Überführung der Altersrückstellungen in den
- 230 Gesundheitsfonds muss angestrebt werden.

5. Schaffung einer gemeinsamen Abrechnungsgrundlage für GKV und PKV

- 235 Das Nebeneinander von privater und gesetzlicher Krankenversicherung führt zu zahlreichen Fehlallokationen in der Gesundheitsversorgung. Gesetzlich Versicherte müssen deutlich längere Wartezeiten auf Facharzttermine in Kauf nehmen als Privatpatienten. Privatpatienten hingegen unterliegen einem höheren Risiko der Übertherapie. Gebiete mit einem hohen Anteil an Privatpatienten weisen eine höhere Arztdichte auf als ökonomisch benachteiligte Bereiche.
- 240 Wesentliche Ursache hierfür sind unterschiedliche Abrechnungsgrundlagen und-regeln im ambulanten ärztlichen Bereich, wodurch die Behandlung von Privatpatienten für die Ärzt\*innen deutlich besser vergütet werden kann. Dies zeigt sich auch am Niederlassungsverhalten der Ärzt\*innen, ein relativ hoher Anteil an Privatpatienten führt zu einer hohen Arztdichte.
- 245 Das Angebot medizinischer Leistungen muss sich aber allein am medizinischen Bedarf bemessen, eine unterschiedliche Vergütungshöhe darf keinen Einfluss auf die Wartezeit auf einen Termin haben. Deshalb ist eine
- 250 einheitliche Abrechnungsgrundlage mit identischen Abrechnungsbestimmungen zu schaffen, nach der sowohl die Behandlung von privat als auch von gesetzlich Versicherten vergütet wird.
- 255 Da sich hierdurch die ökonomischen Rahmenbedingungen für die niedergelassenen Ärzt\*innen massiv verändern und davon auch bereits getroffenen Investitionsentscheidungen massiv beeinträchtigt werden können, müssen für einen Übergangszeitraum die beiden Abrechnungsgrundlagen aufeinander zu bewegt werden.
- 260 Wir fordern eine Angleichung der PKV- und GKV-Gebührensyste-me nebst Anpassung der Teilnahmevoraussetzungen zur zahn- und humanmedizinischen
- 265

- 270 Versorgung. Die Umsetzung erfolgt mit einer ausreichenden Übergangsfrist, um der Planungssicherheit der Ärzt\*innen Rechnung zu tragen.
6. Schaffung einer patientenorientierten sektorenübergreifenden Versorgung
- 275 Das deutsche Gesundheitssystem ist geprägt durch eine starke Arztzentrierung und eine historisch gewachsene sektorale Trennung zwischen ambulantem und stationärem Sektor. Diese konnte trotz wiederholter Versuche bislang nicht aufgebrochen werden. Die Organisation
- 280 der Versorgung orientiert sich mithin mehr an gewachsenen Strukturen und ökonomischen Logiken des jeweiligen Versorgungsbereichs als an den Bedürfnissen der Patient\*innen.
- 285 Unser Ziel ist ein integriertes Versorgungssystem, das sich an den Behandlungspfaden der Patient\*innen orientiert. Im Rahmen dieser Behandlungspfade wird die Versorgung in gemeinsamer Verantwortung aller Gesundheitsberufe erbracht. Gemeinsame Verantwortung bedeutet: teamorientierte, gleichrangige Kooperationen der Leistungsverantwortung und Abstimmung
- 290 mit den Patient\*innen. Eine zentrale Rolle kommt in diesem System den grundversorgenden Haus- und Kinderärzten zu. Sie koordinieren und stellen einen zeitnahen Zugang zur medizinischen Versorgung sicher. Dies erfordert eine kleinräumigere, insbesondere an der Einwohnerzahl orientierte
- 295 Bedarfsplanung für diese Fachgruppen. Spezialisierte Haus- und Kinderärzte – bspw. Kinderneurologen oder Diabetologen – fallen nicht unter diese Planung.
- 300 Für fachärztliche Leistungen (stationär und ambulant) erfolgt pro Fachgruppe eine gemeinsame Bedarfsplanung. Entsprechend der bisherigen Leistungsmenge ist hier zu unterscheiden zwischen einer ambulanten fachärztlichen Grundversorgung, einer notwendig stationär
- 305 zu erbringenden Versorgung sowie spezialisierten Leistungen, die stationär oder ambulant erbracht werden können. So kann sichergestellt werden, dass insbesondere die Grundversorgung weiterhin aufrecht erhalten bleibt. Für bestimmte Leistungen sind Mindestmengen
- 310 vorzusehen, wenn dies die Qualität der Leistungserbringung verbessert. Zukünftig werden Vertragsarztsitze nur noch auf Zeit vergeben und fallen nach Praxisaufgabe an die mit der Sicherstellung beauftragten Institutionen zurück. Für
- 315 die bisherigen Sitzinhaber\*innen ist eine Entschädigungsregelung vorzusehen (bislang wurden Arztsitze unbefristet vergeben und zum Ruhestand hin verkauft). Dies ermöglicht die Umverteilung von Arztsitzen in bislang unterversorgte Gebiete.
- 320 Die Trennung der verschiedenen Bereiche der gesamten Gesundheitsversorgung führt zu immensen Reibungsverlusten. Der Übergang von einer stationären in eine rehabilitative und danach ambulante Versorgung oder

325 eine Pflege ist durch Zuständigkeitsgrenzdenken nie reibungslos und steht regelmäßig unter dem Druck der je eigenen Kosten.

330 Unser Ziel ist die Stärkung des Patienten unter enger Einbindung seiner individuellen gesundheitlichen wie persönlichen Situation, um optimale und damit mittel- bis langfristig betrachtet wirtschaftliche, also nachhaltige Versorgung zu bieten. Ein Patient, der als wahrgenommenes Individuum durch die Möglichkeiten unseres Gesundheitssystems begleitet wird, dessen aktive Teilhabe gestärkt wird und der nicht stets von neuem historisch gewachsene Grenzen der Zuständigkeitsbegrenzung im Gesundheitswesen insgesamt aktiv überwinden muss, wird in die Lage versetzt, eigenverantwortlich die eigene Gesundheit zu fördern. Zudem ist ein solchermaßen in seiner Situation ernstgenommener Mensch nachhaltig zur Stärkung seiner Gesundheit motiviert.

340 Wir fordern eine patientenorientierte Versorgung und den Abbau der Sektorengrenzen durch eine gemeinsame Bedarfsplanung von stationären und ambulanten Leistungserbringern sowie sektorenübergreifende Versorgungsangebote, die neben der reinen Krankenbehandlung auch rehabilitative, teilhabefördernde und pflegerische Leistungsangebote umfassen.

345

350 7. Stärkung der Gesundheitsfachberufe, Heilhilfsberufe und Pflegeberufe zur Sicherung qualitativer und effektiver Gesundheitsversorgung

355 Mit Blick auf die stetig wachsenden fachlichen und organisatorischen Anforderungen an Zahn- und Humanmediziner und ihre Einbindung in die stationären oder ambulanten Abläufe ist eine Stärkung der Eigenständigkeit der Gesundheitsfachberufe, Heilhilfsberufe und Pflegeberufe unerlässlich. Daher ist eine transdisziplinäre Umverteilung von Leistungszuständigkeiten und Kompetenzen erforderlich, um eine patientenorientierte sektorenübergreifende Versorgung sicherzustellen. Verbindliche Personalbemessungsschlüssel stellen sicher, dass die Patient\*innen ausreichend versorgt und die Mitarbeiter\*innen für Überbelastungen geschützt sind.

360 So sind die Heilhilfsberufe, wie Logopädie, Ergotherapie, Physiotherapie u. ä., heutzutage mehr als reine Hilfsberufe. Vielmehr sind diese Berufsfelder bereits derartig professionalisiert, dass sie Leistungen erbringen, die vom zahn- oder humanmedizinischen Studium nicht mehr umfasst sind. Zugleich schlagen sie in transdisziplinärem Sinne den Bogen zwischen der Lebenswelt des Patienten und seinem körperlichen, ggf. auch geistigen Zustand.

365

370 Den Heilhilfsberufen ist bei der hohen Qualität der Ausbildung eigene, fachbereichsspezifische Erstbehandlungs- und Diagnosekompetenz zuzugestehen. Beispiel mag hier die Hebamme sein, deren besondere Stellung

375



380 „neben dem Arzt“ als auf ihrem Versorgungsgebiet der  
Geburtshilfeleistung führende Kraft noch eine Sonder-  
stellung bildet.  
Pflege ist wesentlicher Bestandteil der Genesung er-  
krankter Menschen. Pflege ist zugleich wesentlicher  
385 Bestandteil der Betreuung und Unterstützung von Men-  
schen, die nicht oder nicht mehr selbstbestimmt ihre  
Persönlichkeit ausleben können. Pflege kann aber auch  
mehr als nur hygienefördernde oder sonst unterstüt-  
zende Leistungen.

390 Eine solche umfassende Pflege ist geeignet, die Effekti-  
vität der stationären und auch ambulanten Versorgung  
zu steigern und wirtschaftlicher zu gestalten. Gerade  
wiederkehrende Maßnahmen, Grundbehandlungen und  
„einfache“ Eingriffe können entsprechend qualifizierten  
395 Menschen übertragen werden und aus dem Approbati-  
onserfordernis hinausgenommen werden.  
Hinsichtlich der Hebammen ist sicherzustellen, dass das  
hohe Maß an Qualifikation in der Geburtshilfe fortge-  
setzt bestehen bleibt und gestärkt wird, um der  
400 Menschlichkeit Raum zu lassen und die klinisch-  
professionelle Leistungsfähigkeit stärker auf effektive  
Krankheitsversorgung zu konzentrieren. Die Berufsaus-  
übung in freier Praxis ist nachhaltig sicherzustellen. Das  
wirtschaftliche Risiko der freien Erbringung von Ge-  
405 burtshilfeleistungen muss sich – wie in allen Berufen –  
in der zu gewährenden Vergütung widerspiegeln oder  
sonst durch Zuschüsse gesichert werden.  
Eine Stärkung dieser Berufe bedeutet aber auch die  
dringend notwendige wirtschaftliche Entlastung bei der  
410 Ausbildung. Derzeit trägt die Ausbildungskosten zum  
Physiotherapeuten, Logopäden, Ergotherapeuten der  
Auszubildende selbst. Dies können mehrere zehntau-  
send Euro sein. Demgegenüber steht ein eher am unte-  
ren Ende liegendes Einkommen.

415 Wir fordern daher eine generelle, auch finanzielle Auf-  
wertung der Heilhilfsberufe, Gesundheitsfachberufe  
und Pflegeberufe. Hierzu ist diesen Berufsfeldern durch  
Anpassung des Approbationserfordernisses eine eigene  
bzw. ausgeweitete Kompetenz im Bereich der fachspezi-  
420 fischen Erst- und Grundversorgungeinzuräumen und die  
Vergütung ist leistungs- und kompetenz-/risikogerecht  
anzupassen. Ebenso ist sicherzustellen, dass in den ge-  
nannten Berufsfeldern kostenlose Ausbildungsgänge  
zur Selbstverständlichkeit werden.

425

8. Stärkung des Sachleistungsprinzips

Zahlreiche Reformen im Gesundheitswesen während  
der letzten Jahre bestanden im Wesentlichen aus Leis-  
430 tungskürzungen und der Verlagerung von ehemals soli-  
darisch getragenen Gesundheitskosten auf die Versi-  
cherten, um genau zu sein: auf die Patient\*innen.  
Exemplarisch seien hier der Wegfall der Leistungen für  
Sehhilfen, die Einführung eines unzureichenden Festzu-  
435 schusses für Zahnersatz und die Einführung von Eigen-

beteiligungen im Krankenhaus genannt.  
 Als Begründung für Zuzahlungen wird regelhaft deren Steuerungsfunktion hervorgehoben, um eine effiziente und bedarfsgerechte Inanspruchnahme medizinischer Leistungen durch die Versicherten sicherzustellen. Bei den beschriebenen Leistungen handelt es sich um verschreibungspflichtige bzw. antrags- und genehmigungspflichtige Leistungen. Die Sicherstellung einer effizienten Leistungsinanspruchnahme wird somit durch die verschreibenden Ärzt\*innen sichergestellt oder liegt bereits im Interesse der genehmigenden Krankenkasse.

440  
 445

Abzulehnen sind Zuzahlungen dann, wenn sie zu einem Verschleppen der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen führen oder ganz auf diese verzichtet wird. Dann können diese Einsparungen mittel- und langfristig durch Chronifizierung oder akute Verschlechterung sogar zu steigenden Gesundheitsausgaben führen. Problematisch erscheinen Zuzahlungen aber auch aus der Gerechtigkeitsperspektive, denn sie belasten eben die Versicherten, die eine hohe Morbidität haben und damit auch regelhaft über geringere Einkommen verfügen, beispielsweise chronisch Kranke, oder Rentner\*innen.

450  
 455

Wir fordern die Wiedereinführung des Anspruchs auf Sehhilfen auf Basis kostendeckender Festbeträge, die vollständige Übernahme des Festbetrags für Zahnersatz, wenn die Vorsorgeuntersuchungen kontinuierlich erfüllt wurden und die Abschaffung der Zuzahlungen im stationären Sektor sowie eine Überprüfung der weiteren Zuzahlungen auf ihre Lenkungswirkung und Sozialverträglichkeit.

460  
 465

*Antragsbereich G/ Antrag 6  
 Unterbezirk Gifhorn (Bezirk Braunschweig)*

**Künstliche Befruchtung**

Wenn ein Staat künstliche Befruchtung zulässt, darf er die Eizellspende nicht verbieten! Wir fordern, dass das Embryonenschutzgesetz geändert und die Eizellspende auch in Deutschland erlaubt wird.

**Künstliche Befruchtung**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

*Antragsbereich G/ Antrag 7  
 Ortsverein Bonn-Beuel (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Bürgerversicherung**

Die SPD Beuel unterstützt die Forderung der AFA, die Bürgerversicherung ins Wahlprogramm aufzunehmen. Ein vorrangiges Ziel der Bürgerversicherung muss sein, durch eine einheitliche Gebührenordnung, die bei allen Patientinnen und Patienten sämtlicher Krankenversicherungen - sowohl privater als auch gesetzlicher Art - mit gleichen Vergütungssätzen angewendet wird, die ärztliche Versorgung in sozial schwachen Wohngegen-

5

**Bürgerversicherung**

Erlедigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

den deutlich zu verbessern.

**Antragsbereich G/ Antrag 8**  
Bezirk Hessen-Süd

**Vollständige paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträge**  
Die vollständige paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist wiederherzustellen.

**Vollständige paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträge**  
Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich G/ Antrag 9**  
Unterbezirk Bochum (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

**Flächendeckender Einsatzes der Telemedizin in der Gesundheitsversorgung**  
Die SPD soll sich mit ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl für die flächendeckende Einführung der Telemedizin in der Gesundheitsversorgung aussprechen.

**Flächendeckender Einsatzes der Telemedizin in der Gesundheitsversorgung**  
Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich G/ Antrag 10**  
Unterbezirk Bochum (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

**Besonderer staatlicher Schutz für Gesundheitsdaten**  
Zeile 765 bis 768 Hinter dem Satz: Beim „Scoring“, also der individuellen Risikovorhersage für einzelne Verbraucherinnen und Verbraucher, müssen die herangezogenen Daten und ihre Gewichtung der Aufsicht offengelegt werden. Es soll klare Regeln für Löschfristen und Löschpflichten für negative, falsche und veraltete Einträge geben. wird folgender Satz eingefügt:

5

10 "Eines besonders hohen Schutzniveaus bedürfen insbesondere personenbezogene Gesundheits- und Versorgungsdaten. Diese wollen wir auch weiterhin schützen und eine Diskriminierung in der Gesundheitsversorgung aufgrund individueller Gesundheitsprofile verbieten. In der Gesundheitsversorgung gilt für uns auch weiterhin

15 das Solidarprinzip der Krankenversicherung."

**Besonderer staatlicher Schutz für Gesundheitsdaten**  
Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich G/ Antrag 11**  
Bezirk Braunschweig

**Paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung wiederherstellen**  
Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten, dass der ab dem 1. Januar 2015 eingeführte Zusatzbeitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung wieder abgeschafft und die

**Paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung wiederherstellen**  
Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 5 paritätische Finanzierung der Krankenversicherung (durch Arbeitgeber und Beschäftigte) wieder hergestellt wird. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die Forderung nach einer Wiedereinführung der kompletten paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung ein elementarer Bestandteil des SPD-Wahlprogrammes zur nächsten Bundestagswahl 2017 wird.
- 10

*Antragsbereich G/ Antrag 12*  
*Bezirk Braunschweig*

**Gesetz zur Personalbemessung im Krankenhaus**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine Gesetzesinitiative zur Personalbemessung im Krankenhaus in den Bundestag einzubringen, das regeln soll, dass der reale Personalbedarf ermittelt wird und in der Praxis verpflichtend eingesetzt werden muss.

5

**Gesetz zur Personalbemessung im Krankenhaus**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich G/ Antrag 13*  
*Unterbezirk Gifhorn (Bezirk Braunschweig)*  
*Bezirk Braunschweig*

**Blutspende**

Gesundes Blut ist nicht homo oder hetero. Wir fordern die Blutspende für homosexuelle und bisexuelle Männer zu erlauben!

**Blutspende**

Ablehnung

*Antragsbereich G/ Antrag 14*  
*Ortsverein Ganderkesee (Bezirk Weser-Ems)*

**Bürgerversicherung im Gesundheitswesen**

Der Bundesparteitag möge beschließen, folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Es soll eine Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung eingeführt werden, in der gilt

5

- alle Einkommensarten der Bürger (inklusive Kapitalerträge und Mieteinnahmen) werden für die Beiträge herangezogen
- die Bürgerversicherung wird paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert
- die Beitragsbemessungsgrenze wird deutlich angehoben.

10

**Bürgerversicherung im Gesundheitswesen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Antragsbereich G/ **Antrag 15**  
 Kreisverband Leipzig (Landesverband Sachsen)

**Sozialdemokratische Gesundheitspolitik heißt Bürger-  
 versicherung einführen**

Das Gesundheitssystem der Bundesrepublik Deutschland wird von vielen Patient\*innen als ungerecht empfunden - angefangen bei der Unterscheidung in gesetzliche und private Krankenkassen, über die Höhe der zu zahlenden Krankenkassenbeiträge bis hin zu den Auswirkungen der so genannten Zwei-Klassen-Medizin in der Praxis. Bspw. erfolgt die Terminvergabe unterschiedlich und je nach Status - wer privat versichert ist, erhält eher einen Termin beim Facharzt, als ein gesetzlich Versicherter Patient. Um diese und weitere aus unserer Sicht bestehende Ungerechtigkeiten zu beseitigen, fordern wir:

1. Die Einführung einer echten Bürger\*innenversicherung, in die alle Bürger\*innen ihre Sozialversicherungsbeiträge (Krankenversicherung (KV) und Pflegeversicherung (PV) einzahlen, unabhängig davon, ob sie Arbeitnehmer\*innen, Angestellte im öffentlichen Dienst, Beamte oder Selbstständige sind. Staatliche Ersatzleistungen nach den SGB (z.B. ALG II) bleiben hiervon unberührt.

2. Daneben ist unbedingt der vom SPD-Parteivorstand am 26. September 2011 beschlossene Leitantrag in das Wahl- bzw. Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 2017 aufzunehmen:

**"Solidarische Gesundheitspolitik für alle Bürgerinnen und Bürger"**

**Zusammenfassung**

Die SPD setzt sich für eine solidarische Weiterentwicklung unseres Gesundheitssystems ein. Wir wollen Zwei-Klassen-Medizin verhindern und eine Bürgerversicherung einführen. Gesundheit und Pflege sind für uns zentrale politische Gestaltungsfelder, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu erhalten. **Wir wollen soziale Rechte sichern und eine gute medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleisten.**

Deshalb fordern wir:

- eine einheitliche Honorarordnung für alle Patientinnen und Patienten. Damit werden Privatversicherte nicht mehr privilegiert und Ärzte lassen sich zunehmend wieder in strukturschwachen Regionen nieder.
- mehr integrierte Versorgung, damit Patienten effektiver versorgt werden. Dazu wollen wir die hausärztliche Versorgung stärken und erreichen, dass ambulante und stationäre Einrichtungen besser zusammenarbeiten.
- ein neues Vertragsarztrecht, um Anreize für die Niederlassung in Gebieten mit schlechterer Versorgung zu schaffen.
- bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in medi-

**Sozialdemokratische Gesundheitspolitik heißt Bürger-  
 versicherung einführen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

medizinischen Berufen

- bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege und eine reformierte Ausbildung, die mehr Perspektiven bietet.
- 55 • faire Arzneimittelpreise auf europäischen Durchschnittsniveau.

60 Wir wollen **Patientenrechte stärken** und ein neues Patientenrechtegesetz auf den Weg bringen. Ebenso wollen wir **mehr Prävention**, um Lebensqualität zu verbessern im Wohnumfeld, an den Arbeitsorten und in pädagogischen Einrichtungen. Prävention muss einen neuen Stellenwert als gesamtgesellschaftliche Aufgabe erhalten, deshalb wollen wir einen Präventionsfonds, der Projekte gezielt fördert.

65

70 **Mit einer umfassenden Pflegereform wollen wir sicherstellen, dass alle Menschen auch in Zukunft möglichst selbstbestimmt und in Würde altern können.** Dazu fordern wir:

- einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und besseres Leistungsrecht, dass den Bedürfnissen der Betroffenen besser gerecht wird.
- 75 • bessere Unterstützung für Pflegenden Angehörige - dazu wollen wir in einer flexiblen Pflegezeit ein 1000-Stunden-Budget schaffen, das mit einer Lohnersatzleistung ausgestattet ist.

80 **Wir wollen eine gerechte nachhaltige Finanzierung des Gesundheits- und Pflegesystems mit einer solidarischen Bürgerversicherung.**

In Zukunft gilt die Bürgerversicherung für neuen Versicherten und alle gesetzlich Versicherten. Die Finanzierung besteht aus drei Beitrags Säulen: Bürgerbeitrag, Arbeitgeberbeitrag und dynamisiertem Steuerbeitrag. Die tatsächliche Parität stellen wir im vollen Umfang wieder her – Sonder- und Zusatzbeitrag werden abgeschafft. Damit schaffen wir eine gerechte, solidarische und nachhaltige Versicherung für alle Bürgerinnen und Bürger.“

85

#### *Antragsbereich G/ Antrag 16*

*020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)*

#### **Die Bürgerversicherung nach der Bundestagswahl 2017 umsetzen**

Wir fordern die Bürgerversicherung als eine Bedingung für den Eintritt der SPD in eine neue Koalition auf Bundesebene nach der Bundestagswahl 2017 zu machen, sollte das Wahlergebnis eine Koalitionsoption für die SPD eröffnen. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung will eine Bürgerversicherung. Sie ist Garantie der Teilhabe aller am medizinischen Fortschritt.

5

10 Zentrale Vorgaben für die Finanzierung der Bürgerversicherung sind dabei für uns: Alle zahlen ein, Arbeitge-

#### **Die Bürgerversicherung nach der Bundestagswahl 2017 umsetzen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

ber\*innen, Arbeitnehmer\*innen, Beamt\*innen und Selbstständige. Außerdem werden neben dem Lohn auf weitere Einkommen Beiträge bezahlt. Die Umsetzung einer Bürgerversicherung in einem Schritt ist unrealistisch. Zur pragmatischen und praxistauglichen Umsetzung der Bürgerversicherung fordern wir die Umsetzung von fünf Elementen, die auch unabhängig voneinander wirken:

20 Die Krankenversicherung wird wieder paritätisch von Arbeitnehmer\*innen und Arbeitgeber\*innen bezahlt.

25 Alle Einkommensarten werden mit zu definierenden Freibeträgen beitragspflichtig. Hierzu wird eine zweite Säule der Beitragsbemessung einge-  
30 zogen. Die Beitragsbemessung für die zweite Säule erfolgt über die Finanzämter. Die Einnahmen werden z.B. für Investitionen in die Gesundheitsinfrastruktur und Präventionsmaßnahmen verwendet. Perspektivisch soll die Beitragsbemessungsgrenze für abhängig beschäftigte aufgehoben werden.

35 Die Beitragsbemessungsgrenze wird auf das Niveau der Rentenversicherung erhöht, um mit den zusätzlichen Einnahmen wieder Leistungen wie Hörgeräte, Sehhilfen und Zahnersatz finanzieren zu können. Parallel dazu wird die Versicherungspflichtgrenze ebenfalls angehoben.

40 Die Unterschiede bei der ärztlichen Vergütung von gesetzlich Versicherten und privat Versicherten werden aufgehoben, um u.a. die bedarfsgerechte Verteilung von Vertragsärzten zu erleichtern.

45 Beamt\*innen erhalten wieder volle Wahlfreiheit ihrer Krankenversicherung. Bei der Wahl der gesetzlichen Krankenversicherung übernimmt der Dienstherr den Arbeitgeberanteil. Die Mindestbemessungsgrenze für Selbstständige in der GKV wird deutlich abgesenkt.

**Antragsbereich G/ Antrag 17**

*020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)*

*Landesverband Berlin*

**Wohnortnahe vor- und nachgeburtliche Versorgung sicherstellen**

5 Die SPD möge sich in ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 für eine bessere und wohnortnahe vor- und nachgeburtliche Versorgung aussprechen, insbesondere im Bereich der Hebammen. Neben dem Einsatz für eine bessere Gesundheitsversorgung soll sich die SPD für die Einführung einer bundesweiten Statistik zur flächendeckenden Versorgung von Hebammen in Deutschland (aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Stadt- und Ortsteilen) einsetzen.

**Wohnortnahe vor- und nachgeburtliche Versorgung sicherstellen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich G/ Antrag 18**

*Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)*

**Parität Krankenversicherung**

In das Wahlprogramm der SPD zur Bundestagswahl im September 2017 wird aufgenommen: Die volle Parität bei den Beiträgen zur Krankenversicherung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird wieder hergestellt.

5

**Parität Krankenversicherung**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich G/ Antrag 19**

*Kreisverband Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Gesundheit**

Wir fordern:

eine Bürgerversicherung für jede Bürgerin und jeden Bürger, unter Einbeziehung aller Einkommensarten

5

eine solidarisch finanzierte Bürgerversicherung: starke Schultern tragen mehr

Ausbau der Pflegeversorgung durch eine staatlich einheitliche Pflegekasse

10

Transparenz in der Abrechnung von medizinischen Leistungen

Wir sprechen uns zudem gegen die totale Überwachung im Gesundheitssystem aus. Es darf keinen gläsernen Patienten geben. Im Zeitalter der Digitalisierung liebäugelt die Versicherungswirtschaft jedoch damit, uns u.a. mit elektronischen Gesundheitsbändern rund um die Uhr zu vermessen. Damit droht nicht nur Unfreiheit, sondern langfristig die Aushöhlung des solidarischen Kerns des Versicherungsprinzips.

15

20

Daher sind wir gegen einen (wirtschaftlichen) Zwang durch elektronische Gesundheitsüberwachung.

**Gesundheit**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich G/ Antrag 20**

*Landesverband Berlin*

**Der Weg in die Bürgerversicherung – pragmatisch und praxistauglich**

Seit 2004 verfolgt die SPD das Ziel einer Bürgerversicherung. 2005 haben wir als SPD erstmals im Wahlkampf diesen umfassenden Umbau der gesetzlichen Krankenversicherung gefordert. In unserer Grundsatzentscheidung zur Bürgerversicherung für die Krankenversicherung und die Pflegeversicherung haben wir uns deutlich von dem Beschluss der CDU zur Kopfpauschale abgehoben. Und wir haben dafür sehr viel Zuspruch bekommen. Nicht nur andere Parteien, auch Gewerkschaften, Wohlfahrtsträger und Sozialverbände wollen die Bür-

5

10

**Der Weg in die Bürgerversicherung – pragmatisch und praxistauglich**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission



- gerversicherung. Unsere Forderungen nach solidarischer Finanzierung und gerechter Kostenteilung im Gesundheitswesen haben überzeugt. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung will eine Bürgerversicherung. Sie ist Garantie der Teilhabe aller am medizinischen Fortschritt.
- 15 Zentrale Vorgaben für die Finanzierung der Bürgerversicherung sind dabei für uns:
- 20 Alle zahlen ein, also auch Beamt\_innen und Selbstständige und von jedem Einkommen, also auch von Kapitaleinkommen werden Beiträge bezahlt. Die Umsetzung einer Bürgerversicherung in einem Schritt ist unrealistisch.
- 25 Zur pragmatischen und praxistauglichen Umsetzung der Bürgerversicherung schlagen wir fünf Elemente vor, die auch unabhängig voneinander wirken:
- Die Krankenversicherung wird wieder paritätisch finanziert. Der Zusatzbeitrag für Arbeitnehmer\_innen entfällt.
  - Alle Einkommensarten werden beitragspflichtig. Hierzu wird eine zweite Säule der Beitragsbemessung eingezogen. Die Beitragsbemessung für die zweite Säule erfolgt über die Finanzämter. Die Einnahmen werden für z.B. Investitionen in die Gesundheitsinfrastruktur und Präventionsmaßnahmen verwendet.
  - Die Beitragsbemessungsgrenze wird auf das Niveau der Rentenversicherung erhöht, um mit den zusätzlichen Einnahmen wieder Leistungen wie Hörgeräte, Sehhilfen und Zahnersatz finanzieren zu können.
  - Die Unterschiede bei der ärztlichen Vergütung von gesetzlich Versicherten und privat Versicherten werden aufgehoben, um u.a. die bedarfsgerechte Verteilung von Vertragsärzten zu erleichtern.
  - Auch Beamte und Beamtinnen müssen ihre Krankenversicherung wählen können.
  - Die Mindestbemessungsgrenze für Selbstständige in der GKV wird deutlich abgesenkt.
- 50 Für uns ist klar: Kann und will die SPD nach der Bundestagswahl 2017 in eine Regierungskoalition, muss der Weg in eine Bürgerversicherung vertraglich vereinbart sein.

*Antragsbereich G/ Antrag 21*  
*Landesverband Berlin*

- Übernahme des halben Krankenversicherungsbeitrages für Beamte in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)**
- Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Dienstherr – bis zur Einführung der Bürgerversicherung – bei Beamtinnen und Beamten, die in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind, 50% des Beitrages
- 5

**Übernahme des halben Krankenversicherungsbeitrages für Beamte in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)**  
 Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

10 übernimmt. Ziel ist es, die Attraktivität der gesetzlichen Krankenversicherung für die Beamtinnen und Beamten zu erhöhen, indem sie dann wie bei Tarifbeschäftigten, die freiwillig gesetzlich versichert sind, die Hälfte des Beitrages durch den Arbeitgeber getragen wird. Bisher werden die Kosten durch die Beamtinnen und Beamten zu 100 Prozent getragen, da Beihilfe nur bei der privaten Krankenversicherung gewährt wird.

*Antragsbereich G/ Antrag 22*  
Landesverband Berlin

5 **Finanzierung von Dolmetscher\*innen und Sprachmittler\*innen in der medizinischen Versorgung**  
Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, ein Konzept für die Finanzierung und Abrechnung von Dolmetscher\*innen und Sprachmittler\*innen in der medizinischen Versorgung zu entwickeln und umzusetzen. Hierbei muss eine steuerfinanzierte Lösung gefunden werden, da dieser Bereich eine Aufgabe der Gesamtgesellschaft ist. Ärztliches Personal ist gesetzlich zur vollständigen und verständlichen Aufklärung der Patient\*innen über eine Behandlung verpflichtet. Wenn diese aufgrund sprachlicher Barrieren unmöglich ist, muss ein\*e Dolmetscher\*in hinzugezogen werden. Die Kostenübernahme dafür ist allerdings bislang nicht gesetzlich geregelt. Die Bundesärztekammer fordert die Einführung einer geeigneten gesetzlichen Regelung seit Langem.

**Finanzierung von Dolmetscher\*innen und Sprachmittler\*innen in der medizinischen Versorgung**  
Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

*Antragsbereich G/ Antrag 23*  
Landesverband Berlin

5 **Fasst Euch ein Herz – Organspendepraxis verbessern**  
Werbung für Organspende intensivieren. Angesichts der rückläufigen Spendebereitschaft müssen auf allen Ebenen die Aufklärung über und Werbung für eine größere Aufmerksamkeit in der breiten Bevölkerung umgesetzt werden. Dazu soll eine Verstärkung der physischen Präsenz durch Informationsstände und Vorträge an Schulen erwogen werden.

**Fasst Euch ein Herz – Organspendepraxis verbessern**  
Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

*Antragsbereich G/ Antrag 24*  
Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

5 **Rückkehr zur Parität in der Sozialversicherung**  
Unser Sozialsystem zeichnet sich gerade dadurch aus, dass an der Finanzierung der Sozialversicherung ArbeitnehmerInnen sowie ArbeitgeberInnen gleichermaßen beteiligt sind. Gerade in der Krankenversicherung ist ein Ungleichgewicht entstanden, denn die ArbeitnehmerIn-

**Rückkehr zur Parität in der Sozialversicherung**  
Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

10           nen haben den kassenindividuellen Zusatzbeitrag allein zu zahlen. Wir fordern, dass die Beiträge zur Kranken-, Pflege, Renten- sowie Arbeitslosenversicherung wieder paritätisch getragen werden. Der festgesetzte Beitragsanteil von 7,3% bzw. 7% für die ArbeitgeberInnen bei der Krankenversicherung ist aufzuheben, denn an den Beitragssatzsteigerungen müssen auch diese beteiligt werden. An der Forderung nach der Einführung einer Bürgerversicherung halten wir fest.

*Antragsbereich G/ Antrag 26  
Ortsverein Uetze (Bezirk Hannover)*

**Bürgerversicherung einführen, gesetzliche Rente stärken, Mindestrente einführen**

5           Wir wollen, die zwei Klassenmedizin beenden und eine echte Bürgerversicherung einführen, in die alle Bürgerinnen und Bürger auf gleiche Weise einzahlen. Bisher Privatversicherte können wählen, ob sie in die Bürgerversicherung wechseln möchten. Wir möchten eine neue einheitliche Honorarordnung für Ärztinnen und Ärzte einführen, damit sich die Vergütung von medizinischen Leistungen für alle Patientinnen und Patienten nach ihrem Behandlungsbedarf und nicht nach ihrem Versicherungsstatus richtet. Beiträge für die Krankenversicherung müssen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wieder paritätisch entrichtet werden. Perspektivisch sollen die Privatversicherer keine Krankenvollversicherungen mehr anbieten, die gesetzlich Versicherten können bei den privaten Versicherern auf Wunsch Zusatzversicherungen abschließen. Die Beitragssätze für Selbständige in der gesetzlichen Krankenversicherung sollen sich stärker als bisher am Einkommen bemessen.

20           Wir wollen die gesetzliche Rente als wichtigste Säule unseres Rentensystems wieder stärken, denn Rente muss zum Leben reichen und dem Lebensstandard im Alter sichern. Um dies sicherzustellen, müssen Veränderungen an den aktuellen Rentenregelungen vorgenommen werden. Besonders wichtig ist uns dabei:

              Die Festlegung des Rentenniveaus auf mindestens 50 Prozent.

30           Wir wollen eine Mindestrente. Die Mindestrente ist die Grundsicherung plus 10%, plus Wohngeld und kann als Rentenversicherungsleistung unabhängig von einer Bedürftigkeitsprüfung von jedem in Anspruch genommen werden, der mindestens 35 Beitragsjahre geleistet hat, wobei Kindererziehung und Pflegezeiten angerechnet werden. Das heißt wer ein Leben lang gearbeitet hat, verdient eine Rente ohne sein Erspartes aufbrauchen zu müssen.

40           Die Riesterrente hat sich nicht bewährt. Wir wollen daher die staatliche Förderung und Subventionierung der privaten Rentenvorsorge auslaufen lassen.

**Bürgerversicherung einführen, gesetzliche Rente stärken, Mindestrente einführen**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

Die bisher abgeschlossenen Verträge genießen weiter Bestandsschutz. Wer aber in Zukunft eine zusätzliche private Altersversorgung abschließen möchte, muss auf Steuersubventionen verzichten. Bei den bestehenden Verträgen soll in Zukunft bei der Auszahlung keine Verrechnung mit Sozialleistungen mehr stattfinden.

Wir wollen die gesetzliche Rente zu einer Erwerbstätigenversicherung erweitern. Dabei wollen wir schrittweise die Beitragsbasis auf alle Bürger, also auf Abgeordnete, Freiberufler, Selbständige und Beamte erweitern. Auch die Versorgungswerke wollen wir integrieren.

*Antragsbereich G/ Antrag 28*

*Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Studentischen Krankenversicherungstarif für Promotionsstudierende öffnen**

Wir fordern die Anerkennung des Studierendenstatus von Promotionsstudierenden in der gesetzlichen Krankenversicherung. Doktorand\*innen muss ein uneingeschränkter Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung zu Konditionen wie Studierenden im Bachelor- und Master-Studium gewährt werden. Hierbei kann es sich jedoch nur um eine vorübergehende Lösung handeln, bis die Einführung einer Bürgerversicherung erfolgt ist, wobei auch dann die gleichen Bedingungen für Promotionsstudierende gelten müssen, wie für Bachelor- oder Master-Studierende.

**Studentischen Krankenversicherungstarif für Promotionsstudierende öffnen**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

*Antragsbereich G/ Antrag 29*

*Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)*

**Refinanzierung von Pflegeleistungen - Demografieabgabe - Auflösung des Vorsorgefonds**

Im Wahlprogramm der Partei soll die Forderung aufgenommen werden, dass der Solidaritätsbeitrag sukzessive in eine Demografieabgabe umgewandelt wird. Wir fordern die Umwandlung des Solidaritätsbeitrag in eine zeitlich befristete Demografieabgabe bis 2060. Gleichzeitig fordern wir die Auflösung des sogenannten Pflegevorsorgefonds, um die bereits bestehenden Personaldefizite in den Pflegeberufen, speziell in Krankenhäusern und Pflegeheimen von zur Zeit ca. 15% mittel- und langfristig zu kompensieren sowie den demografisch bedingten Mehrbedarf an Fachkräften refinanzieren zu können.

**Refinanzierung von Pflegeleistungen - Demografieabgabe - Auflösung des Vorsorgefonds**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

*Antragsbereich G/ Antrag 30*

*Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)*

**Aufwendungen der Behandlungspflege im Heim - Honorierung von SGB V-Leistungen im stationären Pflegeheim-Bereich**

Im Wahlprogramm zur Bundestagswahl soll die Forderung aufgenommen werden, dass medizinische Leistungen in stationären Pflegeheimen gesondert abrechnungsfähig sind und nicht weiterhin pauschal im Rahmen des SGB XI als abgegolten gelten. Aufwendungen der Behandlungspflege sind analog der ambulanten Praxis abzurechnen.

5

**Aufwendungen der Behandlungspflege im Heim - Honorierung von SGB V-Leistungen im stationären Pflegeheim-Bereich**

Ablehnung

*Antragsbereich G/ Antrag 31*

*Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)*

**Pflegenotstand – Berufsflucht stoppen – Mindestpersonalbemessung - Bundeseinheitliche Personalbemessung**

Im Wahlprogramm zur Bundestagswahl soll die Forderung aufgenommen werden, bundeseinheitliche Mindestpersonalbemessungssysteme für Krankenhäuser und Pflegeheime zu entwickeln und einen dann in der Folge absehbaren Personalmehrbedarf zu refinanzieren. Bereits die PPR und das Bemessungsverfahren PLAISIR hatten gezeigt, dass von einem höheren Personalstellenbedarf auszugehen ist. Die Höhe erforderlicher Personalstellen darf nicht weiter einer Pflegeselbstverwaltung oder dem Budgets der Krankenhäuser überlassen bleiben, sondern hat sich auszurichten an den Werten unserer solidarischen und sozialen Gesellschaft bzw. den Erfordernissen fachgerechter Pflege. Entsprechend sind Pflegewissenschaften und Pflegekammern zu beteiligen. Vorrangiges Ergebnis einer echten und zielführenden Pflegereform muss eine um etwa 15-20-prozentige Erhöhung der Personalstellen sein!

5

10

15

**Pflegenotstand – Berufsflucht stoppen – Mindestpersonalbemessung - Bundeseinheitliche Personalbemessung**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich G/ Antrag 32*

*Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)*

**Beteiligung der Betroffenen – Änderung des Paragraphen 75 SGB XI**

Laut § 75 SGB XI Rahmenverträge, Bundesempfehlungen und -vereinbarungen über die pflegerische Versorgung sind an der Schließung der Rahmenverträge auf Landesebene, die eine wirksame und wirtschaftliche pflegerische Versorgung der Versicherten sicherstellen sollen, die Landesverbände der Pflegekassen unter Beteiligung des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung sowie des Verbandes der privaten Krankenversicherung e. V. mit den Vereinigungen der Träger der

5

**Beteiligung der Betroffenen – Änderung des Paragraphen 75 SGB XI**

Ablehnung

- 10 ambulanten oder stationären Pflegeeinrichtungen beteiligt. Ferner sind daran die überörtlichen Träger der Sozialhilfe und die Arbeitsgemeinschaften der örtlichen Träger der Sozialhilfe beteiligt.
- 15 Im Wahlprogramm der Partei soll die Forderung aufgenommen werden, dass als vierte Partei unbedingt Vertreter oder Interessenvertretungen der von der Pflege direkt Betroffenen (Gepflegte/Patienten und Pflegenden) an diesen Verhandlungen zu beteiligen sind.

*Antragsbereich G/ Antrag 33  
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen*

**Für eine Pflege-Bürgerversicherung**

Pflege muss sich an der Menschenwürde und der Selbstbestimmung der Betroffenen orientieren. Ein neuer Pflegebegriff kann dafür sorgen, dass auch Jugendliche und Kinder stärker berücksichtigt werden. Mit der Pflege-Bürgerversicherung müssen neue Finanzierungsquellen für den Bereich erschlossen werden. Die AfA Schleswig-Holstein fordert die AfA Bundeskonferenz auf, sich über den SPD-Bundesparteitag und der SPD-Bundestagsfraktion für folgende Änderungen einzusetzen, verbunden mit der Aufforderung des im kommenden Wahl-/Regierungsprogramm mit einfließen zu lassen:

- 5
- 10 Die Politik und staatliche Verwaltung müssen die Pflege als gesellschaftlich relevantes Thema begreifen und dürfen sich nicht aus der Verantwortung ziehen. Die Sozialdemokratie setzt sich auf allen Ebenen für einen offenen Dialog zur Pflege ein und lässt die Pflegekräfte nicht allein.

- 15
- 20 Pflege muss sich an der Menschenwürde und der Selbstbestimmung der Betroffenen orientieren. Ein neuer Pflegebegriff kann dafür sorgen, dass auch Jugendliche und Kinder stärker berücksichtigt werden.

- 25 Die Zahl pflegebedürftiger Menschen steigt weiter an. Die schon heute massiven Engpässe in der privaten und beruflichen Pflege werden sich zunehmend verschärfen. Das Thema Pflege nimmt in der Politik jedoch bislang nicht den Stellenwert ein, den es verdient. Die SPD setzt sich für eine Pflege-Bürgerversicherung ein. Folgende Bereiche müssen in dieser realisiert werden:

- 30
1. Bessere Bezahlung für mehr engagierte Pflegekräfte

- 35 Mit einer Bürger-Pflegeversicherung muss die Pflegeversicherung finanziell und strukturell reformiert werden. Ambulante und stationäre Pflegesätze müssen angleichen und Pflegeleistungen an die Preisentwicklung angepasst werden. Die Pflegezeit soll Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen die Möglichkeit für eine begrenzte Auszeit aus dem Beruf eröffnen. Ein "guter Mix" verschiedener Hilfen ist erforderlich. Für eine stei-
- 40

**Für eine Pflege-Bürgerversicherung**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

45 gende Zahl an pflegebedürftigen Menschen werden  
 genügend gut qualifizierte und engagierte Pflegekräfte  
 benötigt. Um den Pflegekräften die Anerkennung ent-  
 gegenzubringen, die sie verdienen, und einem Fachkräf-  
 temangel entgegenzuwirken, muss der Pflegeberuf  
 verbessert, gerecht bezahlt und die Arbeitsbedingungen  
 verbessert werden. Dafür muss ein gesetzlich angemes-  
 sener Personalschlüssel bundesweit eingeführt werden.  
 Die unnötige Bürokratie muss abgeschafft werden.

50 2.Solidarische Finanzierung durch eine Pflege-  
 Bürgerversicherung

55 Das Ziel ist ein leistungsfähiges Gesundheitssystem, das  
 die medizinisch notwendige Versorgung für alle Men-  
 schen bereitstellt – unabhängig von Einkommen und  
 Herkunft. Voraussetzung zur Einführung einer Pflege-  
 Bürgerversicherung ist, dass alle Bürgerinnen und Bür-  
 60 ger – auch Beamte, Selbstständige und Besserverdie-  
 nende - ihren Beitrag je nach Einkommen leisten. Für  
 eine Pflege-Bürgerversicherung werden alle Einkom-  
 mensarten zur Beitragsbemessung einbezogen. Die  
 Beitragsbemessungsgrenze sollen auf das in der Ren-  
 tenversicherung geltende Niveau angehoben werden  
 65 Kinder sind in der Bürgerversicherung beitragsfrei. An  
 der Beitragsparität, wonach Arbeitnehmer und Arbeit-  
 geber jeweils die Hälfte der Beiträge einzahlen, wird  
 festgehalten.

*Antragsbereich G/ Antrag 34  
 Landesverband Bayern*

**Für mehr Personal in unseren Krankenhäusern**

Die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in unse-  
 ren Krankenhäusern hat sich seit der Einführung der  
 DRGs extrem verschlechtert. Die Gewerkschaft ver.di  
 hat ermittelt, dass bundes- weit 162.000 Stellen fehlen,  
 5 davon etwa die Hälfte in der Pflege. In Bayern fehlen  
 etwa 21.000 Vollzeitstellen, davon ebenfalls etwa  
 10.000 Stellen in der Pflege. Wir unterstützen die Forde-  
 rung der Gewerkschaft ver.di nach einer gesetzlichen  
 Personalbemessung. Seit Jahren arbeiten wir an dieser.  
 10 So wird über alle Träger hinweg, unabhängig ob öffent-  
 liche, kirchliche oder private, garantiert, dass sich die  
 Arbeitsbedingungen verbessern.

Der Slogan von ver.di „mehr von uns ist besser für alle“,  
 15 trifft zu. Denn wir wissen, dass die gesundheitliche Ver-  
 sorgung und deren Qualität der Bürgerinnen und Bürger  
 von ausreichend Personal mit guten Arbeitsbedingun-  
 gen zu fairen Löhnen abhängig ist. Bis zu einer gesetzli-  
 chen Regelung unterstützen wir ver.di auch in ihrer  
 20 Ankündigung für einen Tarifvertrag Entlastung eintre-  
 ten zu wollen. Wir fordern die Arbeitgeber, insbesonde-  
 re den kommunalen Arbeitgeberverband auf, in die

**Für mehr Personal in unseren Krankenhäusern**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
 kommission

Verhandlungen einzutreten.

*Antragsbereich G/ Antrag 35*  
*Landesverband Bayern*

**Kommunale Krankenhäuser besser finanzieren: Für eine humane Medizin in einem am Wohl der Menschen ausgerichteten Krankenhauswesen**  
 Wir fordern am Versorgungsbedarf ausgerichtete Organisationsstrukturen für kommunale Krankenhäuser. Der Wettbewerb um Personalkosten muss beendet werden.

**Kommunale Krankenhäuser besser finanzieren: Für eine humane Medizin in einem am Wohl der Menschen ausgerichteten Krankenhauswesen**  
 Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 5      • Wir fordern, kommunale Kliniken durch eine verbesserte Finanzierung in die Lage zu versetzen, ihren sozialen Auftrag der Daseinsvorsorge erfüllen zu können. Durch eine Abkehr von den Fallpauschalen in den Krankenhäusern und eine Reform der Finanzierung müssen vor allem kommunale Krankenhäuser mit ihrem umfangreichen Angebot der Grundversorgung gestärkt werden. Das Krankenhausfinanzierungsgesetz muss daher geändert werden.
- 10
- 15     • Wir fordern eine umfassende, wohnortnahe Versorgung mit Alters- und Palliativmedizin sowie bedarfsgerecht wesentlich mehr Hospize.
- 20
- 25     • Im Spannungsfeld von Patientenfürsorge, wirtschaftlicher Effizienz und öffentlichem Vertrauen muss der respektvolle Umgang mit allen Beteiligten – den Patienten und dem Personal in Medizin, Pflege und Verwaltung – Vorrang erhalten vor rein finanziellen Erwägungen. Dazu gehört insbesondere eine gesetzlich geregelte Personalbemessung und eine bessere Ausstattung mit Pflege-Fachpersonal.

*Antragsbereich G/ Antrag 36*  
*Landesverband Bayern*

**Zahnersatz und Brillen – Regelversorgung für alle kostenlos**  
 Zahnersatz und Brillen müssen wieder in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen werden. Die gesetzlichen Krankenkassen müssen für alle Versicherten eine kostenlose Regelversorgung mit Zahnersatz und Brillen zur Verfügung zu stellen.

**Zahnersatz und Brillen – Regelversorgung für alle kostenlos**  
 Erledigt durch Annahme von V.A60 in der Fassung der AK

- 5



*Antragsbereich G/ Antrag 37*  
Landesverband Berlin

**Besserer Schutz von Betreuten**

- 5 1) Sobald ein Betreuungsverfahren eingeleitet, eine Betreuung verlängert oder eine Betreuung erweitert werden soll, hat der/die Betroffene einen Rechtsanspruch auf einen Rechtsanwalt ihrer/seiner Wahl für den Verfahrenskostenhilfe unabhängig von der wirtschaftlichen Situation der/ des Betroffenen bewilligt wird.
- 10 2) Der/die Betroffene darf den/die Verfahrenspflegerin selbstbestimmen.
- 15 3) Das Betreuungsgericht ist an einem Gutachtervorschlag der/des Betroffenen gebunden, wenn der/die GutachterIn qualifiziert und zu einer Begutachtung bereit ist.

**Besserer Schutz von Betreuten**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

*Antragsbereich G/ Antrag 38*  
Landesverband Bayern

**SGB V-Reform, damit Selbständige und Freiberufler sich freiwillig und ohne Mindestbeitrag im Verhältnis zu ihren Einkünften in der GKV krankenversichern können**

- 5 Wir kämpfen für eine Bürgerversicherung. Solange diese nicht umgesetzt ist wird eine Reform des SGB V beantragt. Beantragt wird eine Reform des Sozialgesetzbuches V (SGB V) dergestalt, dass zukünftig Selbständige bzw. freiberuflich tätige Personen die Möglichkeit haben, sich entsprechend, d.h. in Prozentwerten zu ihren monatlichen Einkünften, freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) versichern zu können, ohne dabei einen Sockelbeitrag zahlen zu müssen, wie es im Moment der Fall ist. Dies soll auch im Konzept der Bürgerversicherung so ergänzt werden.
- 10

**SGB V-Reform, damit Selbständige und Freiberufler sich freiwillig und ohne Mindestbeitrag im Verhältnis zu ihren Einkünften in der GKV krankenversichern können**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich G/ Antrag 39*  
Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)

**GKV und Pflegeversicherung fortentwickeln: Einführung einer Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege**

- 5 Die Sozialdemokraten erklären in ihrem Wahlprogramm, dass sie Gesundheit und Pflege wieder zu Kernaufgabe des Sozialstaats machen wollen. Ihre Gesundheitspolitik soll die Zweiklassenmedizin beenden und dafür sorgen, dass alle am medizinischen Fortschritt teilnehmen können. Gelingen soll das durch die Einführung einer sogenannten Bürgerversicherung als Krankenvoll- und Pflegeversicherung. Dieses Konzept sieht vor, dass zukünftig alle Bürgerinnen und Bürger in Bürgerversicherungen versichert sind. Damit soll auf lange
- 10

**GKV und Pflegeversicherung fortentwickeln: Einführung einer Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission in Fassung der Antragskommission

15       Sicht die Trennung zwischen privaten und gesetzlichen Krankenversicherungen aufgehoben werden. Alle heute gesetzlich Versicherten und jeder künftige Krankenversicherte sollen automatisch Mitglied der Bürgerversicherung werden. Bislang Privatversicherte sollen für ein Jahr befristet wählen können, ob sie wechseln wollen. Sowohl gesetzliche als auch private Krankenversicherungen sollen die Bürgerversicherung anbieten. Jeder soll in der Bürgerversicherung unabhängig vom Erwerbsstatus, Alter, Geschlecht oder dem Gesundheitsrisiko aufgenommen werden. Finanziert werden soll die Bürgerversicherung durch drei Quellen:

20

25                -Bürgerbeitrag: Aus dem Arbeitnehmerbeitrag soll ein Bürgerbeitrag werden, den alle Bürgerinnen und Bürger prozentual nach ihrer Leistungsfähigkeit auf ihr Einkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Arbeit zahlen.

30                Die Beitragsbemessungsgrenze, oberhalb der das Einkommen eines Versicherten beitragsfrei bleibt entfällt. Der Bürgerbeitragssatz soll einheitlich festgelegt werden, doch zur Stärkung des Wettbewerbs sollen die Krankenkassen die Möglichkeit bekommen, diesen anzupassen. Zusatz- und Sonderbeitrag sollen wegfallen. Familienmitglieder ohne eigenes Einkommen und Kinder sollen weiterhin beitragsfrei mitversichert werden.

35

40                Die Versicherungspflichtgrenze von 4.800 Euro (Bundeseinheitlich) entfällt.

                  -Arbeitgeberbeitrag: Die Arbeitgeber sollen bei den lohnbezogenen Beiträgen wieder genau die Hälfte der Kosten übernehmen.

45                -Steuerbeitrag: In die Bürgerversicherung sollen mehr Steuergelder fließen. Dafür soll die Zinsabgeltungssteuer erhöht und so die Einkünfte aus Kapitalerträgen in die Finanzierung der Bürgerversicherung einbezogen werden.

50

55       Der Gesundheitsfonds soll bestehen bleiben. Die Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie Steuern werden weiterhin dorthin abgeführt. Mit der Bürgerversicherung soll eine einheitliche Honorarordnung für die gesetzlichen wie privaten Krankenversicherungen eingeführt werden. Neben der Bürgerversicherung will die SPD im Gesundheitswesen eine flächendeckende Versorgung sicherstellen und die Versorgung stärker auf das Älterwerden der Gesellschaft ausrichten. Um die Versorgung regional zu gewährleisten, soll eine sektorübergreifende Bedarfsplanung geschaffen werden, die konsequent an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten orientiert ist.

60

65       In der Pflege soll es Menschen erleichtert werden, weiter in ihren Wohnungen leben zu können. Dafür sollen die verschiedenen Angebote vor Ort ausgebaut und besser vernetzt werden, die Leistungen der Pflegeversi-

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 70 cherung passgenauer ausgestaltet und Angehörige besser unterstützt werden. Um das zu erreichen, soll eine umfassende Pflegereform eingeleitet werden, in der ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff bestimmt wird. Außerdem will sich die SPD dafür einsetzen, dass Pflegeberufe besser anerkannt und bezahlt werden.

**Antragsbereich G/ Antrag 40**

*Unterbezirk Herne (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

- 5 **Brillengläser in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung**  
Der SPD Unterbezirk Herne fordert den SPD-Bundesparteitag auf, sich dafür einzusetzen, dass Brillengläser sowie dazugehörige einfache Brillengestelle wieder zum Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung gehören und dies im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 aufgenommen wird. Der Anspruch soll nicht nur für die Erstausrüstung, sondern bedarfsgerecht bestehen.

**Brillengläser in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung**

Erledigt durch Annahme V.A60 in der Fassung der AK

**Antragsbereich G/ Antrag 41**

*Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)*

- 5 **Rückkehr zur paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung**  
In der gesetzlichen Krankenversicherung muss es eine Rückkehr zu einer paritätischen Finanzierung geben. Das heißt, dass die Deckelung der Arbeitgeberbeiträge wieder aufzuheben ist. Die Zusatzbeiträge für Versicherte könnten dadurch entfallen. Die SPD muss dafür sorgen, dass der Gesundheitsfonds neben Arbeitgeber- und Versichertenbeiträgen sowie Steuerzuschüssen des Bundes zu 100% gedeckt ist.

**Rückkehr zur paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich G/ Antrag 42**

*Landesverband Bayern*

- 5 **Prävention gegen Spielsucht und Schutz von Spielsüchtigen**  
Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, eine strenge Umsetzung des Glücksspielvertrags in Bayern umzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, ein Gesetz zum Schutz vor Spielsucht zu schaffen und einzuführen. Der gültige Staatsvertrag von 2009 regelt die Zuständigkeit in den Bundesländern, er wird z.B. von Berlin streng umgesetzt. Die Spielhallenflut muss gestoppt und die Spieler müssen durch Präventionsarbeit und neue Gesetze geschützt werden.

**Prävention gegen Spielsucht und Schutz von Spielsüchtigen**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

## Innen- und Rechtspolitik, Migration (I)

### Antragsbereich I/ **Antrag 1**

Ortsverein Tostedt (Bezirk Hannover)

#### **Kartellrecht**

In das Wahlprogramm der SPD soll als Ziel aufgenommen werden, das Strafrecht bei Verstößen gegen das Kartellrecht auszuweiten. Dies betrifft insbesondere illegale Preisabsprachen. Da die Verhängung von Bußgeldern als abschreckende Maßnahme nicht ausreicht, soll ein "Systemwechsel" mit der Androhung von Haftstrafen vorgenommen werden. Bislang werden lediglich Absprachen zu Lasten öffentlicher Auftraggeber strafrechtlich verfolgt. Dies soll ausgeweitet werden auf von illegalen Absprachen betroffene private Verbraucher und Unternehmen. Außerdem soll die Möglichkeit von Schadensersatzansprüchen erleichtert und dies rechtlich verankert werden. Es soll die kollektive Durchsetzung von Konsumentenansprüchen (Sammelklagen) ermöglicht werden.

#### **Kartellrecht**

Ablehnung

### Antragsbereich I/ **Antrag 2**

Ortsverein München Solln (Landesverband Bayern)

#### **Schutz von Whistleblowern**

Whistleblower werden umfassend geschützt.

#### **Schutz von Whistleblowern**

Erlедigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

### Antragsbereich I/ **Antrag 3**

Bezirk Hessen-Süd

**Flüchtlingspolitik neu gestalten – Flüchtlinge schützen – Fluchtursachen bekämpfen**  
**I. Angesichts der weltweiten Flüchtlingskatastrophe bedarf es einer neuen globalen Flüchtlingspolitik.**

Griechenland und Italien werden von den europäischen Staaten allein gelassen, in Griechenland herrscht Notstand und in Italien ebenso. Zu viele europäische Partnerstaaten verweigern sich der notwendigen humanitären Solidarität, sie treten damit die europäischen Werte mit Füßen.

Das Abkommen der EU mit der Türkei ist eine weitere Abschottungsmaßnahme der EU.

1. Die SPD im Bundestag soll sich für eine sofortige Überprüfung des EU-Türkei-Abkommens zur Rückführung von Flüchtlingen aus Griechenland in die Türkei

**Flüchtlingspolitik neu gestalten – Flüchtlinge schützen – Fluchtursachen bekämpfen**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

einsetzen. Die SPD im Bundestag wird aufgefordert, durch die UNO, den Europarat, unter Umständen auch durch den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof überprüfen zu lassen, ob das Abkommen mit der europäischen Asylgesetzgebung, mit der Genfer Flüchtlingskonvention und der UN- und der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar ist.

20 Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag möge unverzüglich eine Anhörung dazu veranstalten. Wenn diese

25 Konventionen und Gesetze verletzt werden, wie der UNO Sonderbeauftragte für Menschenrechte, wie Amnesty International und andere Nichtregierungsorganisationen behaupten, ist das Abkommen zu kündigen.

30 Solange das Abkommen in Kraft ist, muss sichergestellt werden, dass die Geldflüsse in die Türkei ausschließlich Flüchtlingsprojekten zugutekommen.

Die SPD fordert die SPD im Bundestag auf:

35 2. eine Initiative zur humanitären Aufnahme von Flüchtlingen, die sich bereits in Griechenland und in Italien befinden, zu ergreifen, damit die menschenunwürdigen Verhältnisse in Idomeni, Piräus und auf den griechischen Inseln behoben werden können und in Italien keine unerträglichen Zustände entstehen. Die SPD muss

40 darauf hinwirken, dass die Flüchtlinge nach dem bisher schon vereinbarten Schlüssel in Europa verteilt werden. Die Europäische Union muss sich in angemessener Weise an den Resettlement-Abkommen des UNHCR beteiligen, auch Deutschland hat bisher seine Verpflichtungen

45 noch nicht erfüllt.

3. sich dafür einzusetzen, dass die Bundesrepublik jährlich eine angemessene Anzahl Flüchtlinge im Resettlementverfahren aufnimmt. Zusätzlich soll die

50 SPD auf ein Einwanderungsgesetz bestehen. Dazu müssen in Deutschland die erforderlichen Integrationsmaßnahmen getroffen werden.

4. Die SPD begrüßt, dass die Hilfsgelder für die Türkei, Jordanien und Libanon aufgestockt werden, um diesen

55 Ländern, die die größte Anzahl an syrischen Flüchtlingen aufgenommen haben, zu entlasten. Wir fordern die SPD im Bundestag auf, noch wesentlich mehr Geld zur Verfügung zu stellen, damit die Flüchtlinge ordentlich untergebracht, ernährt und medizinisch versorgt werden

60 können. Darüber hinaus muss für Arbeit und Einkommen, für ausreichende Schulbildung und Ausbildung und damit für Lebensperspektiven gesorgt werden. Ohne diese Unterstützung werden sonst erhebliche

65 Konflikte mit neuen Flüchtlingsströmen entstehen. Die Geldzuweisungen an humanitäre Organisationen wie UNHCR (UN- Flüchtlingsorganisation), World Food Program und Nichtregierungsorganisationen wie Welthungerhilfe, Brot für die Welt und medico international oder

70 Ärzte ohne Grenzen müssen so erhöht werden, dass sie den Anforderungen des humanitären Schutzes genügen.

Der Haushalt 2016 der Bundesrepublik muss dem Rechnung tragen, für die Europäische Union ist eventuell ein Nachtragshaushalt nötig.

75

5. Die SPD regt an, dass sich die SPD im Bundestag für eine UN-Resolution zur gerechten Verteilung von Flüchtlingen weltweit einsetzt, damit alle Staaten Solidarität mit Kriegsflüchtlingen zeigen.

80

**II. Um Fluchtursachen zu bekämpfen bedarf es einer langfristigen, nachhaltigen Politik.**

Dazu gehören folgende Elemente:

85

1. Umsetzung der im September in der UNO beschlossenen Sustainable Development Goals. Diese müssen so umgesetzt werden, dass sie tatsächlich Armut, Ungleichheit, Diskriminierung und mangelnde Perspektiven für die Menschen beseitigen, Umwelt und Klima nachhaltig schützen und Geschlechtergerechtigkeit fördern. Die Mittel der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit müssen über die bereits beschlossenen begrüßenswerten Erhöhungen hinaus noch weiter aufgestockt werden. Deutschland und die Mitgliedsstaaten der EU müssen insbesondere das (bereits für 2015 zugesagte) Ziel von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit (sogenannte ODA-Quote) zur Verfügung zu stellen, schnell verwirklichen. Dabei darf die ODA-Quote nicht durch die Einrechnung der Kosten für Flüchtlingsunterbringung und Betreuung aufgebläht werden. Die ODA-Mittel müssen in den Herkunftsländern dazu verwendet werden, dass die Menschen vor Ort Zukunftsperspektiven erhalten und nicht aus Krieg, Hunger und Armut zur Flucht gezwungen werden.

90

95

100

105

110

115

120

125

2. Das globale Handelssystem muss fairer gestaltet werden. Auch alle europäischen Handelsabkommen (Economic Partnership Agreements) müssen revidiert werden, wenn sie insbesondere die Länder Afrikas in ihrer eigenen Entwicklung behindern und vor allem den ungehemmten Export aus europäischen Ländern befördern und in den Partnerländern Wirtschaftsstrukturen zerstören (siehe Export von subventionierten Agrarprodukten). Die anzustrebenden neuen Handelsabkommen müssen den Partnerländern den Aufbau eigener Produktionen durch protektionistische Maßnahmen gestatten, subventionierte europäische Agrarexporte müssen verboten werden. Investitionen in Drittstaaten müssen in den schwächeren Ländern Arbeitsplätze und Wertschöpfung fördern. In allen Handelsabkommen der Europäischen Union sind zwingend verbindliche menschenrechtliche, ökologische und soziale Mindeststandards wie alle acht ILO-Kernarbeitsnormen mit konkreten Beschwerde- Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen zu vereinbaren. Die SPD im Bundestag wird aufgefordert, die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht

130 für Unternehmen (Corporate Human Rights Due Diligence), die die UNO beschlossen hat, schnell in einen nationalen Aktionsplan umzusetzen.

135 3. Alle Maßnahmen der Handelspolitik und der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit müssen darauf überprüft werden, ob sie den Partnerländern schaden. Überfischung muss besser kontrolliert und geahndet werden, weil dadurch der einheimischen Bevölkerung ihre Lebensgrundlage entzogen wird. Landgrabbing (Aufkauf oder Pachtung von Agrarflächen) für den Anbau von Agrarprodukten für das Agrobusiness muss verhindert werden, z.B. durch internationale Abkommen, die kleinbäuerliche Landwirtschaft muss gefördert werden, da sonst die Ernährung der einheimischen Bevölkerung nicht sichergestellt werden kann.

145 4. Die Klimakatastrophe muss durch Einhaltung der beschlossenen Werte verhindert werden. Schon jetzt gibt es Flüchtlinge vor Dürre oder Überschwemmungen, bei Nichtstun drohen weitere Flucht- und Migrationsbewegungen. Ökologische und soziale Fluchtursachen können so eingedämmt werden.

155 5. Um mehr Gerechtigkeit in der Welt zu ermöglichen, muss international die Steuerpolitik fairer werden, Steueroasen müssen ausgetrocknet und Niedrigsteuereettbewerb abgestellt werden. Die SPD fordert nach wie vor eine Finanztransaktionssteuer. Illegale Kapitalabflüsse aus Entwicklungsländern müssen verhindert werden.

160 6. Um Flucht und Vertreibung zu verhindern bedarf es einer internationalen Anstrengung, um Konflikte zu regeln, Krisen zu bewältigen und Kriege zu vermeiden. Die Stärkung und der Ausbau ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung ist dringend erforderlich. Es stehen dafür zahlreiche Organisationen und nationale Instrumente zur Verfügung. UNO, EU, OSZE verfügen jeweils über Krisenpräventionszentren, die in der Lage sind, Konflikte im frühen Stadium zu erkennen. Oft fehlt es aber an politischem Willen, mit diplomatischen oder anderen nicht-militärischen Maßnahmen einzugreifen. Auch die Bundesrepublik hat zahlreiche nationale Instrumente der zivilen Krisenprävention eingerichtet, diese müssen gestärkt und ausgebaut werden. Dies bedeutet auch mehr finanzielle Mittel für den Ausbau des zivilen Friedensdienstes und des Zentrums für internationale Friedenseinsätze.

180 7. Waffenexporte sind ein wesentlicher Grund für gewaltsame Auseinandersetzungen. Waffenexporte in Spannungsgebiete sind grundsätzlich zu verbieten, der Endverbleib exportierter Waffen genau zu kontrollieren und Lizenzen an Nicht-NATO- und diesen gleichgestellten Staaten nicht mehr zu vergeben.

- 185 8. Deutschland hat zur Zeit den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Die OSZE befindet sich in einer tiefen Krise. Die Bundesregierung (und damit besonders der deutsche Außenminister) sind gefordert, den Reformprozess so zu befördern, dass die OSZE wieder zu einer Organisation zur Bewahrung von Frieden und Stabilität und zum Konfliktausgleich werden kann. Ein neuer kalter Krieg und erneutes Wettrüsten müssen verhindert werden. Die Konflikte mit Russland müssen bearbeitet und gemildert werden. Langfristig muss es Initiativen zur Etablierung einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur geben.
- 190
- 195
- 200 9. Im Rahmen der UNO ist die Bundesregierung aufgefordert, deren friedensstabilisierende Elemente zu unterstützen und zu stärken, insbesondere die Funktionsfähigkeit der Blauhelmissionen. Die Generalversammlung der UNO hat mehrere völkerrechtlich bedeutende Berichte beschlossen, die zu verbindlichen Völkerrecht weiterentwickelt werden sollten. Die Bundesregierung soll sich bemühen, insbesondere den Grundsatz der Responsibility to Protect, der internationalen Schutzverantwortung, zu stärken. Damit könnte ein frühes diplomatisches Eingreifen der internationalen Völkergemeinschaft in krisenhafte Entwicklungen legitimiert werden. Den syrischen Bürgerkrieg zu beenden ist eine der wichtigsten Aufgaben der Völkergemeinschaft, um das Flüchtlingselend der Syrer zu stoppen. Die SPD dankt insbesondere dem Außenminister Frank-Walter Steinmeier für seinen unermüdlichen Einsatz für die Friedensgespräche in Genf.
- 205
- 210
- 215

*Antragsbereich I/ Antrag 4*  
*Unterbezirk Erlangen (Landesverband Bayern)*

**Schutz vor Benachteiligung in allgemeinen Geschäftsbedingungen**

Die SPD soll im Wahlprogramm 2017 vorsehen, auch Verträge zwischen Unternehmern der Kontrolle am Recht der allgemeinen Geschäftsbedingungen zu unterwerfen, wenn zwischen diesen ein ähnliches Macht- und Informationsgefälle besteht wie zwischen Unternehmer und Verbraucher.

5

**Schutz vor Benachteiligung in allgemeinen Geschäftsbedingungen**

Ablehnung

*Antragsbereich I/ Antrag 5*  
*Landesverband Berlin*

**Geflüchtete/r ist kein Job!**

Die Integration von Geflüchteten muss Teil des SPD-Bundestagswahlprogramms werden. Folgende Punkte

**Geflüchtete/r ist kein Job!**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission



sollen darin enthalten sein:

- 5 Finanzund Rechtsunsicherheit beseitigen:
- Wir fordern, dass eine zentrale Anlaufstelle für rechtliche Aufklärung und Betreuung eingerichtet wird. Diese soll in Anlehnung an das Berliner Modell der Jugendberufsagentur als zentrale Servicestelle für Geflüchtete und (Ausbildungs-)Unternehmen in allen Bundesländern gestaltet sein.
- 10 •Wir fordern Unternehmen auf sich ihrer Verantwortung zu stellen und sich aktiv an der Schaffung von Ausbildungsplätzen zu beteiligen.
- Wir fordern, dass Geflüchteten reale zukunftsgerichtete Perspektiven im Ausbildungsund Arbeitsmarkt geboten werden, die über das Jahr 2018 hinausgehen.
- 15 Kinderbetreuung für Auszubildende ermöglichen:
- Wir fordern eine angemessene Kinderbetreuung für Geflüchtete, die an Sprachkursen bzw. sich für eine Ausbildung entscheiden, da wir diese als essentiell ansehen, um eine gleichberechtigte Inklusion aller Geflüchteter zu ermöglichen.
- 20
- Angebot der Sprachkurse ausbauen und fachspezifisch erweitern, sowie bessere Vermittlungs- und Qualifizierungsangebote anbieten
- 25 •Wir fordern, dass das Sprachkursangebot des BAMF sowohl von der Anzahl der Sprachkurse her, als auch von der Art der Kurse weiter ausgeweitet wird. Die Möglichkeiten, einen Sprachkurs parallel zur Ausbildung besuchen zu können, soll ermöglicht und bestehende Modelle weiter ausgebaut werden.
- 30
- Anerkennung von Abschlüssen entbürokratisieren und beschleunigen:
- Wir fordern einen einheitlichen Test im Gegensatz zu der aktuellen länderspezifischen Qualifikationsanalyse, der möglichst vom Deutschen Industrieund Handelskammertag, dem Zentralverband des Deutschen Handwerks und weiteren ausbildungspolitischen Akteur\*innen länderübergreifend entwickelt und durchgesetzt wird und so dem einheitlichen Nachweis von Ausbildungsund Berufsabschlüssen dient. In Bezug auf die in Deutsch stattfindende Qualifikationsanalyse fordern wir auch, dass Geflüchteten die Möglichkeit gegeben wird, den Test zur Anerkennung der vorhandenen Berufsabschlüsse bei Bedarf zu wiederholen.
- 35
- Weiterhin fordern wir, das nicht nur bereits geleistet Abschlüsse anerkannt, sondern auch Angebote für Nachqualifikationen geschaffen werden, um so mit gerechte Zukunftschancen zu ermöglichen.
- 40
- Wir halten an unserem Grundsatz fest, die Vorrangprüfung komplett abzuschaffen.
- 45

*Antragsbereich I/ Antrag 6*  
Landesverband Berlin

**Öffnung der Ehe und Volladoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare**

Wir fordern, dass in einem zukünftigen Koalitionsvertrag auf Bundes- und Landesebene im Falle einer Regierungsbildung der SPD die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und dadurch auch das gleichberechtigte Volladoptionsrecht zu berücksichtigen ist mit dem Ziel, diese Forderungen umzusetzen.

5

**Öffnung der Ehe und Volladoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich I/ Antrag 7*  
Unterbezirk Erlangen (Landesverband Bayern)

**Opferschutz im Gerichtsverfahren stärken**

Der SPD Unterbezirksparteitag Erlangen beschließt, dass die Bundes-SPD im Bundeswahlprogramm dafür eintritt, dass der Opferschutz im Strafverfahren grundsätzlich verbessert wird. Insbesondere soll er dafür eintreten, dass die finanziellen Mittel für die Ausbildung und den Einsatz der psychosozialen Prozessbegleiter flächendeckend im Bundesgebiet gewährleistet ist.

5

**Opferschutz im Gerichtsverfahren stärken**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich I/ Antrag 8*  
Unterbezirk Erlangen (Landesverband Bayern)

**Gleichstellung der Ehe von gleichgeschlechtlichen Partnern mit der von Ehe von Mann und Frau**

Der SPD Unterbezirksparteitag Erlangen beschließt, dass die Bundes-SPD im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 dafür eintreten möge, dass die Ehe gleichgeschlechtlicher Paare der Ehe von Frau und Mann in allen Bereichen gleichgestellt wird. Durch diese Gleichstellung gewinnt die Ehe von Homosexuellen an Bedeutung, weil dies dafür sorgt, dass die gleichgeschlechtlichen Paare in allen Rechtsbereichen der Ehe, wie bei Adoptionen, Steuerrecht, Erbrecht, Zeugnisverweigerungsrecht nicht mehr benachteiligt werden.

5

10

**Gleichstellung der Ehe von gleichgeschlechtlichen Partnern mit der von Ehe von Mann und Frau**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich I/ Antrag 9*  
Ortsverein Bonn-Küdinghoven-Ramersdorf-Oberkassel (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

**Nationale Identität, Kulturelle Diversität und Rechtsordnung**

Eine Renaissance des völkischen Denkens bedroht den Konsens der offenen Zivilgesellschaft in Deutschland.

**Nationale Identität, Kulturelle Diversität und Rechtsordnung**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

Wir Sozialdemokraten betonen deshalb mit Nachdruck, dass wir die Nation nicht als völkisches Gebilde definieren, sondern als die Summe aller Bürgerinnen und Bürger unter der Verfassung mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten, unabhängig von Religion, Abstammung oder ethnischer Zuordnung. Die Identität der Nation leitet sich nicht aus einer vermeintlich homogenen Ethnie ab, sondern aus den Grundwerten ihrer Verfassung. Die Idee einer „Leitkultur“ lehnen wir ab. In jeder offenen Gesellschaft gibt es verschiedene kulturelle Zuordnungen, deren Integration in der Anerkennung des für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen geltenden Rechtes zum Ausdruck kommt. Das Gleiche gilt für die von der Verfassung garantierte positive wie negative Religionsfreiheit. Wir betonen deshalb, dass der Rechtsstaat kulturelle Freiheit und Religionsfreiheit nur dadurch garantieren kann, dass bei Konflikten zwischen kulturellen oder religiösen „Regeln“ und weltlichem Recht das für alle gleichermaßen geltende weltliche Recht vom Staat geschützt und durchgesetzt werden muss. Der Rechtsstaat muss dem Entstehen „juristischer“ Parallelgesellschaften entgegenreten und die Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz schützen. Wir treten deshalb dafür ein, Art. 4 Abs. 2 GG „Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.“ durch einen Zusatz zu präzisieren, durch den der Verstoß gegen geltendes Recht unter Berufung auf ein aus einer Religion abgeleitetes „Recht“ unzulässig ist.

**Antragsbereich I/ Antrag 10**  
*Ortsverein Bonn-Küdinghoven-Ramersdorf-Oberkassel (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Fake-News und Desinformation verhindern**  
 In der digital vernetzten Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts entwickelt sich eine neue, subversive Form von „Öffentlichkeit“: Soziale Netzwerke ermöglichen die gezielte Verbreitung von Falschinformationen in Form von Kampagnen, die sich dem öffentlichen Diskurs entziehen. Personalisierungsstrategien von Suchmaschinenbetreibern entwickeln Profile von Internetnutzern, die zu Marketingzwecken weiterverkauft und auf Nachfrage an Geheimdienste weitergeleitet werden.

Aufgrund dieser Phänomene werden Nutzer vorwiegend mit Bestätigungsinformationen versorgt. Kritische Informationen, die den eigenen Vorlieben, Interessen und Meinungen widersprechen, werden systematisch ausgefiltert. Dies führt zum Effekt des „Information Cocooning“, des Einspinnens in vorgefasste Meinungen.

**Fake-News und Desinformation verhindern**  
 Erledigt durch Regierungshandeln; BT-Drucksache 18/12356 GE zum Netzwerkdurchsetzungsgesetz

(So glaubt z.B. die Mehrzahl der Trump-Wähler noch immer, Barak Obama sei nicht in den USA geboren.)

- 20 Die Kombination von Fake-News, massenhaft verstärkenden Bots und Personalisierungsstrategien eröffnen neue Möglichkeiten, manipulativ die öffentliche Meinung zu verzerren und den kritischen öffentlichen Diskurs nachhaltig zu beeinträchtigen, wenn nicht gar zu unterbinden. Wir Sozialdemokraten nehmen diese Bedrohung ernst. Eine SPD-geführte Bundesregierung wird das Thema aufgreifen und Gesetzesinitiativen anstoßen, durch welche Betreiber von Suchmaschinen, sozialen Netzwerken und anderen Plattformen gezwungen werden, gegen Verleumdungskampagnen mittels Fake-News vorzugehen und allen Nutzern die Möglichkeit zu eröffnen, die über sie gespeicherten Profile einzusehen und gegebenenfalls zu korrigieren. Es ist darauf zu achten, dass die vom Grundgesetz garantierte Meinungs- und Informationsfreiheit nicht beeinträchtigt wird.
- 25
- 30
- 35

**Antragsbereich I/ Antrag 11**

*020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)*

**Eine Verantwortungsgemeinschaft einführen**

Die Programmkommission des SPD Parteivorstands zur Erarbeitung eines Programms für die Bundestagswahl 2017 wird aufgefordert, ein Modell für eine Verantwortungsgemeinschaft zu erarbeiten und in das Wahlprogramm einzubringen.

5

Die Verantwortungsgemeinschaft soll ein standardisiertes und staatlich anerkanntes Vertragswerk sein, dass die Verantwortung zweier volljähriger Menschen füreinander rechtssicher dokumentiert, ähnlich wie eine Eheschließung, allerdings mit weniger weitreichende Rechten und Pflichten und ohne Zeremonie. Eine Verantwortungsgemeinschaft sollen zwei Menschen vor einem Notar schließen können, die füreinander Verantwortung tragen möchten – unabhängig davon, ob sie sich lieben und unabhängig von ihrem Alter und ihrem Geschlecht.

10

15

Die genauen Rechte und Pflichten der Verantwortungsgemeinschaft, unter anderem in den Fragen von Unterhalt und Versorgung, Einkommen und Vermögen und Sorgerecht sollen durch die Programmkommission erarbeitet werden.

20

**Eine Verantwortungsgemeinschaft einführen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission bez. Stärkung nichtehelicher Lebensgemeinschaften und Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtlicher Paare.

Ablehnung bez. Einführung eines zusätzlichen Instituts einer Verantwortungsgemeinschaft

*Antragsbereich I/ Antrag 12*  
*Unterbezirk Erlangen (Landesverband Bayern)*

**Forderung zum Schutz von abhängigen Selbstständigen**

Die SPD soll in ihrem Wahlprogramm 2017 ankündigen, einen Schutz vor willkürlichem Vertragsentzug und willkürlicher Benachteiligung von abhängigen Selbständigen einzuführen.

**Forderung zum Schutz von abhängigen Selbstständigen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich I/ Antrag 13*  
*Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

**Flüchtlinge und Asylbewerber mit Behinderungen**

5 1. Flüchtlinge und Asylbewerber mit Behinderungen haben besondere Bedürfnisse. Sowohl in den Erstaufnahmeeinrichtungen als auch nach Zuweisung zu einer Kommune sind die spezifischen Leistungen für besonders schutzbedürftige Personen gemäß §§4 und 6 Asylbewerberleistungsgesetz bundesweit gleichartig und bei Bedarf zeitnah zu gewährleisten. Ist in einer Erstaufnahmeeinrichtung der Bedarf durch den Gesundheitsdienst festgestellt, so muss das auch für die weitere  
 10 Unterbringung seitens der Kommunen und Städte verbindlich sein.

15 2. Bei abgelehnten Asylbewerbern mit Behinderungen muss die Behinderung dem Duldungsgrund „Krankheit“ gleichgestellt werden, sofern im Herkunftsland Verschlechterungen des Gesundheitszustandes und/oder Diskriminierung drohen.

**Flüchtlinge und Asylbewerber mit Behinderungen**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

*Antragsbereich I/ Antrag 14*  
*Kreisverband Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Flucht und Integration**

Wir fordern:

- 5 • Asylbewerber müssen ein schnelles, konzentriertes und faires Verfahren bekommen
- durch verpflichtende Integrationskurse für Asylbewerber mit Bleibeperspektive werden die Prinzipien des Rechtsstaats und des Grundgesetzes praxisnah vermittelt
- 10 • mehr Finanzmittel für Landkreise, Städte und Gemeinden, um professionelle Flüchtlingsarbeit zu stärken
- der Staat muss verbindlich regeln, dass die Religi-

**Flucht und Integration**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 15            onsfreiheit bei Schülern und Schülerinnen gegen-  
über dem grundgesetzlichen staatlichen Auftrag  
zur Schulbildung zurücktreten muss (z.B. Teilnahme  
am Schwimmunterricht)
- Die Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege nach  
Europa
  - Eine Erhöhung der Hilfen für Welternährungspro-  
gramm und dem UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR)
- 20
- verstärkte Förderung von Sprachkursen
  - Stärkung der Jobcenter und dadurch Vermittlung  
von Ausbildungen gemäß Qualifizierung für Flücht-  
linge wie Einheimische
- 25
- klare Regeln schaffen für Menschen, die einwan-  
dern wollen
  - Einwanderungsgesetze für legale Zuwanderung  
schaffen, um einer Verschärfung des Fachkräfte-  
mangels vorzubeugen

*Antragsbereich I/ Antrag 15*  
*Landesverband Berlin*

**Betriebserlaubnis für Geflüchtetenunterkünfte und  
Erstaufnahmestellen mit Kindern und Jugendlichen  
verpflichtend einführen**

5            Der §45 SGB VIII schreibt sämtlichen Einrichtungen der  
Kinder- und Jugendbetreuung vor, dass sie räumliche,  
fachliche, wirtschaftliche und personelle Voraussetzungen  
im Sinne der Förderung des Kindeswohls erfüllen  
sowie für eine gesundheitsfördernde Umgebung Sorge  
tragen müssen, um eine Betriebserlaubnis zu erhalten.

10            Derzeit ist der §45 SGB VIII für Geflüchtetenunterkünfte  
und Erstaufnahmestellen außer Kraft gesetzt. Das be-  
deutet, dass Kinder und Jugendliche in  
Geflüchtetenunterkünften keinen besonderen Schutz  
genießen und damit strukturell gegen das Kinderrecht  
verstoßen wird. Wir möchten, dass für das Wohl aller  
Kinder und Jugendlichen gesorgt wird. Darum fordern  
wir:

- die ausnahmslose Gültigkeit des §45 SGB VIII in  
allen Geflüchtetenunterkünften und Erstaufnahme-  
stellen,
- die Einführung einer verpflichtenden Betriebser-  
laubnis für Geflüchtetenunterkünfte und Erstauf-  
nahmestellen, in denen Kinder und Jugendliche le-  
ben oder einen Teil des Tages verbringen,
- die regelmäßige Überprüfung der für eine Betriebs-

**Betriebserlaubnis für Geflüchtetenunterkünfte und  
Erstaufnahmestellen mit Kindern und Jugendlichen  
verpflichtend einführen**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

25            erlaubnis erforderlichen Standards nach §45 SGB  
VIII.

*Antragsbereich I/ Antrag 16*  
*Landesverband Berlin*

**Familiennachzug ermöglichen im Einklang mit dem  
Grundgesetz**

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, die  
rechtliche Gleichstellung von subsidiär Schutzberechtig-  
ten und Flüchtlingen nach der Genfer Flüchtlingskon-  
vention und Schutzberechtigte nach Artikel 16 a Grund-  
gesetz mit Blick auf den Familiennachzug wiederherzu-  
stellen.

5

**Familiennachzug ermöglichen im Einklang mit dem  
Grundgesetz**

Annahme

*Antragsbereich I/ Antrag 17*  
*Landesverband Berlin*

**Einwanderungsgesetz – Überarbeitung notwendig**

Ein Einwanderungsgesetz ist für unsere Einwande-  
rungsgesellschaft mehr als überfällig. Es zeigt, dass die  
Realität, eine Einwanderungsgesellschaft zu sein, in das  
Bewusstsein unseres Landes dringt. Wir begrüßen die  
Initiative der SPD Bundestagsfraktion und sind der  
Überzeugung, dass dieses Gesetz auch eine wichtige  
symbolische Kraft für ein weltoffenes Land entfalten  
kann. Von Kanada lernen bedeutet für aber auch: es ist  
die Lebensqualität die das Leben in Deutschland le-  
benswert macht, kein Regelungskonvolut. Es sind die  
Errungenschaften bei den ArbeitnehmerInnenrechten,  
eine moderne Gleichstellungs- Sozial- und Familienpoli-  
tik, die das Leben in Deutschland attraktiv machen.

5

10

15

20

25

30

Der aktuelle Entwurf bedarf wichtiger Ergänzungen und  
Änderungen, damit eine sozialdemokratische Hand-  
schrift erkennbar wird, die über die reine ökonomische  
Betrachtung von Menschen hinausgeht. Denn hohe  
Zustimmungswerte für einen „marktförmigen Extre-  
mismus“ zeigen, dass die Strategie mit ökonomischen  
Argumentationen rassistischen Auswüchsen zu entge-  
gen, wenig gebracht hat. Weder die Debatten um man-  
gelnde Fachkräfte, noch Diskussionen, was uns Einwande-  
rung einseitig monetär betrachtet einbringt, sind der  
richtige Weg. Stattdessen fordern wir ein ganzheitliches  
Konzept, welches unser Einwanderungsrecht nach hu-  
manen Gesichtspunkten ebenso einbezieht wie die  
Konsequenzen der Abwanderung für die Herkunftslän-  
der. Wir fordern deshalb die sozialdemokratischen Bun-  
destagsabgeordneten auf, ihren Entwurf nach Berück-  
sichtigung folgender Aspekte zu überarbeiten:

**Einwanderungsgesetz – Überarbeitung notwendig**

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

Humanitären Aspekt einbauen  
 Es ist richtig, dass das Asylrecht vom Vorschlag eines  
 35 Einwanderungsgesetzes unberührt bleibt. Jenseits eines  
 humankapitalorientierten Punktesystems muss ein  
 Einwanderungsgesetz einen weiteren Weg zum legalen  
 Zuzug ermöglichen. Wir fordern daher die Eröffnung  
 eines Korridors neben dem Punktesystem.

40  
 Ordnung und Transparenz in das Dickicht der Aufent-  
 haltstitel bringen  
 Das undurchschaubare Dickicht an Aufenthaltstiteln  
 sorgt für viel Intransparenz und Verwirrung. Diese gehö-  
 45 ren in einem Einwanderungsgesetz geordnet und zu-  
 sammengefasst. Deshalb kann der aktuelle Entwurf nur  
 ein Teil eines Einwanderungsgesetzes sein.

Spurwechsel – ein wichtiger Aspekt eines Einwande-  
 50 rungsgesetzes  
 Aktuell ist es nicht möglich, bei Feststellung, dass ein  
 Einwanderer ohne Erfolg für sein Asylgesuch als Fach-  
 kraft bessere Chancen auf einen Aufenthaltsstatus in  
 Deutschland hätte, in den Aufenthaltstitel für Fachkräf-  
 55 te wechseln. Wir wollen eine Lösung für solche Fälle und  
 fordern daher den Spurwechsel in ein Einwanderungs-  
 gesetz einzufügen.

Willkommenskultur gehört dazu  
 60 Die Sozialdemokratie darf nicht im Ansatz die Argumen-  
 tation der Rechtspopulisten aufgreifen, die die Angst vor  
 einer vermeintlichen Einwanderung in die Sozialsysteme  
 zu wecken versuchen. Wenn ein Mensch in unser  
 Land geholt wird, dann muss er schnell die Möglichkeit  
 65 erhalten, hier auch Wurzeln schlagen zu können. So-  
 wohl beim Familiennachzug, als auch beim Anspruch  
 von Sozialleistungen muss der Entwurf deutlich nach-  
 gebessert werden. Wer kommt, muss ohne Wenn und  
 Aber willkommen sein. Dazu gehört auch die Aufent-  
 70 haltsdauer, die für den Erwerb der Staatsangehörigkeit  
 notwendig ist, auf beispielsweise drei Jahre zu verkür-  
 zen. Ansonsten wird ein Wettstreit um die klügsten  
 Köpfe der Welt wie die bisherige „Blue Card“ zum Rohr-  
 krepierer.

*Antragsbereich I/ Antrag 18*  
*Landesverband Berlin*

**Verbot von Polizeikontrollen auf Grund von unveränderlichen äußerlichen Merkmalen**

Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die faktische Aufhebung von Racial Profiling einzusetzen durch:

- 5 • Die Aufhebung von § 22 Abs. 1a BPolG ,

**Verbot von Polizeikontrollen auf Grund von unveränderlichen äußerlichen Merkmalen**

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion (und Beschlusslage des Parteikonvents: 168 vom 5.6.2016)



- Die Klarstellung in Ausführungsvorschriften, dass eine verbotene Diskriminierung nicht erst dann vorliegt, wenn unveränderliche Merkmale, wie die Hautfarbe das einzige oder ausschlaggebende Kriterium für eine polizeiliche Maßnahme sind, sondern bereits dann, wenn bei einem Motivbündel ein unzulässiges Differenzierungsmerkmal ein tragendes Kriterium unter mehreren gewesen ist.

*Antragsbereich I/ Antrag 19*  
Landesverband Berlin

**Menschenrechte in der Gesetzgebung**  
Stärkung der Grund- und Freiheitsrechte (Menschenrechte) in der Sicherheits- und Innenpolitik. Die Grund- und Freiheitsrechte, wie sie in der EU-Grundrechtecharta von 2000 festgeschrieben sind, sollen als verbindlicher Prüfungsmaßstab bei der Gesetzgebung von Bund und Ländern in der deutschen Innenpolitik bei Fragen von Cyber-Sicherheit, Antidiskriminierung und Gleichstellung einbezogen werden.

**Menschenrechte in der Gesetzgebung**  
Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich I/ Antrag 20*  
Landesverband Berlin

**Ausländergesetz**  
Die Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder zur Durchführung des Ausländergesetzes zu § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG werden dahingehend geändert, dass von einer Lebensunterhaltssicherung für nachziehende Familienmitglieder abzusehen ist, wenn das zum Nachzug berechtigende Familienmitglied (Zusammenführender) seit mehr als 10 Jahren in Deutschland lebt, einer Volltagsbeschäftigung nachgeht, aber den Lebensunterhalt der nachziehenden Familie dennoch nicht sichern kann.

**Ausländergesetz**  
Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

*Antragsbereich I/ Antrag 21*  
Landesverband Berlin

**Deutschland braucht ein Bundesministerium für Integration und Migration!**  
Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird sich in der kommenden Legislaturperiode für die Gründung eines Bundesministeriums für Integration und Migrati-

**Deutschland braucht ein Bundesministerium für Integration und Migration!**  
Ablehnung

5 on einsetzen, in dem alle Kompetenzen gebündelt werden, die notwendig sind, um eine mittel- und langfristige, planbare sowie in sich stimmige und auf fachlicher Expertise beruhende Integrations- und Migrationspolitik zu gestalten und umzusetzen. Diese Forderung wird an geeigneter Stelle ins Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 aufgenommen.

**Antragsbereich I/ Antrag 22**

*Ortsverein M-Schwanthalerhöf / Ortsverein München Untergiesing / Kreisverband Schweinfurt Land  
Kreisverband Schweinfurt Stadt / Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)*

**Keine Abschiebungen nach Afghanistan**

Die derzeit durchgeführten Sammelabschiebungen nach Afghanistan sind mit sofortiger Wirkung in allen Bundesländern auszusetzen.

**Keine Abschiebungen nach Afghanistan**

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

**Antragsbereich I/ Antrag 23**

*Unterbezirk Würzburg Stadt (Landesverband Bayern)*

**Es gibt keine sicheren Gebiete in Afghanistan. Die Humanität gebietet: keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan.**

Der Anschlag in el Sharif, einer sogenannten „sicheren afghanischen Region“, hat erneut gezeigt: Afghanistan ist weder sicher noch stabil (vgl. UNHCR-Bericht für 2016). Die Abschiebung von Flüchtlingen in dieses Land entspricht nicht unseren sozialdemokratischen und humanitären Werten.

**Es gibt keine sicheren Gebiete in Afghanistan. Die Humanität gebietet: keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan.**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

10 In Afghanistan gibt es keine sicheren Regionen. Für Rückkehrer ist es erst recht nicht sicher. Der UNHCR-Bericht für 2016 stellt fest, dass ganz Afghanistan von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt im Sinne des Art. 15 c der EU-Qualifikationsrichtlinie erfasst ist. Zwischen sicheren und unsicheren Regionen könne man »aufgrund der sich ständig ändernden Sicherheitslage«  
15 in dem Bürgerkriegsland nicht unterscheiden. Der UNHCR lehnt daher Abschiebungen ab und verweist darüber hinaus auf die sowieso schon verschärfte Lage durch 1,7 Millionen Binnenvertriebene und abgeschobene Rückkehrer aus Iran und Pakistan. Darüber hinaus  
20 wurden die Gebiete in Afghanistan unzureichend auf die einschränkenden, gesundheitlichen Belange geprüft.

**Gut integrierten Flüchtlingen bestehende Bleibeperspektiven aufzeigen!** Wir beobachten, dass nicht nur in

- 25 Bayern vermehrt Menschen abgeschoben werden, die schon lange hier sind, Arbeit haben, über gute Deutschkenntnisse verfügen und sehr häufig gut integriert sind. Die Länderparlamente sollten durch den Bundestag dazu angehalten werden, geflüchtete Menschen, die
- 30 sich seit mehreren Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhalten und sich gut integrieren, aktiv über ihre Optionen aufzuklären und sie zur Antragstellung zu ermutigen.
- 35 **Rechtsschutz ausweiten!** Viele Afghanen haben nur noch eingeschränkten Rechtsschutz, weil die wenigen Rechtsanwälte, die es für diese Fälle gibt, inzwischen häufig die Übernahme der Fälle mit der Begründung verweigern, sie seien überlastet. Das ist eine erhebliche
- 40 Beeinträchtigung für ein rechtsstaatliches Verfahren. Deshalb braucht es zusätzliche finanzielle Mittel, um die Rechtsberatung auf kommunaler Ebene auszuweiten.

**Antragsbereich I/ Antrag 24**

*Unterbezirk Würzburg Stadt (Landesverband Bayern)*

**Besserer Schutz von minderjährigen Geflüchteten!**

Besserer Schutz von minderjährigen Geflüchteten!

- 5 Wir Jusos sind der Überzeugung, dass es in der Integrationspolitik einen Perspektivwechsel braucht. Die bisherige Politik, die vor allem auf Abschottung setzt und darauf abzielt Menschen, die hier Asyl suchen möglichst schnell abzuschieben, ist gescheitert. Gerade minderjährige Geflüchtete leiden darunter und benötigen besonders Schutz.

10 **Keine weiteren Leistungskürzungen:**

Ein Entwurf des Bundesministeriums für die Reform des SGB VIII (Jugendhilfegesetz) will die pädagogische, individuelle Betreuung verringern, stattdessen soll mehr Augenmerk auf den Ausbau der Infrastruktur gelegt werden. Vor allem bei den Angeboten für minderjährige Geflüchtete soll gekürzt werden. Wir finden das falsch. Gerade diese jungen Menschen brauchen Unterstützung. Wir fordern:

- 15 Das Prinzip der bedarfsgerechten und individuellen Unterstützung durch die Jugendhilfe darf nicht noch weiter unterlaufen werden.

Unbegleitete minderjährige Geflüchtete dürfen nicht als homogene Gruppe angesehen werden. Sie haben wie alle Jugendliche und Kinder unterschiedlichste Bedürfnisse und Wünsche.

- 25 Wir brauchen eine bessere pädagogische Betreuung und keine Leistungskürzungen. In kleineren Gruppen mit guter pädagogischer Betreuung kann auf die Bedürfnis-

**Besserer Schutz von minderjährigen Geflüchteten!**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

30 se der Jugendlichen besser eingegangen werden als in großen Masseneinrichtungen.

Bessere Verteilung von Minderjährigen Geflüchteten:  
Minderjährige Geflüchtete werden mittlerweile, wie Erwachsene, über eine Quotenregelung bundesweit  
35 verteilt. Davor wurden sie direkt am Ankunftsort untergebracht. Leider haben sich nicht alle Jugendämter an der Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten beteiligt. Doch die Situation der Jugendlichen hat sich durch die aktuelle Verteilungspraxis weiter  
40 verschlechtert:

- Es gibt keine rechtliche Vertretung für die Jugendlichen, vor der Verteilung. Das erschwert die Familienzusammenführungen.
- Durch die aktuelle Regelung ist nicht ersichtlich wie viele Minderjährige keine Leistungen der Jugendhilfe erhalten, etwa weil sie in Notunterkünften, Gemeinschaftsunterkünften oder bei Verwandten untergebracht werden.
- Außerdem sind geflüchtete Jugendliche weiterhin deutlich beschränkter in ihrem Handeln als andere Jugendliche in Deutschland.

Die Situation der minderjährigen Geflüchteten muss sich wieder verbessern. Es braucht eine Verteilung die zuerst auf den Schutz der Minderjährigen achtet und ihren Bedürfnissen gerecht wird, transparent ist und die Bundesländer gleichmäßig beteiligt.

55

Inobhutnahme:  
Eine Inobhutnahme stellt immer einen massiven Eingriff in das Leben des Kindes oder des\*der Jugendlichen da und kann nur dadurch gerechtfertigt werden, dass das Kindeswohl sichergestellt werden muss. Daher darf eine Inobhutnahme nicht durch die Behörden wegen Verfahrenszwängen im Asylverfahren oder aufenthaltsrechtlichen Belangen beeinträchtigt werden. Die Inobhutnahme nimmt dem oder der Jugendlichen Handlungsspielräume und eröffnet auf der anderen Seite neue Gestaltungsspielräume in geschützter Umgebung. Daraus ergeben sich für uns drei elementare Forderungen:  
70 Das Kindeswohl und die Interessen des Kindes stehen im Prozess der Inobhutnahme im Vordergrund. Das Vorgehen der Behörden, beteiligten Institutionen und Personen hat sich hieran zu orientieren.

75 Geltendes Recht muss in allen Bundesländern effektiv umgesetzt werden. Jedem Kind muss die Inobhutnahme, geeignete Unterbringung und Betreuung ermöglicht werden.

Clearingverfahren müssen bundesweit zum Standard bei der Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter gehören und eine geeignete Infrastruktur und ein geeigneter Zeitraum ist dafür einzuführen.

80 Junge Erwachsene Geflüchtete:  
Unbegleitete minderjährige Geflüchtete fallen in

- 85 Deutschland unter die Jugendhilfe. Das schützt sie zum großen Teil vor den Restriktionen des Asylrechts. Häufig fällt dieser Schutz aber nach Erreichen des achtzehnten Lebensjahres weg. Oft fallen die Jugendlichen dann nicht mehr unter die Jugendhilfe, was bedeutet,
- 90 dass sie in eine Gemeinschaftsunterkunft umziehen müssen, den Vormund verlieren, oder im schlimmsten Fall abgeschoben werden. Häufig hat die Beendigung der Jugendhilfe auch deutliche Leistungskürzungen zur Folge.
- 95 Nach § 41 SGB VIII können junge Menschen einen Anspruch auf Hilfe für junge Erwachsene geltend machen. Davon sind junge Geflüchtete, ungeachtet ihres Aufenthaltstitels, nicht ausgenommen. Es gibt hier allerdings regional sehr viele Unterschiede. Das darf nicht sein!
- 100 Hilfe für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII) muss von jungen Geflüchteten vollumfänglich in Anspruch genommen werden können. Sie ist essentiell um die Erfolge von Schule und Jugendhilfe Maßnahmen abzusichern.
- 105 **Begleitete Minderjährige**  
Egal ob geflüchtete Kinder und Jugendliche mit ihren Eltern oder alleine eingereist sind, sie genießen dieselben Rechte wie alle anderen Minderjährigen in Deutschland. Leider werden diese aber sehr häufig nicht umgesetzt. Das Asylgesetz (z.B. Unterbringung, Residenzpflicht, Sachleistungsprinzip) und das Asylbewerberleistungsgesetz (Gesundheitsversorgung) führen dazu, dass diese Kinder und Jugendlichen benachteiligt werden und das Kindeswohl missachtet wird. Geflüchtete Kinder und Jugendliche müssen dezentral und so untergebracht werden, dass das Kindeswohl gewährleistet ist.
- 110
- 115
- Die Situation der geflüchteten Kinder hat sich immer weiter verschlechtert. So dauert die Integration in die kommunalen Systeme oft viel zu lange und es wird kein Wert darauf gelegt Kindern und Jugendlichen, die eine geringere Bleibeperspektive haben, angemessen zu versorgen.
- 120
- 125 Kinderrechte und Minderjährigenschutz sowie bedarfsgerechte Unterstützung müssen für alle geflüchteten Kinder und Jugendliche ohne Einschränkung gelten. Sie brauchen einen besonderen Schutz vor Ausbeutung und Bedrohungen.
- 130 **Der Zugang zur Schule für Geflüchtete**  
Da in Deutschland Bildung die Sache der Länder ist, gibt es auch hier die unterschiedlichsten Konzepte wie die Integration der Kinder und Jugendlichen in das Schulsystem aussieht. Meistens besteht nach 3 bzw. 6 Monaten eine Schulpflicht für die jungen Geflüchteten. Die Schulpflicht endet allerdings unterschiedlich im Alter zwischen 15-18 Jahren.
- 135
- Wer zu alt für die Regelschulzeit ist hat nur wenig Chancen den Abschluss nachzuholen. Höchstens über Abend- schulen, Weiterbildungskollegs und Volkshochschule
- 140

kann man noch einen Abschluss erwerben. Allerdings sind die Angebote regional sehr unterschiedlich. Das gleiche gilt für die angebotenen Studiums- und Ausbildungsplätze. Alle sollten unsere Meinung nach die Bildung bekommen, die er\*sie möchte, denn Bildung ist ein Menschenrecht und trägt maßgeblich zur Partizipation und Integration von Menschen in unsere Gesellschaft bei. Deswegen fordern wir:

145 - Für den Zugang zu allen Bildungseinrichtungen müssen für alle Geflüchteten ungeachtet des Aufenthaltsstatus dieselben Regelungen gelten wie für deutsche Staatsbürger\*innen.

150 - Für den sofortigen Zugang zu BAföG und der Berufsausbildungsbeihilfe müssen für alle Geflüchteten dieselben Regelungen gelten wie für deutsche Staatsbürger\*innen.

155 - Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Zeugnisse.

160 - Kostenfreier Zugang zu Deutschkursen, auch weiterführenden Deutschkursen.

165 Dass die Rechte von minderjährigen Geflüchteten immer noch mit Füßen getreten werden ist eine Schande. Wir müssen diese junge Menschen qualifizieren und befähigen ihre Zukunft in diesem Land selbständig mitzugestalten.

*Antragsbereich I/ Antrag 25*  
*Landesverband Bayern*

**Kein Sklavenhandel oder Zwangsverheiratung von Flüchtlingsfrauen und Mädchen**

Die SPD-Bundestagsfraktion soll im Rahmen ihrer Regierungsbeteiligung ihren Einfluss auf die Verhandlungen mit der Türkei geltend machen. Die finanziellen Hilfen für die Türkei müssen konkret mit der Verbesserung der Bedingungen für geflüchtete Frauen und Mädchen verbunden sein. Die türkische Regierung muss zur konsequenten Einhaltung der geltenden Gesetze bezüglich des Verbots der Heirat unter 18 und der Polygamie aufgefordert werden. Ebenso muss sie zur Schaffung von Anlaufstellen für Mädchen und Frauen und der Bereitstellung von finanziellen Hilfe bei drohender Zwangsheirat verpflichtet werden.

5

10

**Kein Sklavenhandel oder Zwangsverheiratung von Flüchtlingsfrauen und Mädchen**  
 Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

*Antragsbereich I/ Antrag 26*  
*Ortsverein Dreieich (Bezirk Hessen-Süd)*

**Enquete-Kommission zum Thema „Fluchtursachen“**  
 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, dem Aufruf von 100 Bundesverdienstkreuzträgern zu folgen und sich im Bundestag für eine Enquete-Kommission

**Enquete-Kommission zum Thema „Fluchtursachen“**  
 Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

5 zum Thema „Fluchtursachen“ einzusetzen. Der SPD-Partei Vorstand und der Bundesparteitag werden aufgefordert, die Forderung nach einer Enquete-Kommission in das Bundestagswahlprogramm aufzunehmen. Diese Enquete-Kommission soll unter anderem folgende Fragen untersuchen:

10

- Wie trägt Deutschland weltweit zu Fluchtursachen bei
- Wie müssen internationale Handelsverträge gestaltet werden, damit sie nicht zu Fluchtursachen beitragen

15

- Welchen Beitrag zur Fluchtursachenbekämpfung kann eine zügige und gewissenhafte Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) leisten

20

- Welchen Stellenwert hat das Pariser Klimaabkommen in diesem Zusammenhang
- Welche Änderungen oder Verbesserungen in der Entwicklungshilfepolitik sind notwendig
- Wie muss Krisenprävention verbessert werden

25

- Wie kann die UNO gestärkt werden mit ihren Unterorganisationen wie UNHCR, World Food Program, UNICEF etc.
- Welche Rolle spielt der Waffenexport und Abrüstungsvereinbarungen

30

- Welche nationalen und internationalen Maßnahmen und gesetzlichen Initiativen sind nötig, um dem Ziel der Bekämpfung von Fluchtursachen näher zu kommen

**Antragsbereich I/ Antrag 27**

*Ortsverein Delitzsch (Landesverband Sachsen)*

**Doppelpass für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern**

Für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern wollen wir den Doppelpass ermöglichen und die Optionspflicht komplett abschaffen.

**Doppelpass für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

## Kommunalpolitik, Stadtentwicklung, Wohnen (K)

### Antragsbereich K/ **Antrag 1**

Ortsverein Ganderkesee (Bezirk Weser-Ems)

#### Bezahlbaren Wohnraum stärker fördern

Der Bundesparteitag möge beschließen, folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen:

- 5
1. Soziale Wohnraumförderung des Bundes mit 5 Milliarden Euro jährlich mit dauerhaften Sozialbindungen in gemeinsamer Verantwortung von Kommunen, Ländern und Bund.
  2. Stärkung der sozialen Funktion des Mietrechts: Mietpreisbremse bundesweit flächendeckend einführen, §5 Wirtschaftsstrafgesetz anpassen, so dass zu hohe Miete als Ordnungswidrigkeit geahndet werden kann, angemessene Ausgestaltung der Modernisierungumlage
  - 10 3. Stärkere Förderung von kommunalen Wohnungsgesellschaften und Stärkung genossenschaftlichen Wohnens als Korrektiv auf dem Wohnungsmarkt.

#### Bezahlbaren Wohnraum stärker fördern

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

### Antragsbereich K/ **Antrag 2**

Landesverband Berlin

#### Wohngruppen dürfen keine Spekulationsobjekte sein.

Soziale Wohngruppen sollen nicht länger gezwungen sein Gewerbemietverträge abzuschließen zu müssen, sondern auch die Möglichkeit erhalten, Wohnungsmietverträge abschließen zu können. Dies soll auch für die Umwandlung bestehender Verträge möglich werden.

5

#### Wohngruppen dürfen keine Spekulationsobjekte sein.

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

### Antragsbereich K/ **Antrag 3**

Unterbezirk Wiesbaden (Bezirk Hessen-Süd)

#### Nachbesserungen bei der Mietpreisbremse

Die Wiesbadener SPD fordert die Bundespartei auf, Nachbesserungen bei der Mietpreisbremse in das Bundestagswahlprogramm aufzunehmen. Dazu zählen im besonderen:

5

- Der Vermieter muss verpflichtet werden, die vorherige Miete nachprüfbar bereits im Angebot anzugeben;
- Der Vermieter muss verpflichtet werden, die erhöhte Miete nicht erst ab der Rüge des Mieters, sondern von Beginn des Mietverhältnisses an zurückzuzahlen;
- Bei einem Verstoß gegen die Bestimmung ist dem

10

#### Nachbesserungen bei der Mietpreisbremse

erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission



Vermieter ein angemessenes Bußgeld aufzuerlegen.

*Antragsbereich K/ Antrag 4*  
*Bezirk Braunschweig*

**Anpassung der Mietpreisbremse, um Wohnen dauerhaft bezahlbar zu machen**

Die SPD – Bundestagsfraktion wird aufgefordert auf eine Verbesserung der bisherigen Mietpreisbremse hinzuwirken. Folgende Maßnahmen sind dabei einzusetzen:

- 5 • Umgehungsmöglichkeiten (zum Beispiel durch Vermietung möblierter Wohnungen oder Angabe einer zu hohen Vormiete) müssen verhindert werden.
- Bei Neuvermietungen von Bestandswohnungen sollen Vermieter verpflichtet werden, die vorherige Miete offen zu legen.
- 10 • Bei nachträglich festgestellten Verstößen gegen die Mietpreisbremse müssen zu viel gezahlte Beträge zurückgezahlt werden.

**Anpassung der Mietpreisbremse, um Wohnen dauerhaft bezahlbar zu machen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich K/ Antrag 5*  
*020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)*

**Absenkung der Modernisierungsumlage zur Entlastung der Mieterinnen und Mieter**

Die SPD soll sich auf Bundesebene für eine zeitliche Befristung sowie eine Absenkung der Modernisierungsumlage auf jährlich maximal fünf Prozent einsetzen. Des Weiteren ist im Vorfeld eine obligatorische Prüfung der Angemessenheit der Modernisierung durchzuführen. Darüber hinaus ist die Einführung einer Kappungsgrenze in Betracht zu ziehen, so dass die Miete infolge der Modernisierung nur um höchstens 3 Euro/qm innerhalb von acht Jahren erhöht werden darf. Um Härtefälle abzumindern, ist eine Konkretisierung der Härtefallklausel unabdingbar. Dies sollte durch die Einführung eines Regelbeispiels geschehen: die Härte liegt regelmäßig vor, wenn mehr als 40 Prozent des Nettohaushaltseinkommens für Miete einschließlich Heizkosten gezahlt werden muss.

- 5
- 10
- 15

**Absenkung der Modernisierungsumlage zur Entlastung der Mieterinnen und Mieter**

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

*Antragsbereich K/ Antrag 6*

*020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin) / Landesverband Berlin*

**Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch den Bund auch nach 2019 ermöglichen**

In das Bundeswahlprogramm wird aufgenommen: Die SPD fordert, den erforderlichen Rechtsrahmen zu schaffen, um auch über das Jahr 2019 hinaus den Sozialen Wohnungsbau durch den Bund finanziell zu unterstützen.

5

**Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch den Bund auch nach 2019 ermöglichen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich K/ Antrag 7*

*Unterbezirk Düsseldorf (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Für die Wiedereinführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit**

In den städtischen Ballungszentren ist das Fehlen von preisgünstigem Wohnraum längst zu der zentralen sozialen Frage geworden. Einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen, aber auch Teile der Mittelschicht, können sich das Wohnen in der Stadt immer weniger leisten. Die Folgen sind eine soziale Verdrängung dieser Personen aus ihren bisherigen Wohnquartieren, so dass sich unsere Städte weiter sozial entmischen bzw. Menscheneinen immer größeren Teil ihres Einkommens für die Miete aufwenden müssen und damit ihre Armutsgefährdung steigt. In Nordrhein-Westfalen haben wir daher in den letzten Jahren unsere Anstrengungen für den sozialen Wohnungsbau deutlich verstärkt. Dennoch erkennen wir, dass sich aufgrund des Auslaufens bisheriger Sozialbindungen von bestehenden geförderten Wohnungen und der steigenden Wohnungsnachfrage der Bestand an preisstabilem und -günstigem Wohnraum noch deutlich steigern muss. Denn 1990 hat die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung die Wohnungsgemeinnützigkeit abgeschafft. Seither sind bundesweit über 2 Millionen der günstigen Sozialwohnungen durch Privatisierung und Auslaufen der Sozialbindung verloren gegangen. Von seinerzeit 3,6 Millionen Sozialwohnungen gibt es nur noch 1,5 Millionen. Jahr für Jahr fallen weitere 60.000 Wohnungen aus der Sozialbindung – aus bezahlbarem Wohnraum werden unbezahlbare Objekte. Um die soziale Wohnraumversorgung auch dauerhaft sicherzustellen, brauchen wir einen sozialen Wohnungsmarkt, der bezahlbaren Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten auch dauerhaft sicherstellt.

5

10

15

20

25

30

Wir brauchen daher dringend eine neue Wohnungsge-

**Für die Wiedereinführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit**

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

35 meinnützigkeit, die den Bau und Erhalt von bezahlbaren Wohnungen zum Ziel hat. Wir fordern daher die Bundestagsfraktion auf, einen Entwurf für ein neues Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz auf den Weg zu bringen:

- 40 • Es soll mit europäischem Recht vereinbare Regelungen enthalten, die mit einem Ziel von mindestens 100.000 zusätzlichen günstigen und sozial gebundenen Wohnungen pro Jahr in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt einen gemeinnützigen Sektor in der Wohnungswirtschaft errichtet;
- 45 • dabei einen vielfältigen Markt von Baugenossenschaften und Bauvereinen, kommunalen Wohnungsgesellschaften aber auch privaten Vermieterrinnen und Vermietern für dauerhaften bezahlbaren Wohnraum schafft – ohne Auslaufen von Bindungen und mit praktikablen Regelungen für Fehlbelegungen;
- 50 • eine einmalige Investitionszulage zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten pro Quadratmeter vorsieht;
- 55 • Wohnungsunternehmen und -gesellschaften für ihre gemeinnützige Tätigkeit von der Grunderwerbssteuer, der Gewerbesteuer und der Körperschaftssteuer befreit und durch ausreichende Kontrolle und Berichtspflichten Missbrauch verhindert und sanktioniert, aber auch Mitnahmeeffekte verhindert.

65 Unser Ziel ist es dabei qualitätvollen Wohnraum und sozial gemischte lebenswerte Wohnquartiere zu schaffen. Das erreichen wir durch eine Mischung von unterschiedlichen Wohnformen und Wohnangeboten für unterschiedliche Zielgruppen. Der vorliegende Antrag soll ebenfalls dem nächsten Bundesparteitag zur Beschlussfassung vorgelegt werden, um in das Wahlprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2017 aufgenommen zu werden.

*Antragsbereich K/ Antrag 8  
Unterbezirk Düsseldorf (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Bezahlbarer Wohnraum für alle - Anstrengungen verstärken**

Auf Landes-und Bundesebene erwarten wir:

- Die zurzeit in der Diskussion befindliche Novellierung der Landesbauordnung muss sich an den Zie-

**Bezahlbarer Wohnraum für alle - Anstrengungen verstärken**

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

- 5            len der bedarfsgerechten Schaffung von Wohnraum orientieren und den notwendigen Ausgleich zwischen Standards für Barrierefreiheit und einer unverhältnismäßigen Belastung bei den Baukosten schaffen.
- 10        • Es sollte geprüft werden, ob für den geförderten Wohnungsbau, für den stadteigenen Wohnungsbau und für Wohnungsgenossenschaften die Grunderwerbssteuer entweder erlassen oder mindestens auf 3,5 % gesenkt werden kann.
- 15        • Um weiter Grundstücke für den Wohnungsbau mobilisieren zu können, bedarf es einer Überarbeitung und Straffung des Planungsrechtes. So dürfen die notwendigen Belange des Lärmschutzes nicht dazu führen, dass eine Verdichtung innerhalb der Stadt nicht mehr möglich ist oder aber dazu führen, dass hier ebenfalls die Baukosten eine wirtschaftliche Errichtung von bezahlbarem Wohnraum nicht mehr ermöglichen.
- 20
- 25        • Energieeffizienz im Wohnungsbau ist unumstritten ein notwendiger und wichtiger Schritt bei den Bemühungen um den Klimaschutz. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass diese einseitig die Baukosten in die Höhe treibt und damit letztlich den Zielen einer bedarfsgerechten Wohnungspolitik entgegenläuft. Bei der Weiterentwicklung von Energieeffizienz muss zukünftig vielmehr der Weg der Energieerzeugung im Mittelpunkt stehen. Die technischen Möglichkeiten, die heute schon zum Beispiel im Modellquartier Innovation-City in Bottrop erprobt werden, bieten wesentlich mehr Möglichkeiten der effizienten Energieeinsparung, als es die einseitige Erhöhung von Baustandards im Bereich Dämmung ermöglicht.
- 30
- 35
- 40        Wir erwarten von unseren Mandatsträgern bis zum nächsten Parteitag zu diesen Fragen eine Antwort mit einem Konzept zur Verbesserung mit dem wir bei den Landtags- und Bundestagswahlen vor die Wählerinnen und Wähler treten können.

*Antragsbereich K/ Antrag 9  
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

**Wohnen und Wohnungsbau**

Wohnen gehört zu den menschlichen Grundbedürfnissen. Wohnen und Wohnungsbau müssen von daher bei Initiative, Planung und Durchführung unter qualifizier-

**Wohnen und Wohnungsbau**

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

5 ter Beteiligung behinderter Menschen demokratisiert und teilhabeorientiert durchgeführt werden. Die Klassifizierung von sozialen Wohnungsbau, Mietwohnungsbau und Eigentumswohnungsbau als sozialschwach, normalverdienend und wohlhabend muss in gemeinschaftsorientierten Wohnvorhaben durch gemeinsame

10 Planung aller Gruppen zu einem neuen Gemeinschafts- und Zusammenhaltsgefühl beitragen.

15 Gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention Art.Abs.3 sind bei allen Initiativen, Projekten und Konzepten behinderte Menschen direkt oder über deren Verbände zu beteiligen. Im Bereich des Wohnens gibt es nur im geringen Umfang in diesem Sinne gemeinschaftsorientierte Wohnvorhaben. Dabei haben behinderte Menschen zusammen mit Kommunen und Wohnungsbaugesellschaften gemeinschaftlich Wohnquartire entworfen, geplant und durchgeführt. Dieses neue Denken gemeinsamen Handelns muss gefördert werden und ist ein Beitrag, statt Menschen in drei Stufen zu trennen, sie zusammenzuführen, um so den gemeinschaftsorientierten Gedanken und des gemeinsamen Austausches verbindlich zu regeln.

20

25

**Antragsbereich K/ Antrag 10**  
*Kreisverband Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Wohnen**

Wir fordern:

- 5 • eine massive Erhöhung der Fördermittel für Wohnungsbau von Land und Bund für den Miet- und Sozialmietwohnungsbau
- 10 • die Wohnungsbauförderung konzentrieren auf Wohnbauten mit einer Sozialbindung, die nicht nach 10 Jahren ausläuft. Die Wohnungen sind deshalb vom Land oder von den vom Land entsprechend finanziell unterstützten Kommunen zu schaffen und anschließend zu verwalten
- 15 • die Unterstützung von Wohnbaugenossenschaften
- die Kopplung der Eigentumsförderung an eine Einkommensgrenzen für Neubauten, gebrauchte Immobilien und den Erwerb von Genossenschaftsanteilen
- 20 • die Mietpreisbremse stärken; Einführung eines verpflichtenden, qualifizierten Mietspiegels für Kommunen
- ein Minimum an sozialverträglichen Wohnraum als

**Wohnen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- Auflage für Neubaugebiete
- eine Verschlinkung der Bauordnung
  - Bebauung kommunaler Grundstücke vorrangig mit sozialer Bindung, kein Verkauf zu Höchstpreisen an private Investoren oder Immobiliengruppen
- 25

*Antragsbereich K/ Antrag 11*  
*Landesverband Berlin*

**Immobilienpekulation bekämpfen**

Share Deals besteuern und das kommunale Vorkaufsrecht stärken

- 5 Die SPD in Bund und Ländern setzt sich für eine umfassende Novellierung des Grunderwerbsteuergesetzes (GrEStG) mit dem Ziel ein, die steuerfreie Übertragung von Grundstücken im Rahmen von anteiligen Unternehmenskäufen (Share Deals) – soweit wie verfassungsrechtlich möglich – einzuschränken. Es sollte dasjenige Reformmodell gewählt werden, das die Steuerausfälle durch Share Deals minimiert und so die Steuereinnahmen der Länder maximiert.
- 10

- 15 Unter dem Gesichtspunkt der Aufkommensmaximierung ist die Einführung einer stufenweisen quotalen Besteuerung ab einem Anteilswerb von 50% bevorzugt zu prüfen. Bei Gesellschaften, deren Betriebsvermögen überwiegend, bspw. zu über 90%, aus Grundstücken besteht (Wohnungsunternehmen), ist eine Absenkung der Quote auf 25% in Erwägung zu ziehen. Zusätzlich sind Umgehungstatbestände zu minimieren. So kann die bisherige 95%-Grenze durch gesellschaftsrechtlich oder persönlich verbundene Erwerber umgangen werden. Die Fünfjahresfrist bei Personengesellschaften ist deutlich zu kurz und muss verlängert werden. Das kommunale Vorkaufsrecht für Grundstücke nach § 24 Baugesetzbuch (BauGB) ist zu stärken. Insbesondere ist das BauGB dahingehend zu ändern, dass sich das Vorkaufsrecht auch auf alle steuerpflichtigen Share Deals erstreckt.
- 20
- 25
- 30

**Immobilienpekulation bekämpfen**

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

*Antragsbereich K/ Antrag 12*  
*Ortsverein M-Maxvorstadt (Landesverband Bayern)*

**Bodenwertabgabe (Planungswertzuwachsabgabe)**

Die SPD nimmt die Schaffung einer Bodenwertabgabe (Planungswertzuwachsabgabe) als Bundesgesetz in das

**Bodenwertabgabe (Planungswertzuwachsabgabe)**

Ablehnung

Bundestagswahlprogramm 2017 auf.

*Antragsbereich K/ Antrag 13*  
*Landesverband Bayern*

**Förderung und Unterstützung von Genossenschaften**

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Genossenschaften Bauland zur Verfügung gestellt wird. Genossenschaften können den Kommunen beim Aufbau sozialen und bezahlbaren Wohnraums helfen. Dadurch werden Wohnungen der Spekulation entzogen und können wichtige gesellschaftspolitische Funktionen wie soziale und kulturelle Integration und Stärkung der Zivilgesellschaft erfüllen.

5

**Förderung und Unterstützung von Genossenschaften**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich K/ Antrag 14*  
*Ortsverein Nobelbahn/Rauxel (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Bildung und Teilhabe sichern - Kommunen stärken!**

Die Delegierten des SPD-Bundesparteitags fordern die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion zur Umsetzung folgender Maßnahmen auf:

5

1. Bildung ist der Schlüssel für die Entwicklung und Verwirklichung persönlicher Chancen und muss deshalb, unabhängig von der persönlichen Lebenslage des Einzelnen, allen Menschen in gleichem Umfang und gleicher Qualität zur Verfügung stehen. Deshalb muss der Bund mehr Verantwortung in der Bildungspolitik übernehmen, indem er sich für eine einheitliche Bildungspolitik einsetzt und sich stärker als bisher in der frühkindlichen Bildung und Erziehung engagiert.

10

2. Die Teilhabe am Leben, an der schulischen Bildung und am ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Handicaps ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher muss der Bund eine deutlich größere finanzielle Verantwortung bei der Unterstützung von Menschen mit Behinderung übernehmen. Die Landschaftsverbände, die in diesem Bereich wichtige Aufgaben übernehmen, müssen durch den Bund finanziell entlastet werden. Kosten für die Inklusion im Bildungsbereich und für Integrationshelfer sollen künftig direkt durch den Bund getragen werden.

15

20

3. Für unsere Kommunen brauchen wir eine auskömmliche Finanzausstattung, damit sie die Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger organisieren können. Nur wenn Kommunen in allen Teilen unseres Landes in der Lage sind, diese Aufgaben zu finanzieren, kann das Prinzip der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ gewahrt bleiben. Unter dem Druck steigender Sozialausgaben sind derzeit einige Städte und Gemeinden in

25

**Bildung und Teilhabe sichern - Kommunen stärken!**

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

30 Nordrhein-Westfalen nicht in der Lage die kommunale  
Selbstverwaltung sachgerecht auszuüben. Auch durch  
verschiedene Investitionsprogramme des Bundes und  
die Flankierung durch das „Stärkungspaktgesetz NRW“  
kann die finanzielle Schieflage nicht behoben werden.  
35 Deshalb muss der Bund ein umfassendes Entlastungs-  
parkt für eine auskömmliche Gemeindefinanzierung auf  
den Weg bringen. Dazu gehören folgende Eckpunkte:  
a. Befreiung der Städte von Altschulden durch Einrich-  
tung eines Altschuldenfonds.  
b. Aufbau eines Sozialen Arbeitsmarktes in Regionen  
40 mit hoher Arbeitslosigkeit zur Bekämpfung von Lang-  
zeitarbeitslosigkeit und zur Entlastung der Städte von  
den Sozialkosten.  
c. Strikte Umsetzung des „Kon-nexitätsprinzips“ (Die  
staatliche Ebene, die für eine Aufgabe verantwortlich  
ist, ist auch für deren Finanzierung zuständig.).  
45 d. Reform der Grundsteuer, um diese wichtige Einnah-  
mequelle der Kommunen auf verfassungsrechtlich si-  
chere Füße zu stellen.  
e. Nach Auslaufen des Solidarpaktes im Jahr 2019: För-  
derung von Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit hoch  
und die Strukturschwäche groß ist, unabhängig von  
50 ihrer geografischen Lage.

Ferner erwarten wir, dass sich die SPD mit klaren Forde-  
rungen hinsichtlich der Rentenentwicklung, der Inneren  
Sicherheit, dem sozialen Wohnungsbau wie auch dem  
Ausbau und der Instandhaltung der Infrastruktur für  
55 den Bundestagswahlkampf positionieren wird.

**Antragsbereich K/ Antrag 15**

*Kreisverband Zollernalb (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Förderprogramm für Wohneigentum**

Eine Ursache der ungerechten Vermögensverteilung in  
Deutschland ist die (im EU-Vergleich) besonders niedri-  
ge Wohneigentumsquote. Eigentumsbildung bei der  
unteren Hälfte der Einkommen ist deshalb dringend  
5 nötig und soll durch folgende Maßnahmen gefördert  
werden:

(1) Der Erwerb von Eigentum für Selbstnutzer soll durch  
direkte Zuschüsse (auch als Ersatz für fehlendes Eigen-  
kapital) anstelle von Steuerabschreibungen für Wohl-  
habende gefördert werden. Um die berufliche Mobilität  
10 nicht einzuschränken, sollte die Selbstnutzung nicht  
dauerhaft vorgeschrieben sein.

(2) Wohnbaugenossenschaften sollen bei der Umset-  
zung eine besondere Rolle spielen: Dazu sollen die Ge-  
meinnützigkeit wieder eingeführt und Formen von  
Mietkauf ermöglicht werden.

**Förderprogramm für Wohneigentum**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
kommission



## Medien- und Kulturpolitik, Digitalpolitik (M)

### Antragsbereich M/ Antrag 1

020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin) / Landesverband Berlin

#### Verweildauer öffentliche-rechtlicher Inhalte aufheben

In das Bundeswahlprogramm wird aufgenommen:  
 Durch die technologische Verschmelzung von Fernsehen, Internetangeboten und Online-Mediatheken ist die Depublizierungspflicht (Löschung) aus dem 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag von 2009 nicht mehr zeitgemäß. Öffentlich-rechtlich produzierte Inhalte, die aus den Rundfunkbeiträgen der Zuschauerinnen und Zuschauer finanziert wurden, müssen in Zukunft auch online unbegrenzt verfügbar sein. Gemeinsam mit den Ländern wird daher eine Lösung angestrebt, um die Begrenzung der Verweildauer von Inhalten im Online-Angebot der öffentlich-rechtlichen Sender aufzuheben.

5  
  
10

#### Verweildauer öffentliche-rechtlicher Inhalte aufheben

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

### Antragsbereich M/ Antrag 2

KV Schwäbisch Hall (Landesverband Baden-Württemberg)

#### Vollständige Mobilfunkversorgung im ländlichen Raum bei 5G-Frequenzversteigerung festschreiben

Die derzeitige Mobilfunkversorgung im ländlichen Raum ist durch eine Vielzahl von Funklöchern geprägt, in denen keinerlei Empfang vorhanden ist. Außerdem gleicht die bestehende Abdeckung einem Flickenteppich: In kleineren Ortschaften hat man häufig maximal in einem Mobilfunknetz Empfang. Die anderen Netze sind dann nicht vorhanden. Fährt man jedoch in den Nachbarort, so kann der Empfang im eigenen Netz fehlen, während ein anderes Netz verfügbar wäre. Des Weiteren ist häufig nur ein Bruchteil der beworbenen Datenrate verfügbar, obwohl ein Gebiet als versorgt gilt. Derzeit entwickeln Handyhersteller und Mobilfunkanbieter den neuen Mobilfunkstandard der fünften Generation (5G). Dieser soll eine 100fach höhere Datenrate als LTE ermöglichen (10.000 Mbit/s), eine Latenzzeit (Zeit bis nach dem Senden eines Datenpakets die Antwort eintrifft) von unter 1 Millisekunde haben und dabei 90% weniger Strom benötigen. Marktreif könnte diese Technologie 2020-2023 werden. Parallel werden Versteigerungen von Frequenzbänder für 5G durch die Bundesnetzagentur vorbereitet. Jedoch werden hierbei die Interessen des ländlichen Raumes ignoriert. Vielmehr werden die Belange von Mobilfunkbetreibern vordergründig behandelt. Des Weiteren ist von der Einrichtung von „Gigabit-Städten“ die Rede.

5  
  
10  
  
15  
  
20

#### Vollständige Mobilfunkversorgung im ländlichen Raum bei 5G-Frequenzversteigerung festschreiben

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 25 Die Versteigerung von Frequenzbändern für 5G stellt jedoch eine hervorragende Möglichkeit dar, die Mobilfunkanbieter zur Versorgung des ländlichen Raumes zu verpflichten. Die Einführung von 5G sollten genutzt, um den ländlichen Raum ins digitale Mobilfunkzeitalter zu bringen.
- 30 Dabei hilft ein Blick in die Vergangenheit des Mobilfunkausbaus. Bei der Versteigerung von UMTS-Frequenzen (sog. 3G) im Jahr 2000 nahm die Bundesnetzagentur 99 Mrd. DM, also ca. 50 Mrd. Euro ein. Im Rahmen der Versteigerung von LTE-Frequenzen (sog. 35 4G) im Jahr 2010 beliefen sich die Einnahmen auf ca. 4,4 Mrd. Euro. Ausschlaggebend für die Differenz waren Vorgaben für die Mobilfunkanbieter beim Aufbau des LTE-Netzes. Im Vorfeld der Auktion benannten die Bundesländer mit Breitband unterversorgte Städte, Gemeinden und Teilgemeinden. Diese wurden anhand 40 ihrer Einwohnerzahl in vier Prioritätsstufen eingeteilt. Städte und Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohner bildeten die 1. Stufe, Städte und Gemeinden zwischen 5.000 und 20.000 Einwohnern die 2., Städte und Gemeinden zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern die 3. sowie Städte und Gemeinden mit mehr als 50.000 45 Einwohnern die 4. Stufe. Der Clou der Frequenzvergabe war es, dass mit dem Ausbau in Städten und Gemeinden der Stufen 2, 3 und 4 innerhalb eines Bundeslandes erst begonnen werden konnte, wenn 90% der Bevölkerung der vorherigen Stufe mit LTE versorgt wurden. Somit musste mit dem Ausbau in den „weißen Flecken“ 50 begonnen werden, bevor die Anbieter im Ballungsraum aktiv werden konnten. Dennoch mussten 10% der Bevölkerung nicht versorgt werden. Deshalb leben auch heute Menschen in Funklöchern.
- 55 Diese Staffelung hat sich beim LTE-Ausbau bewährt. Für die Einführung von 5G sollte jedoch eine vollständige Versorgung der Bevölkerung sowie landwirtschaftlich genutzter Flächen festgeschrieben werden. Denn der ländliche Raum darf bei der digitalen Revolution nicht abgehängt werden. In der Vergangenheit war stets von 60 einer „flächendeckenden“ Breitbandversorgung die Rede. Dabei sind die weißen Flecken bis heute jedoch vielerorts größer als die abgedeckten Flächen. Deshalb muss das Ziel eine vollständige Versorgung im Sinne von, es gibt überall statt vielerorts 5G, sein.
- 65 Die Digitalisierung macht auch vor der Landwirtschaft nicht halt: Traktoren können in wenigen Jahren autonom fahren und die Äcker bearbeiten. Auch werden schon heute Drohnen getestet, die Felder fotografieren und Unkrautherde aufspüren. Mit diesen Daten kann 70 dann der Traktor zielgenau beim Unkrauterd Spritzmittel ausbringen. Für solche Zukunftstechnologien braucht es einen fortschrittlichen Mobilfunkempfang

auf landwirtschaftlichen Flächen.

75 Eine solche Forderung stellt die Mobilfunknetzbetreiber vor enorme finanzielle Herausforderungen. Derzeit betreiben sie drei Mobilfunktechnologien parallel (2G, 3G, 4G). Deshalb sollten die Betreiber ihre alten Netze in Gemeinden abschalten dürfen, in denen sie fünf Jahre 5G bereitstellen. So können sich die Anbieter auf die Zukunftstechnologie 5G konzentrieren. Zugleich gibt es 80 nach fünf Jahren die fünfte Serie an 5G-Handys zu kaufen. Somit lassen sich 5G Smartphones zu erschwinglichen Preisen erwerben. Eine frühere Abschaltung wäre insbesondere für sozial benachteiligte Familien nicht zumutbar. Außerdem müssen Vorgaben bei der Frequenzvergabe von allen interessierten Mobilfunkanbietern gleichermaßen zwingend eingehalten werden. 85 Somit besteht ein geringerer Wettbewerbsdruck bei der Versorgung des ländlichen Raumes im Sinne einer Kosten-Nutzen-Analyse kürzer zu treten. Jeder Anbieter hat den ländlichen Raum vollständig zu versorgen. Die Kosten werden über 5G-Verträge auf alle Mobilfunkkunden 90 umgelegt.

Da der Antrag eine vollständige Versorgung von Wohnflächen vorsieht und da die alten Technologien nach fünf Jahren abgeschaltet werden dürfen, brauchen die 95 Bundesländer keine unterversorgten Gebiete benennen. Ein zentrales Anliegen bei künftigen Frequenzversteigerungen muss es sein, dass jeder Anbieter eine vollständige Abdeckung Deutschlands gewährleistet. Denn so verschwinden neben den heutigen Funklöchern auch der Flickenteppich im ländlichen Raum.

## Sozialpolitik (S)

Antragsbereich S/ **Antrag 1**

11/05 Friedrichsfelde-Rummelsburg (Landesverband Berlin)

**Rente ist Ausdruck von Lebensleistung – Deshalb Berufsjahre statt starres Renteneintrittsalter**

Gute Renten sind ein Produkt der Lebensleistung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Deshalb setzt sozialdemokratische Rentenpolitik mit Recht zuallererst bei der Schaffung guter Arbeit an. Ohne fair entlohnte

5 Arbeit keine auskömmliche Rente. Doch das Äquivalenzprinzip gerät durch die demographische Entwicklung in Deutschland unter Druck. Immer mehr Rentnerinnen und Rentner stehen immer weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gegenüber. Politik muss eine Balance finden: Gerechte Renten, von denen man in Würde leben kann und nicht in Armut zu rutschen droht – aber die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen nicht mehr belastet werden als sie schultern können. Nur dann lässt sich der Generationenvertrag erhalten. Die Forderung der Konservativen nach einer starren Anhebung des Renteneintrittsalters ist eine Milchmädchenrechnung. Dies käme einer drastischen Rentenkürzung gleich für alle, die nicht bis in höhere Lebensalter arbeiten können. Das darf die SPD nicht zulassen, sondern muss eigene Antworten für die Zukunft der Rente als Herzstück unseres Sozialsystems geben. Wir fordern daher die SPD, die zuständige Bundesministerin Andrea Nahles, die SPD-Wahlprogrammkommission und die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages auf, im Wahlprogramm für den Bundestagswahlkampf 2017 die Lebensarbeitszeit in den Mittelpunkt des gesamten Rentensystems zu stellen und damit eine Abkehr von den immer neuen Diskussionen um starre Renteneintrittsalter zu vollziehen. Ein starres Renteneintrittsalter passt nicht mehr in unsere Gesellschaft.

Natürlich können Professoren, wenn sie es wollen, erheblich länger arbeiten als bspw. Krankenpfleger, die die schwere körperliche Arbeit oftmals nicht mal bis zum jetzigen Renteneintrittsalter schaffen. Eine Arbeitszeit von 45 Jahren sollte daher als Grundlage für den vollen Rentenbezug dienen und nicht ein Lebensalter (bspw. 65 oder 67 Jahre). Wer 45 Jahre gearbeitet bzw. Beiträge abgeführt hat, soll abschlagsfrei in Rente gehen können. Hier sollten selbstverständlich auch in geeigneter Weise Erziehungszeiten sowie Zeiten der Arbeitslosigkeit mit

**Rente ist Ausdruck von Lebensleistung – Deshalb Berufsjahre statt starres Renteneintrittsalter**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

45 einbezogen werden. Diese Regelung, die die Lebensleistung berücksichtigt, soll veränderten Generationenbildern, einer ausdifferenzierten Arbeitswelt und sehr individuellen Lebensentwürfen gerechter werden. Wer mit 16 in einen handwerklichen Beruf einsteigt, kann gesundheitlich oft nicht bis 65 oder 67 arbeiten. Wer aber bis Mitte 20 studiert oder durch Auslandsaufenthalte, freiwillige soziale Jahre, etc. später ins Erwerbsleben einsteigt, ergreift zumeist einen Beruf, der sich in der Regel auch noch länger ausüben lässt. Zudem könnte über ein Bonussystem nachgedacht werden, wenn jemand mehr als 45 Jahre in die Rentenkasse einzahlt.

50 So würde sich die gesetzliche Rente flexibler den aktuellen Bedingungen, und Lebensrealitäten der Menschen und späteren Rentnerinnen und Rentner anpassen.

60 Diese Regelung ersetzt natürlich nicht die Sicherungssysteme für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die keine 45 Berufsjahre durchstehen, z.B. aus gesundheitlichen Gründen. Deshalb müssen wir zugleich zum Beispiel die Erwerbsminderungsrente stärken und ausbauen. Darüber hinaus soll verstärkt darin investiert werden, dass Menschen nicht frühzeitig aus gesundheitlichen Gründen ihren Beruf aufgeben müssen und arbeitsfördernde Programme zur Veränderung des Berufsalltags im höheren Lebensalter aufgelegt werden.

65

*Antragsbereich S/ Antrag 2  
Ortsverein Uehlfeld (Landesverband Bayern)*

**Neue Gerechtigkeit und Zukunft des Sozialstaats**

Wir fordern eine solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen, Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze, Entlastung der Steuer- und Sozialabgaben bei Geringverdienern bis zu einem monatlichen Einkommen von € 1.900,-. Steuerliche Entlastung für Durchschnittsverdiener bis zu einem monatlichen Einkommen von € 3.000,-. Einführung eines Rentensystems das Armut verhindert. Vorbilder sind z.B. Österreich und die Niederlande.

5

**Neue Gerechtigkeit und Zukunft des Sozialstaats**  
zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich S/ Antrag 3  
Kreis IV Nord (Landesorganisation Hamburg)*

**Gute und zukunftsfeste Renten solidarisch sichern**

Die SPD hat in der Großen Koalition viel für mehr Rentengerechtigkeit erreicht:

- Die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren

**Gute und zukunftsfeste Renten solidarisch sichern**  
zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- 5 nutzt vor allem denjenigen, die lange ihren Beitrag zur Rentenversicherung geleistet haben, denen es aber schwerfällt bis 67 zu arbeiten.
- Mit der Mütterrente haben wir mehr Gerechtigkeit für Mütter geschaffen, die Kinder vor 1992 zur Welt gebracht haben, auch wenn wir dies gerne vollständig mit Steuermitteln finanziert hätten.
- 10 • Die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente helfen denen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr weiterarbeiten können und die oftmals besonders von Altersarmut bedroht sind.
- 15 • Mit dem Gesetz zur „Flexirente“ ist ein erster Schritt zur Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand und zur Stärkung von Prävention und Rehabilitation im Erwerbsleben erreicht worden.
- 20 • Mit dem Mindestlohn und der Stärkung der Tarifpartnerschaft haben wir auch auf dem Arbeitsmarkt wichtige Schritte für eine bessere Rente getan.
- Trotz aller Erfolge brauchen wir weitere Verbesserungen unseres Rentensystems. Dabei sollten uns folgende Ziele leiten:
- 25
- Die Rente muss den Lebensstandard sichern. Wer in Rente geht darf keine Angst haben, dabei sozial abzustiegen und harte Einschnitte in seiner oder ihrer Lebensführung hinnehmen zu müssen.
- 30 • Die Finanzierung der Rente muss den Prinzipien der Solidarität und der Parität folgen. Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung für alle, in der die Versorgungswerke integriert und Abgeordnete, Freiberufler, Selbständige und perspektivisch auch Beamte solidarisch einzahlen.
- 35 • Wer lange für geringes Geld gearbeitet hat, muss das Erarbeitete im Alter trotzdem behalten dürfen. Deswegen wollen wir eine Mindestrente die ohne Bedürftigkeitsprüfung gewährt wird.
- 40 • Die private Vorsorge als dritte Säule der Rentenversicherung hat die Erwartung, das sinkende Rentenniveau zu kompensieren, nicht erfüllt. Ihre Subventionierung aus Steuermitteln wollen wir bestandsichernd auslaufen lassen.
- 45 • Die Altersvorsorge muss sich flexibel den unterschiedlichen Anforderungen verschiedener Branchen anpassen. Sie muss dabei sowohl kürzere oder längere Lebensarbeitszeiten in verschiedenen Berufen als auch Aus-, Fort- und Weiterbildungsanforderungen berücksichtigen.
- 50 • Auch im Rentensystem muss sich eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit positiv widerspiegeln. Die Rente muss unsere moderne Vorstellung von Partnerschaftlichkeit in der Familie abbilden. Die Rentensituation von Frau-

55 en muss besonders berücksichtigt werden. Frauen, die in der Vergangenheit die überwiegende Familienarbeit in einer Beziehung getragen haben, müssen diese anerkannt bekommen.

- Die Rente muss sich flexibel den sich verändernden Erwerbsbiographien anpassen. Wer berufsbedingt immer wieder Zeiten ohne Erwerbstätigkeit hat und zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung wechselt, braucht trotzdem Sicherheit für seine Versorgung im Alter.
- Die Altersvorsorge muss transparenter und verständlicher werden. Nur wer weiß, welche Ansprüche er oder sie hat und wie er oder sie sich eine gute Rente sichern kann, ist auch in der Lage selber Verantwortung dafür zu übernehmen.

60

65

70 1. Die gesetzliche Rentenversicherung – Lebensstandardsicherung in der ersten Säule  
Die solidarische gesetzliche Rente ist die wichtigste Säule unseres Rentensystems. Wir wollen sie wieder stärken. Sie ist der Kern einer lebensstandardsichernden Altersversorgung. Dieses zukunftsfest zu sichern, ist die Garantie für eine breite Akzeptanz der solidarischen Finanzierung. Dabei ist die perspektivische Festlegung des Rentenniveaus auf mindestens 50% wichtig, aber nur ein Teil einer gerechten Rentenreform. Denn das Rentenniveau bezieht sich auf den so genannten Eckrentner (45 Jahre, Vollzeit, Durchschnittsverdienst), den es in der Realität nicht gibt.

75

80 Die Realität ist geprägt von immer mehr Wechsel zwischen selbständiger und abhängiger Beschäftigung und zwischen Zeiten der Familien- und der Erwerbsarbeit oder Unterbrechungen durch Arbeitslosigkeit. Deswegen brauchen wir eine lebensstandardsichernde Rente, die sich diesen Anforderungen anpasst.

85 Die Rentenversicherung trägt auch Verantwortung für das gesunde Erreichen des Renteneintrittsalters. Wir wollen die Aufgaben der Prävention und Rehabilitation weiter stärken.

90 Besonderen Handlungsbedarf gibt es bei den Erwerbsminderungsrenten, die schon heute einem hohen Armutsrisiko unterliegen. Die Erwerbsminderungsrente liegt heute bei durchschnittlich 650€. Wir wollen die Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten abschaffen.

95 2. Mindestrente – lange arbeiten muss sich lohnen, auch bei geringem Einkommen  
Das Rentensystem kann nicht alles heilen, was in einer Erwerbsbiographie schiefgelaufen ist. Wir halten am Äquivalenzprinzip fest. Wer mehr einzahlt muss auch mehr herausbekommen. Wer aber lange gearbeitet und Beiträge gezahlt und dabei wenig verdient hat, der darf nicht genauso behandelt werden, wie jemand der nie oder kaum gearbeitet und Beiträge gezahlt hat. Mit einer Mindestrente oberhalb der Grundsicherung wollen wir für mehr Gerechtigkeit sorgen. Wer Mindestrente

100

bezieht muss keine Bedürftigkeitsprüfung fürchten.

3. Riesterrente – private Vorsorge zukünftig ohne Steu-  
ergeld

105 Die Riesterrente hat ihre Erwartungen nicht erfüllt.  
Insbesondere Geringverdienende sollten von den Sub-  
ventionen profitieren. Doch gerade diese Zielgruppe hat  
110 sich nicht in dem notwendigen Maße für Riesterrenten  
entschieden, weil dies für sie schwer zu finanzieren und  
mit der Unsicherheit über eine mögliche Anrechnung im  
Grundsicherungsfall behaftet gewesen wäre. Zugleich  
hat die staatliche Subventionierung der Riesterrente  
Mittel gebunden, die zur Stabilisierung der gesetzlichen  
115 Rente fehlen und so das Problem, dass sie beseitigen  
sollte (die unzureichende Finanzierungsbasis der gesetz-  
lichen Rente), zum Teil selbst mit verstärkt.

Wir wollen daher die staatliche Förderung und Subven-  
tionierung der privaten Rentenvorsorge auslaufen las-  
sen. Die so eingesparten Mittel wollen wir stattdessen  
zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung  
einsetzen.

120 Die bisher abgeschlossenen Verträge genießen weiter  
Bestandsschutz. Wer aber in Zukunft eine zusätzliche  
private Altersversorgung abschließen möchte, muss auf  
Steuersubventionen verzichten. Dafür wollen wir mit  
den freiwerdenden Mitteln die gesetzliche Rente weiter  
125 stärken.

Bis zum Auslaufen der Riesterrente wollen wir außer-  
dem die Renteneinkommen aus den Bestandsverträgen  
von der Anrechnung im Falle der Bedürftigkeit freistel-  
len.

4. Betriebliche Altersvorsorge – flächendeckend und  
branchenspezifisch

130 Die betriebliche Altersvorsorge ist für uns die beste  
zusätzliche Vorsorge für einen angemessenen Lebens-  
standard im Alter, vorausgesetzt sie wird so ausgestat-  
135 tet, dass sie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-  
mern tatsächliche Vorteile gegenüber der gesetzlichen  
und der privaten Altersvorsorge bietet. Die aktuelle  
Ausgestaltung der Betriebsrenten ist komplex und er-  
reicht nicht diejenigen, die eine zusätzliche Altersvor-  
sorge dringend nötig haben, nämlich Gering- und Nied-  
140 rigverdienende. Wir wollen daher eine flächendeckende,  
obligatorische Betriebsrente mit klarem und verbindli-  
chem Gesetzesrahmen und einem Vorrang für tarifliche  
Lösungen. Die Arbeitgeber sollen sich mindestens mit  
den durch die Betriebsrente eingesparten Sozialabgaben  
an der betrieblichen Altersvorsorge beteiligen (Mischfi-  
145 nanzierung). Bei bestehenden Verträgen ist nachzubese-  
n. Wir wollen kollektive Lösungen, die Verwaltungsk-  
osten minimieren und die Portabilität bei Jobwechseln  
garantieren, so dass sie nicht zu finanziellen Einbußen  
bei den Betriebsrenten führen.

150 Sie soll zum einen die gesetzliche Rente ergänzen. Zum  
anderen wollen wir mit der betrieblichen Altersvorsorge



- 155 branchenspezifische Anforderungen (Altersteilzeit, Abkaufen von Abschlägen, ...) tarifpartnerschaftlich umsetzen. Unterschiedliche Branchen haben unterschiedliche Belastungen und Anforderungen an einen Rentenübergang. Wo keine Tarifpartner über die Betriebsrenten entscheiden, gelten starre gesetzliche Regelungen und Anforderungen. Langfristig soll die Betriebsrente auch in Form eines Staatsfonds nach skandinavischem Vorbild angeboten werden.
- 160 Finanzierung – Solidarität in einer Erwerbstätigenversicherung  
Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung erweitern. Dabei wollen wir schrittweise die Beitragsbasis auf Abgeordnete, Freiberufler und Selbständige und auf Beamte erweitern.
- 165 die Versorgungswerke wollen wir integrieren. Dabei ist die besondere Situation von Selbständigen mit geringem Einkommen, insbesondere von Soloselbständigen zu berücksichtigen.  
Weitere Finanzierungsmöglichkeiten bestehen in der Ausnahme und Steuerfinanzierung sämtlicher versicherungsfremder Leistungen.
- 170 Darüber hinaus liegen weitere Finanzierungsmöglichkeiten in der Erhöhung der Steuerfinanzierung und der Anhebung des Beitragssatzes. Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie ein Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze verfassungskonform ausgestaltet werden kann, ohne dass daraus aufgrund des Auszahlungsäquivalents höchste Leistungsansprüche entstehen.
- 175 Eine gute lebensstandardsichernde Rente ist für die soziale Sicherheit und das Vertrauen in den deutschen Sozialstaat von immens hoher Bedeutung. Die Rentenpolitik beschäftigt alte wie junge Menschen und muss mit Sorgfalt und Klarheit beraten werden. Soziale Sicherungssysteme müssen sich immer wieder neu vor den Herausforderungen der Zeit bewähren und sich wandelnden Verhältnissen anpassen und dabei verlässlich bleiben.
- 180 Wir wollen dies mit einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung und einer flexiblen und starken Betriebsrente erreichen, die sich der modernen Arbeitswelt anpassen.
- 185

**Antragsbereich S/ Antrag 4**

*Ortsverein Mötzingen/Ortsverein Jettingen Ortsverein Bondorf/Ortsverein Gäufelden (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Rente**

1. Altersversorgung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der auch alle in gleicher Weise teilhaben müssen. Das bedeutet, alle Erwerbstätigen müssen in diese Versicherung einzahlen, auch Beamte, Selbständige, Freiberufler und nicht zuletzt auch Abgeordnete

**Rente**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

5

(auch die Landtagsabgeordneten von CDU, Grünen und SPD!!).

2. Die Rentenversicherung ist jahrzehntelang mit Versicherungs-fremden Leistungen belastet worden. Das muss sofort gestoppt werden. Das bedeutet, ab sofort muss jeder Euro, der für Versicherungs-fremde Leistungen entnommen wird rückerstattet werden. Das dient der Rentengerechtigkeit und stabilisiert das Rentenniveau.

10

3. Langjährig Versicherte müssen eine Rente erhalten, die deutlich über dem Existenzminimum liegt (vergleichbar der Mindestpension für Beamte). Es kann nicht sein, das ein reiches Land, dessen DAX-Konzerne Jahr auf Jahr Rekordgewinne erzielen, das für Bankensanierungen mal eben so 200 Milliarden Euro ausgeben kann, das den nicht unbedingt notleidenden Energiekonzernen mal eben nebenbei ca. 70 Milliarden Euro für die Entsorgung der Atomkraftwerke schenkt, das einen ehemaligen Bundespräsidenten für 1 Jahr, 7 Monate und 18 Tage Amtszeit mit über 200 000 Euro Jahressalär (und noch mal etwa die gleiche Summe für Büro, Dienstwagen, Fahrer, Sekretär, etc.), lebenslang, mit 52 Jahren, abschlagsfrei in den Ruhestand schickt, das dieses Land Menschen, die sich ein ganzes Leben lang abgeplagt haben, in die Altersarmut entlässt.

15

20

25

30

*Antragsbereich S/ Antrag 5*  
*Ortsverein Ganderkesee (Bezirk Weser-Ems)*

**Systemwechsel in der Gesetzlichen Rentenversicherung**

Der Bundesparteitag möge beschließen, folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) muss eine den Lebensstandard erhaltende, paritätisch finanzierte und beitragsbezogene Rente sein, das heißt:

5

- Die weitere Absenkung des Rentenniveaus wird gestoppt um dann schrittweise wieder auf über 65% angehoben zu werden. Der vom Gesetzgeber eingeführte Riester- sowie Nachhaltigkeitsfaktor wird gestrichen.
- Wer in die Rentenkasse eingezahlt hat, muss im Ruhestand mehr Geld erhalten als die bloße Grundversicherung. Wer gearbeitet und in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung Beiträge geleistet hat, muss mehr haben als jemand, der nicht gearbeitet hat.

10

15

**Systemwechsel in der Gesetzlichen Rentenversicherung**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- 20 • Das Rentenleistungsniveau nach 45 Beitragsjahren muss deutlich angehoben werden, so dass bei konstantem Erwerb eines Entgeltpunkts pro Jahr der Rentenanspruch die Grundsicherung in angemessenem Abstand übertrifft. Für den derzeitigen Durchschnittsbruttolohn (2016: 32.267 €) bedeutet dies ein Niveau von mindestens ca. 65 %.
- 25 • Es soll eine Mindestrente von 1050 Euro eingeführt werden.

30 Die Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) ist auf eine solidarische Basis zu stellen mit dem Ziel, eine Erwerbstätigenrente zu schaffen. Dazu gehören folgende Kernforderungen:

- 35 • Versicherungspflicht in der GRV für alle Erwerbstätigen: Abhängig Beschäftigte, Freiberufler\*innen, Abgeordnete, Selbständige und Beamte\*innen (Erwerbstätigenversicherung)
- 40 • Finanzierung aller versicherungsfremden Leistungen aus Steuermitteln
- Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze, wobei die abzuleitenden Rentenansprüche analog zur Arbeitslosenversicherung gedeckelt sein müssen.
- Erweiterung der Beitragspflicht auf andere Einkünfte wie zum Beispiel Mieteinnahmen und Kapitalerträge

*Antragsbereich S/ Antrag 6  
Landesverband Berlin*

5 **Sofort abschaffen: Sanktionen für „sozialwidriges Verhalten“**  
Wir fordern, dass die Verschärfungen der ALG II-Sanktionen zurückgenommen und Sanktionen generell abgeschafft werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Regelsatz jeweils mindestens auf das vom Paritätischen Wohlfahrtsverband geforderte Maß angehoben wird. Das Bundesarbeitsministerium muss alle Regelungen über Sanktionsmöglichkeiten aufgrund „sozialwidrigem Verhaltens“ ersatzlos aufheben. Diese Forderung wird Teil des Wahlprogramms der SPD 2017.

**Sofort abschaffen: Sanktionen für „sozialwidriges Verhalten“**  
zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich S/ Antrag 7*

*Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)*

**Gesetzliche Rentenversicherung**

5 Die SPD muss die Anstöße vieler gesellschaftlicher Gruppen, insbesondere der Gewerkschaften, aufgreifen und die Forderungen nach angemessenen Renten auch für die Generationen, die in einigen Jahren und Jahrzehnten in Rente gehen, zu ihrem zentralen Politikfeld in der Sozialpolitik in der nächsten Wahlperiode des Bundestages machen.

**Gesetzliche Rentenversicherung**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich S/ Antrag 9*

*Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Sozialticket**

Die SPD wird auf Bundesebene dafür Sorge tragen, dass die Leistungen für Mobilität für alle Leistungsempfänger so angepasst werden, dass die monatlichen Kosten für eine regionale Monatskarte gedeckt sind.

**Sozialticket**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich S/ Antrag 10*

*Ortsverein Laupheim (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Vermeidung und Eindämmung von Altersarmut**

5 Schnellstmögliche Einführung einer Mindestrente für Alle, die sich in Folge von Erwerbstätigkeit am sog. „Generationenvertrag“ durch Zahlung von Beiträgen in die Rentenversicherung beteiligt haben, in Höhe des jeweils gültigen „Existenzminimum“, z.B. vergleichbar z.B. jener Ansprüche, welche nach ALG I („nicht pfändbares Existenzminimum“) gelten (derzeit € 1073,85 monatlich).

**Vermeidung und Eindämmung von Altersarmut**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

10 Beitragsbefreiung der Rente hinsichtlich Einkommensteuer, zumindest für Renten bis Höhe des zu definierenden „Existenzminimum“ nach ALG I, auf Basis eines entsprechend angehobenen monatlichen Grundfreibetrages. Details dazu sind durch Fachgremien zu erarbeiten und festzulegen.

15 Beitragsfreie Rente hinsichtlich Krankenversicherung und Pflegeversicherung, zumindest für Renten bis Höhe des zu definierenden „Existenzminimum“ nach ALG I. Gegenfinanzierung der entsprechenden Beiträge erfolgen, in konsequenter Anwendung des sog. „Generationenvertrages“ durch die Allgemeinheit, sprich aus Steuermitteln! Details dazu sind durch Fachgremien zu erarbeiten und festzulegen.

20

*Antragsbereich S/ Antrag 11*  
*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Reform der gesetzlichen Rentenversicherung**

Der demographische Wandel, vielfältige Erwerbsbiographien und die wachsende Altersarmut machen eine grundlegende Reform des Deutschen Rentensystems unumgänglich. Dabei muss eine zukunftsfeste Rente folgende Kriterien einhalten:

5

1. Es darf keine Rente auf Sozialhilfeniveau geben.
2. Gesetzliche und private Vorsorge sollen sich auch dann gelohnt haben, wenn eine zusätzliche Unterstützung des Staates im Alter notwendig ist.
3. Zur Finanzierung soll das Kapital „durch die Berücksichtigung einer ausgeweiteten Steuerfinanzierung und nicht der Produktionsfaktor „Arbeit“ belastet werden.
4. Es darf keine Entsolidarisierung im Rentensystem geben.
5. Der Rentenbeginn muss von jedem flexibel gestaltet werden können.

10

15

20

Daher fordern wir für die gesetzliche Rentenversicherung:

1. Die Einführung einer Grundrente, die substantiell über dem Sozialhilfeniveau liegt. Wer ein Leben lang eingezahlt hat, muss eine Rente erhalten können, die über der Grundsicherung im Alter liegt.
2. Eine Berücksichtigung der erworbenen Ansprüche bei Bezug der Grundrente. Erworbene Ansprüche aus gesetzlicher und privater Vorsorge werden zu einem hohen Prozentsatz, nicht jedoch vollständig auf die Grundrente angerechnet. Bestehendes Vermögen wird entsprechend der voraussichtlichen Rentenbezugsdauer angerechnet.
3. Die Finanzierung der Grundrente erfolgt nicht durch höhere Sozialabgaben, da dies insbesondere Geringverdiener überproportional belasten würde. Stattdessen sind Unternehmen und große Vermögen sowie Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze heranzuziehen. Nicht höhere Beitragssätze sondern erst ein höherer Steuerzuschuss ermöglichen eine wirksame Umverteilung und eine Stabilisierung des Rentenniveaus.
4. Die gesetzliche Rentenversicherung muss zur Bürgerversicherung werden. Der Kreis der gesetzlich Versicherten ist schrittweise mit dem Ziel zu erweitern, dass jeder Erwerbstätige, unabhängig ob

25

30

35

40

45

**Reform der gesetzlichen Rentenversicherung**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- selbstständig oder abhängig beschäftigt, gesetzlich rentenversichert ist.
- 50 5. Der Rentenanspruch bemisst sich nach der Anzahl der Beitragsjahre (z. B. 45 Beitragsjahre) und nicht nach einem pauschalen Eintrittsalter. Das Renteneintrittsalter kann von jedem Versicherten ab dem 60. Lebensjahr frei gewählt werden. Bei einem späteren Renteneintritt erhöhen sich die Rentenzahlungen entsprechend. Eine Verpflichtung, bei Erwerbslosigkeit vor dem 67. Lebensjahr in Rente zu gehen, darf es nicht geben. Bei einer Erwerbsminderung kann die Rente ab dem 60. Lebensjahr ohne Abzüge (in Höhe der kalkulatorischen Rente zum 60. Lebensjahr) angetreten werden.
- 55 6. Bei der Reform der Altersversorgung strebt die SPD die Stabilisierung des gegenwärtigen Rentenniveaus und eine schrittweise Anhebung auf bis zu 50 % an. Die gesetzliche Untergrenze des Rentenniveaus soll auf 46 % festgelegt werden. Das Beitragsniveau soll bis 2045 den Wert von 25 % nicht überschreiten.
- 60 7. Es soll die generelle Zulässigkeit zusätzlicher Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung zum Erwerb weiterer Entgeltpunkte geschaffen werden.
- 70 8. Bei der Rentenbemessung sollen zukünftig Zeiten von Ausbildung, Studium, Arbeitslosigkeit und Fürsorgearbeit stärker berücksichtigt werden.
- 75 9. Wir begrüßen die von der Bundesregierung beschlossene Rentenanpassung in Ost und West bis zum Jahr 2025.

*Antragsbereich S/ Antrag 12*  
*Ortsverein Ganderkesee (Bezirk Weser-Ems)*

**Stärkung der Betriebsrenten**

Der Bundesparteitag möge beschließen, folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Die Betriebsrenten werden als zweite Säule des Rentensystems dauerhaft und substanziell gestärkt. Hierbei sind folgende Maßnahmen besonders wichtig:

- Über steuerliche Anreize müssen Unternehmen aller Art ermutigt werden, diese Form der Alterssicherung zu stärken bzw. sie neu einzurichten.
- Kleinen und mittelständischen Unternehmen müssen insbesondere organisatorische Hilfen gewährt werden, um Betriebsrenten auch firmenübergrei-

**Stärkung der Betriebsrenten**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- fend einzurichten.
- Arbeitnehmer\*innen, die in eine umlagefinanzierte Betriebsrente eigene Beiträge aus dem Nettogehalt einzahlen, z.B. VBL, sollen diese Beiträge steuerlich in ihrer Einkommenserklärung absetzen können. Hier darf zudem (Grundgesetz!) kein Rentenabschlag vorgenommen werden.

**Antragsbereich S/ Antrag 13**  
*Ortsverein Ganderkesee (Bezirk Weser-Ems)*

**Riester-Rente abschaffen**

Der Bundesparteitag möge beschließen, folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Die vom Gesetzgeber 2001 eingeführten privaten, zumeist kapitalmarkt-abhängigen Riester- bzw. Rürup-Renten haben sich nicht bewährt. Riesterrenten lohnen sich nur für über-durchschnittlich verdienende Menschen und dienen lediglich den Gewinninteressen von Banken und Versi-cherungen. Unter Wahrung des Bestands- bzw. Vertrau-ensschutzes erworbener Ansprüche sind die Riester-bzw. Rürup-Renten abzuschaffen. Dazu gehören folgen-de Maßnahmen:

- Der Neuabschluss von Rürup- und Riester-Renten wird unterbunden. Die dadurch freiwerdenden För-dermittel kommen der GRV zugute.
- Laufende sowie bereits in Auszahlung befindliche Verträge bleiben gemäß den bisher geltenden Kon-ditionen bestehen (inklusive staatlicher Förderung).
- Für sonstige neue private Rentenversicherungsver-träge werden keine staatlichen Fördermittel mehr aufgewandt.
- Bezieher\*innen von Arbeitslosengeld II dürfen nicht mehr bedrängt/gezwungen werden, bestehende Verträge aufzulösen.

**Riester-Rente abschaffen**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antrags-kommission

**Antragsbereich S/ Antrag 14**  
*Ortsverein Köln-Ehrenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Für mehr soziale Gerechtigkeit – Armut bekämpfen**

Die Armut steigt stetig in Köln und in Deutschland. Be-sonders betroffen sind Kinder, Jugendliche, Alleinerzie-hende und Rentner/innen. Immer mehr Menschen wer-den aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Deshalb müssen wir mehr Grundlagen schaffen und Gesetze ändern und schaffen, um diese Entwicklung

**Für mehr soziale Gerechtigkeit – Armut bekämpfen**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antrags-kommission

aufzuhalten. Folgende Maßnahmen müssen per Gesetzesregelung aufgehoben und verändert werden:

- 10
- Keine Anrechnung mehr des Kindergeldes auf das Arbeitslosengeld II
  - Es ist eine Grundsicherung für den Lebensunterhalt einzuführen, der auch die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben mit berücksichtigt und finanziert wird.
- 15
- Den Mindestlohn über die turnusgemäße Anpassung seitens der beauftragten Kommission hinaus zu erhöhen und nicht aufzuweichen, wie beispielsweise beabsichtigt in der Beschäftigung von Flüchtlingen.
- 20
- Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Einschränkungen im öffentlichen Sektor (Städte, Gemeinden, stadteigenen Betrieben), die keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, auch unter Nutzung des Bundesprogramms „Soziale Teilhabe am Arbeitsleben“. Die Beschäftigung muss spätestens nach 3 Jahren entfristet werden und solange andauern, wie eine Beschäftigung auf dem regulären Arbeitsmarkt nicht aussichtsreich ist.
- 25
- 30

*Antragsbereich S/ Antrag 15  
Ortsverein Köln-Ehrenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Rentenantrag**

Der demographische Wandel, vielfältige Erwerbsbiographien und die wachsende Altersarmut machen eine grundlegende Reform des Deutschen Rentensystems unumgänglich. Dabei muss eine zukunftsfeste Rente folgende Kriterien einhalten:

- 5
1. Es darf keine Rente aus Sozialhilfeniveau geben.
  2. Gesetzliche und private Vorsorge sollen sich auch dann gelohnt haben, wenn eine zusätzliche Unterstützung des Staates im Alter notwendig ist.
- 10
3. Zur Finanzierung soll das Kapital und nicht der Produktionsfaktor „Arbeit“ belastet werden.
  4. Es darf keine Entsolidarisierung im Rentensystem geben.
- 15
5. Der Rentenbeginn muss von jedem flexibel gestaltet werden können.

**Rentenantrag**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

Daher fordern wir für die gesetzliche Rentenversiche-



- 20 rung:
1. **Die Einführung einer Grundrente**, die mindestens 50% über dem Sozialhilfeniveau liegt.
  - 25 **2. Eine Berücksichtigung der erworbenen Ansprüche bei Bezug der Grundrente.** Erworbenen Ansprüche aus gesetzlicher und privater Vorsorge werden zu einem hohen Prozentsatz, nicht jedoch vollständig auf die Grundrente angerechnet. Bestehendes Vermögen wird entsprechend der voraussichtlichen Rentenbezugsdauer angerechnet.
  - 30 **3. Die Finanzierung der Grundrente erfolgt nicht durch höhere Sozialabgaben**, da dies insbesondere Geringverdiener überproportional belasten würde. Stattdessen sind Unternehmen und große Vermögen, sowie Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze heranzuziehen.
  - 35 **4. Die gesetzliche Rentenversicherung muss zur Bürgerversicherung werden.** Der Kreis der gesetzlich Versicherten ist schrittweise mit dem Ziel zu erweitern, dass jeder Erwerbstätige, unabhängig ob selbstständig oder abhängig Beschäftigt, gesetzlich rentenversichert ist.
  - 40 **5. Das Renteneintrittsalter kann von jedem Versicherten ab dem 60. Lebensjahr frei gewählt werden.** Bei einem späteren Renteneintritt erhöhen sich die Rentenzahlungen entsprechend. Eine Verpflichtung bei Erwerbslosigkeit vor dem 67. Lebensjahr in Rente zu gehen darf es nicht geben. Bei einer Erwerbsminderung kann die Rente ab dem 60. Lebensjahr ohne Abzüge (in Höhe der kalkulatorischen Rente zum 67. Lebensjahr) angetreten werden.
  - 45
  - 50

55 Darüber hinaus werden wir die Förderung der privaten Altersvorsorge schrittweise zu einer Förderung zur Vermögensbildung umbauen, damit jeder entsprechend seiner Wünschen privat vorsorgen kann. Dies setzt voraus, dass zukünftig Vermögen vor dem Bezug von Sozialleistungen nicht mehr aufgebraucht werden muss.

*Antragsbereich S/ Antrag 16  
Ortsverein Großensee (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Witwenrenten**  
Die SPD hat in der Berliner Großen Koalition eine Reihe von sozialpolitischen Gesetzen erreichen können. Unberücksichtigt blieb bisher allerdings, dass Witwen ohne eine entsprechende Absicherung durch eigene

**Witwenrenten**  
zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- 5 Rentenleistungen nach dem Ableben des Ehemannes häufig in eine prekäre Situation geraten, d.h. die Rente des Mannes erheblich gekürzt wird und meist nicht reicht den Lebensunterhalt zu bestreiten. Diese Witwen sind dann häufig auf zusätzliche Sozialhilfe zur Witwen-
- 10 rente angewiesen. Dieser Missstand sollte abgeschafft werden, ist die Meinung der SPD Großensee und wäre eine durch und durch sozialdemokratische Forderung. Zu diesem Zweck sollte die finanzielle Situation dieses Personenkreises untersucht werden und aufgrund des
- 15 Zahlenmaterials ein Zeitplan entwickelt werden, wie die betroffenen Frauen ein besseres selbstbestimmtes Leben führen können. Wie die Verbesserung im einzelnen aussehen kann, muss politisch entschieden werden.

**Antragsbereich S/ Antrag 17**

*Unterbezirk Bremen-Nord (Landesorganisation Bremen)*

**Mütterrente**

Die Kindererziehungszeit bei der Rente für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, ist im Rahmen der Gleichbehandlung anzugleichen. Die Finanzierung hierfür ist sachlich richtig nicht aus der Rentenkasse, sondern aus allgemeinen Steuermitteln zu erwirtschaften.

5

**Mütterrente**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich S/ Antrag 18**

*Bezirk Hessen-Süd*

**Gute und zukunftsfeste Renten solidarisch sichern!**

Die SPD hat in der großen Koalition viel für mehr Rentengerechtigkeit erreicht.

Die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren nutzt vor allem denjenigen, die lange ihren Beitrag zur Rentenversicherung geleistet haben, denen es aber schwer fällt bis 67 zu arbeiten. Mit der Mütterrente haben wir mehr Gerechtigkeit für Mütter geschaffen, die Kinder vor 1992 zur Welt gebracht haben, auch wenn wir dies gerne vollständig mit Steuermitteln finanziert hätten. Die Verbesserungen bei der Erwerbminderungsrente helfen denen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr weiter arbeiten können und die oftmals besonders von Altersarmut bedroht sind. Mit dem Mindestlohn und der Stärkung der Tarifpartnerschaft haben wir auch auf dem Arbeitsmarkt wichtige Schritte für eine bessere Rente getan. Trotz aller Erfolge brauchen wir weitere Verbesserungen unseres Rentensystems. Dabei sollten uns folgende Ziele leiten:

5

10

15

- Die Rente muss den Lebensstandard sichern. Wer in Rente geht darf keine Angst haben, dabei sozial ab-

**Gute und zukunftsfeste Renten solidarisch sichern!**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

20 zusteigen und harte Einschnitte in seiner oder ihrer Lebensführung hinnehmen zu müssen.

- Die Finanzierung der Rente muss den Prinzipien der Solidarität und der Parität folgen. Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung für alle, in der die Versorgungswerke integriert und Abgeordnete, Freiberufler, Selbständige und perspektivisch auch Beamte solidarisch einzahlen.
- Wer lange für geringes Geld gearbeitet hat, muss das Erarbeitete im Alter trotzdem behalten dürfen. Deswegen wollen wir eine Mindestrente die ohne Bedürftigkeitsprüfung gewährt wird.
- Die private Vorsorge als dritte Säule der Rentenversicherung hat die Erwartung, das sinkende Rentenniveau zu kompensieren, nicht erfüllt. Ihre Subventionierung aus Steuermitteln wollen wir bestandsichernd auslaufen lassen.
- Die Altersvorsorge muss sich flexibel den unterschiedlichen Anforderungen verschiedener Branchen anpassen. Sie muss dabei sowohl kürzere oder längere Lebensarbeitszeiten in verschiedenen Berufen als auch Aus-, Fort- und Weiterbildungsanforderungen berücksichtigen. Dabei sollte die Betriebsrente eine wichtige Rolle spielen.
- Auch im Rentensystem muss sich eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit positiv widerspiegeln. Die Rente muss unsere moderne Vorstellung von Partnerschaftlichkeit in der Familie abbilden. Die Rentensituation von Frauen muss besonders berücksichtigt werden. Frauen, die in der Vergangenheit die überwiegende Familienarbeit in einer Beziehung getragen haben, müssen diese anerkannt bekommen.
- Die Rente muss sich flexibel den sich verändernden Erwerbsbiographien anpassen. Wer berufsbedingt immer wieder Zeiten ohne Erwerbstätigkeit hat und zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung wechselt, braucht trotzdem Sicherheit für seine Versorgung im Alter.
- Die Altersvorsorge muss transparenter und verständlicher werden. Nur wer weiß, welche Ansprüche er oder sie hat und wie er oder sie sich eine gute Rente sichern kann, ist auch in der Lage selber Verantwortung dafür zu übernehmen.

1. Die gesetzliche Rentenversicherung – Lebensstandardsicherung in der ersten Säule.

Die solidarische gesetzliche Rente ist die wichtigste Säule unseres Rentensystems. Wir wollen Sie wieder stärken. Sie ist der Kern einer lebensstandardsichernden Altersversorgung. Dieses zukunftsfest zu sichern, ist die Garantie für eine breite Akzeptanz der solidarischen Finanzierung. Als erster Schritt sollte die Absenkung des Rentenniveaus ausgesetzt werden. Dabei ist die perspektivische Festlegung des Rentenniveaus auf mindestens 50% wichtig aber nur ein Teil einer gerechten Ren-

70 tenreform. Denn das Rentenniveau bezieht sich auf den so genannten Eckrentner (45 Jahre, Vollzeit, Durchschnittsverdienst), den es in der Realität nicht gibt.

75 Die Realität ist geprägt von immer mehr Wechseln zwischen selbständiger und abhängiger Beschäftigung und zwischen Zeiten der Familien- und der Erwerbsarbeit oder Unterbrechungen durch Arbeitslosigkeit. Deswegen brauchen wir eine lebensstandardsichernde Rente, die sich diesen Anforderungen anpasst.

80 Die Rentenversicherung trägt auch Verantwortung für das gesunde Erreichen des Renteneintrittsalters. Wir wollen die Aufgaben der Prävention und Rehabilitation weiter stärken.

85 Besonderen Handlungsbedarf gibt es bei den Erwerbsminderungsrenten, die schon heute einem hohen Armutsrisiko unterliegen. Die Erwerbsminderungsrente liegt heute bei durchschnittlich 650€. Wir wollen die Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten abschaffen.

90 Zur besseren Absicherung von Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiographien und insbesondere Frauen und wollen wir einen Mindestbeitrag in der gesetzlichen Rente unabhängig von Erwerbstätigkeit. Den Mindestbeitrag sollen alle zahlen, außer denjenigen, die sich Ausbildung befinden. Mit dem Mindestbeitrag muss mindestens Grundsicherungsniveau erreicht werden.

95 Perspektivisch macht ein Mindestrentenbeitrag die Mindestrente überflüssig.

100 2. Mindestrente – lange arbeiten muss sich lohnen, auch bei geringem Einkommen.

105 Das Rentensystem kann nicht alles heilen, was in einer Erwerbsbiographie schief gelaufen ist. Wir halten am Äquivalenzprinzip fest. Wer mehr einzahlt muss auch mehr heraus bekommen. Wer aber lange gearbeitet und Beiträge gezahlt und dabei wenig verdient hat, der darf nicht genau so behandelt werden, wie jemand der nie oder kaum gearbeitet und Beiträge gezahlt hat. Mit einer Mindestrente oberhalb der Grundsicherung wollen wir für mehr Gerechtigkeit sorgen. Wer Mindestrente bezieht muss keine Bedürftigkeitsprüfung fürchten.

110 Als wesentliches Kriterium gelten 40 Jahre Versicherungszeit (rentenrechtliche Zeiten) und ein Rentenbeginn mit regulärem Renteneintrittsalter.

115 3. Riesterrente – private Vorsorge zukünftig ohne Steuergeld.

Die Riesterrente hat ihre Erwartungen nicht erfüllt. Insbesondere Geringverdienende sollten von den Subventionen profitieren. Doch gerade diese Zielgruppe hat sich nicht in dem notwendigen Maße für Riesterrenten entschieden. Wir wollen daher die staatliche Förderung und Subventionierung der privaten Rentenvorsorge auslaufen lassen:

Die bisher abgeschlossenen Verträge genießen weiter Bestandsschutz. Wer aber in Zukunft eine zusätzliche private Altersversorgung abschließen möchte, muss auf

Steuersubventionen verzichten. Dafür wollen wir mit den freiwerdenden Mitteln die Betriebsrenten fördern.

120 4. Betriebliche Altersvorsorge - flächendeckend und branchenspezifisch.

Die betriebliche Altersvorsorge ist für uns die beste zusätzliche Vorsorge für einen angemessenen Lebensstandard im Alter. Die aktuelle Ausgestaltung der Betriebsrenten ist komplex und erreicht nicht diejenigen,

125 die ein zusätzliche Altersvorsorge dringend nötig haben, nämlich Gering- und Niedrigverdienende. Wir wollen daher eine flächendeckende, obligatorische Betriebsrente mit klarem und verbindlichem Gesetzesrahmen und einem Vorrang für tarifliche Lösungen. Wir wollen kollektive Lösungen, die Verwaltungskosten minimieren und die Portabilität bei Jobwechseln garantieren. Hierbei sind auch die Regelungen des Betriebsrentengesetzes hinsichtlich von Wartezeiten und Unverfallbarkeiten diesbezüglich zu überarbeiten.

130 Sie soll zum einen die gesetzliche Rente ergänzen. Zum anderen wollen wir mit der betrieblichen Altersvorsorge branchenspezifische Anforderungen (Altersteilzeit, Abkaufen von Abschlägen, ...) tarifpartnerschaftlich umsetzen. Unterschiedliche Branchen haben unterschiedliche Belastungen und Anforderungen an einen Rentenübergang. Wo keine Tarifpartner über die Betriebsrenten entscheiden, gelten starre gesetzliche Regelungen und Anforderungen.

140 Zur Finanzierung können u.a. die vorgesehenen Mittel zur Förderung der Riester-Rente für die betriebliche Altersvorsorge eingesetzt werden.

145 5. Finanzierung – Solidarität in einer Erwerbstätigenversicherung

Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung erweitern. Dabei wollen wir schrittweise die Beitragsbasis auf Abgeordnete, Freiberufler und Selbständige und perspektivisch auf Beamte erweitern. Auch die Versorgungswerke wollen wir integrieren.

150 Weitere Finanzierungsmöglichkeiten bestehen in der Herausnahme und Steuerfinanzierung sämtlicher versicherungsfremder Leistungen.

155 Darüber hinaus liegen weitere Finanzierungsmöglichkeiten in der Erhöhung der Steuerfinanzierung und der Anhebung des Beitragssatzes. Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie ein Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze verfassungskonform ausgestaltet werden kann ohne das daraus aufgrund des Auszahlungs-Äquivalents höchste Leistungsansprüche entstehen.

160 Eine gute lebensstandardsichernde Rente ist für die soziale Sicherheit und das Vertrauen in den deutschen Sozialstaat von immens hoher Bedeutung. Die Rentenpolitik beschäftigt alte wie junge Menschen und muss mit Sorgfalt und Klarheit beraten werden. Soziale Sicherungssysteme müssen sich immer wieder neu vor den

165

170 Herausforderungen der Zeit bewähren und sich wandelnden Verhältnissen anpassen und dabei verlässlich bleiben. Wir wollen dies mit einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung und einer flexiblen und starken Betriebsrente erreichen, die sich der modernen Arbeitswelt anpassen.

**Antragsbereich 5/ Antrag 19**

*Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd/Unterbeizirk Oldenburg-Stadt (Bezirk Weser-Ems)*

**Die Gesetzliche Rentenversicherung ist die Hauptsäule der Alterssicherung**

Wir fordern die SPD auf, folgende Position auf allen politischen Ebenen zu vertreten:

Die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) muss im Sinne des SPD-Grundsatzprogramms (Hamburg 2007) die Hauptsäule einer armutsfesten Alterssicherung bleiben bzw. dazu wieder werden. Das Alterssicherungsziel muss hierbei eine den Lebensstandard erhaltende, paritätisch finanzierte und beitragsbezogene Rente sein; die Stabilität der Beitragssätze darf nicht die höchste Priorität genießen. Um dies zu erreichen, sind die folgenden Kernpunkte umzusetzen:

- Die weitere Absenkung des Rentenniveaus wird gestoppt und der vom Gesetzgeber eingeführte Riester wie Nachhaltigkeitsfaktor gestrichen.
- Der Beitragssatz wird in Abhängigkeit von der finanziellen Leistungsfähigkeit eines Beitragszahlers/einer Beitragszahlerin bei paritätischer Beteiligung des Arbeitgebers/der Arbeitgeberin leicht progressiv gestaltet.
- Wer in die Rentenkasse eingezahlt hat, muss im Ruhestand mehr Geld erhalten als die bloße Grundsicherung. Auf sie muss, wenn der Rentenanspruch das Niveau der Grundsicherung unterschreitet oder gerade erreicht, in Abhängigkeit von den eingezahlten Beiträgen ein Aufschlag geleistet werden. Wer gearbeitet und in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung Beiträge geleistet hat, muss mehr haben als jemand, der nicht gearbeitet hat.
- Bei geringen Rentenansprüchen ist ein prozentual sehr hohes Rentenniveau von bis zu 90 % des letzten Nettoeinkommens anzusetzen, damit auch bei konstant verdientem Mindestlohn die Grundsicherung übertroffen wird.
- Das Rentenleistungsniveau nach 45 Beitragsjahren muss deutlich angehoben werden, so dass bei konstantem Erwerb eines Entgeltpunkts pro Jahr der Rentenanspruch die Grundsicherung in angemessenem Abstand übertrifft. Für den derzeitigen Durchschnittsbruttolohn (2016: 32.267 €) bedeutet dies ein Niveau von mindestens ca. 65 %.
- Das Äquivalenzprinzip bezüglich Beitragsleistung und Rentenleistung muss grundsätzlich erhalten

**Die Gesetzliche Rentenversicherung ist die Hauptsäule der Alterssicherung**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

werden, jedoch in angepasster Form analog zur Arbeitslosenversicherung (Höchstanspruch auf Arbeitslosengeld à Höchstanspruch auf Rente).

**Antragsbereich S/ Antrag 20**

*Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd/Unterbezirk Oldenburg-Stadt (Bezirk Weser-Ems)*

**Maßnahmen zur Stärkung der Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV)**

Wir fordern die SPD auf, folgende Position auf allen politischen Ebenen zu vertreten: Die Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) ist im Interesse einer zukunftsfähigen Finanzentwicklung der GRV auf eine grundsätzlich solidarische Basis zu stellen mit dem Ziel, eine Erwerbstätigenrente zu schaffen. Dazu gehören folgende Kernforderungen:

5

- Versicherungspflicht in der GRV für alle Erwerbstätigen: Abhängig Beschäftigte, Freiberuf-ler\*innen, Abgeordnete, Selbständige und Beamte\*innen (Erwerbstätigenversicherung)

10

- Finanzierung aller versicherungsfremden Leistungen aus Steuermitteln

15

- Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze, um die Einnahmen der GRV so zu erhöhen, dass eine vor Altersarmut schützende Rente für alle Beitragszahler\*innen ermöglicht wird, wobei die abzuleitenden Rentenansprüche analog zur Arbeitslosenversicherung gedeckelt sein müssen.

20

- Erweiterung der Beitragspflicht auf andere Einkünfte wie zum Beispiel Mieteinnahmen und Kapitalerträge

**Maßnahmen zur Stärkung der Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV)**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich S/ Antrag 21**

*Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd/Unterbezirk Oldenburg-Stadt (Bezirk Weser-Ems)*

**Stärkung der Betriebsrenten**

Wir fordern die SPD auf, folgende Position auf allen politischen Ebenen zu vertreten: Die Betriebsrenten werden als zweite Säule des Rentensystems dauerhaft und substanziell gestärkt. Hierbei sind folgende Maßnahmen besonders wichtig:

5

- Über steuerliche Anreize müssen Unternehmen aller Art ermutigt werden, diese Form der Alterssicherung zu stärken bzw. sie neu einzurichten.

10

- Kleinen und mittelständischen Unternehmen müs-

**Stärkung der Betriebsrenten**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- sen insbesondere organisatorische Hilfen gewährt werden, um Betriebsrenten auch firmenübergreifend einzurichten.
- 15 • Arbeitnehmer\*innen, die in eine umlagefinanzierte Betriebsrente eigene Beiträge aus dem Nettogehalt einzahlen, z.B. VBL, sollen diese Beiträge steuerlich in ihrer Einkommenserklärung absetzen können. Hier darf zudem (Grundgesetz!) kein Rentenabschlag vorgenommen werden.
  - 20 • Trotz ihrer Stärkung darf die Betriebsrente bei Erwerbstätigen nicht als gegeben vorausgesetzt werden; sie ersetzt zu keinem Teil die grundsätzliche Absicherung durch die GRV, sondern ergänzt sie nur.
  - 25 • Die Betriebsrente darf nicht zu einem Finanzprodukt „weiterentwickelt“ werden; es handelt sich hierbei um eine Sozialleistung zur Alterssicherung.

**Antragsbereich S/ Antrag 22**

*Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd7Unterbezirk Oldenburg-Stadt (Bezirk Weser-Ems)*

**Die Riester-Rente abschaffen!**

Wir fordern die SPD auf, folgende Position auf allen politischen Ebenen zu vertreten: Die vom Gesetzgeber 2001 eingeführten privaten, zumeist kapitalmarktabhängigen Riester- bzw. Rürup-Renten haben sich nicht bewährt. Sie schaffen es nicht, die politisch gewollte Absenkung des Rentenniveaus und die dadurch entstehenden Rentenanspruchslücken im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) abzudecken. Riesterrenten lohnen sich nur für überdurchschnittlich verdienende Menschen und dienen lediglich den Gewinninteressen von Banken und Versicherungen. Unter Wahrung des Bestands- bzw. Vertrauensschutzes erworbener Ansprüche sind die Riester- bzw. Rürup-Renten abzuschaffen. Dazu gehören folgende Maßnahmen:

- Der Neuabschluss von Rürup- und Riester-Renten wird unterbunden. Die dadurch freiwerdenden Fördermittel kommen der GRV zugute.
- Laufende sowie bereits in Auszahlung befindliche Verträge bleiben gemäß den bisher geltenden Konditionen bestehen (inklusive staatlicher Förderung).
- Für sonstige neue private Rentenversicherungsverträge werden keine staatlichen Fördermittel mehr aufgewandt.
- Bezieher\*innen von Arbeitslosengeld II dürfen nicht

**Die Riester-Rente abschaffen!**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission



mehr bedrängt/gezwungen werden, bestehende Verträge aufzulösen.

**Antragsbereich S/ Antrag 23**

*Unterbezirk Ennepe-Ruhr (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Altersversorgung - zukunftsfest, gerecht und solidarisch**

**Altersversorgung - zukunftsfest, gerecht und solidarisch**

1. Die gesetzliche Rentenversicherung ist zu stärken und muss das Ziel verfolgen, Armut zu vermeiden und den Lebensstandard zu sichern.
- 5 2. Das gesetzliche Rentenversicherungsniveau darf nicht weiter bis zum Jahr 2030 auf 43 Prozent sinken. Das gesetzliche Rentenniveau ist mindestens auf 50 % anzuheben. Dazu sind die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren abzuschaffen. Zur Finanzierung ist die Beitragsbemessungsgrenze abzuschaffen und die schrittweise Erhöhung der paritätisch zu finanzierenden Rentenversicherungsbeiträge einzubeziehen.
- 10 3. Private kapitalgedeckte Versicherungsmodelle können die gesetzliche Rente immer nur ergänzen, sie aber nicht ersetzen. Die Privatisierung der gesetzlichen Rentenversicherung ist in Form der Riesterrente gescheitert. Die Riesterrente ist bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge abzuschaffen. Die bisher für die Riesterrente genutzten staatlichen Fördermittel sind künftig anders zu nutzen, um die gesetzliche Rente zu stärken.
- 15 4. Eine Erhöhung des Renteneinstiegsalters lehnen wir ab. Sie ist lediglich eine Rentenkürzung und wird die Altersarmut verbreitern und vertiefen. Langfristig wollen wir die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung umbauen.
- 20
- 25

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich S/ Antrag 24**

*Unterbezirk Mülheim Ruhr (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Rente nach Mindesteinkommen**

**Rente nach Mindesteinkommen**

Für die Berechnung der Rentenhöhe wird die Berechnungsgrundlage der "Rente nach Mindesteinkommen" in der gesetzlichen Rentenversicherung wiedereingeführt. Die benötigten finanziellen Mittel werden aus Steueraufkommen finanziert.

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

Antragsbereich S/ **Antrag 25**  
Landesorganisation Bremen

**Die Rente muss auch in Zukunft reichen!**

**Wir kämpfen für eine Rente, die den Lebensstandard sichert, Armut im Alter strukturell verhindert und solidarisch finanziert wird!**

**Die Rente muss auch in Zukunft reichen!**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

5 Es ist eine zentrale Aufgabe des Sozialstaats dafür Sorge zu tragen, dass alle Altersgruppen an der Entwicklung von Einkommen und Wohlstand beteiligt werden und ohne Einschränkung am Leben teilhaben können. Deshalb brauchen wir eine ausreichende und gerechte Alterssicherung in Deutschland. Die SPD setzt sich für eine Weiterentwicklung der Alterssicherung mit folgenden Zielen ein:

15 1. Die **gesetzliche Rentenversicherung** auf der Grundlage des Umlageverfahrens ist das zentrale Element einer sozialen und solidarischen Alterssicherung. Sie erreicht alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Durch ihre Umlagefinanzierung muss niemand fürchten, dass seine Rente durch Turbulenzen an den Kapitalmärkten gefährdet wird. Sie ist außerdem weitaus kostengünstiger als die kapitalgedeckte Vorsorge, da sie nicht von hohen Vertriebsprovisionen und Werbekampagnen belastet wird.

25 2. Das **Rentenniveau** muss auf deutlich über 50 Prozent des Bruttoeinkommens stabilisiert werden. Die eingeführten Begrenzungsmechanismen (Riester-Faktor und Nachhaltigkeitsfaktor) müssen entfallen. Bezugspunkt sollten die beitragspflichtigen Bruttolöhne abzüglich Sozialausgaben sein. Das Rentenrecht in den alten und neuen Bundesländern ist – finanziert aus Steuermitteln – anzugleichen.

35 3. Die **Finanzierung** der Rente muss den Prinzipien der Solidarität und der Parität folgen. Deshalb ist es sinnvoll, schrittweise weitere Personengruppen wie Selbständige, Freie Berufe, Beamte, Richter und Abgeordnete – z. B. mit einer Stichtagsregelung – in die Versicherung einzubeziehen („**Erwerbstätigenversicherung**“). Die Beiträge müssen **paritätisch** von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite getragen werden. Wir werden eine schrittweise, moderate Erhöhung der Beiträge vornehmen müssen. Es ist zu prüfen, ob die Beitragsbemessungsgrenze – ab der bisherigen Grenze nur mit einer teilweisen Leistungsäquivalenz – erhöht werden kann. Ein dringender erster Schritt ist die Pflichtmitgliedschaft

50 von allen Selbständigen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Nach in Kraft treten dieser Regelung soll es keine Alternativen zu der Pflichtversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung für neue Selbständige geben. Ausnahmen sollen lediglich für die der gesetzlichen Rentenversicherung gleichgestellten Einrichtungen, wie die Alterssicherung der Landwirte, die Künstlersozialversicherung sowie die berufsständischen Versorgungsungen der verkammerten freien Berufe gelten. Diese bleiben als eigenständige Alterssicherungssysteme erhalten. Es soll geprüft werden, unter welchen Umständen ganze private Versicherungen oder berufsständische Werke in die gesetzliche Rentenversicherung freiwillig aufgenommen werden können. Bereits selbständig Tätige sollen ebenfalls in die Pflichtversicherung einbezogen werden, wenn sie nicht bereits eine ausreichende und gesicherte Altersvorsorge auf anderen Wegen aufbauen. Selbständige die erstmals in die gesetzliche Rentenkasse Beiträge einzahlen, können zwischen einem ermäßigten Regelbeitrag und einer einkommensabhängigen Zahlung wählen. Für eine Zeit von 3 Jahren wird auf Antrag nur der halbe Beitragssatz fällig. Der übrige halbe Beitragssatz soll durch Bundeszuschüsse bezahlt werden.

75 4. Wichtige Voraussetzung für eine ausreichende Rente ist ein vorangegangenes **Arbeitsleben mit ausreichenden Verdiensten**. Daher müssen prekäre Arbeitsverhältnisse und die Arbeitslosigkeit bekämpft und ausreichende Löhne und Gehälter gezahlt werden. Der Mindestlohn ist nur ein erster Schritt. Klar ist: Gute Rente erfordert **gute Arbeit**.

80 5. Die staatlich geförderte private Altersvorsorge („**Riester-Rente**“) wird das sinkende Rentenniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht kompensieren können. Sowohl die hohen Kostenbelastungen, als auch die unkalkulierbaren Risiken an den Anlagemärkten lassen erwarten, dass die unterstellten Kapitalrenditen nicht erreicht werden. Wichtiger noch: Weniger als die Hälfte der Förderberechtigten hat einen solchen Vertrag abgeschlossen. Der Anteil derjenigen, die die Förderung maximal nutzen, ist noch weitaus geringer. Gerade Förderberechtigte mit niedrigem Einkommen sind zudem deutlich unterrepräsentiert. Außerdem ist der Risikoschutz bei Riester-Renten lückenhaft: Die gesetzliche Rente sichert alle drei Risiken (Alter, Hinterbliebene, Erwerbsminderung) ab, die Riesterrente stellt letztlich
 95 nur auf die Leistung bei Rentenbeginn (ohne Dynamisie-

- 100 rung) ab. Die Förderung der „Riester-Rente“ sollte deshalb **bei Bestandsschutz** für bestehende Verträge **auslaufen**. Gleichzeitig sollte bei der Gesetzlichen Rentenversicherung die Möglichkeit geschaffen werden, durch individuelle Einzahlungen in Form einer freiwilligen Höherversicherung und die Übertragung von „Riester“-Guthaben zusätzliche Rentenanwartschaften zu erwerben.
- 105 6. Auch die arbeitnehmerfinanzierte **betriebliche Altersvorsorge** hat die in sie gesetzten Erwartungen bislang nicht erfüllt. Die Kostenbelastungen sind oft nicht geringer als bei der „Riester“-Rente. Die Risiken aus der Abhängigkeit vom Kapitalmarkt sind dieselben. Gleichermäßen unbefriedigend ist die Nachfrage: Gerade in den Branchen mit niedrigeren Einkommen und hohem Frauenanteil ist der Verbreitungsgrad gering. Hochgradig ineffizient ist zudem die Sozialabgabenbefreiung für die umgewandelten Lohn- und Gehaltsanteile. Sie ist nicht nur zur Hälfte eine ungerechtfertigte Subventionierung der Arbeitgeber. Insgeheim schmälert sie auch die gesetzliche Rente der Arbeitnehmer und schwächt die Sozialkassen insgesamt. Dieser Missstand muss deshalb bei einer Reform der betrieblichen Altersvorsorge generell beseitigt werden. Die dabei geplante Verlagerung des Anlagerisikos vom Arbeitgeber auf die Arbeitnehmer ist nicht ausreichend abgesichert; der zusätzliche Sicherheitsbeitrag ermöglicht keine wirksame Garantie und ist nicht obligatorisch. Die automatische Entgeltumwandlung gerade in unteren Einkommensbereichen ist kritisch zu sehen, da sie den Sozialversicherungsschutz verringert und die Einnahmen der Sozialversicherungen weiter reduziert. In diesem Zusammenhang dürfen tarifvertraglich abgesicherte Zusatzrentenmodelle nicht angetastet werden. Diese Reform sollte besser große und professionell gemanagte Kapitalsammelstellen schaffen, um eine effizientere Verwaltung der Anlagegelder auch in den Branchen zu ermöglichen, die keine gemeinsamen Versorgungswerke von Arbeitgebern und Gewerkschaften besitzen. Eine gute Lösung könnte hierzu ein **zentrales betriebliches Altersvorsorgekonto unter dem Dach der Deutschen Rentenversicherung** sein, wie es seit längerem diskutiert wird. Handlungsleitend sollte dabei aber immer sein, dass die betriebliche Altersvorsorge kein Ersatz für Lücken in der gesetzlichen Rentenversicherung ist, sondern eine effiziente kollektive Alternative zum individuellen privaten Vorsorgesparen. Die in diesem Zusammenhang geplante Einführung von Freibeträgen in der Grundsicherung
- 110
- 115
- 120
- 125
- 130
- 135
- 140

145 im Alter bei Beiträgen zur freiwilligen Altersvorsorge sollte auch auf die gesetzliche Rentenversicherung ausgedehnt werden, um diejenigen zu honorieren, die durch jahrelange Zahlungen einen Beitrag zu ihrer Alterssicherung leisten.

150 7. Auch im Rentensystem muss sich eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit positiv widerspiegeln. Die Rente muss unsere moderne Vorstellung von Partnerschaft in der Familie abbilden. Die **Rentensituation von Frauen** muss dabei besonders berücksichtigt werden. Frauen, die in der Vergangenheit die überwiegende Familienarbeit in einer Beziehung getragen haben, müssen diese anerkannt bekommen. Die Anerkennung gesellschaftlich wichtiger und gewünschter Arbeit von Männern und Frauen, z. B. Erziehung von Kindern, Pflege von Angehörigen, soziales Engagement sollten durch steuerlich zu finanzierte Beitragszeiten weiterhin berücksichtigt und ausgebaut werden. Eine Weiterentwicklung der Alterssicherung muss ebenso

155 Antworten auf die drohende **Altersarmut von Frauen** finden. Eine zentrale Ursache für das größere Risiko von Frauen, von der Rente nicht leben zu können, sind die Unterschiede der Erwerbseinkommen zwischen Frauen und Männern. Daher müssen auch die heutigen Gehaltsunterschiede zwischen den Geschlechtern überwunden werden. Wir benötigen deshalb ein **Rückkehrrecht zur Vollzeit und eine faire Entlohnung** von Frauen und Männern. Außerdem müssen wir steuer- und sozialrechtliche Bedingungen ändern: Wir brauchen eine Alternative zum Ehegattensplitting und eine bessere Anerkennung von Erziehungszeiten.

160 Antworten auf die drohende **Altersarmut von Frauen** finden. Eine zentrale Ursache für das größere Risiko von Frauen, von der Rente nicht leben zu können, sind die Unterschiede der Erwerbseinkommen zwischen Frauen und Männern. Daher müssen auch die heutigen Gehaltsunterschiede zwischen den Geschlechtern überwunden werden. Wir benötigen deshalb ein **Rückkehrrecht zur Vollzeit und eine faire Entlohnung** von Frauen und Männern. Außerdem müssen wir steuer- und sozialrechtliche Bedingungen ändern: Wir brauchen eine Alternative zum Ehegattensplitting und eine bessere Anerkennung von Erziehungszeiten.

165 Antworten auf die drohende **Altersarmut von Frauen** finden. Eine zentrale Ursache für das größere Risiko von Frauen, von der Rente nicht leben zu können, sind die Unterschiede der Erwerbseinkommen zwischen Frauen und Männern. Daher müssen auch die heutigen Gehaltsunterschiede zwischen den Geschlechtern überwunden werden. Wir benötigen deshalb ein **Rückkehrrecht zur Vollzeit und eine faire Entlohnung** von Frauen und Männern. Außerdem müssen wir steuer- und sozialrechtliche Bedingungen ändern: Wir brauchen eine Alternative zum Ehegattensplitting und eine bessere Anerkennung von Erziehungszeiten.

170 Antworten auf die drohende **Altersarmut von Frauen** finden. Eine zentrale Ursache für das größere Risiko von Frauen, von der Rente nicht leben zu können, sind die Unterschiede der Erwerbseinkommen zwischen Frauen und Männern. Daher müssen auch die heutigen Gehaltsunterschiede zwischen den Geschlechtern überwunden werden. Wir benötigen deshalb ein **Rückkehrrecht zur Vollzeit und eine faire Entlohnung** von Frauen und Männern. Außerdem müssen wir steuer- und sozialrechtliche Bedingungen ändern: Wir brauchen eine Alternative zum Ehegattensplitting und eine bessere Anerkennung von Erziehungszeiten.

175 Antworten auf die drohende **Altersarmut von Frauen** finden. Eine zentrale Ursache für das größere Risiko von Frauen, von der Rente nicht leben zu können, sind die Unterschiede der Erwerbseinkommen zwischen Frauen und Männern. Daher müssen auch die heutigen Gehaltsunterschiede zwischen den Geschlechtern überwunden werden. Wir benötigen deshalb ein **Rückkehrrecht zur Vollzeit und eine faire Entlohnung** von Frauen und Männern. Außerdem müssen wir steuer- und sozialrechtliche Bedingungen ändern: Wir brauchen eine Alternative zum Ehegattensplitting und eine bessere Anerkennung von Erziehungszeiten.

180 8. Die **Gefahr der Altersarmut** bedroht insbesondere diejenigen, die über längere Zeit nur ein niedriges Einkommen erzielen konnten oder Phasen von Arbeitslosigkeit hinnehmen mussten. Wer berufsbedingt immer wieder Zeiten ohne Erwerbstätigkeit hat oder zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung wechselt, braucht trotzdem Sicherheit für seine Versorgung im Alter. Wir fordern daher, dass für Personen, die mehr als 30 Jahre unter Anrechnung von Erziehungszeiten und Zeiten von Arbeitslosigkeit dem Arbeitsmarkt in vollem Umfang zur Verfügung standen, anstelle der Grundsicherung als Sozialhilfeleistung eine **Rente nach Mindesteinkommen** gezahlt wird. Mitnahmeeffekte sind zu vermeiden. Ihre Höhe bestimmt sich entsprechend der jeweiligen regionalen Grundsicherung sowie eines Zuschlages von einem zu dynamisierenden Betrag von

185 Antworten auf die drohende **Altersarmut von Frauen** finden. Eine zentrale Ursache für das größere Risiko von Frauen, von der Rente nicht leben zu können, sind die Unterschiede der Erwerbseinkommen zwischen Frauen und Männern. Daher müssen auch die heutigen Gehaltsunterschiede zwischen den Geschlechtern überwunden werden. Wir benötigen deshalb ein **Rückkehrrecht zur Vollzeit und eine faire Entlohnung** von Frauen und Männern. Außerdem müssen wir steuer- und sozialrechtliche Bedingungen ändern: Wir brauchen eine Alternative zum Ehegattensplitting und eine bessere Anerkennung von Erziehungszeiten.

190 Antworten auf die drohende **Altersarmut von Frauen** finden. Eine zentrale Ursache für das größere Risiko von Frauen, von der Rente nicht leben zu können, sind die Unterschiede der Erwerbseinkommen zwischen Frauen und Männern. Daher müssen auch die heutigen Gehaltsunterschiede zwischen den Geschlechtern überwunden werden. Wir benötigen deshalb ein **Rückkehrrecht zur Vollzeit und eine faire Entlohnung** von Frauen und Männern. Außerdem müssen wir steuer- und sozialrechtliche Bedingungen ändern: Wir brauchen eine Alternative zum Ehegattensplitting und eine bessere Anerkennung von Erziehungszeiten.

200,00 Euro. Sie ist aus Steuermitteln zu finanzieren,  
195 Einsparungen entstehen bei der Grundsicherung im  
Alter im SGB XII. Uns ist bewusst, dass daneben noch  
weitere Schritte zur Bekämpfung von Altersarmut au-  
ßerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung nötig sind.  
Wir setzen uns auch dafür ein, die während der Haftzeit  
200 in den Justizvollzugsanstalten arbeitenden Strafgefän-  
genen in die gesetzliche Rentenversicherung einzube-  
ziehen. Besonders von Altersarmut bedroht sind Perso-  
nen mit einer **Erwerbsminderungsrente**. Diejenigen, die  
aufgrund einer Erwerbsminderung zu einem vorzeitigen  
205 Ausstieg aus dem Berufsleben gezwungen sind, müssen  
eine bessere Absicherung bekommen. Notwendig ist  
dafür zum einen eine rasche Ausweitung der Zurech-  
nungszeit bis zur Regelaltersgrenze für neue Renten und  
Renten im Bestand (nicht nur bis 65, wie geplant) – so  
210 entstehen Rentenansprüche, als hätte die Person eine  
volle Erwerbskarriere erreicht. Zum anderen müssen die  
Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten gestrichen  
werden, von denen inzwischen fast alle  
Erwerbsminderungs-Rentner betroffen sind. Sie sind  
215 nicht gerechtfertigt, da ja eine Erwerbsminderung nicht  
frei gewählt wird und deshalb keine Beteiligung an den  
vom Rentner „verschuldeten“ Zusatzausgaben erfolgen  
darf.

220 9. Die Altersvorsorge und der **Renteneintritt** müssen  
sich **flexibel** den unterschiedlichen Anforderungen ver-  
schiedener Branchen anpassen. Sie muss dabei sowohl  
kürzere oder längere Lebensarbeitszeiten in verschiede-  
nen Berufen als auch Aus-, Fort- und Weiterbildungsan-  
225 forderungen und die gesundheitlichen Belastungen  
berücksichtigen. Die Arbeit ist altersgerechter zu gestal-  
ten. Der Belastungsabbau durch **Teilzeitarbeit für Ältere**  
ist dabei ein zentraler Ansatzpunkt für die Renten-  
Übergangsphase. Die Verringerung der Arbeitszeit im  
230 Alter darf aber nicht mit unangemessenen Einschrän-  
kungen des Einkommens in den letzten Jahren der Er-  
werbsphase oder beim Bezug der Altersrente verbunden  
sein. Notwendig ist deshalb eine finanzielle (Teil-) Kom-  
pensation von Einkommenseinbußen sowohl in der  
235 Phase der Teilzeitarbeit als auch in der Rentenphase.  
Dies gilt besonders in den Fällen, in denen die Teilzeit-  
arbeit eine Alternative zu einer (gesundheitsbedingten)  
Kündigung ist und damit Arbeitslosigkeit vermeidet. Auf  
eine „Zwangsverrentung“ von Arbeitslosen muss ver-  
240 zichtet werden. Der **Übergang** in die Rente ist **flexibler**  
zu gestalten, u. a. durch eine Teilrente. Neben einer  
flexibleren und höheren Hinzuverdienstgrenze bei Teil-

245 renten zählen hierzu auch ein verbesserter Anspruch auf Teilzeitarbeit, eine Teilrente ab dem 60. Lebensjahr und die Wiedereinführung einer durch die Bundesagentur für Arbeit geförderten Altersteilzeit.

250 10. Die Altersvorsorge muss **transparenter und verständlicher** werden. Nur wer weiß, welche Ansprüche er oder sie hat und wie er oder sie sich eine gute Rente sichern kann, ist auch in der Lage selbst Verantwortung dafür zu übernehmen und seine Zukunft zu gestalten.

255 Diese Ziele werden nicht von heute auf morgen und ohne Zwischenschritte zu verwirklichen sein. Sie beschreiben unser Ziel, für das wir Mehrheiten gewinnen wollen.

*Antragsbereich S/ Antrag 26  
Bezirk Nord-Niedersachsen*

5 **Die Absenkung des Rentenniveau muss gestoppt werden**  
Die Leistungskürzungen im Rentenrecht und die Prekarisierung von Arbeit, erzeugen in einem einkommensabhängigen Alterssicherungssystem schwerwiegende Versorgungsprobleme. Lebensstandortsicherung rückt für viele in weite Ferne. Andere sind von Altersarmut bedroht. Da die Privatvorsorge von den Beschäftigten allein zu tragen ist, verliert das Prinzip der paritätischen Finanzierung der Alterssicherung an Bedeutung. Altersvorsorge ist und bleibt eine gesellschaftliche Aufgabe, die auch in Zukunft von Arbeit und Kapital paritätisch zu finanzieren ist.

15 In unserer sogenannten Sozialen Marktwirtschaft verschärft sich die Kluft zwischen Armut und Reichtum immer mehr. Ändern muss sich für Frauen, dass sie nach der Familienphase, rasch eine Rückkehr in eine sozial abgesicherte Beschäftigung bekommen und für die Jungen Perspektiven aufgezeigt werden, die den Einstieg ins Erwerbsleben erleichtern.

20 Das ideologisierte „Drei-Säulen -Konstrukt“ aus relativ sinkender Rente, vermehrter privater Vorsorge, sowie betrieblicher Altersvorsorge erfüllt den sozialpolitischen Anspruch nicht. Die Teilprivatisierung der  
25 Vorsorge trägt eher zur Verschärfung der Einkommensungleichheit im Alter bei und erhöht das Risiko der Altersarmut. Nur Lebensstandardsicherung und das Soli-

**Die Absenkung des Rentenniveau muss gestoppt werden**  
zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

30 darprinzip als strukturprägende Leitbilder der sozialen gesetzlichen Pflicht -Versicherung können eine personell umfassende finanzielle Absicherung der sozialen Risiken im Alter, bei Invalidität und im Todesfall gewährleisten.

35 Es ist unerlässlich, das Alterssicherungssystem wieder so umzustellen, dass die beiden Hauptziele nämlich Lebensstandardsicherung und strukturelle Armutsfestigkeit innerhalb der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung erreicht werden können. Die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder mutig und  
40 konsequent an den Zielen Lebensstandardsicherung und Armutsfestigkeit ausgerichtet werden“.

Finanzierung: Die gesetzliche Rentenversicherung muss sich mutig zur Erwerbstätigenversicherung entwickeln.  
45 Gute Rente muss solidarisch finanziert werden. Für den solidarischen Beitragsweg muss zudem die Möglichkeit zum Ausbau der Nachhaltigkeitsreserve (Demografie – Reserve), durch Abschaffung der Obergrenze von derzeit 1,5 Monatsausgaben geschaffen  
50 werden. So könnten durch eine alternative Beitragsentwicklung in konjunkturell und demografisch günstigen Zeiten höhere Rücklagen zur Finanzierung leistungsgerechter Renten auch in Zukunft ermöglicht werden. Gleichzeitig könnten Veränderungen beim Beitragssatz  
55 dann, in größeren aber dafür in weniger Schritten vorgenommen werden, was die gesamtwirtschaftliche Planbarkeit, ins besondere auch für die Arbeitgeber deutlich erhöhen würde.

60 Schließlich fällt der Weiterentwicklung der gesetzlichen Renten-Versicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, auch im Blick auf die Finanzierung, einer solidarischen Alterssicherung eine wichtige Rolle zu.

65 Prognosen zeigen: Mit der Einbeziehung von Freiberuflern, Selbstständigen und Beamten können mittel- bis langfristig zusätzlich Finanzspielräume eröffnet werden. Selbst bei zusätzlichen Leistungsverbesserungen müssten die Beitragssätze nicht zwangsläufig höher ausfallen, als nach dem jetzt geltenden System. Die Mütterrente muss steuerfinanziert werden und die ca. 6 Milliarden Euro, der gesetzlichen Rente zugeschlagen werden. Die Mütter, die vor 1992 Kinder geboren haben, müssen den jüngeren Müttern angeglichen werden.  
70 Die SPD unterstützt die Bemühungen des DGB und ihren Einzelgewerkschaften, sowie besonders denen der  
75



Paritätischen Wohlfahrtsverbände.

80 „Mehr Rente – Mehr Zukunft“ ist die zentrale Forderung nach einer Stärkung der gesetzlichen Rente, von der perspektivisch gerade heute die jüngere Generation profitieren würde.

*Antragsbereich S/ Antrag 27  
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen*

**Existenzminimum gewährleisten – Pfändungsschutz für Grundsicherung**

5 Rund 6,7 Millionen Bürgerinnen und Bürger über 18 Jahre sind überschuldet (Schuldneratlas Creditreform), d. h. sie weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf, die Einnahmen decken nicht die laufenden Ausgaben. Dies bedeutet zum Stichtag 1. Oktober 2015 eine Schuldnerquote für die gesamte Bundesrepublik von 9,92 %, Tendenz seit Jahren steigend. Mindestens 3,95 Millionen befinden sich hierbei in einer dauerhaften Schuldenspirale. Ausgehend von einer sehr geringen Schuldnerquote (1,16 %, 150.000 Menschen über 70 Jahre) steigt insbesondere die Verschuldung im Alter stark an. Bei den über 70-Jährigen betrug der Anstieg in den letzten beiden Jahren 35,4 Prozent, bei den 60- bis 69-Jährigen 12,4 %. Altersarmut und Überschuldung hängen eng zusammen: Im März 2015 waren rund 512.000 Rentner in Deutschland auf Grundsicherung angewiesen, zwischen 2005 und Ende 2013 stieg ihr Anteil um rund 49 Prozent an (Creditreform).

20 Leistungen und ergänzende Leistungen (bei niedrigem Einkommen/ niedriger Rente) nach SGB II und SGB XII sollen gewährleisten, dass das zum Leben notwendige Existenzminimum sichergestellt ist. Sie werden aus Steuermitteln finanziert.

25 Anders als früher die Leistungen der Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz sind die Leistungen der Grundsicherung grundsätzlich pfändbar. Die Einführung des Pfändungsschutzkontos hat für Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen die Lage eher verschlechtert als verbessert. Die Schonfrist von 14 Tagen, in der Sozialleistungen auf einem Konto grundsätzlich in vollem Umfang zur Verfügung standen, verschwand im Zuge der Einführung des P-Kontos aus dem Gesetz.

35 Probleme gibt es auch insbesondere bei Aufstockern, da

**Existenzminimum gewährleisten – Pfändungsschutz für Grundsicherung**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

40 das Existenzminimum nach SGB II und SGB XII nicht deckungsgleich ist mit den Pfändungsfreibeträgen. Nachzahlungen, die aufgrund von Nachberechnungen von Sozialleistungen erfolgen, unterliegen ebenfalls der Pfändung und können nur auf Antrag des Schuldners durch die Vollstreckungsgerichte freigegeben werden.

45 Die Pfändungsvorschriften im SGB und in der ZPO müssen dahingehend geändert werden, dass Leistungen der Grundsicherung nach SGB II und SGB XII ausdrücklich unpfändbar sind. Auch Ansparungen, die aus Leistungen der Grundsicherung erfolgen, müssen dem Pfändungsschutz unterliegen, damit der Gesetzeszweck erfüllt werden kann. Die Grundsicherung sieht nur für definierte Einzelfälle (z. B. Klassenfahrten) Einmalleistungen vor, alle anderen Anschaffungen müssen grundsätzlich aus den Leistungen angespart werden.

*Antragsbereich S/ Antrag 28*  
*Bezirk Braunschweig*

**Rentenpolitik**

Die SPD soll eine umfassende Rentenreform im Sinne einer sozialen Bürgerversicherung erarbeiten. Damit sollen folgende Ziele erreicht werden:

5 1. Eine weitere Absenkung des Rentenniveaus muss vermieden werden. Die Talfahrt muss gestoppt werden und die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder substantiell gestärkt werden. Mittelfristig soll das Rentenniveau auf 50% erhöht werden.

10 2. Die Rentenversicherungsbeiträge der unteren und mittleren Einkommensgruppen dürfen nicht zu stark steigen.

3. Es wird eine Mindestrente eingeführt, die Altersarmut verhindert.

Um eine ausreichende Finanzierung zu sichern, sollen folgende Maßnahmen geprüft werden:

15 • Der Umbau der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung, in die alle Bevölkerungsgruppen einbezogen werden – also auch Beamte, Freiberuflerinnen und Freiberufler, Selbstständige und Abgeordnete.

20 • Eine Wertschöpfungsabgabe, um eine zusätzliche Finanzquelle für das Rentensystem zu erschließen. Nicht allein auf Löhne und Gehälter sollten Versicherungsbeiträge fällig werden, sondern auf sämtliche Einkunftsarten (Zinsen, Dividenden, Tantiemen sowie Miet- und Pächterlöse).

25 • Die Beitragsbemessungsgrenze könnte abgeschafft oder deutlich erhöht werden, so dass auch höhere

**Rentenpolitik**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- 30 und hohe Einkommen verstärkt zur Finanzierung der Rentenversicherung herangezogen werden.
- Für die Rentenhöhe könnte eine Obergrenze eingeführt werden, so dass das Äquivalenzprinzip (Rente je nach Beitragshöhe) für hohe Einkommen nicht mehr gilt.
  - Versicherungs Fremde Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung, wie z.B. die Mütterrente oder die Angleichung der Ost/West-Rente müssen ausschließlich durch Steuermittel finanziert werden.
- 35
- Die gesetzliche Rente muß die tragende Säule der Absicherung bleiben. Private und betriebliche Renten können allenfalls eine Ergänzung sein, möglichst unter dem Dach der deutschen Rentenversicherung.
- 40

**Antragsbereich S/ Antrag 29**

*Ortsverein Bottrop-Boverheide (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Rentenerhöhung**

Die Bundespartei möge zukünftige Rentenerhöhungen als Sockelbetrag in ihr Wahlprogramm aufnehmen.

**Rentenerhöhung**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich S/ Antrag 30**

*Bezirk Braunschweig*

**Steuerfinanzierung der Mütterrente**

Die SPD Bundestagsfraktion und der SPD Parteivorstand sollen sich dafür einsetzen, dass die ab 1.Juli 2014 beschlossenen Maßnahmen in der Mütterrente (für vor 1992 geborene Kinder gibt es jetzt einen zusätzlichen Renten-Entgeltspunkt) ausschließlich steuerfinanziert werden.

**Steuerfinanzierung der Mütterrente**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich S/ Antrag 31**

*Ortsverein Tamm/Ortsverein Möglingen/Ortsverein Markgröningen/Ortsverein Asperg (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Sozialversicherung**

Soziale Sicherung ist Ausdruck unseres Sozialstaatsprinzips nach dem Grundgesetz. Die SPD fordert nach wie vor die Einführung einer Bürgerversicherung für Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung unter Einbeziehung von Beamten, Selbständigen und Freiberuflern; auch Einkünfte aus Kapitalvermögen sowie Vermietungen und Verpachtungen werden einbezogen. Die Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung

**Sozialversicherung**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

10 wird auf die Höhe der BBG in der Rentenversicherung angehoben. Die BBG in der Rentenversicherung wird schrittweise erhöht. Beitragszahlungen oberhalb der alten BBG werden für die erworbenen Rentenansprüche degressiv bewertet. Das Rentenniveau des Eckrentners wird dauerhaft bei 50% stabilisiert, insbesondere auch für die jüngere Generation. Der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung wird schrittweise erhöht; außerdem wird bereits 2019 mit dem Aufbau einer Demografiereserve begonnen. Für den Arbeitnehmerbeitrag in der Sozialversicherung wird ein Grundfreibetrag von 200 Euro pro Beschäftigtem eingeführt; die Gegenfinanzierung erfolgt durch die Heraufsetzung der Beitragsbemessungsgrenzen.

**Antragsbereich 5/ Antrag 32**

*020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)*

**Gute und zukunftsfeste Renten solidarisch sichern**

Die SPD hat in der großen Koalition viel für mehr Rentengerechtigkeit erreicht. Die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren nutzt vor allem denjenigen, die lange ihren Beitrag zur Rentenversicherung geleistet haben, denen es aber schwerfällt, bis 67 zu arbeiten. Mit der Mütterrente haben wir mehr Gerechtigkeit für Mütter geschaffen, die Kinder vor 1992 zur Welt gebracht haben, auch wenn wir dies gerne vollständig mit Steuermitteln finanziert hätten.

5

10 Die Verbesserungen bei der Erwerbminderungsrente helfen denen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr weiterarbeiten können und die oftmals besonders von Altersarmut bedroht sind. Mit dem Mindestlohn und der Stärkung der Tarifpartnerschaft haben wir auch auf dem Arbeitsmarkt wichtige Schritte für eine bessere Rente getan.

15

Trotz aller Erfolge brauchen wir weitere Verbesserungen unseres Rentensystems. Wir bekräftigen das auf dem Landesparteitag II/2012 beschlossene Rentensystem der SPD Berlin halten an den darin aufgestellten Forderungen fest. Dabei sollten uns folgende Ziele leiten:

20

- Die Rente muss den Lebensstandard sichern. Wer in Rente geht, darf keine Angst haben, dabei sozial abzusteuern und harte Einschnitte in seiner oder ihrer Lebensführung hinnehmen zu müssen.

25

- Die Finanzierung der Rente muss den Prinzipien der Solidarität und der Parität folgen. Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung für alle, in der die Versorgungswerke integriert und Abgeordnete, Freiberufler, Selbständige und perspektivisch auch Beamte solidarisch einzahlen.

30

- Wer lange für geringes Geld gearbeitet hat, muss

**Gute und zukunftsfeste Renten solidarisch sichern**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- das Erarbeitete im Alter trotzdem behalten dürfen. Deswegen wollen wir eine Mindestrente, die ohne Bedürftigkeitsprüfung gewährt wird.
- 35 • Die private Vorsorge als dritte Säule der Rentenversicherung hat die Erwartung, das sinkende Rentenniveau zu kompensieren, nicht erfüllt. Ihre Subventionierung aus Steuermitteln wollen wir bestandsichernd auslaufen lassen.
  - 40 • Die Altersvorsorge muss sich flexibel den unterschiedlichen Anforderungen verschiedener Branchen anpassen. Sie muss dabei sowohl kürzere oder längere Lebensarbeitszeiten in verschiedenen Berufen als auch Aus-, Fort- und Weiterbildungsanforderungen berücksichtigen. Dabei sollte die Betriebsrente eine wichtige Rolle spielen.
  - 45 • Auch im Rentensystem muss sich eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit positiv widerspiegeln. Die Rente muss unsere moderne Vorstellung von Partnerschaftlichkeit in der Familie abbilden. Die Rentensituation von Frauen muss besonders berücksichtigt werden. Frauen, die in der Vergangenheit die überwiegende Familienarbeit in einer Beziehung getragen haben, müssen diese anerkannt bekommen.
  - 50 • Die Rente muss sich flexibel den sich verändernden Erwerbsbiographien anpassen. Wer berufsbedingt immer wieder Zeiten ohne Erwerbstätigkeit hat und zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung wechselt, braucht trotzdem Sicherheit für seine Versorgung im Alter.
  - 55 • Die Altersvorsorge muss transparenter und verständlicher werden. Nur wer weiß, welche Ansprüche er oder sie hat und wie er oder sie sich eine gute Rente sichern kann, ist auch in der Lage, selber Verantwortung dafür zu übernehmen.
  - 60 • Mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung müssen die unterschiedlichen Bewertungen im Rentenrecht in Ost und West beendet werden. Dabei dürfen keine neuen Ungleichheiten entstehen und die Lebensleistungen aller Menschen müssen gerecht berücksichtigt werden.

70 **a) Die gesetzliche Rentenversicherung – Lebensstandardsicherung in der ersten Säule**

75 Die solidarische gesetzliche Rente ist die wichtigste Säule unseres Rentensystems. Wir wollen Sie wieder stärken. Sie ist der Kern einer lebensstandardsichernden Altersversorgung. Dieses zukunftsfest zu sichern, ist die Garantie für eine breite Akzeptanz der solidarischen Finanzierung. Dabei ist die perspektivische Festlegung des Rentenniveaus auf mindestens 50% wichtig, aber nur ein Teil einer gerechten Rentenreform. Denn das Rentenniveau bezieht sich auf den so genannten Eckrentner (45 Jahre, Vollzeit, Durchschnittsverdienst), den es in der Realität nicht gibt. Die Realität ist geprägt von immer mehr Wechseln zwi-

80 schen selbständiger und abhängiger Beschäftigung und zwischen Zeiten der Familien- und der Erwerbsarbeit oder Unterbrechungen durch Arbeitslosigkeit. Deswegen brauchen wir eine lebensstandardsichernde Rente, die sich diesen Anforderungen anpasst.

85 Die Rentenversicherung trägt auch Verantwortung für das gesunde Erreichen des Renteneintrittsalters. Wir wollen die Aufgaben der Prävention und Rehabilitation weiter stärken.

90 Besonderen Handlungsbedarf gibt es bei den Erwerbsminderungsrenten, die schon heute einem hohen Armutsrisiko unterliegen. Die Erwerbsminderungsrente liegt heute bei durchschnittlich 650€. Wir wollen die Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten abschaffen. Zur besseren Absicherung von Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiographien und insbesondere Frauen wollen wir einen Mindestbeitrag in der gesetzlichen Rente unabhängig von Erwerbstätigkeit. Den Mindestbeitrag sollen alle zahlen, außer denjenigen, die sich Ausbildung befinden. Mit dem Mindestbeitrag muss mindestens Grundsicherungsniveau erreicht werden. Perspektivisch macht ein Mindestrentenbeitrag die Mindestrente überflüssig.

100 **b) Mindestrente – lange arbeiten muss sich lohnen, auch bei geringem Einkommen**

Das Rentensystem kann nicht alles heilen, was in einer Erwerbsbiographie schiefgelaufen ist. Wir halten am Äquivalenzprinzip fest. Wer mehr einzahlt muss auch mehr herausbekommen. Wer aber lange gearbeitet und Beiträge gezahlt und dabei wenig verdient hat, der darf nicht genau so behandelt werden, wie jemand der nie oder kaum gearbeitet und Beiträge gezahlt hat. Mit einer Mindestrente oberhalb der Grundsicherung wollen wir für mehr Gerechtigkeit sorgen. Wer Mindestrente bezieht, muss keine Bedürftigkeitsprüfung fürchten. Als wesentliches Kriterium gelten 35 Jahre Versicherungszeit (rentenrechtliche Zeiten) und ein Rentenbeginn mit regulärem Renteneintrittsalter.

115 **c) Riesterrente – private Vorsorge zukünftig ohne Steuergeld**

Die Riesterrente hat ihre Erwartungen nicht erfüllt. Insbesondere Geringverdienende sollten von den Subventionen profitieren. Doch gerade diese Zielgruppe hat sich nicht in dem notwendigen Maße für Riesterrenten entschieden. Wir wollen daher die staatliche Förderung und Subventionierung der privaten Rentenvorsorge auslaufen lassen:

120 Die bisher abgeschlossenen Verträge genießen weiter Bestandsschutz. Wer aber in Zukunft eine zusätzliche, private Altersversorgung abschließen möchte, muss auf Steuersubventionen verzichten.

**d) Betriebliche Altersvorsorge - flächendeckend und branchenspezifisch**

130 Die betriebliche Altersversorgung ist für uns die beste  
zusätzliche Vorsorge für einen angemessenen Lebens-  
standard im Alter. Die aktuelle Ausgestaltung der Be-  
triebsrenten ist komplex und erreicht nicht diejenigen,  
die eine zusätzliche Altersvorsorge dringend nötig ha-  
ben, nämlich Gering- und Niedrigverdienende. Wir wol-  
len daher eine flächendeckende, obligatorische Be-  
triebsrente mit klarem und verbindlichem Gesetzes-  
rahmen und einem Vorrang für tarifliche Lösungen. Wir  
wollen kollektive Lösungen, die Verwaltungskosten  
minimieren und die Portabilität bei Jobwechseln garan-  
tieren.

135 Sie soll zum einen die gesetzliche Rente ergänzen. Zum  
140 anderen wollen wir mit der betrieblichen Altersvorsorge  
branchenspezifische Anforderungen (Altersteilzeit, Ab-  
kaufen von Abschlägen, ...) tarifpartnerschaftlich umset-  
zen. Unterschiedliche Branchen haben unterschiedliche  
Belastungen und Anforderungen an einen Rentenüber-  
gang. Wo keine Tarifpartner über die Betriebsrenten  
entscheiden, gelten starre gesetzliche Regelungen und  
Anforderungen.

145 Zur Finanzierung können u.a. die vorgesehenen Mittel  
zur Förderung der Riester-Rente für die betriebliche  
Altersvorsorge eingesetzt werden.

150 **e) Finanzierung – Solidarität in einer  
Erwerbstätigenversicherung**

Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung zu einer  
Erwerbstätigenversicherung erweitern. Dabei wollen wir  
schrittweise die Beitragsbasis auf Abgeordnete, Freibe-  
rufler und Selbständige und perspektivisch auf Beamte  
erweitern. Auch die Versorgungswerke wollen wir integ-  
rieren.

155 Weitere Finanzierungsmöglichkeiten bestehen in der  
Herausnahme und Steuerfinanzierung sämtlicher versi-  
cherungsfremder Leistungen.

160 Darüber hinaus liegen weitere Finanzierungsmöglich-  
keiten in der Erhöhung der Steuerfinanzierung und der  
Anhebung des Beitragssatzes. Darüber hinaus wollen  
wir prüfen, wie ein Wegfall der Beitragsbemessungs-  
grenze verfassungskonform ausgestaltet werden kann,  
165 ohne dass daraus aufgrund des Auszahlungs-  
Äquivalents höchste Leistungsansprüche entstehen.  
Damit auch künftige Generationen erwarten können,  
dass sie selbst eine sichere und auskömmliche Rente  
bekommen, muss für eine solide Alterssicherung per-  
spektivisch die gesamte in Deutschland stattfindende  
170 Wertschöpfung herangezogen werden.

Eine gute lebensstandardsichernde Rente ist für die  
soziale Sicherheit und das Vertrauen in den deutschen  
Sozialstaat von immens hoher Bedeutung. Die Renten-  
politik beschäftigt alte wie junge Menschen und muss  
mit Sorgfalt und Klarheit beraten werden. Soziale Siche-  
rungssysteme müssen sich immer wieder neu vor den  
175 Herausforderungen der Zeit bewähren und sich wand-  
elnden Verhältnissen anpassen und dabei verlässlich

bleiben.  
 Wir wollen dies mit einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung und einer flexiblen und starken Betriebsrente erreichen, die sich der modernen Arbeitswelt anpassen.

*Antragsbereich S/ Antrag 33*  
*Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)*

**Gesetzliche Berufsunfähigkeitsversicherung**  
 In das Wahlprogramm der SPD zur Bundestagswahl im September 2017 wird aufgenommen: Die vor der Reform der gesetzlichen Rentenversicherung des Jahres 2001 geltende Regelung der gesetzlichen Berufsunfähigkeitsversicherung wird wieder hergestellt, und zwar

1. in der Definition der Berufsunfähigkeit entsprechend § 43 Abs. 2 SGB VI alter Fassung,
2. in der Prüfung der sozialen Zumutbarkeit einer anderweitigen Tätigkeit, d. h. Berufsschutz entsprechend dem von der Rechtsprechung entwickelten Mehrstufenschema,
3. in den Anspruchsvoraussetzungen für eine Berufsunfähigkeitsrente und
4. in der Bemessung der Rentenhöhe.

**Gesetzliche Berufsunfähigkeitsversicherung**  
 zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich S/ Antrag 34*  
*Ortsverein M-Olympiadorf/ Ortsverein M-Milbertshofen-Am Hart/ Ortsverein M-Schwabing-West / Ortsverein M-Schwabing-Nord/ Unterbezirk Landshut/ Unterbezirk München-Stadt/ Unterbezirk Mühldorf (Landesverband Bayern)*

**Im Alter länger zuhause leben – kein Verschiebebahn- hof bei der geriatrischen Reha**  
 Die meisten Menschen möchten im Alter möglichst lange selbstbestimmt zuhause leben. Geriatrische Rehabilitationsmaßnahmen sind dabei ein entscheidender Baustein, denn sie tragen dazu bei, dass Pflegebedürftigkeit verzögert oder sogar verhindert wird. Um einen flächendeckenden und nachhaltigen Ausbau der geriatrischen Reha zu sichern, müssen diese Leistungen künftig auf stabile Beine gestellt und die Pflegeversicherung bei der Finanzierung in die Verantwortung genommen werden.

**Im Alter länger zuhause leben – kein Verschiebebahn- hof bei der geriatrischen Reha**  
 zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission



*Antragsbereich S/ Antrag 35*  
*Unterbezirk Hof (Landesverband Bayern)*

**Rente**

Der SPD Unterbezirk Hochfranken beantragt, dass in das Wahlprogramm der SPD folgendes Thema aufgenommen wird:

- Rentenniveau wird sofort wieder auf 50% angehoben und langfristig soll es wieder auf das frühere Rentenniveau angehoben werden
- Das Renteneintrittsalter wird wieder auf 65 Jahre abgesenkt

5

**Rente**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich S/ Antrag 36*  
*Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

**Formel Erwerbsminderungsrente monatliche Leistung**

Selbst Aktiv fordert im Rahmen der Gesetzgebungsverfahren zur Erwerbsminderungsrente eine Veränderung der Formel zur Ermittlung der Erwerbsminderungsrente. Sie soll dazu führen, dass sich der Betrag der monatlichen Leistung wesentlich erhöht.

5

**Formel Erwerbsminderungsrente monatliche Leistung**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

10

Die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv fordert die Bundestagsfraktion der SPD sowie den Parteivorstand bzw. den Vorsitzenden Martin Schulz auf sich dafür einzusetzen, dass die Formel zur Ermittlung der Erwerbsminderungsrente verändert wird. Besonders bei schon laufenden bzw. demnächst beginnenden Rentenbezügen müssten die bestehenden Abschläge für vorzeitigen Rentenbezug abgeschafft werden.

15

20

Selbst Aktiv sieht die Notwendigkeit einer Nachbesserung der laufenden Gesetzesentwürfe zur Erwerbsunfähigkeitsrente bevor sie in das Gesetzgebungsverfahren gelangen oder während des Verfahrens ein in der Hinsicht, dass ungerechte Behandlung vermieden wird. Menschen mit verminderter Erwerbsfähigkeit gehen nicht freiwillig Rente.

*Antragsbereich S/ Antrag 37*  
*Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

**Erwerbsminderungsrente für Bestandsrentner**

Der am 15.2.2017 vom Kabinett beschlossene „Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Leistungen bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und zur Änderung anderer Gesetze“ bringt keine Leistungsverbesserung für Menschen die jetzt schon eine Erwerbsminderungsrente beziehen sondern nur für Neu-

5

**Erwerbsminderungsrente für Bestandsrentner**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

10 rentner, obwohl Andrea Nahles schon bei einem IG Metall Kongress in Berlin von vor allem Schritte für die 1,8 Millionen Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit sprach. Andrea Nahles sagt jetzt, das auf Grund der Rentensystematik dieses nicht möglich sei.

15 Die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv fordert die Bundestagsfraktion der SPD sowie den Parteivorstand bzw. den Vorsitzenden Martin Schulz auf sich dafür einzusetzen, das Bestandsfälle leistungssteigernd bei der Erwerbsminderungsrente mit erfasst werden u.U. wie bei der Mütterrente pauschal ohne individuelle Einzelfallprüfung mit z.B. 2 Punkten.

20 Selbst Aktiv sieht die Notwendigkeit einer Nachbesserung der laufenden Gesetzesentwürfe zur Erwerbsunfähigkeitsrente bevor sie in das Gesetzgebungsverfahren gelangen oder während des Verfahrens ein in der Hinsicht, dass Bestandsfälle mit erfasst werden. Bei dieser Rentenreform handelt es sich sonst um ein Gerechtigkeitsproblem wie bei dem 1. Gesetz zur Mütterrente, wenn ältere bzw. Bestandsfälle nicht betrachtet werden. Mit der geforderten Änderung könnte eine neue Armutbedrohung gemildert werden nicht nur für alte Menschen sondern auch für die, die durch Krankheit oder Unfall unverschuldet betroffen sind.

25

30

*Antragsbereich S/ Antrag 38  
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

**Weiterführung des Bundesteilhabegesetzes**

Die Bundestagsfraktion, die Bundes und Länder SPD werden aufgefordert, nachdrücklich an der Fortführung des BTHG zu arbeiten und die AGs Selbst Aktiv Bund und Länder von Beginn an intensiv und nachhaltig in diese Aufgabe einzubinden.

5

**Weiterführung des Bundesteilhabegesetzes**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich S/ Antrag 39  
Kreisverband Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Rente**

Wir fordern folgende sozialdemokratische Ziele in der Rentenpolitik:

- Die umlagefinanzierte, solidarische Rente muss wieder zur Hauptsäule der Altersversorgung gemacht werden.
- 5

**Rente**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- Das gesetzliche Rentenniveau muss deutlich oberhalb von 50% stabilisiert und damit lebensstandardsichernd ausgestaltet werden.
- 10 • Die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren sind so zu modifizieren, dass bei denjenigen Versicherten mit niedrigen Einkommen keine Altersarmut droht.
- Für die Zukunft soll in Schritten eine Erwerbstätigenversicherung für alle, unabhängig vom Status (Arbeitnehmer/in, Beamte, Selbständige) angestrebt werden.
- 15 • Keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme (z.B. Riesterrente).
- 20 • Alle Einkommensarten sollen in die Sozial- und Rentenversicherung aufgenommen werden.

*Antragsbereich S/ Antrag 40*  
*Unterbezirk Gifhorn (Bezirk Braunschweig)*

**Gesetzliche Rente stärken – Altersarmut verhindern**

Die Entwicklung der gesetzlichen Rente befindet seit vielen Jahren auf einer Talfahrt. Das gesetzliche Rentenniveau beträgt heute nur 48%, im Jahre 2030 wird dieser Wert noch weiter auf unter 44% sinken. Für das Jahr 2045 wird sogar ein Rentenniveau von 41,6 % prognostiziert. Diese Abwärtsspirale führt zu einem dramatischen Anstieg der Altersarmut und langfristig zu einer Spaltung unserer Gesellschaft.

Diese Talfahrt muss gestoppt werden und die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder substantiell gestärkt werden. Mittelfristig ist wieder ein Rentenniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung von deutlich über 50% anzustreben.

Hierfür müssen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- 15 1. Zur Weiterentwicklung der paritätisch finanzierten Rentenversicherung sollten zukünftig alle Bevölkerungsschichten, wie z.B. Selbstständige und Beamte in Form einer Erwerbstätigenversicherung in das Rentensystem einbezogen werden.
- 20 2. Der von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern paritätisch finanzierte Beitragssatz von derzeit 18,7% in der Rentenversicherung muss schrittweise angehoben werden, um substantielle Verbesserungen im Rentenniveau zu erreichen. Parallel muss hierzu die Möglichkeit einer Demographie-Rücklage in der Rentenversicherung geschaffen werden
- 25 3. Versicherungsfremde Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung, wie z.B. die Mütterrente oder die Angleichung der Ost/West-Rente müssen ausschließlich durch Steuermittel finanziert werden.
4. Die derzeitige Beitragsbemessungsgrenze in der Ren-

**Gesetzliche Rente stärken – Altersarmut verhindern**  
 zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- 30 tenversicherung muss deutlich angehoben werden. In dem Schritt muss auch geprüft werden, ob das Äquivalenzprinzip in der Rentenversicherung ab einer bestimmten Beitragshöhe angepasst werden könnte. Das bedeutet, dass oberhalb eines noch festzulegenden hohen Jahreseinkommens die Rentenanwartschaften
- 35 geringer bewertet werden.
5. Es muss eine Mindestrente für langjährig Versicherte Vollzeitbeschäftigte eingeführt werden, die deutlich oberhalb der derzeitigen Grundsicherung liegt. Die Finanzierung für diese Mindestrente muss über
- 40 6. Weitere Einkunftsarten, wie z.B. Kapitaleinkünfte und Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung müssen zukünftig zur Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung mit herangezogen werden.
7. Die bisherige Riesterrente mit der Beteiligung der Versicherungskonzerne darf in der jetzigen Form nicht weitergeführt werden. Es ist zu prüfen, ob die Deutsche Rentenversicherung ein ähnliches Modell mit staatlicher Förderung durchführen kann.
- 45 8. Die Verschlechterung der Rentenformel durch den Nachhaltigkeitsfaktor muss zurückgenommen werden. Ein wesentlicher Teil zur Finanzierung der gesetzlichen Rente muss zügig durch eine gerechte Steuer- und Verteilungspolitik erbracht werden. Die Mehreinnahmen müssen zur Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung eingesetzt werden.
- 50

**Antragsbereich S/ Antrag 41**

*Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)*

**Volle Kassen – weniger Bürokratie!**

Kleine und mittlere Betriebe von Bürokratie bei Sozialversicherungsbeiträgen entlasten. Der SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg hält eine bürokratieentlastende Reform der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen für kleine und mittlere Betriebe für unverzichtbar. Der geplante gesetzliche Schritt, die Beitragshöhe nicht mehr zu schätzen, sondern am Vormonat zu orientieren, ist für Betriebe mit relativ konstanten individuellen Löhnen eine Vereinfachung.

5

**Volle Kassen – weniger Bürokratie!**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich S/ Antrag 42**

*Unterbezirk Bremerhaven (Landesorganisation Bremen)*

**Sicherstellung der privaten Altersvorsorge**

Der SPD-Landesparteitag wird aufgefordert, auf die SPD-Bundestagsfraktion einzuwirken, dass der § 90 Sozialgesetzbuch (SGB) XII so geändert wird, dass bei trotz lebenslanger Einzahlung in die private Altersvor-

**Sicherstellung der privaten Altersvorsorge**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

5       sorge bei nur ergänzender Sozialhilfe die gesamte private Altersvorsorge bis auf den Freibetrag nicht wegen des § 10a Einkommensteuergesetz (EStG) gestrichen wird.

**Antragsbereich S/ Antrag 43**

*Ortsverein Übach-Palenberg (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rente stärken!**

Die Rolle der gesetzlichen Rentenversicherung hat sich mit der Agenda 2010 grundlegend verändert. Erklärtes Ziel der Rente war es immer, den Lebensstandard nach dem Arbeitsleben zu sichern. Die Agenda 2010 hat die gesetzliche Rentenversicherung in ein „Niemandland“ zwischen Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung katapultiert, wobei letzteres zumindest für untere Einkommenschichten zum immer drängenderen Thema wird. Die Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt, die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und gebrochene Erwerbsbiografien führen dazu, dass eine viel längere Beitragszeit und / oder höhere Beiträge nötig sind, um den Lebensstandard im Alter zu sichern.

5

10

15

20

25

30

35

40

Es ist davon auszugehen, dass Altersarmut in Zukunft zunehmen wird, da sich mit der beschlossenen Absenkung des Rentenniveaus auf 43 % die notwendigen Beitragszeiten weiter erhöhen und diese für prekär Beschäftigte oder Langzeitarbeitslose nicht mehr erreichbar sind. Betroffen sind davon insbesondere Frauen, die häufiger in schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Wenn die gesetzliche Rente für immer größer werdende Teile der Bevölkerung nicht ausreicht, werden diese Menschen fragen, warum sie überhaupt in ein solidarisches Versicherungssystem einzahlen, ohne entsprechende Leistungen zu erhalten. Die Frage „Wofür habe ich mein Leben lang gearbeitet?“ stellt die gesetzliche Rente als soziales Sicherungssystem insgesamt in Frage. Insbesondere die heute junge Generation glaubt kaum, dass ihre Rente später reichen wird.

Gleichzeitig bringen die beiden anderen Säulen der Rentenversicherung – betriebliche und private Säule – nicht die Erfolge, die sich die Konstrukteure der Agendapolitik erhofft hatten. Dies liegt daran, dass gerade die Bevölkerungsgruppen, die dringend eine zusätzliche private Vorsorge brauchen, sich diese nicht leisten können, da ihr Einkommen kaum zum Leben reicht.

Die Gewinner der Riesterrente sind nicht die BeitragszahlerInnen und RentnerInnen, sondern vorrangig die Finanzbranche. Die Riesterrente kann das sinkende Rentenniveau nicht ausgleichen.

Eine einseitige Stärkung der betrieblichen Rentenvorsorge wird hier keine Entlastung bringen. Insbesondere

**Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rente stärken!**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

45 Frauen, die in kleinen und kleinsten Unternehmen arbeiten, haben keinen Zugang zu einer Betriebsrente. Hier könnten Modelle einer privaten Aufstockungsmöglichkeit der gesetzlichen Rentenversicherung von Vorteil sein.

Die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung wird von einem überwiegenden Teil der Beschäftigten als sinnvoll angesehen.

50 Die sogenannte Mütterrente soll vollumfänglich für die Menschen gelten, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Diese Leistungen dürfen als versicherungsfremde Leistungen nicht von der Rentenkasse übernommen werden.

Wir fordern:

55 • Einführung einer Erwerbstätigenrente, in die alle einzahlen und in der alle Einkommensarten Beiträge zahlen müssen

• Ausgestaltung der umlagefinanzierten, solidarischen gesetzlichen Rente zur Hauptsäule der Altersvorsorge damit die Rente den Lebensstandard wieder sichert. Dazu wird das gesetzliche Rentenniveau deutlich oberhalb von 50 % stabilisiert .

60 • Abschaffung aller weiteren staatlichen Subventionen und Anreize für private kapitalgedeckte Vorsorgesysteme. Dies umfasst unter anderem die Abschaffung der Riesterrente bei Bestandsschutz der bestehenden Verträge

65 • Wiederherstellung der Parität in der Rentenversicherung.

• Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze.

• Angleichung der Renten in Ost und West

• Finanzierung von versicherungsfremden Leistungen ausschließlich über Steuern

70 • Gerechtigkeit für alle Eltern bei der „Mütterrente“ durch Anrechnung von drei Jahren für alle

*Antragsbereich S/ Antrag 44  
Ortsverein Weichs (Landesverband Bayern)*

**Rentenpolitik**

Im Kreis Dachau, immerhin der Landkreis, der in der bundesweiten Statistik des Pro-Kopf-Einkommens an neunter Stelle steht, liegt die Höhe der Altersrenten für Frauen bei gut 600€ und für Männer bei 1150€.

5

In Deutschland ist die Absenkung des Rentenniveaus auf 43% der Bruttoeinkommen geplant. Erforderlich ist allerdings die Stärkung des umlagefinanzierten Rentensystems, weil sowohl die private Rentenversicherung à la Riester und die betriebliche Altersversicherung den Risiken der Kapitalmarktentwicklung unterliegen und die erforderlichen Beiträge gerade von den Geringver-

10

**Rentenpolitik**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

dienern nicht geleistet werden können.

- 15 Die Riester-Rente ist dahei bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge abzuschaffen. Krisenfest und zukunftsicher ist allein die Umlagefinanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung. In diese sind alle Erwerbstätigen einzubeziehen, so wie es in Österreich der
- 20 Fall ist. Dort sind auch die Beitragsbemessungsgrenzen wesentlich höher als bei uns, während die durchschnittlichen Renten sowohl für Frauen als auch für Männer die deutschen deutlich übertreffen. Ziel muss sein, das gesetzliche Rentenniveau in Deutschland oberhalb von
- 25 50% zu stabilisieren.

*Antragsbereich S/ Antrag 46  
Unterbezirk Landkreis Harburg (Bezirk Hannover)*

**Verhinderung und Beseitigung von nachträglich hervorgerufenen Doppelverbeitragungen in der betrieblichen Altersversorgung**

Spricht sich der Ortsverein Neu Wulmstorf ausdrücklich dafür aus, diesem Antrag zu folgen und den nachträglichen Eingriff in Altverträge zur betrieblichen Altersvorsorge bis 2004 und die damit hervorgerufene „Doppelverbeitragung“ zurückzunehmen und eine Rückzahlungsabwicklung für bereits erhobene Beiträge zu beschließen.

- 5
- 10 Die Auswirkungen dieser Gesetzesänderungen betreffen Millionen Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik. In der Regel erfahren die meisten Versicherten erst nach Auszahlung der Versicherungen im Rentenalter von der erneuten Verbeitragung, die zwischen 18 und 19% der Versicherungssumme liegt. Sie beinhaltet sowohl Arbeitgeber- als auch Arbeitnehmeranteile, wird aufgeteilt auf 120 Monate (10 Jahre) von den Krankenkassen eingezogen und bezieht damit sogar noch Beitragssteigerungen mit ein. Wird die Versicherungssumme an einen Erben ausgezahlt, hat auch dieser die Beiträge, aufgeteilt auf 120 Monate, an die Krankenkasse des Verstorbenen zu zahlen. Diese Regelungen gelten im Übrigen nur für gesetzlich versicherte Arbeitnehmer, nicht aber für Versicherte in der privaten Krankenversicherung. Das unterstreicht die Ungerechtigkeit dieser Regelung noch einmal sehr deutlich.
- 15
- 20
- 25

Der nachträgliche Eingriff in langjährig bestehende Verträge zur Altersvorsorge von Seiten des Gesetzgebers

**Verhinderung und Beseitigung von nachträglich hervorgerufenen Doppelverbeitragungen in der betrieblichen Altersversorgung**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

30 war ein eklatanter Fehler, der zu einem Verlustgeschäft der gesetzlich Versicherten führt. Er hat das Vertrauen der Versicherten und damit auch der Wähler erheblich geschädigt. Dieser Fehler muss eingestanden und behoben werden. Ein positiver Beschluss sollte daher möglichst noch vor der Bundestagswahl 2017 erfolgen.

*Antragsbereich S/ Antrag 47  
Landesverband Bayern*

**Altersarmut bekämpfen – Weiterentwicklung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung**  
Zur Weiterentwicklung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung fordern wir folgende Änderungen im SGB XII:

- Erhöhung der Freibeträge bei der Anrechnung der gesetzlichen Rentenversicherung, um einen Teil der gesetzlichen Rente zu erhalten.
- Wegfall der vollen Anrechnung von Zusatzrenten wie der Riesterreute und der betrieblichen Altersvorsorge und Einführung entsprechend hoher Freibeträge
- Verdoppelung des Schonvermögens (bislang 2.600 e; ab 1.April 2017 5000 Euro) auf 10 000 Euro

**Altersarmut bekämpfen – Weiterentwicklung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung**  
zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich S/ Antrag 48  
Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)*

**Rentenversicherung neu denken**  
Um allen Beschäftigten den passenden Übergang in die Rente zu ermöglichen möge die SPD beschließen:

1. Einen Bürgerbeitrag: Aus dem Arbeitnehmerbeitrag soll ein Bürgerbeitrag werden, wie in der Kranken- und Pflegeversicherung, den alle Bürgerinnen und Bürger prozentual nach ihrer Leistungsfähigkeit auf ihr Einkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Arbeit zahlen. Selbstständige ohne Altersversorgung sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Dies sei der erste Schritt auf dem Weg zum Ziel, die gesetzliche Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung auszubauen.
2. Die Beitragsbemessungsgrenze, oberhalb der das Einkommen eines Versicherten beitragsfrei bleibt entfällt. Der Bürgerbeitragssatz soll einheitlich festgelegt werden, doch zur Stärkung des Wettbewerbs sollen die Rentenkassen die Möglichkeit bekommen, diesen anzupassen. Zusatz- und Sonderbeitrag sollen wegfallen. Die Versicherungspflichtgrenze

**Rentenversicherung neu denken**  
zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission



- 25 von 4.800 Euro (Bundeseinheitlich) entfällt. Die laufenden privaten Rentenversicherungen sind davon nicht betroffen und laufen aus. Neue kommen nicht mehr hinzu und wird in die Erwerbstätigenversicherung integriert.
- 30 3. Einfachere Möglichkeiten für Zusatzbeiträge an die Rentenversicherung sollen geschaffen werden, um den Zeitpunkt für den Renteneintritt flexibler zu gestalten.
- 35 4. Ein wichtiger Punkt im Regierungsprogramm der SPD ist die Einführung einer Mindestrente. Die Mindestrente sollte 1.000 Euro betragen. Rentner deren Rente bisher weniger als 1.000 Euro beträgt werden auf 1.000 Euro aufgestockt.
5. Die Maximalhöhe der Rente wird auf 4.000 Euro begrenzt.
6. Zudem soll ein einheitliches Rentensystem für Ost und West bis 2020 eingeführt werden.

*Antragsbereich S/ Antrag 49  
Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)*

**Rückkehr zu einer lebensstandardsichernden Rente**

Wir Sozialdemokraten werden nicht akzeptieren, dass Altersarmut wieder zu einem Massenphänomen in unserer Gesellschaft wird. Die gesetzliche Rente soll deshalb wieder mit dem Ziel den Lebensstandard zu sichern weiter entwickelt werden. Dazu sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- 5
- 10 1. Das Rentenniveau geht immer weiter zurück. Deshalb gilt es das derzeitige Rentenniveau von 48,2% (Netto vor Steuern) stabil zu halten. Ein weiteres Absinken muss verhindert werden. Ziel muss es sein, das Leistungsniveau der Rentenversicherung wieder auf über 50 % anzuheben.
- 15 2. Die derzeit bestehenden systemwidrigen Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente von bis zu 10,8% sind abzuschaffen.
3. Bessere Gestaltung einer Teilrente ab dem 60. Lebensjahr.
4. Die Riesterrente kann als gescheitert betrachtet werden. Deshalb sollten Bestandsverträge weiterhin gefördert werden (Bestandsschutz), aber keine Neuverträge mehr mit Steuermitteln subventioniert werden.

**Rückkehr zu einer lebensstandardsichernden Rente**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich S/ Antrag 50*  
*Ortsverein Köln-Dellbrück (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Rentenreform**

**1. Gesetzliche Rentenversicherung.**

Das Ziel der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) muss wieder die Sicherung des Lebensstandards im Alter sein. Dies kann nur über eine Stärkung der bewährten umlagen- und beitragsfinanzierten GRV erfolgen.

5

**1.1. Ablösung des Drei-Säulen-Modells.**

Wir wollen den Einsatz von öffentlichen Mitteln auf die GRV konzentrieren. Über ein höheres Sicherungsniveau soll die Leistungsfähigkeit der GRV verbessert und der Abstand gegenüber dem Arbeitsentgelt des jeweiligen Durchschnittsverdieners verringert werden. Das erfolgt in erster Linie über die Anhebung des Rentenniveaus. Damit stärken wir die Akzeptanz der GRV in der Bevölkerung und sorgen für mehr Gerechtigkeit.

10

Die betriebliche und die private Vorsorge sollen ergänzende Instrumente sein, mit denen die individuellen Nettoersatzraten möglichst nahe an das zuletzt erreichte Nettoeinkommen herangeführt werden. Eine staatliche Förderung der kapitalgedeckten betrieblichen und privaten Vorsorge ist bei einer entsprechenden Stärkung der GRV nicht mehr erforderlich. Grundsätzlich soll darüber hinaus die Möglichkeit geschaffen werden, Zusatzbeiträge in die GRV einzuzahlen, anstatt eine zusätzliche private Vorsorge über die völlig überteuerten Produkte der Finanz- und Versicherungswirtschaft zu finanzieren.

15

20

25

**1.2. Wege zur Stärkung der GRV.**

Das heutige Rentenniveau muss in einem ersten Schritt auf einer Haltelinie von 48 Prozent stabilisiert und danach schrittweise auf ein Sicherungsniveau von 50 und schließlich auf 53 Prozent heraufgesetzt werden. Diese Ziellinien werden durch höhere Steuerzuschüsse ermöglicht. Zur Schaffung einer Demografiereserve ist eine stufenweise Erhöhung der Beitragssätze erforderlich.

30

Die Stabilisierung der Haltelinie von 48 Prozent bis 2030 erfordert einen Beitragssatz von 23,2 Prozent, die Anhebungen der Ziellinien auf 50 bzw. 53 Prozent steigen bis 2030 auf 24,2 bzw. 25,7 Prozent an. Für 2045 sind höhere Anstiege erforderlich, die jedoch sowohl bei der Haltelinie als auch bei beiden Ziellinien unterhalb eines Gesamtbeitrages von 30 Prozent liegen.

35

40

**1.3. Wiederherstellung der Parität.**

Eine ausreichende Alterssicherung wäre somit bei einem Sicherungsniveau bis 2045 mit einem paritätischen Beitragssatz in Höhe von jeweils 15 % in der GRV zu erreichen - ohne private Vorsorge! Heute jedoch müssen diejenigen Versicherten, die eine private Vorsorge über einen Riester-Vertrag und über die Entgeltumwandlung

45

**Rentenreform**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

50 betreiben, bei einem Gesamtbeitragssatz in Höhe von 18,7 Prozent bereits einen Arbeitnehmeranteil in Höhe von 15,35 Prozent tragen, während der Arbeitgeberanteil bei 9,35 Prozent liegt. Diese Disparität muss beseitigt werden.

**1.4. Weiterentwicklung der GRV.**

55 Angesichts der erheblichen Veränderungen in der Arbeitswelt und der fortschreitenden Digitalisierung der Arbeit muss die GRV weiterentwickelt werden, um unterschiedliche Lebens- und Erwerbsphasen zu erfassen. Dazu müssen die Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristet und modifiziert sowie Zeiten von Ausbildung und Studium, alle Zeiten der Arbeitslosigkeit und Zeiten der Pflege von Angehörigen bei der Gesamtleistungsbewertung aufgewertet werden.

**1.5. Erwerbsminderungsrente.**

65 Bei den geplanten Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente wird eine stufenweise Erhöhung der Zurechnungszeiten vom 62. auf das 65. Lebensjahr ab 2018 vorgeschlagen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Verbesserungen sollen jedoch nur für Neuzugänge gelten. Wir fordern daher eine schnellere Umsetzung und die Einbeziehung der Bestandsrenten in diese Regelungen sowie den generellen Wegfall von Abschlägen bei der Inanspruchnahme der Erwerbsminderungsrente vor dem 63. Lebensjahr.

**1.6. Renteneinheit.**

75 Die geplante - längst überfällige - Angleichung der Renten in Ost und West ist zu begrüßen. Allerdings dauert die Angleichung der aktuellen Rentenwerte in sieben Jahresschritten ab dem Jahre 2018 zu lange - diese Frist muss verkürzt werden. Der gleichfalls stufenweise Wegfall der Hochwertung der ostdeutschen Arbeitsentgelte führt darüber hinaus zu erheblichen Nachteilen bei denjenigen Beschäftigten, die vor der tatsächlichen Renteneinheit in Rente gehen, da die durchschnittlichen Löhne bei Vollzeitbeschäftigten in den neuen Bundesländern immer noch um rund 24 Prozent unter den Westlöhnen liegen. Die Hochwertung muss daher erhalten bleiben, bis die Löhne in beiden Teilen Deutschlands annähernd angeglichen sind.

**1.7. Mütterrente.**

90 Die rentenrechtliche Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten von drei Jahren pro Kind muss auch für Geburten vor 1992 gelten. Darüber hinaus muss die Finanzierung der Mütterrente insgesamt über Steuermittel erfolgen.

**1.8. Flexible Übergänge und Teilrente.**

95 Die Regelungen vom Oktober 2016 für einen flexibleren Übergang in die Rente sollen dahingehend ergänzt werden, dass der Zugang zu einer Teilrente ab dem 60. Le-

100      bensjahr über eine eigenständige Rentenart ermöglicht wird. Für Beschäftigte, die die Regelaltersgrenze überschritten haben und in einer Teilrente weiterarbeiten wollen, muss der Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung sofort eingeführt werden. Ferner sollen die Hinzuverdienst-Möglichkeiten beim Bezug dieser Teilrente erweitert werden, sodass mit einer individuellen und stufenweisen Kombination aus Teilrente und Hinzuverdienst so viel verdient werden kann, wie bis dahin in Vollzeitbeschäftigung maximal verdient wurde.

105      **1.9. Erwerbstätigen-Versicherung.**  
 Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode die Erwerbstätigen-Versicherung einführen. In dieser sollen sofort alle Selbständigen ohne Altersbegrenzung, die nicht in berufsständischen Versorgungswerken abgesichert sind, sowie alle Abgeordneten auf Länder- und Bundesebene pflichtversichert werden. Zeitnah sollen darüber hinaus alle neu einzustellenden Beamtinnen und Beamten der Versicherungs- und Beitragspflicht in der GRV unterliegen. In einem ersten Schritt soll die Beitragsbemessungsgrenze sofort spürbar angehoben werden, im zweiten Schritt soll sie entfallen. Für hohe Einkommen sollen die Rentenleistungen abgeflacht werden.

120      **1.10. Versicherungsfremde Leistungen.**  
 Die GRV erbringt eine Vielzahl von versicherungsfremden Leistungen - von der Mütterrente über die Renteneinheit in den alten und neuen Bundesländern bis hin zu den Fremdrenten usw. Alle diese Leistungen betrachten wir als gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die von allen Steuerpflichtigen in unserem Land - also auch von Freiberuflern, Abgeordneten, Beamten usw. - über Steuern zu tragen sind. Das entlastet die Rentenkassen, schafft Reserven für zukünftige Aufgaben und führt zu einer gerechteren Verteilung der Lasten, die bisher von den Versicherten und ihren Arbeitgebern getragen und nur unzureichend durch die Bundeszuschüsse abgedeckt werden.

135      **2. Solidar-Rente.**  
 Versicherte, die über einen längeren Zeitraum hinweg Beiträge zur Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) gezahlt haben, und trotz der o.a. Maßnahmen zur Höherbewertung ihrer Anwartschaften keine spürbaren Leistungen oberhalb der Grundsicherung im Alter erhalten, sollen eine an der Armutsgrenze (derzeit rund 1030 €) orientierte Solidar-Rente erhalten. Diese Rente unterliegt der Bedürftigkeitsprüfung unter Nichtanrechnung von Schonvermögen und des selbstgenutzten Immobilienbesitzes bis zu einer bestimmten Größenordnung. Voraussetzung ist das Vorliegen von mindestens 15 Beitragsjahren/25 Versicherungsjahren. Die Differenz zwischen den erworbenen Anwartschaften und dem Zahlbetrag wird durch Steuermittel ausgeglichen. Wir

145 wollen damit versuchen, Solo-Selbständigen, Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien, langjährig Beschäftigten im Niedriglohnsektor sowie Menschen mit Erziehungs- und Pflegezeiten eine ausreichende Rente oberhalb des Grundeinkommens zu verschaffen.

150 Der Erwerb der im Koalitionsvertrag und im Gesamtkonzept vorgeschlagenen Solidarrente setzt 35 bzw. 40 Beitragsjahre und Berücksichtigungszeiten voraus. Das sind für die von uns ins Auge gefasste Zielgruppe unüberwindliche Barrieren. Um jedoch besonders langjährige Beitrags- und Versicherungszeiten zu honorieren,

155 soll bei der von uns vorgeschlagenen Solidar-Rente für Versicherte mit 35 und mehr Beitrags- und Versicherungsjahren bei Rentenbeginn die Bedürftigkeitsprüfung entfallen.

**3. Betriebliche Altersvorsorge.**

160 Das im Entwurf zum Betriebsrentenstärkungsgesetz vom November 2016 konzipierte Sozialpartnermodell weist in die falsche Richtung. Anstatt die staatliche Förderung auf die GRV zu konzentrieren, wird hier erneut versucht, das Drei-Säulen-Modell mit seinen beiden kapitalgedeckten Elementen als Ersatz und nicht als

165 Ergänzung zu einer den Lebensstandard im Alter sichernden gesetzlichen Rente zu etablieren. Weder die betriebliche Altersvorsorge(bAV) noch die Riester-Rente (pAV) können diese Ersatzfunktion für alle Versicherten wahrnehmen. Von der bAV werden nur rund 40 Prozent der Sozialversicherungs- pflichtigen erfasst, daher be-  
170 ziehen auch nur 30 Prozent der heutigen Rentnerinnen und Rentner eine Betriebsrente. Im Umkehrschluss erhalten 70 Prozent der Beschäftigten keine Betriebsrente! Daher taugt die bAV nicht als tragende „Säule“ eines Alterssicherungssystems.

**3.1. Entgeltumwandlung abschaffen.**

175 Die Betriebsrente stellt für den begünstigten Personenkreis ohne Zweifel eine wichtige Zusatzversorgung dar, ihre Verteilung konzentriert sich jedoch auf Konzerne und Großbetriebe sowie auf den öffentlichen Dienst.

180 Kleine und mittlere Unternehmen gewähren ihren Beschäftigten selten eine Betriebsrente. Wenn doch, erfolgt auch dort die Finanzierung in der Regel über die Entgeltumwandlung. Bei der Entgeltumwandlung werden Bestandteile des Bruttolohns nicht an die GRV, sondern in die betriebliche Altersvorsorge überführt.

185 Das schwächt die Rentenkassen und verringert für die Betroffenen die Rentenhöhe. Wir bezweifeln, dass die Kapitalerträge bei niedrigen Einkommen und entsprechend niedrigen Beiträgen diese Verluste kompensieren können, zumal in der Rentenphase von den Betriebsrenten Steuern und der volle Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag gezahlt werden müssen. Im o.a. Gesetzes-

190 entwurf sollen kleine und mittlere Unternehmen über Steuervorteile und Förderungsbeträge motiviert werden, ihren Beschäftigten mit Einkommen unterhalb von

195 2000 Euro brutto zukünftig eine Betriebsrente mit arbeitgeberfinanzierten Zusatzbeiträgen zu gewähren. Das wird wie bei Riester-Förderung enden: Die Zielgruppe wird sich schlichtweg das Ansparen über Vorsorgeprodukte nicht leisten können, insbesondere, wenn diese von der Finanz- und Versicherungswirtschaft vertrieben werden.

200

**4. Private Altersvorsorge.**

205 Aufgrund der negativen Erfahrungen mit den Riester-Produkten (mangelnde Transparenz, überhöhte Verwaltungskosten, niedrige Zinserträge) macht es keinen Sinn, diese Art der privaten Altersvorsorge durch eine Übertragung in die betriebliche Altersvorsorge weiter auszubauen und sie weiterhin über die Finanz- und Versicherungswirtschaft vertreiben zu lassen. Auch hier gilt: Diejenigen Versicherten, die eine private Vorsorge betreiben wollen, müssen dies über die Einzahlung von Zusatzbeiträgen und die GRV tun können.

210

215 Auf dem von uns aufgezeigten Wegen werden auch die rund 17 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten erfasst, die heute weder Anwartschaften in der betrieblichen Altersvorsorge erwerben, noch sich eine private Vorsorge über Riester-Verträge leisten können.

*Antragsbereich S/ Antrag 51  
Landesverband Rheinland-Pfalz*

**Umbau des deutschen Rentensystems - Für eine solidarische Alterssicherung, die den Lebensstandard der Menschen sichert!**

5 Selbst Durchschnittsverdiener müssen mit einer zu geringen Rente rechnen. Ursache sind nicht rechtzeitig eingeleitete Reformschritte in der Renten- und Beschäftigungspolitik. Unser rentenpolitisches Ziel ist es, ein gutes Leben im Alter zu garantieren und einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Deshalb wollen wir einen Kurswechsel in der Rentenpolitik mit einem Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung. Vor diesem Hintergrund fordern wir:

10

1. Die gesetzliche Rente muss die tragende Säule der Alterssicherung sein.

Das System der gesetzlichen Alterssicherung ist so umzubauen, dass das Ziel der Lebensstandardsicherung wieder durch das gesetzliche Rentensystem erreicht und damit die strukturelle Armut vermieden wird.

15

Die bestehenden und zukünftigen vereinbarten Regelungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden bezüglich Betriebsrente, sollen hier ausdrücklich unberührt bleiben. Die betriebliche Altersvorsorge soll als Ergänzung gestärkt und ihre Verbreitung deutlich erhöht werden. Dabei setzen wir auf arbeitgeberfinan-

**Umbau des deutschen Rentensystems - Für eine solidarische Alterssicherung, die den Lebensstandard der Menschen sichert!**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- 20 zierte Modelle, die von den Tarifpartnern organisiert und über Tarifverträge abgesichert werden. Die gesetzliche Förderung privater Vorsorge muss überprüft werden. Für bestehende Verträge soll jedoch der Vertrauensschutz gelten.
- 25 2. Eine Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen  
Der Umbau des Rentensystems hat durch Einbeziehung aller Selbständigen und Freiberufler zu erfolgen. Auch Vermögende und deren Kapitalerträge müssen in einem solidarischen Rentensystem herangezogen werden.
- 30 3. Das Rentensystem solidarisch finanzieren
- Das Solidarprinzip und damit die volle Parität zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil ist wieder herzustellen.
  - Den derzeit möglichen individuellen Verzicht auf die Rentenversicherungspflicht bei Mini-Jobs ist zu streichen.
  - Die Absicherung von Arbeitslosigkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung ist zu stärken.
  - Die Beitragsbemessungsgrenze muss überprüft werden.
- 35
- Statt Beitragssatzsenkungen: Aufbau einer Demografie-Reserve. Die Sicherung der Rentenzahlung ist durch den Aufbau einer Demografie-Reserve zu gewährleisten.
  - Ergänzend zum Aufbau einer Demografie-Reserve muss ein demografiebedingter Kostenanstieg vorübergehend durch Bundeszuschüsse zur gesetzlichen Rentenversicherung erfolgen.
- 40
- 45
4. Das Niveau der gesetzlichen Rente stabilisieren und mittelfristig anheben
- 50 Unser Ziel ist es, das Niveau der gesetzlichen Rente schrittweise wieder anzuheben, um einen angemessenen, lebensstandardsichernden Rentenanspruch zu gewährleisten.  
Als ersten Schritt ist das derzeitige Rentenniveau zu stabilisieren. In einem zweiten Schritt muss eine deutliche Anhebung erfolgen.
- 55 Die Entwicklung der Renten in der Zukunft muss wieder der Entwicklung aller Einkünfte folgen.
- 60 5. Solidarrente mit Höherbewertung niedriger Einkommen einführen  
Niedrige Einkommen müssen besser bewertet werden. Diese Solidarrente muss deutlich höher sein als das Sozialhilfeniveau (Grundsicherung).
- 65 6. Gleitende Übergänge in die Rente statt Rente mit 70  
Flexible Übergänge vom Arbeitsleben in den Ruhestand müssen gefördert werden.
7. Weitere Verbesserungen der Rente wegen Erwerbsminderung werden angestrebt. Die Berechnungsgrund-

70      lage für die Erwerbsminderungsrente ist an das aktuelle Renteneintrittsalter anzupassen.

8. Ausfallzeiten bei der Erwerbsbiografie besser bewerten  
 • Für Erziehungs- und Pflegeleistung verdienen diejenigen, die diese Leistungen erbringen, eine angemessene Berücksichtigung bei der Rente.  
 75      • Entsprechend erfolgt eine rentenrechtliche Bewertung von Aus- und Fortbildungszeiten.

9. Versicherungsfremde Leistungen solidarisch und gerecht über Steuermittel finanzieren.  
 80      Es entspricht der rentenpolitischen Beschlusslage der SPD, alle versicherungsfremden, aber sozial notwendige Leistungen über das allgemeine Steueraufkommen zu finanzieren. Dazu gehören zum Beispiel: einheitliche Mütterrente, Ost-West Angleichung, Erziehungs- und Pflegeleistungen.  
 85      Es darf keine Finanzierung dieser Leistungen über die Rentenbeiträge geben.

*Antragsbereich S/ Antrag 52*  
*Unterbezirk Herne (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Anrechnungszeiten für die Rentenberechnung**

Der SPD Unterbezirk Herne fordert den SPD Bundesparteitag auf, sich zeitnah dafür einzusetzen, dass Anrechnungszeiten gemäß § 58 Abs. 1 S.1 Nr. 4 Sozialgesetzbuch (SGB) VI bei Besuch einer Schule, Fachschule oder (Fach-) Hochschule nach Vollendung des 17. Lebensjahres wieder mit Entgeltpunkten versehen werden.  
 5

**Anrechnungszeiten für die Rentenberechnung**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich S/ Antrag 53*  
*Ortsverein Hürth (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Stärkung der gesetzlichen Rente**

Ergänzung Stärkung der gesetzlichen Rente

- 5      1. Ausgaben und Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung müssen klar nach Versicherungsleistung/Beitragszahlung und Fürsorgeleistung getrennt und Fürsorgeleistungen durch Steuermittel finanziert werden.
- 10     2. Der Zeitpunkt des Renteneintritts muss flexibilisiert werden.
3. Bei der Bemessung der Entgeltpunkte müssen körperliche und psychische Belastungen im Berufsleben berücksichtigt werden.
4. Neu abzuschließende Riesterverträge sollen nicht mehr durch Steuermittel gefördert werden.
5. Rentensenkungen durch den sogenannten Nachhal-

**Stärkung der gesetzlichen Rente**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission



- tigkeitsfaktor sind auszusetzen.
- 15 6. (Mehr)Einnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung dürfen nicht zur Senkung von Rentenbeiträgen oder gar für rentenfremde Zwecke ausgegeben werden, sondern als Rücklage ausschließlich für Zwecke der Rentenversicherung verwendet werden.
- 20 7. Die Basis der Beitragszahler ist durch Einbeziehung der bisher nicht durch eine Rentenversicherung oder Versorgungswerke abgesicherten Selbstständigen und Beamten zu erweitern.
8. Mindestentgeltpunkte sollen auch für Beitragsjahre nach 1992 gewährt werden.
- 25 9. Für die Bemessung von Entgeltpunkten und etwaiger Zuschläge auf Entgeltpunkte müssen die Zusammenhänge zwischen ausgeübter Tätigkeit, Lebenserwartung, Rentenbezugsdauer untersucht und statistisch fundierte Zahlen ermittelt werden, die dann die Grundlage für die Berechnung bilden.

**Antragsbereich S/ Antrag 54**  
*Kreisverband Kronach (Landesverband Bayern)*

**Rente und Altersvorsorge**

Die umlagefinanzierte und beitragsbezogene gesetzliche Rentenversicherung hat sich bewährt. Allerdings müssen die negativen Auswirkungen der vergangenen Rentenreformen auf das Rentenniveau, die Altersvorsorge langjährig Versicherter mit niedrigen eigenen Rentenanwartschaften, das Altersarmutsrisiko Erwerbsgeminderter sowie von Frauen überprüft und korrigiert werden. Darüber hinaus muss die gesetzliche Rentenversicherung auf die sich verändernden Erwerbsverläufe mit Brüchen in den Erwerbsbiographien und wiederholten Bildungsanstrengungen angepasst werden. Deshalb fordern wir:

- 5
- 10
- 15
- 20
- 25
- die Finanzierung aller nicht durch Beiträge gedeckten Leistungen, wie Mütterrente, Ost-West Angleichung usw. aus Steuermitteln
  - die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung
  - die Einführung einer Solidarrente für langjährig Versicherte, die durch die Höherbewertung niedriger Einkommen (Rente nach Mindestentgeltpunkten) und die Einführung eines Alterseinkommensfreibetrages für alle Alterseinkünfte, ein Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherungsschwelle sicherstellt.
  - bessere Bewertung von Pflegezeiten in der Rentenversicherung (finanziert durch Pflegeversicherung)
  - eine rentenrechtliche Bewertung von Aus- und Fortbildungszeiten sowie Zeiten des ALG II-Bezugs
  - die Abschaffung der Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten
  - die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung

**Rente und Altersvorsorge**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- durch eine Wiederanhebung des Sicherungsniveaus auf mindestens 50%
- 30 - die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung hin zu einer zukunftsfesten Erwerbstätigenversicherung, in die sofort alle Selbständige, Freiberufler usw. ohne ausreichende Altersvorsorge bzw. ohne Pflichtversicherungssystem, sowie Abgeordnete einbezogen werden.
- 35 - Mittelfristig sollen auch Beamt\_innen, sowie Ärzt\_innen und Rechtsanwäl\_t\_innen einbezogen werden.
- Eine vorgezogene Beitragssatzanhebung (paritätisch) zum Aufbau einer Demografie-Rücklage

*Antragsbereich S/ Antrag 55*  
*Ortsverein Everswinkel (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

- |   |   |
|---|---|
| <p><b>Zahlung von Rentenbeiträge während der Arbeitslosigkeit wieder einführen</b></p> <p>Seit Januar 2011 werden für die Bezieher von ALG II keine Rentenbeiträge mehr gezahlt. Die Zeiten des ALG-Bezugs werden seither als Anrechnungszeiten und nicht mehr als Pflichtbeitragszeiten gewertet. Dies hat negative Auswirkungen auf die verschiedenen Rentenformen. Da es dadurch zu deutlichen Verschlechterungen bei der Rentenberechnung kommt, sollten wir zu der Regelung vor 2011 zurückkehren.</p> | <p><b>Zahlung von Rentenbeiträge während der Arbeitslosigkeit wieder einführen</b></p> <p>zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission</p> |
|---|---|

*Antragsbereich S/ Antrag 56*  
*Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)*

- |   |  |
|---|--|
| <p><b>Niedriglohnbeschäftigte besser absichern – kleine Renten aufwerten!</b></p> <p>Die SPD will die Aufwertung der Renten für Niedriglohnbezieher erreichen und setzt sich für eine Rente nach Mindesteinkommen und als Mindestentgeltpunkte bei geringen Arbeitsentgelt ein.</p> | <p><b>Niedriglohnbeschäftigte besser absichern – kleine Renten aufwerten!</b></p> <p>zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission</p> |
|---|--|

*Antragsbereich S/ Antrag 57*  
*Kreisverband Zollernalb (Landesverband Baden-Württemberg)*

- |   |  |
|---|--|
| <p><b>Soziale Absicherung für geringe Einkommen wieder herstellen</b></p> <p>Die Gleitzone von momentan 450 bis 850 € soll auf 0 bis 1.200 € Einkommen ausgeweitet werden. Es entsteht hierdurch bei Beschäftigungsverhältnissen bereits ab dem ersten Euro Sozialversicherungspflicht in sämtlichen Zweigen der Sozialversicherung mit den</p> | <p><b>Soziale Absicherung für geringe Einkommen wieder herstellen</b></p> <p>zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission</p> |
|---|--|

dementsprechenden Ansprüchen und Leistungen. Die Beiträge sollen hierbei nicht voll durch den Arbeitnehmer gezahlt werden sondern wie in der jetzigen Gleit- zonenregelung langsam ansteigen , so dass eine Be- schäftigung mit nur geringer Entlohnung nicht zu stark mit Abgaben für den Arbeitnehmer verbunden ist. Die fehlenden Beiträge durch diese Regelung sind mit Steu- ermitteln für die Sozialkassen zu ersetzen. Die geringfü- gige Beschäftigung wird infolge dieser Neuregelung abgeschafft.

**Antragsbereich S/ Antrag 58**  
*Ortsverein Neustadt-Gimmeldingen (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Kurswechsel in der Rentenpolitik - Für eine solidari- sche Alterssicherung, die den Lebensstandard der Menschen sichert!**

Immer mehr Menschen droht die Altersarmut. Selbst Durchschnittsverdiener müssen mit einer Mager-Rente rechnen. Schuld ist eine verfehlte Rentenpolitik. Unser rentenpolitisches Ziel ist es, ein gutes Leben im Alter zu garantieren und einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Deshalb wollen wir einen Kurswechsel in der Rentenpolitik mit einem Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung. Vor diesem Hintergrund fordern wir:

1. Die gesetzliche Rente muss die alleinige Säule der Alterssicherung sein  
Das System der gesetzlichen Alterssicherung ist so um- zubauen, dass das Ziel der Lebensstandard-sicherung wieder ausschließlich durch das gesetzliche Rentensys- tem erreicht und damit die strukturelle Armut vermie- den wird.

Die gesetzliche Förderung privater Vorsorge muss ent- fallen. Für bestehende Verträge soll jedoch der Vertrau- ensschutz gelten.

Die bestehenden und zukünftigen vereinbarten Rege- lungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberver- bänden bezüglich Betriebsrente, sollen hier ausdrücklich unberührt bleiben.

Die betriebliche Altersvorsorge soll als Ergänzung ge- stärkt und ihre Verbreitung deutlich erhöht werden. Dabei setzen wir auf arbeitgeberfinanzierte Modelle, die von den Tarifpartnern organisiert und über Tarifverträge abgesichert werden.

2. Eine Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen  
Der Umbau des Rentensystems hat durch Einbeziehung aller Erwerbstätigen und Einkommensarten zu erfolgen, d.h. Beitragszahler und Rentenempfänger sind neben Arbeitnehmern auch Beamte, Freiberufler, Selbstständi- ge, Mandatsträger. Auch Vermögende und deren Kapi- talerträge müssen in einem solidarischen Rentensystem

**Kurswechsel in der Rentenpolitik - Für eine solidari- sche Alterssicherung, die den Lebensstandard der Menschen sichert!**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antrags- kommission

herangezogen werden. Im neuen Rentensystem werden alle bisher bestehenden Alterssicherungssysteme zusammengeführt.

35 Bei der Umstellung auf das neue Rentensystem müssen insbesondere für Beamten und berufsständige Versorgungseinrichtungen angemessene Übergangsregelungen getroffen werden.

40 3. Das Rentensystem solidarisch finanzieren

- Das Solidarprinzip und damit die volle Parität zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil ist wieder herzustellen.
- Rentenbeiträge für Arbeitslose sind vollständig zu berücksichtigen und von der Arbeitslosenversicherung zu entrichten.
- Die Beitragsbemessungsgrenze muss entfallen, und die Höhe der Rentenbezüge muss zu Gunsten der Gesamtfinanzierung des neuen Rentensystems nach oben begrenzt werden.
- Statt Beitragssatzsenkungen: Aufbau einer Demographie-Reserve. Die Sicherung der Rentenzahlung ist durch den Aufbau einer Demografie-Reserve zu gewährleisten.
- Ergänzend zum Aufbau einer Demografie-Reserve muss ein demografiebedingter Kostenanstieg vorübergehend durch Bundeszuschüsse zur gesetzlichen Rentenversicherung erfolgen.

55

60 4. Das Niveau der gesetzlichen Rente anheben.  
Das Rentenniveau der gesetzlichen Rente muss schrittweise wieder angehoben werden, um einen angemessenen lebensstandardsichernden Rentenanspruch zu gewährleisten.

65 Als ersten Schritt ist das derzeitige Rentenniveau zu stabilisieren. Zeitnah muss in einem zweiten Schritt eine deutliche Anhebung erfolgen.  
Die Entwicklung der Renten in der Zukunft muss wieder der Entwicklung aller Einkünfte folgen. Der Altersvorsorgeanteil (AVA) aus der Rentenanpassungsformel muss ersatzlos gestrichen werden.

70

75 5. Solidarrente mit Höherbewertung niedriger Einkommen einführen  
Niedrige Einkommen müssen besser bewertet werden. Diese Solidarrente muss deutlich höher sein als das Sozialhilfeniveau (Grundsicherung).

80 6. Gleitende Übergänge in die Rente statt Rente mit 70  
Flexible Übergänge vom Arbeitsleben in den Ruhestand müssen gefördert werden.

7. Die Reform der Renten wegen Erwerbsminderung vollenden  
Renten wegen voller Erwerbsminderung sind künftig in

- 85 jedem Falle wieder ohne Abschläge zu gewähren. Die Berechnungsgrundlage für die Erwerbsminderungsrente soll das aktuelle Renteneintrittsalter des Versicherten sein.
8. Ausfallzeiten bei der Erwerbsbiografie besser bewerten
- Für Erziehungs- und Pflegeleistung (finanziert durch Pflegeversicherung) erhalten die erziehenden bzw. pflegenden Personen so viele Rentenpunkte zusätzlich zu ihrem Rentenanspruch, als hatzen sie in der Erziehungs- bzw. Pflegezeit Vollzeit gearbeitet.
  - Entsprechend erfolgt eine rentenrechtliche Bewertung von Aus- und Fortbildungszeiten.
9. Versicherungsfremde Leistungen solidarisch und gerecht über Steuermittel finanzieren.
- Es entspricht der rentenpolitischen Beschlusslage der SPD, alle versicherungsfremden, aber sozial notwendige Leistungen über das allgemeine Steueraufkommen zu finanzieren. Dazu gehören zum Beispiel: einheitliche Mütterrente, Ost-West Angleichung, Erziehungs- und Pflegeleistungen. Es darf keine Finanzierung dieser Leistungen über die Rentenbeiträge geben.

*Antragsbereich S/ Antrag 59*  
*Unterbezirk Fürstenfeldbruck (Landesverband Bayern)*

**Antrag zur Rentenpolitik**

Für jeden Menschen in der Bundesrepublik Deutschland muss der Anspruch gelten, auch im Alter ein gutes Leben führen zu können. Die Rente muss in ihrer Funktion als Lebensstandardsicherung im Alter erhalten bleiben. Die Bundesrepublik Deutschland hat dabei mit der umlagefinanzierten Rente ein bewährtes und international anerkanntes System, das es zu stärken gilt. Die private Vorsorge ist wenig effektiv und wird gerade von denjenigen nicht in Anspruch genommen, die es am dringendsten brauchen. Private Vorsorge hilft nur den großen Versicherungsunternehmen und ist als dritte Säule der Altersvorsorge gescheitert. Es gilt nun, die gesetzliche Rente zu stärken und sozial gerecht auszubauen. Mit folgenden Maßnahmen wollen wir die Rente stärken:

Mit gutem Lohn für gute Arbeit. Jeder sozialversicherungspflichtige Arbeitsplatz stärkt die Rentenversicherung und sorgt für eine bessere Versorgung im Alter. Die deutsche Lohnzurückhaltung, die teilweisen Reallohnsenkungen sowie die Ausbildung von ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen verscharfzen die Renteneinnahmeproblematik. Befristungsmöglichkeiten sowie die inzwischen weit verbreiteten atypischen Beschäftigungsverhältnisse sind drastisch einzuschränken.

**Antrag zur Rentenpolitik**  
zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- 25 Mit einer Neuregelung des Renteneintrittsalters – weg von der „Rente 67“.
- Die Rente 67 bewirkt erhebliche faktische Rentensenkungen, da der von den Arbeitnehmern abverlangten längeren Beschäftigung kein entsprechendes Stellenangebot gegenüber steht.
- 30 Die Rente mit 67 führt zudem zur Belastung jüngerer Beschäftigtengenerationen (z.B. Beförderungsstau). Grundsätzlich hat sich die 1916 eingeführte Rente 65 sich als Standard bewährt, der in vielen Industrieländern gilt. Die Rente mit 65 ist auch finanzierbar, wie mehrere rentenpolitische Konzepte – so auch das des Deutschen Gewerkschaftsbundes -eindrucksvoll belegt.
- 35 Wenige Industriestaaten haben sogar ein deutlich niedrigeres Renteneintrittsalter. Um das europäische Gleichgewicht zu wahren wäre eine gemeinsame europäische Regelung des Renteneintrittsalters sinnvoll.
- 40 Mit einer Versicherungsdauer von tatsächlich 38 bis 40 Jahren als Eintrittsgrenze für den abschlagsfreien Renteneintritt. Dies würde dem Umstand Rechnung tragen, dass immer mehr junge Menschen aufgrund ihrer Ausbildungssituation erst mit 24 bis 28 Jahren in eine versicherungspflichtige Beschäftigung eintreten können und
- 45 daher keine Chance mehr haben, die bisher geplanten 45 Beitragsjahre überhaupt zu erreichen. Zu-dem sind heute kontinuierliche Erwerbsbiographien in Vollzeitarbeit eher die Seltenheit und wurden in den letzten Jahren durch geringfügige Beschäftigung oder schlecht bezahlte Praktika ersetzt. Mit einer modifizierten Eintrittsgrenze würden letztlich auch Berufslaufbahnen Rechnung getragen, die zu erheblichem Verschleiß führen und den Betroffenen und keinerlei Chancen auf 45 Versicherungsjahre lassen.
- 50
- 55 Mit dem Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge bei Abschaffung der bisherigen Riestermodelle. Letztere sind erheblich steuersubventioniert. Letztendlich sind sie bereits gescheitert und haben zu erheblichen Einnahmeausfällen öffentlicher Kassen bei völlig ungenügenden Renditen geführt.
- 60 Mit einem armutssicherem Rentenniveau. 46 % reichen hier nicht aus. Ausgehend vom Grundsatz der Lebensstandardsicherung, nicht einer bloßen Existenzsicherung, ist ein bisheriges Niveau bei 51% unerlässlich.
- 65 Mit einer Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze. So tragen höhere Einkommen einen solidarischen Anteil an der Finanzierung der Rente. Darüber hinaus ist die Vollparität der Beiträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wiederherzustellen. Eine Staats- oder Zwischensubvention von Arbeitgeberbeiträgen nach Lebensaltern kann es im bewährten erhaltenswerten System nicht geben.
- 70 Rente ist Lebenslohn für Entgeltarbeit. Sie ist im Rah-

75 men der Eigentumsgarantie verfassungsrechtlich abgesichert. Weitere „versicherungsfremde“ Leistungen sind über den Bundeszuschuss aus Steuermitteln zu finanzieren. Hierbei wird es auf ein effizientes und gerechtes Steuersystem einschließlich der Substanzbesteuerung großer Vermögen und Erbschaften und Schenkungen ankommen. Abgeltungssteuern – etwa auf Kapitalerträge - sind weder gerecht, noch effizient oder zeitgemäß.

*Antragsbereich S/ Antrag 60*  
*Ortsverein Bieber (Bezirk Hessen-Süd)*

**Einführung einer Wertschöpfungsabgabe**

Wir fordern die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe nach dem österreichischen Modell zur Stabilisierung der Sozialkassen.

**Einführung einer Wertschöpfungsabgabe**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich S/ Antrag 61*  
*Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)*

**Rente mit 65**

Die SPD setzt sich für die Rückkehr zur Regelaltersgrenze 65 ein. Dies entspricht dem Bedürfnis der überwiegenden Mehrheit der Beschäftigten, der große Erfolg der Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren hat das belegt.

5

**Rente mit 65**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich S/ Antrag 62*  
*Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)*

**Rentenniveau bei 50 Prozent**

Die SPD ist gegen jede weitere Absenkung des Rentenniveaus und setzt sich für ein Niveau von mindestens 50 Prozent ein.

**Rentenniveau bei 50 Prozent**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich S/ Antrag 63*  
*Ortsverein Ammersbek (Landesverband Schleswig-Holstein)*

**Reform der betrieblichen Altersversorgung**

Im Entwurf des Leitantrages fehlen u.a. noch Positionen zur Reform der betrieblichen Altersversorgung. Im Regierungsprogramm sollte daher aufgenommen werden, sich bei der Reform der betrieblichen Altersversorgung auch dafür einzusetzen, dass eine betriebliche Altersver-

5

**Reform der betrieblichen Altersversorgung**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

sorgung nur dann vorliegt, wenn der Arbeitgeber zur Alterssicherung seines Arbeitnehmers Beiträge leistet. Eine reine Gehaltsumwandlung in Versicherungsbeiträge ist keine betriebliche Altersversorgung.

**Antragsbereich S/ Antrag 64**

*Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen*

*Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen*

*Arbeitsgemeinschaft 60plus*

**Rente und Altersvorsorge**

Die umlagefinanzierte und beitragsbezogene gesetzliche Rentenversicherung hat sich bewährt. Allerdings müssen die negativen Auswirkungen der vergangenen Rentenreformen auf das Rentenniveau, die Altersvorsorge langjährig Versicherter mit niedrigen eigenen Rentenanwartschaften, das Altersarmutsrisiko Erwerbsgeminderter sowie von Frauen überprüft und korrigiert werden. Darüber hinaus muss die gesetzliche Rentenversicherung auf die sich verändernden Erwerbsverläufe mit Brüchen in den Erwerbsbiographien und wiederholten Bildungsanstrengungen angepasst werden.

5

10

Eine weitere steuerliche Förderung der kapitalgedeckten Altersvorsorge wie „Riester“-Rente lehnen wir ab. Diese Form der Altersvorsorge kann höchstens eine zusätzliche Vorsorge zur ausreichenden gesetzlichen Rente sein. Eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters lehnen wir ab.

15

Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung stärken und zukunftsfest machen. Wir wollen, dass langjährig Versicherte sowie Versicherte, die wegen Kindererziehung oder der Pflege naher Angehöriger ihre Erwerbstätigkeit zeitweise reduziert haben, im Alter eine Rente oberhalb der Grundsicherung und dadurch keine Nachteile haben.

20

Deshalb fordern wir:

25

- die Finanzierung aller nicht durch Beiträge gedeckten Leistungen, wie Mütterrente, Ost-West-Angleichung usw. aus Steuermitteln
- die Einführung einer Solidarrente für langjährig Versicherte, die durch die Höherbewertung niedriger Einkommen (Rente nach Mindestentgeltpunkten) und die Einführung eines Alterseinkommensfreibetrages für alle Alterseinkünfte, ein Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherungsschwelle sicherstellt.

30

- bis zur Reform der Minijobs den derzeit möglichen individuellen Verzicht auf die Rentenversicherungspflicht bei niedrigen Einkommen zu streichen (Opt-out bei Minijobs beenden)

35

**Rente und Altersvorsorge**

zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission



Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- |    |   |
|----|---|
| 40 | <ul style="list-style-type: none"> <li>• bessere Bewertung von Pflegezeiten in der Rentenversicherung (finanziert durch Pflegeversicherung)</li> <li>• eine rentenrechtliche Bewertung von Aus- und Fortbildungszeiten sowie Zeiten des ALG II-Bezugs</li> <li>• die Abschaffung der Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten</li> </ul>   |
| 45 | <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung durch eine Wiederanhebung des Sicherungsniveaus auf mindestens 50%</li> <li>• die Abschaffung der sozialversicherungsfreien Entgeltumwandlung</li> <li>• Vertrauensschutz der bestehenden Verträge (Rieser und BAV)</li> </ul>  |
| 50 | <ul style="list-style-type: none"> <li>• die vollständige Mitnahmemöglichkeit bereits bestehender betrieblicher Altersvorsorge</li> <li>• die Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung für Zusatzbeiträge</li> </ul>   |
| 55 | <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung hin zu einer zukunftsfesten Erwerbstätigenversicherung, in die sofort alle Selbständige, Freiberufler usw. ohne ausreichende Altersvorsorge bzw. ohne Pflichtversicherungssystem, sowie Abgeordnete einbezogen werden. Mittelfristig sollen auch Beamt_innen, sowie Ärzt_innen und Rechtsanwäl_t_innen einbezogen werden.</li> </ul> |
| 60 | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorgezogene Beitragssatzanhebung (paritätisch) zum Aufbau einer Demografie-Rücklage</li> <li>• Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze</li> </ul>  |

## Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik (StW)

### Antragsbereich StW/ **Antrag 1**

Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd/Unterbezirk Oldenburg-Stadt (Bezirk Weser-Ems)

#### Höherer Spitzensteuersatz bei Senkung der Steuersätze im unteren Einkommensbereich

Der Bundesparteitag möge beschließen, Folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Die SPD wird den Spitzensteuersatz auf 49 % ab einem Einkommen von 250.000 € jährlich erhöhen. Dazu wird zwischen dem Beginn des jetzigen Spitzensteuersatzes von 42 % und dem Sprung auf 45 % bei 250.000 € (bisherige „Reichensteuer“) die reguläre Progression fortgesetzt. Gleichzeitig sind kleine und mittlere Einkommen zu entlasten, indem die Steuerkurve ab dem Eingangssteuersatz zunächst weniger steil ansteigt als bisher. Zudem ist die sogenannte „Kalte Progression“ abzuschaffen, die dafür sorgt, dass der Spitzensteuersatz sich infolge der allgemeinen Inflations- und Gehaltsentwicklung immer näher an normale Arbeitsentgelte heranschiebt. Dies soll erreicht werden, indem per Gesetz eine regelmäßige Neuberechnung der Steuersätze für alle Einkommen unter Berücksichtigung beider Entwicklungen vorgeschrieben wird. Ein individuelles Gehalt, das genau der allgemeinen Inflations- und Gehaltsentwicklung folgt, darf durch die Neuberechnung keinem höheren Steuersatz unterworfen werden als zuvor.

5  
10  
15  
20

#### Höherer Spitzensteuersatz bei Senkung der Steuersätze im unteren Einkommensbereich

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

### Antragsbereich StW/ **Antrag 2**

Ortsverein Ganderkesee (Bezirk Weser-Ems)

#### Gerechtes Steuersystem

Der Bundesparteitag möge beschließen, folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Um die finanzpolitische Schieflage in Deutschland, die sich durch ein weiteres auseinanderdriften zwischen Arm und Reich, sowie fehlende Investitionsmittel zur Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur, im Bildungssystem und im Gesundheitswesen etc. darstellt, zu korrigieren, sollen die fehlenden Investitionsmittel durch folgende Maßnahmen erbracht werden:

5  
10

- Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 53%
- Erhöhung der Erbschaftssteuer (Gesamtertrag 10%)
- Vermögenssteuer

#### Gerechtes Steuersystem

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- 15 • Erhöhung der Kapitalertragssteuer auf den individuellen Einkommenssteuersatz  
 • Finanztransaktionssteuer  
 Kleinere Einkommen sollen dagegen steuerlich entlastet werden. Die sog. „Kalte Progression“ soll abgeschafft werden.

**Antragsbereich StW/ Antrag 3**

*Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd/Unterbezirk Oldenburg-Stadt (Bezirk Weser-Ems)*

- |   |  |
|---|--|
| <p>5 <b>Angemessene Besteuerung von Kapitalerträgen</b><br/>         Der Bundesparteitag möge beschließen, Folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Kapitalerträge dürfen nicht weiterhin gegenüber Arbeitseinkommen steuerlich bevorzugt werden. Die pauschale Abgeltungssteuer ist daher abzuschaffen und durch eine Kapitalertragssteuer zu ersetzen, deren Höhe dem individuellen Einkommenssteuersatz entspricht. Gleichzeitig sind die Freibeträge pro Steuerpflichtigem auf 3.500 € im Jahr zu erhöhen, um durchschnittliche Einkommensbezieher*innen nicht über Gebühr zu belasten.</p> | <p><b>Angemessene Besteuerung von Kapitalerträgen</b><br/>         Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission</p> |
|---|--|

**Antragsbereich StW/ Antrag 4**

*Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd Unterbezirk /Oldenburg-Stadt (Bezirk Weser-Ems)*

- |   |   |
|---|---|
| <p>5 <b>Wiedereinführung der Vermögenssteuer</b><br/>         Der Bundesparteitag möge beschließen, Folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Die bis zum Jahr 1997 in Deutschland erhobene Vermögenssteuer wird wieder eingeführt. Als Bemessungsgrundlage der Vermögenssteuer sind die aktuellen Werte von Grund und Immobilien zu berücksichtigen. Die durch die Vermögenssteuer zu erzielenden steuerlichen Mehreinnahmen sind dem öffentlichen Kapitalstock zuzuführen, um für öffentliche Investitionen zur Verfügung zu stehen.</p> | <p><b>Wiedereinführung der Vermögenssteuer</b><br/>         Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission</p> |
|---|---|

**Antragsbereich StW/ Antrag 5**

*Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd/Unterbezirk Oldenburg-Stadt (Bezirk Weser-Ems)*

- |   |  |
|---|--|
| <p>5 <b>Erhebung einer Finanztransaktionssteuer</b><br/>         Der Bundesparteitag möge beschließen, Folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Auf alle Käufe und Verkäufe von Wertpapieren und Währungen aller Art, insbesondere auf alle spekulativen Finanzprodukte wie Derivate, ist eine Finanztransaktionssteuer zu erheben.</p> | <p><b>Erhebung einer Finanztransaktionssteuer</b><br/>         Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission</p> |
|---|--|

*Antragsbereich StW/ Antrag 6*  
*Ortsverein München Solln (Landesverband Bayern)*

**Transparenz bei gemeinnützigen Körperschaften**

Die Einnahmen und Ausgaben sowie die Vermögensbestände von gemeinnützigen Körperschaften mit jährlichen Einnahmen oder einem Vermögensbestand von mehr als 50.000 € werden jährlich im Internet veröffentlicht.

5

**Transparenz bei gemeinnützigen Körperschaften**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 7*  
*Ortsverein Köln-Ehrenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Für eine gerechte Steuerpolitik**

Arbeit, Anstrengung und Fleiß lohnen sich für viele Menschen in Deutschland nicht mehr. Schulerfolg und Bildungslaufbahn hängen mehr als sonst irgendwo in Europa vom Einkommen der Eltern ab. Trotz guter Ausbildung oder Studium finden immer weniger einen sicheren und angemessen bezahlten Einstieg in den Beruf. Insbesondere Familien und vor allem Alleinerziehende sind von Armut bedroht und die Zahl der Wohnungslosen nimmt in letzter Zeit auch wegen deutlich steigender Mieten stark zu. Die Kommunen verfügen nicht über die ausreichenden Mittel um die kulturellen und sozialen Daseinsvorsorge aufrecht zu erhalten und in die Infrastruktur vor Ort zu investieren. Mit dem Mindestlohn, der Rente mit 63 und der Regulierung von Leih- und Zeitarbeit haben wir in der aktuellen Legislaturperiode wichtige Schritte unternommen, um den sozialen Zusammenhalt in Deutschland wieder herzustellen. Klar ist aber auch, dass für zusätzliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Wohnungsbau mehr Geld in die Hand genommen werden muss. Deshalb setzen wir uns für eine gerechte Steuerpolitik mit folgenden Kernpunkten ein:

5

10

15

20

25

30

1. Eigentum verpflichtet. Die großen Vermögen in Deutschland müssen endlich wieder an der Finanzierung des Sozialstaats beteiligt werden. Deshalb setzen wir uns für die Wiedereinführung der **Vermögenssteuer** für besonders große Vermögen in Form einer direkten Substanzbesteuerung oder zusätzlichen Ertragsbesteuerung ein.
2. Reichtum wird in Deutschland vererbt und nicht durch Leistung erworben. Wir wollen, dass auch der Staat durch den diese Vermögen entstehen konnten durch eine angemessene **Erbschaftssteuer** an

**Für eine gerechte Steuerpolitik**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- 35 großen Erbschaften partizipiert. Ausnahmeregelungen für Unternehmer die Arbeitsplätze erhalten lehnen wir ab und setzen uns stattdessen für eine stille Beteiligung des Staates an vererbten Unternehmen ein, die durch die Erben wieder erworben und erst nach einigen Jahren durch den Staat veräußert an Dritte werden können.
- 40
3. Das **Ehegattensplitting** zementiert die ungleiche Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Frauen und Männern und unterstützt vor allem kinderlose Ehen, nicht aber Alleinerziehende, eingetragene Lebenspartnerschaften oder zusammenlebende Eltern. An Stelle des Ehegattensplittings soll als verfassungskonforme Lösung eine Individualbesteuerung der Partner mit einem zweiten übertragbaren Grundfreibetrag treten.
- 45
4. Die Progression des Einkommenssteuertarifs endet bereits bei rund 53.000 Euro Jahreseinkommen und belastet damit mittlere Familieneinkommen in gleichem Maße wie Dax-Vorstände. Die **Reichensteuer** entfaltet mit 3%-Punkten ab 250.000 Euro Jahreseinkommen kaum Wirkung. Wir wollen hohe Einkommen stärker zur Finanzierung des Sozialstaats heranziehen und daher die Reichensteuer deutlich anheben.
- 50
5. Eine Versteuerung von Kapitalerträgen im Rahmen der Einkommenssteuer statt durch die bisherige pauschale **Kapitalertragssteuer**, um auch hier hohe Einkommen wieder stärker in die Verantwortung zu nehmen.
- 55
6. Die Einführung einer europäischen **Börsenumsatzsteuer** nach dem Ausscheiden von Großbritannien aus der EU.
- 60
- 65

70 Mit dieser Steuerpolitik und den damit möglichen Investitionen in den Sozialstaat schaffen wir die Grundlage für nachhaltiges Wachstum und Gerechtigkeit. Es gibt klare Prioritäten, die den aufgezeigten wirtschaftspolitischen Zielen und finanziellen Handlungsspielräumen im Rahmen unseres Steuer- und Finanzkonzeptes folgen:

75 An erster Stelle stehen Investitionen in Bildung und die Stärkung der sozialen und kulturellen Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. Wichtig sind auch die Stärkung der Binnennachfrage durch eine gerechtere Lohn- und Einkommensentwicklung sowie die Investitionen in Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Energiewende.

80

*Antragsbereich StW/ Antrag 8*  
*Unterbezirk Bremen-Nord (Landesorganisation Bremen)*

**Einheitlicher Steuersatz für Einkünfte aus Arbeit wie auch aus Kapital**

Einkünfte aus Kapital und Einkünfte aus Arbeit müssen gleich behandelt werden!

**Einheitlicher Steuersatz für Einkünfte aus Arbeit wie auch aus Kapital**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 9*  
*Bezirk Hessen-Süd*

**Steuern und Gerechtigkeit**

Ein Steuersystem muss dem Gerechtigkeitsempfinden der breiten Masse der Bevölkerung gerecht werden, die Finanzierung des Staates sicherstellen und gleichzeitig vereinfacht werden. Kernelemente eines solchen Steuersystems sind:

- 5
1. Eine Einkommensteuer als Hauptsäule des Steuersystems
    - a. Keine Differenzierung nach Einkommensarten, der Steuersatz steigt mit dem Einkommen progressiv an
    - 10 • b. Absenken der Umsatzsteuer und Kompensation über Anhebung des Spitzensatzes
    - c. Der Steuerfreibetrag wird beibehalten
    - d. Abzugsmöglichkeiten für Kinder, pflegebedürftige Verwandte und andere besondere Belastungen
    - 15 • e. Berücksichtigung von Werbungskosten
    - f. Abschaffung des sog. „Ehegatten-Splittings“
    - g. deutliche Milderung / Abschaffung der kalten Progression
  - 20 2. Eine Erbschaftsteuer (und Schenkungsteuer) zur Umverteilung, die ein Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich verhindert
    - a. Höchsterbschaften ab einem Freibetrag von 1 Mio. EUR durch einen deutlich höheren Steuersatz.
    - b. Differenzierung nach Familiengrad
    - c. Unternehmen soll die Wahl zwischen zwei Alternativen gelassen werden:
      - 25 ○ i. Die Möglichkeit für kleine bis mittelständische Familienbetriebe, eine anfallende Steuerlast in Raten über bis zu 20 Jahre gestückelt an den Staat zu entrichten. Dabei ist der Zins für Staatsanleihen zu Grunde zu legen.
      - 30 ○ ii. Der Staat erhält eine stille Beteiligung am Unternehmen in Höhe der Steuerlast. Als stiller Teilhaber erhält er eine Beteiligung an der Gewinnausschüttung. Die Erben können den Staat über die Zeit entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit ausbezahlen und damit wieder Volleigentümer werden.
      - 35
  2. Indirekte Steuern hauptsächlich als Lenkungssteuern

**Steuern und Gerechtigkeit**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 40 • a. Eine echte Emissionsteuer auf europäischer Ebene, die zwar an den Energieträgern anknüpft, die aber vorrangig deren negativen Umweltauswirkungen betrachtet (alternativ: ausreichend verknappte Umweltzertifikate)
- b. Eine europäische Finanzmarkttransaktionssteuer
- 45 • c. Ferner: Alkohol- und Tabakbesteuerung
- d. Die Absenkung der Umsatzsteuer und aller weiteren nicht positiv in einem entsprechenden Gesetz ausgenommen Verbrauchssteuern

Mithin gibt es drei Ziele bei der Steuererhebung:

- 50 1. Das Einnahmeziel: Die vom Staat benötigten Einnahmen erzielen
- 2. Das (Um-)Verteilungsziel: Gesellschaftliche Umverteilung (von oben nach unten)
- 3. Das Lenkungsziel: Durch Steuern gewünschtes Verhalten hervorrufen, volkswirtschaftliche Kosten berücksichtigen u.ä.
- 55 Diese Ziele sind mit dem Leistungsfähigkeitsprinzip und dem Einfachheitsziel zu verknüpfen. Ein reformiertes Steuersystem soll stärker an direkten Steuern ausgerichtet sein.

*Antragsbereich StW/ Antrag 11*

*Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd/Unterbezirk Oldenburg-Stadt (Bezirk Weser-Ems)*

**Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht**

Der Bundesparteitag möge beschließen, Folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Steuerhinterziehung und Steuerflucht müssen auf nationaler und auf EU-Ebene entschlossen bekämpft werden. Legale Möglichkeiten – vor allem von Konzernen –, sich ihren inländischen Steuerzahlungen durch Flucht in ausländische Steueroasen – selbst in andere EU-Staaten – zu entziehen, müssen durch EU-weite Mindeststeuersätze für Unternehmen wie vermögende Bürger\*innen ausgeschlossen werden. Kapitalflucht muss und kann auf Grundlage des BEPS-Aktionsplans der OECD verhindert werden.

5  
  
  
  
  
  
  
  
  
  
10

**Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 12*

*Unterbezirk Ennepe-Ruhr (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Deutschland: gerechter!**

Die Politik der letzten Jahre und Jahrzehnte hat dazu geführt, dass unsere Gesellschaft ungerechter geworden ist. Ob im Hinblick auf die Verteilung von Einkom-

**Deutschland: gerechter!**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

5 men und Vermögen, die Chancen zum sozialen Aufstieg durch Bildung oder die Partizipationsmöglichkeiten aller sozialen Schichten an der Zivilgesellschaft, in jedem Bereich des öffentlichen Lebens hat die Ungleichheit sowie die räumliche Trennung von armen und reichen Bevölkerungsgruppen (Segregation) zugenommen, sowohl in der subjektiven Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger als auch mit Blick auf die objektiv messbaren Kennzahlen.

15 Die SPD muss wieder Vorreiter sein, um eine gerechtere Gesellschaft zu bauen, in der die Kluft zwischen Arm und Reich wieder verringert wird anstatt immer weiter auseinander zu driften, in der Kinder nicht nach den Abschlüssen oder Finanzen ihrer Eltern beurteilt und gefördert werden, sondern nach ihren eigenen Talenten und in der es eine breite Mittelschicht mit Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen gibt, anstatt eine immer tiefer gespaltene Gesellschaft mit einem verfestigten Bodensatz komplett abgehängter Schichten.

25 Dazu müssen endlich wirkungsvolle Maßnahmen in allen Feldern politischen Handelns ergriffen werden, die geeignet sind, diese seit Ende der 1990er Jahre anhaltende Fehlentwicklung umzukehren. Zentrale Botschaft der SPD im Bundestagswahlkampf 2017 und Grundbedingung für eine spätere eventuelle Regierungsbeteiligung muss die Umsetzung einer gerechteren, gleicheren und gemeinwohlorientierteren Gesellschaftsordnung sein.

35 Politische Aktionen, die auf die Verringerung des Unterschiedes zwischen Arm und Reich abzielen, sind außerdem in der Bevölkerung dringend gewünscht. In einer aktuellen Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung („Wachsende Ungleichheit als Gefahr für nachhaltiges Wachstum“) werden Maßnahmen wie steuerliche Entlastung von niedriger bzw. steuerlicher Mehrbelastung von hohen Einkommen und Vermögen mit Zustimmungswerten von deutlich über 70 Prozent geführt. Dies gilt, mit Variationen auf hohem Niveau, für sämtliche Bildungs- und auch Einkommensgruppen, sodass auch die einkommensstärksten Befragten zu gut 70 Prozent höhere Steuern auf ihr eigenes Einkommen befürworten.

45 Das läuft falsch in Deutschland

50 Führende Soziologen wie der Darmstädter Elitenforscher Michael Hartmann warnen bereits seit Jahren vor der ständig zunehmenden Absetzbewegung nicht nur der wirtschaftlichen Eliten des Landes. In seinen Untersuchungen konnte der Sozialwissenschaftler wiederholt zeigen, dass sich Eliten gerade in der Wirtschaft – aber auch in Verwaltung, Medien oder Justiz – immer wieder



55 selbst reproduzieren. Die Chefs von heute sind also  
meist die Kinder der Chefs von gestern. Dies belegen die  
zahlreichen Untersuchungen des Soziologen auch quantita-  
60 tiv: in einer vergleichenden Untersuchung des Karriere-  
wegs von 6.500 Promovierten der Rechts- Wirtschafts-  
und Ingenieurwissenschaften konnte er zeigen, dass  
die Chancen auf einen Chefposten in hohem Maße von  
der sozialen Herkunft der Doktoren (also der Inhaber des  
höchsten Bildungsabschlusses in Deutschland) abhin-  
gen.

65 Von den Promovierten aus der Arbeiterklasse und der  
Mittelschicht hat es nur ungefähr jeder Elfte bis in die  
Chefetage geschafft. Bei einer sozialen Herkunft aus  
dem gehobenen Bürgertum jeder Achte. Und wer aus  
dem Großbürgertum stammt, hat bereits eine Chance  
70 von eins zu vier, einmal Chef zu werden. Ebenfalls zei-  
gen Hartmanns Untersuchungen, dass gerade dieser  
regelrecht „vererbte“ Elitenstatus, der mit der frühen  
Gewöhnung an Reichtum und Einfluss einhergeht, eine  
weitere Segregation der Gesellschaft nach sich zieht.  
75 Während heutige Firmeninhaber, Geschäftsführer oder  
Vorstände, die aus dem Großbürgertum stammen und  
somit bereits als Kinder großen Reichtum erlebt haben,  
zu fast drei Vierteln eine Abneigung gegen höhere Steu-  
ern zur solidarischen Finanzierung des Gemeinwesens  
80 in Deutschland haben, befürworten mehr als die Hälfte  
solcher „Eliten“, die in Arbeiterfamilien oder der Mittel-  
schicht herangewachsen sind, höhere Steuern im Ge-  
genzug für ein ausgeglicheneres Sozialsystem.

85 Seit einiger Zeit stimmen in diesen Kanon nicht nur  
andere Sozialwissenschaftler mit ein, sondern auch  
immer mehr Ökonomen konstatieren eine frappierende  
Ungerechtigkeit in Deutschland und warnen teils vehe-  
ment vor den gesellschaftlichen Verwerfungen, die die  
Folge davon sein können. Marcel Fratzscher, Direktor  
90 des Deutschen Instituts für Wirtschaft, schlägt in sei-  
nem aktuellen Buch drastisch Alarm indem er feststellt,  
dass kaum ein anderes industrialisiertes Land eine so  
geringe Chancengleichheit aufweist wie Deutschland.  
So hat ein Arbeiterkind je nach Bundesland eine bis zu  
95 sechsmal geringere Chance auf das Abitur als das Kind  
eines Beamten. Und trotz der weitgehenden Abschaf-  
fung von Studiengebühren in ganz Deutschland hängt  
der erfolgreiche Abschluss eines Studiums heute so  
stark wie nie zuvor vom Geldbeutel der Eltern ab. Dass  
100 dieser sehr ungleichmäßig gefüllt ist, zeigen die aktuel-  
len Zahlen des OECD-Sozialberichtes für das Jahr 2015.

Demnach besitzen die reichsten 10 Prozent der deutschen Haushalte 60 Prozent des Nettovermögens, wohingegen die gesamte ärmere Hälfte praktisch kein Vermögen ihr Eigen nennt. Erstmals konnte hier auch belegt werden, dass eine wachsende ökonomische Ungleichheit die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes nachhaltig beeinträchtigt. Die OECD beziffert das Wachstumsdefizit aufgrund der großen Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland auf 4,7 Prozent zwischen 1990 und 2010. Anders ausgedrückt: das deutsche Sozialprodukt könnte heute um rund 83 Mrd. US-Dollar pro Jahr höher sein, hätte unsere Volkswirtschaft nicht mit den schädlichen Nebenwirkungen der immer größeren Ungleichheit zwischen Arm und Reich zu kämpfen. Um eine dauerhaft funktionierende, gerechte und prosperierende Gesellschaft zu erhalten, müssen demnach vier Kernprobleme überwunden werden:

1. Die Ungleichheit sowohl beim Einkommen als auch bei den Vermögen muss effektiv verringert werden.
2. Die starke Anhängigkeit des Bildungswesens vom Bildungsstand bzw. sozialem und ökonomischen Status der Eltern muss aufgebrochen werden.
3. Die Durchlässigkeit der deutschen Gesellschaft, also der Chancen für einen sozialen Aufstieg in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, muss erhöht werden, so dass sich Eliten nicht automatisch selbst reproduzieren, sondern Führungspositionen in der Gesellschaft nach Leistung vergeben werden.
4. Eine derzeit vorhandene, weitgehend verfestigten Bevölkerungsschicht, die praktisch von allen Bereichen des sozialen Lebens abgehängt ist und deren Kinder nur eine minimale Chance auf einen Aufstieg haben, muss wieder an die Mitte der Gesellschaft herangeführt werden.

Deutschland: gerechter – aber wie?  
 In Deutschland wie auch den meisten anderen Ländern Europas ist die Sozialdemokratie diesen drängenden Problemen lange Zeit aus dem Weg gegangen, hat sie ignoriert oder durch eigenes Regierungshandeln sogar noch befördert. Dies hat zu einem tiefen Misstrauen bzw. zu einer grundlegenden Gleichgültigkeit der Menschen gegenüber sozialdemokratischen Parteien in Europa im Allgemeinen und der SPD im Besonderen geführt. Der SPD wird schlicht nicht mehr zugetraut, etwas gegen soziale Ungleichheit oder Ungerechtigkeit innerhalb der Zivilgesellschaft unternehmen zu wollen, geschweige denn diesen Willen – so er denn überhaupt für bare Münze genommen wird – in die Tat, also akti-

ves Regierungshandeln, umzusetzen.

Die Wirkmacht von Politik, besonders sozialdemokratischer Politik, ist damit grundsätzlich in Frage gestellt. Daher müssen wir mit umso entschlosseneren Maßnahmen und umfassenden Handlungskonzepten das Primat der Politik im Hinblick auf die grundlegende Organisation bzw. das Funktionieren unserer Gesellschaft durchsetzen. Nur durch tiefgreifende Umsteuerungen in der Sozial- und Fiskalpolitik kann es gelingen, eine weitere Segregation unserer Gesellschaft in Reich und Arm, privilegiert und abgehängt, gebildet und aussortiert zu verhindern bzw. wieder zu einer stärker mittenzentrierten Gesellschaftsordnung zu kommen. Ein bloßes Justieren einzelner Stellschrauben ist nicht mehr ausreichend dazu, es müssen vielmehr grundlegende Reformen im Sozial- und Steuerrecht dafür sorgen, dass Deutschland wieder ein Land der Aufsteiger wird anstatt ein Tummelplatz althergebrachter Geldeliten und marktradikaler Globalisierungsgewinner zu sein. Ein derartiger Umbau geht daher zwangsläufig mit einer deutlich stärkeren Umverteilung von Einkommen und Vermögen einher, die einerseits die fiskalischen Fehlentwicklungen der letzten beiden Jahrzehnte korrigiert und andererseits dadurch die Mittel bereit stellt, in eine Zukunft der Talente zu investieren anstatt eine Gegenwart der Privilegien zu zementieren. Dies bedeutet im Einzelnen:

1. Die Progressionsstufen der Einkommensteuer müssen ausgebaut werden. Der derzeitige reguläre Spitzensteuersatz von 42 Prozent wird bereits ab einem jährlichen Einkommen von 53.666 Euro fällig, was z. B. dem Gehalt eines erfahrenen Facharbeiters in Industrie- oder Automobil-Betrieben entspricht. Eine weitere Progressionsstufe („Reichensteuer“, 45 Prozent) wird erst ab einem Einkommen von mehr als einer Viertelmillion Euro fällig. Hier besteht somit Korrekturbedarf: Der reguläre Spitzensteuersatz kann nicht bereits für einen Facharbeiter greifen, es müssen also weitere Progressionsstufen in den Einkommensteuertarif eingezogen werden. Die sog. „Reichensteuer“ ab einer Viertelmillion Euro Jahreseinkommen ist dann entsprechend mit einem Steuersatz von deutlich über 50 Prozent anzusetzen. Die so gewonnenen Einkünfte durch die stärkere Besteuerung hoher Einkommen sollten insbesondere verwendet werden, um Ungerechtigkeiten des Einkommensteuertarifs wie den bekannten „Mittelstandsbauch“, also die überproportional starke Zunahme des Steuersatzes für bestimmte Einkommensgruppen, zu korrigieren.
2. Die seit dem Jahr 1997 ausgesetzte Vermögenssteuer muss als Mittel der Umverteilung wieder erhoben werden. Die dazu getroffene Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes erlaubt ausdrücklich die Besteuerung von Vermögen, sofern sie regelmäßig aus den zu erwartenden Erträgen („Soller-

200 trügen“) des Vermögens bestritten werden kann. Dies schließt explizit auch einen gewissen Grad an Substanzbesteuerung ein, sofern dies nur temporär, etwa während einer Wirtschaftskrise, der Fall ist. Da das Anhäufen großer Geldvermögen – im Gegen-

205 – nicht dem wirtschaftlichen Wohlergehen einer Volkswirtschaft dienlich ist, die im Gegenteil auf die Zirkulation von Geldmitteln angewiesen ist, darf der bloße Erwerb und langfristige Besitz von Reichtum auch gesellschaftlich nicht das akzeptierte Maß für Ansehen und Einfluss sein. Es ist daher nur folgerichtig, wenn große Vermögen mit einer Steuer belegt werden, die im Zweifel auch so hoch ist, dass die Vermögenssubstanz bei bloßer Verwaltungstätigkeit abschmilzt. Die dadurch entstehende Umverteilung trägt wiederum zum volkswirtschaftlichen Wachstum bei.

210

215 3. Eine Sonderstellung in der Diskussion um Vermögenseinkünfte nimmt regelmäßig die von Peer Steinbrück eingeführte pauschale Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge in Höhe von 25 Prozent ein. Bei ihrer Einführung vor ca. zehn Jahren war dies ein Versuch, Steuerbetrug durch Verlagerung von Kapital ins Ausland einzudämmen. Da jedoch in den vergangenen Jahren wesentliche Fortschritte beim automatischen Austausch von Steuerdaten mit vielen als „Steuerparadies“ geltenden Ländern wie etwa Österreich, der Schweiz und Luxemburg gemacht wurden, ist dieses Instrument nicht mehr zeitgemäß. Eine Abschaffung der pauschalen Besteuerung von Kapitalerträgen – mutmaßlich weit unter dem typischen Satz des Steuerpflichtigen für Einkommen etwa aus Erwerbsarbeit – ist somit zwingend geboten. Es sollten vielmehr die Steuersätze des regulären Einkommensteuertarifes auch für Kapitalerträge Anwendung finden.

220

225

230 4. Die immer weiter voranschreitende Globalisierung hält neben vielen anderen auch Herausforderungen für das Steuerrecht bereit. Insbesondere eröffnen sich multinational operierenden Unternehmen Möglichkeiten, Gewinne aus ihrer Tätigkeit in Hochsteuer-Ländern in solche Länder mit deutlich niedrigeren – oft auch gar keinen – Steuern auf bestimmte Arten von Gewinnen zu verlagern. Dieses Finanzgebaren großer Konzerne ist nicht nur ein Problem für die Haushalte von Ländern wie Deutschland (hier gehen dem Fiskus durch „Steuroptimierung“ nach Schätzungen des DIW jährlich 30 Mrd. Euro verloren), es stellt auch eine enorme Lücke im Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger dar und ist ein unlauterer Wettbewerbsvorteil gegenüber mittelständischen Unternehmen, die diese ausufernden Möglichkeiten zur Steuergestaltung nicht nutzen können oder auch wollen. Daher sind neben nationaler Gesetzgebung

235

240

245

250 zwingend Initiativen auf europäischer Ebene und darüber hinaus notwendig, um Schlupflöcher effektiv zu schließen. Das Bekanntwerden der sogenannten „Panama-Papiere“ zeigt deutlich die Notwendigkeit einer solchen transnationalen Initiative für mehr Steuergerechtigkeit. Auch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist dringend geboten.

255 Erbschaftsteuer gerecht ausgestalten – Aufkommen erhöhen und Arbeitsplätze erhalten  
Die Bundesregierung hat am 20. Juni 2016 einen Vorschlag zur durch das Bundesverfassungsgericht geforderten Reform der Erbschaftssteuer gemacht.

260 Diesen Vorschlag betrachten wir als unzureichend, denn die vom BVerfG monierte übergebührlige Bevorzugung von Firmenerben wird nicht hinreichend stringent geregelt sondern unter dem pauschalen Verweis auf die Sicherung von Arbeitsplätzen, jedoch ohne jeden Beleg dafür, nur unwesentlich korrigiert. Wir bitten die MdBs des Ennepe-Ruhr-Kreises daher eindringlich, diesem faulen Kompromiss ihre Zustimmung im Deutschen Bundestag zu versagen.

265 Wir fordern eine Reform der Erbschaftssteuer, die ihre Funktion als Umverteilungsinstrument für leistungsloses Einkommen und damit ihrem Anspruch als einer der wichtigsten Ausgleichsmechanismen unserer Gesellschaft gerecht wird. Für eine Novelle der Erbschaftssteuer müssen daher folgende Punkte erfüllt werden:

270

- Die bisher geltenden Freibeträge für Verwandte in direkter Linie sowie selbstgenutztes Wohneigentum entfallen. Stattdessen wird ein Freibetrag von einer Million Euro pro Erblasser festgeschrieben, der von diesem nach eigener Entscheidung testamentarisch auf seine Erben ohne Rücksicht auf etwaige verwandtschaftliche Verhältnisse verteilt werden kann. Erfolgt dies nicht, so ist sämtliches vererbtes Vermögen voll steuerpflichtig.

275

- Die großzügigen Ausnahmen von der Besteuerung für vererbtes Betriebsvermögen müssen – entsprechend den Vorgaben des BVerfG – stringenter geregelt werden. Natürlich besitzt der Erhalt von Arbeitsplätzen für uns hohe Priorität, jedoch darf er nicht als Totschlagargument herhalten, um jegliche Besteuerung von Betriebsvermögen zu verhindern. So fallen nach der aktuellen Regelung lediglich für Unternehmen mit einem Wert jenseits von 26 Millionen Euro überhaupt Steuern an, das entspricht gerade einmal zwei Prozent der Fälle. Hier kann die Steuerbasis deutlich verbreitert werden, ohne Arbeitsplätze zu gefährden. Ebenfalls könnten, stärker als heute, Steuerzahlungen über mehrere Jahre gestreckt werden anstatt in einer Summe eingefordert zu werden. So ist eine gerechte Besteuerung bei gleichzeitigem wirtschaftlichem Fortbestehen des vererbten Betriebs leichter realisierbar. effektiv bekämpft werden.

285

290

295

- 300 • Auch gängige Missbrauchs-Modelle, bei denen etwa private Wertgegenstände wie Immobilien, Wertpapierdepots oder Sammlungen kurzerhand zum Firmenvermögen hinzugezählt werden, um der Besteuerung zu entgehen, müssen effektiv bekämpft werden.

Was wir erreichen wollen

305 Die Mär vom „schlanken Staat“ ist endgültig entzaubert: Die Entwicklung der deutschen Zivilgesellschaft über die letzten zwei Jahrzehnte hinweg hat deutlich gemacht, dass eine immer stärkere Selbstentmachtung von Politik und Staat, getrieben durch eine neoliberale Ideologie von niedriger Staatsquote und von Austerität, nicht zum Wohle des ganzen Volkes beiträgt, sondern im Gegenteil nur einer kleinen, privilegierten Gruppe nützt während ein immer größerer Bevölkerungs-Anteil aus der Mehrheitsgesellschaft komplett ausgeschlossen wird.

315 Das durch die o.g. Maßnahmen zusätzlich zur Verfügung stehendes Geld muss daher in die Stärkung staatlicher Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit investiert werden. Diese macht sich an drei zentralen Punkten fest:

- 320 • Wie wir das grundsätzliche Wohlergehen eines jeden Einzelnen so weit absichern, dass die größten Lebensrisiken durch einen funktionierenden Sozialstaat generationenübergreifend aufgefangen werden und so auch die Schwächsten einen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft haben.
- 325 • Wie wir unsere Kinder ausbilden, damit sie ein selbstbestimmtes Leben nur geleitet durch ihre Talente, nicht ihre Herkunft, führen können.
- 330 • Wie wir unser Land mit seinen Städten, Verkehrswegen und Versorgungseinrichtungen erhalten und weiter ausbauen anstatt „von der Substanz“ zu leben und so die Zukunft bereits heute aufzuzehren.
- 335 • Wie wir Recht und Gesetz durchsetzen, sodass alle Menschen in Deutschland sicher leben können und die öffentliche Ordnung sowie die Justiz dauerhaft dem Gerechtigkeitsempfinden der Menschen entspricht.

Deshalb müssen die folgenden Forderungen in das Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 aufgenommen und zu zentralen Bedingungen für etwaiges Regierungshandeln bis 2021 werden:

- 340 1. Die Progressionsstufen der Einkommensteuer müssen ausgebaut werden um Ungerechtigkeiten im Steuersystem zu korrigieren. Der reguläre Spitzendatz darf nicht bereits beim Gehalt eines erfahrenen Facharbeiters greifen, es müssen weitere Stufen eingebaut werden. Die sog. „Reichensteuer“ ab einer Viertelmillion Euro Jahreseinkommen ist mit einem Steuersatz von deutlich über 50 Prozent anzusetzen.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

2. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Mittel der Umverteilung unter Berücksichtigung eines Schutzes für Betriebsvermögen.
- 350 3. Die Abschaffung der pauschalen Besteuerung von Kapitalerträgen und dafür die Einführung der Steuersätze des regulären Einkommensteuertarifes auch für Kapitalerträge unter Beibehaltung des Sparerfreibetrages.
- 355 4. Eine internationale Initiative für mehr Transparenz in der internationalen Finanzwirtschaft und für mehr Steuergerechtigkeit, so dass sich weltweit operierende Konzerne keine Schlupflöcher mehr zunutze machen können, die den öffentlichen Haushalten dringend benötigte Mittel vorenthalten und einen unfairen Wettbewerbsvorteil gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen darstellen.
- 360 5. Die Einführung eine Finanztransaktionssteuer über möglichst viele Finanzplätze hinweg.
6. Die Erbschaftssteuer muss novelliert werden und muss ihrer Funktion als Umverteilungsinstrument für leistungslose Einkommen gerecht werden.

*Antragsbereich StW/ Antrag 13*  
*Ortsverein M-Olympiadorf (Landesverband Bayern)*

**Abgabepflicht - als quasi Steuerzuschuss zum System der Sozialversicherung - für Roboter, vergleichbare Maschinen und digitale Techniken im Produktions und Dienstleistungssektor**

- In zunehmenden Maße werden Roboter, vergleichbare Maschinen und digitale Techniken im Produktions- und Dienstleistungssektor eingesetzt um menschliche Arbeitskraft zu ersetzen. Für die Betreiber dieser, die menschlichen Arbeitsplätze verdrängenden Maschinen und Techniken, soll eine Abgabepflicht eingeführt werden, welche wie ein Steuerzuschuss dem System der Sozialversicherung zugute kommt. Diese Abgaben sollen an der mit diesen Robotern erzielten Wertschöpfung oder einem fiktiven "Stundenlohn" bemessen werden.
- 5
- 10

**Abgabepflicht - als quasi Steuerzuschuss zum System der Sozialversicherung - für Roboter, vergleichbare Maschinen und digitale Techniken im Produktions und Dienstleistungssektor**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 14*  
*Ortsverein M-Olympiadorf (Landesverband Bayern)*

**Erhöhung des Quellensteuerabzugs auf 30%**

- Dass die in Deutschland erhobene Quellensteuer bei Kapitaleinkünften als Abgeltungsteuer erhoben wird, empfinden gerade viele Arbeitnehmer als ungerecht. Da aber eine Abschaffung des Abgeltungsprinzips wieder zu Steuertricksereien und somit zu Mindereinnahmen führen würde, sollte stattdessen umgehend eine Erhö-
- 5

**Erhöhung des Quellensteuerabzugs auf 30%**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

hung des %-Satzes von 25 % auf 30 % vorgenommen werden.

**Antragsbereich StW/ Antrag 15**

*Unterbezirk Mülheim Ruhr (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Wiedereinführung der Vermögenssteuer**

Die Vermögenssteuer soll wiedereingeführt werden. Bei der Einkommensteuer wird der Grenzsteuersatz von 45 % auf mindestens 49 % angehoben.

**Wiedereinführung der Vermögenssteuer**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich StW/ Antrag 16**

*Ortsverein M-Olympiadorf (Landesverband Bayern)*

**Erhöhung des Sparerfreibetrags**

Der Sparerfreibetrag von derzeit 801 Euro p.P. soll auf 1.260 Euro erhöht werden. Dies erspart Arbeitnehmern, deren Steuersatz unter dem der Quellensteuer liegt, die zuviel einbehaltene Kapitalertragssteuer erst durch eine Steuererklärung/-ausgleich wieder zurück zu fordern.

**Erhöhung des Sparerfreibetrags**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich StW/ Antrag 17**

*Unterbezirk Mülheim Ruhr (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Finanztransaktionssteuer**

Auf Finanzmarktgeschäften wird eine Finanztransaktionssteuer von 0.1 Prozent erhoben.

**Finanztransaktionssteuer**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich StW/ Antrag 18**

*Landesverband Berlin*

**Gleiche Besteuerung**

Die Einkünfte aus Erwerbstätigkeit und Erträge aus Kapitalanlagen sind gleich zu besteuern.

**Gleiche Besteuerung**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

**Antragsbereich StW/ Antrag 19**

*Unterbezirk Mülheim Ruhr (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Besteuerung von Kapitaleinkünften**

Kapitaleinkünfte sollen wie Einkünfte aus der Erwerbstätigkeit mit dem individuellen Einkommensteuersatz besteuert werden.

**Besteuerung von Kapitaleinkünften**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission



*Antragsbereich StW/ Antrag 20*  
*Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Für eine gerechte Steuerpolitik**

**Für eine gerechte Steuerpolitik**

Arbeit, Anstrengung und Fleiß lohnen sich für viele Menschen in Deutschland nicht mehr. Schulerfolg und Bildungslaufbahn hängen mehr als sonst irgendwo in Europa vom Einkommen der Eltern ab. Trotz guter Ausbildung oder Studium finden immer weniger einen sicheren und angemessen bezahlten Einstieg in den Beruf. Insbesondere Familien und vor allem Alleinerziehende sind von Armut bedroht und die Zahl der Wohnungslosen nimmt in letzter Zeit auch wegen deutlich steigender Mieten stark zu. Die Kommunen verfügen nicht über die ausreichenden Mittel um die kulturellen und sozialen Daseinsvorsorge aufrecht zu erhalten und in die Infrastruktur vor Ort zu investieren. Mit dem Mindestlohn, der Rente mit 63 und der Regulierung von Leih- und Zeitarbeit haben wir in der aktuellen Legislaturperiode wichtige Schritte unternommen, um den sozialen Zusammenhalt in Deutschland wieder herzustellen. Klar ist aber auch, dass für zusätzliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Wohnungsbau mehr Geld in die Hand genommen werden muss. Deshalb setzen wir uns für eine gerechte Steuerpolitik mit folgenden Kernpunkten ein:

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

1. Eigentum verpflichtet. Die großen Vermögen in Deutschland müssen endlich wieder an der Finanzierung des Sozialstaats beteiligt werden. Deshalb setzen wir uns für die Wiedereinführung der **Vermögenssteuer** für besonders große Vermögen in Form einer direkten Substanzbesteuerung oder zusätzlichen Ertragsbesteuerung ein.
2. Reichtum wird in Deutschland vererbt und nicht durch Leistung erworben. Wir wollen, dass auch der Staat durch den diese Vermögen entstehen konnten durch eine angemessene **Erbschaftssteuer** an großen Erbschaften partizipiert. Insbesondere sollten die Besteuerung bei Vererbung von Betriebsvermögen und die Mehrfachinanspruchnahme von Freibeträgen bei der Schenkungssteuer überprüft werden.
3. Das **Ehegattensplitting** zementiert die ungleiche Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Frauen und Männern und unterstützt vor allem kinderlose Ehen, nicht aber Alleinerziehende, eingetragene Lebenspartnerschaften oder zusammenlebende Eltern. An Stelle des Ehegattensplittings soll als verfassungskonforme Lösung eine In-

- dividualbesteuerung der Partner mit einem zweiten übertragbaren Grundfreibetrag treten.
- 50 4. Die Progression des Einkommenssteuertarifs endet bereits bei rund 53.000 Euro Jahreseinkommen und belastet damit mittlere Familieneinkommen in gleichem Maße wie Dax-Vorstände. Die **Reichensteuer** entfaltet mit 3%-Punkten ab 250.000 Euro Jahreseinkommen kaum Wirkung. Wir wollen hohe Einkommen stärker zur Finanzierung des Sozialstaats heranziehen und daher die Reichensteuer deutlich anheben.
- 55 5. Eine Versteuerung von Kapitalerträgen im Rahmen der Einkommenssteuer statt durch die bisherige pauschale **Kapitalertragssteuer**, um auch hier hohe Einkommen wieder stärker in die Verantwortung zu nehmen.
- 60 6. Die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer. Sie sollte auf Aktien-, Anleihehandel und Derivatetransaktionen erhoben werden und 0,1 % (bei Derivaten 0,01%) betragen.
- 65 7. Die Fortgeltung der Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften, welche von Kapitalgesellschaften gehalten werden und weniger als 10 % der Beteiligung ausmachen (Streubesitz) soll überprüft werden.
- 70

75 Mit dieser Steuerpolitik und den damit möglichen Investitionen in den Sozialstaat schaffen wir die Grundlage für nachhaltiges Wachstum und Gerechtigkeit. Es gibt klare Prioritäten, die den aufgezeigten wirtschaftspolitischen Zielen und finanziellen Handlungsspielräumen im Rahmen unseres Steuer- und Finanzkonzeptes folgen: An erster Stelle stehen Investitionen in Bildung und die

80 Stärkung der sozialen und kulturellen Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. Wichtig sind auch die Stärkung der Binnennachfrage durch eine gerechtere Lohn- und Einkommensentwicklung sowie die Investitionen in Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und

85 Energiewende.

*Antragsbereich StW/ **Antrag 21**  
Ortsverein Ganderkesee (Bezirk Weser-Ems)*

**Besteuerung von Verlusten von Firmen**

Der Bundesparteitag möge beschließen, folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Der Bundestag möge beschließen, das Firmenverluste, die durch Betrug, Täuschung, Preisabsprachen, Verstöße gegen Umwelt-

**Besteuerung von Verlusten von Firmen**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- 5 auflagen usw. entstanden sind gar nicht oder nur teilweise abgesetzt werden dürfen. Basis dieser Regelung muss sein, das Firmen aus den o.a Gründen Strafgeder, Ablösesummen usw. zahlen mussten (z.B. VW ). Dabei spielt es keine Rolle, welches Land diese Strafen verhängt.
- 10

*Antragsbereich StW/ Antrag 22*  
*Ortsverein Marburg Nord (Bezirk Hessen-Nord)*

**Neuregelung Erbschaftssteuer**

Der OV Nord der Marburger SPD unterstützt alle Bestrebungen, im SPD Programm für die bevorstehende Bundestagswahl konkrete Forderungen nach einer Neuregelung der Erbschaftssteuer zu formulieren mit dem Ziel, Steuergerechtigkeit und sozialen Ausgleich zu fördern.

5

**Neuregelung Erbschaftssteuer**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 23*  
*Ortsverein München Solln (Landesverband Bayern)*

**Angemessene Erbschaftsteuer**

Die Erbschaftsteuer wird geändert gemäß den Beschlüssen der Bundesparteitage (2003, 2011), da in der Großen Koalition nur ein Kompromiss möglich war, der große (Betriebs-)Vermögen unangemessen verschont.

**Angemessene Erbschaftsteuer**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 24*  
*Ortsverein München Solln (Landesverband Bayern)*

**Ertragsbezogene Steuern sind dort zu entrichten, wo der entsprechende Gewinn erwirtschaftet wird**

Das Verschieben von Gewinnen (Ikea, Starbucks, Amazon, Google usw.) in Steueroasen wird beendet.

**Ertragsbezogene Steuern sind dort zu entrichten, wo der entsprechende Gewinn erwirtschaftet wird**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 25*  
*Ortsverein München Solln (Landesverband Bayern)*

**Gehälter über 300.000 € können nicht als Betriebsausgabe geltend gemacht werden**

Gehälter, die das Gehalt der Bundeskanzlerin / des Bundeskanzlers übertreffen, können nicht mehr als Betriebsausgaben geltend gemacht werden und damit die Steuerlast verkürzen. Diese Ausgaben müssen Betriebe künftig aus Eigenmitteln tragen.

5

**Gehälter über 300.000 € können nicht als Betriebsausgabe geltend gemacht werden**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 26*  
*Bezirk Braunschweig*

**Ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland mildern**

Der SPD-Bundesparteitag wird aufgefordert, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 Maßnahmen aufzunehmen, die der weiterhin sehr ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung entgegen wirken. Dazu gehört auch, Arbeit niedriger als Kapitaleinkünfte zu besteuern. Dafür sind zum Beispiel entsprechende steuerliche Maßnahmen einzusetzen:

5

- Erhöhung der Spitzensteuersätze und Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen,
- stärkere Besteuerung großer Erbschaften,
- europaweite Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

10

**Ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland mildern**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 27*  
*Kreisverband Herford (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Vermögenssteuer**

Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer wird in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 aufgenommen.

**Vermögenssteuer**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 28*  
*Ortsverein Tamm/Ortsverein Möglingen/Ortsverein Markgröningen/Ortsverein Asperg (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Steuern**

Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Steuerpolitik ist eine Möglichkeit zur Schließung der Schere zwischen Arm und Reich. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Oberstes Ziel der SPD ist die Schaffung von mehr Steuergerechtigkeit. Dazu gehört insbesondere die konsequente Bekämpfung (legaler und illegaler) Steuervermeidung sowohl von deutschen als auch von ausländischen Steuerpflichtigen. Insbesondere setzen wir uns ein für

5

- Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer erhält höchste Priorität
- Deutschland setzt sich für wirkungsvolle Sanktionen gegen Steueroasen ein.
- die Abschaffung der bisherigen Pauschalbesteue-

10

**Steuern**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

15

- 20
•
 rung von Kapitalerträgen; als Quellensteuer wird der Höchstsatz in der Einkommenssteuer erhoben.
- 20
•
 die Einführung einer Konzerngewinnmindestbesteuerung in Höhe von 20% des auf den auf Deutschland entfallenden Konzerngewinnes, bemessen am auf den in Deutschland erzielten Umsatzanteil.
- 25
•
 Geringe bis mittlere Einkommen sollen entlastet werden. Bei 250.000 Euro (Ledige) soll der zukünftige Spitzensteuersatz von 49% (zzgl. Kirchensteuer) erreicht werden. Der Grundfreibetrag wird angehoben auf das aus dem Mindestlohn resultierende Vollzeiteinkommen.
- 30
•
 Das Kindergeld wird verdoppelt.
- 30
•
 Die Vermögenssteuer wird für Vermögen über 2 Millionen Euro auf verfassungsmäßiger Grundlage wieder erhoben.
- 35
•
 Die ungerechte Privilegierung in der Erbschaftsteuer für Firmenerben wird abgeschafft. An dessen Stelle sollen großzügige Möglichkeiten zur Steuerstundung und -tilgung über einen Zeitraum von 12 Jahren geschaffen werden.

*Antragsbereich StW/ Antrag 29  
 020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)  
 Landesverband Berlin*

**Gerechtes Steuersystem**

In das Bundeswahlprogramm wird aufgenommen: Die SPD setzt sich für ein gerechteres Steuersystem ein. Vermögende und Bezieherinnen und Bezieher sehr hoher Einkommen sollen einen stärkeren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten. Möglich ist dies durch die Anhebung des Spitzen- und Reichensteuersatzes bei Beibehaltung des Solidaritätszuschlags, die Besteuerung von Kapitalerträgen nach dem individuellen Steuersatz und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Steuergerechtigkeit wird auch durch eine höhere Besteuerung von großen Erbschaften und eine Wiedererhebung der Vermögensteuer gestärkt, die progressiv ausgestaltet werden sollte. Steuerhinterziehung, -gestaltung und -verlagerung müssen entschiedener bekämpft und so der Steuervollzug gestärkt werden. So können insbesondere die Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen spürbar entlastet werden; dem Staat stehen aber weiterhin ausreichende und stabile Einnahmen für dringend benötigte Zukunftsinvestitionen in Bildung, Infrastruktur, Rente, Gesundheit

**Gerechtes Steuersystem**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

und innere Sicherheit zur Verfügung. Wir fordern eine Reform des Steuersystems. Starke Schultern sollen wieder mehr tragen als schwächere. Eine solche Reform muss aus unserer Sicht insbesondere umfassen:

25

- Eine Reform des Einkommensteuertarifs, mit der kleine und mittlere Einkommen spürbar entlastet werden, gleichzeitig sehr hohe Einkommen einem höheren Spitzensteuersatz als bisher unterliegen.

30

Dabei soll der Spitzensteuersatz erst bei einem deutlich höheren Einkommen greifen, so dass es zukünftig bei der Einkommensteuer wieder gerechter zugeht.

35

- Der Solidaritätszuschlag ist beizubehalten, denn er hat durch die Befreiung kleiner Einkommen, die Berücksichtigung von Kinderfreibeträgen und die Besteuerung der Gewinne und Kapitalerträge eine starke Umverteilungswirkung und ist deshalb besonders gerecht.

40

- Wir wollen eine Erbschaftsteuer, die ihren Namen auch verdient: Große Vermögen resultieren in vielen Fällen aus Erbschaften und Schenkungen. Schätzungen des DIW zufolge werden jedes Jahr in Deutschland Vermögen in Höhe von 200 bis 300 Milliarden Euro vererbt oder verschenkt. Dagegen beträgt das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer nur ca. 6 Milliarden Euro jährlich. Eine Reform der Erbschaftsteuer sollte zu einer spürbaren Belastung von Erben großer Vermögen führen, die bisher – unter anderem auf Grund der Privilegierung des Betriebsvermögens – effektiv kaum besteuert wurden.

45

Begünstigungen für große Betriebsvermögen darf es nur noch im Ausnahmefall geben. Um die berechtigten Interessen von Unternehmenserben zu berücksichtigen, sollten großzügige Stundungsregelungen eingeführt werden. So werden keine Existenzen und Betriebe durch die Steuer gefährdet. Das Aufkommen kann so langfristig mehr als verdoppelt werden.

50

- Wir fordern die verfassungsfeste Wiedererhebung der Vermögensteuer mit einem Freibetrag von 1 Mio. Euro pro Person. Bei Kapitalgesellschaften ist das Betriebsvermögen nach dem bewährten Halbvermögensprinzip einzubeziehen, um Doppelbesteuerungen zu vermeiden (bei der Kapitalgesellschaft und dem Eigentümer wird die zu entrichtende Vermögensteuer jeweils nur zur Hälfte angesetzt). Für Privatpersonen sollte die Steuer progressiv – beginnend mit einem Satz von 1% – ausgestal-

55

60

65

- 70 tet werden, so dass Multimillionäre und Milliardäre einen deutlich höheren Steuersatz zahlen.
- Um die massive Begünstigung von Kapitaleinkünften gegenüber Arbeitseinkommen zu beenden, sollen Kapitalerträge zukünftig anstelle der Besteuerung über eine abgeltende Kapitalertragssteuer mit dem individuellen Steuersatz der/des Steuerpflichtigen besteuert werden. Durch den auf internationaler Ebene vereinbarten Informationsaustausch über Finanzkonten zwischen den Finanzbehörden einer Vielzahl von Staaten ist die ursprünglich zutreffende Begründung für die Abgeltungsteuer weggefallen und eine zutreffende Besteuerung der Kapitalerträge kann sichergestellt werden.
- 75
- 80
- Zu einem gerechteren Steuersystem gehört ein deutlich höherer Beitrag des Finanzsektors zu den Steuereinnahmen. Wir fordern daher die Einführung einer Finanztransaktionsteuer. Dadurch würden zusätzliche Einnahmen generiert und die Verursacher der Finanzkrise an den Kosten beteiligt. Eine Finanztransaktionsteuer könnte darüber hinaus eine positive Lenkungswirkung entfalten, weil schädliche Instrumente wie zum Beispiel der Hochfrequenzhandel verteuert und damit unattraktiver würden. Auf europäischer Ebene braucht es hier Fortschritte, die die Einführung der Steuer ermöglichen.
- 85
- 90
- Die Steuerverwaltungen der Länder brauchen mehr Personal und eine bessere Zusammenarbeit untereinander. Der internationale Informationsaustausch muss weiter verbessert werden. Dadurch können die Steuergesetze wirksamer als bisher vollzogen werden. Steuersparmodelle müssen offengelegt und länderbezogene Berichterstattung zu Gewinnen und gezahlten Steuern eingeführt werden.
- 95
- 100
- 105
- 110
- 115
- Deutschland muss innerhalb der OECD, der EU und in der G7/G20 noch entschiedener für die Trockenlegung von Steueroasen in und außerhalb der EU eintreten.
- Der zunehmende Wandel der Industrie und der Arbeitswelt mit einer Ausweitung der Automatisierung und einem exponentiellen Wachstum der technischen Möglichkeiten stellt viele Grundlagen des modernen Sozialstaats fundamental in Frage. Wir wollen, dass regelmäßig überprüft wird, ob das Steuersystem mit diesem Wandel Schritt hält und ob neue Anknüpfungspunkte für die Besteuerung erforderlich sind. Bereits vorliegende Ideen wie sogenannte Roboter-Steuern sollten in diese Prüfung

einbezogen werden.

*Antragsbereich StW/ Antrag 30*  
*Ortsverein Ganderkesee (Bezirk Weser-Ems)*

**Managergehälter begrenzen**

Der Bundesparteitag möge beschließen, folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Managergehälter inklusive aller Boni-Zahlungen in der Wirtschaft müssen deutlich reduziert werden.

**Managergehälter begrenzen**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 31*  
*Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)*

**Ertragsbezogene Steuern**

Ertragsbezogene Steuern sind dort zu entrichten, wo der entsprechende Gewinn (aus Vertrieb, Verkauf, Entwicklung oder Produktion) erwirtschaftet wird. Das Verschieben von Gewinnen (Ikea, Starbucks, Amazon, Google usw.) in Steueroasen wird beendet.

**Ertragsbezogene Steuern**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 32*  
*Unterbezirk Düsseldorf (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Infrastrukturpaket**

Der Unterbezirksparteitag der Düsseldorfer SPD fordert den Landesvorstand NRW und den Parteivorstand auf in den nächsten Monaten ein Infrastrukturpaket vorzulegen, das die Investitionsbereiche- und -ziele, -kosten und die Finanzierung benennt. Der Zeitplan sollte überschaubar sein. Infrastrukturpaket I bis 2021, Paket II bis 2025.

**Infrastrukturpaket**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

10 Ebenso erwarten wir von der sozialistischen Fraktion im Europaparlament den sogenannten Juncker-Plan (630 Mrd. bis 2022/ Stand:14.09.2016) in Kraft zu setzen. In Europa wurden 2015 430 Mrd. € weniger investiert als vor 7 Jahren)

15 Wir brauchen baldmöglichst die Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur in Deutschland und in Europa. Das sichert die Wettbewerbsfähigkeit der EU und Deutschlands, schafft zukunftsträchtige Arbeitsplätze und Einkommen und kann die Zukunftsängste vieler Menschen reduzieren. Was nützt die „Schwarze Null“, im Haushalt, wenn die Infrastruktur marode ist. Das haben wir im Schulbau in Düsseldorf nach 14 Jahren CDU/FDP-Mehrheit erleben dürfen. Wir erwarten vom



25 Landesvorstand und Parteivorstand eine Initiative vor den Landtags- und Bundestagswahlen.

*Antragsbereich StW/ Antrag 33*  
*Ortsverein Hanau Mitte (Bezirk Hessen-Süd)*

**Abgeltungssteuer**

5 Im Regierungsprogramm zur Bundestagswahl im Jahre 2017 soll folgende Aussage enthalten sein: „Einkünfte aus Kapitalvermögen unterliegen dem linear-progressiven Einkommenssteuerverlauf. Ein Freibetrag in Höhe von 6.000 EUR (Ledige)/12.000 EUR (Verheiratete) wird eingeführt. Die unsoziale Abgeltungssteuer wird abgeschafft.“

**Abgeltungssteuer**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 34*  
*Ortsverein Hanau Mitte (Bezirk Hessen-Süd)*

**Reaktivierung der Vermögensteuer**

5 Der SPD-Bundesparteitag und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich für die Reaktivierung der Vermögensteuer mit einem Steuersatz von einem Prozent einzusetzen. Der Freibetrag soll bei zwei Millionen Euro, bei Verheirateten vier Millionen Euro liegen.

**Reaktivierung der Vermögensteuer**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 35*  
*Ortsverein Minden-Mitte (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Mehrwertsteuer senken**

Die SPD möge sich für eine Senkung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer auf 15% im Rahmen einer Gesamtrevision des Steuer- und Abgabensystems einsetzen.

**Mehrwertsteuer senken**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 36*  
*Unterbezirk Hof (Landesverband Bayern)*

**Gerechte Steuern**

5 Der SPD UB Hochfranken beantragt, dass in das Wahlprogramm der SPD folgendes Thema aufgenommen wird:

- Herstellung von Steuergerechtigkeit durch Gleich-

**Gerechte Steuern**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

- behandlung von gewerblicher Arbeit und Kapitaleinkünften
- 10 • Die Finanzbehörden müssen personell so ausgestattet werden, dass eine regelmäßige Überprüfung von Wirtschaftsunternehmen gewährleistet ist
  - 15 • Die Wiedereinführung einer Vermögensteuer, wobei Vermögen in angemessener Höhe (insbesondere auch selbstgenutztes Wohneigentum) steuerfrei bleiben soll.
  - 20 • Zur Verhinderung von Steuerflucht muss das Prinzip gelten, dass die Steuerpflicht da eintritt, wo das Einkommen erzielt wird. Wichtig ist in diesem Zusammenhang eine Angleichung der Steuergesetzgebung im Euroraum.
  - Steuerschlupflöcher, die es ermöglichen in Deutschland erzielte Gewinne zu verlagern, müssen konsequent geschlossen werden

*Antragsbereich StW/ Antrag 37  
Kreisverband Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Steuern**

Wir fordern:

- 5 1. Absenkung der Einkommenssteuer für kleinere und mittlere Einkommen („Absenkung des Mittelstandsbauches“);
- 10 2. Eine sozial ausdifferenzierte Einkommenssteuer mit einem höheren Spitzensteuersatz
- 10 3. Kapitalerträge sollen wie Einkommen aus Arbeit besteuert werden; höhere Kapitaleinkünfte müssen zu einem entsprechend höheren Steuersatz versteuert werden.
- 15 4. Steuerpflicht für im Ausland lebende Deutsche (analog US-Vorgehen)
- 15 5. Die Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden oder zu mindestens eine Erbschaftssteuer die wirksam ist, damit das Leistungsprinzip gilt und nicht Erbdynastien entscheidend sind
- 20 6. Über Prüfung von Steuerprivilegien
7. Mehr Steuerfahnder und schärfere Strafen gegenüber Steuerbetrügnern und Beratern, die zu Steuerbetrug animieren

**Steuern**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 38*  
*Unterbezirk Dortmund (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Endlich Steuergerechtigkeit schaffen**

5 Betrachtet man zunächst die Entwicklung der Einkommen in Deutschland, zeigt sich bezogen auf die letzten Jahre ein deutlicher Anstieg der Ungleichheit auf einem – im europäischen Vergleich – moderatem Niveau. Erklärbar ist der Anstieg insbesondere durch die starke Zunahme hoher Einkommen, während niedrige und mittlere Einkommen im letzten Jahrzehnt stagnierten oder gar preisbereinigt gesunken sind.

10 Bei der Verteilung von Vermögen ergibt sich ein drastischeres Bild. Innerhalb der Eurozone weist Deutschland die höchste Vermögensungleichheit auf. Insgesamt verfügen die reichsten 10 % der Bevölkerung über knapp 60 % des Gesamtvermögens. Allein das reichste Prozent vereint rund ein Viertel des Gesamtvermögens auf sich. Während die unteren 60 % der Bevölkerung gerade einmal über 3 % des Gesamtvermögens verfügen. Seit 15 1992 hat sich der Gesamtbestand an privatem Vermögen von knapp 4,6 Billionen Euro auf rund 10 Billionen Euro verdoppelt. Damit ist das Vermögen fünfmal so hoch wie das gesamte Bruttoinlandsprodukt eines Jahres. Im Gegensatz zu anderen Staaten ist der Großteil dieses Vermögens ererbt.

20 Daher fordern wir im Sinne einer höheren Steuergerechtigkeit:

25 1. Eine Vermögensteuer mit einem Steuersatz von 0,5 % muss schnell wieder eingeführt werden. Der Freibetrag soll hier bei 2 Millionen Euro liegen. Um eine transparente Besteuerung von Vermögen zu ermöglichen, sind zentrale Bankregister und eine Intensivierung des internationalen Datenaustausches nötig.

30 2. Der Einkommensteuertarif muss in der oberen Tarifzone wieder linear progressiv erhöht werden. Durch die deutliche Steigerung des Grundfreibetrages (aktuell: 8.652 €) auf mindestens 12.000 € (12 x 1.000 €) werden die unteren und auch die mittleren Einkommensgruppen entsprechend entlastet.

35 3. Die Abgeltungsteuer auf Zinsen ist abzuschaffen. Einkünfte aus Kapitalvermögen müssen wieder der regulären Besteuerung mit dem individuellen Steuersatz unterliegen.

40 4. Der Solidaritätszuschlag ist ab 2019 aufkommensneutral in den Einkommen- und Körperschaftsteuertarif zu integrieren.

5. Verhinderung von Steuerschlupflöchern für große international tätige Unternehmen, wie Ikea, Starbucks, Amazon (zum Beispiel durch Lizenzabgaben an den ausländischen Unternehmenssitz)

45 6. Das bestehende Erbschaftsteuerrecht muss, wie auch vom Bundesverfassungsgericht zuletzt gefordert, schnellst möglich reformiert werden. Diverse Privilegien zugunsten einer geringen Zahl reicher Erben, vor allem

**Endlich Steuergerechtigkeit schaffen**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

50 Firmenerben, müssen ersatzlos entfallen. Nur wirklich produktiver Unternehmensbesitz, welcher sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nachhaltig sichert und langfristig gehalten wird, darf in einem angemessenen Umfang (über Freibeträge, reduzierte Steuersätze von 20-30 % etc.) geschützt werden. Die anzusetzenden Bemessungsgrenzen für die „Verschonungsbedarfsprüfung“ dürfen dabei nicht allzu hoch sein wie es im aktuellen Gesetzentwurf der Bundesregierung der Fall ist (26 Mio. bzw. 52 Mio. €). Für vererbtes Betriebsvermögen im Wert von über 50 Mio. € darf es keinerlei betragsmäßige Verschonung mehr geben. Für erbschaftsteuerzahlende Firmenerben muss daher auch eine entsprechende zinslose und bedarfsunabhängige Stundungsmöglichkeit (max. 20 Jahre) geschaffen werden, um bestimmte Härten abzumildern. Der Erbschaftsteuertarif ist ebenfalls progressiv auszugestalten und muss einen Spitzensteuersatz von 50 % für alle Erwerber mit einem steuerpflichtigen Erwerb von über 6Mio. € beinhalten. Die hohen persönlichen Freibeträge sollen weiterhin bestehen bleiben.

65 7. Selbstständige und Freiberufler müssen auch Gewerbesteuer zahlen, daher muss die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefiskussteuer weiterentwickelt werden. Eine Freigrenze von etwa 30.000 € Gewinn (aktuell: 24.500 €) soll kleine Unternehmungen mit wenig Jahresgewinn schützen. Zudem wird die Gewerbesteuer wie auch bisher bei der Einkommenssteuer anteilig entlastend angerechnet.

70 8. Besteuerung aller Importe durch die Einfuhrumsatzsteuer in Höhe von 19 % durch Abschaffung von Schlupflöchern für Einfuhren (auch über Amazon) aus Ländern wie China, mit denen Deutschland kein Rechts-hilfeabkommen hat.

75 9. Schaffung von 1.000 neuen zusätzlichen Stellen bei den Finanzämtern in NRW um Steuerprüfungen für Unternehmen und vermögende Einzelpersonen im notwendigen Umfang zu ermöglichen.

*Antragsbereich StW/ Antrag 39  
Ortsverein Mainz-Mombach (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Besserstellung von Geringverdienern**

Es soll in §40 Abs. 3 EStG in Verbindung mit §40a Abs. 5 und §40b Abs. 5 EStG die Abwälzung der Pauschsteuer auf den Arbeitnehmer untersagt werden. Der Arbeitgeber soll die Pauschsteuer zu übernehmen haben, wovon keine arbeitsvertragliche Abweichung erlaubt sein soll.

**Besserstellung von Geringverdienern**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 40*  
Landesverband Bayern

**Umsetzung der Europaratsentschließung 2079 für Eltern nach Trennung**

5 Einführung der (steuer-)rechtlichen Grundlage für eine Gleichbehandlung von Elternteilen nach Trennung als Paar auf Grundlage der einstimmig beschlossenen Europaratsentschließung 2079 vom Oktober 2015. Darin ist die Mediation von getrennten Elternteilen vorgesehen, sowie die Einbeziehung beider Elternteile mit aktiver Alltagszeit in Form des Wechselmodells welches bedeutet, dass Kinder zu 50 % beim Vater und zu 50 % bei der Mutter leben können. Ziel ist die partnerschaftliche Aufgabenteilung beider Elternteile. Familie für die Kinder soll es sowohl beim Vater als auch bei der Mutter geben. Daraus ergibt sich gleichzeitig eine Verbesserung der Rahmenbedingungen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch Entlastung bei der Betreuungs- und Bildungsarbeit.

10

15

**Umsetzung der Europaratsentschließung 2079 für Eltern nach Trennung**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 41*  
Landesverband Berlin

**Erhöhung des Sparerfreibetrags**

5 Der Sparerfreibetrag von derzeit 801 Euro p.P. soll auf 1.260 Euro erhöht werden. Dies erspart Arbeitnehmern, deren Steuersatz unter dem der Quellensteuer liegt, die zuviel einbehaltene Kapitalertragssteuer erst durch eine Steuererklärung/-ausgleich wieder zurück zu fordern.

**Erhöhung des Sparerfreibetrags**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 42*  
Landesverband Bayern

**Für ein gerechtes Steuersystem und einen umfassenden Steuervollzug**

5 Die SPD steht für eine solide und gerechte Finanzierung unseres Staatswesens. Um unsere Politik auch in Bayern weiter an der „Sozialen Gerechtigkeit“ ausrichten zu können, brauchen wir auskömmliche und sichere Staatsfinanzen.

10 Ein gerechtes Steuersystem und sein umfassender Vollzug, national aber auch international, sind Grundvoraussetzungen sozialer Gerechtigkeit. Die BayernSPD sieht sowohl bei den gesetzlichen Regelungen, als auch bei der Bekämpfung von Steuerbetrug und den derzeit bestehenden steuerlichen „Schlupflöchern“ noch großen Handlungsbedarf. Unser Ziel ist die gerechte Be-

**Für ein gerechtes Steuersystem und einen umfassenden Steuervollzug**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

steuerung von Einkommen und Vermögen.

15 Die kleinen und mittleren Einkommen sind dabei spürbar zu entlasten. Steuersenkungen für die Mitte der Gesellschaft sind möglich und geboten. Hinzukommen müssen für die kleinen Einkommen, deren Steuerbelastung schon heute gering ist.

20 Soziale Gerechtigkeit kann nur in einem handlungs- und leistungsfähigen Staat auf demokratischer Grundlage erreicht werden. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger muss der Staat Wert auf die Sicherung seiner Einnahmen legen. Mit uns gibt es keine pauschalen Steuererhöhungen. Änderungen am Steuersystem, dienen dazu, dieses gerechter zu gestalten und dabei den Staat wie bisher mit ausreichend Finanzmitteln auszustatten. Die hohe Beschäftigung und das stabile Wachstum der letzten Jahre tragen dazu bei, dass der Staat weiter handlungsfähig bleibt.

30 Es ist zulässig und sinnvoll, langfristige Investitionen für soziale Gerechtigkeit z.B. in Kinderbetreuung, Bildung, Verkehr oder den Gesundheitsbereich sowie den Ausbau des schnellen Internets auch über Verschuldung zu finanzieren und die Kredite dann planvoll zu tilgen. Allerdings ist der Spielraum bei genauerem Hinsehen  
35 geringer als es die derzeit positiven Finanzzahlen vorgeben. In wirtschaftlich guten Zeiten müssen auch die Schulden kontinuierlich getilgt werden.

40 Erforderliche Ausgaben für soziale Gerechtigkeit sind in Zeiten guter Konjunktur – wie derzeit bei uns – aus den laufenden Haushalten zu finanzieren. Hier ist die zentrale Aufgabe, dass allein der Gesellschaft nach ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung beitragen. Da Einkommen und Gewinn auch Leistungsanreize sind, ist unser Ziel auf keinen Fall die Gleichmacherei, sondern  
45 die Einhaltung und Schaffung sozial gerechter Maßstäbe, auch bei der Berechnung von Managergehältern.

50 Die soziale Ungleichheit in der Welt hat erschreckende Ausmaße angenommen und entwickelt sich negativ weiter. Wenn die acht reichsten Menschen der Welt ein ähnlich großes Vermögen haben wie die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit und das reichste Prozent der Menschheit mehr besitzt als der gesamte Rest von 99% der Menschheit, dann muss dies auch für uns als BayernSPD Ansporn sein, diese Entwicklung zu stoppen und wieder in Richtung soziale Gerechtigkeit zurückzukommen.  
55

Die BayernSPD fordert:

60 • Kleine und mittlere Einkommen entlasten  
Der heutige Einkommensteuertarif ist zu überarbeiten:  
Anhebung des Grundfreibetrags deutlich über 10.000 e,

- 65 Abflachung bzw. Abschaffung der ersten Tarifzone bei Festsetzung eines Eingangsteuersatzes bei ca. 22%, Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei gleichzeitiger Erhöhung des Einkommensbetrags ab dem dieser zu bezahlen ist. Zusätzlich zur steuerlichen Entlastung der kleinen und mittleren Einkommensgruppen setzen wir uns beispielsweise für beitragsfreie Bildungseinrichtungen (von der Kita bis zur Universität), Wohnraum zu erschwinglichen Preisen und die Förderung von Eigen-tumsbildung ein.
- 70 • Steuervollzug stärken Um die Einhaltung bestehender steuerlicher Regelungen zu prüfen und Steuerbetrug konsequent zu bekämpfen, ist zuallererst endlich eine ausreichende personelle Ausstattung der Finanzverwaltung in Bayern nötig. Die Sonderkommission
- 75 „Schwerer Steuerbetrug“, die Sondereinheit „Zentrale Steueraufsicht“ und das Internationale Steuerzentrum sind zu stärken und auszubauen. Daneben sind gesetzliche Regelungen zum Schließen von Steuerschlupflöchern, deutschlandweite Mindeststandards bei Betriebsprüfungen sowie eine Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit notwendig. Eine einheitliche Bundesverwaltung ist nicht erforderlich.
- 80 Der Ankauf und die Verwendung von sog. „Steuer-CDs“ ist richtig und weiterzuverfolgen.
- 85 • Erbschaftsteuer Wir wollen eine „bessere Erbschaftsteuer“; auch die Superreichen sind gerechter mit einzubeziehen. Die immer noch bestehende Überprivilegierung von Betriebsvermögen ist an die realen Notwendigkeiten anzupassen. Insgesamt sind für alle die Freibeträge deutlich zu erhöhen, bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.
- 90 Eine Regionalisierung der Steuerhöhe auf Länderebene ist ungerecht und wird es mit uns nicht geben.
- 95 • Millionärssteuer Gerade die Superreichen mit hohem Vermögen müssen sich an der Finanzierung wichtiger gesellschaftlicher Aufgaben stärker beteiligen, wie es auch im Grundgesetz und der Bayerischen Verfassung ausdrücklich vorgesehen ist! Für hohe Vermögen ist die Vermögensteuer wieder einzuführen bzw. eine Vermögensabgabe anzustreben.
- 100 • Kapital und Arbeit gleich besteuern Die Abgeltungssteuer ist abzuschaffen und stattdessen erfolgt die Besteuerung nach dem Einkommensteuertarif.
- Faire Unternehmensbesteuerung
- Steueroasen schließen
- 105 Wir fordern eine Vereinheitlichung der Regelungen für eine ermäßigte Besteuerung von Lizenzeinnahmen z. B. bei Apple in Irland und Starbucks in den Niederlanden. Der Gewinn muss auch national dort versteuert werden, wo er erwirtschaftet wird.

- 110 1. Es muss international eine gemeinsame Grundlage zur Bemessung der Körperschaftssteuer geben.  
2. Steuertransparenz: durch Offenlegung der Steuerzahlungen von Konzernen und internationalen Firmen, aufgeschlüsselt und veröffentlicht nach Staaten und Höhe.

115 3. Managergehälter begrenzen

Die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern für Unternehmen auch als Betriebsausgaben wird auf 500.000 € begrenzt. Der Aufsichtsrat muss uneingeschränkt für die Bemessung der Vorstandsvergütungen verantwortlich bleiben. Zur Stärkung der Verantwortung bedarf die Festlegung der Vergütungssysteme, einer Mehrheit von zwei Dritteln im Aufsichtsrat. Versorgungszuwendungen für den Ruhestand sind mit der fixen Grundvergütung abzugelten. Vorstände können aus ihren ausreichend hohen Bezügen ihre Vorsorge finanzieren. Die Nebenleistungen sind transparent zu machen und sollten weitgehend durch das Fixum abgegolten sein. Die gesetzlichen Regulierungen zur Ausgestaltung von Vorstandsvergütungen sowie die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex müssen gleichermaßen für alle Kapitalgesellschaften gelten um eine maximale Abdeckung der notwendigen Regulierungen und Transparenzanforderungen zu erreichen. Auf Personengesellschaften müssen diese Regelungen, ebenso wie andere Grundsätze der Unternehmensmitbestimmung, jedenfalls perspektivisch übertragen werden

• Keine Tricks bei der Grunderwerbsteuer Raffinierten Umgehungsmodellen bei der Grunderwerbsteuer mit Hilfe von ausgeklügelten Firmenkonstrukten werden wir einen Riegel vorschieben, u. a. durch eine Absenkung der Beteiligungsschwelle für steuerfreie Übertragungen.

• Finanztransaktionsteuer Auf europäischer Ebene ist eine Finanztransaktionsteuer zu erheben. Damit werden unter anderem kurzfristige Spekulationsgewinne bekämpft. Ohne Einigung auf europäischer Ebene ist sie als Zwischenlösung national einzuführen.

• Finanzierung aller Ebenen sichern Ein gerechtes Steuersystem muss die Finanzierung aller Ebenen sichern, dazu gehört auch, dass die Kommunen, Landkreise und Bezirke ausreichend finanzielle Mittel haben um ihre Aufgaben zu erledigen. Hierzu sind die Regelungen zum kommunalen Finanzausgleich in Bayern zu überarbeiten.



*Antragsbereich StW/ Antrag 43*  
*Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)*

**Einkommensteuer**

Den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer zu erhöhen. Bei einem zu versteuernden Einkommen ab 100.000 Euro, für Eheleute ab 200.000 Euro, sollen nach unserem Willen statt 42 Prozent 49 Prozent Einkommensteuer gezahlt werden.

5

Kleine Einkommen bis 30.000 Euro und mittlere Einkommen bis 50.000 Euro sollen deutlich stärker entlastet werden als bisher.

**Einkommensteuer**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 44*  
*Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)*

**Kapitalertragssteuer entpauschalisieren**

Die Kapitalerträge werden als Einkommen versteuert. Die pauschale Abgeltungssteuer für Kapitalerträge von bisher 25% entfällt. Damit werden niedrige Kapitalerträge stärker entlastet und hohe Kapitalerträge stärker belastet als bisher. Erträge aus Kapital dürfen künftig nicht mehr geringer besteuert werden wie Arbeitseinkommen.

5

**Kapitalertragssteuer entpauschalisieren**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 45*  
*Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)*

**Vermögenssteuer wiederbeleben, höhere Besteuerung von Erbschaften und Unternehmensgewinnen**

Die Vermögenssteuer wird wiederbelebt. Mehreinnahmen, durch die Steuererhöhungen für Vermögende erzielt werden, sollen ausschließlich für eine geringere Neuverschuldung sowie für Investitionen in Bildung und Infrastruktur verwendet werden. So fordern wir die Vermögenssteuer „auf einem angemessenen Niveau“ wieder einzuführen, um den Ländern die notwendige Erhöhung der Bildungsinvestitionen zu ermöglichen. Dabei soll allerdings „der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen“ Rechnung getragen werden. Bei Privatpersonen sollen hohe Freibeträge sicherstellen, dass ein normales Einfamilienhaus nicht von der Vermögenssteuer betroffen sein wird.

5

10

15

Die Besteuerung des Vermögens ist ein Gebot der Steuergerechtigkeit. Das Steuerrecht des sozialen Rechts-

**Vermögenssteuer wiederbeleben, höhere Besteuerung von Erbschaften und Unternehmensgewinnen**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

20 staats richtet die Besteuerung an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger aus. Wer über nennenswertes Vermögen verfügt, ist bei gleichem Einkommen leistungsfähiger als jemand ohne jegliches Vermögen, weil er über Versorgungssicherheit und Kredit verfügt. Deshalb nennt das Grundgesetz die Vermögensteuer neben der Einkommen- und der Körperschaftsteuer ausdrücklich als Einnahmequelle des Staates und weist ihr Aufkommen den Ländern zu. 1995 hat eine Million deutscher Haushalte immerhin 4,6 Milliarden Euro Vermögensteuer an den Staat gezahlt. So könnten vermögensbezogene Steuern die auf besonders Reiche zugeschnitten sind, etwa 15 Milliarden Euro jährlich erbringen, ohne dass größere wirtschaftliche Nachteile für Deutschland (Kapitalflucht oder ähnliches) entstünden.

25

30

35 Die Vermögensteuer kann entsprechend den Vorgaben der Verfassung ausgestaltet werden. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht die Vermögensteuer 1995 ausdrücklich „als zulässige Form des Steuerzugriffs“ qualifiziert.

40

Zudem fordern wir die höhere Besteuerung großer **Erb-schaften** und **Unternehmensgewinne** um die soziale Spaltung nicht weiter fortzusetzen.

*Antragsbereich StW/ **Antrag 46**  
Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)*

**Freibetrag in der Sozialversicherung**  
Die Sozialversicherungsbeiträge sollen in Zukunft einen Freibetrag von 8.820 Euro (Stand: 2017) erhalten, wie in der Einkommensteuer. Dabei ist sicherzustellen, dass dies nicht zu niedrigeren Ansprüchen ggü. den Sozialversicherungsträgern (bspw. in der Rentenversicherung) führt.

5

**Freibetrag in der Sozialversicherung**  
Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ **Antrag 47**  
Ortsverein Leipzig-Nord/Ortsverein Leipzig-Südwest/Ortsverein Leipzig-Südost (Landesverband Sachsen)*

**Steuerkonzept**  
Der Bundesvorstand beschließt, in den Leitantrag zum Wahlprogramm deutlich einzuarbeiten, wie sich die SPD zu den folgenden Steuerkonzepten positioniert:

5

- Erhöhung des Grundfreibetrags

**Steuerkonzept**  
Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 10
- gleichmäßiger Anstieg der Steuerprogression
  - Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei deutlich höheren Einkommen
  - Erhöhung der Reichensteuer bei einem niedrigeren Einkommen als aktuell
  - Abschaffung des Kinderfreibetrages bei gleichzeitiger Erhöhung des Kindergeldes

*Antragsbereich StW/ Antrag 48*  
*01/06 Moabit Nord (Landesverband Berlin)*

**Leistungsbilanzüberschuss reduzieren**

Den gigantischen Leistungsbilanzüberschuss reduzieren. Wir fordern die Programmkommission für das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 auf, an passender Stelle im Wahlprogramm ausdrücklich als ein Ziel unserer Wirtschaftspolitik zu formulieren, den gigantischen deutschen Leistungsbilanzüberschuss durch geeignete wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen zur Steigerung der deutschen Importe deutlich zu reduzieren.

5

**Leistungsbilanzüberschuss reduzieren**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 49*  
*Ortsverein Erding (Landesverband Bayern)*

**Vermögenssteuer**

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert ein Konzept zu Besteuerung großer Vermögen zu erstellen und dieses umgehend zur Beratung in den Bundestag einzubringen.

**Vermögenssteuer**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 51*  
*Stadtverband Bochum 5 (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Wiedereinführung der Vermögensteuer**

Durch angemessen hohe Freibeträge ist ein Steuersatz von 1 % vertretbar. Es ist darauf zu achten, dass keine Vermögensart privilegiert wird, damit nicht – wie bei der vorherigen Gesetzesfassung bez. des Grundvermögens – eine etwaige Verfassungswidrigkeit vorliegen könnte.

5

**Wiedereinführung der Vermögensteuer**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 52*  
*Stadtverband Bochum 5 (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

5	<p><b>Erhöhung des Einkommensteuer-Spitzensteuersatzes auf 53 % bei gleichzeitigem Abbau der „kalten Progression“</b></p> <p>Von 1949 bis 1975 und von 1990 bis 1999 betrug der Spitzensteuersatz 53 %, Die sozialliberale Koalition unter Helmut Schmidt hatte den Höchstsatz auf 56 % angehoben, Helmut Kohl senkte ihn dann – einige Jahre nach seinem Amtsantritt – wieder auf 53 %. Ab 2000 erfolgte die rasante Absenkung auf 42 %, später kam dann eine 3%ige „Reichensteuer“ hinzu. Diese Absenkung hatte gravierende Folgen: Der Mittelstand kam in eine Besteuerungssituation, die ihm mehr Abgaben aufbürdete, als sozial gerechtfertigt wäre. Jede – noch so kleine Gehaltserhöhung – wird seitdem unverhältnismäßig hoch besteuert, die so genannte „kalte Progression“ setzt ein. Sehr viele Wähler aus diesem Segment wandten sich daher bei der Bundestagswahl 2009 der FDP zu, in der Hoffnung, diese würde ihr Versprechen halten, diesen Zustand zu beenden. Es wäre also auch politisch klug, hier eine Veränderung vorzunehmen – finanziert durch den Spitzensteuersatz von 53 %.</p>	<p><b>Erhöhung des Einkommensteuer-Spitzensteuersatzes auf 53 % bei gleichzeitigem Abbau der „kalten Progression“</b></p> <p>Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission</p>
10		
15		
20	<p>Es sollte auch bedacht werden, dass nach einer aktuellen Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung der jährliche Steuerausfall durch die in den vergangenen 10 Jahren erfolgten Begünstigungen der Bestverdiener rd. 51 Mrd. € beträgt. Eine Summe, die unsere Haushalte sogar in ein leichtes Plus hätte bringen können, da die Ausgabensteigerungen der öffentlichen Haushalte nur 1,8 betragen hat. Nach den Einlassungen des BVerfG zur Vermögensteuer soll niemand mehr als 50 % seiner Einkünfte als Steuern vom Einkommen und Vermögen zahlen müssen. Dies ist in der Geschichte unserer Republik auch noch nicht vorgekommen. Die durchschnittliche Netto-Belastung dieses Einkommenssegmentes betrug lediglich 34 %. Dies ist sowohl auf zahlreiche Steuerminderungsmöglichkeiten, z. B. durch Abschreibungen und Verlustverrechnungen, als auch auf die Tatsache zurückzuführen, dass jeder an allen Stufen der Steuertabelle teilnimmt, mathematisch daher nicht in toto mit dem Spitzensteuersatz belastet wird. Nicht stichhaltig ist auch die Behauptung, gegenwärtig zahlen lediglich 10 % der Einkommensteuerzahler 55 % dieses Steueraufkommens. Diese Zahlen beruhen auf einer IWF-Studie aus dem Jahre 2002, das die zurückliegenden 10 Jahre – wie auch immer – ausgewertet hat. In jedem Falle betragen in diesem Betrachtungszeit-</p>	
25		
30		
35		
40		

45 raum der Spitzensteuersatz acht Jahre lang 53 %, in  
2000 = 51 % und im Jahre 2001 noch 48,5%. Auch hier  
ist wieder Lobbyarbeit am Werk. Es spricht demgemäß  
50 nichts gegen die Wiedereinführung des Spitzensteuer-  
satzes von 53 %. Denn: „Die gute Kenntnis der vergan-  
genen Fehler ist die Grundlage für das folgende Gute“  
(Seami Motokiyo, 1363 bis 1443, japanischer Dramati-  
ker).

*Antragsbereich StW/ Antrag 53*  
*Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen*

**Ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung mildern**

Der SPD-Bundesparteitag wird aufgefordert, im Wahl-  
programm zur Bundestagswahl 2017 Maßnahmen auf-  
zunehmen, die der weiterhin sehr ungleichen Einkom-  
mens- und Vermögensverteilung entgegen wir-  
5 ken. Dafür sind zum Beispiel entsprechende steuerliche  
Maßnahmen einzusetzen:

- Erhöhung der Spitzensteuersätze
- Kapitalerträge wie andere Einkommensarten be-  
10 steuern
- Wiedereinführung einer Vermögensteuer (eventuell  
auch Erhebung einer einmaligen Vermögensabga-  
be), um staatliche Investitionen zu finanzieren
- stärkere Besteuerung großer Erbschaften
- 15 • europaweite Einführung einer Finanztransaktions-  
steuer

Kleinere und mittlere Einkommen sollten dagegen  
20 durch eine Reduzierung von Sozialabgaben oder steuer-  
lich entlastet werden. Außerdem sollte die Förderung  
der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand verbessert  
werden.

*Antragsbereich StW/ Antrag 54*  
*Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)*

**Zerschlagung bewährter Sparkassenstrukturen durch die Europäische Bankenaufsicht (EBA) und die Europäische Zentralbank (EZB) verhindern!**

Der SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg unterstützt die  
SPD-Bundestagsfraktion in ihren Bemühungen, die  
Sparkassenstrukturen vor der Zerschlagung durch Die  
Europäische Bankenaufsicht (EBA) und die Europäische

**Ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung mildern**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antrags-  
kommission

**Zerschlagung bewährter Sparkassenstrukturen durch die Europäische Bankenaufsicht (EBA) und die Europäische Zentralbank (EZB) verhindern!**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antrags-  
kommission

- 5 Zentralbank (EZB) zu retten. Der SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg wehrt sich entschieden gegen den Versuch, die Verwaltungsräte der Sparkassen allein mit Juristen, Volks- oder Betriebswirten oder aber Verwaltungswissenschaftlern zu besetzen. Der SPD-
- 10 Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg hält die Idee der Europäische Bankenaufsicht (EBA) und die Europäische Zentralbank (EZB), wonach ein Interessenkonflikt zwischen Personen mit politischem Einfluss einerseits und den Verwaltungsräten der Sparkassen andererseits vorliegt,
- 15 für wesensfremd.

*Antragsbereich StW/ Antrag 55*  
*Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen*  
*Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen*  
*Arbeitsgemeinschaft 60plus*

**Steuern und handlungsfähiger Staat**

Die staatliche Daseinsvorsorge muss gerecht finanziert werden. Dabei müssen die starken Schultern mehr tragen als die Schwachen. Darüber hinaus dürfen steuerliche Regelungen insbesondere im Einkommensteuerrecht tradierte Rollenmuster nicht verfestigen.

5

Die aktuellen fiskalischen Spielräume müssen genutzt werden, um notwendige und zukunftsweisende Investitionen in Bildung und Infrastruktur zu leisten. Darüber hinaus müssen wir die Spielräume nutzen, um die zu erwartenden Herausforderungen des demographischen Wandels lösen zu können. Das verstehen wir als Generationengerechtigkeit.

10

Seit vielen Jahren steigt die Ungleichheit in Einkommen und Vermögen an. Studien des Nobelpreisträgers Stiglitz und anderer zeigen, dass Ungleichheit schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung eines Staates ist. Sie ist aber auch ungerecht.

15

Der Steuersenkungswettbewerb innerhalb der EU ebenso wie die jüngsten Pläne der britischen Regierung für eine Steuersenkung für Konzerne zerstören die Handlungsfähigkeit des Staates, unzählige Arbeitsplätze und am Ende unseren Wohlstand.

20

Wir wollen Steuergerechtigkeit wiederherstellen und mehr Handlungsspielraum zur Sicherung und zum Ausbau der staatlichen Daseinsvorsorge in den Bereichen der Bildung, der Betreuungs-, Verkehrs- und digitalen Infrastruktur, der finanziellen Ausstattung der Kommunen und zur Unterstützung der Aufgaben im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel zu erlangen.

25

30

**Steuern und handlungsfähiger Staat**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

Wir wollen damit die Grundlage für ein erfolgreiches und erfülltes Zusammenleben und gesellschaftliche Teilhabe für alle schaffen.

- 35 Deshalb fordern wir:
- ein sozial gerechtes Steuersystem
- im Einkommenssteuerrecht:
- den Umstieg vom Ehegattensplitting zur Individualbesteuerung, wobei die gegenseitige Unterhaltsverpflichtung steuerfrei bleibt. (Stichtagsregelung mit Bestandsschutz für vor Stichtag geschlossene Ehen)
  - die Steuerklasse IV mit Faktorverfahren als Regelbesteuerung und die Abschaffung der Steuerklassenkombination III/V
  - Verbesserungen für Alleinerziehende und insbesondere Geringverdienende (Negativsteuer)
  - die Abschaffung der Zinsabgeltungssteuer, welche Kapitaleinkommen bevorzugt. Stattdessen fordern wir die gleiche Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkünften.
  - die Beibehaltung des Solidaritätszuschlages zur Finanzierung der Maßnahmen zur Bewältigung des demographischen Wandels im Rahmen einer Gemeinschaftsaufgabe
  - eine Entlastung der unteren Einkommen, die vollständig durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Reichensteuer für sehr hohe Einkommen gegenfinanziert wird.
- bei der Vermögens- und Erbschaftssteuer
- eine verfassungskonforme Wiederbelebung der Vermögenssteuer
  - stärkere Besteuerung großer Erbschaften.
  - das Erbschaftsteuerrecht zu vereinheitlichen und gerechter auszugestalten. Es muss gleiches Recht für alle Erbschaften gelten. Die Erbschaftssteuer ist grundsätzlich bei Erwerb zu zahlen. Zur Sicherung der Unternehmensfortführung sind (verzinst) Stundungen bis zu 10 Jahren möglich. Freibeträge bei Schenkungen und Erbschaften können pro Erwerber nur einmal in Anspruch genommen werden.
- für Finanztransaktionen
- die Einführung der Finanztransaktionssteuer.
  - Das Verbot des Hochfrequenzhandels
- beim Steuervollzug
- bessere personelle und materielle Ausstattung der Steuerprüfung und Steuerfahndung zur Eindämmung der Steuerhinterziehung
  - eine bessere internationale Kooperation im Steuerdatenaustausch und eine Harmonisierung von Unternehmensbesteuerung.
- im Haushaltsrecht
- ab der nächsten Wahlperiode die Verankerung von Gleichstellung als Querschnittsaufgabe in den fi-

nanzpolitischen Entscheidungen, bei der Haushaltsaufstellung und beim Haushaltsvollzug (Gender Budgeting).

**Antragsbereich StW/ Antrag 56**

*Stadtverband Bochum 5 (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Finanzierungsvorschläge**

5 Beibehaltung des Rentenniveaus durch Aufhebung der Abgeltungssteuer und damit im Sinne der Gerechtigkeit gleiche Besteuerung von Arbeit und Kapital. Die Mehreinnahmen sichern das Rentenniveau. Es wird angestrebt, das Rentenniveau bei 50 % zu belassen. Dazu wird aller Wahrscheinlichkeit nach ein Zuschuss aus Steuermitteln erforderlich werden. Das wäre auch nur gerecht, weil in der Vergangenheit Mittel der Rentenkassen zweckfremd verwandt wurden (hier seien nur die

10 Kosten der Einheitsbewältigung angeführt). Zur Frage der Finanzierung drängt sich eine Lösungsmöglichkeit auf: die privilegierte Besteuerung von Kapitaleinkünften gegenüber Arbeitseinkommen wird wieder aufgehoben. Durch die Abgeltungssteuer werden die Kapitalzuflüsse z. Zt. mit 25 % besteuert, wohingegen Arbeitslohn weiterhin mit (in der Spitze) 45 % belastet bleibt. Das Kapital wird also um 40 % geringer belastet als die Arbeit. Diese Privilegierung trifft ganz überwiegend die Begüterten im Lande. Bei der Einführung der Abgeltungssteuer wurde mit rd. 30 Milliarden Steuerausfall gerechnet. Davon sollten 25 Milliarden durch Änderung der Steuermoral und ähnlichen Verhaltensänderungen wieder hereingeholt werden. Das ist gründlich misslungen. Es kann also davon ausgegangen werden, dass

25 nach der Rückkehr zur „Synthetischen Besteuerung“, also der systemgerechten Berechnung der zu zahlenden Steuer, in der alle Einkunftsarten steuerlich gleich behandelt werden, ausreichend Mittel zur (teil-)steuerfinanzierten Rente zur Verfügung stehen würden. Die Rückkehr zur „Synthetischen Besteuerung“ kann auch in mehreren Schritten erfolgen, in dem der Steuersatz jährlich erhöht wird, bis die Angleichung erfolgt ist. Dieser Zeitraum dürfte mit dem Zeitraum korrespondieren, in dem die Notwendigkeit zur Stabilisierung des Rentenniveaus offenbar wird.

35

**Finanzierungsvorschläge**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission



*Antragsbereich StW/ Antrag 57*  
*Stadtverband Bochum 5 (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Nachhaltige Schutzmaßnahmen zur Verhinderung von feindlichen Übernahmen deutscher Unternehmen**

5 Die Möglichkeiten deutscher Unternehmen, insbesondere börsennotierter Aktiengesellschaften, feindliche Übernahmeversuche abzuwehren sind gering. Insbesondere verbietet § 33 WpÜG effektive Abwehrhandlungen des Vorstands der Zielgesellschaft nach Veröffentlichung der Entscheidung zur Abgabe eines Übernahmeangebots bis zur Veröffentlichung des Ergebnisses. Spätestens seit der feindlichen Übernahme von Hochtief durch die Grupo ACS im Jahre 2010 steht der deutsche Gesetzgeber in der Kritik. Für den Wähler ist es nicht nachvollziehbar, dass bei der Übernahme eines deutschen Unternehmens, diese Übernahmen nicht etwa durch das Übernahmeunternehmen selbst, sondern faktisch durch das Zielunternehmen bezahlt werden. Dafür werden entweder, im Rahmen der Gläubigerschutzvorschriften, Geldmittel des übernommenen Unternehmens abgezogen oder durch dieses Kredite, zur Tilgung des eigenen Erwerbspreises, aufgenommen. Oft wird das gesunde Zielunternehmen in dieser Weise ausgebeutet und materielle sowie immaterielle Werte auf das Übernahmeunternehmen übertragen. Dieser Vorgang führt zu einem Ausbluten lassen des Zielunternehmens. Solch eine Praxis führt zur Gefährdung erfolgreicher Unternehmensführung in Deutschland und erhöht zusätzlich das Risiko für bestehende Arbeitsverhältnisse auf Grund betriebsbedingter Kündigungen. Maßnahmen zum Schutz vor feindlichen Übernahmen sind vielfältig. Über eine Stärkung von Minderheitsaktionären in Verbindung mit Überarbeitung des Squeeze Out Regelungen im AktG., das Zulassen von Abwehrhandlungen mit der Folge einer Gesetzesänderung in § 33 WpÜG, die Erweiterung der Pflichten zur Veröffentlichung von Übernahmeangeboten gemessen an den Shares,...

35 Festzuhalten ist, dass solche Maßnahme getroffen werden müssen. So gehört es ebenfalls zu einer sozialen und solidarischen Politik, dass neben der Stärkung von Arbeitnehmerinteressen durch die Erweiterung von Mitbestimmungsmöglichkeiten, auch die Existenz und der Handlungsspielraum übernahmegefährdeter Unternehmen geschützt werden. Der unkontrollierte Liquiditätsabfluss ins Ausland muss eingedämmt werden.

**Nachhaltige Schutzmaßnahmen zur Verhinderung von feindlichen Übernahmen deutscher Unternehmen**

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission

*Antragsbereich StW/ Antrag 58*  
*Stadtverband Bochum 5 (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

	<b>Einrichtung eines eigenständigen Subventionsetats</b>	<b>Einrichtung eines eigenständigen Subventionsetats</b>
5	Die im Steuerrecht versteckten und die in den einzelnen Ressortetats befindlichen Subventionen sollen in einem eigens eingerichteten Subventionsetat ausgewiesen werden. In diesem Etat sind dann die für notwendig erachteten Unterstützungsleistungen enthalten. Dieser Etat obliegt ob der weiteren Notwendigkeit der jeweiligen Hilfe einer jährlichen Überprüfung durch den Haushalts- und Finanzausschuss in öffentlicher Sitzung. Dies sorgt für die notwendige Transparenz und die damit verbundene Zurückdrängung des Einflusses von Lobbyisten.	Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission
10		

*Antragsbereich StW/ Antrag 59*  
*Stadtverband Bochum 5 (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

	<b>Ausgestaltung der Wegzugsbesteuerung, § 6 AstG</b>	<b>Ausgestaltung der Wegzugsbesteuerung, § 6 AstG</b>
5	Hin und wieder hört man ja Drohungen, dass Bürger wegen zu hoher Besteuerung unser Land verlassen wollen.. Doch haben sie ihr Vermögen nicht ganz allein erworben, sondern durch Infrastruktur, Subventionen, Mehrwert, Preissteigerungen etc. sehr vom Gemeinwesen und der Wertschöpfung durch Andere profitiert, unbeschadet ihrer eigenen Leistung. Diese (stillen) Reserven müssen in Gänze der deutschen Besteuerung unterliegen und den hier Verbliebenen zu Gute kommen.	Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Antragskommission
10		
15	Unter dem Begriff „Wegzugsbesteuerung“ versteht man gesetzliche Regelungen, die eine steuerlich Erfassung von im Inland gelegten Stillen Reserven sicherstellen sollen. Dazu stehen erste Ansätze im § 6 Außensteuergesetz (AstG). Diese Vorschrift muss ausgebaut werden. Wegen noch ungeklärter EU-Probleme sind zuerst Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Nicht-EU-Staaten zu schließen.	

## Umwelt-, Energie- und Verbraucherpolitik (U)

*Antragsbereich U/ Antrag 1  
Themenforum Verbraucherpolitik*

**Recht auf anonymes digitales Bezahlen**

5 Anonymes Bezahlen mit Bargeld gehört zu unserer freien Gesellschaft. Diese Errungenschaft wollen wir erhalten und auf die sich immer weiter verbreitende elektronische Bezahlung ausdehnen. Dies ist umso wichtiger, weil sonst elektronische Bezahlung privaten Firmen eine lückenlose Profilbildung der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht. Damit kommen wir dem Ziel unserer modernen Verbraucherpolitik, die Vereinbarkeit von technischer und wirtschaftlicher Innovation mit dem Schutz der Persönlichkeitsrechte unter fairen Wettbewerbsbedingungen für alle Akteure herzustellen, einen weiteren Schritt näher. Wie auch bei Bargeld kann berechtigten Sicherheitsinteressen – namentlich der Terrorismusbekämpfung sowie dem Kampf gegen Geldwäsche – durch

10 Höchstgrenzen Rechnung getragen werden. Anonymes digitales Bezahlen ist nicht neu. Neben digitalen Währungen gibt es bereits eine anerkannte und lang praktizierte Form anonymer elektronischer Bezahlung, nämlich die elektronische Geldbörsenfunktion der EC-Karte.

15 Das Angebot anonymer elektronischer Bezahlung verpflichtend einzuführen, soll der Gefahr begegnen, dass aufgrund von Marktmacht großer Anbieter und deren Interesse an den Daten ihrer Kunden sonst kein flächendeckendes freiwilliges Angebot entsteht. Die SPD setzt sich dafür ein, dass alle Anbieter von Waren und Dienstleistungen, die ihren Kunden elektronische Bezahlung anbieten, auch eine Form anonymer elektronischer Bezahlung ohne zusätzliche Gebühren anbieten müssen. Anonym heißt: Die Finanzdienstleister wissen nicht, was ihr Kunde gekauft hat. Die Anbieter von Waren und Dienstleistungen wissen nicht, wer der Kunde ist, falls es nicht für die Erfüllung des Vertrages selbst erforderlich ist.

20

25

30

**Recht auf anonymes digitales Bezahlen**

Erledigt durch Antrag RP1

*Antragsbereich U/ Antrag 2  
Ortsverein Uehlfeld (Landesverband Bayern)*

**Umwelt und Energie**

Wir fordern eine nachhaltig betriebene Landwirtschaft zum Schutz von Umwelt und Klima, mehr Steuermittel für die Förderung der ökologischen Landwirtschaft und

**Umwelt und Energie**

Erledigt durch Antrag RP1

eine dezentrale Energieversorgung.

*Antragsbereich U/ Antrag 3*  
*Themenforum Verbraucherpolitik*

**Verbindliches Widerrufsrecht beim Kauf von Apps**

Digitale Güter, wie Apps und Softwares für Smartphones, haben für Verbraucherinnen und Verbraucher den Vorteil, dass sie sehr schnell mit nur wenigen Clicks zu erwerben sind. Trotz dieser Einfachheit und ihrer immateriellen Form handelt es sich bei digitalen Gütern um Konsumwaren, für die die im Online-Handel üblichen Verbraucherstandards gelten müssen. Wir stellen fest, dass mit der Umsetzung der EU-Verbraucherrechte-Richtlinie in nationales Recht am 13. Juni 2014 eine Novellierung des Widerrufsrechts erfolgte. Durch eine Ausnahmeregelung für digitale Güter wurden die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern eingeschränkt, da Anbieter seitdem die Möglichkeit haben, das Widerrufsrecht zum Beispiel bei einem App-Einkauf unter bestimmten Voraussetzungen auszuschließen. Derzeit laufen in Brüssel die Beratungen zu einer Richtlinie über vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Güter. Hier bietet sich die Möglichkeit, diese Lücke zu schließen. Wir fordern ein verbindliches, einheitliches und vollwertiges Widerrufsrecht für digitale Inhalte und Dienstleistungen. Verbraucherinnen und Verbrauchern soll entsprechend den Regelungen für Fernabsatzverträge grundsätzlich die Möglichkeit eingeräumt werden, eine gekaufte Anwendungssoftware zurückzugeben.

**Verbindliches Widerrufsrecht beim Kauf von Apps**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

*Antragsbereich U/ Antrag 4*  
*Themenforum Verbraucherpolitik*

**Unterschiede zwischen Verbrauchergruppen in der Verbraucherpolitik stärker beachten**

Wir alle, Frauen, Männer, Kinder, Senioren, Geflüchtete oder Migranten, haben als Verbraucherinnen und Verbraucher nicht nur identische Bedürfnisse. Wir fragen auch verschiedene Waren und Dienstleistungen nach. Wir sind auch in unterschiedlichem Grad vulnerabel. Mit der Bildung des Sachverständigenrates für Verbraucherfragen durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wurden die Möglichkeiten erweitert, wissenschaftlich fundiert Probleme von Verbraucherinnen und Verbrauchern aufzuarbeiten und in die politische Diskussion einzubringen. Hierzu dienen vor allem

**Unterschiede zwischen Verbrauchergruppen in der Verbraucherpolitik stärker beachten**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

die vom Sachverständigenrat erstatteten Gutachten. Diese sind bislang allerdings stets themenzentriert und nicht auf einzelne Zielgruppen fokussiert.

15

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird daher gebeten zu prüfen, wie dem Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz im Jahr 2017 zusätzlich ermöglicht werden kann, ergänzend zu themenzentrierten Gutachten auch zielgruppenorientierte Gutachten durchführen zu lassen, sei es durch den Sachverständigenrat für Verbraucherfragen oder auf anderem Wege.

20

Dies könnte zunächst exemplarisch insbesondere hinsichtlich Geflüchteter als Verbraucherinnen und Verbraucher geschehen.

25

**Antragsbereich U/ Antrag 5**

*Unterbezirk Ennepe-Ruhr (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Stopp von Tierversuchen der Stufe 3 in Deutschland**

Wir fordern den sofortigen Stopp der Tierversuche der Stufe 3 im Institut für Molekulare Psychiatrie der Universität Bonn und dem Zentralinstitut für Seelische Gesundheit in Mannheim. Die dort stattfindenden Stromversuche und forcierten Schwimmtest zur Depressionsforschung sind genehmigt worden. Ärzte gegen Tierversuche e.V. und weitere Organisationen haben dies aufgedeckt und führen nun große Kampagnen zu diesem Thema durch.

5

**Stopp von Tierversuchen der Stufe 3 in Deutschland**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich U/ Antrag 6**

*Ortsverein München Solln (Landesverband Bayern)*

**Der Straftatbestand der Gewässerverschmutzung wird deutlich verschärft und deutlich strenger verfolgt**

Die Untätigkeit beim Gewässerschutz (jüngst auch von der EU angeprangert) wird beendet, eine Freiheitsstrafe soll die Regel werden und die Aufklärungsquote (bisher 20%) wird deutlich erhöht.

**Der Straftatbestand der Gewässerverschmutzung wird deutlich verschärft und deutlich strenger verfolgt**

Ablehnung

**Antragsbereich U/ Antrag 7**

*Kreisverband Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Landwirtschaft**

Als Alternative möchten wir die fair produzierende und regional ausgerichtete Landwirtschaft stärken:

- die Erzeugung landwirtschaftlicher Güter soll sich

**Landwirtschaft**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- 5 eher am inländischen und europäischen Bedarf ausrichten, weniger am Weltmarkt
- statt staatlicher Vorgaben zur Regulierung von Milchmengen spricht sich die SPD für ökologische Förderstrukturen aus. So soll beispielsweise die Fütterung mit heimisch erzeugtem Tierfutter gefördert werden
- 10
- kleine und mittlere bäuerliche Betriebe stärken, insbesondere die Höhenlandwirtschaft mit ihrer Funktion der Landschaftspflege
- 15
- wichtig ist, die Wertschätzung aller nachhaltig erzeugten landwirtschaftlichen Produkte zu stärken
  - die bürokratischen Vorgaben für regional ausgerichtete Landwirtschaft reduzieren

*Antragsbereich U/ **Antrag 8**  
Ortsverein Schnelsen (Landesorganisation Hamburg)*

**Mehr Zukunft mit mehr Nachhaltigkeit wagen**

Das Bundestagswahlprogramm 2017 erweitert den Begriff der Gerechtigkeit auch auf die nachfolgenden Generationen und die vom Klimawandel besonders betroffenen Menschen wie folgt: „Mehr Zukunft mit mehr Nachhaltigkeit wagen!“ Das Sozialdemokratische Energiekonzept für eine gerechte und verantwortungsbewusste Gesellschaft

5

Unser Leitbild:

10

- Ressourcenverbrauch mit Verantwortung für künftige Generationen,
- Soziale Gerechtigkeit bei den Energiepreisen,
- Klima-Verantwortung für alle Erdbewohner und künftige Generationen.

Unsere Zielsetzungen:

15

- Nachhaltigkeit als Maßstab
- Bürgerbeteiligung als Methode
- Innovationen und Arbeitsplatzsicherung
- Energie-Verbrauch reduzieren als Standard
- Energie-Rückgewinnung grundsätzlich nutzen

20

Die sozialdemokratische Partei war bei vielen gesellschaftlichen Innovationsprozessen in den letzten 150 Jahren die treibende Kraft und hat im Verbund mit starken Gewerkschaften, innovativen Vordenkern und dem Gemeinwesen aufgeschlossenen Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Verwaltung substantielle Verbesserungen der Lebensbedingungen für die Menschen erkämpft, nicht zuletzt den Atomkonsens 2000 und den konsequenten Umbau der Energieerzeugung.

25

**Mehr Zukunft mit mehr Nachhaltigkeit wagen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

30 Das Bedürfnis der Menschen nach mehr Gerechtigkeit ist größer denn je. Neben der sozialen Gerechtigkeit erwarten viele Bürger heute auch Antworten und Lösungen für die Ressourcengerechtigkeit und im Hinblick auf die Nachhaltigkeit unserer Energieversorgung. Die SPD wird in der kommenden Legislaturperiode sich dafür einsetzen, dass

- 35 • die Energiepreise und der Gesamtenergieverbrauch auch für einkommensschwache Haushalte bezahlbar bleiben,
- 40 • die Energieversorgung sicher bleibt und die Einzelmaßnahmen miteinander verzahnt und abgestimmt werden,
- die Energiewende auch mit den Bürgern und Kommunen gemeinsam umgesetzt wird,
- 45 • neue Arbeitsplätze durch Innovationen entstehen und bestehende Arbeitsplätze im internationalen Wettbewerb nicht benachteiligt werden,
- die Energieversorgung konsequent auf nachhaltige, d.h. ressourcenschonende Verfahren umgestellt wird,
- 50 • die CO2-Emissionen bis 2020 um 40% gegenüber 1990 gesenkt werden,
- der Atomausstieg und der Umbau der Energieversorgung auch international voran kommt, wofür sich Deutschland auch international einsetzen wird,
- die Energie-Effizienz und -Einsparung ein zentrales Politikfeld in diesem Jahrzehnt wird.

55 Energieausgaben stabilisieren, Verbrauch senken, soziale Gerechtigkeit

60 Wir werden angesichts vieler, bislang ungenutzter Energiespar- und Effizienzmaßnahmen die Energieberatung für die Verbraucherinnen und Verbraucher vorantreiben. Jeder Haushalt hat Anspruch auf eine kostenfreie Energieeffizienzberatung. Dadurch möchten wir das Bewusstsein für die Eigenverantwortung aller Energieverbraucher stärken. Um den Anreiz für Energieeinsparungen zu erhöhen, werden wir die Stromversorgungsunternehmen verpflichten, mindestens einen progressiven Stromtarif einzuführen. Das kann auch einkommensschwachen Haushalten zugutekommen. Eine tarifgünstige Grundverbrauchsmenge für Strom je Haushalt soll Standard werden. Dabei soll der Anreiz zum Stromsparen jedoch unbedingt erhalten bleiben. Für Einkommensschwache Haushalte werden wir ein Förderprogramm zum Austausch von Haushalts-Altgeräten mit niedrigen Energiestandards auflegen.

75 Die Versorgung mit Wärme und Strom ist ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsfürsorge. Wir werden dafür sorgen, dass Energienetze und -erzeugung nicht allein nach privatwirtschaftlichen Interessen gesteuert und bewirtschaftet werden. Wir wollen mehr Vielfalt auf den Energiemärkten schaffen und dadurch

80 auch überhöhte Preise und allzu hohe Marktmacht einzelner Akteure verhindern. Wir werden das im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltungsrecht stärken auch im Hinblick auf die Möglichkeit, Aufgaben der öffentlichen Daseinsfürsorge wieder in kommunaler Eigenregie durchzuführen. Wir werden dazu unter anderem die Regelungen zur Vergabe von Konzessionen für leitungsgebundene Strom-, Gas- und Wärmenetze so konkretisieren, dass Rechtssicherheit insbesondere über die Modalitäten der Übertragung der Netze bei einem Wechsel des Konzessionsinhabers besteht. Es soll einen Wechsel nicht behindernde Bewertungsmethode festgelegt werden. Die Geltung der Regelungen soll sich – soweit rechtlich zulässig – auch auf Endschaftsklauseln in Altverträgen erstrecken.

Sichere Stromversorgung, Flexibilisierung, bessere Koordinierung

95 Wir werden die Stabilität und Qualität der Energieversorgung weiter erhöhen durch Fortentwicklung der qualitätsorientierten regelmäßigen Kontrolle der Strom- und Gasverteilnetz-Betreiber. Schon bei der Vergabe der Netz-Konzessionen werden wir klare und transparente Regeln für mehr Rechtssicherheit für alle Verfahrensbe-  
100 teiligten und für mehr Qualität aufstellen und die Einführung sowie den Ausbau innovativer umweltschonender Technik fördern.

Im Übertragungsnetzbereich sind große Investitionen nicht nur in die Modernisierung, Erweiterung und den Offshore-Anschluss notwendig. Dabei gilt es, dass der Netzausbau grundsätzlich dem Ausbau der erneuerbaren Energien zu folgen hat. Gleichzeitig werden wir den Weg ebnen, damit Strom aus erneuerbaren Energien bedarfsgerecht zwischengespeichert werden kann. Das erfordert weitere Investitionen in Großspeicher, die angesichts der Bedeutung von Windenergie für die Energiewende insbesondere in Norddeutschland ge-  
105 braucht werden. Die Transparenz hinsichtlich des tatsächlichen Bedarfs und die breite Beteiligung der Öffentlichkeit sind dabei für uns eine Voraussetzung und kein Hindernis. Die Umweltverträglichkeit der Offshore-Energieerzeugung ist wissenschaftlich zu begleiten.

Schließlich werden wir alle technischen Möglichkeiten nutzen, um den Verbrauch, neue Speicheranlagen und alle Erzeugungsanlagen, sei es nun aus erneuerbaren oder noch aus fossilen Energien, flexibler zu gestalten und besser aufeinander abzustimmen. Dazu werden wir kosteneffiziente Flexibilisierungsmechanismen einführen, die wirksame Anreize für alle Akteure bieten. Die heutigen Rahmenbedingungen für den Strommarkt werden wir so weiter entwickeln, dass Klimaschutz, Flexibilität und Versorgungssicherheit angemessen  
120 berücksichtigt werden.

Wir werden alle Steuerungs- und Koordinierungsarbeiten in sämtlichen Energienutzungs-sektoren – Elektrizität



130 tät, Wärme und Mobilität – in einem neu geschaffenen  
Energie-ministerium zusammenfassen und dafür die  
notwendigen Kompetenzen zuordnen. Wir beenden die  
Dauer-Blockade zwischen Umwelt- und Wirtschafts-  
ministerium und gestalten und verzahnen die vielen Ein-  
zelmaßnahmen des Umbaus hin zu einer nachhaltigen  
Energieversorgung. Wir werden einen in Konsultationen  
abgestimmten und jährlich überarbeiteten „Masterplan  
135 Energiewende“ vorlegen.

Notwendig ist auch die „Energiewende von unten“

140 Die Energiewende gelingt nur mit den Menschen, mit  
den kleinen und großen Energie-verbrauchern und der  
Einbeziehung aller Akteure in die Verantwortung. Wir  
schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Stadtwerke,  
Genossenschaften und einzelne Bürger und Bürgerinnen  
die Möglichkeit haben, eine demokratisch kontrollierte  
und dezentral organisierte Energieversorgung aufzu-  
bauen.

145 Die Energiewende erfordert große Investitionen. Investi-  
tionen, die auch Erträge bringen. Viele Bürger suchen  
sichere Anlagemöglichkeiten und wollen sich gleichzei-  
tig auch aktiv einbringen in den Umbau der Energiesys-  
teme. Wir werden daher insbesondere die Möglichkei-  
ten von Bürgerbeteiligungen weiter ausbauen, damit  
150 Bürger und Bürgergenossenschaften sich an Investitio-  
nen in allen Wertschöpfungsstufen des Energiesystems  
finanziell beteiligen können.

155 CO2-Ausstoß konsequent reduzieren, Innovationen  
fördern

160 Der von Rot-Grün im Jahr 2000 forcierte und konse-  
quent gestaltete Rahmen für den nachhaltigen und  
CO2-neutralen Umbau der Energieversorgung hat in-  
nerhalb von 12 Jahren zu über 400.000 neuen Arbeits-  
plätzen geführt. Im Jahr 2020 werden es mehr als  
600.000 sein. Wir werden Innovationen und Pionierlei-  
stungen, die von kreativen Menschen und erfolgreichen  
Unternehmen in Deutschland für die Umsetzung der  
Energiewende tagtäglich geleistet werden, verstärkt  
165 fördern. Wir werden gleichzeitig darauf achten, dass  
auch in diesem dynamisch wachsenden Wirtschaftszweig  
faire Arbeitsbedingungen eingehalten werden.  
Wir werden darauf hinwirken, dass Anbieter von Öko-  
strom und Hersteller von Erneuerbare-Energien-Anlagen  
sowie deren Auftragsunternehmen gute Sozialstan-  
dards einhalten und nicht von Dumpinglöhnen profitie-  
ren.

170 Wir wollen, dass die Unternehmen ihre internationale  
Führungsrolle bei den Themen Energieeffizienz und  
Nachhaltigkeit weiter ausbauen und ein auf die Unter-  
nehmensgröße abgestimmtes Energiemanagementsys-  
tem implementieren. Energieintensiven Unternehmen,  
175 die im internationalen Wettbewerb stehen und bei

180 denen die Energiekosten direkte Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit haben, sollen aber durch den Umbau der Energieversorgung keine Nachteile haben.  
 Unser Ziel: nachhaltige Energieversorgung, Ressourcen schonen

185 Wachsende Bevölkerungszahlen und die schnell zunehmende Industrialisierung weltweit führen zu einer drastisch weiter wachsenden Nachfrage nach Rohstoffen und Energie. Daraus entstehen die ökologischen und ökonomischen Herausforderungen:

- 190 • Wie verhindern wir die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch die mit der Industrialisierung verbundene Übernutzung unserer Umwelt?
- Wie machen wir unsere Wirtschaft unabhängiger von Rohstoffen, die nur begrenzt auf der Erde verfügbar sind und deren Preise steigen werden?
- Wie verhindern wir eine Ressourcenausbeutung der Dritten Welt?

195 Die Antwort der SPD ist der bewusste Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft. Um den Wandel zu gestalten, brauchen wir eine neue Fortschrittsidee: „Mehr Zukunft mit mehr Nachhaltigkeit wagen!“

200 Wir werden die Weichen dafür so stellen, dass spätestens im Jahre 2050 die vollständige Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien erreicht wird. Dazu werden wir das EnWG, das EEG, das Stromsteuergesetz und andere Regelungen schrittweise so weiter entwickeln, dass der Strompreis alle externen Kosten widerspiegelt. Dabei gilt für uns das Grundprinzip der Nachhaltigkeit: Es muss ein Ausgleich zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Interessen stattfinden, damit die Energiewende weder zu Lasten von Arbeitsplätzen noch der sozial Schwachen geht – denn richtig angepackt bietet sie große Chancen für mehr soziale Gerechtigkeit und den Industriestandort Deutschland.

210 Wir werden die Weichen dafür so stellen, dass im Jahre 2050 die gesamte verfügbare Energiebedarfsmenge in allen Nutzungsbereichen zu mindestens 90 % aus erneuerbaren Energien stammt. Dafür werden wir auch die Rahmenbedingungen im Wärme- und Mobilitätssektor schaffen.

215 Wir werden den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent fortsetzen. In 2020 wollen wir mindestens 45 Prozent der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien umgestellt haben, 2030 soll der Anteil bei mindestens 60 Prozent liegen.

220 CO2-Emissionsziele senken, CO2-Zertifikatehandel grundlegend reformieren

225 Ein großes Ziel erreicht man nur mit guten Ideen und wenn man bereits den ersten Schritt in die richtige Richtung geht. Und dann den Nächsten. Wir wollen, dass Deutschland wieder Vorreiter bei der Umsetzung der

230 Klimaschutzziele wird. Dazu schaffen wir ein Nationales Klimaschutzgesetz, das die erklärten deutschen Klimaschutzziele (-95 % Treibhausgasemissionen bis 2050 gegenüber 1990) verbindlich festlegt. Bis 2020 werden wir den gesamten CO<sub>2</sub>-Ausstoß Deutschlands gegenüber 1990 um 40% senken. Wir werden stetig steigende Zwischenziele festlegen. Die Zielerreichung wird jährlich durch eine unabhängige Kommission überprüft werden. Das Klimaschutzgesetz enthält verbindliche Sektorziele für die Bereiche Energieerzeugung, Gebäude, Haushalte, Industrie und Verkehr.

235 Neben den schon beschriebenen Maßnahmen ist es auch notwendig den CO<sub>2</sub>-Zertifikate-handel auf den Prüfstand zu stellen, was bislang vom Bundeswirtschaftsministerium blockiert wurde. Der Vorschlag der EU-Kommission, mindestens 900.000 Zertifikate aus dem Handel herauszunehmen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Außerdem müssen die Klimaschutzziele in der EU und international erhöht werden. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in der EU muss bei Festlegung stetig steigender Zwischenziele bis 2020 um 30% gegenüber 1990 sinken. Zur Überprüfung brauchen wir eine unabhängige europäische Kommission. Weltweit werden wir nicht umhin kommen, uns an den Kosten des Klimaschutzes zu beteiligen, um den Klimaschutz international voranzubringen. Dafür werden wir uns einsetzen.

240

- Verschmutzung und CO<sub>2</sub>-Emissionen müssen endlich spürbare Kosten verursachen!
- Saubere und nachhaltige Energienutzung und – Rückgewinnung müssen sich lohnen!

245

Wir werden ergänzend die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe und alternativ die Differenzierung der Stromsteuer nach der CO<sub>2</sub>-Bilanz des Primärenergieträgers prüfen. Mit einer CO<sub>2</sub>- Abgabe werden wir notwendige Infrastrukturmaßnahmen für den nachhaltigen Umbau des Energiesystems finanzieren.

250

255

260 Ausstieg aus der Atomenergie international voranbringen

Atomenergie darf nicht zur Erreichung der Klimaziele beitragen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich erneuerbare Energien so schnell wie möglich auch international durchsetzen. Dazu gehört es, dass wir uns auch international für einen Ausstieg aus der Atomenergie einsetzen. Um den Ausstieg aus der Atomenergie international zu fördern ist es notwendig, dass Deutschland keine Atomtechnologie mehr exportiert und keine Export-Bürgschaften mehr für derartige Geschäfte gibt. Auch dürfen die deutschen Landesbanken derartige Projekte im Ausland nicht mehr finanzieren.

265

270 Energieeffizienz und Energieeinsparung: Mehr Ressourcengerechtigkeit

Im Bereich der Wärme-Erzeugung, Wärme-Nutzung und Wärme-Rückgewinnung liegen noch große unerschlossene Potenziale, die wir durch die konsequente Förde-

- 275 rung von
- energetischen Gebäudemodernisierungen,
  - Einbauten kleiner und mittlerer KWK-Anlagen, die mit nachhaltig erzeugten Energieträgern betrieben werden,
- 280 • elektrisch betriebene Wärmepumpen  
 • und Wärmerückgewinnung  
 erschließen werden. Durch energetische Gebäudesanierungen darf der Anstieg der Kaltmieten jedoch nicht die Ersparnis durch Energieeinsparung überschreiten.
- 285 Im Mobilitätsbereich werden wir gezielt den öffentlichen Nah- und Fernverkehr fördern, neue Mobilitäts-Nutzungskonzepte etablieren und die Entwicklung und den Markteintritt nachhaltiger Antriebs- und Treibstoffkonzepte unterstützen. Wir wollen, dass die nachhaltigen Mobilitäts- und Antriebskonzepte in Deutschland
- 290 entwickelt und zuerst hier flächendeckend eingesetzt werden.

**Antragsbereich U/ Antrag 9**

*Ortsverein Schnelsen (Landesorganisation Hamburg)*

**Einführung einer aufkommensneutralen CO2-Umlage**

Das Bundestagswahlprogramm 2017 fordert die Einführung einer aufkommensneutralen CO2-Umlage, damit die Klimaschutzziele durch wirksame Anreize in allen Energiesektoren sicher erreicht werden können. Klimaschutz-orientierte Akteure werden belohnt aus den Einnahmen der CO2-Umlage, Klimaschädliche Aktivitäten müssen eine CO2-Umlage zahlen:

- 5
- 10 „Durch eine gesetzliche CO2-Umlage auf fossile Energieträger nach Schweizer Vorbild sorgen wir dafür, dass Klimaschutzinvestitionen auch in bisher nicht vom Zertifikatehandel erfassten Sektoren erfasst und belohnt werden. Um die Umlage sozial verträglich zu machen werden die Erträge der Klima- und Stromabgaben vollständig an Haushalte und Unternehmen rückverteilt. Um eine möglichst neutrale Verteilungswirkung zu erreichen, ist ein Teil der Einnahmen über eine Pro-Kopf-Pauschale an die Haushalte zurückzuerstatten. Die Rückverteilung bewirkt, dass die Beiträge der Haushalte und Unternehmen insgesamt nicht ansteigen. Haushalte und Unternehmen mit einem niedrigen Energieverbrauch werden belohnt, da sie mehr Geld zurückerhalten, als sie an Klima- und Stromabgaben entrichten. In der Übergangszeit finanzieren wir aus einem Teil der Umlage weitere Klimaschutzmaßnahmen, zum Beispiel die Umstellung auf kohlenstoffarme Industrieprozesse,
- 15
- 20
- 25

**Einführung einer aufkommensneutralen CO2-Umlage**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

und stellen zusätzliche Mittel für die sozialverträgliche, energetische Gebäudemodernisierung bereit.“

*Antragsbereich U/ Antrag 10  
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen*

**Novellierung des EEG**

Im Zuge der Novellierung des Erneuerbaren Energie Gesetzes (EEG) fordert die AfA-Bundeskonferenz den SPD Bundesvorstand und die Bundesregierung auf, bzw. die Delegierten des betreffenden SPD-Bundesparteitag auf, nachfolgendes in den Neuregelungen des EEG umzusetzen, bzw. dies in das kommende Wahl-/Regierungsprogramm zum Bundestagswahl 2017 mit aufzunehmen:

5

10

15

20

25

30

35

40

1. Bei der Umstellung des EEG von der Förderung über feste Stromvergütung hin zu Ausschreibungen ist in jedem Fall darauf zu achten, dass auch weiterhin Bürgerinnen und Bürger sowie kommunale Stadtwerke sich am Bau von Windparks mit ihren Investitionen beteiligen können

2. Auch die Wende hin zu erneuerbaren Energiegewinnung ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Die Energiewende darf nicht durch verkappte Verbrauchssteuern finanziert werden. Deshalb ist hier eine Neuordnung zu organisieren: Das Existenzminimum armutsgefährdeter Haushalte im Grundsicherungsbezug ist daher mit einer Erhöhung der Regelsätze entsprechend der Steigerung der Strompreise zu schützen. Damit Arbeitnehmerhaushalte mit geringem oder mittlerem Einkommen oberhalb des Grundsicherungsniveaus ebenso von der Neuordnung profitieren können, ist eine verteilungsgerechtere Finanzierung der Energiewende anzustreben. Die Energiekosten von Haushalten und Betrieben müssen bezahlbar sein und bleiben.

3. Die Aufwendungen des ökologischen Umbaus sind gerecht auf die verschiedenen Akteure im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu verteilen. Hierzu können die steuerpolitischen Grundsätze herangezogen werden: Die Steuereinnahmen müssen zu Finanzierung der notwendigen öffentlichen Aufgaben ausreichen und der Steuersystem muss gerecht sein. Gering- und durchschnittlich Verdienende müssen entlastet, Superreiche, Wohlhabende, Vermögende und finanzstarke Unternehmen müssen wieder einen weitaus größeren Beitrag leisten.

**Novellierung des EEG**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Die EEG-Umlage widerspricht diesen steuerpolitischen Grundsätzen fundamental, weil die Belastung mit steigendem Einkommen abnimmt. Diese regressive Wirkung der EEG-Umlage als eine Art Verbrauchssteuer ist folglich in eine progressive Wirkung zu ändern. Progressiv ist die Wirkung dann, wenn sie für die Finanzstarken eine höhere Belastung vorsieht als für die Ärmeren. Die Strompreisgestaltung ist zur Finanzierung des Energieumstiegs entsprechend zu ändern. Bei dieser Änderung der EEG-Umlage sind selbstredend die Netzentgelte und die KWK-Umlage mit einzubeziehen.

*Antragsbereich U/ Antrag 11*  
*Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)*

**Energiewende dezentral gestalten und ohne Monstertrassen**

Die SPD setzt sich für eine dezentrale Energiewende ein. Weiteren Monsterstromtrassen erteilen wir auch in Form der Erdverkabelung eine Abfuhr. Zur ggf. notwendigen Stromverteilung in Nord-Süd-Richtung ist vielmehr auf Technologien (z.B. Power to Gas) zurückzugreifen, die keine weiteren massiven Eingriffe in die Natur bedingen. Kohleverstromung ist schrittweise bis zum Jahr 2035 einzustellen um die fortschreitende Erderwärmung einzudämmen.

**Energiewende dezentral gestalten und ohne Monstertrassen**

Ablehnung

*Antragsbereich U/ Antrag 12*  
*Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)*

**Unternehmen stärker an der Energiewende beteiligen**

Es ist sicherzustellen, dass auch Unternehmen ihren finanziellen Anteil an der Energiewende übernehmen. Befreiungen von der EEG-Umlage für Unternehmen, die immer zu Lasten der privaten Endverbraucher gehen, sind äußerst restriktiv zu erteilen.

**Unternehmen stärker an der Energiewende beteiligen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich U/ Antrag 13*  
*Bezirk Braunschweig*

**Trassenführung der geplanten HGÜ Leitung (Suedlink)**

Die Bundesnetzagentur als Fachplanungsbehörde und als Planfeststellungsbehörde wird aufgefordert, im Zuge der Findung des Trassenkorridors darauf hinzuwirken, dass das Gebiet der Gemeinde Burgdorf nicht unverhältnismäßig belastet wird.

**Trassenführung der geplanten HGÜ Leitung (Suedlink)**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

*Antragsbereich U/ Antrag 14*

*Ortsverein Seefeld Obb. / Unterbezirk Starnberg (Landesverband Bayern)*

**Klimaschutz**

5 Es soll ein eigenes Kapitel zum Thema Klimaschutz ins Wahlprogramm aufgenommen werden. In der Einleitung zu diesem Kapitel soll zum einen darauf hingewiesen werden, dass die SPD den Klimaschutz als Teil der sozialen Daseinsvorsorge versteht. Zum anderen soll deutlich werden, dass die SPD die größere Verantwortung für den Klimawandel bei den Industrienationen sieht und das vermehrte Aktivwerden in Sachen Klimaschutz seitens der Industrienationen auch als Teil der internationalen Gerechtigkeit betrachtet. Bei den Formulierungen sämtlicher Kapitel des Wahlprogramms soll darauf geachtet werden, dass die entsprechenden Vorhaben die Ziele des Klimaschutzes und der Energiewende nicht beeinträchtigen, sondern im Gegenteil unterstützen. Im Wahlprogramm sollen die aus dem Klimaschutz resultierenden Vorteile für Bürgerinnen und Bürger hervorgehoben werden, wie z. B. niedrigere Energiepreise, geringere Abhängigkeit von Energieimporten, Beteiligungsmöglichkeiten durch Dezentralisierung, Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft sowie

10

15

20 die Eindämmung zukünftiger Flüchtlingsströme.

**Klimaschutz**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

## Verkehrspolitik (V)

### Antragsbereich V/ **Antrag 1**

Stadtverband Leipzig (Landesverband Sachsen)

#### **Abbiegeassistent für LKW's**

Die SPD Fraktion im Bundestag wird aufgerufen, Gesetzgebungsverfahren auf den Weg zu bringen, dass alle Lastkraftwagen ab 3,5 Tonnen insbesondere die mit erhöhter Fahrerkanzel) zeitnah mit einem elektronischen Abbiegeassistenten ausgestattet werden müssen.

5

#### **Abbiegeassistent für LKW's**

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

### Antragsbereich V/ **Antrag 2**

Kreis II Altona (Landesorganisation Hamburg)

#### **Keine Privatisierung öffentlicher Infrastruktur - keine Teilprivatisierung der Autobahnen**

Die SPD Altona fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, die von der Großen Koalition beabsichtigte Privatisierung öffentlicher Infrastruktur abzulehnen. Dies schließt auch die Teilprivatisierung der Autobahnen ein.

5

Die Errichtung einer „Infrastrukturgesellschaft Verkehr“, zunächst als Anstalt öffentlichen Rechts, mit der Option zur Umwandlung in eine Aktiengesellschaft und der Möglichkeit privatwirtschaftliche Tochtergesellschaften zu errichten, ist der Einstieg in die Privatisierung zur Sicherung der Erträge institutioneller Anleger zu Lasten der Allgemeinheit.

10

Die eingesetzte Experten-Kommission, die sich hauptsächlich aus Vertretern von Banken und Versicherungen zusammensetzt verfolgt die Absicht, die öffentliche Infrastruktur an private Konzerne zu übergeben. Das lehnen wir ab. Die öffentliche Grundversorgung gehört in die öffentliche Hand.

15

#### **Keine Privatisierung öffentlicher Infrastruktur - keine Teilprivatisierung der Autobahnen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

### Antragsbereich V/ **Antrag 3**

Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)

#### **Autobahnverwaltung nicht in privatrechtlicher Form betreiben**

Der Gesetzentwurf zum Länderfinanzausgleich soll so geändert werden, dass die Autobahnverwaltung nicht in privatrechtlicher Form betrieben wird. Die Gesellschaftsform der neu zu gründenden bundesweiten Auf-

#### **Autobahnverwaltung nicht in privatrechtlicher Form betreiben**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission



5 tragsverwaltung für Autobahnen wird eine Anstalt des öffentlichen Rechts.

Die Teilprivatisierung von Autobahnen bringt dem Staat sehr selten ökonomische Vorteile, sondern lässt vor allem private Konzerne profitieren. Dennoch wird sie in Deutschland weiter vorangetrieben.

10 So genannte öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) beim Autobahnbau rechnen sich für die öffentliche Hand nicht. Zu diesem Schluss kommt der Bundesrechnungshof (BRH) in einem Gutachten für den Haushaltsausschuss des Bundestages, das seit Juni 2014 vorliegt. Die Mehrkosten für die Bürgerinnen und Bürger gehen in die Milliarden. Bei fünf von sechs Projekten hat der BRH Mehrkosten von insgesamt mehr als 1,9 Milliarden Euro gegenüber einer rein öffentlichen Umsetzung festgestellt.

25 Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf zum Länderfinanzausgleich, der auch den Übergang der alten Auftragsverwaltungen der Länder für Autobahnen zum Bund regeln soll, beinhaltet die Gründung einer Infrastrukturgesellschaft Verkehr in Form einer GmbH. Laut Gesetzentwurf soll die Gesellschaftsform nach vier Jahren überprüft werden. Es steht zu befürchten, dass die GmbH nach vier Jahren in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden soll. Die bereits im Gesetzentwurf vorhandenen sogenannten doppelten Privatisierungsbremsen schließen eine Umwandlung in eine AG nicht aus.

**Antragsbereich V/ Antrag 4**

*Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd / Unterbezirk Oldenburg-Stadt (Bezirk Weser-Ems)*

**Von der Straße auf die Schiene**

Der Bundesparteitag möge beschließen, Folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Die SPD bekennt sich zur Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene, denn Personen- und Güterverkehr auf der Schiene ist deutlich umweltfreundlicher und bringt den Menschen insgesamt weniger Belastungen. Dieses Ziel ist erreicht, wenn der Anteil von Personen- und Güterverkehr auf der Schiene (heute ca. 9 bzw. 17 %) prozentual deutlich gestiegen ist. Dazu sind verschiedene Maßnahmen unabdingbar umzusetzen:

- Erhöhung des Anteils der Verkehrsinvestitionen in

**Von der Straße auf die Schiene**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- den Schienenverkehr auf bis zu 60 % statt wie im Bundesverkehrswegeplan vorgesehen 42 %.
- 15 • Kostengünstigerer Zugang zum Schienennetz durch Überführung der Netzgesellschaft der Deutschen Bahn in eine nicht profitorientierte, staatlich kontrollierte Gesellschaft und drastische Senkung der Nutzungsentgelte für Strecken, Bahnhöfe und Versorgungsanlagen.
- 20 • Einführung einer ganzheitlichen bundesweiten Verkehrsplanung für Schienenpersonenfernverkehr (SPFV) in Abstimmung mit den für den Nahverkehr (SPNV) zuständigen Bundesländern.
- 25 • Definition eines Grundnetzes für den Fernverkehr mit regelmäßiger Leistungsausschreibung am Markt.
- Einführung eines deutschlandweiten integralen Taktfahrplans („Deutschland-Takt“).
- 30 • Erhöhung der an die Länder ausgezahlten Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr und striktere Zweckbindung.
- Staatliche Zuschüsse für die Reaktivierung/Neubau von Gleisanschlüssen und für Effizienzsteigerungen im Güterverkehr.
- 35 • Gezielte Aus- und Neubauten sowie Modernisierungen zum Abbau von Kapazitätsengpässen im Schienennetz.

**Antragsbereich V/ Antrag 5**

*Kreisverband Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)*

**Infrastruktur**

Wir fordern:

- 5 • den massiven Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs insbesondere auch im ländlichen Raum
- die Verlagerung des Güterverkehrs schwerpunktmäßig auf die Schiene und auf Wasserstraßen (Kapazitäten Frankfurt-Basel erhöhen)
- die Erneuerung von Straßen und Brücken
- 10 • den Breitbandkabelnetzausbau, vor allem im ländlichen Raum
- einen beschleunigten Ausbau der Stromtrassen
- den Ausbau alternativer Energieversorgung mit Wind und Sonne
- 15 • Barrierefreie Zugänge zu Bahnhöfen und allen öffentlichen Einrichtungen schaffen

**Infrastruktur**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich V/ Antrag 6*  
*Ortsverein Fuhlsbüttel (Landesorganisation Hamburg)*

<p>5</p> <p>10</p>	<p><b>Traditionsschifffahrt erhalten - maritimes Erbe sichern</b></p> <p>Im Bundeswahlprogramm wird sich die SPD für den Erhalt des maritimen Erbes und der Traditionsschifffahrt in Deutschland einsetzen: „Die Bundesregierung wird die deutsche Sicherheitsverordnung für Traditionsschiffe unter Einbeziehung der Dachverbände und Vereinigungen überarbeiten. Ziel muss sein, unter Beachtung der technischen und sicherheitsrelevanten Belange sowohl den baulichen Erhalt der Traditionsschiffe als auch den Betrieb durch vorwiegend Ehrenamtliche nachhaltig zu sichern.“</p>	<p><b>Traditionsschifffahrt erhalten - maritimes Erbe sichern</b></p> <p>Ablehnung</p>	
--------------------	--	--	--

*Antragsbereich V/ Antrag 7*  
*Ortsverein Stuttgart-Bohnang (Landesverband Baden-Württemberg)*

<p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p>	<p><b>Kein Outsourcing der Bundesautobahnen</b></p> <p>Die Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern hat mit Beschluss vom 14. Oktober 2016 die Eckpunkte für die Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab dem Jahr 2020 vereinbart. Als Folge davon hat die Bundesregierung den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes und den Entwurf eines Gesetzes mit den notwendigen Folgeregelungen auf einfachgesetzlicher Ebene eingebracht.</p> <p>Dazu gehört auch – und darum geht es hier – eine Änderung des Artikels 90 GG wonach die bisherige Auftragsverwaltung der Bundesautobahnen durch die Länder nunmehr in Bundesverwaltung geführt wird. Zwar bleibt der Bund Eigentümer der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs. Es soll sogar im GG festgeschrieben werden, dass das Eigentum unveräußerlich ist.</p> <p>Der Bund erhält damit die alleinige Verantwortung für Planung, Bau, Betrieb, Erhaltung, Finanzierung und vermögensmäßige Verwaltung der Bundesautobahnen. Allerdings – das ist der kritische Punkt – kann er sich zur Erledigung dieser Aufgaben einer Gesellschaft privaten Rechts bedienen. Vorgesehen ist eine GmbH im Eigentum des Bundes; angedacht ist aber auch eine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft. Dadurch soll die Möglichkeit eröffnet werden, Private am Netzausbau zu beteiligen.</p> <p>Ein solches Outsourcing eines unverzichtbaren Teils der staatlichen Daseinsvorsorge durch Privatisierung der Bundesautobahnen lehnen wir entschieden ab. Die an</p>	<p><b>Kein Outsourcing der Bundesautobahnen</b></p> <p>Erlедigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p>	
--	--	---	--

- 30 der Gesetzgebung beteiligten Mandatsträger der SPD werden aufgefordert, bei der Gesetzesberatung zusätzlich zu den von der SPD schon vorgebrachten Argumenten gegen die Privatisierung auch die folgenden Gesichtspunkte mit einzubringen:
- 35 1. Bei der Verwaltung der Bundesautobahnen durch eine privatrechtliche Gesellschaft wäre es fraglich, ob die mit der Wahrnehmung der Aufgaben Betrauten noch Amtsträger im Sinne des Strafgesetzbuchs sind. Eine Strafbarkeit wegen Bestechungsdelikten nach
- 40 §§331 ff StGB würde dann entfallen. Die Erfahrung lehrt, dass korruptive Verhaltensweisen bei Auftragsvergaben durchaus nicht unüblich sind. Sie müssen aber wirksam bekämpft und strafrechtlich effektiv sanktioniert werden können.
- 45 2. Die parlamentarische Kontrolle durch den Bundestag, insbesondere das Frage- und Informationsrecht des Deutschen Bundestages gegenüber der Bundesregierung muss in vollem Umfang gewährleistet sein. Das wäre aber nicht mehr der Fall, wenn Bundesautobahnen durch eine private Gesellschaft betrieben werden. Das
- 50 zeigt die aktuelle Organklage der Grünen-Fraktion vor dem Bundesverfassungsgericht.

**Antragsbereich V/ Antrag 8**

*Unterbezirk Bremerhaven (Landesorganisation Bremen)*

**Direktvergabe vor Eigenwirtschaftlichkeit im ÖPNV**

Die Novellierungen des im Jahr 2013 geänderten Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) werden geändert. Direktvergaben an kommunale Busunternehmen werden zukünftig als vorrangig zur eigenwirtschaftlichen Vergabe behandelt. Diese Forderung ist in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 aufzunehmen.

5

**Direktvergabe vor Eigenwirtschaftlichkeit im ÖPNV**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

**Antragsbereich V/ Antrag 9**

*Ortsverein Weichs (Landesverband Bayern)*

**Investitionen, Haushalt, Finanzen**

Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ist gerade im Großraum München eine dringende Zukunftsaufgabe. Der Öffentliche Personennahverkehr, Schienennetze, S-Bahn- und Bus-Verbindungen sind zu erweitern. Neue Radwege sind zu bauen. Das Wachstum in den Regionen muss gestaltet, Wohnen und Arbeiten miteinander verträglich verknüpft werden. Staatliche Investitionen müssen dies und andere Aufgaben sicherstellen.

5

**Investitionen, Haushalt, Finanzen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

Sozialer Fortschritt erfordert einen demokratischen

10 Sozialstaat. Beide sind in Gefahr, wenn Unternehmen  
und Staat zu wenig investieren. Dramatisch schrumpfen  
in Deutschland die öffentlichen Investitionen. Beson-  
ders in Kitas, Schulen und Universitäten müssen künftig  
ca 40 Mrd € jährlich investiert werden. Zur Zeit lebt  
15 Deutschland von der Substanz. Die Sparpolitik im Rah-  
men der Schuldenbremse und der „Schwarzen Null“  
ging zu Lasten der Investitionen. Der sanierungsfähige  
Zustand der Infrastruktur stellt die wirkliche Erblast für  
die nächste Generation dar.

20 Nach wie vor ist Deutschland in der OECD weit abge-  
schlagen, wenn es um die Durchlässigkeit in der Gesell-  
schaft von Unten nach Oben geht und um die Chancen  
durch Bildung aufzusteigen.

25 Auf der anderen Seite ist in keinem Land Europas die  
Vermögensverteilung so ungleich wie in Deutschland  
und die heutigen Steuereinnahmen reichen nicht aus,  
die Finanzierung der notwendigen öffentlichen Aufga-  
ben sicherzustellen. Deutschland ist eine Steueroase für  
Vermögende, die hier nur halb so hoch besteuert wer-  
den wie im Rest der Industriestaaten. Erbschaften ver-  
schärfen die soziale Spaltung. Reiche, Vermögende und  
30 finanzstarke Unternehmen leisten keinen angemesse-  
nen Beitrag zur Finanzierung des öffentlichen Gemein-  
wesens.

35 Öffentliche Investitionen müssen neben Krediten auch  
aus Steuermitteln finanziert werden. Um die Lasten  
gerechter zu verteilen, sollen die existierenden Steuer-  
privilegien für sehr hohe Vermögen, Einkommen und  
Erbschaften rückgängig gemacht werden. Die daraus  
resultierenden erhöhten Steuereinnahmen sind der  
40 öffentlichen Daseinsvorsorge zuzuführen.

Die Privatisierung der Bereitstellung von Gütern zur  
Daseinsvorsorge lehnen wir ab. Die Bedürfnisse der  
Bürger sind zu decken und nicht private Renditemög-  
lichkeiten zu eröffnen.  
45

Soziale Gerechtigkeit wird verwirklicht, wenn der Staat  
verantwortlich ist und in die Lage versetzt wird, die  
Daseinsvorsorge zu gestalten, in der Bildung, beim  
Wohnen, in der Medizin, in der Infrastruktur, in der  
Wasserversorgung.

*Antragsbereich V/ Antrag 10  
Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)*

**Maut für Fernbusse und Ausweitung der LKW-Maut  
und Bahn in die Verantwortung nehmen**  
Eine Maut für Fernbusse analog zur LKW-Maut einzu-  
führen. Die LKW- und Fernbus-Maut ist auf sämtliche

**Maut für Fernbusse und Ausweitung der LKW-Maut  
und Bahn in die Verantwortung nehmen**  
Ablehnung

5 Bundesstraßen auszuweiten um Ausweichbewegungen zu verhindern. Im Gegenzug wird die Deutsche Bahn angehalten ihrer Verantwortung zur flächendeckenden und gut getakteten Anbindung aller Oberzentren mit direktem Anschluss an das Fernverkehrsnetz mit Fernverkehrszügen gerecht zu werden.

*Antragsbereich V/ **Antrag 11**  
Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)*

**Bundesstraßen naturverträglich ausbauen**  
Bundesstraßen sind dort wo keine Autobahnen parallel hierzu existieren möglichst naturverträglich mind. 3-spurig auszubauen.

**Bundesstraßen naturverträglich ausbauen**  
Ablehnung

*Antragsbereich V/ **Antrag 12**  
Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)*

5 **Überholverbot für LKW und Tempolimit 130 km/h auf 2-spurigen Autobahnen**  
Auf 2-spurigen (pro Fahrtrichtung) Autobahnen gilt ein Überholverbot für LKW. Ausgenommen hiervon sind Reisebusse, die einen Geschwindigkeitsüberschuss gegenüber LKWs gewährleisten können. Auch setzen wir uns für ein generelles Tempo-Limit von 130 km auf lediglich 4-spurigen Autobahnabschnitten ein.

**Überholverbot für LKW und Tempolimit 130 km/h auf 2-spurigen Autobahnen**  
Ablehnung

*Antragsbereich V/ **Antrag 13**  
Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)*

**Privatisierung der Fernstraßen verhindern**  
Jedweden Versuchen das Fernstraßennetz zu privatisieren erteilen wir eine Absage. Auch ÖPP-Projekte beim Bau und Unterhalt von Fernstraßen lehnen wir ab.

**Privatisierung der Fernstraßen verhindern**  
Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich V/ **Antrag 14**  
Landesverband Bayern*

5 **Keine Privatisierung der deutschen Autobahnen**  
Nach geltender Rechts- und Verfassungslage kann das Bundesfernstraßennetz aufgrund einfacher Gesetze privatisiert werden. Der SPD-Bundestagsfraktion ist es in den letzten Wochen gelungen, die von der CDU/CSU und den Bundesministern Schäuble und Dobrindt betriebene Privatisierung der deutschen Autobahnen zu

**Keine Privatisierung der deutschen Autobahnen**  
Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

- stoppen. Mit den jetzt vorliegenden Verhandlungsergebnissen wird in Zukunft ein umfassendes Privatisierungsverbot im Grundgesetz verankert sein.
- 10 Dies ist ein Erfolg der SPD. Die BayernSPD lehnt weitere ÖPP-Projekte im Bereich der Bundesstraßen ab.

*Antragsbereich V/ **Antrag 15**  
Landesverband Berlin*

- |  |  |
|--|--|
| <p><b>Direktvergabe des ÖPNV sichern (Bundesrat) – Öffentlichen Nahverkehr in kommunaler Verantwortung sichern</b></p> <p>Der Senat von Berlin wird aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zu starten oder eine entsprechende Initiative anderer Bundesländer zu unterstützen mit dem Ziel, die Möglichkeit der Direktvergabe bzw. Selbst-Erbringung von Leistungen des Öffentlichen Personen-nahverkehrs gem. § 8a (3) Personenbeförderungsgesetz (PBefG) dauerhaft abzusichern und die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Die Direktvergabe bzw. Selbst-Erbringung von Leistungen muss im Gesetz einen eindeutigen Vorrang vor der wettbewerblichen Vergabe erhalten.</p> | <p><b>Direktvergabe des ÖPNV sichern (Bundesrat) – Öffentlichen Nahverkehr in kommunaler Verantwortung sichern</b></p> <p>Überweisung an LV Berlin</p> |
| 5  | 5  |
| 10   | 10   |

*Antragsbereich V/ **Antrag 16**  
06/03 Lichterfelde-West / (Landesverband Berlin) / Landesverband Berlin*

- |   |   |
|---|---|
| <p><b>Traditionsschifffahrt erhalten</b></p> <p>Die Bundesregierung wird die Sicherheitsverordnung für Traditionsschiffe mit der Zielstellung des Erhalts der bestehenden Traditionsschifflotte und Berücksichtigung des ehrenamtlichen Betriebs dieser Schiffe unter Einbeziehung der Dachverbände und in Orientierung auf die Neuregelung in der Europäischen Union überarbeiten.</p> | <p><b>Traditionsschifffahrt erhalten</b></p> <p>Ablehnung</p> |
| 5   | 5   |

*Antragsbereich V/ **Antrag 17**  
Unterbezirk Fürstfeldbruck (Landesverband Bayern)*

- |   |   |
|---|---|
| <p><b>Öffentliche Infrastruktur stärken – Nein zu ÖPP-Modellen</b></p> <p>Die Sanierung und Schaffung öffentlicher Infrastruktur ist originäre Aufgabe der Daseinsvorsorge von Bund, Ländern und Kommunen. Eine Privatisierung, wie von der CSU und ihrem Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt beispielsweise bei den Bundesfernstraßen in</p> | <p><b>Öffentliche Infrastruktur stärken – Nein zu ÖPP-Modellen</b></p> <p>Ablehnung</p> |
| 5   | 5   |

- Form einer Infrastrukturgesellschaft vorgesehen, ist in jeglicher Form abzulehnen und im Grundgesetz auszuschließen. Dies gilt auch für sogenannte ÖPP-Modelle, denn eine Finanzierung durch sogenannte „Öffentlich-private Partnerschaften“ ist aufgrund der deutlichen Mehrkosten für die Steuerzahler, wie sie beispielsweise der Bundesrechnungshof seit Jahren feststellt, abzulehnen.
- 10
- 15 Um den immensen öffentlichen Sanierungs- und Investitionsstau bei Kitas und Schulen, bei Straßen und Schienenprojekten oder auch beim öffentlichen Wohnungsbau abzubauen und in die Zukunft zu investieren, müssen vielmehr die öffentlichen Haushalte durch eine deutliche Verbesserung der Einnahmenseite mit Hilfe eines sozial gerechten Steuersystem – beispielsweise durch eine umfassende Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte, die der Bundesrepublik Mehreinnahmen von 45 Milliarden Euro brächte - in die Lage versetzt werden, diese Zukunftsinvestitionen selbst zu stemmen. Hierzu müssen gerade Vermögende und große Kapitalgesellschaften wieder mehr zur Finanzierung dieser Zukunftsinvestitionen herangezogen werden. ÖPP-Projekte dienen unter anderem der Umgehung der Schuldenbremse, die selbst kostengünstigere kreditfinanzierte Investitionen der öffentlichen Hand verhindert. Die SPD wird daher zeitnah die Auswirkungen der Schuldenbremse auf die Investitionstätigkeit der öffentlichen Haushalte sowie auf den Sanierungs- und Investitionsstau untersuchen und eine entsprechende Reform der bundesdeutschen Finanzordnung vornehmen.
- 20
- 25
- 30
- 35

*Antragsbereich V/ Antrag 18  
 Ortsverein Bochum-Günnigfeld-Südfeldmark (Landesverband Nordrhein-Westfalen) /  
 04/94 Halensee (Landesverband Berlin)*

- |   |  |
|---|--|
| <p><b>Keine Privatisierungen jeglicher Art und keine öffentlich-privaten Partnerschaften in Kernbereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge</b></p> <p>Wir widersprechen Privatisierungen jeglicher Art in Kernbereichen öffentlicher Daseinsvorsorge. Die Finanzwirtschaft sucht wegen der Mini-Zinsen an den Märkten händeringend nach neuen Geldanlagen für ihre Kunden. Die CDU/ CSU kommt ihr entgegen, indem sie zur Finanzierung öffentlicher Infrastrukturprojekte sogenannte öffentlich - private Partnerschaften (ÖPP) ermöglichen will. Dabei ist die staatliche Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen günstiger als die Finanzie-</p> <p>5</p> | <p><b>Keine Privatisierungen jeglicher Art und keine öffentlich-privaten Partnerschaften in Kernbereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge</b></p> <p>Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission</p> |
|---|--|



- 10 rung in öffentlich - privaten Partnerschaften. Dies liegt daran, dass sich private Gesellschaften zu höheren Zinsen verschulden müssen als der Staat. Privatisierungen und Teilprivatisierungen öffentlicher Infrastruktur bedient die Gewinninteressen privater Anleger auf den
- 15 Finanzmärkten zu Lasten der Steuerzahler und - bei Teilprivatisierung von Autobahnen – zu Lasten der Autofahrer und Pendler. Die SPD lehnt Privatisierungsmaßnahmen jeglicher Art ab und wird bei der Finanzierung öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen den Renditeerwägungen großer Versicherungskonzerne und Pensionsfonds keinen Vorrang einräumen vor den Interessen der Steuerzahler an einer möglichst kostengünstigen Finanzierung.
- 20
- 25 Wir wollen eine klare grundgesetzliche Verankerung der Verantwortung und Kontrolle der öffentlichen Hand für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Infrastruktur und Netze zum Wohl der Allgemeinheit. Dazu zählt für uns unter anderem die Verantwortung für die Wasserversorgung ebenso wie die für die Gesundheitsversorgung, für Infrastrukturmaßnahmen für Bildung und Verkehr wie Wasserstraßen-, Straßen- und die Schieneninfrastruktur. Für diese Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge lehnen wir jegliche Privatisierungsmaßnahmen, auch Finanzierungsprojekte in öffentlich – privater Partnerschaft ab. Sie sind nach Analysen des Bundesrechnungshofes teurer als eine öffentliche Finanzierung und mindern den Einfluss der öffentlichen Hand auf die Ausgestaltung der Infrastrukturmaßnahmen.
- 30
- 35
- 40

*Antragsbereich V/ Antrag 19  
Ortsverein München Solln (Landesverband Bayern)*

**Ablehnung PPP**

Sog. öffentlich-private Partnerschaften zur Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur werden ausnahmslos abgelehnt, da die öffentliche Hand dabei immer draufzahlt.

**Ablehnung PPP**

Ablehnung

## Sonstige (So)

### Antragsbereich So/ **Antrag 1**

Ortsverein Bautzen (Landesverband Sachsen)

#### Rechte der Sorben/Wenden

Der SPD-Ortsvorstand Bautzen/Budyšin fordert, folgende wichtige aktuelle und existenzielle Belange der sorbischen/wendischen Bevölkerung der Lausitz im Wahlprogramm zu berücksichtigen:

5

1. Die sorbische/wendische Sprache ist maßgeblich für die Identitätsbildung und die Stärkung des sorbischen/wendischen Volkes in der Lausitz. Der Schutz, die Anwendung und Verbreitung der Sprache muss unterstützt werden.

10

2. Das Abbagern sorbischer/wendischer Siedlungsgebiete muss gestoppt werden. Vor Erschließung oder Erweiterung eines Braunkohleagebaues in der Lausitz ist die Auswirkung auf das sorbische/wendische Volk umfassend zu prüfen.

15

#### Rechte der Sorben/Wenden

Ablehnung

### Antragsbereich So/ **Antrag 2**

06/03 Lichterfelde-West (Landesverband Berlin) / Landesverband Berlin

#### Plattformunabhängige Software-Anwendungen in der Verwaltung

Bei Erstellung von Individualsoftware für die Verwaltung mit öffentlichen Geldern (z.B. durch Ausschreibung, Vergabe oder Eigenentwicklung) wird dafür Sorge getragen, dass diese Anwendungen plattformunabhängig betrieben werden können, damit diese Anwendungen langfristig und unabhängig von der verwendeten Betriebsumgebung verwendet werden können.

5

#### Plattformunabhängige Software-Anwendungen in der Verwaltung

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

### Antragsbereich So/ **Antrag 3**

06/03 Lichterfelde-West (Landesverband Berlin)

#### Verweildauer öffentliche-rechtlicher Inhalte aufheben

Durch die technologische Verschmelzung von Fernsehen, Internet-Angeboten und Online-Mediatheken ist die Depublizierungspflicht (Löschung) aus dem 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag von 2009 nicht mehr zeitgemäß. Öffentlich-rechtlich produzierte Inhalte, die aus den Rundfunkbeiträgen der Zuschauerinnen und Zuschauer finanziert wurden, müssen in Zukunft auch online unbegrenzt verfügbar sein. Gemeinsam mit den

5

#### Verweildauer öffentliche-rechtlicher Inhalte aufheben

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

10 Ländern wird daher eine Lösung angestrebt, um die Begrenzung der Verweildauer von Inhalten im Online-Angebot der öffentlich-rechtlichen Sender aufzuheben.

*Antragsbereich So/ Antrag 4*

*Unterbezirk Erlangen (Landesverband Bayern)*

**Einsparung von Papier in Behörden**

Der SPD Unterbezirk Erlangen beschließt, dass die Bundes-SPD im Bundestagswahlkampf dafür eintreten möge, dass mit dem Material Papier und dem Rohstoff Holz sparsamer umgegangen wird. Insbesondere möge sie in ihrem Wahlprogramm aufnehmen, dass sie es als ihr erklärtes Ziel erachtet, dass in den deutschen Behörden drastisch Papier eingespart wird.

5

**Einsparung von Papier in Behörden**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich So/ Antrag 5*

*Ortsverein Hünxe (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Zusammenleben in Deutschland**

Der Bundesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschließt, folgende Punkte zum Themenfeld „Zusammenleben in Deutschland“ in das Regierungs- und Wahlprogramm für die Bundestagswahlen 2017 aufzunehmen:

5

**Zusammenleben in Deutschland**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

1.Integration

Die grundgesetzlichen Verfassungswerte bilden den allgemeinen Rahmen für unser Zusammenleben, wobei nicht jede deutsche kulturelle Gepflogenheit von den neu hinzukommenden Menschen zu übernehmen ist. Gegenseitige Toleranz und Respekt vor einander sowie die Erlernung der deutschen Sprache sind aber für eine erfolgreiche Integration unverzichtbar. Zwingend erforderlich sind auch finanzielle Investitionen für mehr Lehrkräfte für Deutsch als Fremdsprache sowie auch für den Ausbau einer ausreichenden psychologischen und sozialen Betreuung.

10

15

2.Religionsunterricht

Der Islamunterricht ist „ideologiefrei“ zu gestalten. Er ist daher von an den deutschen Hochschulen ausgebildeten Lehrer/innen zu vermitteln. Islamische Religionsgemeinschaften beschränken ihre Tätigkeit dabei auf eine beratende Funktion. Die Unterrichtsinhalte sind staatlich bestimmt. Zusätzlich soll ein bekenntnisloser Weltreligionsunterricht es den Schülern/innen ermöglichen, alle großen Religionen objektiv kennen zu lernen, damit sie über ihren eigenen Glauben persönlich entscheiden

20

25

30 können.

3.Nachbarschaft und Ehrenamt

Wir benötigen flächendeckende flexible Arbeitszeiten für die Förderung unseres ehrenamtlichen Engagements. Vereine und ehrenamtliche Tätigkeiten benötigen mehr Öffentlichkeit und Kampagnen, um ihren Bekanntheitsgrad zu erhöhen. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für interessierte Bürger/innen, um sich engagieren zu können. Die Politik soll dazu Projekte fördern und die Vereine bei ihrer Öffentlichkeit unterstützen.

*Antragsbereich So/ Antrag 6*

*Ortsverein Oberneisen (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Regionale Daseinsvorsorge als Gemeinschaftsaufgabe ins Grundgesetz**

Die Regionale Daseinsvorsorge muß als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert werden.

**Regionale Daseinsvorsorge als Gemeinschaftsaufgabe ins Grundgesetz**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

*Antragsbereich So/ Antrag 7*

*Ortsverein M-Briennerviertel (Landesverband Bayern)*

**Sicherheits- und Innenpolitik angstfrei gestalten**

Wir fordern den Bundesparteitag dazu auf, im Bereich der Innenpolitik ein Programm aufzusetzen, in dem ein angstfreier und faktenbetonter Diskurs deutlich werden muss. In der „Berliner Erklärung“ der CDU/CSU-Innenminister vom August 2016 werden ‚Ausländer‘ und Geflüchtete unter Generalverdacht gestellt. Das Papier betont stark mögliche Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung und argumentiert gefühls- statt faktenbasiert für eine deutlich restriktivere Innenpolitik, die auch mit einer Wiederholung eines „Wir und die anderen“ einhergeht. Wir stellen uns dagegen deutlich gegen den Generalverdacht des Terrorismus gegenüber Geflüchteten. Wir sind der Meinung, dass eine bessere Bleibeperspektive und eine Förderung von Integrationsmöglichkeiten die innere Sicherheit besser stärkt als Abschiebungen, vermeintlich sichere Herkunftsstaaten und geschlossene EU-Außengrenzen.

**Sicherheits- und Innenpolitik angstfrei gestalten**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

Die SPD muss sich daher deutlicher in diesem Feld positionieren um hier einen Gegenentwurf in den öffentlichen Diskurs einzuspeisen. Dazu gehört auch, das vermeintliche Nullsummenspiel von Freiheit und Sicherheit zu kritisieren, welches die CDU/CSU mit ihrer Politik der

25 ,starken Hand‘ propagiert. Sicherheit bedeutet nicht nur  
 stärkere Kontrolle (z.B. durch stärkere Überwachung  
 und mehr Kompetenzen bei den Nachrichtendiensten,  
 wie in der „Berliner Erklärung“ gefordert), sondern be-  
 deutet auch durch Präventionsmaßnahmen Ängste zu  
 30 nehmen. Sicherheit bedeutet auch, keine Ängste zu  
 schüren und ganze Gruppen zu kriminalisieren und  
 gegen sie zu hetzen. Sicherheit bedeutet auch persönli-  
 che Sicherheit, indem z.B. die Sicherheit über die persön-  
 lichen Daten gewährleistet ist (und somit Überwa-  
 chungsmöglichkeiten nicht ausgebaut werden). Wir als  
 35 SPD sind daher auch gefragt, ein anderes Sicherheits-  
 narrativ zu gestalten, welches nicht Überwachung, Aus-  
 grenzung und Kontrolle beinhaltet, sondern den Bürge-  
 rinnen und Bürgern ihre persönliche Sicherheit gewähr-  
 leistet und Ängste vor dem vermeintlich ‚Fremden‘  
 40 nimmt statt sie zu schüren. Wir als SPD sind gefragt,  
 denn von der CSU/CDU (und auch der AfD) dargestellten  
 Zusammenhang von mehr Geflüchteten à mehr Krimi-  
 nalität und Terrorgefahr à härtere Sicherheitspolitik  
 explizit aufzugreifen und mit Fakten gegenzuhalten. Die  
 45 Debatte um innere Sicherheit und Integration braucht  
 unbedingt mehr Fakten, nicht mehr ‚Gefühl‘.

*Antragsbereich So/ **Antrag 8**  
 Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)*

**Linke Mehrheit**

Die SPD wird aufgefordert, ein Programm mit einer  
 klaren sozialdemokratischen Zielsetzung zu erarbeiten  
 und als Machtoption eine linke Mehrheit anzustreben.  
 Programmatisch ist der immer größer werdenden Sche-  
 5 re zwischen Armen und Reichen in unserer Gesellschaft  
 wirksam entgegen zu wirken. In der Steuerpolitik sind  
 alle Forderungen nach sozialen Veränderungen wieder  
 aufzunehmen und zu vertreten. Durch überzeugende  
 Ideen sozialdemokratischer Politik erfolgt eine klare  
 10 Ausrichtung gegen neoliberale Tendenzen sowie eine  
 notwendige Abgrenzung zur CDU. Ein klarer europapol-  
 itischer Kurs ist wieder einzuschlagen.

**Linke Mehrheit**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antrags-  
 kommission

*Antragsbereich So/ **Antrag 9**  
 Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

**Partizipation und Inklusion glaubhaft verankern**

Die SPD wird aufgefordert, durch eigenes Handeln ihren  
 Eigenanspruch als Partei der Inklusion zu verwirklichen.  
 Hierzu gehört, dass sie die verbindliche Mitentschei-

**Partizipation und Inklusion glaubhaft verankern**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

5            dung behinderter Menschen auf allen Ebenen gewähr-  
 leistet. Sie wird von daher darauf hinwirken, dass in den  
 Begleitgremien zur Weiterentwicklung des BTHG, sowie  
 weiterer neuer Gesetze, behinderte Menschen von An-  
 fang an fachlich beteiligt werden und letztendlich die  
 Vorlage auch mitentscheiden. Ein wichtiger Schritt in  
 10           Richtung „mehr Demokratie wagen“, um ein wesentli-  
 ches Zitat von Willy Brandt aus den 70er Jahren auf  
 heute zu übertragen. Partizipation und Inklusion als ein  
 Begriffspaar, wie es in der Erklärung von Salamanca  
 steht, muss handlungsleitend für unser zukünftiges  
 15           politisches Handeln sein.

Seit dem Europäischen Jahr der Menschen mit Behinde-  
 rungen 2003 mit dem Motto „Nichts über uns, ohne  
 uns“ und der klaren Anforderung, bei allen Projekten  
 20           mindestens 50% Menschen mit Behinderungen als Refe-  
 rentinnen und Referenten qualifiziert einzubeziehen,  
 sind wichtige Signale der Übertragung des allgemein  
 gültigen Menschenrechtes der Mündigkeit auf uns  
 Menschen mit Behinderungen erfolgt. Verdichtet wur-  
 25           den diese Grundbotschaften noch durch die seit 2009 in  
 Deutschland rechtsgültige UN-Behinderten-  
 rechtskonvention. Sie ist für Deutschland verpflichtend  
 und Messlatte allen politischen Handelns. Hieran muss  
 sich sozialdemokratisches Handeln messen lassen. Uns  
 30           ist allen bewusst, Inklusion, Partizipation,  
 Barrierefreiheit, angemessene Vorkehrungen und  
 Empowerment sind handlungsleitend für zukunftsori-  
 entierte Behindertenpolitik.

35           Sie sind jedoch einem dynamischen Prozess unterwor-  
 fen und müssen von daher im Dialog mit uns Menschen  
 mit Behinderungen ständig ergänzt und angepasst wer-  
 den. Die SPD als Motor einer Politik von Zukunft und  
 Zusammenhalt muss sich hieran messen lassen und das  
 40           Ziel einer inklusiven Gesellschaft umsetzen und uns von  
 „Selbst Aktiv“ als Inklusionstreiber Nr.1 zur Weiterent-  
 wicklung der Gesellschaft einbeziehen.

*Antragsbereich So/ Antrag 10  
 06/05 Lankwitz (Landesverband Berlin)*

**Organisation der Erstellung des Bundeswahlpro-  
 gramms der SPD**  
 Der Bundesvorstand wird aufgefordert, dafür Sorge zu  
 tragen, dass bei künftigen Wahlkämpfen ausreichend  
 Zeit eingeplant wird, das jeweilige Wahlprogramm zu

**Organisation der Erstellung des Bundeswahlpro-  
 gramms der SPD**  
 Ablehnung

- 5 diskutieren und zu erstellen! Hierfür sind zwischen Vorstellung des Programmentwurfs und dem Ablauf der Frist zur Einreichung von Änderungsanträgen mindestens 8 Wochen einzuberechnen!

*Antragsbereich So/ **Antrag 11**  
08/01 Rixdorf (Landesverband Berlin)*

**Feiertage**

Der Bundesparteitag möge beschließen an geeigneter Stelle in den Leitantrag des Regierungsprogramms einzufügen: Wir wollen, dass bundesweite gesetzliche Feiertage, die auf ein Wochenende fallen, als bundesweite Ausgleichstage am nachfolgenden Montag arbeitsfrei werden, d.h. gesetzlichen Feiertagen gleichgestellt sind.

5

**Feiertage**

Ablehnung

*Antragsbereich So/ **Antrag 12**  
Unterbezirk Herne (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Abschaffung/Verlängerung von Durchführungsfristen bei Förderprogrammen**

Der SPD Unterbezirk Herne fordert den SPD Bundesparteitag auf, sich zeitnah dafür einzusetzen, dass bei Förderprogrammen und Modellvorhaben des Bundes, insbesondere bei Investitionsförderungen, die zeitlichen Fristen, in der die Fördermaßnahmen durchgeführt, bzw. abgeschlossen sein müssen, angemessen angesetzt und gegebenenfalls längere Fristen gesetzt werden.. Dies soll auch auf Antrag für laufende Programme, wie dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds I und II gelten.

5

10

**Abschaffung/Verlängerung von Durchführungsfristen bei Förderprogrammen**

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

*Antragsbereich So/ **Antrag 13**  
Landesverband Sachsen-Anhalt*

**Inklusion für alle Baumaßnahmen – Barrierefreiheit bei Gebäuden, die nicht in Trägerschaft des Bundes, des Landes, oder der Kommune sind**

Die SPD setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass die Barrierefreiheit bei allen privaten Gebäuden herzustellen ist, in denen u.a. Arztpraxen, Apotheken, etc. untergebracht sind. Dabei ist mit öffentlicher Förderung die Zugänglichkeit im Bestand und im Neubau zu erhöhen. Dies kann auch mit einer Frist verbunden sein. Bei Neueröffnungen von Arztpraxen muss als zwingende Voraussetzung grundsätzlich die Barrierefreiheit herge-

5

**Inklusion für alle Baumaßnahmen – Barrierefreiheit bei Gebäuden, die nicht in Trägerschaft des Bundes, des Landes, oder der Kommune sind**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

10 stellt werden. In das Bundeswahlprogramm ist eine entsprechende Forderung aufzunehmen.

*Antragsbereich So/ Antrag 14*  
*Ortsverein St Ingbert-Mitte (Landesverband Saar)*

**Änderungsantrag Kapitel VII**

Es wird ein gesondertes, zusammenfassendes Kapitel "Es ist Zeit für starke Kommunen" zum Thema Kommunen erstellt, das die im Leitantrag formulierten Programmtexte zu Kommunen von den Seiten 7 bis 53 integriert.

5

**Änderungsantrag Kapitel VII**

Ablehnung

*Antragsbereich So/ Antrag 15*  
*Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)*

**Konsequente Förderung auch von nicht-olympischen Sportarten**

Die SPD setzt sich für eine konsequente Spitzensportförderung sowohl in olympischen/ paralympischen/ deaflympischen Sportarten wie auch in anderen, in Deutschland verbreiteten Sportarten, ein.

**Konsequente Förderung auch von nicht-olympischen Sportarten**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich So/ Antrag 16*  
*Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)*

**Manipulationsfreiheit ist wichtiger als Medaillen**

Die SPD setzt sich konsequent für Manipulationsfreiheit im gesamten Sport – sowohl im Leistungs- wie im Breitensport – ein. Dazu gehören der Kampf gegen Doping, der Kampf gegen Wettkampfmanipulation und der Kampf gegen Korruption im Sport auf allen Ebenen. Bei der Sportförderung setzt sich die SPD dafür ein, dass das Engagement von Verbänden, Institutionen, Trainern und Athleten für Manipulationsfreiheit Grundvoraussetzung für jede Art von Förderung ist.

5

**Manipulationsfreiheit ist wichtiger als Medaillen**

Erledigt durch Antrag RP1 in der Fassung Antragskommission

*Antragsbereich So/ Antrag 17*  
*Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)*

**Barrierefreiheit im Sport**

Die SPD setzt sich konsequent für die Inklusion im Bereich des Sports ein. Die Gewährleistung von Barrierefreiheit ist hierfür eine Grundvoraussetzung. Deshalb soll der Bund Fördermittel für die

**Barrierefreiheit im Sport**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag



Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

5      Barrierefreiheit von Sportstätten bereit stellen.

*Antragsbereich So/ Antrag 18*

*Kreisverband Neuwied (Landesverband Rheinland-Pfalz)*

**Kein Bestreben einer Großen Koalition nach der Bundestagswahl 2017**

Die SPD strebt keine Koalition mit der CDU/CSU nach der Bundestagswahl 2017 an.

**Kein Bestreben einer Großen Koalition nach der Bundestagswahl 2017**

Nichtbefassung

*Antragsbereich So/ Antrag 19*

*Ortsverein Rolfzen-Hagedorn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

**Koalitionsaussagen**

Im Hinblick auf die Bundestagswahl am 24.09.2017 möge der Parteitag (völlig unabhängig vom Wahlausgang) beschließen, einer nochmaligen gr. Koalition die Zustimmung zu verweigern.

**Koalitionsaussagen**

Nichtbefassung

*Antragsbereich So/ Antrag 20*

*03/02 Französisch Buchholz (Landesverband Berlin)*

**Auf dem Weg zu einer nachhaltigen und sozial gerechten Gesellschaft**

Ziel der SPD ist ein Politikwechsel im Bund, um die Große Koalition zu beenden, daher wird zur Bundestagswahl 2017 die Bildung einer von ihr geführten Bundesregierung in einer Koalition mit Bündnis 90/die Grünen und der Partei die Linke forciert.

**Auf dem Weg zu einer nachhaltigen und sozial gerechten Gesellschaft**

Nichtbefassung

*Antragsbereich So/ Antrag 21*

*Ortsverein Uehlfeld (Landesverband Bayern)*

**Wahlaussagen**

Wir fordern Koalitionsaussagen „nur unter SPD-Führung“ zu machen, eine Juniorpartnerschaft muss ausgeschlossen werden. Außerdem fordern wir, dass die Kernaussagen der SPD im Wahlkampf 2017 nicht verhandelbar sind.

**Wahlaussagen**

Nichtbefassung

*Antragsbereich So/ Antrag 22*

*Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd / Unterbezirk Oldenburg-Stadt (Bezirk Weser-Ems)*

**Keine Fortsetzung der Großen Koalition**

Der Bundestag möge beschließen, Folgendes in das Wahlprogramm aufzunehmen: Unabhängig vom Wahlergebnis wird es keine Fortsetzung der Großen Koalition mit CDU und CSU geben. Alle anderen Koalitionsoptionen – außer mit der AfD – hält die SPD sich dessen ungeachtet offen, ohne dabei eine konkrete Koalitionsaussage zu treffen.

5

**Keine Fortsetzung der Großen Koalition**

Nichtbefassung

*Antragsbereich So/ Antrag 23*

*Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)*

**Koalitionsverhandlungen**

Die SPD im Bund soll bei den möglichen Koalitionsverhandlungen mit Bündnis 90 /Grüne und den Linken genauso viel Geduld haben, wie sie es bisher mit der CSU in der großen Koalition hatte.

**Koalitionsverhandlungen**

Nichtbefassung

*Antragsbereich So/ Antrag 24*

*Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung SPDqueer*

**Kein Koalitionsvertrag ohne Öffnung der Ehe**

Wir fordern, dass ein zukünftiger Koalitionsvertrag im Falle einer Regierungsbildung der SPD nicht mehr ohne die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und dadurch auch dem gleichberechtigten Volladoptionenrecht abgeschlossen wird, falls dies nicht bereits bis zum Ende der Legislaturperiode umgesetzt ist.

5

**Kein Koalitionsvertrag ohne Öffnung der Ehe**

Nichtbefassung

















## Impressum

Herausgegeben vom SPD-Parteivorstand,  
Abteilung I Mobilisierung  
Willy-Brandt-Haus, 10911 Berlin

Für den Inhalt der Anträge sind die jeweiligen Antragstellenden verantwortlich.

Druck: Köllen Druck+Verlag GmbH, Bonn-Berlin